

HAMBURG IN ZAHLEN

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1975

INHALTSVERZEICHNIS

a) Nach der Heftfolge

	Seite		Seite
Januar-Heft		Juli-Heft	
Kurzinformationen	1	Kurzinformationen	177
Wohngeld in Hamburg — Ergebnisse der Wohngeldstatistik 1973 —	3	Vorwort zum Beitrag „Statistische Gebiete“	179
Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (II) — Berufseinpender nach Ziel- und Herkunftsgebieten sowie Verkehrsmitteln und Wegezeiten —	18	Statistische Gebiete	180
Monatszahlen	24	Private Millionenvermögen in Hamburg	184
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	32	Monatszahlen	189
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	33	Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	196
Februar-Heft		Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	197
Kurzinformationen	37	August-Heft	
Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Sozialprodukts in Hamburg — Hinweise zu den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung —	39	Kurzinformationen	201
Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (IV) — Die hamburgischen Binnenpendler —	46	Die Bedeutung des Ostseeraumes für den Hamburger Hafen	203
Monatszahlen	52	Zur Zahl der Erwerbstätigen Hamburgs	209
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	60	Urlaubsreisen der Hamburger Bevölkerung	218
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	61	Monatszahlen	220
März-Heft		Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	227
Kurzinformationen	65	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	228
Struktur und Tendenzen der Wanderungen in und um Hamburg	67	September-Heft	
Untermieter in Hamburg — Ergebnis der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 —	77	Kurzinformationen	229
Norddeutscher Zahlenspiegel	80	Die Entwicklung der Arbeitsverdienste 1961 bis 1974 in Hamburg	231
Monatszahlen	82	Kapazität und Preise im Hamburger Beherbergungsgewerbe im Jahre 1975	238
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	89	Die Frau als Pkw-Fahrerin	240
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	90	Monatszahlen	245
April-Heft		Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	252
Kurzinformationen	93	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	253
Personal im öffentlichen Dienst Hamburgs (I)	95	Oktober-Heft	
Zur Lage und Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg	105	Kurzinformationen	257
Monatszahlen	114	Die Apotheken in Hamburg	259
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	121	Die Vergleichbarkeit des Hamburger Bruttoinlandsprodukts in regionaler Sicht	263
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	122	Die erwerbstätigen Hamburger 1972 bis 1974	272
Mai-Heft		Monatszahlen	276
Kurzinformationen	125	Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	283
Die Hamburger Sterbetafel 1970/72	127	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	284
Zivilprozesse vor den hamburgischen Gerichten 1969 bis 1974	135	November-Heft	
Die Entwicklung des Groß- und Außenhandels in Hamburg 1970 bis 1974	140	Kurzinformationen	285
Monatszahlen	143	Konsolidierte Schichtung der Einkünfte von Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in Hamburg — ein Beitrag aus der Steuerstatistik zur Frage der Einkommensverteilung —	287
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	150	Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure in den Jahren 1968 bis 1974	297
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	151	Monatszahlen	302
Juni-Heft		Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	309
Kurzinformationen	153	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	310
Der Güterverkehr des Hamburger Hafens mit Ostasien 1970 bis 1974	155	Dezember-Heft	
Personal im öffentlichen Dienst Hamburgs (II)	159	Kurzinformationen	313
Computerkarte Regionaldatei	163	Hamburg im Jahre 1975	315
Monatszahlen	167	Monatszahlen	335
Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	174	Ausgewählte Zahlen für Hamburg und 10 andere Großstädte	342
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	175	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	343

b) Alphabetisches Sachregister

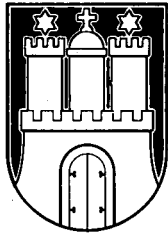
(Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

Zeichenerklärung: x = Regionalstatistische Ergebnisse Hamburgs
xx = Regionalstatistische Ergebnisse für das Umland Hamburg bis 40 km

- x Apotheken in Hamburg; Oktober S. 259
Arbeitsverdienste 1961 bis 1974; September S. 231
Außenhandel; Mai S. 140, November S. 297
- Bauhauptgewerbe; April S. 105
Bedeutung des Ostseeraumes; August S. 203
Beherbergungsgewerbe; September S. 238
Berufseinpender; Januar S. 18
- xx Bruttoinlandsprodukt; Oktober S. 263
- xx Computerkarte Regionaldatei; Juni S. 163
- Einkommensteuerpflichtige; November S. 287
Entwicklung des Bauhauptgewerbes; April S. 105
Entwicklung des Groß- und Außenhandels; Mai S. 140
Erwerbstätige; August S. 209, Oktober S. 272
- Frau als Pkw-Fahrerin; September S. 240
- x Gebiete; Juli S. 180
Groß- und Außenhandel; Mai S. 140
Güterverkehr des Hamburger Hafens; Juni S. 155
- xx Hamburger Bruttoinlandsprodukt; Oktober S. 259
Hamburger Erwerbstätigen; Oktober S. 272
Hamburger Sterbetafel; Mai S. 127
Hamburg im Jahre 1975; Dezember S. 315
- x Hamburgs Apotheken; Oktober S. 259
- Im- und Exporteure; November S. 297
- Jahresübersicht 1975; Dezember S. 315
- Kapazität und Preise im Beherbergungsgewerbe;
September S. 238
Konsolidierte Schichtung der Einkünfte von Lohn- und
Einkommensteuerpflichtigen; November S. 287
- Lage und Entwicklung des Bauhauptgewerbes;
April S. 105
Lohn- und Einkommensteuerpflichtige; November S. 287
- Millionenvermögen; Juli S. 184
- xx Norddeutscher Zahlenspiegel; März S. 80
- Öffentlicher Dienst; April S. 155, Juni S. 159
Ostasiensverkehr; Juni S. 155
Ostseeraumbedeutung; August S. 203
- xx Pendelwanderung; Januar S. 18, Februar S. 46
Personal im öffentlichen Dienst;
April S. 95, Juni S. 159
Pkw-Fahrerin; September S. 240
Preise im Beherbergungsgewerbe 1975;
September S. 238
Private Millionenvermögen; Juli S. 184
- xx Regionaldatei; Juni S. 163
- Sozialprodukt; Februar S. 39
- x Statistische Gebiete; Juli S. 180
Sterbetafel 1970/72; Mai S. 127
Steuerstatistik; November S. 287
- xx Struktur und Tendenzen der Wanderungen;
März S. 67
- xx Tendenzen der Wanderungen; März S. 67
- Untermieter; März S. 77
Urlaubsreisen der Hamburger Bevölkerung;
August S. 218
- xx Vergleichbarkeit des Bruttoinlandsprodukts;
Oktober S. 263
Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts;
Februar S. 39
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; Februar S. 39
- xx Wanderungen; März S. 67
Wohngeld in Hamburg; Januar S. 3
Wohnungsstichprobe 1972; März S. 77
- Zahl der Erwerbstätigen; August S. 209
- xx Zahlenspiegel; März S. 80
Zivilprozesse vor den hamburgischen Gerichten;
Mai S. 135

Hamburg in Zahlen

1975



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Inhalt

<i>Kurzinformationen</i>	Seite	1
Wohngeld in Hamburg – Ergebnisse der Wohngeldstatistik 1973 –		3
Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (III) – Berufseinpenderler nach Ziel- und Herkunftsgebieten sowie Verkehrsmitteln und Wegezeiten –		18
<i>Monatszahlen</i>		24
<i>Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes</i>		32
<i>Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet</i>		33

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts).
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend.
- ... = Zahlenangaben fallen später an.
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die in der betreffenden Tabelle gewählte kleinste Stelleneinheit
- r = berichtigte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- s = geschätzte Zahl.
- * = Die hiermit versehenen Positionen im ständigen Zahlenspiegel werden von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

GP 1977/988

8/13	H/m	1975	3. Ex.
1221/6a			

Statistisches Landesamt
Hamburg
+ BIBLIOTHEK +

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!

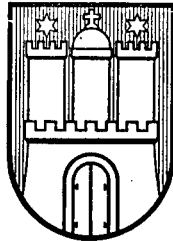
Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt, Hamburg 11, Steckelhörn 12

Einzelpreis DM 2,50; Jahresabonnement DM 20,-

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

Januar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

53 000 Jugendliche seit dem 1. Januar 1975 volljährig

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters sind am 1. Januar 1975 rd. 27 000 Hamburger und gut 26 000 Hamburgerinnen im Alter von 18 bis 20 Jahren volljährig geworden.

Die neue Volljährigkeitsregelung erstreckt sich unmittelbar nur auf junge Erwachsene mit deutscher Staatsangehörigkeit, doch gelten im alltäglichen Rechtsverkehr jetzt die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden 18- bis 20jährigen Ausländer ebenso als vollgeschäftsfähig, auch wenn sie nach dem Recht ihres Heimatlandes noch nicht voll geschäftsfähig sein sollten. In Hamburg gibt es über 4000 ausländische Jugendliche dieses Alters.

Jeder 13. Hamburger hat eine zusätzliche Krankenversicherung

Die Hamburger haben etwas besser für den Krankheitsfall vorgesorgt als der Durchschnitt der Bundesbürger. Jeder 13. Hamburger verfügt über einen zusätzlichen Krankenschutz bei einer privaten Krankenversicherung, im Bundesdurchschnitt dagegen jeder 17. Einwohner. (Kurzfristige Zusatzversicherungen bei Geschäfts- oder Urlaubsreisen sind dabei nicht mitgezählt.)

Den eigentlichen Versicherungsschutz beziehen aber fast 90% aller Hamburger als Pflichtversicherte, freiwillig Versicherte oder mitversicherte Familienangehörige aus einer gesetzlichen Krankenversicherung oder Ersatzkasse; 10% sind ausschließlich bei einer privaten Versicherungsgesellschaft geschützt, in erster Linie Selbständige und Beamte, die keiner Krankenversicherungspflicht unterliegen.

Wie weiter ermittelt wurde, haben schätzungsweise 6 000 Hamburger keinen Schutz einer Krankenkasse oder Krankenversicherung und müssen die Aufwendungen im Krankheitsfall aus eigener Tasche bestreiten. Im Bundesdurchschnitt ist der Anteil der Einwohner ohne Versicherungsschutz etwa zweieinhalb Mal so hoch wie in Hamburg.

Fast 90% aller Berufsschüler mit Ausbildungsvertrag

Im Schuljahr 1974/75 besuchen 35 500 Schüler die Hamburger Berufsschulen. Mehr als die Hälfte der Schüler erhalten Unterricht in gewerblichen Berufsschulen, über ein Drittel

in Handelsschulen. Insgesamt sind zwei von fünf Schülern Mädchen.

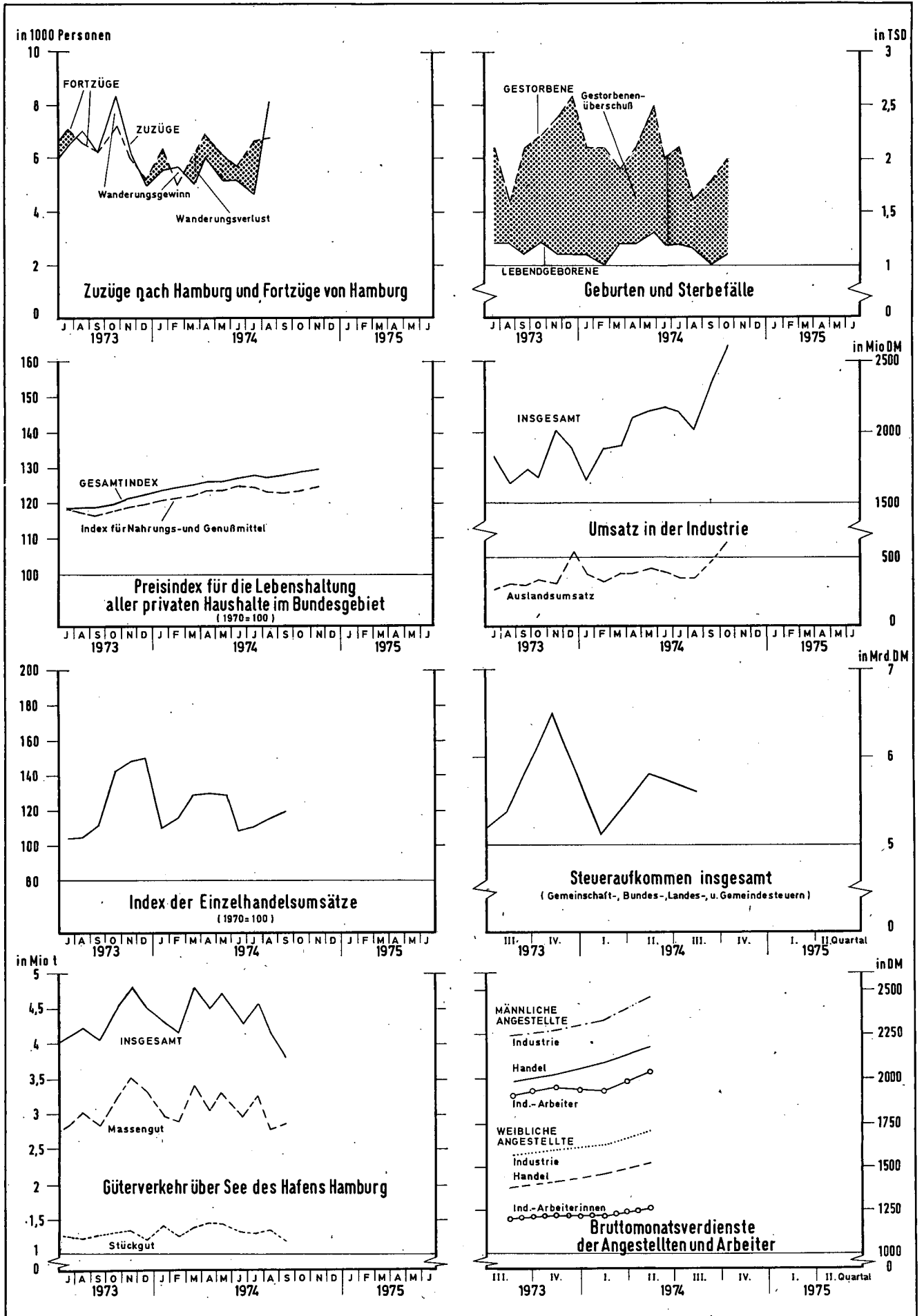
Gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr hat sich die Schülerzahl im ganzen geringfügig vermindert. Auch der Anteil der Berufsschüler mit Ausbildungs- oder Praktikantenvertrag ist leicht zurückgegangen, liegt aber nach wie vor bei nahezu 90%. Knapp 7% aller Berufsschüler sind – wie im vorigen Schuljahr – ungelernete Arbeiter, und gut 4% (Vorjahr: 3%) sind arbeitslos. Arbeitslose Berufsschüler finden sich hauptsächlich unter den Berufssozialschulern und in den überwiegend von Mädchen besuchten hauswirtschaftlichen Schulen. Im Vergleich zum Schuljahr zuvor hat sich der Anteil der arbeitslosen Schüler relativ am stärksten in den gewerblichen Berufsschulen erhöht.

Weiterhin Steuermehreinnahmen, Zuwachsraten jedoch geringer

Nach vorläufigen Abrechnungen der öffentlichen Kassen sind in Hamburg 1974 insgesamt 23 475 Mio DM an Gemeinschaft-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern aufkommen; dies entspricht einem Durchschnittsbetrag von 13 473 DM je Einwohner. Das vorjährige Gesamtsteueraufkommen wurde um knapp 8% übertroffen. Die ungewöhnlich hohe Steigerungsrate des Jahres 1973 von 18% konnte aber bei abflachender Konjunktur bei weitem nicht mehr erreicht werden.

Mit fast vier Fünfteln stand der größte Teil des gesamten Steueraufkommens dem Bund, anderen Ländern und den Gemeinden entsprechend der Ertragshoheit bzw. im Rahmen der Finanzausgleiche zu. Die Hansestadt selbst profitierte nur mit 4 867 Mio DM am Steueraufkommen. Gegenüber 1973 erbrachten diese haushaltswirksamen Steuereinnahmen ein Mehr von 586 Mio DM (+ 14%), woran fast alle Steuerarten beteiligt waren. Spitzenreiter beim Zustandekommen dieser Mehreinnahmen war wieder die Lohnsteuer einschl. Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer (+ 235 Mio DM). Auch die Nichtveranlagten Steuern vom Ertrag stiegen stark an (+ 194 Mio DM). Die im Laufe des Jahres 1974 angepaßten Steuerertragsschätzungen wurden vom tatsächlichen Kassenergebnis insgesamt um 138 Mio DM übertroffen, was in erster Linie auf die nicht in der veranschlagten Höhe abgeführten Länderfinanzausgleichszahlungen zurückzuführen ist.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Wohngeld in Hamburg

— Ergebnisse der Wohngeldstatistik 1973 —

INHALT

1. Grundlagen der Wohngeldgewährung
 - 1.1 Förderungsberechtigter Personenkreis
 - 1.2 Familieneinkommen
 - 1.3 Miete und Belastung
 - 1.4 Höchstbeträge für Miete und Belastung
2. Die Höhe des Wohngeldes
3. Die Wohnraumversorgung der Hamburger Wohngeldempfänger
 - 3.1 Soziale Schichtung und Familiengröße
 - 3.11 Haushalte mit Mietzuschuß
 - 3.12 Haushalte mit Lastenzuschuß
 - 3.2 Allgemeine Merkmale der Wohnraumversorgung
 - 3.21 Bezugsfertigkeit und Ausstattung
 - 3.22 Wohnungsgröße und Miethöhe
 - 3.3 Wohnungsgröße und Belegung
 - 3.31 Überbelegung von Wohnraum
 - 3.32 Unterbelegung von Wohnraum
4. Das Familieneinkommen der Wohngeldempfänger in Hamburg
 - 4.1 Außer Betracht bleibende Einnahmen
 - 4.2 Freibeträge für besondere Personengruppen
 - 4.3 Gesamtsumme der nicht zu berücksichtigenden Beträge
5. Die Höhe der Wohngeldleistungen
 - 5.1 Überschreiten der Höchstbeträge für die Miete
 - 5.2 Mietbelastung der Wohngeldempfänger
6. Schlußbemerkung

Mit dem Wohngeld nimmt die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich auf dem Gebiet der individuellen Förderung von Haushalten eine führende Rolle ein. Diese ist nicht zuletzt auf die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen, wodurch die früher festzustellende Scheu vor der Inanspruchnahme des Wohngeldes mehr und mehr abgebaut werden konnte. Entsprechend hat sich die Zahl der Wohngeldempfänger in Hamburg von 18 539 Ende 1965 auf 64 372 Ende 1973 erhöht und die damit verbundenen Ausgaben haben sich mit 6,9 Mio DM (Ende 1965) und 48,7 Mio DM (Ende 1973) steil nach oben entwickelt. Im gesamten Bundesgebiet werden für das

Jahr 1974 die Aufwendungen im Rahmen der Wohngeldleistungen auf etwa 1,4 Mrd DM geschätzt.

1. Grundlagen der Wohngeldgewährung

1.1 Förderungsberechtigter Personenkreis

Zum förderungsberechtigten Personenkreis gehören sämtliche Antragsberechtigten, deren Familieneinkommen unter einer gewissen Grenze liegt. Nach § 3, 2. WoGG¹⁾ sind zu den Antragsberechtigten im wesent-

¹⁾ Zweites Wohngeldgesetz in der Fassung vom 14. 12. 1973 (BGBl. I S. 1863).

lichen die Mieter von Wohnraum und die Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung zu rechnen. Dabei wird das Wohngeld versagt, wenn das Familieneinkommen²⁾ den Betrag von 9600,- DM übersteigt. Diese Grenze erhöht sich für das zweite und jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied um je 2400,- DM (§ 19, 2. WoGG). Die Zahl der Familienmitglieder, zu denen z. B. auch Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und Pflegeeltern gehören, ergibt sich nach § 4, 2. WoGG.

1.2 Familieneinkommen

Das Familieneinkommen bestimmt sich aus dem Gesamtbetrag des Jahreseinkommens der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder³⁾. Als Jahreseinkommen im Sinne des 2. WoGG werden alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert verstanden, ohne Rücksicht auf ihre Quelle und ohne Rücksicht darauf, ob sie als Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtig sind oder nicht (§ 10, 2. WoGG). Von dieser Summe sind die nicht zu berücksichtigenden Beträge abzuziehen, die sich untergliedern in:

- Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12, 2. WoGG)
- Einnahmen aus Miete und Pacht sowie Beiträge Dritter zur Aufbringung der Belastung (§ 13, 2. WoGG)
- außer Betracht bleibende Einnahmen (§ 14, 2. WoGG)
- Kinderfreibeträge (§ 15, 2. WoGG)
- Freibeträge für besondere Personengruppen (§ 16, 2. WoGG)
- allgemeiner Freibetrag (§ 17, 2. WoGG)

Im § 14, 2. WoGG werden insgesamt 31 Arten der außer Betracht bleibenden Einnahmen unterschieden, zu denen z. B. Grundrenten an Witwen, Witwer und Waisen

²⁾ Zum Begriff des Familieneinkommens vgl. Abschnitt 1.2

³⁾ Bei Alleinstehenden tritt an die Stelle des Familieneinkommens das Jahreseinkommen.

der Beschädigten nach dem Bundesversorgungsgesetz gehören, Leistungen zur Förderung der beruflichen Bildung, Prämien auf Grund des Spar-Prämiengesetzes und des Wohnungsbau-Prämiengesetzes sowie Zulagen nach dem Berlinförderungsgesetz. Zu den besonderen Personengruppen des § 16, 2. WoGG rechnen Behinderte, die um wenigstens 50% in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind (ohne Alterserscheinungen), Tuberkulosekranke, Heimkehrer und Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Der allgemeine Freibetrag des § 17, 2. WoGG beträgt 30% des um die nicht zu berücksichtigenden Beträge der §§ 12 bis 16 verminderten Jahreseinkommens. Für jeden Haushalt mit Wohngeldanspruch liegt also durch den allgemeinen Freibetrag das Familieneinkommen um mindestens 30% unter dem Jahreseinkommen.

1.3 Miete und Belastung

Nach § 5, 2. WoGG ist die Miete das Entgelt für die Gebrauchsüberlassung von Wohnraum auf Grund von Mietverträgen oder ähnlichen Nutzungsverhältnissen einschließlich Umlagen, Zuschlägen und Vergütungen. Dabei bleiben die Kosten für Beheizung, Warmwasserversorgung, Untermieterzuschläge, Zuschläge für die Benutzung von Wohnraum zu anderen als Wohnzwecken sowie die Vergütung für die Überflassung von Möbeln, Kühlschränken und Waschmaschinen außer Betracht.

Die Belastung der Hauptgruppe der Antragsberechtigten für einen Lastenzuschuß (Eigentümer von Eigenheimen und Eigentumswohnungen) ist die Belastung aus dem Kapitaldienst und aus der Bewirtschaftung, wobei die jährliche Belastung in einer Wohngeld-Lastenberechnung ermittelt wird (§ 6, 2. WoGG).

1.4 Höchstbeträge für Miete und Belastung

Um zu vermeiden, daß das Wohngeld auch für unangemessene hohe Wohnkosten gewährt werden muß, ist die Miete oder Belastung nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen zuschufähig. Diese Höchstbeträge (§ 8, 2. WoGG) hängen ab

- vom Zeitpunkt der Fertigstellung der Wohnung
- von der Ausstattung der Wohnung

Tabelle 1

Höchstbeträge für Miete und Belastung in Hamburg

Haushalte mit Familienmitgliedern	Wohnraum, der											
	bis zum 20. Juni 1948			nach dem 20. Juni 1948 bis zum 31. Dezember 1965			nach dem 31. Dezember 1965 bis zum 31. Dezember 1971			nach dem 31. Dezember 1971		
	bezugsfertig geworden ist mit der Ausstattung *)											
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1	110	155	190	145	155	190	155	185	230	155	195	240
2	140	200	250	185	200	250	200	240	295	200	255	310
3	170	245	300	230	245	300	245	290	350	245	310	370
4	200	290	345	275	290	345	285	330	395	285	350	415
5	227	328	386	311	328	386	324	371	440	324	391	460
6	254	366	427	347	366	427	363	412	485	363	432	505
7	281	404	468	383	404	468	402	453	530	402	473	550

*) A = ohne Sammelheizung und ohne Bad oder Duschaum; B = nur mit Sammelheizung oder nur mit Bad oder Duschaum; C = mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum.

- vom Standort der Wohnung nach Gemeindegrößenklassen
- von der Haushaltsgröße.

Vorstehende T a b e l l e 1 gibt die für Hamburg gültigen Höchstbeträge an.

Die in diese wohnungsmarktwirtschaftliche Komponente eingearbeitete qualitativ befriedigende Wohnungsversorgung kann nur dann erreicht werden, wenn die in der T a b e l l e 1 ausgewiesenen Werte auch den auf dem Wohnungsmarkt geforderten Mieten entsprechen. Deshalb wird die Bundesregierung im § 8, Abs. 4, 2. WoGG dazu verpflichtet, dem Bundestag alle zwei Jahre über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum mit dem Ziel zu berichten, eine Entscheidung über die Anpassung der Höchstbeträge zu ermöglichen.

2. Die Höhe des Wohngeldes

Die Höhe des Wohngeldes ist den Anlagen 1 bis 8 zum 2. WoGG zu entnehmen. Sie hängt ab von der Haushaltsgröße, vom Familieneinkommen und der Miete oder Belastung, die die Höchstbeträge nicht übersteigen. Im anderen Fall wird statt der tatsächlich gezahlten Miete nur der entsprechende Höchstbetrag berücksichtigt. Die Ermittlung der Wohngeldhöhe ist also nicht direkt von der Wohnungsgröße abhängig; die Ausstattung der Wohnung wird nur über die Höchstbeträge gesteuert, wenn sie im Einzelfall maßgebend sind.

Nach den Anlagen sind die Wohngeldtabellen so aufgebaut, daß mit abnehmendem Familieneinkommen und steigender Miethöhe bei größer werdender Zahl der Familienmitglieder die Höhe des Wohngeldes zunimmt. So erhält z. B. ein 1-Personen-Haushalt mit einer Miete von 110,- DM bei einem Monatseinkommen von 500,- DM insgesamt 13,- DM Wohngeld, der mit einem Monatseinkommen von 200,- DM jedoch 79,- DM. Für den 3-Personen-Haushalt lauten die entsprechenden Werte 24,- DM und 99,- DM Wohngeld.

Die Zunahme des Wohngeldes mit abnehmendem Familieneinkommen, steigender Miethöhe und größer werdender Personenzahl erfolgt jedoch nicht mit einer Gesetzmäßigkeit, die sich zum Zweck ihrer Analyse

durch eine Formel zum Ausdruck bringen ließe. Deshalb erlauben es die Wohngeldtabellen nur, Einzelbeispiele zu untersuchen.

Da für die Haushalte die verbleibende Miete nach Gewährung von Wohngeld entscheidender ist als die Höhe des Wohngeldes selbst, wird dieses in der T a b e l l e 2 am Beispiel des Familieneinkommens von monatlich 500,- DM dargestellt.

Der T a b e l l e 2 ist zu entnehmen, daß es ab dem 2-Personen-Haushalt Bereiche der tatsächlichen Miete gibt, in denen die verbleibende Miete durch das Wohngeld konstant gehalten wird (beim 3-Personen-Haushalt beträgt z. B. die verbleibende Miete bei einer tatsächlichen Miete von 120,- DM bis 180,- DM nach Spalte 3 bis 6 stets 96,- DM). In diesen Fällen nimmt die Mietbelastung in Prozent vom Familieneinkommen pro Person durchschnittlich um $1,44\% = 7,20 \text{ DM ab}$. Da mit monatlich 7,20 DM kein zusätzliches Familienmitglied zu unterhalten ist, werden die kleineren Haushalte in ihren Bereichen mit konstanter verbleibender Miete bevorzugt. Um als Konkurrenten gegenüber den anderen auf dem Wohnungsmarkt auftreten zu können, müssen die größeren Haushalte teurere Wohnungen beziehen. So beträgt nach T a b e l l e 2 die Mietbelastung eines 7-Personen-Haushalts bei 240,- DM tatsächlicher Miete immer noch $12,8\%$ vom Familieneinkommen, die des 2-Personen-Haushalts jedoch schon $29,0\%$ (statt $20,0\%$). Dieses Förderungssystem ist dann gerechtfertigt, wenn die größeren Haushalte deshalb eine Wohnung mit einer höheren tatsächlichen Miete beziehen müssen, weil der Mietunterschied ausschließlich durch die Wohnungsgröße bedingt ist. Die geschilderte Art der Bevorzugung von kleineren Haushalten kehrt sich jedoch in ihr Gegenteil um, wenn für diese Haushalte in den Bereichen mit konstant gehaltener verbleibender Miete auf dem Wohnungsmarkt keine Wohnungen angeboten werden. In diesem Fall sind dann die kleineren Haushalte generell benachteiligt.

3. Die Wohnraumversorgung der Hamburger Wohngeldempfänger

3.1 Soziale Schichtung und Familiengröße

Die jährlich mit dem Stichtag 31. 12. erstellten Tabellen der Wohngeldstatistik erlauben es, die soziale Schichtung mit der Familiengröße zu kombinieren. Dabei

T a b e l l e 2

Verbleibende Miete nach Gewährung von Wohngeld bei einem monatlichen Familieneinkommen von 500 DM

Haushalte mit ... Familienmitgliedern	tatsächliche Miete in DM ¹⁾													
	80	100	120	140	160	180	200	220	240	260	280	300	320	340
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	—	—	107	108	123	138	153	168	183	—	—	—	—	—
2	—	95	100	100	100	110	121	133	145	156	168	180	192	—
3	—	91	96	96	96	96	100	109	118	128	137	147	156	166
4	—	83	88	88	88	88	88	91	99	107	115	122	130	138
5	—	76	81	81	81	81	81	81	83	89	96	102	109	115
6	68	68	73	73	73	73	73	73	73	73	76	80	85	90
7	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	64	66

¹⁾ nur bis zu den jeweiligen Höchstbeträgen von nach dem 31. Dezember 1971 fertiggestelltem Wohnraum mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum (vgl. T a b e l l e 1).

Tabelle 3

Soziale Schichtung und Familiengröße der Empfänger von Mietzuschuß am 31. 12. 1973

Haushalte mit . . . Familienmitgliedern	Soziale Schichtung															
	Selbständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Rentn., Pensionäre		Empfänger von Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge		Sonstige		insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1	105	24	37	6	320	18	534	17	41 382	79	591	81	2 465	52	45 434	71
2	107	25	16	2	342	19	325	10	9 782	19	82	11	690	14	11 344	18
3	55	12	150	23	413	23	513	16	639	1	33	5	682	14	2 485	4
4	86	19	262	40	385	21	632	20	211	1	15	2	517	11	2 108	3
5	56	13	134	21	222	12	503	16	97	0	4	1	253	5	1 269	2
6	20	4	31	5	63	4	304	10	38	0	2	0	93	2	551	1
7 u. mehr	13	3	19	3	50	3	345	11	37	0	—	—	88	2	552	1
Zusammen .	442	100	649	100	1 795	100	3 156	100	52 186	100	727	100	4 788	100	63 743	100

werden die Wohngeldempfänger danach unterschieden, ob ihnen ein Mietzuschuß oder ein Lastenzuschuß gewährt wird⁴⁾. Um mögliche vorhandene Unterschiede in der sozialen Schichtung zwischen den Mietern einerseits und den Eigentümern andererseits erkennen zu können, erfolgt deshalb eine nach Mietzuschuß und Lastenzuschuß getrennte Darstellung.

3.11 Haushalte mit Mietzuschuß

Die soziale Schichtung und die Familiengröße der in einer Mietwohnung lebenden Haushalte mit Wohngeldgewährung ist Tabelle 3 zu entnehmen.

Nach Tabelle 3 sind 81,9% sämtlicher Mietzuschußempfänger Rentner oder Pensionäre, von denen 79% in 1-Personen-Haushalten leben. Wegen des sehr hohen Anteils dieser sozialen Schicht, stellen entsprechend 71% aller Empfänger von Mietzuschuß in Hamburg 1-Personen-Haushalte dar.

Betrachtet man die einzelnen sozialen Schichten nach der Familiengröße, so ist festzustellen, daß fast ausschließlich (über 90%) die Rentner und Pensionäre sowie die Empfänger von Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge in kleineren Haushalten⁵⁾ leben. Nach Tabelle 3 sind die Selbständigen und „Sonstige“, zwar mit einem geringeren Anteil, ebenfalls vorwiegend zu den kleineren Haushalten zu rechnen. Bei den Beamten gehören dagegen über 80% zu den Haushalten mittlerer Größe⁶⁾, während die Angestellten zu 37% in kleinen Haushalten und zu 56% in denen mit mittlerer Größe leben. Ein hierzu abweichendes Bild ist bei den Arbeiter-Haushalten festzustellen, die von allen sozialen Schichten die „ausgewogenste“ Verteilung bei den verschiedenen Haushaltsgrößen aufweisen. Mit einem Anteil von mindestens 10% bei den einzelnen Familiengrößen stellen sie deshalb auch mit 58,8% die meisten großen Haushalte⁷⁾.

⁴⁾ Zu den Empfängern mit Mietzuschuß gehören im wesentlichen die Mieter von Wohnraum; die Empfänger von Lastenzuschuß sind hauptsächlich Eigentümer von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen.

⁵⁾ 1- und 2-Personen-Haushalte

⁶⁾ 3- bis 5-Personen-Haushalte

⁷⁾ Haushalte mit 6 und mehr Personen.

3.12 Haushalte mit Lastenzuschuß

Mit insgesamt 629 Empfängern von Lastenzuschuß in Hamburg hat am 31. 12. 1973 der Anteil dieser Haushalte an den Wohngeldempfänger nur 1,0% betragen. Wegen der geringen Fallzahl wird deshalb auf die Darstellung einer der Tabelle 3 entsprechenden Übersicht verzichtet. Es sind z. B. nur 2 Empfänger von Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge zu verzeichnen gewesen und überhaupt keine kleinen Beamtenhaushalte.

Nach der sozialen Schicht sind „nur“ 56,3% der Empfänger von Lastenzuschuß als Rentner oder Pensionäre einzuordnen. Von ihnen leben im Vergleich zu denen mit Mietzuschuß auch weniger in 1-Personen-Haushalten (69,2%), so daß der Anteil der 1-Personen-Haushalte an sämtlichen Empfängern von Lastenzuschuß bei 42,8% liegt.

3.2 Allgemeine Merkmale der Wohnraumversorgung

Bei den allgemeinen Merkmalen zur Wohnraumversorgung werden die Wohnungen nach verschiedenen Zeitpunkten der Bezugfertigkeit, den einzelnen Ausstattungsarten sowie nach der durchschnittlichen Wohnungsgröße und der Miethöhe betrachtet. Da speziell die beiden zuletzt genannten Merkmale ohne die Kenntnis der jeweiligen Familiengröße wenig aussagekräftig sind, erfolgt generell auch eine Differenzierung nach der Zahl der Familienmitglieder der in den Wohnungen lebenden Haushalte. Diese Betrachtungsweise macht es erforderlich, den Wohnungsbestand der Wohngeldempfänger in 84 Untergruppen zu zerlegen. Dabei ergibt sich wie bei der sozialen Schichtung die Schwierigkeit, daß hierfür der Gesamtbestand der 629 Empfänger von Lastenzuschuß zu gering ist. Aus diesem Grund wird sich bei der Darstellung der allgemeinen Merkmale zur Wohnraumversorgung nur auf die Wohnungen der Mietzuschußempfänger beschränkt. Die hierzu notwendigen Angaben sind der dem Anhang beigefügten Tabelle 11 zu entnehmen.

3.2.1 Bezugfertigkeit und Ausstattung

Von den 63 743 Mietzuschußempfängern am 31. 12. 1973 haben 29,7% in Altbauwohnungen und 70,3% in

Neubauwohnungen gelebt⁸⁾. Zum Vergleich lauten für den gesamten Wohnungsbestand in Hamburg nach der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 die entsprechenden Anteile 41,8 % (Altbauwohnungen) und 58,2 % (Neubauwohnungen). Auch unter Berücksichtigung der Bautätigkeit im Wohnungsbau seit 1968 ist festzustellen, daß die Wohngeldempfänger vergleichsweise im größeren Maße in Wohnungen des neueren Wohnungsbestandes untergebracht sind.

Betrachtet man diese Anteile getrennt nach den einzelnen Haushaltsgrößen der Mietzuschußempfänger, so treten deutliche Abweichungen von den angegebenen Durchschnittswerten offen zutage. Während der höchste Prozentsatz der Wohngeldempfänger, die eine Altbauwohnung gemietet haben, mit 33,5 % bei den 1-Personen-Haushalten auszuweisen ist, sinkt dieser Anteil kontinuierlich mit der Familiengröße bis zum 6-Personen-Haushalt auf 7,2 % ab. Bei den Haushalten mit 7 und mehr Personen nimmt dann der Prozentsatz derjenigen, die im Altbauwohnungsbestand leben, leicht wieder um 2,6 % auf 9,8 % zu.

Tabelle 11 im Anhang gibt Aufschluß darüber, wie die Haushalte mit Mietzuschuß in Wohnungen nach verschiedenen Ausstattungseigenschaften untergebracht sind. Nach ihr leben von den Wohngeldempfängern (zum Vergleich sind die entsprechenden Werte für den gesamten Wohnungsbestand in Hamburg nach der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 in Klammern mit angegeben):

17,4 % (22,8 %) in Wohnungen ohne Sammelheizung und ohne Bad oder Duschaum

24,8 % (30,2 %) in Wohnungen nur mit Sammelheizung oder nur mit Bad oder Duschaum

57,8 % (47,0 %) in Wohnungen mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum.

Wegen des engen Zusammenhangs zwischen Baufertigstellung und Wohnungsausstattung sind die Wohnungen der Mietzuschußempfänger deshalb besser ausgestattet, weil diese Haushalte im größeren Maße als die Hamburger Bevölkerung im neueren Wohnungsbestand untergebracht sind.

Bei den 1-Personen-Haushalten leben die meisten Familien (20,6 %) in Wohnungen, die weder Sammelheizung noch Bad oder Duschaum besitzen. Dieser Prozentsatz nimmt mit der Familiengröße stetig ab, und zwar bis auf 2,4 % bei den Haushalten mit 7 und mehr Personen. Hierin kommt zum Ausdruck, daß mit zunehmender Zahl der Familienmitglieder ein abnehmender Anteil von Mietzuschußempfängern in Altbauwohnungen zu verzeichnen ist und 76,8 % der am „schlechtesten“ ausgestatteten Wohnungen zum Altbauwohnungsbestand gehört. Überraschenderweise trifft diese Tatsache auch dann zu, wenn nur die Unterbringung in Altbauwohnungen betrachtet wird. So leben von den Haushalten in bis 1948 fertiggestellten Wohnungen 47,1 % der 1-Personen-Haushalte in solchen mit „schlechtesten“ Ausstattung; von denen mit 7 und mehr Personen dagegen nur 13,0 %. Dieser Sachver-

halt deutet darauf hin, daß es sich bei den 1-Personen-Haushalten in den Altbauwohnungen mit „schlechtesten“ Ausstattung vorwiegend um Rentner oder Pensionäre handeln dürfte (vgl. Abschnitt 3.11), deren Einkommen zu gering ist, um eine besser ausgestattete Wohnung beziehen zu können.

3.22 Wohnungsgröße und Miethöhe

Nach Tabelle 11 im Anhang beträgt die durchschnittliche Wohnungsgröße der 1-Personen-Haushalte 41 qm. Mit zunehmender Zahl der Familienmitglieder nimmt die Wohnfläche im Mittel um 8,3 qm pro Person zu. Dabei ist der größte Unterschied zwischen der Fläche der Wohnungen der 1-Personen-Haushalte und der der 2-Personen-Haushalte mit 14 qm festzustellen. Für alle Baualterstufen ist generell die Wohnfläche bei den Wohnungen mit Sammelheizung und Bad oder Duschaum am größten. Die vielfach begründete Vermutung, daß die Altbauwohnungen eine größere Fläche besitzen, trifft in dieser allgemeinen Form nicht für die Unterbringung der Mietzuschußempfänger zu. Nur die 1-Personen-Haushalte und diejenigen mit 7 und mehr Familienmitgliedern leben in Altbauwohnungen, deren durchschnittliche Wohnfläche größer als die der Neubauwohnungen ist. Dabei sind allerdings zum Teil erhebliche Unterschiede festzustellen. So leben im Altbauwohnungsbestand nach Tabelle 11 die 1-Personen-Haushalte in einer bis zu 19 qm⁹⁾ und die Haushalte mit 7 und mehr Personen in einer bis zu 38 qm größeren Wohnung. Bei den Familien mit 3 bis 6 Personen besitzen dagegen diejenigen Wohnungen die größte Fläche, die nach dem 31. 12. 1970 bezugsfertig wurden, während es bei den 2-Personen-Haushalten die zwischen dem 31. 12. 1965 und 31. 12. 1970 erbauten Wohnungen sind.

Sowohl die absolute Miethöhe als auch die Miete in DM/qm nimmt naturgemäß um so mehr zu, je später die Wohnungen bezugsfertig geworden sind. Der Unterschied zwischen dem DM/qm-Betrag der Altbauwohnungen und dem der nach dem 31. 12. 1970 erstellten Wohnungen ist bei den 1-Personen-Haushalten mit 2,04 DM/qm am größten, er verringert sich dann mit wachsender Zahl der Familienmitglieder auf 1,30 DM/qm (4-Personen-Haushalt) und steigt dann wieder auf 1,63 DM/qm bis zu den Haushalten mit 7 und mehr Personen an. Bei diesem Vergleich schneiden die 1-Personen-Haushalte am schlechtesten ab, weil sie im Gegensatz zur Altbauwohnung beim Bezug einer nach dem 31. 12. 1970 erstellten Wohnung durchschnittlich auf 15,9 % der Wohnfläche verzichten müßten bei gleichzeitiger Steigerung der Miete in DM/qm um 66,4 % (= 40,0 % der absoluten Miete).

3.3 Wohnungsgröße und Belegung

Neben der qualitativ befriedigenden Wohnungsausstattung ist ein weiteres wesentliches Ziel der mit dem Wohngeld verbundenen Leistungen darin zu sehen, den Haushalten ein familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen. Dabei kommt es darauf an, die anspruchsberechtigten Haushalte mit der Gewährung von Wohngeld in die Lage zu versetzen, sich eine ihrer Familien-

⁹⁾ ohne den einen 1-Personen-Haushalt in einer Wohnung mit 7 qm.

⁸⁾ Altbauwohnungen: bis zum 20. 6. 1948 bezugsfertig gewordene Wohnungen — Neubauwohnungen: nach dem 20. 6. 1948 bezugsfertig gewordene Wohnungen.

größe entsprechende Wohnung mieten zu können. In diesem Zusammenhang werden zum Zwecke der Beurteilung des familiengerechten Wohnens Normen für die „angemessene Wohnfläche“ einzelner Haushaltsgrößen benötigt. Das 2. WoGG enthält im Gegensatz zum 1. WoGG keinen Paragraphen über die noch förderungswürdige Wohnfläche, „weil man davon ausging, daß zu den nach § 2 zu berücksichtigenden Gesamtmieten eine Wohnung ‚ausreichender‘ Größe genutzt werden kann“¹⁰⁾. Deshalb werden zur normativen Festlegung des familiengerechten Wohnens die Bestimmungen des § 13, Abs. 3, 1. WoGG¹¹⁾ berücksichtigt. Die nach dem 1. WoGG anzuerkennende benötigte Wohnfläche für die einzelnen Haushaltsgrößen ist nur in Form von Höchstwerten ausgewiesen, so daß dadurch nicht die Fälle der Überbelegung von Wohnraum zu erfassen sind. Aus diesem Grund wird unterstellt, daß für jedes zum Haushalt rechnende Familienmitglied mindestens eine Wohnfläche von 10 qm vorhanden sein sollte¹²⁾.

Es ergeben sich danach die in Tabelle 4 dargestellten und an die Schwellenwerte der entsprechenden Tabelle der Wohngeldstatistik angepaßten normativen Wohnflächen des familiengerechten Wohnens.

Tabelle 4
Normative Wohnflächen des familiengerechten Wohnens

Haushalte mit ... Familienmitgliedern	Wohnfläche	
	von ... bis unter ... qm	bis zu ... qm ¹⁾
	1	2
1	20 — 40	40
2	20 — 50	50
3	30 — 70	65
4	40 — 80	80
5	50 — 100	90
6	60 — 100	100
7 und mehr	über 70	—

¹⁾ anzuerkennende benötigte Wohnfläche nach § 13, Abs. 3, Erstes WoGG.

Der Tabelle 4 ist zu entnehmen, bei welcher Haushaltsgröße nach diesen normativen Gesichtspunkten von einer normal belegten Wohnung gesprochen werden kann. Damit ist eine Wohnung mit einer kleineren Wohnfläche als in Tabelle 4 überbelegt und die mit einer größeren unterbelegt. Bei der Bewertung der Wohnraumbelegung der Mietzuschußempfänger werden nur diejenigen Haushalte berücksichtigt, die nach § 8, Abs. 2 und 3, 2. WoGG keinen Anspruch auf eine erhöhte Wohnfläche haben. Von den insgesamt 63 743 Empfängern von Mietzuschuß sind hierzu 59 365 Haushalte (= 93,1 %) zu rechnen. Das Ergebnis des Zusammenhangs von Wohnungsgröße und Belegung ist in Tabelle 10 im Anhang dargestellt.

3.31 Überbelegung von Wohnraum

Unter Berücksichtigung der Wohnflächen für ein familiengerechtes Wohnen (vgl. Tabelle 4) leben nach

¹⁰⁾ „Beitrag zur Diskussion über die sog. Fehlsubvention im öffentlich geförderten Wohnungsbau“, Forschungsauftrag erstattet von der GEWOS e. V., Hamburg 1973, S. 8.

¹¹⁾ Wohngeldgesetz in der Fassung vom 1. April 1965 (BGBl. I S. 178).

¹²⁾ beim 1-Personen-Haushalt mindestens 20 qm.

Tabelle 10 3,9% der Haushalte in überbelegten Wohnungen. Dieses trifft insbesondere für die Altbauwohnungen mit einem Überbelegungsanteil von 5,9 % zu. Mit abnehmendem Baualter verringert sich diese Quote bis auf 1,5 % bei den nach dem 31. 12. 1970 bezugsfertig gewordenen Wohnungen. Daraus kann für den neueren Wohnungsbestand die Tendenz zur besseren Anpassung von Wohnungsangebot und -nachfrage abgelesen werden.

Bei der Überbelegungsquote ist für alle Baualterstufen generell ein höherer Prozentsatz im frei finanzierten Wohnungsbau festzustellen. Diese Tatsache deutet darauf hin, daß die nicht in einer Sozialwohnung untergekommenen Haushalte eher versuchen, die höhere Miete im frei finanzierten Wohnungsbau durch den Bezug einer für ihre Familiengröße im Grunde zu kleinen Wohnung zu verringern.

Differenziert man die Überbelegung von Wohnraum nach der Haushaltsgröße, so ist ein hoher Prozentsatz bei den 1-Personen-Haushalten (5,2 %) zu beobachten, der bei den 2-Personen-Haushalten mit 0,1 % den niedrigsten Wert annimmt, um dann mit der Zahl der Familienmitglieder stetig bis auf 8,1 % (Haushalte mit 7 und mehr Personen) anzusteigen. Dabei dürfte die hohe Überbelegung bei den 1-Personen-Haushalten wohl kaum durch den Bau von zu vielen Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von unter 20 qm zustande gekommen sein, sondern eher durch einen entsprechend hohen Untermieteranteil.

3.32 Unterbelegung von Wohnraum

Nach Tabelle 10 sind 50,9% der Haushalte in Wohnungen untergebracht, die im Sinne des familiengerechten Wohnens (vgl. Tabelle 4) eine zu große Wohnfläche aufweisen. Hierzu gehören insbesondere die 1- und 2-Personen-Haushalte, auf die allein mit 28 712 Fällen 95,1 % der gesamten Unterbelegung entfällt. Dabei leben diese Haushalte nicht vorwiegend in solchen Wohnungen, deren Größe nur knapp über der in Tabelle 4 enthaltenen Norm liegt. Deshalb wird in Tabelle 5 die Unterbringung der 1- und 2-Personen-Haushalte nach 10 Wohnungsgrößen angegeben.

Tabelle 5
Wohnungsgröße der 1- und 2-Personen-Haushalte am 31. 12. 1973¹⁾

Wohnfläche von ... bis unter ... qm	1-Personen-Haushalte		2-Personen-Haushalte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4
unter 20	2 187	5,2	15	0,1
20 — 30	5 727	13,5	97	0,9
30 — 40	12 630	29,8	748	7,1
40 — 50	11 764	27,8	2 733	26,0
50 — 60	6 759	16,0	4 178	39,7
60 — 70	2 322	5,5	1 919	18,2
70 — 80	630	1,5	595	5,7
80 — 100	255	0,6	196	1,9
100 — 120	38	0,1	30	0,3
120 und mehr	17	0,0	9	0,1
Insgesamt	42 329	100,0	10 520	100,0

¹⁾ Nur Mietzuschußempfänger ohne erhöhten Wohnbedarf nach § 8, Abs. 2 und 3, 2. WoGG.

Der Tabelle 5 ist zu entnehmen, daß noch 17 1-Personen-Haushalte und 9 2-Personen-Haushalte Wohngeld zur Aufbringung der Miete für eine Wohnung von 120 und mehr Quadratmetern erhalten. Würde man für die Haushalte der Tabelle 5 eine Wohnfläche bis zu 60 qm als zuschlußwürdig ansehen (statt 40 qm bzw. 50 qm), so leben immer noch 6011 von ihnen in zu großen Wohnungen. Allein aufgrund dieser beiden Familiengrößen ergäbe sich schon für sämtliche Mietzuschußempfänger der Tabelle 10 eine Unterbelegung von 10,1 %.

Wie bei der Überbelegung ist die größte Unterbelegungsquote mit 60,6 % bei den Altbauwohnungen festzustellen. Sie verringert sich ebenfalls mit abnehmendem Baualter bis auf 37,9 % für die nach dem 31. 12. 1970 bezugsfertig gewordenen Wohnungen, so daß hieraus verstärkt die Tendenz zur besseren Anpassung von Wohnungsangebot und -nachfrage abzulesen ist.

Während nach Tabelle 10 bei allen Baualterstufen stets eine geringere Überbelegungsquote im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu beobachten ist, weist dagegen dieser Wohnungsbestand generell einen zum Teil erheblich höheren Prozentsatz der Unterbelegung auf. Hierin kommt zum Ausdruck, daß die auf den frei finanzierten Wohnungsbau angewiesenen Haushalte wegen der höheren Miete im größeren Umfang bereit sind, die Wohnungsgröße ihrer Familiengröße anzupassen. Gleichzeitig führt die höhere Unterbelegung zu einer mangelnden Fluktuationsmöglichkeit innerhalb des Sozialwohnungsbestandes. Damit ist die Notwendigkeit verbunden, den Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen stärker als eigentlich nötig auszuweiten.

4. Das Familieneinkommen der Wohngeldempfänger in Hamburg

Nach Abschnitt 1.2 bestimmt sich das Familieneinkommen der Wohngeldempfänger aus dem Jahreseinkommen in Geld oder Geldeswert abzüglich der nicht zu berücksichtigenden Beträge. Die Tabellen zur Wohngeldstatistik erlauben es, diese nicht zu berücksichtigenden Beträge danach aufzuschlüsseln, ob es sich nach § 14, Abs. 1, 2. WoGG um außer Betracht bleibende Einnahmen oder im Sinne des § 16, Abs. 1 und 2, 2. WoGG um Freibeträge für besondere Personengruppen handelt. Mit der Darstellung der abzugsfähigen Einnahmen kann die Höhe des Familieneinkommens besser beurteilt werden, weil diese Beträge bei der Ermittlung des Familieneinkommens nicht mitgerechnet werden.

4.1 Außer Betracht bleibende Einnahmen

Die bei der Bestimmung des Familieneinkommens außer Betracht bleibenden Einnahmen (nach § 14, Abs. 1, 2. WoGG) werden nach Art und Umfang durch Tabelle 6 angegeben.

Aus der Tabelle 6 ist zu entnehmen, daß am 31. 12. 1973 insgesamt 9986 Haushalte (= 15,5 % sämtlicher Wohngeldempfänger) außer Betracht bleibende Einnahmen geltend machen konnten. Dabei haben diese nicht zum Familieneinkommen rechnenden Einnahmen durchschnittlich 203,- DM monatlich betragen. Sowohl nach der Zahl der Fälle als auch nach der Höhe der gezahlten Beträge handelt es sich hierbei in erster Linie um Grundrenten an Witwen und Waisen, die nach Tabelle 6 von 6253 Haushalten mit im

Tabelle 6

Außer Betracht bleibende Einnahmen der Wohngeldempfänger am 31. 12. 1973

Haushalte mit ... Familienmitgliedern	Haushalte insgesamt	1)	darunter Fälle mit außer Betracht bleibenden Einnahmen									
			zusammen	dar. mit einer Art ²⁾	darunter							
					Grundrenten an Witwen und Waisen		Grundrenten an Beschädigte		Entschädigungsrenten usw.		Halber Betrag der Unterhaltshilfe	
					zusammen	dar. mit einer Art ²⁾	zusammen	dar. mit einer Art ²⁾	zusammen	dar. mit einer Art ²⁾	zusammen	dar. mit einer Art ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10			
1	45 703	A	8 386	7 440	5 946	5 750	286	262	1 197	339	1 977	1 089
			B	202	198	222	222	165	167	75	80	118
2	11 448	A	1 348	1 153	263	238	732	691	217	52	354	172
			B	205	191	229	229	187	190	86	108	171
3	2 542	A	140	132	26	23	102	101	9	3	12	5
			B	222	216	240	245	204	204	159	383	218
4	2 195	A	55	55	11	11	39	39	—	—	5	5
			B	222	222	233	233	237	237	—	—	84
5	1 322	A	32	32	4	4	27	27	—	—	1	1
			B	208	208	276	276	202	202	—	—	104
6	580	A	15	14	1	1	13	12	—	—	2	1
			B	190	191	335	335	169	176	—	—	156
7 und mehr	582	A	10	10	2	2	8	8	—	—	—	—
			B	183	183	192	192	181	181	—	—	—
Zusammen	64 372	A	9 986	8 836	6 253	6 029	1 207	1 140	1 423	394	2 351	1 273
			B	203	197	222	222	185	188	78	86	126

1) A = Fälle; B = Durchschnittsbetrag je Fall in DM. — 2) Fälle mit nur einer Art außer Betracht bleibender Einnahmen je Haushalt.

Durchschnitt 222,— DM monatlich bezogen werden. An zweiter Stelle steht der halbe Betrag der Unterhaltshilfe (§ 14, Abs. 1, Nr. 29, 2. WoGG), gefolgt von den Entschädigungsrenten und den Grundrenten an Beschädigte. Bei der Aufgliederung nach der Familiengröße ist festzustellen, daß der höchste Anteil der außer Betracht bleibenden Einnahmen mit 18,3 % bei den 1-Personen-Haushalten zu verzeichnen ist.

4.2 Freibeträge für besondere Personengruppen

Die ebenfalls bei der Ermittlung des Familieneinkommens nicht zu berücksichtigenden Freibeträge für besondere Personengruppen (nach § 16, Abs. 1 und 2, 2. WoGG) sind nach der Art und der Zahl der Fälle in Tabelle 7 dargestellt.

Nach Tabelle 7 erhalten von den Wohngeldempfängern insgesamt 12 874 Haushalte (= 20,0 %) Freibeträge für besondere Personengruppen, wobei durchschnittlich 104,— DM monatlich vom Jahreseinkommen abgezogen werden. Dabei stehen die Behinderten mit einer mindestens 50%igen Erwerbsminderung mit 10 724 Fällen (= 83,3 % der Haushalte mit Freibeträgen für besondere Personengruppen) absolut an der Spitze. Die restlichen 16,7 % verteilen sich nach der Größenordnung auf die Tuberkulosekranken, die Vertriebenen, die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und die Heimkehrer nach dem 31. 12. 1948. Im Unterschied zu den außer Betracht bleibenden Einnahmen entfällt bei den Freibeträgen für besondere Personengruppen der höchste Anteil mit 38,3 % auf die 2-Personen-Haushalte (statt mit 18,3 % auf die 1-Personen-Haushalte bei den außer Betracht bleibenden Einnahmen).

4.3 Gesamtsumme der nicht zu berücksichtigenden Beträge

Da die Tabellen zur Wohngeldstatistik keinen Aufschluß darüber geben, wieviel Haushalte außer Betracht bleibende Einnahmen und gleichzeitig Freibeträge für besondere Personengruppen geltend machen können, sind für mindestens 12 874 und höchstens 22 860 Haushalte eine der beiden abzugsfähigen Arten der nicht zu berücksichtigenden Beträge zutreffend. Deshalb schwankt die Zahl der hierzu gehörenden Haushalte zwischen 20,0 % und 35,5 % der Wohngeldempfänger in Hamburg. Die durchschnittliche Höhe dieser nicht zu berücksichtigenden Beträge beläuft sich dann entweder auf 261,— DM (bei 12 874 Haushalten) oder auf 147,— DM monatlich (bei 22 860 Haushalten). Besonders im ersten Fall würde eine nicht unerhebliche Summe vom Jahreseinkommen zur Ermittlung des für die Wohngeldhöhe maßgeblichen Familieneinkommens abgezogen werden. Dabei ist noch zu beachten, daß die erwähnten abzugsfähigen Arten auch für diese Haushalte nur einen Teil der nicht zu berücksichtigenden Beträge darstellen. Nach § 17, 2. WoGG steht jedem wohngeldberechtigten Haushalt ein allgemeiner Freibetrag in Höhe von 30 % zu. Um einen Überblick über die Gesamtsumme der nicht zu berücksichtigenden Beträge zu vermitteln, werden sie in Tabelle 8 mit der Unterscheidung nach dem Familieneinkommen und der Haushaltsgröße dargestellt. In ihr sind die entsprechenden Angaben für die insgesamt 629 Empfänger von Lastenzuschuß nicht enthalten.

Nach Tabelle 8 beträgt das monatliche Familieneinkommen bei 41,7 % der Mietzuschußempfänger zwischen 200 DM und 400 DM sowie 32,3 % zwischen

Tabelle 7

Freibeträge für besondere Personengruppen am 31. 12. 1973

Haushalte mit ... Familienmitgliedern	Haushalte insgesamt	1)	darunter Fälle mit zu berücksichtigenden Freibeträgen						
			insgesamt	mit mehreren Arten	mit nur einer Art				
					Behinderte mit mind. 50 % Erwerbsminderung	Tuberkulosekranke	Heimkehrer nach dem 31. 12. 1948	Opfer der nationalsoz. Verfolgung	Vertriebene
1	2	3	4	5	6	7			
1	45 703	A	7 440	130	6 559	344	22	146	239
		B	100	100	100	100	100	99	100
2	11 448	A	4 386	666	3 420	177	36	45	42
		B	110	178	98	98	100	100	100
3	2 542	A	518	67	399	32	7	6	7
		B	108	172	99	94	100	100	100
4	2 195	A	246	25	165	32	11	3	10
		B	106	164	99	100	100	100	100
5	1 322	A	156	10	104	14	12	2	14
		B	101	190	95	86	100	100	100
6	580	A	59	6	33	7	4	2	7
		B	103	150	97	100	100	100	100
7 und mehr	582	A	69	11	44	5	2	3	4
		B	119	225	98	100	100	100	100
Zusammen	64 372	A	12 874	915	10 724	611	94	207	323
		B	104	167	99	99	100	100	100

1) A = Fälle; B = Durchschnittsbetrag je Fall in DM.

Tabelle 8

Familieneinkommen und nicht zu berücksichtigende Beträge¹⁾ der Empfänger von Mietzuschuß am 31. 12. 1973

Monatliches Familieneinkommen von ... bis unter ... DM	2)	Haushalte mit ... Familienmitgliedern							Haushalte insgesamt
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr	
		1	2	3	4	5	6	7	8
unter 200	A	4 162	83	10	2	—	2	3	4 262
	B	221	285	458	44	—	398	1 075	223
200 — 400	A	24 403	1 833	257	73	18	8	1	26 593
	B	168	277	296	327	337	389	865	177
400 — 600	A	14 781	4 650	572	380	125	30	21	20 559
	B	157	233	292	371	465	471	689	185
600 — 800	A	2 086	3 533	547	284	156	60	57	6 723
	B	200	237	286	337	437	542	716	245
800 — 1 000	A	2	1 242	559	289	169	48	61	2 370
	B	200	276	293	316	404	501	669	309
1 000 — 1 400	A	—	3	540	1 076	585	244	189	2 637
	B	—	283	326	353	422	490	693	400
1 400 — 1 800	A	—	—	—	4	216	159	194	573
	B	—	—	—	384	471	557	756	591
1 800 — 2 200	A	—	—	—	—	—	—	26	26
	B	—	—	—	—	—	—	887	887
Insgesamt	A	45 434	11 344	2 485	2 108	1 269	551	552	63 743
	B	171	246	299	348	433	513	726	208

¹⁾ Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12, 2. WoGG) sind in den nicht zu berücksichtigenden Beträgen nicht enthalten. — ²⁾ A = Fälle; B = im Durchschnitt monatlich nicht zu berücksichtigende Beträge.

400 DM und 600 DM. Dabei werden im Durchschnitt zur Berechnung des Familieneinkommens monatlich 177,— DM bzw. 185,— DM nicht mitgezählt. Der größte Anteil der Mietzuschußempfänger mit sehr kleinem Familieneinkommen entfällt auf die 1-Personen-Haushalte, obgleich die Familien mit zahlreichen Mitgliedern wesentlich höhere nicht zu berücksichtigende Beträge geltend machen können. So beträgt z. B. bei einer durchschnittlich abzugsfähigen Summe von 726,— DM monatlich der Prozentsatz der Haushalte mit 7 und mehr Personen, die über ein Familieneinkommen von unter 200,— DM verfügen nur 0,5 %. Dagegen beläuft sich dieser Anteil bei den 1-Personen-Haushalten auf 9,2 % bei nicht zu berücksichtigenden Beträgen von nur 171,— DM monatlich. Hierin kommt trotz eines gleich hohen Familieneinkommens ein zum Teil sehr großer Unterschied in der Höhe des Jahreseinkommens der kleinen und der großen Haushalte zum Ausdruck. Besonders hoch fällt dieser Unterschied nach Tabelle 8 bei den 1-Personen-Haushalten und den Haushalten mit 7 und mehr Personen aus, die jeweils unter 200,— DM verfügen. Während für den kleineren Haushalt ein Monatseinkommen im Bereich zwischen 221,— DM und 411,— DM zu verzeichnen ist, beläuft sich das des größeren Haushalts auf mindestens 1075,— DM und höchstens 1275,— DM monatlich¹³⁾.

5. Die Höhe der Wohngeldleistungen

Die Höhe des Wohngeldes bestimmt sich nach den Anlagen 1 bis 8 zum 2. WoGG, wobei die Haushaltsgröße, das Familieneinkommen und die Miete oder Belastung zu berücksichtigen sind. Dabei wird jedoch nur eine Miete oder Belastung bis zu den in § 8, 2. WoGG angegebenen Höchstbeträgen anerkannt. Vor der Darstellung der Mietbelastung der Haushalte mit und ohne Wohngeld erfolgt deshalb zunächst eine Übersicht darüber, in wieviel Fällen und in welcher

Höhe die Höchstbeträge für die Miete überschritten werden.

5.1 Überschreiten der Höchstbeträge für die Miete

Die 629 Empfänger von Lastenzuschuß bleiben bei der in Tabelle 9 angegebenen Aufschlüsselung der Mieten nach ihrem Überschreiten der Höchstbeträge unberücksichtigt.

Von den 63 743 Empfängern mit Mietzuschuß leben nach Tabelle 9 insgesamt 36,7 % in Wohnungen, deren Miete die Höchstbeträge überschreitet. In diesen Fällen richten sich die Wohngeldleistungen nicht nach der vollen Höhe der tatsächlich zu zahlenden Miete. Es sind hiervon insbesondere die Haushalte in Altbauwohnungen betroffen, von denen 57,2 % eine Miete aufzubringen haben, die über den Höchstbeträgen liegt. Bei allen Baualterstufen sind die größten Anteile der Mietüberschreitung für die am besten ausgestatteten Wohnungen festzustellen. Sie schwanken zwischen 31,3 % (nach dem 20. 6. 1948 bis zum 31. 12. 1965 bezugsfertig gewordene Wohnungen) und 70,4 % (bis zum 20. 6. 1948 bezugsfertig gewordene Wohnungen).

Nach § 8, Abs. 4, 2. WoGG ist die Bundesregierung dazu verpflichtet, den Bundestag alle zwei Jahre über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum mit dem Ziel zu berichten, eine Grundlage für die Anpassung der Höchstbeträge an die tatsächlich zu zahlenden Mieten zu schaffen. Mit Wirkung vom 1. 1. 1974 ist eine teilweise Heraufsetzung der Höchstbeträge durch das „Dritte Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes“¹⁴⁾ erfolgt. Unterstellt man, daß im Jahr 1974 derselbe Personenkreis wie 1973 Wohngeld beansprucht, so verringert sich der Anteil der Haushalte, deren Miete über den Höchstbeträgen liegt, von 36,7 %

¹³⁾ ohne Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12, 2. WoGG).

¹⁴⁾ Drittes Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 10. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1855).

Tabelle 9

Überschreiten der Höchstbeträge für die Miete am 31. 12. 1973

Bezugsfertigkeit der Wohnungen	Ausstattung ¹⁾	Wohnungen insgesamt	Die Miete der Wohnung überschreitet den Höchstbetrag um ... bis unter ... DM								
			0	1-10	10-20	20-40	40-60	60-80	80-120	120-200	200 u. mehr
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
bis zum 20. 6. 1948	A	8 502	4 399	926	915	1 176	621	275	161	29	—
	B	5 338	2 192	369	507	871	587	330	349	121	12
	C	5 104	1 511	317	356	691	674	534	592	338	91
nach dem 20. 6. 1948, bis zum 31. 12. 1965	A	2 550	2 407	37	35	41	20	6	2	2	—
	B	10 032	8 404	468	404	408	183	81	65	16	3
	C	17 745	12 183	930	954	1 406	920	542	480	267	63
nach dem 31. 12. 1965, bis zum 31. 12. 1970	A	18	17	1	—	—	—	—	—	—	—
	B	401	290	56	14	19	8	5	5	4	—
	C	9 455	6 376	593	464	714	416	302	304	218	68
nach dem 31. 12. 1970	A	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—
	B	34	23	1	1	3	1	1	3	1	—
	C	4 562	2 527	341	332	467	275	149	185	183	103
Wohnungen insgesamt		63 743	40 331	4 039	3 982	5 796	3 705	2 225	2 146	1 179	340

¹⁾ A = ohne Sammelheizung und ohne Bad oder Duschaum; B = nur mit Sammelheizung oder nur mit Bad oder Duschaum; C = mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum.

auf höchstens 24,2 %¹⁵⁾. Trotz der Heraufsetzung der Höchstbeträge für die Miete leben dann immer noch rund ein Viertel der Hamburger Wohngeldempfänger in zu teuren Wohnungen.

5.2 Mietbelastung der Wohngeldempfänger

Nach den Tabellen zur Wohngeldstatistik hat es aufgrund von Durchschnittswerten am 31. 12. 1973 insgesamt 1417 Haushalte in Hamburg gegeben, deren Miete größer als das Familieneinkommen ist. Deshalb ist es wenig sinnvoll, zur Bestimmung der Mietbelastung der Wohngeldempfänger das Familieneinkommen zu verwenden. In der dem Anhang beigefügten Tabelle 12 werden daher zum Familieneinkommen bestimmter Haushaltsgruppen die nicht zu berücksichtigenden Beträge addiert und die Mietbelastung auf das Jahreseinkommen bezogen.

Betrachtet man die einzelnen Stufen des Familieneinkommens getrennt nach den Haushaltsgrößen, so ist aus Tabelle 12 abzulesen, daß mit zunehmenden Jahreseinkommen die durchschnittlichen Ausgaben für die Miete steigen. Obgleich dann die Höhe des Wohngeldes abnimmt, wird jedoch auch die Mietbelastung der Haushalte trotz der Wohngeldleistungen geringer. So nimmt z. B. bei den 4162 1-Personen-Haushalten mit einem Familieneinkommen von unter 200,- DM die Mietbelastung durch das Wohngeld von 34,0 % auf 27,8 % ab. Dagegen beträgt bei den 2086 1-Personen-Haushalten mit einem Familieneinkommen zwischen 600,- DM und 800,- DM die Mietbelastung statt 25,4 % nach der Gewährung von Wohngeld nur noch 24,6 %. In diesem Beispiel kommt die durch Tabelle 12 belegbare allgemeine Tendenz der Bevorzugung von besser verdienenden Haushalten bei den Wohngeldleistungen zum Ausdruck. Dieser Sachverhalt trifft auch dann zu, wenn statt des Jahreseinkommens zur Berechnung der Mietbelastung das Familieneinkommen als Basis genommen wird. Der Unterschied würde dann sogar noch krasser ausfallen, weil sich in diesem Fall für die Haushalte mit gerin-

gem Familieneinkommen eine erdrückende Mietbelastung ergibt.

6. Schlußbemerkung

Im Rahmen der Wohngeldleistungen wird dem am 31. 12. 1973 geförderten Personenkreis das Leben in Wohnungen ermöglicht, die im Vergleich zu denen der Hamburger Bevölkerung im stärkeren Maße dem Neubaubestand angehören und die damit auch eine durchschnittlich bessere Ausstattung aufweisen. Unter dem Gesichtspunkt des familiengerechten Wohnens sind nur 3,9 % der Wohngeldempfänger in solchen Wohnungen untergebracht, die entsprechend ihrer Haushaltsgröße als zu klein eingestuft werden müssen. Damit wird weitgehend dem Ziel der Wohngeldleistungen entsprochen, das familiengerechte Wohnungen sowohl hinsichtlich einer quantitativ als auch qualitativ befriedigenden Wohnraumversorgung zu sichern.

Diese Erfolge konnten erreicht werden, obgleich nach den Bestimmungen des 2. Wohngeldgesetzes

- in Hamburg 36,7 % der geförderten Haushalte in zu teuren Mietwohnungen lebt,
- sich die Höhe des Wohngeldes nach einem Familieneinkommen bestimmt, das bei 1417 Haushalten geringer als die gezahlte Miete ist,
- in der Praxis die einkommenschwachen Haushalte in Hamburg bei den Wohngeldleistungen benachteiligt werden.

Bei einer Verbesserung der Instrumente der staatlichen Wohnungspolitik sollten daher insbesondere die aus der Wohngeldstatistik ablesbaren unbeabsichtigten Auswirkungen des bisherigen Wohngeldsystems beseitigt werden. In diesem Zusammenhang wäre auch die Möglichkeit zu prüfen, die Aufgaben und Ziele des öffentlich geförderten Wohnungsbaus mit denen der Wohngeldleistungen zu einem einheitlichen System zu verbinden, um auf diese Weise über ein wirkungsvolleres Instrument der staatlichen Wohnungspolitik verfügen zu können.

Hans-Ewald Schnurr

¹⁵⁾ Die Anzahl der Haushalte mit über den Höchstbeträgen liegenden Mieten läßt sich nur nach unten abschätzen, da die Schwellenwerte der Tabelle 9 sich nicht mit den DM-Beträgen decken, um die die Höchstbeträge heraufgesetzt worden sind.

Tabelle 10

Wohnraumbellegung der Mietzuschußempfänger am 31. 12. 1973¹⁾

Bezugsfertigkeit Öffentliche Förderung der Wohnungen	Haushalte mit ... Familien- mitgliedern	Mietzuschußempfänger				Fehlbellegung in %		
		Anzahl	in über- belegten	in normal belegten ²⁾	in unter- belegten	insgesamt	davon	
							Über- belegung	Unter- belegung
			Wohnungen				5	6
1	2	3	4	5	6	7		
bis zum 20. 6. 1948	1	14 185	1 003	4 275	8 907	69,9	7,1	62,8
	2	2 651	8	1 085	1 558	59,1	0,3	58,8
	3	406	8	256	142	37,0	2,0	35,0
	4	221	3	157	61	29,0	1,4	27,6
	5	108	12	73	23	32,4	11,1	21,3
	6	40	3	29	8	27,5	7,5	20,0
	7 u. mehr .	51	5	46	—	9,8	9,8	—
	zusammen	17 662	1 042	5 921	10 699	66,5	5,9	60,6
nach dem 20. 6. 1948 bis zum 31. 12. 1965, nicht öffentlich gefördert	1	4 225	285	2 100	1 840	50,3	6,7	43,6
	2	845	2	344	499	59,3	0,2	59,1
	3	177	0	137	40	22,6	0,0	22,6
	4	105	2	82	21	21,9	1,9	20,0
	5	36	1	30	5	16,7	2,8	13,9
	6	12	2	8	2	33,4	16,7	16,7
	7 u. mehr .	6	1	5	—	16,7	16,7	—
	zusammen	5 406	293	2 706	2 407	49,9	5,4	44,5
nach dem 20. 6. 1948 bis zum 31. 12. 1965, öffentlich gefördert	1	16 567	638	7 347	8 582	55,7	3,9	51,8
	2	4 673	4	1 580	3 089	66,2	0,1	66,1
	3	714	1	528	185	26,0	0,1	25,9
	4	449	5	394	50	12,2	1,1	11,1
	5	236	3	231	2	2,1	1,3	0,8
	6	98	5	90	3	8,2	5,1	3,1
	7 u. mehr .	119	28	91	—	23,5	23,5	—
	zusammen	22 856	684	10 261	11 911	55,1	3,0	52,1
nach dem 31. 12. 1965 bis zum 31. 12. 1970, nicht öffentlich gefördert	1	1 058	57	705	296	33,4	5,4	28,0
	2	207	1	92	114	55,6	0,5	55,1
	3	86	0	61	25	29,1	0,0	29,1
	4	101	0	80	21	20,8	0,0	20,8
	5	35	0	35	0	0,0	0,0	0,0
	6	4	0	4	0	0,0	0,0	0,0
	7 u. mehr .	3	0	3	—	0,0	0,0	—
	zusammen	1 494	58	980	456	34,4	3,9	30,5
nach dem 31. 12. 1965 bis zum 31. 12. 1970, öffentlich gefördert	1	4 214	153	2 547	1 514	39,5	3,6	35,9
	2	1 387	0	275	1 112	80,2	0,0	80,2
	3	525	1	245	279	53,6	0,5	53,1
	4	602	0	431	171	28,4	0,0	28,4
	5	461	1	454	6	1,5	0,2	1,3
	6	228	2	210	16	7,9	0,9	7,0
	7 u. mehr .	240	6	234	—	2,5	2,5	—
	zusammen	7 657	163	4 396	3 098	42,6	2,1	40,5
nach dem 31. 12. 1970 nicht öffentlich gefördert	1	474	14	359	101	24,3	3,0	21,3
	2	84	0	49	35	41,7	0,0	41,7
	3	54	0	29	25	46,3	0,0	46,3
	4	39	0	25	14	35,9	0,0	35,9
	5	20	0	19	1	5,0	0,0	5,0
	6	10	0	10	0	0,0	0,0	0,0
	7 u. mehr .	2	0	2	—	0,0	0,0	—
	zusammen	683	14	493	176	27,8	2,0	25,8
nach dem 31. 12. 1970 öffentlich gefördert	1	1 606	37	1 024	545	36,2	2,3	33,9
	2	673	0	153	520	77,3	0,0	77,3
	3	331	3	115	213	65,3	0,9	64,4
	4	482	5	319	158	33,8	1,0	32,8
	5	291	0	283	8	2,7	0,0	2,7
	6	127	2	119	6	6,3	1,6	4,7
	7 u. mehr .	97	2	95	—	2,1	2,1	—
	zusammen	3 607	49	2 108	1 450	41,6	1,4	40,2
Wohnungen insgesamt	1	42 329	2 187	18 357	21 785	56,7	5,2	51,5
	2	10 520	15	3 578	6 927	65,9	0,1	65,8
	3	2 293	13	1 371	909	40,2	0,6	39,6
	4	1 999	15	1 488	496	25,6	0,8	24,8
	5	1 187	17	1 125	45	5,2	1,4	3,8
	6	519	14	470	35	9,4	2,7	6,7
	7 u. mehr .	518	42	476	—	8,1	8,1	—
	zusammen	59 365	2 303	26 865	30 197	54,8	3,9	50,9

¹⁾ Nur Haushalte ohne erhöhten Wohnbedarf nach § 8, Abs. 2 und 8, 2. WoGG. — ²⁾ vgl. T a b e l l e 4.

Tabelle 11

Allgemeine Merkmale zur Wohnraumversorgung der Empfänger von Mietzuschuß am 31. 12. 1973

Bezugsfertigkeit der Wohnungen	Ausstattung ¹⁾	Haushalte mit ... Familienmitgliedern															
		1				2				3				4			
		Anzahl	durchschnittliche		Anzahl	durchschnittliche		Anzahl	durchschnittliche		Anzahl	durchschnittliche		Anzahl	durchschnittliche		
			Fläche	Miete		Fläche	Miete		Fläche	Miete		Fläche	Miete				
			absolut	je qm		absolut	je qm		absolut	je qm		absolut	je qm		absolut	je qm	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
bis zum 20. 6. 1948	A	7 165	43	113	2,65	1 072	51	133	2,59	140	58	149	2,59	67	63	162	2,58
	B	4 222	43	135	3,16	826	55	169	3,09	145	68	208	3,06	72	73	216	2,96
	C	3 814	46	176	3,81	974	58	216	3,71	148	69	264	3,83	90	76	279	3,65
	Zus.	15 201	44	135	3,07	2 872	55	172	3,13	433	65	208	3,20	229	71	225	3,17
nach dem 20. 6. 1948																	
bis zum 31. 12. 1965	A	2 189	36	98	2,76	308	43	120	2,78	24	51	160	3,13	17	50	164	3,26
	B	7 860	39	126	3,19	1 724	51	158	3,12	242	58	193	3,30	108	62	204	3,28
	C	12 260	42	167	3,96	3 878	55	213	3,86	704	65	257	3,96	465	69	280	4,06
	Zus.	22 309	40	146	3,65	5 910	53	192	3,62	970	63	239	3,79	590	67	263	3,93
nach dem 31. 12. 1965																	
bis zum 31. 12. 1970	A	17	27	81	2,95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	B	365	28	142	5,01	27	48	192	4,01	3	55	172	3,10	2	65	281	4,30
	C	5 311	39	181	4,66	1 700	56	244	4,36	670	70	302	4,31	740	75	327	4,36
	Zus.	5 693	38	178	4,68	1 727	56	243	4,34	673	70	301	4,30	742	75	327	4,36
nach dem 31. 12. 1970																	
Wohnungen insgesamt	A	1	7	40	5,71	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	B	29	27	143	5,34	2	45	250	5,56	1	34	291	8,56	1	37	75	2,03
	C	2 201	37	190	5,14	833	55	266	4,84	408	71	337	4,75	546	78	350	4,49
	Zus.	2 231	37	189	5,11	835	55	266	4,84	409	71	337	4,75	547	78	349	4,47
Wohnungen insgesamt	A	9 372	41	110	2,68	1 380	49	130	2,65	164	57	151	2,65	84	60	162	2,70
	B	12 476	40	130	3,25	2 579	52	162	3,12	391	62	199	3,21	183	66	209	3,17
	C	23 586	42	174	4,14	7 385	56	227	4,05	1 930	68	290	4,26	1 841	74	320	4,32
	Zus.	45 434	41	149	3,63	11 344	55	200	3,64	2 485	66	267	4,05	2 108	73	304	4,16

Allgemeine Merkmale zur Wohnraumversorgung der Empfänger von Mietzuschuß am 31. 12. 1973

Bezugsfertigkeit der Wohnungen	Ausstattung ¹⁾	Haushalte mit ... Familienmitgliedern															
		5				6				7 und mehr				insgesamt			
		Anzahl	durchschnittliche		Anzahl	durchschnittliche		Anzahl	durchschnittliche		Anzahl	durchschnittliche		Anzahl	durchschnittliche		
			Fläche	Miete		Fläche	Miete		Fläche	Miete		Fläche	Miete				
			absolut	je qm		absolut	je qm		absolut	je qm		absolut	je qm		absolut	je qm	
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32		
bis zum 20. 6. 1948	A	40	64	176	2,73	11	79	190	2,39	7	80	208	2,60	8 502	44	117	2,64
	B	38	77	242	3,16	11	85	252	2,96	24	112	312	2,78	5 338	46	145	3,14
	C	37	101	348	3,46	18	91	326	3,60	23	112	363	3,24	5 104	51	191	3,77
	Zus.	115	80	253	3,16	40	86	268	3,12	54	108	320	2,96	18 944	46	145	3,15
nach dem 20. 6. 1948 bis zum 31. 12. 1965	A	5	62	165	2,65	2	58	118	2,02	5	74	238	3,21	2 550	37	102	2,77
	B	41	69	233	3,40	26	72	247	3,41	31	78	265	3,41	10 032	42	135	3,18
	C	244	73	291	3,97	96	78	313	4,02	98	80	307	3,84	17 745	47	187	3,94
	Zus.	290	72	281	3,90	124	76	296	3,89	134	79	295	3,73	30 327	45	163	3,62
nach dem 31. 12. 1965 bis zum 31. 12. 1970	A	—	—	—	—	1	32	60	1,88	—	—	—	—	18	28	80	2,88
	B	1	69	355	5,14	1	109	485	4,45	2	96	365	3,81	401	31	149	4,85
	C	535	81	344	4,25	242	85	356	4,17	257	92	379	4,12	9 455	52	231	4,46
	Zus.	536	81	344	4,25	244	85	355	4,18	259	92	379	4,12	9 874	51	227	4,45
nach dem 31. 12. 1970	A	—	—	—	—	—	—	—	—	1	93	469	5,04	2	50	254	5,09
	B	1	74	326	4,41	—	—	—	—	—	—	—	—	34	30	157	5,28
	C	327	85	387	4,55	143	89	405	4,55	104	94	431	4,59	4 562	54	262	4,85
	Zus.	328	85	386	4,54	143	89	405	4,55	105	94	431	4,59	4 598	54	261	4,83
Wohnungen insgesamt	A	45	64	175	2,73	14	73	170	2,33	13	79	240	3,04	11 072	42	114	2,71
	B	81	73	240	3,29	38	77	255	3,31	57	93	288	3,10	15 805	43	139	3,23
	C	1 143	81	345	4,26	499	85	361	4,25	482	91	375	4,12	36 866	50	208	4,16
	Zus.	1 269	80	332	4,15	551	84	349	4,15	552	91	363	3,99	63 743	47	175	3,72

¹⁾ A = ohne Sammelheizung und ohne Bad oder Duschaum; B = nur mit Sammelheizung oder nur mit Bad oder Duschaum; C = mit Sammelheizung und mit Bad oder Duschaum.

Tabelle 12

**Familieneinkommen, Jahreseinkommen sowie Miete und Höhe des Wohngeldes
der Empfänger von Mietzuschuß am 31. 12. 1973**

Monatliches Familieneinkommen von ... bis unter ... DM	Haushalte mit ... Familiem- mitgliedern	Anzahl der Haushalte	Durchschnittliche (s) monatliche (s)							Mietbelastung	
			Familienein- kommen ¹⁾	nicht zu berück- sichtigende Beträge ²⁾	Jahres- einkommen	Wohngeld	Jahres- einkommen und Wohngeld	Miete ³⁾	ohne ³⁾	mit ⁴⁾	
									in DM		
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
			unter 200	1	4 162	156	221	377	83	460	128
	2	83	142	285	427	150	577	184	43,1	31,9	
	3	10	124	458	582	167	749	208	35,8	27,8	
	4	2	6	44	50	150	200	170	—	—	
	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	6	2	87	398	485	252	737	294	60,6	39,9	
	7 u. mehr	3	98	1 075	1 173	268	1 441	316	26,9	21,9	
	zus.	4 262	154	223	377	84	461	129	34,2	28,0	
200 — 400	1	24 403	305	168	473	64	537	139	29,4	25,9	
	2	1 833	331	277	608	100	708	167	27,5	23,6	
	3	257	347	296	643	133	776	213	33,1	27,5	
	4	73	356	327	683	167	850	243	35,6	27,4	
	5	18	327	337	664	227	891	292	44,0	32,8	
	6	8	316	389	705	217	922	256	36,3	27,8	
	7 u. mehr	1	235	865	1 100	310	1 410	341	31,0	24,2	
	zus.	26 593	307	177	484	68	552	142	29,3	25,7	
400 — 600	1	14 781	477	157	634	37	671	169	26,6	25,2	
	2	4 650	500	233	733	64	797	185	25,2	23,2	
	3	572	494	292	786	107	893	232	29,5	26,0	
	4	380	502	371	873	139	1 012	255	29,2	25,2	
	5	125	527	465	992	164	1 156	269	27,0	23,3	
	6	30	522	471	993	187	1 180	282	28,4	23,9	
	7 u. mehr	21	526	689	1 215	257	1 472	319	26,3	21,7	
	zus.	20 559	484	185	669	48	717	177	26,6	24,7	
600 — 800	1	2 086	659	200	859	22	881	218	25,4	24,6	
	2	3 533	689	237	926	40	966	219	23,8	22,7	
	3	547	701	286	987	75	1 062	260	26,3	24,5	
	4	284	696	337	1 033	107	1 140	273	26,4	24,0	
	5	156	694	437	1 131	128	1 259	275	24,3	21,8	
	6	60	690	542	1 232	172	1 404	297	24,1	21,1	
	7 u. mehr	57	705	716	1 421	219	1 640	320	22,5	19,5	
	zus.	6 723	679	245	924	45	969	227	24,6	23,4	
800 — 1 000	1	2	800	200	1 000	10	1 010	406	40,6	40,2	
	2	1 242	878	276	1 154	30	1 184	260	22,6	22,0	
	3	559	906	293	1 199	53	1 252	297	24,9	23,7	
	4	289	908	316	1 224	75	1 299	303	24,8	23,3	
	5	169	903	404	1 307	109	1 416	316	24,2	22,9	
	6	48	893	501	1 394	128	1 522	302	21,7	19,8	
	7 u. mehr	61	898	669	1 567	195	1 762	342	21,8	19,4	
	zus.	2 370	889	309	1 198	53	1 251	281	23,5	22,5	
1 000 — 1 400	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	2	3	1 000	283	1 283	10	1 293	289	22,5	22,4	
	3	540	1 099	326	1 425	33	1 458	311	21,8	21,3	
	4	1 076	1 201	353	1 554	45	1 599	335	21,5	21,0	
	5	585	1 226	422	1 648	68	1 716	347	21,1	20,2	
	6	244	1 209	490	1 699	94	1 793	346	20,4	19,3	
	7 u. mehr	189	1 227	693	1 920	139	2 059	351	18,3	17,0	
	zus.	2 637	1 188	400	1 588	59	1 647	335	21,1	20,3	
1 400 — 1 800	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	4	4	1 400	384	1 784	24	1 808	378	21,2	20,9	
	5	216	1 476	471	1 947	40	1 987	391	20,1	19,7	
	6	159	1 538	557	2 095	62	2 157	406	19,4	18,8	
	7 u. mehr	194	1 565	756	2 321	97	2 418	388	16,7	16,0	
	zus.	573	1 521	591	2 112	65	2 177	394	18,7	18,1	
1 800 — 2 200	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	7 u. mehr	26	1 932	887	2 819	62	2 881	454	16,1	15,8	
	zus.	26	1 932	887	2 819	62	2 881	454	16,1	15,8	

noch: Tabelle 12

Familieneinkommen, Jahreseinkommen sowie Miete und Höhe des Wohngeldes der Empfänger von Mietzuschuß am 31. 12. 1973

Monatliches Familieneinkommen von ... bis unter ... DM	Haushalte mit ... Familienmitgliedern	Anzahl der Haushalte	Durchschnittliche (s) monatliche (s)							Mietbelastung	
			Familieneinkommen ¹⁾	nicht zu berücksichtigende Beträge ²⁾	Jahreseinkommen	Wohngeld	Jahreseinkommen und Wohngeld	Miete ³⁾	Wohngeld		
									ohne ⁴⁾	mit ⁴⁾	
			in DM							in %	
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
Insgesamt	1	45 434	365	171	536	55	591	151	28,2	25,6	
	2	11 344	571	246	817	59	876	201	24,6	22,9	
	3	2 485	749	299	1 048	75	1 123	268	25,6	23,9	
	4	2 108	938	348	1 286	79	1 365	305	23,8	22,4	
	5	1 269	1 078	433	1 511	88	1 599	333	22,0	20,8	
	6	551	1 171	513	1 684	104	1 788	350	20,8	19,6	
	7 u. mehr	552	1 252	726	1 978	141	2 119	363	18,4	17,1	
	zus.	63 743	468	208	676	59	735	178	26,3	24,2	

¹⁾ Errechnet aufgrund der Angaben für 60 176 Hauptmieter. — ²⁾ ohne Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12, 2. WoGG). — ³⁾ Spalte 7 bezogen auf Spalte 4. — ⁴⁾ Spalte 7 bezogen auf Spalte 6.

Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (III)

– Berufseinpender nach Ziel- und Herkunftsgebieten sowie Verkehrsmitteln und Wegezeiten –

1. Allgemeines

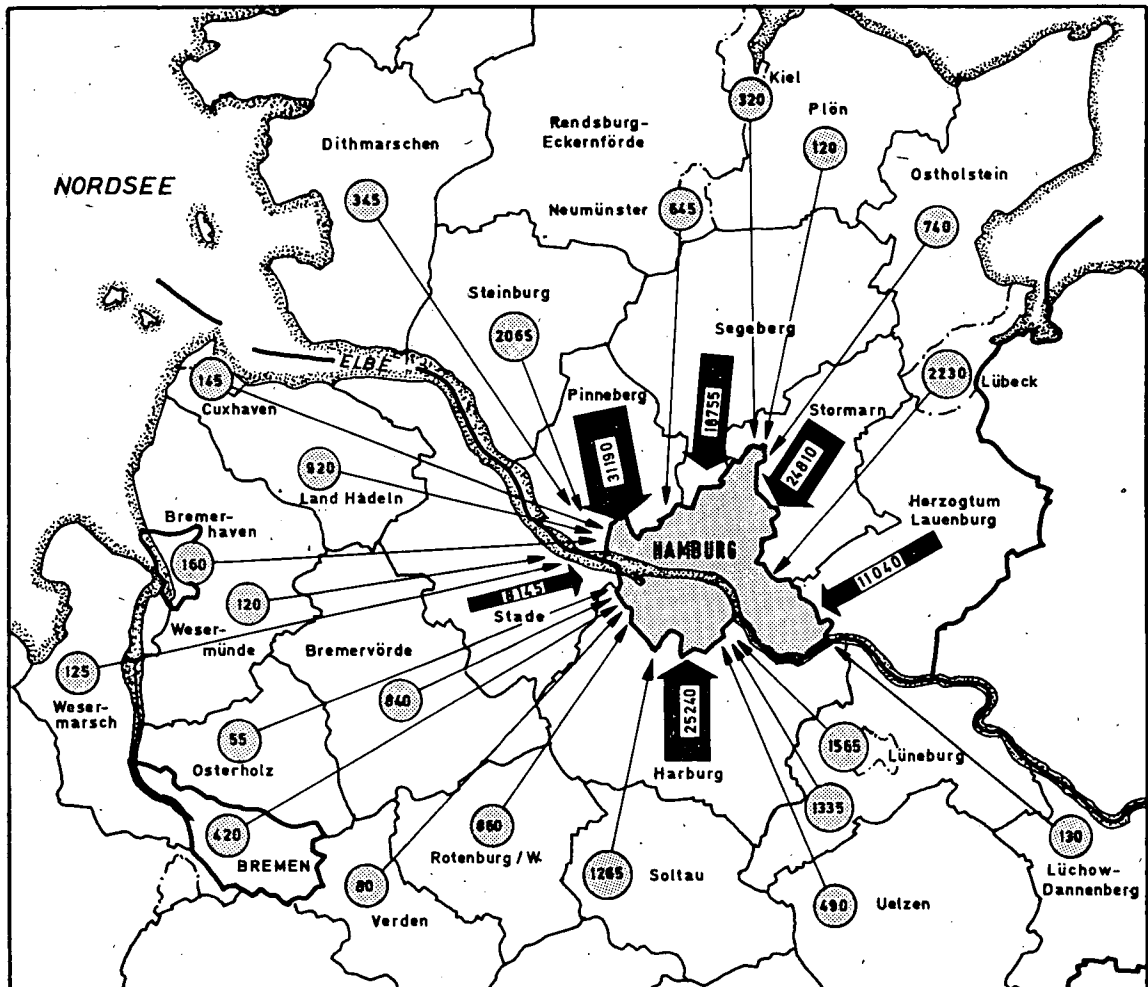
Angaben über Berufspendler, d. h. über Personen, die in einer anderen als ihrer Wohngemeinde arbeiten, gehören zu den wichtigsten Daten für die Analyse regionaler Verflechtungen. Sie werden herangezogen unter anderem bei der Lösung von Problemen der Wohnstättenverteilung, der gewerblichen Standortplanung und der entsprechenden Infrastrukturausstattung. Informationen über die Anzahl der Pendler, die Struktur der Ströme und über die benutzten Verkehrsmittel sind weiterhin Grundlage für die Verkehrsplanung.

Die Pendlerzahl hat in der Vergangenheit ständig zugenommen. Gab es 1950 in der Bundesrepublik

Deutschland (ohne Saarland) täglich 3,2 Millionen Berufspendler, so waren es 1961 im Bundesgebiet insgesamt bereits 6,1 Millionen, und 1970 wurden 7,4 Millionen Berufspendler gezählt. Heute steigen diese Zahlen, die sich besonders in den 60er Jahren sprunghaft erhöht hatten, nur noch langsam an. Bis 1985 wird die Zahl der Pendler bei gleichen Gemeindegrenzen im Bundesgebiet die 8-Millionen-Grenze kaum überschreiten. Zum einen hat sich der umfangreiche Bevölkerungsumverteilungsprozeß aus den Landgebieten in die Städte und Stadtregionen vermindert, zum anderen schwächt sich auch die Fortzugsbewegung aus den Stadtkernen in die Außenzonen allmählich etwas ab. Dabei können allerdings regional zum Teil sehr unterschiedliche Entwicklungen eintreten.

Schaubild 1

Berufspendler nach Hamburg aus ausgewählten Kreisen und kreisfreien Städten am 27. 5. 1970



Statistisches Landesamt Hamburg



Es muß beachtet werden, daß der Umfang der Pendlerzahlen auch vom Verlauf der jeweiligen Gemeindegrenzen abhängt, wie folgendes Beispiel aus dem Raum Hamburg veranschaulichen soll: Sucht ein Bewohner aus Norderstedt täglich seinen Arbeitsplatz etwa in Langenhorn oder Fuhlsbüttel auf, so gilt er – in den früheren Beiträgen ist bereits darauf hingewiesen worden – als Pendler nach Hamburg. Wenn jedoch ein in diesen nördlichen Stadtteilen wohnender Erwerbstätiger beispielsweise in Harburg arbeitet, so bleibt er trotz vier- bis fünffacher Entfernung innerhalb der Stadtgrenzen und taucht nicht in der Gesamtzahl der Pendler auf.

Die Problematik der Pendlerdefinition wird weiterhin deutlich, wenn Angaben für die Stadt Hamburg zum Beispiel auf den Gebietsstand vor dem Inkrafttreten des Groß-Hamburg-Gesetzes (1. 4. 1937) umgerechnet werden. Durch die Arbeitsplatzkonzentration in der Innenstadt und den Hafengebieten würde Hamburg in den Grenzen von vor 1937 heute 290 500 Berufseinpender haben, während in den gegenwärtigen Grenzen mit 134 400 Personen nicht einmal die Hälfte dieser Zahl als Einpendler zu verzeichnen ist.

2. Ziel- und Herkunftsgebiete

Von den insgesamt 970 700 bei der letzten Arbeitsstättenzählung ermittelten Arbeitsplätzen in Hamburg wurde nahezu jeder siebente von Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder Bremen eingenommen. Gegenüber 1961 hatte die Zahl der Einpendler bis 1970 um 40 % zugenommen; diese Steigerung lag erheblich über dem nur gut 20 % betragenden prozentualen Anstieg der Pendlerzahlen im Bundesdurchschnitt. Seit 1950 hat sich die Zahl der

Pendler im Bundesgebiet um insgesamt 130 %, in Hamburg jedoch um 170 % erhöht. Der Hamburger Raum kann somit als ausgesprochen pendelintensive Region mit arbeitsattraktivem Zentrum und wohnattraktivem Umland bezeichnet werden.

Einen Überblick über die Herkunftskreise der hamburgischen Berufseinpender vermittelt das *Schaubild 1*. Eine ausführlichere Darstellung der Herkunftsggebiete enthält bereits „Hamburg in Zahlen“, Heft 6/1973; der vorliegende Beitrag ist zuerst einer Untersuchung der Zielgebiete der nach Hamburg einpendelnden Erwerbstätigen gewidmet.

Die Pendlerströme werden sehr stark durch die verkehrsgeographische Trennungslinie der Elbe beeinflusst. 45 % der nach Hamburg einpendelnden Niedersachsen arbeiten im Bezirk Harburg und in den Hafengebieten südlich der Elbe; demgegenüber sind 90 % der aus Schleswig-Holstein kommenden Personen in Arbeitsstätten nördlich der Elbe tätig. Im übrigen verteilen sich die Berufseinpender nicht im gleichen Verhältnis über das Stadtgebiet wie die Arbeitsplätze. So sind etwa 10 % der Tätigen Personen der Bezirke Wandsbek und Hamburg-Nord Berufseinpender; in den Bezirken Harburg und Bergedorf dagegen beträgt der Anteil der Einpendler jeweils fast 20 %. Der schwerpunktmäßige Verlauf der Pendlerströme ist in den sechs Karten des *Schaubildes 2* dargestellt; sie zeigen, welche Stadtteile jeweils überdurchschnittlich viele Berufseinpender aus den einzelnen Umlandkreisen aufweisen und auf welche Stadtteile darunter die jeweils zehn größten Ströme entfallen.

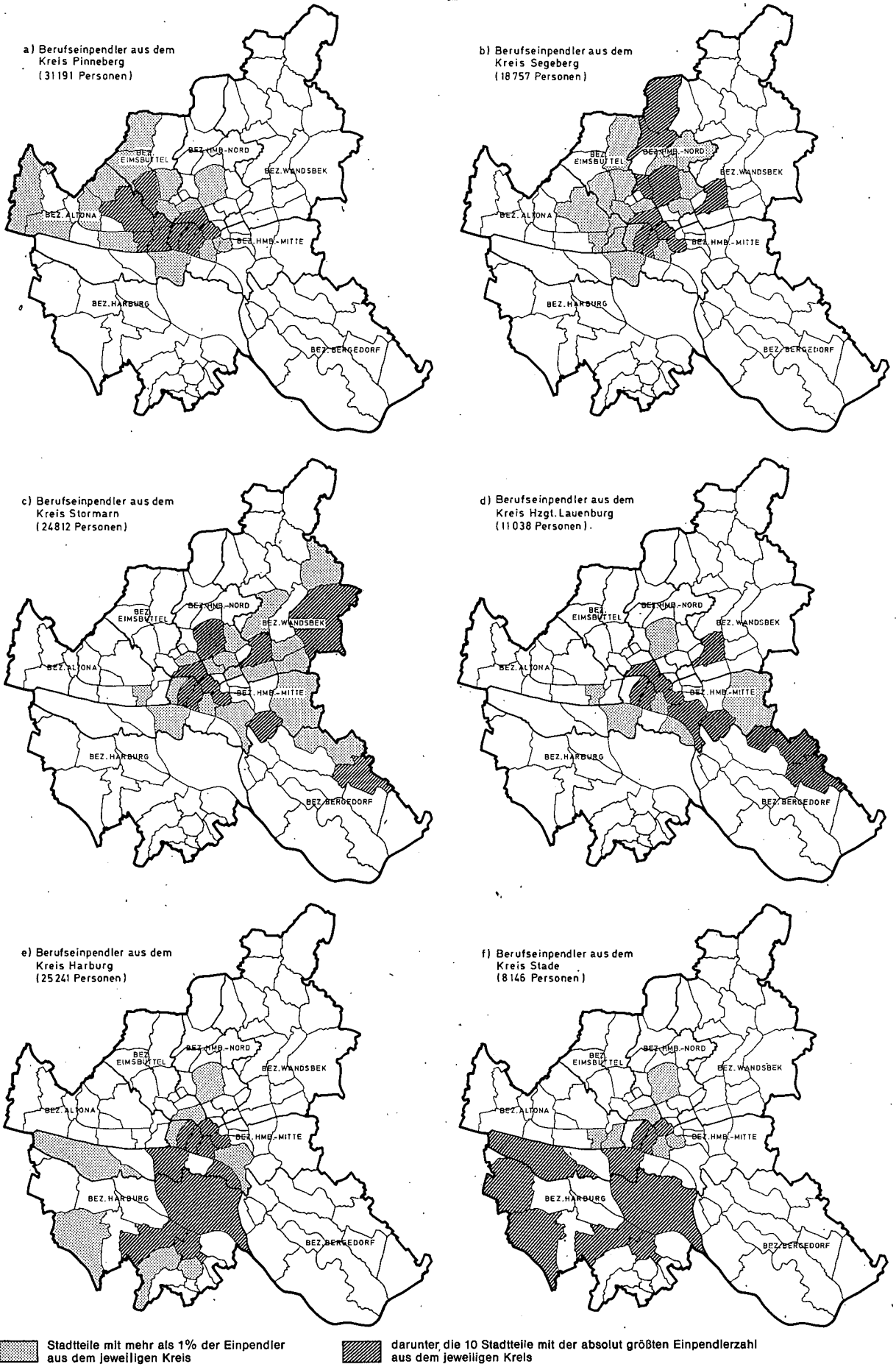
Diese Stadtteile sind – wie die folgende Übersicht zeigt – stark achsenorientiert:

Zahl der Berufspendler von Kreis

Pinneberg nach		Segeberg nach		Stormarn nach		Hzgt. Lauenburg nach		Harburg nach		Stade nach	
Bahrenfeld	1 800	Langenhorn	2 100	Rahlstedt	700	Bergedorf	2 800	Harburg	5 500	Finkenwerder	900
Stellingen	1 000	Fuhlsbüttel	1 100	Wandsbek	1 400	Lohbrügge	600	Heimfeld	1 800	Neuenfelde	400
Ottensen	1 800	Eppendorf	400	Winterhude	600	Billbrook	300	Wilhelmsburg	1 500	Neugraben-Fischbek	200
Altona-Nord	1 000	Winterhude	700	Rotherbaum	700	Rothenburgsort	200	Veddel	500	Heimfeld	500
Altona-Altstadt	1 300	Wandsbek	400	Bergedorf	700	Hammerbrook	300	Steinwerder	1 000	Harburg	800
St. Pauli	800	Rotherbaum	700	Billbrook	700	Rotherbaum	200	Klostertor	500	Wilhelmsburg	200
Rotherbaum	1 000	Hammerbrook	400	Hammerbrook	800	Wandsbek	300	Hammerbrook	600	Steinwerder	400
Hamburg-Altstadt	4 600	Hamburg-Altstadt	2 600	Hamburg-Altstadt	4 100	Hamburg-Altstadt	1 300	Hamburg-Altstadt	3 000	Hamburg-Altstadt	1 100
Neustadt	2 900	Neustadt	1 700	Neustadt	2 000	Neustadt	600	Neustadt	1 300	Neustadt	600
St. Georg	1 200	St. Georg	600	St. Georg	1 500	St. Georg	400	St. Georg	700	St. Georg	300
10 Stadtteile zusammen	17 400	10 Stadtteile zusammen	10 700	10 Stadtteile zusammen	13 200	10 Stadtteile zusammen	7 000	10 Stadtteile zusammen	16 400	10 Stadtteile zusammen	5 400
Anteil an den jeweiligen Einpendlern nach Hamburg insges.	56 %	Anteil an den jeweiligen Einpendlern nach Hamburg insges.	57 %	Anteil an den jeweiligen Einpendlern nach Hamburg insges.	53 %	Anteil an den jeweiligen Einpendlern nach Hamburg insges.	64 %	Anteil an den jeweiligen Einpendlern nach Hamburg insges.	65 %	Anteil an den jeweiligen Einpendlern nach Hamburg insges.	67 %

Schaubild 2

Zielgebiete der Berufseinpender nach Hamburg aus den 6 Randkreisen am 27. 5. 1970



Stadtteile mit mehr als 1% der Einpendler aus dem jeweiligen Kreis
 darunter die 10 Stadtteile mit der absolut größten Einpendlerzahl aus dem jeweiligen Kreis

Diese Zusammenstellung macht ebenso wie das Schaubild 2 die Konzentration der Pendlerströme im Bereich der Nahverkehrsbänder/Aufbauachsen deutlich. Die Stadtteile der Innenstadt (Hamburg-Altstadt, Neustadt, St. Georg) sind bei den Einpendlern aus allen Umlandkreisen unter den häufigsten Zielgebieten.

Neben der Achsenorientierung wird auch die Elbgränze sichtbar. Von den schleswig-holsteinischen Umlandkreisen hat keiner einen ausgesprochenen Berufspendlerschwerpunkt südlich der Elbe; lediglich Steinwerder erscheint bei den Pendlern aus allen Kreisen und Veddel bei den Einpendlern aus dem Kreis Hzt. Lauenburg mit als wichtiges Zielgebiet. Für die niedersächsischen Umlandkreise gilt, daß außer den drei oben genannten zentralen Stadtteilen nur noch Klostertor und Hammerbrook für den Landkreis Harburg als bedeutungsvolle Zielgebiete nördlich der Elbe erscheinen.

Die unterschiedlichen Zielschwerpunkte der Pendler rechtfertigen die Ansicht, daß besondere Verkehrsverhältnisse der Kreise Stade, Harburg und Hzt. Lauenburg eine Streuung ihrer Berufspendler über das hamburgische Stadtgebiet erschweren, während etwa der Kreis Stormarn in dieser Hinsicht eine günstigere Ausgangsposition besitzt. Mit der Eröffnung des zweiten Elbtunnels zwischen Waltershof und Othmarschen wird sich allerdings die Verkehrssituation grundsätzlich ändern; denn die Komponenten Zeit/Kosten/Entfernung für Arbeitswege vor allem aus den westlichen Gebieten Hamburgs und den westlichen Umlandkreisen werden sich in bezug auf die jeweils andere Seite der Elbe wesentlich günstiger stellen als bisher.

Berücksichtigt man nicht nur die absoluten Pendlerzahlen, sondern auch ihren Anteil an den Beschäftigten, so kann angenommen werden, daß eine stärkere Berufspendlerbeziehung zwischen einem Herkunfts-kreis und einem Zielstadtteil besteht, wenn

- 1) der Anteil der Pendler aus dem Kreis in diesen Stadtteil (a) gemessen an allen Pendlern dieses Kreises nach Hamburg (b) größer ist als der Anteil der Beschäftigten in diesem Stadtteil (c) gemessen an allen Beschäftigten in Hamburg (d), oder wenn
- 2) der Anteil der Pendler aus einem Kreis in einem Stadtteil (a) an den Beschäftigten in diesem Stadt-

teil (c) größer ist als der Anteil aller Pendler dieses Kreises nach Hamburg (b) an allen Beschäftigten in Hamburg (d), also wenn

$$\frac{a}{b} > \frac{c}{d} \text{ oder } \frac{a}{c} > \frac{b}{d}$$

Anders ausgedrückt: Wenn sich die Berufspendler der einzelnen Kreise nach Hamburg auf die einzelnen Stadtteile genau im gleichen Verhältnis verteilen wie die Beschäftigten bzw. Arbeitsplätze der einzelnen Stadtteile an der Gesamtbeschäftigtenzahl Hamburgs, dann liegt der Wert bei „1“ (relative Gleichverteilung). Diese Rechnung ergibt für die sechs Umlandkreise die unten aufgeführten zehn Höchstwerte.

Dabei bedeutet ein Wert von z. B. 4,65, daß der Anteil der Pendler aus dem Kreis Pinneberg an den Beschäftigten in Rissen 4,65mal höher lag als der Anteil der gesamten Pendler aus dem Kreise Pinneberg an der Gesamtbeschäftigtenzahl Hamburgs. Den gleichen Wert bei entsprechend gemessener bzw. vergleichbar gemachter Intensität der Pendlerverflechtung zeigen der Kreis Hzt. Lauenburg als Herkunfts- und der Stadtteil Billwerder als Zielgebiet eines Pendlerstromes.

Im Gegensatz zu der Betrachtung der jeweils größten absoluten Pendlerzahlen liegen die Höchstwerte dieser Anteilsrechnung zwar überwiegend bei Stadtteilen mit geringeren Beschäftigten- bzw. Einpendlerzahlen, doch zeigt sich auch hier eine klare Achsenorientierung. Diese wird noch dadurch bestätigt, daß bei der weitaus überwiegenden Anzahl der Stadtteile der zweithöchste Wert auf den jeweiligen Nachbarkreis der Hauptherkunftsggebiete entfällt, und zwar sowohl bei den Stadtteilen mit hohen als auch bei den mit niedrigen Beschäftigtenzahlen. So sind zum Beispiel nach dem Schwergewicht der Pendlerbeziehungen mit dem Umland die Stadtteile mit mehr als 1,0% der Beschäftigten in Hamburg wie folgt den Umlandkreisen zugeordnet:

1a) Pinneberg - Segeberg

- Neustadt
- St. Pauli
- Altona-Altstadt
- Altona-Nord
- Ottensen

Pinneberg		Segeberg		Stormarn		Hzt. Lauenburg		Harburg		Stade	
Rissen	4,65	Langenhorn	9,67	Curslack	9,50	Bergedorf	14,36	Harburg	7,48	Neuenfelde	17,84
Iserbrook	3,66	Fuhlsbüttel	5,71	Volksdorf	3,40	Lohbrügge	9,44	Neuland	7,33	Finkenwerder	9,92
Nienstedten	3,50	Hummelsbüttel	3,66	Wohldorf-Ohlstedt	3,30	Curslack	6,75	Sinstorf	7,14	Cranz	6,50
Lurup	3,38	Duvenstedt	2,70	Duvenstedt	3,20	Altengamme	6,66	Marmstorf	5,87	Neuland	6,33
Sülldorf	3,25	Ohlsdorf	2,58	Rahlstedt	2,59	Billwerder	4,66	Neugraben-		Neugraben-	
Eidelstedt	3,10	Moorfleet	2,16	Bergstedt	2,50	Moorfleet	3,83	Fischbek	5,27	Fischbek	6,09
Blankenese	3,10	Poppenbüttel	2,08	Jenfeld	2,31	Allermöhe	2,66	Heimfeld	5,21	Häusbruch	5,50
Schnelsen	2,97	Alsterdorf	2,00	Tonndorf	2,15	Neuengamme	2,25	Rönneburg	5,07	Heimfeld	4,75
Ottensen	2,64	Groß Borstel	1,97	Billstedt	2,07	Billbrook	2,19	Langenbek	5,00	Francop	4,00
Stellingen	2,55	Sasel	1,79	Spadenland	2,00	Kirchwerder	2,13	Wilstorf	4,47	Harburg	3,42
								Eißendorf	4,43	Altenwerder	3,20

- Bahrenfeld
Eimsbüttel
Stellingen
Eidelstedt ¹⁾
- 1b) S e g e b e r g - Pinneberg
 - Rotherbaum
 - Harvestehude
 - Lokstedt
 - Eppendorf
 - Fuhlsbüttel
 - Langenhorn
- 2a) S e g e b e r g - Stormarn
 - Winterhude
 - Ohlsdorf ¹⁾
- 2b) S t o r m a r n - Segeberg
 - Uhlenhorst
 - Barmbek-Süd
 - Barmbek-Nord
 - Bramfeld
- 3a) S t o r m a r n - Hzgt. Lauenburg
 - Hammerbrook
 - Wandsbek
 - Rahlstedt
 - Eilbek ¹⁾
 - Billstedt ¹⁾
 - Hohenfelde ¹⁾
 - Marienthal ¹⁾
- 3b) H z g t. L a u e n b u r g - Stormarn
 - Billbrook
 - Rothenburgsort
 - Bergedorf
- 4a) H z g t. L a u e n b u r g - Harburg
 - Altengamme ¹⁾
 - Ochsenwerder ¹⁾
- 4b) H a r b u r g - Hzgt. Lauenburg
 - Veddel ¹⁾
- 5a) H a r b u r g - Stade
 - Heimfeld
 - Wilhelmsburg
 - Harburg
 - Wilstorf ¹⁾
- 5b) S t a d e - Harburg
 - Steinwerder
 - Finkenwerder
 - Neugraben-Fischbek ¹⁾
- 6a) S t a d e - Pinneberg
 -
- 6b) P i n n e b e r g - Stade
 - Blankenese ¹⁾
 - Rissen ¹⁾

¹⁾ Anteil der Beschäftigten des Stadtteils an allen Beschäftigten in Hamburg unter 1,0 %.

In dieser Übersicht steht der jeweils relativ wichtigste Herkunftskreis der Berufspendler einzelner Zielgebiete an erster, der zweitwichtigste an zweiter Stelle. Zum Beispiel besteht die relativ höchste Intensität der Pendlerverflechtung der Stadtteile Neustadt und Rotherbaum mit den Kreisen Pinneberg und Segeberg. Dabei liegt bei Neustadt der Kreis Pinneberg an erster, der Kreis Segeberg an zweiter Stelle. Bei Rotherbaum dagegen kommt dem Kreis Segeberg vor dem Kreis Pinneberg die relativ größere Bedeutung in der Pendlerverflechtung zu.

Von den Stadtteilen mit mehr als einem Prozent der Beschäftigten in Hamburg lassen sich auf diese Weise lediglich Hamburg-Altstadt, St. Georg und Klosterort nicht zuordnen, von den Stadtteilen mit geringerer Beschäftigtenzahl ebenfalls nur die allerwenigsten. Bei den Stadtteilen mit mehr als einem Prozent Beschäftigten verhält es sich in $\frac{2}{3}$ der Fälle sogar so, daß nicht nur die beiden relativ bedeutendsten Pendlerherkunftskreise nebeneinander liegen, sondern daß jeweils auf der anderen Seite des Kreises mit der intensivsten Pendlerverflechtung auch noch der an dritter Stelle kommende Pendlerherkunftskreis liegt. Bemerkenswert sind hierbei auch „Brückenschläge“ über die Elbe zwischen den Einpendleranteilen von Hzgt. Lauenburg und Harburg sowie von Pinneberg und Stade.

Alles in allem zeigt diese Untersuchung die Anlehnung der hamburgischen Einpendlerströme an die aus den jeweils angrenzenden Kreisen nach Hamburg verlaufenden radialen Verkehrsachsen. Eine weitergehende Analyse zum Beispiel der Frage, ob die stadtnah wohnenden Berufseinpender eine größere Streuung über das Stadtgebiet zeigen als die stadtf fern wohnenden Pendler, ist an dieser Stelle nicht vorgenommen worden. Für die Berechtigung einer derartigen Annahme sprechen jedoch in verkehrlicher Hinsicht die allgemein verbreitete Absicht, für den Arbeitsweg Zeitaufwand, Fahrkosten und Entfernungen so klein wie möglich zu halten, und in beruflicher Hinsicht die Tatsache, daß höherwertige und entsprechend weiter ins Umland ausstrahlende Arbeitsplätze des Bereichs der zentralen Funktion vorwiegend in der Innenstadt angesiedelt sind. Diese Grundstruktur ändert sich, wenn etwa ein zentraler Standort von dem Gewicht der City-Nord im Stadtteil Winterhude neu aufgebaut wird. Im Jahr 1970, aus dem die hier dargestellten Angaben stammen, hatten aber erst wenige große Verwaltungen in der City-Nord ihre Tätigkeit aufgenommen.

3. Verkehrsmittel und Wegezeiten

Die in den vergangenen Jahrzehnten gewachsene Distanz zwischen den Wohngebieten und den Arbeitsstätten und die dadurch verursachten Pendlerströme stehen in enger Wechselwirkung mit der ständigen Verbesserung der öffentlichen Nahverkehrsmittel sowie mit der zunehmenden Motorisierung und dem Ausbau des Straßennetzes. Die Wahl des Verkehrsmittels wie auch der Zeitaufwand für den Weg zum Arbeitsplatz hängen neben anderen veränderbaren Faktoren von der Nähe bzw. Erreichbarkeit der Verkehrsmittel und Verkehrswege sowie von ihrer Qualität und Kapazität ab.

1961 noch benutzten von den fast 100 000 Berufspendlern nach Hamburg 70 % öffentliche Verkehrsmittel. Hauptsächlich waren das die S- und U-Bahn, für die in entfernteren Gemeinden des Umlandes wohnenden Erwerbstätigen aber auch die Fernbahnen. Jeder zweite Pendler fuhr damals täglich mit der Bahn zur Arbeit. Zunehmend aber löste das Auto die Bahnen als Hauptverkehrsmittel ab. Trotz der Verlängerung einiger Schnellbahnlinien bis an den Stadtrand bzw. bis in das Umland – genannt sei hier nur die S-Bahn nach Pinneberg – und trotz der Verkürzung von Fahrzeiten beispielsweise durch die Elektrifizierung der Strecke Neugraben – Harburg – Hamburg-Hauptbahnhof mußten die öffentlichen Verkehrsmittel einschließlich der Busse bis 1970 Einbußen von über 20 % hinnehmen. Obwohl in jenem Jahr insgesamt fast 40 000 Erwerbstätige mehr zu ihren Arbeitsstätten in Hamburg pendelten als 1961, benutzten 7 500 Personen weniger die Bahnen als Verkehrsmittel. Die Zahl der täglich mit dem Pkw fahrenden Personen erreichte dagegen mehr als das Dreifache der Werte von 1961, so daß 1970 bereits jeder zweite der einpendelnden Erwerbstätigen mit dem Pkw zur Arbeit fuhr (siehe dazu auch **Schaubild 3 a**). Die Kapazität der Kraftfahrzeuge war jedoch keineswegs ausgelastet. In neun von zehn Fällen hat der Fahrer allein im Wagen gesessen. Von den relativ wenigen Mitfahrern waren zwei Drittel Frauen, zumeist wohl Ehefrauen, die zu ihrem Arbeitsplatz mitgenommen wurden.

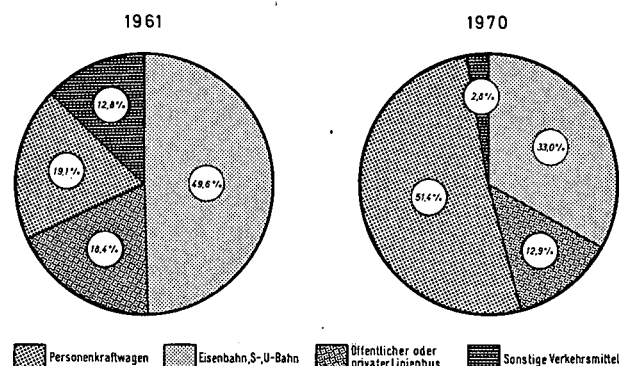
Betrachtet man die Unterschiede in der Verkehrsmittelbenutzung nach den Herkunftskreisen, so zeigt sich, daß als Selbst- oder Mitfahrer 58 % der aus dem Kreis Segeberg und 56 % der aus dem Landkreis Harburg, aber nur 50 % der aus dem Landkreis Stade und 49 % der aus dem Kreis Hzgt. Lauenburg einpendelnden Personen mit dem Pkw kamen. Linienbusse benutzten aus dem Kreis Hzgt. Lauenburg 20 % und aus dem Kreis Stormarn 12 % der Einpendler, aus dem Kreis Pinneberg hingegen nur 4 % und aus dem Landkreis Stade sogar nur 1 % der Pendler. Entsprechend hoch war der Anteil der mit Schienenverkehrsmitteln nach Hamburg einpendelnden Erwerbstätigen aus dem Kreis Pinneberg (41 %) und aus dem Landkreis Stade (38 %); für die Kreise Harburg und Hzgt. Lauenburg betragen diese Anteile 28 % und 23 %. Somit scheint für die Einpendler aus den Kreisen Pinneberg, Stade und Hzgt. Lauenburg eine Substitutionsbeziehung zwischen Schienen- und Busverkehr, bei den aus dem Landkreis Harburg kommenden Personen demgegenüber zwischen Schienenverkehrsmitteln und privaten Kraftfahrzeugen zu bestehen.

Mit der Motorisierung haben auch die nicht unmittelbar an den Nahverkehrslinien wohnenden Personen die Möglichkeit erhalten, schneller ihren Arbeitsplatz in der Stadt zu erreichen. Unter anderem durch das Umsteigen auf das Auto als tägliches Verkehrsmittel hat sich im Raum Hamburg die Zahl derjenigen, die länger als eine Stunde zu ihrem Arbeitsplatz unterwegs sind, erheblich verringert. Diese Tatsache – sie mit dem Ausbau des Straßennetzes einhergeht – so sind z. B. die B 5 in Richtung Elmshorn und die B 73 in Richtung Neugraben vierspurig ausgebaut worden –, wird der Hauptgrund für die Verkürzung der Anfahrtszeiten sein. Daneben darf aber nicht vergessen werden, daß mit der Schaffung des Hamburger Verkehrs-

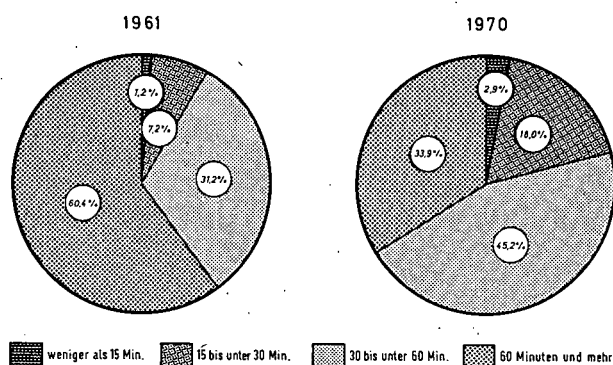
Schaubild 3

Berufsempendler Hamburgs nach überwiegend benutzten Verkehrsmitteln und dem Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte

a) Verkehrsmittel



b) Zeitaufwand



Statistisches Landesamt Hamburg

©

verbundes auch die Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel besser aufeinander abgestimmt worden sind. Absolut gesehen ist die Zahl der Langzeitpendler um ein Viertel zurückgegangen (vergleiche **Schaubild 3 b**), so daß 1970 nur noch einer von drei Einpendlern länger als 60 Minuten unterwegs war. Aus dem Rückgang des Anteils der Langzeitpendler kann geschlossen werden, daß die von Hamburg weiter entfernt wohnenden Erwerbstätigen, die in den 50er und 60er Jahren wegen des geringen Arbeitsplatzangebots in den Umlandkreisen auf Beschäftigungen in Hamburg angewiesen waren, nun zunehmend auch außerhalb Hamburgs Arbeitsplätze fanden.

Fast doppelt soviele Einpendler wie 1961 benötigten 30 bis 60 Minuten für den Weg zur Arbeit. Sogar mehr als verdreifacht hat sich die Zahl der Einpendler mit einem Arbeitsweg von weniger als einer halben Stunde. Die längsten Wegzeiten müssen naturgemäß die Personen aus den entfernteren Kreisen auf sich nehmen. So benötigte aus dem Landkreis Stade etwa jeder zweite Berufspendler nach Hamburg länger als eine Stunde. Der entsprechende Anteil bei den Lauenburgern beträgt 36 %. Die aus dem Landkreis Harburg kommenden Einpendler erreichen ihre Arbeitsplätze am schnellsten, da sich diese – wie oben geschildert – zum großen Teil im Stadtbezirk Harburg bzw. in den Hafengebieten südlich der Elbe befinden.

Jens Gerhardt / Jürgen Weißker

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾)							
Luftdruck	mm ²⁾)	759,7	762,3	758,4	755,6	757,5	760,1
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	14,2	7,7	6,6	4,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	75	83	83	84
Windstärke	Meßzahl ³⁾)	3	3	3,4	3	3,5	4
Bewölkung	" ⁴⁾)	7	5	5,2	6,4	7,0	5
Summenwerte ⁵⁾)							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	54	85	55	110
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	129,5	51	30	70
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	1	8	15	7
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	19	29	25	23
Sommertage	"						
				Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	242,4	241,6	...	244,9
" Altona	"	264,3	252,9	250,3	249,7	...	252,3
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	249,7	249,4	...	250,6
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	328,3	327,3	...	334,2
" Wandsbek	"	357,5	378,0	380,0	380,3	...	379,0
" Bergedorf	"	82,6	93,7	92,8	92,8	...	93,4
" Harburg	"	199,0	201,8	198,9	198,5	...	201,2
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 742,4	1 739,6	1 739,0 s	1 755,6
dav. männlich	"	861,9	815,0	809,1	807,6	...	813,9
weiblich	"	995,0	943,4	933,3	932,0	...	941,7
dar. Ausländer ⁷⁾)	"	59,8	122,7	131,5	131,8	132,5	123,8
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾)	Anzahl	1 510	930	815	824	1 257	1 277
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3				8,6
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 212	1 200	1 185	1 167
dar. unehelich	"	143	105	110	119	114	115
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,8				7,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	9,08	9,91	9,5	9,8
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	1 957	2 083	1 791	1 961
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	13	31	17	24
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,7				13,2
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾)	"	17,2	23,6	24,1		14,3	20,1
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017	- 745	- 883	- 606	- 794
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,9				- 5,3
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 337	5 192	4 669	...	7 053
über die Landesgrenzen Hamburgs	"						
Fortgezogene Personen	"	6 553	6 536	5 676	6 596	...	6 636
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	379	199	484	1 927	...	+ 417
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 37	+ 83	- 164	- 1 121	...	+ 383
dav. männlich	"	- 342	- 282	- 320	- 806	...	+ 34
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	12 560	11 892	...	14 097
Nach Gebieten	"						
a) Zugezogene aus	"						
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	1 536	1 294	...	1 648
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾)	"	835	1 110	1 048	907	...	1 096
Niedersachsen	"	1 091	1 000	910	828	...	1 063
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	272	379	332	336	...	431
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 204	1 178	...	1 593
Ausland und Sonstige ¹²⁾)	"	1 535	2 202	1 542	1 369	...	2 749
b) Fortgezogene nach	"						
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	1 998	2 460	...	2 563
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾)	"	1 620	1 810	1 564	1 905	...	1 909
Niedersachsen	"	1 268	1 616	1 298	1 554	...	1 699
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	525	908	705	816	...	971
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 095	1 282	...	1 470
Ausland und Sonstige ¹²⁾)	"	767	768	1 285	1 300	...	904

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 593	16 544	16 534	16 675
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	13 458	13 862	13 205	13 892
Pflegetage	"	415 910	406 670	386 553	422 110	414 845	422 595
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	81,2	85,2	86,3	87,6
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 026
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 855	2 864	2 827	2 888
Pflegetage	"	86 329	82 499	79 496	83 667	80 938	81 463
Bettenausnutzung	%		92,8	92,2	93,5	93,1	92,9
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	625 723	590 415	539 498	519 733
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	427 205	556 988	505 653	482 229
in Freibädern	"	158 845	339 706	170 346	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	604 763	670 059	654 576	599 336
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	7 945	9 096	8 154	8 697
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	36 270	45 083	48 218	43 655
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	8 816	11 659	11 359	11 239
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	3 580	4 438	4 400	3 816
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 400	3 265	2 645	2 931
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 240	1 635	1 443	1 564
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	119 059	232 127	87 182	61 431
dav. Hamburger Kunsthalle ³⁾	"	8 351	12 302	55 545	140 947	29 957	19 037
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	11 963	19 327	15 392	10 408
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	4 455	6 177	5 953	9 593	8 931	6 601
Helms-Museum	"	5 799	13 421	23 661	15 472	8 407	6 412
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"		12 094	22 335	13 724	6 878	5 142
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	9 852	28 235	14 246	9 032
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	5 306	10 021	4 860	4 369
Planetarium	"	2 595	5 998	4 864	6 448	3 089	5 572
Bischofshorn	"			1 915	2 084	2 300	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	686,7	683,1
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	399,8	399,2
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	45,8	45,7
Rentner	"	175,5	236,1	241,1	238,2
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	28,7	24,3	31,6
dav. männlich	"	17,9	19,6	16,6	21,4
weiblich	"	8,8	9,1	7,7	10,2
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	11 205	15 023	18 252	6 644
dav. männlich	"	2 318	2 959	6 553	9 133	11 787	3 510
weiblich	"	1 092	2 583	4 652	5 890	6 465	3 134
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"	1 155		3 593	5 078	7 151	1 682
Technische Berufe	"	108		920	1 113	1 135	417
Dienstleistungsberufe	"	2 965		6 189	8 265	9 269	4 277
2. Offene Stellen							
	"	25 827	18 838	12 359	10 578	9 482	15 718
3. Arbeitssuchende ⁵⁾							
	"	8 299	12 519	19 066	22 202	26 216	13 548
4. Vermittlungen ⁶⁾							
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	16 368	11 269	9 162	8 165	7 434	12 019
	"	10 527	5 765	3 876	3 524	3 483	6 273
5. Kurzarbeiter							
	"	3	284	1 504	3 304	4 886	468

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
• Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	998	1 112	1 061	1 194
• dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	89,8	86,5	87,1	86,8
• Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	8,1	8,8	8,6	8,7
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	3 528	1 549	1 052	1 152	1 043	1 358
pasteurisiert, abgepackt	"	6 482	7 595	6 574	6 615	6 360	7 494
ultra-hocherhitzt	"	—	1 046	1 370	1 407	1 199	1 015
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	137	133	128	158
ultra-hocherhitzt	"	—	316	1 470	1 913	2 104	499
Entrahmte Milch	"	—	—	83	96	91	—
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	428	314	307	439
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—	—	155	122	106	—
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	11,0	11,4	8,1	9,4
Kälber	"	2,6	1,1	1,0	0,9	1,2	0,9
Schweine	"	47,0	29,7	30,2	28,1	26,9	27,0
Schafe	"	2,7	0,7	0,8	0,6	0,5	0,5
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	10,0	10,0	7,6	9,1
Kälber	"	2,5	1,0	0,9	0,9	1,2	0,9
Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	30,5	29,1	28,0	28,0
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ¹⁾	t	6 229	4 744	5 719	5 653	4 913	5 431
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	2 555	2 650	2 033	2 429
Kälber	"	187	80	78	73	95	72
Schweine	"	4 318	2 980	3 067	2 913	2 768	2 905
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 318	1 316	1 313	1 349
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	186	185	183	193
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	113	112	112	118
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	24 859	18 319	16 881	18 342	17 253	19 525	19 525
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	209	215	254	239
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	180	180	243	217
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	4	5	5	5	3
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 250	1 484	1 455	3 218
Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm) ⁷⁾	1 000 cbm	—	63 213	34 958	38 862	39 511	74 243
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	44	54	55	64
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	278	303	291	199
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	Mio DM	16	13	10	15	13	14
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	2 379	2 617	2 269	2 115
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	482	598	396	314
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	118,5	125,2	130,3	137,7
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	117,3	122,5	127,9	136,5
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	126,1	135,4	130,1	154,7
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	125,7	125,4	144,1	147,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	103,3	100,5	97,5	105,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	103,7	111,8	121,5	115,0
Bauindustrie	"	103,7	128,4	116,2	112,9	112,2	124,8
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 917	2 379	2 617	2 269	2 115
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	333	485	553	506	411
Chemische Industrie	"	101	168	197	205	165	162
Elektroindustrie	"	143	239	319	301	278	282
Maschinenbau	"	83	150	156	158	165	159
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	585	779	775	692
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	40	56	60	64
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾							
		1965	1973	1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	3. Vj. 1973
3. Handwerk (Meßziffern ¹¹⁾)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	—	94,1	90,1	88,4	87,6	94,1
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	—	123,3	100,0	120,6	118,1	122,0

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1947 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	36 270	35 623	34 269	41 670
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 177	1 187	1 194	1 246
Angestellte	"	4 684	6 218	5 915	5 705	5 659	6 232
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	29 178	28 731	27 416	34 192
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	4 809	5 093	4 445	5 432
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 282	1 378	1 253	1 608
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 554	1 673	1 410	1 927
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 973	2 042	1 782	1 897
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	80,6	71,8	80,7	72,6	80,5
• Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,8	15,7	15,0	18,5	19,6
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	235,3	355,0	214,4	260,6
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	60,2	81,7	57,5	76,1
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	81,8	72,0	71,2	61,8	79,3
öffentlichen und Verkehrsbaus	"	53,0	81,4	103,3	202,1	95,1	105,2
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	184	124	135	63	142
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	89	84	84	36	63
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	223	349	162	406
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	50,6	67,4	40,8	82,5
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	47	76	33	87
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	53	67	51	60
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	606	584	298	402
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	148,5	121,8	78,1	42,4
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	120	98	57	73
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	644	1 011	491	1 223
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	155	113	124	90	180
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	378	172	398	277	473
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	58,4	77,5	64,0	96,3
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	61	59	55	86
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	603	372	672	515
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	132,9	107,1	109,1	54,0
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	543	1 184	877	1 370
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	186	117	112	168
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	81	53	75	64
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	583	533	250	555
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	119,7	71,9	56,0	106,6
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	122	76	54	124
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	59	45	44	81
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	1 091	360	628	628
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	237,3	51,0	96,9	46,6
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	206	78	103	102
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	1 714	1 023	726	1 766
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	738	339	345	1 216
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) ⁴⁾							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	14 300	14 500	14 600	17 300
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	3 600	3 400	3 000	4 400
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁵⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	189	189	188
Wohnungen	"	636	738	744	745	745	732
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 779	2 782	2 784	2 735

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁵⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	119,8	152,9	...	147,3
dar. Warenhäuser	"	.	132,3	119,9	148,5	...	159,8
Fach Einzelhandel	"	.	118,7	113,7	130,8	...	132,4
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	.	155	176,7	187,0	...	184,7
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	160	186,4	213,4	...	186,7
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	148	163,5	151,0	...	182,1
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	420	512	719	...	445
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	55	79	128	...	77
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	433	591	...	368
dav. Rohstoffe	"	2	3	5	4	...	3
Halbwaren	"	50	83	123	119	...	109
Fertigwaren	"	143	279	305	468	...	256
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	64	69	...	42
Enderzeugnisse	"	134	250	241	399	...	214
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	311	357	425	...	314
dar. EG-Länder	"	92	199	224	272	...	183
EFTA-Länder	"	40	57	77	85	...	70
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	139,5	140,4	137,8	128,5
dav. Beherbergungsgewerbe	"	.	133,6	154,9	155,6	133,0	136,1
Gaststättengewerbe	"	.	123,2	135,0	135,8	139,2	126,2
5. Fremdenverkehr *)							
Fremdenmeldungen	Anzahl	119 966	117 405	149 705	129 710	100 116	102 970
dar. von Auslandsgästen	"	42 391	39 554	48 466	38 787	29 745	29 809
Fremdenübernachtungen	"	231 537	224 878	267 559	246 621	191 065	202 809
dar. von Auslandsgästen	"	79 598	73 856	87 875	77 999	57 739	59 032
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 512	1 400 s	1 450 p	1 420 p	1 472
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 571	1 420 s	1 500 p	1 480 p	1 521
Abgegangene Schiffe	"	2 942	4 154	3 857 p	4 366 p	4 403 p	4 830
Güterverkehr über See	1 000 t	2 229	3 096	2 612 p	3 033 p	3 155 p	3 510
dav. Empfang	"	1 634	2 446	2 040 p	2 383 p	2 547 p	2 856
dav. Massengut	"	968	1 416	1 180 p	1 367 p	1 344 p	1 450
dar. Mineralöle	"	595	650	572 p	650 p	608 p	654
Sack- und Stückgut	"	713	1 058	1 245 p	1 333 p	1 248 p	1 320
Versand	"	292	472	610 p	632 p	591 p	651
dav. Massengut	"	421	586	635 p	701 p	657 p	669
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	477 p	488 r	400 s	414
Güterversand	"	309	400	365 p	405 r	440 s	434
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	5 837 p	5 509 p	4 743 p	4 274
Fluggäste	"	141,5	258 767	351 106 p	326 483 p	251 991 p	221 616
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	1 974,2 p	2 374,5 p	2 153,0 p	2 100,3
Luftpost	"	413,7	722,7	734,4 p	783,7 p	771,4 p	783,4
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	26 775	29 503	...	28 803 r
Schnell- und Vorortbahnen	"	9 436	3 587	2 759	3 003	...	3 474
Straßenbahn	"	12 289	18 621	19 285	21 065	...	20 810 r
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	503,1	503,9	504,6	491,7
dar. Personenkraftwagen *) *)	"	310,8	438,5	450,8	451,8	453,0	441,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	4 015	4 563	...	4 004
dar. Personenkraftwagen *)	"	4 632	4 907	3 459	4 049	...	3 637
Lastkraftwagen	"	362	379	441	417	...	284
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	986	952	1 061	1 005 p	1 106
Getötete Personen	"	26	24	20	23	40 p	31
Verletzte Personen	"	1 108	1 308	1 208	1 370	1 278 p	1 518

*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — *) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — *) ohne Transit. — *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — *) einschließlich Kombinationskraftwagen. — *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾							
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM		38 431,4	42 916,7	42 931,4	43 347,3	39 030,3
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 470,1	11 977,1	11 609,7	11 818,6	10 336,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		10 357,1	11 705,1	11 383,3	11 588,9	10 236,7
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"		5 851,0	6 285,8	6 417,0	6 450,8	5 920,9
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 393,1	5 511,5	5 627,7	5 633,2	5 446,4
• Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		22 110,3	24 653,8	24 904,7	25 077,9	22 772,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		20 084,9	22 135,1	22 292,8	22 383,7	20 727,5
dar. Durchlaufende Kredite	"		809,6	660,5	640,2	629,3	675,8
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		27 194,1	29 285,6	29 494,7	30 074,3	28 698,0
dav. Sicht- und Termingelder	"		17 617,9	19 234,0	19 364,9	19 859,5	19 215,9
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		12 981,1	14 009,8	14 176,7	14 640,5	14 109,3
• Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	10 051,6	10 129,8	10 214,8	9 482,1
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 634,5	6 673,9	6 715,0	6 190,2
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	487,5	584,9	678,6	560,3
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	459,9	490,0	596,4	474,9
• Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	2,9	3,3	2,8	3,3
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	17	13	35	24
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	625	674	553	641
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 063	4 082	2 966	3 417
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	19 658	20 735	19 758	27 871
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 487	3 598	3 427	3 394
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 751	1 763	944	1 348
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	429	567	529	533
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	160	157	157	159
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 480	6 569	6 591	5 967
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 679	6 711	6 754	6 256
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 953	5 983	5 962	5 579
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
	1 000 DM		814 395	1 075 864	814 137	777 604	705 526
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	733 874	507 890	415 208	367 867
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	340 585	337 964	346 041	316 273
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	235 274	26 072	46 141	24 158
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	5 959	116 316	25 504	3 626
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	152 056	27 537	— 2 478	23 810
• Steuern vom Umsatz	"	335 576	341 990	341 990	306 247	362 396	337 658
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	155 873	130 299	157 491	199 658
Einfuhrumsatzsteuer	"		129 313	186 117	175 948	204 905	138 000
2.* Bundessteuern							
	1 000 DM	523 065	865 424	967 552	928 299	976 883	963 108
• dar. Zölle	"	45 076	56 426	— 58 660	63 005	62 292	61 780
• Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	876 478	844 611	889 786	881 676
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	693 414	669 740	673 270	740 751
3.* Landessteuern							
	1 000 DM	35 517	42 954	24 592	31 403	72 140	73 255
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	2 797	3 834	47 297	43 691
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	10 851	13 323	11 064	12 778
• Biersteuer	"	2 430	3 136	3 477	3 096	3 174	3 120
4.* Gemeindesteuern							
	1 000 DM	46 355	94 475	22 068	59 023	228 137	234 498
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	17 387	16 112	210 335	204 026
Grundsteuer A	"	73	90	3	10	79	262
Grundsteuer B	"	5 134	9 402	3 301	1 698	13 007	26 574
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 510 332	1 350 903	1 428 487	1 383 335

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	414 233	177 487	317 140	162 893
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾ ²⁾	"	122 235	176 408	326 627	114 248	180 151	41 255
dar. Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	"	37 385	63 015	31 836	22 669	9 856
dar. Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	"	12 785	—	—	42 179	38 527
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	22 068	59 023	143 778	157 443
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ¹⁾	"	"	47 805	80 620	19 356	54 905	14 319
Einnahmen des Landes insgesamt	"	"	386 242	516 922	255 866	515 823	334 655
			Vj.-Durchschnitt 1973	1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	3. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM		1 762,5	1 937,4	1 902,6	2 064,6	1 779,7
dar. Personalausgaben	"	"	795,7	917,6	894,9	834,4	737,7
Bauinvestitionen	"	"	185,1	125,9	186,6	208,9	203,9
dar. für Schulen	"	"	54,8	39,8	61,8	53,8	65,1
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	"	23,1	23,9	29,3	29,2	26,1
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	"	8,5	5,1	9,8	7,9	10,0
Straßen	"	"	20,2	11,5	17,1	26,9	24,1
Wasserstraßen und Häfen	"	"	21,1	11,7	17,0	30,2	23,7
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	"	155,0	190,1	155,6	183,7	116,5
Zuführung an Rücklagen	"	"	8,6	0,0	0,1	—	20,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	"	1 802,7	1 909,0	2 025,5	1 950,1	1 815,3
dar. Steuern	"	"	1 158,7	1 323,1	1 305,8	1 200,0	1 275,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	"	57,7	41,4	62,2	37,7	56,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	"	192,2	233,9	228,6	267,7	199,1
Entnahme aus Rücklagen	"	"	12,5	37,2	1,2	18,5	29,7
Schuldenaufnahme	"	"	207,8	140,8	263,9	254,0	58,5
3. Schuldenstand am Ende des Quartals	"	"	4 884,2	5 172,4	5 353,2	5 446,7	48 371
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden) bei Gebietskörperschaften	"	"	3 530,3	3 813,0	4 005,8	4 107,6	3 491,5
	"	"	690,2	702,3	698,1	695,0	683,9
			Monatsdurchschnitt	Februar 1974	Mai 1974	August 1974	August 1973
			1965	1973			
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	207,9	221,4	223,5	202,0
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	209,8	223,4	225,7	203,3
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	206,0	219,4	221,3	200,8
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	206,2	219,2	221,9	200,5
Bürogebäude	"	112,2	194,2	201,3	213,7	215,4	196,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	197,4	206,9	211,4	194,9
				Oktober 1973	Januar 1974	April 1974	April 1973
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	394	448	445	469	427
männliche Arbeiter	"	140	245	280	281	290	265
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Bruttostundenverdienste	"	5,10	8,90	10,15	10,21	10,69	9,63
männliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,77	6,82	7,09	6,39
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,2	44,1	43,6	43,9	44,4
männliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,3	41,2	40,9	41,5
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 905	2 209	2 293	2 398	2 109
männlich	"	747	1 381	1 611	1 638	1 712	1 515
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 182	2 033	2 328	2 371	2 496	2 232
männlich	"	748	1 374	1 570	1 585	1 666	1 490
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 775	2 036	2 096	2 185	1 951
männlich	"	668	1 254	1 411	1 448	1 506	1 339
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 808	2 078	2 145	2 239	1 989
männlich	"	688	1 286	1 451	1 486	1 548	1 375
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 176	2 024	2 276	2 317	2 443	2 175
männlich	"	838	1 504	1 746	1 768	1 834	1 683
weiblich	"	"	"	"	"	"	"

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 327	12 290	11 430	11 544
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	6	3	3	10
Körperverletzung	"	"	420	439	498	422	379
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	118	104	100	103
Diebstahl	"	5 235	7 132	7 391	7 933	7 288	7 444
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	4 082	3 988	3 722	3 653
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 255	1 405	1 302	1 167
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 703	1 791	1 761	1 546
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	9 582	9 733	9 630	10 220
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	406	395	489	548
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	29 496	34 010	32 872	30 193
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	14 289	15 285	...	14 655
dav. Feueralarme	"	288	475	409	457	...	412
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	20	13	...	9
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	107	105	112	...	106
Rettungswageneinsätze	"	"	12 616	12 921	13 947	...	13 148
dar. für Krankenbeförderungen	"	4 494	2 835	2 653	3 117	...	2 945
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	"	1 801	1 815	1 834	...	1 928
Hilfeleistungen aller Art	"	"	879	959	881	...	1 095
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	"	110	111	125	...	99

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDES GEBIETES 1. Vj. 1974 UND 4. Vj. 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ¹⁾			
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	1. Vj. 2 040 ³⁾ 4. Vj. 2 048 ³⁾	4 458 4 112	10 237 10 077	- 5 779 - 5 965	16 425 23 428	18 817 ⁴⁾ 19 538 ⁴⁾	- 8 171 - 2 075	18 828 16 259	12 430 11 520	229 174 231 151	112 113	5 836 5 968	2 861 2 914
Hamburg	1. Vj. 1 748 4. Vj. 1 752	3 363 3 343	6 158 7 330	- 2 795 - 3 987	16 581 19 583	17 721 18 582	- 3 935 - 2 886	11 443 9 097	14 053 11 920	190 426 191 596	109 109	6 390 6 524	3 656 3 724
München	1. Vj. 1 333 4. Vj. 1 337 ^p	2 480 2 367 ^p	3 305 3 238	- 825 - 871	18 426 23 466 ^p	20 331 21 782 ^p	- 2 730 + 813	11 866 ⁵⁾ 8 050 ⁵⁾	10 223 ⁵⁾ 8 570 ⁵⁾	190 800 193 098	143 144	5 254 5 454 ^p	3 941 4 079
Köln	1. Vj. 830 4. Vj. 832	1 726 1 916	2 655 2 696	- 929 - 780	11 369 14 368	12 390 14 701	- 1 950 - 1 113	8 694 6 756	5 497 6 198	129 959 131 320	157 158	1 387 3 502	1 671 4 209
Essen	1. Vj. 675 4. Vj. 677	1 356 1 318	2 371 2 335	- 1 015 - 1 017	5 002 5 590	6 610 6 593	- 2 623 - 2 020	7 869 6 302	3 559 3 754	60 628 61 125	90 90	1 227 1 323	1 818 1 954
Düsseldorf	1. Vj. 626 4. Vj. 636	1 231 1 173	2 077 2 006	- 846 - 833	8 100 9 896	10 170 11 760	- 2 916 - 2 697	5 461 4 299	4 601 3 731	110 426 ^p 112 391 ^p	176 ^p 177 ^p	2 752 ^p 2 678 ^p	4 396 ^p 4 210 ^p
Frankfurt/M.	1. Vj. 669 4. Vj. 673	1 264 1 260	2 126 2 064	- 862 - 804	11 455 14 339	14 226 14 333	- 3 633 - 798	7 727 4 792	10 108 9 203	124 023 125 907	185 187	3 285 3 227	4 910 4 795
Dortmund	1. Vj. 636 4. Vj. 637	1 095 1 336	2 034 2 136	- 939 - 800	5 895 5 403	6 040 4 951	- 1 084 - 348	6 652 5 507	4 126 3 527	76 398 76 163	120 120	1 450 1 542	2 280 2 421
Stuttgart	1. Vj. 622 4. Vj. 624	1 473 1 175 ^p	1 542 1 585 ^p	- 69 - 410	13 501 14 852 ^p	16 344 15 926	- 2 913 - 1 484	2 356 1 303	8 171 8 588	142 960 146 994	230 236	4 546 4 636	7 309 7 429
Bremen	1. Vj. 583 4. Vj. 584	1 207 1 264	1 930 1 966	- 723 - 702	7 000 6 865	7 190 8 500	- 913 - 2 337	5 715 4 619	4 573 3 980	85 152 85 625	146 147	2 623 3 048	4 499 5 219
Hannover	1. Vj. 575 4. Vj. 514	1 092 875	1 861 1 768	- 769 - 793	7 853 8 686	8 134 9 587	- 1 050 - 1 694	4 744 5 469	5 540 4 683	101 445 106 514	176 207	2 234 2 631	3 885 5 119

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	1. Vj. 12 926 4. Vj. 15 494	533 598	261 292	474 455	3 749 3 417	367 827	2 977 6 593	127 3 668	195 245	96 120	529 649	2 823 3 390	3 597 4 202	165 429 64 669	65 145 75 431
Hamburg	1. Vj. 13 309 4. Vj. 13 668	462 723	264 413	293 366	2 810 3 779	187 1 099	1 488 8 556	491 4 788	282 299	161 171	528 599	2 278 2 886	3 025 3 864	235 067 137 593	139 116 163 036
München	1. Vj. 12 612 4. Vj. 19 234	509 801	382 599	221 202	1 727 1 560	352 488	4 249 4 809	1 124 1 182	400 471	300 352	830 988	1 573 1 899	2 138 2 610	135 876 110 427	98 768 130 705
Köln	1. Vj. 6 575 4. Vj. 7 740	238 358	287 430	100 220	1 127 1 736	44 524	671 5 042	229 1 485	155 154	187 185	343 292	985 1 140	1 316 1 495	57 232 139 721	70 331 62 060
Essen	1. Vj. 5 755 4. Vj. 5 755	228 338	338 230	50 230	359 1 652	118 400	566 2 517	207 801	33 37	49 65	70 80	710 741	918 1 005	68 431 40 354	5 604 84 091
Düsseldorf	1. Vj. 6 726 ^p 4. Vj. 8 639 ^p	299 ^p 352 ^p	478 ^p 553 ^p	47 71	436 644	71 419	599 3 671	215 1 251	150 153	240 241	300 311	696 886	1 101 1 101	134 622 71 710 ^p	51 923 69 016 ^p
Frankfurt/M.	1. Vj. 9 502 4. Vj. 11 147	336 473	502 703	137 233	857 1 786	20 341	122 3 777	134 1 763	259 280	387 416	518 538	1 055 1 411	1 244 1 411	197 008 173 089	16 429 103 793
Dortmund	1. Vj. 5 263 4. Vj. 5 930	162 260	255 408	182 245	878 1 819	293 293	1 154 1 704	394 539	39 37	61 58	72 71	747 804	994 1 053	40 016 37 984	4 655 69 854
Stuttgart	1. Vj. 8 510 4. Vj. 10 865	288 508	463 814 ^p	95 128	710 761	119 346	729 1 847	184 607	110 119	177 191 ^p	255 273	640 819	865 1 135	102 195 99 817	12 116 54 976
Bremen	1. Vj. 5 786 4. Vj. 5 786	211 362	173 142	852 698	145 444	600 2 084	276 869	66 73	113 125	131 144	760 846	910 1 171	81 769 88 888	35 406 44 040	
Hannover	1. Vj. 4 758 4. Vj. 5 563	175 226	304 440	48 34	438 363	51 249	587 1 592	65 1 132	100 91	174 177	177 156	714 892	910 1 175	91 997 36 348	8 625 73 590

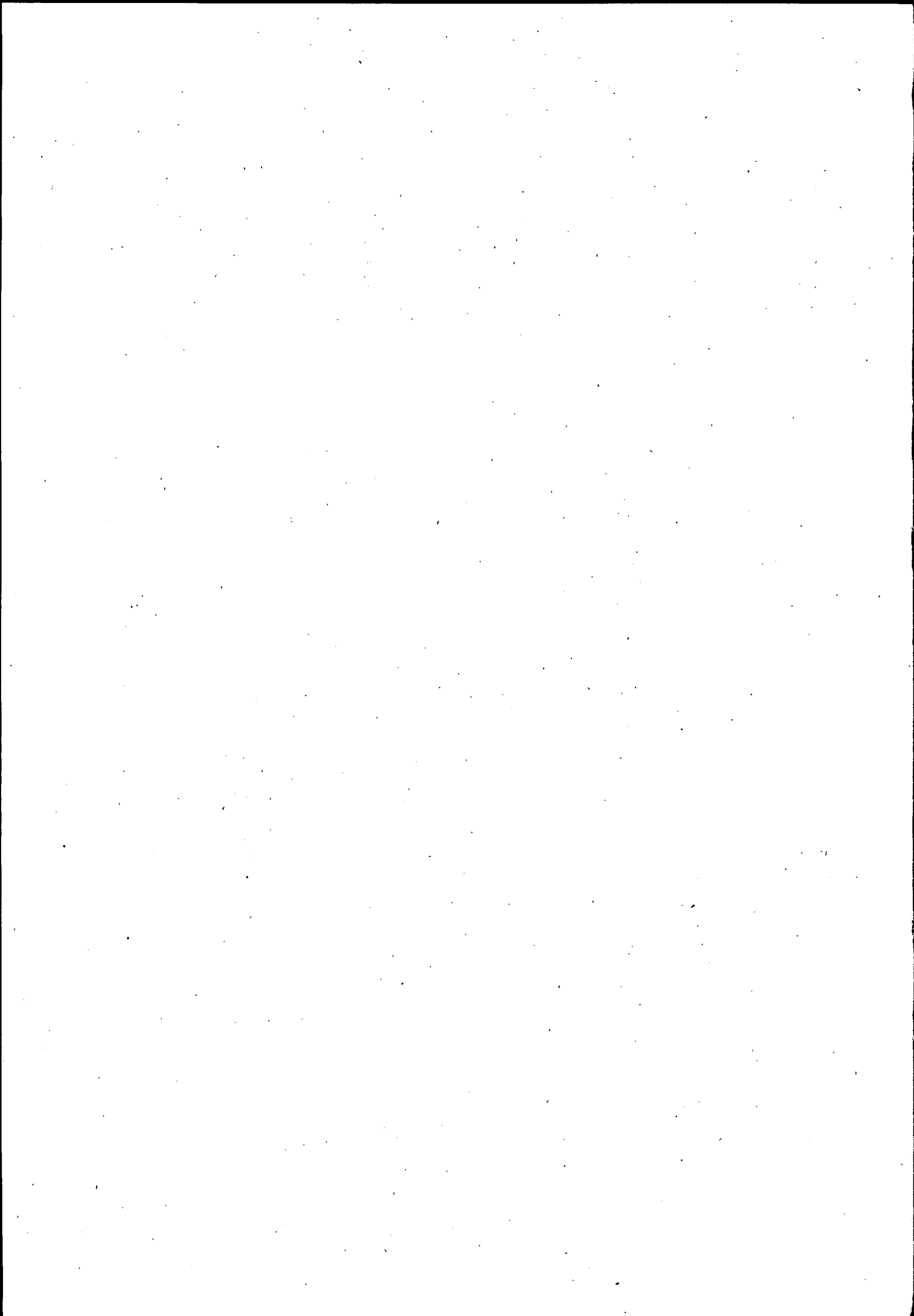
¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

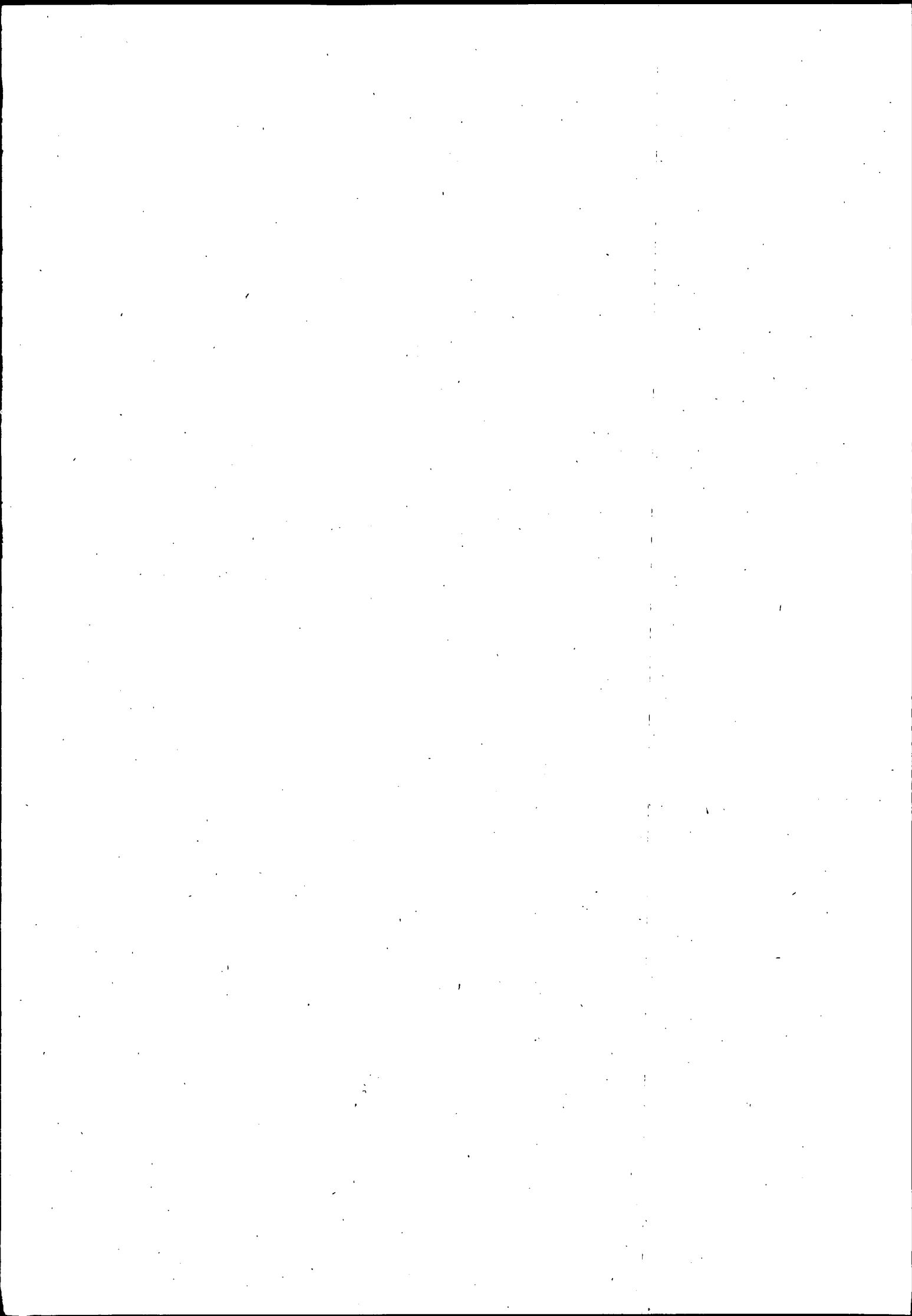
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

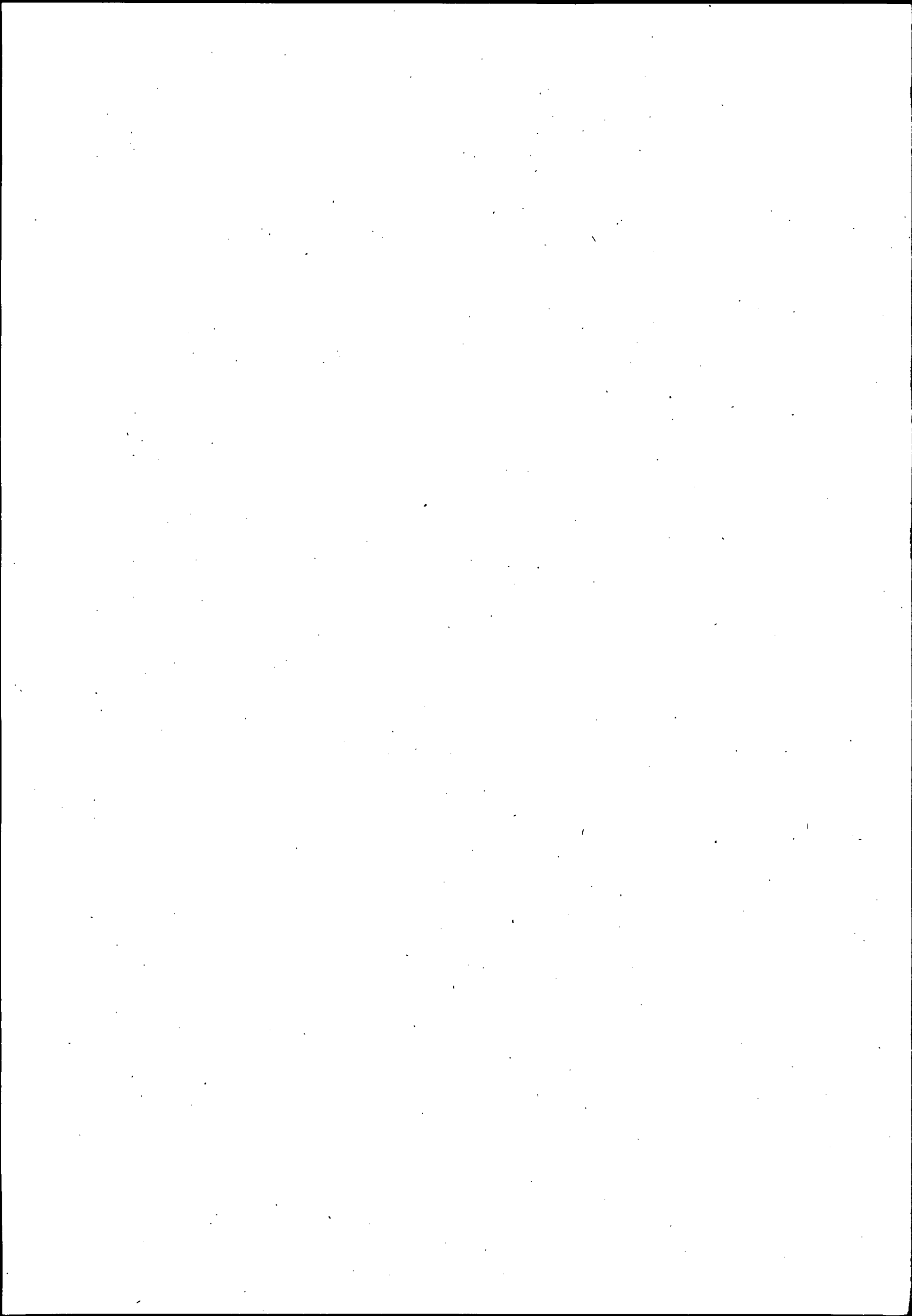
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,4 p	5,9
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,3 p	9,9
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p	12,0
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	8 148	8 126	...	8 406
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	11 144	807	866	...	976
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	668 933	58 100	65 217 p	...	60 293
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	143 233	13 657	15 733 p	...	13 456
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1962 = 100	118,2	178,7	153,6	176,7 p	189,1 p	185,1
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	"	119,1	182,3	155,9	180,4 p	191,1 p	188,6
Verarbeitende Industrie	"	124,8	212,2	201,0	212,2 p	203,9 p	221,3
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	117,8	176,7	138,7	174,2 p	191,2 p	181,3
Investitionsgüterindustrie	"	115,6	167,1	127,5	159,2 p	179,5 p	170,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,2	152,8	145,5	157,1 p	178,7 p	162,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	118,9	149,6	138,0	157,6 p	152,4 p	164,9
Bauindustrie	"	-	-	-	-	-	-
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 508,1	1 352	1 340	...	1 514
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	235,2	168,2	180,3	...	232,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mio DM	3 698	7 734	6 130,8	6 534	...	7 371
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Anzahl	51 898	54 909	38 084	34 909	37 071	48 546
Baugenehmigungen für Wohnungen	"	49 326	59 519	35 174	37 427	50 059	58 312
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	-	-	-	-	-	-
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	-	...	127,6	129,9	152,7	141,4
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	-	127,0	103,4	146,8	158,3	146,2
VERKEHR							
Seeschifffahrt	1 000 t	8 835	13 340
Güterumschlag ⁵⁾	"	6 950	10 259
dav. Empfang	"	1 885	3 081
Versand	Anzahl	144 927	188 344	120 020	148 368	161 791	174 676
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	"	-	-	-	-	-	-
Straßenverkehrsunfälle	"	26 364	29 443 p	28 941 p	30 073 p	...	31 942
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	1 313	1 358 p	1 264 p	1 268 p	...	1 476
Getötete Personen	"	38 124	40 642 p	40 102 p	40 665 p	...	43 401
Verletzte Personen	"	-	-	-	-	-	-
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	6 320	6 285	6 262	5 408
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	423	5 557	807	826
Körperschaftsteuer	"	681	907	183	2 379	310	219
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 083	3 980	4 060	3 905
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	104,0	123,8	131,3	131,7	132,9	116,0
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	-	112,6	145,6	146,3	146,6	113,4
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	-	112,3	134,2	134,8	135,2	113,8
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	203,6	-	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	126,8	128,1	127,9	119,8
Nahrungs- und Genussmittel	"	94,2	117,7	123,2	123,1	123,9	118,2
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	126,8	127,2	127,7	121,1
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,89	8,93	9,03	8,37
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	42,3	43,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

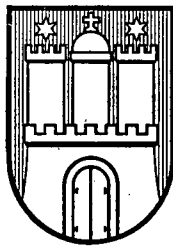
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungszeitraum.







HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

Februar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

123 000 Ausländer in Hamburg

In Hamburg leben nach den neuesten Auszählungen der Einwohnerkartei über 123 000 Ausländer. Damit hat sich die Zahl der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gegenüber 1973 um knapp 6% erhöht. Jeder 14. Einwohner unserer Stadt ist gegenwärtig Ausländer.

Fast zwei Drittel der ausländischen Einwohner kommen aus den Hauptanwerbeländern für Gastarbeiter. Unter den Ausländern gibt es 31 000 Türken, 19 000 Jugoslawen, 8 400 Griechen, 8 400 Portugiesen, 6 800 Italiener und 5 500 Spanier. Relativ am stärksten ist im Vergleich zum Jahr zuvor die Zahl der Türken und der Portugiesen angestiegen.

Die meisten Ausländer – annähernd 28 000 – sind im Bezirk Hamburg-Mitte gemeldet. Jeweils zwischen 19 000 und 21 000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wohnen in Altona, Eimsbüttel und Hamburg-Nord. In Hamburg leben 17 000, in Wandsbek 14 000 und in Bergedorf 3 500 Ausländer.

Zahlen zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht

Nach einer Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes erhalten alle Kinder, die Ehen zwischen einer deutschen Frau und einem ausländischen Mann entstammen, die deutsche Staatsangehörigkeit. Bisher bekamen Kinder aus gemischt-nationalen Ehen in der Regel die Nationalität des Vaters, auch wenn die Mutter Deutsche war. 1975 werden etwa 400 Kinder von Hamburgerinnen geboren werden, deren Ehepartner Ausländer ist.

Seit 1953 wurden 7 700 Hamburger Kinder in solchen gemischt-nationalen Ehen geboren. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht erlaubt es diesen – inzwischen zum Teil schon herangewachsenen – Kindern, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Es wird geschätzt, daß in Hamburg 3 000 bis 4 000 Personen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

30% weniger Baugenehmigungen für Wohnungen innerhalb eines Jahres

1974 wurden in Hamburg 30% weniger Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt als im vorangegangenen Jahr. Mit insgesamt 10 000 genehmigten Wohnungen war die seit 25 Jahren niedrigste Anzahl zu verzeichnen. Bei den fertiggestellten Wohnungen trat ein geringerer Rückgang ein; rund 13 000 Wohnungen wurden 1974 bezugsfertig, 13% weniger als im Jahr zuvor. Auch der rechnerische Bauüberhang – das sind die genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen – ist im letzten Jahr deutlich zurück-

gegangen. Für 1975 muß eine weiter rückläufige Zahl fertiggestellter Wohnungen erwartet werden, da der Entwicklung bei den Baugenehmigungen mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa ein bis zwei Jahren auch die Baufertigstellungen folgen: Im laufenden Jahr wird in Hamburg vermutlich das niedrigste Wohnungsbauergebnis seit 1950 erzielt.

Rückgang der Straßenverkehrsunfälle

Erfreuliche Verminderungen der Unfallhäufigkeiten zeigt die Hamburger Straßenverkehrsunfallstatistik für das Jahr 1974. Um knapp 11% verringerte sich die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden; noch immer aber ereigneten sich 10 600 Unfälle, bei denen Personen verletzt oder getötet wurden. Die Zahl der Verunglückten ging um 13% zurück, die der Schwerverletzten sogar um 17%. Auch die Unfälle, bei denen nur Sachschäden zu verzeichnen waren, haben sich gegenüber dem Vorjahr verringert; 22 300 Unfälle (ohne Bagatellunfälle) bedeuten einen Rückgang um 8%.

Diese günstigen Gesamtergebnisse des Jahres 1974 sind allerdings durch rückläufige Unfallzahlen lediglich in den Monaten Januar bis Juli entstanden. Seit August werden die Unfallhäufigkeiten der Vorjahresmonate leider zumeist wieder übertroffen.

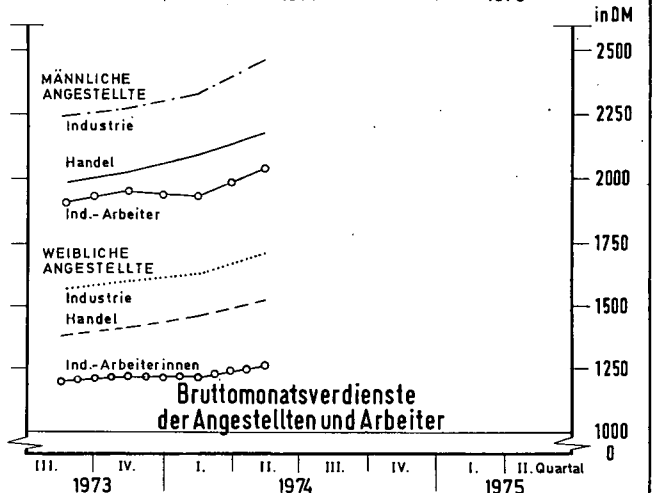
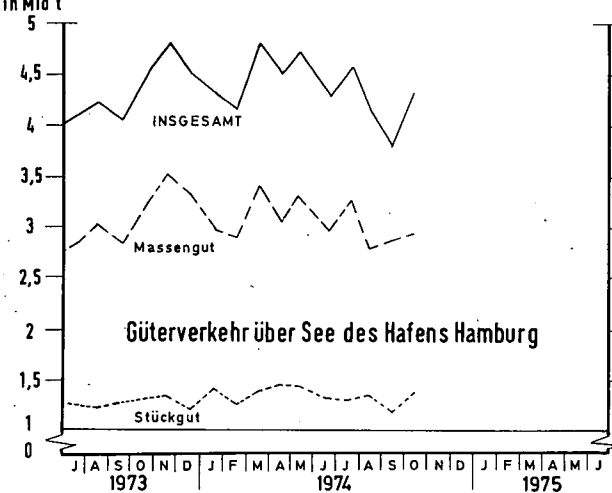
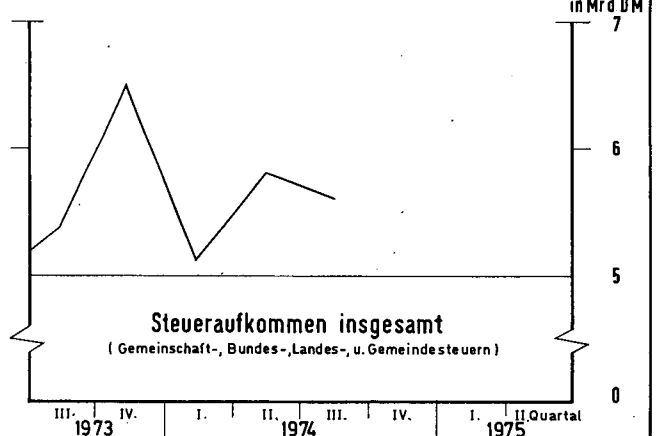
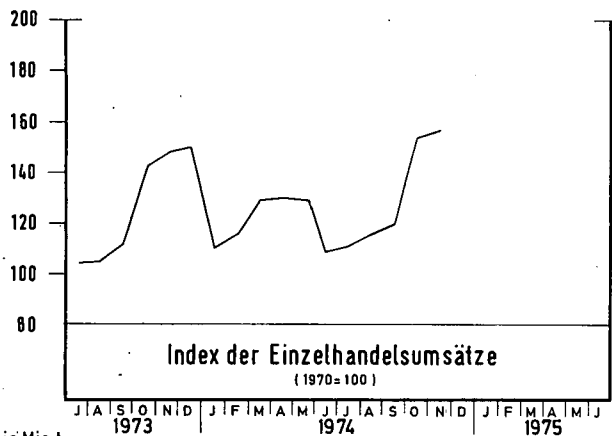
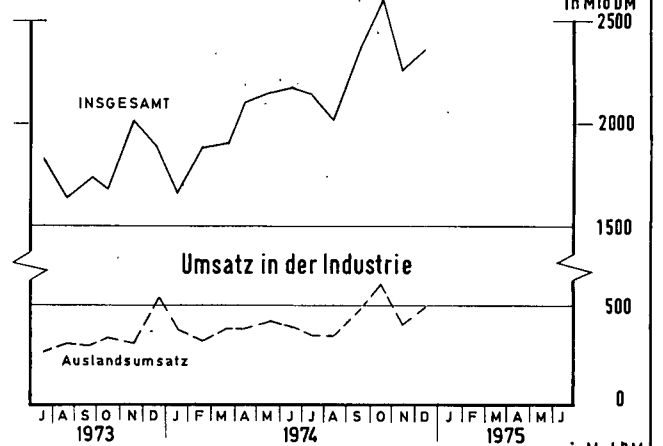
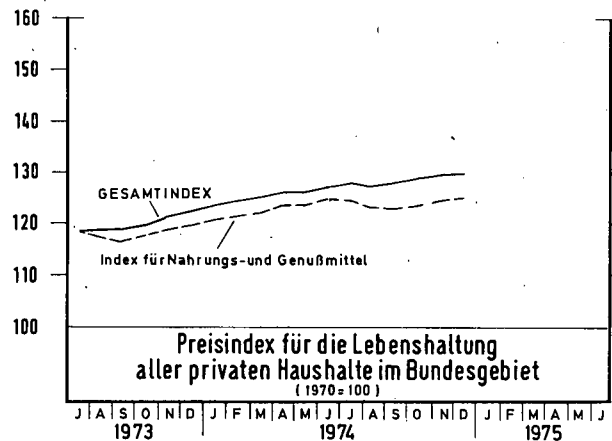
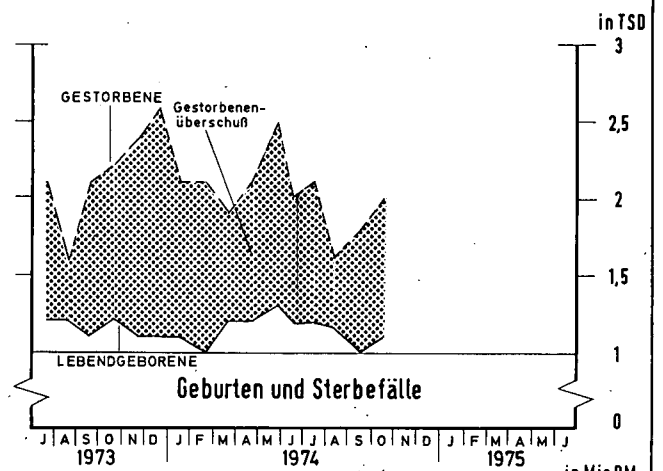
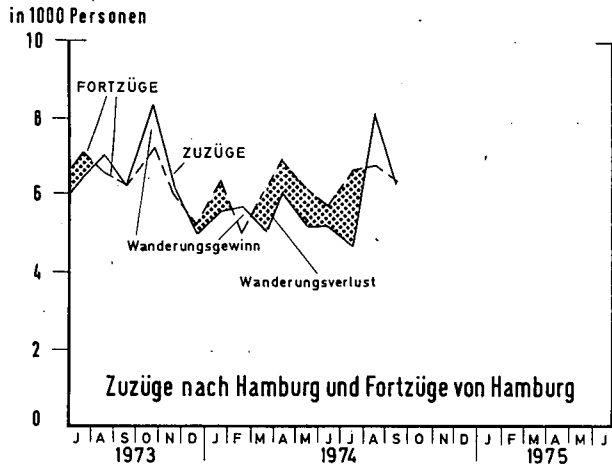
Beträchtlicher Anstieg im Güterverkehr mit der Volksrepublik China

Mit rd. 600 000 t in den Monaten Januar bis Oktober des Jahres 1974 hat der Seeverkehr zwischen Hamburg und den Häfen der Volksrepublik China einen neuen Höchststand erreicht. Das Umschlagsvolumen lag um 26% über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Damit hat sich der seit einigen Jahren zu beobachtende kontinuierliche Anstieg fortgesetzt.

Knapp zwei Drittel des Güterverkehrs über See mit China (im Wert von 680 Mio DM) entfielen dabei auf Waren des Außenhandels der Bundesrepublik, der Rest bestand im wesentlichen aus Transit.

Bemerkenswert ist, daß mehr als 90% Stückgüter befördert wurden. Reis, Trockenfrüchte und Fichtenharze waren im Empfang die wichtigsten Güterarten. Auf der Versandseite überwogen Güter aus der industriellen Fertigung: Eisen und Stahl, NE-Metalle sowie Chemikalien. 1974 ist ein erheblicher Anstieg beim Versand von Rohren und Maschinen eingetreten. Wenn sich die bisher bekanntgewordenen Handelsvorhaben zwischen der Bundesrepublik und China im vorgesehenen Umfang realisieren lassen, dürfte sich die für den Hamburger Hafen positive Entwicklung auch 1975 fortsetzen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Sozialprodukts in Hamburg

– Hinweise zu den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung –

Für Hamburg werden erstmals Ergebnisse aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung über die Verteilung des Volkseinkommens und die Verwendung des Sozialprodukts vorgelegt. Wegen der materialbedingten und methodischen Schwierigkeiten bei der erstmaligen Berechnung umfassen die Ergebnisse zunächst die Jahre 1960 bis 1970. Es handelt sich in allen Fällen um Ergebnisse in jeweiligen Preisen. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, in dem vergleichbare Werte für alle Bundesländer erarbeitet werden, ist z. Z. damit beschäftigt, die Werte zu aktualisieren und durch Einbeziehung neuer statistischer Unterlagen die bis jetzt quantifizierten Begriffe zu überarbeiten. Bei der zu erwartenden Diskussion über das Erreichte wird sich herausstellen, wieweit es gelungen ist, Konsumentenwünsche in sachlicher und qualitativer Hinsicht zu befriedigen.

Auf den Statistischen Bericht (Reihe P I 1, Lfd. Nr. 1, 1975), der diesem Heft von „Hamburg in Zahlen“ beigelegt ist und der die zahlenmäßigen Ergebnisse enthält, wird ausdrücklich hingewiesen.

1. Bisheriges Arbeitsprogramm

Aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung standen für Länder bisher nur die Größen der sog. Entstehungsrechnung:

- der Bruttoproduktionswert,
- die Vorleistungen,
- das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen,
- die Abschreibungen,
- die Indirekten Steuern abz. der Subventionen und
- das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten

nach 11 sog. Veröffentlichungsbereichen zur Verfügung. Davon wurden das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen und konstanten Preisen) regelmäßig auch für aktuelle Jahre, die übrigen Größen zunächst nur bis 1970 ausgewiesen. Diese Arbeiten waren die Voraussetzung für die Durchführung und den Abschluß eines sehr anspruchsvollen Vorhabens, nämlich auch für Länder über die Entstehungsseite hinaus Werte zu erarbeiten, die eine erste Vorstellung über die Verteilung und Umverteilung des Volkseinkommens und die Verwendung des Bruttosozialprodukts in den Ländern vermitteln¹⁾.

Bisher war es allgemein üblich, für Vergleichszwecke allein das Bruttoinlandsprodukt zu verwenden, das häufig für Aussagen herhalten mußte, als deren Grundlage es nur bedingt geeignet war. Hinzu kam, daß das Bruttoinlandsprodukt stets auf die Wohnbevölkerung bezogen wurde, was zwar nicht bei den Flächenländern, wohl aber bei kleineren Gebieten wie

den Stadtstaaten zu einer weiteren Verzerrung in Richtung auf eine Überhöhung des Vergleichswertes führt, weil an der Erarbeitung des Inlandsproduktes in erheblichem und zunehmendem Umfang Einpendler beteiligt sind, die natürlich nicht zur Wohnbevölkerung gehören, aber in der Bezugsgröße enthalten sein müßten^{2) 3)}.

2. Erweiterung des Programms

Eine echte Beziehungszahl zur Wohnbevölkerung erhält man erst, wenn man das dem Inlands konzept entsprechende Brutto- bzw. Nettoinlandsprodukt und damit die für die Länder relativ am leichtesten zu ermittelnde Entstehungsseite verläßt und dem Inländer konzept folgt, auf das die Verteilungs- und die Verwendungsrechnung abgestellt sind. Wegen der hier bestehenden größeren Materialschwierigkeiten und zunächst zu überwindenden methodischen Probleme können die Ergebnisse einer ersten Berechnung der Verteilungs- und Verwendungsseite 1960 bis 1970 erst jetzt vorgelegt werden.

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ hat sich das Ziel gesetzt, so schnell wie möglich eine Aktualisierung der wichtigsten Größen aus dem jetzigen Programm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu erreichen. Die Erkenntnisse, die sich aus einem vervielfachten Angebot an Strukturdaten ergeben, sind aber so wertvoll, daß der lange Zeitabstand zum letzten Berichtsjahr für diese erste Veröffentlichung nicht allzu schwer wiegt. Es ist anzunehmen, daß viele Konsumenten erst nach und nach zu einer vollen Benutzung und Auswertung der Daten kommen werden. Dabei wird sich zeigen, ob das der-

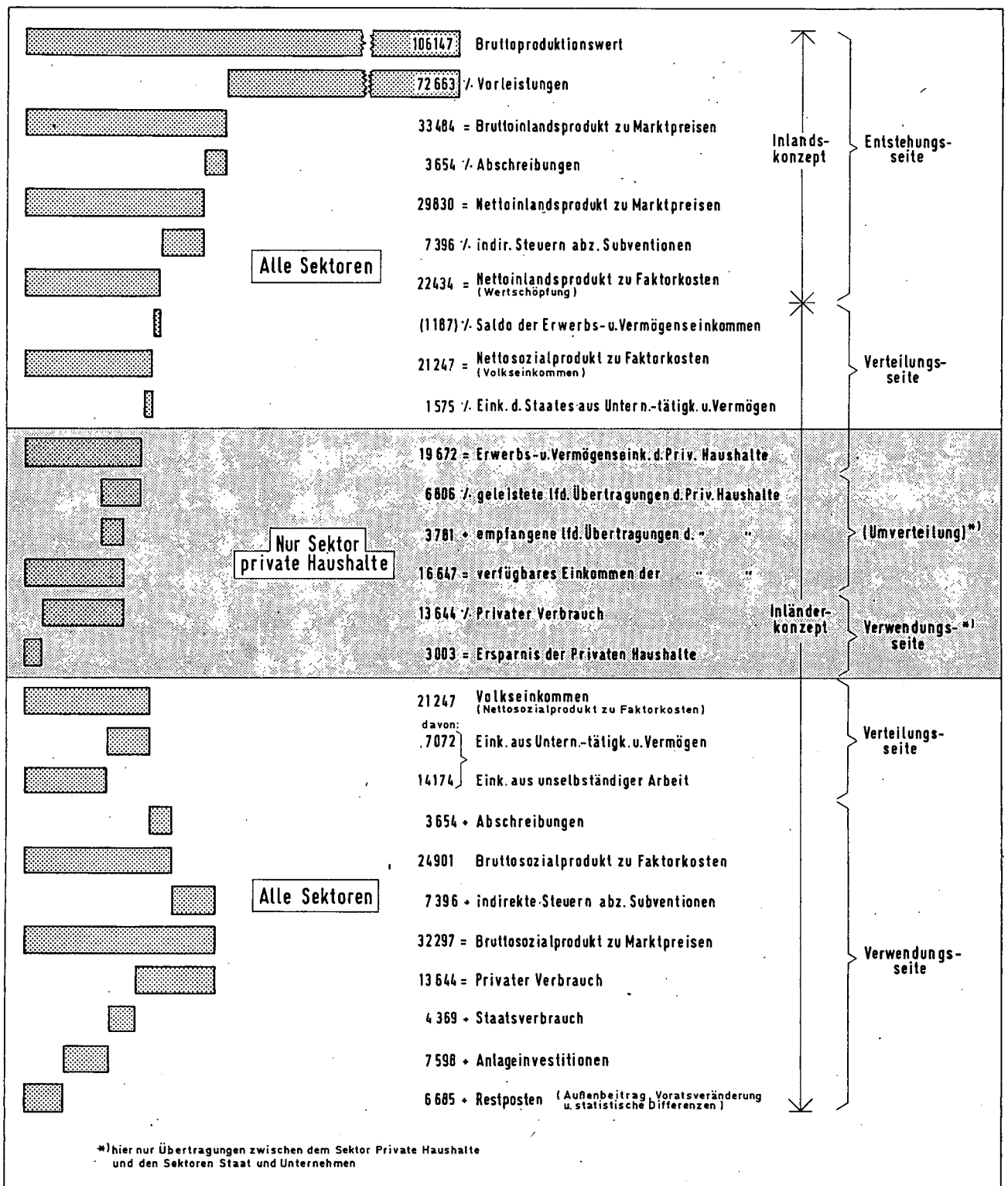
²⁾ Zwar hat man im Zusammenhang mit der Kreisberechnung durch Schaffung des Begriffs der sog. Wirtschaftsbevölkerung (Wohnbevölkerung \pm Pendlersaldo \times 2) versucht, eine adäquate Bezugsgröße zum Bruttoinlandsprodukt zu bilden; doch wird sie in der Länderberechnung zu häufig nicht benutzt.

³⁾ „Das Bruttoinlandsprodukt der Kreisfreien Städte und Landkreise 1961, 1968 und 1970“, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 4, 1974.

¹⁾ „Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern – Standardtabellen 1960 bis 1970“, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 5, Stuttgart 1974.

Schaubild 1

Zusammenhang zwischen der Entstehung des Inlandsprodukts, der Verteilung und Umverteilung des Volkseinkommens und der Verwendung des Sozialprodukts 1970
(in Mio DM)



Statistisches Landesamt Hamburg

(N)

zeitige Angebot akzeptiert wird, ob bestimmte Größen für Konsumenten von geringerem oder andere, noch nicht zur Verfügung stehende, von größerem Interesse sein werden⁴⁾. Diesem ersten Versuch, die Größenordnung der Aggregate zu bestimmen, werden inten-

⁴⁾ Auf die Veränderung des Programms können sich auch EG-Vorstellungen und -wünsche auswirken.

sive Bemühungen um eine Konsolidierung und Verbesserung der vorgelegten Ergebnisse folgen.

Obwohl bei den Berechnungen für die Stadtstaaten wegen ihrer Verflechtung mit dem Umland, ihrer Funktion als Hafenzentren, ihrer Bedeutung als Unternehmenssitz oder als Zentrum des privaten Verbrauchs

besondere methodische Probleme zu erwarten waren, haben sie aus eben diesen Gründen ein sehr erhebliches Interesse an der Aufnahme und Durchführung der weitergehenden Berechnungen, denn sie erwarten von der Vervollständigung des statistischen Instrumentariums Erkenntnisse, die gerade für sie eine sachgerechtere Beantwortung entsprechender Fragen aus Regierung, Parlament, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit erlauben werden.

Neben einer Vervollständigung der sachlichen Palette des Datenangebots, die es gestattet, trotz der strukturellen Besonderheiten der Hamburger Wirtschaft echte Vergleiche mit anderen Gebieten vornehmen zu können, ist auch die Erweiterung regionaler Vergleichsmöglichkeiten von großer Bedeutung.

3. Die Daten der Drei-Seiten-Rechnung

Zu einer Erstveröffentlichung statistischer Ergebnisse gehören gewöhnlich eine Definition der Begriffe, eine Methodenbeschreibung, die Zahlendarbietung und ihre Interpretation. Die folgende Abhandlung beschränkt sich jedoch bewußt auf eine bloße Anleitung zur Handhabung der Hamburger Zahlen. Es erscheint an dieser Stelle nicht notwendig, Darstellungen zu wiederholen, die ausführlich an anderer Stelle⁵⁾ nachgelesen werden können. Bezüglich des Zahlenmaterials wird ebenfalls auf die Gemeinschaftsveröffentlichung und speziell für Hamburg auf den diesbezüglichen Statistischen Bericht⁶⁾ verwiesen.

a) Verfügbarkeit

Es erscheint erforderlich, zunächst einen Überblick über die nunmehr für Hamburg für die Jahre 1960 bis 1970 quantifizierten Begriffe und ihren Zusammenhang zu geben. In Schaubild 1 sind diese Beziehungen so dargestellt worden, daß sich eine verbale Erläuterung auf Ergänzungen beschränken kann.

Von den darin erwähnten Werten liegen jeweils vor:

A. Entstehungsseite

das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in jeweiligen und konstanten Preisen

als 1. vorläufiges Ergebnis im 1. Quartal nach Abschluß des Berichtsjahres (nach 5 Bereichen)

das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in jeweiligen und konstanten Preisen

als vorläufiges Ergebnis am Ende des 1. Jahres nach Abschluß des Berichtsjahres (nach 11 Bereichen)

das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in jeweiligen und konstanten Preisen zugleich Bruttoproduktionswert und Vorleistungen

als endgültiges Ergebnis am Ende des 2. Jahres nach Abschluß des Berichtsjahres (nach 11 Bereichen)

indirekte Steuern abzügl. Subventionen

darauf folgend

Abschreibungen, Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten

darauf folgend

B. Verteilungsseite und Umverteilung

gegenwärtig: 1960 bis 1970

C. Verwendungsseite

gegenwärtig: 1960 bis 1970

Es wird angestrebt, die wichtigsten Größen der Verteilungs- und Verwendungsrechnung jeweils im Anschluß an das 1. vorläufige Ergebnis des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen zur Verfügung zu stellen, und zwar erstmals für das Berichtsjahr 1975.

b) Anmerkungen zur Interpretation aus Hamburger Sicht

Die Stellung der Hamburger Wirtschaft unter den Ländern im Jahre 1970 zeigt Tabelle 1.

Bei den Vorleistungen (2) (hierzu gehören: Materialverbrauch bzw. -einsatz sowie Sonstige Vorleistungen, wie Instandhaltungen, Büromaterial, Transport- und Energiekosten und übrige Sachaufwendungen) fällt auf, daß die Quote in Hamburg und Bremen mit 68,5% des Bruttoproduktionswertes den Bundesdurchschnitt von 62,1% überschreitet. Der Grund hierfür dürfte — nicht ausschließlich, aber überwiegend — im höheren Anteil des Großhandels in den Hansestädten zu suchen sein, der hohe Vorleistungen und niedrige Rotertragsquoten aufweist.

Während der Anteil der Abschreibungen am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen länderweise relativ ausgeglichen erscheint, zeigt sich ein extrem hoher Anteil am BIP zu Marktpreisen bei den indirekten Steuern, und zwar ist der Anteil in Hamburg mit 22,1% fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt, wo er 11,9% erreicht. Hier weisen allein die Stadtstaaten weit über dem Durchschnitt liegende Anteile auf. Hier dürften strukturelle Besonderheiten maßgebend sein, und zwar haben mit besonders ergiebigen Verbrauchsteuern belastete Industrien, wie die Mineralölindustrie (Hamburg), die Kaffee- und Teeverarbeitung (Hamburg und Bremen), die Zigarettenindustrie und andere Zweige der Genußmittelindustrie, ihren bevorzugten Standort in den Stadtstaaten. Auf der anderen Seite fällt das Gegengewicht der Subventionen in den Hansestädten offenbar weniger ins Gewicht. Dies führt insbesondere für Hamburg zu einem besonders niedrigen Anteil der Wertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt (Hamburg 67%, Bundesdurchschnitt 77,2%) bzw. am Bruttoproduktionswert (Hamburg 21,1%, Bundesdurchschnitt 29,2%). Das bedeutet, daß in Hamburg der Anteil der Wertschöpfung am Produktionswert um mehr als ein Viertel (27,7%) und der Anteil der Wertschöpfung am Bruttoinlandsprodukt um fast ein Drittel (31,0%) geringer ist als im Bundesdurchschnitt.

Der anschließende Übergang von der Entstehungs- zur Verteilungsrechnung (s. Schaubild 1) schließt

⁵⁾ „Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern“, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 5, Stuttgart 1974.

⁶⁾ Statistischer Bericht, Reihe P 11, Lfd. Nr. 1, 1975.

Tabelle 1

Zusammenhang zwischen der Entstehung des Inlandsprodukts
und Umverteilung des Volkseinkommens und der Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern 1970

Art der Angaben	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Bremen	Nord-rhein-West-falen	Hessen	Rhein-land-Pfalz	Baden-Württem-berg	Bayern	Saar-land	Berlin (West)	Bundes-gebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Millionen DM												
1 Produktionswert	61 491	106 147	178 335	33 440	554 708	161 663	91 156	263 218	278 882	26 495	58 825	1 814 360
2 - Vorleistungen	38 613	72 663	111 305	22 923	355 790	97 827	53 737	159 525	165 956	15 855	33 206	1 127 400
3 = Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	22 878	33 484	67 030	10 518	198 918	63 835	37 419	103 693	112 927	10 640	25 619	686 960
4 - Abschreibungen	2 581	3 654	7 236	1 172	21 926	6 782	4 090	11 123	12 279	1 175	2 762	74 780
5 = Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen	20 297	29 830	59 793	9 346	176 992	57 053	33 329	92 570	100 648	9 465	22 857	612 180
6 - Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	2 670	7 396	6 935	2 191	23 548	5 235	4 181	11 827	12 347	1 003	4 296	81 630
7 = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten	17 627	22 434	52 858	7 155	153 444	51 818	29 149	80 743	88 301	8 462	18 560	530 550
8 - Einkommen aus unselbst. Arbeit 1)	11 102	15 616	35 191	5 705	106 127	32 609	17 298	54 562	54 328	6 207	13 394	352 140
9 ± Saldo der Erwerbs- u. Vermögenseinkommen	1 851	- 1 187	2 718	- 52	- 2 049	- 2 154	- 399	3 794	- 3 303	- 715	135	- 1 360
10 = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	19 478	21 247	55 576	7 103	151 395	49 665	28 750	84 537	84 998	7 747	18 695	529 190
11 - Einkommen aus unselbst. Arbeit 2)	12 176	14 174	36 413	4 905	105 845	32 767	18 722	54 021	54 757	5 977	13 434	353 190
12 - Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 2)	7 302	7 072	19 163	2 197	45 550	16 898	10 029	30 517	30 241	1 770	5 261	176 000
13 - Nettosozialprodukt zu Marktpreisen (13 = 10 + 6 = 5 ± 9)	22 148	28 643	62 512	9 294	174 943	54 899	32 930	96 364	97 345	8 750	22 992	610 820
14 ± Saldo der laufenden Übertragungen 3)	- 186	- 274	- 771	- 86	- 2 446	- 1 019	- 402	- 1 973	- 1 453	- 89	- 302	- 9 000
15 = Verfügbares Einkommen	21 962	28 369	61 741	9 208	172 497	53 881	32 528	94 391	95 892	8 661	22 689	601 820
16 - der Privaten Haushalte 4) 5)	17 453	16 647	48 537	5 816	125 479	39 843	24 424	67 376	71 937	7 219	18 349	443 080
17 - Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (17 = 3 ± 9)	24 729	32 296	69 748	10 466	196 869	61 682	37 020	107 487	109 624	9 925	25 754	685 600
18 - Privater Verbrauch	15 012	13 644	41 621	4 777	104 068	32 368	20 585	54 680	60 183	6 217	15 855	369 010
19 - Staatsverbrauch	5 066	4 369	12 634	1 550	28 439	9 781	6 317	15 349	18 104	2 051	5 382	109 040
20 - Anlageinvestitionen	6 577	7 598	19 398	2 657	50 353	17 883	10 450	27 639	30 415	2 646	5 464	181 080

a = Maßziffern (1960 = 100) b = % - Anteil am Bundesgebiet

1	Produktionswert	a	231	204	208	204	204	239	236	234	242	194	194	218
		b	3,4	5,9	9,8	1,8	30,6	8,9	5,0	14,5	15,4	1,5	3,2	100
2	Vorleistungen	a	230	203	205	203	199	233	231	228	237	193	185	214
		b	3,4	6,4	9,9	2,0	31,6	8,7	4,8	14,1	14,7	1,4	2,9	100
3	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	a	234	207	213	207	214	249	244	243	248	195	207	227
		b	3,3	4,9	9,8	1,5	29,0	9,3	5,4	15,1	16,4	1,5	3,7	100
4	Abschreibungen	a	312	261	273	247	275	317	306	315	312	277	266	291
		b	3,5	4,9	9,7	1,6	29,3	9,1	5,5	14,9	16,4	1,6	3,7	100
5	Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen	a	227	202	208	203	208	242	238	236	242	188	202	221
		b	3,3	4,9	9,8	1,5	28,9	9,3	5,4	15,1	16,4	1,5	3,7	100
6	Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	a	183	195	172	286	184	185	217	229	229	171	201	200
		b	3,3	9,1	8,5	2,7	28,8	6,4	5,1	14,5	15,1	1,2	5,3	100
7	Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (=Wertschöpfung)	a	236	204	213	186	212	250	241	237	244	190	202	225
		b	3,3	4,2	10,0	1,3	28,9	9,8	5,5	15,2	16,6	1,6	3,5	100
8	Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1)	a	243	232	249	225	236	270	257	268	264	212	222	248
		b	3,2	4,4	10,0	1,6	30,1	9,3	4,9	15,5	15,4	1,8	3,8	100
9	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (=Volkseinkommen)	a	225	203	221	210	213	240	234	244	233	199	205	225
		b	3,7	4,0	10,5	1,3	28,6	9,4	5,4	16,0	16,1	1,5	3,5	100
10	Einkommen aus unselbständiger Arbeit 2)	a	241	232	248	227	234	268	253	265	262	215	228	247
		b	3,4	4,0	10,3	1,4	30,0	9,3	5,3	15,3	15,5	1,7	3,8	100
11	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 2)	a	203	162	184	180	177	200	205	214	195	158	165	190
		b	4,1	4,0	10,9	1,2	25,9	9,6	5,7	17,3	17,2	1,0	3,0	100
12	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	a	219	201	214	224	209	234	231	242	233	195	205	221
		b	3,6	4,7	10,2	1,5	28,6	9,0	5,4	15,8	15,9	1,4	3,8	100
13	Verfügbares Einkommen der inländischen Sektoren	a	219	200	214	224	208	232	231	240	232	195	203	220
		b	3,6	4,7	10,3	1,5	28,7	9,0	5,4	15,7	15,9	1,4	3,8	100
14	der Privaten Haushalte	a	218	200	218	204	208	232	224	237	222	203	214	219
		b	3,9	3,8	11,0	1,3	28,3	9,0	5,5	15,2	16,2	1,6	4,1	100
15	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	a	226	206	219	226	214	240	238	248	240	202	210	227
		b	3,6	4,7	10,2	1,5	28,7	9,0	5,4	15,7	16,0	1,4	3,8	100
16	Privater Verbrauch	a	221	196	216	201	206	226	222	225	219	189	199	214
		b	4,1	3,7	11,3	1,3	28,2	8,8	5,6	14,8	16,3	1,7	4,3	100
17	Staatsverbrauch	a	264	258	270	247	255	276	277	281	275	233	234	265
		b	4,6	4,0	11,6	1,4	26,1	9,0	5,8	14,1	16,6	1,9	4,9	100
18	Anlageinvestitionen	a	253	235	229	225	231	281	272	284	265	166	232	249
		b	3,6	4,2	10,7	1,5	27,8	9,9	5,8	15,3	16,8	1,5	3,0	100

1) Im Inland entstanden.

2) Den Inländern zugeflossen.

3) Nur laufende Übertragungen aus bzw. an die übrige Welt. Ein Nachweis der lfd. Übertragungen zwischen den Ländern des Bundesgebietes ist aus Mangel an statistischen Unterlagen nicht möglich.

4) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

5) Einschl. der nicht entnommenen Gewinne der Einzelunternehmen.

den Wechsel vom Inlands- und Inländerkonzept mit ein. Während die Umstellung auf das Inländerkonzept beim Einkommen aus unselbständiger Arbeit über die abhängigen Erwerbstätigen, und zwar die im Inland Erwerbstätigen (Inlandskonzept) über den Abzug der Leistung der Einpendler und die Addition der Leistung der Auspendler hin zu den erwerbstätigen Inländern (Inländerkonzept) erfolgt, wird für die Quantifizierung der übrigen Einkommensarten die Entstehungsrechnung nicht herangezogen. Für die Einkommen der Privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dient die Einkommensteuerstatistik als Grundlage, für die gleiche Einkommensart des Staates die Finanzstatistik und für die nichtverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit die Körperschaftsteuerstatistik. Die Addition dieser zuvor koordinierten, d. h. auf das Bundesergebnis abgestimmten, Beträge führt zum Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, auch Volkseinkommen genannt.

Im derzeitigen Stand der Berechnungen ist noch vermieden worden, die einzelnen Positionen nachzuweisen. Es erscheinen Zusammenfassungen entweder nach Einkommensarten oder Sektoren⁷⁾.

Nach der Verteilung des Volkseinkommens auf die eben genannten Sektoren erfolgt die sog. Umverteilung des Volkseinkommens durch die Zahlung der direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge an Staat und Sozialversicherung sowie durch den Emp-

⁷⁾ Zu den Sektoren gehören: Private Haushalte (einschl. Organisationen ohne Erwerbscharakter), Unternehmen und Staat.

fang von Pensionszahlungen und Sozial- oder Betriebsrenten vom Staat, der Sozialversicherung und der Unternehmen an die privaten Haushalte, in der Terminologie der Gesamtrechnung als geleistete oder empfangene laufende Übertragungen bezeichnet.

Bei der Darstellung der Umverteilung soll der eigentlich interessante Sektor Private Haushalte herausgegriffen werden. In Hamburg nun entfällt von den rd. 20 Mrd Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte gut ein Drittel auf zu leistende laufende Übertragungen, d. s. rd. 6,8 Mrd DM. Diesen stehen lediglich 3,8 Mrd empfangene laufende Übertragungen gegenüber, so daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um mehr als 3 Mrd niedriger liegt als ihr Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Von dem verfügbaren Einkommen (hier sind die Pensionäre und Rentner mit ihren Einnahmen erfaßt) fließen gut 75% in den privaten Verbrauch, während knapp 25% als Ersparnis verbleiben.

Die in den Ländern sehr unterschiedlichen Auswirkungen der Umverteilungsvorgänge für den Sektor Private Haushalte (einschl. Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Beispiel des Jahres 1970 macht die Tabelle 2 deutlich. Es zeigt sich, daß die geleisteten laufenden Übertragungen je Einwohner (direkte Steuern und Leistungen an die Sozialversicherung) in Hamburg und Bremen am höchsten sind. Der Umverteilungsvorgang führt für alle Länder (mit Ausnahme von Bayern, wo die Relation zum Bundesdurchschnitt sich nicht ändert, und Berlin, das aus Gründen

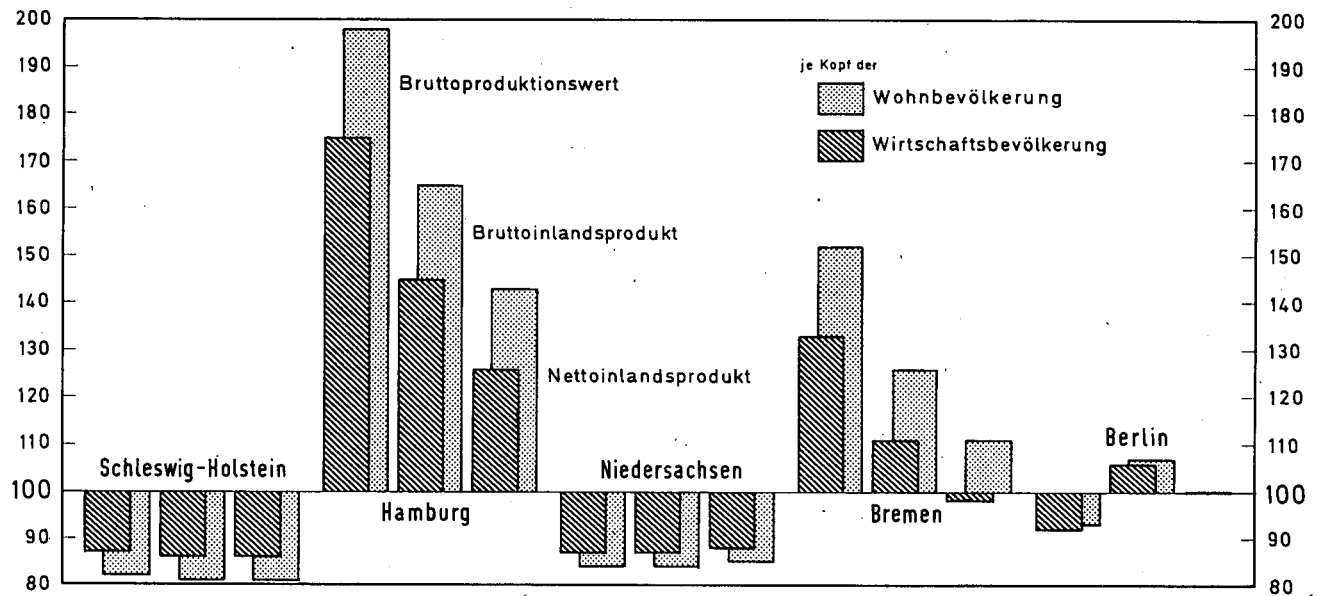
Tabelle 2

Die Umverteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte und der Private Verbrauch in den Ländern 1970

Art der Angaben	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
a) Millionen DM												
Erwerbs- u. Vermögenseinkommen	18 818	19 672	52 964	6 696	143 755	45 929	27 138	79 781	81 552	7 485	17 679	501 450
Geleistete laufende Übertragungen	5 320	6 806	15 379	2 222	46 993	14 511	8 040	24 682	24 775	2 381	4 751	155 860
Empfangene laufende Übertragungen	3 954	3 781	10 952	1 342	28 717	8 425	5 326	12 277	15 180	2 115	5 421	97 490
S a l d o	- 1 366	- 3 025	- 4 427	- 880	- 18 276	- 6 086	- 2 714	- 12 405	- 9 595	- 266	670	- 58 370
Verfügbares Einkommen	17 453	16 647	48 537	5 816	125 479	39 843	24 424	67 376	71 937	7 219	18 349	443 080
Privater Verbrauch	15 012	13 644	41 621	4 777	104 068	32 368	20 585	54 680	60 183	6 217	15 855	369 010
Wohnbevölkerung absolut	2 494 104	1 793 800	7 082 158	735 835	16 914 118	5 381 705	3 645 437	8 895 048	10 479 386	1 119 700	2 122 300	60 650 600
Anteil in %	4,1	3,0	11,7	1,2	27,8	8,9	6,0	14,7	17,3	1,8	3,5	100
b) je Einwohner in DM												
Erwerbs- u. Vermögenseinkommen	7 545	10 967	7 478	9 100	8 499	8 534	7 444	8 969	7 780	6 685	8 330	8 268
Geleistete laufende Übertragungen	2 133	3 794	2 172	3 020	2 778	2 696	2 205	2 775	2 364	2 126	2 239	2 570
Empfangene laufende Übertragungen	1 585	2 108	1 546	1 824	1 698	1 565	1 461	1 380	1 449	1 889	2 554	1 607
Verfügbares Einkommen	6 998	9 280	6 853	7 904	7 419	7 403	6 700	7 575	6 865	6 447	8 646	7 305
Privater Verbrauch	6 019	7 606	5 877	6 492	6 153	6 014	5 647	6 147	5 743	5 552	7 471	6 084
c) je Einwohner (Bundesgebiet = 100)												
Erwerbs- u. Vermögenseinkommen	91	133	90	110	103	103	90	108	94	81	101	100
Geleistete laufende Übertragungen	83	148	85	118	108	105	86	108	92	83	87	100
Empfangene laufende Übertragungen	99	131	96	114	106	97	91	86	90	118	159	100
Verfügbares Einkommen	96	127	94	108	102	101	92	104	94	88	118	100
Privater Verbrauch	99	125	97	107	101	99	93	101	94	91	123	100

Schaubild 2

Abweichungen im Bruttoproduktionswert, Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten 1970 vom Bundesdurchschnitt je Kopf der Wohnbevölkerung und Wirtschaftsbevölkerung für ausgewählte Länder (Bundesdurchschnitt = 100)



Statistisches Landesamt Hamburg

©

der besonderen Alters- und Erwerbsstruktur einen positiven Saldo aufweist) zu einer tendenziellen Angleichung an das Bundesniveau.

Einen weiteren Schritt in dieser Richtung geht man, wenn man den Privaten Verbrauch je Einwohner ländeweise dem Bundesdurchschnitt gegenüberstellt. Hier zeigt es sich, daß Berlin durch die erwähnten Um-

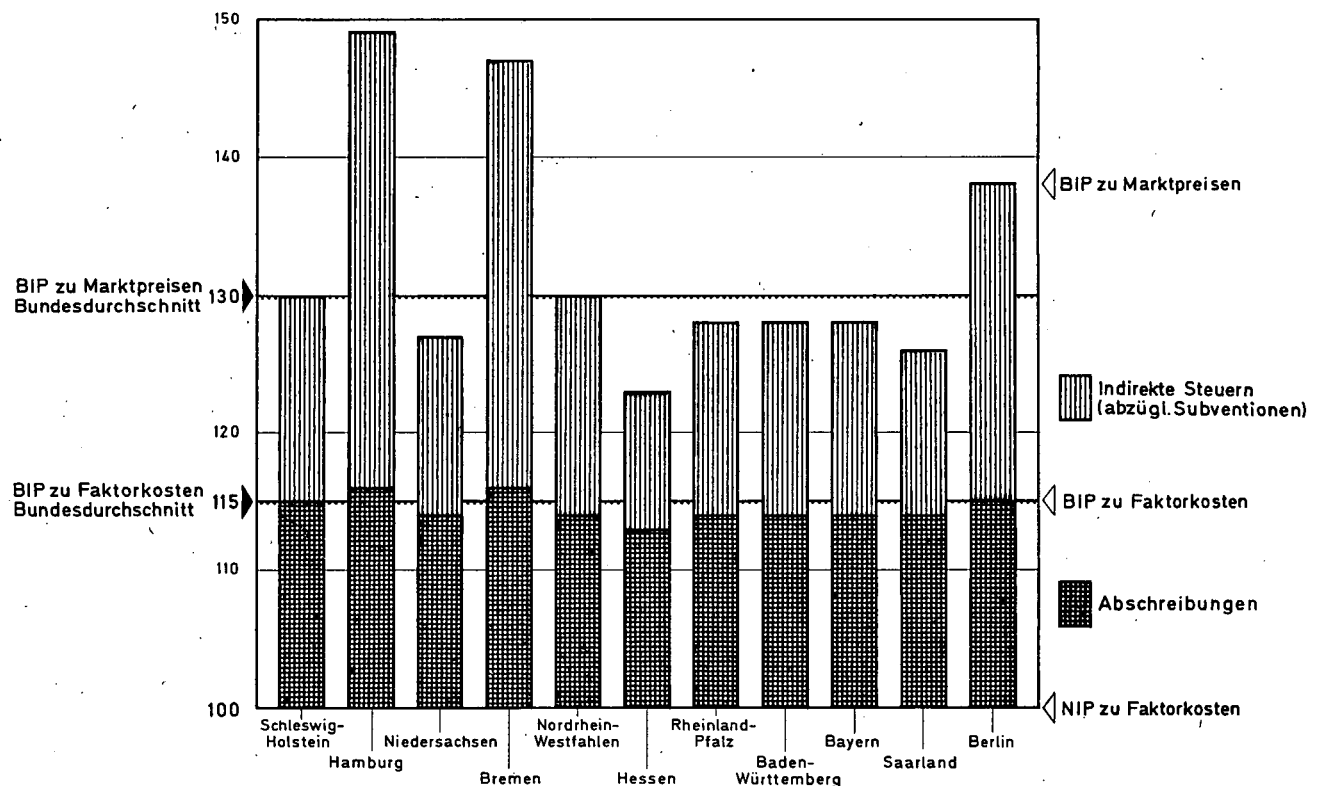
verteilungsvorgänge nahezu das Niveau von Hamburg erreicht.

c) Vergleichbarkeit der quantifizierten Begriffe zwischen den Stadtstaaten und anderen Ländern

Die Abweichung Hamburgs, der übrigen norddeutschen Länder und Berlins bei Bezugswerten der Ent-

Schaubild 3

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten 1970 nach Ländern (Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten = 100)

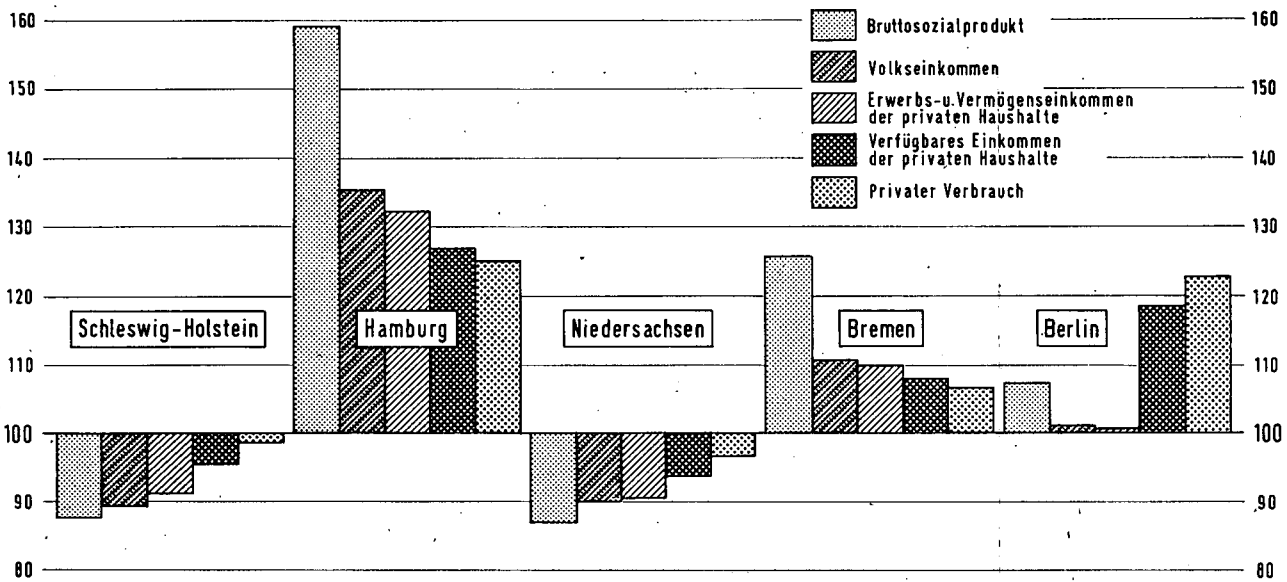


Statistisches Landesamt Hamburg

©

Schaubild 4

Abweichungen im Bruttosozialprodukt, Volkseinkommen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, verfügbarem Einkommen der privaten Haushalte und privatem Verbrauch je Einwohner 1970 vom Bundesdurchschnitt für ausgewählte Länder (Bundesdurchschnitt = 100)



Statistisches Landesamt Hamburg

(N)

stehungsseite je Kopf der Wohn- und je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung zeigt Schaubild 2. Aus ihm geht folgendes hervor:

1. Hamburg und Bremen liegen in den drei Begriffen: Bruttoproduktionswert, Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung über dem Bundesdurchschnitt, wobei Hamburg Bremen übertrifft.
2. Der Bruttoproduktionswert übertrifft durch die höheren Vorleistungen in Hamburg und Bremen den Bundesdurchschnitt besonders stark.
3. Das Bruttoinlandsprodukt in den Stadtstaaten übertrifft den Bundesdurchschnitt durch die in ihm enthaltenen indirekten Steuern und die relativ geringeren Subventionen erheblich.
4. Niveauunterschiede je Kopf der Wohn- und je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung sind in den Hansestädten von großer, in den Flächenländern und in Berlin von geringerer Bedeutung.
5. Die Flächenländer liegen bei allen Vergleichsgrößen, Berlin wegen relativ geringerer Vorleistungen im Bruttoproduktionswert, unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Differenzierung tritt auf, weil je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung die indirekten Steuern in Hamburg 1,9 und in Bremen 1,5mal so hoch und die Vorleistungen in Hamburg 2,7 und in Bremen 1,9mal so hoch sind wie im Bundesdurchschnitt (in Berlin betragen sie das 1,5fache).

Setzt man das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Wertschöpfung) gleich 100 und mißt daran, um wieviel Prozent nach Addition der Abschreibungen das

Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten und nach Addition der indirekten Steuern (abz. Subventionen) das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen die Wertschöpfung übertrifft, so stellt man fest, daß ein Ländervergleich einschl. der Abschreibungen nur geringfügige Abweichungen vom Bundesdurchschnitt zeigt (die Stadtstaaten liegen als einzige über dem Bundesdurchschnitt, in Berlin wird er erreicht). Erhebliche Einschränkungen der Vergleichsmöglichkeiten ergeben sich jedoch bei der Wahl des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen (Schaubild 3).

Die festgestellte, nur bedingte Eignung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen im Ländervergleich wirkt sich selbstverständlich auch bei einer Regionalisierung des Bruttoinlandsprodukts in der Berechnung für Kreise und Kreisfreie Städte aus, für die es als einzige Meßgröße vorliegt. Die festgestellte relativ gute Vergleichbarkeit des Bruttoinlandsprodukts zu Faktorkosten, aber auch in diese Richtung gehende EG-Forderungen sollten daher ermutigen bzw. Anlaß sein, in der Kreisberechnung die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts zu Faktorkosten unverzüglich in die Wege zu leiten.

Der vorgenommene Vergleich soll deutlich machen, daß je nach der gewünschten Aussage der jeweils gewählte Begriff und auch die gewählte Bezugszahl von Land zu Land zu einer Verfälschung der Aussage in unterschiedlichem Maß beitragen können.

d) Daten der Verteilungs- und Verwendungsrechnung im Ländervergleich

Bezieht man die inzwischen vorliegenden Werte der Verteilungs- und Verwendungsseite auf die Wohnbevölkerung, was wegen des hier befolgten Inländer-

konzepts notwendig ist, so ergeben sich je nach dem gewählten Begriff unterschiedliche Abweichungen der Länder vom Bundesdurchschnitt. Interessant ist, wie deutlich sich das Niveau der Länder dem Bundesdurchschnitt angleicht, wenn man, ausgehend vom umfassenden Begriff, dem Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen, über das Volkseinkommen, das Erwerbs- und Vermögenseinkommen und das verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte zum privaten Verbrauch je Einwohner gelangt. Ist die Reduzierung in der Abweichung zum Bundesdurchschnitt beim Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen und Nettosozialprodukt zu Faktorkosten durch den Wegfall der ungleich beteiligten indirekten Steuern (und Abschreibungen) bedingt, so liegt der Grund für die Angleichung an den Bundesdurchschnitt beim Übergang vom Erwerbs- und Vermögenseinkommen zum verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte in den schon erwähnten Umverteilungsvorgängen, deren Effekt in dem *Sch a u b i l d 4* deutlich wird. (Eine Ausnahme bildet, wie schon gesagt, Berlin.) Differenzen zwischen dem Niveau des verfügbaren Einkommens

und privaten Verbrauchs zum Bundesdurchschnitt sind im Zusammenhang mit den Unterschieden in der Sparquote und in dem Pro-Kopf-Niveau des verfügbaren Einkommens zu sehen.

In Hamburg liegt das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) wegen des positiven Saldos des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 136 zum Bundesdurchschnitt von 100 zwar etwas günstiger als die Wertschöpfung je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung (126), eine Angleichung zum Bundesdurchschnitt ergibt sich jedoch über die Umverteilung zum verfügbaren Einkommen (127) und dem privaten Verbrauch (125) hin. Erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegt die Ersparnis mit 137.

Betrachtungen über die Entwicklung der einzelnen Größen in Hamburg und im norddeutschen Raum sollen nach Vorliegen neuerer Zahlen einer weiteren Veröffentlichung überlassen bleiben.

Erich Böhm

Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (IV)

— Die hamburgischen Binnenpendler —

Den in den bisherigen Beiträgen untersuchten 134 400 Berufseinpendlern nach Hamburg steht eine fast fünfeinhalbfache Zahl — 725 400 — von hamburgischen Binnenpendlern gegenüber, also von Hamburger Bürgern, die in Hamburg ihrer Arbeit nachgehen und dazu ihr Wohngrundstück verlassen müssen. In diesem Beitrag werden nur Pendler betrachtet, die sowohl ihre Wohnung als auch ihren Arbeitsplatz innerhalb der hamburgischen Stadtgrenzen haben. Mit „Auspendlern“ sind z. B. alle Erwerbstätigen eines Stadtteils gemeint, die im eigenen Stadtteil, jedoch außerhalb des Wohngrundstücks, oder in anderen hamburgischen Stadtteilen arbeiten.

Auspendlergebiete in der Stadt sind die Hauptwohngebiete am Stadtrand, Einpendlergebiete vorwiegend die Innenstadt und das Hafengebiet. Ausgeprägteste Wohnbezirk ist Wandsbek mit einem Auspendlerüberschuß von 80 000 Erwerbstätigen, einziger überwiegender Arbeitsbezirk ist Hamburg-Mitte mit einem Einpendlerüberschuß aus der Binnenpendlerbewegung von 178 300 Personen. Die Innenstadt wird gleichmäßig von Erwerbstätigen aus allen Wohngebieten als Zielgebiet aufgesucht, während die Beschäftigten der Regionalzentren vorwiegend aus den nächstgelegenen Wohngebieten kommen.

Im Vergleich zu 1961 fällt auf, daß sich auch die Hamburger bei der Wahl des Verkehrsmittels zunehmend für den Pkw entscheiden. Dennoch fährt fast jeder Zweite mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Fahrgastgewinne verzeichneten die U- und S-Bahn wie auch der Bus. Die Straßenbahn beförderte aufgrund von Streckenstilllegungen 100 000 Erwerbstätige weniger. Diese Personen wählten jedoch nur zu einem geringen Teil andere öffentliche Verkehrsmittel und stiegen statt dessen auf den eigenen Pkw um.

Der durchschnittliche Zeitaufwand, den die hamburgischen Erwerbstätigen für den Weg zur Arbeitsstätte benötigen, ist erheblich geringer geworden. Die Zahl der länger als eine halbe Stunde pendelnden Berufstätigen nahm um ein Viertel, die derjenigen mit einer Wegzeit von mehr als einer Stunde sogar um weit mehr als die Hälfte ab. 6 von 10 Personen benötigten 1970 weniger als dreißig Minuten für den Arbeitsweg.

Bedeutung und Umfang der innerstädtischen Pendelbewegung

1970 standen in Hamburg den 134 400 Berufseinpendlern über die Landesgrenze 725 400 Berufsbinnenpendler gegenüber. Das bedeutet, daß mit 86% die Hauptmasse der hamburgischen Arbeitsplätze durch Hamburger Bürger besetzt ist und daß die Belastung von Verkehrsmitteln und Verkehrswegen zum größten Teil durch die Hamburger selbst erfolgt. In der vorliegenden Untersuchung wird versucht, die Bedeutung der innerstädtischen Pendler zu analysieren, d. h. die Hauptarbeitszentren im Zusammenhang mit den Wohngebieten der Hamburger zu sehen und Verkehrsmittelwahl und Wegezeiten zu analysieren.

Von den 827 700 hamburgischen Erwerbstätigen arbeiten mehr als 10%, nämlich 85 000 Personen, auf dem Grundstück, auf dem sich auch ihre Wohnung befindet. Diese überwiegend selbständig tätige Bevölkerung zählt im Sinne der Pendlerstatistik nicht zu den Binnenpendlern, spart also zeit- und kostenaufwendige Wege zur Arbeitsstätte. Die Zahl dieser Personen war seit 1961 jedoch rückläufig, und zwar mit 23% sehr viel stärker als die der gesamten Zahl der innerhamburgischen Berufspendler. Deren Umfang verminderte sich nur um knapp 6%.

Diese Entwicklung läuft parallel mit dem in Hamburg festzustellenden Rückgang der Erwerbstätigen aufgrund abnehmender Bevölkerung und der in den früheren Beiträgen bereits dargestellten Zunahme der Berufseinpendlern aus den Nachbarländern wegen starker Bevölkerungsgewinne aus Hamburg.

Lage von Wohn- und Arbeitszentren

Bei täglich über 725 000 innerhalb des Stadtgebietes, weiterhin über 134 000 über die Landesgrenze in die Stadt sowie fast 18 000 aus Hamburg in die Nachbarländer pendelnden Erwerbstätigen ergibt sich ein verwirrend dichtes Netz von Pendlerströmen, bei dem kaum eine Richtung – d. h. aus dem gleichen Haus zur gleichen Arbeitsstätte unter Wahl des gleichen Verkehrsweges – mehrfach besetzt ist. Zur besseren Transparenz der Hauptströme der Binnenpendler wird eine Typisierung der Stadtteile nach ihrer überwiegenden Wohn- bzw. Arbeitsfunktion vorgenommen, indem die Zahl der dort wohnenden Erwerbstätigen ins Verhältnis zu den dort vorhandenen Arbeitsplätzen gesetzt worden ist. Dabei konnten zugunsten der Übersichtlichkeit nur die Stadtteile berücksichtigt werden, die 1970 mindestens 4 500 Erwerbstätige und/oder 4 500 Arbeitsplätze aufwiesen; diese Zahl entspricht etwa der durchschnittlichen Zahl Erwerbstätiger je Hamburger Ortsteil.

Aus der Wertverteilung ergeben sich fünf Gruppen

(siehe *Schaubild*):

Stadtteile, die etwa gleich stark mit Erwerbstätigen und Arbeitsplätzen besetzt sind – die Werte dieser als Mischgebiet zu bezeichnenden Stadtteile liegen um 100 (= genau gleiche Anzahl), und zwar zwischen 85% als hamburgischer Durchschnittswert und 115% (10 Fälle),

zwei Stadtteilsgruppen mit hohem (115% bis 250%: 18 Fälle) und sehr hohem (mehr als 250%: 16 Fälle) Erwerbstätigenüberschuß, d. h. mit Wohndominanz, zwei Stadtteilsgruppen mit hohem (40% bis 85%: 17 Fälle) und sehr hohem (weniger als 40%: 10 Fälle) Arbeitsplatzüberschuß, d. h. Arbeitsdominanz.

Wie das *Schaubild* zeigt, treten 13 Stadtteile nördlich und 3 Stadtteile südlich der Elbe als Haupt-Wohngebiete sowie 7 Stadtteile nördlich und 3 Stadtteile südlich der Elbe als Haupt-Arbeitsgebiete hervor.

Das *Schaubild* zeigt deutlich die Stadtteile mit überwiegender Wohnfunktion am Stadtrand und die Arbeitsplatzzentralität der inneren Stadt und der Hafengebiete. Dazwischen liegen Gebiete, deren Funktion sowohl durch hohe Erwerbstätigen- als auch Arbeitsplatzzahlen bestimmt wird und deren Pendler saldo etwa ausgeglichen ist. Die Zone dieser ringförmig um das Zentrum gruppierten Stadtteile wie Ottensen, Eppendorf, Winterhude, Barmbek, Wilhelmsburg kennzeichnen den Übergang vom arbeitsplatzintensiven Zentralbereich zu den wohnplatzintensiven Randgebieten.

Für die Analyse der Binnenpendlerströme sollen

als Wohngebiete

1. Billstedt
2. Lurup/Osdorf
3. Niendorf
4. Farmsen-Berne/Rahlstedt
5. Lohbrügge
6. Hausbruch/Neugraben-Fischbek,

als Arbeitsgebiete

1. Hamburg-Altstadt
2. Klostertor/Hammerbrook
3. Billbrook
4. Veddel/Kleiner Grasbrook/Steinwerder
5. Altona-Altstadt
6. Wandsbek
7. Bergedorf
8. Harburg

ausgewählt werden.

Alle als Mischgebiet bezeichneten Stadtteile (außer Stellingen) weisen bei immer noch hohen Pendler- (und Bevölkerungs-)zahlen – z. T. bereits in erheblichem Umfang – Entwicklungen auf, bei denen Rückgänge an Bevölkerungs- und Pendlerzahlen mit geringen Wohnungszuwachsraten festzustellen sind.

Weitere Rückgänge an Pendlern sind auch in den als Arbeitsgebiete typisierten Stadtteilen insbesondere in der Innenstadt und im Hafenzentrum zu bemerken. Die hier wohnenden Auspendler machten 1970 nur noch 4% der gesamten Binnenpendler aus.

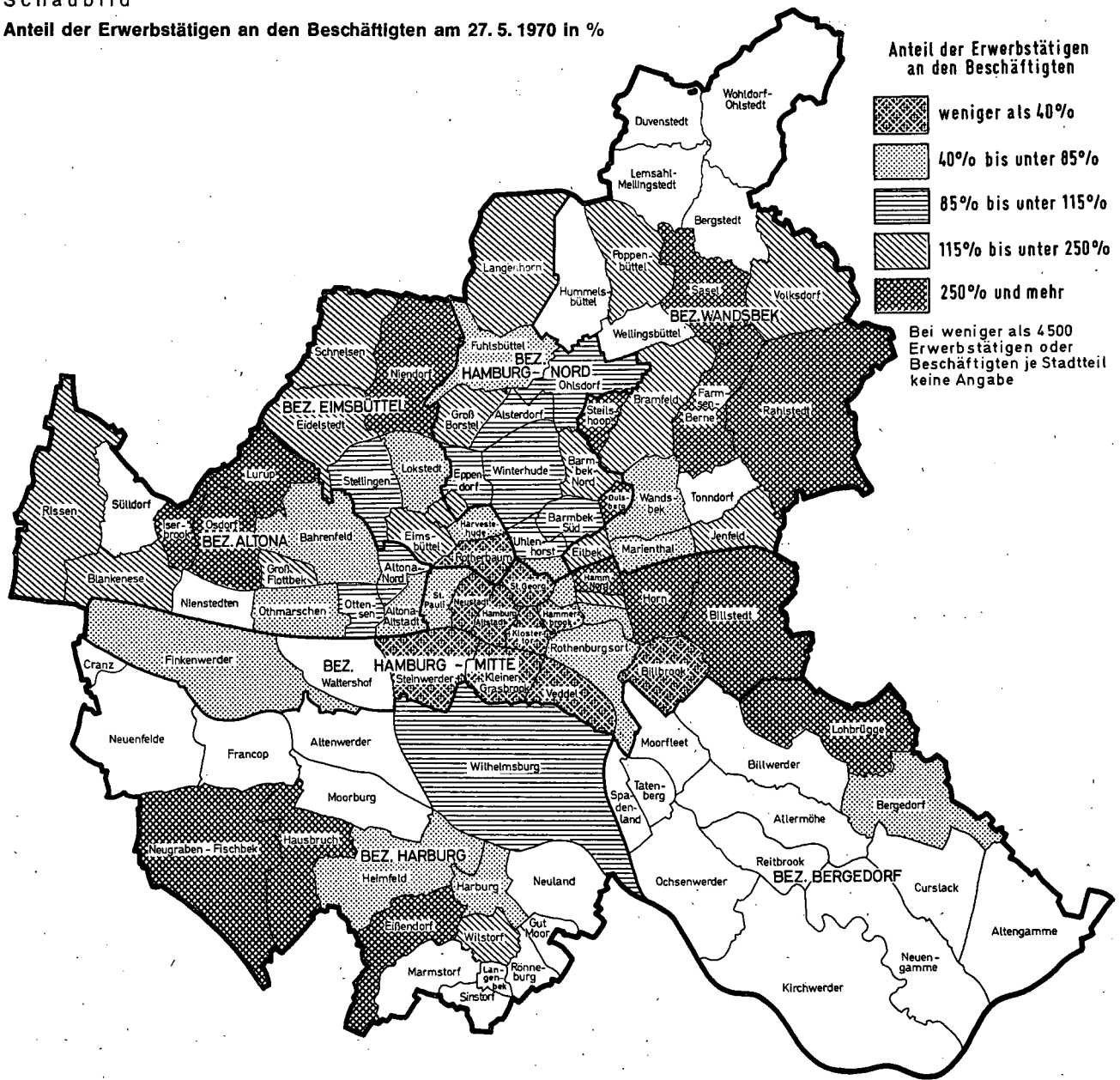
Insgesamt sind mit den durch die Typisierung bezeichneten Wohn- und Mischgebieten fast zwei Drittel aller hamburgischen Binnenpendler erfaßt.

Die Auspendlerbewegung

Hervortretende Auspendlergebiete innerhalb der hamburgischen Binnenpendlerbewegung sind diejenigen

Schaubild

Anteil der Erwerbstätigen an den Beschäftigten am 27. 5. 1970 in %



Statistisches Landesamt Hamburg

mit hohen Erwerbstätigenzahlen, bei denen die sogenannte Nachtbevölkerung größer ist als die Tagbevölkerung. An der Spitze stehen mit deutlichem Abstand die Bezirke Wandsbek – dieser mit einem Auspendlerüberschuß von fast 80 000 Personen der „reinsten“ Wohnbezirk – und Hamburg-Nord mit jeweils etwa 145 000 Auspendlern. Das sind – und das gilt auch für die übrigen Bezirke – etwa 88 von 100 der Erwerbstätigen; nur im Bezirk Bergedorf liegt der Pendleranteil um 12 Prozentpunkte niedriger, ein Zeichen für die überwiegend landwirtschaftsorientierte Wirtschaftsstruktur in den Vier- und Marschlanden. Auch absolut steht Bergedorf mit nur 33 000 Berufspendlern und einem Auspendlerüberschuß von 17 000 Personen am unteren Ende der Skala der sieben Bezirke.

Die stärksten Pendlerabnahmen in Hamburg verzeichnete der durch eine im Verhältnis zu anderen Gebietsteilen geringe Bautätigkeit gekennzeichnete Bezirk Hamburg-Nord. Mit einer um 72 000 Personen geringeren Bevölkerung zwischen 1961 und 1970 und einer Zunahme an Wohnungen von nur 8 % gegenüber einem hamburgischen Durchschnitt von 27 % sind von dort 36 000 Pendler täglich weniger zu einer Arbeitsstätte unterwegs (Tabelle 1). Das gleiche Verhältnis ist in geringem Umfang beim Bezirk 1 mit den vom Fortzug ebenfalls besonders betroffenen Innenstadtgebieten festzustellen. Das Verhältnis von 2:1 beim Bezirk Hamburg-Nord verringert sich beim Bezirk Altona auf 1,6:1 und im Bezirk Eimsbüttel sogar auf 1,1:1. Das bedeutet, und das zeigen auch die rückläufigen

Tabelle 1

**Entwicklung der Wohnbevölkerung und der Auspendler
in den Hamburger Bezirken vom 6. 6. 1961 bis 27. 5. 1970**

Bezirke	Veränderung der Wohnbevölkerung 1970 gegenüber 1961		Veränderung der Auspendler 1970 gegenüber 1961		Auf einen 1970 gegenüber 1961 weniger bzw. mehr vorhan- denen Pendler entfielen weniger bzw. mehr Personen
	absolut	%	absolut	%	
	1	2	3	4	
1 Hamburg-Mitte	- 38 500	- 13,2	- 19 842	- 15,4	1,9
2 Altona	- 13 691	- 5,0	- 8 762	- 7,9	1,6
3 Eimsbüttel	- 4 898	- 1,9	- 4 459	- 4,0	1,1
4 Hamburg-Nord	- 71 627	- 16,7	- 35 948	- 19,9	2,0
5 Wandsbek	+ 66 291	+ 21,9	+ 25 691	+ 21,4	2,6
6 Bergedorf	+ 16 433	+ 21,0	+ 5 859	+ 21,4	2,8
7 Harburg	+ 7 389	+ 3,7	+ 1 844	+ 2,3	4,0

Erwerbstätigenzahlen, daß hier im Saldo fast jeder Fortgezogene ein erwerbstätiger Pendler gewesen sein muß.

Anders ist es bei den Bezirken Wandsbek, Bergedorf und Harburg, die alle Bevölkerungs- und Pendlerzunahmen aufzuweisen hatten: Auf einen im Jahr 1970 gegenüber 1961 in Wandsbek mehr gezählten Pendler kamen 2,6 bzw. im Bezirk Harburg sogar 4 mehr dort wohnende Personen. Es waren also relativ wenig Erwerbstätige unter der seit 1961 dort mehr wohnenden Bevölkerung, ein Zuwachs vor allem durch Zuzug großer Familien in die dortigen Neubaugebiete.

Von den Stadtteilen mit den höchsten Auspendlerzahlen liegen Rahlstedt und Eimsbüttel als bevölkerungsstärkste hamburgische Stadtteile mit je 31 000 Pendlern an der Spitze. Der Rangskala der Bevölkerungszahlen entsprechend folgen weiterhin Winter-

Ausgewählte Wohnstadtteile	Pendlerzunahme	Bevölkerungszunahme	Wohnungszunahme
Iserbrook	36	45	86
Osdorf	78	78	141
Lurup	44	41	93
Niendorf	61	62	140
Rahlstedt	90	79	124
Billstedt	38	39	77
Lohbrügge	104	115	145
Hausbruch	103	102	167
Neugraben-Fischbek	95	87	162

hude und Bramfeld mit fast 25 000 bzw. 23 000 Pendlern.

Die größten Pendler- und auch Bevölkerungszunahmen fanden überwiegend in den Wohngebieten unmittelbar am Stadtrand statt, dort, wo auch eine rege Neubautätigkeit zu bemerken ist.

Die Stadtteils-Binnenpendler

Bemerkenswert ist der geringe Anteil der innerhalb ihrer jeweiligen Wohnstadtteile arbeitenden tätigen Personen. Diese Stadtteils-Binnenpendler umfaßten 1970 mit 96 000 Personen nur wenig mehr als die Gruppe der auf dem eigenen Grundstück arbeitenden Personen: Das bedeutet, daß nur 13 % aller Pendler, also nur knapp jeder achte der Erwerbstätigen, in relativer Nähe zu ihrem Arbeitsplatz wohnten. Die Massierung der Arbeitsplätze im Zentralbereich, darunter sowohl traditionelle „Arbeiter“- als auch Dienstleistungs-Arbeitsplätze, haben die Trennung der Arbeits- von den Wohngebieten nach sich gezogen. Die bekannte Tatsache, daß die Wohnnutzung in dieser Raumlage gegenüber gewerblicher Nutzung geringeren Gewinn bringt, gilt offenbar nicht für die Wohngebiete ausländischer Erwerbstätiger. Es kann festgestellt werden, daß in einigen Stadtteilen mit hohen Binnenpendleranteilen gleichfalls der Anteil der Ausländer an den dort wohnenden Erwerbstätigen überdurchschnittlich hoch liegt. So sind z. B. im Stadtteil Steinwerder 81 % aller Pendler Stadtteils-Binnenpendler, zugleich aber auch 61 % der dort wohnenden Erwerbstätigen Ausländer.

Ausgewählte Stadtteile	Anteil Stadtteils-binnenpendler an Pendlern des Stadtteils insgesamt	Anteil ausländischer Erwerbstätiger an Erwerbstätigen des Stadtteils
	am 27.5.1970 in %	
Steinwerder	81	61
Neuenfelde	58	17
Harburg	40	10
Wilhelmsburg	32	11
Billbrook	31	37
Hammerbrook	27	18
Veddel	24	12

Absolut weisen vor allem die räumlich großen Stadtteile mit in der Regel Mischfunktion sowie die

Gebiete Zentraler Standorte viele Stadtteils-Binnenpendler auf. Dazu gehören:

Ausgewählte Stadtteile	Binnenpendler am 27.5.1970 im Wohnstadtteil Anzahl
Wilhelmsburg	7 056
Harburg	4 580
Bergedorf	4 339
Rahlstedt	3 891
Winterhude	3 344
Eimsbüttel	3 258
Bramfeld	3 161
Wandsbek	3 117
Langenhorn	3 029

Die Einpendlerbewegung

Von den sieben hamburgischen Bezirken weist als einziger nur der die City und das Hafengebiet umfassende Bezirk Hamburg-Mitte einen erheblichen Einpendlerüberschuß im Rahmen des innerstädtischen Pendlerverkehrs mit 290 000 Einpendlern* und 110 000 Auspendlern auf. Das ist insofern erklärlich, als in diesem Bezirk mit 41 % der hamburgischen Arbeitsplätze nur 14 % der Bevölkerung Hamburgs wohnt.

Die Stadtteile mit überwiegender Arbeitsfunktion (siehe S c h a u b i l d) stellen insgesamt fast zwei Drittel aller hamburgischen Arbeitsplätze. In etwas geringerem Maße, nämlich zu 55 %, sind sie auch die Zielgebiete der Binnenpendler – in geringerem Maße deswegen, weil die Arbeitsplätze in den in der Regel gut zu erreichenden Zentren stärker von den Berufseinpendlern aus den Nachbarländern aufgesucht werden und die Ziele der hamburgischen Binnenpendler stärker über das Stadtgebiet streuen. Weit an der Spitze aller Einpendlerzentren liegen Hamburg-Altstadt und Neustadt; sie boten 1970 mit 145 000 von fast 200 000 Arbeitsplätzen jedem fünften hamburgischen Binnenpendler Beschäftigungsmöglichkeit; die Hafengebiete als zweitgrößte Arbeitsplatzkonzentration nahmen über 30 000 Pendler auf. Der bereits erwähnte Rückgang der Binnenpendlerzahl seit 1961 fand nur in den traditionellen Arbeitsgebieten statt, die sogar mehr Pendler verloren, als der Rückgang der Arbeitsplatzzahl vermuten läßt. So waren in der City (Ortsteile 101–107) nur 1,5 % weniger Arbeitsplätze, aber über 15 % weniger Einpendler aus den hamburgischen Stadtteilen festgestellt worden (stark gewachsener Anteil der Einpendler aus dem hamburgischen Umland). Zunahmen an Einpendlern durch Binnenpendler verzeichnen nur die Gebiete mit Beschäftigtenzuwachs, und das sind fast ausschließlich die vorher bezeichneten Stadtteile mit überwiegender Wohn- und auch z. T. mit Mischfunktion sowie (gleichzeitig) die mit starken Bevölkerungszunahmen. Die zusätzlichen

Arbeitsstätten werden vorwiegend Dienstleistungsbetriebe sein, die vor allem die Versorgung der in großem Umfang zuziehenden Bevölkerung übernehmen. Sie werden, das zeigen die dort wachsenden Zahlen der Stadtteils-Binnenpendler, in aller Regel von den im gleichen Stadtteil und in der Nähe wohnenden Menschen besetzt. Mit der Verteilung der Arbeitsplätze im Stadtgebiet nehmen also auch die Pendlerwege der Binnenpendler langsam ab.

Die Arbeitsgebiete werden in ihrer Attraktivität für gewisse Wohngebiete durch folgendes Verhältnis gekennzeichnet:

Auspendlerstrom aus jeweiligem Wohngebiet in jeweiliges Arbeitszentrum	Tätige Personen des Arbeitszentrums
--	-------------------------------------

Auspendler des jeweiligen Wohngebietes insgesamt	Tätige Personen in Hamburg insgesamt
--	--------------------------------------

Bei einem Wert um 1 liegt keine besondere Attraktivität vor. Kleinere Werte zeigen geringere, größere Werte stärkere Pendlerausrichtung aus dem jeweiligen Wohngebiet zum Arbeitsgebiet.

Die Innenstadt wird – das Beispiel Hamburg-Altstadt zeigt es – ziemlich gleichmäßig entsprechend ihres Arbeitsangebots von den Erwerbstätigen aus fast allen Hamburger Wohngebieten entsprechend deren Gesamtauspendlerzahl aufgesucht (Tabelle 2). Der geringe Wert des Wohngebiets Lohbrügge erklärt sich aus dem sehr hohen Wert dieses Stadtteils in bezug auf das Arbeitszentrum Bergedorf.

Tabelle 2

Attraktivität ausgewählter Arbeitszentren für ausgewählte Wohngebiete

Arbeitsgebiete	Wohngebiete						
	jeweiliges Arbeitsgebiet	Billstedt	Lurup/Osdorf	Nien-dorf	Farmsen-Berne/Rahlstedt	Lohbrügge	Hausbruch/Neugraben-Fischbek
	Attraktivitätsziffer						
	1	2	3	4	5	6	7
Hamburg-Altstadt	2,57	0,97	0,74	0,95	0,97	0,13	0,70
Klostertor/Hammerbrook	5,61	1,44	0,04	0,04	0,98	0,94	0,76
Billbrook	21,54	6,18	0,35	0,33	0,84	1,95	0,44
Veddel/Kleiner Grasbrook/Steinwerder	9,16	0,76	0,98	0,65	0,57	0,56	1,08
Altona-Altstadt	5,96	0,36	1,77	0,68	0,41	0,35	0,33
Wandsbek	6,54	0,99	0,25	0,42	2,76	0,59	0,18
Bergedorf	20,79	0,36	0,05	0,08	0,15	13,11	0,12
Harburg	13,83	0,08	0,05	0,05	0,06	0,06	5,35

Bei den Regionalzentren zeigt sich, wie bereits bei den Berufseinpendlern aus den Umlandkreisen eindeutig festgestellt worden ist, daß ihr Pendlereinzugsbereich fast vollständig durch die Wohnbereiche im eigenen Stadtteil sowie danach durch das nächstliegende Wohngebiet bestimmt wird¹⁾. Besonders deutlich wird dies z. B. bei den Attraktivitätsziffern von Bergedorf und Harburg.

¹⁾ Siehe „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1975, Heft 1.

Verkehrsmittel und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeit

In Agglomerationsräumen kommt der Wahl des Verkehrsmittels besondere Bedeutung zu. Die Ausrichtung der morgendlichen Verkehrsströme bzw. ihre Zielumkehrung am Nachmittag verursacht mit zunehmender Nähe zu den Hauptarbeitsgebieten Be- und Überlastungen des Verkehrsnetzes und der Verkehrsmittel. Das 1961 und 1970 erhobene Merkmal „überwiegend benutztes Verkehrsmittel“ erlaubte weitgehend die Analyse der in diesem Zeitraum geänderten Wahl des Fortbewegungsmittels, auch wenn über die durch Umsteigen für geringere Zeit benutzten anderen Verkehrsmittel keine Angaben vorliegen.

Der bei den Einpendlern aus dem Umland festgestellte starke Trend zum Übergang vom öffentlichen Verkehrsmittel zum eigenen Auto ist bei den innerhamburgischen Berufstätigen nicht in gleichem Maße zu erkennen (Tabelle 3).

Tabelle 3

Binnenpendler nach den benutzten Verkehrsmitteln 1970 und 1961

Verkehrsmittel	Binnenpendler				Veränderung 1970 gegenüber 1961 %
	27.5.1970		6.6.1961		
	absolut	%	absolut	%	
	1	2	3	4	5
Eisen-, S-, U-Bahn	223 537	30,8	191 371	25,1	16,8
Straßenbahn	42 649	5,9	141 856	18,6	- 69,9
Bus	64 656	8,9	56 817	7,5	15,2
Zusammen	330 842	45,6	390 044	51,3	- 15,2
Pkw	259 089	35,7	114 240	15,0	126,8
Zu Fuß	110 662	15,3	154 960	20,4	- 28,6
Sonstige	24 799	3,4	101 765	13,4	- 75,6
Insgesamt	725 392	100	761 009	100	- 4,7

Die Zahl der U- und S-Bahn-Benutzer sowie auch die der mit dem Bus Fahrenden hat sich sogar in erheblichem Maße erhöht. So fuhren 1970 31 % Hamburger mit der U- oder S-Bahn zur Arbeit. Dagegen ist der Anteil der „Busfahrer“ mit einem Anteil von 9 % an allen innerstädtischen Berufspendlern trotz des flächenmäßig ausgedehnten Liniennetzes relativ gering. Einen starken Rückgang an Fahrgästen für den Arbeitsweg verzeichnete allein die Straßenbahn, die ihren Betrieb im genannten Zeitraum auf mehreren Strecken einstellte. 100 000 Personen beförderte sie 1970 weniger als noch 1961. Diese Zahl wurde nur zu einem sehr geringen Teil durch den Busverkehr als Hauptverkehrsmittel aufgenommen.

So ist 1970 insgesamt der Anteil der mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahrenden Erwerbstätigen bereits beachtlich unter 50 % gesunken. Demgegenüber vergrößerte sich der Anteil der Autofahrer um weit mehr als das Doppelte, so daß 1970 bereits 36 % aller Berufstätigen sich des Autos zum Erreichen ihres Arbeitsplatzes bedienten. Gegenüber der Verkehrsmittelwahl bei den Einpendlern aus den Nachbar-

ländern ist festzustellen, daß das Verhältnis von öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln umgekehrt ist: Die Hamburger nutzen gegenwärtig noch stärker das in der Stadt dichtere Netz von Bahnen und Bussen.

Rückgang an „S- und U-Bahn-Fahrern“ und besonders starke Zunahmen an Pkw-Fahrern verzeichnen fast ausschließlich Stadtteile mit einer oder sogar mehreren Bahnstationen. Dazu gehören die Wohngebiete der Elbvororte und der Walddörfer sowie die nördlichen Stadtteile des Bezirks Hamburg-Nord. Auch die Bewohner Hausbruchs und Neugraben-Fischbeks südlich der Elbe sind schon vor Einweihung des Elbtunnels zunehmend von Bahnbenutzung auf Individualverkehr mit Pkw übergegangen.

P+R

Tabelle 4

Binnenpendler nach dem Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte 1970 und 1961

Zeitaufwand	Binnenpendler				Veränderung 1970 gegenüber 1961 %
	27.5.1970		6.6.1961		
	absolut	%	absolut	%	
	1	2	3	4	5
bis unter 15 Minuten	143 558	19,8	107 437	14,1	+ 33,6
15 bis unter 30 Minuten	284 748	39,3	203 612	26,8	+ 39,8
30 bis unter 60 Minuten	245 871	33,9	322 033	42,3	- 23,7
60 Minuten und mehr	51 215	7,1	114 169	15,0	- 55,1
Ohne Angaben	-	-	13 758	1,8	-
Insgesamt	725 392	100	761 009	100	- 4,7

Daß u. a. mit der zunehmenden Wahl des Autos als Verkehrsmittel die zeitliche Belastung der Menschen tatsächlich zurückgeht, zeigt die Entwicklung des Zeitaufwandes, den die Berufspendler täglich in Kauf nehmen müssen.

Die Zahl derjenigen, die länger als eine Stunde unterwegs sind, hat sich mehr als halbiert, und nur noch jeder dritte Binnenpendler benötigt zwischen 30 und 60 Minuten (Rückgang der Zahl um ein Viertel). Die individuellen Fahrzeiten für den Arbeitsweg innerhalb der Hansestadt, die vom Stadtrand bis zum Zentrum zum Teil Entfernungen von über 20 km aufweist, haben sich damit auf ein erträgliches Maß gesenkt: 6 von 10 Berufstätigen benötigen weniger als 30 Minuten.

Von den Wohngebieten sind es vor allem Lurup/Osdorf, Langenhorn, die Stadtteile des Ortsamtes Walddörfer und Rahlstedt, deren zuziehende Bevölkerung noch in großem Maße Wegezeiten bis zu einer Stunde aufbringt. In Jenfeld, Lohbrügge, Hausbruch und Neugraben-Fischbek wuchs sogar die Bevölkerungsgruppe sehr stark, die länger als eine Stunde benötigte. Die Zahlen aus ehemaligen Neubaugebieten zeigen aber, daß sich mit zunehmender Wohndauer der Aufwand für den Weg zur Arbeitsstätte reduziert.

Jens Gerhardt

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte *)							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	755,6	757,5	759,0	757,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	7,7	6,6	6,4	2,0
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	83	83	86	88
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3,5	4	4
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	6,4	7,0	7	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	85	55	145	100
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	51	30	26	47
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	8	15	21	13
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	29	25	28	25
Sommertage	"						
Bevölkerung				Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	241,6	241,9	241,5	245,0
" Altona	"	264,3	252,9	249,7	250,0	249,8	252,0
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	249,4	249,5	249,1	250,6
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	327,3	327,3	326,8	333,7
" Wandsbek	"	357,5	378,0	380,3	380,3	381,3	379,0
" Bergedorf	"	82,6	93,7	92,8	92,8	92,7	93,2
" Harburg	"	199,0	201,8	198,5	198,5	198,2	201,1
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 739,6	1 740,3	1 739,4	1 754,1
dav. männlich	"	861,9	815,0	807,6	808,1	807,7	813,6
welblich	"	995,0	943,4	932,0	932,2	931,7	941,0
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	131,8	132,5	132,0	124,8
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	824	1 257	862	825
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3	5,7
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 200	1 185	1 122	1 126
dar. unehelich	"	143	105	119	114	105	102
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,8	7,8
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	9,91	9,8	9,6	9,2
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	2 083	1 791	1 935	1 934
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	31	17	17	27
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,7	...	14,3	14,6	13,4
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,6	23,8
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 1 017	- 883	- 606	- 813	- 808
	"	+ 0,8	- 6,9	5,6
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	Anzahl	6 174	6 337	4 669	8 119	6 294	6 233
Fortgezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 536	6 596	6 767	6 420	6 212
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 379	- 199	- 1 927	+ 1 352	- 126	+ 21
dav. männlich	"	- 37	+ 83	- 1 121	+ 726	- 102	+ 217
welblich	"	- 342	- 282	- 806	+ 626	- 24	- 196
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	11 892	17 277	12 669	13 110
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 542	1 669	1 294	2 195	1 672	1 568
	"	835	1 110	907	1 508	1 119	1 004
Niedersachsen dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	1 091	1 000	828	1 331	1 011	902
	"	272	379	336	531	365	345
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 178	1 913	1 401	1 406
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 202	1 369	2 680	2 210	2 357
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	2 351	2 534	2 460	2 511	2 152	2 259
	"	1 620	1 810	1 905	1 949	1 737	1 701
Niedersachsen dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	1 268	1 616	1 554	1 502	1 300	1 515
	"	525	906	816	914	710	872
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 282	1 246	1 433	1 545
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	768	1 300	1 508	1 535	893

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitt Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 544	16 534	16 533	16 675
Betten ²⁾	"	13 593	13 110	13 862	13 205	8 801	9 011
Patienten ³⁾	"	415 910	406 670	422 110	414 845	359 543	364 791
Pflegetage	"						
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	85,2	86,3	72,6	73,2
b) Krankenhäuser für Psychiatrie	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 076
Betten ²⁾	"	3 134	2 893	2 864	2 827	2 816	2 890
Patienten ³⁾	"	86 329	82 499	83 667	80 938	81 069	82 263
Pflegetage	"						
Bettenausnutzung	%		92,8	93,5	93,1	90,2	90,0
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	590 415	539 498	421 671	369 237
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	556 988	505 653	392 939	336 135
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	670 059	654 576	497 016	491 306
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	9 096	8 154	5 980	5 946
2. Wissenschaftliche Bibliotheken							
Staats- und Universitätsbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	45 083	48 218	38 423	30 080
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	11 659	11 359	9 297	7 753
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —	"						
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	4 438	4 400	2 591	2 249
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	3 265	2 645	2 216	2 515
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 635	1 443	1 138	1 238
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	232 127	87 182	78 199	84 716
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	140 947	29 957	13 890	17 907
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-	"						
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	19 327	15 392	11 119	10 280
Hamburgisches Museum für	"						
Völkerkunde	"	4 455	6 177	9 593	8 931	6 650	6 103
Helms-Museum	"	5 799	13 421	15 472	8 407	5 541	6 680
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"		12 094	13 724	6 878	3 995	4 493
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	28 235	14 246	10 122	7 317
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	10 021	4 860	25 210	23 427
Planetarium	"	2 595	5 998	6 448	3 089	4 018	13 002
Bischofsturm	"			2 084	2 300	1 649	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	685,4	682,6	...	681,9
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	398,3	395,6	...	398,0
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	45,7	45,5	...	45,6
Rentner	"	175,5	236,1	241,4	241,5	...	238,3
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	27,3	30,1	...	28,9
dav. männlich	"	17,9	19,6	18,4	20,4	...	19,8
weiblich	"	8,8	9,1	8,9	9,7	...	9,1
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	15 023	18 252	21 983	9 097
dav. männlich	"	2 318	2 959	9 133	11 787	14 447	5 507
weiblich	"	1 092	2 583	5 890	6 465	7 536	3 590
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"	1 155		5 078	7 151	9 146	3 250
Technische Berufe	"	108		1 113	1 135	1 238	406
Dienstleistungsberufe	"	2 965		8 265	9 269	10 727	5 060
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	10 578	9 482	9 136	11 920
3. Arbeitsuchende ⁵⁾	"	8 299	12 519	22 202	26 216	30 694	16 202
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	8 165	7 434	7 288	11 701
dar. Kurzfristige Vermittlung	"						
bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	3 524	3 483	3 697	7 617
5. Kurzarbeiter	"	3	284	3 304	4 886	6 939	2 606

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
• Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 112	1 061	1 190	1 305
• dav. an Molkereien geliefert	%	88,0	92,2	86,5	87,1	90,0	89,5
• Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	8,8	8,6	9,4	9,2
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	3 528	1 549	1 152	1 043	939	1 140
pasteurisiert, lose	"	6 482	7 595	6 615	6 360	6 467	6 934
pasteurisiert, abgepackt	"	—	1 046	1 407	1 199	1 498	1 183
ultra-hocherhitzt	"	—	—	—	—	—	—
Teilentrahmte Milch,	"	—	136	133	128	127	137
pasteurisiert, abgepackt	"	—	316	1 913	2 104	2 356	564
ultra-hocherhitzt	"	—	—	96	91	125	—
Entrahmte Milch	"	382	620	314	307	289	337
Buttermilcherzeugnisse	"	—	—	122	106	101	—
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—	—	—	—	—	—
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	11,4	8,1	6,6	6,6
Kälber	"	2,6	1,1	0,9	1,2	1,1	1,1
Schweine	"	47,0	29,7	28,1	26,9	27,1	28,2
Schafe	"	2,7	0,7	0,6	0,5	0,3	0,3
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	10,0	7,6	6,2	6,0
Kälber	"	2,5	1,0	0,9	1,2	1,1	1,1
Schweine *)	"	49,6	30,3	29,1	28,0	28,0	29,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	6 229	4 744	5 653	4 913	4 463	4 599
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	2 650	2 033	1 656	1 600
Kälber	"	187	80	73	95	80	83
Schweine	"	4 318	2 960	2 913	2 768	2 714	2 892
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 316	1 313	1 307	1 349
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	185	183	181	192
dar. Arbeiter *)	"	152	119	112	112	109	117
Geleistete Arbeiterstunden *)	Mio DM	24 859	18 319	18 342	17 253	15 150	16 557
Löhne (Bruttosumme)	"	119	199	215	254	216	203
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	180	243	213	187
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	4	5	5	4	5
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 484	1 455	1 243	3 308
Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm *)	1 000 cbm	—	63 213	38 862	39 511	31 707	82 488
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	54	55	60	68
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	303	291	287	190
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	18	13	15	13	13	13
Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 917	2 617	2 269	2 357	2 328
dar. Auslandsumsatz *)	"	155	315	598	396	491	529
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	125,2	130,5	...	129,1
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	122,5	127,9	118,3	128,7
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	135,4	130,1	123,0	130,1
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	125,4	144,1	141,5	161,1
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	100,5	97,5	96,4	114,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	111,8	121,5	99,1	102,0
Bauindustrie	"	103,7	128,4	112,9	113,6	...	88,9
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 917	2 617	2 269	2 357	2 328
Chemische Industrie	"	215	333	553	506	456	368
Elektroindustrie	"	101	168	205	165	146	147
Maschinenbau	"	143	239	301	278	300	247
Maschinenbau	"	83	150	158	165	223	210
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	14	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	779	775	818	743
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	56	60	63	76
Vj.-Durchschnitt *)							
		1965	1973	1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	3. Vj. 1973
3. Handwerk (Meßziffern) **)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	...	94,1	90,1	88,4	87,6	94,1
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	...	123,3	100,0	120,6	118,1	122,0

*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — *) einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1947 Ho = 8 400 kcal/cbm. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 860	35 623	34 269	33 002	40 031
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 187	1 194	1 209	1 201
Angestellte	"	4 684	6 218	5 705	5 659	5 586	6 172
Arbeiter ²⁾	"	43 102	38 204	28 731	27 416	26 207	32 658
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	5 093	4 445	3 495	3 482
• Dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 378	1 253	936	975
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 673	1 410	1 147	1 260
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	2 042	1 782	1 412	1 247
• Löhne (Bruttosumme ³⁾)	Mio DM	46,3	80,6	80,7	72,6	59,7	57,5
• Gehälter (Bruttosumme ³⁾)	"	5,9	15,6	15,0	18,5	18,6	18,7
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	128,2	229,6	355,0	214,3	277,2	298,4
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	81,7	57,4	101,7	75,0
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	81,8	71,2	61,8	82,3	136,2
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	202,1	95,1	93,2	87,2
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	184	135	63	156	89
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	89	84	36	98	24
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	349	162	493	622
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	67,4	40,8	109,5	135,5
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	76	33	105	126
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	67	51	62	56
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	584	298	459	287
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	121,8	78,1	88,5	47,6
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	98	57	116	53
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	1 011	491	1 617	1 807
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	124	90	159	153
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	398	277	355	588
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	77,5	64,0	79,3	118,5
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	59	55	74	93
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	372	672	435	559
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	107,1	109,1	137,5	85,8
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	1 184	877	968	1 647
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	117	112	...	755
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	53	75	...	392
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	533	250	...	1 947
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	71,9	56,0	...	355,1
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	76	54	...	412
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	45	44	...	335
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	360	628	...	3 699
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	51,0	96,9	...	440,4
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	78	103	...	552
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	1 023	726	...	5 405
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	339	345	...	2 404
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) ⁴⁾							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	14 500	14 600	...	13 500
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	3 400	3 000	3 700	4 500
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁴⁾ ⁵⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	189	...	188
Wohnungen	"	636	738	745	745	...	738
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 782	2 784	...	2 755

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁵⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	153,6	157,1	...	149,3
dar. Warenhäuser	"	.	132,3	149,4	179,5	...	203,2
Facheinzelhandel	"	.	118,7	130,8	138,8	...	150,9
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	.	155	187,0	198,2	...	175,4
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	160	213,4	210,0	...	191,4
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	148	151,0	182,0	...	154,3
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	420	719	610	...	555
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	55	128	90	...	70
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	591	520	...	485
dav. Rohstoffe	"	2	3	4	4	...	3
Halbwaren	"	50	83	119	99	...	80
Fertigwaren	"	143	279	468	417	...	402
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	69	60	...	36
Enderzeugnisse	"	134	250	399	357	...	366
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	311	425	437	...	427
dar. EG-Länder	"	92	199	272	222	...	311
EFTA-Länder	"	40	57	85	73	...	68
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	140,4	137,8	...	129,2
dav. Beherbergungsgewerbe	"	.	133,6	155,6	133,0	...	117,8
Gaststättengewerbe	"	.	123,2	135,8	139,2	...	132,6
5. Fremdenverkehr *)							
Fremdenmeldungen	Anzahl	119 966	117 405	129 710	100 116	...	70 161
dar. von Auslandsgästen	"	42 391	39 554	38 787	29 745	...	19 192
Fremdenübernachtungen	"	231 537	224 878	246 621	191 065	...	139 650
dar. von Auslandsgästen	"	79 598	73 856	77 999	57 739	...	38 383
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 512	1 547 r	1 420 p	1 295 s	1 354
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 571	1 578 r	1 480 p	1 310 s	1 361
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 154	4 337 r	4 403 p	4 360 p	4 514
dav. Empfang	"	2 229	3 096	2 984 r	3 155 p	2 986 p	3 405
dav. Massengut	"	1 634	2 446	2 333 r	2 547 p	2 365 p	2 811
dar. Mineralöle	"	968	1 416	1 279 r	1 344 p	1 293 p	1 616
Sack- und Stückgut	"	595	650	651 r	608 p	621 p	594
Versand	"	713	1 058	1 353 r	1 248 p	1 374 p	1 109
dav. Massengut	"	292	472	638 r	591 p	655 p	493
Sack- und Stückgut	"	421	586	715 r	657 p	719 p	616
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	488	459 r	319 p	290
Güterversand	"	309	400	405	517 r	490 p	401
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	5 546 r	4 739 r	4 434 p	3 963
Fluggäste	"	141,5	258 787	326 166 r	250 969 r	223 734 p	203 286
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	2 363,6 r	2 133,9 r	2 006,2 p	2 003,0
Luftpost	"	413,7	722,7	784,6 r	766,3 r	833,6 p	788,1
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	29 503	28 909	...	28 890 r
Schnell- und Vorortbahnen	"	9 436	3 587	3 003	3 016	...	3 347
Straßenbahn	"	12 289	18 621	21 065	21 418	...	20 786 r
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	503,9	504,6	505,5	488,7
dar. Personenkraftwagen *) *)	"	310,8	438,5	451,8	453,0	454,1	438,5
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	4 563	3 733	...	2 461
dar. Personenkraftwagen *)	"	4 632	4 907	4 049	3 405	...	2 156
Lastkraftwagen	"	362	379	417	226	...	219
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	986	1 061	1 005	1 015	736
Getötete Personen	"	26	24	23	41 r	30	26
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	1 370	1 277 r	1 332	943

*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — *) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — *) ohne Transit. — *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — *) einschließlich Kombinationskraftwagen. — *) teilweise auch in Verbindung mit Sechschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	38 431,4	42 931,4	43 347,3	44 993,2	39 734,4
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 470,1	11 609,7	11 818,6	12 657,7	10 674,9
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 357,1	11 383,3	11 588,9	12 431,7	10 554,3
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"	.	5 851,0	6 417,0	6 450,8	6 817,6	5 971,5
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	5 393,1	5 627,7	5 633,2	5 971,1	5 496,4
• Längfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	.	22 110,3	24 904,7	25 077,9	25 517,9	23 088,0
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	20 084,9	22 292,8	22 383,7	22 755,8	21 010,1
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	809,6	640,2	629,3	626,5	746,3
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	27 194,1	29 494,7	30 074,3	31 446,9	29 308,8
• dav. Sicht- und Termingelder	"	.	17 617,9	19 364,9	19 859,5	20 565,6	19 260,9
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	12 981,1	14 176,7	14 640,5	15 168,2	14 066,2
• Spareinlagen	"	4 069,9	9 578,2	10 129,8	10 214,8	10 881,3	10 047,9
• dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 673,9	6 715,0	7 180,0	6 564,8
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	564,9	678,6	679,9	586,3
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	490,0	596,4	630,1	548,7
• Lastgutschriften	"	12,9	46,6	3,3	2,8	616,5	528,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	13	35	15	18
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	674	553	615	511
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	4 082	2 966	3 749	3 860
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ⁴⁾	Anzahl	20 563	24 650	20 735	19 758	21 952	27 276
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	"	3 058	3 449	3 598	3 427	3 179	2 685
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 763	944	1 069	1 294
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	353	492	567	529	493	381
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"						
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁵⁾	Anzahl	162	157	157	157	159	159
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 913	6 569	6 591	6 655	6 198
Grundkapital	Anzahl	3 877	6 086	6 711	6 754	6 818	6 314
Gesellschaften m.b.H.	Mio DM	2 962	5 351	5 963	5 962	6 123	5 623
Stammkapital							
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	.	814 395	814 137	777 604	1 446 684	1 343 965
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	507 890	415 208	1 099 909	951 157
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	337 964	346 041	605 395	476 688
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	26 072	46 141	312 590	252 769
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	116 316	25 504	6 247	2 348
• Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	27 537	— 2 478	175 677	219 352
• Steuern vom Umsatz	"	.	335 576	306 247	362 396	346 774	392 809
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	130 299	157 491	171 147	268 242
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	129 313	175 948	204 905	175 627	124 567
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	865 424	928 299	976 883	1 550 161	1 517 629
• dar. Zölle	"	45 076	56 426	63 005	62 292	55 773	55 958
• Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	844 611	889 786	1 452 413	1 422 012
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	669 740	673 270	1 169 000	1 236 146
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 954	31 403	72 140	32 830	28 307
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	3 834	47 297	7 688	4 660
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	13 323	11 064	13 158	13 128
• Biersteuer	"	2 430	3 136	3 096	3 174	3 116	3 013
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	94 475	59 023	228 137	64 190	22 276
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	16 112	210 335	44 122	26 153
• Grundsteuer A	"	73	90	10	79	177	48
• Grundsteuer B	"	5 134	9 402	1 698	13 007	18 036	— 4 761
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 350 903	1 428 487	2 297 627	2 238 479

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute, infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	177 487	317 140	625 252	526 151 r
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾ ²⁾	"	122 235	176 408	114 248	180 151	476 627	368 965 r
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	"	37 385	31 836	22 669	73 617	90 352
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	"	12 785	—	42 179	42 179	38 527
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	59 023	143 778	— 20 168	— 54 779
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ⁴⁾	"	"	47 805	19 356	54 905	128 518	102 124
Einnahmen des Landes insgesamt	"	"	386 242	255 866	515 823	733 602	573 497 r
			Vj.-Durchschnitt 1973	1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	3. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM		1 762,5	1 937,4	1 902,6	2 064,6	1 779,7
dar. Personalausgaben	"	"	795,7	917,6	894,9	834,4	737,7
Bauinvestitionen	"	"	185,1	125,9	186,6	208,9	203,9
dar. für Schulen	"	"	54,8	39,8	61,8	53,8	65,1
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	"	23,1	23,9	29,3	29,2	26,1
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	"	8,5	5,1	9,8	7,9	10,0
Straßen	"	"	20,2	11,5	17,1	26,9	24,1
Wasserstraßen und Häfen	"	"	21,1	11,7	17,0	30,2	23,7
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	"	155,0	190,1	155,6	183,7	116,5
Zuführung an Rücklagen	"	"	8,6	0,0	0,1	—	20,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	"	1 802,7	1 909,0	2 025,5	1 950,1	1 815,3
dar. Steuern	"	"	1 158,7	1 323,1	1 305,8	1 200,0	1 275,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	"	57,7	41,4	62,2	37,7	56,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	"	192,2	233,9	228,6	267,7	199,1
Entnahme aus Rücklagen	"	"	12,5	37,2	1,2	18,5	29,7
Schuldenaufnahme	"	"	207,8	140,8	263,9	254,0	58,5
3. Schuldenstand am Ende des Quartals	"	"	4 884,2	5 172,4	5 353,2	5 446,7	48 371
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden) bei Gebietskörperschaften	"	"	3 530,3	3 813,0	4 005,8	4 107,6	3 491,5
			690,2	702,3	698,1	695,0	683,9
			Monatsdurchschnitt	Februar 1974	Mai 1974	August 1974	August 1973
			1965	1973			
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	207,9	221,4	223,5	202,0
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	209,8	223,4	225,7	203,3
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	206,0	219,4	221,3	200,8
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	206,2	219,2	221,9	200,5
Bürogebäude	"	112,2	194,2	201,3	213,7	215,4	196,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	197,4	208,9	211,4	194,9
				Oktober 1973	Januar 1974	April 1974	April 1973
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	394	448	445	469	427
• männliche Arbeiter	"	140	245	280	281	290	265
• weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Bruttostundenverdienste	"	5,10	8,90	10,15	10,21	10,69	9,63
• männliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,77	6,82	7,09	6,39
• weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,2	44,1	43,6	43,9	44,4
• männliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,3	41,2	40,9	41,5
• weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 905	2 209	2 293	2 398	2 109
• männlich	"	747	1 381	1 611	1 638	1 712	1 515
• weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 182	2 033	2 328	2 371	2 496	2 232
• männlich	"	748	1 374	1 570	1 585	1 666	1 490
• weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 775	2 036	2 096	2 185	1 951
• männlich	"	668	1 254	1 411	1 448	1 506	1 339
• weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 808	2 078	2 145	2 239	1 989
• männlich	"	688	1 286	1 451	1 486	1 548	1 375
• weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 178	2 024	2 278	2 317	2 443	2 175
• männlich	"	838	1 504	1 746	1 768	1 834	1 683
• weiblich	"	"	"	"	"	"	"

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	12 290	11 430	11 775	9 899
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	3	3	3	7
Körperverletzung	"	"	420	498	422	475	374
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	104	100	143	121
Diebstahl	"	5 235	7 132	7 933	7 288	7 139	6 147
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	3 988	3 722	3 717	2 985
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 405	1 302	1 408	1 045
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 791	1 761	1 624	1 407
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	9 733	9 630	5 707	7 278
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	395	489	446	649
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	34 010	32 872	27 567	24 602
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	15 285	15 050	...	15 477
dar. Feueralarme	"	288	475	457	448	...	503
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	13	5	...	9
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	107	112	123	...	129
Rettungswageneinsätze	"	"	12 616	13 947	13 676	...	13 786
dar. für Krankenbeförderungen	"	4 494	2 835	3 117	2 745	...	2 854
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	"	1 801	1 834	1 788	...	1 788
Hilfeleistungen aller Art	"	"	879	881	926	...	1 188
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	"	110	125	154	...	95

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen, — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1974

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ¹⁾			
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin 2. Vj.	2 033 ⁴⁾ 2 040 ⁴⁾	1 479 4 458	2 915 10 237	- 1 436 - 5 779	5 138 16 425	5 510 ⁴⁾ 18 817 ⁴⁾	- 1 808 - 8 171	13 613 18 828	14 051 12 430	227 664 229 174	112 112	6 219 5 836	3 059 2 861
Hamburg 2. Vj.	1 742 1 748	3 568 3 363	6 443 6 158	- 2 875 - 2 795	16 490 16 581	18 894 17 721	- 5 279 - 3 935	9 107 11 443	16 376 14 053	187 546 190 426	108 109	6 752 6 390	3 876 3 656
München 2. Vj.	1 322 1 333	2 622 p 2 480	3 093 p 3 305	- 471 p - 825	16 361 18 426	27 554 20 331	- 11 664 p - 2 730	10 131 ²⁾ 11 866 ²⁾	12 257 ²⁾ 10 223 ²⁾	188 353 190 800	142 143	5 410 5 254	4 092 3 941
Köln 2. Vj.	829 830	1 916 1 726	2 442 2 655	- 526 - 929	11 489 11 369	11 909 12 390	- 946 - 1 950	8 122 8 694	6 880 5 497	128 377 129 959	155 157	1 240 1 387	1 496 1 671
Essen 2. Vj.	673 675	1 354 1 356	2 050 2 371	- 696 - 1 015	4 614 5 002	5 700 6 610	- 1 782 - 2 623	6 693 7 869	4 031 3 559	60 299 60 628	90 90	1 333 1 227	1 981 1 818
Düsseldorf 2. Vj.	623 626	1 194 1 231	1 873 2 077	- 679 - 846	8 100 8 100	10 302 10 170	- 2 881 - 2 916	5 134 5 461	5 422 4 601	109 019 110 426 p	175 176 p	2 826 2 752 p	4 536 4 396 p
Frankfurt/M. 2. Vj.	665 669	1 460 1 264	2 033 2 126	- 573 - 862	10 634 11 455	14 275 14 226	- 4 214 - 3 633	6 733 7 727	10 763 10 108	121 774 124 023	183 185	3 465 3 285	5 211 4 910
Dortmund 2. Vj.	633 636	1 578 1 095	2 625 2 034	- 1 047 - 939	4 761 5 895	6 927 6 040	- 3 213 - 1 084	5 743 6 652	4 614 4 126	75 586 76 398	119 120	1 653 1 450	2 611 2 280
Stuttgart 2. Vj.	618 622	1 411 1 473	1 524 1 542	- 113 - 69	11 158 13 501	14 343 16 344	- 3 298 - 2 913	1 883 2 356	8 878 8 171	140 969 142 960	228 230	4 464 4 546	7 223 7 309
Bremen 2. Vj.	582 583	1 365 1 207	1 798 1 930	- 433 - 723	5 854 7 000	6 811 7 190	- 1 390 - 913	4 664 5 715	5 516 4 573	85 450 85 152	147 146	2 969 2 623	5 101 4 499
Hannover 2. Vj.	572 575	1 176 1 092	1 805 1 861	- 629 - 769	7 719 7 853	9 517 8 134	- 2 427 - 1 050	7 369 4 744	5 859 5 540	99 657 101 445	174 176	2 290 2 234	4 003 3 885

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ²⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin 2. Vj.	14 842 12 926	486 533	239 261	414 474	3 110 3 749	514 367	4 106 2 977	466 127	281 195	138 96	751 529	3 498 2 823	4 356 3 597	121 160 165 429	58 975 65 145
Hamburg 2. Vj.	13 486 13 309	602 462	346 264	257 293	1 621 2 810	246 187	1 757 1 488	800 491	388 282	223 161	711 528	2 655 2 278	3 555 3 025	191 904 235 067	144 190 139 116
München 2. Vj.	16 379 12 612	609 509	461 p 382	269 221	2 537 1 727	319 352	4 503 4 249	905 1 124	499 400	378 p 300	1 011 830	1 827 1 573	2 494 2 138	136 727 135 876	102 928 98 768
Köln 2. Vj.	6 960 6 575	274 238	331 287	72 100	956 1 127	110 44	1 453 671	222 229	166 155	200 187	287 343	1 053 985	1 375 1 316	95 582 57 232	58 167 70 331
Essen 2. Vj.	6 192 5 755	193 228	285 338	164 50	709 359	94 118	557 566	226 207	34 33	51 49	68 70	689 710	915 918	49 841 68 431	39 408 5 604
Düsseldorf 2. Vj.	7 098 p 6 726 p	232 p 299 p	372 478 p	83 47	763 436	90 71	1 160 599	226 215	153 150	246 240	327 300	861 696	1 114 866	78 802 134 622	53 136 51 923
Frankfurt/M. 2. Vj.	9 708 9 502	361 336	543 502	163 137	1 014 857	26 20	239 122	160 134	287 259	432 387	608 518	1 134 985	1 469 1 244	184 526 197 008	59 595 16 429
Dortmund 2. Vj.	5 474 5 263	195 162	308 255	193 182	875 878	144 293	642 1 154	715 394	38 39	60 61	77 72	837 747	1 086 994	45 296 40 016	28 081 4 655
Stuttgart 2. Vj.	9 967 8 510	310 288	502 463	81 95	430 710	162 119	923 729	321 184	123 110	199 177	286 255	752 640	1 028 865	58 833 102 195	58 147 12 116
Bremen 2. Vj.	5 881 5 786	214 211	368 362	232 173	723 852	136 145	637 600	178 276	84 66	144 113	162 131	870 760	1 038 910	84 088 -81 769	37 273 35 406
Hannover 2. Vj.	5 484 4 758	216 175	378 304	91 48	418 438	53 51	832 587	171 65	109 100	190 174	191 177	864 714	1 138 910	56 974 91 997	44 342 8 625

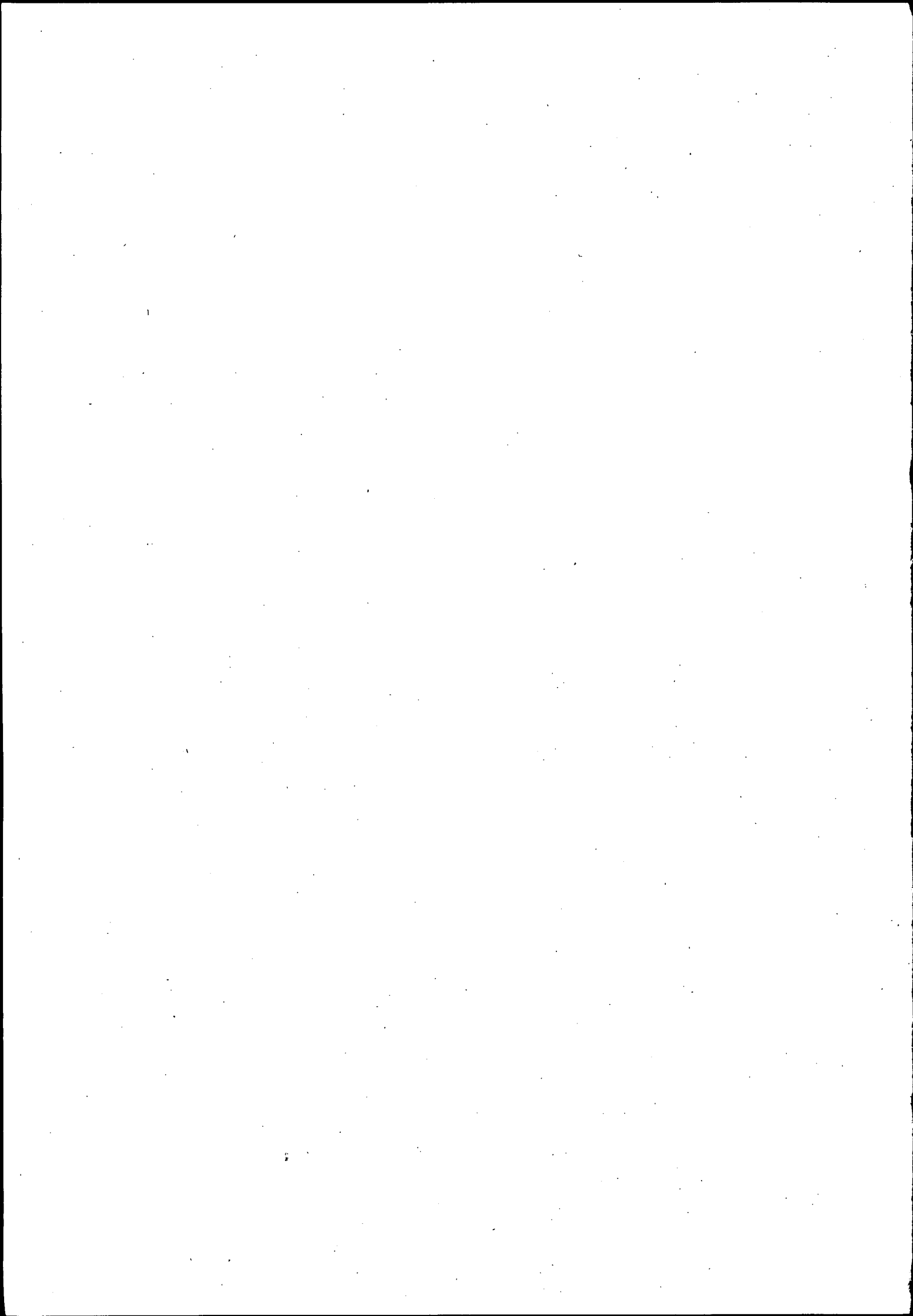
¹⁾ jeweils Quartalsende. — ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. — ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — ⁶⁾ in den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

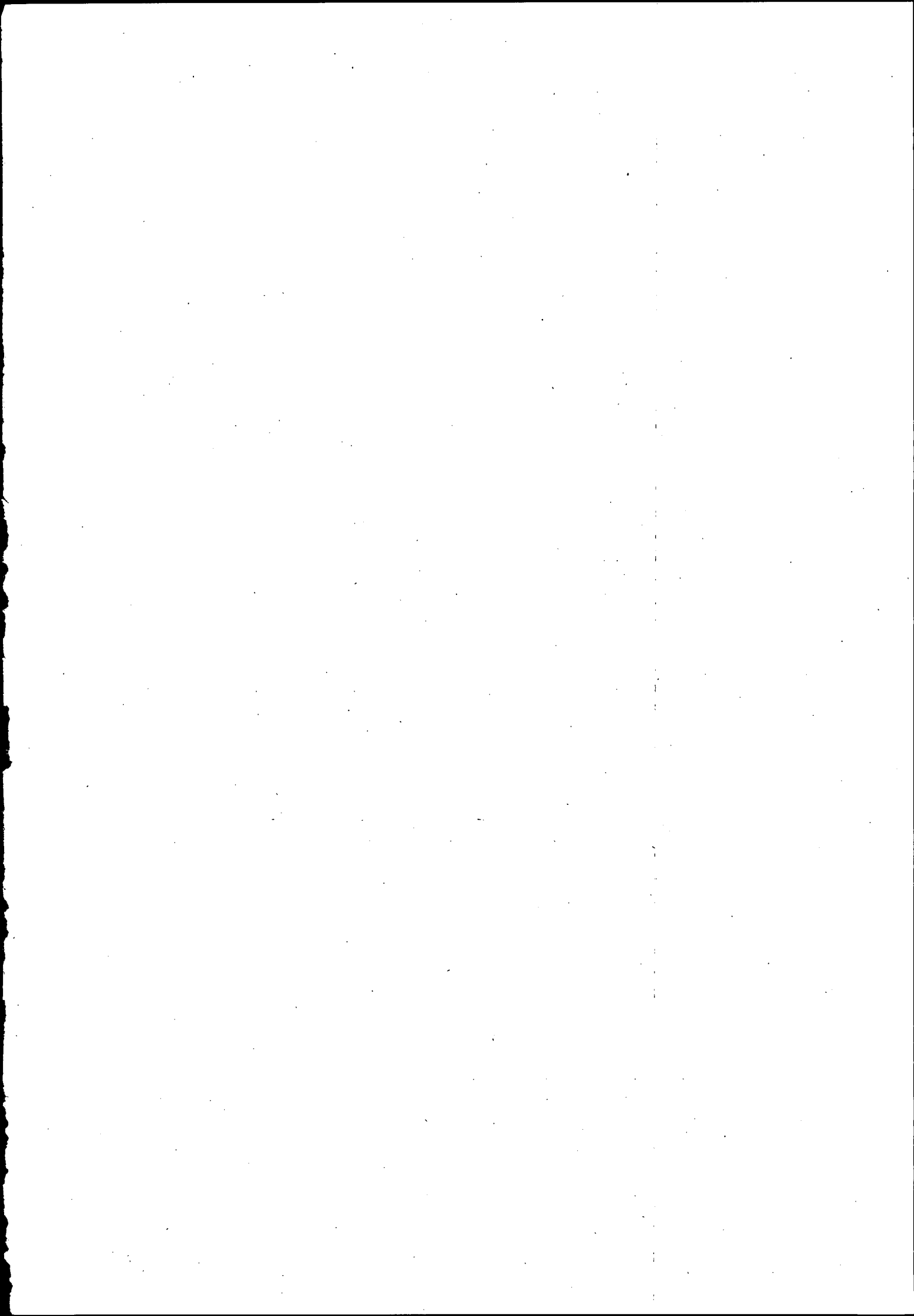
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

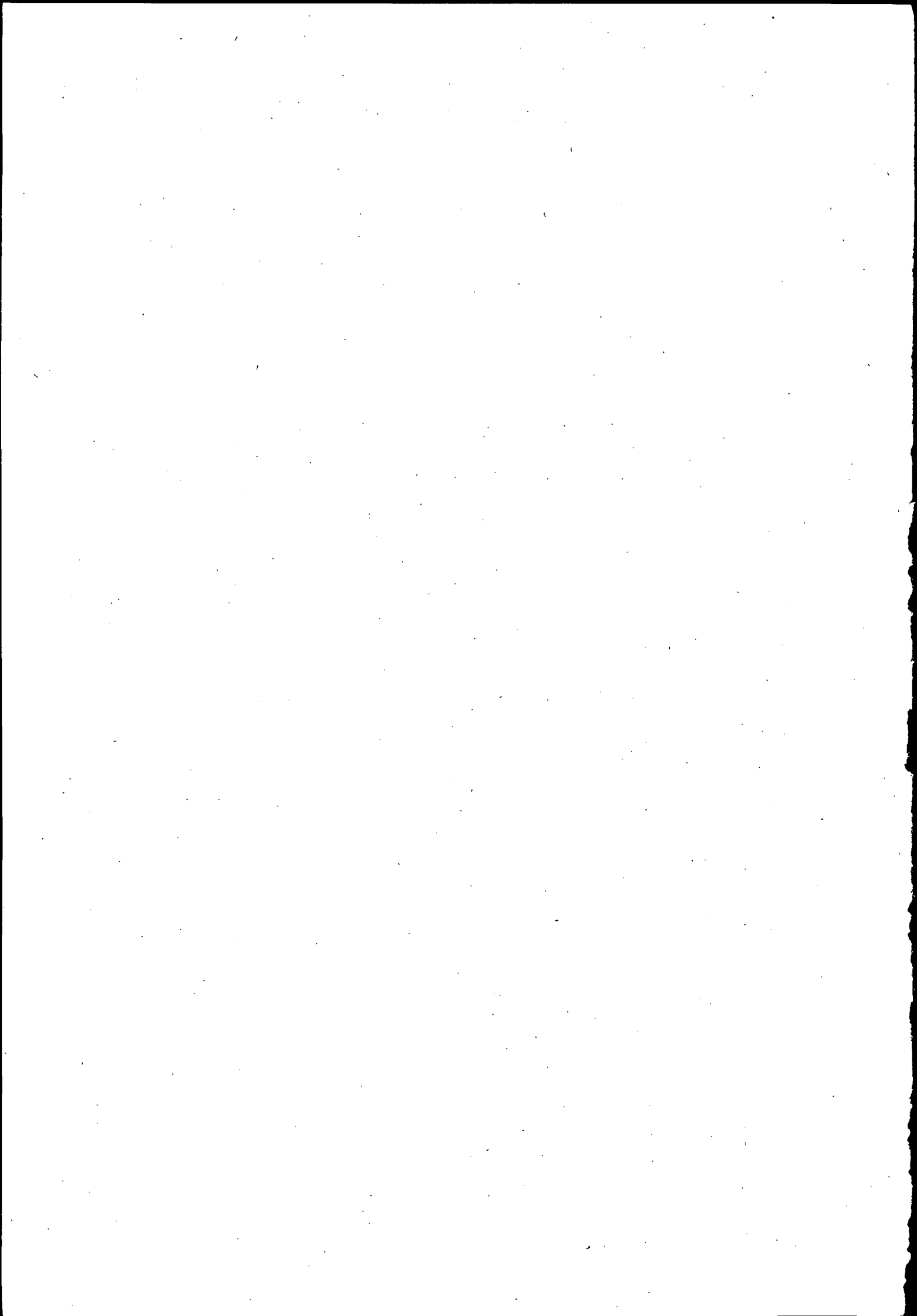
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973					
		1965	1973									
BEVÖLKERUNG												
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p					
Eheschließungen	auf 1 000	8,9	6,4 p	5,6					
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,3 p	9,6					
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p	11,9					
INDUSTRIE ¹⁾												
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	8 126	8 668	7 996	8 406					
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	11 144	866	940	870	976					
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	668 933	65 417 r	69 733	64 212	60 293					
dar. Auslandsumsatz	.	4 903	143 233	15 733	16 573	15 390	13 456					
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)												
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962 = 100	118,2	178,7	176,4 r	177,6 r	188,0	196,1					
Verarbeitende Industrie	.	119,1	182,3	180,3 r	179,2 r	189,5	200,0					
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	.	124,8	212,2	212,3 r	208,8 r	203,8	226,9					
Investitionsgüterindustrie	.	117,8	176,7	174,2	171,1 r	190,8	197,7					
Verbrauchsgüterindustrie	.	115,8	167,1	159,3 r	159,0 r	172,8	179,3					
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	.	115,2	152,8	155,5 r	164,9 r	177,3	175,7					
Bauindustrie	.	118,9	149,6	153,4 r	151,0 r	159,3	161,2					
BAUWIRTSCHAFT												
Bauhauptgewerbe ⁴⁾												
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,8	1 508,1	1 340	1 326	...	1 483					
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	235,2	180,3	195	...	201					
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	7 734	6 534	7 345	...	7 510					
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 909	34 909	37 071	27 449	43 045					
Baufertigstellungen für Wohnungen	.	49 328	59 519	37 427	50 059	38 832	69 130					
HANDEL												
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	129,9	152,7	156,2	147,1					
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	.	.	127,0	146,8	158,3	...	143,3					
VERKEHR												
Seeschifffahrt												
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	...	12 095	12 576					
dav. Empfang	.	6 950	...	9 142	9 545					
Versand	.	1 885	...	2 953	3 031					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	148 368	161 791	130 191	134 793					
Strassenverkehrsunfälle												
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	.	26 364	29 443 p	30 073 p	31 023 p	29 917 p	28 295					
Getötete Personen	.	1 313	1 358 p	1 268 p	1 409 p	1 447 p	1 339					
Verletzte Personen	.	36 124	40 642 p	40 665 p	41 449 p	40 205 p	37 954					
STEUERN												
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	6 285	6 262	6 174	5 798					
Veranlagte Einkommensteuer	.	1 233	2 204	5 557	807	695	505					
Körperschaftsteuer	.	681	907	2 379	310	238	258					
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	.	2 018	4 152	3 980	4 060	4 642	4 364					
PREISE												
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁸⁾	1970 = 100	104,0	123,8	131,7	132,9	133,0	117,3					
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	.	112,6	146,3	146,6	146,0	121,7					
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	.	.	112,3	134,8	135,2	135,3	115,7					
Preisindex für Wohngebäude ⁹⁾	.	114,6	167,1	.	.	203,4	189,8					
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁰⁾	1970 = 100	89,3	118,2	128,1	127,9	128,9	121,1					
Nahrungs- und Genussmittel	.	94,2	117,7	123,1	123,9	125,1	119,5					
Wohnungsmieten	.	71,9	119,4	127,2	127,7	128,0	121,8					
<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Juli 1973</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Oktober 1973</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Januar 1974</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Januar 1973</td> </tr> </table>									Juli 1973	Oktober 1973	Januar 1974	Januar 1973
	Juli 1973	Oktober 1973	Januar 1974	Januar 1973								
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾												
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,89	8,93	9,03	8,37					
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	42,3	43,2					

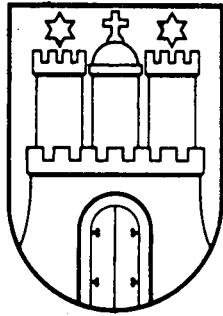
Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungskreis.









Statistische Berichte

Freie und
Hansestadt Hamburg

Statistisches
Landesamt

Veröffentlichungen, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet.

Statistische Berichte mit * (Stern) vor der
Kennziffer enthalten Angaben, die alle Statistischen
Landesämter für ihren Bereich unter gleicher
Kennziffer veröffentlichen (Mindestveröffentlichungs-
Programm der Statistischen Landesämter).

P I1 - unreg./1960 - 1970 21. Februar 1975

Lfd. Nr. 1

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE
GESAMTRECHNUNGEN

Entstehung des Inlandsprodukts, Verteilung und Umverteilung des Volkseinkommens und Verwendung des Sozialprodukts in Hamburg 1960 bis 1970

Im Rahmen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ sind - über die Entstehungsseite hinausgehend - erstmals Länderergebnisse auch der Verteilungs- und Verwendungsseite erarbeitet worden. Die Werte erfassen zunächst den Zeitraum 1960 bis 1970. An einer Aktualisierung der Daten wird gearbeitet.

Die Zusammenstellung der nachfolgenden Tabellen (alle Werte in jeweiligen Preisen) erfolgte aus Hamburger Sicht. Auf den einführenden Aufsatz im Februarheft 1975 der Zeitschrift „Hamburg in Zahlen“ wird hingewiesen.

I n h a l t

Tabelle

- 1 Die Entstehung des Hamburger Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten nach Wirtschaftsbereichen
- 2 Die Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen in Hamburg
- 3 Das Einkommen der Privaten Haushalte und dessen Verwendung in Hamburg
- 4 Die Verwendung des Hamburger Sozialprodukts
- 5 Die Anlageinvestitionen in Hamburg
- 6 Das Bruttosozialprodukt je Einwohner nach Bundesländern
- 7 Das Volkseinkommen je Einwohner nach Bundesländern
- 8 Das Volkseinkommen je Erwerbstätigen (Inländer) nach Bundesländern
- 9 Das verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte je Einwohner nach Bundesländern
- 10 Der Private Verbrauch je Einwohner nach Bundesländern

Tabelle 1

Die Entstehung des Hamburger Nettoinlandsprodukts
zu Faktorkosten
nach Wirtschaftsbereichen

- Mio DM -

Jahr	Produktionswert	Vorteilungen	Beitrag zum Bruttoinlands- produkt (Sp. 1 - Sp. 2)	Abschreibungen	Beitrag zum Nettoinlands- produkt zu Marktpreisen (Sp. 3 - Sp. 4)	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Wertschöpfung) (Sp. 5 - Sp. 6)
	1	2	3	4	5	6	7

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

1960	243	98	145	16	129	1	128
1961	256	101	155	19	136	1	135
1962	279	113	166	22	145	0	145
1963	284	114	170	22	149	- 2	150
1964	328	138	190	25	165	- 1	167
1965	348	152	196	28	168	- 1	169
1966	362	157	205	30	174	- 2	176
1967	362	161	201	31	170	- 1	171
1968	363	160	203	32	170	- 1	171
1969	370	165	205	32	174	0	173
1970 ¹⁾	398	185	213	38	175	- 8	183

Warenproduzierendes Gewerbe

1960	17 806	9 953	7 853	611	7 243	2 982	4 260
1961	18 579	10 083	8 496	691	7 805	3 185	4 619
1962	19 760	10 764	8 996	788	8 208	3 395	4 813
1963	19 841	10 420	9 421	884	8 537	3 561	4 976
1964	20 318	10 448	9 869	931	8 939	3 708	5 231
1965	22 011	11 332	10 680	1 043	9 637	4 007	5 630
1966	23 595	12 300	11 295	1 156	10 138	4 338	5 801
1967	23 754	11 919	11 835	1 317	10 518	4 712	5 806
1968	24 902	12 900	12 002	1 274	10 728	4 816	5 911
1969	26 926	14 446	12 480	1 290	11 190	5 229	5 961
1970 ¹⁾	34 705	20 323	14 382	1 512	12 870	5 595	7 275

Energiewirtschaft und Bergbau

1960	674	384	290	59	231	58	172
1961	670	354	315	71	244	65	179
1962	698	361	337	85	253	72	181
1963	664	354	311	84	227	66	161
1964	679	356	322	88	234	57	178
1965	706	377	329	92	237	62	175
1966	732	395	338	95	242	65	177
1967	745	382	363	109	254	69	185
1968	793	393	401	109	292	67	225
1969	852	425	427	114	313	69	244
1970 ¹⁾	963	500	463	126	338	76	262

Verarbeitendes Gewerbe

1960	15 639	8 973	6 665	512	6 153	2 823	3 330
1961	16 165	9 038	7 126	569	6 558	3 003	3 555
1962	17 231	9 686	7 545	643	6 902	3 201	3 701
1963	17 357	9 354	8 003	738	7 265	3 373	3 892
1964	17 604	9 299	8 305	770	7 535	3 513	4 021
1965	19 122	10 104	9 018	872	8 146	3 803	4 343
1966	20 521	10 996	9 525	974	8 550	4 125	4 425
1967	20 764	10 681	10 083	1 117	8 966	4 501	4 465
1968	21 814	11 629	10 185	1 076	9 109	4 605	4 504
1969	23 369	12 990	10 379	1 070	9 308	5 001	4 307
1970 ¹⁾	30 314	18 524	11 790	1 253	10 537	5 333	5 204

1) Vorläufiges Ergebnis.

Noch: Tabelle 1

**Die Entstehung des Hamburger Nettoinlandsprodukts
zu Faktorkosten
nach Wirtschaftsbereichen**

- Mio DM -

Jahr	Produktionswert	Verleistungen	Beitrag zum Bruttoinlands- produkt (Sp. 1 - Sp. 2)	Abschreibungen	Beitrag zum Nettoinlands- produkt zu Marktpreisen (Sp. 3 - Sp. 4)	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Wertschöpfung) (Sp. 5 - Sp. 6)
	1	2	3	4	5	6	7

Baugewerbe

1960	1 493	595	899	39	859	101	759
1961	1 744	690	1 054	51	1 003	117	886
1962	1 831	717	1 114	61	1 053	122	931
1963	1 820	713	1 108	63	1 045	122	923
1964	2 035	793	1 242	73	1 170	138	1 031
1965	2 183	851	1 332	79	1 254	142	1 112
1966	2 342	910	1 432	86	1 346	147	1 199
1967	2 245	856	1 389	91	1 298	142	1 156
1968	2 295	878	1 417	90	1 327	145	1 183
1969	2 706	1 031	1 675	106	1 569	159	1 410
1970 ¹⁾	3 429	1 299	2 129	134	1 995	186	1 809

Handel und Verkehr

1960	28 011	23 224	4 787	476	4 311	520	3 791
1961	29 811	24 658	5 153	523	4 631	591	4 040
1962	32 132	26 402	5 730	604	5 126	689	4 436
1963	33 276	27 134	6 142	657	5 485	741	4 743
1964	36 131	29 452	6 679	750	5 929	803	5 126
1965	39 256	32 123	7 132	839	6 294	786	5 508
1966	41 505	33 737	7 769	913	6 856	835	6 021
1967	42 912	34 980	7 932	994	6 939	864	6 075
1968	46 344	37 933	8 412	1 042	7 370	1 040	6 330
1969	50 658	41 791	8 867	1 069	7 798	1 169	6 630
1970 ¹⁾	55 231	45 442	9 789	1 233	8 556	1 294	7 262

Handel

1960	23 338	20 634	2 704	102	2 602	459	2 143
1961	24 924	21 951	2 973	116	2 856	521	2 335
1962	26 874	23 512	3 362	136	3 225	578	2 648
1963	27 796	24 193	3 603	149	3 454	628	2 825
1964	29 988	26 118	3 870	161	3 709	681	3 027
1965	32 856	28 738	4 118	179	3 939	702	3 237
1966	34 508	30 041	4 467	197	4 269	739	3 530
1967	35 187	30 708	4 480	217	4 262	732	3 530
1968	38 039	33 303	4 736	233	4 503	895	3 608
1969	42 389	37 289	5 100	267	4 833	995	3 838
1970 ¹⁾	45 842	40 265	5 577	312	5 265	1 042	4 223

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

1960	4 673	2 590	2 083	374	1 709	61	1 648
1961	4 887	2 707	2 181	406	1 774	70	1 704
1962	5 258	2 890	2 368	468	1 900	112	1 789
1963	5 480	2 941	2 539	508	2 031	113	1 918
1964	6 143	3 334	2 809	589	2 221	122	2 099
1965	6 400	3 386	3 014	659	2 355	84	2 271
1966	6 998	3 696	3 302	715	2 587	96	2 491
1967	7 725	4 272	3 453	777	2 676	132	2 544
1968	8 305	4 630	3 675	809	2 867	145	2 722
1969	8 270	4 502	3 767	802	2 965	173	2 792
1970 ¹⁾	9 389	5 177	4 212	921	3 291	251	3 039

1) Vorläufiges Ergebnis.

Noch: Tabelle 1

Die Entstehung des Hamburger Nettoinlandsprodukts
zu Faktorkosten
nach Wirtschaftsbereichen

- Mio DM -

Jahr	Produktionswert	Verleistungen	Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Sp. 1 - Sp. 2)	Abschreibungen	Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen (Sp. 3 - Sp. 4)	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Wertschöpfung) (Sp. 5 - Sp. 6)
	1	2	3	4	5	6	7

Dienstleistungsunternehmen

1960	3 805	1 637	2 168	261	1 907	280	1 627
1961	4 243	1 771	2 472	293	2 179	300	1 879
1962	4 602	1 917	2 685	338	2 347	299	2 048
1963	5 065	2 096	2 969	389	2 580	315	2 265
1964	5 488	2 281	3 207	423	2 784	328	2 456
1965	5 958	2 483	3 476	454	3 021	326	2 695
1966	7 105	3 068	4 037	519	3 518	370	3 149
1967	7 723	3 336	4 387	541	3 846	415	3 431
1968	8 678	3 711	4 967	593	4 374	477	3 897
1969	9 477	4 014	5 463	644	4 819	512	4 307
1970 ¹⁾	10 725	4 444	6 281	773	5 508	507	5 000

Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen

1960	785	334	451	17	434	105	329
1961	878	383	496	21	475	119	356
1962	951	415	535	24	511	117	394
1963	1 044	459	585	32	553	124	429
1964	1 159	507	653	35	617	131	486
1965	1 315	588	726	41	685	127	559
1966	1 455	632	823	53	770	145	625
1967	1 545	677	868	54	814	171	642
1968	1 727	757	969	62	908	200	708
1969	1 955	837	1 117	69	1 048	213	835
1970 ¹⁾	2 102	901	1 200	79	1 122	190	932

Wohnungsvermietung

1960	594	234	361	183	178	40	138
1961	701	250	451	203	248	36	211
1962	769	278	491	235	255	31	225
1963	894	323	571	269	302	32	270
1964	994	365	627	291	336	29	306
1965	1 070	406	665	305	359	26	333
1966	1 252	499	753	335	418	27	391
1967	1 367	531	836	336	500	24	477
1968	1 574	618	956	372	583	28	556
1969	1 782	692	1 090	407	683	48	635
1970 ¹⁾	1 914	749	1 165	492	673	50	623

Sonstige Dienstleistungen

1960	2 426	1 069	1 356	61	1 296	135	1 160
1961	2 664	1 139	1 526	69	1 456	145	1 312
1962	2 882	1 224	1 659	78	1 580	151	1 429
1963	3 127	1 314	1 812	88	1 725	158	1 566
1964	3 338	1 410	1 928	97	1 831	167	1 664
1965	3 573	1 489	2 085	107	1 977	174	1 803
1966	4 398	1 938	2 461	130	2 330	198	2 133
1967	4 811	2 128	2 683	151	2 532	220	2 312
1968	5 378	2 336	3 042	159	2 883	250	2 633
1969	5 741	2 484	3 256	168	3 088	251	2 837
1970 ¹⁾	6 710	2 794	3 915	202	3 713	267	3 446

1) Vorläufiges Ergebnis.

Noch: Tabelle 1

Die Entstehung des Hamburger Nettoinlandsprodukts
zu Faktorkosten
nach Wirtschaftsbereichen

- Mio DM -

Jahr	Produktionswert	Verleistungen	Beitrag zum Bruttoinlands- produkt (Sp. 1 - Sp. 2)	Abschreibungen	Beitrag zum Nettoinlands- produkt zu Marktpreisen (Sp. 3 - Sp. 4)	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Wertschöpfung) (Sp. 5 - Sp. 6)
	1	2	3	4	5	6	7

Unternehmen (bereinigt)

1960	49 865	34 911	14 954	1 364	13 590	3 783	9 807
1961	52 889	36 613	16 276	1 525	14 751	4 077	10 673
1962	56 773	39 196	17 577	1 752	15 825	4 383	11 442
1963	58 466	39 764	18 702	1 952	16 750	4 615	12 134
1964	62 264	42 319	19 945	2 128	17 817	4 837	12 980
1965	67 574	46 090	21 484	2 364	19 120	5 117	14 003
1966	72 567	49 262	23 305	2 618	20 687	5 540	15 146
1967	74 751	50 396	24 355	2 882	21 473	5 990	15 483
1968	80 086	54 704	25 382	2 941	22 441	6 333	16 108
1969	87 143	60 416	26 727	3 035	23 692	6 909	16 782
1970 ¹⁾	100 709	70 395	30 314	3 556	26 758	7 388	19 370

Staat, private Haushalte und private
Organisationen ohne Erwerbscharakter

1960	2 113	877	1 236	34	1 202	4	1 198
1961	2 367	952	1 415	38	1 377	4	1 373
1962	2 773	1 250	1 524	43	1 480	5	1 476
1963	3 015	1 376	1 639	47	1 592	5	1 587
1964	3 200	1 409	1 791	52	1 739	6	1 733
1965	3 539	1 572	1 968	57	1 910	6	1 904
1966	3 897	1 683	2 214	66	2 147	7	2 140
1967	4 034	1 754	2 279	66	2 213	7	2 206
1968	4 275	1 833	2 442	73	2 369	6	2 363
1969	4 787	2 062	2 725	80	2 645	7	2 638
1970 ¹⁾	5 437	2 268	3 169	98	3 071	8	3 063

darunter Staat

1960	1 914	836	1 078	29	1 049	3	1 047
1961	2 152	905	1 247	32	1 215	3	1 212
1962	2 543	1 200	1 344	36	1 308	3	1 305
1963	2 763	1 320	1 443	39	1 404	3	1 401
1964	2 932	1 348	1 584	43	1 541	4	1 537
1965	3 261	1 509	1 752	48	1 705	4	1 701
1966	3 587	1 613	1 973	55	1 918	4	1 914
1967	3 710	1 683	2 028	54	1 974	4	1 969
1968	3 933	1 756	2 177	60	2 117	4	2 113
1969	4 380	1 967	2 414	65	2 349	5	2 344
1970 ¹⁾	4 949	2 151	2 797	78	2 720	5	2 715

Alle Wirtschaftsbereiche

1960	51 978	35 788	16 190	1 398	14 792	3 787	11 005
1961	55 256	37 565	17 691	1 563	16 128	4 082	12 046
1962	59 546	40 446	19 101	1 795	17 305	4 387	12 918
1963	61 482	41 140	20 341	1 999	18 342	4 620	13 722
1964	65 464	43 727	21 736	2 180	19 556	4 843	14 713
1965	71 113	47 662	23 451	2 421	21 030	5 123	15 907
1966	76 464	50 945	25 518	2 685	22 834	5 547	17 287
1967	78 785	52 151	26 635	2 949	23 686	5 997	17 689
1968	84 361	56 537	27 824	3 014	24 810	6 340	18 470
1969	91 930	62 478	29 452	3 115	26 337	6 916	19 421
1970 ¹⁾	106 147	72 663	33 484	3 654	29 830	7 396	22 434

1) Vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 2

Die Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen
in Hamburg

Jahr	Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorpreisen)				Nachrichtlich:	
	Insgesamt	Einkommen aus unselbständiger Arbeit	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		Erwerbs- und Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte 2)	
			Insgesamt	darunter Private Haushalte 3))	Insgesamt	je Einwohner
	1	2	3	4	5	6

	Millionen DM				DM	
1960	10 482	6 109	4 373	3 227	9 336	5 121
1961	11 397	6 791	4 606	3 378	10 169	5 550
1962	12 128	7 453	4 675	3 454	10 907	5 921
1963	12 716	7 926	4 790	3 650	11 576	6 269
1964	13 705	8 562	5 142	3 898	12 460	6 734
1965	14 669	9 256	5 412	4 232	13 489	7 296
1966	15 789	10 136	5 653	4 436	14 572	7 914
1967	16 034	10 366	5 668	4 470	14 836	8 116
1968	17 329	11 026	6 303	4 777	15 803	8 716
1969	18 807	12 300	6 507	4 826	17 126	9 495
1970 ¹⁾	21 247	14 174	7 072	5 498	19 672	10 967

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1961	+ 8,7	+11,2	+ 5,3	+ 4,7	+ 8,9	+ 8,4
1962	+ 6,4	+ 9,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 7,3	+ 6,7
1963	+ 4,9	+ 6,4	+ 2,5	+ 5,7	+ 6,1	+ 5,9
1964	+ 7,8	+ 8,0	+ 7,3	+ 6,8	+ 7,6	+ 7,4
1965	+ 7,0	+ 8,1	+ 5,3	+ 8,6	+ 8,3	+ 8,3
1966	+ 7,6	+ 9,5	+ 4,4	+ 4,8	+ 8,0	+ 8,5
1967	+ 1,6	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,6
1968	+ 8,1	+ 6,4	+11,2	+ 6,9	+ 6,5	+ 7,4
1969	+ 8,5	+11,6	+ 3,3	+ 1,0	+ 8,4	+ 8,9
1970 ¹⁾	+13,0	+15,2	+ 8,7	+13,9	+14,9	+15,5

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

1970/60	+ 7,3	+ 8,8	+ 4,9	+ 5,5	+ 7,7	+ 7,9
---------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

1960 = 100

1961	109	111	105	105	109	108
1962	116	122	107	107	117	116
1963	121	130	110	113	124	122
1964	131	140	118	121	133	131
1965	140	152	124	131	144	142
1966	151	166	129	137	156	155
1967	153	170	130	138	159	158
1968	165	180	144	148	169	170
1969	179	201	149	150	183	185
1970 ¹⁾	203	232	162	170	211	214

Anteil am Volkseinkommen in %

1960	100	58,3	41,7	30,8	89,1	
1961	100	59,6	40,4	29,6	89,2	
1962	100	61,4	38,6	28,5	89,9	
1963	100	62,3	37,7	28,7	91,0	
1964	100	62,5	37,5	28,4	90,9	
1965	100	63,1	36,9	28,9	92,0	
1966	100	64,2	35,8	28,1	92,3	
1967	100	64,5	35,5	27,9	92,5	
1968	100	63,6	36,4	27,6	91,2	
1969	100	65,4	34,6	25,7	91,1	
1970 ¹⁾	100	66,8	33,2	25,9	92,7	

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 3) Abzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden.

Tabelle 3

Das Einkommen der Privaten Haushalte ¹⁾ und dessen Verwendung
- in Hamburg

Jahr	Erwerbs- und Vermögens-einkommen ²⁾	Empfangene laufende Übertragungen		Geleistete laufende Übertragungen			Verfügbares Einkommen ³⁾	Privater Verbrauch	Ersparnis ³⁾
		Zusammen	darunter Leistungen der Sozialversicherung	Zusammen	darunter an den Staat				
					Direkte Steuern	Sozialversicherungsbeiträge			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Millionen DM

1960	9 336	1 657	1 272	2 673	1 223	1 281	8 321	6 958	1 363
1961	10 169	1 787	1 399	2 976	1 393	1 398	8 980	7 571	1 409
1962	10 907	1 966	1 543	3 346	1 594	1 537	9 527	8 104	1 423
1963	11 576	2 095	1 664	3 594	1 719	1 640	10 077	8 559	1 518
1964	12 460	2 288	1 779	3 832	1 819	1 745	10 916	9 073	1 843
1965	13 489	2 525	1 925	3 995	1 798	1 890	12 018	9 751	2 267
1966	14 572	2 739	2 092	4 482	1 996	2 125	12 829	10 539	2 290
1967	14 836	2 979	2 282	4 665	2 043	2 222	13 150	10 872	2 278
1968	15 803	3 147	2 426	5 114	2 248	2 437	13 836	11 358	2 478
1969	17 126	3 394	2 639	5 847	2 582	2 787	14 673	12 410	2 263
1970 ⁴⁾	19 672	3 781	2 904	6 806	2 934	3 277	16 647	13 644	3 003

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1961	+ 8,9	+ 7,8	+ 10,0	+ 11,3	+ 13,9	+ 9,1	+ 7,9	+ 8,8	+ 3,4
1962	+ 7,3	+ 10,0	+ 10,3	+ 12,4	+ 14,4	+ 9,9	+ 6,1	+ 7,0	+ 1,0
1963	+ 6,1	+ 6,6	+ 7,8	+ 7,4	+ 7,8	+ 6,7	+ 5,8	+ 5,6	+ 6,7
1964	+ 7,6	+ 9,2	+ 6,9	+ 6,6	+ 5,8	+ 6,4	+ 8,3	+ 6,0	+ 21,4
1965	+ 8,3	+ 10,4	+ 8,2	+ 4,3	- 1,2	+ 8,3	+ 10,1	+ 7,5	+ 23,0
1966	+ 8,0	+ 8,5	+ 8,7	+ 12,2	+ 11,0	+ 12,4	+ 6,7	+ 8,1	+ 1,0
1967	+ 1,8	+ 8,8	+ 9,1	+ 4,1	+ 2,4	+ 4,6	+ 2,5	+ 3,2	- 0,5
1968	+ 6,5	+ 5,6	+ 6,3	+ 9,6	+ 10,0	+ 9,7	+ 5,2	+ 4,5	+ 8,8
1969	+ 8,4	+ 7,8	+ 8,8	+ 14,3	+ 14,9	+ 14,4	+ 6,0	+ 9,3	- 8,7
1970 ⁴⁾	+ 14,9	+ 11,4	+ 10,0	+ 16,4	+ 13,6	+ 17,6	+ 13,5	+ 9,9	+ 32,7

1960 = 100

1961	109	108	110	111	114	109	108	109	103
1962	117	119	121	125	130	120	114	116	104
1963	124	126	131	134	141	128	121	123	111
1964	133	138	140	143	149	136	131	130	135
1965	144	152	151	149	147	148	144	140	166
1966	156	165	164	168	163	166	154	151	168
1967	159	180	179	175	167	173	158	156	167
1968	169	190	191	191	184	190	166	163	182
1969	183	205	207	219	211	218	176	178	166
1970 ⁴⁾	211	228	228	255	240	256	200	196	220

Anteil des Landes am Bund in %

1960	4,3	4,1	4,3	5,0	6,1	4,4	4,1	4,0	4,5
1961	4,3	4,0	4,2	4,8	5,7	4,3	4,1	4,0	4,6
1962	4,3	4,0	4,2	4,8	5,7	4,3	4,0	3,9	4,6
1963	4,2	4,0	4,2	4,8	5,6	4,3	4,0	3,9	4,6
1964	4,1	4,0	4,2	4,6	5,3	4,3	4,0	3,9	4,5
1965	4,1	3,9	4,2	4,5	5,1	4,2	3,9	3,8	4,6
1966	4,1	3,9	4,2	4,5	5,1	4,3	3,9	3,8	4,8
1967	4,2	3,8	4,1	4,6	5,1	4,4	4,0	3,8	5,0
1968	4,1	3,8	4,1	4,6	5,1	4,3	3,8	3,8	4,3
1969	4,0	3,8	4,0	4,5	5,2	4,3	3,8	3,7	3,9
1970 ⁴⁾	3,9	3,9	4,1	4,4	4,9	4,2	3,8	3,7	4,1

1) Einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbcharakter. - 2) Ohne Zinsen auf Konsumentenschulden. - 3) Einschließlich unverteilte Gewinne der Einzelunternehmen. - 4) Vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 4

Die Verwendung des Hamburger Sozialprodukts

Jahr	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Restposten 2)
	1	2	3	4	5
Millionen DM					
1960	15 667	6 958	1 692	3 227	3 790
1961	17 041	7 571	1 922	3 683	3 865
1962	18 311	8 104	2 264	3 976	3 967
1963	19 335	8 559	2 475	3 920	4 381
1964	20 729	9 073	2 611	4 322	4 723
1965	22 213	9 751	2 937	4 747	4 778
1966	24 021	10 539	2 235	5 112	5 135
1967	24 979	10 872	3 318	5 019	5 770
1968	26 682	11 358	3 500	5 452	6 372
1969	28 839	12 410	3 916	6 273	6 240
1970 ¹⁾	32 296	13 644	4 369	7 598	6 685
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1961	+ 8,8	+ 8,8	+13,6	+14,1	
1962	+ 7,5	+ 7,0	+17,8	+ 8,0	
1963	+ 5,6	+ 5,6	+ 9,3	- 1,4	
1964	+ 7,2	+ 6,0	+ 5,5	+10,3	
1965	+ 7,2	+ 7,5	+12,5	+ 9,8	
1966	+ 8,1	+ 8,1	+10,1	+ 7,7	
1967	+ 4,0	+ 3,2	+ 2,6	- 1,8	
1968	+ 6,8	+ 4,5	+ 5,5	+ 8,6	
1969	+ 8,1	+ 9,3	+11,9	+15,1	
1970 ¹⁾	+12,0	+ 9,9	+11,6	+21,1	
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %					
1970/60	+ 7,5	+ 7,0	+10,0	+ 8,9	
Anteil am Bundesgebiet in %					
1960	5,2	4,0	4,1	4,4	
1961	5,1	4,0	4,1	4,4	
1962	5,1	3,9	4,2	4,2	
1963	5,0	3,9	4,1	4,0	
1964	4,9	3,9	4,2	3,8	
1965	4,8	3,8	4,2	3,9	
1966	4,9	3,8	4,2	4,0	
1967	5,0	3,8	4,1	4,4	
1968	4,9	3,8	4,1	4,4	
1969	4,8	3,7	4,1	4,3	
1970 ¹⁾	4,7	3,7	4,0	4,2	
Anteil am Bruttosozialprodukt in %					
1960	100	44,4	10,8	20,6	24,2
1961	100	44,4	11,3	21,6	22,7
1962	100	44,2	12,4	21,7	21,7
1963	100	44,3	12,8	20,3	22,6
1964	100	43,8	12,6	20,8	22,8
1965	100	43,9	13,2	21,4	21,5
1966	100	43,9	13,4	21,3	21,4
1967	100	43,5	13,3	20,1	23,1
1968	100	42,6	13,1	20,4	23,9
1969	100	43,0	13,6	21,8	21,6
1970 ¹⁾	100	42,3	13,5	23,5	20,7

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Vorratsveränderung und Außenbeitrag, statistische Differenzen.

Tabelle 5

Die Anlageinvestitionen 1) in Hamburg

Jahr	Anlageinvestitionen								
	insgesamt	Ausrüstungs- investitionen	Bauinvestitionen	nach Sektoren					
				Unternehmen			Staat		
				insgesamt	Ausrüstungs- investitionen	Bauinvestitionen	insgesamt	Ausrüstungs- investitionen	Bauinvestitionen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Millionen DM									
1960	3 276	1 669	1 607	2 863	1 608	1 255	413	61	352
1961	3 727	1 897	1 830	3 269	1 830	1 439	458	67	391
1962	4 018	2 100	1 918	3 503	2 038	1 465	515	62	453
1963	3 957	1 999	1 958	3 422	1 928	1 494	535	71	464
1964	4 363	2 109	2 254	3 754	2 031	1 723	609	78	531
1965	4 784	2 395	2 389	4 185	2 307	1 878	599	88	511
1966	5 146	2 639	2 507	4 521	2 551	1 970	625	88	537
1967	5 060	2 735	2 325	4 509	2 651	1 858	551	84	467
1968	5 495	3 191	2 304	4 908	3 108	1 800	587	83	504
1969	6 335	3 570	2 765	5 699	3 477	2 222	636	93	543
1970 ²⁾	7 677	3 953	3 724	6 947	3 869	3 078	730	84	646
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
1961	+13,8	+13,7	+13,9	+14,2	+13,8	+14,7	+10,9	+ 9,8	+11,1
1962	+ 7,8	+10,7	+ 4,8	+ 7,2	+11,4	+ 1,8	+12,4	- 7,5	+15,9
1963	- 1,5	- 4,8	+ 2,1	- 2,3	- 5,4	+ 2,0	+ 3,9	+14,5	+ 2,4
1964	+10,3	+ 5,5	+15,1	+ 9,7	+ 5,3	+15,3	+13,8	+ 9,9	+14,4
1965	+ 9,6	+13,6	+ 6,0	+11,5	+13,6	+ 9,0	- 1,6	+12,8	- 3,8
1966	+ 7,6	+10,2	+ 4,9	+ 8,0	+10,6	+ 4,9	+ 4,3	-	+ 5,1
1967	- 1,7	+ 3,6	- 7,3	- 0,3	+ 3,9	- 5,7	-11,8	- 4,5	-13,0
1968	+ 8,6	+16,7	- 0,9	+ 8,8	+17,2	- 3,1	+ 6,5	- 1,2	+ 7,9
1969	+15,3	+11,9	+20,0	+16,1	+11,9	+23,4	+ 8,3	+12,0	+ 7,7
1970 ²⁾	+21,2	+10,7	+34,7	+21,9	+11,3	+38,5	+14,8	- 9,7	+19,0
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %									
1970/60	+ 8,9	+ 9,0	+ 8,8	+ 9,3	+ 9,2	+ 9,4	+ 5,9	+ 3,3	+ 6,3
1960 = 100									
1961	114	114	114	114	114	115	111	110	111
1962	123	126	119	122	127	117	125	102	129
1963	121	120	122	120	120	119	130	116	132
1964	133	126	140	131	126	137	147	128	151
1965	146	143	149	146	143	150	145	144	145
1966	157	158	156	158	159	157	151	144	153
1967	154	164	145	157	165	148	133	138	133
1968	168	191	143	171	193	143	142	136	143
1969	193	214	172	199	216	177	154	152	154
1970 ²⁾	234	237	232	243	241	245	177	138	184
Anteil am Bundesgebiet in %									
1960	4,4	5,0	4,0	4,4	5,0	3,9	4,5	5,2	4,4
1961	4,4	4,8	4,0	4,4	4,8	4,0	4,3	5,0	4,2
1962	4,2	4,9	3,7	4,3	4,9	3,7	3,9	3,9	3,8
1963	4,0	4,5	3,5	4,1	4,6	3,5	3,4	4,0	3,4
1964	3,8	4,4	3,4	3,9	4,4	3,5	3,3	3,9	3,2
1965	3,9	4,5	3,4	4,0	4,5	3,5	3,1	3,9	3,0
1966	4,0	4,9	3,4	4,2	5,0	3,5	3,1	3,9	3,0
1967	4,4	5,6	3,5	4,6	5,7	3,6	3,2	3,9	3,1
1968	4,4	5,9	3,2	4,6	6,0	3,3	3,0	3,8	2,9
1969	4,3	5,2	3,5	4,5	5,3	3,7	2,9	3,9	2,7
1970 ²⁾	4,2	4,7	3,8	4,5	4,7	4,2	2,6	2,8	2,6

1) Käufe von neuen Anlagen vor Abschuss des Saldoes der Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen einschließlich Anlagenschrott. - 2) Vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 6

Das Bruttosozialprodukt je Einwohner nach Bundesländern

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
DM												
1960	4 763	8 594	4 829	6 652	5 848	5 424	4 603	5 709	4 874	4 667	5 580	5 453
1961	5 151	9 301	5 238	6 893	6 289	5 915	4 981	6 295	5 335	5 095	6 088	5 921
1962	5 659	9 941	5 614	7 591	6 684	6 408	5 343	6 700	5 721	5 291	6 577	6 336
1963	5 968	10 470	5 962	8 088	6 988	6 837	5 727	7 056	6 112	5 521	6 903	6 691
1964	6 384	11 202	6 452	8 812	7 535	7 475	6 288	7 728	6 680	5 853	7 472	7 260
1965	6 964	12 015	6 908	9 653	8 124	8 073	6 825	8 412	7 264	6 237	8 180	7 853
1966	7 326	13 045	7 305	10 065	8 524	8 474	7 367	8 815	7 735	6 422	8 800	8 295
1967	7 465	13 665	7 222	10 578	8 512	8 648	7 541	8 933	7 709	6 319	9 069	8 357
1968	8 030	14 716	7 879	11 276	9 307	9 285	8 151	9 666	8 414	6 612	9 871	9 074
1969	8 703	15 989	8 847	12 617	10 296	10 284	9 057	10 856	9 326	7 626	10 989	10 073
1970 ¹⁾	9 915	18 005	9 848	14 223	11 639	11 461	10 155	12 084	10 461	8 864	12 135	11 302
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1961	+ 8,1	+ 8,2	+ 8,5	+ 3,6	+ 7,5	+ 9,1	+ 8,2	+10,3	+ 9,5	+ 9,2	+ 9,1	+ 8,6
1962	+ 9,9	+ 6,9	+ 7,2	+10,1	+ 6,3	+ 8,3	+ 7,3	+ 6,4	+ 7,2	+ 3,8	+ 8,0	+ 7,0
1963	+ 5,5	+ 5,3	+ 6,2	+ 6,5	+ 4,5	+ 6,7	+ 7,2	+ 5,3	+ 6,8	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,6
1964	+ 7,0	+ 7,0	+ 8,2	+ 9,0	+ 7,8	+ 9,3	+ 9,8	+ 9,5	+ 9,3	+ 6,0	+ 8,2	+ 8,5
1965	+ 9,1	+ 7,3	+ 7,1	+ 9,5	+ 7,8	+ 8,0	+ 8,5	+ 8,9	+ 8,7	+ 6,6	+ 9,5	+ 8,2
1966	+ 5,2	+ 8,6	+ 5,7	+ 4,3	+ 4,9	+ 5,0	+ 7,9	+ 4,8	+ 6,5	+ 3,0	+ 7,6	+ 5,6
1967	+ 1,9	+ 4,8	- 1,1	+ 5,1	- 0,1	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,3	- 0,3	- 1,6	+ 3,1	+ 0,7
1968	+ 7,6	+ 7,7	+ 9,3	+ 6,6	+ 9,3	+ 7,4	+ 8,1	+ 8,2	+ 9,1	+ 4,6	+ 8,8	+ 8,6
1969	+ 8,4	+ 8,7	+12,0	+11,9	+10,6	+10,8	+11,1	+12,3	+10,8	+15,3	+11,3	+11,0
1970 ¹⁾	+13,9	+12,6	+11,3	+12,7	+13,0	+11,4	+12,1	+11,3	+12,2	+16,2	+10,4	+12,2
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %												
1970/60 ¹⁾	+ 7,6	+ 7,7	+ 7,4	+ 7,9	+ 7,1	+ 7,8	+ 8,2	+ 7,8	+ 7,9	+ 6,6	+ 8,1	+ 7,6
1960 = 100												
1961	108	108	108	104	108	109	108	110	109	109	109	109
1962	119	116	116	114	114	118	116	117	117	113	118	116
1963	125	122	123	122	119	126	124	124	125	118	124	123
1964	134	130	134	132	129	138	137	135	137	125	134	133
1965	146	140	143	145	139	149	148	147	149	134	147	144
1966	154	152	151	151	146	156	160	154	159	138	158	152
1967	157	159	150	159	146	159	164	156	158	135	163	153
1968	169	171	164	170	159	171	177	169	173	142	177	166
1969	183	186	183	190	176	190	197	190	191	163	197	185
1970 ¹⁾	208	210	204	214	199	211	221	212	215	190	217	207
Bundesdurchschnitt = 100												
1960	87,3	157,6	88,6	122,0	107,2	99,5	84,4	104,7	89,4	85,6	102,3	100
1961	87,0	157,1	88,5	116,4	106,2	99,9	84,1	106,3	90,1	86,0	102,8	100
1962	89,3	156,9	88,6	119,8	105,5	101,1	84,3	105,7	90,3	83,5	103,8	100
1963	89,2	156,5	89,1	120,9	104,4	102,2	85,6	105,5	91,3	82,5	103,2	100
1964	87,9	154,3	88,9	121,4	103,8	103,0	86,6	106,4	92,0	80,6	102,9	100
1965	88,7	153,0	88,0	122,9	103,5	102,8	86,9	107,1	92,5	79,4	104,2	100
1966	88,3	157,3	88,1	121,3	102,8	102,2	88,8	106,3	93,2	77,4	106,1	100
1967	89,3	163,5	86,4	126,6	101,9	103,5	90,2	106,9	92,2	75,6	108,5	100
1968	88,5	162,2	87,0	124,3	102,6	102,3	89,8	106,5	92,7	72,9	108,8	100
1969	86,4	158,7	87,8	125,3	102,2	102,1	89,9	107,8	92,6	75,7	109,1	100
1970 ¹⁾	87,7	159,3	87,1	125,8	103,0	101,4	89,9	106,9	92,6	78,4	107,4	100

1) Vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 7

Das Volkseinkommen je Einwohner nach Bundesländern

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
DM												
1960	3 767	5 750	3 816	4 866	4 526	4 374	3 636	4 563	3 880	3 705	4 137	4 252
1961	4 055	6 220	4 121	4 960	4 853	4 733	3 929	4 998	4 219	3 990	4 445	4 593
1962	4 416	6 584	4 386	5 426	5 121	5 028	4 198	5 290	4 506	4 144	4 822	4 882
1963	4 688	6 886	4 671	5 756	5 344	5 340	4 495	5 569	4 815	4 329	5 089	5 154
1964	5 061	7 406	5 081	6 279	5 750	5 851	4 930	6 082	5 240	4 612	5 565	5 593
1965	5 511	7 934	5 472	6 845	6 202	6 356	5 351	6 626	5 705	4 913	6 098	6 060
1966	5 758	8 575	5 755	7 093	6 514	6 648	5 733	6 916	6 031	5 048	6 446	6 375
1967	5 787	8 771	5 640	7 161	6 453	6 694	5 763	6 938	5 934	4 920	6 445	6 342
1968	6 352	9 557	6 282	7 739	7 169	7 364	6 326	7 649	6 549	5 252	7 203	7 006
1969	6 800	10 427	6 894	8 472	7 814	8 106	6 935	8 442	7 129	5 918	7 975	7 669
1970 ¹⁾	7 810	11 845	7 847	9 653	8 951	9 228	7 887	9 504	8 111	6 919	8 809	8 725
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1961	+ 7,6	+ 8,2	+ 8,0	+ 1,9	+ 7,2	+ 8,2	+ 8,1	+ 9,5	+ 8,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 8,0
1962	+ 8,9	+ 5,9	+ 6,4	+ 9,4	+ 5,5	+ 6,2	+ 6,8	+ 5,8	+ 6,8	+ 3,9	+ 8,5	+ 6,3
1963	+ 6,2	+ 4,6	+ 6,5	+ 6,1	+ 4,4	+ 6,2	+ 7,1	+ 5,3	+ 6,9	+ 4,5	+ 5,5	+ 5,6
1964	+ 8,0	+ 7,6	+ 8,8	+ 9,1	+ 7,6	+ 9,6	+ 9,7	+ 9,2	+ 8,8	+ 6,5	+ 9,4	+ 8,5
1965	+ 8,9	+ 7,1	+ 7,7	+ 9,0	+ 7,9	+ 8,6	+ 8,5	+ 8,9	+ 8,9	+ 6,5	+ 9,6	+ 8,3
1966	+ 4,5	+ 8,1	+ 5,2	+ 3,6	+ 5,0	+ 4,6	+ 7,1	+ 4,4	+ 5,7	+ 2,7	+ 5,7	+ 5,2
1967	+ 0,5	+ 2,3	- 2,0	+ 1,0	- 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	- 1,6	- 2,5	- 0,0	- 0,5
1968	+ 9,8	+ 9,0	+11,4	+ 8,1	+11,1	+10,0	+ 9,8	+10,2	+10,4	+ 6,7	+11,8	+10,5
1969	+ 7,1	+ 9,1	+ 9,7	+ 9,5	+ 9,0	+10,1	+ 9,6	+10,4	+ 8,9	+12,7	+10,7	+ 9,5
1970 ¹⁾	+14,9	+13,6	+13,8	+13,9	+14,6	+13,8	+13,7	+12,6	+13,8	+16,9	+10,5	+13,8
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %												
1970/60 ¹⁾	+ 7,6	+ 7,5	+ 7,5	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,8	+ 8,1	+ 7,6	+ 7,7	+ 6,4	+ 7,9	+ 7,5
1960 = 100												
1961	108	108	108	102	107	108	108	110	109	108	107	108
1962	117	115	115	112	113	115	115	116	116	112	117	115
1963	124	120	122	118	118	122	124	122	124	117	123	121
1964	134	129	133	129	127	134	136	133	135	124	135	132
1965	146	138	143	141	137	145	147	145	147	133	147	143
1966	153	149	151	146	144	152	158	152	155	136	156	150
1967	154	153	148	147	143	153	158	152	153	133	156	149
1968	169	166	165	159	158	168	174	168	169	142	174	165
1969	181	181	181	174	173	185	191	185	184	160	193	180
1970 ¹⁾	207	206	206	198	198	211	217	208	209	187	213	205
Bundesdurchschnitt = 100												
1960	88,6	135,2	89,7	114,4	106,4	102,9	85,5	107,3	91,3	87,1	97,3	100
1961	88,3	135,4	89,7	108,0	105,7	103,0	85,5	108,8	91,9	86,9	96,8	100
1962	90,5	134,9	89,9	111,2	104,9	103,0	86,0	108,4	92,3	84,9	98,8	100
1963	91,0	133,6	90,6	111,7	103,7	103,6	87,2	108,1	93,4	84,0	98,8	100
1964	90,5	132,4	90,8	112,3	102,8	104,6	88,1	108,7	93,7	82,5	99,5	100
1965	90,9	130,9	90,3	113,0	102,3	104,9	88,3	109,3	94,1	81,1	100,6	100
1966	90,3	134,5	90,3	111,3	102,2	104,3	89,9	108,5	94,6	79,2	101,1	100
1967	91,3	138,3	88,9	112,9	101,8	105,6	90,9	109,4	93,6	77,6	101,6	100
1968	90,7	136,4	89,7	110,5	102,3	105,1	90,3	109,2	93,5	75,0	102,8	100
1969	88,7	136,0	89,9	110,5	101,9	105,7	90,5	110,1	93,0	77,2	104,0	100
1970 ¹⁾	89,5	135,8	90,0	110,7	102,6	105,8	90,4	109,0	93,0	79,3	101,0	100

1) Vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 8

Das Volkseinkommen je Erwerbstätigen (Inländer) nach Bundesländern

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

DM

1960	9 026	11 635	8 301	10 804	9 897	9 022	7 714	8 785	7 921	8 775	9 096	8 980
1961	9 674	12 482	9 086	10 911	10 655	9 710	8 317	9 602	8 577	9 622	9 694	9 703
1962	10 514	13 430	9 805	11 991	11 347	10 311	8 981	10 308	9 201	10 233	10 443	10 395
1963	11 183	14 226	10 443	12 771	11 986	10 945	9 854	10 943	9 886	10 854	11 041	11 059
1964	12 164	15 483	11 470	13 940	13 059	12 020	10 965	12 054	10 860	11 703	12 231	12 120
1965	13 280	16 734	12 434	15 395	14 288	13 052	12 006	13 145	11 842	12 559	13 473	13 213
1966	14 077	18 166	13 229	16 274	15 224	13 799	12 976	14 023	12 601	12 911	14 327	14 070
1967	14 513	18 914	13 418	17 216	15 781	14 209	13 562	14 550	12 771	13 006	14 819	14 489
1968	16 068	20 642	14 931	18 677	17 620	15 573	14 901	16 228	14 116	13 859	16 436	16 053
1969	17 171	22 280	16 223	20 252	19 090	17 476	16 373	17 701	15 262	15 602	17 847	17 478
1970 ¹⁾	19 590	25 136	18 213	22 396	21 666	20 206	18 607	19 985	17 505	18 200	19 518	19 844

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1961	+ 7,2	+ 7,3	+ 9,5	+ 1,0	+ 7,7	+ 7,6	+ 7,8	+ 9,3	+ 8,3	+ 9,7	+ 6,6	+ 8,1
1962	+ 8,7	+ 7,6	+ 7,9	+ 9,9	+ 6,5	+ 6,2	+ 8,0	+ 7,4	+ 7,3	+ 6,4	+ 7,7	+ 7,1
1963	+ 6,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 6,5	+ 5,6	+ 6,1	+ 9,7	+ 6,2	+ 7,4	+ 6,1	+ 5,7	+ 6,4
1964	+ 8,8	+ 8,8	+ 9,8	+ 9,2	+ 9,0	+ 9,8	+ 11,3	+ 10,2	+ 9,9	+ 7,8	+ 10,8	+ 9,6
1965	+ 9,2	+ 8,1	+ 8,4	+ 10,4	+ 9,4	+ 8,6	+ 9,5	+ 9,1	+ 9,0	+ 7,3	+ 10,2	+ 9,0
1966	+ 6,0	+ 8,6	+ 6,4	+ 5,7	+ 6,6	+ 5,7	+ 8,1	+ 6,7	+ 6,4	+ 2,8	+ 6,3	+ 6,5
1967	+ 3,1	+ 4,1	+ 1,4	+ 5,8	+ 3,7	+ 3,0	+ 4,5	+ 3,8	+ 1,3	+ 0,7	+ 3,4	+ 3,0
1968	+ 10,7	+ 9,1	+ 11,3	+ 8,5	+ 11,7	+ 9,6	+ 9,9	+ 11,5	+ 10,5	+ 6,6	+ 10,9	+ 10,8
1969	+ 6,9	+ 7,9	+ 8,7	+ 8,4	+ 8,3	+ 12,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 8,1	+ 12,6	+ 8,6	+ 8,9
1970 ¹⁾	+ 14,1	+ 12,8	+ 12,3	+ 10,6	+ 13,5	+ 15,6	+ 13,6	+ 12,9	+ 14,7	+ 16,7	+ 9,4	+ 13,5

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

1970/60 ¹⁾	+ 8,1	+ 8,0	+ 8,2	+ 7,6	+ 8,2	+ 8,4	+ 9,2	+ 8,6	+ 8,3	+ 7,6	+ 7,9	+ 8,3
-----------------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

1960 = 100

1961	107	107	109	101	108	108	108	109	108	110	107	108
1962	116	115	118	111	115	114	116	117	116	117	115	116
1963	124	122	126	118	121	121	128	125	125	124	121	123
1964	135	133	138	129	132	133	142	137	137	133	134	135
1965	147	144	150	142	144	145	156	150	150	143	148	147
1966	156	156	159	151	154	153	168	160	159	147	158	157
1967	161	163	162	159	159	157	176	166	161	148	163	161
1968	178	177	180	173	178	173	193	185	178	158	181	179
1969	190	192	195	187	193	194	212	201	193	178	196	195
1970 ¹⁾	217	216	219	207	219	224	241	227	221	207	215	221

Bundesdurchschnitt = 100

1960	100,5	129,6	92,4	120,3	110,2	100,5	85,9	97,8	88,2	97,7	101,3	100
1961	99,7	128,6	93,6	112,4	109,8	100,1	85,7	99,0	88,4	99,2	99,9	100
1962	101,1	129,2	94,3	115,4	109,2	99,2	86,4	99,2	88,5	98,4	100,5	100
1963	101,1	128,6	94,4	115,5	108,4	99,0	89,1	99,0	89,4	98,1	99,8	100
1964	100,4	127,7	94,6	115,0	107,7	99,2	90,5	99,5	89,6	96,6	100,9	100
1965	100,5	126,6	94,1	116,5	108,1	98,8	90,9	99,5	89,6	95,1	102,0	100
1966	100,0	129,1	94,0	115,7	108,2	98,1	92,2	99,7	89,6	91,8	101,8	100
1967	100,2	130,5	92,6	118,8	108,9	98,1	93,6	100,4	88,1	89,8	102,3	100
1968	100,1	128,6	93,0	116,3	109,8	97,0	92,8	101,1	87,9	86,3	102,4	100
1969	98,2	127,5	92,8	115,9	109,2	100,0	93,7	101,3	87,3	89,3	102,1	100
1970 ¹⁾	98,7	126,7	91,8	112,9	109,2	101,8	93,8	100,7	88,2	91,7	98,4	100

1) Vorläufiges Ergebnis.

Tabelle 9

Das verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte ¹⁾ je Einwohner
nach Bundesländern

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

DM

1960	3 488	4 564	3 380	4 094	3 841	3 626	3 230	3 752	3 446	3 389	3 895	3 658
1961	3 705	4 901	3 633	4 156	4 067	3 881	3 481	4 073	3 694	3 686	4 235	3 914
1962	4 034	5 172	3 882	4 550	4 284	4 107	3 694	4 299	3 924	3 790	4 661	4 153
1963	4 262	5 457	4 129	4 823	4 475	4 340	3 933	4 509	4 171	3 945	5 026	4 381
1964	4 597	5 899	4 503	5 265	4 826	4 743	4 290	4 937	4 558	4 232	5 511	4 764
1965	5 075	6 500	4 929	5 817	5 307	5 245	4 708	5 491	5 024	4 613	6 067	5 249
1966	5 299	6 967	5 174	5 953	5 568	5 411	5 035	5 705	5 265	4 783	6 438	5 504
1967	5 403	7 194	5 181	6 118	5 654	5 603	5 155	5 819	5 260	4 856	6 583	5 583
1968	5 825	7 631	5 643	6 472	6 164	5 997	5 516	6 289	5 732	5 182	7 164	6 046
1969	6 147	8 135	6 115	6 972	6 590	6 530	5 959	6 820	6 120	5 656	7 854	6 505
1970 ²⁾	6 998	9 280	6 853	7 904	7 419	7 403	6 700	7 575	6 865	6 447	8 646	7 305

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1961	+ 6,2	+ 7,4	+ 7,5	+ 1,5	+ 5,9	+ 7,0	+ 7,8	+ 8,6	+ 7,2	+ 8,8	+ 8,7	+ 7,0
1962	+ 8,9	+ 5,5	+ 6,9	+ 9,5	+ 5,3	+ 5,8	+ 6,1	+ 5,5	+ 6,2	+ 2,8	+10,1	+ 6,1
1963	+ 5,7	+ 5,5	+ 6,4	+ 6,0	+ 4,5	+ 5,7	+ 6,5	+ 4,9	+ 6,3	+ 4,1	+ 7,8	+ 5,5
1964	+ 7,9	+ 8,1	+ 9,1	+ 9,2	+ 7,8	+ 9,3	+ 9,1	+ 9,5	+ 9,3	+ 7,3	+ 9,6	+ 8,7
1965	+10,4	+10,2	+ 9,5	+10,5	+10,0	+10,6	+ 9,7	+11,2	+10,2	+ 9,0	+10,1	+10,2
1966	+ 4,4	+ 7,2	+ 5,0	+ 2,3	+ 4,9	+ 4,3	+ 6,9	+ 3,9	+ 4,8	+ 3,7	+ 6,1	+ 4,9
1967	+ 2,0	+ 3,3	+ 0,1	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0	- 0,1	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,4
1968	+ 7,8	+ 6,1	+ 8,9	+ 5,8	+ 9,0	+ 7,0	+ 7,0	+ 8,1	+ 9,0	+ 6,7	+ 8,8	+ 9,3
1969	+ 5,5	+ 6,6	+ 8,4	+ 7,7	+ 6,9	+ 8,9	+ 8,0	+ 8,4	+ 6,8	+ 9,1	+ 9,6	+ 7,6
1970 ²⁾	+13,8	+14,1	+12,1	+13,4	+12,6	+13,4	+12,4	+11,1	+12,2	+14,0	+10,1	+12,3

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

1960/70 ²⁾	+7,2	+7,4	+ 7,3	+ 6,8	+ 6,8	+ 7,4	+ 7,6	+ 7,3	+ 7,1	+ 6,6	+ 8,3	+ 7,2
-----------------------	------	------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Maßziffer 1960 = 100

1961	106	107	107	102	106	107	108	109	107	109	109	107
1962	116	113	115	111	112	113	114	115	114	112	120	114
1963	122	120	122	118	117	120	122	120	121	116	129	120
1964	132	129	133	129	126	131	133	132	132	125	141	130
1965	145	142	146	142	138	145	146	146	146	136	156	143
1966	152	153	153	145	145	151	156	152	153	141	165	150
1967	155	158	153	149	147	155	160	155	153	143	169	153
1968	167	167	167	158	160	165	171	168	166	153	184	165
1969	176	178	181	170	172	180	184	182	178	167	202	178
1970 ²⁾	201	203	203	193	193	204	207	202	199	190	222	200

Bundesdurchschnitt = 100

1960	95,4	124,8	92,4	111,9	105,0	99,1	88,3	102,6	94,2	92,6	106,5	100
1961	94,7	125,2	92,8	106,2	103,9	99,2	88,9	104,1	94,4	94,2	108,2	100
1962	97,1	124,5	93,5	109,6	103,2	98,9	88,9	103,5	94,5	91,3	112,2	100
1963	97,3	124,6	94,2	110,1	102,1	99,1	89,8	102,9	95,2	90,0	114,7	100
1964	96,5	123,8	94,5	110,5	101,3	99,6	90,1	103,6	95,7	88,8	115,7	100
1965	96,7	123,8	93,9	110,8	101,1	99,9	89,7	104,6	95,7	87,9	115,6	100
1966	96,3	126,6	94,0	108,2	101,2	99,4	91,5	103,7	95,7	86,9	117,0	100
1967	96,8	128,9	92,8	109,6	101,3	100,4	92,3	104,2	94,2	87,0	117,9	100
1968	96,3	126,2	93,3	107,0	102,0	99,2	91,2	104,0	94,8	85,7	118,5	100
1969	94,5	125,1	94,0	107,2	101,3	100,4	91,6	104,8	94,1	86,9	120,7	100
1970 ²⁾	95,8	127,0	93,8	108,2	101,6	101,3	91,7	103,7	94,0	88,3	118,4	100

1) Einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 2) Vorläufiges Ergebnis.

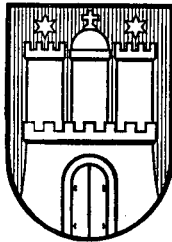
Tabelle 10

Der Private Verbrauch je Einwohner nach Bundesländern

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
DM												
1960	2 954	3 817	2 921	3 410	3 222	3 028	2 743	3 194	2 922	3 121	3 623	3 111
1961	3 185	4 132	3 184	3 546	3 459	3 279	3 004	3 494	3 175	3 262	3 889	3 365
1962	3 483	4 400	3 441	3 887	3 700	3 503	3 218	3 729	3 415	3 408	4 246	3 610
1963	3 684	4 635	3 652	4 115	3 879	3 698	3 430	3 895	3 611	3 548	4 481	3 802
1964	3 937	4 903	3 890	4 360	4 109	3 942	3 685	4 169	3 871	3 736	4 828	4 053
1965	4 300	5 274	4 261	4 719	4 469	4 314	4 007	4 519	4 235	4 029	5 228	4 413
1966	4 555	5 724	4 579	5 010	4 747	4 587	4 371	4 767	4 487	4 253	5 600	4 698
1967	4 706	5 947	4 649	5 165	4 843	4 731	4 495	4 904	4 582	4 362	5 799	4 812
1968	4 955	6 264	4 902	5 389	5 136	4 949	4 705	5 166	4 825	4 530	6 115	5 072
1969	5 367	6 880	5 361	5 918	5 611	5 467	5 139	5 648	5 249	5 019	6 736	5 545
1970 ¹⁾	6 019	7 606	5 877	6 492	6 153	6 014	5 647	6 147	5 743	5 552	7 471	6 084
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
1961	+ 7,8	+ 8,3	+ 9,0	+ 4,0	+ 7,4	+ 8,3	+ 9,5	+ 9,4	+ 8,7	+ 4,5	+ 7,3	+ 8,2
1962	+ 9,4	+ 6,5	+ 8,1	+ 9,6	+ 7,0	+ 6,8	+ 7,1	+ 6,7	+ 7,6	+ 4,5	+ 9,2	+ 7,3
1963	+ 5,8	+ 5,3	+ 6,1	+ 5,9	+ 4,8	+ 5,6	+ 6,6	+ 4,5	+ 5,7	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,3
1964	+ 6,9	+ 5,8	+ 6,5	+ 6,0	+ 5,9	+ 6,6	+ 7,4	+ 7,0	+ 7,2	+ 5,3	+ 7,7	+ 6,6
1965	+ 9,2	+ 7,6	+ 9,5	+ 8,2	+ 8,8	+ 9,4	+ 8,7	+ 8,4	+ 9,4	+ 7,8	+ 8,3	+ 8,9
1966	+ 5,9	+ 8,5	+ 7,5	+ 6,2	+ 6,2	+ 6,3	+ 9,1	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,6	+ 7,1	+ 6,5
1967	+ 3,3	+ 3,9	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,4
1968	+ 5,3	+ 5,3	+ 5,4	+ 4,3	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,4	+ 5,3	+ 3,8	+ 5,4	+ 5,4
1969	+ 8,3	+ 9,8	+ 9,4	+ 9,8	+ 9,2	+ 10,5	+ 9,2	+ 9,3	+ 8,8	+ 10,8	+ 10,2	+ 9,3
1970 ¹⁾	+ 12,1	+ 10,6	+ 9,6	+ 9,7	+ 9,7	+ 10,0	+ 9,9	+ 8,8	+ 9,4	+ 10,6	+ 10,9	+ 9,7
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %												
1970/60 ¹⁾	+ 7,4	+ 7,1	+ 7,2	+ 6,7	+ 6,7	+ 7,1	+ 7,5	+ 6,8	+ 7,0	+ 5,9	+ 7,5	+ 6,9
1960 = 100												
1960	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1961	108	108	109	104	107	108	110	109	109	105	107	108
1962	118	115	118	114	115	116	117	117	117	109	117	116
1963	125	121	125	121	120	122	125	122	124	114	124	122
1964	133	128	133	128	128	130	134	131	132	120	133	130
1965	146	138	146	138	139	142	146	142	145	129	144	142
1966	154	150	157	147	147	151	159	149	154	136	155	151
1967	159	156	159	151	150	156	164	154	157	140	160	155
1968	168	164	168	158	159	163	172	162	165	145	169	163
1969	182	180	184	174	174	181	187	177	180	161	186	178
1970 ¹⁾	204	199	201	190	191	199	206	192	197	178	206	196
Bundesdurchschnitt = 100												
1960	95,0	122,7	93,9	109,6	103,6	97,3	88,2	102,7	93,9	100,3	116,5	100
1961	94,7	122,8	94,6	105,4	102,8	97,4	89,3	103,8	94,4	96,9	115,6	100
1962	96,5	121,9	95,3	107,7	102,5	97,0	89,1	103,3	94,6	94,4	117,6	100
1963	96,9	121,9	96,1	108,2	102,0	97,3	90,2	102,4	95,0	93,3	117,9	100
1964	97,1	121,0	96,0	107,6	101,4	97,3	90,9	102,9	95,5	92,2	119,1	100
1965	97,4	119,5	96,6	106,9	101,3	97,8	90,8	102,4	96,0	91,3	118,5	100
1966	97,0	121,8	97,5	106,6	101,6	97,6	93,0	101,5	95,5	90,5	119,2	100
1967	97,8	123,6	96,6	107,3	100,6	98,3	93,4	101,9	95,2	90,6	120,5	100
1968	97,7	123,5	96,6	106,3	101,3	97,6	92,8	101,9	95,1	89,3	120,6	100
1969	96,8	124,1	96,7	106,7	101,2	98,6	92,7	101,9	94,7	90,5	121,5	100
1970 ¹⁾	98,9	125,0	96,6	106,7	101,1	98,8	92,8	101,0	94,4	91,3	122,8	100

1) Vorläufiges Ergebnis.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

März-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Frauen überwiegend als Angestellte tätig

Im Jahr 1974 waren 59% aller Hamburger und 34% aller Hamburginnen erwerbstätig. In absoluten Zahlen sind dies 480 300 Männer und 315 400 Frauen. Für die Gesamtbevölkerung errechnet sich eine Erwerbstätigenquote von 46%, die damit im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren unverändert blieb.

Die Wirtschaftsbereiche, in denen die männlichen und weiblichen Erwerbstätigen ihre Arbeitsplätze haben, sind deutlich verschieden. 42% der Männer, aber nur 23% der Frauen arbeiten im Produzierenden Gewerbe. Im Sektor Handel, Verkehr und Bankwesen üben 29% der männlichen und 32% der weiblichen Erwerbstätigen ihren Beruf aus. In den übrigen Dienstleistungsbereichen arbeiten 29% der Männer und 45% der Frauen.

Entsprechende Abweichungen zeigen sich in der sozialen Stellung der Erwerbstätigen. Bei den Männern sind 11% selbständig, insgesamt 46% Angestellte oder Beamte und 42% Arbeiter. Unter den berufstätigen Frauen gibt es demgegenüber nur 5% Selbständige, aber 64% Angestellte oder Beamtinnen und 28% Arbeiterinnen.

Auch in der Altersstruktur bestehen – wie aus früheren Erhebungen bekannt ist – Unterschiede zwischen den männlichen und weiblichen Erwerbstätigen. Von 100 berufstätigen Frauen sind 28 jünger als 30 Jahre, von 100 Männern nur 22. Zwischen 30 und 50 Jahren alt sind 49% der erwerbstätigen Männer und 45% der erwerbstätigen Frauen.

Wohnungsversorgung verbessert sich weiter

Die Vergrößerung des Wohnungsbestandes durch anhaltende Neubautätigkeiten und auch der zahlenmäßige Rückgang der hamburgischen Bevölkerung lassen die Versorgung der Einwohner unserer Stadt mit Wohnraum ständig günstiger werden. Ende 1974 belief sich der Wohnungsbestand in Hamburg auf rund 750 000 Einheiten. Innerhalb von fünf Jahren stieg die Zahl der Wohnungen je 1 000 Einwohner um nahezu ein Siebtel von 379 auf 433. Im gleichen Ausmaß erhöhten sich von 1969 bis 1974 sowohl die Zahl der Räume je Person (von 1,4 auf 1,6) als auch die Wohnfläche je Person (von 23,5 auf 27,0 qm).

Neben der erfreulichen quantitativen Entwicklung in der Wohnraumversorgung ist auch eine qualitative Verbesserung des Wohnungsbestandes festzustellen. Schon von 1968 bis 1972 – für andere Jahre liegen gegenwärtig keine entsprechenden Daten vor – vergrößerte sich der Anteil der Wohnungen mit Badezimmer oder Dusche von 77% auf 84%, und der Anteil der Wohnungen mit Zentral-, Etagen- oder Fern-

heizung nahm von 50% auf 62% zu. Diese verbesserte Ausstattung des Wohnungsbestandes ist nicht nur auf die Tatsache zurückzuführen, daß beinahe alle neu erbauten Wohnungen über Bad und Sammelheizung verfügen, sondern vor allem auch darauf, daß in recht vielen Fällen Bade-/Duschmöglichkeiten und Zentralheizungen in bestehende Gebäude nachträglich eingebaut werden.

Rückläufige Entwicklung im Fremdenverkehr

Mit knapp 1,4 Mio Gästen und 2,6 Mio Übernachtungen blieb der Hamburger Fremdenverkehr 1974 um 1,6% bzw. 5% unter den entsprechenden Werten des Vorjahres. Damit hat sich die rückläufige Entwicklung, die nur von einem vorübergehenden Aufschwung im IGA-Jahr 1973 unterbrochen war, in Hamburgs Beherbergungsbetrieben fortgesetzt.

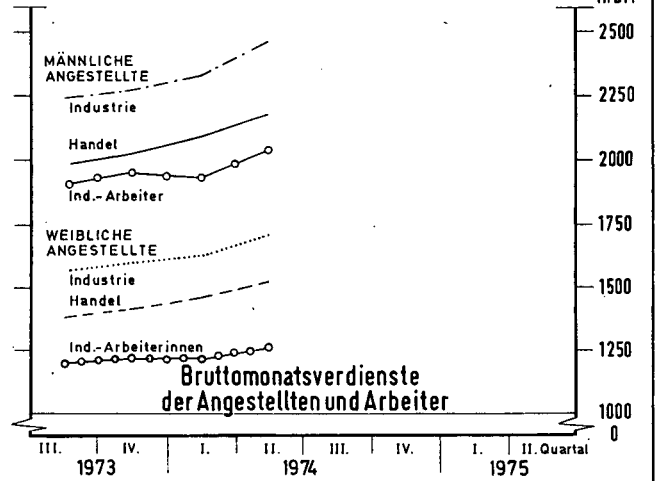
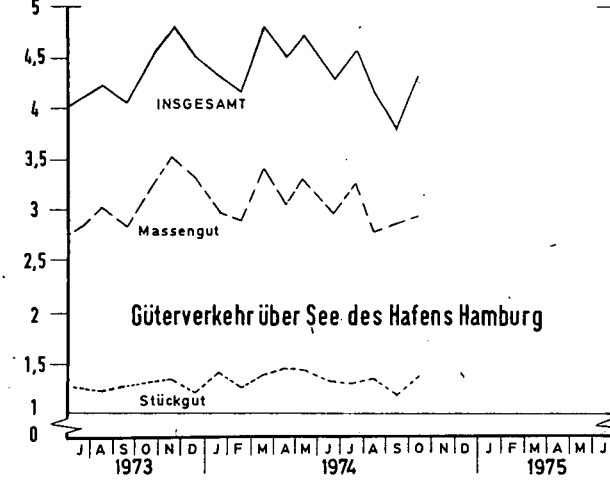
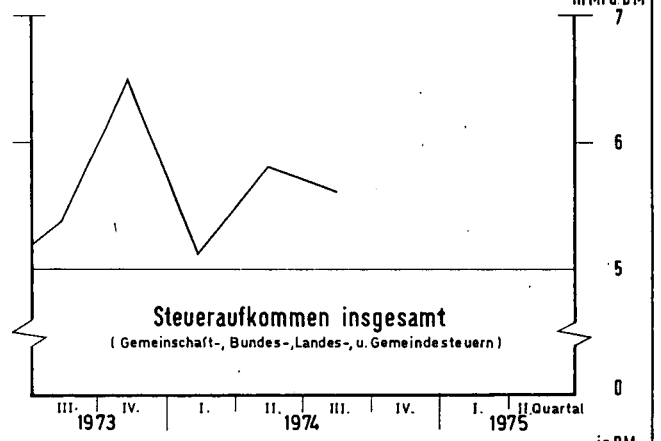
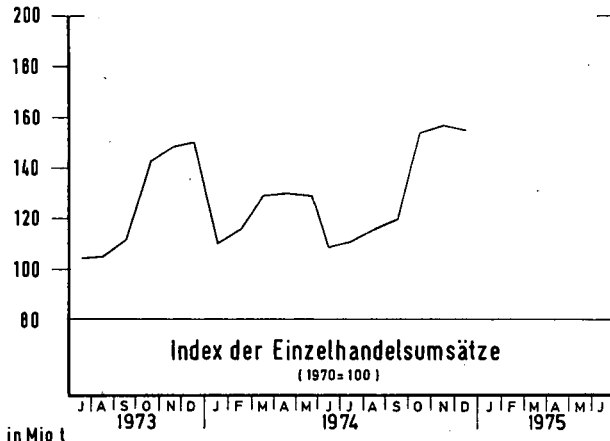
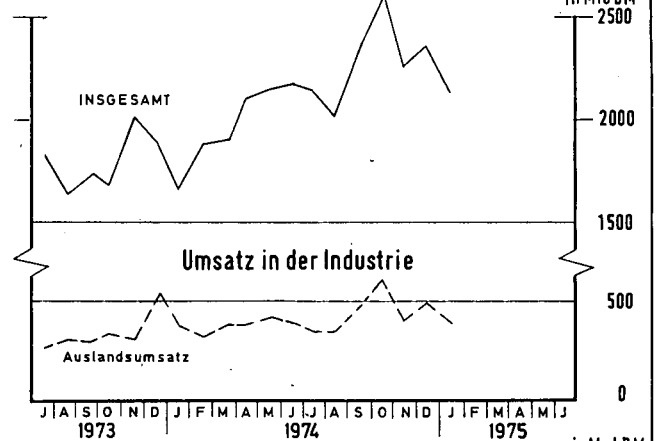
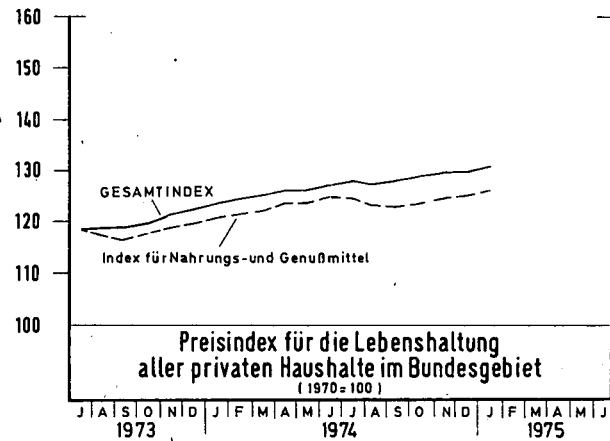
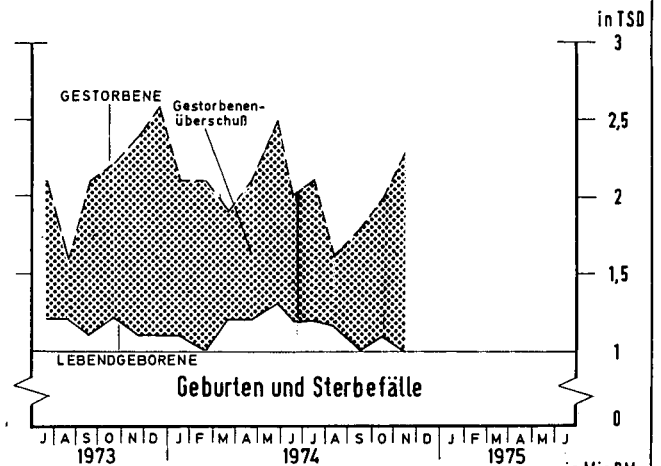
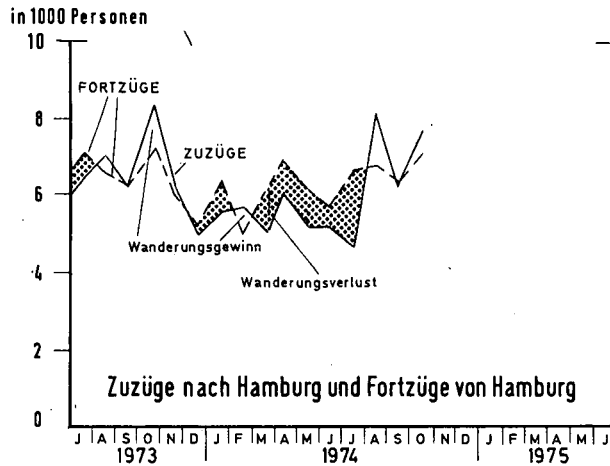
Maßgebend für die Gesamtentwicklung war vor allem der schwache Ausländer-Reiseverkehr, der 9% weniger Gäste und 10% weniger Übernachtungen erbrachte. Besonders starke Einbußen erlitt der Touristenverkehr aus Dänemark mit einem Gäste-Rückgang von 27%. Ein anderes Bild bietet der Inländer-Reiseverkehr. Während sich die Anzahl der Gäste um gut 2% vergrößerte, verringerte sich die der Übernachtungen um fast 3%. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist damit bei den deutschen Gästen – überwiegend Geschäftsreisenden – weiter gesunken.

Erhebliche Zunahme der Binnenschifftransporte

Die Binnenschifffahrt konnte 1974 – nach dem leichten Rückgang, im Jahr zuvor – eine beträchtliche Steigerung ihrer Transportleistung erzielen. 10,6 Mio t Güter wurden im Verkehr mit Hamburg befördert, fast 13% mehr als im Vorjahr. Hervorzuheben ist der Oberelbe-Verkehr, der 1974 ein Gesamtvolumen von 6,3 Mio t erreichte (+ 21%). Mit einem Plus von 33% ist dabei der Verkehr zwischen Hamburg und Berlin besonders stark gestiegen, aber auch die Transporte von und nach der DDR und der CSSR verzeichneten mit jeweils 23% überdurchschnittliche Zuwachsraten.

Die mit Abstand höchste Zunahme wurde im Verkehr mit dem Mittellandkanal-Gebiet erzielt (+ 45%), ein Erfolg, der entscheidend auf die starke Steigerung des Empfangs von Kali und Stahlerzeugnissen in Hamburg zurückzuführen ist. Es ist damit zu rechnen, daß gerade die Verkehrsbeziehungen zum Industriegebiet zwischen Braunschweig und Salzgitter nach Fertigstellung der Umschlagsanlage Hansaport und der Eröffnung des Elbe-Seiten-Kanals in den kommenden Jahren zu einer weiteren Belebung des Binnenschiffsverkehrs im Hamburger Hafen führen werden.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Struktur und Tendenzen der Wanderungen in und um Hamburg

Wie in den meisten anderen deutschen Großstädten ist auch in Hamburg die Bevölkerungszahl nach den oft beträchtlichen Zunahmen in der Nachkriegszeit und in den 50er Jahren seit einiger Zeit rückläufig. Zwei Faktoren sind es, die das Steigen und Sinken des Bevölkerungsbestands hervorrufen: Die biologische Entwicklung, nämlich Geburten und Sterbefälle, aber in weit höherem Maße die Wanderungen (Zu- und Fortzüge) über die Verwaltungsgrenzen der Stadt. Mehr als zwei Millionen Menschen sind seit 1961 über die hamburgische Landesgrenze zu- oder fortgezogen. Dabei ergab sich ein Wanderungsverlust von insgesamt 25 000 Einwohnern. Schon seit den frühen 60er Jahren zogen mehr Deutsche aus Hamburg fort als nach Hamburg zu. Die jährlichen Fortzugsüberschüsse der deutschen Bevölkerung wurden in den Jahren des konjunkturellen Aufschwungs durch die Zuwanderungen von Ausländern erheblich gemildert, zeitweise sogar mehr als ausgeglichen.

Besonders eng sind die Wanderungsverflechtungen Hamburgs mit seinen Nachbarländern und hier in erster Linie mit den an die Stadt grenzenden Umlandkreisen. Die Wanderungsdefizite Hamburgs gegenüber den Randkreisen erreichten für die Jahre 1961 bis 1973 die Gesamtsumme von 150 000 Personen. Bevorzugte Zielgebiete der abwandernden Hamburger waren die nördlichen Nachbarkreise Pinneberg, Segeberg und Stormarn. Seit kurzem zeichnet sich ab,

*daß die hamburgischen Wanderungsverluste an das Umland geringer werden,
daß Zahl und Anteil der in die schleswig-holsteinischen Umlandkreise ziehenden Hamburger zurückgehen und
daß das südliche Umland Hamburgs, vor allem der Landkreis Harburg, an Attraktivität für die fortziehenden Hamburger merklich gewinnt.*

Bevölkerungsverlagerungen durch Umzüge vollziehen sich auch innerhalb Hamburgs. Wohnungen in den City- und citynahen Stadtteilen werden von der deutschen Bevölkerung aufgegeben und zum Teil von Ausländern übernommen. Insgesamt vermindern sich jedoch die Einwohnerzahlen der in der inneren Stadt gelegenen Gebietsteile. Demgegenüber sind die Stadtteile mit reger Neubautätigkeit, die vornehmlich in den äußeren Zonen Hamburgs liegen, durch einen bisweilen sprunghaften Bevölkerungsanstieg auf Grund von Zuwanderungen aus anderen hamburgischen Gebieten gekennzeichnet.

1. Gesamtüberblick

1.1 Allgemeines

Zu- und Fortzüge bestimmen die Struktur und den Bestand der Einwohner in den großen Städten seit je in höherem Ausmaß als Geburten und Sterbefälle. Das Bevölkerungswachstum der Städte war schon in der Vergangenheit vorrangig durch den Zuzug von außen verursacht. Die Zusammenballung von wirtschaftlichen Unternehmen verlangte sogar Massenzuwanderungen, die die Bevölkerungsverdichtung über die ursprünglichen Stadtflächen hinaus auf die Nachbargebiete der Städte ausdehnten. Die Städte wurden zu Stadtregionen, in denen die Aktivitäten der Bürger wie das Planen und Handeln von Wirtschaft und Verkehr die alten Grenzen der Stadt überschreiten.

Unter den besonderen Umständen des zweiten Weltkrieges entleerten sich die Verdichtungsräume. So lebten in Hamburg, das bei Kriegsausbruch über

1,7 Mio Einwohner hatte, 1944 nur noch etwas über eine Million Menschen. Durch die Rückkehr der Evakuierten und Kriegsgefangenen sowie durch den Zustrom von Flüchtlingen stiegen die Einwohnerzahlen in den deutschen Städten nach dem Krieg generell sehr rasch an.

Die Hamburger Bevölkerung wuchs von 1947 bis 1950 jährlich um rd. 50 000 Personen, in den Jahren bis 1957 jährlich um rd. 30 000 Personen. Von jenem Jahr an verringerten sich die Zuwachsraten jedoch spürbar, und nach dem Höchststand der Einwohnerzahl mit 1,857 Mio im Jahr 1964 hatte Hamburg im darauffolgenden Jahr erstmals wieder einen Bevölkerungsrückgang hinzunehmen. Die Bevölkerungsverminderung hält seither an; 1973 hatte die Stadt 1,752 Mio Einwohner.

In den meisten großen Metropolen haben sich in den 50er Jahren und zu Beginn der 60er Jahre die Einwohnerzahlen beträchtlich erhöht und entwickeln sich nunmehr gleichfalls rückläufig. Neben Hamburg be-

trifft der Bevölkerungsrückgang eine Reihe deutscher Großstädte, wie Bremen, Kiel, Hannover, Düsseldorf, Stuttgart und seit kurzem auch München.

Keineswegs kann aber der zahlenmäßige Rückgang der Stadtbevölkerung als ein Verlust an Bedeutung für diese Städte gewertet werden. Vielmehr verbirgt sich hinter den sinkenden Einwohnerzahlen innerhalb der Stadtgrenzen in aller Regel lediglich eine Bevölkerungsverschiebung zu Gunsten der Nachbargebiete der großen Städte. Dabei bleiben die Arbeitsplätze und Kulturstätten der Kernmetropolen nach wie vor attraktiv, und zwischen den Städten und ihrem Umland wird ein intensiver Leistungszusammenhang hergestellt.

1.2 Hamburger Wanderungen

1.2.1 Zeitliche Entwicklung

Das Ausmaß, in dem Zu- und Fortzüge auf die Einwohnerzahl Hamburgs einwirken, wird allein schon durch das Gesamtvolumen der Wanderungsvorgänge veranschaulicht. Von 1961 (Volkszählung) bis 1973, dem letzten vollständigen Berichtsjahr, das in dieser Darstellung berücksichtigt werden kann, sind 2,003 Mio Personen über die hamburgische Grenze zu- oder fortgezogen; von diesen haben 1,014 Mio Einwohner die Stadt verlassen, und 0,989 Mio neue Einwohner sind von außerhalb zugezogen. Damit haben in den dreizehn Jahren des Beobachtungszeitraums über 25 000 Personen mehr der Stadt den Rücken gewandt, als sich in der gleichen Zeit neu innerhalb der Stadtgrenzen angesiedelt haben.

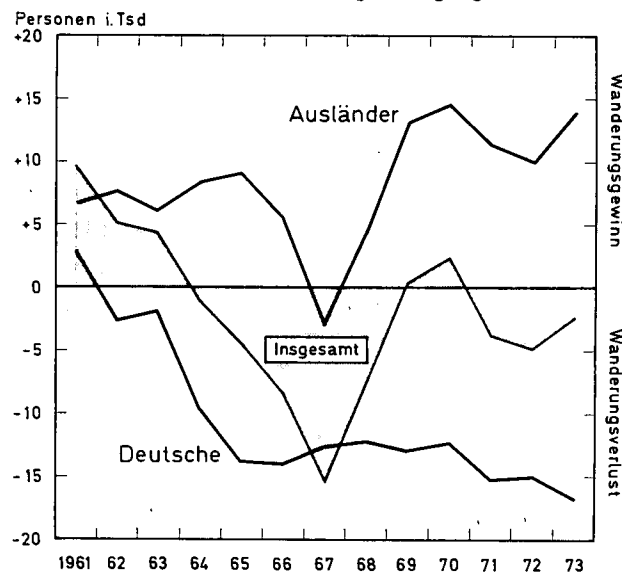
Ein Wanderungsdefizit bestand nicht in allen Jahren des Berichtszeitraums. In den frühen 60er Jahren lag die Zahl der Zuzüge deutlich über der der Fortzüge. Der positive Wanderungssaldo verringerte sich jedoch ständig und wurde 1964 mit - 1100 zum erstenmal negativ. Bei anhaltender Zunahme der Wanderungsverluste erreichte das Wanderungsdefizit seine bisher größte Höhe von 15 200 im Rezessionsjahr 1967. Schon 1969 sind Zu- und Fortzüge in etwa ausgeglichen, im darauf folgenden Jahr ist sogar ein Zuzugsüberschuß eingetreten. Seither sind jedoch erneut Wanderungsverluste zu registrieren, die sich 1973 auf 2400 Personen beliefen (vergl. dazu S c h a u b i l d 1).

1.2.2 Ziel- und Herkunftsgebiete

Wanderungsvorgänge variieren hinsichtlich Zeit, Umfang und regionaler Verteilung. Dabei sind Nah- und Fernwanderungen zu unterscheiden. Für die Hamburger Wanderungsstatistik gelten als „Nahwanderungsgebiet“ die vier schleswig-holsteinischen Randkreise, nämlich Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg und die beiden niedersächsischen Nachbarkreise Stade und Harburg. Alle übrigen Räume sind „Fernwanderungsgebiet“, das in „übriges Bundesgebiet“ (Bundesrepublik Deutschland ohne Hamburger Randkreise, einschließlich Berlin) und „Ausland“ unterteilt wird.

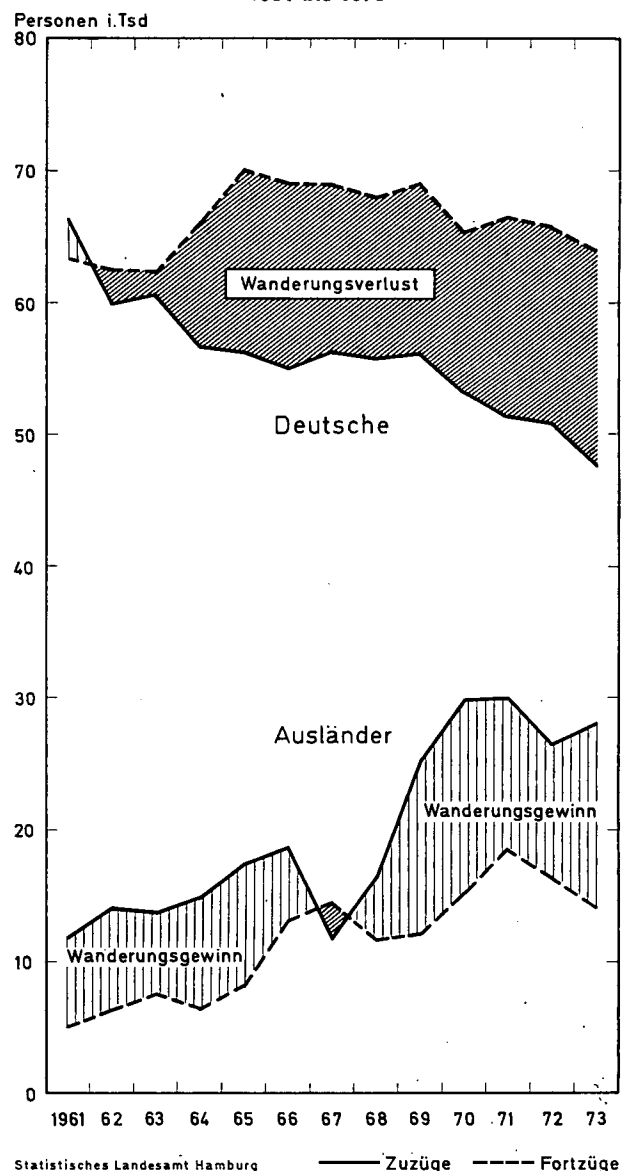
Untersucht man zunächst nur das Wanderungsvolumen insgesamt, so zeigt sich, daß allein über ein Vier-

Schaubild 1 a
Salden der Hamburger Wanderungsbewegung 1961 bis 1973



Statistisches Landesamt Hamburg

Schaubild 1 b
Zu- und fortgezogene Personen nach bzw. von Hamburg 1961 bis 1973



tel aller Zu- und Fortzüge der Jahre 1961 bis 1973 den Bevölkerungsaustausch mit den Randkreisen betraf. Mit den Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen insgesamt vollzog sich beinahe die Hälfte aller Wanderungsfälle.

Da mehr als ein Drittel der Hamburger, die ihre Wohnung in der Stadt aufgeben, sich für einen Wohnsitz in einem der sechs Umlandkreise entscheiden, andererseits aber von den in Hamburg zuziehenden Personen nur rund ein Fünftel aus den Nachbarkreisen kommt, ergibt sich gegenüber dem Umland ein erhebliches Wanderungsdefizit. Insgesamt haben seit 1961 über 150 000 mehr Hamburger ihre Wohnung ins Umland verlegt, als frühere Umlandbewohner nach Hamburg gezogen sind.

Die Fernwanderungen machten im Untersuchungszeitraum fast drei Viertel aller Wohnungswechsel über die hamburgische Landesgrenze aus. Bei den Fernwanderungen erzielte Hamburg einen hohen Wanderungsgewinn, der sich aus einem 3000 Personen betragenden Zuwanderungsplus aus dem „übrigen Bundesgebiet“ (ohne Randkreise) und einem Wanderungsüberschuß von 122 000 bei den Auslandswanderungen zusammensetzt (der Anteil der Ausländer an den Fernwanderungen erhöhte sich von 1965 bis 1973 von gut einem Fünftel auf mehr als ein Drittel).

1.23 Wanderungen von Deutschen und Ausländern

Der Wanderungssaldo der Deutschen geriet schon 1962 in den negativen Bereich und sank bis 1965 auf -13 700 weiter ab. Nach einer Phase relativ konstanter Wanderungsverluste von etwa 13 000 Personen pro Jahr traten seit 1970 wieder höhere Wanderungsdefizite der deutschen Bevölkerung auf. Diese Entwicklung ist weniger auf einen stärkeren Fortzug von Einwohnern als vielmehr auf merklich verminderte Zuzüge nach Hamburg zurückzuführen. 1973 erreichte der Wanderungsverlust mit 16 400 deutschen Einwohnern mehr als das Sechsfache des Jahres 1962.

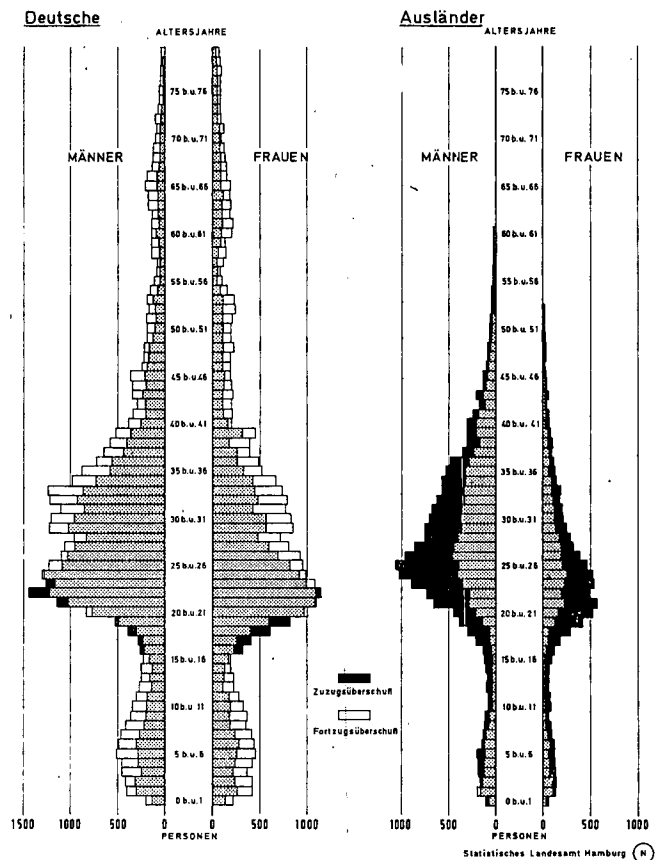
Die Zuzugsüberschüsse von Ausländern hielten sich in den Jahren vor 1966 in einer Höhe von 7000-9000. Das beträchtliche Absinken dieser Werte in der Rezessionsperiode 1966/67 sowie die darauf folgenden erstaunlich zunehmenden Wanderungsgewinne belegen die enge Verknüpfung der Konjunkturschwankungen und die Mobilität von Ausländern. Im Jahr 1973 - vor dem Wirksamwerden des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer - erreichte der Wanderungsüberschuß der ausländischen Bevölkerung noch einmal 14 000 Personen (vergl. auch dazu Schaubilder 1a und 1b).

1.24 Alter und Geschlecht der Wandernden

Die Wanderungsaktivität konzentriert sich zu einem sehr großen Teil auf die Altersgruppe der 20- bis etwa 35jährigen. Nach einer früheren Untersuchung¹⁾ ist der Anteil der über die Landesgrenze zu- oder fortziehenden Personen in diesem Alter über viermal so hoch wie bei den Angehörigen der anderen Altersgruppen.

Schaubild 2

Die Hamburger Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht im Jahre 1973



Die Gliederung der im Jahr 1973 entstandenen Wanderungsverluste bzw. -gewinne durch Deutsche und Ausländer nach dem Alter und dem Geschlecht zeigt das Schaubild 2. Die Altersverteilung der Wandernden hat eine völlig andere Form als die Altersgliederung des Einwohnerbestandes. Bei den deutschen Staatsangehörigen überwiegen in fast allen Altersjahren die Abwanderungsüberschüsse; lediglich unter den 16- bis 24jährigen Männern und Frauen sind leichte Wanderungsgewinne erkennbar. Demgegenüber können für die Ausländer in beinahe allen Altersjahren Zuwanderungsgewinne festgestellt werden.

Unterschiede bestehen auch in der Altersstruktur der deutschen und ausländischen Wanderer. Nur gut 3% der zu- oder fortgezogenen Ausländer sind älter als 50 Jahre, bei den Deutschen ist der entsprechende Anteil nahezu viermal so hoch. Dagegen stehen 84% der ausländischen, aber nur 73% der deutschen Wanderer im Alter von 15 Jahren bis 50 Jahren.

Die Männer sind generell eher zum Wohnungswechsel in eine andere Gemeinde bereit als die Frauen. Von den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die 1973 über die hamburgische Landesgrenze zu- oder fortgezogen sind, waren 54% Männer und 46% Frauen. Unter den ausländischen Wanderern waren sogar zwei Drittel Männer, meist Gastarbeiter im besten erwerbsfähigen Alter zwischen 20 Jahren und 40 Jahren.

¹⁾ Hamburg in Zahlen, Heft 11/1972

2. Stadt/Umland-Wanderungen

2.1 Allgemeines

Die Strukturen von Siedlung, Wirtschaft und Verkehr in Regionen mit einer Solitärstadt sind allgemein zentrisch auf die Innenstadt ausgerichtet. Das radiale Grundgerüst ist für den Hamburger Raum besonders ausgeprägt, da sich wesentliche Teile des Nah- und Fernverkehrs bisher auf das Verkehrszentrum des Elbübergangs, auf die in der Nähe der City liegenden Elbbrücken, konzentrieren müssen. Von diesen Gegebenheiten ausgehend wurde eine Raumordnungskonzeption aufgestellt, nach der sich die räumliche Entwicklung in der Region Hamburg hauptsächlich entlang der in das Umland führenden Verkehrsbänder oder „Achsen“ vollziehen soll. Die Konzeption sah vor, daß dabei bevorzugt die Endpunkte der Achsen ausgebaut werden; die zwischen den Achsen liegenden ländlichen Gebiete sollten im Grundsatz nicht für Wohn- oder Gewerbebezüge genutzt werden und als Freiräume erhalten bleiben.

Über die Ansiedlung von ehemaligen Hamburgern in den Nachbargebieten der Stadt und über den Bevölkerungsaustausch zwischen Hamburg und seinen benachbarten Zonen sind Einzelheiten in regionaler und zeitlicher Hinsicht in den folgenden Abschnitten dargestellt.

Schaubild 3

Wanderungsverflechtung Hamburgs mit ausgewählten Kreisen Norddeutschlands 1973



Statistisches Landesamt Hamburg

2.2 Wanderungsverflechtung Hamburgs

2.2.1 Wanderungsverflechtung mit den norddeutschen Ländern

Der Anteil der auf die norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen entfallenden Fortzüge am Gesamtvolumen der Hamburger Wanderungen hat in den letzten Jahren leicht zugenommen. Waren diese Länder 1969 an den damals insgesamt 81 400 Fortzügen aus Hamburg zu 58% beteiligt, so war der Anteil an den 78 400 Fortzügen des Jahres 1973 auf 65% gestiegen. Von den 81 800 im Jahr 1969 in Hamburg zugezogenen Personen kamen ebenso wie von den 76 300 neuen Einwohnern des Jahres 1973 jeweils 43% aus den norddeutschen Bundesländern.

Besonders intensive Wanderungsbeziehungen bestehen zwischen Hamburg und seinem nördlichen Nachbarland Schleswig-Holstein. Die als verkehrsgeographische Trennungslinie wirkende Elbe ließ die Verflechtung mit dem niedersächsischen Raum bisher erst in vergleichsweise geringem Umfang zu. Von allen Hamburger Zu- und Fortzügen aus bzw. nach Norddeutschland war in den Jahren 1969 bis 1973 etwa für jeweils 60% der Fälle das Land Schleswig-Holstein Ziel- oder Herkunftsgebiet. Während sich aber bei den Zuzügen nach Hamburg kaum eine Änderung dieser Quote im Zeitablauf zeigt, ist hinsichtlich der Fortzüge ein Rückgang von 65% auf 60%

eingetreten. Der prozentuale Anteil des Landes Niedersachsen an den Fortzügen aus Hamburg erhöhte sich von 32 % auf 38 %. Mit Bremen hat Hamburg nur geringe Wanderungsbeziehungen. Lediglich etwa 4 % aller in Hamburg aus Norddeutschland zuziehenden Personen kommen aus Bremen, und 3 % aller nach Norddeutschland Fortziehenden wählten dort ihren neuen Wohnsitz.

2.22 Wanderungsverflechtungen mit den Umlandkreisen

Die Wanderungsbeziehungen zwischen Hamburg und seinen unmittelbaren Nachbarkreisen sind noch enger als die oben geschilderten Verflechtungen zwischen Hamburg und den norddeutschen Ländern. Einen Eindruck von dem besonderen Umfang des Bevölkerungsaustauschs mit den Randkreisen vermittelt das Schaubild 3, das die Hamburger Zu- und Abwanderungsströme mit den näher gelegenen Kreisen Norddeutschlands für das Jahr 1973 darstellt.

Die langfristige Entwicklung der Zu- und Fortzüge Hamburgs mit den sechs Randkreisen zeigt Schaubild 4. Seit 1958 haben sich die Wanderungsdefizite Hamburgs gegenüber dem Umland ständig erhöht. Die Wanderungsverluste der Kernstadt an die Nachbargebiete bedeuten zugleich einen hohen Anteil von ehemaligen Hamburgern am Wanderungsgewinn des Umlandes.

Die für alle Großstädte typische Stadt-Umland-Wanderung bewirkt zwar eine Einwohnerverminderung der Kernstadt; der Region bleiben jedoch die meisten Menschen erhalten. Oft verändern sie auch trotz des Wohnungswechsels nicht ihren Arbeitsplatz. Sie werden zu Einpendlern in die Kernstadt und zählen weiterhin zu deren Erwerbspotential, soweit nicht durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Umland ein Pendler-Schrumpfungsprozeß eingeleitet wird.

Seit 1967 geht der Anteil von Hamburgern am Zuwanderungsüberschuß der Randkreise zu Gunsten von Zuziehenden aus anderen Teilen der Bundesrepublik

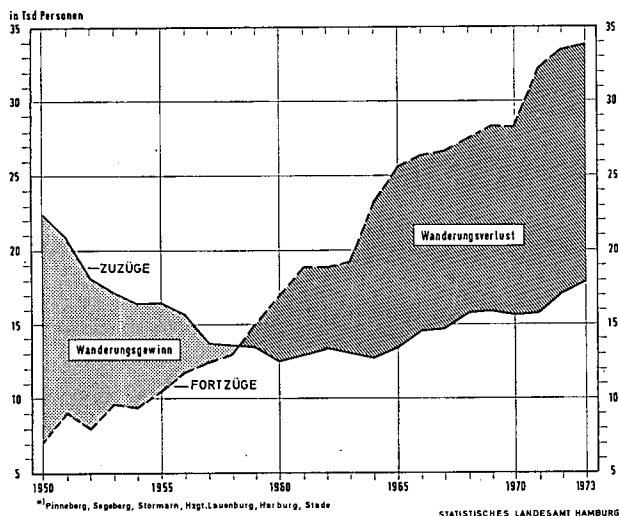
Deutschland oder aus dem Ausland zurück. Zudem bahnt sich ab 1971, als der Fortzugsüberschuß an das Umland nach Jahren einer relativen Konstanz sprunghaft auf 16 500 Personen angestiegen war, auch eine Verminderung des absoluten hamburgischen Wanderungsverlustes an das Umland an.

Die bevorzugten Zielgebiete der die Stadt verlassenden Einwohner waren die schleswig-holsteinischen Randkreise. Fast sieben Zehntel der Wanderungsverluste an das Umland entfielen in den Jahren 1969 bis 1973 auf die nördlichen Nachbarkreise. Besonders hoch waren die Wanderungsverluste gegenüber den Kreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn. Gerade diese 3 Kreise sind an relativ gute und leistungsfähige Verkehrsverbindungen zum Hamburger Stadtgebiet angeschlossen. Die sich bisher hier konzentrierende Bevölkerungsumverteilung führte so an Hamburgs Nordgrenze zu einer zunehmenden und fast nahtlosen Verstärkung des noch vor 10 Jahren bis 15 Jahren vorhandenen Grüngürtels. Der verkehrsmäßig etwas ungünstiger liegende Kreis Hzt. Lauenburg erzielte demgegenüber geringere Wanderungsgewinne aus Zuzügen von Hamburgern.

Vergleicht man die Entwicklung der Wanderungsverluste an das nördliche und südliche Umland, so steht einem in den letzten Jahren ständig steigenden Hamburger Defizit mit den südlichen Kreisen ein seit 1971 zurückgehender Wanderungsverlust an die schleswig-holsteinischen Randkreise gegenüber. Die Wanderungsdefizite Hamburgs an das südliche Umland, die über viele Jahre hinweg kaum ein Drittel der hamburgischen Bevölkerungsverluste gegenüber den schleswig-holsteinischen Randkreisen ausmachten, erreichten 1973 bereits nahezu zwei Drittel des Wanderungsdefizits gegenüber den nördlichen Umlandkreisen. Vor allem der über eine lange gemeinsame Grenze mit Hamburg verfügende Landkreis Harburg hat an Attraktivität gewonnen; die Vorbereitungen für den Bau des neuen Elbtunnels mögen dazu beigetragen haben, daß fortziehende Hamburger sich zunehmend für das südliche Umland entscheiden.

Schaubild 4

Zu- und Fortzüge Hamburgs aus bzw. nach den Randkreisen*) 1950 bis 1973



Wanderungsverflechtung Hamburgs mit den Randkreisen (Summe aus den Jahren 1969 bis 1973)

Gebiete 1)	Zuzüge nach Hamburg aus Kreis ...		Fortzüge aus Hamburg nach Kreis ...		Wanderungssaldo Hamburgs mit Kreis ...	
	absolut	Anteil an den Randkreisen insgesamt in %	absolut	Anteil an den Randkreisen insgesamt in %	absolut	Anteil an den Randkreisen insgesamt in %
	1	2	3	4	5	6
Hzt. Lauenburg	9 331	11,4	14 006	8,9	- 4 675	6,3
Stormarn	18 998	23,1	34 038	21,8	-15 040	20,3
Segeberg	12 743	15,5	27 519	17,6	-14 776	20,0
Pinneberg	21 244	25,8	37 003	23,7	-15 759	21,3
Randkreise in Schleswig-Holstein	62 316	75,8	112 566	72,0	-50 250	67,9
Stade	6 024	7,3	11 009	7,1	- 4 985	6,7
Harburg	13 903	16,9	32 664	20,9	-18 761	25,4
Randkreise in Niedersachsen	19 927	24,2	43 673	28,0	-23 746	32,1
Randkreise insgesamt	82 243	100	156 239	100	-73 996	100

1) Kreise nach jeweiligem Gebietsstand.

Aufnahmegebiete der ins Umland ziehenden Hamburger waren in erster Linie Kreise, in denen in großem Umfang Neubauwohnungen errichtet wurden und die zudem eine größere durchschnittliche Wohnfläche hatten, als die in Hamburg neuerstellten Wohnungen. Damit war ein besonderer Anreiz für Familien mit Kindern geschaffen worden.

2.23 Wanderungsbewegungen nach Entfernungszonen und Achsenräumen

Die aus Hamburg in das Umland ziehenden Einwohner wählen zumeist ihren neuen Wohnort in Zonen, in denen sich die Vorteile der Stadtferne, etwa freundliche Umweltbedingungen oder preisgünstige Wohnmöglichkeiten mit den Vorteilen der Stadtnähe, etwa die Erreichbarkeit der Arbeitsstätte oder der bedeutenden Infrastruktur- und Kultureinrichtungen verbinden lassen. Stärker als die räumliche spielt die zeitliche Entfernung von der Großstadt eine Rolle bei der Entscheidung für den neuen Wohnsitz. So zielten zu Anfang der 60er Jahre die Fortzüge aus Hamburg vorzugsweise in diejenigen Gemeinden, die Anschluß an die Nahverkehrswege hatten, d. h. die in den Achsenräumen lagen. Hauptziel waren dabei die Gemeinden der Achsenwurzeln. Mit steigender Motorisierung rückten auch die von den Schnellbahnlinien entfernten Räume zeitlich näher, so daß sich seit etwa Mitte der 60er Jahre auch die Achsenzwischenräume zum Aufnahmegebiet für einen Teil der abwandernden Hamburger entwickelten. Dies gilt vornehmlich für die nahe der Landesgrenze gelegenen Gemeinden. Mit der Auffüllung der stadtrandnahen Räume breiteten sich die Zielgebiete der fortziehenden Hamburger in zunehmend entfernteren Ringen um die Stadt aus, in den verkehrsmäßig weniger gut angebundenen Achsenzwischenräumen jeweils mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

2.3 Umlandwanderungen von Deutschen und Ausländern

Bei den Fortzügen in die an Hamburg angrenzenden sechs Kreise hatten die Deutschen stets einen besonders hohen Anteil; er belief sich 1973 auf 92,5%. In den Zuwanderungen aus den Umlandkreisen war zwar der Prozentsatz der Deutschen ebenfalls dominierend, doch lag der Ausländeranteil (1973 = 15%) beachtlich höher als bei den Fortzügen. Die absolute Zahl der aus den Randkreisen nach Hamburg gezogenen Ausländer übertraf im Jahr 1973 die Anzahl der in umgekehrter Richtung Gewanderten nur wenig und betrug jeweils um 2 600 Personen.

Diese Daten deuten darauf hin, daß manche Ausländer, deren Mobilität wohl überwiegend arbeitsplatzorientiert ist, sich zunächst im Umland niederlassen und zu ihren Arbeitsstätten nach Hamburg einpendeln und erst später— wenn sich entsprechende Wohnmöglichkeiten ergeben — nach Hamburg ziehen.

Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Fortzüge in die einzelnen Randkreise ist durchaus unterschiedlich; 1973 lag er zwischen etwa 11% bei Pinneberg und fast 6% bei Harburg. Der stark industrialisierte Randkreis Pinneberg übt offensichtlich auch auf

ausländische Arbeitnehmer eine große Anziehungskraft aus. An den Zuzügen nach Hamburg war der Ausländeranteil bei Harburg mit rd. 18% im Jahre 1973 besonders hoch und mit etwas mehr als 12% bei Segeberg von allen Umlandkreisen am niedrigsten.

2.4 Umlandwanderungen nach Erwerbstätigkeit und nach Alter

Annähernd 60% der aus Hamburg in die sechs Randkreise gewanderten Personen sind erwerbstätig. Diese Erwerbsquote liegt um rd. 14%-Punkte höher als bei der Hamburger Wohnbevölkerung. Daraus ergibt sich der Hinweis auf eine jüngere, stark im Erwerbsleben stehende Wanderungsbevölkerung.

Die Tatsache, daß bei den Zuzügen aus den Umlandkreisen nach Hamburg die Erwerbsquote (1973: 63%) noch höher ist als bei den Fortzügen, läßt eine starke Arbeitsplatzorientierung dieser Zuzüge vermuten. Zwischen den einzelnen Randkreisen ergeben sich zwar sowohl bei den Fortzügen als auch bei den Zuzügen gewisse Unterschiede in den Erwerbsquoten, doch sind diese nicht erheblich und vor allem mit der unterschiedlichen Altersstruktur der Wandernden zu erklären.

Die noch nicht (unter 15 Jahre) oder nicht mehr (65 Jahre und älter) erwerbsfähigen jungen und älteren Menschen hatten unter den aus Hamburg in die Umlandkreise Fortziehenden einen höheren Anteil, als bei den aus dem Umland nach Hamburg Zuziehenden. Auffallend ist, daß bei den Zuzügen die Altersgruppe der 16- bis unter 21jährigen einen erheblich höheren Anteil hat als bei den Fortzügen.

Gegenüber der Gesamtwanderung waren 1973 bei Fortzügen nach Lauenburg die älteren Menschen (9%) und nach Stade die Kinder und Jugendlichen (31%) überproportional vertreten. Bei den Zuzügen gibt es 1973 zwar unter den Herkunfts-Kreisen auch einige Unterschiede in der Altersstruktur, doch sind diese regional nicht so gravierend wie bei den Fortzügen.

3. Wanderungen nach Stadtteilen

3.1 Allgemeines

Neben den Wanderungen über die Stadtgrenze gehören auch die innerstädtischen Umzüge zu den Bevölkerungsvorgängen, die die Verteilung der Einwohner innerhalb der Stadt erheblich beeinflussen. Von 1961 bis 1973 sind im ganzen 2,273 Mio Personen in Hamburg umgezogen, das sind also rd. 1,2mal so viele Personen wie Hamburg Einwohner hat.

Die relative Umzugshäufigkeit — gemeint ist hier das Verhältnis von Wanderungen über die Landesgrenze zu den innerstädtischen Umzügen — ist abhängig von der Größe der verwaltungsmäßig abgegrenzten Kernstadt innerhalb des Verflechtungsgebietes. Je größer die Kernstadt, desto höher der Anteil der Umzüge zwischen den Stadtteilen; je kleiner der Anteil der Kernstadt, desto mehr Wanderungsanteil über die Grenzen. Diese These wird unterstützt durch einen Vergleich Hamburgs mit den ausgewählten Städten

Stuttgart und Frankfurt. In beiden Städten beträgt der Anteil der Kernstadtbewohner an den Einwohnern dieser ausgedehnten Stadtregionen jeweils knapp 40%, in Hamburg ist er dagegen mit 79% doppelt so hoch. Während in Stuttgart und Frankfurt die Um- und Fortzüge etwa die gleiche Größenordnung aufweisen, betragen in Hamburg die Umzüge das Zweifache der Fortzüge.

Die jährliche Zahl der Umzüge hat sich in Hamburg seit 1961 kaum verändert und schwankt um 170 000. Pro Jahr wechselte etwa jeder zehnte Einwohner innerhalb Hamburgs einmal die Wohnung. Diese hohe innerstädtische Mobilität bewirkte zusammen mit den Wanderungen über die Landesgrenze in verhältnismäßig kurzer Zeit große bevölkerungsmäßige Verlagerungen in den einzelnen Stadtteilen.

3.2 Die Hamburger Stadtteile, typisiert nach dem Wanderungssaldo von 1969 bis 1973

Die wanderungsbedingten Veränderungen der Bevölkerungszahl unterscheiden sich – prozentual gesehen – in fast allen Stadtteilen auffallend von der für die Stadt insgesamt errechneten Änderungsrate.

Im Durchschnitt der fünf Jahre von 1969 bis 1973 betrug der jährliche Wanderungsverlust für Hamburg im ganzen nur 0,1%. Demgegenüber ergab sich für 37²⁾ zumeist in der inneren Stadt gelegene Gebietsteile eine Bevölkerungsabwanderung von über 1% pro Jahr. Die höchsten Werte fanden sich in Hamburg-Altstadt (– 11%), im Hafengebiet (– 8%), in Kloster/Hammerbrook (– 7%) und in Billbrook (– 4%). Andererseits wiesen 16 vorwiegend an der Landesgrenze liegende Stadtteile einen jährlichen Wanderungsgewinn von mehr als einem Prozent auf; die Zuwanderungsüberschüsse erreichten in Hummelsbüttel 7%, in Jenfeld 6% und in Osdorf 4% der jeweiligen Bevölkerung. Der überhaupt höchste jährliche Wanderungsgewinn wurde mit 16% für den Neubau-Stadtteil Steilshoop ermittelt.

Um eine weitläufige Einzeldarstellung aller 87 Gebietseinheiten zu umgehen, sind die verschiedenen Gebietsteile zu drei Typen gruppiert worden. Gliederungskriterien sind dabei der Gesamtsaldo der Wanderungen sowie die beiden Teilsalden der Wanderungen mit anderen hamburgischen Gebietseinheiten und der Wanderungen über die Landesgrenze. Nach den positiven oder negativen Werten des Gesamtsaldos oder der beiden Teilsalden lassen sich folgende Typen von Gebietseinheiten bilden:

In den Gebietsteilen des Typs 1 entsteht ein negativer Gesamtsaldo durch hohe Abwanderungen in andere innerhamburgische Gebiete; die Wanderungen über die Landesgrenze erbringen hingegen einen leichten Überschuss.

In den unter Typ 2 zusammengefaßten Gebietsteilen ist der Gesamtsaldo der Wanderungen ebenfalls negativ. Doch treten hier sowohl

bei den innerstädtischen Umzügen als auch bei den Wanderungen über die Landesgrenze Verluste ein.

Die Gebietsteile des Typs 3 sind durch positive Salden der Gesamtwanderung gekennzeichnet, die insbesondere durch Zuzugsüberschüsse aus anderen hamburgischen Gebieten hervorgerufen werden. Der Saldo der Wanderungen über die Landesgrenze ist positiv oder nur leicht negativ.

Die räumliche Verteilung der drei Typen von Gebietseinheiten zeigt *Schaubild 5*. In einigen wenigen Fällen – vergl. Fußnote des Schaubildes – entsprechen die Stadtteilsalden nicht exakt dem vorgegebenen Gliederungsschema; diese Stadtteile sind dem Typ zugeordnet, dem sie am nächsten stehen.

Der Typ 1 (Wanderungsverluste insgesamt und bei den innerstädtischen Umzügen, aber Überschüsse aus Zuwanderungen von außerhalb Hamburgs) umfaßt 25 Gebietseinheiten mit 522 000³⁾ Einwohnern. Die Gebiete erstrecken sich vom Süden Bergedorfs über die nördlichen Teile des Bezirks Harburg sowie die daran anschließenden Teile des Bezirks Hamburg-Mitte nach Norden über Neustadt, St. Pauli, das Kerngebiet von Eimsbüttel bis nach Winterhude und Groß Borstel.

Für einige Teile dieses Gebiets ist kennzeichnend, daß sich Gewerbebetriebe des auf eine zentrale Lage angewiesenen tertiären Sektors in Gegenden ansiedeln, die bislang für Wohnzwecke genutzt wurden; dies führt z. T. zu einer Verdrängung der eingesessenen Wohnbevölkerung. In anderen Teilen des oben abgegrenzten Gebiets werden Wohnungen wegen ihres geringeren Wohnwertes von der deutschen Bevölkerung aufgegeben. Hier handelt es sich zumeist um Wohnungen, die vor 1918 oder zwischen den Weltkriegen errichtet wurden und deren Ausstattung nicht immer den heutigen Komfortansprüchen genügt. Da die Mieten vergleichsweise niedrig und die Wohnungen wegen ihrer zentralen und damit auch vielfach arbeitsplatznahen Lage in anderer Weise attraktiv sind, haben diese Wohnungen zunehmendes Interesse bei ausländischen Arbeitnehmern gefunden. Der Anteil der Ausländer an den Einwohnerzahlen der betreffenden Stadtteile ist folglich außerordentlich angestiegen⁴⁾. Beispielsweise hat in St. Pauli mehr als jeder fünfte, in St. Georg mehr als jeder vierte und in Kloster/Hammerbrook nahezu jeder dritte Einwohner nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Für Billbrook wurde eine Ausländerquote von 40% ermittelt.

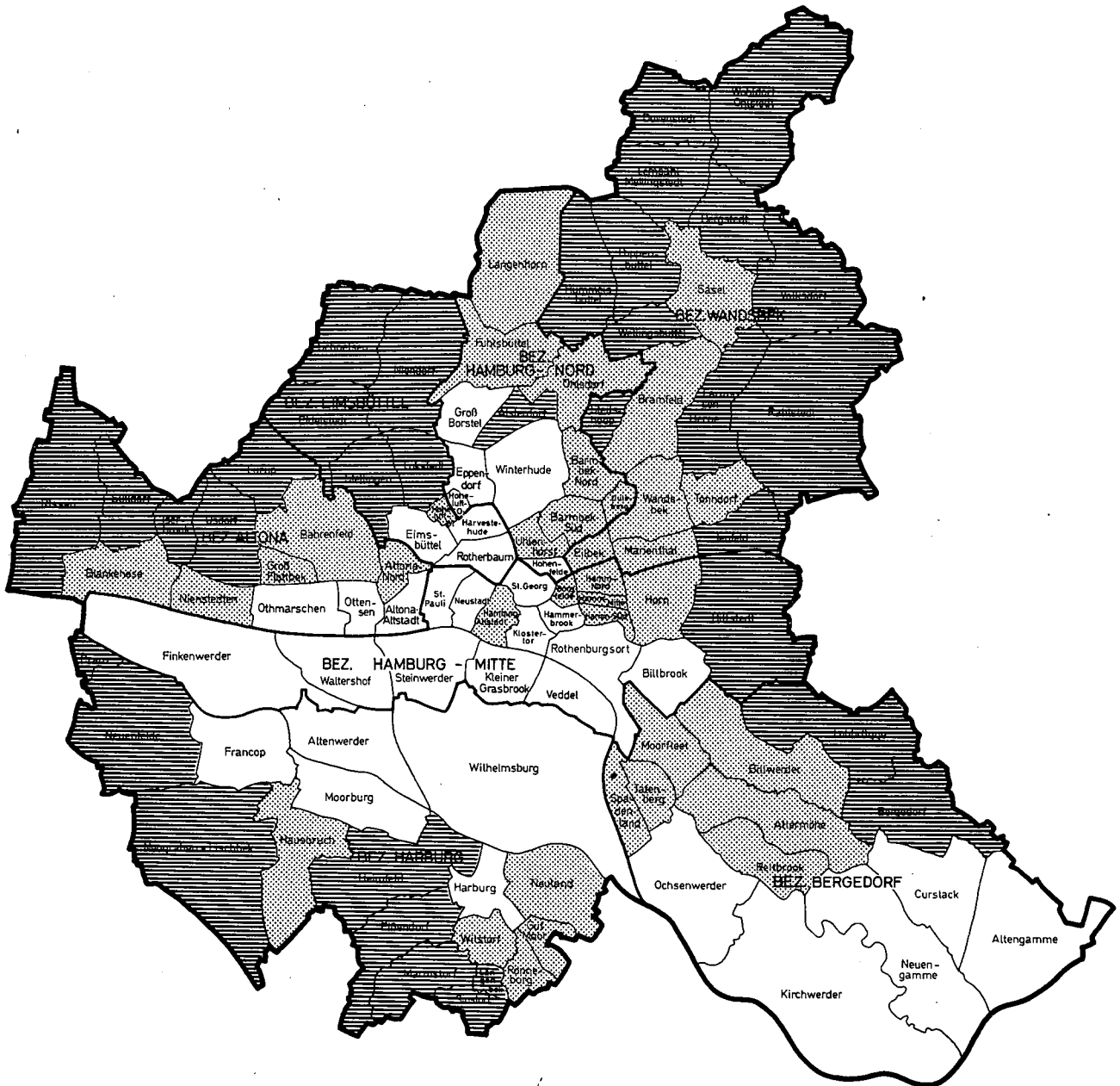
Die Gebietsteile des zweiten Typs (Wanderungsverluste durch innerstädtische und außerhamburgische Fortzugsüberschüsse), zu dem 29 Einheiten mit 624 000³⁾ Einwohnern gehören, breiten sich als – wenn auch unterbrochener – Ring um die oben beschriebenen Gebiete des Typs 1 aus. Die Stadtteile des Typs 2 enthalten zum einen qualifizierte Wohngegenden mit einem hohen Anteil größerer Ein- und Zweifamilienhäuser – wie beispielsweise Blankenese,

²⁾ Die folgenden Darlegungen gehen von einer Einteilung des Stadtgebiets in 87 Gebietseinheiten aus, da von den insgesamt 104 Stadtteilen einige mit sehr kleinen Einwohnerzahlen zu Gebietsteilen mit mindestens 2000 Einwohnern zusammengefaßt wurden. Betroffen sind nur Stadtteile in den Bezirken Hamburg-Mitte, Bergedorf und Harburg.

³⁾ durchschnittliche Bevölkerung der Jahre 1969 bis 1972.

⁴⁾ vgl. hierzu Hamburg in Zahlen, Heft 9/1974, S. 276

Stadtteilstypen nach Wanderungssalden



Stadtteilstyp *)	Kennzeichnung	Wanderungssaldo im Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1973		
		insgesamt	aus Umzügen innerhalb Hamburgs	aus Zu- und Fortzügen über die Landesgrenze
1		negativ	negativ	positiv
2		negativ	negativ	negativ
3		positiv	positiv	positiv oder negativ

*) Dem Typ 1 sind auch die Stadtteile Groß Borstel und Wilhelmsburg mit geringfügig positivem Gesamtsaldo zugeordnet. Typ 2 schließt die Stadtteile Hamm-Mitte, Barmbek-Süd, Marienthal, Bramfeld, Sasel und Hausbruch mit jeweils leicht positivem Saldo der innerstädtischen Umzüge ein. Der Stadtteil Niendorf mit einem geringfügig negativen Gesamtsaldo, aber deutlichen Gewinnen aus innerstädtischen Umzügen ist als Typ 3 nachgewiesen.

Nienstedten, Groß Flottbek, Sasel und Marienthal – und zum anderen dichter bebaute Gebiete wie etwa in Horn, Hamm, Barmbek und Wandsbek. Die Tendenz zur Steigerung des Wohnflächenbedarfs und zur Verringerung der Bevölkerungsdichte tritt hier klar zutage, weil sie nicht durch Zuzüge in kürzlich erstellte größere Neubaukomplexe oder durch eine nennenswerte Zuwanderung von Ausländern verdeckt wird.

Zu den Gebieten des Typs 3 (generell mehr Zuzüge als Fortzüge) zählen 33 Stadtteile mit 658 000⁵⁾ Einwohnern. Von Teilen der Bezirke Bergedorf und Harburg abgesehen, sind die meisten Stadtteile an der Landesgrenze sowie Stellingen, Lokstedt, Alsterdorf, Steilshoop und Farmsen-Berne diesem Typ zuzuordnen. Der Wohnungsbestand der Stadtteile mit Zuzugsüberschüssen insbesondere aus anderen hamburgischen Gebieten ist in aller Regel zu mehr als 10% erst in den letzten Jahren erstellt worden. Höchstwerte erreichen die Anteile von Neubauwohnungen am gesamten Wohnungsbestand des jeweiligen Stadtteils mit 76% in Steilshoop sowie mit 41% in Hummelsbüttel und Jenfeld. In Billstedt, Osdorf, Eidelstedt, Schnelsen und Langenbek betragen die Anteile der nach 1969 neu errichteten Wohnungen rund ein Fünftel

⁵⁾ s. Fußnote *) auf Seite 73.

aller Wohnungen. Die Zuzugsüberschüsse dieser Gebiete erklären sich somit unmittelbar durch die Fertigstellung und den Bezug größerer Neubaukomplexe.

Die innerhamburgischen Bevölkerungsveränderungen der letzten Zeit können demnach durch folgende Tendenzen charakterisiert werden:

- Die Umwandlung von Wohnungen in Büros und die Aufgabe qualitativ unzureichender Wohnungen durch die bisherigen Bewohner führen zu einer Verminderung der Einwohnerzahlen in den Innenstadt- und innenstadtnahen Gebieten.
- Der Fortzug der deutschen Bevölkerung aus diesen Stadtgebieten wird zum Teil durch den Zuzug von Ausländern kompensiert, deren Anteil an den Einwohnerzahlen der betreffenden Stadtteile rapide zugenommen hat.
- Gleichzeitig registrieren infolge reger Neubauproduktionen fast alle am Stadtrand liegenden hamburgischen Gebiete eine deutliche Steigerung der Einwohnerzahlen.

Dieter Buch/Jens Gerhardt/Joachim Müller/Detlef Schmidt/Hans Georg Wollenhaupt

Anhangtabelle

Strukturdaten der Hamburger Stadtteile (87 Gebietseinheiten)

Gebietseinheiten	Einwohner im September 1973 1)		Wanderungssaldo pro Jahr und 1000 Einwohner aus dem Durchschnitt 1969 bis 1973			Stadtteils- Typ (vgl. Schaubild 5)	Wohnungs- bestand Ende 1973	Neugebaute Wohnungen 1969 bis 1973 in % von Sp.7
	insgesamt	darunter Ausländer in %	insgesamt	aus	aus			
				Umzügen innerhalb Hamburgs	Wanderungen über die Landesgrenze			
1	2	3	4	5	6	7	8	
Hamburg-Altstadt	2 768	12,2	- 110,4	- 97,2	- 13,2	2	1 321	0,
Neustadt	14 143	13,9	- 38,1	- 49,5	11,4	1	6 157	1,3
St. Pauli	32 397	20,6	- 9,6	- 34,6	25,0	1	12 613	4,4
St. Georg	12 689	25,6	- 4,4	- 46,2	41,8	1	4 636	0,3
Kloster- tor-Hammerbrook	2 546	29,6	- 69,7	- 94,6	25,0	1	781	1,3
Borgfelde	7 825	6,5	- 22,0	- 14,1	- 7,9	2	3 671	5,4
Hamm-Nord	28 761	3,0	- 18,1	- 5,5	- 12,5	2	13 924	0,7
Hamm-Mitte	12 045	4,5	- 3,2	- 1,5	- 4,7	2	5 343	3,3
Hamm-Süd	4 652	4,6	- 13,9	- 12,8	- 1,1	2	1 569	3,8
Horn	47 952	4,9	- 8,6	- 3,7	- 5,0	2	18 840	4,3
Billstedt	59 095	5,1	- 39,7	- 40,9	- 1,2	3	21 915	26,4
Billbrook	4 309	40,4	- 39,1	- 91,1	52,0	1	1 120	16,4
Rothenburgsort	10 730	9,3	- 19,1	- 20,0	0,8	1	3 733	2,5
Veddel	5 181	13,6	- 11,9	- 20,7	8,8	1	2 238	0,1
Hafen 2)	2 905	12,4	- 81,3	- 87,5	6,2	1	945	0
Pinkenwerder	13 947	6,3	- 27,7	- 43,7	15,9	1	4 712	2,9
Hamburg-Mitte zusammen	261 987	9,6	.	.	.	-	103 518	7,9
Altona-Altstadt	30 804	14,1	- 17,1	- 26,4	9,3	1	12 881	6,4
Altona-Nord	23 326	8,4	- 16,2	- 14,4	- 1,8	2	9 806	3,8
Ottensen	37 120	12,5	- 10,4	- 18,1	- 7,7	1	15 516	0,5
Bahrenfeld	30 459	5,9	- 12,7	- 8,1	- 4,6	2	12 055	7,6
Groß Flottbek	12 572	7,0	- 11,9	- 9,3	- 2,6	2	4 636	5,1
Othmarschen	12 012	8,8	- 5,6	- 10,6	5,0	1	4 579	7,7
Lurup	36 368	3,7	15,1	22,8	- 7,7	3	11 920	18,7
Osdorf	30 589	3,4	41,0	47,7	- 6,6	3	11 554	27,5
Nienstedten	7 347	7,5	- 12,1	- 11,8	- 0,3	2	2 736	5,5
Blankenese	15 798	6,5	- 19,5	- 12,4	- 7,2	2	6 255	6,6
Iserbrook	11 953	2,7	5,7	9,7	- 4,1	3	4 547	11,7
Sülldorf	8 507	2,4	26,8	29,2	- 2,4	3	3 314	20,0
Rissen	12 832	4,6	30,6	26,1	4,5	3	5 271	16,7
Bezirk Altona zusammen	269 687	7,3	.	.	.	-	105 070	10,3
Eimsbüttel	72 048	9,1	- 14,7	- 15,8	1,1	1	31 847	1,6
Rotherbaum	20 604	17,2	- 24,0	- 46,7	22,7	1	8 148	7,2
Harvestehude	21 977	9,8	- 19,3	- 25,1	5,8	1	9 761	4,5
Hoheluft-West	16 738	6,5	- 14,1	- 12,7	- 1,3	2	7 145	2,2
Lokstedt	21 760	5,8	0,1	6,3	- 6,2	3	9 259	9,3
Riendorf	36 867	3,7	- 0,2	8,7	- 8,9	3	14 104	10,2
Schnelsen	17 722	5,6	34,1	37,5	- 3,4	3	6 988	24,6
Eidelstedt	31 785	5,5	28,2	26,4	1,8	3	12 331	20,1
Stellingen	25 774	5,7	20,3	11,1	9,2	3	10 928	19,0
Bezirk Eimsbüttel zusammen	265 275	7,6	.	.	.	-	110 511	9,3
Hoheluft-Ost	12 793	8,1	- 13,1	- 14,8	1,7	1	5 643	0,8
Eppendorf	29 040	7,3	- 10,4	- 14,1	3,8	1	12 414	1,4
Groß Borestel	13 004	5,6	2,5	- 4,6	7,1	1	3 938	10,9
Alsterdorf	15 028	6,7	29,3	22,7	6,6	3	5 075	6,2
Winterhude	61 127	6,6	- 18,0	- 19,8	1,8	1	28 663	3,1
Uhlenhorst	20 635	8,0	- 3,7	- 1,9	- 1,9	2	9 328	3,0
Hohenfelde	10 457	8,8	- 20,4	- 24,9	4,4	1	4 993	3,5
Barmbek-Süd	43 068	4,3	- 4,4	- 4,2	- 8,6	2	18 882	2,5
Dulsberg	21 969	3,0	- 15,5	- 7,9	- 7,5	2	11 027	1,3
Barmbek-Nord	49 704	3,0	- 16,1	- 9,3	- 6,8	2	24 694	1,0
Ohlsdorf	16 470	3,3	- 9,4	- 4,1	- 5,2	2	7 360	2,9
Fuhlsbüttel	14 743	3,9	- 19,2	- 7,8	- 11,4	2	6 501	8,9
Langenhorn	44 465	3,4	- 12,3	- 0,5	- 11,7	2	16 500	8,2
Hamburg-Nord zusammen	352 503	5,1	.	.	.	-	155 018	3,4
Eilbek	25 158	3,5	- 19,0	- 9,5	- 9,5	2	11 761	2,1
Wandsbek	38 228	5,1	- 8,0	- 5,5	- 2,6	2	16 340	7,0
Marienthal	13 160	4,7	- 0,0	8,1	- 8,1	2	5 200	8,2
Jenfeld	24 038	3,4	59,1	57,7	1,4	3	8 353	41,1
Tonndorf	14 931	4,6	- 14,8	- 9,6	- 5,1	2	5 840	10,1
Farmser-Berne	32 690	3,0	6,2	11,5	- 5,4	3	11 632	12,2
Bramfeld	54 668	3,0	- 5,4	0,5	- 5,9	2	22 091	10,2
Steilshoop	12 444	3,7	161,7	148,0	13,8	3	5 145	76,3
Wellingsbüttel	9 911	3,7	5,9	9,0	- 3,1	3	3 764	12,9
Sasel	19 153	2,5	- 4,4	2,7	- 7,2	2	6 974	9,4
Poppenbüttel	17 212	3,5	9,4	14,4	- 5,1	3	5 963	13,0
Hummelsbüttel	11 150	3,4	72,6	68,4	4,2	3	3 857	41,1
Lemsahl-Mellingstedt	3 618	4,7	5,1	0,1	5,0	3	1 177	12,1
Duvenstedt	3 718	2,3	8,7	15,7	- 7,0	3	1 222	12,1
Wohldorf-Ohlstedt	3 891	1,9	1,5	8,2	- 6,7	3	1 287	9,8
Bergstedt	7 948	2,2	17,2	20,3	- 3,2	3	2 650	10,6
Volkendorf	16 270	2,6	6,8	8,3	- 1,5	3	5 757	11,1
Rahlstedt	88 093	3,3	14,2	17,7	- 3,6	3	32 206	18,1
Bezirk Wandsbek zusammen	396 281	3,4	.	.	.	-	151 219	15,9
Lohbrügge	38 921	2,9	4,4	10,8	- 6,4	3	14 700	11,5
Bergedorf	33 009	4,8	33,3	28,9	4,3	3	11 692	14,7
Bergedorf-Ost 3)	7 805	3,5	- 10,4	- 12,2	1,8	1	2 346	7,9
Bergedorf-Süd 4)	10 038	1,7	- 3,2	- 5,0	1,8	1	3 046	9,6
Bergedorf-West 5)	6 780	3,7	- 34,1	- 25,6	- 8,5	2	3 389	36,9
Bezirk Bergedorf zusammen	96 553	3,5	.	.	.	-	35 173	14,6
Harburg	25 789	12,9	- 21,3	- 27,0	5,7	1	10 735	2,1
Harburg-Ost 6)	3 814	9,3	- 14,5	- 13,2	- 1,3	2	1 170	10,0
Wilstorf	17 368	3,5	- 16,1	- 3,3	- 12,8	2	7 090	3,1
Langenbek	3 345	1,3	6,5	17,6	- 11,1	3	1 276	27,0
Sinstorf	3 099	6,7	1,6	2,6	- 1,0	3	1 108	3,3
Marmstorf	10 115	2,1	12,8	21,8	- 9,1	3	3 788	10,8
Eißendorf	23 701	2,7	4,8	10,3	- 5,5	3	9 060	9,5
Heimfeld	23 042	7,3	8,9	13,5	- 4,6	3	9 029	2,6
Wilhelmsburg	51 004	11,9	2,2	4,4	6,7	1	18 196	6,5
Hafenerweiterung 7)	4 119	15,9	- 1,0	- 11,7	10,7	1	1 344	8,3
Hausbruch	11 237	3,3	4,0	8,2	- 12,2	2	3 851	5,8
Neugraben-Fischbek	26 393	2,3	5,5	16,3	- 10,8	3	8 828	14,6
Cranz-Neuenfelde	5 861	15,5	7,3	7,0	0,3	3	1 672	15,8
Bezirk Harburg zusammen	208 887	7,5	.	.	.	-	77 147	7,1
Hamburg insgesamt	1 851 173	6,3	- 0,9	0,0	- 0,9	-	737 656	9,4

1) Auszählung aus der Einwohnerkartei.- 2) Stadtteile Kl. Grasbrook, Steinwerder und Waltersdorf.- 3) Curslack, Altengamme, Neungamme.-
4) Kirchwerder, Ochsenwerder.- 5) Reitbrook, Allermöhe, Billwerder, Moorfleet, Tatenberg, Spadenland.- 6) Neuland, Gut Moor, Rönneburg.-
7) Altenwerder, Moorburg, Francop.

Untermieter in Hamburg

– Ergebnisse der 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 –

Anzahl und Anteil der Untermieterhaushalte seit 1950 erheblich zurückgegangen

Seit Ende des 2. Weltkrieges sind in Hamburg etwa 516 000 Wohnungen gebaut worden; zieht man hiervon den Abgang durch Abbruch, Brand usw. ab, so verbleibt ein Nettozugang von rd. 490 000 Wohnungen von Mai 1945 bis Ende 1974. Diese beachtliche Bauleistung hat mit dazu beigetragen, daß die Mehrzahl derjenigen Untermieter, die eine selbständige Wohnung anstreben, hiermit auch versorgt werden konnte.

Während im September 1950 von den rd. 635 000 Haushalten noch beinahe 40% (= fast 250 000 Haushalte) als Untermieter gezählt wurden, verringerte sich dieser Anteil bis zum Juni 1961 auf knapp 20%, etwa 145 000 Untermieterhaushalte. In rund zehn Jahren konnte mithin der Anteil der Untermieter an allen Haushalten halbiert und ihre absolute Zahl um etwas mehr als 100 000 vermindert werden.

Die neuesten Angaben über Untermieter stammen aus der 1%-Wohnungsstichprobe, die im April 1972 durchgeführt wurde. Hiernach gaben noch 8% der Haushalte an, in Untermiete zu wohnen, was einer Zahl von rd. 64 000 Haushalten entsprach.

Tabelle 1

Haushalte in Wohnungen in Gebäuden und Unterküften nach dem Wohnverhältnis
– 1%-Wohnungsstichprobe 1972 –

Wohnverhältnis	absolut in 1000	%
Hauptmieter	610,5	76,1
Eigentümer	127,4	15,9
Untermieter	64,1	8,0
I n s g e s a m t	802,0	100

Wenn auch sicher noch manche Untermieterhaushalte eine selbständige Wohnung anstreben, so ist doch der größere Teil von ihnen „freiwillig“ Untermieter und will es aus verschiedenen Gründen auch bleiben, solange sich an dem gegenwärtigen persönlichen Status (Familienstand, Beruf, soziale Stellung u. a.) nichts ändert. Aus den Ergebnissen der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 lassen sich über die Struktur der Untermieterhaushalte einige interessante Aussagen machen, die diese Ansicht stützen. Bei dieser Strukturdarstellung wird von den 60 000 Untermieterhaushalten in Wohnungen in Gebäuden ausgegangen, weil hier die zahlenmäßige Besetzung auch bei einer Aufgliederung noch sichere Aussagen zuläßt, was bei der kleinen Zahl von rd. 4 000 Untermieter-

haushalten in Wohnungen in Unterküften¹⁾ wegen des zu erwartenden Stichprobenfehlers nicht mehr der Fall ist.

Untermieterhaushalte mit einer Person überwiegen

Während von den Haushalten in Wohnungen in Gebäuden insgesamt nur etwa 36% Einpersonenhaushalte sind, beläuft sich der entsprechende Anteil bei den Untermietern auf 83%. Das bedeutet, daß knapp 50 000 Untermieterhaushalte aus nur einer Person bestehen. Von diesen sind etwas weniger als die Hälfte – nämlich 23 000 – Frauen. Der durchschnittliche Anteil von 83% Einpersonenhaushalten wird bei den Nichterwerbstätigen, zu denen sowohl die Rentner und Pensionäre als auch die Schüler und Studenten zählen, weit überschritten; hier bestehen gut 91% der Untermieterhaushalte aus nur einer Person. Etwas unter dem Durchschnitt liegen mit 80% die Haushalte der Beamten und Angestellten, während bei den Arbeitern nur 75% Einpersonenhaushalte sind:

Zu entsprechenden absoluten Größenordnungen gelangt man, wenn die Untermieterhaushalte nach dem Familienstand des Haushaltsvorstandes untergliedert werden. Etwa 8 000 von den 60 000 Haushaltsvorständen gaben an, verheiratet zu sein und mit dem Ehepartner zusammen zu leben. Von den verbleibenden rd. 52 000 Untermieterhaushalten, bei denen als Familienstand ledig (33 100), verwitwet (8 500), geschieden (7 400) oder verheiratet, aber getrennt lebend (3 000), ermittelt wurde, bestand der weitaus überwiegende Anteil aus nur einer Person – worauf der Familienstand auch schon hindeutet. Nur in etwa 2 000 dieser Untermieterhaushalte leben mehrere Personen, etwa ein Elternteil mit Kind bzw. Kindern.

Bei den ledigen Untermietern handelt es sich durchaus nicht nur um jüngere Menschen, die keine bzw. noch keine Familie gegründet haben und die sich z. T. noch in einer Ausbildung befinden und daher den Un-

Tabelle 2

Haushalte in Wohnungen in Gebäuden nach Alter des Haushaltsvorstandes und nach dem Wohnverhältnis
– 1%-Wohnungsstichprobe 1972 –

Alter — Jahre	Hauptmieter		Eigentümer		Untermieter		Zusammen	
	absolut in 1000	%	absolut in 1000	%	absolut in 1000	%	absolut in 1000	%
unter 30	69,6	11,4	.	.	26,0	43,3	99,2	12,7
30 bis unter 40	108,7	17,9	19,3	17,3	11,4	19,0	139,4	17,9
40 " " 65	250,6	41,2	56,6	50,8	11,0	18,3	318,2	40,8
65 und mehr	179,0	29,5	32,0	28,7	11,6	19,3	222,6	28,6
I n s g e s a m t	607,9	100	111,5	100	60,0	100	779,4	100

¹⁾ Zu den Unterküften zählen ständig bewohnte Behelfsheime, Baracken, Bretterbuden, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunker, Wohnwagen, außer Dienst gestellte Schiffe, Waggonen und sonstige Fahrzeuge sowie Gebäudereste (Ruinenkeller); außerdem Wochenend-/Ferienhäuser unter 50 qm Fläche.

termieterstatus meist nur als ein „Übergangsstadium“ ansehen: Unter 30 Jahre alt waren von den 33 100 ledigen Haushaltsvorständen 21 300 oder fast zwei Drittel. Bei dem restlichen Drittel dürfte es sich überwiegend um solche Menschen handeln, die auch weiterhin als Alleinstehende in Untermiete wohnen wollen, vielleicht weil sie gleichzeitig eine Betreuung und Versorgung genießen.

Die Altersgliederung bei den Untermietern zeigt ein anderes Bild als bei den Hauptmietern und den Eigentümern. Bei den Untermietern ist ein eindeutiger Schwerpunkt in der Altersgruppe „unter 30 Jahre“ mit etwa 43% aller Haushalte zu erkennen. Die Anteile der nächsthöheren Altersgruppe – „30 bis unter 40 Jahre“ – weichen bei den verschiedenen Wohnverhältnissen nicht wesentlich voneinander ab. Haushaltsvorstände im Alter von „40 bis unter 65 Jahre“ und „65 Jahre und älter“ hatten bei den Untermietern jeweils etwa gleiche Anteile wie bei der Altersgruppe „30 bis unter 40 Jahre“ – nämlich beinahe 20% –, während für Hauptmieter und Eigentümer bei den 40- bis unter 65jährigen Haushaltsvorständen die stärkste Besetzung zu finden ist. Insgesamt gesehen waren die Haushaltsvorstände der Untermieter in den beiden ersten Altersgruppen („bis unter 30 Jahre“ und „30 bis unter 40 Jahre“) mit 26,2% bzw. 8,2% aller Haushaltsvorstände der entsprechenden Altersgruppe – bei einem durchschnittlichen Anteil von 7,7% – überproportional vertreten.

Nach der sozialen Stellung ergeben sich naturgemäß große Unterschiede im Alter der Untermieter. Überdurchschnittliche Anteile der Altersgruppe „bis unter 30 Jahre“ sind erwartungsgemäß bei den Schülern und Studenten (94%) zu finden, während bei den Beamten und Angestellten 51% und bei den Arbeitern nur 47% der Haushaltsvorstände zu dieser Altersgruppe rechnen (Gesamtdurchschnitt 43%). Die Untermieterhaushalte der Rentner und Pensionäre gehören zu etwa 80% zur Altersgruppe „65 und mehr Jahre“, auf die im Gesamtdurchschnitt nur knapp 20% aller Untermieter entfielen.

Schüler und Studenten sowie Arbeiter am häufigsten Untermieter

Ein Drittel aller Haushalte von Schülern und Studenten und jeder zehnte Arbeiterhaushalt wohnen zur Untermiete. Diese beiden sozialen Gruppen sind bei den Untermieterhaushalten überproportional vertreten, wenn sie auch ihrer absoluten Zahl nach – 7 000 Haushalte von Schülern und Studenten und 18 000 Arbeiterhaushalte – nicht an der Spitze stehen. Das sind vielmehr die 18 300 Untermieterhaushalte der Beamten und Angestellten. Auch die Zahl der Haushalte von Rentnern und Pensionären, die in Untermiete wohnen, ist mit 12 500 beachtlich hoch.

Ein Grund dafür, daß bei den Untermietern die Arbeiterhaushalte überdurchschnittlich vertreten sind, ist in dem hohen Anteil der Untermieterhaushalte mit nicht-deutschem Haushaltsvorstand – also überwiegend Gastarbeiter – zu finden. Während bei den Haushalten insgesamt nur in etwa 4% der Fälle ein nicht-deutscher Haushaltsvorstand ermittelt wurde, stellte

Tabelle 3

Haushalte in Wohnungen in Gebäuden nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes und nach dem Wohnverhältnis – 1%-Wohnungsstichprobe 1972 –

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Hauptmieter		Eigentümer		Untermieter		Zusammen	
	absolut in 1000	%	absolut in 1000	%	absolut in 1000	%	absolut in 1000	%
Selbständiger	36,2	6,0	19,4	17,4	.	.	57,6	7,4
Beamter/ Angestellter	193,7	31,9	38,6	34,6	18,3	30,5	250,6	32,2
Arbeiter	145,9	24,0	13,5	12,1	18,0	30,0	177,4	22,8
Nichterwerb- stätiger darunter Rentner/ Pensionäre	232,1	38,2	40,0	35,9	21,7	36,2	293,8	37,7
Schüler/ Student	203,4	33,5	32,3	29,0	12,5	20,8	248,2	31,8
	13,4	2,2	.	.	7,0	11,7	21,2	2,7
Insgesamt	607,9	100	111,5	100	60,0	100	779,4	100

sich der entsprechende Anteil bei den Untermietern auf fast 20%. Der relativ große Untermieteranteil bei Schülern und Studenten dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die vielfältigen Bildungseinrichtungen in Hamburg – Universität, Hochschulen für Wirtschaft und Politik, für Musik und darstellende Kunst, für bildende Kunst, Fachhochschule – nicht nur von Hamburgern besucht werden, sondern überwiegend sogar von Nicht-Hamburgern, von denen ein Teil für die Zeit des Studiums vorübergehend in Hamburg zur Untermiete wohnt. Nur 14 812 von 33 120 Studenten – das sind rd. 45% – gaben im Sommersemester 1972 als ständigen Wohnsitz „Hamburg“ an (von der Gesamtzahl der Studenten waren 2 115 Ausländer).

Fast drei Viertel der Untermieter bewohnen nur einen Raum

Von den 60 000 Untermieterhaushalten wohnen 43 600 – das sind etwa 73% – in nur einem Raum, und weitere 10 500 Haushalte (rd. 18%) haben zwei Räume zu ihrer Verfügung. Der Rest lebt zum größten Teil in mehrfach belegten Räumen, d. h., es wohnen mehrere Untermieterhaushalte in den gleichen Räumen. Nur wenige Untermieter verfügen über drei und mehr Räume. Da Untermieter in mehrfach belegten Räumen überwiegend bei männlichen Einpersonenhaushalten von Arbeitern ermittelt wurden, ist der Schluß erlaubt, daß es sich hier in den meisten Fällen um Gastarbeiter handelt.

Höher als bei den Untermieterhaushalten insgesamt ist naturgemäß der Anteil derjenigen, die nur einen Raum bewohnen, bei den Einpersonenhaushalten: er beträgt 81%. Andererseits verfügen aber auch rd. 11% dieser Haushalte über 2 Räume. Für verschiedene soziale Gruppen ergeben sich folgende Anteile von Haushalten, die nur einen Raum bewohnen:

von den Arbeiterhaushalten	67%
von den Beamten- und Angestelltenhaushalten	73%
von den Nichterwerbstätigenhaushalten	80%
und darunter von den Schüler- und Studentenhaushalten	84%

Der verhältnismäßig geringe Anteil bei den Arbeiterhaushalten ist – wie schon erwähnt – darauf zurückzuführen, daß hier eine relativ hohe Zahl von Haushalten in mehrfach belegten Räumen ermittelt wurde. Die hohen Anteile unter den Nichterwerbstätigen – und hier insbesondere bei den Schülern und Studenten – dürften wohl insbesondere darin begründet sein, daß es sich überwiegend um Einpersonenhaushalte handelt und außerdem aus finanziellen Gründen weitere Räumlichkeiten nicht gemietet werden können.

Durchschnittliche monatliche Untermiete: DM 107

Nach den Verhältnissen zur Zeit der Befragung – Frühjahr 1972 – betrug die Durchschnittsmiete für alle Untermietverhältnisse DM 107, wobei allerdings eine erhebliche Streuung der Untermietbeträge festzustellen ist. Die prozentualen Anteile für die einzelnen erfaßten Mietpreisgruppen ergaben folgendes Bild:

unter DM 60	11,3%
DM 60 bis unter DM 100	19,0%
DM 100 bis unter DM 150	25,3%
DM 150 bis unter DM 200	18,8%
DM 200 und mehr	10,5%
mietfrei	15,0%

Auffallend ist, daß etwa jeder siebente Untermieterhaushalt mietfrei wohnte, wobei es sich z. T. um Verwandte des Hauptmieters oder Eigentümers handeln dürfte und z. T. auch die Untermiete durch Dienstleistungen verschiedener Art abgegolten wird.

Die geringste durchschnittliche Untermiete (DM 60) zahlten Rentner und Pensionäre. Etwas unter dem gesamten Durchschnitt lagen auch die Untermieten bei Arbeitern mit DM 106, wobei allerdings die Untermieter mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand, die ebenfalls überwiegend Arbeiter sein dürften, einen Betrag von durchschnittlich DM 119 zahlen mußten. An der Spitze der Skala für die Untermiete sind Beamte und Angestellte mit DM 136 zu finden, überraschenderweise gefolgt von Schülern und Studenten, bei denen die Monatsmiete DM 131 betrug. Dieser relativ hohe Betrag ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß es sich hier vielfach um Fälle „möblierter Untermiete“ handelt, während bei den anderen Gruppen in

größerem Maße unmöblierter Wohnraum gemietet wird.

Nur knapp ein Drittel der Untermieter suchen eine selbständige Wohnung

Ein wesentlicher Teil der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 befaßte sich mit der Frage nach den Wünschen und Absichten der Haushalte hinsichtlich eines Wohnungswechsels. Aus diesem Teil der Befragung sind auch einige wenige Aussagen über Untermieter möglich.

Den Wunsch nach einer eigenen, selbständigen Wohnung äußerten rund ein Drittel aller Untermieter; von diesen streben rd. 90% ein Hauptmietverhältnis an, und die restlichen 10% wollen gern in eine Eigentümerwohnung (Eigentumswohnung oder eigenes Haus) ziehen. Daneben haben noch etwa 4% der Untermieter die Absicht geäußert, die Wohnung zu wechseln, aber dann auch wieder erneut ein Untermietverhältnis einzugehen, und weitere knapp 5% streben eine Unterbringung in einem Heim an, wollen ins Ausland verziehen bzw. als Haushaltsmitglied in eine Wohnung aufgenommen werden.

Fast die Hälfte aller Untermieter mit Wohnungswunsch nannten das Streben nach einer eigenen Wohnung, nach eigenem Haus oder nach eigener Haushaltsführung als den wichtigsten Grund für den beabsichtigten Wechsel aus dem Untermietverhältnis heraus. Etwa 17% dieser Untermieter finden die jetzige Wohnung zu klein und möchten deshalb eine andere, größere Wohnung beziehen. Als Hauptgrund für die vorgesehene Aufgabe ihres Untermietverhältnisses nannten weitere 14% eine bevorstehende Eheschließung.

Aus dieser kurzen Übersicht wird deutlich, daß nur ein Teil – nämlich rund ein Drittel – der Untermieter in Hamburg eine selbständige Wohnung suchen und damit als sog. „Wohnungsbedarfsträger“ in Frage kommen, wobei noch nicht einmal bekannt ist, ob die gesuchte Wohnung innerhalb oder vielleicht sogar außerhalb Hamburgs liegen soll. Es wollen oder können durchaus nicht alle Untermieter ihr Wohnverhältnis ändern, so daß auch in Zukunft und bei einer ausreichenden Leerwohnungsreserve immer mit einer beträchtlichen Zahl von Untermietern in Hamburg gerechnet werden muß.

Detlef Schmidt

Norddeutscher Zahlenspiegel

In Zusammenarbeit der Statistischen Landesämter von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg wird seit 1970 für die norddeutschen Länder regelmäßig ein vergleichbares, aktuelles Zahlenwerk bei jährlich wechselnder Federführung zusammengestellt und veröffentlicht. Jährlich erschienen unter dem Titel **NORDDEUTSCHER ZAHLENSPIEGEL** vier Berichte mit Quartals- sowie ein Bericht mit Jahresergebnissen der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik. Eine Fülle von Material für den gesamten norddeutschen Raum ist so in einer Veröffentlichung griffbereit. Ergänzt wird der Tabellenteil durch ein Schaubild mit Kreisergebnissen und Darstellungen ausgewählter Daten der Bevölkerungs- und Wirtschaftsbeobachtung in den letzten 10 Jahren in Form von Diagrammen. Die ursprüngliche Konzeption ist jetzt überprüft und in Einzelteilen neuen Erfordernissen angepaßt worden. Das erste Exemplar dieser neuen Berichtsform liegt diesem Heft von „Hamburg in Zahlen“ bei.

Nach Befragung der interessierten Dienststellen in den vier Ländern wurden folgende Änderungen vereinbart:

Der **NORDDEUTSCHE ZAHLENSPIEGEL** wird künftig dreimal im Jahr erscheinen (zwei Halbjahres- und ein Jahresbericht). Das bedeutet eine Umstellung der Periodizität von vierteljährlicher auf halbjährliche Folge. Jahresausgabe und Halbjahresberichte unterscheiden sich im sachlichen Inhalt.

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik werden im Jahresbericht jeweils Angaben über Ausländer veröffentlicht, und zwar sowohl bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung als auch bei den Wanderungen (Anlage 1). Die Angaben zu Industriebeschäftigten und -umsätzen stammen in den Halbjahresausgaben aus der monatlichen Industrierichterstattung von Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten, im Jahresbericht aus der Industrietotalerhebung in allen Betrieben jeweils Ende September.

Ergänzend zu den Angaben über Wohnungsbaufertigstellungen werden die öffentlich geförderten Wohnungen gesondert nachgewiesen. Darüber hinaus erscheinen künftig im Jahresbericht Daten über

Schüler in allgemeinbildenden Schulen
Schüler in berufsbildenden Schulen
Bruttoinlandsprodukt
Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung
Bruttoinlandsprodukt im Bereich Land- und Forstwirtschaft
Bruttoinlandsprodukt im Bereich Warenproduzierendes Gewerbe
Bruttoinlandsprodukt im Bereich Handel und Verkehr
Bruttoinlandsprodukt im Bereich Übrige Dienstleistungen.

Nachgewiesen werden Daten für die einzelnen norddeutschen Länder sowie für deren Summe (Anlage 2). Darüber hinaus wird mit der Wiedergabe von Durchschnittswerten der jeweils vorangegangenen

nen fünf entsprechenden Berichtsperioden und durch die Berücksichtigung von Veränderungsraten ein Zeitvergleich geboten.

Um die Stellung der norddeutschen Länder innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu verdeutlichen, sind Vergleichsangaben für das Bundesgebiet aufgenommen worden. Da große Nachfrage nach Daten für die Planungsräume im norddeutschen Raum besteht, ist beabsichtigt, im Jahresbericht diese nach Kreisen abgegrenzten Gebietseinheiten, wie z. B. die Planungsräume Schleswig-Holsteins, die Räume der gemeinsamen Landesplanungen im Bereich von Hamburg und Bremen und die Entwicklungsräume in Niedersachsen nachzuweisen. Als Beilage des Jahresheftes werden künftig auch für alle Kreise und kreisfreien Städte Norddeutschlands Zahlen über Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte veröffentlicht.

Besonderes Interesse finden immer wieder graphische Darstellungen. Sie bieten einen schnellen Überblick über die räumliche und/oder zeitliche Verteilung von Tatbeständen und geben ein unmittelbares Bild statistischer Sachverhalte, ohne daß der Leser sich in die differenzierten Angaben der Tabellen einlesen muß. Das bisher einzige Schaubild auf der Titelseite mit Kreisergebnissen für den norddeutschen Raum soll deswegen in den Halbjahresausgaben um zwei weitere Karten mit jeweils aktuellem Inhalt ergänzt werden. Die Diagramme über ausgewählte Daten der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung werden mit einer ergänzenden Kurve für das Bundesgebiet angereichert.

Anlage 1

Merkmalenkatalog **NORDDEUTSCHER ZAHLENSPIEGEL** (Vorspalte)

Merkmale

Fläche
Wohnbevölkerung
Bevölkerungsbewegung
Lebendgeborene
* darunter Ausländer
Gestorbene
* darunter Ausländer
Geburten- (+)/Sterbeüberschuß (-)
* darunter Ausländer
Zuzüge über die Landesgrenze
* darunter Ausländer
davon aus den anderen norddeutschen Ländern
davon aus
Schleswig-Holstein
Hamburg
Niedersachsen
Bremen
davon aus dem übrigen Bundesgebiet
aus Gebieten außerhalb des Bundesgebiets
Fortzüge über die Landesgrenze
* darunter Ausländer
davon in die anderen norddeutschen Länder

Noch: Anlage 1

noch: Fortzüge über die Landesgrenze

- davon nach
 - Schleswig-Holstein
 - Hamburg
 - Niedersachsen
 - Bremen
- davon in das übrige Bundesgebiet
in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets
- Wanderungsgewinn (+)/-verlust (-)
- davon
 - * Deutsche
 - * Ausländer
- Bevölkerungsgewinn (+)/-verlust (-)
- Arbeitslose
- Offene Stellen
- Beschäftigte in der Industrie
je 1000 Einwohner
- Umsatz in der Industrie
darunter Auslandsumsatz
- Baugenehmigungen für Wohnungen
- Wohnungsbaufertigstellungen
* darunter öffentlich geförderte Wohnungen
- Fremdenübernachtungen
darunter von Auslandsgästen
- Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge
darunter Pkw einschl. Kombiwagen
je 1000 Einwohner
- Steueraufkommen insgesamt
- Steuereinnahmen des Landes (netto)
- Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände
 - * Schüler in allgemeinbildenden Schulen
 - * Schüler in berufsbildenden Schulen
 - * Bruttoinlandsprodukt (BIP)
 - * BIP je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung
 - * BIP im Bereich
 - Land- und Forstwirtschaft
 - Warenproduzierendes Gewerbe
 - Handel und Verkehr
 - übrige Dienstleistungen

Anlage 2

Räumliche und zeitliche Nachweisungen
NORDDEUTSCHER ZAHLENSPIEGEL (Tabellenkopf)

Schleswig-Holstein

- Halbjahr
- Entsprechendes Halbjahr des Vorjahres absolut
- Durchschnitt der entsprechenden vorherigen 5 Halbjahre absolut
- Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres absolut
- Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %
- Veränderung gegenüber dem Durchschnitt der entsprechenden vorherigen 5 Halbjahre absolut
- Veränderung gegenüber dem Durchschnitt der entsprechenden vorherigen 5 Halbjahre in %

Hamburg

Niedersachsen

Bremen

Vier norddeutsche Länder
zusammen

Bundesgebiet (einschl.
Berlin/West)

Planungsraum I in
Schleswig-Holstein

.....
.....
.....

Entwicklungsraum 14
(Göttingen)

Unter-
gliederung
wie bei
Schleswig-
Holstein

*) nur im Jahresbericht

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	757,5	759,0	759,0	762,3
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	6,6	6,4	6,5	4,4
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	83	86	81	88
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3,5	4	4	4
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	7,0	7	6,2	7
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	55	145	57	67
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	30	26	47	18
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	15	21	15	24
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	25	28	24	19
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	241,9	241,5	241,2	245,3
" Altona	"	264,3	252,9	250,0	249,8	249,6	251,8
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	249,5	249,1	249,2	251,0
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	327,3	326,8	326,3	333,2
" Wandsbäk	"	357,5	378,0	380,3	381,3	382,3	379,2
" Bergedorf	"	82,6	93,7	92,8	92,7	92,6	93,1
" Harburg	"	199,0	201,8	198,5	198,2	198,0	201,0
* Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 740,3	1 739,4	1 739,2	1 754,6
dav. männlich	"	861,9	815,0	808,1	807,7	807,8	814,0
weiblich	"	995,0	943,4	932,2	931,7	931,4	940,6
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	132,5	132,0	131,9	125,7
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	1 257	862	809	841
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3	...	6,0	...	5,6
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 185	1 122	1 038	1 164
dar. unehelich	"	143	105	114	105	78	129
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,8	...	7,8	...	7,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,8	...	7,8	...	7,8
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	9,8	9,6	7,6	11,2
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	1 791	1 935	1 959	2 169
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	17	17	11	34
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,7	14,3	13,5	...	14,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,7	14,3	13,5	...	14,6
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,6	...	14,6	9,9	28,7
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017	- 606	- 813	- 921	- 1 005
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,9	...	- 5,7	...	- 6,7
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 337	8 119	6 294	7 789	8 344
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 536	6 767	6 420	7 113	7 267
Fortgezogene Personen	"	- 379	- 199	+ 1 352	- 126	+ 676	+ 1 077
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	- 37	+ 83	+ 726	- 102	+ 535	+ 927
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	- 282	+ 626	- 24	+ 141	+ 150
dav. männlich	"	-	-	-	-	-	-
weiblich	"	-	-	-	-	-	-
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	17 277	12 669	16 810	16 529
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	2 195	1 672	2 143	2 029
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	1 110	1 508	1 119	1 371	1 291
Niedersachsen	"	1 091	1 000	1 331	1 011	1 507	1 337
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	379	531	365	515	445
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 913	1 401	2 079	2 084
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 202	2 680	2 210	2 060	2 894
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	2 511	2 152	2 513	2 582
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 810	1 949	1 737	1 936	2 002
Niedersachsen	"	1 268	1 616	1 502	1 300	1 614	1 890
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	906	914	710	829	1 033
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 246	1 433	1 730	1 922
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	768	1 508	1 535	1 256	873

¹⁾ errechnet auf Grund täglicher dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitt Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 534	16 533	16 533	16 714
Patienten ³⁾	"	13 593	13 110	13 205	8 801	13 837	14 582
Pflegetage	"	415 910	406 670	414 845	359 543	407 272	421 178
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	86,3	72,6	82,1	83,9
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 076
Patienten ³⁾	"	3 134	2 893	2 827	2 816	2 839	2 911
Pflegetage	"	86 329	82 499	80 938	81 069	82 436	84 044
Bettenausnutzung	%		92,8	93,1	90,2	91,7	91,2
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	539 498	421 671	656 177	589 000
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	505 653	392 939	621 418	552 077
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	654 576	497 016	680 651	623 528
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	8 154	5 980	8 345	8 411
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	48 218	38 423	48 748	45 833
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	11 359	9 297	12 205	11 507
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	4 400	2 591	4 095	3 925
Commerzbibliothek	"	2 709	2 555	2 645	2 216	2 698	1 609
Ausgeliehene Bände	"	1 286	1 500	1 443	1 138	1 361	770
Lesesaalbesucher und Entleiher	"						
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	87 182	78 199	75 304	78 493
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	29 957	13 890	15 305	16 610
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-	"						
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	15 392	11 119	14 432	13 720
Hamburgisches Museum für	"						
Völkerkunde	"	4 455	6 177	8 931	6 650	9 001	7 527
Helms-Museum	"	5 799	13 421	8 407	5 541	11 799	6 669
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"						
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	14 246	10 122	16 333	12 692
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	4 860	25 210	3 757	4 633
Planetarium	"	2 595	5 998	3 089	4 018	3 036	14 737
Bischofsturm	"			2 300	1 649	1 641	1 905
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	682,6	681,7	...	680,4
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	395,6	393,9	...	396,6
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	45,5	45,4	...	45,4
Rentner	"	175,5	236,1	241,5	242,4	...	238,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	30,1	27,4	...	26,9
dav. männlich	"	17,9	19,6	20,4	18,5	...	18,2
weiblich	"	8,8	9,1	9,7	8,9	...	8,7
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	18 252	21 983	26 496	11 909
dav. männlich	"	2 318	2 959	11 787	14 447	17 237	7 140
weiblich	"	1 092	2 583	6 465	7 536	9 259	4 769
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"	1 155		7 151	9 146	10 922	4 248
Technische Berufe	"	108		1 135	1 238	1 479	643
Dienstleistungsberufe	"	2 965		9 269	10 727	12 863	6 527
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	9 482	9 136	10 959	13 439
3. Arbeitsuchende ⁵⁾	"	8 299	12 519	26 216	30 694	35 253	19 387
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	7 434	7 288	8 215	13 292
dar. Kurzfristige Vermittlung	"						
bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	3 483	3 697	3 806	8 565
5. Kurzarbeiter	"	3	284	4 886	6 939	9 042	3 677
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 061	1 190	1 315	1 409
dav. an Molkebetrieben geliefert	%	86,0	92,2	87,1	90,0	91,9	92,5
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	8,6	9,4	10,6	11,1

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
		1965	1973				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkerelen							
Voillemilch,							
pasteurisiert, lose	t	3 528	1 549	1 043	939	1 084	1 366
pasteurisiert, abgepackt	"	6 482	7 595	6 360	6 467	6 617	7 394
ultra-hocherhitzt	"		1 046	1 199	1 498	1 230	828
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	128	127	129	156
ultra-hocherhitzt	"	—	316	2 104	2 356	2 158	964
Entrahmte Milch	"	—	—	91	125	112	42
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	307	289	330	330
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—	—	106	101	177	147
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	8,1	6,6	8,5	8,5
Kälber	"	2,6	1,1	1,2	1,1	1,0	1,0
Schweine	"	47,0	29,7	26,9	27,1	27,2	29,8
Schafe	"	2,7	0,7	0,5	0,3	0,4	0,5
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	7,6	6,2	7,6	7,5
Kälber	"	2,5	1,0	1,2	1,1	1,0	1,0
Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	28,0	28,0	28,0	30,2
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	6 229	4 744	4 913	4 463	4 721	5 098
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	2 033	1 656	2 071	2 053
Kälber	"	187	80	95	80	54	71
Schweine	"	4 318	2 960	2 768	2 714	2 579	2 956
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 313	1 307	1 282	1 346
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	183	181	188	190
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	112	109	107	116
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	"	24 859	18 319	17 253	15 150	16 411	18 415
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	254	216	201	193
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	243	213	185	171
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	14	4	5	4	4	5
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 455	1 243	1 362	1 652
Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm) ⁷⁾	1 000 cbm		63 213	39 511	31 707	35 962	40 065
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	55	60	56	68
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	291	287	292	210
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	13	13	13	14
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	2 269	2 357	2 137	2 104
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	396	491	386	372
Umsatz⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 917	2 269	2 357	2 137	2 104
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	333	506	456	471	429
Chemische Industrie	"	101	168	165	146	193	207
Elektroindustrie	"	143	239	278	300	253	238
Maschinenbau	"	83	150	165	223	120	134
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	13	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	775	818	862	729
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	60	63	64	70
Vj.-Durchschnitt¹⁰⁾							
		1965	1973	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	4. Vj. 1973
3. Handwerk (Meßziffern¹¹⁾)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100		94,1	88,4	87,6	83,3	94,1
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100		123,3	120,6	118,1	151,6	122,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1965	1973	November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
1. Bauhauptgewerbe¹²⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	34 269	33 002	...	39 251
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 194	1 209	...	1 215
Angestellte	"	4 684	6 218	5 659	5 586	...	6 114
Arbeiter ¹²⁾	"	43 102	36 204	27 416	26 207	...	31 922
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	4 445	3 495	...	5 106
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 253	936	...	1 528
gewerblich und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 410	1 147	...	1 758
öffentliche und Verkehrsbaute	"	2 939	1 939	1 782	1 412	...	1 820
Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	46,3	80,6	72,6	59,7	...	70,6
Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	"	5,9	15,6	18,5	18,6	...	14,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	214,3	277,2	...	126,2
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	57,4	101,7	...	34,7
gewerblich und Industr. Bau	"	31,0	81,8	61,8	82,3	...	54,2
öffentlichen und Verkehrsba	"	53,0	81,4	95,1	93,2	...	37,3

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
		1965	1973				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	63	156	57	133
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser			89	36	98	37	21
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	162	493	101	497
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	40,8	109,5	25,0	91,5
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	33	105	22	107
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	51	62	41	54
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	298	459	259	508
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	78,1	88,5	62,8	99,9
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	57	116	62	87
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	491	1 617	256	1 366
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	112	...	46	67
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	88	75	...	23	21
• Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	250	...	118	228
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	56,0	...	25,2	42,0
• Wohnfläche	1 000 qm	98	91	54	...	27	52
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	44	...	20	31
• Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	628	...	114	188
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	96,9	...	15,1	43,5
• Nutzfläche	1 000 qm	69	101	103	...	32	45
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	726	...	337	685
• dar. mit öffentl. Mitteln gefördert		988	565	345	...	176	342
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	7 136	4 500	3 000	3 700	...	18 400
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	...	190	188
• Wohnungen		636	738	745	...	750	738
• Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		2 322	2 755	2 784	...	2 800	2 758
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
• Einzelhandel	1970 = 100		120,2	157,1	154,6	...	109,5
• dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)			132,3	179,5	165,6	...	103,1
• Facheinzelhandel			118,7	138,8	152,6	...	113,8
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾							
Mio DM		212	420	610	625	...	512
dav. Waren der							
• Ernährungswirtschaft		17	55	90	90	...	78
• Gewerblichen Wirtschaft		195	365	520	535	...	434
dav. Rohstoffe							
• Halbwaren		2	3	4	4	...	3
• Fertigwaren		50	83	99	107	...	138
dav. Vorerzeugnisse							
• Enderzeugnisse		143	279	417	424	...	293
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
• Europa		152	311	437	400	...	361
• dar. EG-Länder		92	199	222	244	...	230
• EFTA-Länder		40	57	73	77	...	65
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1970 = 100		125,5	137,8	122,8
• dav. Beherbergungsgewerbe			133,6	133,0	116,1
• Gaststättengewerbe			123,2	139,2	124,9
4. Fremdenverkehr ⁴⁾							
• Fremdenmeldungen	Anzahl	119 966	117 405	100 116	88 379
• dar. von Auslandsgästen		42 391	39 554	29 745	22 832
• Fremdenübernachtungen		231 537	224 878	191 065	167 182
• dar. von Auslandsgästen		79 598	73 856	57 739	42 450

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
		1965	1973				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 512	1 420 p	1 295 s	1 300 s	1 384
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 571	1 480 p	1 310 s	1 405 s	1 488
Abgegangene Schiffe	"	2 942	4 154	4 403 p	4 360 p	4 290 p	4 324
Güterverkehr über See	1 000 t	2 229	3 096	3 155 p	2 988 p	2 995 p	3 016
dav. Empfang	"	1 634	2 446	2 547 p	2 365 p	2 343 p	2 384
dav. Massengut	"	968	1 416	1 344 p	1 293 p	1 264 p	1 488
dar. Mineralöle	"	595	650	608 p	621 p	652 p	632
Sack- und Stückgut	"	713	1 058	1 248 p	1 374 p	1 295 p	1 308
Versand	"	292	472	591 p	655 p	722 p	588
dav. Massengut	"	421	586	657 p	719 p	573 p	720
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	382	459	319 p	315 s	352
* Güterversand	"	309	400	517	490 p	485 s	481
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	4 739 r	4 453 r	4 839 p	4 912
Fluggäste	"	141,5	258 767	250 969 r	222 900 r	232 429 p	223 309
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	2 133,9 r	2 028,4 r	1 979,0 p	2 077,7
Luftpost	"	413,7	722,7	766,3 r	831,4 r	671,6 p	699,4
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	28 909	28 246	...	28 982 r
Schnell- und Vorortbahnen	"	9 436	3 587	3 016	2 513	...	3 422
Straßenbahn	"	12 289	18 621	21 418	20 552	...	20 416 r
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	504,6	505,5	507,4	487,7
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	438,5	453,0	454,1	456,0	437,5
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	3 733	3 143	...	3 446
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 907	3 405	2 746	...	3 050
Lastkraftwagen	"	362	379	226	308	...	281
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	986	1 005	1 015	829 p	770
* Getötete Personen	"	26	24	41	30	23 p	37
* Verletzte Personen	"	1 106	1 308	1 277	1 332	1 090 p	967
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM		38 431,4	43 347,3	44 993,2	44 095,3	39 691,1
* Kredite an Nichtbanken	"		10 470,1	11 818,6	12 657,7	11 935,9	10 508,7
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 357,1	11 588,9	12 431,7	11 679,9	10 356,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 851,0	6 450,8	6 817,6	6 442,2	5 999,9
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	"		5 393,1	5 633,2	5 971,1	5 595,6	5 485,0
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		22 110,3	25 077,9	25 517,9	25 717,2	23 182,5
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		20 084,9	22 383,7	22 755,8	22 847,8	21 014,3
dar. Durchlaufende Kredite	"		809,6	629,3	626,5	623,5	694,7
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		27 194,1	30 074,3	31 446,9	30 608,1	29 385,5
dav. Sicht- und Termingelder	"		17 617,9	19 859,5	20 565,6	19 648,8	19 345,5
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		12 981,1	14 640,5	15 168,2	14 305,9	14 045,7
Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	10 214,8	10 881,3	10 959,3	10 040,0
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 715,0	7 180,0	7 224,1	6 552,2
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	678,6	679,9	851,2	724,4
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	596,4	630,1	782,2	744,5
Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	2,8	616,5	9,0	12,2
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	18	35	15	24	23
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	1 044	635	553	615	553	594
		1 314	2 988	2 966	3 749	2 771	3 113

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
		1965	1973				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	19 758	21 952	17 156	22 372
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 427	3 179	3 519	3 595
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	944	1 069	2 035	1 495
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	529	493	580	530
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	157	159	...	160
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 591	6 655	...	6 306
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 754	6 818	...	6 336
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 962	6 123	...	5 590
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM			814 395	777 604	1 446 684	855 122	893 497
* dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	415 208	1 099 909	503 873	504 854
* dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	346 041	605 395	375 748	335 259
* Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	46 141	312 590	73 047	44 882
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	25 504	6 247	10 457	116 950
* Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	— 2 478	175 677	44 621	7 764
* Steuern vom Umsatz	"		335 576	362 396	346 774	351 249	388 643
* dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	157 491	171 147	185 398	230 286
* Einfuhrumsatzsteuer	"		129 313	204 905	175 627	165 851	158 357
2.* Bundessteuern							
1 000 DM		523 065	865 424	976 883	1 550 161	372 977	323 455
* dar. Zölle	"	45 076	56 426	62 292	55 773	56 372	57 396
* Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	889 786	1 452 413	288 371	239 485
* dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	673 270	1 169 000	206 469	175 872
3.* Landessteuern							
1 000 DM		35 517	42 954	72 140	32 830	36 243	30 380
* dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	47 297	7 688	6 286	4 375
* Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	11 064	13 158	15 263	14 330
* Biersteuer	"	2 430	3 136	3 174	3 116	2 529	2 755
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM		46 355	94 475	228 137	64 190		
* dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	210 335	44 122	29 451	9 353
* Grundsteuer A	"	73	90	79	177		
* Grundsteuer B	"	5 134	9 402	13 007	18 036		
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM		601 215	1 308 304	1 428 487	2 297 627	811 282	796 968
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
1 000 DM		157 752	269 532	317 140	625 252		
* dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾	"	122 235	176 408	180 151	476 627		
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"		37 385	22 669	73 617		
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"		12 785	42 179	42 179		
Außerdem:							
* Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁴⁾	"	46 355	68 905	143 778	— 20 168		
* Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ³⁾	"		47 805	54 905	128 518		
Einnahmen des Landes insgesamt	"		386 242	515 823	733 602		
			Vj.-Durchschnitt 1973	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	4. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio DM			1 762,5	1 902,6	2 064,6	2 202,0	1 999,7
dar. Personalausgaben	"		795,7	894,9	834,4	1 003,9	882,4
Bauinvestitionen	"		185,1	186,6	208,9	289,3	278,5
dar. für Schulen	"		54,8	61,8	53,8	81,5	76,8
Hochschulen einschließlich	"						
Universitätsklinik	"		23,1	29,3	29,2	33,6	39,2
Krankenhäuser und sonstige	"						
Einrichtungen des	"						
Gesundheitsdienstes	"		8,5	9,8	7,9	15,1	12,9
Straßen	"		20,2	17,1	26,9	50,5	34,9
Wasserstraßen und Häfen	"		21,1	17,0	30,2	22,5	28,2
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"		155,0	155,6	183,7	153,2	130,8
Zuführung an Rücklagen	"		8,6	0,1	—	5,0	14,2
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
Mio DM			1 802,7	2 025,5	1 950,1	2 366,0	2 001,5
dar. Steuern	"		1 158,7	1 305,8	1 200,0	1 508,8	1 210,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher	"						
Tätigkeit	"		57,7	62,2	37,7	76,3	64,9
Gebühren, Beiträge usw.	"		192,2	228,6	267,7	235,3	188,2
Entnahme aus Rücklagen	"		12,5	1,2	18,5	31,5	1,9
Schuldenaufnahme	"		207,8	263,9	254,0	270,0	325,2
3. Schuldenstand am Ende des Quartals							
Mio DM			4 884,2	5 353,2	5 446,7	5 716,7 p	5 144,3
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden)	"		3 530,3	4 005,8	4 107,6	4 393,3 p	3 773,7
bei Gebietskörperschaften	"		690,2	698,1	695,0	693,9 p	711,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Zerlegung. — ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. — ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	August 1974	November 1974	November 1973
		1965	1973				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	221,4	223,5	225,5	203,6
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	223,4	225,7	228,0	204,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	219,4	221,3	222,9	202,3
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	219,2	221,9	223,7	202,1
Bürogebäude	"	112,2	194,2	213,7	215,4	216,6	197,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	206,9	211,4	210,8	195,0
				Oktober 1973	Januar 1974	April 1974	April 1973
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	448	445	469	427
weibliche Arbeiter	"	140	245	280	281	290	265
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	10,15	10,21	10,69	9,63
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,77	6,82	7,09	6,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,1	43,6	43,9	44,4
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,3	41,2	40,9	41,5
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	2 209	2 293	2 398	2 109
weiblich	"	747	1 381	1 611	1 638	1 712	1 515
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	2 328	2 371	2 496	2 232
weiblich	"	748	1 374	1 570	1 585	1 666	1 490
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	2 036	2 096	2 185	1 951
weiblich	"	688	1 254	1 411	1 448	1 506	1 339
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	2 078	2 145	2 239	1 989
weiblich	"	688	1 286	1 451	1 486	1 548	1 375
Technische Angestellte							
männlich	"	1 176	2 024	2 276	2 317	2 443	2 175
weiblich	"	838	1 504	1 746	1 768	1 834	1 683
				November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 430	11 775	14 146	11 760
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	3	3	6	2
Körperverletzung	"	-	420	422	475	498	460
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	100	143	99	97
Diebstahl	"	5 235	7 132	7 288	7 139	8 956	7 511
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 508	3 722	3 717	5 002	3 790
Betrug und Untreue	"	722	1 290	1 302	1 408	1 549	1 042
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ³⁾	"	862	1 447	1 761	1 624	1 744	1 580
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁴⁾	"	8 929	9 671	9 630	5 707	9 889	10 328
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	489	446	483	516
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁵⁾	"	31 317	29 591	32 872	27 567	32 094	29 789
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	15 050	16 129	...	14 966
dav. Feueralarme	"	288	475	448	459	...	454
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	5	9	...	8
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	107	123	128	...	127
Rettungswageneinsätze	"	-	12 616	13 676	14 539	...	13 717
dar. für Krankenbeförderungen	"	4 494	2 835	2 745	2 860	...	3 389
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	-	1 801	1 788	2 019	...	1 506
Hilfeleistungen aller Art	"	-	879	926	1 131	...	795
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	-	110	154	148	...	91

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1974

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ²⁾			
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 2 033 ⁴⁾ 1. Vj. 2 040 ⁴⁾	1 479 4 458	2 915 10 237	- 1 436 - 5 779	5 138 16 425	5 510 ⁴⁾ 18 817 ⁴⁾	- 1 808 - 8 171	13 613 18 828	14 051 12 430	227 664 129 174	112 112	6 219 5 836	3 059 2 861
Hamburg	2. Vj. 1 742 1. Vj. 1 748	3 568 3 363	6 443 6 158	- 2 875 - 2 795	16 490 16 581	18 894 17 721	- 5 279 - 3 935	9 107 11 443	16 376 14 053	187 546 190 426	108 109	6 752 6 390	3 876 3 656
München	2. Vj. 1 322 1. Vj. 1 333	2 622 p 2 480	3 093 p 3 305	- 471 p - 825	16 361 18 426	27 554 20 331	-11 664 p - 2 730	10 131 ²⁾ 11 866 ²⁾	12 257 ²⁾ 10 223 ²⁾	188 353 190 800	142 143	5 410 5 254	4 092 3 941
Köln	2. Vj. 829 1. Vj. 830	1 916 1 726	2 442 2 655	- 526 - 929	11 489 11 369	11 909 12 390	- 946 - 1 950	8 122 8 694	6 880 5 497	128 377 129 959	155 157	1 240 1 387	1 496 1 671
Essen	2. Vj. 673 1. Vj. 675	1 354 1 356	2 050 2 371	- 696 - 1 015	4 614 5 002	5 700 6 610	- 1 782 - 2 623	6 693 7 869	4 031 3 559	60 299 60 628	90 90	1 333 1 227	1 981 1 818
Düsseldorf	2. Vj. 623 1. Vj. 626	1 194 1 231	1 873 2 077	- 679 - 846	8 100 8 100	10 302 10 170	- 2 881 - 2 916	5 134 5 461	5 422 4 601	109 019 110 426 p	175 176 p	2 826 2 752 p	4 536 4 396 p
Frankfurt/M.	2. Vj. 665 1. Vj. 669	1 460 1 264	2 033 2 126	- 573 - 862	10 634 11 455	14 275 14 226	- 4 214 - 3 633	6 733 7 727	10 763 10 108	121 774 124 023	183 185	3 465 3 285	5 211 4 910
Dortmund	2. Vj. 633 1. Vj. 636	1 578 1 095	2 625 2 034	- 1 047 - 939	4 761 5 895	6 927 6 040	- 3 213 - 1 084	5 743 6 652	4 614 4 126	75 586 76 398	119 120	1 653 1 450	2 611 2 280
Stuttgart	2. Vj. 618 1. Vj. 622	1 411 1 473	1 524 1 542	- 113 - 69	11 158 13 501	14 343 16 344	- 3 298 - 2 913	1 883 2 356	8 878 8 171	140 969 142 960	228 230	4 464 4 546	7 223 7 309
Bremen	2. Vj. 582 1. Vj. 583	1 365 1 207	1 798 1 930	- 433 - 723	5 854 7 000	6 811 7 190	- 1 390 - 913	4 664 5 715	5 516 4 573	85 450 85 152	147 146	2 969 2 623	5 101 4 499
Hannover	2. Vj. 572 1. Vj. 575	1 176 1 092	1 805 1 861	- 629 - 769	7 719 7 853	9 517 8 134	- 2 427 - 1 050	7 369 4 744	5 859 5 540	99 657 101 445	174 176	2 290 2 234	4 003 3 885

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 14 842 1. Vj. 12 926	486 533	239 261	414 474	3 110 3 749	514 367	4 106 2 977	466 127	281 195	138 96	751 529	3 498 2 823	4 356 3 597	121 160 165 429	58 975 65 145
Hamburg	2. Vj. 13 486 1. Vj. 13 309	602 462	346 264	257 293	1 621 2 810	246 187	1 757 1 488	800 491	388 282	223 161	711 528	2 655 2 278	3 555 3 025	191 904 235 067	144 190 139 116
München	2. Vj. 16 379 1. Vj. 12 612	609 509	461 p 382	269 221	2 537 1 727	319 352	4 503 4 249	905 1 124	499 400	378 p 300	1 011 830	1 827 1 573	2 494 2 138	136 727 135 876	102 928 98 768
Köln	2. Vj. 6 960 1. Vj. 6 575	274 238	331 287	72 100	956 1 127	110 44	1 453 671	222 229	166 155	200 187	267 343	1 053 985	1 375 1 316	95 582 57 232	58 167 70 331
Essen	2. Vj. 6 192 1. Vj. 5 755	193 228	285 338	164 50	709 359	94 118	557 566	226 207	34 33	51 49	68 70	689 710	915 918	49 841 68 431	39 408 5 604
Düsseldorf	2. Vj. 7 098 p 1. Vj. 6 726 p	232 p 299 p	372 478 p	83 47	763 436	90 71	1 160 599	226 215	153 150	246 240	327 300	861 696	1 114 866	78 802 134 622	53 136 51 923
Frankfurt/M.	2. Vj. 9 708 1. Vj. 9 502	361 336	543 502	163 137	1 014 857	26 20	239 122	160 134	287 259	432 367	606 518	1 134 985	1 469 1 244	184 526 197 008	59 595 16 429
Dortmund	2. Vj. 5 474 1. Vj. 5 263	195 162	308 255	193 182	875 878	144 293	642 1 154	715 394	38 39	60 61	77 72	837 747	1 086 994	45 296 40 016	28 081 4 655
Stuttgart	2. Vj. 9 967 1. Vj. 8 510	310 288	502 463	81 95	430 710	162 119	923 729	321 184	123 110	199 177	286 255	752 640	1 028 865	58 833 102 195	58 147 12 116
Bremen	2. Vj. 5 881 1. Vj. 5 786	214 211	368 362	232 173	723 852	136 145	637 600	178 276	84 66	144 113	162 131	870 760	1 038 910	84 088 81 769	37 273 35 406
Hannover	2. Vj. 5 484 1. Vj. 4 758	216 175	378 304	91 48	418 438	53 51	832 587	171 65	109 100	190 174	191 177	864 714	1 138 910	56 974 91 997	44 342 8 625

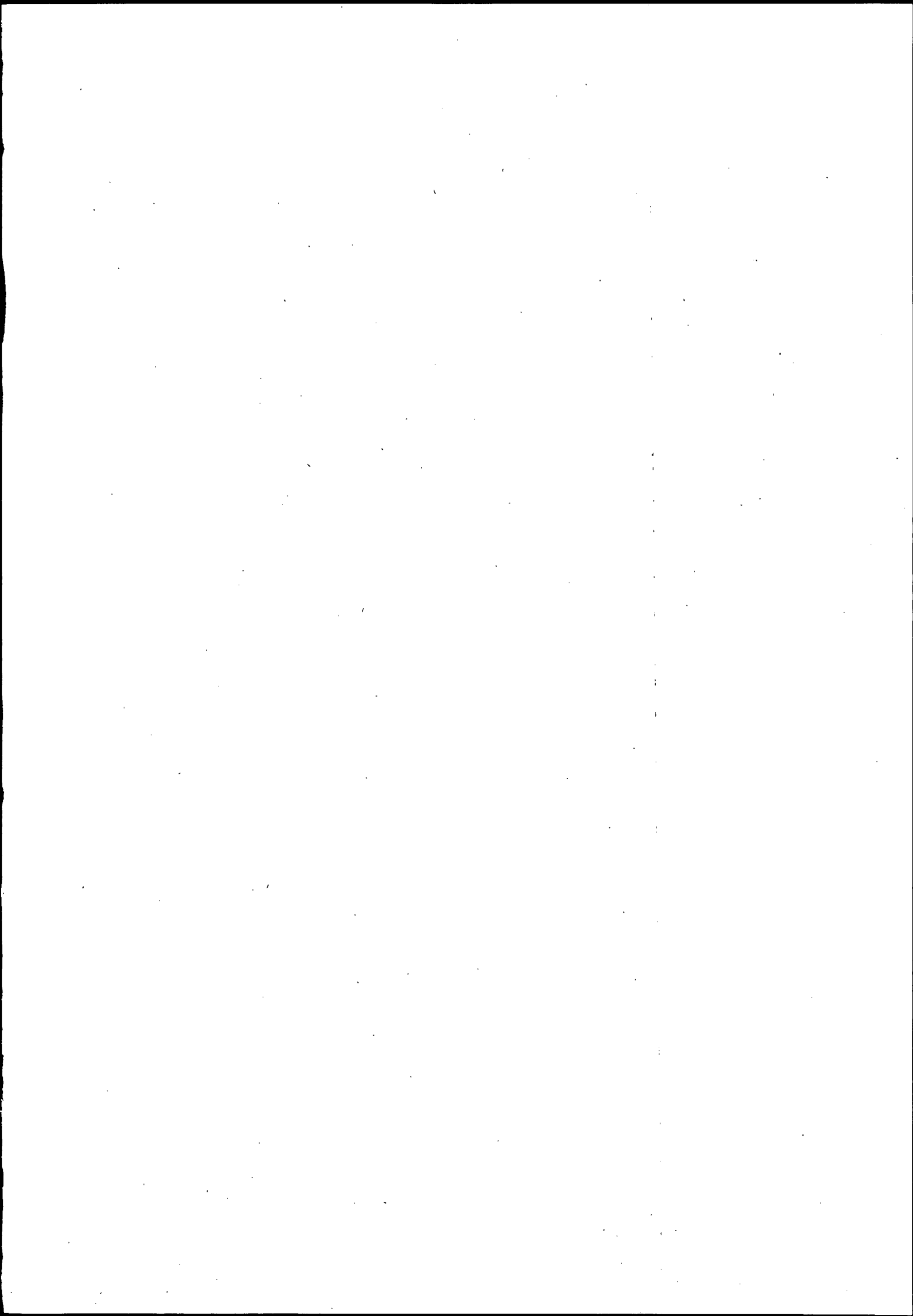
¹⁾ Jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

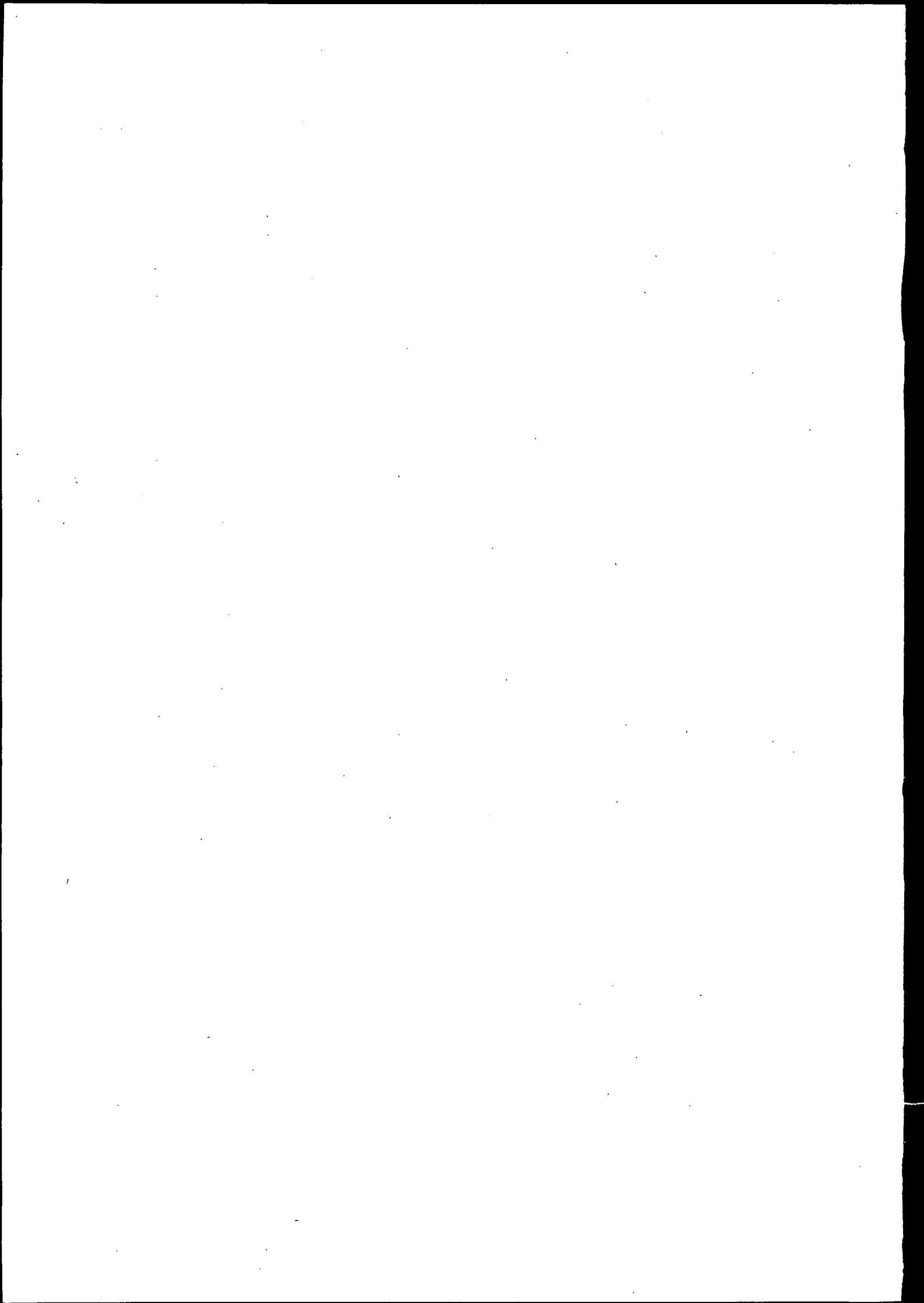
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p	62 101,4
Eheschließungen	auf 1 000,	8,3	6,4 p	5,8
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,3 p	9,9
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p	12,7
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	8 668	7 996	7 908	8 321
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	929	940	870	763	839
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	55 578	69 733	64 212	61 134	57 366
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	11 936	16 573	15 390	15 542	13 641
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1970 = 100	118,2	178,7	.	.	106,9	.
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	"	119,1	182,3	.	.	105,0	.
Verarbeitende Industrie	"	124,8	212,2	.	.	98,5	.
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	117,8	176,7	.	.	109,4	.
Investitionsgüterindustrie	"	115,6	167,1	.	.	102,5	.
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,2	152,8	.	.	110,9	.
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	118,9	149,6	.	.	87,1	.
Bauindustrie	"	118,9	149,6	.	.	87,1	.
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 508,1	1 326	1 304	1 261	1 429
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	235,2	195	174	131	128
Geleistete Arbeitsstunden	"	3 698	7 734	7 345	7 157	9 254	9 060
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	51 898	54 909	37 071	27 449	...	32 302
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	49 326	59 619	50 059	38 832	...	284 590
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	59 619	50 059	38 832	...	284 590
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	152,7	156,2	...	172,6
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	.	127,0	158,3	150,0	143,4	137,9 r
VERKEHR							
Seeschifffahrt	1 000 t	8 835	...	12 934	12 905
Güterumschlag ⁵⁾	"	6 950	...	9 656	9 882
dav. Empfang	"	1 885	...	3 278	3 023
Versand	"	144 927	188 344	161 791	130 191	108 030	80 003
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	161 791	130 191	108 030	80 003
Straßenverkehrsunfälle	"	26 364	29 443 p	31 023 p	29 917 p	29 519 p	22 275
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	1 313	1 358 p	1 409 p	1 447 p	1 539 p	1 022
Getötete Personen	"	36 124	40 642 p	41 449 p	40 205 p	39 384 p	29 973
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	41 449 p	40 205 p	39 384 p	29 973
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	6 262	6 174	10 314	7 916
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	807	695	5 926	5 865
Körperschaftsteuer	"	681	907	310	238	2 366	2 577
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 060	4 642	4 643	4 604
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	104,0	123,8	132,9	133,0	133,0	118,3
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	.	112,6	146,6	146,0	144,3	126,7
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgegenstände	"	.	112,3	135,2	135,3	134,8	117,1
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	.	203,4	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	127,9	128,9	129,3	121,9
Nahrungs- und Genussmittel	"	94,2	117,7	123,9	125,1	125,6	120,1
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	127,7	128,0	128,3	122,2
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,89	8,93	9,03	8,37
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	42,3	43,2

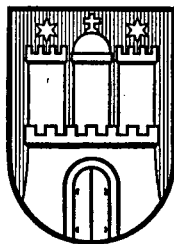
Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungszeitraum.





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

April-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Weniger Hamburger ziehen ins Umland

Insgesamt 1 733 800 Einwohner lebten Ende 1974 in Hamburg. Die Bevölkerungszahl unserer Stadt hat sich damit im Verlauf des letzten Jahres um 17 800 Personen oder etwas mehr als 1% verringert.

Zwei Drittel dieses Bevölkerungsverlustes ergeben sich aus dem Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen. 25 300 Hamburger sind im vergangenen Jahr gestorben, 13 500 Kinder wurden geboren. Die Zahl der Neugeborenen entsprach nahezu der des Jahres 1973, so daß der seit längerem anhaltende Geburtenrückgang erstmals deutlich gebremst ist.

Das restliche Drittel der Bevölkerungsabnahme entfällt auf Fortzugsverluste. Im ganzen sind 6000 Personen mehr aus Hamburg fortgezogen als die Stadt neue Einwohner aus anderen Gebieten gewinnen konnte. Besonders stark erhöht haben sich im Vergleich zu 1973 die Fortzüge von Ausländern, während zur selben Zeit weniger Ausländer als im Vorjahr in Hamburg zugezogen sind. Auch hinsichtlich der Zu- und Fortzugsbewegungen zwischen Hamburg und den schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Randkreisen ist eine wichtige Veränderung erkennbar: Beträchtlich weniger Hamburger als im Jahr zuvor sind 1974 ins Umland fortgezogen. Da zugleich mehr Personen ihren Wohnsitz von den angrenzenden Landkreisen nach Hamburg verlegten, verringerte sich der Bevölkerungsverlust der Stadt an das Umland innerhalb eines Jahres um 25%.

Mehr Brautleute unter 21 Jahren

Einen sonst nur in den Frühjahrs- und Sommermonaten zu beobachtenden Anstieg der Heiratshäufigkeit verzeichneten die hamburgischen Standesämter im Januar 1975. In jenem Monat haben sich genau 702 Brautpaare trauen lassen – gut 45% mehr als im ersten Monat des Jahres 1974.

Diese Zunahme in der Zahl der Eheschließungen erklärt sich größtenteils aus der Anfang 1975 wirksam gewordenen Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre. Bei annähernd jedem zweiten der im Januar dieses Jahres getrauten Ehepaare war zumindest einer der Partner jünger als 21 Jahre, und bei jedem sechsten Paar waren sowohl die Braut als auch der Bräutigam unter 21 Jahre alt. Vor der Neuregelung des Volljährigkeitsalters – als ehemündige, aber noch nicht 21jährige junge Männer und Frauen zur Heirat die Einwilligung ihrer Eltern benötigten – zählte nur bei jedem vierten Hamburger Hochzeitspaar einer der Ehepartner weniger als 21 Jahre, und bei nicht einmal jedem 30. Paar waren beide Brautleute jünger als 21 Jahre. Im Februar und März dieses Jahres hat jedoch der Andrang von Heiratskandidaten bei den Standesämtern wieder merklich nachgelassen. Die Hamburger Standesbeamten re-

gistrierten im Februar nur noch 18% mehr Eheschließungen als im gleichen Monat des vorigen Jahres. Im März 1975 war bereits keine Steigerung mehr festzustellen.

2% der Kapitalgesellschaften besitzen 90% des Nominalkapitals

Ende 1974 waren in Hamburg 159 Aktiengesellschaften (einschließlich Kommanditgesellschaften auf Aktien) mit insgesamt 6,7 Mrd DM Grundkapital und 6819 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit über 6,1 Mrd DM Stammkapital im Handelsregister eingetragen. Die Zahl der Aktiengesellschaften blieb gegenüber dem Jahresende 1973 per Saldo unverändert; sieben Zugängen stand die gleiche Anzahl von Abgängen gegenüber. Die Anzahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung erhöhte sich dagegen um 505 (= 8%); 872 Neugründungen, Sitzverlegungen auswärtiger Unternehmen nach Hamburg usw. sowie 367 Abgänge hauptsächlich infolge Liquidation, Konkurs, Fusion oder Abwanderung veränderten den Bestand der Unternehmen dieser Rechtsform im Laufe des Jahres 1974.

Die durchschnittliche Kapitalausstattung je Aktiengesellschaft vergrößerte sich insbesondere durch 38 Kapitalerhöhungen und lag 1974 mit knapp 42 Mio DM um gut 7% über dem Vorjahreswert. Das Stammkapital je GmbH betrug am Jahresende 1974 im Durchschnitt 0,9 Mio DM (+ 0,8%). Mit einem Kapital von jeweils über 10 Mio DM waren 50 Aktiengesellschaften und 73 Gesellschaften mit beschränkter Haftung registriert. Diese kaum 2% aller Kapitalgesellschaften vereinigten zusammen fast neun Zehntel des gesamten vorhandenen Nominalkapitals auf sich.

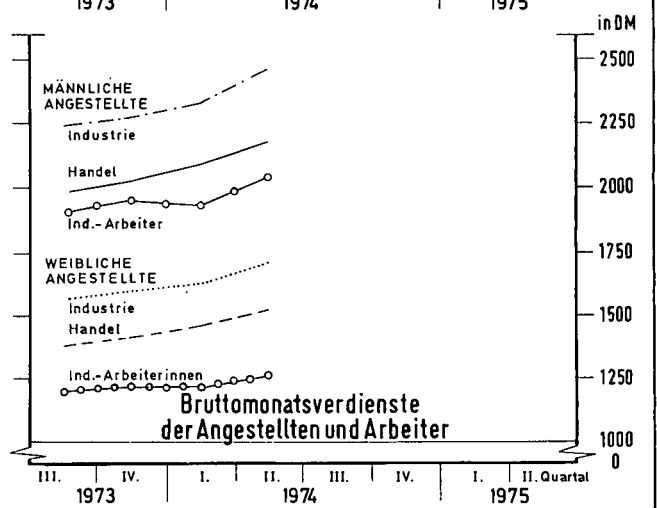
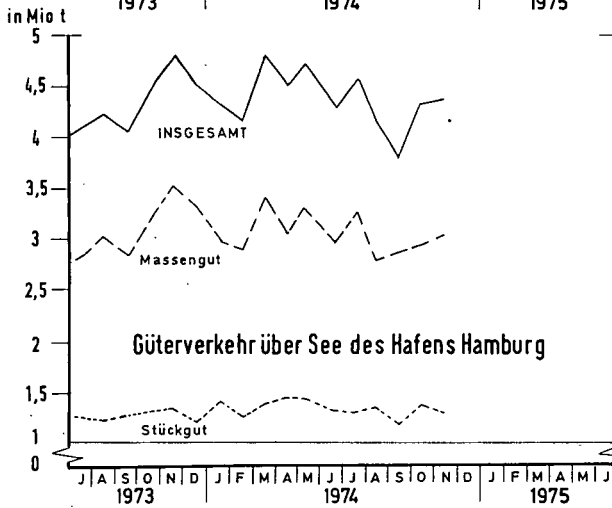
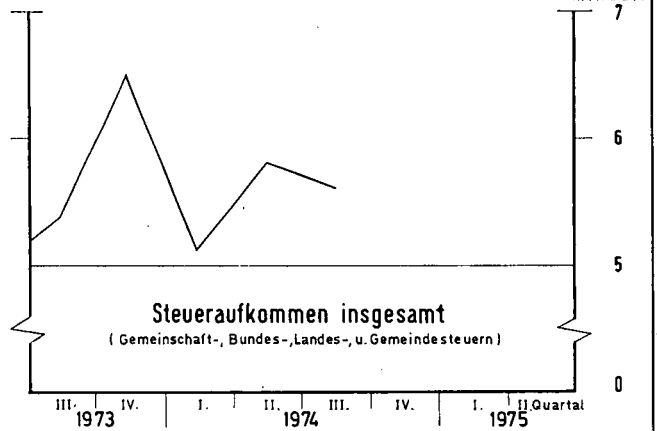
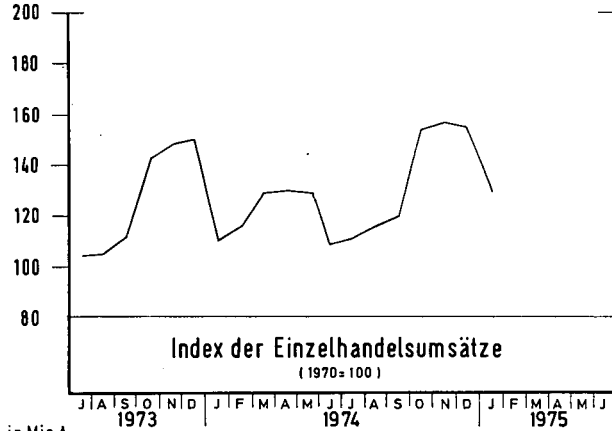
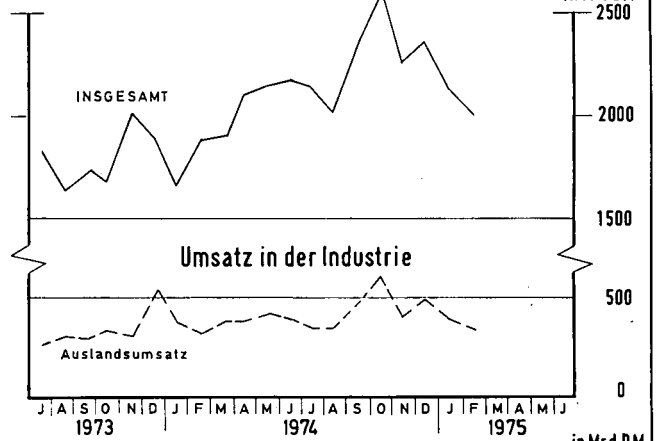
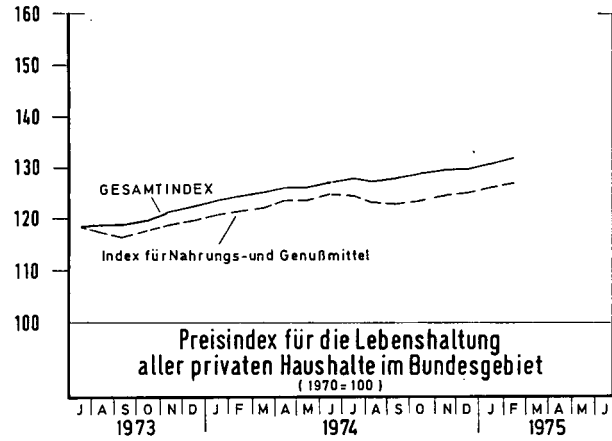
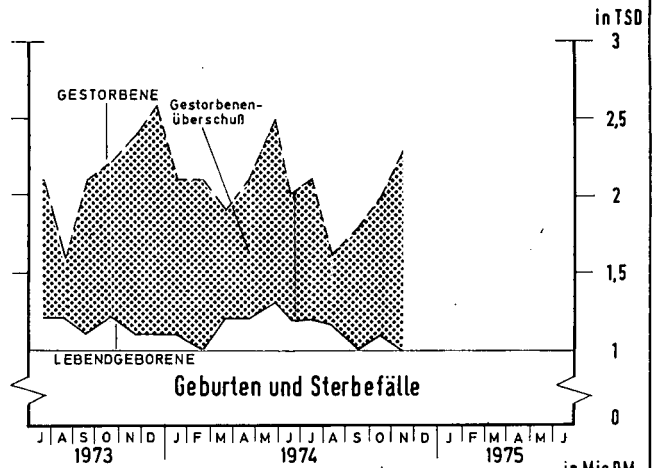
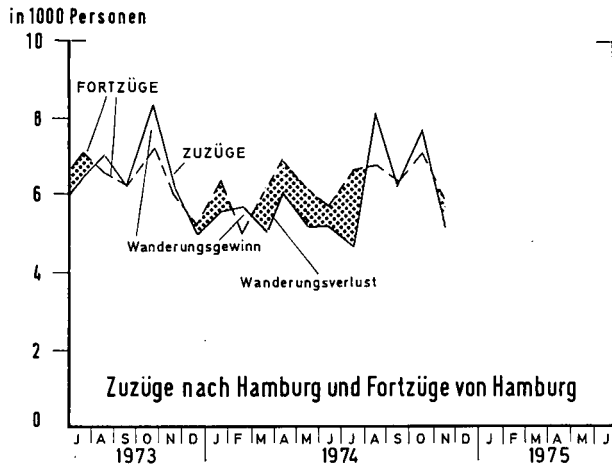
Leichter Anstieg des Energieverbrauchs

Der Brennstoff- und Energieverbrauch der hamburgischen Industrie lag 1974 um 3,3% höher als im Vorjahr. Zu dieser Steigerungsrate hat die Ansiedlung einiger Großbetriebe der Aluminium- und Stahlerzeugung entscheidend beigetragen. Ohne die besonders energieintensiven Neugründungen wäre der Verbrauch spürbar gesunken.

Innerhalb der einzelnen Industriegruppen wies vor allem die NE-Metallindustrie mit 42% einen erheblichen Zuwachs auf. Rückläufig war demgegenüber der Energieverbrauch in der Gummi- und asbestverarbeitenden Industrie, im Maschinenbau, in der Elektroindustrie sowie in der Mineralölverarbeitung.

Von den verschiedenen Brennstoff- und Energiearten hatte der Stromverbrauch mit 37% die höchste Zuwachsrate. Der Kohleverbrauch war um 26% und der Gasverbrauch um knapp 9% höher als 1973. Dagegen ist der Verbrauch an Heizöl, der bereits seit 1969 ständig zurückgeht, im letzten Jahr weiter gesunken (-10%).

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Personal im öffentlichen Dienst Hamburgs (I)

INHALT

1. Einführung
2. Reform der Statistik über das öffentliche Personal
3. Einige methodische Anmerkungen
4. Ergebnisse aus der Statistik über das aktive Personal – Entwicklung und Struktur
 - 4.1 Gesamtüberblick
 - 4.2 Dienstverhältnis, Laufbahngruppen und Geschlecht des vollbeschäftigten Personals
 - 4.3 Bezahlungsmäßige Einstufungen
 - 4.31 Beamte
 - 4.32 Angestellte
 - 4.33 Arbeiter
 - 4.4 Öffentliches Personal nach Aufgabenbereichen

1. Einführung

Diese Zeitschrift hat sich mit den strukturellen Gegebenheiten im öffentlichen Dienst Hamburgs zum letzten Mal ausführlich befaßt, als die Hauptergebnisse der Personalstrukturhebung vom 2. Oktober 1968 vorlagen¹⁾. Auf die seitherigen jährlichen Personalbestandszählungen wurde dann nicht mehr eingegangen, weil in so verhältnismäßig kurzen Abständen erfahrungsgemäß größere Veränderungen des Personalkörpers und Verschiebungen in seiner Zusammensetzung nicht auftreten. Im übrigen waren die zwischenzeitlichen Statistiken bis 1973 zu summarisch angelegt, um genügend Aufschlüsse struktureller Art liefern zu können. Außerdem, wer den Personalbestand von Jahr zu Jahr verfolgt, erkennt hinter der jeweils mäßigen Steigerungsrate nicht die volle Bedeutung der Entwicklung. Da 1974 die Statistik des öffentlichen Personals zum ersten Mal mit erweitertem Programm aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973²⁾ durchgeführt wurde, werden deren Ergebnisse nach sechsjähriger Informationspause für eine neue Analyse über den öffentlichen Dienst verwendet. Das trifft sich zeitlich mit dem momentan sehr lebhaften Interesse an diesem Thema, hervorgerufen durch die den Finanzhaushalt immer weiter einengenden hohen Kosten, welche die Staatsbediensteten verursachen und die dieser Tendenz entgegenwirkenden, aktuellen Sparmaßnahmen des Senats.

2. Reform der Statistik über das öffentliche Personal

Solange das Finanzstatistische Gesetz vom 8. Juni 1960 unverändert galt (1960 bis 1973), wurden im Rah-

men der Personalstandstatistik nur wenige qualitative Merkmale erfaßt: jährlich das Dienstverhältnis und alle drei Jahre zusätzlich die Aufgabenbereiche, das Geschlecht sowie die Laufbahngruppen. Da die Aufgabenbereiche durch die Erhebungsprozedur automatisch anfielen, standen sie jedes Jahr mit zur Verfügung. Darüber hinaus wurde noch nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung (mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden) unterschieden sowie die Vertriebenen-(Flüchtlings-)eigenschaft erfragt. Eine einmalige Unterbrechung in diesem Zyklus stellte lediglich die umfassende Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst nach dem Stand vom 2. Oktober 1968 dar, die ihre eigene Rechtsgrundlage hatte.

Ein derart beschränktes laufendes Programm reichte auf die Dauer für personalwirtschaftliche Planungen der komplexer werdenden öffentlichen Verwaltung immer weniger aus. Als Konsequenz wurde bei der Novellierung des Finanzstatistischen Gesetzes auch die Personalstatistik auf eine neue Grundlage gestellt. Für die Bestandszählungen beim aktiven Personal wurde zunächst der Stichtag vom 2. Oktober auf den 30. Juni vorverlegt, um sicherzustellen, daß rechtzeitig Daten für die Tarifverhandlungen jeweils im Herbst greifbar sind und um die Gemeinden zu entlasten, die regelmäßig zum selben Stichtag für ihre Haushalte Personalzusammenstellungen benötigen. Der Merkmalskatalog erfuhr eine Ausdehnung auf die Teilzeitbeschäftigung unter 20 Wochenarbeitsstunden, auf Berufsgruppen, die voraussichtlich ab 30. 6. 1975 jährlich erfaßt werden (sofern spezielle Rechtsverordnung bis dahin ergeht); diese sind insbesondere für Arbeitsmarktanalysen, besoldungs- und tarifpolitische wie für personalwirtschaftliche Zwecke von Bedeutung. Außerdem werden einbezogen ab 30. 6. 1974 alle drei Jahre die für strukturelle Beurteilung von Besoldung und Vergütung wichtigen Einstufungen sowie ab 30. 6. 1977

¹⁾ Strukturanalyse des öffentlichen Dienstes in Hamburg, Hamburg in Zahlen, 1971, Heft 4.

²⁾ BGBl. I, S. 773.

alle sechs Jahre das Alter und der Familienstand nebst Zahl der zur Gewährung von Kindergeld maßgebenden Kinder. Den materiellen Ausbau der anfänglich einfachen Personalinventur zu einer Personalstrukturstatistik mit wechselnden Schwerpunkten kann man daher als erreicht ansehen. Zur Vervollständigung eines Gesamtbildes vom öffentlichen Sektor und für internationale Vergleiche ist notwendigerweise auch der Berichtskreis zur Personalstatistik um Sektoren mit staatsähnlichen Aufgaben erweitert worden, die finanziell eng mit den Gebietskörperschaften verbunden sind. Neben der im wesentlichen bislang auskunftspflichtigen Hoheitsverwaltung und ihren juristisch unselbständigen Wirtschaftsunternehmen (Betriebe nach § 26 LHO) umschließt der Berichtskreis nunmehr auch die Zweckverbände, Sozialversicherungsträger, Wirtschaftsunternehmen mit eigener Rechtsperson, die sich mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand befinden, sowie die sonstigen juristischen Personen, die auf Dauer überwiegend staatlich alimentiert werden.

Im Zuge der Reform wurde ferner die Statistik über das aktive Personal durch eine über die Versorgungsempfänger gemäß Beamtenrecht sowie G 131 ergänzt. Überdies wird erstmals abgestellt auf den Zeitraum vom 1. 7. 1975 bis 30. 6. 1976 und danach jedes dritte Jahr komplementär zur Personalstandstatistik eine Personalwechselstatistik durchgeführt, mit der die Fluktuation beim Personal der Verwaltung nach Geschlecht, Dienstverhältnis, Laufbahngruppen und nach ausgewählten Motiven des Personalwechsels gemessen werden soll.

3. Einige methodische Anmerkungen

Wenn man von der Personalstrukturhebung 1968 einmal absieht, dann war die Personalstandstatistik 1974 die erste in Hamburg, die weitgehend ohne Erhebungsbogen auskam. Für ihren Hauptberichtskreis, die staatliche Verwaltung einschl. der staatlichen Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit konnte nämlich das erforderliche Datenmaterial aus den Magnetbändern für die maschinelle Lohn- und Gehaltsabrechnung der zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle beschafft werden. Dies ist nicht so sehr aus rein technischen Gründen erwähnenswert, als wegen des höheren Genauigkeitsgrades der Ergebnisse. Alle für die Bezahlung gespeicherten bedeutsamen Merkmalsausprägungen müssen ganz einfach immer à jour sein, um falsche Lohn- oder Gehaltsberechnungen auszuschließen.

Grundsätzlich erstrecken sich die hier verarbeiteten statistischen Informationen allein auf die staatliche Verwaltung. Diese umfaßt die Hoheitsverwaltung und die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen öffentlichen Rechts, soweit sie mit ihren Einnahmen und Ausgaben auch in der Jahresrechnungsstatistik erfaßt werden. Der Bereich „Staatliche Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit“ wird vernachlässigt, weil er mit einem Personalanteil von 0,1 % in Hamburg quantitativ eine untergeordnete Rolle spielt. Demzufolge läßt sich der Begriff „unmittelbarer öffentlicher Dienst“ ohne Verzerrungen mit dem Begriff „staatliche Verwaltung“ gleichsetzen. Er deckt im we-

sentlichen den Kreis der Beschäftigten ab, deren Tätigkeit aus Steuermitteln finanziert wird.

Der letzten Ermittlung des Bestands des aktiven Personals lag der 30. Juni 1974, der der Versorgungsempfänger der 1. Februar 1974 sowie 1975 als Stichtag zugrunde.

Statistische Zählseinheit ist der Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Festgestellt wird also nicht der vorhandene Bestand an Stellen überhaupt (Sollbestand), d. h. ohne Rücksicht darauf, ob diese Stellen personell besetzt sind oder nicht, sondern die effektive Zahl der Beschäftigten am Stichtag, die Planstellen einnehmen bzw. aus Sachmitteln bezahlt werden. Im Sinne der Personalstandstatistik beinhaltet die Gesamtmasse „Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ die voll- wie auch teilzeitbeschäftigten Richter, Beamten, Angestellten und Arbeiter einschl. des Personals mit Zeitvertrag sowie des Personals in Ausbildung. Zur Dienstleistung abgeordnete Kräfte sind dabei regelmäßig von der beschäftigenden, nicht von der abordnenden Dienststelle zu erfassen. Bei den rechtlich autonomen Wirtschaftsunternehmen verhält es sich umgekehrt: Die dorthin abgeordneten Beamten sind von der delegierenden Stelle und nicht von dem aufnehmenden Wirtschaftsunternehmen zu melden. Dergleichen werden auch die zur Ausbildung abgeordneten Kräfte bei der abordnenden und nicht von der ausbildenden Behörde nachgewiesen. Beurlaubte werden von ihrer bisherigen Beschäftigungsstelle in die Erhebung einbezogen. Entsprechendes gilt für alle arbeitsunfähig Erkrankten, aber auch für die zum Grundwehrdienst/Ersatzdienst, zu zwischen- und überstaatlichen Organisationen, zur Entwicklungshilfe und aus sonstigen Gründen ohne Bezahlung Beurlaubten.

Nicht zum Personal-ist-Bestand rechnen ehrenamtliche Beschäftigte, Bedienstete in einem Nebenamt, die nur bei ihrer Hauptbeschäftigungsstelle einmalig erfaßt werden, ferner Bedienstete in einem indirekten Dienstverhältnis zur Beschäftigungsstelle (z. B. Krankenschwestern, die nicht aufgrund eines Einzeldienstvertrages, sondern eines Kollektivvertrages mit einem Mutterhaus tätig sind) und Beschäftigte mit Werkvertrag.

4. Ergebnisse aus der Statistik über das aktive Personal – Entwicklung und Struktur

4.1 Gesamtüberblick

Am 30. Juni 1974 waren im unmittelbaren öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg rd. 110 000 Personen beschäftigt. Das Gewicht dieser Zahl als Leistungsgröße wird erst richtig deutlich, wenn man sie auf den gleichzeitigen Bevölkerungsstand als Leistungsempfängerkreis bezieht. Danach ergibt sich ein Verhältnis von 63 Staatsdienern je 1 000 Einwohner. Der öffentliche Dienst muß auch unter dem Aspekt gesehen werden, wie groß sein Anteil am Arbeitsmarkt ist: Von 1 000 abhängigen Erwerbstätigen sind jeweils 154 bei der staatlichen Verwaltung beschäftigt.

Zu Beginn der Untersuchungsperiode, Anfang Oktober 1968, lag die Personalstärke des unmittelbaren öffent-

lichen Dienstes noch bei 93 500 Kräften, sie hat also innerhalb von sechs Jahren um 16 500 Bedienstete oder 17,3 % zugenommen. Dementsprechend entfielen damals nur 51 Bedienstete auf 1 000 Einwohner bzw. 128 auf 1 000 abhängige Erwerbstätige. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, daß sich die beiden Bezugsmassen seither verkleinert haben: Die Zahl der Einwohner Hamburgs ist lt. Bevölkerungsfortschreibung um 4,6 % von 1 825 480 auf 1 742 407 und die Zahl der abhängigen Erwerbstätigen lt. Mikrozensus um 2,1 % von 728 000 auf 712 800 zurückgegangen. Somit deutet die Statistik den Tatbestand einer expansiven Administration bei schrumpfender Bevölkerung an. Dieses Bild wird aber korrigiert durch das Faktum, daß sich die aus Hamburg abwandernde Bevölkerung zum größten Teil in seiner nächsten Nachbarschaft wieder ansiedelt und als Einpendler von vielen staatlichen Dienstleistungen, die die Hansestadt anbietet, Gebrauch macht. Hochschulen, Schulen, Krankenhäuser, Museen u. a. m. finden ja auch regen Zuspruch von jenseits der Landesgrenze wohnenden Bürgern.

Außerdem verbessert der Staat seinen Service für die Bevölkerung laufend: So lehren mehr Professoren, unterrichten mehr Lehrer, stehen in den Krankenhäusern mehr Ärzte und Krankenpflegepersonal, für die soziale Betreuung vom Kind bis zum Greis mehr Sozialhelfer und -helferinnen bereit.

Tabelle 1

Zeitliche Entwicklung des Personals¹⁾ der staatlichen Verwaltung in Hamburg nach Dienstverhältnis und Geschlecht

Jahre (Stichtag bis 1973=2.10., 1974=30.6.)	Beamte und Richter			Angestellte			Arbeiter			Insgesamt			darunter weiblich		
	Anzahl	1968	in % der Zeit- läng- ge- samtheit	Anzahl	1968	in % der Zeit- läng- ge- samtheit	Anzahl	1968	in % der Zeit- läng- ge- samtheit	Anzahl	1968	in % der Zeit- läng- ge- samtheit	Anzahl	1968	in % der Zeit- läng- ge- samtheit
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1968	55 910	100	36,3	39 258	100	42,0	20 193	100	21,6	93 361	100	100	39 340	100	42,1
1969	55 081	105	37,0	39 875	102	42,1	19 858	98	20,9	94 814	102	100	40 918	104	43,2
1970	56 216	107	37,4	41 066	105	42,4	19 494	97	20,1	96 776	104	100	42 134	107	43,5
1971	57 697	111	37,3	43 422	111	43,0	19 940	99	19,7	101 059	108	100	45 034	114	44,6
1972	58 272	113	37,3	44 122	112	42,9	20 262	100	19,7	102 656	110	100	46 081	117	44,9
1973	59 323	116	37,5	45 419	116	43,3	20 056	99	19,1	104 798	112	100	47 721	121	45,5
1974	59 407	116	36,0	49 236	125	44,9	20 916	104	19,1	109 559	117	100	51 352	131	46,9

¹⁾ einsch. Personal in Ausbildung und teilzeitbeschäftigtes Personal insgesamt.

Der Tabelle 1 ist zu entnehmen, daß sich die Zusammensetzung der staatlichen Verwaltung Hamburgs nach dem Geschlecht kontinuierlich zugunsten der weiblichen Beschäftigten verschiebt. Ihre Quote ist schon nahe an die 50 % herangerückt.

Die verbreitete Vorstellung, daß Staatsdiener generell Beamte seien, bedarf heute einer fundamentalen Korrektur. Differenziert nach dem Dienstverhältnis besteht in Hamburg nämlich das Personal nur zu 36,0 % aus Beamten einschl. Richtern, aber zu 44,9 % aus Angestellten sowie zu 19,1 % aus Arbeitern. Die Vergleichsrelationen aus 1968 sehen nicht grundlegend anders aus, obwohl sich die Personalvermehrung (+ 16 198) überwiegend auf dem Konto der Angestellten (+ 9 978) niederschlug. Immerhin ist deren Anteil doch um 2,9 Prozentpunkte auf inzwischen 44,9 % geklettert.

Die Dreiteilung in die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Kategorien der Beamten, Angestellten und Arbeiter hat ihre ursprüngliche Bedeutung weit-

gehend eingebüßt, da die Grenzlinien zwischen diesen Gruppen von den Funktionen her aufgeweicht worden sind. Es gibt in der öffentlichen Verwaltung immer mehr Tätigkeitsfelder, in denen einerseits Beamte und andererseits Angestellte/Arbeiter je die gleiche Arbeit verrichten. Es ist aus diesen Gründen verständlich, wenn in Verbindung mit der geplanten Reform des öffentlichen Dienstes auch Überlegungen mit dem Ziel angestellt werden, diese Dreiteilung aufzuheben und durch ein vereinheitlichtes öffentliches Dienstrecht zu ersetzen. Solange sie jedoch noch besteht, bleibt sie Unterscheidungsmerkmal in der Statistik.

Hervorgerufen durch den retrospektiven Überblick über die Entwicklung könnte sich möglicherweise der Eindruck festsetzen, der öffentliche Apparat würde auch in Zukunft unvermindert so weiterwachsen. Es sei aber an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Hamburger Senat für 1975 einen Null-Stellenplan beschlossen hat; Ausnahmen sind nur für die Schulen, Kindertagesheime und Finanzämter vorgesehen. Zusätzliche Bedarfe in allen übrigen Aufgabenbereichen müssen aus Einsparungen gedeckt werden. Neuerdings hat der Senat auch für 1976 und 1977 Null-Stellenpläne beschlossen. Darüber hinaus sollen von 1976 bis 1978 rd. 4 000 Stellen eingespart werden. Daher ist zumindest mit einer Unterbrechung und längeren Stagnation des Anwachsens der Hamburger Verwaltung zu rechnen.

4.2 Dienstverhältnis, Laufbahngruppen und Geschlecht des vollbeschäftigten Personals

Das Stammpersonal der Verwaltung bilden die hauptberuflich vollbeschäftigten Bediensteten. Sie repräsentieren auch die ganz überwiegende Mehrzahl der Mitarbeiter (83,0 %).

Von den am 30. 6. 1974 gezählten 90 958 vollbeschäftigten Kräften waren 659 Richter (0,7 %), 37 796 Beamte (41,6 %), 39 826 Angestellte (43,8 %) sowie 12 677 Arbeiter (13,9 %). Als Richter galten dabei alle Berufsrichter im Sinne des Deutschen Richtergesetzes vom 8. September 1961, auch wenn sie nicht bei Gerichten, sondern z. B. bei Behörden tätig sind, ferner die zu „Richtern auf Probe“ ernannten Assessoren. Staatsanwälte wurden den Beamten zugeordnet. Die Beamenschaft umfaßt sämtliche Bedienstete, die – auf Widerruf, Probe, Lebenszeit, Zeit – durch eine Ernennungsurkunde ausdrücklich in das Beamtenverhältnis berufen worden sind. Unter der Bezeichnung „Angestellte“ hat die Zählung die Beschäftigten im privatrechtlichen Dienstverhältnis, sofern nicht Lohnempfänger, einschl. der Angestellten in Ausbildung verstanden. Arbeiter schließlich sind die im privatrechtlichen Dienstverhältnis beschäftigten Lohnempfänger einschl. der Arbeiter in Ausbildung.

Die Gliederung der Vollbeschäftigten nach Dienstverhältnissen hat sich seit 1968 nicht grundlegend gewandelt. Lediglich Gradunterschiede in den Relationen deuten auf eine geringfügige Gewichtsverlagerung vom Arbeiter- zum Angestelltenstatus hin.

Unter den Vollbeschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst nimmt der Frauenanteil zwar ebenfalls fortwährend zu, er erreicht jedoch mit 38,7 % längst

nicht die Höhe der korrespondierenden Quote am gesamten Personal (46,9 %). Hier wird der Einfluß der Teilzeitbeschäftigten deutlich. Während der sechs Beobachtungsjahre steigerte sich der Anteil der weiblichen Bediensteten gegenüber dem Ausgangsniveau um 3,8 Prozentpunkte. In der Hauptsache waren die vollbeschäftigten Frauen in der öffentlichen Verwaltung Angestellte, von denen sie über 50 % stellen. Bei Beamten und Arbeitern betrug hingegen der Frauenanteil nur 26,4 % bzw. 22,5 %.

Die moderne Leistungsverwaltung benötigt die Frau als Lehrerin, Krankenschwester, Stenotypistin, Kindergärtnerin, Fürsorgerin, Technische Assistentin, Laborantin u. a. m. Die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung hat der Frauenarbeit – insbesondere verheirateter Frauen – im öffentlichen Dienst Auftrieb gegeben (siehe unten).

Entsprechend variierender Anforderungen an Vor- und Ausbildung und Verwendung sind die Beamten vier Laufbahngruppen, und zwar dem höheren Dienst, dem gehobenen Dienst, dem mittleren Dienst und dem einfachen Dienst, zugeteilt. Das Laufbahnprinzip, das zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG gehört, findet bei den Angestellten wegen fehlender tariflicher Vorschriften keine Anwendung. Sie lassen sich jedoch ihrer Funktion sowie Bezahlung gemäß analog der Beamtenschaft den Qualifikationsstufen zuordnen. Bei den Arbeitern existiert eine solche Klassifizierung überhaupt nicht. Richter schließlich gehören en bloc der höheren Laufbahngruppe an.

Tabelle 2

Vollbeschäftigte Beamte/Richter¹⁾ und Angestellte¹⁾ der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 nach Dienstverhältnis, Laufbahngruppe und Geschlecht

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Insgesamt			davon					
	Anzahl	in % des Hilf- nisses	ver- gleich- bare Rela- tion aus 1968	männlich			weiblich		
				Anzahl	in % des Hilf- nisses	ver- gleich- bare Rela- tion aus 1968	Anzahl	in % des Hilf- nisses	ver- gleich- bare Rela- tion aus 1968
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Beamte und Richter zusammen	38 455	100	100	28 290	100	100	10 165	100	100
davon									
Höherer Dienst	12 988	33,8	25,1	8 936	31,6	25,2	4 052	39,9	24,5
Gehobener Dienst	11 424	29,7	35,3	7 058	24,9	28,1	4 366	43,0	62,0
Mittlerer Dienst	13 799	35,9	38,8	12 054	42,6	45,7	1 745	17,2	13,4
Einfacher Dienst	244	0,6	0,8	242	0,9	1,0	2	0,0	0,0
Angestellte zusammen	39 826	100	100	17 659	100	100	22 167	100	100
davon									
Höherer Dienst	4 189	10,5	7,6	3 151	17,8	12,4	1 038	4,7	5,3
Gehobener Dienst	6 443	16,2	14,0	3 853	21,8	21,4	2 590	11,7	7,2
Mittlerer Dienst	26 296	65,9	68,4	9 354	53,0	55,4	16 902	76,2	80,1
Einfacher Dienst	2 938	7,4	10,0	1 301	7,4	10,7	1 637	7,4	9,4

¹⁾ einschl. Personal in Ausbildung.

Das Laufbahngefüge der vollbeschäftigten Beamten einschl. der Richter zeigt, wie auffallend gering der Anteil der Basis ist; lediglich 244 von 38 455 Beamten/Richtern befanden sich am 30. Juni 1974 noch im einfachen Dienst. Dessen Aufgaben werden hauptsächlich von Angestellten und Arbeitern erfüllt. Bereits 1968 unterschritt die Quote der untersten Beamtenlaufbahn die 1%-Marke. Ihr gänzlich Verschwinden scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Überraschend ist auch, daß der höhere Dienst in der Laufbahnstruktur der Beamten nun den zweiten Platz einnimmt und den gehobenen Dienst anzahlmäßig überflügelt hat. Sein Anteil hat sich gegenüber 1968 um 8,7 Prozentpunkte auf 33,8 % nach oben verschoben,

während das Gewicht der anderen Laufbahnen durchweg abnahm, am ausgeprägtesten beim gehobenen Dienst. In absoluten Zahlen ausgedrückt wuchs der höhere Dienst seit 1968 um 4 490 Kräfte, was etwas mehr als die Hälfte seines damaligen Bestandes ausmacht, der mittlere Dienst geringfügig um 635 Personen; eine begrenzte Reduzierung verzeichneten dagegen gehobener (- 562) und einfacher Dienst (- 18). Die Vermehrung des akademisch vorgebildeten Staatspersonals in Hamburg hängt mit der aufgrund stark ansteigender Schüler- und Studentenzahlen forcierten Entwicklung der Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen sowie mit den in Hamburg geänderten Ausbildungsvoraussetzungen für die Lehrer an Volks- und Realschulen zusammen.

Das Gewicht des höheren Dienstes bei den Beamten findet keine Entsprechung bei den Angestellten: Von ihnen ist lediglich jeder zehnte Angehöriger der obersten Laufbahngruppe; die Masse, nämlich zwei Drittel, ist im mittleren Dienst beschäftigt. Im Vergleich zu 1968 gewinnen aber höherer und gehobener Dienst für die Angestellten tendenziell an Bedeutung. Das divergierende Verteilungsbild ist in erster Linie auf die Lehrkräfte zurückzuführen, die ganz überwiegend nicht Angestellte, sondern Beamte der höheren oder gehobenen Qualifikationsstufe waren.

Das Laufbahngefüge der Beamtinnen hat zufolge eines überrepräsentierten gehobenen und höheren Dienstes sowie eines unterrepräsentierten mittleren und eines praktisch nicht mehr vorhandenen einfachen Dienstes nahezu die Gestalt einer auf ihrer Spitze stehenden Pyramide. Umgekehrt sieht es – zumindest bei Vernachlässigung des einfachen Dienstes – bei den weiblichen Angestellten aus: Gut drei Viertel von ihnen sind im mittleren Dienst, 11,7 % im gehobenen und bloß 4,7 % im höheren Dienst.

4.3 Bezahlungsmäßige Einstufungen

Die Spannweite der Verdiensthöhe ist innerhalb der Laufbahngruppen beträchtlich. Mit Hilfe der Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen läßt sich die Verdienststruktur von Beamten, Angestellten und Arbeitern differenziert darstellen.

Die spezielle Hochschulbesoldungsordnung H ist für diese Statistik in die allgemeinen Besoldungsordnungen A und B integriert worden. Beamte in sog. Spitzenämtern, das sind solche, die in die Eingangsbesoldungsgruppe der jeweils nächsthöheren Laufbahngruppe gelangen, ohne jedoch dieser anzugehören, werden natürlich nach ihrer angestammten laufbahnmäßigen Zugehörigkeit rubriziert. Um diese Fälle aber von den echten Laufbahnangehörigen mit gleicher Besoldungsklasse statistisch abzuheben, sind die in Frage kommenden Positionen der Vorspalte in Tabelle 3 mit dem Buchstaben „S“ gekennzeichnet.

4.31 Beamte

An eine Analyse der tatsächlichen Besoldungsstruktur im öffentlichen Dienst tritt man meistens mit der Erwartung heran, eine Art „Stellenkegel“ mit breiter Ba-

Tabelle 3

Prozentverteilung der vollbeschäftigten Beamten und Richter¹⁾ der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 und am 2. Oktober 1968 nach Besoldungsgruppen

Besoldungsgruppen	In % der jeweiligen Laufbahngruppe	Vergleichbare Relation aus 1968	Anteil der weibl. Beamten in %
	1	2	3
Höherer Dienst²⁾	100	100	28,4
B 7 und höher	0,3	0,2	-
B 6	0,3	0,1	-
B 5	0,0	0,3	-
B 4	0,3	0,2	-
B 3	0,8	0,5	-
B 2	0,3	0,6	-
B 1	-	-	-
A 16	7,0	4,5	5,2
A 15	13,7	8,5	12,7
A 14	32,0	40,9	20,6
A 13	45,4	44,2	43,4
Gehobener Dienst	100	100	37,6
A 13 S	40,7	1,2	61,8
A 12	11,4	49,6	9,9
A 11	21,3	16,0	8,2
A 10/A 10a	16,6	19,6	30,9
A 9	10,1	13,5	44,4
Mittlerer Dienst	100	100	10,0
A 9 S	29,2	11,4	1,6
A 8	30,7	23,4	7,0
A 7	18,4	26,0	13,4
A 6	8,6	22,7	14,8
A 5/A 5a	13,1	16,5	27,5
Einfacher Dienst	100	100	0,8
A 5 S	50,0	14,9	-
A 4	29,5	24,8	1,4
A 3	11,1	57,3	3,7
A 2	9,4	3,1	-
A 1	-	-	-

1) ohne Personal in Ausbildung.

2) Besoldungsordnung H vergleichbar zugeordnet:

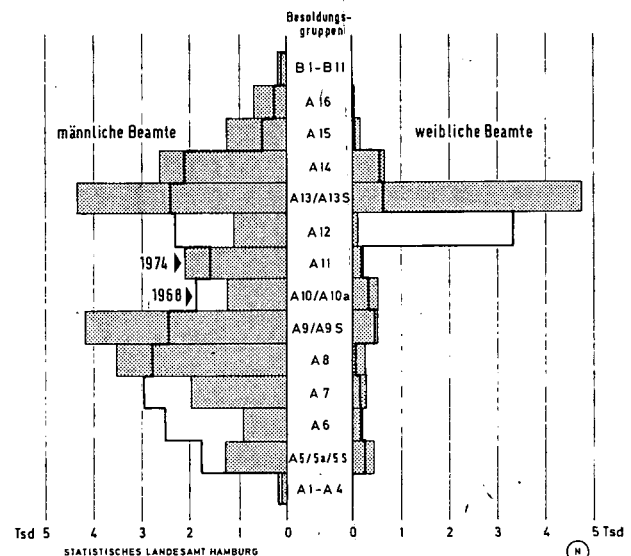
H 5 = B 3, H 4 = A 16, H 3 = A 15, H 2 = A 14, H 1 = A 14.

sis und schmaler Spitze zu finden. Die empirischen Befunde hinsichtlich der Konturen des Besoldungs-

gefüges, so wie sie sich Mitte 1974 darboten, führen jedoch zu einem anderen Ergebnis. Dem Schaubild 1, das die Besetzung der einzelnen Besoldungsgruppen linksseitig mit Beamten, rechtsseitig mit Beamtinnen ohne Trennung nach Laufbahngruppen veranschaulicht, ist zu entnehmen, daß der Stellenkegel eine Tendenz zur Umkehrung in sich birgt. Die aus Gründen kaum mehr darstellbar schwacher Belegung zusammengefaßten Besoldungsgruppen A 1 bis A 4 sowie B 1 bis B 11 beeinträchtigen dabei den Gesamteindruck in keiner Weise.

Schaubild 1

Besoldungsstruktur der vollbeschäftigten Beamten (einschl. Richter) der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 und 2. Oktober 1968



Die Streuungsverhältnisse bringen deutlich zum Ausdruck, wie sich die Verdienstschichtungen der vollbeschäftigten Beamten im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst deformiert haben (Tabelle 3). Völlig auf den Kopf gestellt haben sich die Besoldungsverhältnisse der untersten Laufbahngruppe, deren Grundgehaltssätze sich von DM 632,68 bis DM 1 069,82 erstrecken: langfristige Schrumpfung durch Nachwuchsstopp hat hier sichtlich den Stellenkegel umgedreht. Dabei ist zu bedenken, daß der einfache Beamtendienst in der hamburgischen Verwaltung, anders als z. B. bei betrieblichen Verwaltungen, wie Bahn und Post, nicht deshalb kaum noch vertreten ist, weil Beförderungen in höher dotierte Positionen stattgefunden haben, sondern weil dessen Funktionen von Angestellten und Arbeitern wahrgenommen werden. Im mittleren und gehobenen Dienst sorgt eine erheblich geringere Häufigkeit in den niedrigen gegenüber den höheren Besoldungsklassen ebenfalls für eine Verformung des Verdienstgefüges. Die Spitzenämter spielen dabei eine eminente Rolle: Die Hälfte der vollbeschäftigten Beamten aus der einfachen Laufbahn, rd. 30 % aus der mittleren sowie rd. 41 % aus der gehobenen Laufbahn beziehen ein Gehalt, das jeweils dem Eingangsamt der nächsthöheren Laufbahn entspricht. Bei den gehobenen Beamten nehmen die Spitzenpositionen in erster Linie Pädagogen ein, die ohne Universtätsausbildung mindestens zehn Jahre lang im hamburgischen Schuldienst tätig waren. Dieser Hinweis ist wichtig. Sonst könnte

fälschlicherweise der Eindruck entstehen, daß im gehobenen Dienst der Oberamtsrat die beherrschende Figur sei. Ähnliches gilt auch für den mittleren Dienst, wo nicht der Amtsinspektor, sondern der Polizeihauptmeister überwiegend das Spitzenamt innehat. Im Gegensatz zu den drei anderen Qualifikationsstufen hat sich im Falle der obersten Beamtenlaufbahn die typisch pyramidale Besoldungsstruktur gehalten: Einer breiten Basis sind mit kontinuierlich abnehmender Frequenz die ihr nachfolgenden Besoldungsstufen aufgesetzt. Die Besoldungsordnung B, deren feste Grundgehaltssätze von monatlich DM 4 129,11 (B 2) bis DM 8 159,19 (B 11) reichen, macht davon keine Ausnahme; ihr Anteil am höheren Dienst beläuft sich allerdings nur auf 2 %.

Zur Schichtung der vollbeschäftigten weiblichen Beamten nach Besoldungsstufen ist anzuführen, daß sich bei den Beamtinnen der Stellenkegel in seiner typischen Form etwas besser erhalten hat. Eine ganz gewichtige Ausnahme davon bildet das Spitzenamt (A 13 S) des gehobenen Dienstes (DM 1 687,52 bis DM 2 679,68 Grundgehalt), dem zwei Drittel sämtlicher Beamtinnen dieser Laufbahn angehören. Das ist nicht weiter verwunderlich, da es sich dabei fast ausschließlich um Volks- und Realschullehrerinnen handelt. Von zwei Personen abgesehen, waren die Beamtinnen im einfachen Dienst nicht vertreten, und in der Besoldungskategorie B des höheren Dienstes wurde Mitte 1974 keine einzige Beamtin registriert. Immerhin waren aber 38 Frauen in A 16, der Spitzenposition der Besoldungsordnung A. Wenn auch das Karrieremachen der Beamtinnen in der Hamburger Verwaltung vor den höchsten Gehaltsstufen stoppt, so läßt sich doch ganz generell sagen, daß die Chancen für die beamteten Frauen im öffentlichen Dienst zunehmend besser werden.

Die Grundtendenz der Veränderungen im Besoldungsgefüge der öffentlichen Verwaltung zwischen 1968 und 1974 läßt sich wie folgt charakterisieren: In den niedrigeren Besoldungsklassen aller Laufbahngruppen hat sich ein Ausdünnungsprozeß vollzogen, der im höheren Dienst allerdings durch starke Personalvermehrung an der Basis überkompensiert wurde; entsprechend dazu hat sich bei den oberen Besoldungsklassen sämtlicher vier Laufbahngruppen ein Konzentrationsprozeß abgespielt.

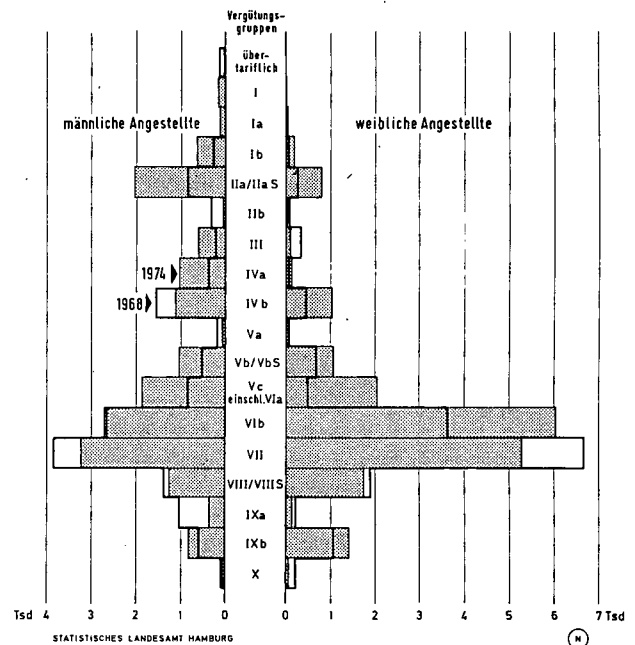
4.32 Angestellte

Was einleitend zum Kapitel „Bezahlungsmäßige Einstufungen“ über die Gliederung der vollbeschäftigten Beamten/Richter zum methodischen Verständnis gesagt wurde, gilt sinngemäß auch für die Sortierung der vollbeschäftigten Angestellten nach den Vergütungsgruppen des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT).

Die Verdienststruktur der Angestellten steht im Kontrast zu der der Beamten: Ihr Verteilungsbild läßt ein klares Übergewicht in der Frequenz der unteren Verdienstgruppen erkennen. Ferner wirken sich die Unterschiede nach dem Geschlecht bei den Angestellten weniger aus. Als Hauptursache für diese Divergenzen im Verdienstgefüge kommen die zum Teil anderen Tätigkeitsfelder, die von Angestellten in der Zweck-

Schaubild 2

Vergütungsstruktur der vollbeschäftigten Angestellten der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 und 2. Oktober 1968



verwaltung wahrgenommen werden, in Frage. Dem großen Block der verhältnismäßig hoch eingestuft Lehrkräfte bei den Beamten stehen bei den Angestellten beispielsweise die zahlreichen Beschäftigten in Heilberufen (ohne Ärzte) gegenüber, die in der Bezahlung mit den Lehrern nicht konkurrieren können. Aus der Besetzung der einzelnen Vergütungsgruppen resultiert (Tabelle 4), daß die Entwicklung zu einer Verzahnung der Laufbahngruppen untereinander analog den Spitzenämtern bei den Beamten entweder nicht stattgefunden hat oder noch ganz in den Anfängen steckt.

Im gehobenen Dienst waren es 1974 lediglich 169 von insgesamt 6 321 Vollbeschäftigten, und zwar vorwiegend Lehrerinnen, die in den Genuß einer Höhergruppierung von BAT III nach BAT IIa gelangten, der normalen Eingangsstufe des höheren Dienstes. Vergütungsgruppe II b, die sich in der Endgrundvergütung von BAT III kaum abhebt, zu der aber der Ortszuschlag gemäß II a gezahlt wird, stellt nur eine Art Auffanggruppe für Diplom-Sportlehrer und Betriebsprüfer aus Finanzämtern dar; dementsprechend ist sie auch äußerst schwach besetzt.

Wegen des kurzfristigen Bewährungsaufstiegs (nach zwei bzw. drei Jahren) entfällt auf die jeweilige Eingangsgruppe des einfachen und mittleren Dienstes bloß ein geringer Anteil der Angestellten. Die zu BAT V a ausgewiesene atypische Quote im gehobenen Dienst hängt zusammen zum einen mit dem reinen Durchlaufcharakter dieser Vergütungsgruppe, in die die Ingenieur- und Fachhochschulabsolventen nicht länger als sechs Monate eingestuft bleiben, bevor sie nach BAT IV b aufrücken, zum anderen damit, daß sie nur für diese technischen Angestelltenkategorien geöffnet ist. Beim höheren Angestelltendienst fällt das Fehlen eines der Besoldungsordnung B vergleichbaren Vergütungsüberbaus auf. Als Ersatz dafür fungiert die

Tabelle 4

Prozentverteilung der vollbeschäftigten Angestellten¹⁾ (einschl. Krankenpflegepersonal) der staatl. Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 und am 2. Oktober 1968 nach Vergütungsgruppen (Anlage 1a BAT, 1b BAT)

Vergütungsgruppen	In % der jeweiligen Laufbahngruppe	Ver-gleich-bare Relation aus 1968	Anteil der weibl. Angestellten in %
	1	2	3
Höherer Dienst	100	100	24,1
Übertariflich	0,4	6,4	12,5
I	4,7	-	10,9
Ia	3,6	1,0	21,7
Ib	21,6	16,7	22,3
IIa	67,8	55,7	25,3
IIb	1,9	20,2	40,8
Gehobener Dienst	100	100	39,6
IIa S	2,6	-	77,5
III	11,0	12,8	15,3
IVa	18,4	10,3	12,0
IVb	33,5	45,3	48,4
Va	1,5	5,5	45,7
Vb	33,0	26,1	50,9
Mittlerer Dienst	100	100	62,4
Vb S	-	-	-
Vc 2)	16,2	6,2	52,5
VIb	36,2	29,7	68,7
VII	35,2	48,9	62,0
VIII	12,4	15,1	58,0
Einfacher Dienst	100	100	55,8
VIII S	-	-	-
IXa	17,9	39,0	27,5
IXb	79,1	52,3	62,9
X	3,0	8,7	38,1

1) ohne Personal in Ausbildung.

2) einschl. der wenigen Angestellten mit Vergütungen nach VIa.

übertarifliche Bezahlung, die aber jetzt, nachdem die BAT-Gruppe I neu geschaffen wurde, selten zur Anwendung kommt.

Ganz im Gegensatz zur Beamtenschaft dominiert im unteren und mittleren Dienst der Angestellten die Frauenbeschäftigung; in drei Vergütungsgruppen (IXb, VII, VIb) geht ihr Anteil sogar beträchtlich über 60% hinaus. Überrepräsentiert sind die weiblichen Angestellten ferner in der Anfangs- und besonders in der Spitzengruppe des gehobenen Dienstes. Bei letz-

terer liegt das an den Volks- und Realschullehrerinnen, die an und für sich wie Beamte nach A 13 S bezahlt werden, aber statistisch wegen ihres Dienstverhältnisses als Angestellte in der entsprechenden Vergütungsgruppe II a S nachgewiesen sind.

4.33 Arbeiter

Es verbleibt noch, die Verdienstsituation bei den in der öffentlichen Verwaltung Hamburgs vollbeschäftigten 12 609 Arbeitern (ohne Lehrlinge) zu erörtern. Die relativ wenigen Lohngruppen des Hamburger Monatslohnarbeitsvertrags sowie das Fehlen einer Laufbahngliederung erleichtern hierbei den Überblick. Aus der Prozentverteilung in Tabelle 5 kann man herauslesen, daß das Lohngefüge durch Zusammenballungen an zwei Stellen gekennzeichnet ist, und zwar bei den Lohngruppen C II/B und A I/A II, deren Spannweite sich 1974 von DM 1 221,68 bis DM 1 467,53 bzw. von DM 1 388,14 bis DM 1 676,86 erstreckte. Ein sehr ähnliches Bild bestand bereits im Vergleichsjahr 1968.

Tabelle 5

Prozentverteilung der vollbeschäftigten Arbeiter¹⁾ der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 und am 2. Oktober 1968 nach Lohngruppen MTL/HMTV

Lohngruppen		In % der Arbeiter insgesamt	Ver-gleich-bare Relation aus 1968	Anteil der weibl. Arbeiter in %
		1	2	3
MTL	HMTV			
IX	A IV	0,4	0,5	1,9
VIII	A III	2,4	2,1	0,3
VIIa	A II	19,2	20,8	0,8
VII	A I	22,7	21,5	0,8
VI	A	7,0	8,1	7,2
V	B I	4,8	6,0	12,5
IV	B	19,8	18,5	27,3
III	C II	15,7	13,0	68,1
II	C I	8,1	9,5	62,1
Arbeiter insgesamt		100	100	22,6

1) ohne Personal in Ausbildung.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben

Die beiden Lohngruppen dazwischen sowie die unterste und die zwei obersten Lohnstufen vereinigten indessen nur eine mehr oder weniger geringe Anzahl von Arbeitern auf sich. Als Erklärung für die Konstanz der Lohnstruktur kann u. a. das Stagnieren des Arbei-

terbestandes und das Nichtvorhandensein des Bewährungsaufstiegs in diesem Beschäftigungsverhältnis herangezogen werden. Arbeiterinnen spielen in den unteren Lohngruppen mit einer Quote von rd. zwei Dritteln die Hauptrolle. Zur Mitte der Lohnskala und dann erst recht nach oben hin nimmt ihr Anteil rasch ab.

4.4 Öffentliches Personal nach Aufgabenbereichen

Der moderne, fortschrittliche Wohlfahrtsstaat deckt zweifellos ein viel umfassenderes Tätigkeitsfeld als die Staatsverwaltung früherer Zeiten. „Die Entwick-

lung des Staates vom Ordnungsstaat zum Leistungsstaat geht in mehreren Richtungen weiter: Mehr Aufgaben, Verfeinerung der Leistungen, sanftere Ordnung, größere Komplexität, Übernahme von strukturändernden Aufgaben, internationale Verflechtung der Aufgabensysteme, Erweiterung des zeitlichen Horizonts der Aufgabenerfüllung, zunehmendes Tempo des Wachstums der Aufgaben. Der gesellschaftliche Wandel schlägt sich zu einem großen Teil in staatlichen Aufgaben nieder.“³⁾

³⁾ Vgl. H. Weichmann, Wandel der Staatsaufgaben im modernen Staat, in: Planung III, hrsg. v. J. H. Kaiser, Baden-Baden 1968, S. 39 ff., zitiert bei Ulrich Becker, Zur Veränderung der Struktur der Verwaltung, Sonderdruck aus „Die Verwaltung, Zeitschrift für Verwaltungswissenschaft“, 3. Band 1970, Heft 4, S. 394.

Tabelle 6

Personal der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 nach Aufgabenbereichen und Dienstverhältnissen sowie Veränderungen gegenüber dem 2. Oktober 1970

Lfd. Nr.	Aufgabenbereiche	Vollbeschäftigtes Personal ¹⁾											Außerdem: teilzeitbeschäftigtes Personal mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden			
		insgesamt			davon									Anzahl	Veränderungen gegenüber 1970 in %	in % der Spalten-gesamt-heit
		Anzahl	Veränderungen gegenüber 1970 in %	in % der Spalten-gesamt-heit	Beamte und Richter			Angestellte			Arbeiter					
					Anzahl	Veränderungen gegenüber 1970 in %	in % der Spalten-gesamt-heit	Anzahl	Veränderungen gegenüber 1970 in %	in % der Spalten-gesamt-heit	Anzahl	Veränderungen gegenüber 1970 in %	in % der Spalten-gesamt-heit			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung darunter	11 633	+ 12,9	12,8	6 135	+ 16,9	16,0	5 184	+ 8,3	13,0	314	+ 17,2	2,5	1 075	+ 25,3	7,7
2	Innere Verwaltung	2 155	+ 12,7	2,4	784	+ 3,8	2,0	1 251	+ 18,1	3,1	120	+ 21,2	0,9	580	+ 25,8	4,1
3	Steuer- und Finanzverwaltung	5 652	+ 8,6	6,2	3 710	+ 8,0	9,6	1 861	+ 9,0	4,7	81	+ 30,6	0,6	256	+ 45,5	1,8
4	Hochbauverwaltung	1 754	- 1,2	1,9	465	- 20,8	1,2	1 198	+ 8,7	3,0	91	+ 5,8	0,7	102	- 8,1	0,7
5	Öffentliche Sicherheit und Ordnung darunter	13 002	+ 3,1	14,3	10 294	+ 1,0	26,8	2 159	+ 11,9	5,4	549	+ 13,0	4,3	245	+ 65,5	1,7
6	Polizei	9 393	+ 3,0	10,3	8 049	+ 1,3	20,9	920	+ 16,2	2,3	424	+ 11,0	3,3	135	+ 82,4	1,0
7	Feuerschutz	1 903	+ 8,7	2,1	1 736	+ 8,0	4,5	72	+ 9,1	0,2	95	+ 21,8	0,7	8	.	0,1
8	Rechtsschutz darunter	5 492	+ 6,2	6,0	4 127	+ 8,4	10,7	1 299	+ 0,9	3,3	66	- 16,5	0,5	419	+ 71,7	3,0
9	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	3 851	+ 6,4	4,2	2 796	+ 8,5	7,3	1 010	+ 1,8	2,5	45	.	0,4	375	+ 72,0	2,7
10	Strafvollzugsanstalten	1 357	+ 10,3	1,5	1 175	+ 8,7	3,1	161	+ 8,1	0,4	21	.	0,2	13	.	0,1
11	Schulen (einschl. Unterrichtsverwaltung) darunter	13 677	+ 14,4	15,0	10 926	+ 11,2	28,4	2 435	+ 35,1	6,1	316	- 2,8	2,5	5 064	+ 31,8	36,1
12	Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen 2)	8 457	+ 11,4	9,3	6 807	+ 9,7	17,7	1 404	+ 22,8	3,5	246	+ 1,7	1,9	4 555	+ 26,6	32,5
13	Gymnasien	2 852	+ 18,6	3,1	2 457	+ 13,6	6,4	391	+ 65,7	1,0	4	.	0,0	334	+ 110,1	2,4
14	Berufsbildende Schulen	1 731	+ 18,5	1,9	1 365	+ 11,9	3,5	356	+ 49,6	0,9	10	.	0,1	103	+ 102,0	0,7
15	Hochschulen (einschl. Fachhochschulen) darunter	8 177	+ 18,2	9,0	1 882	+ 5,8	4,9	5 285	+ 22,1	13,3	1 010	+ 24,5	8,0	1 498	+ 82,2	10,7
16	Wissenschaftl. Hochschulen	3 213	+ 24,1	3,5	1 026	+ 14,0	2,7	1 994	+ 28,0	5,0	193	+ 46,2	1,5	849	+ 72,6	6,0
17	Hochschulkliniken	3 950	+ 13,9	4,3	351	- 17,4	0,9	2 826	+ 17,9	7,1	773	+ 19,3	6,1	586	+ 171,3	4,2
18	Sonstiges Bildungswesen	1 906	+ 14,7	2,1	1 766	+ 11,8	4,6	140	+ 70,7	0,4	-	.	-	13	.	0,1
19	Kulturelle Angelegenheiten	888	+ 7,0	1,0	78	± 0,0	0,2	772	+ 5,3	1,9	38	.	0,3	249	+ 49,1	1,8
20	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung darunter	9 591	+ 10,3	10,5	1 250	- 4,5	3,3	7 519	+ 11,1	18,9	822	+ 33,2	6,5	2 042	+ 9,8	14,5
21	Jugendämter	1 087	+ 6,5	1,2	373	+ 3,3	1,0	699	+ 7,4	1,8	15	.	0,1	82	+ 6,5	0,6
22	Einrichtungen der Sozialhilfe	1 881	+ 10,5	2,1	47	.	0,1	1 524	+ 10,8	3,8	310	+ 11,1	2,4	789	+ 15,4	5,6
23	Einrichtungen der Jugendhilfe	4 186	+ 23,2	4,6	121	+ 31,5	0,3	3 595	+ 19,4	9,0	470	+ 60,4	3,7	968	+ 3,2	6,9
24	Gesundheit, Sport, Erholung darunter	13 799	+ 13,1	15,2	513	- 10,9	1,3	9 953	+ 18,0	25,0	3 333	+ 4,3	26,3	3 014	+ 35,3	21,5
25	Krankenanstalten ohne Hochschulkliniken	11 212	+ 15,2	12,3	119	- 27,0	0,3	8 772	+ 18,7	22,0	2 321	+ 6,3	18,3	2 660	+ 33,3	19,0
26	Park- und Gartenanlagen	1 048	- 1,0	1,2	55	- 12,7	0,1	137	+ 7,0	0,3	856	- 1,4	6,8	6	.	0,0
27	Wohnungswesen und Raumordnung	1 183	- 2,6	1,3	213	- 5,8	0,6	852	- 0,7	2,1	118	- 9,2	0,9	38	.	0,3
28	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5 310	+ 4,7	5,8	186	- 10,1	0,5	1 046	+ 3,4	2,6	4 078	+ 5,9	32,2	51	± 0,0	0,4
29	Verkehrs- und Nachrichtenwesen darunter	4 648	+ 1,0	5,1	726	+ 1,3	1,9	2 128	+ 3,6	5,3	1 794	- 2,1	14,2	55	.	0,4
30	Straßen- und Brückenbau	721	- 0,1	0,8	186	+ 10,7	0,5	518	+ 5,3	1,3	17	.	0,1	15	.	0,1
31	Wasserstraßen, Häfen	455	- 3,4	0,5	200	+ 5,8	0,5	254	- 7,6	0,6	1	.	0,0	10	.	0,1
32	Sonstige	1 652	- 4,5	1,8	359	- 17,7	0,9	1 054	- 1,3	2,6	239	+ 5,8	1,9	273	+ 0,7	1,9
33	Insgesamt	90 958	+ 9,6	100	38 455	+ 6,9	100	39 826	+ 13,3	100	12 677	+ 7,1	100	14 036	+ 32,9	100

1) einschl. Personal in Ausbildung.
2) einschl. Gesamtschulen.

Tabelle 6 gibt Aufschluß über die Funktionsbereiche und das Verwaltungspersonal zur Erfüllung der verschiedenen Aufgaben. Die verwendete Systematik der öffentlichen Aufgaben richtet sich nicht nach dem institutionellen Ressortprinzip, sondern nach dem Real- oder Funktionalprinzip. Sie fußt auf dem Funktionenplan, dessen Erstellung in Verbindung mit dem Haushaltsplan nach §§ 11 HGrG, 14 LHO gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Haushaltsreform hatte die Aufgabensystematik so verändert, daß ein Vergleich mit 1968 nicht mehr angestellt werden konnte. Vergleichsg geeignet war dann erst wieder das Jahr 1970. Da auch seither in gewissem Umfange Modifizierungen vorkamen, war eine entsprechende Datenbereinigung nach dem Stande von 1974 unumgänglich.

Schon eine flüchtige Durchsicht der Aufgabebereichsgliederung offenbart den Charakter der staatlichen Administration als den eines universalen Dienstleistungsbetriebes.

Gemessen am Personalbestand nahmen die herkömmlichen Staatsaufgaben, wie Finanzwesen, Innere Verwaltung, Polizei und Rechtsschutz – Verteidigung, die dazu gehört, kann als reine Bundesaufgabe außer acht gelassen werden – Mitte 1974 in der Hansestadt keine Spitzenstellung ein. Vielmehr standen ganz oben an die mit der Förderung der persönlichen Entfaltung zusammenhängenden Aufgaben, also alles, was mit Bildung und Ausbildung zu tun hat; gefolgt vom Gesundheitswesen und der öffentlichen Sicherheit.

Welchen Vorrang bei der Personalausstattung das Bildungs- und Ausbildungswesen in Hamburg genießt, wird daran deutlich, daß von den rd. 105 000 Voll- und Teilzeitbeschäftigten (mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden) allein rd. 30 500 oder 29 % in diesem die Schulen, Hochschulen und das sonstige Bildungswesen beinhaltenden Bereich tätig waren. Darunter bildete den größten Einzelblock das Personal im Teilbereich „Schulen einschl. Unterrichtsverwaltung“, rd. 19 000 bzw. 18 % aller Bediensteten waren mit dieser Aufgabe betraut; gut ein Viertel von ihnen arbeitete nicht ganztätig. Anders gesehen entfielen 36 % der Teilzeitbeschäftigten mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden bzw. bei Lehrern mit mindestens 12 Wochenlehrstunden auf diesen Zweig. Als vorherrschendes Dienstverhältnis bei den Vollbeschäftigten im Unterrichtswesen wurde das des Beamten ermittelt. Innerhalb der Funktion „Schulen“ rangierten die Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen einschl. des neuen Typus „Gesamtschule“ quantitativ an der Spitze. Bei diesen Schularten hatte das teilzeitbeschäftigte Personal ein beträchtliches Gewicht. Ein getrennter Nachweis der Realschulen auf der einen sowie der Volks- bzw. Grund- und Hauptschulen auf der anderen Seite ist nicht vollziehbar, weil in Hamburg diese Schulen in einem gemeinsamen Schulsystem unter dem gleichen Schulleiter und mit einem einheitlichen Lehrkörper integriert sind; die Realschulen werden also nicht als selbständige Organisationsform mit gesonderter Lehrerschaft behandelt.

Die Aufstockung des Schulpersonals einschl. der Bürokräfte übersteigt bei weitem den Durchschnittszuwachs im öffentlichen Dienst. Betrug die Zuwachsrate der

Vollbeschäftigten sämtlicher Aufgabenbereiche im Zeitabschnitt 1970/74 9,6 %, so hatten die Schulen ihrerseits eine Zuwachsrate von 14,4 %, darunter die weiterführenden Lehranstalten sogar fast 19 %. Der Bestand der Teilzeitbediensteten erhöhte sich noch rasanter, nämlich nahezu um ein Drittel.

An zweiter Stelle stand dem Umfange der Beschäftigung nach der Aufgabenzweig „Gesundheit, Sport, Erholung“, dem 16,0 % des Bestandes an Beamten, Angestellten und Arbeitern zugeteilt war. Allein die Krankenhäuser vereinigten 13,2 % des Personals auf sich. Unter Einbeziehung der Eppendorfer Universitätsklinik erforderte der Krankenhausesektor sogar einen Personalanteil von 17,5 %. Da die Hochschulklinik aber auch zu einem guten Teil der medizinischen Lehre und Forschung dient, wird sie in der Aufgabensystematik unabhängig von den Krankenanstalten im Bereich „Hochschulen“ geführt. Egal welchen Anteil man zugrunde legt, ob den einschl. oder den ausschl. Universitätsklinik, das Gesundheitswesen im weiteren Sinne, welches Sport- sowie Erholungsaufgaben mitzählt, bindet die zweithöchste Mitarbeiterkapazität in der hamburgischen Verwaltung. Unter den rd. 17 000 Mitarbeitern mit der Funktion „Gesundheit, Sport, Erholung“ befanden sich etwa 3 000 Teilbeschäftigte. Bei den Vollbeschäftigten sind im wesentlichen Angestellte und im geringeren Ausmaß auch Arbeiter vertreten, dagegen selten Beamte. Das Gros des Beschäftigtenkontingents in den Krankenhäusern konstituierte sich aus Angestelltenberufen wie Ärzte, Krankenpfleger, Apotheker, Krankenschwestern, Krankengymnastinnen, med.-techn. Assistentinnen, Laborantinnen. Zum volltätigen Krankenpflegepersonal gehörten am 30. Juni 1974 7 254 Kräfte.

Das Gesundheitswesen insgesamt hat von 1970 bis 1974 eine Personalverstärkung von 13,1 % erlebt, wobei die Krankenanstalten mit 15,2 % ganz besonders hervortreten. Noch größer war die Beschleunigung bei der Zunahme der Teilzeitbediensteten.

In der Rangfolge der Personalintensität nahm die „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ mit 12,6 % des Beschäftigtenpotentials der Verwaltung den dritten Platz ein. Diese Aufgabe fällt wesentlich der Polizei zu. Ihre Personalquote belief sich denn auch, gemessen am Gesamtbestand, auf 9,1 % (9 528 Polizisten). Dazu gehörten ferner 1 911 Feuerwehrleute. Konträr zum Gesundheitswesen spielt im Bereich der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Beamtendienst zahlenmäßig die ausschlaggebende Rolle. Bezüglich des Personalzuwachses blieb dieser Aufgabenbereich weit hinter den beiden zuerst erwähnten zurück; er mußte sich mit einer stark unterdurchschnittlichen Expansionsrate von 3,9 % über den ganzen Vierjahreszeitraum bescheiden.

Insgesamt 12 708 (12,1 %) voll- und teilzeitbeschäftigte Bedienstete mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden waren im Funktionsbereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ eingesetzt, der u. a. Bürgerschaft, Senat, deren Kanzleien, Rechnungshof, Senatsamt für den Verwaltungsdienst, zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle, allgemeine Verwaltung der Bezirksämter, Statistischen Dienst, Finanzbehörde, Oberfinanzdirektion mit Finanzämtern, Hochbauver-

waltung und zentrale Datenverarbeitung umfaßt. Am personalintensivsten stellte sich dabei die Steuer- und Finanzverwaltung heraus, die ungefähr die Hälfte der Kräfte bei sich beschäftigte.

Zur richtigen Interpretation des Personalstandes des Aufgabenbereichs „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ ist zu berücksichtigen, daß rd. 650 Nachwuchskräfte für den mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst zentral beim Senatsamt für den Verwaltungsdienst geführt werden. Das auszubildende Personal des höheren Verwaltungsdienstes (Rechtsreferendare) ist hingegen der Justizbehörde unterstellt und fällt demzufolge unter die Funktion „Rechtsschutz“. Auch alle sonstigen Nachwuchskräfte wurden bei den Funktionen nachgewiesen, für die sie ausgebildet werden.

Mit 11 633 Mitarbeitern hatte der Komplex „Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung“ eine nur wenig kleinere Belegschaft. Das staatliche Engagement für die Jugend signalisiert dabei die Tatsache, daß gut jeder zweite aus diesem Kreis beispielsweise als Kindergärtnerin, Jugendfürsorger oder Erzieher arbeitete, 23,2% Vollbeschäftigte mehr als 1970. Als einzige konnten nur die wissenschaftlichen Hochschulen eine noch etwas größere relative Personalverstärkung verbuchen.

Hinsichtlich der Entwicklungstendenzen in den Hauptaufgabenbereichen läßt sich zusammenfassend feststellen, daß im allgemeinen auf Bereiche mit einem hohen Personalausgangsbestand auch noch überproportionale Zunahmen entfielen. Diese beruhen meistens auf politischen Prioritätsentscheidungen, deren Ziel es ist, das staatliche Leistungsniveau zugunsten von Reformen auf bestimmten Gebieten möglichst schnell und nachhaltig anzuheben.

Wenn die Personalintensität als eine Art Indikator für das Gewicht, das der Staat seinen diversen Aufgaben zubilligt, angesehen wurde, so impliziert das keineswegs die Vorstellung von einer analogen Verteilung der Ausgaben. Betrachtet man nämlich den Personalstand in Verbindung mit der Haushaltsstatistik, wobei ebenfalls der Funktionenplan heranzuziehen ist, ergeben sich mehr oder minder große Divergenzen. Da für 1974 Ist-Zahlen über die funktionell zugeordneten Ausgaben noch nicht zur Verfügung stehen, nimmt man diesen Vergleich zweckmäßigerweise mit den fortgeschriebenen Ansätzen des Haushaltsjahres 1974 vor. Die Gegenüberstellung zeigt, daß in Hamburg zwar die Schulen sowohl die größte Personalintensität (17,8%) als auch den stärksten Ausgabenanteil (17,0%) beanspruchen, daß aber an zweiter Stelle auf der Ausgabenskala nicht wie beim Personal das Gesundheitswesen unter Einschluß von Sport und Erholung folgt, sondern der Aufgabenbereich der Sozialen Sicherung mit einem Anteil von 15,9%. An dritter Stelle steht nicht die Hauptfunktion „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“, sondern der personalmäßig schwach besetzte Verkehrs- und Nachrichtensektor, für den 12,0% der Ausgaben verwendet werden. Diese Beispiele illustrieren sehr markant, daß Personalstand und finanzielles Leistungsvolumen keine kompatiblen Verteilungen haben. Die Gründe für eine solche Differenzierung von Personal- und Ausgabenstatistik sind zur Hauptsache in den Umverteilungsausgaben zu suchen, die keine eigenen unmittelbaren Aufgaben der öffentlichen Hand auslösen und hinter denen relativ wenig Personal steht; ferner in den Investitionsausgaben, durch die der Staat als Auftraggeber tätig wird, also Personal privater Unternehmer einsetzt, so daß ökonomisch gesehen zum Personal des öffentlichen Dienstes die über Aufträge aus Steuergeldern oder Schuldenaufnahmen bezahlten Arbeitgeber und -nehmer der Privatwirtschaft eigentlich hinzuaddiert werden müßten, falls man ein adäquateres Bild gewinnen will.

Francisco Villalaz

Zur Lage und Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg

Das Bauhauptgewerbe in Hamburg befindet sich seit etwa 1973 auf einer nach Kriegsende nicht mehr beobachteten konjunkturellen Talfahrt. Der beschleunigte Rückgang der Baunachfrage – vor allem im privaten Sektor – hatte beträchtliche Einbußen in der Bauleistung zur Folge. Es kam schließlich zu einer ganzen Reihe von Betriebsschließungen und zahlreichen Personalentlassungen. Zur Jahreswende 1974/75 haben Auftragsbestände und Kapazitätsauslastung ein ungewöhnlich niedriges Niveau erreicht, und auch die jüngsten Auftragseingangszahlen lassen noch keinen Trendumschlag erkennen.

Seit 1965 haben sich im Bauhauptgewerbe nicht unwesentliche Strukturveränderungen ergeben. Dabei haben während der im ganzen positiven Entwicklung bis 1973 beträchtliche Rationalisierungsmaßnahmen trotz stetig steigender Bauleistung zu einer spürbaren Verringerung der Beschäftigtenzahl geführt. Diese Tendenz zur Freisetzung von Arbeitskräften hat sich in der augenblicklichen konjunkturellen Abschwächung erheblich verstärkt.

Die Rezession hat besonders die Großbetriebe betroffen, während sich die Klein- und Mittelbetriebe als verhältnismäßig widerstandsfähig erwiesen haben. Der Trend zur Betriebsverkleinerung war in allen Gewerbezweigen – ausgenommen bei den Betrieben des Spezialbaus – zu beobachten. Dabei hat der kombinierte Zweig des Hoch-, Tief- und Ingenieurbaus seinen Beschäftigtenanteil trotz erheblicher Rationalisierungsfreisetzungen kräftig erhöhen können.

Der Schwerpunkt des Personalabbaus lag bei den Hilfskräften, deren Arbeit durch verstärkten Maschineneinsatz ausgeglichen worden ist. Demgegenüber stieg die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten mit zunehmender Modernisierung und Technisierung der Bauverfahren an. Nach wie vor besteht jedoch ein Mangel an Nachwuchskräften, zumal die Zahl der gewerblichen Lehrlinge stark rückläufig war.

Das Bauvolumen hat in den vergangenen neun Jahren zugenommen, wobei zumindest im Wohnungsbau und gewerblichen Bau ein deutlicher Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden registriert wurde. Entsprechend hoch waren die Produktivitätsfortschritte vor allem bei denjenigen Betrieben, die ihren Maschineneinsatz in den letzten neun Jahren intensiv erhöhen konnten.

In der wirtschaftspolitischen Diskussion nimmt die Bauwirtschaft seit jeher aufgrund ihrer hohen Konjunkturreaktivität und ihrer engen Verflechtung mit anderen Zweigen der Wirtschaft eine besondere Stellung ein. Gegenwärtig ist das Baugewerbe erneut in den Mittelpunkt konjunkturpolitischer Interessen gerückt, seitdem die Inflationsdämpfungsmaßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank aus dem Jahre 1973 insbesondere die Nachfrage nach Bauleistungen erheblich gedrosselt haben. Betroffen sind zunächst vor allem die Betriebe des Bauhauptgewerbes¹⁾. Inzwischen hat der Mangel an Bauaufträgen in fast allen Bereichen des Bauhauptgewerbes zu teilweise drastischen Produktionseinbußen und Kapazitätseinschränkungen und schließlich an den Rand einer ernsthaften Beschäftigungskrise geführt.

Die Bauaufträge reichten Anfang 1975 kaum mehr für eine kontinuierliche Beschäftigung von drei Monaten, und Anschlußaufträge sind nur in wenigen Fällen zu erwarten. Gegenwärtig ist nicht zu erkennen, ob das Klima der wirtschaftlichen Unsicherheit im Bausektor

durch die gerade anlaufenden Stützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand in Kürze nachhaltig gebessert werden kann. Für eine optimistische Prognose bieten die bisherigen Auftragseingangszahlen jedenfalls keinen Anlaß. Im Dezember 1974 hatte die Meßziffer der Auftragseingänge (1971 = 100) mit knapp 74 Punkten ihren bisher tiefsten Stand erreicht, und die ersten Ergebnisse aus der Januarmeldung zeigen noch keine Tendenzwende an. Die folgende Darstellung kann deshalb zunächst auch nur die unmittelbaren Auswirkungen des Konjunkturerinbruchs zu Beginn des Berichtsjahres sowie die heute bereits sichtbaren strukturellen Veränderungen aus der langjährigen Entwicklung im Hamburger Bauhauptgewerbe schildern. Es ist sicher nicht möglich, hieraus Schlußfolgerungen auf die weitere kurz- oder mittelfristige Tendenz zu ziehen.

Über 6900 Arbeitskräfte weniger seit Ende 1973

Die Daten der laufenden Monatsberichterstattung von Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten, hochgerechnet auf alle Betriebe dieses Zweiges in Hamburg

¹⁾ Betriebe des Ausbaugewerbes (Bauhilfsgewerbe) sind in der folgenden Betrachtung nicht berücksichtigt.

Tabelle 1

Das Bauhauptgewerbe in Hamburg in den Jahren 1973 und 1974

— Alle Betriebe, hochgerechnet aus der
monatlichen Berichterstattung —

Art der Angaben	Maß- einheit	1973		1974		Verän- derung in %
		absolut	in %	absolut	in %	
		1	2	3	4	
Betriebe	Ende Juni ¹⁾	1 242	-	1 148	-	- 7,6
Tätige Personen	JD	43 660	100	36 744	100	- 15,8
davon						
Tätige Inhaber ²⁾	"	1 239	2,8	1 189	3,2	- 4,0
Angestellte ³⁾	"	6 217	14,2	5 860	16,0	- 5,7
Übrige Beschäftigte	"	36 204	83,0	29 694	80,8	- 18,0
Geleistete Arbeitsstunden	1000	68 527	100	57 486	100	- 16,1
davon für						
Wohnbauten	"	20 857	30,4	16 017	27,9	- 23,2
gewerbliche und indu- strielle Bauten	"	24 405	35,6	19 482	33,9	- 20,2
Verkehrs- und öffent- liche Bauten	"	23 265	34,0	21 987	38,2	- 5,5
Inlandsumsatz ⁴⁾	Mio DM	2 755,2	100	2 758,5	100	+ 0,1
davon in						
Wohnungsbau	"	797,6	29,0	740,3	26,8	- 7,2
gewerblichen und indu- striellen Bau	"	981,2	35,6	846,3	30,7	- 13,7
öffentlichen Bau und Ver- kehrsbau	"	976,5	35,4	1 171,9	42,5	+ 20,0
Index der Bauproduktion	1962= 100	128,4	-	113,3	-	- 11,8

1) aus den jährlichen Totalerhebungen.

2) einschl. unbezahlter mithelfender Familienangehöriger.

3) kaufmännische und technische Angestellte und Lehrlinge.

4) ohne Mehrwertsteuer.

(Tabelle 1) zeigen, daß im Vergleich zu 1973 bei fast allen Merkmalen starke Rückgänge eingetreten sind. So stellten innerhalb von nur 12 Monaten allein 94 Betriebe ihre Tätigkeit ein, was einem Rückgang von knapp 8 % entspricht. Die Gesamtbeschäftigung — gemessen an der Zahl der tätigen Personen — sank um fast 16 % auf nur noch knapp 36 750 Arbeitskräfte. Am stärksten betroffen waren die Facharbeiter und die ungelernten Hilfskräfte. Sie stellten mit weit mehr als 94 % den überwiegenden Teil der entlassenen Personen. Dagegen ist die Zahl der Angestellten erheblich schwächer zurückgegangen. Mit dem Auscheiden von zusammen über 6900 Arbeitskräften sank die durchschnittliche Betriebsgröße von bisher 35 auf 32 Beschäftigte ab.

Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden um mehr als 16 %

Infolge der dünnen Auftragsdecke wurde auch die Bauleistung spürbar eingeschränkt. Die Bauproduktion ging um beinahe 12 % und damit auf ein Niveau von vor 1970 zurück, und die Summe der hierfür geleisteten Arbeitsstunden war sogar um mehr als 16 % kleiner als im Vorjahr. Durch den Ausfall von mehr als 11 Mio Arbeitsstunden reduzierte sich die mittlere Tagesleistung auf etwa 228 000 Stunden, das sind pro Tag rd. 44 000 weniger als im Jahr 1973.

Der Rückgang von Bauleistung und Bauvolumen ist fast ausschließlich auf die außerordentlich schwache Auftragslage im Wohnungsbau sowie bei gewerblichen und industriellen Bauten zurückzuführen. In beiden Sparten lagen die Abnahmeraten weit über dem Gesamtdurchschnitt. Diese Tatsache wiegt um so schwerer, als die sonst übliche Beeinträchtigung der Bautätigkeit durch Schlechtwetterperioden in den Wintermonaten diesmal ausblieb und zeigt deutlich die eingeschränkte Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft. Auch die Bauleistung für öffentliche Auftraggeber war rückläufig (-5,5 %). Die Abnahme war jedoch im Vergleich zu den beiden anderen Sparten

wesentlich schwächer. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß gerade im Jahr 1974 eine Reihe von Großaufträgen des Staates aus den Vorjahren, wie z. B. der Bau der Köhlbrandbrücke, Teile des Elbtunnels sowie einige Schul- und Verwaltungsbauten abgeschlossen wurden bzw. in ihr entscheidendes Baustadium getreten waren. Das Konjunkturbild im öffentlichen Bausektor stellt sich somit in Hamburg — gemessen an der Gesamtsituation im übrigen Bundesgebiet — noch verhältnismäßig günstig dar.

Hohe Umsatzeinbußen im Wohnungsbau und Industriebau

Bei der Umsatzentwicklung des letzten Jahres ist zu beachten, daß seit Einführung der Mehrwertsteuer (1968) in der Regel erst nach Baufertigstellung aufgrund des vereinbarten Entgelts besteuert wird (Sollbesteuerung). Folglich läßt sich kaum noch ein unmittelbarer Vergleich zwischen Nettoumsätzen und Produktionsleistung derselben Berichtsperiode anstellen. Nur so ist zu erklären, daß die Umsatzsteigerung von 0,1 % — ganz im Gegensatz zu den hohen Abnahmeraten der Bauleistung — praktisch nur eine Stagnation anzeigt. Hinzu kommt, daß trotz der allgemeinen Bauflaute die langjährig beobachteten stetigen Preisanhebungen für Bauarbeiten nicht nachhaltig gebremst werden konnten, obgleich eine gewisse Preisberuhigung im letzten Quartal 1974 erkennbar war. Die reale Umsatzentwicklung muß daher bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 7 % pro Jahr wesentlich schlechter beurteilt werden.

Der Vergleich der Umsätze in den drei Sparten zeigt, daß die nur geringe Gesamtbewegung überwiegend durch den hohen Anstieg bei öffentlichen Bauten bestimmt wird. Das hier erzielte Umsatzplus von 20 % betrifft jedoch, wie schon erwähnt, vor allem Beträge aus der Endabrechnung über einige langfristige und aufwendige Großvorhaben der Hansestadt und ist somit atypisch für die augenblickliche Lage der hiesigen Bauwirtschaft. Relativ hoch sind dagegen die negativen Veränderungsraten der Umsätze im privaten Baubereich, im Wohnungsbau (-7 %) und bei Industrie- und Gewerbebauten (-14 %).

Kapazitätseinschränkungen seit 1965

Die beschriebene Jahresentwicklung des Hamburger Bauhauptgewerbes läßt trotz der im großen und ganzen gleichförmigen Abwärtsbewegung erkennen, daß sich im Verlaufe des vergangenen Jahres unter dem Einfluß der abgeschwächten Baunachfrage verstärkte strukturelle Veränderungen ergeben haben. Es wäre sicherlich verfehlt, erst die derzeitigen Krisenerscheinungen als ausschlaggebend für den Beginn eines strukturellen Anpassungsprozesses zu interpretieren. Vielmehr ist zumindest in Hamburg schon seit einiger Zeit eine kontinuierliche Schrumpfungstendenz bei Betrieben und Beschäftigung im Bauhauptgewerbe zu beobachten, die natürlich auch die Zusammensetzung dieses Wirtschaftszweiges merklich verändert hat. Der rasante wirtschaftliche Abschwung des Jahres 1974 hat die Anpassung an die veränderte Nachfrage lediglich beschleunigt und dabei die Gesamtkapazitäten im

Moment unter das langfristig benötigte Niveau fallen lassen. Die folgenden Ergebnisse aus den jährlichen Totalerhebungen²⁾ verdeutlichen dieses auf dem Hintergrund der Entwicklung seit 1965.

Tabelle 2

Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe in Hamburg in den Jahren 1965, 1973 und 1974 nach Beschäftigtengrößenklassen
— Ergebnisse der Jahreserhebungen —

Betriebe mit Beschäftigten	Betriebe und tätige Personen am 30.6.			Zu-(+) bzw. Abnahme (-) 1974 gegenüber	
	1965	1973	1974	1965	1973
	absolut			in %	
	1	2	3	4	5

Betriebe

1	80	123	126	+ 57,5	+ 2,4
2 bis 4	251	241	235	- 6,4	- 2,5
5 " 9	280	245	219	- 21,8	- 10,6
10 " 19	228	216	191	- 16,2	- 11,6
20 " 49	185	184	185	± 0,0	+ 0,5
50 " 99	125	111	91	- 27,2	- 18,0
100 " 199	79	70	64	- 19,0	- 8,6
200 und mehr	50	52	37	- 26,0	- 28,8
Alle Betriebe	1 278	1 242	1 148	- 10,2	- 7,6

Tätige Personen

1	80	123	126	+ 57,5	+ 2,4
2 bis 4	727	711	685	- 5,8	- 3,7
5 " 9	1 887	1 680	1 488	- 21,1	- 11,4
10 " 19	3 161	3 019	2 687	- 15,0	- 11,0
20 " 49	5 798	5 025	5 200	- 10,3	+ 3,5
50 " 99	8 914	7 925	6 442	- 27,7	- 18,7
100 " 199	11 071	9 910	8 808	- 20,4	- 11,1
200 und mehr	18 209	16 435	11 873	- 34,8	- 27,8
Tätige Personen insgesamt	49 847	44 828	37 309	- 25,2	- 16,8

Beträchtlicher Beschäftigungsabbau bereits vor 1973

Abgesehen von kurzen Unterbrechungen während der Bauhochkonjunktur 1970/71 ist die Zahl der Baubetriebe in der letzten Zeit stetig gesunken. So schied seit 1965, also im Laufe von 9 Jahren, über 130 Betriebe aus. Damit hat sich die Gesamtzahl der Baufirmen um 10 % reduziert. Wenn auch anzunehmen ist, daß vor allem die 94 Betriebsschließungen des vergangenen Jahres überwiegend auf wirtschaftlichen Schwierigkeiten beruhen, so läßt die langfristige Tendenz doch vermuten, daß in Hamburg in der Vergan-

²⁾ vergl. Fußnote ²⁾ auf S. 111.

genheit keineswegs Überkapazitäten aufgebaut worden sind. Diese gerade in jüngster Zeit verschiedentlich geäußerte Ansicht wird vor allem durch die Beschäftigtenentwicklung nicht gestützt. Während 1965 noch etwa 49 850 Arbeitskräfte im Bauhauptgewerbe tätig waren, sank ihre Zahl inzwischen um mehr als 25 % auf nur noch 37 300. 40 % dieses Rückgangs betreffen jedoch allein den Zeitraum bis zur Jahresmitte 1973 und sind damit einer Periode zuzurechnen, in der die Auftragslage eine Weiterbeschäftigung des Personals durchaus erlaubt hätte. Ohne Frage haben hierbei auch Rationalisierungsfreisetzen im Zuge fortschreitender Mechanisierung der Arbeitsabläufe eine Rolle gespielt. Im Vordergrund scheint aber die Anpassung an die tendenziell rückläufige Gesamtnachfrage gestanden zu haben. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß außerdem starke Nachfrageschwankungen im Hoch- bzw. Tiefbaugeschäft ausgeglichen werden mußten. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Anpassungsflexibilität der Betriebe führte somit zwangsläufig zu verstärktem Kapitaleinsatz und zur Substitution menschlicher Arbeitskraft.

Verringerte durchschnittliche Betriebsgröße

Ein so stetiger Kapazitätsabbau konnte nicht ohne Folgen für die Betriebsgrößenstruktur bleiben. Besonders fällt auf, daß der Anteil der größeren Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten seit langem zurückgeht. Er beträgt heute nur noch 16 %, gegenüber 20 % im Jahr 1965. Die Zahl der Großbetriebe fiel dabei um fast ein Viertel.

Unter den Klein- und Mittelbetrieben ist insbesondere bei den Einmannunternehmen ein überdurchschnittlicher Anstieg zu verzeichnen. Ihr Anteil erhöhte sich von 6 auf 11 %. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß etliche dieser Firmen sozusagen nur noch aus Familientradition weiterbestehen und häufig auch nur noch gelegentlich Aufträge übernehmen, d. h. nicht ganzjährig vollbeschäftigt sind. Freilich dürfte es für die allein tätigen, oft bereits älteren Inhaber auch sehr schwer gewesen sein, in Phasen der Überbeschäftigung und heftig steigender Löhne zusätzliche Arbeitskräfte, vor allem Facharbeiter, zur Erweiterung ihrer Betriebskapazität zu gewinnen. Erstaunlich konstant blieb die Zahl der Betriebe mit 20–49 Beschäftigten. Sie profitierten offensichtlich im Jahr 1974 von dem hohen Beschäftigtenabbau der Großbetriebe und erzielten einen Zuwachs an Arbeitskräften von über 3 %.

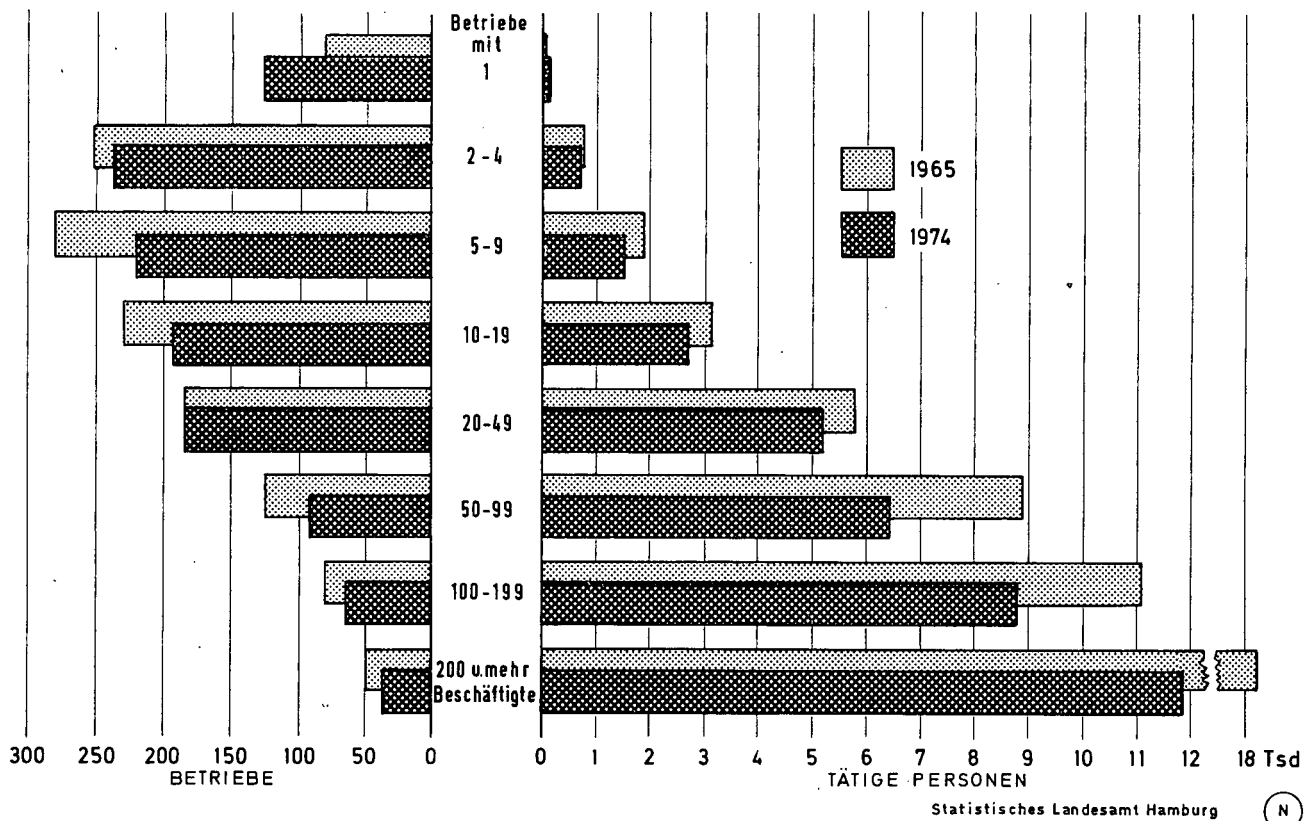
Die größeren Arbeitsstätten haben im Laufe der Zeit immer mehr an Gewicht verloren. Diese Entwicklung unterstreicht erneut, wie stark die klein- und mittelbetriebliche Ausrichtung des Hamburger Bauhauptgewerbes ist, und daß die Tendenz zur Betriebsverkleinerung auch weiterhin anhält.

Betriebszuwachs vor allem im Spezialbau

Die unterschiedliche Entwicklung der Betriebszahlen nach Wirtschaftszweigen seit 1965 hat die Gesamtstruktur nur unwesentlich beeinflusst. So stellt der Hoch- und Ingenieurhochbau trotz eines Rückgangs von mehr als 16 % mit gut der Hälfte aller Betriebe

Schaubild 1

**Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe in Hamburg in den Jahren 1965 und 1974
nach Beschäftigtengrößenklassen**
— Ergebnisse der Jahreserhebung —



auch heute noch den weitaus größten Bauzweig in Hamburg dar. Ebenso konnten der Tief- und Ingenieurtiefbau sowie das Zimmereigewerbe ihre Anteile mit jetzt jeweils knapp über 7% einigermaßen behaupten, obgleich in beiden Fällen ein überaus hoher Abbau von 34% der Betriebe erfolgte. Schließlich verringerte sich auch die Zahl der im Straßenbau tätigen Firmen auf 67 zumeist kleinere und mittlere Betriebe.

Es ist anzunehmen, daß ein Teil der Abgänge im reinen Hoch- bzw. Tiefbau dem kombinierten Hoch- und Tiefbau zugute gekommen ist, der mit einem Betriebszuwachs von 30% auch seinen Branchenanteil von 4 auf 6% verbessern konnte. Diese Verlagerung ist u. a. darauf zurückzuführen, daß in den vergangenen Jahren einige Fusionen von ehemals reinen Hochbau- und Tiefbauunternehmen stattgefunden haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß gleichzeitig die Tendenz zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften, die in der Statistik des Bauhauptgewerbes als Betriebe gezählt werden, in Hamburg auffällig zurückgegangen ist. Das läßt sich auch daran erkennen, daß die Zahl der tätigen Inhaber langsamer abgenommen hat (-5,2%) als die der Betriebe überhaupt (-7,6%).

Zum zweitgrößten Zweig in Hamburg ist der Dämm- und Isolierbau mit einer Betriebsvermehrung von 125% angewachsen. Der Grund für diese enorme Ausweitung ist wohl, daß sich hier erst im Laufe der Jahre ein Spezialgewerbe herausgebildet hat, nach-

dem die Anforderungen an die Kälte- und Schallschutzisolierung sowie den Witterungsschutz im Hochbau erheblich gestiegen sind. Auch das Stukkateur- und Verputzgewerbe hat seine Betriebsstättenzahl verdoppelt. In dieser Sparte ist gleichsam die Renaissance eines alten Gewerbestandes zu beobachten, dem die Fertigbauweise mit Leichtbauelementen und der gegenwärtige Trend zur Erhaltung alten Baustils in der Altbaurenovierung zu neuem Aufschwung verholfen haben.

Höheres Leistungsangebot durch kombinierte Betriebszweige

Sowohl für die langfristige Betrachtung als auch für das Jahr 1974 gilt, daß die Beschäftigtenzahl in den einzelnen Betriebsgrößenklassen sich ähnlich wie die der Betriebe geändert hat, wobei die Einbußen bei den Großbetrieben weitaus höher waren als bei den übrigen Firmen.

Die Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen zeigt jedoch bis 1973 nur geringfügige Verschiebungen, wobei sowohl Klein- und Mittelbetriebe (unter 50 Beschäftigte) als auch Großbetriebe annähernd konstante Anteile hielten. Erst 1974, also im wirtschaftlichen Abschwung, schrumpfte der Anteil der Großbetriebe, die allerdings nach wie vor mehr als die Hälfte aller tätigen Personen beschäftigten. Es ist also nicht zu übersehen, daß Klein- und Mittelbetriebe – wohl nicht zuletzt dank ihres Nach-

Tabelle 3

**Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe
in Hamburg in den Jahren 1965, 1973 und 1974
nach Wirtschaftszweigen**
— Ergebnisse der Jahreserhebungen —

Wirtschafts- zweige	Betriebe (a) und tätige Personen (b) am 30.6.						Zu-(+) bzw. Abnahme (-) 1974 gegenüber	
	1965		1973		1974		1965	1973
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	in %	
	1	2	3	4	5	6	7	8
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	a) 50 b) 7 246	3,9 14,5	72 8 602	5,8 19,2	65 6 559	5,7 17,6	+ 30,0 - 9,5	- 9,7 - 23,7
Hoch- und Inge- nieurhochbau	a) 711 b) 24 266	55,6 48,7	621 20 127	50,0 44,9	594 16 264	51,7 43,6	- 16,5 - 33,0	- 4,4 - 19,2
Tief- und Inge- niertiefbau	a) 123 b) 8 064	9,6 16,2	84 4 907	6,8 10,9	81 4 836	7,1 13,0	- 34,2 - 40,0	- 3,6 - 1,4
Straßenbau	a) 82 b) 5 548	6,4 11,1	73 4 713	5,9 10,5	67 3 839	5,8 10,3	- 18,3 - 30,8	- 8,2 - 18,5
Dämm- und Iso- lierbau	a) 51 b) 1 806	4,0 3,6	124 3 063	9,9 6,8	115 2 873	10,0 7,7	+ 125,5 + 59,1	- 7,3 - 6,2
Stukkateurgewerbe, Cipserlei, Verput- zerei	a) 26 b) 740	2,0 1,5	65 830	5,2 1,9	51 732	4,4 1,9	+ 96,2 - 1,1	- 21,5 - 11,8
Zimmererei	a) 128 b) 1 061	10,0 2,1	95 792	7,7 1,8	84 718	7,3 1,9	- 34,4 - 32,3	- 11,6 - 9,3
Dachdeckerei	a) 62 b) 483	4,9 1,0	70 1 071	5,6 2,4	59 905	5,2 2,4	- 4,8 + 87,4	- 15,7 - 15,5
Übrige Zweige zusammen	a) 45 b) 633	3,6 1,3	38 723	3,1 1,6	32 583	2,8 1,6	- 28,9 - 7,9	- 15,8 - 19,4
Bauhauptgewerbe in s e s a m t	a) 1 278 b) 49 847	100 100	1 242 44 828	100 100	1 148 37 309	100 100	- 10,2 - 25,2	- 7,6 - 16,8

holbedarfs an Fachkräften — auf die Gesamtbeschäftigung in gewisser Weise stabilisierend gewirkt haben.

Besonders fallen die Veränderungen in den drei großen Branchen des Hoch- bzw. Tiefbaus auf: Von den im Bauhauptgewerbe seit 1965 insgesamt freigesetzten 12 500 Personen kamen allein etwa 90 % aus den bisher führenden Zweigen des reinen Hochbaus und des Tiefbaus. Schon bis 1973 mußten hier fast 7300 Beschäftigte entlassen werden. In derselben Periode konnten die Unternehmen, die sowohl Tiefbau- als auch Hochbauaufträge ausführen, ihren Personalbestand um fast 19 % erhöhen, sie mußten erst 1974 rezessionsbedingte Verluste hinnehmen. Der kombinierte Hoch- und Tiefbau hat sich offenbar als langfristig anpassungsfähigere Betriebsform im Hinblick auf Nachfrageschwankungen erwiesen. Gleichzeitig dürften durch die Kombination erhebliche Rationalisierungsgewinne erzielt worden sein, da in dieser Sparte die mittlere Betriebsgröße von 145 auf 100 Arbeitskräfte gesenkt worden ist.

Auch die Personaleinschränkungen der Straßenbaubetriebe haben ihre Ursache vornehmlich in Rationalisierungsinvestitionen; denn gerade auf diesem Gebiet ist die Leistungsfähigkeit der eingesetzten Geräte stark verbessert worden. Für die drei letzten Jahre ist allerdings anzumerken, daß die sonst alljährlich üblichen Reparaturen an Verkehrswegen stark reduziert wurden, da die Wintermonate praktisch seit 1971 kaum nennenswerte Frostschäden hinterließen.

Mehr Angestellte — weniger Hilfskräfte

In dem Maße, wie sich der Fertigteilbau und die Vorfertigung ganzer Bauwerke durchgesetzt hat, wurden traditionelle Leistungen des Bauhauptgewerbes — besonders im Hochbausektor — in den Bereich industrieller Vorleistungen gedrängt. Diese Verlagerung

von wichtigen Teilen der Bautätigkeit ist neben dem allgemeinen Rationalisierungszwang als weitere Ursache für den Personalabbau anzusehen. Die hauptsächlich auf Fertigteilbauweise übergegangenen Firmen brauchten in erster Linie nur noch Montagearbeiter zu stellen, während die Abschlußarbeiten in der Regel von Betrieben des Ausbaugewerbes übernommen wurden. Dadurch konnte vor allem auf ungelernete Hilfsarbeiter verzichtet werden.

In der herkömmlichen Bauweise wurden in zunehmendem Umfang arbeitssparende Geräte sowie moderne Bautechniken eingesetzt. Die Folge war eine Umstrukturierung innerhalb der Beschäftigtengruppen mit tendenziell wachsendem Bedarf an Fachkräften für Planung, Organisation und Bauausführung. So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn seit 1965 insbesondere mehr kaufmännisches und technisches Personal benötigt wurde und daß diese Gruppe auch gerade in der Rezession nur geringe Entlassungs-

Tabelle 4

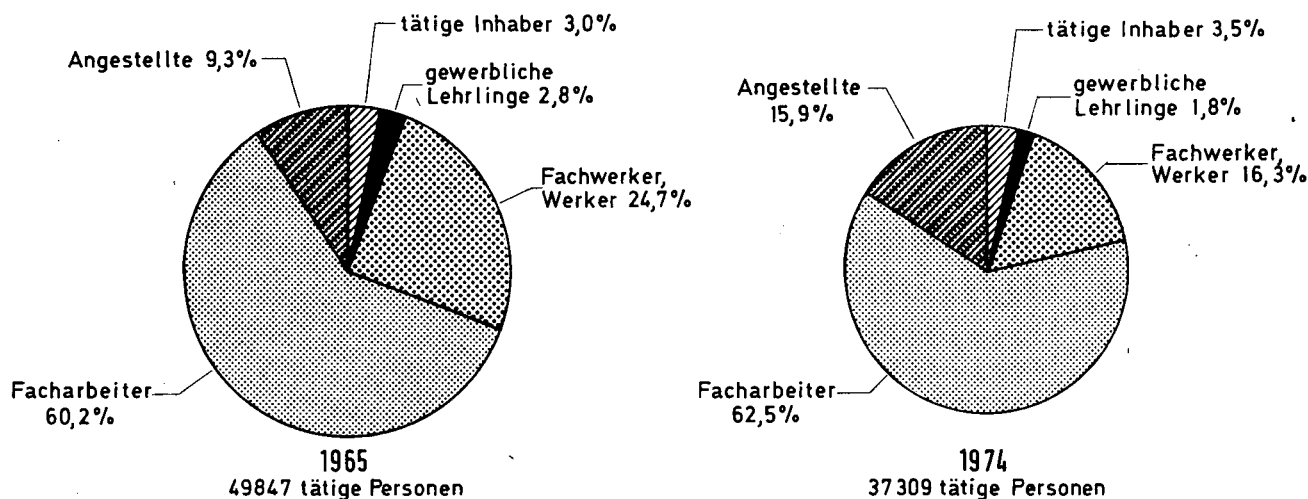
**Tätige Personen im Bauhauptgewerbe in Hamburg
in den Jahren 1965, 1973 und 1974
nach der Stellung im Betrieb**
— Ergebnisse der Jahreserhebungen —

Stellung im Betrieb	Tätige Personen am 30.6.			Zu-(+) bzw. Abnahme (-) 1974 gegenüber	
	1965	1973	1974	1965	1973
	absolut			in %	
	1	2	3	4	5
Tätige Inhaber ¹⁾	1 492	1 415	1 297	- 13,1	- 8,3
Angestellte ²⁾ davon ²⁾	4 659	6 235	5 923	+ 27,1	- 5,0
kaufmännische	2 601	3 207	2 959	+ 13,8	- 7,7
technische	2 058	3 028	2 964	+ 44,0	- 2,1
Facharbeiter, Polierer	30 022	28 582	23 321	- 22,3	- 18,4
darunter					
Maurer	10 177	7 298	5 769	- 43,3	- 20,9
Betonbauer	2 028	2 591	1 702	- 16,1	- 34,3
Zimmerer	4 845	4 745	3 540	- 26,9	- 25,4
Fachwerker, Werker	12 306	8 000	6 106	- 50,4	- 23,7
Gewerbl. Lehrlinge	1 368	596	662	- 51,6	+ 11,1
Tätige Personen in s e s a m t	49 847	44 828	37 309	- 25,2	- 16,8
darunter					
Ausländische Arbeitnehmer		3 567	2 680		- 24,9

1) einschl. unbezahlter mithelf. Familienangehöriger.

2) einschl. kaufmännischer bzw. techn. Lehrlinge.

Die tätigen Personen im Bauhauptgewerbe in Hamburg in den Jahren 1965 und 1974
nach der Stellung im Betrieb
— Anteile in % —



Statistisches Landesamt Hamburg

(N)

ziffern aufweist. Die Zahl der Angestellten stieg bis 1974 um rd. 27 % auf über 5900 an. Den größten Anteil hieran hatten die technischen Angestellten mit einer Zunahme von 44 %. Die Zahl der Facharbeiter ging zwar zurück, der Abbau betrug jedoch in den Jahren bis 1973 nur knapp 5 %. Hohe Abnahmeraten traten erst mit Beginn der Rezession ein. Mit über 23 300 Personen stellen die Facharbeiter immer noch den größten Teil der Gesamtbeschäftigten.

Zahl der gewerblichen Lehrlinge stark gesunken

Die eindeutig höchsten Verluste sind bei der Gruppe der Hilfskräfte sowie bei den gewerblichen Lehrlingen zu registrieren. Der Anteil der Fachwerker sank von 25 auf 16 %, nachdem seit 1965 etwa 6200 von ihnen entlassen worden sind. Allerdings ist in diesen Zahlen auch ein gewisser Anteil von jeweils nur in der Hochkonjunktur vorübergehend beschäftigten ungelerten Helfern enthalten.

Um mehr als die Hälfte reduzierte sich die Zahl der gewerblichen Lehrlinge, nämlich von fast 1370 auf etwa 660. Heute wird nur noch in jedem zweiten Betrieb ein Lehrling ausgebildet. Die Zahl der Nachwuchskräfte steigt jedoch seit 1973 wieder. Die Gruppe der gewerblichen Lehrlinge ist sogar die einzige mit positiver Veränderungsrate für das Jahr 1974 (+ 11 %).

Mehr Geräte zum Ersatz manueller Hebe- und Transportarbeiten

Ein grobes Maß für den Grad der Mechanisierung zum Ausgleich des Personalabbaus und/oder von Arbeitszeitverkürzungen ist die Entwicklung des verfügbaren Gerätebestandes, d. h. der betriebseigenen und gemieteten Maschinen. Auch wenn aus den Mengenver-

änderungen keinerlei Aussage über die Qualität bzw. die effektive Leistung der Maschinen abgeleitet werden kann und über den tatsächlichen Einsatz der Technik keine Informationen vorliegen, zeigen die Zahlen recht eindrucksvoll, bei welchen Arbeitsvorgängen bzw. in welchen Bauzweigen menschliche Arbeitskraft durch Kapitaleinsatz in Gestalt von z. T. sehr aufwendigen Apparaturen ersetzt werden konnte.

So hat sich z. B. der Bestand an Autokranen in 9 Jahren fast verdreifacht. Die Vielfalt der hier inzwischen verfügbaren Gerätetypen erlaubt die mechanische Erledigung einer Reihe von Hebe- und Transportvorgängen, die bisher überwiegend von Hilfskräften ausgeübt werden mußten. Speziell im Hochbau hat sich der Einsatz von Turmdrehkränen verdoppelt. Zugleich ist ein Rückgang bei den Förderbändern um gut 19 % festzustellen.

Die starke Vermehrung der Zahl der Verputzmaschinen deutet darauf hin, daß auch im Spezialbau Hilfskräfte eingespart worden sind. Mit der außerordentlich kostensparenden Verwendung von Transportbeton ist schließlich auch der leichte Rückgang bei den Betonmischern zu erklären. Hierin kommt abermals die schon erwähnte Verlagerung eines ganzen Arbeitsabschnittes aus dem Bausektor in den Vorleistungsbereich zum Ausdruck. Im Bauhauptgewerbe selbst gibt es heute nur noch 5 Fahrmischer.

Die rückläufige Zahl der Straßenbaumaschinen und Planiertrappen ist in erster Linie eine Folge der Bauflaute im Tief- und Straßenbau.

Hierbei mag sich auch auswirken, daß mit wachsendem Gerätebestand die Möglichkeit zur kurzfristigen Kapazitätsanpassung insoweit gestiegen ist, als nicht mehr benötigte Maschinen an andere Betriebe vermietet bzw. verkauft werden können. In dieser Hinsicht wird vor allem dem problemlosen Maschinen-

Tabelle 5

**Ausgewählte verfügbare Geräte im Bauhauptgewerbe
in Hamburg in den Jahren 1965, 1973 und 1974**
— Ergebnisse der Jahreserhebungen —

Art der Geräte	Am 30.6. verfügbare Geräte			Zu-(+) bzw. Abnahme (-) 1974 gegenüber	
	1965	1973	1974	1965	1973
	absolut			in %	
	1	2	3	4	5
Betonmischer	2 092	2 009	1 883	- 10,0	- 6,3
Fahrmischer	.	20	5	.	- 75,0
Verputzmaschinen	61	105	134	+119,7	+ 27,6
Turmdrehkrane	403	884	836	+107,4	- 5,4
Autokrane	70	124	200	+185,7	+ 61,3
Planferraupen	430	289	228	- 57,0	- 21,1
Lader	147	275	325	+121,1	+ 18,2
Schütter	264	430	436	+ 65,2	+ 1,4
Förderbänder	718	617	580	- 19,2	- 6,0
Kompressoren	786	1 111	1 052	+ 33,8	- 5,3
LKW, Zugmaschinen	1 794	2 320	2 045	+ 14,0	- 11,9
Straßenbaumasch. davon für	478	529	462	- 3,3	- 12,7
Betondecken	50	95	41	- 18,0	- 56,8
Schwarzdecken	428	434	421	- 1,6	- 3,0

Leasing künftig noch verstärkte Bedeutung zukommen.

Anstieg der Produktionsleistung bei tendenziell sinkender Arbeitsstundenzahl

Um zu untersuchen, ob auch die Bauleistung ähnlich rückläufige Tendenzen aufweist, wie dies für die Kapazitätsentwicklung festgestellt wurde, muß wieder auf die Ergebnisse der auf alle Betriebe hochgerechneten Monatsberichterstattung zurückgegriffen werden, wobei auch der Jahresbeitrag der Kleinbetriebe mit 1–19 Beschäftigten berücksichtigt wird²⁾.

Das Bauvolumen weist nach dem Index der Bauproduktion (1962 = 100) für den Zeitraum von 1965 bis 1972 eine Steigerung der Produktionsleistung von fast

²⁾ Die Abweichungen der Ergebnisse aus den Jahreserhebungen (jeweils zum 30. Juni) zu den hochgerechneten Daten aus der monatlichen Bauberichterstattung beruhen auf dem unterschiedlichen Erhebungsstichtag und auf Fehlern in der Hochrechnung, insbesondere bei der Schätzung der Werte für Kleinbetriebe. Diese melden innerhalb der Jahreserhebungen ihre Arbeitsleistung nur für jeweils einen Berichtsmonat. Die methodischen Schwächen dieser Hochrechnung liegen vor allem in der Aufteilung der Bauleistung der Kleinbetriebe auf die verschiedenen Bauarten. Der Gesamtrückgang der geleisteten Arbeitsstunden im 9-Jahresvergleich wird sowohl in den Jahreserhebungen als auch im Durchschnitt der Monatsmeldungen mit etwa -30% berechnet.

30 % aus. Sinkende Werte sind erst in den beiden letzten Jahren aufgetreten, wobei die Abnahme um 12 % im Jahr 1974 am kräftigsten war. Mit gut 113 Punkten liegt das Indexergebnis jedoch weiterhin über dem Niveau von 1965 (rd. 102 Punkte). Betrachtet man dagegen die durchlaufende Reihe der geleisteten Arbeitsstunden, so ergibt sich ein völlig anderes Bild, denn ihre Zahl hat bereits seit 1967 rückläufige Tendenz. 1974 schließlich ist der Wert der Meßziffer für die Stundenzahl (1962 = 100) mit 64 Punkten weit unter den von 1965 gesunken (92).

Überdurchschnittlicher Rückgang der Arbeitsstundenzahl im Wohnungsbau und im Verkehrs- und öffentlichen Bau

1965 wurden im Monatsdurchschnitt von den insgesamt 6,8 Mio Arbeitsstunden etwa ein Drittel für Wohnbauten und zwei Fünftel für Verkehrs- und sonstige öffentliche Bauten eingesetzt. Gewerbliche und industrielle Bauten beanspruchten nur ein Viertel der Arbeitskapazität. Diese Verteilung hat sich in 9 Jahren zugunsten des Industrie- und Gewerbebaus verschoben.

Ein wesentlicher Teil des Rückgangs im Wohnungsbau erklärt sich zweifellos aus der abgeschwächten Privatsnachfrage im Jahr 1974 (-23 %). Hingegen beruht die negative Entwicklung im öffentlichen Bau überwiegend auf rückläufigen Auftragsvergaben in den Vorjahren, während für 1974 wieder leichte Er-

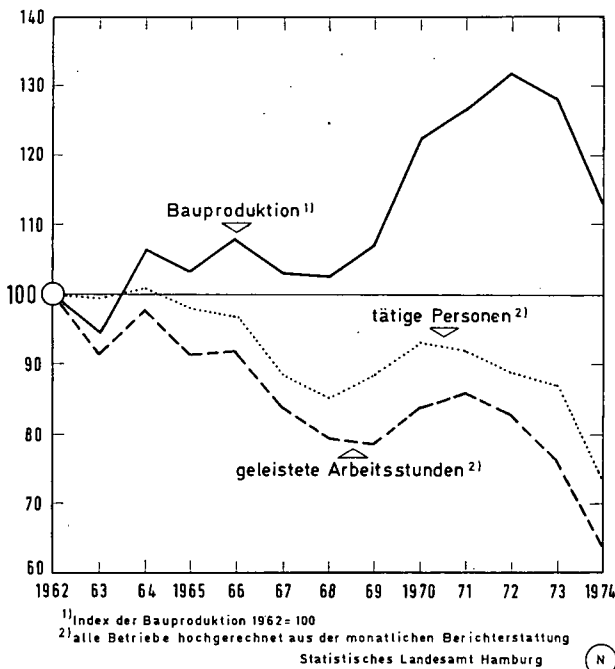
Tabelle 6

**Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe
in Hamburg in den Jahren 1965, 1973 und 1974
nach Bauarten**
— Hochgerechnete Monatsergebnisse —

Bauarten	Geleistete Arbeitsstunden (MD)			Zu-(+) bzw. Abnahme (-) 1974 gegenüber	
	1965	1973	1974	1965	1973
	in 1000			in %	
	1	2	3	4	5
Wohnbauten	2 216	1 738	1 335	- 39,8	- 23,2
Gewerbliche und industrielle Bauten	1 673	2 034	1 624	- 2,9	- 20,2
Verkehrs- und öffentl. Bauten	2 939	1 939	1 832	- 37,7	- 5,5
davon im					
Hochbau	590	357	386	- 34,6	+ 8,1
Straßenbau	554	430	434	- 21,7	+ 0,9
sonst. Tiefbau	1 795	1 152	1 012	- 43,6	- 12,2
Alle Bauarten zusammen	6 828	5 711	4 791	- 29,8	- 16,1

Schaubild 3

Produktion und Beschäftigung im Bauhauptgewerbe in Hamburg in den Jahren 1962 bis 1974 (1962 = 100)



holungserscheinungen aufgetreten sind. So ist z. B. im öffentlichen Hochbau ein Anstieg von etwas mehr als 8 % zu verzeichnen. Diese Zunahme darf jedoch nicht überbewertet werden, da öffentliche Bauvorhaben zumeist sehr lange Bauzeit haben und die Zahl der zu leistenden Arbeitsstunden erfahrungsgemäß zum Ende derartiger Baumaßnahmen zunimmt. Es kann also sein, daß sich hinter den relativ niedrigen Veränderungsrate im staatlichen Bausektor lediglich auslaufende Arbeiten ohne weitere Anschlußaufträge verbergen.

Verdoppelung der Umsätze im gewerblichen Bau

Ein Vergleich von Umsatzzahlen mit der Produktionsleistung wird langfristig vor allem durch die Preisentwicklung erschwert, da ein Gesamtindex zur Preisbereinigung der Bauleistungen fehlt. Seit 1969³⁾ haben sich jedoch einige Veränderungen in den Umsatzanteilen der Bauarten ergeben, auf die hier hingewiesen werden soll.

Im Monatsdurchschnitt der sechs Jahre seit 1969 erhöhte sich der Gesamtumsatz um über 84 % auf nicht ganz 230 Mio DM. Entsprechend der durchweg gleichmäßigeren Arbeitsauslastung hatte der industrielle und gewerbliche Bau den stärksten Anstieg zu verzeichnen. In dieser Bauart wurden 1974 mehr als doppelt so hohe Umsätze erzielt als vor sechs Jahren und damit fast ein Drittel des Gesamtumsatzes. 1969 lag der Anteil noch bei gut 25 %. Gegenüber der Hochkonjunktur 1971 bis zu Beginn des Jahres 1973 bedeutet der jüngste Wert allerdings wieder eine Verschlechterung der Position.

³⁾ Ein Vergleich mit früheren Jahren ist wegen des Bruchs in der Zahlenreihe nach der Einführung der Mehrwertsteuer im Jahre 1968 nicht zweckmäßig.

Tabelle 7

Inlandsumsatz im Bauhauptgewerbe in Hamburg in den Jahren 1969 bis 1974 nach Bauarten
— Hochgerechnete Monatsergebnisse —

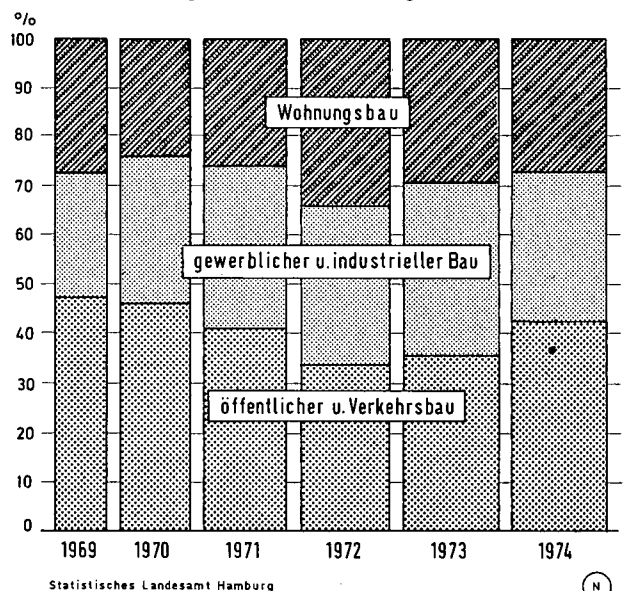
Jahre	Inlandsumsatz ¹⁾		dav. entfielen auf den		
	insgesamt (MD)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Wohnungs-bau (MD)	indu-striellen und gewerbl. Bau (MD)	öffent-lichen und Ver-kehrsbau (MD)
	1	2	3	4	5
1969	124,7	-	33,9	31,7	59,1
1970	173,7	+ 39,3	41,7	51,8	80,2
1971	204,7	+ 17,2	52,5	68,1	84,1
1972	218,3	+ 6,6	68,6	76,1	73,6
1973	229,6	+ 5,2	66,5	81,8	81,3
1974	229,9	+ 0,1	61,7	70,5	97,7

1) ohne Mehrwertsteuer.

An zweiter Stelle nach den Steigerungsraten liegt der Wohnungsbau. Die absoluten Umsatzwerte in diesem Bereich kletterten im Monatsdurchschnitt von 33,9 Mio DM auf 61,7 Mio DM. Der Anteil am Gesamtumsatz blieb mit fast 27 % fast unverändert. Im öffentlichen und Verkehrsbau reduzierte sich der Anteil um unge-

Schaubild 4

Die Anteile der Bauarten am Inlandsumsatz im Bauhauptgewerbe in Hamburg in den Jahren 1969 bis 1974
— hochgerechnete Monatsergebnisse —



fähr 5 %, liegt jedoch mit monatlich 97,7 Mio DM weiterhin an der Spitze aller Bauarten. Zu beachten ist, daß die Zahlen für die Jahre 1972 und 1973 eine deutliche Abschwächung anzeigen. Wenn man davon ausgeht, daß die Umsatzverluste während dieser Vollbeschäftigtenphase die Entwicklung der Bautätigkeit auch nur annähernd widerspiegeln, so dürfte hierin die antizyklische Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand klar zum Ausdruck kommen.

Tabelle 8

**Inlandsumsatz im Bauhauptgewerbe in Hamburg
im Juni 1969, 1973 und 1974
nach Beschäftigtengrößenklassen
— Ergebnisse der Jahreserhebungen —**

Betriebe mit Beschäftigten	Inlandsumsatz 1) im Juni					Inlandsumsatz 1) je Beschäftigten		
	1969	1973	1974	Zu-(+) bzw. Abnahme (-) 1974 gegenüber		1969	1974	Zu-(+) bzw. Abnahme (-) 1974 gegen- über 1969
				1969	1973			
	1000 DM			%		DM		%
1	2	3	4	5	6	7	8	
1 bis 9	7 382	9 237	7 513	+ 1,8	- 18,7	2 900	3 674	+ 26,7
10 " 49	24 779	60 566	38 838	+ 56,7	- 35,9	2 823	4 924	+ 74,4
50 " 99	16 437	45 780	31 518	+ 91,8	- 31,2	2 022	4 893	+ 142,0
100 " 199	23 487	48 112	57 274	+143,9	+ 19,0	2 227	6 502	+ 192,0
200 " 499	37 118	61 828	47 874	+ 29,0	- 22,6	3 068	5 204	+ 69,6
500 und mehr	11 063	14 013	9 611	- 13,1	- 31,4	3 482	3 596	+ 3,3
Alle Betriebe	120 266	239 536	192 628	+ 60,2	- 19,6	2 656	5 163	+ 94,4

1) ohne Mehrwertsteuer.

Mehr als 90 % Umsatzsteigerung je Beschäftigten

Über die Umsatzbewegung bis einschließlich 1974 liegen nach Betriebsgrößenklassen nur Monatswerte aus den Junimeldungen der Betriebe vor. Sie scheinen zur Durchschnittsbetrachtung jedoch durchaus geeignet, zumal hierbei die Kleinbetriebe einbezogen werden können.

4) Wie aus Tabelle 7 hervorgeht, weist die Hochrechnung aus allen 12 Monatsergebnissen sogar eine durchschnittliche Zunahme von über 84 % aus.

Der Monatsumsatz ist im Mittel seit 1969 um gut 60 % gestiegen. Der Zuwachs dürfte sogar noch höher sein, da die hier zugrunde gelegten Juni-Umsätze in der Regel ein niedrigeres Niveau haben als die der übrigen Monate⁴⁾.

Das Hauptgewicht der langjährigen Umsatzerhöhung lag bei den Betrieben mit 50 bis 200 Beschäftigten. In den kleineren Größenklassen und bei den Großbetrieben war die Bewegung nicht so steil nach oben gerichtet. In den Betrieben mit über 500 Beschäftigten sanken die Umsätze bis 1974 sogar um 13 %.

Berücksichtigt man die Beschäftigtenentwicklung in den verschiedenen Größenklassen, so läßt sich unschwer ableiten, welche Rolle Mechanisierung und Modernisierung der Baumethoden für die Produktivität und damit die Umsatzleistung gespielt haben. Im gesamten Bauhauptgewerbe werden heute von einem Beschäftigten beinahe doppelt so hohe Umsätze erzielt wie vor 6 Jahren. Die größten Fortschritte machten auch hier die Betriebe mit 50 bis 200 Beschäftigten. Sie waren offenbar in der Lage, ihren Maschineneinsatz in der Vergangenheit optimal zu erhöhen.

Klein- und Mittelbetriebe konnten ihre Umsätze je Beschäftigten nur geringfügig erweitern. In diesen Größenklassen fehlt vor allem ein entsprechendes Investitionsvermögen für erhöhten Kapitaleinsatz. Weitaus schwerwiegender ist jedoch noch der Umsatzrückgang bei den Großbetrieben mit über 500 Beschäftigten. Diese Betriebe haben augenscheinlich einen z. Z. nicht mehr ausbaufähigen Mechanisierungsgrad erreicht, bei dem jeder zusätzliche Personalabbau gleichzeitig Produktivitäts- und Umsatzverluste zur Folge hat. Dies dürfte letztlich auch der Grund dafür sein, daß sie in der jüngsten Rezessionsphase mit am empfindlichsten reagiert haben.

Jörn-Ulrich Hausherr

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	759,0	759,0	770,5	758,4
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	6,4	6,5	2,6	4,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	86	81	80	80
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	4	4	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	7	6,2	5	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	145	57	13	31
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	26	47	89	76
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	21	15	7	11
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	28	24	7	13
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾				September 1974	Oktober 1974	November 1974	November 1973
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	241,5	241,2	240,3	245,1
" Altona	"	264,3	252,9	249,8	249,6	249,4	252,0
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	249,1	249,2	249,0	250,9
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	326,8	326,3	325,7	332,4
" Wandsbek	"	357,5	378,0	381,3	382,3	382,7	379,5
" Bergedorf	"	82,6	93,7	92,7	92,6	92,5	93,0
" Harburg	"	199,0	201,8	198,2	198,0	197,5	200,6
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 739,4	1 739,2	1 737,1	1 753,5
dav. männlich	"	861,9	815,0	807,7	807,8	806,6	813,8
weiblich	"	995,0	943,4	931,7	931,4	930,5	939,7
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	132,0	131,9	131,1	128,4
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	862	809	782	851
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3	6,0	5,5	5,5	5,9
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 122	1 038	957	1 056
dar. unehelich	"	143	105	105	78	64	104
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,8	7,8	7,0	6,7	7,3
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,8	7,8	7,0	6,7	7,3
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	9,6	7,6	6,6	9,9
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	1 935	1 959	2 263	2 128
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	17	11	24	17
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,7	13,5	13,3	15,8	14,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,7	13,5	13,3	15,8	14,8
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,8	14,6	9,9	23,1	15,8
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017	- 813	- 921	- 1 306	- 1 072
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,9	- 5,7	- 6,2	- 9,1	- 7,4
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 337	6 294	7 789	5 152	6 263
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 536	6 420	7 113	5 884	6 082
Fortgezogene Personen	"	- 379	- 199	- 126	+ 676	- 732	+ 181
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	- 37	+ 83	- 102	+ 535	- 566	+ 366
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	- 282	- 24	+ 141	- 166	- 185
dav. männlich	"	-	-	-	-	-	-
weiblich	"	-	-	-	-	-	-
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	12 669	16 810	13 175	16 018
Nach Gebieten	"	"	"	"	"	"	"
a) Zugezogene aus	"	"	"	"	"	"	"
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	1 672	2 143	1 544	1 732
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	1 110	1 119	1 371	1 049	1 173
Niedersachsen	"	1 091	1 000	1 011	1 507	926	1 016
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	379	365	515	370	365
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 401	2 079	1 192	1 443
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 202	2 210	2 060	1 490	2 072
b) Fortgezogene nach	"	"	"	"	"	"	"
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	2 152	2 513	2 081	2 226
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 810	1 737	1 936	1 637	1 777
Niedersachsen	"	1 268	1 616	1 300	1 614	1 226	1 621
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	906	710	829	719	936
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 433	1 730	1 144	1 477
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	768	1 535	1 256	1 433	758

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 3 (0 = wolkenlos, 3 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 533	16 533	16 485	16 714
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	8 801	13 837	13 873	14 574
Pflegetage	"	415 910	406 670	359 543	407 272	392 536	399 724
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	72,6	82,1	87,5	87,8
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 085	3 076
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 816	2 839	2 854	2 957
Pflegetage	"	86 329	82 499	81 069	82 436	74 730	77 204
Bettenausnutzung	%		92,8	90,2	91,7	91,3	92,8
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	421 671	656 177	562 262	551 410
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 580	392 939	621 418	531 651	516 207
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	497 016	680 651	614 717	563 385
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	5 980	8 345	7 492	7 741
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	38 423	48 748	46 082	38 846
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	9 297	12 205	11 590	10 772
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	2 591	4 095	4 254	3 718
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 216	2 698	2 674	2 624
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 138	1 361	1 322	1 471
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	78 199	75 304	77 478	60 191
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	13 890	15 305	6 644	9 099
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	11 119	14 432	19 177	11 716
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	4 455	6 177	6 650	9 001	7 714	6 748
Helms-Museum	"	5 799	13 421	5 541	11 799	15 292	10 154
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"		12 094	3 995	10 097	13 969	8 306
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	10 122	16 333	19 414	10 093
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	25 210	3 757	3 944	5 651
Planetarium	"	2 595	5 998	4 018	3 036	4 040	5 555
Bischofshurm	"			1 649	1 641	1 253	1 175
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ³⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	681,7	680,0	...	680,5
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	393,9	392,4	...	395,7
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	45,4	45,2	...	46,1
Rentner	"	175,5	236,1	242,4	242,4	...	238,7
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	27,4	24,9	...	32,4
dav. männlich	"	17,9	19,6	18,5	16,8	...	22,1
weiblich	"	8,8	9,1	8,9	8,1	...	10,3
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	21 983	26 496	28 656	12 347
dav. männlich	"	2 318	2 959	14 447	17 237	18 987	7 220
weiblich	"	1 092	2 583	7 536	9 259	9 669	5 127
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155	..	9 146	10 922	11 884	4 285
Technische Berufe	"	108	..	1 238	1 479	1 602	644
Dienstleistungsberufe	"	2 965	..	10 727	12 863	13 723	6 602
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	9 136	10 959	11 368	13 890
3. Arbeitsuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	30 694	35 253	37 206	20 299
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	7 288	8 215	6 803	10 721
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	3 697	3 806	2 509	5 482
5. Kurzarbeiter	"	3	284	6 939	9 042	10 333	2 149
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 190	1 315	1 252	1 748
dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	90,0	91,9	90,7	91,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	9,4	10,6	11,1	11,8

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	3 528	1 549	939	1 084	965	1 215
pasteurisiert, abgepackt	"	6 482	7 595	6 467	6 617	6 055	6 741
ultra-hocherhitzt	"		1 046	1 498	1 230	1 268	1 094
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	127	129	122	143
ultra-hocherhitzt	"	—	316	2 356	2 158	1 870	817
Entrahmte Milch	"	—	—	125	112	262	44
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	289	330	324	307
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—	—	101	177	149	142
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	6,6	8,5	7,3	7,1
Kälber	"	2,6	1,1	1,1	1,0	0,9	1,1
Schweine	"	47,0	29,7	27,1	27,2	23,3	26,9
Schafe	"	2,7	0,7	0,3	0,4	0,3	0,7
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	6,2	7,6	6,6	6,5
Kälber	"	2,5	1,0	1,1	1,0	0,9	1,1
Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	28,0	28,0	23,8	27,3
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	6 229	4 744	4 463	4 721	4 037	4 453
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 656	2 071	1 789	1 779
Kälber	"	187	80	80	54	77	97
Schweine	"	4 318	2 960	2 714	2 579	2 159	2 555
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 307	1 282	1 293	1 350
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	181	188	180	192
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	109	107	108	117
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	1 000	24 859	18 319	15 150	16 411	15 937	17 743
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	216	201	190	181
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	213	185	183	170
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	14	4	4	4	4	4
Gasverbrauch ohne Erdgas ⁷⁾	1 000 cbm	6 418	2 661	1 243	1 362	1 276	1 499
Erdgasverbrauch ⁷⁾	1 000 cbm	—	63 213	31 707	35 962	38 652	34 554
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	60	56	53	61
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	287	292	266	194
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	13	13	13	14
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	2 357	2 137	2 003	1 979
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	491	386	340	334
Umsatz⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 917	2 357	2 137	2 003	1 979
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	333	456	471	443	402
Chemische Industrie	"	101	168	146	193	189	181
Elektroindustrie	"	143	239	300	253	230	258
Maschinenbau	"	83	150	223	120	137	149
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	12	12
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	818	862	772	636
Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio cbm	59	58	32	33	33	34
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾				2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	4. Vj. 1973
		1965	1973				
3. Handwerk (Meßziffern¹¹⁾)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100		94,1	88,4	87,6	83,3	94,1
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100		123,3	120,6	118,1	151,6	122,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt				Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
1. Bauhauptgewerbe¹²⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	33 002	31 507	30 453	38 013
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 209	1 209	1 172	1 195
Angestellte	"	4 684	6 218	5 586	5 415	5 408	6 095
Arbeiter ¹³⁾	"	43 102	36 204	26 207	24 883	23 873	30 723
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	3 495	4 051	3 524	4 858
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	936	1 127	902	1 496
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 147	1 202	1 278	1 701
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 412	1 722	1 349	1 661
Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	46,3	80,6	59,7	61,6	53,8	66,2
Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	"	5,9	15,6	18,6	14,6	14,4	14,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	277,2	99,1	196,4	151,8
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	101,7	23,4	44,2	50,9
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	81,8	82,3	25,6	82,9	58,5
öffentlichen und Verkehrsbaus	"	53,0	81,4	93,2	50,1	69,3	42,4

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1947 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	156	57	116	53
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	89	98	37	76	26
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	493	101	310	318
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	109,5	25,0	65,0	34,2
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	105	22	63	32
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	62	41	29	47
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	459	259	168	213
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	88,5	62,8	34,0	76,3
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	116	62	36	48
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	1 617	256	783	474
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	568	46	69	36
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	313	23	39	18
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	1 639	118	196	74
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	333,9	25,2	44,0	16,6
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	321,9	27	42	17
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	255	20	35	23
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	3 228	114	240	170
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	620,4	15,1	38,5	24,2
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	445,1	31	50	30
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	4 471	337	608	197
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	1 900	176	185	107
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	7 136	4 500	3 700	14 000	14 200	18 600
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ¹⁾ ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	...	190	190	188
Wohnungen	"	636	738	...	750	751	738
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	...	2 801	2 803	2 759
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
• Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	154,6	115,6	...	113,7
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	"	132,3	165,6	141,7	...	112,8
Facheinzelhandel	"	"	118,7	152,6	121,0	...	107,0
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ¹⁾ ²⁾							
Mio DM		212	420	625	493
dav. Waren der							
• Ernährungswirtschaft	"	17	55	90	82
• Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	535	411
dav. Rohstoffe	"	2	3	4	4
• Halbwaren	"	50	83	107	124
• Fertigwaren	"	143	279	424	283
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	93	53
• Enderzeugnisse	"	134	250	331	230
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
• Europa	"	152	311	400	358
dar. EG-Länder	"	92	199	244	198
• EFTA-Länder	"	40	57	77	68
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	...	128,3	...	118,4
dav. Beherbergungsgewerbe	"	"	133,6	...	106,3	...	111,2
Gaststättengewerbe	"	"	123,2	...	134,9	...	120,6
4. Fremdenverkehr ¹⁾							
• Fremdenmeldungen	Anzahl	119 966	117 405	75 566	79 806	...	88 393
dar. von Auslandsgästen	"	42 391	39 554	20 836	21 585	...	22 945
• Fremdenübernachtungen	"	231 537	224 878	144 309	146 727	...	163 225
dar. von Auslandsgästen	"	79 598	73 856	42 380	41 126	...	44 825

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 512	1 389 p	1 500 s	1 700 s	1 311
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 571	1 406 p	1 530 s	1 750 s	1 396
Abgegangene Schiffe	"	2 942	4 154	4 360 p	4 290 p	3 964 p	4 150
Güterverkehr über See	1 000 t	2 229	3 096	2 986 p	2 995 p	2 723 p	2 849
dav. Empfang	"	1 634	2 446	2 365 p	2 343 p	2 223 p	2 278
dav. Massengut	"	968	1 416	1 293 p	1 264 p	1 155 p	1 155
dar. Mineralöle	"	595	650	621 p	652 p	500 p	571
Sack- und Stückgut	"	713	1 058	1 374 p	1 295 p	1 241 p	1 301
Versand	"	292	472	655 p	722 p	677 p	606
dav. Massengut	"	421	586	719 p	573 p	564 p	695
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	382	338 p	356 p	350 s	362
* Gütersend	"	309	400	451 p	445 p	450 s	475
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	4 453 r	4 839 p	4 279 p	4 514
Fluggäste	"	141,5	258 767	222 900 r	232 429 p	214 074 p	213 321
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	2 028,4 r	1 979,0 p	1 981,7 p	2 135,3
Luftpost	"	413,7	722,7	831,4 r	671,6 p	613,4 p	662,1
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	28 246	30 064	...	26 983 r
Schnell- und Vorortbahnen	"	9 436	3 587	2 513	3 059	...	3 216
Straßenbahn	"	12 289	18 621	20 552	21 349	...	19 011 r
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	505,5	507,4	510,5	488,4
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	438,5	454,1	456,0	458,8	438,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	3 143	4 256	...	4 221
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 907	2 746	3 894	...	3 761
Lastkraftwagen	"	362	379	308	254	...	307
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	986	1 015	829 p	725 p	746
* Getötete Personen	"	26	24	30	23 p	24 p	25
* Verletzte Personen	"	1 106	1 308	1 332	1 090 p	925 p	999
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
* Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	38 431,4	44 993,2	44 095,3	44 022,5	39 867,0
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 470,1	12 657,7	11 935,9	11 837,1	10 621,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 357,1	12 431,7	11 679,9	11 573,2	10 489,6
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	"	.	5 851,0	6 817,6	6 442,2	6 338,4	5 983,0
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	5 393,1	5 971,1	5 595,6	5 480,1	5 482,2
Langfristige Kredite ⁷⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	.	22 110,3	25 517,9	25 717,2	25 847,0	23 262,4
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	20 084,9	22 755,8	22 847,8	22 998,9	21 111,0
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	809,6	626,5	623,5	602,8	689,2
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	27 194,1	31 446,9	30 608,1	30 848,0	29 385,3
dav. Sicht- und Termingelder	"	.	17 617,9	20 565,6	19 648,8	19 802,8	19 378,5
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	12 981,1	15 168,2	14 305,9	14 183,1	14 193,9
Spareinlagen	"	4 069,9	9 578,2	10 881,3	10 959,3	11 045,2	10 006,8
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	7 180,0	7 224,1	7 279,5	6 557,2
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	679,9	851,2	647,4	526,5
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	630,1	782,2	562,1	561,7
Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	616,5	9,0	0,6	2,0
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	18	15	24	35	21
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 749	2 771	3 706	2 657

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	21 952	17 156	18 709	22 720
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 179	3 519	3 285	3 690
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 069	2 035	1 417	1 598
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	493	580	505	514
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	159	160
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 655	6 310
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 818	6 359
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	6 123	5 593
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM			814 395	1 446 684	855 122	704 438	735 821
dar. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	1 099 909	503 873	347 253	340 494
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	605 395	375 748	299 955	281 401
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	312 590	73 047	27 350	24 553
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	6 247	10 457	22 744	32 960
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	175 677	44 621	- 2 796	1 580
Steuern vom Umsatz	"	335 576	346 774	346 774	351 249	357 185	395 327
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	171 147	185 398	141 489	208 375
Einfuhrumsatzsteuer	"	-	129 313	175 627	165 851	215 696	186 952
2.* Bundessteuern							
1 000 DM		523 065	865 424	1 550 161	372 977	877 595	797 821
dar. Zölle	"	45 076	56 426	55 773	56 372	59 816	57 775
Verbrauchssteuern	"	358 150	782 783	1 452 413	288 371	784 074	712 206
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	1 169 000	206 469	581 263	590 690
3.* Landessteuern							
1 000 DM		35 517	42 954	32 830	36 243	76 948	79 744
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	7 688	6 286	44 265	47 285
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	13 158	15 263	10 620	10 858
Biersteuer	"	2 430	3 136	3 116	2 529	2 313	2 460
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM		46 355	94 475	64 190	-	-	-
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	44 122	29 451	165 363	163 647
Grundsteuer A	"	73	90	177	-	-	-
Grundsteuer B	"	5 134	9 402	18 036	-	-	-
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM		601 215	1 308 304	2 297 627	811 282	1 259 131	1 208 797
6.* Einnahmen des Landes							
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
1 000 DM		157 752	269 532	625 252	-	-	-
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾	"	122 235	176 408	476 627	-	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	-	37 385	73 617	-	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	-	12 785	42 179	-	9 358	8 933
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	- 20 168	-	-	-
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ³⁾	"	-	47 805	128 518	-	-	-
Einnahmen des Landes insgesamt	"	-	386 242	733 602	-	-	-
		Vj.-Durchschnitt 1973		2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	4. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio DM		-	1 762,5	1 902,6	2 064,6	2 202,0	1 999,7
dar. Personalausgaben	"	-	795,7	894,9	834,4	1 003,9	882,4
Bauinvestitionen	"	-	185,1	186,6	208,9	289,3	278,5
dar. für Schulen	"	-	54,8	61,8	53,8	81,5	76,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	-	23,1	29,3	29,2	33,6	39,2
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	-	8,5	9,8	7,9	15,1	12,9
Straßen	"	-	20,2	17,1	26,9	50,5	34,9
Wasserstraßen und Häfen	"	-	21,1	17,0	30,2	22,5	28,2
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	-	155,0	155,6	183,7	153,2	130,8
Zuführung an Rücklagen	"	-	8,6	0,1	-	5,0	14,2
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
		-	1 802,7	2 025,5	1 950,1	2 366,0	2 001,5
dar. Steuern	"	-	1 158,7	1 305,8	1 200,0	1 508,8	1 210,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	-	57,7	62,2	37,7	76,3	64,9
Gebühren, Beiträge usw.	"	-	192,2	228,6	267,7	235,3	188,2
Entnahme aus Rücklagen	"	-	12,5	1,2	18,5	31,5	1,9
Schuldenaufnahme	"	-	207,8	263,9	254,0	270,0	325,2
3. Schuldenstand am Ende des Quartals							
		-	4 884,2	5 353,2	5 446,7	5 716,7 p	5 144,3
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden)	"	-	3 530,3	4 005,8	4 107,6	4 393,3 p	3 773,7
bei Gebietskörperschaften	"	-	690,2	698,1	695,0	693,9 p	711,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Zerlegung. — ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	November 1974	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	223,5	225,5	226,7	207,9
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	225,7	228,0	229,8	209,8
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	221,3	222,9	223,5	206,0
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	221,9	223,7	224,7	206,2
Bürogebäude	"	112,2	194,2	215,4	216,6	216,6	201,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	211,4	210,8	210,4	197,4
				Januar 1974	April 1974	Juli 1974	Juli 1973
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	394	445	469	490	441
männliche Arbeiter	"	140	245	281	290	311	278
weibliche Arbeiter	"	5,10	8,90	10,21	10,69	11,29	10,02
Bruttostundenverdienste	"	3,32	5,97	6,82	7,09	7,61	6,73
männliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,82	7,09	7,61	6,73
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,82	7,09	7,61	6,73
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,2	43,6	43,9	43,4	44,0
männliche Arbeiter	"	45,5	44,2	43,6	43,9	43,4	44,0
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,2	40,9	40,9	41,2
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 905	2 293	2 398	2 479	2 171
männlich	"	747	1 381	1 638	1 712	1 795	1 570
weiblich	"	1 182	2 033	2 371	2 496	2 596	2 306
Technische Angestellte	"	748	1 374	1 585	1 666	1 747	1 542
männlich	"	748	1 374	1 585	1 666	1 747	1 542
weiblich	"	748	1 374	1 585	1 666	1 747	1 542
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 775	2 096	2 185	2 228	1 993
männlich	"	668	1 254	1 448	1 506	1 565	1 376
weiblich	"	668	1 254	1 448	1 506	1 565	1 376
Technische Angestellte	"	1 058	1 808	2 145	2 239	2 292	2 036
männlich	"	688	1 286	1 486	1 548	1 613	1 416
weiblich	"	688	1 286	1 486	1 548	1 613	1 416
In Industrie und Handel ³⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 176	2 024	2 317	2 443	2 537	2 252
männlich	"	838	1 504	1 768	1 834	1 883	1 699
weiblich	"	838	1 504	1 768	1 834	1 883	1 699
Technische Angestellte	"	1 176	2 024	2 317	2 443	2 537	2 252
männlich	"	838	1 504	1 768	1 834	1 883	1 699
weiblich	"	838	1 504	1 768	1 834	1 883	1 699
				Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 775	14 146	12 188	11 152
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	3	6	7	6
Körperverletzung	"	41	110	143	99	116	106
Raub, räuberische Erpressung	"	5 235	7 132	7 139	8 956	7 551	6 918
Diebstahl	"	1 822	3 506	3 717	5 002	3 900	3 364
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	722	1 200	1 408	1 549	1 331	997
Betrug und Untreue	"	862	1 447	1 624	1 744	1 696	1 571
Außerdem:	"	8 929	9 671	5 707	9 889	8 962	12 900
Verkehrsvergehen ³⁾	"	423	532	446	483	448	395
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁴⁾	"	31 317	29 591	27 567	32 094	30 923	30 522
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	31 317	29 591	27 567	32 094	30 923	30 522
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁵⁾	"	31 317	29 591	27 567	32 094	30 923	30 522
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	16 129	15 755	...	13 517
dav. Feueralarme	"	288	475	459	452	...	520
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	9	5	...	17
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	107	128	124	...	129
Rettungswageneinsätze	"	4 494	12 616	14 539	14 498	...	12 306
dar. für Krankenbeförderungen	"	4 494	12 616	14 539	14 498	...	12 306
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	4 494	12 616	14 539	14 498	...	12 306
Hilfeleistungen aller Art	"	466	1 801	2 019	1 683	...	1 439
Hilfeleistungen aller Art	"	466	1 801	2 019	1 683	...	1 439
Außerdem:	"	466	1 801	2 019	1 683	...	1 439
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	466	1 801	2 019	1 683	...	1 439

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1974

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie *)			
	Wohnbevölkerung 1)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose 1)	Offene Stellen 1)	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz 1)	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 2 033 *) 1. Vj. 2 040 *)	1 479 4 458	2 915 10 237	- 1 436 - 5 779	5 138 16 425	5 510 *) 18 817 *)	- 1 808 - 8 171	13 613 18 828	14 051 12 430	227 664 229 174	112 112	6 219 5 836	3 059 2 861
Hamburg	2. Vj. 1 742 1. Vj. 1 748	3 568 3 363	6 443 6 158	- 2 875 - 2 795	16 490 16 581	18 894 17 721	- 5 279 - 3 935	9 107 11 443	16 376 14 053	187 546 190 426	108 109	6 752 6 390	3 876 3 656
München	2. Vj. 1 322 1. Vj. 1 333	2 622 p 2 480	3 093 p 3 305	- 471 p - 825	16 361 18 426	27 554 20 331	-11 664 p - 2 730	10 131 *) 11 866 *)	12 257 *) 10 223 *)	188 353 190 800	142 143	5 410 5 254	4 092 3 941
Köln	2. Vj. 829 1. Vj. 830	1 916 1 726	2 442 2 655	- 526 - 929	11 489 11 369	11 909 12 390	- 946 - 1 950	8 122 8 694	6 880 5 497	128 377 129 959	155 157	1 240 1 387	1 496 1 671
Essen	2. Vj. 673 1. Vj. 675	1 354 1 356	2 050 2 371	- 696 - 1 015	4 614 5 002	5 700 6 610	- 1 782 - 2 623	6 693 7 869	4 031 3 559	60 299 60 628	90 90	1 333 1 227	1 981 1 818
Düsseldorf	2. Vj. 623 1. Vj. 626	1 194 1 231	1 873 2 077	- 679 - 846	8 100 8 100	10 302 10 170	- 2 881 - 2 916	5 134 5 461	5 422 4 601	109 019 110 426 p	175 176 p	2 826 2 752 p	4 536 4 396 p
Frankfurt/M.	2. Vj. 665 1. Vj. 669	1 460 1 264	2 033 2 126	- 573 - 862	10 634 11 455	14 275 14 226	- 4 214 - 3 633	6 733 7 727	10 763 10 108	121 774 124 023	183 185	3 465 3 285	5 211 4 910
Dortmund	2. Vj. 633 1. Vj. 636	1 578 1 095	2 625 2 034	- 1 047 - 939	4 761 5 895	6 927 6 040	- 3 213 - 1 084	5 743 6 652	4 614 4 126	75 586 76 398	119 120	1 653 1 450	2 611 2 280
Stuttgart	2. Vj. 618 1. Vj. 622	1 411 1 473	1 524 1 542	- 113 - 69	11 158 13 501	14 343 16 344	- 3 298 - 2 913	1 883 2 356	8 878 8 171	140 969 142 960	228 230	4 464 4 546	7 223 7 309
Bremen	2. Vj. 582 1. Vj. 583	1 365 1 207	1 798 1 930	- 433 - 723	5 854 7 000	6 811 7 190	- 1 390 - 913	4 664 5 715	5 516 4 573	85 450 85 152	147 146	2 969 2 623	5 101 4 499
Hannover	2. Vj. 572 1. Vj. 575	1 176 1 092	1 805 1 861	- 629 - 769	7 719 7 853	9 517 8 134	- 2 427 - 1 050	7 369 4 744	5 859 5 540	99 657 101 445	174 176	2 290 2 234	4 003 3 885

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr *)			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz 1)	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gerbesteuer 1)	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 14 842 1. Vj. 12 926	486 533	239 261	414 474	3 110 3 749	514 367	4 106 2 977	466 127	281 195	138 96	751 529	3 498 2 823	4 356 3 597	121 160 165 429	58 975 65 145
Hamburg	2. Vj. 13 486 1. Vj. 13 309	602 462	346 264	257 293	1 621 2 810	246 187	1 757 1 488	800 491	388 282	223 161	711 528	2 655 2 276	3 555 3 025	191 904 235 067	144 190 139 116
München	2. Vj. 16 379 1. Vj. 12 612	609 509	461 p 382	269 221	2 537 1 727	319 352	4 503 4 249	905 1 124	499 400	378 p 300	1 011 830	1 827 1 573	2 494 2 138	136 727 135 876	102 928 98 768
Köln	2. Vj. 6 960 1. Vj. 6 575	274 238	331 287	72 100	956 1 127	110 44	1 453 671	222 229	166 155	200 187	287 343	1 053 985	1 375 1 316	95 582 57 232	58 167 70 331
Essen	2. Vj. 6 192 1. Vj. 5 755	193 228	285 338	164 50	709 359	94 118	557 566	226 207	34 33	51 49	68 70	689 710	915 918	49 841 68 431	39 498 5 661
Düsseldorf	2. Vj. 7 098 p 1. Vj. 6 726 p	232 p 299 p	372 478 p	83 47	763 436	90 71	1 160 599	226 215	153 150	246 240	327 300	861 696	1 114 866	78 802 134 622	53 136 51 923
Frankfurt/M.	2. Vj. 9 708 1. Vj. 9 502	361 336	543 502	163 137	1 014 857	26 20	239 122	160 134	287 259	432 387	606 518	1 134 985	1 469 1 244	184 526 197 008	59 595 16 429
Dortmund	2. Vj. 5 474 1. Vj. 5 263	195 162	308 255	193 182	875 878	144 293	642 1 154	715 394	38 39	60 61	77 72	837 747	1 086 994	45 296 40 016	28 081 4 655
Stuttgart	2. Vj. 9 967 1. Vj. 8 510	310 288	502 463	81 95	430 710	162 119	923 729	321 184	123 110	199 177	286 255	752 640	1 028 865	58 833 102 195	58 147 12 116
Bremen	2. Vj. 5 881 1. Vj. 5 786	214 211	368 362	232 173	723 852	136 145	637 600	178 276	84 66	144 113	162 131	870 760	1 038 910	84 088 81 769	37 273 35 406
Hannover	2. Vj. 5 484 1. Vj. 4 758	216 175	378 304	91 48	418 438	53 51	832 587	171 65	109 100	190 174	191 177	864 714	1 138 910	56 974 91 997	44 342 8 625

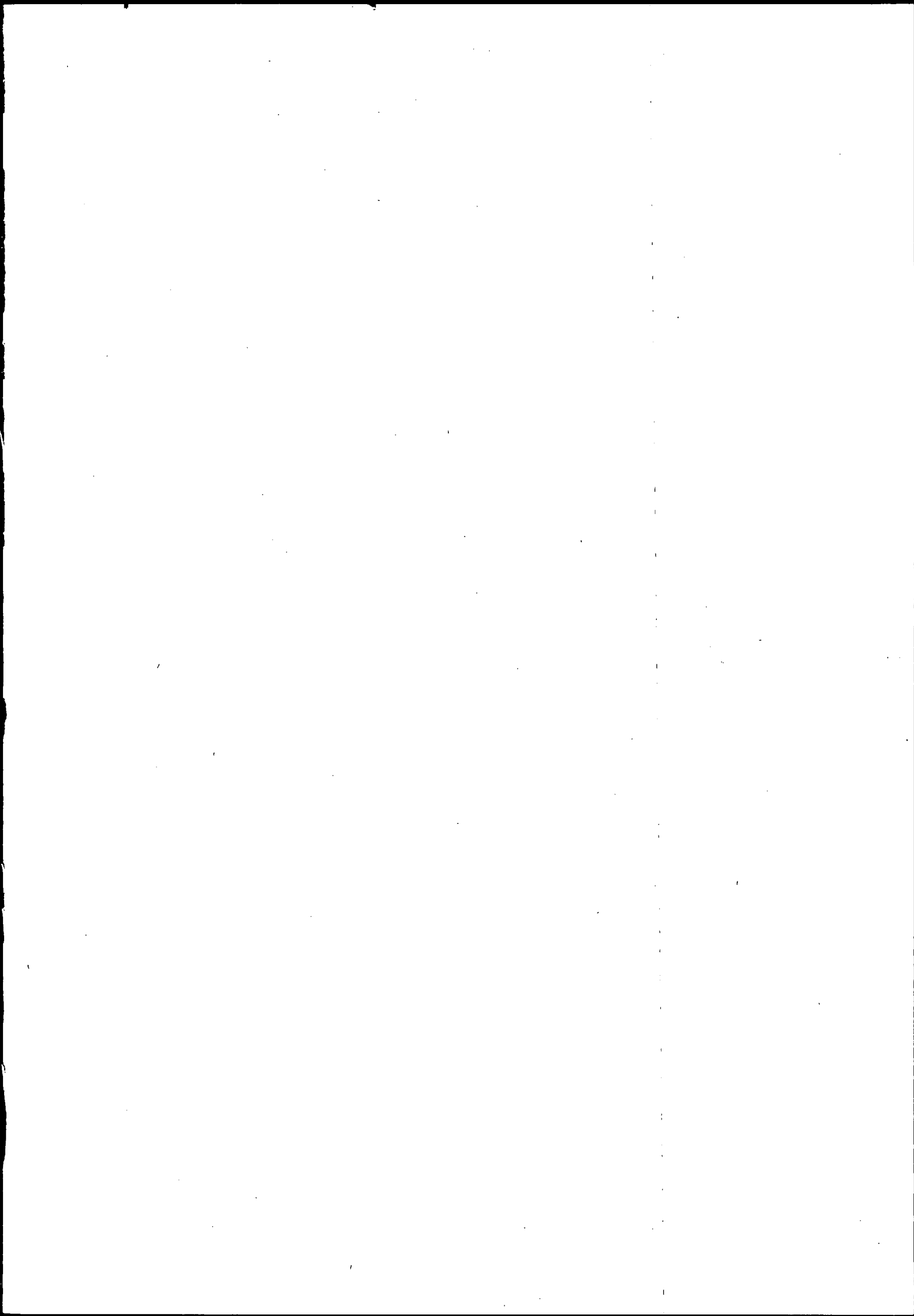
*) jeweils Quartalsende. - *) Betriebe mit 1, a. 10 und mehr Beschäftigten. - *) ohne Mehrwertsteuer. - *) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - *) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - *) In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - *) einschließlich Landkreis München.

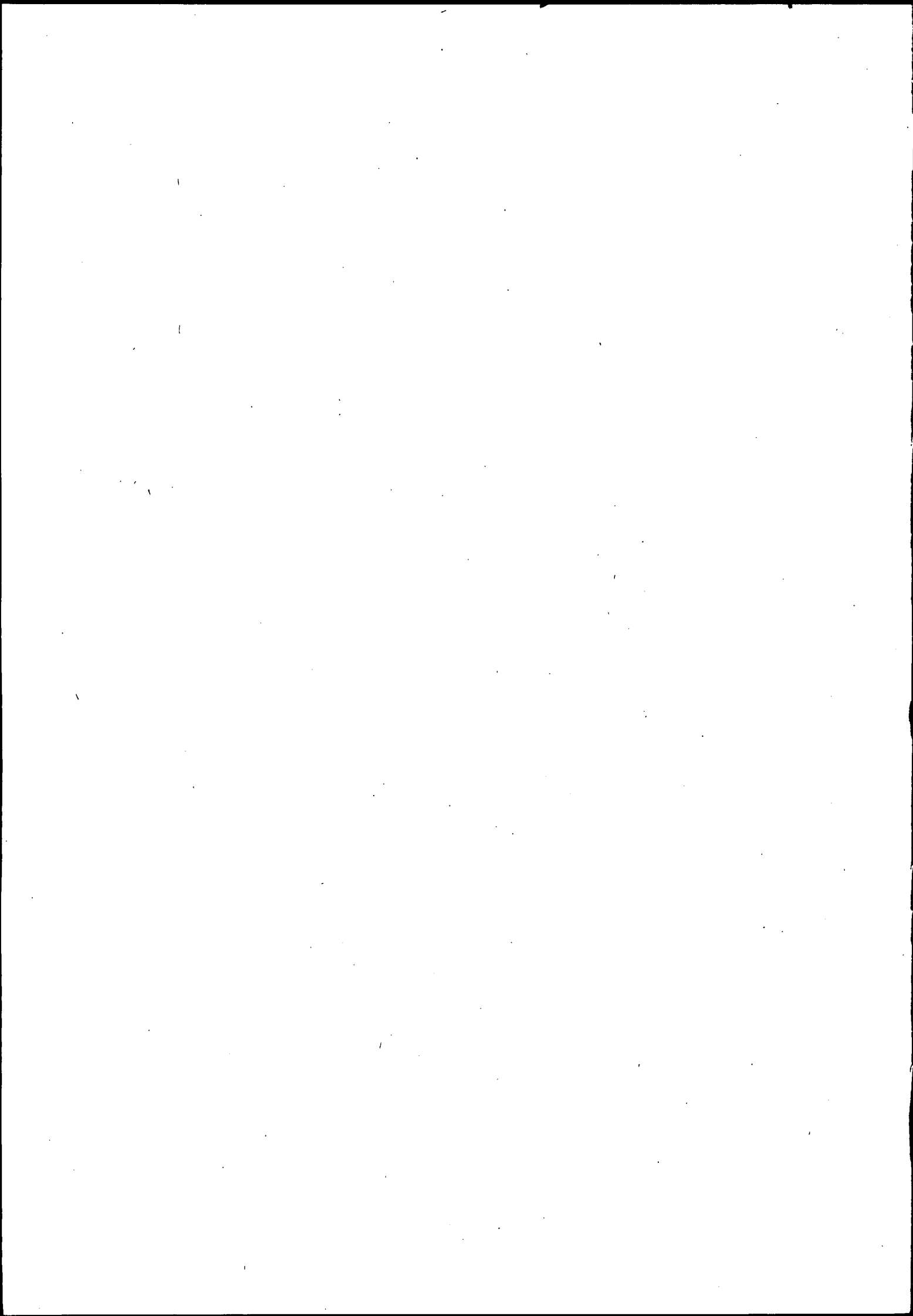
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Dezember 1974	Januar 1975	Januar 1974
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,4 p	3,2
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,3 p	9,6
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p	11,8
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 480	8 368	7 996	7 908	...	8 267
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	929	870	763	...	919
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	55 578	64 212	61 134	...	57 949
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	11 936	15 390	15 542	...	13 470
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstetig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	118,2	178,7	.	106,9
Verarbeitende Industrie	"	119,1	182,3	.	105,0
Grundst.- u. ProduktionsgüterInd.	"	124,8	212,2	.	98,5
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	176,7	.	109,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	167,1	.	102,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	115,2	152,8	.	110,9
Bauindustrie	"	118,9	149,6	.	87,1
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 508,1	1 304	1 261	...	1 363
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	235,2	174	131	...	148
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	7 734	7 157	9 254	...	5 134
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 909	27 449	29 170
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	59 519	38 832	20 748
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	156,2	121,2
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	.	127,0	150,0	143,4	...	133,5
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	12 578
dav. Empfang	"	6 950	9 306
Versand	"	1 885	3 272
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	130 191	108 030	141 073	117 525
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	30 021 p	29 519 p	...	21 248
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 474 p	1 539 p	...	979
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	40 331 p	39 384 p	...	27 887
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	6 174	10 314	7 450	6 458
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	695	5 926	1 081	1 155
Körperschaftsteuer	"	681	907	238	2 366	522	396
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 642	4 643	5 062	4 917
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	104,0	123,8	133,0	133,0	134,4	129,4
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	.	112,6	146,0	144,3	142,3	141,6
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	.	112,3	135,3	134,8	136,0	122,9
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	203,4	.	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	128,9	129,3	130,5	122,9
Nahrungs- und Genussmittel	"	94,2	117,7	125,1	125,6	126,7	121,5
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	128,0	128,3	129,4	123,5
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,89	8,93	9,03	8,97
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	42,3	43,2

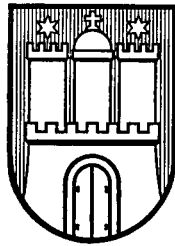
Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungszeitpunkt.





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

Mai-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

35 900 Studenten an den Hamburger Hochschulen

Im Wintersemester 1974/75 waren an den sieben Hamburger Hochschulen 35 900 Studenten immatrikuliert (ohne Beurlaubte und Gasthörer); gut 6% von ihnen kamen aus dem Ausland.

Nach ersten Auszählungen gab es an der Universität 25 970 Studenten. An der Fachhochschule Hamburg gingen 6 580 Studenten ihrem Studium nach. Die Hochschule für bildende Künste hatte 970 und die Hochschule für Musik und darstellende Kunst 620 Studenten (dabei sind Lehrerstudenten, die an den künstlerischen Hochschulen im Wahlfach ausgebildet werden, nur in der Zahl für die Universität enthalten). An der Hochschule für Wirtschaft und Politik waren 890, an der Hochschule der Bundeswehr 700 und an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik 150 Studenten eingeschrieben.

Insgesamt wurden an den Hamburger Hochschulen im vergangenen Wintersemester 4,4% mehr Studenten als im Wintersemester 1973/74 gezählt.

Weitere Zunahme der Kirchenaustritte

1974 sind erheblich mehr Hamburger als im Jahr zuvor aus der Kirche ausgetreten. 22 700 Angehörige der evangelischen Kirche und 2 300 Katholiken haben im vergangenen Jahr vor den hamburgischen Standesämtern ihren Austritt aus der Kirche erklärt. Dies waren in beiden Konfessionen 30% mehr als 1973.

Weniger ansteckende Krankheiten

Die Zahl der in Hamburg festgestellten Fälle von Infektionskrankheiten, die sich 1973 vor allem durch einen Anstieg der Gelbsucherkrankungen merklich erhöht hatte, ist im abgelaufenen Jahr wieder deutlich zurückgegangen. Vermindert haben sich 1974 namentlich die Scharlacherkrankungen (von 2 150 auf 1 760) und die Fälle von ansteckender Gelbsucht (von 960 auf 800). Von 330 auf 470 angestiegen ist dagegen die Anzahl der Personen, die sich eine bakterielle Lebensmittelvergiftung („Salmonellose“) zuzogen.

Umsatzsteigerung trotz Beschäftigtenrückgang im Friseurgewerbe

Das Friseurhandwerk in Hamburg umfaßt gegenwärtig rd. 1 500 Betriebe mit fast 6 000 tätigen Personen, die im vergangenen Jahr etwa 130 Mio DM Umsatz erzielt haben. Wie in einigen anderen Handwerkszweigen ist auch im Friseurgewerbe seit langem ein gewisser Schrumpfungspro-

zeß erkennbar. So hat sich die Zahl der Betriebe seit 1967 um rd. 200 verringert, die der Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum um ein Drittel gesunken. Allein die Zahl der gewerblichen Lehrlinge fiel dabei von mehr als 1 500 auf knapp 900.

Dennoch hat sich die wirtschaftliche Situation für das Friseurhandwerk nicht ungünstig entwickelt. Die verbliebenen Betriebe konnten ihre Umsatzerlöse erhöhen, so daß der durchschnittliche Jahresumsatz je Handwerksbetrieb von 65 000 DM im Jahr 1967 auf 85 000 DM im letzten Jahr gestiegen ist. Umgerechnet auf den Beschäftigten hat sich der Umsatz in diesen sieben Jahren auf nahezu 22 000 DM verdoppelt.

Sprunghafter Anstieg der Konkursforderungen

87 Unternehmen und andere Gemeinschuldner mußten in den ersten drei Monaten des Jahres 1975 bei den Hamburger Amtsgerichten Konkurs anmelden. Bei 26 von ihnen wurde das Konkursverfahren eröffnet, in 61 Fällen lehnten die Gerichte die Eröffnung eines Verfahrens ab, weil keine die Verfahrenskosten deckende Masse vorhanden war. Die Höhe aller bisher bekannten und geltend gemachten Konkursforderungen ist im ersten Quartal dieses Jahres sprunghaft auf 414 Mio DM angestiegen und übertrifft damit bereits die im Vorjahr insgesamt angemeldeten Forderungen. Unter den im ersten Quartal registrierten 87 Konkursen befanden sich allein 10 sogenannte Millionenkonkurse, drei davon lagen mit ihren Forderungen sogar jeweils über 50 Mio DM.

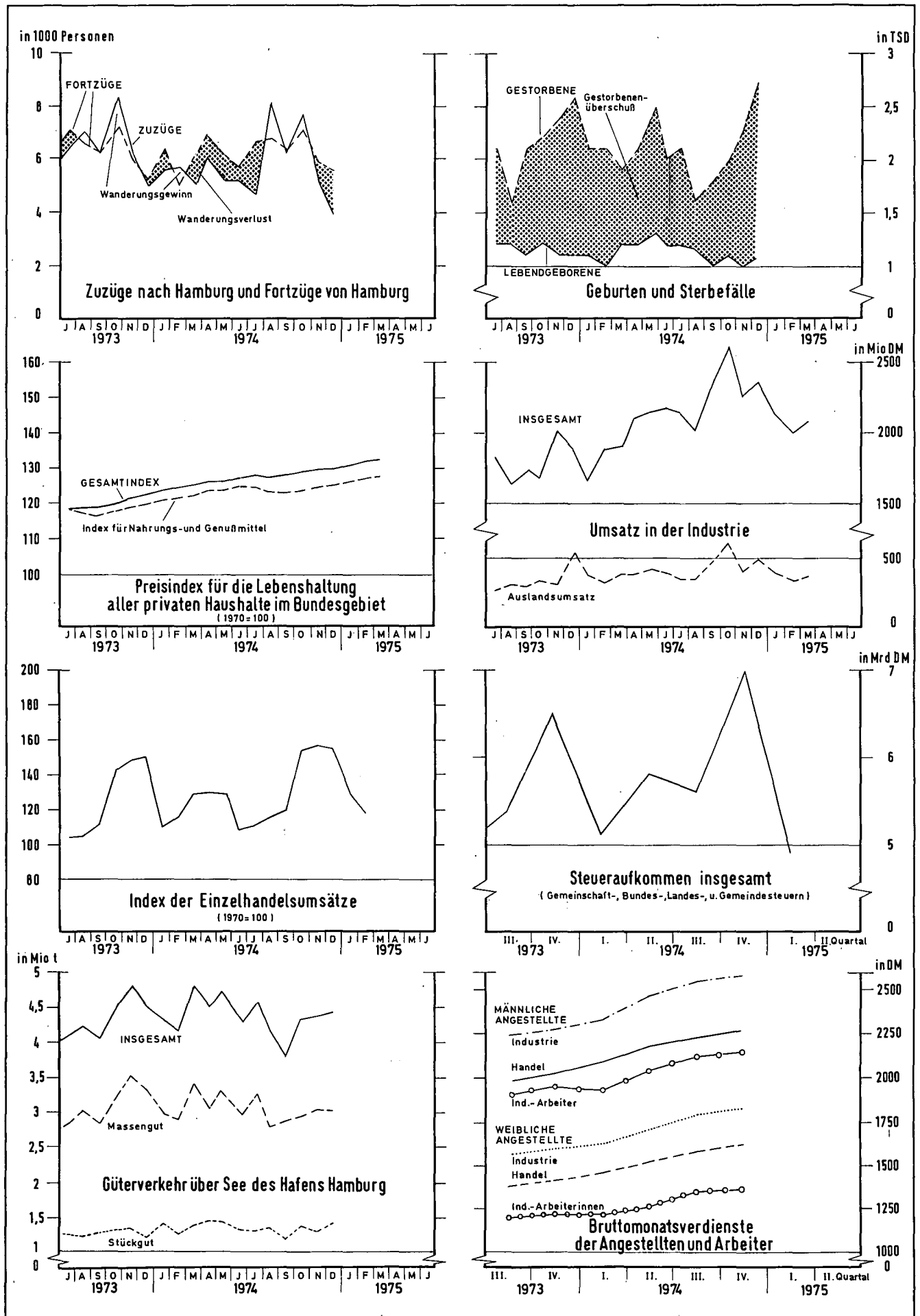
Von den Konkursen insgesamt entfielen 35 auf private Haushalte (überwiegend Nachlaßkonkurse) und 52 auf Unternehmen. Im Unternehmensbereich war der Handel mit 24 Fällen am stärksten betroffen, das Dienstleistungsgewerbe hatte 15, das Verarbeitende Gewerbe 9 und der Verkehrssektor 4 Konkurse zu verzeichnen.

Vergleichsverfahren zur Abwendung eines drohenden Konkurses wurden im ersten Quartal 1975 nicht eröffnet.

Düngemittelumschlag beträchtlich erhöht

Im Hamburger Hafen wurden 1974 insgesamt über 2,3 Mio t Düngemittel umgeschlagen. Gegenüber 1973 ist dies eine Zunahme von 76%. Insbesondere erhöhte sich das Umschlagsvolumen von Kalidüngemitteln, das sich auf gut 1,4 Mio t mehr als verdoppelte, und von Rohphosphaten, das um nahezu 80% auf 680 000 t anstieg. Während der Umschlagsgewinn von Kalidüngemitteln sich vor allem aus einer starken Steigerung auf der Versandseite ergab, lag die Umschlagszunahme von Rohphosphaten ausschließlich beim Empfang.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Hamburger Sterbetafel 1970/72

Seit 1872 wird in Hamburg die genaue Erfassung der Bevölkerung durch Volkszählungen zum Anlaß für die Berechnung von Sterbetafeln genommen, um verlässliche Unterlagen über Veränderungen der Lebenserwartung und des Sterberisikos der Bevölkerung zu erhalten.

Während sich die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Kindes in Hamburg innerhalb der vergangenen 100 Jahre von 37 auf 71 Jahre fast verdoppelt hat, war von 1960/62 bis 1970/72 keine nennenswerte Änderung mehr zu beobachten. Bei den Männern ist in diesen 10 Jahren sogar ein ganz leichter Rückgang der Lebenserwartung auf 67,7 Jahre festzustellen, bei den Frauen noch eine Erhöhung um 6 Monate auf 74,1 Jahre. Hamburgs Frauen können unter den Sterblichkeitsverhältnissen von 1970/72 ein um 6,4 Jahre längeres Leben erwarten als die Männer (1960/62 nur 5,7 Jahre).

Die geringe Abnahme der mittleren Lebensdauer der Hamburger Männer seit 1960/62 ist zu gleichen Teilen auf ein Steigen des Risikos von tödlichen Verkehrsunfällen vor allem um das 20. Lebensjahr, auf zunehmende Selbstmordhäufigkeit vom 25. bis zum 50. Lebensjahr und auf eine steigende Bedeutung der tödlich verlaufenen Krankheiten im Alter von 40 bis zu 70 Jahren zurückzuführen. Diese Effekte wurden durch einen Rückgang der Säuglingssterblichkeit und des Risikos von übrigen tödlichen Unfällen nur zur Hälfte kompensiert.

Für die Verlängerung der Lebenserwartung von Frauen hat ein Rückgang der Krankheiten mit tödlichem Ausgang vom 25. bis zum 70. Lebensjahr den Ausschlag gegeben. Die Zunahme der tödlichen Verkehrsunfälle und Selbstmorde wird durch die Abnahme der Säuglingssterblichkeit und der übrigen tödlichen Unfälle ausgeglichen.

Ansatzpunkte für eine Verlängerung der Lebenserwartung sind in Zukunft vor allem in einem Zurückdrängen der tödlichen Verkehrsunfälle, einer Senkung der Säuglingssterblichkeit und der Selbstmordhäufigkeit und einem weiteren Hinausschieben der natürlichen Todesursachen auf höhere Altersjahre zu sehen.

Da die Zahl der Verkehrstoten von 1972 bis 1974 im Bundesdurchschnitt um etwa 20% zurückgegangen ist, besteht hier – trotz des Wiederanstiegs in den letzten Monaten von 1974 – eine reale Chance zur Erhöhung der durchschnittlichen Lebensdauer. Die Säuglingssterblichkeit stagniert dagegen in den letzten Jahren. Ein zunehmender Anteil der Geburten von Erstkindern und eine Erhöhung des mittleren Gebäralters – beide Faktoren erhöhen die Säuglingssterblichkeit – könnten hier Fortschritte in der ärztlichen Betreuung wieder zunichte machen. Längerfristig sind wohl Fortschritte in der Krebsbekämpfung zu erwarten, dagegen ist ein Anstieg der Kreislaufkrankheiten nicht ausgeschlossen. Bei Beurteilung aller Faktoren erhält man den Eindruck, daß die Lebenserwartung in nächster Zukunft stagnieren wird.

Die durchschnittliche Lebensdauer der Hamburger liegt um 3 Monate über dem Bundesdurchschnitt und ist sogar 1,5 Jahre höher als die der Berliner Bevölkerung. 1960/62 betrug der Abstand zum Bund noch 1 Jahr und zu Berlin (West) 1,7 Jahre.

INHALT

1. Inhalt der Sterbetafel
2. Anmerkungen zur Methode
3. Nutzung von Sterbetafeln
4. Ergebnisse der Hamburger Sterbetafel 1970/72
5. Todesursachen
6. Entwicklung der Sterblichkeit seit 1960/62
7. Die Sterblichkeit 1970/72 in Hamburg im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt

1. Inhalt der Sterbetafel

Einer Sterbetafel lassen sich Angaben über das Sterberisiko und über die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern und Frauen in einem bestimmten Lebensalter entnehmen.

In Spalte 3 der Tafel für Männer (Tabelle 1) kann z. B. in der Zeile „0 Jahre“ abgelesen werden, daß ein neugeborener Knabe in seinem ersten Lebensjahr einem Sterberisiko von 0,02340 (= Sterbewahrscheinlichkeit) ausgesetzt ist. Dies bedeutet mit anderen Worten: Unter den Sterblichkeitsverhältnissen der drei Jahre 1970/72 sterben in Hamburg von 100 000 lebendgeborenen Knaben 2340 Säuglinge.

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Knaben beträgt nach Spalte 6 bei seiner Geburt 67,66 Jahre. Diese Angabe darf nicht so interpretiert werden, als wenn ein bestimmtes 1970 geborenes Kind genau in seinem 68. Lebensjahr sterben wird; denn die Zahlen der Tafel stellen nur Durchschnittswerte aus den Einzelrisiken der gesamten Hamburger Bevölkerung dar. Spalte 1 zeigt, wieviele Personen von ursprünglich 100 000 Lebendgeborenen den 1., 2., 3., ... 100. Geburtstag unter den Verhältnissen von 1970/72 erleben würden. Spiegelbildlich dazu gibt Spalte 2 an, wieviele Personen von anfangs 100 000 Knaben (Mädchen) in jedem weiteren Lebensjahr wahrscheinlich sterben. (Die Spalten 4 und 5 sind hier nicht von allgemeinem Interesse, die Daten werden u. a. zur Berechnung der durchschnittlichen Lebenserwartung benötigt¹⁾.)

2. Anmerkungen zur Methode

Die Errechnung der Sterbewahrscheinlichkeiten und ihre Glättung zur Ausschaltung von Zufallseinflüssen wurde vom Statistischen Bundesamt nach einem für Bund und Länder einheitlichen Verfahren durchgeführt. Methode und Beobachtungszeitraum sind vom Arbeitskreis „Sterbetafeln“ des Statistischen Beirats unter Mitwirkung der Statistischen Landesämter festgelegt worden. Da eine ausführliche Darstellung der Verfahren vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht worden ist²⁾, kann hier auf die Wiedergabe von Einzelheiten verzichtet werden.

Die Tafel stellt die Sterblichkeit der gesamten Hamburger Bevölkerung dar, einschließlich der Ausländer. Bei der Wahl der Jahre 1970 bis 1972 als Beobachtungszeitraum war ausschlaggebend, daß die Sterbefälle sowohl im Dezember 1969 als auch im Januar 1970 durch eine ungewöhnlich starke Grippewelle überhöht waren. Bei Einbeziehung des Jahres 1969 und Verzicht auf 1972 wäre durch diesen Umstand ein zu ungünstiges Bild der Sterblichkeitsverhältnisse entstanden, da im langfristigen Durchschnitt nur alle 4 Jahre mit einem Grippemonat gerechnet werden muß.

¹⁾ Eine ausführliche Darstellung der mathematischen Grundlagen einer Sterbetafel findet sich in zwei einschlägigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes: 1. Allgemeine Sterbetafel für die Bundesrepublik Deutschland 1960/62. Stuttgart, Mainz: Wiesbaden 1965. (Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 2, Sonderbeitrag.)

2. Allgemeine Sterbetafel 1970/72. In: Wirtschaft und Statistik 1974, H. 7, S. 465 ff.

³⁾ Allgemeine Sterbetafel 1970/72, a. a. O. Die rohen Sterbewahrscheinlichkeiten wurden nach der Sterbeziffermethode von Farr berechnet.

Als Besonderheit der Hamburgischen Tafel sei noch erwähnt, daß vom Alter 93 an die Sterbewahrscheinlichkeiten des Bundesgebietes übernommen wurden, da die geringe Zahl von Sterbefällen in hohem Alter in Hamburg keine gesicherte Berechnung mehr ermöglichte.

3. Nutzung von Sterbetafeln

Die gesamte Sterblichkeit, so wie sie in einer Sterbetafel ihren Niederschlag findet, ergibt sich aus dem Zusammenwirken der verschiedensten Todesursachen. Veränderungen des allgemeinen Sterberisikos von Dekade zu Dekade beruhen einerseits auf der Abnahme der Bedeutung bestimmter Todesursachen, etwa durch eine verbesserte ärztliche Betreuung der Bevölkerung, während dagegen andere Ursachen in der Zwischenzeit mehr in den Vordergrund gerückt sein können, wie z. B. die Häufigkeit von Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang. Jede neue Sterbetafel bietet somit Gesundheitspolitikern und dem ärztlichen Dienst die Möglichkeit, die Entwicklung der Lebenserwartung als eine generelle Erfolgskontrolle ihrer Bemühungen zu verfolgen. Der Bevölkerungswissenschaftler nutzt die Sterbetafeln als Grundlagen für Vorausschätzungsmodelle und zu vergleichenden Studien über die Sterblichkeit der Bevölkerung verschiedener Länder.

Ihre älteste und wohl immer noch wichtigste Anwendung finden Sterbetafeln in der Versicherungswirtschaft. Meistens handelt es sich hier um die Beantwortung der Frage: Welchen Versicherungsbeitrag muß ein Mann, der z. B. mit 30 Jahren eine Rentenversicherung abschließt, monatlich zahlen, damit die voraussichtliche Beitragseinnahme der Versicherung unter Berücksichtigung seines Sterberisikos im Einklang mit den möglichen Ausgaben für eine Rentenzahlung steht. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß das Geschäftsrisiko einer Versicherung bei einem einzigen Versicherten nicht kalkulierbar wäre. Erst bei einer größeren Zahl von Verträgen können die zukünftigen Einnahmen und Ausgaben des Versicherungsunternehmens mit Hilfe der Sterbewahrscheinlichkeit und der durchschnittlichen Lebenserwartung hinreichend genau abgeschätzt werden.

4. Ergebnisse der Hamburger Sterbetafel 1970/72

Die neue Sterbetafel läßt erkennen, daß seit 1960/62 keine wesentlichen Änderungen in der Sterblichkeit der Hamburger Bevölkerung eingetreten sind. Nach wie vor ist die Gefährdung der Menschen in den ersten Monaten nach der Geburt relativ hoch. 2,3 % der Knaben und 1,9 % der Mädchen sterben noch vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres.

Das Sterberisiko sinkt bereits im zweiten Jahr auf ein Zwanzigstel des Anfangswertes und erreicht im 12. und 13. Lebensjahr sein Minimum bei einer Höhe von einem Hundertstel der Säuglingssterblichkeit — in diesem Alter sterben pro Jahr weniger als 0,03 % der Kinder. Erst in der Nähe des Rentenalters erreicht das Sterberisiko wieder eine Höhe wie im ersten Jahr — bei den Männern im 62. und bei den Frauen im 66. Lebensjahr — und steigt danach rapide an.

Schaubild 1

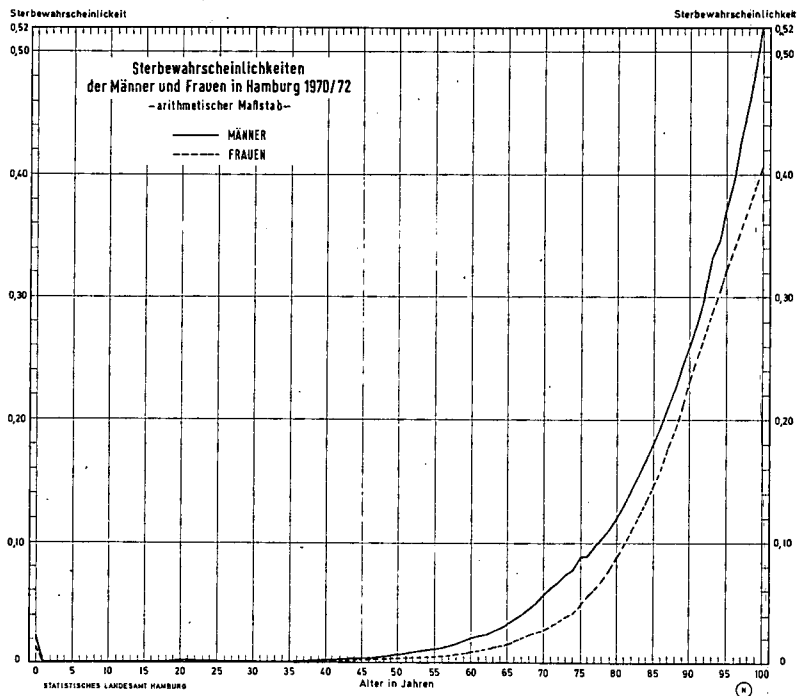


Schaubild 2a

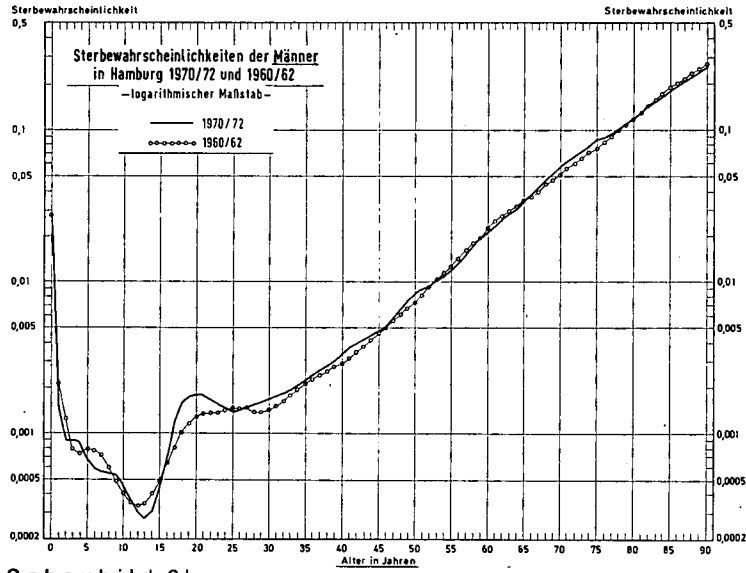


Schaubild 2b

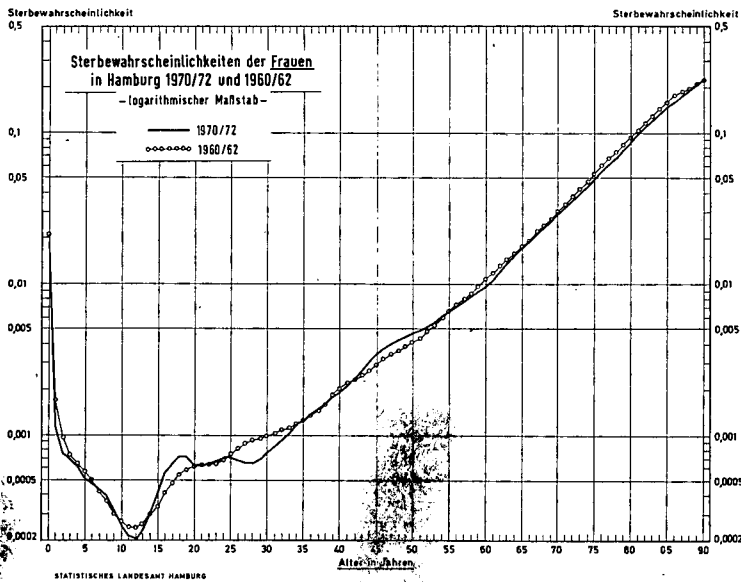


Tabelle 1

Allgemeine Sterbetafel 1970/72

Vollendetes Alter	Männliche Bevölkerung					
	Überlebende im Alter x	Gestorbene im Alter x bis unter bis x + 1	Sterbewahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren
				bis zum Alter x + 1 durchlebte	insgesamt noch zu durchlebende	
x	l _x	d _x	q _x	L _x	e ⁰ _x	e ⁰ _x
Vorspalte	1	2	3	4	5	6
Monate						
0	100 000	1 758	0,01 758	8 205	6 765 807	67,66
1	98 242	161	0,00 164	8 180	6 757 602	68,79
2	98 081	104	0,00 106	8 169	6 749 422	68,81
3	97 977	73	0,00 075	8 162	6 741 253	68,80
4	97 904	36	0,00 037	8 157	6 733 091	68,77
5	97 868	25	0,00 026	8 155	6 724 934	68,71
6	97 843	68	0,00 069	8 151	6 716 779	68,65
7	97 775	24	0,00 025	8 147	6 708 628	68,61
8	97 751	14	0,00 014	8 145	6 700 481	68,55
9	97 737	35	0,00 036	8 143	6 692 336	68,47
10	97 702	21	0,00 021	8 141	6 684 193	68,41
11	97 681	21	0,00 021	8 139	6 676 052	68,35
Jahre						
.0	100 000	2 340	0,02 340	97 894	6 765 807	67,66
1	97 660	142	0,00 146	97 589	6 667 913	68,28
2	97 518	90	0,00 092	97 473	6 570 324	67,38
3	97 428	88	0,00 090	97 384	6 472 851	66,44
4	97 340	84	0,00 086	97 298	6 375 467	65,50
5	97 256	66	0,00 068	97 223	6 278 169	64,55
6	97 190	57	0,00 059	97 162	6 180 946	63,60
7	97 133	54	0,00 056	97 106	6 083 784	62,63
8	97 079	54	0,00 055	97 052	5 986 678	61,67
9	97 025	51	0,00 053	97 000	5 889 626	60,70
10	96 974	44	0,00 046	96 952	5 792 626	59,73
11	96 930	36	0,00 037	96 912	5 695 674	58,76
12	96 894	30	0,00 030	96 879	5 598 762	57,78
13	96 864	27	0,00 028	96 851	5 501 883	56,80
14	96 837	31	0,00 031	96 822	5 405 032	55,82
15	96 806	43	0,00 045	96 785	5 308 210	54,83
16	96 763	72	0,00 074	96 727	5 211 425	53,86
17	96 691	118	0,00 122	96 632	5 114 698	52,90
18	96 573	149	0,00 155	96 499	5 018 066	51,96
19	96 424	169	0,00 176	96 340	4 921 567	51,04
20	96 255	174	0,00 180	96 168	4 825 227	50,13
21	96 081	173	0,00 180	95 995	4 729 059	49,22
22	95 908	163	0,00 170	95 827	4 633 064	48,31
23	95 745	150	0,00 157	95 670	4 537 237	47,39
24	95 595	139	0,00 146	95 526	4 441 567	46,46
25	95 456	135	0,00 141	95 389	4 346 041	45,53
26	95 321	136	0,00 142	95 253	4 250 652	44,59
27	95 185	141	0,00 148	95 115	4 155 399	43,66
28	95 044	148	0,00 156	94 970	4 060 284	42,72
29	94 896	155	0,00 164	94 819	3 965 314	41,79
30	94 741	161	0,00 170	94 661	3 870 495	40,85
31	94 580	166	0,00 175	94 497	3 775 834	39,92
32	94 414	172	0,00 182	94 328	3 681 337	38,99
33	94 242	181	0,00 192	94 152	3 587 009	38,06
34	94 061	195	0,00 207	93 964	3 492 857	37,13
35	93 866	211	0,00 225	93 761	3 398 893	36,21
36	93 655	228	0,00 244	93 541	3 305 132	35,29
37	93 427	245	0,00 262	93 305	3 211 591	34,38
38	93 182	262	0,00 281	93 051	3 118 286	33,46
39	92 920	282	0,00 303	92 779	3 025 235	32,56
40	92 638	308	0,00 332	92 484	2 932 456	31,66
41	92 330	336	0,00 364	92 162	2 839 972	30,76
42	91 994	364	0,00 396	91 812	2 747 810	29,87

Vollendetes Alter	Männliche Bevölkerung					
	Überlebende im Alter x	Gestorbene im Alter x bis unter bis x + 1	Sterbewahrscheinlichkeit vom Alter x bis x + 1	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren
				bis zum Alter x + 1 durchlebte	insgesamt noch zu durchlebende	
x	l _x	d _x	q _x	L _x	e ⁰ _x	e ⁰ _x
Vorspalte	1	2	3	4	5	6
noch: Jahre						
43	91 630	388	0,00 424	91 436	2 655 998	28,99
44	91 242	409	0,00 448	91 038	2 564 562	28,11
45	90 833	432	0,00 476	90 617	2 473 524	27,23
46	90 401	470	0,00 519	90 166	2 382 907	26,36
47	89 931	523	0,00 582	89 670	2 292 741	25,49
48	89 408	591	0,00 661	89 113	2 203 071	24,64
49	88 817	665	0,00 749	88 485	2 113 958	23,80
50	88 152	731	0,00 830	87 787	2 025 473	22,98
51	87 421	785	0,00 898	87 029	1 937 686	22,16
52	86 636	830	0,00 958	86 221	1 850 657	21,36
53	85 806	873	0,01 018	85 370	1 764 436	20,56
54	84 933	929	0,01 093	84 469	1 679 066	19,77
55	84 004	1 009	0,01 202	83 500	1 594 597	18,98
56	82 995	1 116	0,01 344	82 437	1 511 097	18,21
57	81 879	1 242	0,01 517	81 258	1 428 660	17,45
58	80 637	1 384	0,01 716	79 945	1 347 402	16,71
59	79 253	1 525	0,01 924	78 491	1 267 457	15,99
60	77 728	1 656	0,02 130	76 900	1 188 966	15,30
61	76 072	1 777	0,02 336	75 184	1 112 066	14,62
62	74 295	1 896	0,02 553	73 347	1 036 882	13,96
63	72 399	2 021	0,02 791	71 389	963 535	13,31
64	70 378	2 159	0,03 067	69 299	892 146	12,68
65	68 219	2 316	0,03 395	67 061	822 847	12,06
66	65 903	2 488	0,03 776	64 659	755 786	11,47
67	63 415	2 669	0,04 209	62 081	691 127	10,90
68	60 746	2 848	0,04 689	59 322	629 046	10,36
69	57 898	3 017	0,05 211	56 390	569 724	9,84
70	54 881	3 156	0,05 751	53 303	513 334	9,35
71	51 725	3 256	0,06 294	50 097	460 031	8,89
72	48 469	3 307	0,06 823	46 816	409 934	8,46
73	45 162	3 309	0,07 328	43 508	363 118	8,04
74	41 853	3 274	0,07 823	40 216	319 610	7,64
75	38 579	3 218	0,08 341	36 970	279 394	7,24
76	35 361	3 152	0,08 915	33 785	242 424	6,86
77	32 209	3 080	0,09 564	30 669	208 639	6,48
78	29 129	2 999	0,10 294	27 630	177 970	6,11
79	26 130	2 900	0,11 099	24 680	150 340	5,75
80	23 230	2 788	0,12 002	21 836	125 660	5,41
81	20 442	2 661	0,13 017	19 112	103 824	5,08
82	17 781	2 516	0,14 152	16 523	84 712	4,76
83	15 265	2 346	0,15 371	14 092	68 189	4,47
84	12 919	2 142	0,16 583	11 848	54 097	4,19
85	10 777	1 950	0,18 095	9 802	42 249	3,92
86	8 827	1 717	0,19 454	7 969	32 447	3,68
87	7 110	1 486	0,20 902	6 367	24 478	3,44
88	5 624	1 264	0,22 468	4 992	18 111	3,22
89	4 360	1 054	0,24 167	3 833	13 119	3,01
90	3 306	859	0,25 970	2 877	9 286	2,81
91	2 447	683	0,27 906	2 106	6 409	2,62
92	1 764	529	0,29 981	1 500	4 303	2,44
93	1 235	398	0,32 201	1 036	2 803	2,27
94	837	289	0,34 570	693	1 767	2,11
95	548	203	0,37 092	447	1 074	1,96
96	345	137	0,39 768	277	627	1,82
97	208	89	0,42 598	164	350	1,68
98	119	54	0,45 578	92	186	1,56
99	65	32	0,48 703	49	94	1,45
100	33	17	0,51 962	25	45	1,36

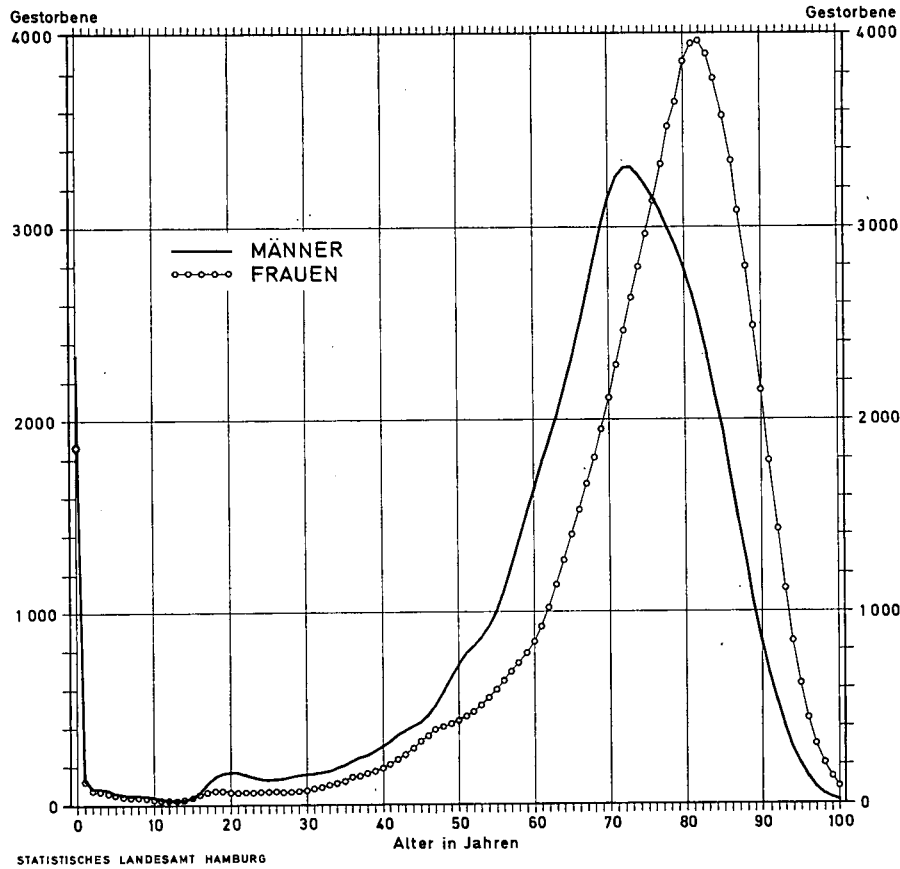
Allgemeine Sterbetafel 1970/72

Vollendetes Alter	Weibliche Bevölkerung					
	Überlebende im Alter x	Gelebte im Alter x bis unter x+1	Sterbewahrscheinlichkeit vom Alter x bis x+1	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren
				bis zum Alter x+1 durchlebte	insgesamt noch zu durchlebende	
	x	l_x	d_x	q_x	L_x	e^0_{xx}
Vorspalte	1	2	3	4	5	6
Monate						
0	100 000	1 379	0,01 379	8 234	7 406 359	74,06
1	98 621	84	0,00 085	8 215	7 398 125	75,02
2	98 537	99	0,00 100	8 207	7 389 910	75,00
3	98 438	86	0,00 087	8 200	7 381 703	74,99
4	98 352	38	0,00 039	8 194	7 373 503	74,97
5	98 314	54	0,00 055	8 191	7 365 309	74,92
6	98 260	19	0,00 019	8 188	7 357 118	74,87
7	98 241	34	0,00 035	8 185	7 348 930	74,81
8	98 207	23	0,00 023	8 183	7 340 745	74,75
9	98 184	15	0,00 015	8 181	7 332 562	74,68
10	98 169	7	0,00 007	8 180	7 324 381	74,61
11	98 162	26	0,00 026	8 179	7 316 201	74,53
Jahre						
0	100 000	1 864	0,01 864	98 337	7 406 359	74,06
1	98 136	124	0,00 126	98 074	7 308 022	74,47
2	98 012	73	0,00 074	97 976	7 209 948	73,56
3	97 939	69	0,00 070	97 905	7 111 972	72,62
4	97 870	60	0,00 062	97 840	7 014 067	71,67
5	97 810	51	0,00 052	97 785	6 916 227	70,71
6	97 759	47	0,00 048	97 736	6 818 442	69,75
7	97 712	43	0,00 044	97 691	6 720 706	68,78
8	97 669	38	0,00 039	97 650	6 623 015	67,81
9	97 631	31	0,00 032	97 616	6 525 365	66,84
10	97 600	25	0,00 026	97 588	6 427 749	65,86
11	97 575	21	0,00 022	97 565	6 330 161	64,84
12	97 554	20	0,00 021	97 544	6 232 596	63,89
13	97 534	23	0,00 024	97 523	6 135 052	62,90
14	97 511	30	0,00 031	97 496	6 037 529	61,92
15	97 481	42	0,00 043	97 460	5 940 033	60,94
16	97 439	56	0,00 057	97 411	5 842 573	59,96
17	97 383	63	0,00 064	97 352	5 745 162	59,00
18	97 320	70	0,00 072	97 285	5 647 810	58,03
19	97 250	70	0,00 072	97 215	5 550 525	57,07
20	97 180	61	0,00 063	97 150	5 453 310	56,12
21	97 119	61	0,00 063	97 089	5 356 160	55,15
22	97 058	63	0,00 065	97 027	5 259 071	54,18
23	96 995	67	0,00 069	96 962	5 162 044	53,22
24	96 928	68	0,00 071	96 894	5 065 082	52,26
25	96 860	68	0,00 071	96 826	4 968 188	51,29
26	96 792	67	0,00 069	96 759	4 871 362	50,33
27	96 725	64	0,00 067	96 693	4 774 603	49,36
28	96 661	64	0,00 067	96 629	4 677 910	48,40
29	96 597	68	0,00 070	96 563	4 581 281	47,43
30	96 529	74	0,00 076	96 492	4 484 718	46,46
31	96 455	82	0,00 085	96 414	4 388 226	45,50
32	96 373	90	0,00 094	96 328	4 291 812	44,53
33	96 283	99	0,00 103	96 234	4 195 484	43,57
34	96 184	110	0,00 114	96 129	4 099 250	42,62
35	96 074	121	0,00 126	96 014	4 003 121	41,67
36	95 953	134	0,00 140	95 886	3 907 107	40,72
37	95 819	147	0,00 153	95 746	3 811 221	39,78
38	95 672	160	0,00 168	95 592	3 715 475	38,84
39	95 512	173	0,00 182	95 426	3 619 883	37,90
40	95 339	188	0,00 197	95 245	3 524 457	36,97
41	95 151	207	0,00 218	95 048	3 429 212	36,04
42	94 944	231	0,00 243	94 829	3 334 164	35,12

Vollendetes Alter	Weibliche Bevölkerung					
	Überlebende im Alter x	Gelebte im Alter x bis unter x+1	Sterbewahrscheinlichkeit vom Alter x bis x+1	Von den Überlebenden im Alter x		Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter x in Jahren
				bis zum Alter x+1 durchlebte	insgesamt noch zu durchlebende	
	x	l_x	d_x	q_x	L_x	e^0_{xx}
Vorspalte	1	2	3	4	5	6
noch: Jahre						
43	94 713	260	0,00 274	94 583	3 239 335	34,20
44	94 453	292	0,00 310	94 307	3 144 752	33,29
45	94 161	325	0,00 346	93 999	3 050 445	32,40
46	93 836	355	0,00 378	93 659	2 956 446	31,51
47	93 481	381	0,00 407	93 291	2 862 787	30,62
48	93 100	401	0,00 431	92 900	2 769 496	29,75
49	92 699	418	0,00 451	92 490	2 676 596	28,87
50	92 281	436	0,00 473	92 063	2 584 106	28,00
51	91 845	456	0,00 497	91 617	2 492 043	27,13
52	91 389	482	0,00 527	91 148	2 400 426	26,27
53	90 907	514	0,00 565	90 650	2 309 278	25,40
54	90 393	552	0,00 610	90 117	2 218 628	24,54
55	89 841	595	0,00 662	89 544	2 128 511	23,69
56	89 246	640	0,00 717	88 926	2 038 967	22,85
57	88 606	686	0,00 774	88 263	1 950 041	22,01
58	87 920	732	0,00 833	87 554	1 861 778	21,18
59	87 188	783	0,00 899	86 797	1 774 224	20,35
60	86 405	844	0,00 977	85 983	1 687 427	19,53
61	85 561	922	0,01 078	85 100	1 601 444	18,72
62	84 639	1 022	0,01 208	84 128	1 516 344	17,92
63	83 617	1 139	0,01 362	83 048	1 432 216	17,13
64	82 478	1 267	0,01 536	81 845	1 349 168	16,36
65	81 211	1 400	0,01 724	80 511	1 267 323	15,61
66	79 811	1 532	0,01 920	79 045	1 186 812	14,87
67	78 279	1 664	0,02 126	77 447	1 107 767	14,15
68	76 615	1 802	0,02 352	75 714	1 030 320	13,45
69	74 813	1 949	0,02 606	73 839	954 606	12,76
70	72 864	2 109	0,02 895	71 810	880 767	12,09
71	70 745	2 281	0,03 224	69 615	808 957	11,43
72	68 474	2 457	0,03 588	67 246	739 342	10,80
73	66 077	2 628	0,03 980	64 703	672 096	10,18
74	63 569	2 794	0,04 408	61 992	607 393	9,58
75	60 965	2 962	0,04 888	59 114	545 401	9,00
76	57 263	3 134	0,05 438	56 066	486 287	8,44
77	54 469	3 321	0,06 093	52 839	430 221	7,89
78	51 478	3 518	0,06 875	49 419	377 382	7,37
79	47 260	3 703	0,07 770	45 809	327 963	6,88
80	42 757	3 855	0,08 769	42 030	282 154	6,42
81	40 102	3 946	0,09 839	38 129	240 124	5,99
82	36 156	3 960	0,10 952	34 176	201 995	5,59
83	32 195	3 897	0,12 104	30 248	167 819	5,21
84	28 299	3 766	0,13 308	26 416	137 571	4,86
85	24 533	3 573	0,14 566	22 747	111 155	4,53
86	20 963	3 337	0,15 920	19 292	88 408	4,22
87	17 623	3 078	0,17 468	16 084	69 116	3,92
88	14 545	2 793	0,19 205	13 149	53 032	3,65
89	11 752	2 481	0,21 113	10 512	39 883	3,39
90	9 271	2 144	0,23 122	8 199	29 371	3,17
91	7 121	1 787	0,25 069	6 234	21 172	2,97
92	5 340	1 430	0,26 782	4 625	14 938	2,80
93	3 910	1 118	0,28 606	3 351	10 313	2,64
94	2 792	848	0,30 366	2 368	6 962	2,49
95	1 944	624	0,32 124	1 632	4 594	2,36
96	1 320	447	0,33 871	1 097	2 962	2,24
97	875	311	0,35 597	718	1 865	2,14
98	562	210	0,37 290	457	1 147	2,04
99	352	137	0,38 942	284	690	1,96
100	215	87	0,40 544	172	406	1,89

Schaubild 3

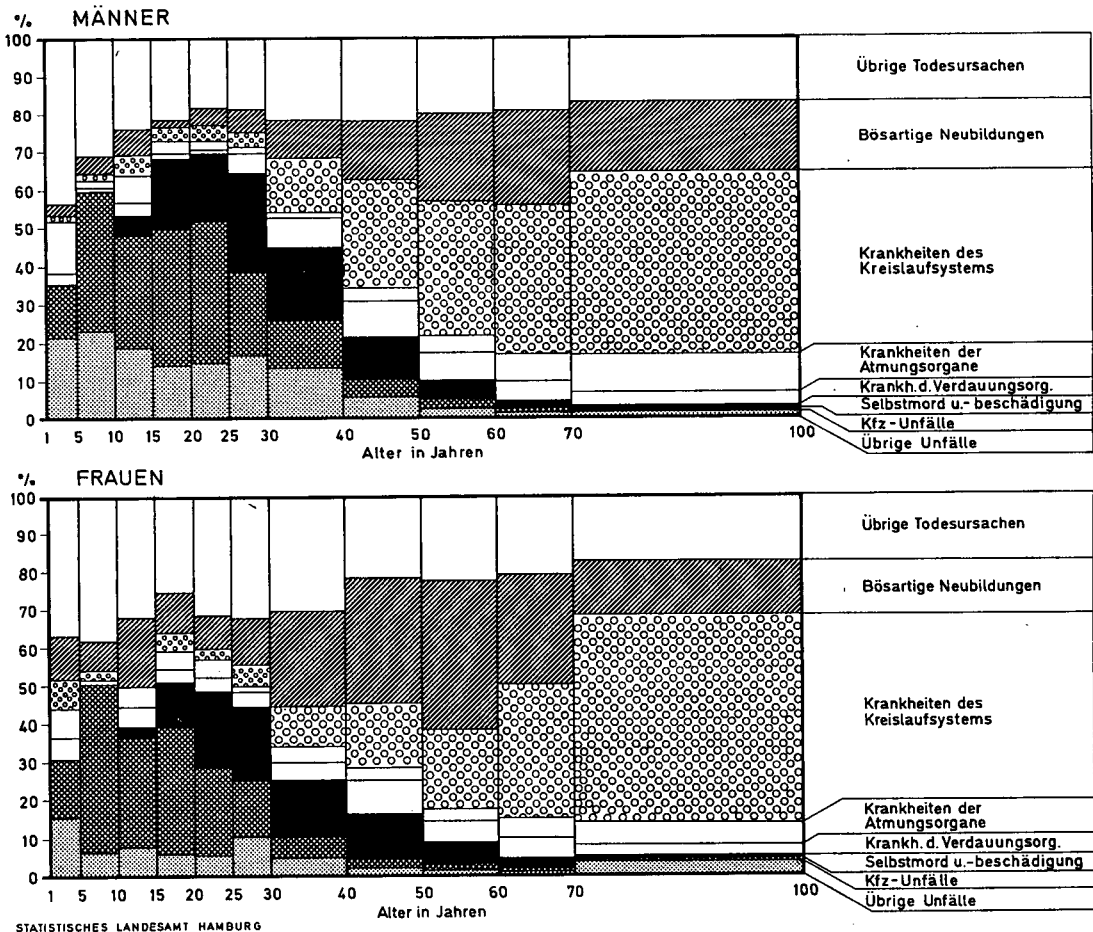
Sterbealter von 100 000 lebendgeborenen Knaben (Mädchen) aufgrund der Sterbetafel 1970/72 für Hamburg



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Schaubild 4

Prozentuale Gliederung der Sterbefälle nach Todesursachen für Altersgruppen Hamburg 1970/72



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Tabelle 2

Sterbewahrscheinlichkeiten nach ausgewählten Todesursachen in Hamburg 1970/72 und 1960/62
 — Gestorbene auf 100 000 Personen zu Anfang jeder Altersgruppe —

Alter von ... bis unter Jahren	Insgesamt		Kfz-Unfälle E 810 - 823 1)		Übrige Unfälle E 800 - 807, 825 - 949 1)		Selbstmord und Selbst- beschädigung E 950 - 959 1)		Natürliche Todesursachen 2)		Bösartige Neu- bildungen 140 - 199 1)	Krankheiten des Kreis- laufsystems 390 - 458 1)	Krankheiten der Atmungs- organe 460 - 519 1)	Krankheiten der Verdau- ungsorgane 520 - 577 1)
	Jahre										Jahre 1970/72			
	1970/72	1960/62	1970/72	1960/62	1970/72	1960/62	1970/72	1960/62	1970/72	1960/62	11	12	13	14
Männer absolut														
1 bis 5	413	488	58	33	89	97	0	0	266	359	12	6	55	12
5 " 10	289	334	106	77	67	116	0	0	116	141	13	5	5	3
10 " 15	173	183	51	22	33	52	9	8	80	101	12	9	12	6
15 " 20	569	408	203	77	81	87	104	92	181	153	11	22	18	7
20 " 25	830	675	308	196	124	130	145	130	253	219	39	36	18	9
25 " 30	749	707	164	116	125	110	193	139	267	341	46	29	11	38
30 " 40	2 219	2 020	275	182	302	176	417	356	1 225	1 307	226	315	29	175
40 " 50	4 842	4 412	228	221	281	322	528	366	3 805	3 503	760	1 370	169	455
50 " 60	11 825	12 051	284	253	307	386	568	627	10 666	10 786	2 755	4 162	520	851
60 " 70	29 393	29 049	353	378	441	581	500	436	28 099	27 684	7 348	11 522	2 028	1 528
70 und älter	100 000	100 000	800	1 000	1 700	2 700	800	900	96 700	95 400	18 600	47 800	9 900	3 600
Frauen absolut														
1 bis 5	332	414	51	19	51	93	0	0	230	302	38	26	26	19
5 " 10	214	215	95	33	14	54	0	0	105	128	17	6	3	0
10 " 15	121	132	35	13	10	20	3	7	73	92	22	0	6	6
15 " 20	308	234	103	42	18	36	37	47	150	109	33	15	15	11
20 " 25	329	318	75	18	19	29	66	89	169	182	28	10	16	13
25 " 30	341	428	50	24	36	26	66	81	189	297	42	19	5	14
30 " 40	1 233	1 286	69	21	59	64	184	171	921	1 030	309	132	54	59
40 " 50	3 207	2 866	80	54	67	80	375	264	2 685	2 468	1 058	542	112	289
50 " 60	6 367	6 332	115	70	96	146	369	380	5 787	5 737	2 509	1 343	210	420
60 " 70	15 671	16 217	157	114	188	373	392	259	14 934	15 471	4 545	5 548	799	878
70 und älter	100 000	100 000	700	700	3 500	4 400	700	500	95 100	94 500	14 300	54 600	6 000	3 500
Männer in %														
1 bis 5	100	100	14,1	6,8	21,5	19,8	0	0	64,4	73,6	3,0	1,5	13,3	3,0
5 " 10	100	100	36,6	23,2	23,2	34,7	0	0	40,1	42,2	4,5	1,8	1,8	0,9
10 " 15	100	100	29,3	12,2	19,0	28,6	5,2	4,1	46,2	55,2	6,9	5,2	6,9	3,4
15 " 20	100	100	35,7	18,8	14,3	21,3	18,2	22,5	31,8	37,5	1,9	3,9	3,2	1,3
20 " 25	100	100	37,1	29,0	14,9	19,2	17,5	19,2	30,5	32,4	4,7	4,4	2,2	1,1
25 " 30	100	100	21,9	16,4	16,7	15,6	25,8	19,7	35,6	48,2	6,2	3,9	1,6	5,2
30 " 40	100	100	12,4	9,0	13,6	8,7	18,8	17,6	55,2	64,7	10,2	14,2	1,3	7,9
40 " 50	100	100	4,7	5,0	5,8	7,3	10,9	8,3	78,6	79,4	15,7	28,3	3,5	9,4
50 " 60	100	100	2,4	2,1	2,6	3,2	4,8	5,2	90,2	89,5	23,3	35,2	4,4	7,2
60 " 70	100	100	1,2	1,3	1,5	2,0	1,7	1,5	95,6	95,3	25,0	39,2	6,9	5,2
70 und älter	100	100	0,8	1,0	1,7	2,7	0,8	0,9	96,7	95,4	18,6	47,8	9,9	3,6
Zusammen	100	100	2,3	2,0	2,6	3,4	2,6	2,6	92,5	92,0	20,0	41,6	8,0	4,6
Frauen in %														
1 bis 5	100	100	15,4	4,7	15,4	22,5	0	0	69,3	72,9	11,5	7,7	7,7	5,8
5 " 10	100	100	44,2	15,4	6,5	25,0	0	0	49,1	59,5	7,8	2,6	1,3	0
10 " 15	100	100	28,9	10,0	7,9	15,0	2,6	5,0	60,3	69,7	18,4	0	5,3	5,3
15 " 20	100	100	33,3	17,9	6,0	15,5	11,9	20,2	48,7	46,6	10,7	4,8	4,8	3,6
20 " 25	100	100	22,9	5,6	5,7	9,1	20,0	28,0	51,4	57,2	8,6	2,9	4,8	3,8
25 " 30	100	100	14,6	5,5	10,6	6,1	19,5	18,9	55,4	69,4	12,2	5,7	1,6	4,1
30 " 40	100	100	5,6	1,6	4,8	5,0	14,9	13,3	74,7	80,1	25,1	10,7	4,4	4,0
40 " 50	100	100	2,5	1,9	2,1	2,8	11,7	9,2	89,3	86,1	33,0	16,9	3,5	9,8
50 " 60	100	100	1,8	1,1	1,5	2,3	5,8	6,0	90,9	90,6	39,4	21,1	3,3	6,6
60 " 70	100	100	1,0	0,7	1,2	2,3	2,5	1,6	95,3	95,4	29,0	35,4	5,1	5,6
70 und älter	100	100	0,7	0,7	3,5	4,4	0,7	0,5	95,1	94,5	14,3	54,6	6,0	3,5
Zusammen	100	100	1,3	0,9	3,0	3,9	2,0	2,0	93,7	93,2	19,1	46,8	5,5	4,2

1) Pos.-Nr. der ICD 1968.

2) einschl. weniger Fälle von Mord, Totschlag und sonstiger Gewalteinwirkung (E 960 - 999 1)). Die natürlichen Todesursachen lassen sich im einzelnen wegen der 1968 erfolgten Umstellung des Kennziffernschlüssels für die betrachteten Jahre nicht vergleichen.

Schaubild 1 stellt die Entwicklung der Sterbewahrscheinlichkeiten unter Verwendung einer normalen Skala dar. Die Relationen zwischen Säuglingssterblichkeit, dem geringen Risiko in der ersten Lebenshälfte und den Werten im eigentlichen „Sterbealter“ werden hier gut sichtbar. Die Relationen innerhalb der ersten 5 Altersjahrzehnte lassen sich so jedoch nicht erkennen, sie werden erst bei einer Darstellung mit logarithmischer Skala deutlich (Schaubild 2a und b). Bei der Interpretation dieser beiden Schaubilder muß die starke Maßstabsverzerrung gegenüber Schaubild 1 stets beachtet werden, weil der optische Eindruck sonst zu Fehlschlüssen verleitet.

Die Sterblichkeit der Frauen ist durchgehend niedriger als die der Männer. Dies hat zur Folge, daß die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen bei der Geburt um 6,4 Jahre höher ist als bei den Männern. Frauen werden unter den Sterblichkeitsverhältnissen

von 1970/72 in Hamburg im Durchschnitt 74,06, die Männer dagegen im Mittel nur 67,66 Jahre alt.

Das schulpflichtige Alter erleben 97,2% der Knaben und 97,8% der Mädchen. Das Alter 50 erreichen 88% der Männer und 92% der Frauen. Jeder zweite männliche Hamburger wird 71 und jede zweite Hamburgerin sogar 78 Jahre alt.

Schaubild 3 stellt das Sterbealter von 100 000 lebendgeborenen Knaben bzw. Mädchen nach der Sterbetafel von 1970/72 dar. Das Maximum der Sterbefälle entfällt bei den Männern auf das 73. und bei den Frauen auf das 82. Lebensjahr. In noch höheren Altersjahren nimmt zwar das Sterberisiko weiter zu, dennoch sinkt die Zahl der Sterbefälle schnell ab, da der Bestand an Lebenden hier bereits sehr stark geschrumpft ist. Beide Kurven machen noch einmal deutlich, daß Männer im Durchschnitt um einige Jahre früher sterben als Frauen. Auffällig ist der zeitweilige

Anstieg der Todesfälle besonders bei den Männern um das 20. Lebensjahr durch Verkehrsunfälle.

5. Todesursachen

Die prozentuale Aufgliederung der Sterbefälle aus der Summe der Jahre 1970 bis 1972 nach Todesursachengruppen zeigt S c h a u b i l d 4.

Unfälle und Selbstmorde sind bis zum Alter von 30 Jahren bei Männern und Frauen die dominierende Todesursache. Erstaunlich ist der hohe Anteil der Selbstmorde von 20% aller Sterbefälle der Altersjahre von 15 bis 30 Jahren. Verkehrsunfälle sind im Alter von 5 bis zu 25 Jahren die wichtigste Todesursache. Nach dem 30. Lebensjahr treten die natürlichen Todesursachen in den Vordergrund. Zwar steigt auch die Unfall- und Selbstmordhäufigkeit mit wachsendem Alter an; diese Zunahme wird aber in höherem Alter von den natürlichen Todesursachen weit übertroffen (vgl. T a b e l l e 2).

Krankheiten des Kreislaufsystems sind bei Männern vom 40. Lebensjahr an mit ständig steigendem Anteil die wichtigste Todesursache, gefolgt von den bösartigen Neubildungen. Bei Frauen stellen im Alter von 30 bis 60 Jahren die bösartigen Neubildungen die häufigste Todesursache dar, die zweithäufigste dagegen Krankheiten des Kreislaufsystems. Erst mit höherem Alter kehrt sich dies Verhältnis um.

Insgesamt sterben 20% der Männer bzw. 19% der Frauen an bösartigen Neubildungen und 42% der Männer bzw. 47% der Frauen an Krankheiten des Kreislaufsystems.

Auf Unfälle und Selbstmorde entfallen insgesamt jedoch nur 7% der Sterbefälle. Diese Todesursachen erhalten bei jüngeren Menschen ihr relatives Gewicht nur durch die noch geringe Bedeutung von Krankheiten mit tödlichem Verlauf.

6. Entwicklung der Sterblichkeit seit 1960/62

Die Aussagen einer Sterbetafel werden erst interessant im Vergleich mit anderen Perioden. Ein Blick auf die Hamburger Sterbetafel von 1960/62³⁾ zeigt, daß sich die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen bei der Geburt um 0,56 Jahre (6 Monate und 3 Wochen) erhöht hat.

Wenn man die Lebenserwartung der Mädchen, die den ersten Geburtstag erleben – die also die relativ hohe Gefährdung im ersten Lebensjahr überstanden haben – vergleicht, macht der Unterschied zu 1960/62 allerdings nur noch 0,36 Jahre aus. Demnach ist fast die Hälfte der Verlängerung der Lebenserwartung auf einen Rückgang der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen. Bei den Männern ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt um 0,14 Jahre (7 Wochen) gegenüber 1960/62 leicht gesunken, für einjährige Knaben ist sogar ein Rückgang um 0,45 Jahre festzustellen.

³⁾ Die Hamburger Sterbetafel 1960/62. In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1965, H. 5, S. 113 ff.

Die Tendenz dieser Veränderungen der Lebenserwartung bestätigt sich bei den Sterbetafeln für Bund und Berlin (West). Für einjährige Knaben ist die mittlere Lebenserwartung im Bundesdurchschnitt von 1960/62 bis 1970/72 um 0,11 Jahre und in Berlin⁴⁾ um 0,40 Jahre gesunken, dagegen für Mädchen um 0,86 Jahre bzw. um 0,06 Jahre gestiegen.

Die Veränderungen der Lebenserwartung lassen sich aus einer Betrachtung der Sterblichkeit nach Todesursachen und nach Altersgruppen im Zeitvergleich

T a b e l l e 3

Veränderung der Sterbewahrscheinlichkeiten für ausgewählte Todesursachen von 1960/62 bis 1970/72 in Hamburg

– Gestorbene auf 100 000 Personen zu Anfang jeder Altersgruppe –

Alter von ... bis unter Jahren	Insgesamt	davon			Natürliche Todesursachen 2)
		Kfz-Unfälle E 810-823 1)	Übrige Unfälle E 800 - 807, 825-949 ¹⁾	Selbstmord und Selbstbeschädigung E 950-959 1)	
	1	2	3	4	5
Männer					
0 bis 1	- 429
1 " 5	- 75	25	- 8	0	- 93
5 " 10	- 45	29	- 49	0	- 25
10 " 15	- 10	29	- 19	1	- 21
15 " 20	- 161	126	- 6	15	- 28
20 " 25	- 155	112	- 5	12	- 34
25 " 30	- 42	48	- 15	54	- 74
30 " 40	- 199	93	126	61	- 82
40 " 50	- 490	7	- 41	162	- 300
50 " 60	- 226	31	- 79	- 59	- 120
60 " 70	- 344	- 25	- 140	64	- 415
Frauen					
0 " 1	- 280
1 " 5	- 82	32	- 42	0	- 72
5 " 10	- 1	62	- 10	0	- 25
10 " 15	- 11	22	- 18	- 4	- 19
15 " 20	- 74	61	- 18	- 10	- 41
20 " 25	- 11	57	- 10	- 23	- 13
25 " 30	- 87	26	- 10	- 15	- 108
30 " 40	- 53	48	- 5	13	- 109
40 " 50	- 341	26	- 13	111	- 217
50 " 60	- 35	45	- 50	- 11	- 50
60 " 70	- 546	43	- 185	133	- 537

1) Pos.-Nrn. der ICD 1968.

2) einschl. weniger Fälle von Mord, Totschlag und sonst. Gewalteinwirkung (E 960 - 999 1)).

erklären. Gegenüber 1960/62 ist die Sterblichkeit der männlichen Säuglinge in Hamburg bezogen auf 100 000 lebendgeborene Knaben um 429 Fälle gesunken (vgl. T a b e l l e 3). Auch in der Altersgruppe von 50 bis 60 Jahren ist nochmal ein höherer Rückgang des Sterberisikos der Männer zu verzeichnen. Dies wird allerdings durch eine Zunahme der Sterblichkeit in den Altersgruppen von 15 bis 25 Jahren, von 30 bis 50 Jahren und von 60 bis 70 Jahren mehr als ausgeglichen. Dieser Anstieg ist auf eine Erhöhung des Sterberisikos der Männer im Straßenverkehr um das 20. Lebensjahr zurückzuführen, dann im Alter von 30 bis 40 Jahren vor allem auf eine Zunahme der übrigen Unfälle und zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr auf eine deutliche Steigerung der Selbstmorde sowie der natürlichen Todesursachen, die auch noch im Alter von 60 bis 70 Jahren an Gewicht gewinnen (höhere Altersgruppen wurden nicht im einzelnen untersucht). Die Verringerung der Lebenserwartung der Männer ist zu zwei Dritteln auf eine Zunahme der unnatürlichen Todesursachen besonders in jüngeren Jahren und zu einem Drittel auf einen Anstieg der natürlichen Todesursachen in höheren Altersjahren

⁴⁾ Sterbetafel 1970/72 für Berlin (West). In: Berliner Statistik, Jg. 1973, H 3., S. 40 ff.

zurückzuführen. Bei den Frauen ist ebenfalls ein Anstieg der unnatürlichen Todesursachen festzustellen – und zwar ausschließlich bei Verkehrsunfällen – in seinem Ausmaß allerdings nur halb so hoch wie bei den Männern. Dies wird jedoch hinsichtlich der Lebenserwartung überkompensiert durch einen Rückgang der natürlichen Todesursachen und der Säuglingssterblichkeit.

7. Die Sterblichkeit 1970/72 in Hamburg im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt

Die Lebenserwartung der Hamburger Männer liegt nur um 0,25 Jahre und die der Frauen um 0,23 Jahre über dem Bundesdurchschnitt. Für einjährige Kinder wird diese Differenz noch geringer. Die Lebenserwartung der Hamburger entspricht also fast genau dem Durchschnitt der Bundesbürger.

Wenn man das Sterberisiko über die Altersjahre vergleicht, fällt allerdings auf, daß die Hamburger Werte für den Lebensabschnitt von 30 bis etwa 55 Jahren bei beiden Geschlechtern über den Werten des Bundes liegen (im Mittel um + 4% bei den Männern und um + 9% bei den Frauen). Während die Männer offenbar bis zum 30. Lebensjahr in Hamburg einem geringeren Sterberisiko ausgesetzt sind als im Bund (durchschnittlich – 13%), liegt die Sterbewahrscheinlichkeit der Hamburgerinnen vom 60. bis zum 90. Lebensjahr um 4% unter dem Bundesdurchschnitt. Die Ursachen dieser Abweichungen könnten nur durch einen genauen Vergleich der Todesursachen aufgedeckt werden. Möglicherweise wirkt sich bei den Männern in jüngeren Jahren die bessere ärztliche Versorgung in Hamburg aus.

Joachim Müller

Zivilprozesse vor den hamburgischen Gerichten 1969 bis 1974

In sechs Jahren fast 450 000 Verfahren

Bei vielen Menschen weckt der Gedanke, an einem Gerichtsverfahren – gleich welcher Art – beteiligt zu sein, noch stets eine gewisse Beklemmung, und an einer Auseinandersetzung vor Gericht mitzuwirken gilt für die meisten als etwas völlig Außergewöhnliches. Betrachtet man aber die Häufigkeit allein schon von Verfahren in zivilrechtlichen Angelegenheiten, so scheint eher die Ansicht berechtigt, der Weg zum Gericht sei mittlerweile zu einer beinahe alltäglichen Erscheinung geworden. Denn in den sechs Jahren des im folgenden behandelten Berichtszeitraumes von 1969 bis 1974 haben die sechs hamburgischen Amtsgerichte, das Landgericht Hamburg und das Hanseatische Oberlandesgericht 448 690 Verfahren in Zivilsachen erledigt. Unterstellt man einmal, lediglich um die Größenordnung zu veranschaulichen, daß von jedem Verfahren zwei Hamburger Bürger betroffen waren, dann hat rein rechnerisch jeder zweite Hamburger in den vergangenen sechs Jahren an einer zivilrechtlichen Streitigkeit vor den ordentlichen Gerichten mitgewirkt.

Trotz dieser beträchtlichen Anzahl erledigter Fälle war in allen Gerichtsstufen die Zahl der anhängigen Verfahren gegen Ende des Berichtszeitraumes größer als zu Beginn. Bei den Amtsgerichten gab es im Dezember 1974 rund 24 200 zu erledigende Zivilverfahren, knapp ein Sechstel mehr als zu Anfang des Jahres 1969. Beim Landgericht erhöhte sich die Zahl der anhängigen Fälle in den genannten Jahren um über ein Drittel auf etwas mehr als 15 300 erstinstanzliche Verfahren und um fast ein Viertel auf 1 220 im Berufungsrechtszug anhängige Verfahren. Die Anzahl der beim Oberlandesgericht in der Berufungsinstanz anhängigen Fälle stieg um gleichfalls rund ein Drittel auf 1 600. Die zur Erledigung anstehenden Be-

schwerdeangelegenheiten nahmen beim Landgericht um ein Fünftel auf 410 zu und blieben beim Oberlandesgericht mit jeweils 120 der Zahl nach unverändert.

Dem wachsenden Geschäftsanfall entsprechen erhebliche Zunahmen in der Menge der von den Gerichten abgeschlossenen Verfahren. Den Anstieg der Erledigungen in den verschiedenen Gerichtsstufen lassen die Maßzahlen der Tabelle 1 erkennen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern werden in Hamburg überdurchschnittlich viele Gerichtsverfahren

Tabelle 1

Erledigte Verfahren¹⁾ in Zivilsachen vor den ordentlichen Gerichten in Hamburg 1969 bis 1974
– 1969 = 100 –

Gericht / Instanz	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Amtsgerichte	100	95,2	97,8	108,5	105,3	109,8
Landgericht						
1. Instanz	100	103,8	110,0	115,3	118,4	132,4
Berufungsinstanz	100	104,8	108,1	107,2	104,0	108,1
Beschwerdeinstanz	100	109,9	112,3	106,3	92,3	99,0
Oberlandesgericht						
Berufungsinstanz	100	103,2	106,3	108,8	110,7	110,3
Beschwerdeinstanz	100	95,6	111,4	102,8	104,6	108,0

1) ohne „Abgabe innerhalb des Gerichts“.

angestrengt. Bei einem Bevölkerungsanteil Hamburgs von 2,8 % erreicht der Anteil der in Hamburg erledigten erstinstanzlichen Zivilsachen an den von allen deutschen Amts- und Landgerichten in erster Instanz zum Abschluß gebrachten Verfahren einen mehr als doppelt so hohen Prozentwert. In den Berufungsrechtszügen beläuft sich die Quote Hamburgs an den landgerichtlichen Verfahren auf 4,4 % und an den von Oberlandesgerichten abgeschlossenen Berufungsverfahren auf 5,3 %. Die hohen Verfahrensanteile hamburgischer Gerichte an den insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland erledigten Zivilsachen dürfen jedoch nicht als eine gegenüber den Einwohnern anderer Länder ausgeprägtere Prozessierfreudigkeit der Hamburger gedeutet werden. Vielmehr zeigt sich in diesen Ergebnissen, daß in einer Wirtschaftsmetropole wie Hamburg in größerer Anzahl als an anderen Plätzen differenzierte Rechtsbeziehungen eingegangen werden, bei denen unausweichlich auch eine höhere Zahl gerichtlich auszutragender Rechtskonflikte entsteht. Sehr deutlich wird der Einfluß wirtschaftlicher Momente auf die Prozeßfrequenz in Hamburg bei den Zahlenangaben für Handelssachen. Auf die Kammern für Handelssachen entfallen in Hamburg über 20 % aller erstinstanzlichen Landgerichtsverfahren in Zivilsachen, im Bundesdurchschnitt hingegen nicht einmal 10 %. Allerdings muß hier berücksichtigt werden, daß nicht an allen Landgerichten Kammern für Handelssachen eingerichtet sind. Da an diesen Gerichten Handelssachen von Zivilkammern erledigt werden, liegt der Anteil der Handelssachen insgesamt im Bundesdurchschnitt etwas höher als bei den erwähnten 10 % aller landgerichtlichen Verfahren¹⁾.

Gestiegene Geschäftsbelastung vor allem beim Landgericht

Von 1969 bis 1974 ist die Entwicklung der durch die einzelnen hamburgischen Gerichte erledigten Verfahren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – durch regelmäßige Zunahmen gekennzeichnet. Die Amtsgerichtsverfahren stiegen von 44 600 auf nahezu 49 000 um 10 %. In der ersten Instanz des Landgerichts nahmen die erledigten Zivilsachen von 19 400 um beinahe ein Drittel auf 25 700 zu. Das generelle Anschwellen der Prozeßhäufigkeit ist schwer zu erklären. Vermutlich spielt die auch mit dichter und komplizierter werdenden Rechtsbeziehungen einhergehende wirtschaftliche Entwicklung eine Rolle. Für den unterschiedlichen Anstieg der vor die Amtsgerichte und vor das Landgericht gelangenden Auseinandersetzungen findet sich hingegen hauptsächlich in der Zuständigkeitsregelung des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) eine Begründung. Gemäß § 23 GVG umfaßt die Zuständigkeit der Amtsgerichte im wesentlichen vermögensrechtliche Streitigkeiten mit Werten bis zu 1 500 DM. Übersteigt der Streitwert diese Summe, ist das Landgericht zuständig. Im Zuge der Preissteigerungen erhöhte sich während der letzten Jahre in einer Vielzahl von Prozessen mit gleichem Streitgegenstand (beispielsweise einem Vertrag über den Kauf eines Haushaltsgerätes) der Streitwert auf über 1 500 DM, und ein beträchtlicher Teil der Prozesse verlagerte sich von den Amtsgerichten auf das Landgericht. Setzt

¹⁾ Die in diesem Absatz genannten Prozentwerte beziehen sich auf das Jahr 1973.

man zur Verdeutlichung die von den Landgerichten in erster Instanz erledigten vermögensrechtlichen Streitigkeiten²⁾ gleich 1, so belief sich die Zahl der vergleichbaren von den Amtsgerichten erledigten Verfahren im Jahre 1969 auf 3,6, im Jahre 1974 aber nur noch auf 2,5. Um zunächst weiteren Verschiebungen zuungunsten der Landgerichte zu begegnen, sieht das Anfang dieses Jahres in Kraft getretene „Gesetz zur Entlastung der Landgerichte und zur Vereinfachung des gerichtlichen Protokolls“ vom 20. 12. 1974 (BGBl. I Seite 3651) unter anderem eine Zuständigkeit der Amtsgerichte für vermögensrechtliche Streitigkeiten bis zu Streitwerten von 3 000 DM vor (vgl. Seite 138f).

In der Berufungsinstanz des Landgerichts verlief im Berichtszeitraum die Zu- bzw. Abnahme der erledigten Verfahren stets in gleicher Richtung wie bei den Amtsgerichten, wenn auch auf sehr viel niedrigerem Niveau. Die Zahl der vom Landgericht Hamburg abgeschlossenen Berufungen stieg von 1969 bis 1974 um 8 % auf 2 000.

Der erhebliche Anstieg der Erledigungen in der ersten Instanz des Landgerichts hat bisher nicht zu einer entsprechenden Zunahme beim Oberlandesgericht geführt. Zwar vergrößerte sich auch in dieser Stufe die Zahl der erledigten Verfahren auf über 2 200, doch erreichte die Erhöhung nur 10 %.

Tabelle 2

Zivilsachen vor den Amtsgerichten in Hamburg 1969 bis 1974

Gegenstand	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Erledigte Verfahren insgesamt ¹⁾	44 567	42 420	43 600	48 364	46 913	48 927
davon vor dem Amtsgericht						
Hamburg	36 348	33 726	34 288	38 510	37 553	38 039
" - Altona	2 663	2 573	2 941	2 880	2 901	3 252
" - Bergedorf	757	906	1 004	1 050	1 008	1 279
" - Blankenese	692	896	892	975	872	1 022
" - Harburg	2 224	2 268	2 223	2 288	2 347	2 704
" - Wandsbek	1 883	2 051	2 252	2 661	2 232	2 631
Von den erledigten Verfahren insgesamt waren (Auswahl)						
Gewöhnliche Prozesse	Zahl 40 196	38 926	38 788	42 985	42 678	43 772
	% 90,2	91,8	89,0	88,9	91,0	89,5
darunter						
Rechtsstreitigkeiten aus Abzahlungsgeschäften	1 907	2 518	2 041	3 090	3 882	6 090
Wohnraumangelegenheiten	3 600	3 697	3 468	3 270	3 179	3 523
Unterhaltstreitigkeiten	2 441	2 153	1 933	2 003	1 911	2 264
Arreste oder einstweilige Verfügungen	Zahl 1 149	1 082	1 007	987	929	903
	% 2,9	2,8	2,6	2,3	2,2	1,8
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	Zahl 501	480	488	571	502	433
	% 1,2	1,2	1,3	1,3	1,2	0,9
Armenrechtsverfahren	Zahl 1 792	1 068	2 495	3 028	2 027	2 986
	% 4,5	2,7	6,4	7,0	4,7	6,1
Von den Verfahren insgesamt wurden erledigt durch (Auswahl; Anteil an allen Verfahren in %)						
Streitiges Urteil	16,5	16,9	17,1	16,5	16,9	16,0
Versäumnisurteil	21,3	21,1	18,5	18,0	19,3	18,6
Vergleich	7,8	7,1	6,9	6,1	5,5	5,6
Zurücknahme der Klage/ des Antrages	15,0	14,2	14,9	14,9	15,2	14,2

¹⁾ ohne „Abgabe innerhalb des Gerichts“.

Die zahlenmäßige Entwicklung in den einzelnen Jahren ist für alle Gerichte in den Tabellen 2 bis 4 dargestellt. Darüber hinaus enthalten die Tabellen Angaben über einige ausgewählte Verfahren in den verschiedenen Gerichtsstufen. Die gleichsam den Kern der Ziviljustiz abgebenden Gewöhnlichen Prozesse

²⁾ Als vermögensrechtliche Streitigkeiten sind Gewöhnliche Prozesse, Arreste und einstweilige Verfügungen sowie Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozesse gezählt.

Tabelle 3

**Zivilsachen vor dem Landgericht Hamburg
1969 bis 1974**

Gegenstand	1969	1970	1971	1972	1973	1974
- 1. Instanz -						
Erledigte Verfahren insgesamt ¹⁾	19 438	20 173	21 373	22 418	23 006	25 731
Von den erledigten Verfahren insgesamt waren (Auswahl)						
Gewöhnliche Prozesse	Zahl 9 684 % 49,8	10 415 51,6	11 454 53,6	12 435 55,5	13 191 57,3	15 577 60,5
Ehesachen	Zahl 6 676 % 34,3	7 082 35,1	7 069 33,1	7 431 33,1	7 258 31,5	7 468 29,0
Arreste oder einstweilige Verfügungen	Zahl 1 532 % 7,9	1 405 7,0	1 669 7,8	1 603 7,2	1 672 7,3	1 845 7,2
Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse	Zahl 527 % 2,7	474 2,3	532 2,5	495 2,2	539 2,3	515 2,0
Armenrechtsverfahren	Zahl 181 % 0,9	126 0,6	129 0,6	136 0,6	92 0,4	104 0,4
Von den Verfahren insgesamt wurden erledigt durch (Auswahl; Anteil an allen Verfahren in %)						
Streitiges Urteil	44,8	45,0	42,7	42,4	41,3	40,7
Versäumnisurteil	10,3	10,3	11,7	11,3	12,6	14,1
Vergleich	9,8	10,1	10,2	10,3	9,4	9,2
Zurücknahme der Klage/ des Antrages	12,8	12,8	13,1	13,2	12,5	11,8
- Berufungseinstanz -						
Erledigte Verfahren insgesamt ¹⁾	1 857	1 947	2 007	1 990	1 932	2 008
darunter						
Gewöhnliche Prozesse	Zahl 1 762 % 94,9	1 880 96,6	1 937 96,5	1 941 97,5	1 886 97,6	1 976 98,4
Von den Verfahren insgesamt wurden erledigt durch (Auswahl; Anteil an allen Verfahren in %)						
Streitiges Urteil	46,0	42,1	43,4	42,4	48,9	50,0
Versäumnisurteil	1,1	1,5	1,6	1,2	1,6	1,8
Vergleich	21,3	21,7	19,2	20,0	17,7	14,6
Zurücknahme der Berufung/ der Klage/des Antrages	16,1	18,1	18,9	19,5	17,6	19,4
- Beschwerdeinstanz -						
Erledigte Verfahren insgesamt ¹⁾	1 640	1 802	1 841	1 744	1 513	1 624

1) ohne „Abgabe innerhalb des Gerichts“.

machen bei den Amtsgerichten jeweils rund 90 % aus. Unter diesen Fällen nahmen die Rechtsstreitigkeiten aus Abzahlungsgeschäften absolut und dem Anteil nach deutlich zu; auch die Häufigkeit von Prozessen in Wohnraumangelegenheiten, die seit 1970 rückläufig war, stieg im letzten Jahr wieder an. Im Berufungszug des Landgerichts sind annähernd alle Verfahren Gewöhnliche Prozesse. Hingegen sinkt ihr Anteil in der ersten Instanz des Landgerichts durch den hohen Anteil von nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten auf 50 bis 60 %. Gut ein Drittel der Landgerichtsverfahren in erster Instanz entfiel zeitweise auf Ehesachen, der Anteil geht aber leicht zurück. Unter den Berufungsverfahren des Oberlandesgerichts waren zumeist 7 bis 8 % der Fälle Ehesachen, und der Anteil der Gewöhnlichen Prozesse lag regelmäßig bei gut 80 %.

Die hier nicht näher erwähnten übrigen Verfahren betrafen Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozesse, Armenrechtsverfahren (vgl. Tabellen 2 bis 4), Rückerstattungs- und Entschädigungssachen, Baulandsachen, Kindschaftssachen und verschiedene andere Klagen und Anträge.

In den Berufungseinstanzen jedes fünfte Verfahren durch Vergleich abgeschlossen

Wer der Ansicht ist, daß ein Prozeß zumeist durch ein – in der Regel sogar kontradiktorisches – Urteil abgeschlossen wird, muß sich durch die Zahlen der Justizstatistik eines anderen belehren lassen. Vor den

Amtsgerichten ergeht nur in jedem sechsten Verfahren ein Streitiges Urteil. Durchschnittlich jeder fünfte Prozeß wird durch Versäumnisurteil erledigt, und zwar fast ausnahmslos gegen den Beklagten. Jeweils rund ein Siebentel der Fälle wird wegen Nichtzahlung des Kostenvorschusses bzw. durch Zurücknahme der Klage oder des Antrages zum Abschluß gebracht.

In den erstinstanzlichen Verfahren des Landgerichts beläuft sich der Anteil der Prozesse, in denen ein Streitiges Urteil verkündet wird, auf 40 bis 45 %, und die Versäumnisurteile erreichen immerhin noch Quoten zwischen 10 und 14 %. In den Berufungszügen des Landgerichts und des Oberlandesgerichts ergehen dem Anteil nach mehr Streitige Urteile (45 bis 50 %) und nur noch vereinzelt Versäumnisurteile.

Daß das Amt des Richters nicht nur Richten, sondern auch Schlichten bedeutet, illustrieren die Angaben über die Häufigkeit der Vergleiche. Vor den Amtsgerichten werden lediglich jeweils 6 bis höchstens 8 % der Verfahren durch Vergleich beigelegt, und in der ersten Instanz des Landgerichts ist dieser Anteil nur etwa zwei Prozentpunkte höher, aber von den Berufungsverfahren vor dem Landgericht und dem Oberlandesgericht enden jeweils rund 20 % durch Vergleich. Betrachtet man zudem die Position Zurücknahme der Klage oder der Berufung – hinter dieser Art der Erledigung verbirgt sich in vielen Fällen ein außergerichtlicher Vergleich –, so ist der Anteil der Prozesse, in denen nicht „gerichtet“, sondern auf gütliche Weise Frieden gestiftet wird, hauptsächlich in den Berufungszügen noch höher anzusetzen. Die genauen Prozentwerte über die Art der Verfahrenserledigung, die im übrigen während der Berichtszeit weitgehend unverändert geblieben sind, finden sich gleichfalls in den Tabellen 2 bis 4.

Tabelle 4

**Zivilsachen vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht
1969 bis 1974**

Gegenstand	1969	1970	1971	1972	1973	1974
- Berufungseinstanz -						
Erledigte Verfahren insgesamt ¹⁾	1 998	2 062	2 123	2 173	2 212	2 204
Unter den erledigten Verfahren insgesamt waren (Auswahl)						
Gewöhnliche Prozesse	Zahl 1 545 % 77,3	1 655 80,3	1 696 79,9	1 796 82,7	1 889 85,4	1 830 83,0
Ehesachen	Zahl 211 % 10,6	160 7,8	159 7,5	156 7,2	150 6,8	171 7,8
Arreste oder einstweilige Verfügungen	Zahl 43 % 2,2	46 2,2	72 3,4	61 2,8	26 1,2	77 3,5
Armenrechtsverfahren	Zahl 50 % 2,5	45 2,2	46 2,2	25 1,2	24 1,1	11 0,5
Von den Verfahren insgesamt wurden erledigt durch (Auswahl; Anteil an allen Verfahren in %)						
Streitiges Urteil	52,0	50,4	49,9	50,9	50,4	49,0
Versäumnisurteil	1,0	0,8	0,7	0,9	0,7	0,9
Vergleich	18,0	20,1	20,0	19,5	19,1	21,6
Zurücknahme der Berufung/ der Klage/des Antrages	17,3	16,2	16,6	18,0	17,7	20,2
- Beschwerdeinstanz -						
Erledigte Verfahren insgesamt ¹⁾	1 136	1 088	1 266	1 170	1 190	1 229

1) ohne „Abgabe innerhalb des Gerichts“.

Im ganzen keine Verlängerungen der Verfahrensdauer

Einer der kritischsten Punkte des Justizwesens ist die Zeitdauer, in der die vor die Gerichte gelangenden Verfahren abgeschlossen werden. In der Tat ist es für das Vertrauen, das die Bürger den Justizorganen ent-

Tabelle 5

Erlidigte Verfahren¹⁾ in Zivilsachen vor den ordentlichen Gerichten in Hamburg nach der Dauer des Verfahrens 1969 bis 1974

Gegenstand	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Amtsgerichte						
Von den erledigten Verfahren (= 100%) waren anhängig						
bis einschl. 3 Monate	70,7	68,6	67,2	67,7	67,6	68,9
mehr als 3 " " 6 "	16,2	16,1	16,7	16,0	16,6	16,7
" " 6 " " 12 "	9,6	11,7	12,4	12,5	12,0	11,2
" " 12 " " 24 "	3,0	3,0	3,2	3,2	3,2	2,6
" " 24 Monate	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6
Landgericht						
- 1. Instanz -						
Von den erledigten Verfahren (= 100%) waren anhängig						
bis einschl. 3 Monate	56,4	56,3	58,0	57,2	56,1	52,5
mehr als 3 " " 6 "	18,0	17,7	17,8	18,2	18,8	20,3
" " 6 " " 12 "	15,1	14,9	14,4	15,9	16,7	18,3
" " 12 " " 24 "	7,8	7,9	6,6	6,3	6,4	7,1
" " 24 Monate	2,7	3,2	3,1	2,5	2,0	1,9
Berufungsinstanz						
Von den erledigten Verfahren (= 100%) waren anhängig						
bis einschl. 3 Monate	38,8	36,5	37,4	38,1	32,4	29,4
mehr als 3 " " 6 "	30,9	32,3	28,2	29,1	30,2	31,9
" " 6 " " 12 "	20,9	21,7	23,9	24,4	26,5	27,2
" " 12 " " 24 "	7,2	7,9	9,0	7,1	9,6	9,9
" " 24 Monate	2,2	1,6	1,5	1,3	1,3	1,5
Beschwerdeinstanz						
Von den erledigten Verfahren (= 100%) waren anhängig						
bis einschl. 1 Monat	64,4	61,0	60,3	66,0	67,8	63,9
mehr als 1 " " 2 Monate	16,7	18,5	14,2	14,5	12,7	16,5
" " 2 " " 3 "	6,6	8,5	7,4	7,3	6,9	6,9
" " 3 " " 6 Monate	6,9	6,4	8,5	6,4	7,1	7,2
" " 6 Monate	5,5	5,7	9,6	5,7	5,4	5,5
Oberlandesgericht						
- Berufungsinstanz -						
Von den erledigten Verfahren (= 100%) waren anhängig						
bis einschl. 3 Monate	21,0	21,0	22,9	20,8	23,3	23,8
mehr als 3 " " 6 "	27,3	29,1	31,0	29,8	31,4	32,5
" " 6 " " 12 "	34,9	32,8	30,5	34,1	30,7	27,6
" " 12 " " 24 "	13,4	13,6	12,5	12,3	11,9	12,9
" " 24 Monate	3,5	3,5	3,1	3,1	2,7	3,3
Beschwerdeinstanz						
Von den erledigten Verfahren (= 100%) waren anhängig						
bis einschl. 1 Monat	63,0	65,1	70,0	72,6	74,1	68,6
mehr als 1 " " 2 Monate	21,2	20,5	17,5	15,7	14,8	17,6
" " 2 " " 3 "	6,7	6,6	6,1	5,0	5,4	5,5
" " 3 " " 6 Monate	6,5	5,3	4,5	4,8	3,7	4,9
" " 6 Monate	2,6	2,5	1,8	1,9	2,0	3,5

1) ohne „Abgabe innerhalb des Gerichts“.

gegenbringen, und für die Wirksamkeit der gerichtlichen Rechtsschutzfunktion entscheidend, innerhalb welcher Zeit der rechtssuchende Bürger „sein Recht“ bekommt.

In Hamburg ist in dem hier behandelten Zeitraum 1969 bis 1974 eine Verlängerung der Verfahrensdauer im Bereich der Zivilprozesse trotz spürbar gestiegenen Geschäftsanfalls nicht oder nur in kaum nennenswertem Umfang eingetreten. Von den Amtsgerichten werden über zwei Drittel der Verfahren innerhalb weniger Wochen abgewickelt. Rund ein weiteres Sechstel ist ein Viertel bis ein halbes Jahr anhängig, so daß bei nicht einmal 15 % aller Prozesse die Beteiligten über ein halbes Jahr auf die Erledigung zu warten haben. Mit insgesamt 3 bis 4 % benötigen nur wenige Ausnahmefälle in der Amtsgerichtsinstanz vom Eingang bis zur Erledigung länger als ein Jahr.

Für die Eingangsstufe des Landgerichts liegen die Verhältnisse etwas ungünstiger. Regelmäßig wurden bisher 56 bis 58 % der Prozesse innerhalb eines Vierteljahres abgeschlossen; lediglich 1974 ist dieser Anteil leicht gesunken — eine angesichts der namentlich in dieser Gerichtsstufe stark angewachsenen Geschäftsbelastung erstaunlich stabile Situation. Die Quote der zwischen drei und sechs Monaten anhängigen Verfahren stieg geringfügig an und betrug 1974 fast genau ein Fünftel. Damit konnten rund drei Viertel der Verfahren in der ersten Instanz des Landgerichts

innerhalb von sechs Monaten erledigt werden. Der Anteil der Prozesse, die sich über 12 und mehr Monate erstrecken, lag in allen Jahren bei etwa 10 %.

Im Berufungsrechtszug des Landgerichts ist die Prozedurdauer länger als in der Eingangsinstanz. Hier trat während des Berichtszeitraums eine gewisse Verschlechterung ein. Der Anteil der Fälle, die innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden, sank 1974 auf unter 30 %. Etwa ebenso hoch ist die Quote der Verfahren, die drei bis sechs Monate anhängig sind. Prozeßzeiten von einem halben bis zu einem Jahr ergaben sich für 27 % der Fälle, und 11 % der Verfahren wurden erst nach mehr als einem Jahr abgeschlossen.

Auch das Oberlandesgericht erledigte in fast allen Berichtsjahren über die Hälfte der Berufungen innerhalb von sechs Monaten. Zwischen 28 und 35 % der Berufungsverfahren wurden in einem halben bis einem Jahr abgeschlossen, und 15 bis 16 % der Prozesse waren beim Oberlandesgericht länger als ein Jahr anhängig.

In den Beschwerdeinstanzen des Landgerichts und des Oberlandesgerichts werden unverändert 80 bis 90 % der Fälle innerhalb von zwei Monaten abgeschlossen.

Dieses kaum negative Änderungen zeigende Gesamtbild, wie es sich nach den Anteilswerten der Tabelle 5 ergibt, muß der Vollständigkeit halber um eine Darstellung der speziellen Entwicklung bei den durch streitige Urteile erledigten Verfahren ergänzt werden. Bei diesen Prozessen, die für die Amtsgerichte ungefähr 17 %, für das Landgericht und das Oberlandesgericht jeweils rund die Hälfte aller Verfahren ausmachen, konnten während der Berichtszeit Verlängerungen der Prozedurdauer nicht immer vermeiden werden. Allerdings sind zugleich einige Beschleunigungen zu verzeichnen. Der Anteil der in Vierteljahresfrist erledigten Verfahren ist in der Berufungsinstanz des Landgerichts auffällig von 25 auf 13 % und bei den Amtsgerichten in geringerem Umfang von 34 auf 29 % zurückgegangen. Andererseits verminderte sich beim Oberlandesgericht der Anteil der sechs bis zwölf Monate anhängigen Verfahren zugunsten der innerhalb eines Viertel bzw. eines halben Jahres erledigten Prozesse.

Sicher erscheint manchem um sein Recht bemühten Kläger die gegenwärtige Verfahrensdauer der Zivilprozesse als zu lang. Dennoch aber sollte gewürdigt werden, daß es der Hamburger Justiz trotz beträchtlich gestiegener Geschäftsbelastung in der Mehrzahl der Fälle nach wie vor gelingt, auch einen über zwei Instanzen geführten Rechtsstreit innerhalb einer Zeit abzuwickeln, die zwar nicht nach Wochen, aber doch immerhin nur nach Monaten und keinesfalls nach Jahren zu bemessen ist.

Streitwerte bei einem Fünftel der vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen nicht über 200 DM

Der Streitwert ist nicht nur für die Höhe der Anwalts- und Gerichtsgebühren maßgeblich, er bestimmt bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten auch die Verteil-

lung der Verfahren auf das Amts- oder das Landgericht. Die seit Anfang 1975 auf 3 000 DM heraufgesetzte Wertgrenze für die Zuständigkeit des Landgerichts in vermögensrechtlichen Streitigkeiten bewirkt eine Verlagerung der bisher vom Landgericht zu erledigenden Fälle mit Streitwerten zwischen 1 500 und 3 000 DM auf die Amtsgerichte. Wie aus Tabelle 6 ersichtlich ist, hatten von den 17 900 im Jahre 1974 vor dem

Tabelle 6

Erledigte Verfahren (Auswahl¹⁾) in Zivilsachen vor den ordentlichen Gerichten in Hamburg nach dem Streitwert 1969 bis 1974

Gegenstand	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Amtsgerichte						
Erledigte Verfahren (Auswahl) zusammen	41 846	40 488	40 283	44 543	44 109	45 108
Anteil (in %) der Verfahren mit einem Streitwert						
bis 200 DM	30,3	27,4	26,1	26,4	25,8	21,6
201 DM " 500 "	23,7	24,3	23,4	23,4	22,3	22,2
501 " " 1 000 "	18,4	19,6	20,8	20,2	20,5	20,9
1 001 " " 1 500 "	12,8	12,5	12,5	11,5	12,1	12,5
1 501 " und höher	14,8	16,2	17,1	18,5	19,4	22,8
Landgericht						
- 1. Instanz -						
Erledigte Verfahren (Auswahl) zusammen	11 743	12 294	13 655	14 533	15 402	17 937
Anteil (in %) der Verfahren mit einem Streitwert						
bis 1 500 DM	4,7	4,5	4,2	3,7	3,6	3,6
1 501 DM " 3 000 "	35,2	33,4	33,3	32,7	31,7	30,6
3 001 " " 5 000 "	19,1	19,3	19,1	19,3	18,5	18,5
5 001 " " 10 000 "	18,6	18,5	18,7	19,5	19,3	19,4
10 001 " " 20 000 "	10,0	10,3	10,4	10,8	10,5	11,8
20 001 " " 100 000 "	10,4	11,7	11,5	11,7	12,2	12,3
100 001 " und höher	1,9	2,4	2,9	2,3	4,1	3,5
Berufungsinstanz						
Erledigte Verfahren (Auswahl) zusammen	1 782	1 903	1 958	1 962	1 904	1 989
Anteil (in %) der Verfahren mit einem Streitwert						
bis 200 DM	1,8	2,0	2,5	1,5	1,8	1,0
201 DM " 500 "	28,3	25,4	22,0	21,5	21,6	20,7
501 " " 1 000 "	30,4	30,3	27,0	28,8	29,0	30,4
1 001 " " 1 500 "	16,5	18,3	20,2	20,4	19,7	19,8
1 501 " und höher	23,1	24,0	28,4	27,7	27,9	28,1
Oberlandesgericht						
Erledigte Verfahren (Auswahl) zusammen	1 596	1 709	1 783	1 875	1 933	1 923
Anteil (in %) der Verfahren mit einem Streitwert						
bis 1 500 DM	9,5	9,2	9,4	8,7	7,8	6,7
1 501 DM " 3 000 "	25,9	25,0	22,1	23,8	25,1	21,1
3 001 " " 5 000 "	15,5	14,6	15,2	15,7	15,8	16,1
5 001 " " 10 000 "	18,0	17,8	17,2	16,6	18,9	17,7
10 001 " " 20 000 "	12,1	11,3	12,2	13,0	11,1	12,7
20 001 " " 100 000 "	15,6	17,8	18,0	17,6	16,6	18,6
100 001 " und höher	3,4	4,4	6,0	4,5	4,6	7,0

1) Gewöhnliche Prozesse, Urkunden-, Wechsel- oder Scheckprozesse, Arreste oder einstweilige Verfügungen; ohne „Abgabe innerhalb des Gerichts“.

Landgericht Hamburg in erster Instanz abgeschlossenen vermögensrechtlichen Verfahren gut ein Drittel einen Streitwert der in Rede stehenden Höhe. Ab 1975 sind damit – weiterhin steigende Prozeßfrequenzen vorausgesetzt – schätzungsweise 6 000 Verfahren von den Amtsgerichten zusätzlich zu bewältigen.

Das die Wertgrenze für die Landgerichte erhöhende „Gesetz zur Entlastung der Landgerichte . . .“ setzt ferner die Berufungssumme für Rechtsmittel gegen Urteile des Amtsgerichts von bislang 200 DM auf 500 DM herauf, so daß zunächst auch im Berufungsrechtszug des Landgerichts eine Verminderung um ein Fünftel oder knapp 400 Verfahren zu erwarten ist. In der Folge wird aber für nicht wenige Berufungen, die bisher gegen erstinstanzliche Entscheidungen des Landgerichts beim Oberlandesgericht einzulegen waren, nunmehr das Landgericht zuständig sein, wenn entsprechende Fälle in erster Instanz vor den Amtsgerichten verhandelt werden. Insoweit wird neben der Neuverteilung von Prozessen vermögensrechtlicher Art zwischen Amts- und Landgericht auch eine Ände-

rung im Verhältnis Landgericht/Oberlandesgericht eintreten.

Die Erhöhung der Berufungssumme auf 500 DM dient dem Ziel, Auseinandersetzungen um Werte, die für die Prozeßparteien kaum übermäßige wirtschaftliche Bedeutung haben, auf rationelle Weise rasch und endgültig zu entscheiden. Nach dem Stand von 1974 würde für über zwei Fünftel der 45 100 vermögensrechtlichen Streitigkeiten vor den Amtsgerichten eine Berufung nicht mehr zulässig sein. 44 % dieser in jenem Jahr von den Amtsgerichten erledigten Prozesse hatten Streitwerte von 500 DM und darunter. In 9 700 Fällen wurde sogar wegen Beträgen von 200 DM und weniger prozessiert.

Überraschend groß ist im Grunde auch der Anteil der Berufungsverfahren mit Streitwerten bis zu 1 500 DM vor dem Oberlandesgericht, der in den Berichtsjahren zwischen 7 und 10 % betrug. Eine Erklärung für diese recht hohe Quote liegt vermutlich darin, daß die in einem Prozeß nur zum Teil durchgedrungene Partei Rechtsmittel wegen des abgewiesenen Teils ihres Begehrens mit geringerem Streitwert einlegt.

Aus der Fülle des in der Justizstatistik verfügbaren Materials können im Rahmen dieses Beitrages aus Raumgründen nicht alle vorhandenen Ergebnisse veröffentlicht werden. Auf detaillierte Darlegungen beispielsweise zum Gegenstand der Prozesse, zu den Berufungsentscheidungen und den Entscheidungen über Beschwerden, zur Häufigkeit der Beweiserhebung und zu den Verfahren vor besonderen Kammern oder Senaten mußte verzichtet werden. Kurz angemerkt sei jedoch noch eine Zahl, die bei Erörterungen über eine eventuelle Änderung der Bestimmungen über den Anwaltszwang von Interesse sein mag: Vor den Amtsgerichten treten heute bei nur 34 % der Verfahren keine Anwälte auf. Obwohl für die Amtsgerichte kein Anwaltszwang besteht, sind bereits bei jedem fünften Verfahren beide Parteien durch Anwälte vertreten.

Mit den oben aufgeführten Daten ist die Tätigkeit der ordentlichen Gerichte selbstverständlich nur in einem Ausschnitt gekennzeichnet. Neben den Zivilprozessen erledigt die ordentliche Gerichtsbarkeit in Hamburg zum Beispiel jährlich über 40 000 Straf- und Bußgeldverfahren, die Amtsgerichte leiten nahezu 300 000 Mahnverfahren (Erlaß von Zahlungsbefehlen) ein und bearbeiten rund 75 000 Vollstreckungssachen. Auch das weitgespannte Tätigkeitsfeld der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist zu nennen. Außer Betracht bleiben mußte in diesem Beitrag, der sich auf die Ergebnisse der Zählkartenstatistik in Zivilsachen beschränkt, auch der Gehalt der Verfahren. Die Statistik erfaßt eine Auseinandersetzung um die Auflösung einer konzerngebundenen Kapitalgesellschaft nicht anders als eine gerichtlich ausgetragene Streitigkeit um ein gekauftes Fahrrad. Die in den Prozessen zutage tretenden rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten, die sich mit den komplexer werdenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen erhöht haben und weiter erhöhen, können in statistischen Untersuchungen auf der Grundlage einer einfachen Zählkarten-erhebung nicht erkannt werden.

Dieter Buch

Die Entwicklung des Groß- und Außenhandels in Hamburg 1970 bis 1974

Zahlen über die Entwicklung des Umsatzes der Groß- und Außenhandelsunternehmen finden in Hamburg stets ein besonderes Interesse. Gerade hier wird deutlich sichtbar, daß der Großhandel nicht nur als verbindendes Element in vertikaler Richtung zwischen den einzelnen Sektoren unserer Volkswirtschaft anzusehen ist; er stellt gleichermaßen auch Verbindungen zwischen räumlich weit voneinander entfernten Handelspartnern her. Der Hamburger Großhandel nimmt im Vergleich zu anderen Bundesländern traditionsgemäß eine bedeutende Stellung ein. Sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist in Hamburg mit knapp 10 % um die Hälfte größer als im Bundesgebiet.

Die Tätigkeit zahlreicher hiesiger Handelshäuser ist geprägt von der Funktion Hamburgs als Hafenstadt. Durch langjährige Geschäftsverbindungen verfügen sie über den Zugang zu Handelswegen und -plätzen in allen Teilen der Welt. Aus diesem Grunde verstehen sich zahlreiche, in ihrer Geschäftigkeit nach „außen“ orientierte Hamburger Handelsfirmen viel eher als „Außenhändler“ denn als Großhändler. Im Sinne der amtlichen Wirtschaftssystematik üben sie jedoch reine Großhandelsfunktionen aus. Diese sind dadurch gekennzeichnet, daß Handelsware in eigenem Namen an Unternehmen abgesetzt wird, die sie weiterverkaufen, weiterverarbeiten oder für betriebliche Zwecke verwenden, unabhängig vom inländischen oder ausländischen Sitz des Lieferanten oder Abnehmers des Hamburger Händlers.

Um die Umsatzentwicklung des Großhandels in Hamburg im Laufe der Jahre beobachten zu können, wurde aufgrund der Ergebnisse der „Handels- und Gaststättenzählung 1968“ eine repräsentative Anzahl von Firmen ausgewählt. Diese melden seit dem Basisjahr 1970 monatlich Umsatz- und Beschäftigtenzahlen, die – hochgerechnet – Aufschlüsse über die Entwicklung des Hamburger Großhandels geben. Die Ergebnisse werden entsprechend der Wirtschaftssystematik nach Branchen und innerhalb dieser nach Außenhändlern und Binnengroßhändlern untergliedert. Die Unterscheidung erfolgt dabei ebenfalls nach den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1968 aufgrund des Anteils des Auslandsabsatzes am Umsatz oder des Wareneinganges aus dem Ausland am gesamten Wareneingang (jeweils mindestens 50 %). Mangels neuerer Informationen mußten in der Zwischenzeit die damals getroffenen Einordnungen unverändert beibehalten werden. Bei der Interpretation der Meßziffern ist also eine gewisse Vorsicht geboten. Trotzdem wird man davon ausgehen können, daß sich die aufgezeigten Strukturen nicht grundlegend geändert haben.

Die Handels- und Gaststättenzählung 1968 zeigte für den Großhandel in Hamburg, daß zwar weniger als die Hälfte der Unternehmen sich überwiegend mit dem Außenhandel befassen, daß diese andererseits aber drei Viertel des gesamten Großhandelsumsatzes und sogar vier Fünftel des Wareneinganges bestreiten. Daran kann man ermessen, wie stark dieser Wirt-

schaftsbereich in Hamburg außenwirtschaftlich orientiert ist.

Steigender Marktanteil Hamburgs

Von den Unternehmen des Großhandels wurde im Jahr 1974 ein Umsatz von insgesamt 69,4 Mrd DM erzielt. Davon entfielen 43,7 Mrd oder knapp zwei Drittel auf Unternehmen des Außenhandels, während die Binnengroßhändler auf 25,7 Mrd DM kamen. Gegenüber dem Basisjahr 1970 wurde damit der Umsatz nahezu verdoppelt, wobei die Außenhändler mit einem Plus von 112 % deutlich besser abschnitten als die Binnengroßhändler (+ 75 %).

Tabelle 1

Umsatz und -veränderungsraten von Großhandelsunternehmen im Bundesgebiet und in Hamburg von 1970 bis 1974

Jahre	Umsatz				
	insgesamt		Veränderungsraten gegenüber Vorjahr		Anteil Hamburgs am Bundesgebiet
	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	
	Mrd DM		in %		
	1	2	3	4	5
1970	314	36	.	.	11
1971	336	38	+ 7	+ 5	11
1972	353	43	+ 5	+ 14	12
1973	404	55	+ 14	+ 29	14
1974	455	69	+ 13	+ 27	15

Sowohl im Bundesgebiet insgesamt als auch in Hamburg ist der Umsatz stark gestiegen. Bemerkenswert ist dabei, daß seit 1972 die Steigerungsraten für die Hamburger Unternehmen etwa doppelt so hoch sind wie die entsprechenden Vergleichswerte des Bundesgebietes. Dies führte dazu, daß die hiesigen Groß- und Außenhandelsunternehmen einen immer größeren Marktanteil erringen konnten (Spalte 5 der Tabelle 1).

Obwohl in diesem Beitrag auf die Beschäftigungsentwicklung im einzelnen nicht eingegangen werden soll, verdient hervorgehoben zu werden, daß die beträchtlichen Umsatzsteigerungen in Hamburg ohne größere Veränderung im Beschäftigtenstand erzielt worden sind. So ist die Meßziffer der im Großhandel tätigen

Personen 1974 gegenüber 1970 (= 100) auf 97 sogar leicht abgesunken.

Differenzierte Branchenstruktur im Großhandel

Das Sortiment der in diesem Dienstleistungsbereich umgesetzten Waren ist sehr breit und reicht von Rohstoffen über Halbwaren im Produktionsverbindungshandel bis zu Fertigwaren. Einen Überblick geben die Umsatzangaben für das Jahr 1974. Zieht man zur Beurteilung des absoluten wirtschaftlichen Gewichts der in der Statistik erfaßten Wirtschaftsgruppen ihre Jahresumsätze heran (Tabelle 2, Spalte 5), und betrachtet man gleichzeitig ihre Anteile am Großhandel insgesamt (Spalte 6), so erkennt man auf den ersten Blick, daß zwei Drittel aller Umsätze auf nur drei Wirtschaftsgruppen entfallen, die drei sehr verschiedene Sortimente umfassen.

Dabei ist an erster Stelle der Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln und Pflanzen zu nennen, also mit Waren, die fast ausschließlich importiert werden.

Danach folgen die „Kohle- und Mineralölerzeugnisse“, die vorwiegend von Unternehmen des Binnengroßhandels umgesetzt werden, wobei allerdings der Rohstoff Mineralöl als Einfuhrware ebenfalls außenhandelsabhängig ist.

Tabelle 2

Die Entwicklung des Umsatzes im Groß- und Außenhandel 1970 bis 1974 sowie seine Struktur im Jahre 1974 nach Wirtschaftsgruppen

Wirtschaftsgliederung	Umsatz					
	Meßzahlen (Monatsdurchschnitt 1970 = 100)				Mio DM %	
	1971	1972	1973	1974	5	6
Unternehmen des Außenhandels	103,3	116,4	158,9	211,8	43 735	63,0
Unternehmen des Binnengroßhandels	107,9	124,3	148,4	174,8	25 658	37,0
Großhandel insgesamt	105,3	119,8	154,4	196,0	69 419	100
darunter						
Waren verschiedener Art	102,3	113,5	129,4	158,9	2 879	4,1
Getreide, Futter-, Düngemittel, Pflanzen	110,5	127,4	211,6	286,3	19 007	27,4
Textile Rohstoffe, Halbwaren						
Hüte	94,3	105,0	120,1	114,9	672	1,0
Technische Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	95,9	94,9	157,1	271,6	5 664	8,1
Kohle und Mineralölerzeugnisse	119,6	139,1	185,4	246,6	15 391	22,2
Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug	86,9	87,6	131,8	234,6	4 480	6,4
Holz, Holzhalbwaren, Baustoffe	112,4	121,6	134,3	121,5	1 219	1,8
Nahrungs- und Genußmittel	98,7	121,4	128,4	129,5	12 446	17,9
Textilwaren, Heimtextilien	113,2	132,3	152,0	167,6	1 309	1,9
Feinkeramik, Glas, Möbel, Kunstgewerbe	103,0	107,1	100,2	114,1	189	0,3
Elektro-, feinmechanische, optische Erzeugnisse	106,6	125,4	139,8	148,5	1 865	2,7
Fahrzeuge und Maschinen	102,5	97,9	105,1	108,9	1 858	2,7
Technischer Bedarf und Spezialbedarf	99,9	104,4	105,1	111,7	229	0,3
Pharmazeutische Erzeugnisse	99,1	98,7	116,2	152,6	1 235	1,8
Papier, Papierwaren, Druck-erzeugnisse	110,9	107,1	119,6	168,1	976	1,4

Der dritthöchste Umsatz wird von der Wirtschaftsgruppe „Nahrungs- und Genußmittel“ erzielt. In dieser Branche reicht das breite Sortiment von Rohstoffen wie Rohkakao bis zu konsumreifen Produkten wie Getränke, Süß- oder Tabakwaren. Ebenso vielfältig wie die gehandelten Waren sind auch die damit verbundenen Handelsbeziehungen. Wie die Handels-

und Gaststättenzählung 1968 ergab, wird ein Drittel dieser Waren aus dem Ausland eingeführt, und zwar nicht nur Rohstoffe, sondern auch zum Absatz an Verbraucher geeignete Erzeugnisse, wie Obst, Südfrüchte, Gemüse. Auf der Absatzseite sind die Unternehmen dieser Wirtschaftsgruppe zwar überwiegend binnenhandelsorientiert, immerhin geht aber mehr als ein Zehntel der überwiegend konsumreifen Waren wie Zucker, Kaffee, Milcherzeugnisse und Fettwaren, aber auch Gemüse, Obst und Früchte ins Ausland.

Sehr unterschiedliche Branchenentwicklung

Die Entwicklung der Umsätze in den verschiedenen Branchen kann an den Meßzahlen in Tabelle 2 (Spalten 1 bis 4), abgelesen werden. Ausschlaggebend für den Großhandel insgesamt sind in erster Linie wegen ihres großen Gewichts die drei bereits genannten Wirtschaftsgruppen, von denen „Getreide, Futter-, Düngemittel, Pflanzen“ und „Techn. Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk“ auch bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung zu den Spitzenreitern gehören.

Allerdings kann es auch innerhalb der Wirtschaftsgruppen erhebliche Veränderungen geben, die erst bei feinerer wirtschaftssystematischer Aufgliederung (Wirtschaftsklassen) deutlich werden und oft beachtliche Unterschiede, zum Teil sogar gegenläufige Tendenzen zeigen. Diese häufig wirtschaftlich sehr bedeutsamen Einzelentwicklungen gehen bei den Zusammenfassungen zu größeren Gruppen unter.

Bei differenzierter Betrachtung sieht man, daß bei „Getreide, Futter-, Düngemitteln und Pflanzen“, deren Umsatz sich fast verdreifacht hat, in den einzelnen Wirtschaftsklassen die Entwicklung sehr ähnlich verlaufen ist. Bei der Wirtschaftsgruppe „Kohle- und Mineralölerzeugnisse“ (Umsatzsteigerung um das Zweieinhalbfache) verzeichnen allerdings die Kohlegroßhändler nur stagnierende Umsätze (1974 = 107), während bei den Mineralölerzeugnissen seit Ende 1973 durch gestiegene Ölpreise und vorübergehend erhöhten Mengenabsatz die Umsätze sprunghaft anstiegen. Ebenfalls zu den Wachstumsbranchen gehören die Wirtschaftsgruppen „Technische Chemikalien, Rohdrogen und Kautschuk“ sowie „Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug“. Während bei der zuerst genannten Gruppe speziell die Außenhändler mit technischen Chemikalien und Rohdrogen einen starken Umsatzzuwachs (1974 = 349) erzielten, sind es bei der anderen Gruppe die Binnenhändler der Wirtschaftsklasse „NE-Metalle“, die von 1970 bis 1974 ihren Umsatz mehr als vervierfachen (Meßzahl: 440).

Allen vier genannten Wirtschaftsgruppen ist gemeinsam, daß der starke Umsatzanstieg im Jahre 1973 einsetzte. Bis auf „Kohle und Mineralölerzeugnisse“ sind diese Unternehmen stark außenhandelsorientiert, denn auch bei den Firmen der Wirtschaftsgruppe „Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug“ besteht – nach der Handels- und Gaststättenzählung 1968 – der Umsatz zur Hälfte aus Ausfuhren und auf der Bezugsseite zu einem Drittel aus Einfuhren.

Die Umsätze der übrigen Wirtschaftsgruppen verzeichneten in der Beobachtungsperiode nur ein un-

terdurchschnittliches Wachstum, wobei allerdings die „Pharmazeutischen Erzeugnisse“ und „Papier, Papierwaren, Druckerzeugnisse“ durch plötzlich hohen Umsatzanstieg im letzten Jahr herausragten. Dagegen muß in den Bereichen „Nahrungs- und Genußmittel“ und „Fahrzeuge und Maschinen“ von Stagnation gesprochen werden. Die Großhändler mit textilen Rohstoffen, Halbwaren und Häuten und mit Holz-, -halbwaren, Baustoffen erlebten im Jahre 1974 sogar einen Umsatzrückgang.

Uneinheitliche Entwicklung bei Einfuhrgeschäften

Starken Schwankungen im Zeitablauf unterlagen die Umsätze in mehreren Wirtschaftsklassen, deren Unternehmen sich überwiegend im Außenhandel und dabei vor allem in Einfuhrgeschäften betätigten. Hierbei spielen verschiedene externe Einflüsse wie Veränderungen von Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt, Wechselkursschwankungen, unterschiedliche Preisentwicklung in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern eine große Rolle. Eine Wirkungsanalyse dieser Faktoren kann hier nicht gebracht werden, da die diesem Beitrag zugrundeliegende wirtschaftssystematische Untergliederung immer noch ein viel zu heterogenes Warensortiment beinhaltet, so daß keine eng umfaßten Spezialbereiche vorliegen. Immerhin kann an einigen Beispielen auf die teilweise extremen Schwankungen hingewiesen werden.

So sank die Meßzahl für den Umsatz der Außenhändler mit Häuten und Fellen in 1971 auf rund 92 ab, stieg dann aber bis 1973 auf 118 und fiel im Jahre 1974 auf 86 zurück. Ähnlich starke Unterschiede wurden auch bei den „Textilen Rohstoffen“ mit 91 für 1971, rund 127 für das Jahr 1973, aber nur noch knapp 121 für 1974 sichtbar. Dagegen lag der tiefste Umsatzpunkt bei den Außenhändlern mit Rohkakao mit 79 in 1973; der Umsatz erholte sich jedoch wieder bis auf fast 104 in 1974. Eine ganz außergewöhnliche Entwicklung weisen die Technischen Chemikalien auf, deren Umsatz bei rund 98 für 1971 und 1972 stagnierte, dann jedoch über 182 auf 349 in 1974 anstieg. Eine stark preisbedingte Steigerung im letzten Jahr erlebten die Außen-

händler bei Fein-, Packpapier und Pappe mit 187 für das Jahr 1974 nach nur 124 in 1973.

Höheres Umsatzwachstum bei Einfuhrwaren in Hamburg

Interessant ist, in welchen Bereichen die Entwicklung in Hamburg im Vergleich zum Bundesgebiet über- oder evtl. auch unterdurchschnittlich verlief. Wenn in Hamburg rund zwei Drittel der Umsätze auf Unternehmen, die stark im Außenhandel engagiert sind entfallen, spielen hier auch die oben genannten äußeren Einflüsse eine verhältnismäßig größere Rolle als im gesamten Großhandel der Bundesrepublik. Entscheidend jedoch für die unterschiedliche Entwicklung zwischen dem Großhandelsumsatz in Hamburg und der Bundesrepublik ist der durch den Seehafen geprägte Überseehandel. Der Seehafen prädestiniert Hamburg als Umschlagplatz für alle Waren, die vorzugsweise durch Seeschiffe eingeführt werden. Infolgedessen sind es auch Branchen mit überwiegend importierten Gütern, in denen Hamburg einen Vorsprung gegenüber dem Bundesgebiet insgesamt hat.

Gerade in den Zeitraum, den dieser Bericht beschreibt, fällt eine Rohstoff-Hausse, die zum Jahresende 1971 einsetzte und 1974 ihren bisherigen Höhepunkt erreichte. Sie ist begleitet von großen überwiegend nach oben gerichteten Preisbewegungen. In Verbindung mit einem beachtlich ausgeweiteten Mengengeschäft führte das zu beträchtlichen Umsatzsteigerungen. So ist gegenüber 1970 der Umsatzzuwachs bis 1974 in den Zweigen „Getreide, Futter- und Düngemittel“ in Hamburg beinahe doppelt so hoch wie im Bundesgebiet. Auch bei den „Technischen Chemikalien und Kautschuk“ beträgt die Zunahme in Hamburg knapp das Doppelte. Bei den Fertigwaren dagegen ist der Entwicklungsunterschied nicht so extrem. Die Hamburger Händler liegen zwar bei den „Textilwaren, Schuhen“, bei den „Elektro- und Optischen Erzeugnissen“, bei den „Pharmazeutischen Erzeugnissen“ sowie bei „Papier-, -waren, Druckerzeugnissen“ über dem Bundesdurchschnitt. Bei „Feinkeramik, Glas und Möbel“ liegt Hamburg jedoch deutlich zurück.

Erich Walter

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte *)							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	759,0	770,5	757,5	763,5
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	6,5	2,6	4,5	6,0
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	81	80	78	72
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	4	3	3	4
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	6,2	5	6	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	57	13	49	20
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	47	89	102	141
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	15	7	8	5
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	24	7	22	7
				Oktober 1974	November 1974	Dezember 1974	Dezember 1973
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	241,2	240,3	239,4	244,9
" Altona	"	264,3	252,9	249,6	249,4	248,7	251,7
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	249,2	249,0	248,8	250,7
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	326,3	325,7	324,7	331,6
" Wandsbek	"	357,5	378,0	382,3	382,7	382,4	379,4
" Bergedorf	"	82,6	93,7	92,6	92,5	92,3	93,0
" Harburg	"	199,0	201,8	198,0	197,5	197,5	200,3
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 739,2	1 737,1	1 733,8	1 751,6
dav. männlich	"	861,9	815,0	807,8	806,6	804,8	813,0
weiblich	"	995,0	943,4	931,4	930,5	929,0	938,6
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	131,9	131,1	130,1	129,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	809	782	964	982
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3	5,5	5,5	6,5	6,6
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	"	2 235 143	1 139 105	1 038 78	957 64	1 102 114	1 085 118
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,8	7,0	6,7	7,5	7,3
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	7,6	6,6	10,3	10,9
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) dar. im ersten Lebensjahr	Anzahl	2 112 39	2 156 27	1 959 11	2 263 24	2 659 31	2 380 27
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,7	13,3	15,8	18,0	16,0
Gestorb. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,6	9,9	23,1	28,7	24,1
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123 + 0,8	- 1 017 - 6,9	- 921 - 6,2	- 1 306 - 9,1	- 1 557 - 10,6	- 1 295 - 8,7
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	Anzahl	6 174	6 337	7 789	5 152	3 864	4 976
Fortgezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 538	7 113	5 884	5 626	5 233
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	"	- 379 - 37	- 199 + 83	+ 676 + 535	- 732 - 566	- 1 762 - 1 066	- 257 - 9
weiblich	"	- 342	- 282	+ 141	- 166	- 696	- 248
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	16 810	13 175	11 459	12 906
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	2 143	1 544	1 222	1 505
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	1 110	1 371	1 049	835	1 005
Niedersachsen	"	1 091	1 000	1 507	926	726	875
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	379	515	370	283	354
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 486	2 079	1 192	925	1 108
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 202	2 060	1 490	991	1 488
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	2 513	2 081	1 951	2 063
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 810	1 936	1 637	1 574	1 580
Niedersachsen	"	1 268	1 616	1 614	1 226	1 067	1 294
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	908	829	719	616	751
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 730	1 144	1 046	1 044
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	768	1 256	1 433	1 562	832

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 533	16 485	16 432	16 617
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	13 837	13 873	10 698	13 621
Pflegetage	"	415 910	406 670	407 272	392 536	410 607	439 173
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	82,1	87,5	82,8	87,5
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 085	3 085	3 061
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 839	2 854	2 857	2 940
Pflegetage	"	86 329	82 499	82 436	74 730	83 369	85 178
Bettenausnutzung	%		92,8	91,7	91,3	92,0	92,7
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	656 177	562 262	490 587	752 467
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	487 560	621 418	531 651	460 991	714 198
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	680 651	614 717	594 980	582 087
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	8 345	7 492	7 056	6 966
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	48 748	46 082	34 120	41 056
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	12 205	11 590	9 764	10 287
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	4 095	4 254	4 110	3 901
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 698	2 674	2 697	3 025
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 361	1 322	1 165	1 479
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	75 304	77 478	111 313	85 349
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	15 305	6 644	15 376	10 786
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	14 432	19 177	20 176	15 900
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	4 455	6 177	9 001	7 714	9 948	8 274
Helms-Museum	"	5 799	13 421	11 799	15 292	21 146	14 848
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"		12 094	10 097	13 969	19 866	12 944
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	16 333	19 414	30 639	19 328
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	3 757	3 944	4 616	5 577
Planetarium	"	2 595	5 998	3 036	4 040	7 579	8 633
Bischofsturm	"			1 641	1 253	1 833	2 003
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	680,0	682,5
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	392,4	397,8
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	45,2	46,2
Rentner	"	175,5	236,1	242,4	238,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	24,9	32,6
dav. männlich	"	17,9	19,6	16,8	22,1
weiblich	"	8,8	9,1	8,1	10,5
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	26 496	28 656	27 737	11 443
dav. männlich	"	2 318	2 959	17 237	18 887	18 391	6 660
weiblich	"	1 092	2 583	9 259	9 669	9 346	4 783
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155	.	10 922	11 884	11 805	4 049
Technische Berufe	"	108	.	1 479	1 602	1 472	683
Dienstleistungsberufe	"	2 965	.	12 863	13 723	13 189	6 079
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	10 959	11 368	11 953	14 053
3. Arbeitssuchende ¹⁾	"	8 299	12 519	35 253	37 206	36 849	19 689
4. Vermittlungen ¹⁾	"	16 368	11 269	8 215	6 803	7 705	10 959
dar. Kurzfristige Vermittlung							
bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	3 806	2 509	2 724	5 163
5. Kurzarbeiter	"	3	284	9 042	10 333	9 403	1 910
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 315	1 252	1 565	1 722
dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	91,9	90,7	91,6	92,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	10,6	11,1	12,6	13,6

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974
		1965	1973				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	3 528	1 549	1 084	965	1 014	1 334
pasteurisiert, lose	-	-	7 595	6 617	6 055	6 001	6 992
pasteurisiert, abgepackt	-	6 482	1 046	1 230	1 268	1 409	1 145
ultra-hocherhitzt	-	-	-	-	-	-	-
Teilentrahmte Milch,	-	-	136	129	122	115	142
pasteurisiert, abgepackt	-	-	316	2 158	1 870	1 761	978
ultra-hocherhitzt	-	-	-	112	262	297	56
Entrahmte Milch	-	382	620	330	324	372	357
Buttermilcherzeugnisse	-	-	-	177	149	171	152
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	-	-	-	-	-	-	-
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	8,5	7,3	5,6	7,0
Kälber	"	2,6	1,1	1,0	0,9	1,0	1,1
Schweine	"	47,0	29,7	27,2	23,3	23,7	28,0
Schafe	"	2,7	0,7	0,4	0,3	0,8	0,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	7,6	6,6	5,1	6,2
Kälber	"	2,5	1,0	1,0	0,9	1,0	1,1
Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	28,0	23,8	23,6	28,3
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	6 229	4 744	4 721	4 037	3 707	4 361
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	2 071	1 789	1 381	1 684
Kälber	"	187	80	54	77	84	91
Schweine	"	4 318	2 960	2 579	2 159	2 219	2 565
Industrie, Handwerk und Öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 282	1 293	1 292	1 346
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	188	180	179	190
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	107	108	107	116
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	1 000	24 859	18 319	16 411	15 937	15 698	18 151
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	201	190	202	192
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	185	183	194	174
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	14	4	4	4	4	4
Gasverbrauch ohne Erdgas ⁷⁾	1 000 cbm	6 418	2 661	1 362	1 276	1 288	1 242
Erdgasverbrauch ⁷⁾	1 000 cbm	-	63 213	35 962	38 652	39 048	40 820
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	56	53	54	63
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	292	266	267	225
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	13	13	13	13
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	2 137	2 003	2 082	2 307
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	386	340	366	387
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 917	2 137	2 003	2 082	2 307
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	333	471	443	423	494
Chemische Industrie	"	101	168	193	189	185	196
Elektroindustrie	"	143	239	253	230	256	301
Maschinenbau	"	83	150	120	137	149	155
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	12	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	862	772	830	681
Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio cbm	59	58	33	33	32	32
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾				2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	4. Vj. 1973
		1965	1973				
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	-	94,1	88,4	87,6	83,3	94,1
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	-	123,3	120,6	118,1	151,6	122,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1965	1973	Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974
1. Bauhauptgewerbe ¹¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	31 507	30 453	30 656	37 991
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 209	1 172	1 183	1 160
Angestellte	"	4 684	6 218	5 415	5 408	5 366	5 988
Arbeiter ¹²⁾	"	43 102	36 204	24 883	23 873	24 107	30 843
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	4 051	3 524	3 620	5 121
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 127	902	892	1 487
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 202	1 273	1 261	1 816
öffentliche und Verkehrsbaute	"	2 939	1 939	1 722	1 349	1 467	1 818
Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	46,3	80,6	61,6	53,8	55 856	70,7
Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	"	5,9	15,8	14,6	14,4	14 581	14,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	99,1	196,3	147,2	244,7
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	68,4	23,4	44,2	49,6	85,4
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	81,8	25,6	82,9	48,9	95,7
öffentlichen und Verkehrsba	"	53,0	81,4	50,1	69,2	48,8	63,6

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1947 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974
		1965	1973				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	57	116	100	107
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	89	37	76	77	62
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	418	101	310	185	344
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	25,0	65,0	45,2	82,7
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	22	63	35,5	77
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	41	29	41	46
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	259	168	339	213
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	62,8	34,0	84,4	35,5
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	62	36	47,6	44
• Wohnungen	Anzahl	1 388	1 199	256	783	444	970
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	46	69	83	84
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	23	39	38	30
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	118	196	292	229
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	25,2	44,0	58,4	38,7
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	27	42	62	50
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	20	35	24	27
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	114	240	63	133
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	15,1	38,5	12,8	11,0
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	31	50	14,4	20
• Wohnungen	Anzahl	1 438	1 244	337	608	859	606
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	"	968	565	176	185	705	418
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"						
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) ¹⁾							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	7 136	4 500	14 000	14 200	13 800	19 000
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	190	190	190	189
Wohnungen	"	636	738	750	751	751	739
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 801 r	2 803	2 807	2 761
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
• Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	113,7 r	118,7	...	128,1
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	.	132,3	105,6 r	142,5	...	152,2
Facheinzelhandel	"	.	118,7	121,0	111,2	...	120,7
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾ ⁴⁾							
Mio DM	212	420	650
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	17	55	80
Gewerblichen Wirtschaft	195	365	570
dav. Rohstoffe	2	3	4
Halbwaren	50	83	163
Fertigwaren	143	279	403
dav. Vorerzeugnisse	9	29	63
Enderzeugnisse	134	250	340
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern
Europa	152	311	447
dar. EG-Länder	92	199	293
EFTA-Länder	40	57	78
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	128,1 r	123,4	123,0 p	127,3
dav. Beherbergungsgewerbe	"	.	133,6	106,3	107,8	109,5 p	122,7
Gaststättengewerbe	"	.	123,2	134,6 r	128,1	126,9 p	128,6
4. Fremdenverkehr ⁵⁾							
• Fremdenmeldungen	Anzahl	119 968	117 405	79 806	80 711	...	105 411
dar. von Auslandsgästen	"	42 391	39 554	21 585	22 141	...	27 502
• Fremdenübernachtungen	"	231 537	224 878	146 727	152 855	...	197 684
dar. von Auslandsgästen	"	79 598	73 856	41 126	44 774	...	52 257

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974
		1965	1973				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 512	1 400 p	1 370 p	1 470 p	1 589
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 571	1 470 p	1 400 p	1 660 p	1 627
Abgegangene Schiffe	"	2 942	4 154	4 290 p	3 964 p	3 732 p	4 800
Güterverkehr über See	1 000 t	2 229	3 096	2 995 p	2 723 p	2 606 p	3 285
dav. Empfang	"	1 634	2 446	2 343 p	2 223 p	2 069 p	2 642
dav. Massengut	"	968	1 416	1 264 p	1 155 p	1 123 p	1 584
dar. Mineralöle	"	595	650	652 p	500 p	537 p	643
Sack- und Stückgut	"	713	1 058	1 295 p	1 241 p	1 126 p	1 515
Versand	"	292	472	722 p	677 p	553 p	753
dav. Massengut	"	421	586	573 p	564 p	573 p	762
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	356 p	277 r	282 p	382
Güterversand	"	309	400	445 p	511 r	512 p	528
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	4 839 p	4 279 p	5 087 p	5 159
Fluggäste	"	141,5	258 767	232 429 p	214 074 p	271 178 p	266 239
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	1 979,0 p	1 981,7 p	2 169,6 p	2 091,5
Luftpost	"	413,7	722,7	671,6 p	613,4 p	683,6 p	786,0
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	30 064	26 093	24 981	27 693 r
Schnell- und Vorortbahnen	"	9 436	3 587	3 059	2 624	2 360	3 095
Straßenbahn	"	12 289	18 621	21 349	19 287	18 503	19 726 r
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	507,4	510,5	515,9	495,1
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	310,8	438,5	456,0	458,8	463,5	443,6
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	4 256	4 776	6 000 p	5 559
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 632	4 907	3 894	4 400	5 034	5 034
Lastkraftwagen	"	362	379	254	204	357	357
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	986	829 p	725 p	759 p	762
Getötete Personen	"	26	24	23 p	24 p	23 p	20
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	1 090 p	925 p	1 039 p	977
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM						
Kredite an Nichtbanken	"		38 431,4	44 095,3	44 022,5	44 248,6	40 229,4
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 470,1	11 935,9	11 837,1	12 108,9	10 859,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		10 357,1	11 679,9	11 573,2	11 861,3	10 720,0
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	"		5 851,0	6 442,2	6 338,4	6 191,5	5 958,9
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 393,1	5 595,6	5 480,1	5 317,6	5 460,4
Langfristige Kredite ⁷⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		22 110,3	25 717,2	25 847,0	25 948,2	23 410,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		20 084,9	22 847,8	22 998,9	23 074,9	21 222,3
dar. Durchlaufende Kredite	"		809,6	623,5	602,8	600,6	681,0
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		27 194,1	30 608,1	30 848,0	30 718,3	29 214,7
dav. Sicht- und Termingelder	"		17 617,9	19 648,8	19 802,8	19 495,6	19 247,1
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		12 981,1	14 305,9	14 183,1	14 073,1	14 022,7
Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	10 959,3	11 045,2	11 222,7	9 967,6
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	7 224,1	7 279,5	7 361,4	6 538,5
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	851,2	647,4	731,0	538,5
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	782,2	562,1	554,1	579,5
Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	9,0	0,6	0,7	1,8
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	18	24	35	28	19
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	1 044	635	553	555	559 r	630
		1 314	2 988	2 771	3 706	3 806 r	3 057

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974	
		1965	1973					
Noch: Geld und Kredit								
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾								
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	17 156	18 709	17 596	23 548	
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 519	3 285	3 545	3 544	
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	2 035	1 417	1 223	1 697	
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	580	505	731	583	
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾								
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	159	158	158	161	
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 656	6 660	6 665	6 316	
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 836	6 860	6 920	6 413	
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	6 055	6 066	6 092	5 625	
Steuern								
1.* Gemeinschaftssteuern								
1 000 DM								
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	503 873	347 253	642 982	763 140	
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	375 748	299 955	280 042	292 165	
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	73 047	27 350	235 782	248 480	
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	10 457	22 744	14 029	24 294	
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	44 621	- 2 796	113 128	198 201	
Steuern vom Umsatz	"	82 827	335 576	351 249	357 185	357 169	349 360	
dav. Umsatzsteuer	"	206 263	185 398	185 398	141 489	174 571	177 235	
Einfuhrumsatzsteuer	"	129 313	129 313	165 851	215 696	182 598	172 126	
2.* Bundessteuern								
1 000 DM								
dar. Zölle	"	45 076	56 426	56 372	59 816	52 331	55 473	
Verbrauchssteuern	"	358 150	782 783	288 371	784 074	594 651	709 427	
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	206 469	581 263	483 890	597 010	
3.* Landessteuern								
1 000 DM								
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	6 286	44 265	3 561	6 047	
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	15 263	10 620	13 001	10 668	
Biersteuer	"	2 430	3 136	2 529	2 313	2 180	2 544	
4.* Gemeindesteuern								
1 000 DM								
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	29 451	165 363	39 112	30 714	
Grundsteuer A	"	73	90	
Grundsteuer B	"	5 134	9 402	
5.* Einnahmen des Bundes								
1 000 DM								
601 215		1 308 304		811 282	1 259 131	1 174 621	1 369 371	
6.* Einnahmen des Landes								
1 000 DM								
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)		157 752	269 532	
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾	"	122 235	176 408	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	37 385	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	12 765	.	9 358	.	.	
Außerdem:								
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ³⁾	"	.	47 805	
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	386 242	
Öffentliche Finanzen								
Mio DM								
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben								
1 762,5								
dar. Personalausgaben	"	795,7	894,9	894,9	834,4	1 003,9	882,4	
Bauinvestitionen	"	185,1	186,6	186,6	208,9	289,3	278,5	
dar. für Schulen	"	54,8	61,8	61,8	53,8	81,5	76,8	
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	23,1	29,3	29,3	29,2	33,6	39,2	
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,5	9,8	9,8	7,9	15,1	12,9	
Straßen	"	20,2	17,1	17,1	26,9	50,5	34,9	
Wasserstraßen und Häfen	"	21,1	17,0	17,0	30,2	22,5	28,2	
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	155,0	155,6	155,6	183,7	153,2	130,8	
Zuführung an Rücklagen	"	8,6	0,1	0,1	-	5,0	14,2	
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen								
1 802,7								
dar. Steuern	"	1 158,7	1 305,8	1 305,8	1 200,0	1 508,8	1 210,2	
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	57,7	62,2	62,2	37,7	76,3	64,9	
Gebühren, Beiträge usw.	"	192,2	228,6	228,6	267,7	235,3	188,2	
Entnahme aus Rücklagen	"	12,5	1,2	1,2	18,5	31,5	1,9	
Schuldenaufnahme	"	207,8	263,9	263,9	254,0	270,0	325,2	
3. Schuldenstand am Ende des Quartals								
4 884,2								
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden)	"	3 530,3	4 005,8	4 005,8	4 107,6	4 393,3 p	3 773,7	
bei Gebietskörperschaften	"	690,2	698,1	698,1	695,0	693,9 p	711,7	
				Vj.-Durchschnitt 1973	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	4. Vj. 1973

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Zerlegung. — ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	November 1974	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	223,5	225,5	226,7	207,9
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	225,7	228,0	229,8	209,8
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	221,3	222,9	223,5	206,0
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	221,9	223,7	224,7	206,2
Bürogebäude	"	112,2	194,2	215,4	216,6	216,6	201,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	211,4	210,8	210,4	197,4
				Januar 1974	April 1974	Juli 1974	Juli 1973
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	394	445	469	490	441
männliche Arbeiter	"	140	245	281	290	311	278
weibliche Arbeiter	"	92	149	164	179	179	163
Bruttostundenverdienste	"	5,10	8,90	10,21	10,69	11,29	10,02
männliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,82	7,09	7,61	6,73
weibliche Arbeiter	"	1,78	2,93	3,39	3,60	3,68	3,29
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,2	43,6	43,9	43,4	44,0
männliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,2	40,9	40,9	41,2
weibliche Arbeiter	"	3,3	3,2	3,4	3,0	2,5	2,8
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 905	2 293	2 398	2 479	2 171
männlich	"	747	1 381	1 638	1 712	1 795	1 570
weiblich	"	351	524	655	686	684	601
Technische Angestellte	"	1 182	2 033	2 371	2 496	2 596	2 306
männlich	"	748	1 374	1 585	1 666	1 747	1 542
weiblich	"	434	659	786	830	849	764
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 775	2 095	2 185	2 228	1 993
männlich	"	668	1 254	1 448	1 506	1 565	1 376
weiblich	"	375	521	647	679	663	617
Technische Angestellte	"	1 058	1 808	2 145	2 239	2 292	2 036
männlich	"	688	1 286	1 486	1 548	1 613	1 416
weiblich	"	370	522	659	691	679	620
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	14 146	12 188	11 720	11 513
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	6	7	9	9
Körperverletzung	"	41	420	498	439	486	452
Raub, räuberische Erpressung	"	5 235	7 132	8 956	7 551	7 077	7 151
Diebstahl	"	1 822	3 506	5 002	3 900	3 476	3 503
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	722	1 200	1 549	1 331	1 437	1 291
Betrug und Untreue	"	862	1 447	1 744	1 696	1 733	1 964
Außerdem:	"	8 929	9 671	9 889	8 962	6 823	11 774
Verkehrsvergehen ³⁾	"	423	532	483	448	464	512
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁴⁾	"	31 317	29 591	32 094	30 923	30 965	33 858
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁵⁾	"	29 591	29 591	29 591	29 591	29 591	29 591
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	15 755	15 253	...	14 561
dav. Feueralarme	"	288	475	452	452	...	784
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	5	12	...	25
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	107	124	129	...	137
Rettungswageneinsätze	"	4 494	12 616	14 498	14 016	...	13 001
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 835	3 015	2 833	...	3 022
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 659	9 781	11 483	11 183	...	10 000
Hilfeeinsätze aller Art	"	879	879	805	785	...	776
Außerdem:	"	110	110	133	150	...	155
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	110	110	133	150	...	155

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1974

Großstädte		Bevölkerung						Erwerbstätigkeit		Industrie *)				
		Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj.	2 033 ⁴⁾	1 479	2 915	- 1 436	5 138	5 510 ⁴⁾	- 1 808	13 613	14 051	227 664	112	6 219	3 059
	1. Vj.	2 040 ⁴⁾	4 458	10 237	- 5 779	16 425	18 817 ⁴⁾	- 8 171	18 828	12 430	229 174	112	5 836	2 861
Hamburg	2. Vj.	1 742	3 568	6 443	- 2 875	16 490	18 894	- 5 279	9 107	16 376	187 546	108	6 752	3 876
	1. Vj.	1 748	3 363	6 158	- 2 795	16 581	17 721	- 3 935	11 443	14 053	190 426	109	6 390	3 656
München	2. Vj.	1 322	2 622 ^p	3 093 ^p	- 471 ^p	16 361	27 554	-11 664 ^p	10 131 ³⁾	12 257 ³⁾	188 353	142	5 410	4 092
	1. Vj.	1 333	2 480	3 305	- 825	18 426	20 331	- 2 730	11 866 ³⁾	10 223 ³⁾	190 800	143	5 254	3 941
Köln	2. Vj.	829	1 916	2 442	- 526	11 489	11 909	- 946	8 122	6 880	128 377	155	1 240	1 496
	1. Vj.	830	1 726	2 655	- 929	11 369	12 390	- 1 950	8 694	5 497	129 959	157	1 387	1 671
Essen	2. Vj.	673	1 354	2 050	- 696	4 614	5 700	- 1 782	6 693	4 031	60 299	90	1 333	1 981
	1. Vj.	675	1 356	2 371	- 1 015	5 002	6 610	- 2 623	7 869	3 559	60 628	90	1 227	1 818
Düsseldorf	2. Vj.	623	1 194	1 873	- 679	8 100	10 302	- 2 881	5 134	5 422	109 019	175	2 826	4 536
	1. Vj.	626	1 231	2 077	- 846	8 100	10 170	- 2 916	5 461	4 601	110 426 ^p	176 ^p	2 752 ^p	4 396 ^p
Frankfurt/M.	2. Vj.	665	1 460	2 033	- 573	10 634	14 275	- 4 214	6 733	10 763	121 774	183	3 465	5 211
	1. Vj.	669	1 264	2 126	- 862	11 455	14 226	- 3 633	7 727	10 108	124 023	185	3 285	4 910
Dortmund	2. Vj.	633	1 578	2 625	- 1 047	4 761	6 927	- 3 213	5 743	4 614	75 586	119	1 653	2 611
	1. Vj.	636	1 095	2 034	- 939	5 895	6 040	- 1 084	6 652	4 126	76 398	120	1 450	2 280
Stuttgart	2. Vj.	618	1 411	1 524	- 113	11 158	14 343	- 3 298	1 883	8 878	140 969	228	4 464	7 223
	1. Vj.	622	1 473	1 542	- 69	13 501	16 344	- 2 913	2 356	8 171	142 960	230	4 546	7 309
Bremen	2. Vj.	582	1 365	1 798	- 433	5 854	6 811	- 1 390	4 664	5 516	85 450	147	2 969	5 101
	1. Vj.	583	1 207	1 930	- 723	7 000	7 190	- 913	5 715	4 573	85 152	146	2 623	4 499
Hannover	2. Vj.	572	1 176	1 805	- 629	7 719	9 517	- 2 427	7 369	5 859	99 657	174	2 290	4 003
	1. Vj.	575	1 092	1 861	- 769	7 853	8 134	- 1 050	4 744	5 640	101 445	176	2 234	3 885

Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ³⁾	Lohn- und Einkommensteuer
		1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj.	14 842	486	239	414	3 110	514	4 106	466	281	138	751	3 498	4 356	121 160	58 975
	1. Vj.	12 926	533	261	474	3 749	367	2 977	127	195	96	529	2 823	3 597	165 429	65 145
Hamburg	2. Vj.	13 486	602	346	257	1 621	246	1 757	800	388	223	711	2 655	3 555	191 904	144 190
	1. Vj.	13 309	462	264	293	2 810	187	1 488	491	282	161	528	2 278	3 025	235 067	139 116
München	2. Vj.	16 379	609	461 ^p	269	2 537	319	4 503	905	499	378 ^p	1 011	1 827	2 494	136 727	102 928
	1. Vj.	12 612	509	382	221	1 727	352	4 249	1 124	400	300	830	1 573	2 138	135 876	98 768
Köln	2. Vj.	6 960	274	331	72	956	110	1 453	222	166	200	287	1 053	1 375	95 582	58 167
	1. Vj.	6 575	238	287	100	1 127	44	671	229	155	187	343	985	1 316	57 232	70 331
Essen	2. Vj.	6 192	193	285	164	709	94	557	226	34	51	68	689	915	49 841	39 408
	1. Vj.	5 755	228	338	50	359	118	566	207	33	49	70	710	918	68 431	5 604
Düsseldorf	2. Vj.	7 098 ^p	232 ^p	372 ^p	83	763	90	1 160	226	153	246	327	861	1 114	78 802	53 136
	1. Vj.	6 726 ^p	299 ^p	478 ^p	47	436	71	599	215	150	240	300	696	866	134 622	51 923
Frankfurt/M.	2. Vj.	9 708	361	543	163	1 014	26	239	160	287	432	606	1 134	1 469	184 526	59 595
	1. Vj.	9 502	336	502	137	857	20	122	134	259	387	518	985	1 244	197 008	16 429
Dortmund	2. Vj.	5 474	195	308	193	875	144	642	715	38	60	77	837	1 086	45 296	28 081
	1. Vj.	5 263	162	255	182	878	293	1 154	394	39	61	72	747	994	40 016	4 655
Stuttgart	2. Vj.	9 967	310	502	81	430	162	923	321	123	199	286	752	1 028	58 833	58 147
	1. Vj.	8 510	288	463	95	710	119	729	184	110	177	255	640	865	102 195	12 116
Bremen	2. Vj.	5 881	214	368	232	723	136	637	178	84	144	162	870	1 038	84 088	37 273
	1. Vj.	5 786	211	362	173	652	145	600	276	66	113	131	760	910	81 769	35 406
Hannover	2. Vj.	5 484	216	378	91	418	53	832	171	109	190	191	864	1 138	56 974	44 342
	1. Vj.	4 758	175	304	48	438	51	587	65	100	174	177	714	910	91 997	8 625

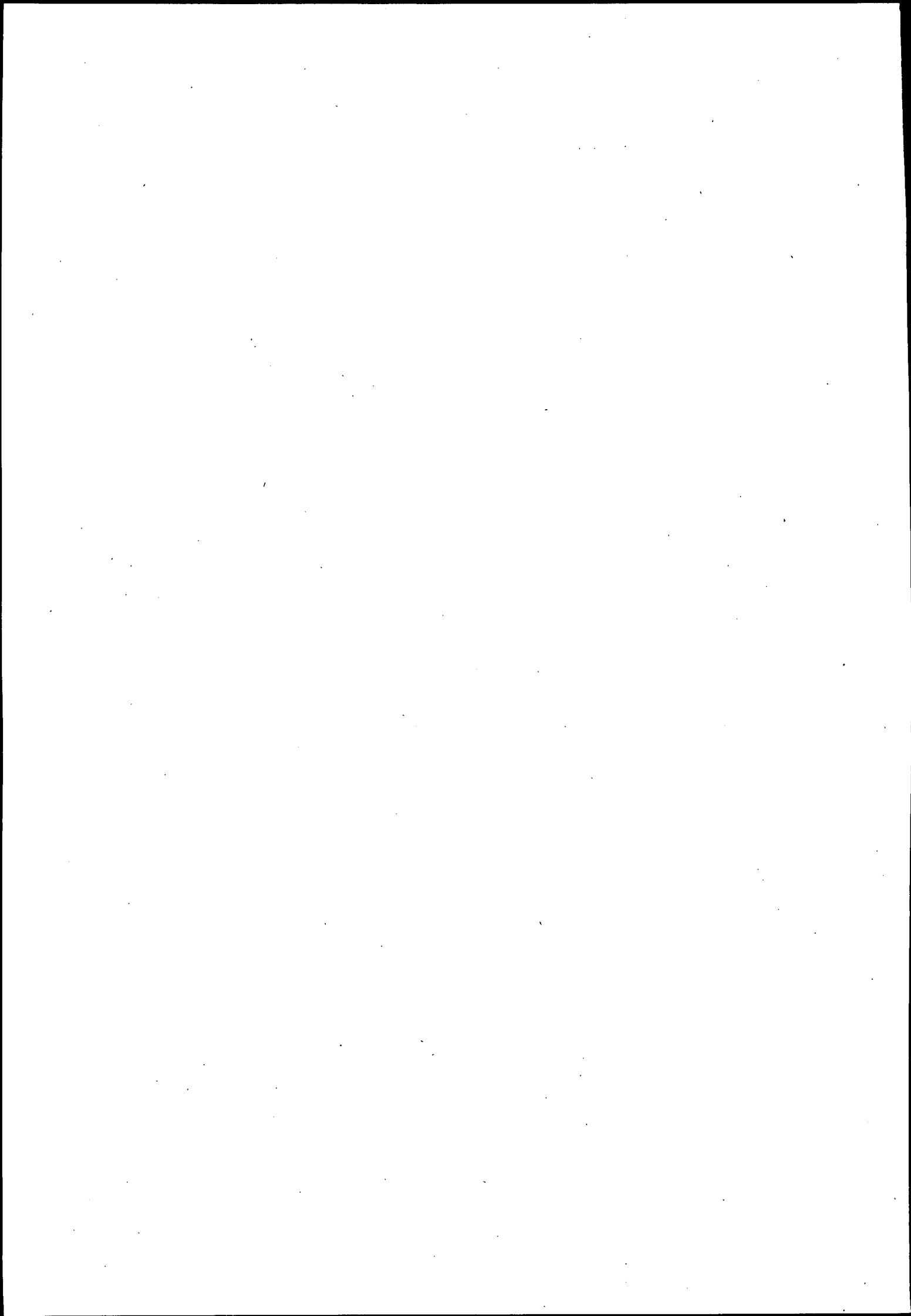
¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

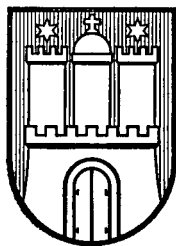
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,4 p	4,6
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,3 p	10,2
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p	12,2
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	7 908	8 252
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	929	763	882
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	55 578	61 134	43 453
dar. Auslandsumsatz	-	4 903	11 936	15 542	13 790
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstägig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	118,2	178,7	106,9	96,5	103,6 p	113,3
Verarbeitende Industrie	"	119,1	182,3	105,0	94,1	101,7 p	112,6
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	212,2	98,5	95,4	102,0 p	118,0
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	176,7	109,4	90,3	98,4 p	110,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	167,1	102,5	94,2	104,6 p	111,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	115,2	152,8	110,9	103,2	109,0 p	107,9
Bauindustrie	"	118,9	149,6	87,1	70,7	76,8 p	90,3
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 508,1	1 261	1 338
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	235,2	131	149,1
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	7 734	9 254	4 411,9
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 909	27 803
Baufertigstellungen für Wohnungen	-	49 326	59 519	23 529
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	112,0
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	127,0	143,4	138,4	133,9	132,3
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	12 651
dav. Empfang	"	6 950	9 427
Versand	"	1 885	3 224
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	108 030	141 073	167 752	138 079
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	29 519 p	20 885
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 539 p	849
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	39 384 p	27 482
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	10 314	7 450	4 704	4 596
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	5 926	1 081	648	547
Körperschaftsteuer	"	681	907	2 366	622	193	147
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	"	2 018	4 152	4 643	5 062	4 815	4 972
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	104,0	123,8	133,0	134,4	134,6	125,1
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	...	112,6	144,3	142,3	140,7	144,8
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	...	112,3	134,8	136,0	135,6	125,7
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	1962 = 100	114,6	187,1	193,9
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	129,3	130,5	131,2	123,8
Nahrungs- und Genussmittel	"	94,2	117,7	125,6	126,7	127,1	121,8
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	128,3	129,4	130,7	124,1
LOHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	9,03	9,55	9,87	8,89
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	42,3	42,8	42,9	43,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungskreis.



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

Juni-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

950 deutsch-ausländische Ehen in einem Jahr

Unter den 10 406 Ehen, die 1974 vor den hamburgischen Standesämtern geschlossen wurden, waren 1186 oder 11 %, bei denen mindestens ein Partner nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hatte. Zwar geht die Zahl der Eheschließungen allgemein zurück — im letzten Jahr wurden in Hamburg fast 7 % weniger Paare getraut als 1973 —, Hochzeiten, an denen Ausländer beteiligt sind, nehmen jedoch zu.

534 deutsche Frauen heirateten Ausländer. Über die Hälfte der ausländischen Männer waren Europäer (darunter 52 Österreicher, 37 Italiener und 31 Engländer), 118 kamen aus Asien, 59 aus Afrika und 37 aus Amerika.

Von den 411 Ausländerinnen, die mit deutschen Männern die Ehe eingingen, waren 42 Österreicherinnen, 41 Jugoslawinnen, 31 Engländerinnen und 25 Frauen aus Finnland. Insgesamt stammten 264 Ausländerinnen aus Europa, 62 aus Amerika, 45 aus Asien und 12 aus Afrika.

Bei 241 im vergangenen Jahr geschlossenen Ehen waren beide Partner Ausländer; in acht von zehn Fällen hatten die Ehepartner die gleiche Staatsangehörigkeit, zumeist Männer und Frauen aus Griechenland, Jugoslawien oder Spanien.

55 100 Schüler in den Hamburger berufsbildenden Schulen

Im Schuljahr 1974/75 besuchen 55 100 Schüler die staatlichen und nichtstaatlichen berufsbildenden Schulen in Hamburg. Die Mehrzahl der Schüler — insgesamt 35 500 — erhalten Unterricht in Berufsschulen; der Besuch dieser Teilzeitschulen ist Pflicht für alle Jugendlichen, die sich in einem praktischen Ausbildungs- oder in einem Arbeitsverhältnis befinden. Im Berufsgrundbildungsjahr, in dem eine breit angelegte berufliche Grundbildung als Basis für die in einer späteren Stufe anschließende fachliche Bildung vermittelt wird, stehen 500 Schüler. Die zur Fachhochschulreife führenden Fachoberschulen besuchen 2300 und die Berufsfachschulen 6500 Schüler. Zu den Berufsfachschulen, d. h. zu den Einrichtungen, die einen berufsvorbereitenden Vollzeitunterricht erteilen, rechnen statistisch auch die Wirtschaftsgymnasien mit 1500 Schülern. Die der Berufsbildung dienenden Fachschulen haben 4800 Schüler, und in den Schulen des Gesundheitswesens werden 2400 Schüler gezählt.

Im Vergleich zum vorangegangenen Schuljahr sind deutliche Zunahmen der Schülerzahlen für das Berufsgrundbildungsjahr (24 %), für die Berufsfachschulen (16 %) und für die Schulen des Gesundheitswesens (10 %) zu verzeichnen. Bei den übrigen Formen der beruflichen Schulen blieben die Schülerzahlen in der Größenordnung des Vorjahres.

Kraftfahrzeugzulassungen steigen wieder

Nach zum Teil drastischen Rückgängen bei den Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in den vergangenen Jahren ist die Zahl der erstmals in den Verkehr gebrachten Fahrzeuge im ersten Quartal dieses Jahres wieder höher als im gleichen Zeitraum 1974. Insgesamt wurden von Januar bis März 1975 in Hamburg 15 600 Kraftfahrzeuge — dies sind 18 % mehr als in den ersten drei Monaten 1974 — neu zugelassen. Die Zulassungen von Personen- und Kombiwagen liegen sogar um 22 % über dem Vorjahreswert.

Während bis einschließlich 1973 ein Trend zum Mittelklassewagen mit 1500 bis unter 2000 ccm Hubraum zu beobachten war, werden jetzt kleinere Fahrzeuge bevorzugt. So stieg die Zahl der neu in den Verkehr kommenden Mittelklassewagen im ersten Quartal dieses Jahres um 10 %, in der Hubraumgrößenklasse von 1000 bis unter 1500 ccm, auf die nahezu die Hälfte der neu zugelassenen Personenwagen entfiel, ergab sich dagegen eine Zuwachsrate von 41 %.

Weiterer Rückgang der Syphilisfälle

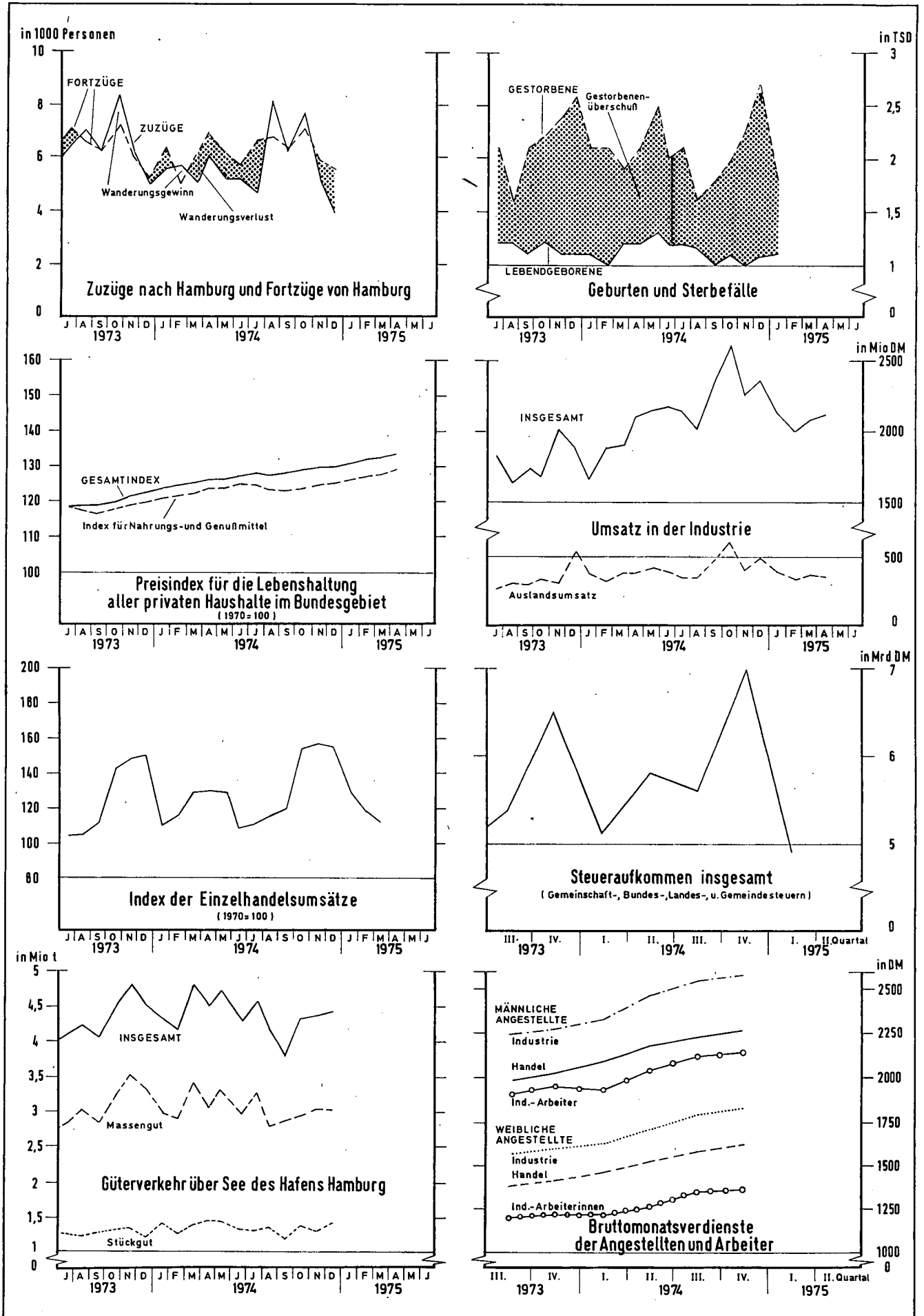
1974 wurden in Hamburg 5260 Fälle von Geschlechtskrankheiten neu bekannt; neun Zehntel davon betrafen Erkrankungen an Gonorrhöe (Tripper), und ein knappes Zehntel entfiel auf Syphilitiserkrankungen. Darüber hinaus gab es noch einige wenige Fälle von weichem Schanker und venerischer Lymphknotenentzündung.

Im ganzen war die Zahl der gemeldeten Fälle nur geringfügig höher als 1973. Dabei sind die angezeigten Syphilitiserkrankungen — nachdem die Fallzahlen schon seit einigen Jahren rückläufig waren — erneut um 11 % zurückgegangen. Die Anzahl der im letzten Jahr bekannt gewordenen Tripperfälle ist im Vergleich zu 1973 aber um annähernd 3 % gestiegen.

Von allen Geschlechtskranken waren knapp drei Viertel Männer und gut ein Viertel Frauen. In der Altersgruppe der 15- bis 20jährigen hatten sich mehr Mädchen als Jungen Geschlechtskrankheiten zugezogen. Die Hälfte der Erkrankten standen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Dem Familienstand nach waren die überwiegende Mehrheit der Geschlechtskranken ledig (70 %), verheiratet waren 20 %.

Obwohl seit Mitte 1970 eine Pflicht zur Meldung neu erkannter Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten — selbstverständlich ohne Angabe der Namen der Patienten — besteht, werden vermutlich nicht alle Fälle den Gesundheitsämtern mitgeteilt. Die tatsächliche Verbreitung venerischer Krankheiten ist somit aller Wahrscheinlichkeit nach höher als die oben genannten Zahlen ausweisen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Der Güterverkehr des Hamburger Hafens mit Ostasien 1970 bis 1974

Hamburg ist bei nicht weniger als 52 Mio t umgeschlagener Güter im Jahre 1974, die einen Warenwert von etwa 60 Mrd DM verkörpern dürften, der mit Abstand größte Seehafen der Bundesrepublik. Alljährlich wird er von durchschnittlich 18 000 bis 20 000 Seeschiffen angelaufen. Seinen guten Ruf verdankt der Hafen vor allem der großen Zahl von Liniendiensten, die dafür sorgen, daß Waren aller Art nach rd. 1100 Häfen in nahezu alle Länder der Welt befördert werden. So wird beispielsweise der amerikanische Kontinent zur Zeit von 56 Liniendiensten angelaufen. Diese Zahl wird im Asien-Verkehr mit 84 regelmäßigen Schifffahrtsverbindungen sogar noch übertroffen. Gemessen an der Dichte der Abfahrten nach Übersee liegt Hamburg an der Spitze der kontinentaleuropäischen Nordseehäfen: fast täglich nach Nordamerika, zweimal am Tag nach Mittel- und Südamerika und etwa alle 20 Stunden nach Ostasien.

Dem von Hamburg ausgehenden dichten Netz von Schiffsverbindungen entsprechend wird auch mit allen Erdteilen ein lebhafter Gütertausch abgewickelt. So entfiel knapp die Hälfte des Güterumschlags auf den Verkehr mit den europäischen Ländern (24,7 Mio t), in erster Linie Handel mit den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Allerdings sind in dieser Zahl auch jene rd. 6 Mio t Mineralöl enthalten, die statistisch zwar aus Rotterdam stammen, wirtschaftlich aber den überseeischen Ursprungsländern zugerechnet werden müßten.¹⁾ Bei den außereuropäischen Fahrtgebieten dominiert die Amerika-Fahrt (13,5 Mio t), doch werden auch im Verkehr mit Asien (7,1 Mio t) und Afrika (5,4 Mio t) erhebliche Gütermengen befördert.

1. Generelle Tendenzen im Ostasienverkehr

Innerhalb des asiatischen Verkehrsbereiches ist die Bedeutung Ostasiens stark gestiegen. Sachkenner erwarten daraus große Zukunftschancen für den Hamburger Hafen. In der hier zugrundegelegten Abgrenzung reicht das ostasiatische Fahrtgebiet von Malaysia und Singapur im Südwesten über Indochina, die Philippinen sowie China bis hin nach Japan, Korea und den Häfen Ostsibiriens.

Im Jahre 1974 wurden im Hamburger Hafen im Verkehr mit Ostasien insgesamt 3,4 Mio t Güter geladen und gelöscht. Gegenüber 1970 entspricht dies einer im Vergleich zu den übrigen Verkehrsgebieten weit überproportionalen Zuwachsrate von 40%. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in der raschen Ausweitung der Außenhandelsbeziehungen zu einigen ostasiatischen Ländern, wie Japan, der Volksrepublik China und Hongkong, wodurch Hamburg stärker als andere Häfen der Bundesrepublik profitiert hat. Dabei hat der Güterversand (+ 41%) ebenso zur Umschlagssteigerung beigetragen wie der Empfang (+ 39%).

Tabelle 1

Der Güterverkehr über See
des Hafens Hamburg 1970 und 1974
(Mengen in t)

Verkehrsbereiche	Güterumschlag (Empfang und Versand)		Veränderung 1974 gegenüber 1970 in %
	1970	1974	
	1	2	
Europa	20 202 503	24 684 525	+ 22,2
Amerika	11 805 674	13 543 131	+ 14,7
darunter Nordamerika	6 417 558	7 511 518	+ 17,0
Afrika	7 010 250	5 370 427	- 23,4
Asien	7 178 617	7 079 471	- 1,4
darunter Ostasien	2 440 529	3 412 944	+ 39,8
Australien / Ozeanien	738 687	1 075 875	+ 45,6
Nicht ermittelte Gebiete	23 190	595 945	.
Insgesamt	46 958 921	52 349 374	+ 11,5

Uneinheitliche Entwicklung im Seeausgang

Die genauere Betrachtung der letzten fünf Jahre zeigt, daß die im ganzen positive Entwicklung nicht kontinuierlich verlaufen ist. Während von 1970 auf 1971 das Umschlagsvolumen zunächst zurückging (- 6%), wurden in den darauf folgenden Jahren zum Teil beachtliche Zuwachsraten erzielt. Der ganz große Anstieg lag jedoch im Jahre 1973, als gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 23% registriert wurde. Während auf der Empfangsseite in den einzelnen Jahren ein - wenn auch mit sinkenden Zuwachsraten - stetiger Anstieg zu verzeichnen war, spiegeln die Umschlagszahlen im ausgehenden Verkehr dagegen deutlich die Gesamtentwicklung wider: starke „Einbrüche“ in den Jahren 1971 und 1972, hohe Umschlagsgewinne 1973 und 1974. So ist denn auch hinsichtlich der Umschlagshöhe ein starkes Ungleichgewicht zwischen beiden Verkehrsrichtungen in den Jahren 1971 und 1972 augen-

¹⁾ Da Hamburg von vollbeladenen Großtankern nicht angelaufen werden kann, geht ein erheblicher Teil des für Hamburg bestimmten Rohöls zunächst nach Rotterdam. In der Seeverkehrsstatistik wird jedoch nur der letzte Transport erfaßt, so daß diese Mengen aus Rotterdam kommend ausgewiesen werden.

fällig. Extrem hoch waren die Unterschiede insbesondere im Jahre 1971, wo zwei Drittel des Gesamtumschlags auf den Empfang entfielen. Infolge der dann einsetzenden starken Zunahme beim Versand wurde, vor allem im Jahre 1974, das immer wieder angestrebte Gleichgewicht in beiden Verkehrsrichtungen nahezu erreicht.

Tabelle 2

**Der Güterverkehr über See
des Hafens Hamburg mit Ostasien 1970 bis 1974**
(Mengen in t)

Art der Angaben	1970	1971	1972	1973	1974	Veränderung 1974 gegenüber 1970 in %
	1	2	3	4	5	
Gesamtumschlag	2 440 529	2 290 329	2 532 574	3 107 941	3 412 944	+ 39,8
davon						
Stückgut	2 041 237	1 845 012	1 988 742	2 662 812	2 819 847	+ 38,1
darunter						
im Containerverkehr 1)	29 608	53 856	378 664	1 157 057	1 299 214	.
Anteil in %	1,5	2,9	19,0	45,5	46,1	.
Massengut	399 292	445 317	543 832	445 129	593 097	+ 48,5
Empfang	1 334 645	1 505 950	1 715 000	1 819 216	1 848 698	+ 38,5
davon						
Stückgut	1 097 405	1 135 548	1 283 891	1 476 752	1 534 319	+ 39,8
darunter						
im Containerverkehr 1)	15 151	27 535	238 373	668 124	801 214	.
Anteil in %	1,4	2,4	18,6	45,2	52,2	.
Massengut	237 240	370 402	431 109	342 464	314 379	+ 32,5
Versand	1 105 884	784 379	817 574	1 288 725	1 564 246	+ 41,4
davon						
Stückgut	943 832	709 464	704 851	1 186 060	1 285 528	+ 36,2
darunter						
im Containerverkehr 1)	14 457	26 321	140 291	489 014	498 119	.
Anteil in %	1,5	3,7	19,9	41,2	38,7	.
Massengut	162 052	74 915	112 723	102 665	278 718	+ 72,0

1) einschl. Eigengewicht der Container.

Differenziert man das Umschlagsvolumen grob nach Massen- und Stückgütern, so kommt die entscheidende Bedeutung dem Stückgut zu. Zwischen 1970 und 1974 entfielen auf die hierzu rechnenden Güterarten über 80 %. Der hohe Stückgutanteil macht den Ostasienverkehr besonders attraktiv, da die mit dem Stückgutumschlag verbundene Wertschöpfung wesentlich höher ist als beim Massengut.

Während der Stückgutumschlag seit 1970 um gut ein Drittel (+ 38 %) zunahm, verzeichnete das mengenmäßig geringe Massengut mit einer Zuwachsrate von 49 % ein noch stärkeres Wachstum. Dabei war der Umschlag von Stückgut in den Zwischenjahren – hervorgerufen durch starke Einbußen im Versand – sogar rückläufig, so daß nur die außergewöhnliche Zuwachsrate des Jahres 1973 den Vergleich zu 1970 im ganzen noch positiv erscheinen läßt. Dagegen nahm der Massengutumschlag – sieht man einmal vom Jahr 1973 ab – stetig zu. Im Empfang ist die Entwicklung zwischen Stückgut und Massengut einigermaßen gleichmäßig verlaufen. Im Versand dagegen übertraf die Zuwachsrate des Massenguts mit 72 % die der höherwertigen Stück- und Sackgüter (+ 36 %) beträchtlich. Allerdings ist der gesamte Zuwachs ausschließlich auf den sprunghaften Anstieg des Jahres 1974 zurückzuführen, nachdem in den Vorjahren mit einigen Schwankungen ein tendenzieller Rückgang zu verzeichnen war. Entscheidend waren dabei die vermehrten Exporte von Kalidüngemitteln und Raps im Verkehr mit Japan. Insofern bleibt abzuwarten, ob sich hier eine

neue Entwicklung anbahnt, oder ob es sich um – im statistischen Sinne – „einmalige“ Gewinne handelt.

Rasche Expansion im Containerverkehr

Begünstigt wurde die Zunahme des Stückgutverkehrs vor allem dadurch, daß seit 1972 auch im Ostasienverkehr zunehmend Vollcontainerschiffe eingesetzt werden. Um eine bessere Vorstellung von der Dynamik des Containerverkehrs mit Ostasien zu vermitteln, wurde in Tabelle 2 die Containerladung²⁾ auf den gesamten Stückgutumschlag bezogen. So ist von 1970 bis 1974 in dieser Relation der Stückgutaustausch in Containern auf mehr als das 40fache angestiegen. Damit wird im Verkehr mit Ostasien heute bereits ein weit überdurchschnittlicher Containeranteil von 46 % erreicht, während der entsprechende Anteil des Containerverkehrs am Stückgutumschlag des Hamburger Hafens insgesamt deutlich niedriger liegt (19 %).

Gegenüber anderen Verkehrsgebieten findet man erfreulicherweise für den Containerverkehr in beiden Verkehrsrichtungen ein erstaunlich hohes Stückgutaufkommen. Der Idealfall gleich großer Ladungsaufkommen in beiden Verkehrsrichtungen wird allerdings wohl nie zu erreichen sein, so daß immer gewisse Disparitäten vorhanden sind. Der Effekt einigermaßen ausgeglichener Verkehrsströme besteht vor allem darin, daß hierdurch im Prinzip eine gleichmäßigere Auslastung von Schiffen und Behältern und damit eine allgemeine Senkung der Transportkosten erreicht werden kann.

2. Verkehrsbezirke

Der Güterverkehr zwischen Hamburg und Ostasien konzentriert sich im wesentlichen nur auf 8 von insgesamt 16 Verkehrsbezirken (s. Tabelle 3).

1974 wurden zwischen Hamburg und diesen Verkehrsbezirken allein 3,3 Mio t (96 %) befördert, wovon knapp zwei Drittel auf die nordostasiatischen Länder Japan, Volksrepublik China und Hongkong entfielen. Mit 1 143 000 t überwiegt dabei mit Abstand der Güterumschlag mit Japan (35 %). Mit 22 % des Güteraufkommens folgt in der Rangskala die Volksrepublik China, während im Verkehr mit den übrigen in der Tabelle 3 ausgewiesenen Relationen Hongkong, Taiwan, Thailand, Malaysia, Singapur und Philippinen „nur“ Anteile zwischen jeweils 7 % und 8 % registriert wurden.

Höchste Zuwachsraten im Verkehr mit Japan und Hongkong

Betrachtet man in Tabelle 3 die relativen Veränderungen zwischen 1970 und 1974, so werden im Verkehr mit Japan (+ 83 %) und Hongkong (+ 68 %) mit Abstand die höchsten Zuwachsraten registriert. Während im Verkehr mit Hongkong das Schwergewicht der Umschlagssteigerung auf dem Empfang lag, spielte im Verkehr mit Japan der Versand eine dominierende Rolle. Stark zugenommen hat auch der Versand nach Singapur (+ 45 %). Bemerkenswert ist auch die Umschlagszunahme mit der Volksrepublik China, wobei der Empfang von gut 344 000 t eine be-

2) einschließlich Eigengewicht der Container.

Tabelle 3

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg mit Ostasien nach ausgewählten Verkehrsbezirken 1970 und 1974
(Mengen in t)

Ausgewählte Verkehrsbezirke	Empfang			Versand			Insgesamt		
	1970	1974	Veränderung 1974 gegenüber 1970 in %	1970	1974	Veränderung 1974 gegenüber 1970 in %	1970	1974	Veränderung 1974 gegenüber 1970 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Japan									
Insgesamt	351 170	512 100	+ 45,8	274 872	630 815	+ 129,5	626 042	1 142 915	+ 82,5
davon									
Stückgut	351 170	512 100	+ 45,8	153 210	405 750	+ 164,8	504 380	917 850	+ 81,9
darunter									
im Containerverkehr ¹⁾	4 275	443 911	.	9 428	304 982	.	13 703	748 893	.
Anteil in %	1,2	86,7	.	6,2	75,2	.	2,7	81,2	.
Massengut	-	-	-	121 662	225 065	+ 85,0	121 662	225 065	+ 84,9
VR China									
Insgesamt	158 760	343 973	+ 116,7	412 513	364 304	- 11,8	571 273	708 277	+ 23,9
davon									
Stückgut	151 607	308 437	+ 103,4	411 533	353 926	- 14,0	563 140	662 363	+ 17,6
darunter									
im Containerverkehr ¹⁾	-	534	.	-	973	.	-	1 507	.
Anteil in %	-	0,2	.	-	0,3	.	-	0,2	.
Massengut	7 153	35 536	.	980	10 378	.	8 133	45 914	.
Hongkong									
Insgesamt	81 131	174 629	+ 115,2	83 269	102 000	+ 12,2	164 400	276 629	+ 68,2
davon									
Stückgut	81 111	174 629	+ 115,3	79 012	95 703	+ 21,1	160 123	270 332	+ 68,8
darunter									
im Containerverkehr ¹⁾	9 612	154 786	.	1 820	72 011	.	11 432	226 797	.
Anteil in %	11,9	88,6	.	2,3	75,2	.	7,1	83,9	.
Massengut	20	-	.	4 257	6 297	+ 47,9	4 277	6 297	+ 47,2
Taiwan									
Insgesamt	154 916	158 186	+ 2,1	48 095	69 865	+ 45,3	203 011	228 051	+ 12,3
davon									
Stückgut	149 348	157 936	+ 5,8	21 995	60 205	+ 173,7	171 343	218 141	+ 27,3
darunter									
im Containerverkehr ¹⁾	931	126 305	.	2 064	39 336	.	2 995	165 641	.
Anteil in %	0,6	80,0	.	9,4	65,3	.	1,7	75,9	.
Massengut	5 568	250	- 95,5	26 100	9 660	- 62,9	31 666	9 910	- 68,7
Thailand									
Insgesamt	114 708	133 081	+ 16,0	90 467	92 647	+ 2,4	205 175	225 728	+ 10,0
davon									
Stückgut	38 916	33 327	- 14,4	83 620	88 594	+ 5,9	122 536	121 921	- 0,5
darunter									
im Containerverkehr ¹⁾	-	973	.	171	697	.	171	1 670	.
Anteil in %	-	2,9	.	0,2	0,8	.	0,1	1,4	.
Massengut	75 792	99 754	+ 31,6	6 847	4 053	- 40,8	82 639	103 807	+ 25,6
Philippinen									
Insgesamt	160 004	173 437	+ 8,4	49 843	56 115	+ 12,6	209 847	229 552	+ 9,4
davon									
Stückgut	28 127	31 932	+ 13,5	49 843	56 115	+ 12,6	77 970	88 047	+ 12,9
darunter									
im Containerverkehr ¹⁾	-	659	.	328	365	+ 11,3	328	1 024	.
Anteil in %	-	2,1	.	0,7	0,7	.	0,4	1,2	.
Massengut	131 877	141 505	+ 7,3	-	-	-	131 877	141 505	+ 7,3
Malaysia									
Insgesamt	137 697	139 959	+ 1,6	65 962	94 528	+ 43,3	203 659	234 487	+ 15,1
davon									
Stückgut	130 636	125 242	- 4,1	65 796	81 300	+ 23,6	196 432	206 542	+ 5,1
darunter									
im Containerverkehr ¹⁾	10	16 149	.	15	15 374	.	25	31 523	.
Anteil in %	0	12,9	.	0	18,9	.	0	15,3	.
Massengut	7 061	14 717	+ 108,4	166	13 228	.	7 227	27 945	+ 286,7
Singapur									
Insgesamt	118 766	130 313	+ 9,7	44 299	105 576	+ 138,3	163 065	235 889	+ 44,7
davon									
Stückgut	118 525	107 696	- 9,1	44 259	105 541	+ 138,5	162 784	213 237	+ 30,9
darunter									
im Containerverkehr ¹⁾	310	51 762	.	572	56 322	.	882	108 084	.
Anteil in %	0,3	48,1	.	1,3	53,4	.	0,5	50,7	.
Massengut	241	22 617	.	40	35	- 12,5	281	22 652	.

1) einschl. Eigengewicht der Container.

achtliche Rolle spielte. Erheblich unter dem Durchschnitt lagen dagegen die Verkehrsbezirke Malaysia, Taiwan, Thailand und Philippinen. Diese Länder, die – mit Ausnahme von Taiwan – noch nicht an die Voll-Containerdienste angeschlossen sind, hatten allerdings im Jahr 1970 bereits eine hohe Ausgangsbasis, so daß Umschlagssteigerungen zwischen immerhin 20 000 und 30 000 t sich nur in unterproportionale Zuwachsraten niederschlugen. Die insgesamt geringe Zunahme im Verkehr mit Taiwan ist auf die negative Entwicklung im Massengutbereich zurückzuführen, während im Stückgutverkehr eine relativ starke Ausweitung erzielt wurde (+ 27 %).

Interessant ist die starke Ausweitung des Stückgutverkehrs zwischen Hamburg und den überwiegend mit Containerschiffen bedienten Verkehrsbezirken. Dies gilt vor allem für den Verkehr mit Japan, Hongkong und Taiwan, wo die Containerladung 1974 bereits ein erhebliches Übergewicht zur konventionell verladenen Stückgutfracht erreichte. Eine gewisse Zwischenstellung nimmt der Verkehr mit Singapur und Malaysia ein, wohin ein beachtlicher Teil des gesamten Stückguts in Containern umgeschlagen wird. Dagegen spielt in den meist weniger industrialisierten Wirtschaftsräumen (Volksrepublik China, Philippinen) der Einsatz konventioneller Tonnage die entscheidende Rolle³⁾.

³⁾ Die technischen Voraussetzungen für den Containerverkehr, die erhebliche Kapitalinvestitionen verlangen, sind in den meisten unterentwickelten Ländern nicht bzw. noch nicht ausreichend vorhanden. Vgl. in diesem Zusammenhang auch: „Containerverkehr im Hamburger Hafen, 1970 bis 1972“, in: Hamburg in Zahlen, 1973, H. 6, S. 202.

Im Bereich des Massengutumschlags gibt es erstaunlich hohe Zuwachsraten, vor allem im Verkehr mit der Volksrepublik China, Malaysia und Singapur. Hier sind erst in jüngster Zeit wesentliche Handelsbeziehungen entstanden, was an den noch relativ niedrigen Umschlagswerten des Jahres 1970 deutlich wird. Vom absoluten Gewicht her trug lediglich der Export von Massengütern nach Japan (überwiegend Kalidüngemittel und Raps) wesentlich zur Umschlagssteigerung bei.

3. Güterstruktur

Um anhand der mengenmäßig bedeutsamsten Gütergruppen die Warenstruktur des ein- und ausgehenden Verkehrs etwas transparenter zu machen, sind in Tabelle 4 für die Jahre 1970 und 1974 die Waren nach Güterhauptgruppen gegliedert (eine feinere Untergliederung verbietet sich wegen der relativ kleinen Zahlen).

Überwiegend Güter der gewerblichen Wirtschaft

Innerhalb der Güter der gewerblichen Wirtschaft fällt die überragende Bedeutung des Umschlags von Eisen- und Stahlwaren auf. Hierbei handelt es sich vor allem um Stahlrohre, diverse Arten von Bandstahl, Stahlblechen sowie Stab- und Formstahl. Eine beachtliche Rolle spielten auch elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen, chemische Düngemittel sowie Leder- und Textilwaren. Hinter der Position „Sonstige

Tabelle 4

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg nach Ostasien nach ausgewählten Güterhauptgruppen 1970 und 1974 (Mengen in t)

Ausgewählte Güterhauptgruppen	1970				1974				Veränderung 1974 gegenüber 1970 in % (Sp.5:Sp.1)
	Insgesamt		davon		Insgesamt		davon		
	t	%	Empfang	Versand	t	%	Empfang	Versand	
	1	2	3	4	5	6	7	8	
Insgesamt	2 440 529	100	1 334 645	1 105 884	3 412 944	100	1 848 698	1 564 246	+ 39,8
darunter									
FrISChe Früchte, frisches und gefrorenes Gemüse	124 615	5,1	124 109	506	119 564	3,5	119 034	530	- 4,1
Pflanzliche und tierische Rohstoffe u.ä.	220 623	9,0	218 595	2 028	230 153	6,7	225 352	4 801	+ 4,3
Getreide-, Obst- und Gemüseerzeugnisse	219 397	9,0	199 075	20 322	299 486	8,8	232 122	67 364	+ 36,5
Futtermittel	108 139	4,4	107 766	373	144 943	4,2	144 114	829	+ 34,0
Ölsaaten, Ölfrüchte, pflanzl. und tierische Öle und Fette	44 924	1,8	43 946	978	133 969	3,9	71 129	62 840	+ 198,2
Eisen und Stahl (auch Halbzeug)	418 547	17,1	36 759	381 788	344 830	10,1	43 034	301 796	- 17,6
NE-Metalle, -halbzeug	49 307	2,0	8 305	41 002	83 367	2,4	22 441	60 926	+ 69,1
Chemische Düngemittel	191 605	7,9	167	191 438	234 872	6,9	6	234 866	+ 22,6
Chemische Grundstoffe	62 314	2,6	28 484	33 830	142 651	4,2	46 057	96 594	+ 128,9
Sonst. chemische Erzeugnisse	77 793	3,1	46 629	31 164	69 105	2,0	23 531	45 574	- 11,2
Fahrzeuge	24 183	1,0	5 535	18 648	47 788	1,4	12 313	35 475	+ 97,6
Elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen	158 532	6,5	48 310	110 222	237 721	7,0	71 059	166 662	+ 50,0
Leder- und Textilwaren	106 050	4,3	94 479	11 571	181 927	5,3	168 263	13 664	+ 91,5
Sonst. Halb- u. Fertigwaren	147 151	6,0	78 375	68 776	247 470	7,3	123 109	124 361	+ 68,2
Besondere Transportgüter	10 658	0,4	6 172	4 486	264 425	7,7	158 552	105 873	.

Halb- und Fertigwaren" verbirgt sich eine breite Palette von unterschiedlichen Stückgütern, u. a. Papier und Pappe, Druckereierzeugnisse, Möbel, Spielwaren, Kautschukwaren und Kunststoffe.

Bei den Ernährungsgütern überwogen Getreide, Obst- und Gemüseerzeugnisse (Konserven) sowie Früchte und Gemüse. Beachtlich ist auch der Umschlag von pflanzlichen und tierischen Rohstoffen. Aus dieser Sammelposition ist vor allem der Empfang von Federn, Därmen und Fichtenharzen aus der Volksrepublik China hervorzuheben.

Unterschiedliche Entwicklungstendenzen bei einzelnen Güterhauptgruppen

Zwischen 1970 und 1974 sind bei einigen Gütern zum Teil beachtliche Zuwachsraten festzustellen. Sieht man einmal von den Besonderheiten der Position „Besondere Transportgüter“⁴⁾ ab, so findet man die stärksten Steigerungsraten bei chemischen Grundstoffen und Fahrzeugen sowie bei Ölsaaten und Fetten, deren Umschlag sich seit 1970 verdoppelte bzw. verdreifachte. Sehr hohe Zunahmen zwischen 70% und 90% sind bei NE-Metallen und Halbzeug, Leder- und Textilwaren sowie bei der Sammelposition „Sonstige Halb- und Fertigwaren“ zu vermerken. Aber auch die Gruppe „Elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen“, die fast ausschließlich aus hochwertigen Stückgütern besteht, ragt mit einer überdurchschnittlichen Steigerungsrate (50%) bei beachtlichem Umschlagsvolumen heraus.

Stark gesunken ist der Umschlag von Eisen- und Stahlwaren (- 74 000 t). Die negative Entwicklung ist hier auf den besonders starken Rückgang des Exports von Stahlrohren - überwiegend nach der Volksrepublik China - zurückzuführen, obwohl der Versand von Eisen- und Stahlwaren in den Zwischenjahren sogar

⁴⁾ Hinter der Sammelposition „Besondere Transportgüter“ verbirgt sich neben einer Reihe unterschiedlicher Güter (gebrauchte Verpackungen, Post- und Umzugsgut) in erster Linie das Eigengewicht beladener und unbeladener Container, die den Anteil dieser Güterhauptgruppe in zunehmendem Ausmaß ansteigen ließen.

zum Teil erheblich zugenommen hat. Gesunken ist auch der Umschlag von sonstigen chemischen Erzeugnissen, deren Rückgang besonders auf einer Verminderung der Importe aus Japan - in der Hauptsache Kunststoffe - beruhte. Geringfügig rückläufig war auch der Empfang von Früchten und Gemüse, vor allem hervorgerufen durch Importeinbußen aus Thailand und der Volksrepublik China. Insgesamt hat sich trotz einiger bemerkenswerter Einzelentwicklungen die relative Bedeutung der wichtigsten Güterhauptgruppen 1974 gegenüber 1970 kaum wesentlich verändert.

Ob die Expansion im Ostasienverkehr künftig weiter anhalten wird, hängt von einer Reihe exogener, kaum quantifizierbarer Faktoren ab. So ist das Umschlagsvolumen eines Hafens von der durch Wirtschaft und Bevölkerung induzierten Nachfrage nach Seeverkehrsleistungen ebenso abhängig wie von der Konkurrenzsituation anderer Häfen. Im allgemeinen wird man jedoch sagen können, daß die in den letzten zwei bis drei Jahren zu beobachtenden Tendenzen den Hamburger Hafen als Umschlagsplatz im Ostasienverkehr auch in näherer Zukunft im günstigen Licht erscheinen lassen. Gewisse Impulse könnten dabei auch sicherlich von der Wiedereröffnung des Suezkanals ausgehen. Dabei muß man jedoch berücksichtigen, daß die Ostasienroute vorwiegend von Containerriesen der sogenannten dritten Generation bedient wird. Bei einer Geschwindigkeit von maximal rd. 30 Knoten legen sie beispielsweise die Strecke Hamburg-Tokio heute in nicht mehr als 24 Tagen zurück. Noch vor wenigen Jahren benötigte man für diese Verbindung fast zwei Monate. Solche Schiffe müssen aber wegen ihres starken Tiefgangs weiterhin den längeren Seeweg um Südafrika wählen, so daß die Verkürzung des Fahrtweges durch den Suezkanal (gegenüber der Südafrika-Route rd. 5000 Seemeilen) nur für relativ kleine Schiffseinheiten eine Rolle spielen wird. Insofern dürfte die erneute Eröffnung dieser Wasserstraße in erster Linie den Verkehrsbezirken Ostafrikas und des mittleren Ostens Nutzen bringen.

Johannes Marx

Personal im öffentlichen Dienst Hamburgs (II)

- Teilbeschäftigte und Nachwuchskräfte -

1. Teilbeschäftigte

Der Gang des ersten Teils unserer Untersuchung über den öffentlichen Dienst in Hamburg¹⁾ konzentrierte sich auf das Gesamt- bzw. das vollbeschäftigte Personal der staatlichen Verwaltung. Die Personalgruppe der Teilzeitbeschäftigten, zumindest der gewichtigere Ausschnitt davon, wurde dort hingegen lediglich bei der Behandlung der Aufgabengliederung gestreift. In Anbetracht der nicht nur vom Arbeitsplatzangebot in bestimmten Zweigen des öffentlichen Dienstes, sondern auch der Lage am Arbeitsmarkt und der fort-

schreitenden Eingliederung der Frau in das Erwerbsleben her gesehenen zunehmenden Bedeutung der Teilbeschäftigung, erscheint aber eine etwas detailliertere Darstellung gerechtfertigt. Wegen des gegenüber den Vollbeschäftigten reduzierten Merkmalprogramms, z. B. fehlt die Unterteilung nach Einstufungen, muß jedoch dieser Teil der Strukturanalyse enger begrenzt bleiben. Schwierigkeiten bereitet auch der Vergleich mit 1968, weil eine Totalerfassung der nicht ganztätig Beschäftigten durch die amtliche Statistik erstmals 1974 stattgefunden hat. Um wenigstens partiell vergleichen zu können, wurden behelfsweise Daten aus Geschäftsstatistiken des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst mit herangezogen.

¹⁾ Hamburg in Zahlen, 1975, Heft 4.

Auf die sich zuerst stellende Frage, welches Ausmaß die Teilbeschäftigung im Laufe der Zeit angenommen hat, antwortet die Statistik mit folgenden Feststellungen: Neben den Mitte 1974 gemeldeten 90 958 Vollbeschäftigten standen 18 601 teilzeitbeschäftigte Beamte, Angestellte und Arbeiter im Dienst der hamburgischen Verwaltung; das sind 5453 oder 41,5 % mehr als am 2. Oktober 1968. Gegenüber den Vollbeschäftigten mit nur 13,4 % Zuwachs muß also hier von einem geradezu stürmischen Entwicklungstempo gesprochen werden. In diesen Zahlen sind sowohl die teilzeitbeschäftigten Dauerkräfte als auch die teilzeitbeschäftigten Bediensteten mit Zeitvertrag einbezogen. Die volle Bedeutung des inzwischen erreichten Umfangs der Teilzeitbeschäftigung läßt sich erst so richtig ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Mitte 1974 jeder sechste Mitarbeiter als Halbtagskraft oder gar noch kürzer täglich beschäftigt war.

Es stellt gewiß keine Übertreibung dar, wenn man sagt, die Teilbeschäftigung sei eine Spezialität des weiblichen Personals, denn rd. 87 % aller nicht ganz-tätig arbeitenden Kräfte waren Frauen. Der Frauenanteil bei den Vollbeschäftigten betrug währenddessen nur rd. 39 %.

Die Personalstandstatistik zerlegt die Gesamtheit der Teilzeitbeschäftigten in zwei Untergruppen: Die eine setzt sich aus den Bediensteten zusammen, deren reguläre Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl jedoch durchschnittlich mindestens 20 Wochenarbeitsstunden (bei Lehrkräften mindestens 12 Wochenlehrstunden) beträgt, die andere aus den Bediensteten, deren regelmäßige Werkzeit weniger als 20 Wochenarbeitsstunden (bei Lehrkräften weniger als 12 Wochenlehrstunden) ausmacht. Bis zum Inkrafttreten des novellierten Finanzstatistischen Gesetzes wurde nur die erste Teilgruppe statistisch erfaßt, die mit 14 036 Personen bzw. einem

Dreiviertelanteil allerdings auch die zahlenmäßig bei weitem bedeutsamere ist. Sie verzeichnete ein noch höheres Übergewicht der Frauen (94,3 %).

Noch gibt es eine Aufschlüsselung der Teilzeitbeschäftigten nach Berufen nicht, man weiß indes aus anderen Quellen, daß ca. 7700 Reinmachefrauen als teilzeitbeschäftigte Arbeiterinnen für die Sauberhaltung der Dienstgebäude eingesetzt sind. Die große Zahl der Halbtagsarbeiter ist damit schon erklärt.

Eine gewichtige Rolle spielt die Teilbeschäftigung ferner bei den Angestellten mit einer Quote von 19,1 %, und zwar hauptsächlich im mittleren Dienst, jedenfalls was die 20 Wochenarbeitsstunden und länger Tätigen betrifft. Bis auf den höheren Dienst ist das weibliche Geschlecht mit Anteilen von 90 und mehr Prozent in den Laufbahngruppen vertreten. Es kann vermutet werden, daß Berufe wie Krankenschwester, Erzieherin, Kindergärtnerin, Lehrerin aber auch Sekretärin, Stenotypistin u. a. m. derart hohe Quoten bewirken. Anders als bei den Arbeitern ist unter den Angestellten die Halbtagsarbeit seit 1968 enorm ausgebaut worden, was deren Zuwachsrate von über 80 % belegt.

Wohl hat die Halbtagsbeschäftigung inzwischen auch in der Beamtenschaft Eingang gefunden – 1968 existierte die Möglichkeit dazu noch nicht –, ihr Anteil ist jedoch mit 2,4 % minimal. Knapp zwei Drittel der 952 in Betracht kommenden Bediensteten entfallen allein auf den gehobenen, der Rest im wesentlichen auf den höheren Dienst. Von Einzelfällen abgesehen sind sämtliche teilbeschäftigte Beamte Frauen, wobei es sich ganz überwiegend um Lehrkräfte handelt. Als Teilzeitkräfte wiederbeschäftigte Ruhestandsbeamte (z. B. Lehrer), die gemäß angestelltenrechtlichen Grundsätzen tätig sind, werden bei den teilzeitbeschäftigten Angestellten mitgezählt.

Die Frage, wie das Verteilungsmuster der Teilbeschäftigten im Hinblick auf die Aufgabengebiete aussieht, läßt sich lediglich für die Kategorie derjenigen mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden beantworten²⁾. Nach dem Stand vom 30. Juni 1974 kristallisieren sich vier Funktionsschwerpunkte heraus: die Schulen einschl. der Unterrichtsverwaltung, in deren Diensten 36,1 % des teilbeschäftigten Personals stehen, der Bereich „Gesundheit, Sport und Erholung“, der mit 21,5 % die Soziale Sicherung, die zu 14,5 % sowie der Hochschulsektor, der zu 10,7 % beteiligt ist. Die Streuung über die Aufgabengebiete ist mit beeinflusst von der Tatsache, daß etwa die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten mit 20 Wochenarbeitsstunden und darüber als Reinmachefrauen fungierte. Aufgabengebiete, für die die öffentliche Verwaltung eine große Zahl von Betriebsgebäuden und -einrichtungen unterhält, wie das bei den eben genannten der Fall ist, beschäftigen einleuchtenderweise auch die Mehrzahl der Teilzeitkräfte.

In instruktiver Weise zeigt das Schaubild noch einmal das teilbeschäftigte Personal wie es sich in Gegenüberstellung zum vollbeschäftigten auf die Hauptaufgabengebiete verteilt.

²⁾ Siehe auch Tabelle 6, Spalten Nr. 13 bis 15, in Hamburg in Zahlen, 1975, Heft 4.

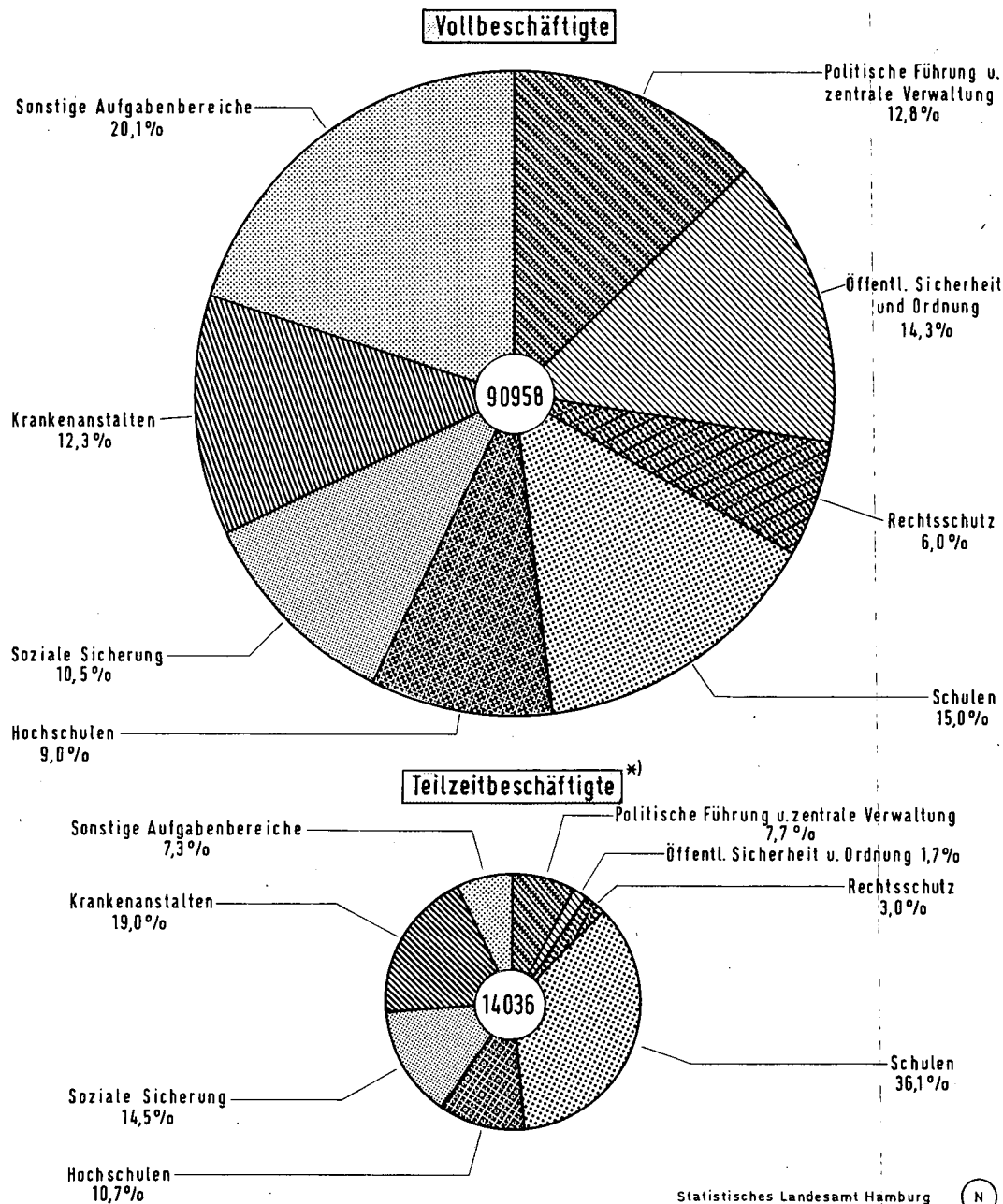
Tabelle 1

**Teilzeitbeschäftigte
der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974
nach Dienstverhältnis, Laufbahngruppe und Geschlecht**

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Insgesamt			darunter weiblich			
	Anzahl	Veränderung 1974 gegen- über 1968 in %	in % des Dienst- ver- hält- nisses	Anzahl	Veränderung 1974 gegen- über 1968 in %	in % des Dienst- ver- hält- nisses	in % der Zellen- gesamt- heit
1. Teilzeitbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden							
Beamte und Richter zusammen	952	.	100	945	.	100	99,3
davon							
Höherer Dienst	305	.	32,0	301	.	31,9	98,7
Gehobener Dienst	607	.	63,8	605	.	64,0	99,7
Mittlerer Dienst	40	.	4,2	39	.	4,1	97,5
Einfacher Dienst	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte zusammen	6 065	+ 80,7	100	5 451	+ 82,6	100	89,9
davon							
Höherer Dienst	545	+ 96,0	9,0	262	.	4,8	48,1
Gehobener Dienst	308	+ 396,8	5,1	279	.	5,1	90,6
Mittlerer Dienst	4 255	+ 85,0	70,2	4 053	.	74,4	95,3
Einfacher Dienst	957	+ 33,7	15,8	857	.	15,7	89,6
Arbeiter	7 019	+ 12,8	100	6 841	+ 16,5	100	97,5
Insgesamt	14 036	+ 46,5	.	13 237	+ 49,4	.	94,3
2. Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 20 Wochenarbeitsstunden							
Angestellte	3 345	+ 82,3	.	1 770	.	.	52,9
Arbeiter	1 220	- 29,6	.	1 162	.	.	95,2
Insgesamt	4 565	+ 28,0	.	2 932	+ 17,1	.	64,2

Schaubild 1

Vollbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte*) der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974 nach Hauptaufgabenbereichen



*) mit 20 und mehr Wochenarbeitsstunden bzw. mit 12 und mehr Wochenlehrstunden.

2. Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst

Definitionsgemäß gehört zur Bestandsmasse der vollbeschäftigten Bediensteten der staatlichen Verwaltung als weitere Teilmasse das in Ausbildung befindliche Personal. Diese Personalgruppe wird im Gesamtbestand zwar voll mitgezählt, ihre eigentliche, funktionsbezogene Leistung wird sie jedoch erst in Zukunft erbringen.

Aus der Tabelle 2 geht hervor, daß 7131 angehende Beamte, Angestellte und Arbeiter das Nachwuchsreservoir des öffentlichen Dienstes in Hamburg

am 30. Juni 1974 stellten. Gemessen am vollbeschäftigten Personalbestand desselben Tages betrug die Quote des auszubildenden Personals 7,8 %; sie ist damit bezüglich 1968 praktisch unverändert geblieben. Getrennt nach dem Geschlecht war das männliche Personal mit Nachwuchskräften unter-, das weibliche überdurchschnittlich versorgt. Merkliche Unterschiede zeigten sich ferner in den Gliederungen nach Dienstverhältnis und Laufbahngruppe. Ausgebildet zu Beamten oder Richtern wurden 4598 Unterhaltszuschußempfänger, das sind 12,0 % aller Vollbeschäftigten aus dieser Belegschaftskategorie. Die Mehrzahl von ihnen präparierte sich als Studien- oder Justizreferen-

Tabelle 2

**Personal in Ausbildung der staatlichen Verwaltung in Hamburg am 30. Juni 1974
nach Dienstverhältnis, Laufbahngruppe und Geschlecht**

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Personal in Ausbildung								
	insgesamt			davon					
	Anzahl	in % des voll- beschäftigten Personals	ver- gleich- bare Relation aus 1968	männlich			weiblich		
				Anzahl	in % des voll- beschäftigten Personals	ver- gleich- bare Relation aus 1968	Anzahl	in % des voll- beschäftigten Personals	ver- gleich- bare Relation aus 1968
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Beamte und Richter zusammen	4 598	12,0	10,1	2 675	9,5	9,4	1 923	18,9	12,9
davon									
Höherer Dienst	2 589	19,9	21,9	1 492	16,7	20,2	1 097	27,1	28,4
Gehobener Dienst	671	5,9	4,5	349	4,9	5,3	322	7,4	3,3
Mittlerer Dienst	1 338	9,7	7,8	834	6,9	6,1	504	28,9	29,0
Einfacher Dienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Angestellte zusammen	2 465	6,2	8,4	481	2,7	4,4	1 984	9,0	12,0
davon									
Höherer Dienst	257	6,1	21,1	165	5,2	18,7	92	8,9	29,3
Gehobener Dienst	122	1,9	4,3	37	1,0	2,4	85	3,3	7,7
Mittlerer Dienst	1 985	7,6	8,3	231	2,5	2,5	1 754	10,4	11,9
Einfacher Dienst	101	3,4	5,7	48	3,7	0,6	53	3,2	11,1
Arbeiter	68	0,5	0,5	68	0,7	0,5	-	-	0,2
Insgesamt	7 131	7,8	7,9	3 224	5,8	6,2	3 907	11,1	11,2

dar auf juristische Berufe in der Privatwirtschaft sowie auf den höheren Dienst an Schulen, Gerichten und in der allgemeinen Verwaltung. Das Faktum, daß die meisten Justizreferendare sich von Anfang an gar nicht für die staatliche Administration, sondern z. B. zum Rechtsanwalts, Notar oder Justitiar in der Privatwirtschaft ausbilden lassen, mit anderen Worten, daß das Ausbildungswesen für Juristenberufe und auch für Lehrerberufe einem Staatsmonopol unterliegt, ist bei der Beurteilung der Nachwuchsquote des höheren Dienstes einzukalkulieren; letztere ist deshalb vergleichsweise zu denen der drei anderen Beamtenlaufbahnen überhöht. Unterhaltszuschußempfänger im gehobenen Beamtendienst – 671 an der Zahl – waren vor allem Regierungsinspektoranzwärter, Finanzanzwärter, Technische Inspektoranzwärter sowie Rechtspflegeanzwärter. Die 1338 Nachwuchsbeamte der mittleren Laufbahn setzten sich hauptsächlich zusammen aus Polizeianzwartern, Regierungsassistentanzwartern, Steueranzwartern und Oberwachtmeisteranzwartern im Strafvollzugsdienst. Innerhalb der in Hamburg sowie schon schwach besetzten Laufbahngruppe des einfachen Dienstes wurden wie 1968 keine Nachwuchsbeamte mehr registriert. Die Funktionen der einfachen Beamten, die vornehmlich noch als Justizwachtmeister im Justizdienst wirken, sind mehr und mehr auf entsprechender Stufe stehenden Angestellten übertragen worden.

Bei den Angestellten zeigte sich das Nachwuchspersonal überwiegend in der mittleren Laufbahngruppe vertreten, was speziell auf die vielen vorhandenen Lernschwestern, Lernpfleger usw. zurückzuführen war; aber auch bezogen auf die vollbeschäftigte Belegschaft des mittleren Dienstes ergab sich eine die anderen übertreffende Quote, während 1968 noch mit Abstand die oberste Laufbahngruppe den größten Anteil an Auszubildenden stellte. Ursächlich steht die Umstrukturierung in Verbindung mit der Abnahme der Zahl noch nicht approbierter Ärzte, sog. Medizinalassistenten, um ca. 150 wegen der vor einiger Zeit erfolgten Änderung der Approbationsordnung und damit der Ausbildungsverhältnisse angehender Ärzte. Zweitens geht sie zurück auf die damals noch als Nachwuchs gewerteten wissenschaftlichen Hilfskräfte des Hochschulsektors, die ab 1974 aus tarifrechtlichen Erwägungen in einer Größenordnung von etwa 200 den teilzeitbeschäftigten Angestellten zugeschlagen wurden.

Ohne nennenswerten Nachwuchs präsentierte sich die Arbeiterschaft der Hamburger Verwaltung, die lediglich 68 Handwerkslehrlinge aufzuweisen hatte. Beim Eintritt in den Staatsdienst haben die Arbeiter eben ihre volle berufsmäßige Ausbildung als angelernte, gelernte oder Facharbeiter meist schon hinter sich.

Francisco Villalaz

Computerkarte Regionaldatei

- Instrument zur Darstellung und Analyse räumlicher Zusammenhänge in der Region Hamburg/Umland, aufgezeigt am Beispiel der Bevölkerungsveränderung -

Zusammen mit dem Aufbau der Regionaldatei für Hamburg und das Hamburger Umland sind auch die technischen Voraussetzungen für den automatisierten Ausdruck von Computerkarten geschaffen worden. Ursprünglich konnten die Karten nur in Schwarz-Weiß-Rastern ausgedruckt werden, was deren Lesbarkeit in mancher Hinsicht erschwerte. Jetzt ermöglicht ein wirtschaftliches Verfahren die Umsetzung der Druckzeichen in Farbwerte, so daß in anschaulicher Weise Strukturen und funktionale Zusammenhänge in den Stadtteilen und Gemeinden der Region Hamburg/Umland dargestellt werden können.

Als Beispiel hierfür ist die Bevölkerungsveränderung zwischen 1961 und 1971 gewählt worden. Hierbei treten deutlich die Innenstadtbereiche mit ihren hohen Bevölkerungsverlusten sowie die Stadtrandgebiete beiderseits der Landesgrenze mit hohen Bevölkerungsgewinnen im genannten Zehnjahreszeitraum hervor.

Kartenlayout und -inhalt

Räumliche Differenzierungen und Zusammenhänge werden besser, als das irgendeine Tabelle vermag, durch kartographische Darstellungen veranschaulicht. Deshalb sind zusammen mit dem Aufbau einer Datenbank für Hamburg und das Hamburger Umland – der Regionaldatei im Statistischen Landesamt – auch die technischen Voraussetzungen für den automatisierten Ausdruck von Computerkarten geschaffen worden. Die Karte zeigt die Region Hamburg/Umland bis 40 km um die Hamburger City und erfaßt darin 103 Hamburger Stadtteile (ausgenommen ist Neuwerk) sowie gegenwärtig 200 Gemeinden im schleswig-holsteinischen und 70 Gemeinden im niedersächsischen Umland.

Für jede dieser Gebietseinheiten sowie auch für 20 Gemeindeteile (= ehemalige Gemeinden) im nördlichen und fast 200 Gemeindeteile im südlichen Umland sind für die Zeitpunkte vor den Gemeindereformen 1972 und 1974 alle in der Regionaldatei gespeicherten Merkmale unmittelbar sowie Merkmalskombinationen und maschinell zu berechnende Relationen wie Einwohner je qkm, prozentuale Veränderungen der Bevölkerungszahlen, Lebendgeborene je 1000 Frauen u. dgl. in der Computerkarte darstellbar¹⁾. Der Kartenausdruck erfolgt in annähernd quadratischem Format 33,5 x 34,5 cm. Die beiliegenden Karten geben einen etwa um die Hälfte verkleinerten Originaldruck wieder. Dieser ist zusammen mit einem transparenten Deckblatt für die Gemeinde- und Stadtteils Grenzen (Beilage für Karte 3) sowie mit ausgewählten Namen die einfachste Unterlage zur Orientierung in der Region.

Die Grenzen der Gemeinden und Stadtteile mußten wegen des Formats der verwendeten Druckzeichen stark generalisiert werden. Diese Vergrößerung bedeutet jedoch keinen Informationsverlust, da die ausgewählten Namen eine ausreichende Lokalisierung ermöglichen.

Kartendarstellung

Die Darstellung der Einzelwerte für die jeweilige Gebietseinheit erfolgt mit Hilfe der in der maschinellen Datenverarbeitung üblichen Druckzeichen, die z. T. durch Übereinanderdrucken eine Hell-Dunkel-Skala von der niedrigsten bis zur höchsten Wertegruppe erzielen. Obwohl die Darstellung von maximal zehn Gruppen möglich ist (Karte 3), kann der optische Eindruck einer proportionalen Folge von Wertigkeit und Helligkeit bei einer Beschränkung auf fünf bis sechs Wertegruppen verbessert werden.

Eine erheblich bessere optische Wirkung läßt sich durch Umsetzung der Schwarz-Weiß-Werte in verschiedene Farben erreichen. Wegen des Informationsgewinns durch Farbe hat das Vermessungsamt die Computerkarte „Entwicklung der Wohnbevölkerung 31. 12. 1971 gegenüber 31. 12. 1961 in der Region Hamburg/Umland“ als mehrfarbige Karte entworfen und gedruckt. Für diese Arbeit ist mit zehn Schwellenwerten die vom Programm her gegenwärtig größtmögliche Zahl von Wertegruppen gewählt worden.

Ein wirtschaftliches Verfahren zur Darstellung eines Themas in Farbe bildet der Dreifarben-Rasterdruck nach DIN 16 509. Mit ihm ist es möglich, sowohl die Anzahl der Druckfarben als auch die Anzahl der Druckgänge in der Maschine zu verringern. Als Druckfarben finden die Normfarben Gelb, Magenta (entspricht Rot) und Cyan (entspricht Blau) Verwendung, die ein breit gefächertes Spektrum für den farbigen Auflagedruck ermöglichen.

Voraussetzung für die rationelle Bearbeitung und Herstellung von mehrfarbigen Karten sowohl im Wege der Reproduktionsfotografie als auch für die kartographische Bearbeitung unter Verwendung von Stripkopien und Kopierastern war neben einem Totalausdruck für alle Wertegruppen in der gesamten Region (Karte 3) die Lieferung einer gesonderten Druckvorlage auch für jede einzelne Wertegruppe (Karte 4 a–k). Dafür steht ein EDV-Standardprogramm zur

¹⁾ Regionaldatei für Hamburg und das Hamburger Umland – Handbuch für den Benutzer, Hrg.: Statistisches Landesamt Hamburg, 1974.

Verfügung. Bei der kartographischen Bearbeitung (Karte 1) werden die für die ausgewählten Farbtöne benötigten Strip-Platten (Farbdecker) hergestellt. Ihre Anzahl richtet sich nach den verschiedenen Tonwertanteilen für jede Normfarbe.

Die reproduktionsfotografische Bearbeitung (Karte 2) dient der Herstellung von deckenden Vorlagen für die Druckplatten-Kopie. Die dazu erforderliche Schwärzung des Drucksymbolfeldes wird in der Computerkarte durch mehrfaches Übereinanderdrucken verschiedener Symbole erreicht.

Eine wesentliche Erhöhung der Aussagefähigkeit der Karte wird durch den zusätzlichen Eindruck der Verwaltungsgrenzen in der Region oder einer entsprechend der Vorlage generalisierten Kartengrundlage erreicht.

Die Bearbeitung von mehrfarbigen Computerkarten läßt sich beschleunigen, wenn der Einzelausdruck nicht nach Wertegruppen erfolgt, sondern nach den unterschiedlichen Tonwertanteilen der drei Normfarben. Die vollautomatische Farbdecker-Herstellung durch den Computer könnte damit erreicht werden.

Entwicklung der Wohnbevölkerung seit 1961

Um die Möglichkeiten der Karte für statistische Analysen zu demonstrieren, wurde nach den vorgenannten Verfahren die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1961 und 1971 in der Region Hamburg/Umland (40-km-Kreis) dargestellt (Gebietsstand 1971). Insgesamt verzeichnete die Region in den zehn Jahren zwischen 1961 und 1971 einen Einwohnergewinn von 123 000 Personen. Das führte zu einer Bevölkerung von nunmehr 2 635 000 Personen. Der Gesamtzuwachs von 5 % ergibt sich aus regional außerordentlich unterschiedlichen Entwicklungen. Die Spanne reicht z. B. von Abnahmen um 74 % im Stadtteil Waltershof bis zu Zunahmen von 260 % in der Gemeinde Vögelsen, Landkreis Lüneburg (Tabelle 1), die absolut extremen Werte weisen die Stadtteile Winterhude mit einem Bevölkerungsverlust von 17 860 Personen und Rahlstedt mit einem Gewinn von 33 780 Personen auf.

Innerhalb des Stadtgebietes liegen Gebiete mit stark konträren Entwicklungen relativ dicht beieinander. Die innere Stadt (von Ottensen über Altona, St. Pauli und den Wallring bis Hammerbrook sowie von der Innenstadt über St. Georg und Winterhude bis Groß Borstel) und die Hafengebiete von Veddel bis Waltershof haben mehr als ein Viertel ihrer Einwohner verloren. An diesen zentralen Bereich lehnt sich ein Ring von Stadtteilen mit geringeren Bevölkerungsabnahmen an. Dazu gehören im Westen die Elbvororte, Bahrenfeld, Eimsbüttel und Hoheluft, im Norden der Raum Alsterdorf, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf und Wellingsbüttel, östlich der Innenstadt Barmbek und Eilbek, im Südosten und Süden die Vier- und Marschlande sowie Wilhelmsburg, Harburg und Heimfeld. Die eigentlichen hamburgischen Stadtrandgebiete Sülldorf, Osdorf, Lurup, Eidelstedt und Niendorf am westlichen und nordwestlichen Stadtrand, Hummelsbüttel, Bergstedt im Norden, Rahlstedt, Jenfeld, Billstedt und Lohbrügge im Osten, Hausbruch und Neugraben-

Tabelle 1

Bevölkerungsentwicklung in Stadtteilen/Gemeinden mit absoluten und relativen Extremwerten 31. 12. 1961 – 31. 12. 1971

Ausgewählte Stadtteile Gemeinden	Bevölkerungsentwicklung 1961 – 1971	
	absolut	%
Freie und Hansestadt Hamburg	- 58 930	- 3
nördlich der Elbe		
Rahlstedt	+ 33 776	+ 70
Lohbrügge	+ 20 327	+ 114
Winterhude	- 17 856	- 23
Billbrook	- 6 157	- 61
südlich der Elbe		
Neugraben-Fischbek	+ 10 898	+ 74
Hausbruch	+ 5 785	+ 106
Harburg	- 7 276	- 22
Waltershof	- 3 013	- 74
Umland bis 40 km	+ 182 076	+ 27
nördlich der Elbe		
Norderstedt (Kreis Segeberg)	+ 26 056	+ 80
Kiebitzreihe (" Steinburg)	+ 1 077	+ 167
Appen (" Pinneberg)	- 550	- 12
Hohenfelde (" Steinburg)	- 716	- 75
südlich der Elbe		
Meckelfeld (Landkrs. Harburg)	+ 4 043	+ 110
Vögelsen (" Lüneburg)	+ 889	+ 259
Oedeme (" Lüneburg)	- 401	- 21
Ketzendorf (" Harburg)	- 400	- 69

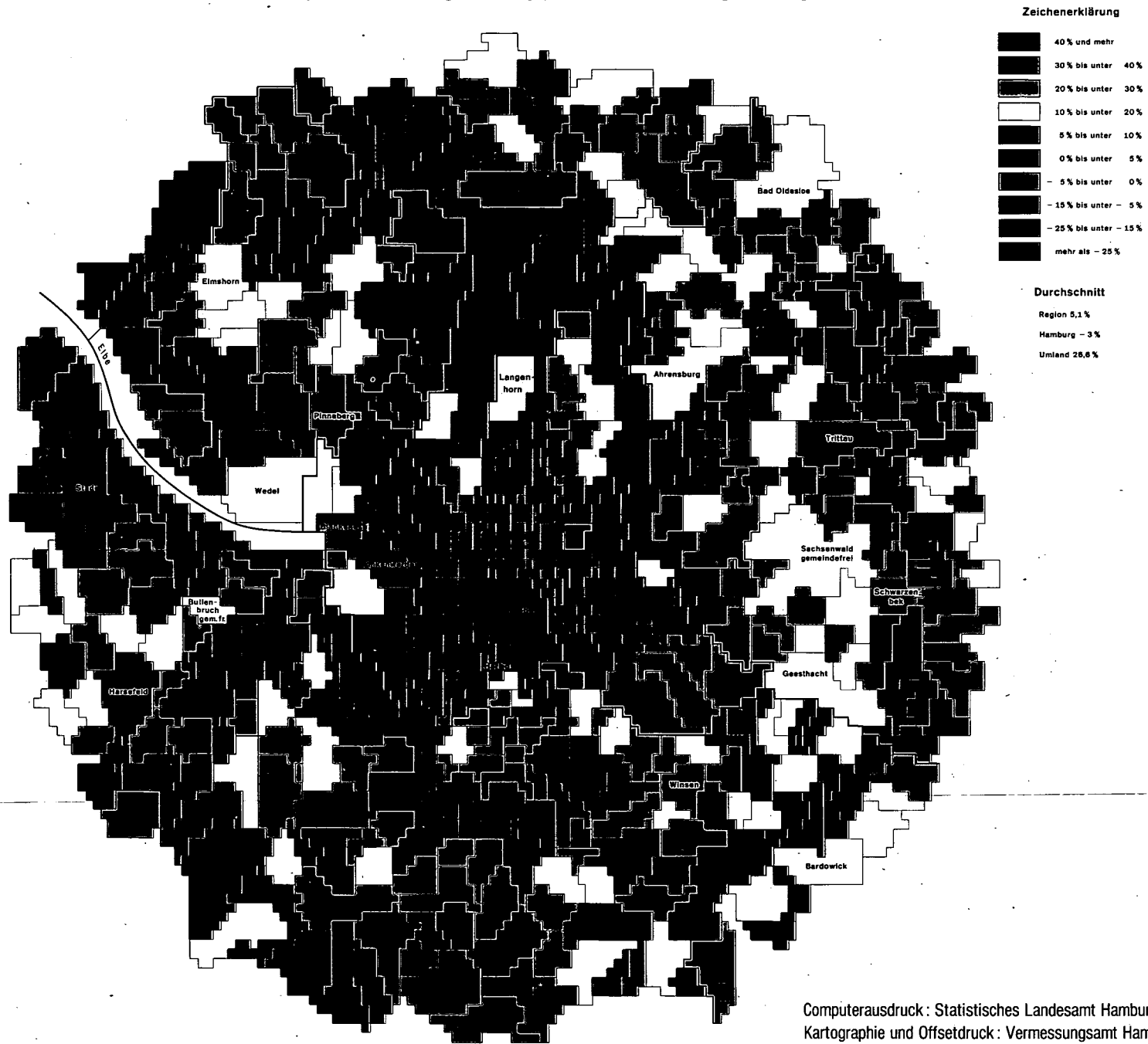
Fischbek im Südosten verzeichneten 40 % und mehr Bevölkerungszunahme.

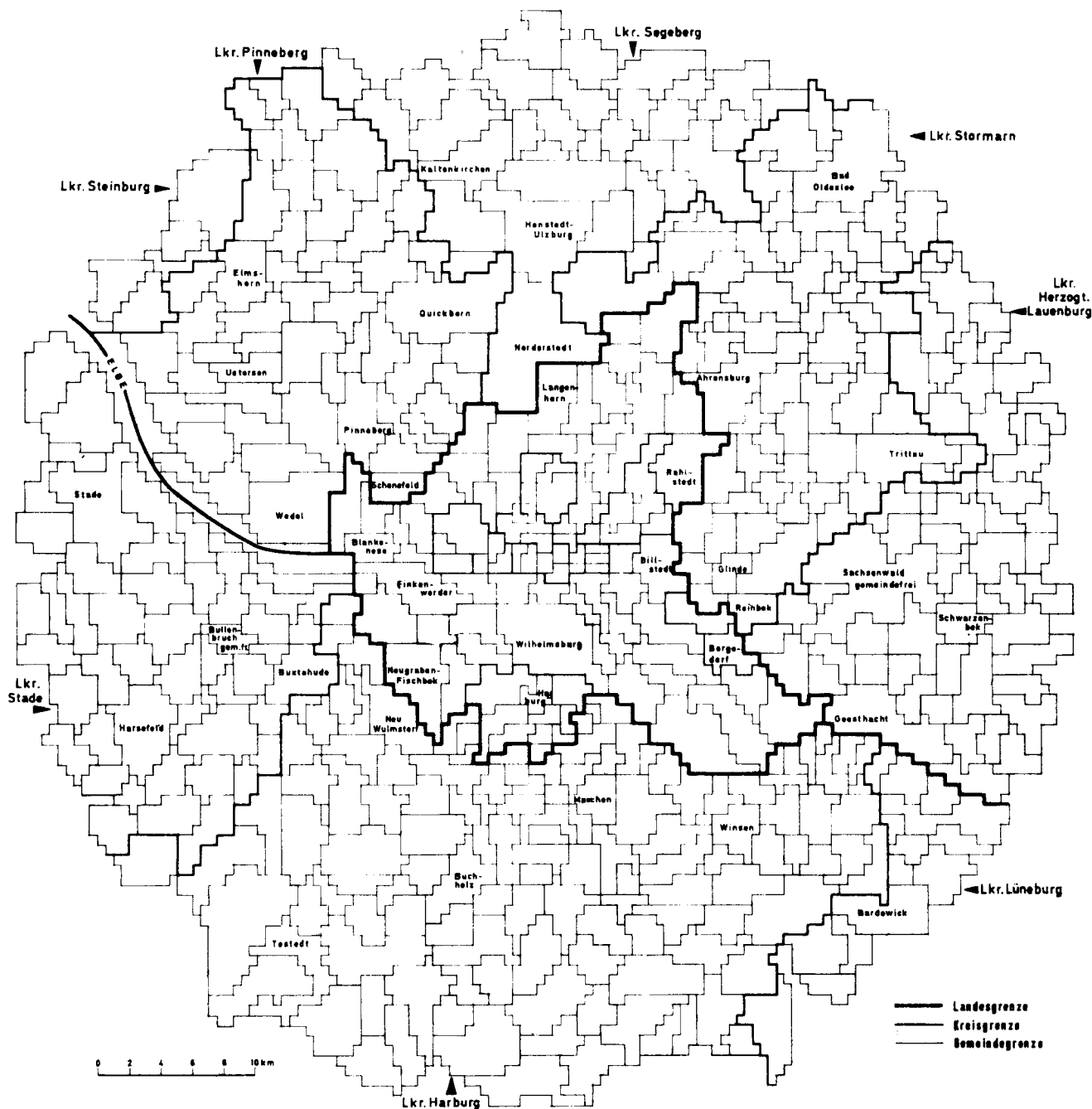
Dieser Dreigliederung des Stadtgebietes mit starker Bevölkerungsabnahme im zentralen Bereich, einem anschließenden Ring von Stadtteilen mit geringeren Verlusten sowie den Randgebieten mit starken, bis sehr starken Bevölkerungszunahmen stehen im Umland fast spiegelbildliche Strukturen gegenüber: ein an Verkehrsachsen stark ausgebuchteter Ring von Stadtrandgemeinden mit erheblichen Bevölkerungszunahmen, umgeben von einer breiten Zone, die durch geringe Zuwachsraten gekennzeichnet ist, sowie einer Randzone, deren Gemeinden Bevölkerungsverluste hinnehmen mußten. Diese äußere Randzone ist jedoch insbesondere im Bereich Zentraler Orte oder in der Nähe der nach Hamburg führenden Hauptverkehrswege durchsetzt mit wachsenden Gemeinden, so beispielsweise im Raum Elmshorn, Kaltenkirchen und Bad Oldesloe. Das entsprechende Phänomen im südlichen Umland wird auf den beiliegenden Karten nur andeutungsweise sichtbar. Hier befindet sich der Ring mit Bevölkerungsabnahmen außerhalb des dargestellten Bereichs in der Zone bis 50 km von der Hamburger Innenstadt, also in einem Entfernungsbereich, der einer 40-km-Zone um das Harburger Zentrum entspricht.

Die größten Bevölkerungszunahmen verzeichnete die Umland-Nahzone von Schenefeld, Halstenbek, Rellingen, Ellerbek, Bönningstedt über Norderstedt mit den Achsen- und achsenangrenzenden Gemeinden bis Kaltenkirchen im Nordwesten und Norden Hamburgs.

Sie reicht weiter über Hoisbüttel, Barsbüttel, Glinde, Reinbek im Osten, umfaßt große Teile der neuen Großgemeinden Stelle, Seevetal, Rosengarten und Buchholz im Süden und erstreckt sich bis nach Neu Wulmstorf und in den Raum Buxtehude. Diese Gemeinden haben in dem Zehnjahreszeitraum ihre Bevölkerungs-

Computerkarte Regionaldatei
 Entwicklung der Wohnbevölkerung 31.12.1971 gegenüber 31.12.1961 in der Region Hamburg/Umland



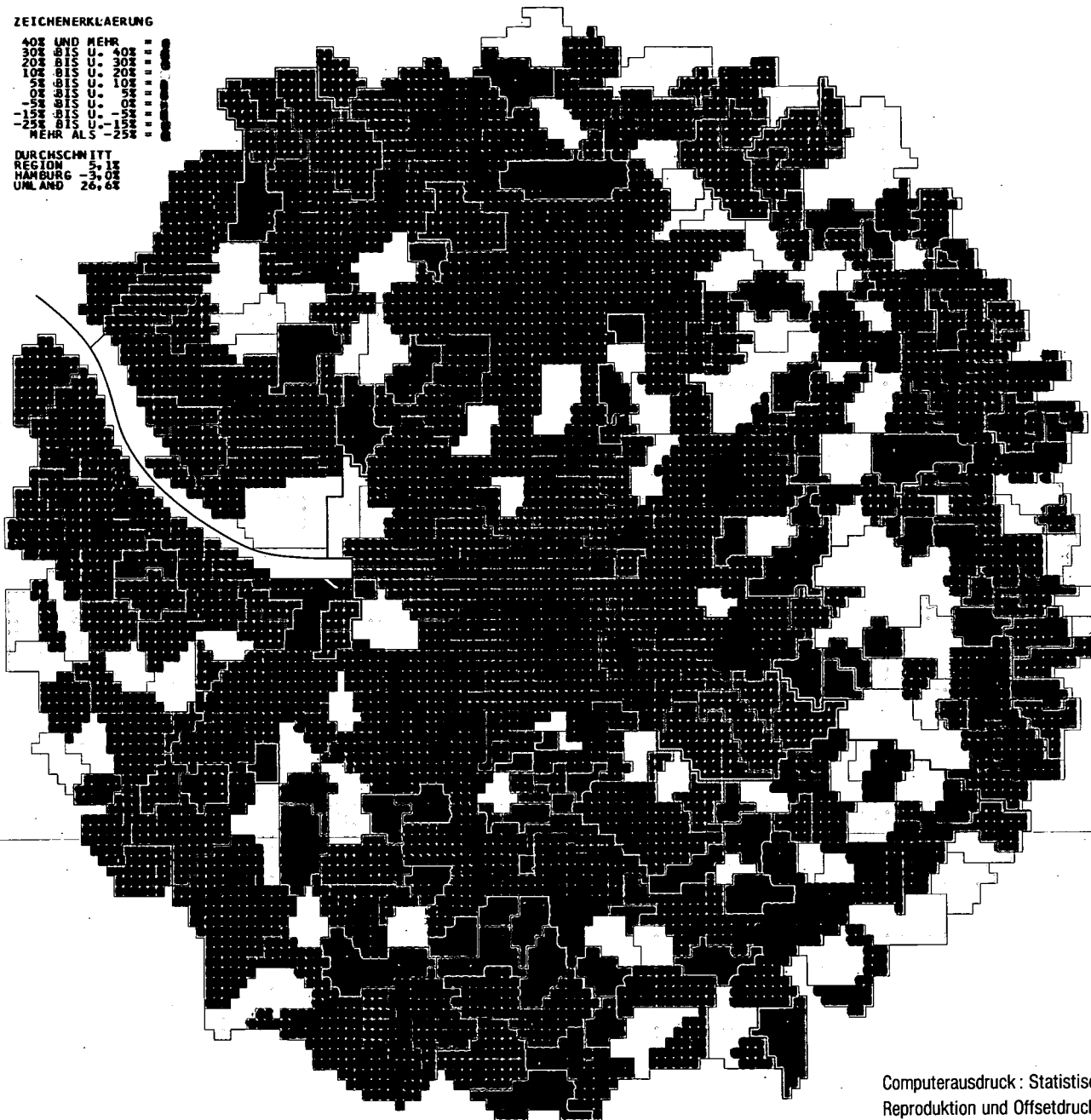


COMPUTERKARTE REGIONALDATEI
 ENTWICKLUNG DER WOHNBEOBLKERUNG 31.12.1971 GEGENUEBER 31.12.1961 IN DER REGION HAMBURG/UMLAND

ZEICHENERKLAERUNG

40% UND MEHR = ●●●●●●●●●●
 30% BIS U. 40% = ●●●●●●●●●●
 20% BIS U. 30% = ●●●●●●●●●●
 10% BIS U. 20% = ●●●●●●●●●●
 5% BIS U. 10% = ●●●●●●●●●●
 0% BIS U. 5% = ●●●●●●●●●●
 -5% BIS U. 0% = ●●●●●●●●●●
 -15% BIS U. -5% = ●●●●●●●●●●
 -25% BIS U. -15% = ●●●●●●●●●●
 MEHR ALS -25% = ●●●●●●●●●●

DURCHSCHNITT
 REGION 5,1%
 HAMBURG -3,0%
 UMLAND 26,6%

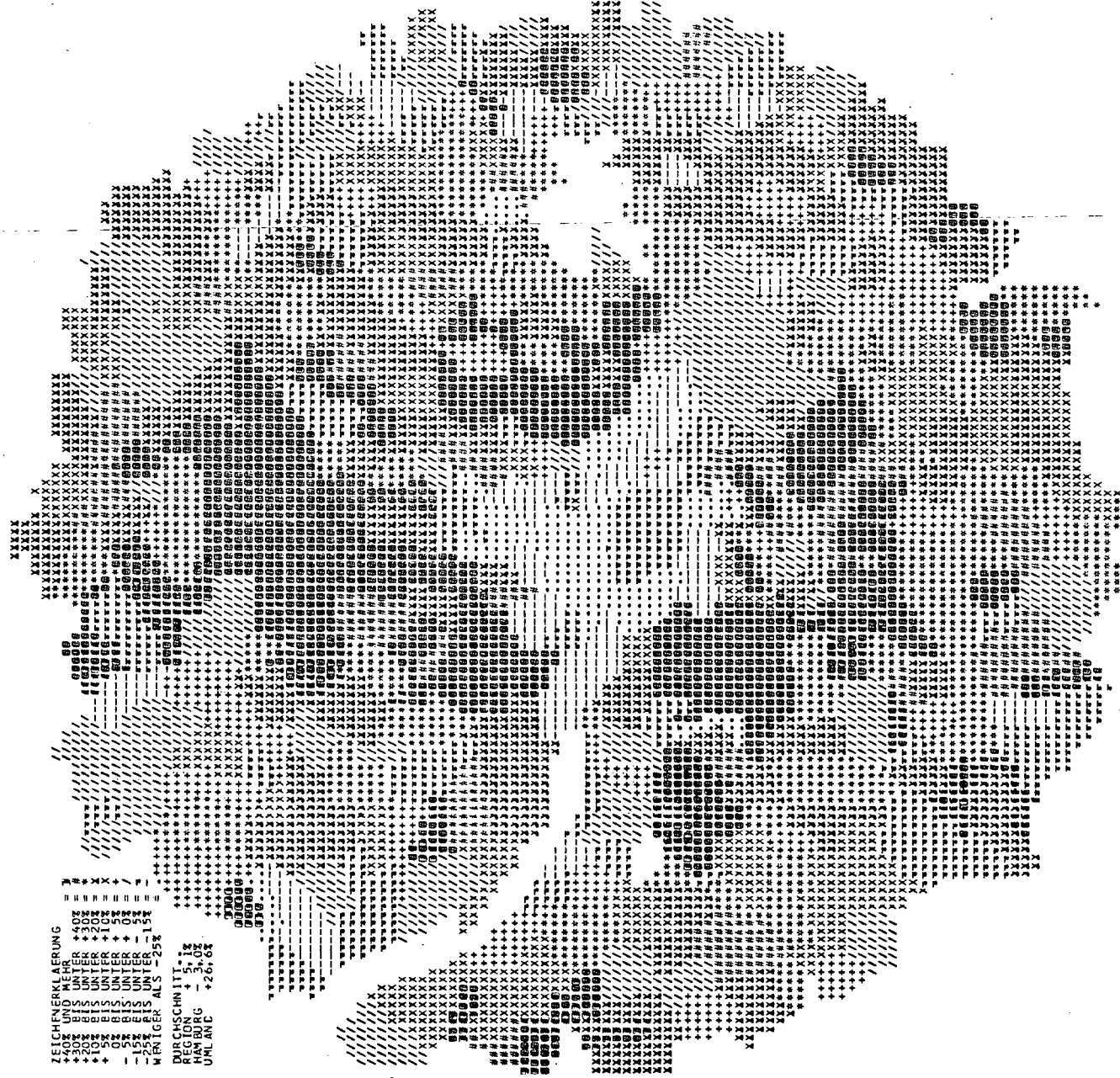


zahl teilweise um mehr als 50 % vergrößert. Als Ausnahme erwähnt seien in dieser Zone die Gemeinden des Alten Landes nördlich von Buxtehude, die u. a. aufgrund ihrer bis dahin ungünstigen Verkehrslage zu Hamburg keine besondere Wohnattraktivität entwickeln konnten und zum Teil starke Bevölkerungsabnahmen verzeichneten.

Karte 3

Entwicklung der Wohnbevölkerung 31. 12. 1971 gegenüber 31. 12. 1961
in den Stadtteilen/Gemeinden der Region Hamburg/Umland

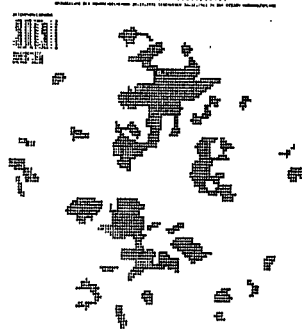
COMPUTERKARTE REGIONALDATEI
ENTWICKLUNG DER WAHNBEBÖLKERUNG 31.12.1971 GEGENÜBER 31.12.1961 IN DER REGION HAMBURG/UMLAND



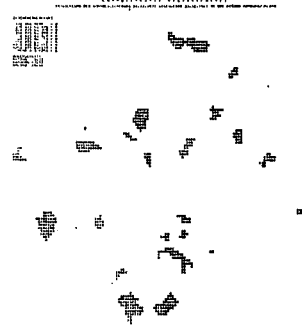
Über dieses Beispiel aus der Bevölkerungsstatistik hinaus bietet die Computerkarte je nach Verwendungszweck eine breite Skala von kartographischen Möglichkeiten zur Darstellung statistischer Daten. Sie ist damit eine wichtige Grundlage für räumliche Analysen aller Art.

Jens Gerhardt/Ulrich Stoye

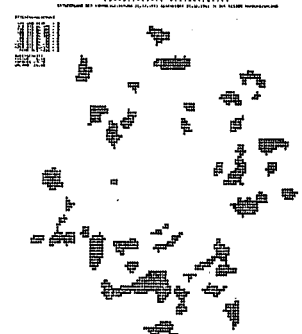
Blatt Nr. 1



Blatt Nr. 2



Blatt Nr. 3



Blatt Nr. 4



Blatt Nr. 5



Blatt Nr. 6



Blatt Nr. 7



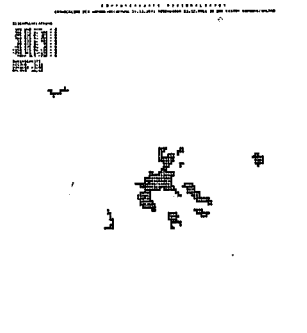
Blatt Nr. 8



Blatt Nr. 9



Blatt Nr. 10



Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	770,5	757,5	760,8	763,4
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	2,6	4,5	7,3	9,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	80	78	74	64
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	5	6	4	4
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	13	49	79	22
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	89	102	125	226
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	7	8	6	3
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	7	22	23	8
Bevölkerung							
1. Bevölkerungszustand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	240,3	239,4	...	244,1
" Altona	"	264,3	252,9	249,4	248,7	...	251,6
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	249,0	248,8	...	250,5
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	325,7	324,7	...	331,1
" Wandsbek	"	357,5	378,0	382,7	382,4	...	379,4
" Bergedorf	"	82,6	93,7	92,5	92,3	...	93,1
" Harburg	"	199,0	201,8	197,5	197,5	...	200,0
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 737,1	1 733,8	...	1 749,8
dav. männlich	"	861,9	815,0	806,6	804,8	...	812,3
weiblich	"	995,0	943,4	930,5	929,0	...	937,5
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	131,1	130,1	...	129,6
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	782	964	702	492
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3	5,5	6,5	...	3,3
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern dar. unehelich	"	2 235 143	1 139 105	957 64	1 102 114	1 134 117	1 150 112
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,8	6,7	7,5	...	7,7
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	6,6	10,3	10,3	9,8
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) dar. im ersten Lebensjahr	Anzahl	2 112 39	2 156 27	2 263 24	2 659 31	1 849 11	2 563 32
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,7	15,8	18,0	...	17,2
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,6	23,1	28,7	9,8	27,5
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123 + 0,8	- 1 017 - 6,9	- 1 306 - 9,1	- 1 557 - 10,6	- 715 ...	- 1 413 - 9,5
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	Anzahl	6 174	6 337	5 152	3 864	...	5 653
Fortgezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 538	5 884	5 626	...	6 438
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	"	- 379 - 37	- 199 + 83	- 732 - 566	- 1 762 - 1 066	...	- 785 - 296
weiblich	"	- 342	- 262	- 166	- 696	...	- 489
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	13 175	11 459	...	15 408
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	1 544	1 222	...	1 807
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	1 110	1 049	835	...	1 231
Niedersachsen	"	1 091	1 000	926	726	...	953
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	379	370	283	...	347
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 192	925	...	1 320
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 202	1 490	991	...	1 573
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	2 081	1 951	...	2 694
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 810	1 637	1 574	...	2 184
Niedersachsen	"	1 268	1 618	1 226	1 067	...	1 564
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	906	719	616	...	838
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 144	1 046	...	1 468
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	787	768	1 433	1 562	...	712

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 485	16 432	16 432	16 614
Patienten ³⁾	"	13 593	13 110	13 873	10 698	13 203	13 866
Pflegetage	"	415 910	406 670	392 536	410 607	396 579	400 310
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	87,5	82,8	83,0	82,7
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 085	3 085	3 085	3 061
Patienten ³⁾	"	3 134	2 893	2 854	2 857	2 879	2 925
Pflegetage	"	86 329	82 499	74 730	83 369	81 261	81 134
Bettenausnutzung	%		92,8	91,3	92,0	92,7	91,5
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	562 262	490 587	694 749	524 111
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	531 651	460 991	663 666	490 990
in Freibädern	"	158 845	339 706				
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	614 717	594 980	676 419	564 296
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	7 492	7 056	9 908	8 048
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	46 082	34 120	36 870	44 393
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	11 590	9 764	11 674	11 053
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung –							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	4 254	4 110	5 049	4 004
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 674	2 697	3 144	2 541
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 288	1 500	1 322	1 165	1 523	1 437
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	77 478	111 313	101 169	59 859
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	6 644	15 376	15 011	7 700
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	19 177	20 176	15 393	8 440
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	4 455	6 177	7 714	9 948	8 564	6 391
Helms-Museum	"	5 799	13 421	15 292	21 146	17 878	17 915
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"		12 094	13 869	19 866	16 246	16 731
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	19 414	30 639	17 220	9 411
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	3 944	4 616	5 336	4 024
Planetarium	"	2 595	5 998	4 040	7 579	4 464	3 722
Bischofsturm	"			1 253	1 833	1 057	2 256
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	677,8	681,5
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	389,6	396,5
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	45,5	46,2
Rentner	"	175,5	236,1	242,7	238,8
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	29,5	30,2
dav. männlich	"	17,9	19,6	19,7	20,5
weiblich	"	8,8	9,1	9,8	9,7
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	28 656	27 737	28 021	11 353
dav. männlich	"	2 318	2 959	18 987	18 391	18 159	6 452
weiblich	"	1 092	2 583	9 669	9 346	9 862	4 901
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155		11 884	11 805	11 185	3 730
Technische Berufe	"	108		1 602	1 472	1 680	903
Dienstleistungsberufe	"	2 965		13 723	13 189	13 826	6 144
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	11 368	11 953	11 660	14 587
3. Arbeitsuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	37 206	36 849	36 317	18 529
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 289	6 803	7 705	7 941	11 872
dar. Kurzfristige Vermittlung	"						
bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	2 509	2 724	2 846	6 912
5. Kurzarbeiter	"	3	284	10 333	9 403	7 867	1 281
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 252	1 565	1 597	1 815
dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	90,7	91,6	94,7	95,3
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	11,1	12,6	13,2	14,8

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. – ²⁾ Bestand am Monatsende. – ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. – ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
		1965	1973				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	3 528	1 549	965	1 014	1 053	1 311
pasteurisiert, abgepackt	"		7 595	6 055	6 001	7 000	7 217
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	1 268	1 409	1 635	1 266
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	122	115	137	171
ultra-hocherhitzt	"	—	316	1 870	1 761	2 127	1 133
Entrahmte Milch	"	—	—	262	297	508	38
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	324	372	509	534
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—	—	149	171	244	207
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	7,3	5,6	6,9	8,4
Kälber	"	2,6	1,1	0,9	1,0	0,9	1,4
Schweine	"	47,0	29,7	23,3	23,7	27,1	31,9
Schafe	"	2,7	0,7	0,3	0,8	0,4	1,1
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	6,6	5,1	6,2	6,8
Kälber	"	2,5	1,0	0,9	1,0	0,8	1,4
Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	23,8	23,6	27,4	31,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	6 229	4 744	4 037	3 707	4 194	4 920
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 789	1 381	1 665	1 844
Kälber	"	187	80	77	84	68	98
Schweine	"	4 318	2 960	2 159	2 219	2 445	2 944
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 293	1 292	1 284	1 342
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	180	179	178	190
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	108	107	107	115
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	Mio DM	24 859	18 319	15 937	15 698	16 872	17 859
Löhne (Bruttosumme)	"	119	199	190	202	207	216
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	183	194	194	191
Kohlverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	14	4	4	4	4	4
Gasverbrauch ohne Erdgas ⁷⁾	1 000 cbm	6 418	2 661	1 276	1 288	1 304	1 206
Erdgasverbrauch ⁷⁾	1 000 cbm	—	63 213	38 652	39 048	34 291	35 279
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	53	54	52	53
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	266	267	269	234
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	13	13	14	12
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	2 003	2 082	2 117	2 244
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	340	366	338	381
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 917	2 003	2 082	2 117	2 244
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	333	443	423	426	495
Chemische Industrie	"	101	168	189	185	185	199
Elektroindustrie	"	143	239	230	256	246	258
Maschinenbau	"	83	150	137	149	155	135
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	12	13	13	14
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	772	830	768	610
Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio cbm	59	58	33	32	28	25
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾							
		1965	1973	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	1. Vj. 1974
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100		94,1	87,6	83,3	82,3	90,1
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100		123,3	118,1	151,6	103,9	100,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹²⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	30 453	30 656	...	37 587
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 172	1 183	...	1 225
Angestellte	"	4 684	6 218	5 408	5 366	...	5 956
Arbeiter ¹³⁾	"	43 102	36 204	23 873	24 107	...	30 406
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	3 524	3 620	...	5 100
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	902	892	...	1 520
gewerblich und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 273 r	1 261	...	1 660
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 349	1 467	...	1 920
Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	46,3	80,6	53,8	55,9	...	73,1
Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	"	5,9	15,6	14,4	14,6	...	14,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	196,3 r	147,2	...	158,0
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	44,2	49,6	...	43,0
gewerblich und Industr. Bau	"	31,0	81,8	62,9 r	48,9	...	53,0
öffentlichen und Verkehrsbaus	"	53,0	81,4	89,2 r	48,7	...	62,0

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
		1965	1973				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	269	184	116	100	84	85
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	89	76	77	46	65
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	418	310	185	179	158
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	65,0	45,2	42,8	41,6
Wohnfläche	1 000 qm	95	87	63	35,5	40	35
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	94	65	29	41	30	63
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	168	339	133	318
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	34,0	84,4	15,7	54,5
Nutzfläche	1 000 qm	73	89	36	47,6	26	65
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	783	444	479	487
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	318	171	69	83	57	107
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	39	38	36	63
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	196	292	160	253
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	44,0	58,4	39,2	49,5
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	42	62	35,6	55
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	86	69	35	24	21	38
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	240	63	160	243
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	38,5	12,8	24,0	28,7
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	50	14,4	33,7	47
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	608	859	449	712
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	185	705	313	376
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	7 136	4 500	14 200	13 800	13 800	18 800
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	190	190	190	189
Wohnungen	"	636	738	751	751	752	740
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 803	2 807	2 807	2 764
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	118,7	131,6	141,6	129,2
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	.	132,3	142,5	162,4	159,4	140,1
Facheinzelhandel	"	.	118,7	111,2	121,6	140,0	127,2
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾							
Mio DM		212	420	442	603
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	"	17	55	67	73
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	375	530
dav. Rohstoffe	"	2	3	3	5
Halbwaren	"	50	83	107	153
Fertigwaren	"	143	279	265	372
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	37	63
Enderzeugnisse	"	134	250	228	309
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	311	333	408
dar. EG-Länder	"	92	199	186	243
EFTA-Länder	"	40	57	75	70
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	123,4	128,2	137,5	137,5
dav. Beherbergungsgewerbe	"	.	133,6	107,8	120,4	136,1	136,9
Gaststättengewerbe	"	.	123,2	128,1	130,5	137,9	137,6
4. Fremdenverkehr ⁴⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	119 966	117 405	80 711	97 607	...	122 077
dar. von Auslandsgästen	"	42 391	39 554	22 141	28 085	...	36 128
Fremdenübernachtungen	"	231 537	224 878	152 855	184 528	...	233 554
dar. von Auslandsgästen	"	79 598	73 856	44 774	53 222	...	68 004

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
		1965	1973				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 512	1 373 p	1 468 p	1 475 p	1 506
Angekommene Schiffe	-	1 739	1 571	1 404 p	1 483 p	1 565 p	1 606
Abgegangene Schiffe	-	2 942	4 154	3 864 p	3 732 p	3 718 p	4 497
Güterverkehr über See	1 000 t	2 229	3 096	2 723 p	2 606 p	2 584 p	2 964
dav. Empfang	-	1 634	2 446	2 223 p	2 069 p	1 949 p	2 331
dav. Massengut	-	968	1 416	1 155 p	1 123 p	1 004 p	1 349
dar. Mineralöle	-	595	650	500 p	537 p	635 p	633
Sack- und Stückgut	-	713	1 058	1 241 p	1 126 p	1 134 p	1 533
Versand	-	292	472	677 p	553 p	519 p	705
dav. Massengut	-	421	586	564 p	573 p	615 p	828
Sack- und Stückgut	-	-	-	-	-	-	-
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	277 r	282 p	310 p	409
Güterversand	-	309	400	511 r	512 p	450 p	470
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	4 279 p	5 087 p	5 174 p	5 367
Fluggäste	-	141,5	258 767	214 074 p	271 178 p	277 377 p	274 238
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	1 981,7 p	2 169,6 p	2 308,5 p	2 251,9
Luftpost	-	413,7	722,7	613,4 p	683,6 p	745,9 p	687,0
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	26 098 r	24 981	...	28 806 r
Schnell- und Vorortbahnen	-	9 436	3 587	2 624	2 360	...	3 242
Straßenbahn	-	12 289	18 621	19 020 r	18 503 r	...	19 584 r
Kraftomnibusse	-	-	-	-	-	...	-
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	510,5	515,9	521,2	495,1
dar. Personenkraftwagen ³⁾ ⁴⁾	-	310,8	438,5	458,8	463,5	468,2	443,6
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	4 776	6 575	...	6 171
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	-	4 632	4 907	4 400	6 123	...	5 491
Lastkraftwagen	-	362	379	204	230	...	467
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	859	986	725 p	759 p	879 p	846
Getötete Personen	-	26	24	24 p	23 p	22 p	19
Verletzte Personen	-	1 106	1 308	925 p	1 040 p	1 166 p	1 136
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM		38 431,4	44 022,5	44 248,6	43 647,6	40 429,0
Kredite an Nichtbanken	-						
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	-		10 470,1	11 837,1	12 108,9	11 327,1	10 783,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	-		10 357,1	11 573,2	11 861,3	11 098,3	10 625,3
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	-		5 851,0	6 338,4	6 191,5	6 193,6	6 066,0
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	-		5 393,1	5 480,1	5 317,6	5 350,9	5 523,1
Langfristige Kredite ⁷⁾ (von 4 Jahren und darüber)	-		22 110,3	25 847,0	25 948,2	26 126,9	23 579,4
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	-		20 084,9	22 998,9	23 074,9	23 241,9	21 356,2
dar. Durchlaufende Kredite	-		809,6	602,8	600,6	616,8	727,2
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	-		27 194,1	30 848,0	30 718,3	30 931,2	29 617,1
dav. Sicht- und Termingelder	-		17 617,9	19 802,8	19 495,6	19 465,0	19 671,0
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	-		12 981,1	14 183,1	14 073,1	14 186,2	14 456,8
Spareinlagen	-	4 069,9	9 576,2	11 045,2	11 222,7	11 466,2	9 946,1
dar. bei Sparkassen	-	2 792,9	6 283,6	7 279,5	7 361,4	7 452,4	6 530,8
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	-	244,3	531,5	647,4	731,0	898,1	512,8
Lastschriften auf Sparkonten	-	203,9	542,7	562,1	554,1	657,3	537,1
Zinsgutschriften	-	12,9	46,6	0,6	0,7	2,7	2,8
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	18	35	28	27	29
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 706	3 806 r	2 854	3 212

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
		1965	1973				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	18 709	17 596	21 935	22 560
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 285	3 545	3 911	3 562
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 417	1 223	1 549	1 367
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	505	731	646	524
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	158	158	158	159
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 660	6 665	6 684	6 320
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 860	6 920	6 972	6 419
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	6 066	6 092	6 102	5 821
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM							
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	347 253	642 982	364 072	373 044
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	299 955	280 042	284 144	317 471
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	27 350	235 782	70 675	43 275
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	22 744	14 029	43 026	14 833
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	- 2 796	113 128	- 33 772	- 2 535
Steuern vom Umsatz	"	335 576	335 576	357 185	357 169	356 083	336 222
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	141 489	174 571	168 697	145 443
Einfuhrumsatzsteuer	"	-	129 313	215 696	182 598	187 387	190 780
2.* Bundessteuern							
1 000 DM							
dar. Zölle	"	45 076	56 426	59 816	52 331	62 893	63 606
Verbrauchssteuern	"	358 150	782 783	784 074	594 651	844 484	621 451
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	581 263	483 890	611 881	509 772
3.* Landessteuern							
1 000 DM							
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	44 265	3 561	3 569	3 313
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	10 620	13 001	15 453	12 535
Biersteuer	"	2 430	3 136	2 313	2 180	2 611	2 780
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM							
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	165 363	39 112	21 039	13 732
Grundsteuer A	"	73	90	-	-	12	9
Grundsteuer B	"	5 134	9 402	-	-	2 512	1 461
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM							
601 215							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
1 000 DM							
157 752							
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾ ⁴⁾	"	122 235	176 408	-	-	52 323	34 189
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	-	37 385	-	-	12 437	22 643
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	-	12 785	9 358	-	-	-
Außerdem:	"	-	-	-	-	-	-
Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁵⁾	"	46 355	68 905	-	-	71 463	52 715
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ³⁾	"	-	47 805	-	-	19 412	21 963
Einnahmen des Landes insgesamt	"	-	386 242	-	-	189 013	160 852
Öffentliche Finanzen							
Mio DM							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
1 762,5							
dar. Personalausgaben	"	795,7	834,4	834,4	1 003,9	979,5	917,6
Bauinvestitionen	"	185,1	208,9	208,9	289,3	126,7	125,9
dar. für Schulen	"	54,8	53,8	53,8	81,5	32,3	39,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	-	23,1	29,2	33,6	18,3	23,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	-	8,5	7,9	15,1	10,6	5,1
Straßen	"	-	20,2	26,9	50,5	15,9	11,5
Wasserstraßen und Häfen	"	-	21,1	30,2	22,5	15,0	11,7
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	155,0	155,0	183,7	153,2	187,8	190,1
Zuführung an Rücklagen	"	8,8	-	-	5,0	0,0	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
1 802,7							
dar. Steuern	"	1 158,7	1 200,0	1 200,0	1 508,8	1 183,4	1 323,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	-	57,7	37,7	76,3	37,0	41,4
Gebühren, Beiträge usw.	"	-	192,2	267,7	235,3	279,6	233,9
Entnahme aus Rücklagen	"	-	12,5	18,5	31,5	0,4	37,2
Schuldenaufnahme	"	-	207,8	254,0	270,0	307,6	140,8
3. Schuldenstand am Ende des Quartals							
4 884,2							
dar. am Kreditmarkt	"	-	3 588,2	4 164,2	4 720,9	4 941,5	3 871,5
bei Gebietskörperschaften	"	-	690,2	695,0	716,3	707,1	702,3
Vj.-Durchschnitt 1973							
3. Vj. 1974							
4. Vj. 1974							
1. Vj. 1975							
1. Vj. 1974							

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. - ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. - ³⁾ nach Zerlegung. - ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. - ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	November 1974	Februar 1975	Februar 1974
		1965	1973				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	223,5	225,5	226,7	207,9
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	225,7	228,0	229,8	209,8
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	221,3	222,9	223,5	206,0
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	221,9	223,7	224,7	206,2
Bürogebäude	"	112,2	194,2	215,4	216,6	216,6	201,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	211,4	210,8	210,4	197,4
				April 1974	Juli 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	469	490	494	448
weibliche Arbeiter	"	140	245	290	311	313	280
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	10,69	11,29	11,33	10,15
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	7,09	7,61	7,65	6,77
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	43,9	43,4	43,6	44,1
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	40,9	40,9	40,9	41,3
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	2 398	2 479	2 531	2 209
weiblich	"	747	1 381	1 712	1 795	1 833	1 611
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	2 496	2 596	2 611	2 328
weiblich	"	748	1 374	1 666	1 747	1 757	1 570
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	2 185	2 228	2 278	2 036
weiblich	"	668	1 254	1 506	1 565	1 605	1 411
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	2 239	2 292	2 343	2 078
weiblich	"	688	1 286	1 548	1 613	1 652	1 451
Technische Angestellte							
männlich	"	1 176	2 024	2 443	2 537	2 554	2 276
weiblich	"	838	1 504	1 834	1 883	1 881	1 746
				Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	12 188	11 720	10 965	11 506
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	7	9	11	8
Körperverletzung	"	-	420	439	486	367	412
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	116	114	98	90
Diebstahl	"	5 235	7 132	7 551	7 077	6 817	7 297
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	3 900	3 476	3 389	3 840
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 331	1 437	1 388	1 344
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ³⁾	"	862	1 447	1 696	1 733	1 784	1 706
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁴⁾	"	8 929	9 671	8 962	6 823	6 531	10 983
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	448	464	560	443
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁵⁾	"	31 317	29 591	30 923	30 965	31 799	33 546
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	15 253	15 092	...	14 561
dav. Feueralarme	"	288	475	452	518	...	821
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	12	17	...	40
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	129	131	...	155
Rettungswageneinsätze	"	-	12 616	14 016	13 724	...	12 909
dar. für Krankentransporte	"	4 494	2 835	2 833	2 641	...	2 832
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	-	1 801	1 546	1 639	...	1 770
Hilfeleistungen aller Art	"	-	879	785	850	...	831
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	-	110	150	154	...	201

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1974

Großstädte		Bevölkerung						Erwerbstätigkeit		Industrie ¹⁾				
		Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ¹⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM
Berlin	2. Vj.	2 033 ⁴⁾	1 479	2 915	- 1 436	5 138	5 510 ⁴⁾	- 1 808	13 613	14 051	227 664	112	6 219	3 059
	1. Vj.	2 040 ⁴⁾	4 458	10 237	- 5 779	16 425	18 817 ⁴⁾	- 8 171	18 828	12 430	229 174	112	5 836	2 861
Hamburg	2. Vj.	1 742	3 568	6 443	- 2 875	16 490	18 894	- 5 279	9 107	16 376	187 546	108	6 752	3 876
	1. Vj.	1 748	3 363	6 158	- 2 795	16 581	17 721	- 3 935	11 443	14 053	190 426	109	6 390	3 656
München	2. Vj.	1 322	2 622 p	3 093 p	- 471 p	16 361	27 554	- 11 664 p	10 131 ⁷⁾	12 257 ⁷⁾	188 353	142	5 410	4 092
	1. Vj.	1 333	2 480	3 305	- 825	18 426	20 331	- 2 730	11 866 ⁷⁾	10 223 ⁷⁾	190 800	143	5 254	3 941
Köln	2. Vj.	829	1 916	2 442	- 526	11 489	11 909	- 946	8 122	6 880	128 377	155	1 240	1 496
	1. Vj.	830	1 726	2 655	- 929	11 369	12 390	- 1 950	8 694	5 497	129 959	157	1 387	1 671
Essen	2. Vj.	673	1 354	2 050	- 696	4 614	5 700	- 1 782	6 693	4 031	60 299	90	1 333	1 981
	1. Vj.	675	1 356	2 371	- 1 015	5 002	6 610	- 2 623	7 869	3 559	60 628	90	1 227	1 818
Düsseldorf	2. Vj.	623	1 194	1 873	- 679	8 100	10 302	- 2 881	5 134	5 422	109 019	175	2 826	4 536
	1. Vj.	626	1 231	2 077	- 846	8 100	10 170	- 2 916	5 461	4 601	110 426 p	176 p	2 752 p	4 396 p
Frankfurt/M.	2. Vj.	665	1 460	2 033	- 573	10 634	14 275	- 4 214	6 733	10 763	121 774	183	3 465	5 211
	1. Vj.	669	1 264	2 126	- 862	11 455	14 226	- 3 633	7 727	10 108	124 023	185	3 285	4 910
Dortmund	2. Vj.	633	1 578	2 625	- 1 047	4 761	6 927	- 3 213	5 743	4 614	75 586	119	1 653	2 611
	1. Vj.	636	1 095	2 034	- 939	5 895	6 040	- 1 084	6 652	4 126	76 398	120	1 450	2 280
Stuttgart	2. Vj.	618	1 411	1 524	- 113	11 158	14 343	- 3 298	1 883	8 878	140 969	228	4 464	7 223
	1. Vj.	622	1 473	1 542	- 69	13 501	16 344	- 2 813	2 356	8 171	142 960	230	4 546	7 309
Bremen	2. Vj.	582	1 365	1 798	- 433	5 854	6 811	- 1 390	4 664	5 516	85 450	147	2 969	5 101
	1. Vj.	583	1 207	1 930	- 723	7 000	7 190	- 913	5 715	4 573	85 152	146	2 623	4 499
Hannover	2. Vj.	572	1 176	1 805	- 629	7 719	9 517	- 2 427	7 369	5 859	99 657	174	2 290	4 003
	1. Vj.	575	1 092	1 861	- 769	7 853	8 134	- 1 050	4 744	5 540	101 445	176	2 234	3 885

Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ¹⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ³⁾	Lohn- und Einkommensteuer
		1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj.	14 842	486	239	414	3 110	514	4 106	466	281	138	751	3 498	4 356	121 160	58 975
	1. Vj.	12 926	533	261	474	3 749	367	2 977	127	195	96	529	2 823	3 597	165 429	65 145
Hamburg	2. Vj.	13 486	602	346	257	1 621	246	1 757	800	388	223	711	2 655	3 555	191 904	144 190
	1. Vj.	13 309	462	264	293	2 810	187	1 488	491	282	161	528	2 278	3 025	235 067	139 116
München	2. Vj.	16 379	609	461 p	269	2 537	319	4 503	905	499	378 p	1 011	1 827	2 494	136 727	102 928
	1. Vj.	12 612	509	382	221	1 727	352	4 249	1 124	400	300	830	1 573	2 138	135 876	98 768
Köln	2. Vj.	6 960	274	331	72	956	110	1 453	222	166	200	287	1 053	1 375	95 582	58 167
	1. Vj.	6 575	238	287	100	1 127	44	671	229	155	187	343	985	1 316	57 232	70 331
Essen	2. Vj.	6 192	193	285	164	709	94	557	226	34	51	68	689	915	49 841	39 408
	1. Vj.	5 755	228	338	50	359	118	566	207	33	49	70	710	918	68 431	5 604
Düsseldorf	2. Vj.	7 098 p	232 p	372	83	763	90	1 160	226	153	246	327	861	1 114	78 802	53 136
	1. Vj.	6 726 p	299 p	478 p	47	436	71	599	215	150	240	300	696	866	134 622	51 923
Frankfurt/M.	2. Vj.	9 708	361	543	163	1 014	26	239	160	287	432	606	1 134	1 469	184 526	59 595
	1. Vj.	9 502	336	502	137	857	20	122	134	259	387	518	985	1 244	197 008	16 429
Dortmund	2. Vj.	5 474	195	308	193	875	144	642	715	38	60	77	837	1 086	45 296	28 081
	1. Vj.	5 263	162	255	182	878	293	1 154	394	39	61	72	747	994	40 016	4 655
Stuttgart	2. Vj.	9 967	310	502	81	430	162	923	321	123	199	286	752	1 028	58 833	58 147
	1. Vj.	8 510	288	463	95	710	119	729	184	110	177	255	640	865	102 195	12 116
Bremen	2. Vj.	5 881	214	368	232	723	136	637	178	84	144	162	870	1 038	84 088	37 273
	1. Vj.	5 786	211	362	173	852	145	600	276	66	113	131	760	910	81 769	35 406
Hannover	2. Vj.	5 484	216	378	91	418	53	832	171	109	190	191	864	1 138	56 974	44 342
	1. Vj.	4 758	175	304	48	438	51	587	65	100	174	177	714	910	91 997	8 625

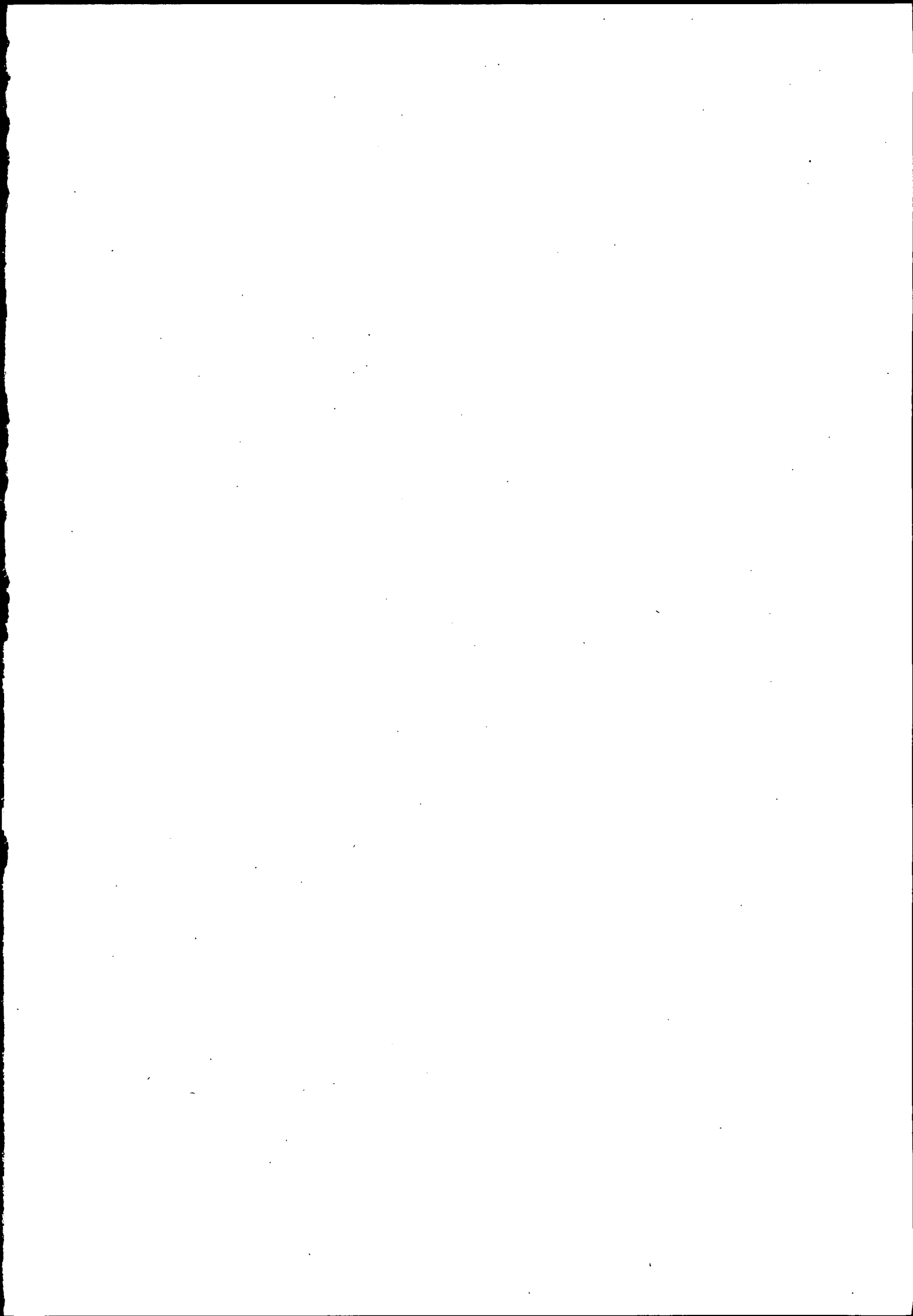
¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsteuer. - ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

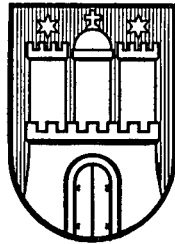
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p	62 075,3
Eheschließungen	auf 1 000	8,9	6,4 p	6,2
Lebendgeborene	Elnw. und	17,7	10,3 p	10,1
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p	12,5
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	7 819	7 768	7 722	8 232
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 065	929	807	780	771	910
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	55 678	58 316	57 367	59 584	63 901
dar. Auslandsumsatz	-	4 903	11 936	13 788	13 638	14 120	15 944
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1970 = 100	118,2	178,7	95,8	103,4	108,9	...
Industrie (einschl. Bau- u. Energiele.)	-	119,1	182,3	93,3	101,1	107,2	...
Verarbeitende Industrie	-	124,8	212,2	95,2	102,1	102,2	...
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	-	117,8	176,7	90,0	98,4	107,6	...
Investitionsgüterindustrie	-	115,6	167,1	90,8	103,3	111,1	...
Verbrauchsgüterindustrie	-	115,2	152,8	104,8	108,4	114,0	...
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	-	118,9	149,6	70,6	76,9	88,7	...
Bauindustrie	-	-	-	-	-	-	-
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 508,1	1 375
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	235,2	172
Geleistete Arbeitsstunden	-	-	-	-	-	-	-
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	7 734	5 173
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 909	22 086	25 063	...	36 961
Baufertigstellungen für Wohnungen	-	49 326	69 619	13 045	16 287	...	25 288
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	-	...	129,7	128,8	122,9	133,0
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	-	-	127,0	137,6	133,9	...	141,5
VERKEHR							
Seeschifffahrt	1 000 t	8 835	14 002
Güterumschlag ⁵⁾	-	6 850	10 385
dav. Empfang	-	1 885	3 617
Versand	-	-	-	-	-	-	-
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	141 073	167 752	228 380	203 889
Straßenverkehrsunfälle	-	-	-	-	-	-	-
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	-	26 364	29 443 p	23 586 p	21 808 p	25 296 p	24 486
Getötete Personen	-	1 313	1 358 p	1 219 p	990 p	1 126 p	1 065
Verletzte Personen	-	36 124	40 642 p	31 250 p	28 881 p	35 204 p	33 109
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	6 106	7 450	4 704	3 996	4 109
Veranlagte Einkommensteuer	-	1 233	2 204	1 081	648	5 210	5 294
Körperschaftsteuer	-	681	907	522	193	1 935	2 081
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	-	2 018	4 152	5 062	4 815	4 059	3 825
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	104,0	123,8	134,4	134,6	134,6	126,7
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	-	112,8	142,3	140,7	140,2	146,0
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	-	-	112,3	138,0	135,6	136,2	128,3
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	1962 = 100	114,6	187,1	...	203,7
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	130,5	131,2	131,9	124,3
Nahrungs- und Genußmittel	-	94,2	117,7	126,7	127,1	127,6	122,2
Wohnungsmieten	-	71,9	119,4	129,4	130,7	132,4	124,7
LOHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	9,03	9,55	9,87	8,89
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	42,3	42,8	42,9	43,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungszeitraum.



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

Juli-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Weniger Kinder in den ersten Ehemonaten

In den Hamburger Ehen kommen die Kinder nicht mehr so früh. Vor fünf Jahren wurde von den ersten Kindern verheirateter Eltern jedes dritte innerhalb von acht Monaten nach der Hochzeit geboren, 1974 war dies nur noch bei jedem vierten Kind der Fall. Innerhalb von zwölf Monaten nach der Eheschließung kamen 1970 im ganzen über 42% aller erstgeborenen Kinder zur Welt, im letzten Jahr lediglich 32%.

Der Anteil der ersten Kinder, die im zweiten und dritten Ehejahr geboren wurden, war 1974 mit 34% nicht viel höher als vor fünf Jahren. Demgegenüber haben 1974 deutlich mehr erstgeborene Kinder im vierten bis sechsten Ehejahr das Licht der Welt erblickt als 1970. Im vergangenen Jahr wurden 25%, fünf Jahre zuvor hingegen nicht einmal 19% der ersten Kinder vier bis sechs Jahre nach der Trauung der Eltern geboren.

Insgesamt haben die hamburgischen Standesämter 1974 mehr als 13 500 Geburten registriert. Über neun Zehntel der Kinder waren ehelich; der Anteil der nichtehelichen Kinder, der vor fünf Jahren knapp 8% ausmachte, hat sich auf gut 9% leicht erhöht.

5,5 Mio Kinobesucher

Nach Angaben der Filmförderungsanstalt und des Wirtschaftsverbandes der Filmtheater gab es Ende 1974 in Hamburg 65 Kinos, 12 mehr als ein Jahr zuvor. Trotz dieser Zunahme bei der Zahl der Theater hat sich die Platzkapazität geringfügig auf nicht ganz 23 000 Plätze vermindert. Die Besucherzahl der Hamburger Lichtspieltheater erreichte 1974 mit insgesamt 5,5 Mio etwa die gleiche Höhe wie im vorangegangenen Jahr.

Trotz Beschäftigtenrückgang Umsatzanstieg im Malergewerbe

Innerhalb des Hamburger Baunebengewerbes haben die etwa 960 Malerbetriebe mit einem Umsatz von mehr als 250 Mio DM im Jahr 1974 ihre führende Stellung behaupten können. Eine erfreuliche Tatsache auch für die Innung des Malerhandwerks, die – wie mehrere andere Hamburger Innungen – in diesem Jahr auf ihr 600jähriges Bestehen zurückblickt.

Allerdings mußte auch dieser Gewerbebezirk einen nicht unbedeutenden Schrumpfungsprozeß durchstehen. Gegenüber

1967 verringerte sich die Zahl der Betriebe um rd. 7% und die der Beschäftigten um fast 25% auf 5500. Die Umsatzentwicklung zeigt, daß die Gesamtsituation der verbliebenen Betriebe im vergangenen Jahr dennoch verhältnismäßig günstig war. Bei etwa 100 Mio DM Umsatzsteigerung im Vergleich zu 1967 hat sich der Umsatz je Beschäftigten immerhin auf 47 000 DM verdoppelt.

Führerscheinerteilungen weiterhin rückläufig – auch Abnahme bei der Zahl der Entziehungen

Der Rückgang bei den Erteilungen von Führerscheinen hat sich – parallel zu den in den letzten Jahren gesunkenen Zahlen neuzugelassener Kraftfahrzeuge – in Hamburg auch 1974 fortgesetzt. Nur noch 34 300 Fahrerlaubnisse wurden im letzten Jahr ausgestellt, 13% weniger als 1973. An Frauen wurden 1974 insgesamt 10 600 Führerscheine ausgeben; gegenüber dem Jahr zuvor ist dies eine Verminderung um 18%.

15% weniger Fahrern als 1973 sind im vergangenen Jahr die Fahrerlaubnisse entzogen worden. Von den insgesamt 5000 Führerscheinentziehungen war bei 93% der Fälle Trunkenheit am Steuer – allein oder in Verbindung mit anderen Delikten – die Ursache für den Entzug.

Erhebliche Steigerung im Güterverkehr mit Südamerika

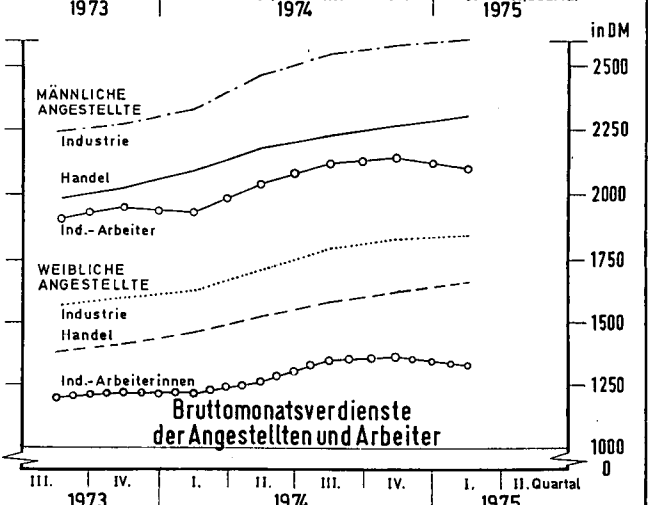
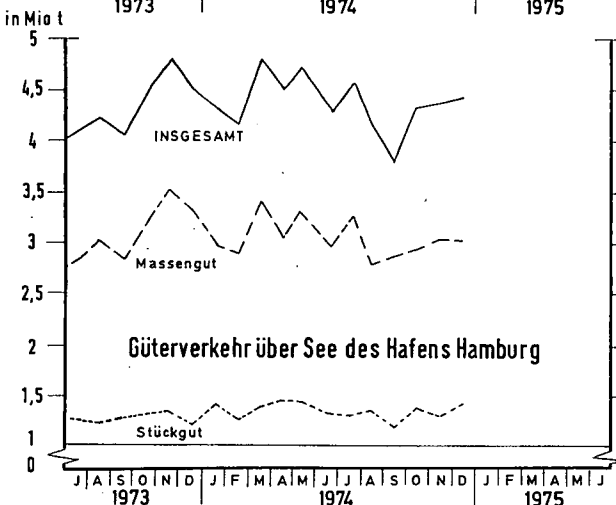
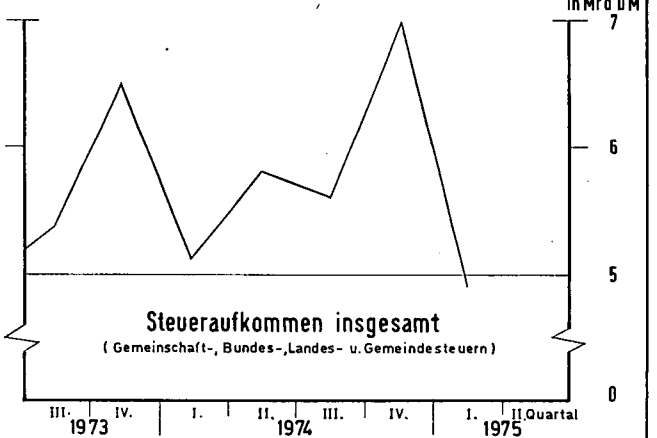
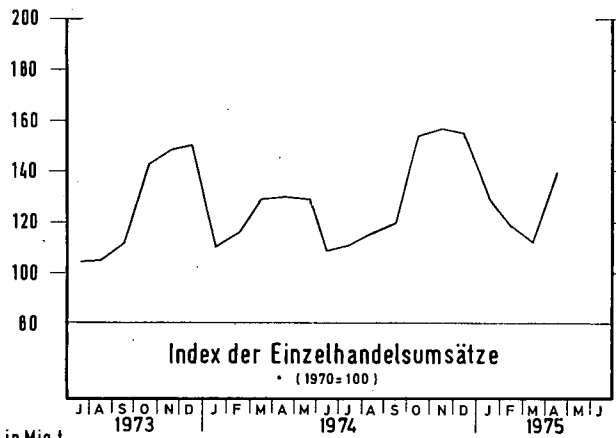
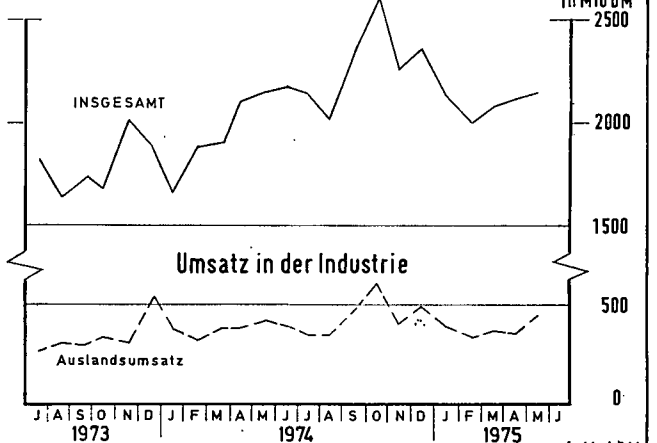
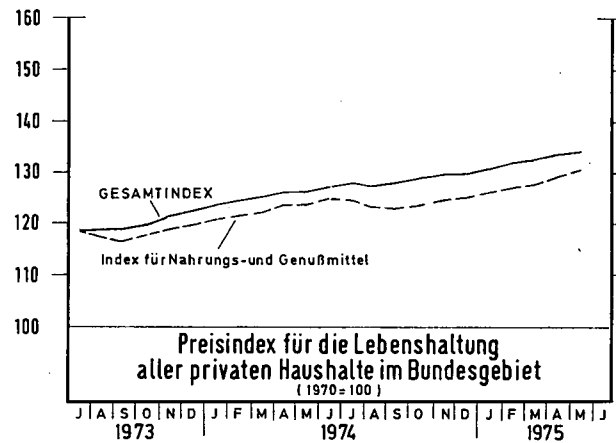
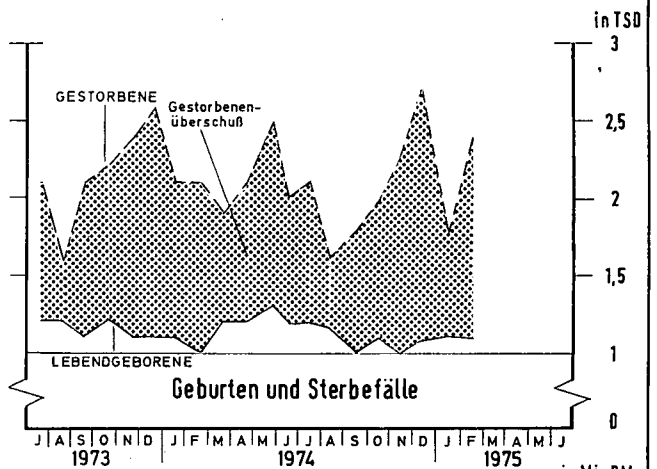
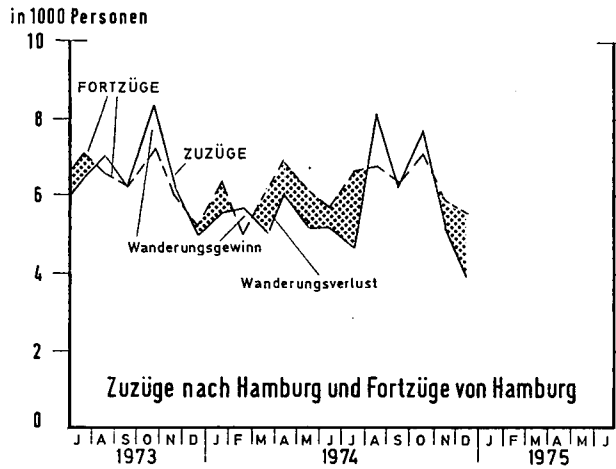
Im seewärtigen Verkehr mit Südamerika hatte der Hamburger Hafen 1974 einen beträchtlichen Zuwachs zu verzeichnen: Knapp 4,8 Mio t Güter wurden umgeschlagen; das waren 26% mehr als 1973. Empfang und Versand zogen mit jeweils rd. 500 000 t etwa gleich stark an.

Beim Massengut erreichte die Zunahme 27%, im Stückgutbereich konnten die Transportleistungen insgesamt um 22% erhöht werden. Der Versand von Stückgütern stieg sogar um 54%.

Allein 2,2 Mio t des Gesamtumschlags entfielen auf den Verkehr mit Brasilien. Umfangreiche Transporte von Ölfrüchten im Empfang und von Kalidüngemitteln sowie Eisen und Stahl im Versand trugen im wesentlichen zu dem hohen Umschlagsvolumen bei.

Weitere Faktoren für den Anstieg des Verkehrs mit südamerikanischen Häfen waren verstärkte Anlandungen von Fischmehl aus Peru, Rohöl aus Venezuela sowie von Kupfererzen aus Chile.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Statistische Gebiete

- Verbesserung des Nachweises kleinräumiger Ergebnisse -

Für die regionale Aufbereitung statistischer Erhebungen bedient sich die amtliche Statistik in der Regel der Verwaltungsgliederung. Auf diese Raumeinheiten kann auch in Zukunft nicht verzichtet werden; denn sie liefern den örtlichen Instanzen die benötigten Daten. Für räumliche Analysen sind diese Einheiten aber meist wenig geeignet. Ihre Grenzen verlaufen auf Grund historischer Entwicklungen oftmals willkürlich. Sie berücksichtigen daher auch nicht zwischenzeitliche Verschiebungen des städtebaulichen Gefüges. Sie eignen sich deswegen nicht immer für die Interpretation räumlicher Zusammenhänge. So bereiten beispielsweise Angaben für große Stadtteile mit stark differenzierten und heterogenen Strukturen erhebliche Schwierigkeiten bei der Analyse. Für Detailuntersuchungen und -planungen wurden daher schon seit längerem Daten für kleinräumige Gebietseinheiten gefordert. Als solche sollten u. a. Baublöcke und Blockseiten dienen, für deren Abgrenzung der Deutsche Städtetag Richtlinien ausgearbeitet hat. Von diesen Gebietseinheiten verzeichnet Hamburg allerdings über 8000 bzw. 30 000. Für allgemeine Darstellungen sind diese Einheiten infolge ihrer großen Zahl ungeeignet; sie bilden gegenüber den großen Stadtteilen das Extrem nach der anderen Seite. Regelmäßige Nachweisungen für diese kleinen Einheiten sind sehr aufwendig und können daher nur im Bedarfsfall problemspezifisch ermittelt und ausgedruckt werden. Eine entsprechende Tabellierung wird durch die Datenverarbeitung und den Einsatz von Datenbanken ermöglicht. Auf dieser Basis sind selbstverständlich auch Aggregationen zu beliebigen problembezogenen Raumeinheiten möglich.

Es besteht jedoch darüber hinaus nach wie vor für die ständige regionale Beobachtung und für aktuelle Raumanalysen ein Bedarf an Daten für Gebiete, die das gesamte Stadtgebiet genügend differenzieren, aber in sich homogen strukturiert und zahlenmäßig so begrenzt sind, daß sie allgemeine Darstellungen ermöglichen, ohne dabei den Überblick zu verlieren.

Um bei diesen widersprüchlichen Anforderungen zu einem tragbaren Kompromiß zu gelangen, ist vom Statistischen Landesamt auf der Basis der administrativen Einheiten in vielen Gesprächen mit den Hauptbetroffenen und Interessenten eine Raumgliederung erarbeitet worden, die einigermaßen vergleichbare, strukturell homogene Raumeinheiten schafft. Sie sieht die Einteilung Hamburgs in 135 Stadtteile/Statistische Gebiete vor und wurde durch die Aufteilung von 20 Stadtteilen in 51 Statistische Gebiete erreicht. Zahlenmäßig liegt Hamburg damit zwischen den 97 Statistischen Gebieten Berlins und 431 Stadtvierteln Münchens. Die Zusammenfassung einiger kleiner Stadtteile und damit eine weitere Straffung der Gebietszahl wäre möglich, doch wurde hiervon Abstand genommen, um Mißverständnisse bei der Analyse von Daten für administrative Raumeinheiten zu vermeiden. Es ist zu wünschen, daß diese zusätzliche Gliederung für die Nachweisungen statistischer Daten den Konsumenten Material für strukturell einheitlichere, in der Zahl jedoch nicht zu umfangreiche Gebiete bieten kann – Material, das dazu beiträgt, Analysen, Planungen und Planungskontrollen besser durchzuführen.

Olaf Boustedt

Die stürmische Wohnungsbau- und Bevölkerungsentwicklung seit mehr als 20 Jahren in den großflächigen, stadtrandnahen Stadtteilen erfordert eine Anpassung der Raumeinheiten für den Nachweis statistischer Angaben. 20 Stadtteile, die sich vor allem durch Großwohnprojekte in ihrer Struktur stark verändert haben oder bis 1985 voraussichtlich ändern werden, sind in 51 Statistische Gebiete unterteilt worden. Diese Raumgliederung für statistische Zwecke ändert oder durchschneidet nicht die bestehende Orts- und Stadtteilgliederung.

Hamburg, mit rund 75 000 ha die flächenmäßig größte Stadt der Bundesrepublik, weist innerhalb der Stadtgrenze außerordentlich differenzierte Siedlungs- und Sozialstrukturen auf. Stadtteilen mit einer Bevölkerungsdichte von 200 bis 240 Einwohnern je ha (Eimsbüttel, Hoheluft) stehen beispielsweise andere mit nur 1 Einwohner je ha gegenüber (z. B. in den Vier- und Marschlanden), Stadtteilen mit einem Beschäftigtenbesatz von über 40 000 Beschäftigten je 1000 Einwohner (Hamburg-Altstadt) solche mit einem entsprechenden Wert von nur etwa 100 (z. B. Sülldorf). Diese unterschiedlichen Strukturen, die unterschiedlichen historischen Entwicklungen sowie Fragen der Verwaltungsorganisation führten im Mai 1951 zur Einteilung der Freien und Hansestadt Hamburg in die administrativen Gebietseinheiten Bezirke (7), Stadtteile (103, ab 1969 mit Neuwerk 104) und Ortsteile (179, mit Neuwerk 180). Dabei waren die bereits dicht besiedelten Teile vorwiegend der inneren Stadt in räumlich kleinere Einheiten gegliedert worden, so daß den dort liegenden Ortsteilen mit Flächengrößen von weniger als 50 ha im äußeren Bereich der Stadt Ortsteile mit über fünfzigmal größerer Fläche gegenüberstehen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Wohnungsbautätigkeit im wesentlichen in den city-ferneren Gebieten abgespielt, so daß neben die alten Bau- und Sozialstrukturen am Stadtrand plötzlich neue getreten sind. Diese neuen Siedlungsteile haben zum großen Teil eine derartige Dominanz gegenüber den vorhandenen Kernen erlangt, daß die statistische Zusammenfassung alter und neuer Einheiten für allgemeine strukturanalytische Zwecke nicht mehr sinnvoll erscheint. So hat sich beispielsweise der Wohnungsbestand in den Stadtrandgebieten seit 1950 mehr als verdreifacht, gleichzeitig wuchs die Bevölkerungszahl dort um zwei Drittel.

Wenn auch für spezielle Planungszwecke die Stadt seit 1968 in kleinste räumliche Einheiten bis hinunter zu Baublöcken gegliedert worden ist, beruht der regionale Nachweis statistischer Ergebnisse in Hamburg doch im wesentlichen auf den gegebenen administrativen Raumeinheiten. Davon sind allerdings selbst die 180 Ortsteile für bestimmte Untersuchungen einerseits noch zu groß und damit in sich heterogen, andererseits aber schon zu zahlreich, um noch übersichtlich sein zu können.

Angesichts des zunehmenden Interesses für die Entwicklungsplanung in den einzelnen Stadtteilen hat sich das Statistische Landesamt daher entschlossen, für statistische Zwecke in den Gebieten eine Untergliederung der Stadtteile zu erarbeiten, wo Art und Dichte der Bebauung so inhomogen geworden sind, daß eine

sinnvolle Globalinterpretation statistischer Daten für den betreffenden Stadtteil nicht mehr möglich war.

Die Statistischen Gebiete – durch diese neutrale Bezeichnung werden Verwechslungen mit den übrigen Gebietseinheiten der Hansestadt vermieden – waren in ihrem räumlichen Umfang nicht zu klein anzusetzen und sind größer als die Ortsteile im Bereich der inneren Stadt dimensioniert. Um möglichst homogene Räume, vor allem in bezug auf Art und Dichte der Bebauung, zu erreichen, sind als Gliederungsansätze insbesondere die Großwohnbauten seit 1960 berücksichtigt worden, die in großem Umfang Zuwanderungen verursachten.

Aufgrund starker Wohnungsbautätigkeit wurden zum Beispiel folgende Statistische Gebiete vorgesehen:

Ziffer des Statistischen Gebiets	Name des Neubaugebiets	Zeitraum der Entstehung	Zahl der erstellten Wohneinheiten
131 4	Mümmelmannsberg	1970-1977	7 200
220 1	Osdorfer Born	1968	4 800
526 5	Großlohe, Rahlstedt-Ost	1962/1965	2 000/1 400
512 2)	Hohenhorst	1962	3 000
526 6)			
601 3	Lohbrügge-Nord	1965-1966	5 900
602 3	Bergedorf-West	1970	2 400
717 1	Neuwiedenthal	1967	3 000

Da die Grenzen der Statistischen Gebiete über einen relativ langen Zeitraum möglichst konstant bleiben sollen, ist neben den bestehenden räumlichen Strukturen auch die für den Zeitraum bis 1985 beabsichtigte bzw. mögliche Nutzung auf der Grundlage des neuen Flächennutzungsplanes berücksichtigt worden. Vorgesehen wurde deswegen auch die Abgrenzung folgender Statistischer Gebiete:

Ziffer des Statistischen Gebiets	Name des Bauvorhabens	Geplanter Zeitraum der Entstehung	Zahl der geplanten Wohneinheiten
520 1	Tegelnsberg	1975-1977	2 100
524 1	Bergstedt-West	.	.
610 1)	Billwerder-Allermöhe	.	.
611 1)			

Die amtliche Gliederung des Stadtgebietes wird durch die Einführung dieser Einheiten für Statistische Darstellungen nicht angetastet. Sie sind stets weitere Untergliederungen von Stadt- bzw. Ortsteilen und schneiden somit keine Verwaltungsgrenzen. Aus praktischen Erwägungen sind sie aus ganzen Baublöcken zusammengesetzt. Die dabei entstehenden geringfügigen Vergrößerungen im Randbereich können in Kauf genommen werden.

Schaubild 1

Bezirke, Stadtteile und Statistische Gebiete



Bei der Anpassung der Raumgliederung für eine feinere statistische Beobachtung demographischer, sozialer und städtebaulicher Entwicklungen hat sich die durchschnittliche Fläche der Statistischen Gebiete/Stadtteile gegenüber derjenigen der Stadtteile um 149 ha auf 566 ha vermindert. Entsprechendes gilt für die durchschnittliche Zahl der Bewohner je Gebiets-einheit.

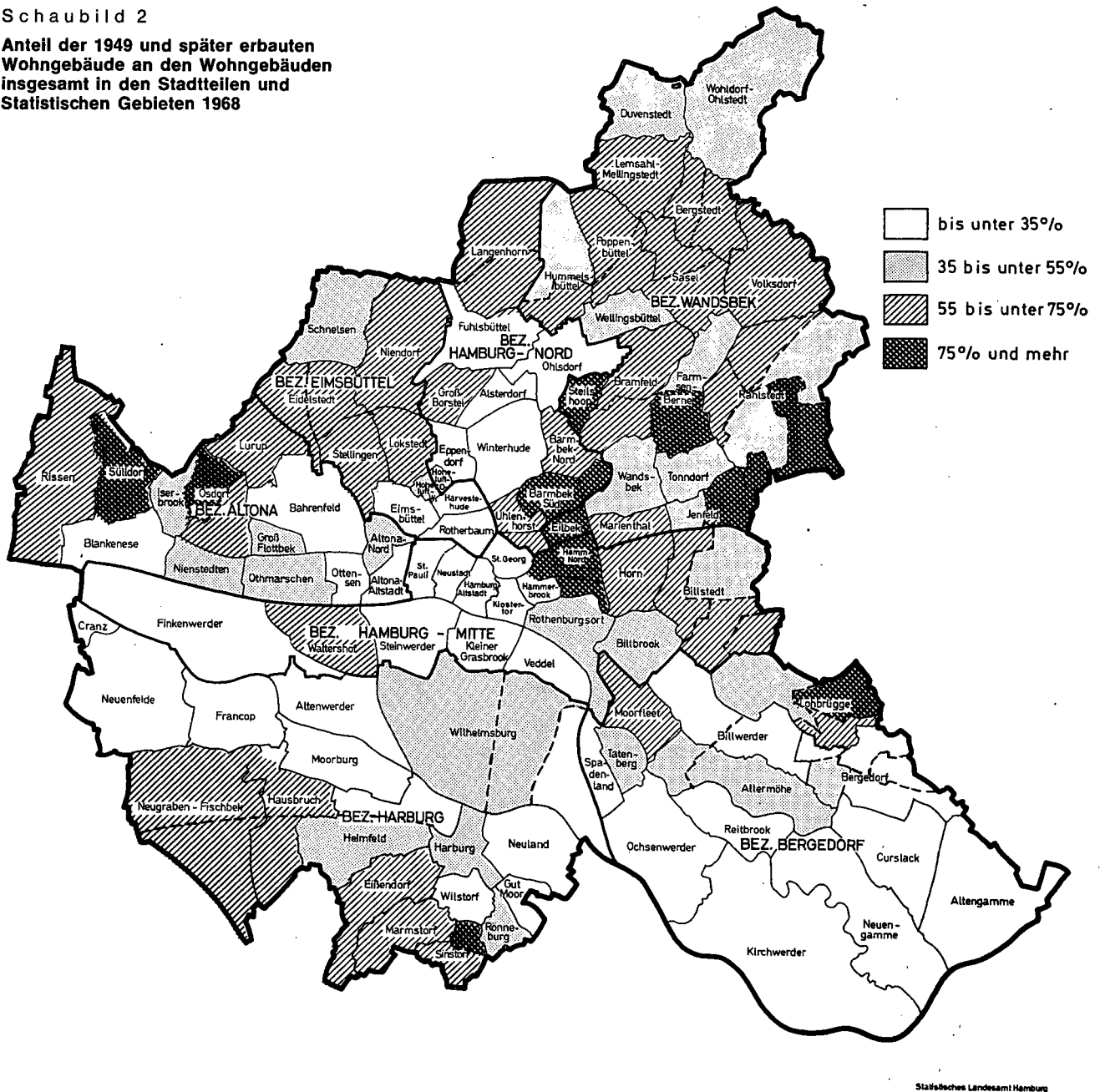
Bedeutungsvoller als diese rechnerisch-methodische Angleichung ist jedoch angesichts der Differenzierung innerhalb der betroffenen Stadtteile die erreichte Homogenität in den Statistischen Gebieten. So konnten u. a. in Billstedt, Rahlstedt und Lohbrügge beispielsweise Gebiete definiert werden, die aufgrund der dort

zu schützenden Landschaft (Dänenheide im Statistischen Gebiet 526 4, Boberger Düne im Gebiet 601 2) oder durch festgelegte Nutzung (Friedhof Öjendorf im Statistischen Gebiet 131 2) weitgehend von Bebauung freigehalten worden sind. Der Bevölkerungsdichte von dort nur 1 bis 3 Personen je ha stehen Dichtewerte von zum Beispiel 64 Einwohnern je ha im Gebiet 601 3 (mit dem Neubaugebiet Lohbrügge-Nord) und sogar 114 Einwohnern je ha im Gebiet 526 6 (mit Hohenhorst) gegenüber.

Die aufgrund der Bautätigkeit untergliederten Stadtteile weisen naturgemäß fast alle eine relativ junge Bausubstanz auf. Gegenüber einem Hamburger Durchschnitt von 53 % liegt der Anteil der zwischen 1949

Schaubild 2

Anteil der 1949 und später erbauten Wohngebäude an den Wohngebäuden insgesamt in den Stadtteilen und Statistischen Gebieten 1968



und 1968 errichteten Gebäude am gesamten Gebäudebestand hier mit bis zu 90 % sehr hoch (Tabelle 1, Seite 183). Regional schwanken die Anteile jedoch erheblich. Je nach Ortslage liegt der Neubau-Prozentsatz in Rahlstedt, das als einer der größten Hamburger Stadtteile das beste Beispiel für die Notwendigkeit einer sinnvollen Unterteilung darstellt, zwischen nur 43 % im zentralen, älteren Gebietsteil 1, und 88 % im Teil 5 (mit den Neubaugebieten Großlohe und Rahlstedt-Ost), ja sogar 90 % im Teil 6 (mit dem Neubaugebiet Hohenhorst). Ebenso sind aber auch die Teilgebiete Jenfeld 512 2 (mit Hohenhorst) und Osdorf 220 1 (mit dem Osdorfer Born) durch den hohen Neubauanteil von 78 % bzw. 87 % gekennzeichnet (Schaubild 1).

Verständlicherweise ist in diesen Stadtrandgebieten in der Regel der Besatz mit alten, d. h. vor 1900 errichteten Gebäuden nur gering, schwankt jedoch innerhalb z. B. Rahlstedts komplementär zu den Neubauanteilen zwischen 0,1% und 12%, in Bergedorf – hier

waren 1968 die Neubaugebiete weitgehend noch nicht bezogen – sogar zwischen 4 % und 31 %.

Gebiete mit hohen Neubauanteilen sind gekennzeichnet durch starke Zuzüge in den Jahren der Baufertigstellungen. An der sich dabei vollziehenden Bevölkerungsumverteilung sind vor allem junge Familien beteiligt, so daß die Altersstruktur der Wohnbevölkerung in den stadtrandnahen Ortsteilen mit der dortigen Gebäudealterstruktur sehr eng korreliert¹⁾. Die höchsten %-Anteile sowohl der unter 5 Jahre alten Kinder sowie der 5- bis 15jährigen weisen daher folgende statistischen Gebiete auf: 220 1 Osdorfer Born (37,7), 526 5 Großlohe/Rahlstedt-Ost (32,2), 601 3 Lohbrügge-Nord (29,8), 717 1 Neuwiedenthal (28,7), 512 2 Hohenhorst (27,6), 526 6 Hohenhorst (27,2), dagegen Hamburg insgesamt (18,4).

¹⁾ vgl. auch: Boustedt, O.: Die bauliche und soziographische Struktur der großen Neubaugebiete in Hamburg. Hamburg in Zahlen H. 9, 1973

Tabelle 1

Ausgewählte Daten für Stadtteile / Statistische Gebiete 1970

Stadtteile Statistische Gebiete	Fläche in ha	Wohnbevölkerung						Erwerbstätige		Ausländer		Wohngebäude ¹⁾		
		ins- gesamt	je ha	darunter Altersgruppen (in%) von ... bis unter ... Jahren				ins- gesamt	Anteil an der Wohn- bevöl- kerung in %	ins- gesamt	Anteil an der Wohn- bevöl- kerung in %	ins- gesamt	darunter erbaut (in %)	
				0 bis 5	5 bis 15	15 bis 65	65 und älter						1949 und später	bis 1900
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
131 Billstedt	1 699	46 330	27	7,8	15,5	28,2	12,5	21 400	46,2	1 069	2,3	4 990	69,1	5,3
131 1	485	22 630	47	7,9	14,6	28,4	12,8	10 540	46,6	515	2,5	2 550	70,6	5,9
131 2	487	510	1	5,3	15,3	32,7	15,7	220	43,1	4	0,8	40	45,0	0,0
131 3	465	22 710	49	7,7	16,5	27,8	12,0	10 410	45,8	547	2,4	2 300	68,1	5,2
131 4	262	480	2	5,8	11,9	35,2	16,7	230	47,9	3	0,6	120	66,7	0,8
220 Osdorf	716	27 860	39	10,2	16,6	25,9	11,6	11 710	42,0	695	2,5	2 830	69,4	4,1
220 1	274	13 350	49	14,4	21,3	18,0	7,1	5 190	38,9	412	3,1	500	86,6	3,0
220 2	442	14 510	33	6,3	12,3	33,1	15,6	6 520	44,9	283	2,0	2 330	65,7	4,3
320 Eidelstedt	865	26 930	31	7,1	15,2	29,4	12,0	12 580	46,7	697	2,6	3 560	66,8	2,6
320 1	407	15 940	39	7,0	15,3	30,8	10,7	7 450	46,7	445	2,8	2 310	70,0	0,9
320 2	458	10 990	24	7,1	15,1	27,5	13,9	5 130	46,7	252	2,3	1 250	66,6	5,6
432 Langenhorn	1 385	45 350	33	6,9	14,3	31,1	13,6	20 300	44,8	865	1,9	7 260	67,0	1,1
432 1	725	22 700	31	6,5	14,4	32,0	12,9	10 120	44,6	465	2,0	3 490	66,2	0,8
432 2	660	22 650	34	7,3	14,2	30,3	14,2	10 180	44,9	400	1,8	3 770	67,7	1,3
512 Jenfeld	498	21 680	44	8,1	16,7	25,7	13,3	9 550	44,0	432	2,0	1 970	61,2	1,4
512 1	219	5 160	24	5,0	11,1	31,0	24,3	2 090	40,5	109	2,1	880	40,9	0,6
512 2	279	16 520	59	9,1	18,5	24,0	9,9	7 460	45,2	323	2,0	1 090	77,5	2,1
514 Farmsen-Berne	827	31 600	38	6,6	14,5	30,0	14,9	13 910	44,0	540	1,7	4 860	65,9	1,2
514 1	367	12 340	34	7,3	17,3	28,8	13,5	5 260	42,6	230	1,9	2 070	49,6	0,4
514 2	460	19 260	42	6,2	12,8	30,8	15,8	8 650	44,9	310	1,6	2 790	78,0	1,8
515 Bramfeld	1 007	54 060	54	6,8	14,2	30,9	13,6	25 120	46,5	890	1,6	6 860	71,7	1,3
515 1	565	27 520	49	7,0	13,8	31,2	14,0	12 600	45,8	410	1,5	4 530	72,1	1,6
515 2	442	26 540	60	6,7	14,5	30,5	13,3	12 520	47,2	480	1,8	2 330	71,1	0,8
518 Sásel	836	18 540	22	7,1	14,3	31,9	14,3	7 760	41,9	240	1,3	4 190	62,9	0,9
518 1	308	7 210	23	7,5	15,3	30,3	13,7	2 840	39,4	90	1,2	1 445	62,6	0,9
518 2	528	11 330	21	6,9	13,7	33,0	14,7	4 920	43,4	150	1,3	2 745	63,1	0,9
519 Poppenbüttel	816	16 100	20	7,0	13,0	29,4	20,7	6 320	39,3	310	1,9	3 270	59,2	1,4
519 1	477	9 460	20	7,3	15,1	30,1	14,0	3 990	42,2	180	1,9	2 070	61,6	1,0
519 2	339	6 640	20	6,6	10,2	28,1	30,3	2 330	35,1	130	2,0	1 200	56,5	2,0
520 Hummelbüttel	912	7 930	9	7,9	15,4	30,5	12,9	3 450	43,5	120	1,5	1 340	61,4	3,5
520 1	512	710	1	8,2	13,9	27,9	15,1	320	45,1	10	1,4	90	40,9	2,3
520 2	400	7 220	18	7,9	17,0	30,8	12,9	3 130	43,4	110	1,5	1 250	62,8	3,6
524 Bergstedt	705	7 680	11	9,0	16,0	26,7	13,6	3 060	39,8	100	1,3	1 300	69,6	4,0
524 1	305	1 460	5	6,8	15,5	30,5	17,9	600	41,1	30	2,1	350	53,2	9,8
524 2	400	6 220	16	9,6	16,2	25,8	12,6	2 460	39,5	70	1,1	950	75,6	1,9
526 Rahlstedt	2 662	80 190	30	8,4	17,3	25,6	11,8	35 330	44,1	1 620	2,0	10 340	63,6	2,8
526 1	376	15 950	42	6,6	11,5	28,2	15,7	6 810	42,7	415	2,4	2 750	42,8	6,6
526 2	420	22 240	53	7,8	16,7	26,9	11,4	10 000	45,0	526	2,6	2 990	68,2	0,9
526 3	492	15 430	31	10,5	18,2	25,4	11,0	7 010	45,4	243	1,6	2 260	62,9	0,4
526 4	700	1 940	3	11,2	12,6	23,5	13,3	900	46,4	21	1,1	300	42,3	12,3
526 5	580	13 950	24	9,5	22,7	21,1	8,4	6 000	43,0	251	1,8	1 240	88,2	0,5
526 6	94	10 680	114	7,5	19,7	25,6	12,1	4 610	43,2	164	1,5	800	90,0	0,1
601 Lohbrügge	1 267	37 790	30	9,2	15,8	26,0	12,0	16 250	43,0	719	1,9	3 550	70,5	8,3
601 1	222	12 480	56	6,1	10,9	34,6	15,4	5 700	45,7	332	2,7	1 420	53,4	16,6
601 2	685	2 280	3	6,3	14,1	28,4	20,5	890	39,0	43	1,9	360	67,5	11,9
601 3	360	23 050	64	11,2	18,6	21,2	9,2	9 660	41,9	344	1,5	1 770	84,9	1,0
602-603 Bergedorf	997	31 740	32	7,6	11,9	30,1	16,8	14 050	44,3	975	3,1	3 520	25,8	18,9
602 1	177	6 530	37	6,1	9,9	33,6	18,9	2 990	45,8	297	4,5	770	10,3	30,6
602 2	130	4 430	34	6,6	13,9	31,9	14,3	2 030	45,8	82	0,8	720	35,1	4,3
602 3	175	6 820	39	14,6	15,9	18,1	7,6	2 940	43,1	252	3,7	90	27,8	27,8
603 1	325	4 080	13	6,5	10,8	32,3	20,5	1 770	43,4	97	2,4	530	20,2	13,6
603 2	190	9 880	52	4,8	10,1	34,2	21,5	4 320	43,7	247	2,5	1 410	31,4	21,5
610 Allermöhe	1 102	1 470	1	6,7	12,9	32,4	15,1	770	52,4	30	2,0	320	49,8	33,5
610 1	827	1 120	1	6,3	12,9	31,3	15,6	600	53,6	5	0,4	240	43,0	40,4
610 2	275	350	1	7,7	12,9	36,0	13,4	170	48,6	25	7,1	80	69,0	14,3
611 Billwerder	1 099	2 050	2	6,4	15,2	31,7	15,0	910	44,4	70	3,4	500	23,6	16,3
611 1	524	370	1	4,9	12,2	35,1	14,9	180	48,6	5	7,1	150	32,7	21,2
611 2	575	1 680	3	6,7	15,8	30,9	15,0	730	43,4	65	3,9	350	19,5	14,1
711 Heimfeld	1 186	23 440	20	5,2	9,9	33,7	19,9	10 570	45,1	910	3,9	2 000	47,1	4,6
711 1	455	3 580	8	5,6	10,6	38,6	14,1	1 860	52,0	400	11,1	360	12,5	5,3
711 2	731	19 860	27	5,1	9,8	32,8	20,9	8 710	43,9	510	2,6	1 640	54,7	4,5
712-714 Wilhelmsburg	3 527	50 810	14	6,8	14,0	30,4	13,9	24 000	47,2	3 480	6,9	3 530	36,7	12,5
712	1 842	30 900	17	5,8	11,2	33,5	16,4	15 000	48,5	2 180	7,1	1 570	39,0	15,8
713	871	18 910	22	8,3	18,6	25,4	9,9	8 470	44,8	1 260	6,7	1 770	35,8	7,8
714	814	1 000	1	8,2	15,5	27,8	12,1	520	52,0	40	4,0	190	27,2	29,3
717 Hausbruch	1 102	11 240	10	10,7	17,4	23,2	10,7	4 650	41,4	303	2,7	1 370	62,9	3,1
717 1	581	8 630	15	11,7	17,0	20,6	10,6	3 610	41,8	238	2,8	900	63,8	4,4
717 2	521	2 590	5	7,2	18,8	32,2	11,0	1 040	40,2	65	2,5	470	61,3	0,6
718 Neugraben-Fischbek	2 251	25 320	11	9,7	19,0	23,7	9,7	10 670	42,1	460	1,8	3 080	70,4	4,2
718 1	1 223	11 000	9	11,2	22,2	20,6	8,5	4 440	40,4	90	0,8	850	66,5	10,5
718 2	1 028	14 320	14	8,5	16,6	26,1	10,6	6 230	43,5	370	2,6	2 230	71,9	1,8

1) nach der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25.10.1968.

Bei hohem Anteil an Jugendlichen in den genannten Gebieten liegt dort in der Regel die Erwerbsquote – der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung – bis zu 7,2 Prozentpunkte niedriger als der hamburgische Durchschnitt von 46,1%. Ähnliches gilt, wenn auch nicht so ausgeprägt, für den Ausländerbesatz, der generell in den Stadtrandgebieten unterhalb des Hamburger Durchschnitts bleibt.

Die Aufbereitung von Ergebnissen der laufenden Statistiken und des Materials der Großzählungen für diese neugebildeten Raumeinheiten wird dazu beitragen, die Beobachtung der Stadtteilentwicklung gezielter anzusetzen und die gewonnenen Erkenntnisse leichter in regional wirksame Maßnahmen einmünden zu lassen.

Jens Gerhardt

Private Millionenvermögen in Hamburg

- Vorausergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1972 -

Einleitung

Uralt ist der Gegensatz zwischen arm und reich, zwischen Besitzenden und Besitzlosen; bald stärker, bald schwächer bewegt die Menschen die Frage nach „der“ gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung. Wenn auch in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen hochindustrialisierten Ländern die Ungleichmäßigkeit durch das Bestehen einer breiten Mittelschicht und eine staatliche Umverteilungspolitik gemildert ist, so steht hier immer noch einer großen Zahl von Kleinkommen bzw. -vermögen eine kleine Zahl von Großeinkommen bzw. -vermögen gegenüber. Im Stadtstaat Hamburg verhält sich das trotz gradueller Unterschiede nicht anders.

Informationen über die Vermögensstreuung sowie -struktur vermag vor allen Dingen die Statistik der zur Vermögensteuer veranlagten Vermögen beizutragen. Sie ist freilich mit der Schwäche behaftet, die zweifellos vorhandene sehr beträchtliche Zahl kleinster und kleiner Vermögen nur äußerst unvollkommen zu registrieren, weil relativ hohe Freibeträge diese von der Veranlagung und somit der statistischen Erfassung ausschließen. Nach dem Kriege wurden seit 1953 in Verbindung mit der jeweiligen Vermögensteuerhauptveranlagung siebenmal Vermögensteuerstatistiken durchgeführt. Datum der letzten Hauptveranlagung war der 1. Januar 1972. Ausdrücklich ist dazu zu bemerken, daß der Stichtag nur den Zeitpunkt angibt, auf den die Hauptveranlagung abstellt, d. h. es wird ihr die Vermögenssituation der Pflichtigen, so wie sie sich am besagten Tage darstellt, zugrunde gelegt. Er sagt aber nichts aus über die Anzahl der genau an diesem Tag in Hamburg wohnhaften vermögenssteuerpflichtigen Personen, da auch danach Zuziehende hier veranlagt bzw. Veranlagungsakten von später Fortziehenden an die dann zuständigen auswärtigen Finanzämter abgegeben werden.

Die Vermögensteuerstatistik ist eine typische Sekundärstatistik, sie arbeitet deshalb mit Erhebungspapieren, die aus den von den Finanzämtern eingesandten Durchschriften der Vermögensteuerbescheide bestehen. Um das Steuergeheimnis und damit das Inkognito der Vermögensbesitzer zu wahren, sind diese Unterlagen durchweg anonymisiert.

Da die Aufbereitung der Vermögensteuerstatistik eine längere Zeit beansprucht und der Schlußtermin für den Belegeingang beim Statistischen Landesamt in Anpassung an die Veranlagungsarbeiten sehr spät lag (31. März 1975!), wurden ausgewählte Fakten über die Vermögensmillionäre in Hamburg wiederum vorweg zusammengestellt. Geht es dabei auch nur um einen eng begrenzten Ausschnitt der generellen Besitzverteilung an ihrem obersten Ende, so findet doch gerade dieser Personenkreis immer wieder auffallend großes Interesse. Im Urteil der Öffentlichkeit gilt nämlich die Millionengrenze als spezifischer Gradmesser für eindrucksvollen wirtschaftlichen und oftmals ge-

sellschaftlichen Erfolg. Wegen dieses allseitigen Interesses werden vom Statistischen Landesamt jedesmal Ergebnisse aus der Vermögensteuerstatistik über die privaten Millionenvermögen so aktuell wie möglich vor der Gesamtstatistik publiziert.

Bei der in Rede stehenden Teilmasse „Vermögensmillionäre“ ist die unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Person (Einzelperson oder Haushalt) mit einem steuerlichen Gesamtvermögen von mindestens 1 Million DM Aufbereitungseinheit gewesen. Das „Gesamtvermögen“ ist definiert als das um die Schulden, die Lastenausgleichsabgaben (Hypothekengewinn- und Vermögensabgabe), den besonderen Abzug bei Land- und Forstwirten sowie den Abzug für Entwicklungshilfe verringerte „Rohvermögen“. Letzteres setzt sich aus der Summe diverser Vermögenskategorien zusammen, und zwar aus dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, dem Grundvermögen, dem Betriebsvermögen und dem Sonstigen Vermögen. Das Sonstige Vermögen umfaßt als Sammelbegriff Kapitalforderungen, Zahlungsmittel, Sparguthaben, Anteile an Kapitalgesellschaften, festverzinsliche Wertpapiere, Geschäftsguthaben bei Genossenschaften, Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen, Renten, Nutzungen und Erbbauzinsen, Schmuck und Luxusgegenstände, Kunstgegenstände, Sammlungen u. a. m.

Zur richtigen Einschätzung des statistisch widerspiegelten Niveaus sei noch erwähnt, daß die Vermögensteuerstatistik die Zahl der Vermögensmillionäre sowie die Höhe ihres Gesamtvermögens in der steuerlichen Bewertungspraxis zu niedrig ausweist. Im Rahmen der Vermögensteuer-Hauptveranlagung auf den 1. Januar 1972 wurden nämlich beim Grundbesitz letztmalig die auf der Hauptfeststellung von 1935 beruhenden und seither konstant gehaltenen Einheitswerte verwendet. Daraus resultierten seit Jahren Wertansätze beim Grundvermögen wie auch beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, die – im Gegensatz zu denen der übrigen Vermögensarten – weit unter den Verkehrswerten liegen. Nach Inkrafttreten des Vermögensteuerreformgesetzes am 1. Januar 1974 wird die Bewertung des Grundbesitzes mit 140 vom Hundert der Einheitswerte von 1964 (§ 121 a BewG 1974) vorgenommen, was einer Fixierung wirklichkeitsgetreuerer Vermögenswerte gleichkommt.

Zahl der Vermögensmillionäre in Hamburg leicht rückläufig, Wert des steuerlichen Gesamtvermögens dagegen noch etwas gewachsen

Nach der vorläufigen Auszählung wurden zum 1. Januar 1972 insgesamt 1140 Personen bzw. Haushalte, die jeweils ein Gesamtvermögen im Werte von mindestens 1 Million DM besaßen, in Hamburg veranlagt. Schätzungsweise sind das 4,5 % aller hier ansässigen vermögenssteuerpflichtigen Personen. Bezogen auf die Wohnbevölkerung des Stadtstaates entfällt grob

gesehen auf je 1600 Einwohner ein Vermögensmillionär. Nun schreibt das Vermögensteuergesetz im § 11 die Haushaltsbesteuerung vor, d. h. bei unbeschränkt steuerpflichtigen Ehegatten erfolgt eine Zusammenveranlagung, wenn sie nicht dauernd getrennt leben; ferner werden die unter 18 Jahre alten Kinder gemeinsam mit dem Haushaltsvorstand veranlagt, sofern eine unbeschränkte Steuerpflicht vorliegt. Ob es sich um einen kollektiv besteuerten Haushalt oder um eine besteuerte Einzelperson handelt, in beiden Fällen ist der Steuerpflichtige Zählelement. Es liegt deshalb nahe, die Zahl der Millionäre auch zu der Anzahl der Haushaltungen in Relation zu setzen. Danach kam 1972 in Hamburg auf rd. 700 Privathaushalte jeweils ein Millionär.

In den drei Jahren seit der letzten Hauptveranlagung zur Vermögensteuer hat somit die Zahl der privaten Millionenvermögen um 35 oder 3% abgenommen. Diese Entwicklung ist neu, denn seit der Wiederherstellung der Vermögensteuerstatistik nach dem 2. Weltkrieg wurden bis Anfang 1969 durchweg zwei- oder sogar dreistellige Zuwachsraten registriert. Über die Gründe für diesen Umschwung lassen sich nur Vermutungen anstellen. So wäre denkbar, daß die seinerzeitigen Einbrüche bei den Wertpapierkursen das Betriebs- und das Sonstige Vermögen nach unten gedrückt haben und dadurch insbesondere ehemalige „knappe“ Vermögensmillionäre nicht mehr die Millionengrenze erreichten. Vorstellbar ist auch, daß dem allgemeinen Wanderungstrend folgend Vermögensmillionäre in größerer Zahl aus Hamburg weggezogen sind. Konkrete Anschreibungen darüber gibt es jedoch nicht.

Das von den über tausend Millionären aufgespeicherte Gesamtvermögen bezifferte sich summa summarum auf 4,8 Milliarden DM; gegenüber 1969 bedeutet das immerhin noch einen kleinen Zuwachs (5,1%). Da we-

Tabelle 1

Entwicklung der Zahl der Vermögensmillionäre¹⁾, ihres Gesamtvermögens und ihrer Vermögensteuerschuld in Hamburg seit 1953

Stichtage der Vermögenssteuerhauptveranlagung (jeweils 1.1.)	Vermögensmillionäre		Gesamtvermögen				Vermögensteuerschuld	
			insgesamt		je Vermögensmillionär	insgesamt		je Vermögensmillionär
	Anzahl	Veränderungsrate	in 1000 DM	Veränderungsrate	in 1000 DM	in 1000 DM	Veränderungsrate	in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	
1953	100	.	219 357	.	2 194	2 019	.	20
1957	263	163,0	784 321	257,6	2 982	7 540	273,5	29
1960	535	103,4	2 038 815	159,9	3 811	19 818	162,8	37
1963	666	24,5	2 471 714	21,2	3 711	24 082	21,5	36
1966	846	27,0	3 452 195	39,7	4 081	33 742	40,1	40
1969	1 175	38,9	4 558 321	32,0	3 879	44 715	32,5	38
1972	1 140	- 3,0	4 791 440	5,1	4 203	47 009	5,1	41

1) Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von je 1 Mio DM und mehr.

niger Vermögensmillionären ein größeres Gesamtvermögen gegenüberstand, ist in der gleichen Periode beim rechnerischen Durchschnittsvermögen je Millionär ein überproportionaler Anstieg von 3,9 auf 4,2 Millionen DM zu verzeichnen gewesen. Blickt man bis zum frühesten Zeitpunkt, dem 1. Januar 1953, zurück, vergrößerte sich der Besitz dieses Personenkreises seitdem im ganzen um mehr als das Zwanzigfache, d. h.

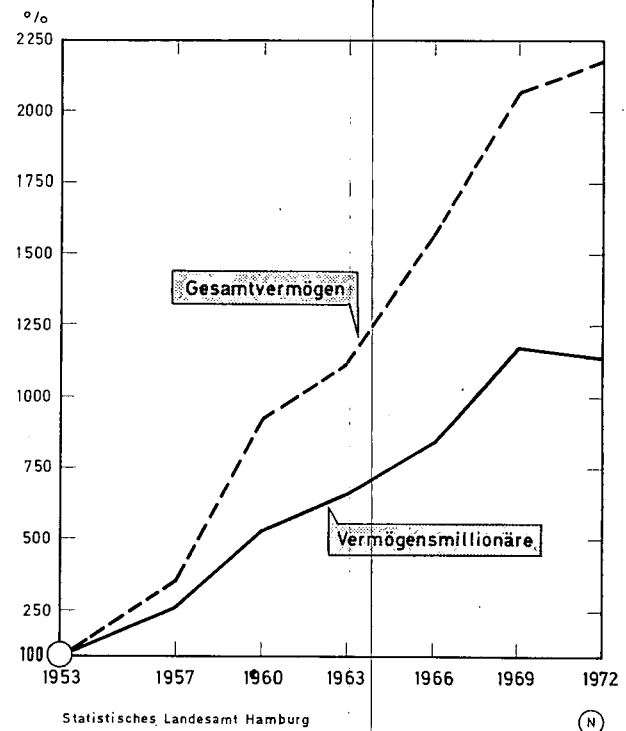
doppelt so rasch wie der reine Bestand an Vermögensmillionären. Schaubild 1 verdeutlicht diese, gleichsam die Gestalt einer geöffneten Schere annehmende Entwicklung.

Gut vier Fünftel der Millionäre erwerbstätig

Der wachsende Bedarf an statistischen Daten, die eine Durchleuchtung der Vermögensbildung und -verteilung auch in sozioökonomischer Hinsicht ermöglichen, gab Anlaß, den Merkmalskatalog der Vermögensteuerstatistik 1972 zum erstenmal auf die Zugehörigkeit der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen zu bestimmten sozialen Gruppen auszudehnen. Zu diesem Zweck wurde der Steuerpflichtige in der Vermögenserklärung gebeten, die Art seiner Erwerbstätigkeit bzw. Nichterwerbstätigkeit anzugeben. Die derart empirisch gewonnene soziale Schichtung zeigt: Die große Mehrzahl der Vermögensmillionäre geht einer Erwerbstätigkeit nach. Somit erhält die landläufige Vorstellung, ein Großvermögensbesitzer würde wohl meistens, ohne zu arbeiten, ausschließlich von

Schaubild 1

Die Zahl der Vermögensmillionäre und ihres Gesamtvermögens in Hamburg vom 1. 1. 1953 bis 1. 1. 1972 (1953=100)



den Erträgen seines Vermögens leben, keine Bestätigung durch die Statistik. Der Typ des echten Rentiers kam nur 130mal vor (= 11,4%), wenn man die nicht mehr erwerbstätigen Rentner und Pensionäre nicht mitzählt. Unter Einbeziehung letzterer ergibt sich eine Nichterwerbstätigenquote von 18,4%. Für die Erwerbstätigen wurde mit 79,9% ein schwach unterproportionaler Anteil am Gesamtvermögen ermittelt. Demzufolge liegt auch das durchschnittliche Gesamtvermögen pro Millionär bei den Erwerbstätigen mit 4,1 Millionen DM unter dem korrespondierenden Wert der Nichterwerbstätigen in Höhe von 4,6 Millionen DM.

Tabelle 2

Soziale Struktur der Vermögensmillionäre und ihres Gesamtvermögens in Hamburg am 1. 1. 1972

Soziale Gliederung	Vermögensmillionäre		Gesamtvermögen				Steuerschuld			
			insgesamt		je Vermögensmillionär		insgesamt		je Vermögensmillionär	
	Anzahl	in %	in 1000 DM	in %	in 1000 DM	in 1000 DM	in %	in 1000 DM	in %	
	1	2	3	4	5	6	7	8		
Erwerbstätige	930	81,6	3 830 725	79,9	4 119	37 535	79,8	40		
Selbständige	852	74,7	3 638 935	75,9	4 271	35 674	75,9	42		
Land- und Forstwirte	7	0,6	18 646	0,4	2 664	183	0,4	26		
Gewerbetreibende	748	65,6	3 405 972	71,1	4 553	33 422	71,1	45		
Freie Berufe	94	8,2	205 543	4,2	2 187	1 982	4,2	21		
Sonstige Selbständige	3	0,3	8 774	0,2	2 925	87	0,2	29		
Nichtselbständige	78	6,9	191 790	4,0	2 459	1 861	4,0	24		
Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-		
Angestellte	70	6,1	174 904	3,7	2 499	1 695	3,7	24		
Beamte	4	0,4	5 353	0,1	1 338	52	0,1	13		
Sonstige Nichtselbständige	4	0,4	11 533	0,2	2 883	114	0,2	28		
Nichterwerbstätige	210	18,4	960 715	20,0	4 575	9 476	20,2	45		
Rentner, Pensionäre u.dgl.	80	7,0	192 277	4,0	2 403	1 889	4,0	24		
Sonstige Nichterwerbstätige	130	11,4	768 438	16,0	5 911	7 587	16,1	58		
Insgesamt	1 140	100	4 791 440	100	4 203	47 009	100	41		

Innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen wurde noch nach „selbständig“ und „nichtselbständig“ differenziert. Erwartungsgemäß dominierten danach die Selbständigen mit 852 Millionären eindeutig gegenüber den Nichtselbständigen, die nur auf 78 Millionäre kamen. Auch was die Höhe des mittleren Vermögens angeht, übertrafen die Selbständigen mit 4,3 Millionen DM bei weitem die Unselbständigen (2,5 Millionen DM). Unter ihnen befanden sich 88 % Gewerbetreibende, die über 94 % des Gesamtvermögens der Selbständigen verfügten. Die relativ kleine Gruppe der erfaßten Nichtselbständigen bestand fast ausschließlich aus Angestellten (70); nicht ein einziger Arbeiter gehörte dem exklusiven Millionärsklub an, Beamte (4) bzw. sonstige Nichtselbständige (4) (z. B. mithelfende Familienangehörige, Heimarbeiter) hatten Seltenheitswert.

Das bedeutendste Durchschnittsvermögen war dagegen bei den Nichterwerbstätigen anzutreffen. Es belief sich auf 5,9 Millionen DM und fiel damit um 1,7 Millionen DM oder 41 % höher aus als das Durchschnittsvermögen sämtlicher Millionäre.

Kapital- und Betriebsvermögen sind die beiden Hauptkomponenten des Rohvermögens der Millionäre

Wichtiges Anliegen der Vorauswertung war es, Aufschluß über die Zusammensetzung der Millionenvermögen nach Arten zu geben. Analog der Untergliederung, mit welcher die Veranlagungsfinanzämter arbeiten, wurde dabei das Rohvermögen in vier Bestandteile zerlegt.

Da die meisten Millionäre ihr Portefeuille nicht auf eine Vermögenskategorie allein spezialisiert hatten, kam eine Fallzählung mit Mehrfachnennungen zustande. Von den 1140 in Hamburg veranlagten Vermögensmillionären wiesen 1133 (99,4 %), also so gut wie alle, Sonstiges Vermögen, d. h. im wesentlichen Kapitalbesitz in seinen diversen Spielarten auf; jeweils rd.

vier Fünftel besaßen Grund- sowie Betriebsvermögen und lediglich 139 oder 12,2 % land- und forstwirtschaftliches Vermögen. Der Gegenwert der addierten Großvermögen (Rohvermögen) verteilte sich noch unausgeglichen. So konzentrierten sich die 5,5 Milliarden DM beinahe ausschließlich auf das Sonstige und das Betriebsvermögen; Grundvermögen sowie insbesondere land- und forstwirtschaftliches Vermögen spielten betragsmäßig keine Rolle. Hierbei ist jedoch die schon eingangs erwähnte Tatsache zu berücksichtigen, daß den generell mit Gegenwartswerten angesetzten Wirtschaftsgütern des Kapital- und Betriebsvermögens von vornherein ein stärkeres Gewicht zukommt als dem noch mit Vergangenheitswerten bewerteten Grundbesitz.

Im Vergleich zu 1969 hat sich die Vermögensstruktur der Millionäre zwar nicht grundlegend geändert, aber zwei bemerkenswerte Verschiebungen sind doch eingetreten. Der damalige, noch 62,3 % ausmachende Anteil des Sonstigen Vermögens an der Rohvermögenssumme ist Anfang 1972 auf 54,7 % abgesunken, während gleichzeitig das Gewicht des Betriebsvermögens von 34,5 % auf 42,1 % zugenommen hat. Diese gegenläufige Entwicklung beruht vor allem auf zwei Ursachen. Einerseits reflektiert sie die wachsende Investitionstätigkeit der Wirtschaft, zum anderen wirken sich beim Kapitalvermögen die seit der Hauptveranlagung 1969 gefallenen Wertpapierkurse aus.

Schaubild 2

Vermögensmillionäre und ihr Rohvermögen in Hamburg am 1. 1. 1972 nach Vermögensarten

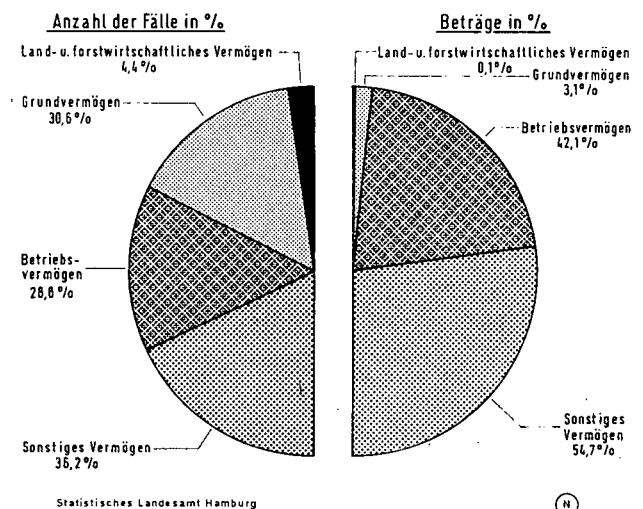


Schaubild 2 stellt die Verteilung der Fallzahlen der Millionäre als auch die ihrer Vermögensbeträge auf die vier Vermögenskategorien dar. Der praktischeren Wiedergabe halber wurden die Vorkommenshäufigkeiten nicht auf die Gesamtzahl der Vermögensmillionäre, sondern auf deren Fallzahl (3133) bezogen.

Annähernd die Hälfte des Gegenwerts sämtlicher Millionärsvermögen befindet sich im Besitz von 61 Multimillionären

Mit Hilfe der Häufigkeitsverteilung in Tabelle 3 erhält man Einblick in die Größenstruktur der Vermö-

gensmillionäre. 1972 überschritten reichlich zwei Drittel der Begüterten (772) mit ihren Gesamtvermögen nicht die Schwelle der untersten Vermögensstufe von 2,5 Millionen DM, der Anteil dieser Gruppe am summierten Gesamtvermögen erreichte hingegen nur knapp ein Viertel. Das durchschnittliche Gesamtvermögen je Millionär, welches sich für die Gesamtheit der Millionäre auf 4,2 Millionen DM belief, ist denn auch mit 1,5 Millionen in der untersten Größenklasse relativ niedrig. Andererseits gehörte einer kleinen Zahl Multimillionären (61), von denen jeder Vermögenswerte von 10 Millionen DM an aufwärts sein eigen nannte, annähernd die Hälfte (46,3 %) der Vermögenssumme. Rechnerisch gleichmäßig aufgeteilt kommt bei ihnen ein durchschnittlicher Besitz in Höhe von 36,4 Millionen DM heraus; er hat sich seit der letzten Statistik um 5,2 Millionen DM erhöht. Unter den Millionären waren fünf anzutreffen, die sogar über mehr als 100 Millionen DM verfügten. Die beiden zusammengelegten Vermögensgruppen mittlerer Größenordnung (2,5 Mio DM bis unter 10 Mio DM) schließlich hatten mit 307 Millionären die zweitstärkste Frequenz aufzuweisen; in etwa proportional dazu machte ihre Vermögensquote rd. 30 % aus. Auch im Größengefüge der privaten Millionenvermögen und ihrer Eigentümer sind seit 1969 keine umwälzenden Veränderungen eingetreten. Kleinere Verschiebungen in der zahlenmäßigen Besetzung der Größenklassen bedürfen keiner besonderen Erwähnung.

Millionäre mit knapp 1 % Vermögensteuer belastet

Das zur Zeit der 1972er Statistik noch gültige Vermögensteuergesetz kannte keinen progressiven Tarif, sondern nur zwei proportionale Steuersätze, nämlich 1 % und 0,75 %, d. h. die Höhe des Vermögensteuersatzes blieb unbeeinflusst von der Höhe des zu versteuernden Vermögens. Der ermäßigte Satz kam nur in Betracht, wenn das steuerpflichtige Vermögen den Betrag der Vermögensabgabeschuld aus dem Lastenausgleichsgesetz nicht überstieg. Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Vermögensteuerrechts am 1. 1. 1974 wird der Steuersatz von bisher 1 % auf 0,7 % ermäßigt.

Da den unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen Freibeträge gewährt werden, bildet das ermittelte Gesamtvermögen nicht zugleich das steuerpflichtige Vermögen. Deshalb ist bei unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen die Bemessungsgrundlage der Vermögensbetrag, der nach Abzug der Freibeträge vom Gesamtvermögen verbleibt. Angesichts der Größe des Vermögens der Millionäre erlangen die für sämtliche Vermögensteuerpflichtigen gleichlautenden Freibeträge bei jenen nur ein verhältnismäßig sehr geringes Gewicht. Deren effektive Steuerbelastung von insgesamt 47 Millionen DM oder 0,98 % bezogen auf das Gesamtvermögen – das steuerpflichtige Vermögen wurde nicht vorweg aufbereitet – kam dicht an den Steuersatz von 1 % heran. Im Mittel hatte jeder Millionär 41 000 DM zu entrichten. Zur Entwicklung der Vermögensteuerschuld ist zu sagen, daß sie seit 1953 wegen des konstanten Steuersatzes parallel zu der des Gesamtvermögens verlief, also eine stark steigende Tendenz hatte, die sich nur zuletzt von 1969 auf 1972 abflachte.

Hamburg hat im Vergleich zu anderen Bundesländern eine erheblich größere Millionärshäufigkeit

Dem unterschiedlichen Aufbereitungsstand in den Ländern und der Tatsache, daß nicht überall eine Voreingangsabrechnung vorgenommen wird, ist es zuzuschreiben, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1972er Vergleichszahlen über die Vermögensmillionäre nur für vier Länder und drei Großstädte zur Verfügung stehen. Aus ihnen geht hervor, daß zwar in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen der absoluten Zahl nach mehr Millionäre leben als in Hamburg, in Rheinland-Pfalz sowie in den drei Großstädten Frankfurt/M, Hannover und Mainz dagegen weniger. Es zeigt sich aber, wenn man rechnerisch die Relation zu den jeweiligen Bevölkerungsgesamtheiten herstellt, um wieviel größer durchweg die Millionärsdichte in Hamburg ist: Hier kommt ein Vermögensmillionär schon unter rd. 1600 Einwohnern vor, in Baden-Württemberg entfällt ein Millionär erst auf 2300, in Niedersachsen gar erst auf rd. 4800 Einwohner. Von den drei Großstädten

Tabelle 3

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von je 1 Mio DM und mehr (Vermögensmillionäre), die in Hamburg zum 1. 1. 1972 veranlagt wurden

Größenklassen nach der Höhe des Gesamtvermögens in Mio DM	Vermögensmillionäre			Gesamtvermögen				Steuerschuld			
				insgesamt			je Vermögens- millionär	insgesamt			je Vermögens- millionär
	Anzahl	in %	% kumuliert	in 1000 DM	in %	% kumuliert	in 1000 DM	in 1000 DM	in %	% kumuliert	in 1000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1 bis unter 2,5	772	67,7	67,7	1 162 780	24,3	24,3	1 506	11 152	23,7	23,7	14
2,5 " "	209	18,3	86,0	717 247	14,9	39,2	3 432	7 019	14,9	38,6	34
5 " "	98	8,6	94,6	692 389	14,5	53,7	7 065	6 787	14,4	53,0	69
10 " "	35	3,1	97,7	468 919	9,8	63,5	13 398	4 624	9,8	62,8	132
20 " "	15	1,3	99,0	443 396	9,2	72,7	29 560	4 416	9,4	72,2	294
50 " "	6	0,5	99,5	312 492	6,5	79,2	52 082	3 121	6,6	78,8	520
100 und mehr	5	0,4	99,9	994 218	20,8	100	198 844	9 889	21,0	99,8	1 978
Insgesamt	1 140	100	100	4 791 440	100	100	4 203	47 009	100	100	41

hat nur Frankfurt/M eine annähernd so große Millionärshäufigkeit wie Hamburg aufzuweisen. Nimmt man das durchschnittliche Gesamtvermögen als Richtschnur, rangiert die Hansestadt ebenfalls mit Abstand an der Spitze.

Die Ergebnisse aus der 1969er Vermögensteuerstatistik stehen indessen praktisch für alle Länder fest. Danach ergab sich folgende Zahlenreihe über die Vermögensmillionäre nach der Häufigkeit ihres Vorkommens in der Bevölkerung und bezogen auf die Privathaushalte:

Länder	1.1.1969				
	Anzahl der Vermögensmillionäre	Einwohner je Vermögensmillionär		Privathaushalte je Vermögensmillionäre	
		Anzahl	Rangziffer	Anzahl	Rangziffer
	1	2	3	4	5
Nordrhein-Westfalen	5 745	2 950	6	1 120	5
Bayern	3 575	2 911	5	1 076	4
Baden-Württemberg	3 390	2 570	3	959	3
Hessen	1) 1 500	3 555	7	1 340	6
Niedersachsen	1 400	5 028	9	1 771	8
Hamburg	1 175	1 551	1	682	1
Berlin (West)	766	2 796	4	1 426	7
Rheinland-Pfalz	697	5 229	10	1 812	9
Schleswig-Holstein	523	4 855	8	1 849	10
Bremen	340	2 218	2	876	2
Saarland	94	12 010	11	4 436	11

1) geschätzt.

1969 nahm Hamburg mit der Anzahl seiner Vermögensmillionäre also hinter Nordrhein-Westfalen als millionärreichstem Land, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen den sechsten Platz unter den Bundesländern ein, gemessen an der Bevölkerung hielt Hamburg jedoch die absolute Spitzenposition. Diese Vorrangstellung bleibt auch unangefochten, wenn der Häufigkeitsberechnung nicht die Einwohnerzahl, sondern die Zahl der Privathaushalte zugrunde gelegt wird.

Gerade auch im Zusammenhang mit den Vergleichsdaten anderer Länder ist es wichtig, noch auf folgenden methodischen Sachverhalt aufmerksam zu machen: In die Statistik für den Stadtstaat Hamburg sind die gesamten Vermögenswerte derjenigen Steuerpflichtigen eingeflossen, die von den hamburgischen Finanzämtern veranlagt worden sind. Daraus resultiert, daß in Hamburg gelegenes Sachvermögen ande-

Tabelle 4

Vermögensmillionäre und ihr Gesamtvermögen in einigen Bundesländern und deren Hauptstädten
– Stichtag der Hauptveranlagung 1. 1. 1972 –

Länder Städte	Anzahl der Vermögensmillionäre	Einwohner je Vermögensmillionär	Gesamtvermögen	
			der Vermögensmillionäre	je Vermögensmillionär
			in 1000 DM	
	1	2	3	4
Baden-Württemberg	3 932	2 303	12 778 595	3 224
Hessen darunter Frankfurt	1 790 386	3 067 1 704	6 043 992 1 198 261	3 377 3 104
Niedersachsen darunter Hannover	1 508 216	4 762 2 392	4 389 306 602 586	2 911 2 790
Hamburg	1 140	1 563	4 791 440	4 203
Rheinland-Pfalz darunter Mainz	812 60	4 530 2 977	2 651 468 168 417	3 265 2 807

ren Ländern zugeordnet blieb, falls es außerhalb Hamburgs wohnenden Steuerpflichtigen gehörte, und umgekehrt kann Besitz von in Hamburg veranlagten Personen auch jenseits der hamburgischen Landesgrenzen gelegen haben. Die Vermögenswerte sind somit nicht lokal abgegrenzt. Da die Besteuerungszuständigkeit beim Wohnsitzfinanzamt liegt, modifizieren auch Zu- und Fortzüge den Bestand an Vermögensteuerpflichtigen.

Es gibt in Hamburg auch Einkommensmillionäre

Die Informationen über die Vermögensmillionäre werden bei den meisten Lesern unwillkürlich die Frage aufwerfen, ob es denn nicht in Hamburg auch Leute gibt, die ein Millioneneinkommen beziehen. Aus der letzten Statistik über die veranlagten Einkommen kann dazu Auskunft gegeben werden: 1971 wurden hier 185 unbeschränkt steuerpflichtige Personen bzw. Haushalte gezählt, deren Jahreseinkommen sich auf mindestens 1 Million DM belief. Alle zusammen verdienten sie 574 Millionen DM; im Durchschnitt entfielen somit etwas mehr als 3 Millionen DM auf jeden einzelnen Einkommensmillionär. Gegenüber dem zur Verfügung stehenden Vergleichsjahr 1968 hat sich die Anzahl der Einkommensmillionäre in Hamburg um 52 vergrößert. Daß es bedeutend weniger Einkommens- als Vermögensmillionäre gibt, liegt in der Natur der Sache und bedarf keiner besonderen Erklärung.

Francisco Villalaz

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1975	April 1975	Mai 1975	Mai 1974		
		1973	1974						
Meteorologische Beobachtungen									
Mittelwerte ¹⁾									
Luftdruck	mm ²⁾	762,3	760,2	757,5	760,8	763,2	761,4		
Lufttemperatur	°C	9,5	10,0	4,5	7,3	11,9	12,0		
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	78	74	68	70		
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3		
Bewölkung	" ⁴⁾	5	6	6	4	5	5		
Summenwerte ⁵⁾									
Niederschlagshöhe	mm	701	68	49	79	70	44		
Sonnenscheindauer	Std.	1 660	126,3	102	125	244	195		
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	79	7,9	8	6	1	5		
Tage mit Niederschlägen	"	240	18,8	22	23	20	17		
				Dezember 1974	Januar 1975	Februar 1975	Februar 1974		
Bevölkerung									
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾									
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	245,0	242,4	239,4	239,5	238,9	244,1		
" Altona	"	252,9	250,5	248,7	248,6	248,3	251,6		
" Eimsbüttel	"	251,3	249,7	248,8	246,7	248,4	250,5		
" Hamburg-Nord	"	335,7	328,3	324,7	324,2	323,7	330,8		
" Wandsbek	"	378,0	380,5	382,4	383,0	383,4	379,6		
" Bergedorf	"	93,7	92,8	92,3	92,2	92,2	93,0		
" Harburg	"	201,8	198,9	197,5	197,2	196,9	199,9		
Hamburg insgesamt	"	1 758,4	1 743,1	1 733,8	1 733,4	1 731,8	1 749,5		
dav. männlich	"	815,0	809,4	804,8	804,7	803,7	812,3		
weiblich	"	943,4	933,7	929,0	928,7	928,1	937,2		
dar. Ausländer ⁷⁾	"	122,7	131,2	130,1	130,1	130,1	130,3		
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung									
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	930	867,2	964	702	687	579		
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,3	6,0	6,5	4,8	5,2	4,3		
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 139	1 127,9	1 102	1 134	1 067	1 035		
dar. unehelich	"	105	104,8	114	117	104	102		
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	7,8	7,8	7,5	7,7	8,0	7,7		
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,4	10,3	10,3	9,8	10,3		
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 156	2 107,6	2 659	1 849	2 416	2 041		
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	27	21,4	31	11	22	19		
dar. im ersten Lebensjahr	"	14,7	14,5	18,0	12,6	18,2	15,2		
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	23,8	19,0	28,7	9,8	20,6	19,3		
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1 017	- 979,7	- 1 557	- 715	- 1 349	- 1 006		
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	- 6,9	- 6,7	- 10,6	- 4,9	- 10,2	- 7,5		
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 337	5 747	3 864	6 453	5 401	5 745		
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 536	6 252	5 626	6 161	5 625	4 992		
Fortgezogene Personen	"	199	505	- 1 762	+ 292	- 224	+ 753		
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	+ 83	- 260	- 1 066	+ 156	- 292	+ 507		
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 282	- 245	- 696	+ 136	+ 68	+ 246		
dav. männlich	"								
weiblich	"								
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	14 455	14 080	11 459	16 188	16 791	13 756		
(Binnenwanderung)	"								
Nach Gebieten									
a) Zugezogene aus									
Schleswig-Holstein	"	1 669	1 710	1 222	1 973	1 576	1 864		
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 110	1 154	835	1 412	1 114	1 244		
Niedersachsen	"	1 000	1 034	726	1 126	1 076	1 029		
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	379	405	283	446	478	421		
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 466	1 374	925	1 362	1 204	1 260		
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	2 202	1 629	991	1 992	1 545	1 592		
b) Fortgezogene nach									
Schleswig-Holstein	"	2 534	2 297	1 951	2 306	1 941	1 906		
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 810	1 799	1 574	1 874	1 519	1 457		
Niedersachsen	"	1 616	1 363	1 067	1 429	1 151	1 178		
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	908	754	616	819	634	678		
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 618	1 308	1 046	1 192	1 012	1 141		
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	768	1 284	1 562	1 234	1 521	767		

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung, - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel, - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala, - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt), - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte, - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970, - ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: Ende Dezember 1974, - ⁸⁾ nach dem Ereignisort, - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten, - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg, - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade, - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1975	April 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 740	16 608	16 432	16 432	16 412	16 616
Patienten ³⁾	"	13 110	13 023	10 698	13 203	12 292	12 320
Pflegtage	"	406 670	403 631	410 607	396 579	392 224	426 727
Bettenausnutzung	%	83,3	82,7	82,8	83,0	79,6	85,4
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 030	3 064	3 085	3 085	3 085	3 061
Patienten ³⁾	"	2 893	2 883	2 857	2 879	2 829	2 903
Pflegtage	"	82 499	81 692	83 369	81 261	83 493	84 158
Bettenausnutzung	%	92,8	91,8	92,0	92,7	92,1	91,8
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	842 743	722 586	490 587	694 749	835 687	750 412
dar. in Hallenschwimmbädern	"	467 560	482 344	460 991	663 866	485 739	424 037
in Freibädern	"	339 708	207 633	—	—	322 023	291 387
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	527 563	581 757	594 980	676 419	616 400	577 851
Ausgeliehene Noten	"	7 021	7 127	7 056	9 908	8 863	7 862
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	37 938	41 647	34 120	36 870	45 352	43 448
Besucher der Lesesäle	"	9 448	10 424	9 764	11 674	11 475	12 169
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 446	3 700	4 110	5 049	4 142	4 032
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	2 555	2 525	2 697	3 144	3 043	2 769
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 500	1 363	1 165	1 523	1 347	1 573
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	68 258	92 556	111 313	101 169		64 921
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 302	27 115	15 376	15 011	8 634	11 688
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	12 530	13 462	20 176	15 393	10 313	9 036
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	6 177	7 129	9 948	8 564	6 166	6 596
Helms-Museum	"	13 421	16 439	21 146	17 878	34 401	20 653
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"	12 094	14 916	19 866	16 246	33 531	19 219
Museum für Hamburgische Geschichte	"	11 447	13 733	30 639	17 220	17 465	9 708
Museum für Kunst und Gewerbe	"	6 383	7 057	4 616	5 336	4 371	2 568
Planetarium	"	5 998	5 758	7 579	4 464		3 192
Bischofshorn	"		1 863	1 833	1 057	1 945	1 480
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	681,5	682,7	680,0	677,4	677,1	682,0
dav. Pflichtmitglieder	"	399,1	396,6	391,9	389,4	389,1	396,6
Freiwillige Mitglieder	"	46,3	45,8	45,5	45,2	44,9	46,1
Rentner	"	236,1	240,3	242,6	242,8	243,1	239,3
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	27,3	32,8	26,7	26,1	27,5
dav. männlich	"	19,6	18,5	22,0	18,1	17,5	18,6
weiblich	"	9,1	8,8	10,8	8,6	8,6	8,9
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	5 542	12 121	27 737	28 021	25 742	9 843
dav. männlich	"	2 959	7 231	18 391	18 159	16 630	5 715
weiblich	"	2 583	4 890	9 346	9 862	9 112	4 128
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"		4 369	11 805	11 185	10 083	3 308
Technische Berufe	"		889	1 472	1 680	1 596	775
Dienstleistungsberufe	"		6 827	13 189	13 826	12 890	5 204
2. Offene Stellen	"	18 838	13 315	11 953	11 660	12 335	15 334
3. Arbeitsuchende ⁵⁾	"	12 519	19 727	36 849	36 317	34 223	17 092
4. Vermittlungen ⁶⁾	"	11 269	10 306	7 705	7 941	8 235	11 191
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	5 765	5 361	2 724	2 846	3 676	6 256
5. Kurzarbeiter	"	284	2 289	9 403	7 867	9 293	947
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	1 444	1 407	1 565	1 597	1 660	1 890
dav. an Molkereien geliefert	%	92,2	92,5	91,6	94,7	96,7	97,1
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	11,3	12,6	13,2	13,3	14,9

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1975	April 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	1 549	1 215	1 014	1 053	1 028	1 448
pasteurisiert, abgepackt	"	7 595	6 770	6 001	7 000	6 503	7 324
ultra-hocherhitzt	"	1 046	1 280	1 409	1 635	1 658	1 585
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	136	141	115	137	123	153
ultra-hocherhitzt	"	316	1 389	1 761	2 127	2 174	1 100
Entrahmte Milch	"	620	65	297	508	674	43
Buttermilcherzeugnisse	"		433	372	509	656	553
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"		159	171	244	233	199
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,2	8,3	5,6	6,9	5,4	7,5
Kälber	"	1,1	1,1	1,0	0,9	1,1	1,3
Schweine	"	29,7	28,3	23,7	27,1	24,1	29,0
Schafe	"	0,7	0,6	0,8	0,4	0,4	0,7
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,2	7,5	5,1	6,2	5,0	7,3
Kälber	"	1,0	1,1	1,0	0,8	1,1	1,2
Schweine *)	"	30,3	28,6	23,6	27,4	23,9	28,7
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	4 744	4 831	3 707	4 194	3 543	4 777
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 678	1 997	1 381	1 665	1 356	1 970
Kälber	"	60	88	84	68	75	99
Schweine	"	2 960	2 727	2 219	2 445	2 098	2 688
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 367	1 329	1 292	1 284	1 045	1 333
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	194	187	179	178	178	189
dar. Arbeiter *)	"	119	114	107	107	107	115
Geleistete Arbeitsstunden *)	18 319	17 100	15 698	16 872	15 590	18 108	
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	199	213	202	207	215	221
Gehälter (Bruttosumme)	"	170	191	194	194	200	189
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	4	5	4	4	4	7
Gasverbrauch ohne Erdgas *)	1 000 cbm	2 661	1 329	1 288	1 304	1 113	1 144
Erdgasverbrauch *)	1 000 cbm	63 213	35 277	39 048	34 291	26 801	35 647
Heizölverbrauch	1 000 t	58	52	54	52	41	48
Stromverbrauch	Mio kWh	187	257	267	269	248	254
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	13	12	13	14	10	11
Umsatz *)	Mio DM	1 917	2 245	2 082	2 117	2 148	2 346
dar. Auslandsumsatz *)	"	315	412	366	338	450	420
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 917	2 245	2 082	2 117	2 148	2 346
dar. Mineralölverarbeitung	"	333	479	423	426	436	511
Chemische Industrie	"	168	188	185	185	175	205
Elektroindustrie	"	239	270	256	246	258	270
Maschinenbau	"	150	154	149	155	140	151
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	13	13	13	13	13	14
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	596	651	830	768	679	605
Gaserzeugung (brutto *)	Mio cbm	58	26	32	28	29	22
		Vj.-Durchschnitt *)					
		1973	1974	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	1. Vj. 1974
3. Handwerk (Meßziffern **)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	94,1	87,4	87,6	83,3	82,3	90,1
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	123,3	122,6	118,1	151,6	103,9	100,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe **)							
		Monatsdurchschnitt					
		1973	1974	März 1975	April 1975	Mai 1975	Mai 1974
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	43 660	36 744	30 656	30 685	31 421	36 967
dar. Inhaber	"	1 238	1 189	1 183	1 147	1 169	1 174
Angestellte	"	6 218	5 860	5 366	5 359	5 359	5 919
Arbeiter **)	"	36 204	29 694	24 107	24 179	24 893	29 874
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 711	4 791	3 620	4 160	3 874	5 148
dav. für Wohnungsbauten	"	1 738	1 335	892	1 070	1 028	1 513
gewerbl. und Industr. Bauten	"	2 034	1 624	1 261	1 381	1 411	1 673
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 939	1 832	1 467	1 709	1 435	1 962
Löhne (Bruttosumme **)	Mio DM	80,6	74,3	55,9	60,3	64,5	79,8
Gehälter (Bruttosumme **)	"	15,6	15,9	14,6	14,6	14,7	16,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,6	229,9	147,2	144,8	191,0	337,7
dav. im Wohnungsbau	"	66,4	61,7	49,6	35,6	66,1	55,0
gewerbl. und Industr. Bau	"	81,8	70,5	48,9	50,6	70,6	69,4
öffentlichen und Verkehrsbau	"	81,4	97,7	48,7	58,6	54,2	223,3

*) gewerbliche und Hausschlachtungen. - *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - *) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. - *) einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. - *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. - *) ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. - *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. - *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - **) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - **) einschließlich Umschüler und Auszubildende. - **) ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1975	April 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	164	106	100	84	131	117
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	61	77	46	61	65
Umbauter Raum	1 000 cbm	416	300	185	179	281	251
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	85,8	63,9	45,2	42,8	60,6	61,5
Wohnfläche	1 000 qm	87	62	35,5	40	62	59
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	65	51	41	30	36	27
Umbauter Raum	1 000 cbm	493	384	339	133	221	116
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	71,5	77,6	84,4	15,7	32,3	24,3
Nutzfläche	1 000 qm	89	73	47,6	26	54	26
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 199	837	444	479	769	740
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	171	132	83	57	75	71
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	88	66	38	36	41	40
Umbauter Raum	1 000 cbm	189	394	292	160	297	149
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	80,7	75,5	58,4	39,2	64,1	26,5
Wohnfläche	1 000 qm	91	78	62	35,6	63	32
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	69	53	24	21	40	19
Umbauter Raum	1 000 cbm	638	619	63	160	269	351
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,9	104,5	12,8	24,0	25,0	19,1
Nutzfläche	1 000 qm	101	97	14,4	33,7	45	39
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 244	1 079	859	449	799	391
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	565	475	705	313	551	50
4. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	1 800	14 085	13 800	13 800	13 800	19 100
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ¹⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	188	190	190	190	190	189
Wohnungen	"	738	750	751	752	752	740
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 755	2 800	2 807	2 807	2 810	2 766
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	120,2	127,1	131,6	139,9	133,1	127,2
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	132,3	145,5	162,4	159,4	145,8	137,0
Facheinzelhandel	"	118,7	121,7	121,6	133,8	130,2	125,2
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ¹⁾							
Mio DM		420	581	474	435	...	698
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	55	89	63	69	...	105
Gewerblichen Wirtschaft	"	365	492	411	366	...	593
dav. Rohstoffe	"	3	4	3	4	...	6
Halbwaren	"	83	132	101	85	...	171
Fertigwaren	"	279	356	307	277	...	416
dav. Vorerzeugnisse	"	29	64	50	40	...	80
Enderzeugnisse	"	250	292	257	237	...	336
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	311	404	339	328	...	521
dar. EG-Länder	"	199	245	179	211	...	323
EFTA-Länder	"	57	77	72	63	...	96
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	125,5	132,4	128,2	137,5	142,9	142,2
dav. Beherbergungsgewerbe	"	133,6	131,5	120,4	136,1	141,9	147,3
Gaststättengewerbe	"	123,2	132,7	130,5	137,9	143,2	140,6
4. Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 405	115 568	97 607	105 319	...	136 592
dar. von Auslandsgästen	"	39 554	35 824	28 085	33 144	...	43 298
Fremdenübernachtungen	"	224 878	224 878	184 528	203 288	...	244 869
dar. von Auslandsgästen	"	73 856	73 855	53 222	61 962	...	76 824

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1975	April 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 512	1 489	1 545 s	1 590 s	1 650 s	1 543
Abgegangene Schiffe	"	1 571	1 559	1 586 s	1 708 s	1 682 s	1 625
Güterverkehr über See	1 000 t	4 154	4 362	3 732 p	3 718 p	4 064 p	4 708
dav. Empfang	"	3 096	3 644	2 606 p	2 584 p	2 931 p	3 392
dav. Massengut	"	2 446	2 411	2 069 p	1 949 p	2 357 p	2 766
dar. Mineralöle	"	1 416	1 348	1 122 p	1 004 p	1 045 p	1 475
Sack- und Stückgut	"	650	633	537 p	635 p	574 p	626
Versand	"	1 058	1 318	1 126 p	1 134 p	1 133 p	1 316
dav. Massengut	"	472	606	553 p	519 p	617 p	514
Sack- und Stückgut	"	586	712	573 p	615 p	516 p	802
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	382	419	316	368 r	360 p	448
Güterversand	"	400	463	466	477 r	470 p	498
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 165	5 459	5 087 p	5 174 p	5 658 p	5 993
Fluggäste	"	258 767	283 005	271 178 p	277 377 p	306 283 p	311 150
Fracht	1 000 t	2 013,6	2 111,6	2 169,6 p	2 308,5 p	2 016,5 p	2 337,7
Luftpost	"	722,7	728,8	683,6 p	745,9 p	658,2 p	739,7
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	27 546	27 577	24 981	29 016	26 691	29 278 r
Straßenbahn	"	3 587	2 932	2 360	2 764	2 538	3 380
Kraftomnibusse	"	18 621	19 681	18 503 r	20 605	19 974	20 322 r
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	488,7	505,5	515,9	521,2	526,4	498,8
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	438,5	454,1	463,5	468,2	472,9	446,9
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 419	4 453	6 575	7 293	...	5 928
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 907	3 968	6 123	6 795	...	5 390
Lastkraftwagen	"	379	348	230	258	...	362
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	986	891	759 p	879 p	932 p	938
Getötete Personen	"	24	23	23 p	22 p	25 p	16
Verletzte Personen	"	1 308	1 145	1 040 p	1 166 p	1 193 p	1 201
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	38 431,4	41 863,3	44 248,6	43 647,6	43 781,8	41 298,5
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	10 470,1	11 436,7	12 108,9	11 327,1	11 274,1	11 248,0
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	10 357,1	11 234,7	11 861,3	11 098,3	11 061,7	11 062,8
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	"	5 851,0	6 254,1	6 191,5	6 193,6	6 218,2	6 244,9
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 393,1	5 595,4	5 317,6	5 350,9	5 339,1	5 663,3
Langfristige Kredite ⁷⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	22 110,3	24 172,5	25 948,2	26 126,9	26 289,5	23 805,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 084,9	21 763,1	23 074,9	23 241,9	23 392,5	21 514,3
dar. Durchlaufende Kredite	"	809,6	678,8	600,6	616,8	616,3	729,1
Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken	"	27 194,1	29 736,6	30 718,3	30 931,2	31 022,4	29 968,5
dav. Sicht- und Termingelder	"	17 617,9	19 634,8	19 495,6	19 465,0	19 333,4	19 986,2
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	12 981,1	14 376,3	14 073,1	14 186,2	13 939,6	14 678,1
Spareinlagen	"	9 578,2	10 101,8	11 222,7	11 466,2	11 699,0	9 982,3
dar. bei Sparkassen	"	6 283,6	6 644,1	7 361,4	7 452,4	7 563,5	6 563,4
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	531,5	579,2	731,0	898,1	762,1	550,0
Lastschriften auf Sparkonten	"	542,7	564,7	554,1	657,3	541,5	516,7
Zinsgutschriften	"	46,6	54,9	0,7	2,7	2,2	2,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	18	21	28	27	17	28
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	2 988	3 217	3 806 r	2 854	2 445	3 698

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1975	April 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	24 650	21 169	17 596	21 935	16 699	21 388
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 449	3 536	3 545	3 911	3 426	3 897
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 533	1 459	1 223	1 549	1 579	1 608
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	492	512	731	646	787	552
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	159	158	158	158	159
Grundkapital	Mio DM	5 913	6 415	6 665	6 684	6 685	6 333
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 086	6 557	6 920	6 972	7 041	6 471
Stammkapital	Mio DM	5 351	5 838	6 092	6 102	6 121	5 825
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM		814 395	922 786	1 000 151	720 155	815 597	832 979
• dav. Steuern vom Einkommen	"	478 819	573 982	642 982	364 072	386 505	516 689
• dav. Lohnsteuer	"	300 925	349 961	280 042	284 144	335 530	321 150
• Veranlagte Einkommensteuer	"	100 573	104 413	235 782	70 675	12 678	14 041
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	24 266	60 074	14 029	43 026	14 177	153 351
• Körperschaftsteuer	"	53 055	59 535	113 128	33 772	24 120	28 147
• Steuern vom Umsatz	"	335 576	348 803	357 169	356 083	429 092	316 290
• dav. Umsatzsteuer	"	206 263	165 728	174 571	168 697	221 192	131 393
• Einfuhrumsatzsteuer	"	129 313	183 075	182 598	187 387	207 900	184 896
2.* Bundessteuern							
1 000 DM		865 424	884 833	667 781	925 941	960 854	838 371
• dar. Zölle	"	56 426	59 987	52 331	62 893	58 998	62 298
• Verbrauchsteuern	"	782 783	795 961	594 651	844 484	883 547	744 523
• dar. Mineralölsteuer	"	665 657	646 689	483 890	611 881	703 328	637 942
3.* Landessteuern							
1 000 DM		42 954	45 053	37 566	33 379	69 801	74 756
• dar. Vermögensteuer	"	16 971	19 055	3 561	3 569	48 459	49 642
• Kraftfahrzeugsteuer	"	12 314	12 617	13 001	15 453	11 220	12 973
• Biersteuer	"	3 136	3 041	2 180	2 611	2 918	3 423
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM		94 475	103 609	.	71 463	195 528	215 730
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	70 343	76 891	39 112	21 039	170 112	190 573
• Grundsteuer A	"	90	62	.	12	43	103
• Grundsteuer B	"	9 402	10 759	.	2 512	24 328	20 460
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM		1 308 304	1 375 912	1 174 621	1 303 922	1 437 677	1 312 367
6.* Einnahmen des Landes							
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	269 532	317 394	.	98 138	289 164	363 909
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾	"	176 408	212 972	.	52 323	168 878	220 378
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	37 385	44 758	.	12 437	8 588	29 972
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	12 785	14 611	.	—	41 897	38 803
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁴⁾	"	68 905	74 388	.	71 463	111 733	138 124
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ⁵⁾	"	47 805	53 027	.	19 412	48 749	44 084
Einnahmen des Landes insgesamt	"	386 242	444 809	.	189 013	449 646	546 118
		Vj.-Durchschnitt 1973	Vj.-Durchschnitt 1974	3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	1. Vj. 1974
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio DM		1 762,5	2 026,7	2 064,6	2 202,0	2 305,8	1 937,4
dar. Personalausgaben	"	795,7	912,7	834,4	1 003,9	979,5	917,6
Bauinvestitionen	"	185,1	202,7	208,9	289,3	126,7	125,9
dar. für Schulen	"	54,8	59,2	53,8	81,5	32,3	39,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	23,1	29,0	29,2	33,6	18,3	23,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,5	9,5	7,9	15,1	10,6	5,1
Straßen	"	20,2	26,5	26,9	50,5	15,9	11,5
Wasserstraßen und Häfen	"	21,1	20,4	30,2	22,5	15,0	11,7
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	155,0	170,7	183,7	153,2	187,8	190,1
Zuführung an Rücklagen	"	6,6	1,3	—	5,0	0,0	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
"		1 802,7	2 062,7	1 950,1	2 366,0	2 025,3	1 909,0
dar. Steuern	"	1 158,7	1 334,4	1 200,0	1 508,8	1 183,4	1 323,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	57,7	54,4	37,7	76,3	37,0	41,4
Gebühren, Beiträge usw.	"	192,2	241,4	267,7	235,3	279,6	233,9
Entnahme aus Rücklagen	"	12,5	22,1	18,5	31,5	0,4	37,2
Schuldenaufnahme	"	207,8	232,2	254,0	270,0	307,6	140,8
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁶⁾							
"		5 144,3 r	6 016,7	5 446,7	6 016,7 r	6 215,4	5 172,4
dar. am Kreditmarkt	"	3 773,7 r	4 670,8	4 164,2 r	4 670,8 r	4 893,2 r	3 871,5 r
bei Gebietskörperschaften	"	711,7 r	716,3	695,0	716,3 r	707,1	702,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Zerlegung. — ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁶⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Februar 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	199,0	219,6	225,5	226,7	231,3	221,4
dav. Einfamiliengebäude	"	200,0	221,7	228,0	229,8	234,7	223,4
Mehrfamiliengebäude	"	198,0	217,4	222,9	223,5	227,9	219,4
Gemischt genutzte Gebäude	"	197,6	217,8	223,7	224,7	229,3	219,2
Bürogebäude	"	194,2	211,8	216,6	216,6	219,7	213,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	192,2	206,6	210,8	210,4	213,3	206,9
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	394	480	469	490	494	448
weibliche Arbeiter	"	245	303	290	311	313	280
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	8,90	11,01	10,69	11,29	11,33	10,15
weibliche Arbeiter	"	5,97	7,40	7,09	7,61	7,65	6,77
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	44,2	43,6	43,9	43,4	43,6	44,1
weibliche Arbeiter	"	41,0	40,9	40,9	40,9	40,9	41,3
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 905	2 451	2 398	2 479	2 531	2 209
weiblich	"	1 381	1 767	1 712	1 795	1 833	1 611
Technische Angestellte							
männlich	"	2 033	2 545	2 496	2 598	2 611	2 328
weiblich	"	1 374	1 709	1 666	1 747	1 757	1 570
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 775	2 217	2 185	2 228	2 278	2 036
weiblich	"	1 254	1 549	1 506	1 565	1 605	1 411
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 808	2 276	2 239	2 292	2 343	2 078
weiblich	"	1 286	1 594	1 548	1 613	1 652	1 451
Technische Angestellte							
männlich	"	2 024	2 489	2 443	2 537	2 554	2 276
weiblich	"	1 504	1 854	1 834	1 883	1 881	1 746
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 168	11 559	11 720	10 965	12 256	11 862
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	7	6	9	11	—	10
Körperverletzung	"	420	454	486	367	416	478
Raub, räuberische Erpressung	"	110	108	114	98	105	129
Diebstahl	"	7 132	7 332	7 077	6 817	7 356	7 586
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 506	3 794	3 476	3 389	3 656	3 960
Betrug und Untreue	"	1 290	1 294	1 437	1 388	1 844	1 271
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ³⁾	"	1 447	1 676	1 733	1 784	1 637	1 771
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁴⁾	"	9 671	9 863	6 823	6 531	5 553	10 207
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	532	438	464	560	586	430
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁵⁾	"	29 591	30 518	30 965	31 799	31 304	34 993
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	13 970	14 558	15 092	14 959	...	14 640
dav. Feueralarme	"	475	494	518	511	...	478
dar. bekämpfte Großbrände	"	14	15	17	12	...	16
falsche Alarmläufe und Unfugmeldungen	"	107	117	131	130	...	122
Rettungswageneinsätze	"	12 616	13 166	13 724	13 645	...	13 366
dar. für Krankentransporte	"	2 835	2 832	2 641	2 875	...	2 805
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 801	1 763	1 639	1 680	...	1 904
Hilfeleistungen aller Art	"	879	898	850	803	...	796
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	110	129	154	141	...	152

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1974

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie *)			
	Wohnbevölkerung *)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose *)	Offene Stellen *)	Beschäftigte *)	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz *)	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 2 024 3. Vj. 2 028	4 356 4 907	10 074 8 970	- 5 718 - 4 063	19 296 22 205	18 056 22 253	- 4 478 - 4 111	28 170 14 618	7 732 11 549	214 950 224 294	106 111	6 343 6 220	3 134 3 067
Hamburg	4. Vj. 1 734 3. Vj. 1 739	3 097 3 507	6 881 5 809	- 3 784 - 2 302	16 805 19 082	18 623 19 783	- 5 602 - 3 003	21 983 11 205	9 136 12 359	181 136 186 233	104 107	7 243 6 555	4 177 3 769
München	4. Vj. 1 322 p 3. Vj. 1 319	2 420 2 649	3 260 3 058	- 840 - 409	24 193 22 872	21 158 23 070	- 2 195 - 607	20 775 12 065	4 892 8 674	182 623 187 638	138 p 142	5 583 5 330	4 223 p 4 041
Köln	4. Vj. 828 3. Vj. 828	1 882 2 014	2 591 2 247	- 709 - 233	13 532 13 228	13 470 13 619	- 647 - 624	13 559 9 210	3 975 5 932	125 142 127 632	151 154	3 803 3 629	4 593 4 383
Essen	4. Vj. 669 3. Vj. 671	1 338 1 410	2 477 2 066	- 1 139 - 656	5 269 5 596	5 798 6 877	- 1 668 - 1 937	10 783 7 528	2 432 3 245	58 017 59 454	87 89	1 407 1 376	2 103 2 051
Düsseldorf	4. Vj. 618 3. Vj. 618	1 156 1 289	2 033 1 952	- 877 - 663	9 042 9 014	8 680 12 871	- 515 - 4 520	9 000 6 062	3 672 4 607	106 209 p 107 971 p	172 p 175 p	3 102 p 2 886	5 019 p 4 670
Frankfurt/M.	4. Vj. 660 3. Vj. 663	1 300 1 405	2 110 1 940	- 810 - 535	12 472 13 713	14 306 15 362	- 2 644 - 2 184	13 175 7 580	7 829 9 202	119 926 122 016	182 184	3 504 3 508	5 309 5 291
Dortmund	4. Vj. 630 3. Vj. 631	1 174 1 291	2 021 1 972	- 847 - 681	5 679 5 905	5 364 7 188	- 532 - 1 964	9 979 7 396	2 418 3 837	73 426 74 729	117 118	1 808 1 747	2 870 2 769
Stuttgart	4. Vj. 612 3. Vj. 615	1 298 1 367	1 691 1 469	- 393 - 102	11 689 14 408	13 623 17 927	- 2 327 - 3 621	4 869 2 878	4 409 6 846	135 428 139 435	221 227	4 631 4 676	7 567 7 603
Bremen	4. Vj. 579 3. Vj. 581	1 194 1 312	1 903 1 685	- 709 - 373	6 508 7 603	7 735 7 826	- 1 936 - 596	8 492 5 526	2 941 4 527	83 487 85 294	144 147	2 929 3 044	5 059 5 239
Hannover	4. Vj. 569 3. Vj. 510	1 147 948	1 696 1 768	- 549 - 820	9 582 9 734	9 702 9 936	- 669 - 1 022	12 811 8 178	3 548 5 150	92 784 97 117	163 190	2 442 2 141	4 292 4 198

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr *)			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz *)	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer *)	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 14 040 3. Vj. 14 718	891 593	440 292	423 431	3 055 2 732	980 543	8 070 4 572	670 652	232 249	115 123	637 693	3 679 3 182	4 632 4 041	201 388 117 919	95 675 72 372
Hamburg	4. Vj. 13 033 3. Vj. 12 268	847 611	488 351	354 364	3 119 2 481	797 348	6 220 3 485	4 216 1 917	305 411	176 236	582 742	3 081 2 563	4 073 3 364	149 275 182 088	202 780 150 238
München	4. Vj. 14 977 3. Vj. 16 583	748 731	566 p 554	158 288	1 023 1 705	325 386	2 107 3 612	977 975	484 602	366 p 456	1 012 1 216	2 028 1 926	2 739 2 644	141 554	125 733
Köln	4. Vj. 6 561 3. Vj. 6 780	338 318	408 384	74 164	645 1 905	301 109	3 808 1 577	2 630 *) 457	140 186	169 225	272 354	1 191 1 118	1 600 1 480	104 861 104 921	70 081 54 359
Essen	4. Vj. 5 970 3. Vj. 5 970	215	320	126 94	457 562	270 79	1 756 485	639 6	34 30	51 45	76 62	856 668	1 091 857	63 149 29 329	75 964 36 828
Düsseldorf	4. Vj. 7 029 p 3. Vj. 6 810 p	320 p 306 p	518 p 495 p	108 70	634 584	168 87	1 403 620	451	161 149	261 241	321 288	926 770	1 152 992	93 264 92 111	64 019 49 657
Frankfurt/M.	4. Vj. 8 823 3. Vj. 9 498	466 425	706 641	209 209	1 087 1 541	288 134	3 862 1 092	1 448 55	261 305	395 460	520 579	1 170 1 121	1 497 1 430	163 112 213 439	117 794 54 706
Dortmund	4. Vj. 5 102 3. Vj. 5 447	264 221	419 350	107 281	353 869	356 191	1 748 894	556 532	42 39	67 62	76 72	904 799	1 157 1 028	38 696 47 233	59 643 30 593
Stuttgart	4. Vj. 8 562 3. Vj. 9 736	497 390	812 634	72 83	622 413	276 150	2 199 838	1 084 498	108 106	176 172	243 240	748 p 751	1 067 p 998	58 900 69 392	122 677 57 900
Bremen	4. Vj. 6 783 3. Vj. 5 540	375 249	648 429	264 284	1 125 1 012	419 158	1 831 700	1 949 286	68 86	117 148	138 160	1 006 876	1 236 1 036	101 389 90 017	51 570 40 899
Hannover	4. Vj. 5 264 3. Vj. 5 792	232 242	408 475	88 122	526 1 201	275 68	1 914 791	1 994 171	91 92	160 180	156 153	923 803	1 190 1 031	36 638 67 932	94 465 41 365

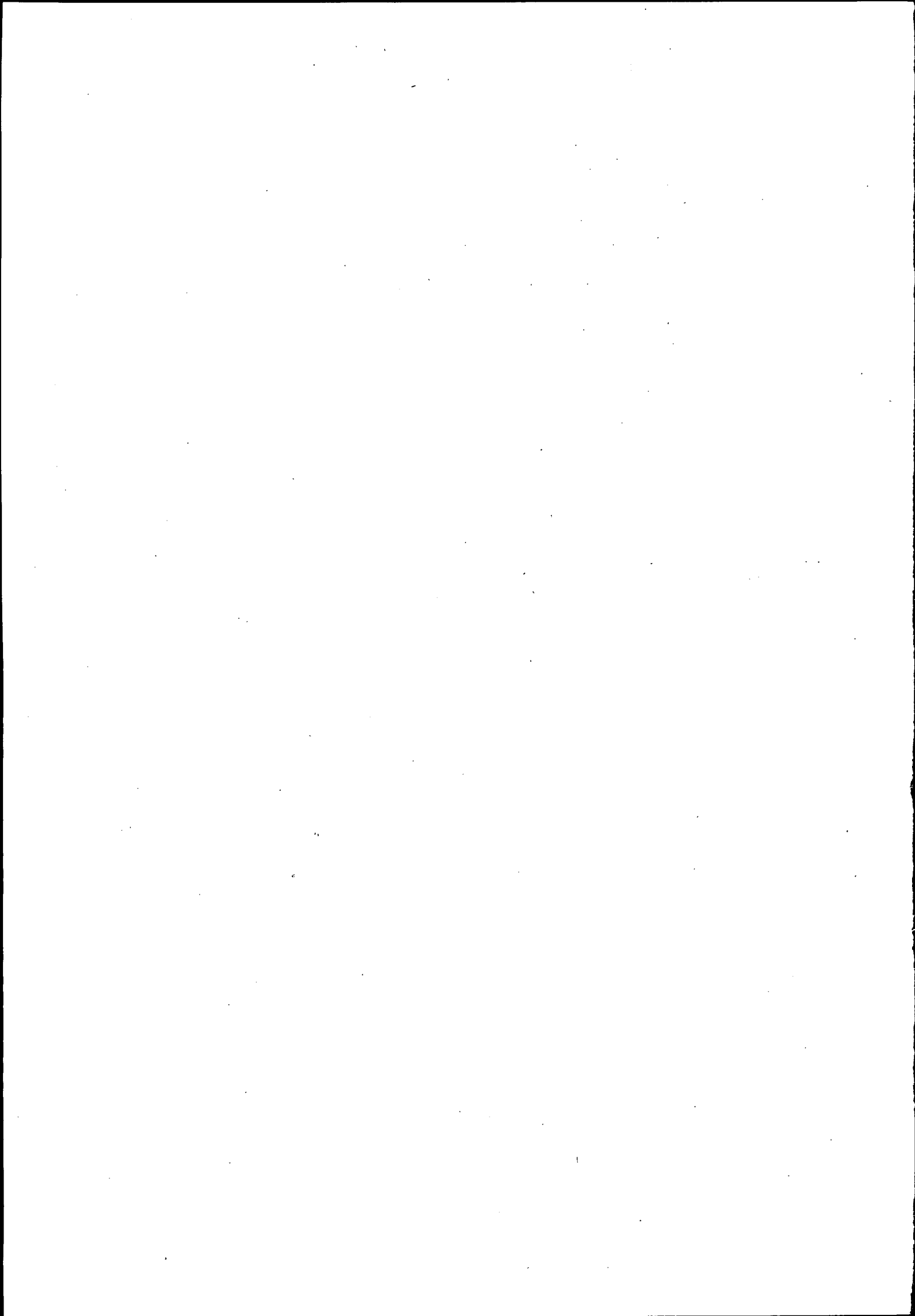
*) jeweils Quartalsende. - *) Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - *) ohne Mehrwertsteuer. - *) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - *) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - *) einschl. sonst. Baumaßnahmen.

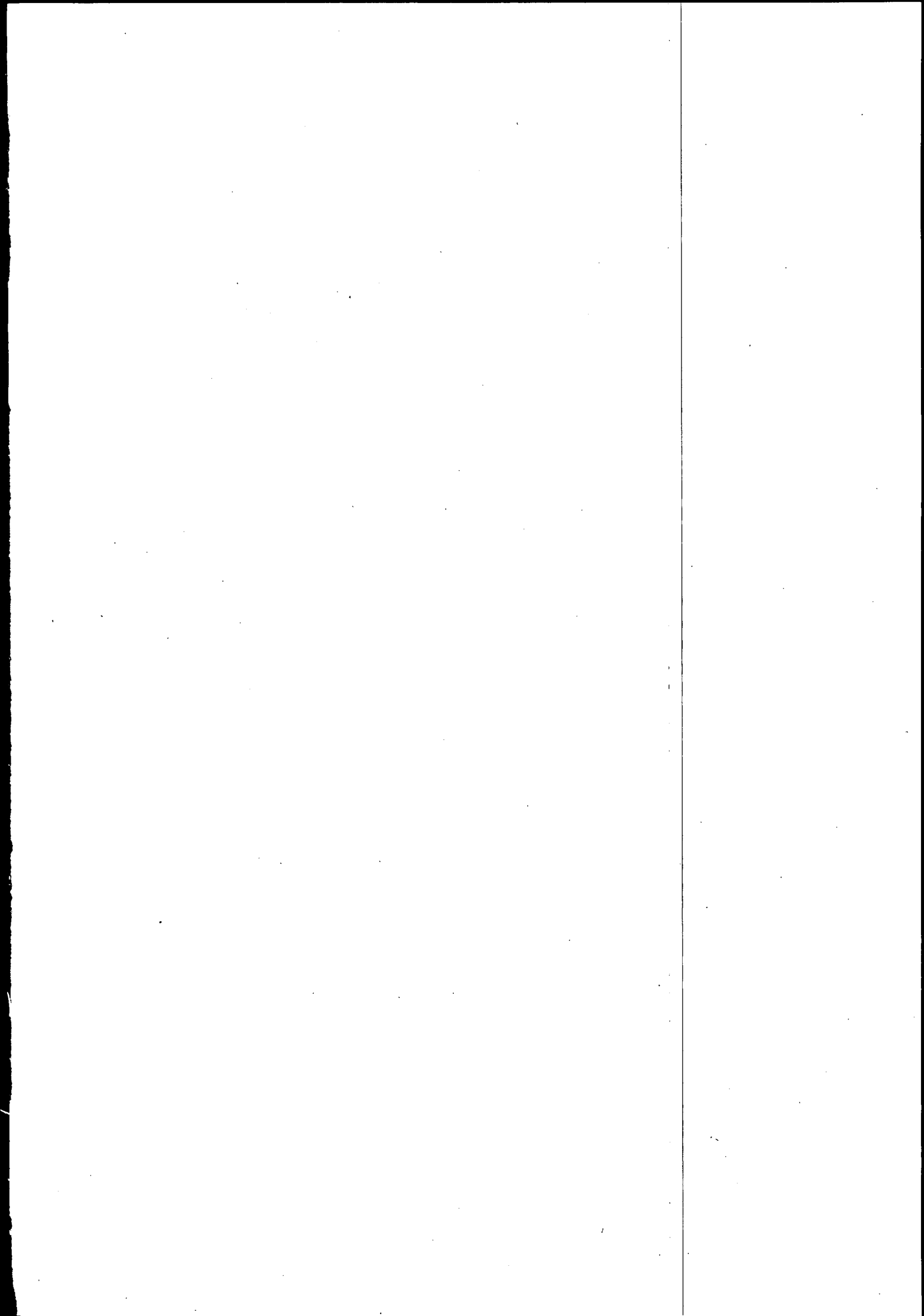
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

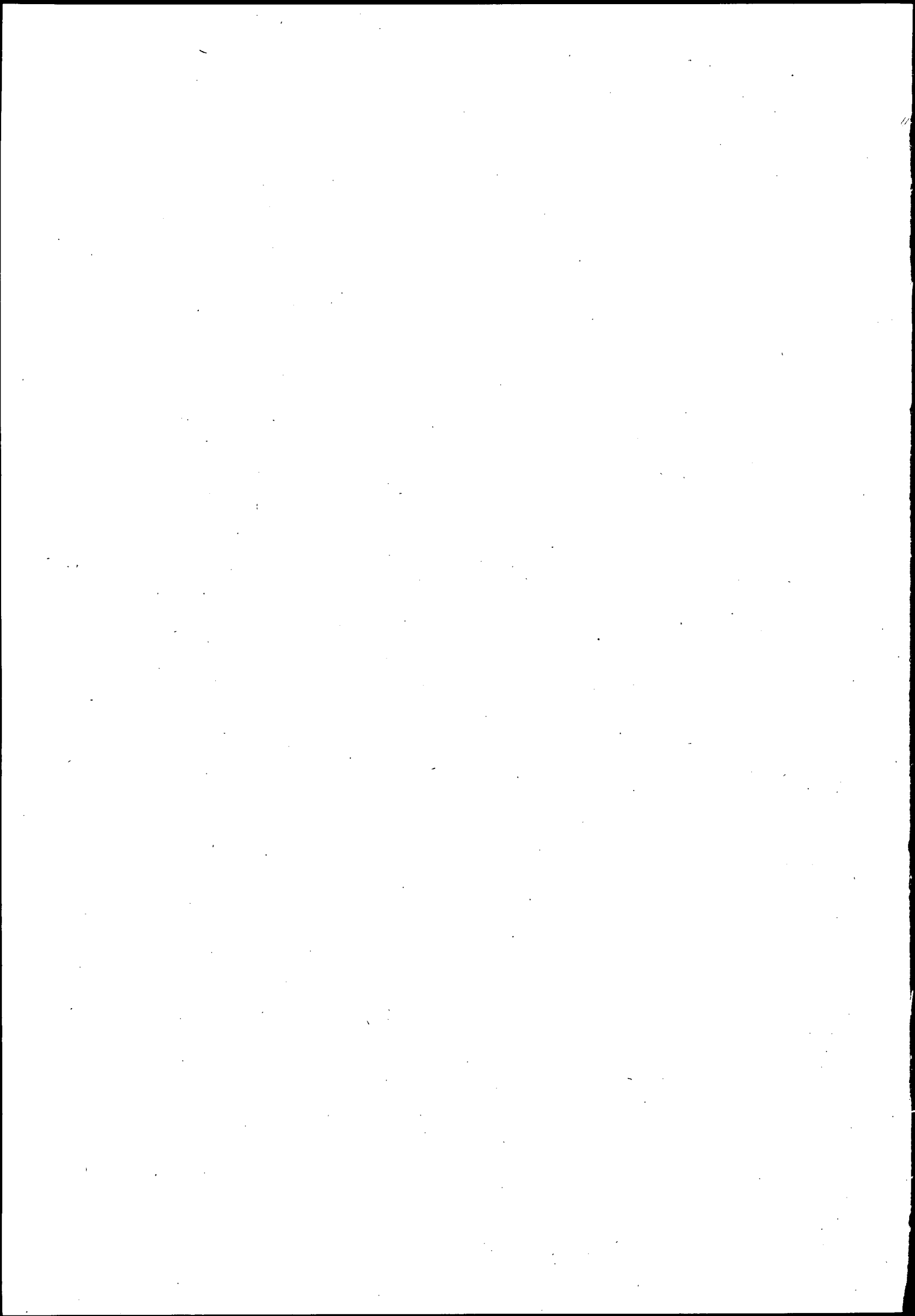
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
		1973	1974				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 973,4 p	62 054,0
Eheschließungen	auf 1 000	6,4 p	6,1
Lebendgeborene	Einw. und	10,3 p	10,1
Gestorbene	1 Jahr	11,8 p	11,7
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 368	8 144	7 768	7 722	7 681	8 210
Gefestete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	929	870	780	771	834	903
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	55 578	62 450	57 367	59 584	63 079	62 923
dar. Auslandsumsatz	-	11 936	15 097	13 638	14 120	14 864	15 119
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsfähig)	1970 = 100	178,7	111,5	103,4	108,9	104,2	118,5
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	-	182,3	110,6	101,1	107,2	102,5	118,3
Verarbeitende Industrie	-	212,2	116,0	102,1	102,2	101,6	125,2
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	-	176,7	107,2	98,4	107,6	101,8	113,4
Investitionsgüterindustrie	-	167,1	107,7	103,3	111,1	102,4	118,3
Verbrauchsgüterindustrie	-	152,8	113,7	108,4	114,0	108,7	117,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	-	149,6	104,8	76,9	88,7	92,2	117,1
Bauindustrie	-						
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 508,1	1 352	1 171	1 386
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	235,2	173	123	189
Gefestete Arbeitsstunden	-						
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	7 734	6 280	4 317	5 309
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	54 909	34 775	25 063	29 692	30 317	36 506
Baufertigstellungen für Wohnungen	-	59 519	50 341	16 287	18 737	18 157	25 419
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	129,8	136,6	122,5 r	143,5 r	148,1	138,7
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	-	127,0	146,3	133,9	149,4	146,0	148,7
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 117	13 242	14 075
dav. Empfang	-	9 504	9 935	10 409
Versand	-	2 613	3 307	3 666
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	188 344	157 356	167 752	228 380	262 825	213 580
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	-	29 477	27 580	21 808 p	25 296 p	26 522 p	27 159
Getötete Personen	-	1 359	1 217	990 p	1 126 p	1 035 p	1 068
Verletzte Personen	-	40 687	37 255	28 881 p	35 204 p	35 507 p	36 989
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 105	5 997	4 704	3 996	4 121	4 679
Veranlagte Einkommensteuer	-	2 204	2 233	648	5 210	579	518
Körperschaftsteuer	-	907	867	193	1 935	121	51
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	-	4 152	4 326	4 815	4 059	4 087	4 046
PREISE							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	123,8	129,4	134,6	134,6	135,3	127,9
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	112,6	144,8	140,7	140,2	140,0	145,2
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	-	112,3	131,4	135,6	136,2	136,4	129,8
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	1962 = 100	187,1	200,8	-
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	118,2	126,3	131,2	131,9	132,9	125,2
Nahrungs- und Genußmittel	-	117,7	123,5	127,1	127,6	129,1	123,3
Wohnungsmieten	-	119,4	126,1	130,7	132,4	134,3	125,2
<div style="display: flex; justify-content: space-between; width: 100%;"> Januar 1974 April 1974 Juli 1974 Juli 1973 </div>							
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	8,76	11,01	9,03	9,55	9,87	8,89
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,5	43,6	42,3	42,8	42,9	43,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

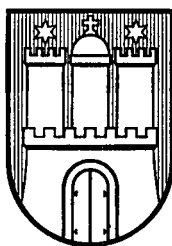
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungskreis.







HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

August-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Bevölkerungsverlust gegenüber dem Umland rückläufig

1974 sind weniger Personen aus Hamburg in die Randkreise Schleswig-Holsteins und Niedersachsens verzogen als im Jahr vorher. Gleichzeitig kamen von dort mehr Leute nach Hamburg als früher. Diese Entwicklung setzte sich nach den Feststellungen für das I. Quartal 1975 fort und führte zu einer weiteren Minderung des Wanderungsverlustes gegenüber dem Umland. Bei den über das Nachbargebiet hinausführenden Fernwanderungen war 1974 ein erheblicher Rückgang des Wanderungsgewinns zu verzeichnen.

In den ersten drei Monaten 1975 wurde seit langer Zeit wieder ein leichter Wanderungsgewinn bei der deutschen Bevölkerung ermittelt, während wie schon im letzten Quartal 1974 wieder mehr Ausländer fort- als zuzogen. Insgesamt ergab sich für Januar bis März ein Wanderungsverlust von 400 Personen. Bei einem Sterbeüberschuß von fast 3400 Personen ging die Einwohnerzahl auf 1,730 Mio zurück.

11,7 Milliarden DM Spareinlagen

Der Bestand an Spareinlagen bei den Hamburger Kreditinstituten belief sich Anfang Juli 1975 auf über 11,7 Milliarden DM und war damit um 18% höher als zur Jahresmitte 1974.

Rund 15% des Spareinlagebestandes sind prämiengünstig angelegt. Wie aus früheren Erhebungen bekannt ist, bildet das Prämiensparen die beliebteste Form der Anlage vermögenswirksamer Leistungen. Annähernd drei Viertel aller Arbeitnehmer, die die Möglichkeiten des „624-DM-Gesetzes“ nutzen, wählen Prämiensparverträge als Anlageform; nicht ganz ein Sechstel entscheidet sich für Bausparverträge.

Mehr als jeder zweite abhängig beschäftigte Hamburger hat mit seinem Arbeitgeber vermögenswirksame Sparleistungen vereinbart, und zwar werden meist Teile des eigenen Lohns oder Gehalts und zusätzlich Leistungen des Arbeitgebers zugleich gespart.

Die mittleren Einkommensgruppen sind unter den Sparern mit vermögenswirksamen Aufwendungen stärker vertreten als unter den erwerbstätigen Hamburger insgesamt. Das gleiche gilt für Angestellte und Beamte. Frauen haben unter den Sparenden einen geringeren Anteil als unter den Erwerbstätigen im ganzen. Verheiratete erscheinen relativ häufiger unter den Sparern mit vermögenswirksamen Leistungen, als es ihrem Anteil an den Beschäftigten entsprechen würde.

Uneinheitliche Umsatzsituation im Einzelhandel

Der hamburgische Einzelhandel erzielte in den ersten fünf Monaten 1975 zwar dem Werte nach um 5% höhere Umsätze als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, preisbe-

reinigt war der Absatz jedoch leicht rückläufig. Die Gesamtentwicklung wurde von den einzelnen Fachrichtungen in unterschiedlichem Maße beeinflußt. Während die größeren Unternehmen mit fünf und mehr Filialen sowie die Warenhäuser einen nominalen Umsatzzuwachs von 13% bzw. 10% erreichten, hatten die kleineren Unternehmen bei Umsatzsteigerungen von nur 2% deutliche Absatzschwierigkeiten. Für die Umsatzsituation war auch bezeichnend, daß der Einzelhandel mit Waren des periodischen Bedarfs – z. B. Nahrungs- und Genußmittel – im allgemeinen bessere Ergebnisse verbuchen konnte als der Handel mit Artikeln des aperiodischen Bedarfs – z. B. Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf.

Starker Rückgang der Baugenehmigungen für Wohnungen

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1975 wurden in Hamburg knapp 3300 Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohngebäuden erteilt. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1974 ist dies eine Verminderung um ein Viertel.

Bei den einzelnen Gruppen von Bauherren verlief die Entwicklung unterschiedlich:

Überdurchschnittlich gesunken ist die Zahl der Baugenehmigungen für Gemeinnützige (-46%) und Freie (-32%) Wohnungsunternehmen. Demgegenüber sind die Wohnungsbaugenehmigungen, die von sonstigen Unternehmen beantragt wurden, sogar um das Dreifache gestiegen. Einen etwa durchschnittlichen Rückgang verzeichneten die für private Haushalte erteilten Genehmigungen.

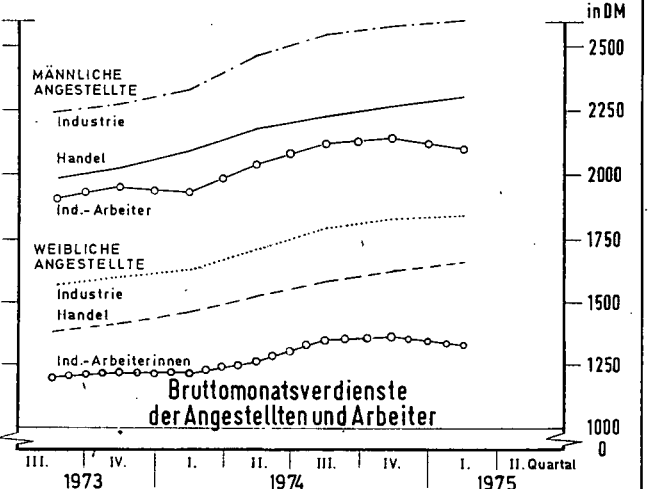
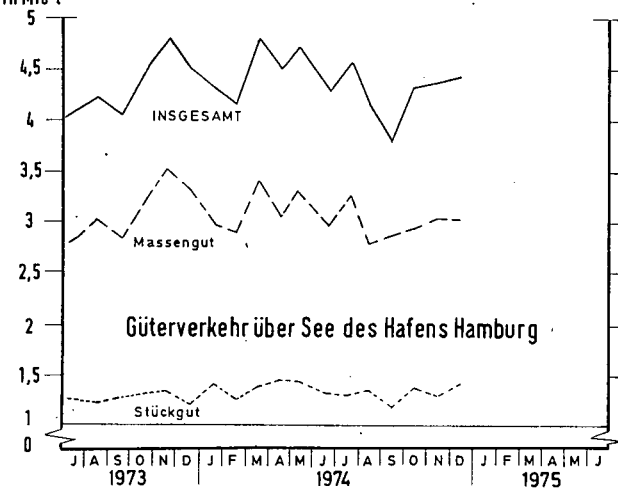
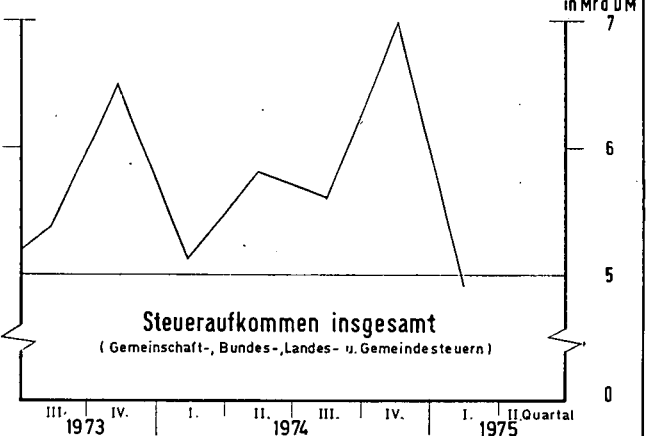
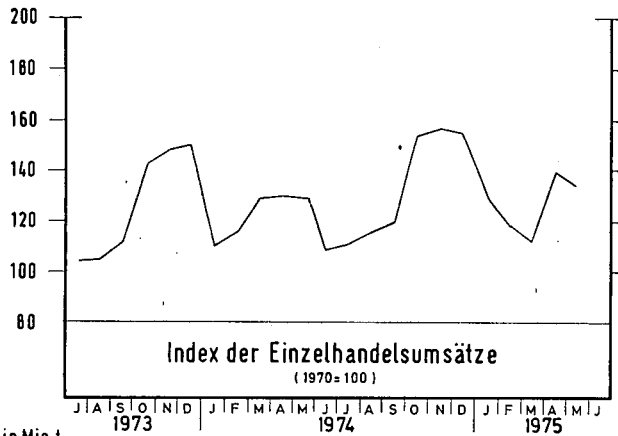
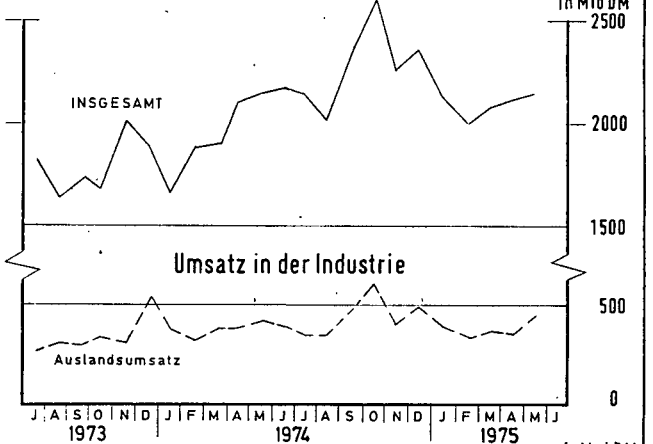
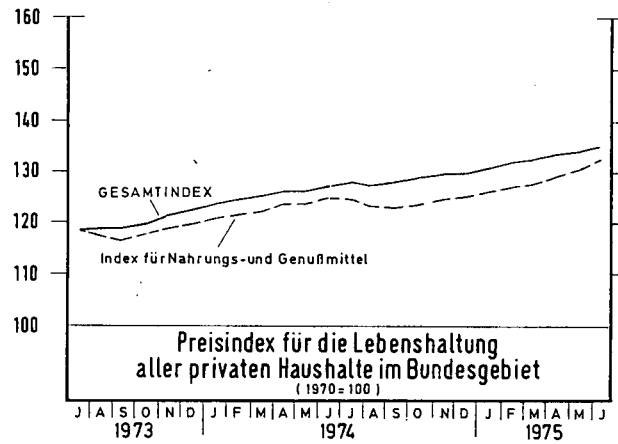
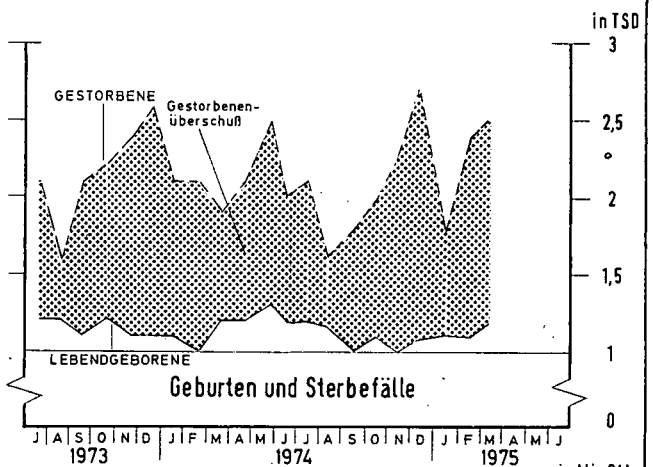
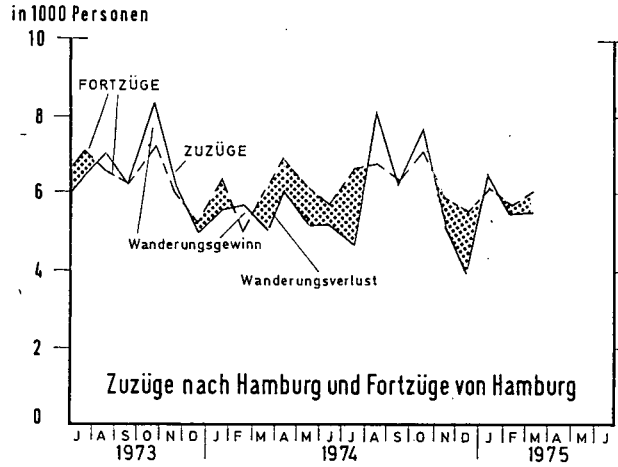
Von der Gesamtzahl der in den ersten sechs Monaten dieses Jahres genehmigten Wohnungen entfielen 1470 auf die Gemeinnützigen und 380 auf die Freien Wohnungsunternehmen, 720 auf sonstige Unternehmen und 690 auf private Haushalte.

Günstige Umsatzentwicklung im Schlachterhandwerk

In Hamburg gibt es gegenwärtig rund 700 Schlachtereibetriebe mit fast 4000 Mitarbeitern. Sie erzielten 1974 einen Gesamtumsatz von mehr als 800 Mio DM, das sind etwa 250 Mio DM mehr als 1967, dem Jahr der letzten umfassenden Handwerkszählung. Beschäftigtenabbau, Rationalisierung und die Verlagerung des Schwerpunktes vieler Betriebe von der Produktion zum Einzelhandel mit Fleisch- und Wurstwaren sowie anderen Nahrungsmitteln haben in den vergangenen Jahren zu einer außergewöhnlichen Leistungssteigerung je Arbeitskraft geführt. Gegenüber 1967 ist der Umsatz je Beschäftigten um mehr als das Doppelte gestiegen und liegt heute bei gut 210 000 DM jährlich.

Allerdings sind während dieser Entwicklung auch über 60 Betriebe ausgeschieden, und die Zahl der Beschäftigten hat sich um rund 1400 verringert.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Bedeutung des Ostseeraumes für den Hamburger Hafen

Der bekannte Slogan von Hamburg als dem Tor zur Welt verbindet sich bei vielen Lesern nahezu automatisch mit der Vorstellung von fernen Kontinenten und exotischen Gütern. Ganz ohne Zweifel ist diese Vorstellung auch insoweit berechtigt, als heute mehr als die Hälfte des gesamten Güterumschlages im Hamburger Hafen mit Ländern jenseits der großen Weltmeere abgewickelt wird. Immerhin übersieht man dabei leicht, daß im Jahre 1974 fast 25 Mio t Güter über See zwischen Hamburg und den verschiedensten Gebieten Europas transportiert wurden, von denen der Ostseebereich eines der wichtigsten Fahrtgebiete darstellt.

Hier im Ostseeraum entwickelte sich schon im Mittelalter ein reger Güteraus-tausch unter Beteiligung Hamburger Kaufleute und Reeder. Diese Handels-beziehungen sind seit den Zeiten der Hanse dokumentarisch belegt, und auch heute noch sind die Anrainerstaaten der Ostsee zu beiderseitigem Nutzen be-deutende Handelspartner des Hamburger Hafens. So verfügen die Länder des Ostseeraumes auf der einen Seite über ein sehr interessantes und in Kon-kurrenz zu vielen anderen Häfen auch von Hamburg stark umworbene La-dungsaufkommen. Umgekehrt übernimmt der Hamburger Hafen wesentliche Funktionen für die Ostseeländer, sei es als Anlaufstelle für die Importe und Exporte dieser Staaten im Außenhandel mit der Bundesrepublik oder als Sammel- und Verteilerstelle für den überseeischen Transit. Dabei spielt die Attraktivität Hamburgs als Universalhafen mit seinem weit gespannten Linien-netz nach allen Teilen der Welt und seinen vielfältigen Dienstleistungsange-boten ebenso eine Rolle wie die Tatsache, daß Hamburg durch den Bau des Nord-Ostsee-Kanals seit Ende des 19. Jahrhunderts sozusagen zum west-lichsten Ostseehafen geworden ist.

Zur regionalen Abgrenzung dieser Untersuchung sei angemerkt, daß nur der Güterverkehr zwischen Hamburg und den an der Ostsee gelegenen Küsten-strecken der Anliegerstaaten zugrunde gelegt wurde. Die an der Nordsee ge-legenen Teile Dänemarks und der Bundesrepublik sind daher ebensowenig einbezogen wie Norwegen oder die fernöstlichen bzw. die am Eismeer oder am Schwarzen Meer gelegenen Teile Rußlands. Lediglich Schweden und Finnland wurden voll einbezogen, da aus den Eismeerhäfen dieser Länder so gut wie kein Güterverkehr mit der Bundesrepublik stattfindet.

6,8 Mio t Seeverkehr mit dem Ostseeraum

In Hamburg wurden 1974 ziemlich genau 6,8 Mio t Gü-ter umgeschlagen, die auf dem Seewege aus dem Ost-seeraum stammten bzw. für ihn bestimmt waren. Da-mit entfielen rund 13% des Gesamtumschlages und knapp 28% des Europaverkehrs auf die Austausch-beziehungen zwischen dem Hamburger Hafen und den an die Ostsee angrenzenden Ländern.

Daneben fällt in Hamburg zusätzlich noch ein erheb-liches Transitaufkommen der Ostseeländer an, bei dem Hamburg nur als Anlaufhafen hinsichtlich der überseeischen Verkehrsstrecke dient. Für den Vorlauf bzw. Nachlauf wird jedoch entweder unmittelbar der Land- oder Flußweg benutzt, oder aber es werden die Fährverbindungen über Lübeck/Travemünde und Putt-garden zwischengeschaltet. Unter Einschuß der auf diese Weise abgewickelten Durchfahrten in Höhe von rund 3,7 Mio t würde das Umschlagsvolumen, das in Hamburg für den Ostseeraum abgewickelt wird, 10,5 Mio t betragen. So gerechnet steht jede fünfte im Hamburger Hafen umgeschlagene Tonne direkt oder indirekt in Beziehung zum Ostseeraum. Da für diese

Untersuchung aber das Schwergewicht auf dem See-verkehr liegt, soll im folgenden auch nur das direkt auf dem Seeweg umgeschlagene Gütervolumen zugrunde gelegt werden.

Tabelle 1

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg mit dem Ostseeraum 1960 bis 1974 nach Verkehrsbereichen
— Mengen in t —

Verkehrsbereiche	1960	1965	1970	1974	Veränderungen 1974 gegenüber	
					1960	1970
					in %	
	1	2	3	4	5	6
Insgesamt	30 754 317	35 266 970	46 958 921	52 349 374	+ 70,2	+ 11,5
darunter						
Europa	9 944 818	10 832 793	20 192 503	24 684 525	+ 148,2	+ 22,2
darunter						
Ostseeraum	3 693 826	3 771 163	4 581 040	6 801 246	+ 84,1	+ 48,5
davon						
Bundesrepublik ¹⁾	146 725	157 032	193 036	259 667	+ 77,0	+ 34,5
EGW-Länder	348 976	355 494	1 450 058	2 255 368	+ 546,3	+ 55,5
davon						
DDR	6 384	99 854	123 399	395 238	+ 6 091,1	+ 220,3
Polen	226 540	195 123	477 813	657 247	+ 190,1	+ 37,6
UdSSR ¹⁾	116 052	60 517	848 846	1 202 885	+ 936,5	+ 41,7
Skandinavische Länder	3 198 125	3 258 637	2 937 946	4 286 211	+ 34,0	+ 45,9
davon						
Finnland	510 326	608 074	804 274	1 003 177	+ 96,6	+ 24,7
Schweden	938 316	920 410	1 105 598	2 240 369	+ 138,8	+ 102,6
Dänemark ¹⁾	1 749 483	1 730 153	1 028 074	1 042 665	- 40,4	+ 1,4

¹⁾ Nur die an Ostsee/Kattegatt gelegenen Häfen.

Unter handelspolitischen Aspekten ist der Ostseeraum besonders deshalb interessant, weil hier auf engstem Raum alle in Europa z. Z. praktizierten Spielarten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufeinanderstoßen. So gehören die drei sozialistischen Länder – die Sowjetunion, Polen und die DDR – dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) an.

Schweden ist Mitglied der EFTA, während Dänemark bis 1972 ebenfalls der EFTA zuzurechnen war, seit Beginn 1973 aber der erweiterten EG beigetreten ist. Finnland dagegen ist zwar kein Vollmitglied, aber der EFTA immerhin durch ein Assoziierungsabkommen verbunden.

Vom Ostseeumschlag Hamburgs entfielen 4,3 Mio t (63 %) auf die skandinavischen Länder. 2,3 Mio t oder ein Drittel war Verkehr mit den Staaten des Ostblocks; die restlichen 4 % verteilten sich auf die Ostseehäfen der Bundesrepublik. Von den einzelnen Ländern war Schweden mit 2,2 Mio t der mit Abstand bedeutendste Partner des Hamburger Hafens. Nur etwa halb so groß war der Güterverkehr über See mit den auf den nächsten Plätzen fast gleichauf liegenden Staaten der UdSSR (1,2 Mio t), Finnland und Dänemark (jeweils 1,0 Mio t).

Überdurchschnittliche Entwicklung des Verkehrs mit dem Ostseeraum

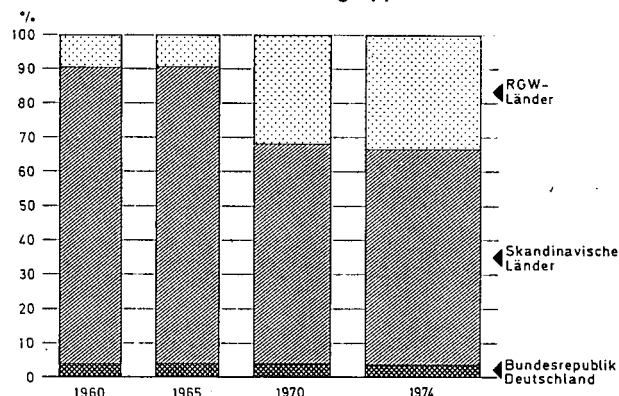
Seit 1960 ist der Verkehr mit dem Ostseeraum von 3,7 Mio t auf 6,8 Mio t gestiegen, was einer Zunahme von 84 % entspricht. Diese Steigerungsrate liegt deutlich über der des Gesamtumschlags im Hamburger Hafen (+ 70 %), ist aber wesentlich geringer als die des Europaverkehrs (+ 148 %). Allerdings ist die Zunahme des Europaverkehrs stark beeinflusst von den Impulsen, die von der Integration der EG-Staaten auch für den Seeverkehr ausgingen. Gerade die Anfangsphase des EG-Zusammenschlusses zeichnete sich durch einen überaus stürmischen Verlauf aus. So stieg der Seeverkehr zwischen Hamburg und den Häfen der EG-Staaten zwischen 1960 und 1970 um nicht weniger als 184 % an.

Ein wesentlich anderes Bild der Entwicklung wird sichtbar, wenn man das Jahr 1970 als Basis zugrunde legt. In den letzten fünf Jahren hat sich nämlich das Wachstumstempo im Gütertausch Hamburgs mit den EG-Staaten stark verlangsamt. Während der gesamte Güterumschlag ein Plus von 12 % erreichte, nahm der Europaverkehr zwar immerhin noch um 22 % zu, im Gegensatz zu früher hat nunmehr aber der Ostseeverkehr die Führungsrolle übernommen. Seine Zuwachsrate von knapp 49 % lag mehr als viermal so hoch wie der allgemeine Durchschnitt.

Innerhalb des Ladungsaufkommens für den Ostseeraum haben sich im Berichtszeitraum deutliche Verschiebungen ergeben. Während nämlich der Verkehr mit den skandinavischen Ländern seit 1960 – allerdings von einer sehr hohen Ausgangsbasis aus – nur um 34 % zugenommen hat, stieg im gleichen Zeitraum das Transportaufkommen der RGW-Staaten um das Fünfeinhalbfache an. Diese überraschende Veränderung spielte sich vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ab. Bei etwas vereinfachter Be-

Schaubild 1

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg mit dem Ostseeraum 1960, 1965, 1970 und 1974 nach Ländergruppen



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

©

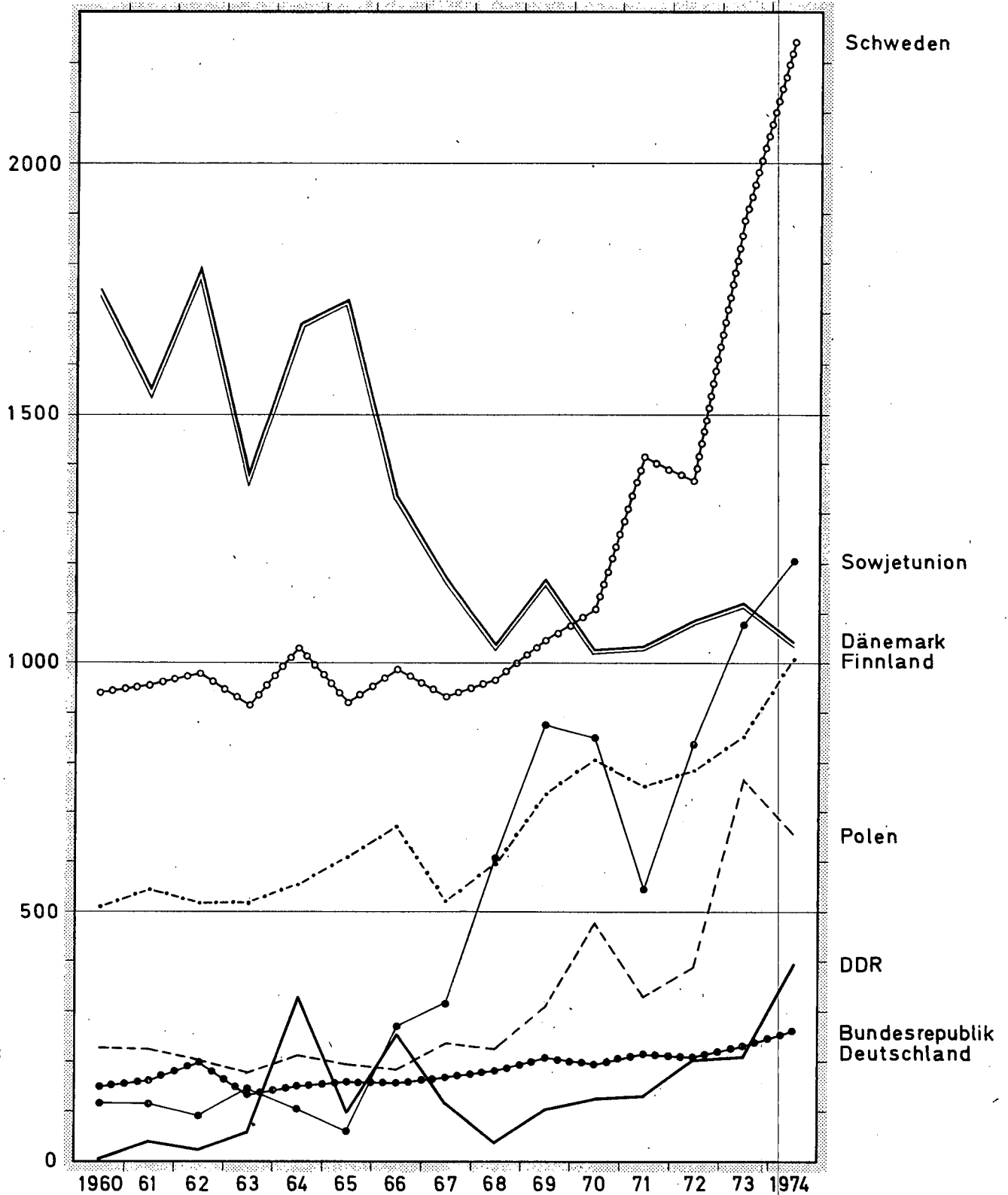
trachtung erschienen die Ostblockländer bis etwa 1965 als geschlossener, nach Westen deutlich abgeriegelter Block. Die Autarkiebestrebungen der RGW-Staaten verbunden mit der möglichst sparsamen Bewirtschaftung frei konvertierbarer Devisen hatten bis dahin den Hamburger Gütertausch mit den sozialistischen Staaten bei rund 350 000 t auf einem ziemlich niedrigen Niveau gehalten. Seit 1965 hat sich hier jedoch ein deutlicher Wandel vollzogen, zu dem sowohl politische als auch handfeste ökonomische Gründe beigetragen haben. Vom verstärkten Außenhandel der RGW-Länder mit westlichen Industrienationen aber auch mit den Entwicklungsländern hat der Hamburger Hafen stark profitiert, so daß das für die sozialistischen Länder umgeschlagene Gütervolumen 1974 knapp 2,3 Mio t betrug.

Allerdings zeigt die jüngste Vergangenheit auch hier eine Verlangsamung des Wachstumstempos. Bei gleichzeitiger Wiederbelebung des Gütertausches mit den skandinavischen Ländern haben sich die Zuwachsraten seit 1970 mit 56 % für die Ostblock- und 46 % für die skandinavischen Staaten weitgehend angeglichen. Immerhin ist der Anteil der RGW-Staaten am Ostseeverkehr des Hamburger Hafens von knapp 10 % (1960) auf gut ein Drittel im Jahre 1974 angestiegen (Schaubild 1).

Sehr unterschiedliche Entwicklungen werden bei einem Zeitvergleich des Seeverkehrs mit den einzelnen Ostseeländern deutlich (Schaubild 2). Die eine Extrem-Position markiert der Verkehr mit der DDR, der von einer allerdings minimalen Ausgangshöhe zwischen 1960 und 1970 mit gewissen Schwankungen um das Sechzigfache gestiegen ist. Auch die Sowjetunion hat fast achteinhalbmal soviel Güter im Verkehr mit Hamburg umgeschlagen. Dagegen war der Verkehr mit Dänemark stark rückläufig (- 40 %), wobei allerdings seit 1968 der bis dahin kontinuierliche Rückgang zum Stillstand gekommen ist. Der Finnlandverkehr stagnierte bis etwa 1967, während seither stetige Zunahmen registriert wurden, so daß sich insgesamt eine Steigerungsrate von 97 % gegenüber 1960 ergab. Ähnlich, wenn auch auf einem mengenmäßig höherem Niveau und mit größerer Wachstumsgeschwindigkeit, entwickelte sich der Verkehr mit Schweden (+ 139 %).

Schaubild 2

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg mit dem Ostseeraum 1960 bis 1974 nach Verkehrsbereichen
 — in 1000 t —



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

⑤

Hamburg führender Hafen für den Verkehr der Bundesrepublik mit dem Ostseeraum

Überraschenderweise ist Hamburg — trotz der großen Fährhäfen Lübeck/Travemünde und Puttgarden — für

den Güterverkehr über See der Bundesrepublik mit dem Ostseeraum deutlich der wichtigste Hafen. Vom Gesamtverkehr der Bundesrepublik mit den Verkehrsbezirken an der Ostsee in Höhe von 27,9 Mio t (1974) wurde rund ein Viertel über Hamburg abgewickelt.

Mit 6,8 Mio t lag Hamburg knapp 2 Mio t vor Lübeck (4,9 Mio t). Es folgen die bremischen Häfen (4,4 Mio t), Emden (3,2 Mio t) und erst an fünfter Stelle mit 2,5 Mio t Puttgarden (Tabelle 2).

Der relativ geringe Anteil der Ostseehäfen ist in erster Linie auf ihre verkehrsmäßig ungünstige Randlage in der Bundesrepublik zurückzuführen, für die auch der beachtlich hohe Fährverkehr kein ausreichendes Äquivalent schafft. Umgekehrt haben die Nordseehäfen den Vorteil, daß sie zumeist über ein größeres Industriepotential in ihrem unmittelbaren Einzugsbereich und zusätzlich über die günstigeren und vor allem auch kürzeren Landverbindungen zu den industriellen Ballungszentren in der Bundesrepublik verfügen. Das gilt insbesondere für eine Reihe von Massengütern wie Rohes Erdöl und Mineralölprodukte (aus der Sowjetunion) und Erze (aus Schweden), von denen erhebliche Mengen in Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven und Emden umgeschlagen werden.

Läßt man den innerdeutschen Verkehr einmal unberücksichtigt, so ist die Spitzenposition Hamburgs am stärksten ausgeprägt im Güterverkehr mit den Ostblock-Staaten. Hinter Hamburg liegen die bremischen Häfen und Emden sowie mit einigem Abstand Wilhelmshaven.

Etwas anders sieht die Rangfolge im Güteraustausch mit den skandinavischen Ostseeländern aus. Hier führt Lübeck mit 4,5 Mio t knapp vor Hamburg (4,3 Mio t), während die Häfen Bremen/Bremerhaven und Puttgarden mit großem Abstand auf den folgenden Plätzen rangieren. Dabei wird der Verkehr von und nach Dänemark eindeutig durch den Fährhafen Puttgarden beherrscht. Im Verkehr mit Schweden steht Lübeck knapp vor Hamburg an der Spitze; im Güteraustausch von und nach Finnland dagegen ist die Rangfolge umgekehrt.

Sehr unterschiedliche Güterstruktur im Verkehr mit den einzelnen Ostseeländern

Die Güterstruktur des Hamburger Seeverkehrs mit dem Ostseeraum insgesamt zeigt ein eindeutiges Übergewicht im Massengut-Bereich. 1974 entfielen knapp 4,9 Mio t auf Massengüter und nur 1,9 Mio t (29 %) auf Stückgüter. Im Verkehr mit den skandinavischen Ländern lag der Stückgutanteil etwas höher (31 %), während beim Umschlagsvolumen mit RGW-Staaten nur gut jede vierte Tonne dem höherwertigen Stückgut zuzurechnen war. Im Vergleich zu 1970 ist das Massengutaufkommen um rund 80 % gestiegen, der Empfang und Versand von Stückgut stagnierte dagegen fast (+ 3 %).

Eine nähere Analyse macht die außerordentlich unterschiedliche Zusammensetzung des Ladungsaufkommens der einzelnen Ostsee-Länder deutlich (Tabelle 3). So spielt im Verkehr mit der DDR das Stückgut so gut wie keine Rolle. Der Massengutumschlag – fast ausschließlich Getreide- und Ölkuchenschlag – ist im Gegensatz dazu seit 1970 auf das Vierfache gestiegen.

Tabelle 2

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg mit dem Ostseeraum 1974 nach Häfen

– Mengen¹⁾ in 1000 t –

Häfen	Ostseeraum		davon					
			Bundesgebiet ²⁾		RGW-Länder		Skandinavische Länder	
	in 1000 t	%	in 1000 t	%	in 1000 t	%	in 1000 t	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Bundesrepublik Deutschland insgesamt	27 921,5	100	784,3	100	8 549,6	100	18 587,6	100
darunter								
Lübeck	4 880,7	17,5	21,1	2,7	331,9	3,9	4 527,7	24,4
Puttgarden	2 528,8	9,1	-	-	-	-	2 528,8	13,6
Kiel	796,3	2,8	28,4	3,6	310,0	3,6	457,9	2,5
Brunsbüttel	775,1	2,8	73,5	9,4	16,8	0,2	684,8	3,7
Hamburg	6 768,9	24,2	259,4	33,1	2 247,4	26,3	4 262,1	22,9
Bremische Häfen	4 387,4	15,7	141,0	18,0	1 592,2	18,6	2 654,2	14,3
Nordenham	611,7	2,2	50,2	6,4	316,9	3,7	244,6	1,3
Brake	705,7	2,5	13,3	1,7	251,6	2,9	440,8	2,4
Wilhelmshaven	1 155,0	4,1	-	-	1 009,5	11,8	145,5	0,8
Emden	3 186,2	11,4	124,8	15,9	1 598,2	18,7	1 463,2	7,9

1) Brutto, jedoch ohne die Eigengewichte der Container und Trailer sowie der im Seeverkehr übersetzten Reise- und Transportfahrzeuge. Hierdurch ergeben sich geringe Abweichungen zu den übrigen Tabellen.

2) Nur die an Ostsee bzw. Kattegatt gelegenen Häfen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg mit dem Ostseeraum 1970 und 1974 nach Massen- und Stückgut

– Mengen in 1000 t –

Verkehrsbereiche	Insgesamt			davon						
				Massengut			Stückgut			
	1970	1974	Veränderung 1974 gegenüber 1970 in %	1970	1974	Veränderung 1974 gegenüber 1970 in %	1970	1974	Veränderung 1974 gegenüber 1970 in %	Stückgutanteil 1974 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Insgesamt	4 581,0	6 801,0	+ 48,5	2 706,0	4 865,4	+ 79,8	1 875,0	1 935,5	+ 3,2	28,5
davon										
Bundesrepublik ¹⁾	193,0	259,7	+ 34,6	172,0	258,4	+ 50,2	21,0	1,3	- 93,8	0,5
RGW-Länder	1 450,0	2 255,2	+ 55,5	1 001,9	1 658,6	+ 65,5	448,1	596,6	+ 33,1	26,4
davon										
DDR	123,4	395,2	+ 220,3	95,6	392,4	+ 310,5	27,8	2,8	- 89,9	0,7
Polen	477,8	657,2	+ 37,5	347,1	331,0	- 4,6	130,7	326,2	+ 149,6	49,6
UdSSR ¹⁾	848,8	1 202,8	+ 41,7	559,2	955,2	+ 67,2	289,6	267,6	- 7,6	22,2
Skandinavische Länder	2 938,0	4 286,1	+ 45,9	1 532,1	2 948,4	+ 92,4	1 405,9	1 337,6	- 4,9	31,2
davon										
Finnland	804,3	1 003,1	+ 24,7	113,3	327,7	+ 189,2	691,0	675,4	- 2,3	67,3
Schweden	1 105,6	2 240,4	+ 102,6	622,6	1 771,7	+ 184,6	483,0	468,6	- 3,0	20,9
Dänemark ¹⁾	1 028,1	1 042,6	+ 1,4	796,2	849,0	+ 6,6	231,9	193,6	- 16,5	18,6

1) Nur die an Ostsee bzw. Kattegatt gelegenen Häfen.

Das für *Pólen* abgewickelte Umschlagsvolumen war hinsichtlich seiner Zusammensetzung aus Massen- und Stückgut nahezu ausgeglichen. Dabei war das Massengut insgesamt leicht rückläufig (- 5 %), der Stückgutumschlag stieg dagegen auf das Zweieinhalbfache an. Innerhalb des Massenguts ist die polnische Steinkohle (1974: 287 000 t) die mengenmäßig bedeutendste Güterart, während von den 326 000 t Stückgut allein 207 000 t auf Eisen- und Stahlerzeugnisse (fast ausschließlich Versand) entfielen.

Im Verkehr mit der *Sowjetunion* spielt dagegen wieder das Massengut die dominierende Rolle. Eine Zuwachsrate von 67 % gegenüber 1970 erhöhte seinen Anteil auf nunmehr 78 % des Gesamtumschlags. Entscheidend hierzu haben in den letzten Jahren die Lieferungen von russischen Mineralölerzeugnissen beigetragen, die 1974 schon mehr als 820 000 t betragen. Das Stückgutaufkommen nahm dagegen geringfügig ab (- 8 %), zurückzuführen vor allem auf den starken Rückgang von Eisen- und Stahlerzeugnissen. Bei chemischen Grundstoffen, Maschinen und einigen anderen Halb- und Fertigwaren wurde dagegen ein Umschlagsplus erzielt.

Den höchsten Stückgutanteil aller Ostsee-Staaten weist der Güterverkehr mit *Finnland* auf. 675 000 t oder 67 % des gesamten Umschlagsvolumens entfielen auf Stückgüter, wobei Papier/Pappe (296 000 t) und Holz (61 000 t) im Empfang und Eisen- und Stahlerzeugnisse (67 000 t), chemische Erzeugnisse (27 000 t) sowie Maschinen (26 000 t) im Versand hervorzuheben sind. Allerdings war der Stückgutverkehr seit 1970 leicht rückläufig (- 2 %), wohingegen sich der Massengutumschlag fast verdreifachte. Hierbei handelt es sich vor allem um die Durchfuhr nord-amerikanischen Getreides (110 000 t) über Hamburg und um die Exporte von Kalidüngemitteln (104 000 t) und Steinkohlens (72 000 t) aus der Bundesrepublik.

Der Seeverkehr mit *Schweden* bestand 1974 in erster Linie aus Massengut (79 %), dessen Umschlag im Hamburger Hafen seit 1970 auf knapp das Dreifache anstieg. Die wichtigsten Güterarten waren dabei auf der Empfangsseite Eisenerze (563 000 t), Steine (240 000 t) und Getreide (110 000 t). Im Versand überwogen Steinkohlens (350 000 t), Mineralölerzeugnisse (180 000 t) und Getreide (90 000 t). Der Stückgutverkehr ging - ähnlich wie bei Finnland - um 3 % zurück, wobei eine leichte Zunahme bei Holzschliff und Zellstoff überkompensiert wurden durch einen verhältnismäßig starken Rückgang bei Papier und Pappe.

Nur geringfügig zugenommen hat das Massengutvolumen im *Dänemark*verkehr (+ 7 %). Vom Hamburger Hafen aus gesehen überwog dabei eindeutig der Versand, und zwar in erster Linie der Transit von Getreide (228 000 t), Futtermitteln (259 000 t), Ölsaaten und -früchten (63 000 t) aus den USA und Kanada. Daneben sind noch die Exporte von Mineralölerzeugnissen (90 000 t) und in der entgegengesetzten Verkehrsrichtung der Empfang von Steinen und Erden (139 000 t) zu erwähnen. Durch einen verhältnismäßig hohen Rückgang (- 17 %) hat sich der Stückgutumschlag auf knapp 194 000 t verringert. Damit hatten die dänischen Ostseegebiete von allen Anrainerstaaten mit

Ausnahme von Polen 1974 den geringsten Stückgutanteil im Verkehr mit Hamburg (knapp 19 %).

Wichtigster deutscher Transithafen für den Ostseeraum

Die Länder des Ostseeraumes wickelten im Jahre 1974 insgesamt ein Transitaufkommen in Höhe von 4,1 Mio t über die Seehäfen der Bundesrepublik ab. Hamburg war dabei der mit großem Abstand favorisierte Hafen. So wurden hier nicht weniger als 3,3 Mio t Transitgüter (81 %) für Ostseestaaten umgeschlagen, womit Hamburg seine führende Stellung als größter Transithafen der Bundesrepublik behauptet hat. Der hohe Transitanteil ist aber auch ein Zeichen dafür, wie wichtig das Dienstleistungsangebot des Hamburger Hafens und das Know-how der hier ansässigen Firmen für die Anrainerstaaten der Ostsee sind. Dabei erfreut sich Hamburg sowohl bei den skandinavischen als auch bei den sozialistischen Staaten etwa gleich großer Beliebtheit. Während nämlich rund drei Viertel der skandinavischen Durchfahrten über die Bundesrepublik die Möglichkeiten des Hamburger Hafens in Anspruch nahmen, waren es beim Transit der RGW-Staaten sogar 85 %.

Tabelle 4

Transit über Seehäfen¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland mit den Ländern des Ostseeraumes 1974 - Mengen in t -

Länder	Seeumschlag			Land- und Flußweg		
	Bundesgebiet	darunter über Hamburg	in % von Sp. 1	Bundesgebiet	darunter über Hamburg	in % von Sp. 4
	1	2	3	4	5	6
RGW-Länder	375 140	262 620	70,0	2 232 118	1 947 561	87,3
davon						
DDR 2)	119 806	117 390	98,0	2 021 598	1 780 876	88,1
Polen	114 966	99 849	86,9	200 653	163 814	81,6
UdSSR	140 368	45 381	32,3	9 867	2 871	29,1
Skandinavische Länder	948 993	633 044	66,7	555 861	481 605	86,6
davon						
Finnland	205 436	169 593	82,6	42 580	34 072	80,0
Schweden	353 103	198 188	56,1	99 697	88 069	88,3
Dänemark	390 454	265 263	67,9	413 584	359 464	86,9
Insgesamt	1 324 133	895 664	67,6	2 787 979	2 429 166	87,1

- 1) Die Erfassung der Durchfuhr ist auf die wichtigsten Seehäfen der Bundesrepublik (Brake, Bremen, Bremerhaven, Emden, Hamburg, Kiel, Lübeck, Nordenham, Puttgarden) beschränkt.
- 2) Ohne Einfuhren für die DDR über Offene Zollager, die wirtschaftlich ebenfalls dem Transit zuzurechnen wären. Da diese Gütermengen jedoch nicht in den zu Vergleichszwecken herangezogenen Angaben des Statistischen Bundesamtes enthalten sind, mußten sie auch für Hamburg außer Ansatz bleiben (rd. 1,3 Mio t).

Rund 1,3 Mio t der Durchfahrten über die Bundesrepublik entfielen auf *Seeumschlag*, d. h. auf Transporte, bei denen die Ware von einem Seeschiff aus dem Versendungsland herantransportiert und auf ein anderes Schiff umgeladen wird, das den Seeweg zum Bestimmungsland übernimmt. Rund 896 000 t oder 68 % wurden davon im Hamburger Hafen umgeschlagen, wobei das Sammeln oder die Weiterverteilung der Güter im Ostseeraum zu einem erheblichen Teil von einer leistungsfähigen Flotte von Küstenmotorschiffen übernommen wird, die auch kleinere Häfen in Skandinavien ohne Schwierigkeiten anlaufen können. Der Seeumschlag mit Finnland, Polen und der DDR lag 1974 zu weit mehr als 80 % in Hamburger Hand. Lediglich im Verkehr mit der Sowjetunion war Kiel weitaus stärker vertreten. Bei den Durchfahrten für Schweden und Dänemark konnten neben Ham-

burg auch die bremischen Häfen nennenswerte Transitmengen auf sich ziehen. Alle übrigen Häfen spielen jedoch nur eine untergeordnete Rolle.

Noch stärker war die Vorrangstellung Hamburgs bei den Transitverkehren, bei denen für die Strecke zwischen Hamburg und den Ostseeländern der *Land- oder Flußweg* benutzt wird. Bei dieser Art von Durchfuhren liefen 87 % über Hamburg. Dabei handelt es sich zum größten Teil um Importe oder Exporte der DDR über Hamburg, wobei die Binnentransporte sowohl über die Elbe als auch in großem Umfang über Eisenbahnverbindungen erfolgten. Aber auch für die skandinavischen Länder sind erhebliche Durchfuhrmengen bestimmt, sei es für Dänemark per Eisenbahn oder Lkw oder nach dem „Landbrücken-Konzept“ unter Kooperation mit den Fährhäfen Lübeck/Travemünde bzw. Puttgarden.

Der Transit von Hamburg auf dem Land- und Flußwege ist seit langem ständig gestiegen. Während 1960 nur insgesamt 1,6 Mio t (fast ausschließlich von und zur DDR) befördert wurden, konnte das Umschlagsvolumen über 3,3 Mio t (1970) auf 3,7 Mio t im Jahre 1974 kräftig gesteigert werden¹⁾. Demgegenüber ist der Seeumschlag von 1,2 Mio t 1960 auf 0,9 Mio t (1974) zurückgegangen, wodurch die relative Bedeutung des Seeumschlags im Rahmen des gesamten Seeverkehrs mit dem Ostseeraum stark abgenommen hat. Während 1960 noch jede dritte für die Ostseestaaten umgeschlagene Tonne Seeumschlagsgut darstellte, war der entsprechende Anteil 1974 bereits auf 13 % abgesunken.

Relativ geringer Containerverkehr

Nicht ganz so eindrucksvoll wie in einigen anderen Verkehrsrelationen ist die Entwicklung des Containerverkehrs zwischen Hamburg und dem Ostseeraum verlaufen. Zwar ist auch hier seit 1970 das in Containern umgeschlagene Gütervolumen um das Vierfache angestiegen, trotzdem sind 6500 beladene Container und 81 000 t beförderter Güter sicherlich nur wenig im Verhältnis zu dem insgesamt zur Verfügung stehenden Ladungsaufkommen. Nun werden Massengüter z. Z. nur in Ausnahmefällen in Containern befördert, so daß man als Bezugsbasis nur das Stückgutaufkommen zugrunde legen kann. Aber auch so ergibt sich nur eine Containerisierungsquote von 5,3 %. Im Vergleich dazu werden in den traditionellen Fahrtgebieten des Containerverkehrs, wie z. B. „USA am Atlantik“, mehr als 70 % und in „USA am Pazifik“ weit mehr als 80 % des gesamten Stückguts in Großbehältern transportiert.

Zur Erklärung der relativ geringen Bedeutung des Containerverkehrs sind eine Reihe von Gründen anzuführen: Zunächst einmal zeigt die Struktur des Stückgutaufkommens, daß für eine Reihe von massenhaft anfallenden Stückgütern, wie Holzschliff und Zellstoff, Papier und Pappe, aber auch für Teile des Eisen- und Stahlhalbbezugs, der Containerverkehr nur verhält-

nismäßig geringfügige ökonomische Vorteile gegenüber der bisherigen Verschiffungsweise bieten würde. Hinzu kommt, daß in vielen kleineren Häfen die technischen Voraussetzungen für den Containerverkehr – die sehr kapitalintensiven Umschlagsanlagen – weitgehend fehlen. Letztlich mag auch eine Rolle spielen, daß gerade der Ostseeraum durch eine Vielzahl von Fährdiensten mit ihrer idealen Verbindung von See- sowie Lkw- bzw. Eisenbahntransport erschlossen ist, so daß der Containerverkehr hier durch die Konkurrenz des Fährverkehrs weitaus geringere Entwicklungsmöglichkeiten als in anderen Verkehrsrelationen besitzt.

Zur Zeit beschränkt sich der Containerverkehr zwischen Hamburg und den Gebieten an der Ostsee praktisch auf Finnland (51 000 t), Schweden (20 000 t) und in geringem Umfang auf Dänemark (9000 t). Dabei handelt es sich weit überwiegend um Zubringerdienste zu den großen Containerlinien und nur in geringem Ausmaß um Güter des nationalen Außenhandels der Bundesrepublik. Im Verkehr mit den Ostblock-Staaten wurden 1974 nur vereinzelt Container befördert. Allerdings ist Mitte dieses Jahres ein Roll-on/Roll-off-Dienst zwischen Hamburg und Leningrad eingerichtet worden, so daß vermutlich auch hier die Beförderung von Gütern in Containern und Trailern an Boden gewinnen wird.

Gute Zukunftsaussichten

Unabhängig von den Zufälligkeiten des konjunkturellen Ablaufs wird der Verkehr mit dem Ostseeraum ein wichtiger Bestandteil des Umschlags im Hamburger Hafen bleiben. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Ladungsaufkommen aus den bzw. für die Ostseestaaten auch in Zukunft steigen wird.

Zur Stützung dieser Vermutung kann man darauf verweisen, daß bei zunehmender Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Staaten des RGW sich der Warenaustausch noch beträchtlich intensivieren läßt und daß davon vor allem auch der Hamburger Hafen profitieren wird. Zusätzliche Impulse für den Ostseeraum werden aber auch von der Fertigstellung der neuen Massengutumschlagsanlage Hansaport in Verbindung mit der Inbetriebnahme des Nord-Süd-Kanals ausgehen. So wird schwedisches Eisenerz als Rohstoffbasis für die Versorgung der eisen- und stahlerzeugenden Industrie im Salzgitter-Raum in stärkerem Maße als bisher über den Hamburger Hafen befördert werden.

Etwas schlechter sind die Entwicklungsaussichten für den Containerverkehr mit dem Ostseegebiet. Hier liegen die Zukunftschancen wohl vor allem in den Zubringer- und Verteilerdiensten. Die hier tätigen Linien sind zumeist mit kleineren, aber zum Teil hochmodernen Vollcontainerschiffen ausgerüstet und werden sich voraussichtlich gut behaupten können, da die transozeanischen Vollcontainerlinien rentabel nur über wenige leistungsfähige Großcontainerhäfen geleitet werden können, zu denen ohne Zweifel auch Hamburg zu rechnen ist. Abzuwarten bleibt, ob und in welchem Ausmaß sich der Containerverkehr mit den RGW-Ländern durchsetzen wird.

Hans-Eckhard Stegen

¹⁾ Unter Einschluß der Einfuhren auf Offene Zolllager, die wirtschaftlich Transit darstellen.

Zur Zahl der Erwerbstätigen Hamburgs

— Begriffe und Ergebnisse —

In der heutigen konjunkturellen Lage sind Informationen über Beschäftigung und Erwerbstätigkeit besonders aktuell. Unabhängig hiervon ist aber seit Jahren ein zunehmender und nachhaltiger Bedarf nach derartigen Daten festzustellen. Dieser Bedarf hat zu verstärkten Bemühungen geführt, zusätzliches Zahlenmaterial bereitzustellen (z. B. über die Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit) und zur Intensivierung des Denkprozesses über ein Gesamtsystem der Erwerbstätigkeitsstatistik beigetragen.

Außer dem unmittelbaren Aussagewert haben diese Zahlen eine ebenso große Bedeutung als Bezugsgröße. An brauchbaren Bezugsgrößen hat Hamburg ein besonderes Interesse, weil sie es ermöglichen, die in Hamburg erzielte, verhältnismäßig hohe wirtschaftliche Leistung zu relativieren und mit der anderer Gebietseinheiten vergleichbar zu machen. Das bisherige Fehlen laufender Jahreszahlen ist daher in Hamburg als besonderer Mangel empfunden worden.

In der folgenden Darstellung werden die Zahlen über Beschäftigte, Erwerbstätige und über die Wirtschaftsbevölkerung für die Jahre 1961 bis 1974 veröffentlicht. Aller Voraussicht nach ist zu erwarten, daß diese Werte in Zukunft laufend und frühzeitig nach Abschluß eines Jahres — zunächst als Schätzung — zur Verfügung stehen werden. Hierdurch wird es möglich sein, den Konsumenten über die Entwicklung der Beschäftigung, der Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) und über die Veränderung der wirtschaftlichen Durchschnittsleistung (Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung) in Hamburg, — auch im Vergleich mit dem Bundesgebiet und den übrigen Ländern — kurzfristig zu unterrichten.

Da die errechneten Werte erstmals im Zusammenhang vorgelegt und in ihrer Abhängigkeit voneinander dargestellt werden, erscheint es zweckmäßig, Ausführungen über die Begriffsabgrenzung, die Herkunft der Daten und die Berechnungsverfahren der Darbietung der Ergebnisse voranzustellen.

1. Einleitung

Die tägliche Praxis zeigt, daß es den Konsumenten von statistischen Daten oftmals Schwierigkeiten bereitet, Überblick über Begriffe und Daten zu gewinnen oder zu bewahren, die über Erwerbspersonen, Erwerbstätige, Beschäftigte, Tätige Personen, Wirtschaftsbevölkerung usw. vorliegen. In der folgenden Veröffentlichung wird daher versucht, diese Begriffe anhand des Zahlenmaterials in einen systematischen Zusammenhang zu bringen und gleichzeitig eine Übersicht über das vorhandene Datenmaterial zu geben.

Als bekannt kann vorausgesetzt werden, daß statistische Daten jeweils aufgrund entsprechender Gesetze erhoben werden, die — von dem initiativ werdenden Ressort und ihrer jeweiligen Begründung her — eine bestimmte Zielsetzung haben. Dies hat zur Folge, daß über — evtl. große — Teilbereiche wohl statistisches Material vorliegt, für die Beantwortung darüber hinausgehender oder aktueller Fragestellungen jedoch Ergebnisse verschiedener Statistiken kombiniert oder auch — sachlich und/oder zeitlich — durch Schätzungen ergänzt werden müssen. Dabei müssen Differenzen oder Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden, die schon im Ausgangsmaterial liegen können oder durch die spätere Bearbeitung einfließen. Da die Genauigkeitsanforderungen häufig von der zu beantwor-

tenden Fragestellung abhängen, kann es vorkommen, daß — zumal Unterschiede in der Fragestellung in der Regel zu Definitionsunterschieden führen — über den nur scheinbar gleichen Tatbestand verschiedene Werte in Umlauf sind.

Um dies in Zukunft zu vermeiden, werden im folgenden bestimmte, für jeweils unterschiedliche Zwecke verwendbare Zahlen für den Zeitraum 1961 bis 1974 zusammengestellt, und methodisch abgegrenzt.

2. Aufgabenstellung

Anlaß für die Leiter der Statistischen Landesämter, an den Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, jährliche Beschäftigten- bzw. Erwerbstätigenzahlen in wirtschaftlicher Gliederung für Länder zu erarbeiten, war die Einstellung der Arbeitsmarktstatistik über die abhängig Beschäftigten im Jahre 1963.

Die Suche nach einem „Ersatz“ für diese laufende Orientierungs- und Bezugsgröße führte zwangsläufig zu einer Fortschreibung der nach den Forderungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung komplettierten Ergebnisse der Großzählungen. Aus Vergleichsgründen war eine Anlehnung an das Konzept des Statisti-

schen Bundesamtes zur Abstimmung auf den Bundeswert erforderlich. Die unterschiedlichen Verhältnisse (verschieden hoher Anteil der Berufspendler zwischen + 14,8 % und - 8,2 %) in den Ländern, aber auch die Vervollständigung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und die sich aus dem zunehmenden Datenbewußtsein steigernden Konsumentenwünsche (Konjunkturbeobachtung, Planung) machten die Berechnung mehrerer miteinander in Zusammenhang stehender Größen erforderlich, an die gewisse Bedingungen zu stellen waren. Sie sollten bzw. sollen als lange Reihen (etwa ab 1960/61), soweit möglich, in wirtschaftlicher Gliederung zur Verfügung stehen, möglichst aktuell sein und für Prognosezwecke verwendet werden können.

Einen Überblick über den Zusammenhang zwischen einzelnen Größen und den adäquaten Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gibt S c h a u b i l d 1. Die Arbeitsgebiete, deren Ergebnisse bei der Ermittlung der jeweiligen Größen benutzt wurden, waren zahlreich. Hierzu gehören:

Arbeitsstättenzählung, Berufszählung, Mikrozensus, Arbeitsmarktstatistik, Bevölkerungsstatistik, Bevölkerungsprognosen, alle Fachstatistiken, die Aussagen über die Beschäftigtenentwicklung liefern oder zulassen (z. B. Industriebericht, Baubericht, lfd. Verdiensterhebung in Industrie und Handel, repräsentative Einzelhandelsstatistik), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

3. Materialgrundlagen

Abgesehen von den Pendlerzahlen für die Eckjahre läßt sich keine der gewünschten Größen aus einer Statistik allein direkt ablesen. Vielmehr sind Kombinationen, Ergänzungen, Bearbeitungen oder Schätzungen erforderlich, um zu den gewünschten Werten zu kommen. Die Materialgrundlagen lassen sich wie folgt einteilen:

3.1 Umfassende Zählungen und Ergebnisse

3.11 Großzählungen

Die günstigste Möglichkeit, zu einem Gesamtbild zu kommen, bieten zweifellos die Großzählungen, die allerdings nur in größeren zeitlichen Abständen (rd. 10 Jahre) durchgeführt werden können. Hierzu gehören die sog. Arbeitsstättenzählungen (nicht-landwirtschaftlicher Arbeitsstätten) und die Volks- und Berufszählungen. Von der unterschiedlichen Zielsetzung, aber auch vom Erhebungsobjekt her – einmal Betrieb, einmal Haushalt – ergeben sich von vornherein Unterschiede, die eine Übereinstimmung, die immer wieder versucht wird, ausschließen.

3.111 Arbeitsstättenzählung (AZ)

Die Arbeitsstättenzählung wendet sich an alle im Lande befindlichen Niederlassungen von Gewerbebetrieben (örtliche Wirtschaftseinheit) und von Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie an alle Dienststellen der öffentlichen Verwaltung. Erfasst wird die Zahl

der in diesen Arbeitsstätten tätigen voll- bzw. teilbeschäftigten Personen¹⁾, genaugenommen die Zahl der in den Arbeitsstätten besetzten Arbeitsplätze (Mehrfachzählungen einer Person sind möglich, wenn eine Person mehr als ein Beschäftigungsverhältnis hat). Zur Ermittlung der Gesamtzahl der besetzten Arbeitsplätze im Land Hamburg muß diese Zahl aus der AZ noch um die in der Landwirtschaft und in Privathaushalten tätigen Personen ergänzt werden; beide Werte werden aus der Berufszählung entnommen. Um Doppelzählungen zu vermeiden, ist dafür aus den AZ-Ergebnissen die Zahl der in gewerblichen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei tätigen Personen zu eliminieren²⁾.

Die auf diese Weise aus der Arbeitsstättenzählung und der Berufszählung ermittelte Zahl der tätigen Personen bzw. besetzten Arbeitsplätze stellt das Arbeitsplatzangebot im Land Hamburg ohne die Zahl der offenen Stellen dar und ist u. a. Ausgangspunkt für Arbeitsplatzprognosen und Beschäftigtenprognosen.

3.112 Volks- und Berufszählung (VZ/BZ)

Im Rahmen der Volks- und Berufszählung sind von den auskunftspflichtigen Personen u. a. auch Fragen über die Erwerbstätigkeit sowie den Wirtschaftszweig und den Ort des Betriebes, in dem der Erwerbstätige arbeitet, zu beantworten. Die Befragung erfolgt am Wohnort. Um zum Arbeitskräfteangebot zu kommen, müßte man den Erwerbstätigen die Arbeitslosen hinzurechnen. Es ergibt sich daraus die Zahl der Erwerbspersonen. In dieser Form bedeutet die Zahl jedoch eine räumliche Einschränkung auf den Wohnort.

Will man die gesamte Situation am örtlichen Arbeitsmarkt (d. h. in diesem Fall am Betriebsort und nicht am Wohnort) darstellen, so sind die Pendlerverflechtungen zu berücksichtigen. Zwar arbeitet ein gewisser Teil der in Hamburg wohnenden Erwerbstätigen in Betrieben außerhalb Hamburgs, doch ist die Zahl der Personen, die außerhalb Hamburgs wohnen, aber in Hamburg arbeiten, ungleich größer, so daß ein für Hamburg positiver Pendlersaldo zustande kommt. Er ist bei einer Quantifizierung des Arbeitskräfteangebots mit zu berücksichtigen.

3.12 Repräsentativerhebung / Mikrozensus (MZ)

Zu den Statistiken, die umfassende Daten liefern, gehört auch der Mikrozensus, der auf einer Stichprobenbasis von 1 % im April jeden Jahres erhoben wird. Wegen des Stichprobenfehlers wird von seinen Ergebnissen in Hamburg nur in gewissen Fällen (z. B. Veränderung der Erwerbsquote) Gebrauch gemacht.

3.13 Bundesergebnisse

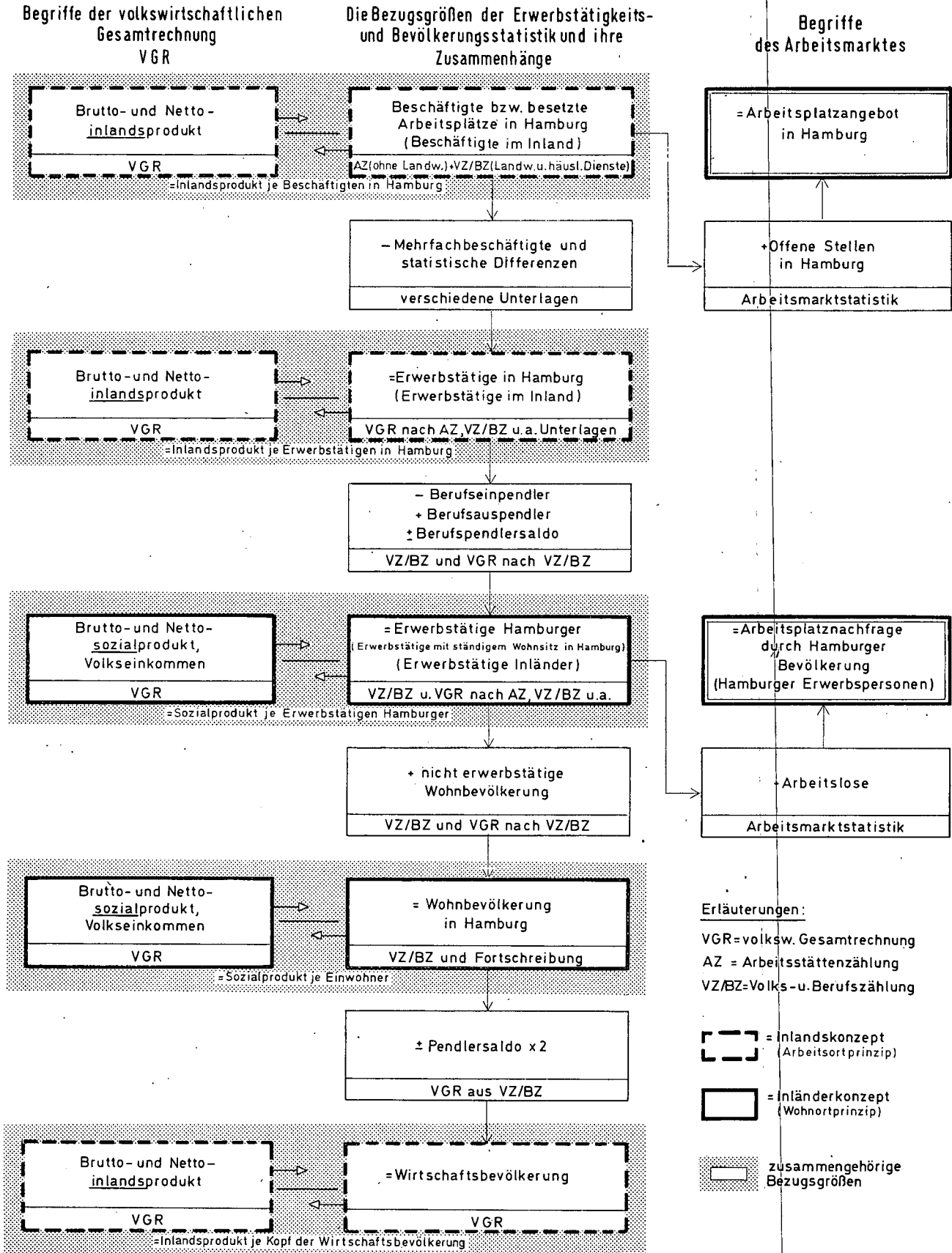
Das Statistische Bundesamt ermittelt aufgrund der Ergebnisse der Fachstatistiken (Großzählungen, laufende Zählungen) und eigenen Schätzungen Jahres-

¹⁾ In der AZ 61 wurde hierfür noch synonym der Begriff Beschäftigte verwendet.

²⁾ Ungenauigkeiten, die sich durch diese Art der Gegenrechnung ergeben, sind in der unterschiedlichen Definition in beiden Großzählungen für den Bereich Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei begründet und müssen hingenommen werden. Sie beeinflussen den Charakter der Gesamtzahl nicht.

Schaubild 1

Beziehungen zwischen der Erwerbstätigkeits- und Bevölkerungsstatistik und den Begriffen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung



durchschnittswerte für Erwerbstätige, um sie zu den übrigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die ebenfalls Jahreswerte sind, in Beziehung setzen zu können. Diese Zahlen weichen vom Begriffsinhalt, aber auch von der zeitlichen Zuordnung her gesehen von den Werten der Fachstatistiken ab. Sie sind die Grundlage für eine Koordinierung der fortgeschriebenen Länderzahlen.

3.2 Bereichsstatistiken

Es liegen für einen Teil der Wirtschaftsbereiche Daten vor, die sich im Hinblick auf Periodizität, Umfang der Erfassung (Teilmassen total oder repräsentativ) erheblich voneinander unterscheiden. Sie werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, soweit möglich, für die partielle Fortschreibung von Eckdaten verwandt.

3.3 Unterlagen anderer Stellen

3.31 Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung

Hieraus stehen monatlich u. a. Zahlen über Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitssuchende zur Verfügung.

3.32 Beschäftigten- und Entgeltstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

Zahlen aus der im Aufbau befindlichen Statistik der pflichtversicherten Arbeitnehmer stehen z. Z. noch nicht zur Verfügung. Wann und wie weit die teilweise hohen Erwartungen an die Statistik erfüllt werden können, läßt sich noch nicht überblicken. Sie soll daher in der vorliegenden Darstellung außer Betracht bleiben.

4. Begriffe und Methoden

4.1 Beschäftigte in Hamburg (Beschäftigte im Inland)

Ausgangspunkt für die Berechnungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Beschäftigten bzw. besetzten Arbeitsplätze, die in den Hamburger Arbeitsstätten ermittelt wurden, und zwar wirtschaftssystematisch dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens zugeordnet. Die Zuordnung der Arbeitsstätten zum wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens ist notwendig, weil auch das Statistische Bundesamt von den Unternehmensergebnissen ausgeht und eine Abstimmung der Ländersumme mit dem Bundesergebnis nach Wirtschaftsbereichen sonst nicht gewährleistet wäre.

4.2 Erwerbstätige in Hamburg (Erwerbstätige im Inland)

Die Zahl der Erwerbstätigen (Personen) wird gewöhnlich über die Volks- und Berufszählung ermittelt. Für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung war dies nicht möglich, weil die Zurechnung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen aufgrund der

teilweise abweichenden Systematik und die subjektive Auskunft über den Wirtschaftszweig, in dem die befragte Einzelperson ihrer Arbeit nachgeht, von der Unternehmenszuordnung vielfach abweicht.

Aus diesem Grunde und wegen der erforderlichen Übereinstimmung mit dem Bundesergebnis war der Arbeitskreis gezwungen, die Beschäftigtenzahlen in wirtschaftlicher Gliederung auf den Bundesansatz abzustimmen. Auf die unvermeidbare Differenz zwischen den Beschäftigten- und Erwerbstätigenzahlen und ihre Gründe wird später eingegangen.

Der Nachweis sowohl der Beschäftigten als auch der Erwerbstätigen im Inland erfolgt nach dem sog. Inlandskonzept, d. h. sie werden dort nachgewiesen, wo sie arbeiten. Zu den im Inland Erwerbstätigen gehören aber auch Personen, die nicht im Inland, d. h. in Hamburg wohnen, sondern von ihrem Wohnsitz außerhalb Hamburgs täglich einpendeln und solche, die in Hamburg wohnen, die zu ihrem außerhalb Hamburgs gelegenen Arbeitsort täglich auspendeln. Aus der Gegenrechnung dieser beiden Positionen ergibt sich der Pendlersaldo.

4.3 Berufspendlersaldo

Bis September 1963 hatte die Arbeitsmarktstatistik monatliche Einpendlerzahlen für abhängig Erwerbstätige geliefert. Nach Einstellung dieser Statistik fallen brauchbare Pendlerzahlen leider nur noch bei Großzählungen – in diesem Falle Volks- und Berufszählungen – an.

Die nur in jeweils erheblichem Zeitabstand (1961, 1970) verfügbaren Zahlen und der Bedarf nach einer durchlaufenden und aktuell fortgeschriebenen Reihe, macht die Erarbeitung einer Methode erforderlich, die dem vermuteten Wert möglichst nahe kommt. Dabei ist im Interesse einer möglichst langen Beibehaltung der Methode auch zu prüfen, ob sie langfristig, etwa bis 1985, zu plausiblen Werten führt.

Für die Jahre 1962 bis 1969 wurde die Veränderung des Pendlersaldos proportional zum jährlichen Wanderungsverlust (Veränderung des Pendlersaldos = 31,911 % des Wanderungsverlustes) gegenüber den Umlandkreisen auf die Jahre verteilt.

Nach Durchführung verschiedener Versuchsrechnungen wurde für die Fortschreibung des Pendlersaldos ab 1971 ein Anteil von 25 % am Wanderungssaldo Hamburgs mit dem Umland gewählt, nachdem sich für den Durchschnitt der Jahre 1969 bis 1974 ein Anteil von 30 % ergeben hatte. Dabei wurde von der Annahme ausgegangen, daß 80 % der ins Umland fortgezogenen Erwerbstätigen auch künftig ihrer Arbeit in Hamburg nachgehen, dagegen wurden die zugezogenen Erwerbspersonen voll abgesetzt.

4.4 Erwerbstätige Hamburger (Erwerbstätige Inländer)

Der Schritt vom Inlands-(Betriebsort-)Konzept zum Inländer-(Wohnort-)Konzept wird durch die Berück-

sichtigung des Pendlersaldos vorgenommen. Der sich ergebende Begriff der Erwerbstätigen Inländer deckt sich definitionsmäßig mit dem der Erwerbstätigen der BZ und des MZ. In Wirklichkeit gibt es aber wegen der unterschiedlichen Quellen Unterschiede zwischen allen drei Größen, auf die an anderer Stelle eingegangen wird.

Will man in die Bezugszahl nicht nur die Erwerbstätigen, sondern die Gesamtbevölkerung einbeziehen und ist man gezwungen, dem Inlands-Konzept zu folgen, weil andere Daten nicht zur Verfügung stehen, so ist es erforderlich, die Wohnbevölkerung dem Inlands-Konzept anzupassen. Hierbei wurde der Begriff Wirtschaftsbevölkerung geprägt.

4.5 Wirtschaftsbevölkerung

Die Wirtschaftsbevölkerung ist ein Begriff, der für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder aus der Notwendigkeit heraus gebildet worden ist, der wirtschaftlichen Leistung eines Gebietes diejenige Bevölkerung gegenüberzustellen, die an ihrem Zustandekommen beteiligt bzw. von ihr abhängig ist. Zur Hamburger Wirtschaftsbevölkerung gehören die in Hamburg oder außerhalb Hamburgs wohnenden und in Hamburg arbeitenden Erwerbstätigen mit ihren Familien, d. h. also auch die Einpendler mit ihren Familien; nicht zur Wirtschaftsbevölkerung zählen dagegen die Auspendler mit ihren Familien. Da bei einer Erwerbsquote von durchschnittlich 50 % auf jeden Berufspendler eine von ihm abhängige Person kommt, ist der zu ermittelnde Pendlersaldo mit dem Faktor 2 zu multiplizieren.

Die Wirtschaftsbevölkerung ist insbesondere für die Relativierung der Kreisergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine sehr wichtige Größe, die allein in der Lage ist, über das regionale Leistungsgefälle einen Eindruck zu vermitteln.

5. Wertung und Verwendung der Ergebnisse

Bevor auf die aus den Berechnungen stammenden Ergebnisse eingegangen wird, sollen die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung und Volks- und Berufszählung 1970 gegenübergestellt werden.

Aus der AZ 1970 ergab sich eine Zahl von 970 721 tätigen Personen bzw. besetzten Arbeitsplätzen. Da in der AZ vom Konzept her (Zählung nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten) der Bereich 0 (Landwirtschaft) nur teilweise erfaßt wird (u. a. gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung), in der VZ/BZ jedoch alle Personen, die in diesem Bereich tätig sind, nachgewiesen werden, ist es zur Berichtigung des Ergebnisses erforderlich, die 3 261 tätigen Personen nach der AZ zu subtrahieren und durch die BZ-Zahl von 10 903 erwerbstätigen Personen zu ersetzen. Hinzu kommen 3 411

nach der BZ in der Unterabteilung 85 (Häusliche Dienste) tätige Personen, die in der AZ nicht erfaßt werden.

Die *komplettierte Zahl der Beschäftigten* bzw. besetzten Arbeitsplätze beträgt dann ohne Soldaten 981 778.

Nach den Ergebnissen der BZ 1970 betrug die Zahl der erwerbstätigen Hamburger 827 707. Von diesen arbeiteten 17 611 nicht in Hamburg. Sie gehen als Auspendler ihrer Arbeit außerhalb Hamburgs nach. Zu diesen 810 096 in Hamburg wohnenden und arbeitenden Erwerbstätigen müssen, um der Definition der AZ „besetzte Arbeitsplätze“ näherzukommen, die lt. BZ ermittelten 20 851 Fälle mit einer weiteren Erwerbstätigkeit berücksichtigt werden.

Im Gegensatz zur AZ wurden in der BZ 3 911 Heimarbeiter erfaßt, die hier aus Vergleichbarkeitsgründen abgesetzt werden müssen. Um – wie in der AZ – auch hier dem Betriebsprinzip zu folgen, muß die Zahl der Berufseinpender, nämlich 134 423 mit berücksichtigt werden: 961 459

Bei der sich gegenüber der vergleichbaren Zahl der AZ von 981 778 ergebenden Differenz von 20 319 Personen muß unterstellt werden, daß es sich bei ihnen – wenn man annimmt, daß Unter- und Übererfassungen in der AZ sich ausgleichen – um Personen handelt, die einem Arbeitsverhältnis nachgehen, dieses aber aus unterschiedlichen persönlichen Gründen, weil sie z. B. als Rentner oder Pensionäre aus dem eigentlichen Erwerbsleben schon ausgeschieden sind, nicht angeben haben. Zu einem anderen Teil kann es sich um eine Dunkelziffer bei Ausländern handeln, die sich bewußt der Zählung entzogen haben und deren Arbeitsverhältnis nur vom Betrieb angegeben wurde.

5.1 Beschäftigte in Hamburg

Die Zahl der Beschäftigten in Hamburg, von der VGR ermittelt, geht aus Tabelle 1 hervor. Es handelt sich hier um hamburgische Zahlen, die nicht auf Bundeswerte koordiniert worden sind. Sie stimmen für 1970 mit dem oben genannten Wert überein.

Die Zahlen werden nach 10 Wirtschaftsbereichen ausgewiesen und stellen zum Teil eine Schätzung dar.

Um zu dem Arbeitsplatzangebot zu kommen, wird die Zahl der besetzten Arbeitsplätze um die der offenen Stellen ergänzt, wie sie von der Arbeitsmarktstatistik monatlich nachgewiesen werden. Dieses Arbeitsplatzangebot ist auf Hamburg als Betriebs- oder Arbeitsort abgestellt.

Die Entwicklung der verschiedenen Reihen läßt sich aus Tabelle 1 und Schaubild 2 entnehmen.

Tabelle 1

Die Beschäftigten bzw. besetzten Arbeitsplätze¹⁾ und das Arbeitsplatzangebot in Hamburg 1961 bis 1974²⁾

- Ergebnisse der Beschäftigtenfortschreibung -

Art der Angaben	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
	1	2	3	4	5	6	7
1. Beschäftigte bzw. besetzte Arbeitsplätze							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ⁴⁾	13 000	12 700	12 400	12 100	11 800	11 500	11 200
Warenproduzierendes Gewerbe	407 500	404 400	391 000	384 900	377 600	370 300	342 400
Energiewirtschaft u. Bergbau	13 000	13 400	11 400	11 400	10 800	10 900	10 000
Verarbeitendes Gewerbe	315 500	312 900	303 500	296 400	293 200	286 400	265 900
Baugewerbe	79 000	78 100	76 100	77 100	73 600	73 000	66 500
Handel und Verkehr	339 300	335 900	335 100	330 500	327 100	328 400	327 500
Handel	206 100	204 100	204 700	201 500	198 400	199 500	201 400
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	133 200	131 800	130 400	129 000	128 700	128 900	126 100
Dienstleistungsunternehmen	152 700	156 500	158 300	159 800	161 300	162 500	171 000
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	34 700	36 500	38 100	38 900	39 700	40 300	41 300
Sonst. Dienstleistungen	118 000	120 000	120 200	120 900	121 600	122 200	129 700
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	116 700	117 300	118 300	119 500	120 700	121 000	121 400
Staat	93 600	94 300	95 400	96 700	98 000	98 400	98 900
Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	23 100	23 000	22 900	22 800	22 700	22 600	22 500
Bereiche insgesamt	1 029 200	1 026 800	1 015 100	1 006 800	998 500	993 700	973 500
2. Offene Stellen (Jahresdurchschnitt)	19 800	22 500	19 900	22 100	25 800	24 600	13 600
3. Arbeitsplatzangebot in Hamburg	1 049 000	1 049 300	1 035 000	1 028 900	1 024 300	1 018 300	987 100

Fortsetzung:

Art der Angaben	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974 ³⁾
	8	9	10	11	12	13	14
1. Beschäftigte bzw. besetzte Arbeitsplätze							
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ⁴⁾	11 100	11 000	10 900	10 800	10 700	10 600	10 500
Warenproduzierendes Gewerbe	331 700	341 000	341 300	332 400	321 500	315 200	295 900
Energiewirtschaft u. Bergbau	9 800	9 700	9 800	10 100	10 100	10 100	10 100
Verarbeitendes Gewerbe	260 700	267 100	264 000	255 600	247 500	241 700	232 500
Baugewerbe	61 200	64 200	67 500	66 700	63 900	63 400	53 300
Handel und Verkehr	324 000	323 100	325 100	327 400	323 600	321 900	315 600
Handel	199 400	198 600	199 600	200 500	196 900	194 100	187 800
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	124 600	124 500	125 500	126 900	126 700	127 800	127 800
Dienstleistungsunternehmen	174 400	174 800	179 200	179 500	181 400	187 500	187 700
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	43 000	43 100	46 400	46 500	48 100	52 500	52 500
Sonst. Dienstleistungen	131 400	131 700	132 800	133 000	133 300	135 000	135 200
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	124 000	123 600	125 300	129 700	131 300	133 500	137 900
Staat	101 600	101 200	103 000	107 400	109 000	111 200	115 600
Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	22 400	22 400	22 300	22 300	22 300	22 300	22 300
Bereiche insgesamt	965 200	973 500	981 800	979 800	968 500	968 700	947 600
2. Offene Stellen (Jahresdurchschnitt)	18 300	26 900	29 600	25 300	18 600	18 800	13 300
3. Arbeitsplatzangebot in Hamburg	983 500	1 000 400	1 011 400	1 005 100	987 100	987 500	960 900

1) in Hamburger Arbeitsstätten, zugeordnet dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens.

2) teilweise geschätzt.

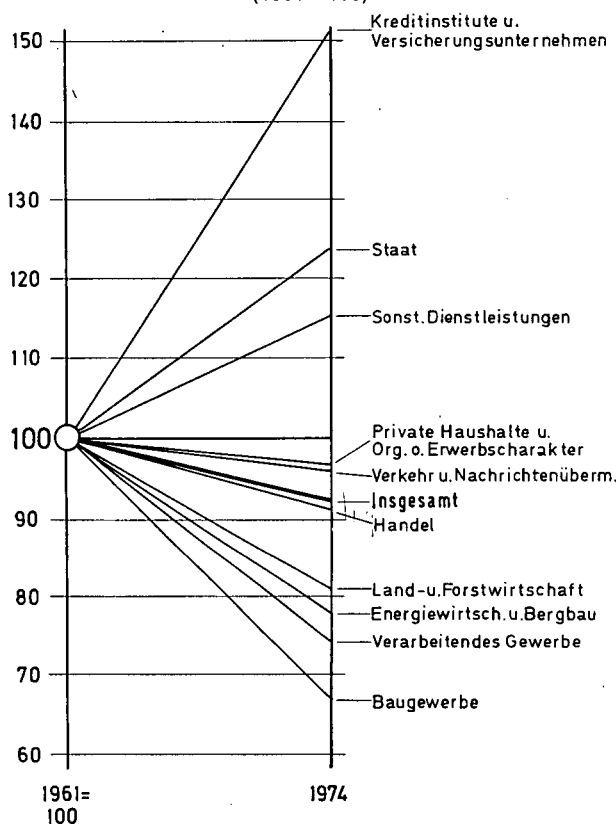
3) vorläufiges Ergebnis.

4) nach den Ergebnissen der Berufszählungen.

Schaubild 2

Die Beschäftigten in Hamburg nach Wirtschaftsbereichen 1961/1974

(1961=100)



Statistisches Landesamt Hamburg (N)

Die stärkste Entwicklung von 1961 auf 1974 wies die Zahl der Beschäftigten im Bereich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen mit 51 % auf. Eine überdurchschnittliche Entwicklung erreichten alle Bereiche des tertiären Sektors mit Ausnahme des Handels, und zwar der Staat mit +24 %, die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen erbracht, mit +15 % und der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der mit -4 % den Durchschnitt (-8 %) noch übertraf. Die Entwicklung im Handel lag mit -9 % geringfügig unter dem Durchschnitt. Die größten Einbußen mußten die Bereiche des sekundären Sektors, nämlich des Baugewerbes mit -33 %, das Verarbeitende Gewerbe mit -26 % und die Energiewirtschaft mit -22 % hinnehmen.

Dadurch verschoben sich die Anteile der zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche an den in Hamburg Beschäftigten wesentlich zugunsten des tertiären Sektors, auf den 1974 mehr als zwei Drittel der Beschäftigten entfielen.

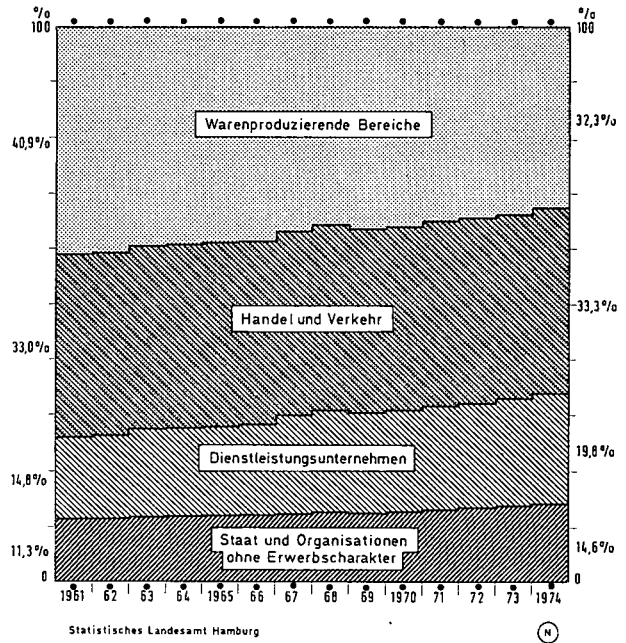
Aus Schaubild 3 geht die Verminderung des Anteils der Produzierenden Bereiche zugunsten des tertiären Sektors klar hervor.

5.2 Erwerbstätige in Hamburg

Bei den aus Tabelle 2 zu entnehmenden Ergebnissen handelt es sich um im Arbeitskreis auf Bundes-

Schaubild 3

Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Zahl der Beschäftigten in Hamburg 1961 bis 1974



Statistisches Landesamt Hamburg

(N)

werte koordinierte, für die Länder für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbindliche und vergleichbare Werte, gegliedert nach 4 Wirtschaftsbereichen.

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen beträgt nach dem letzten Stand der Berechnung für 1970	962 123
und übersteigt die BZ-Zahl von 827 707	
+ Pendler-Saldo	116 815
um	944 522
	17 601.

Diese Differenz erscheint angesichts der nicht völlig auszuschließenden Untererfassung bei der BZ nicht zu hoch, zumal diese Berechnung von AZ-Zahlen ausgegangen ist.

Die Entwicklung in der Zahl der Erwerbstätigen (-6 %) in Hamburg 1961 bis 1973 liegt etwas günstiger als bei den Beschäftigten (-8 %), was seinen Grund in einem gewissen Abbau der Mehrfacharbeitsverhältnisse haben kann. Die durchschnittliche Veränderung der Erwerbstätigenzahlen in Hamburg 1961 bis 1973 lag mit -4 % etwas hinter der Bundesentwicklung zurück. Die überdurchschnittliche Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen im tertiären Sektor und die unterdurchschnittliche im sekundären ist auch für das Bundesgebiet festzustellen. Abweichungen zwischen Hamburg und dem Bundesgebiet zeigen sich insbesondere in der ungünstigeren Entwicklung in Hamburg beim Produzierenden Gewerbe mit -21 % (Bundesgebiet ± 0 %). Die stärkste Zunahme im Bundesgebiet weist - im Gegensatz zu Hamburg, wo die Sonstigen Dienstleistungen an der Spitze stehen - der Staat aus (+34 % im Bundesgebiet gegenüber +18 % in Hamburg). Handel und Verkehr einerseits und Sonstige Dienstleistungen andererseits zeigen dagegen in Hamburg und im Bundesgebiet gegenüber der jeweiligen durchschnittlichen Entwicklung der verglichenen Gebiete keine grund-

Tabelle 2

Erwerbstätige in Hamburg 1961 bis 1974

Art der Angaben	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
	1	2	3	4	5	6	7
1. Erwerbstätige in Hamburg 2)							
Warenproduzierende Bereiche	414 900	409 700	396 600	391 400	386 200	378 500	354 900
darunter							
Warenproduzierendes Gewerbe	401 900	397 000	384 200	379 300	374 400	367 100	343 700
Handel und Verkehr	320 300	314 300	314 100	309 300	306 200	307 200	302 600
Dienstleistungsunternehmen	140 700	144 200	148 700	151 200	152 900	154 900	162 700
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	124 500	125 500	128 100	129 900	131 400	131 800	133 400
I n s g e s a m t	1 000 500	993 700	987 600	981 900	976 600	972 400	953 600
2. Berufspendlersaldo	87 100	89 000	90 800	93 500	97 300	101 200	105 000
3. Erwerbstätige Hamburger	913 400	904 700	896 800	888 400	879 300	871 200	848 600
4. Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)	4 900	4 600	5 100	4 700	3 400	3 000	8 900
5. Hamburger Erwerbsspersonen (Arbeitsplatznachfrage der Hamburger Bevölkerung)	918 300	909 300	901 900	893 100	882 700	874 200	857 500
6. Wohnbevölkerung (Jahresdurchschnitt)	1 832 300	1 841 900	1 846 700	1 850 400	1 808 800	1 841 300	1 828 000
7. † Pendlersaldo x 2	174 200	178 000	181 600	187 000	194 600	202 400	210 000
8. Wirtschaftsbevölkerung	2 006 500	2 019 900	2 028 300	2 037 400	2 043 400	2 043 700	2 038 000

Fortsetzung:

Art der Angaben	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974 1)
	8	9	10	11	12	13	14
1. Erwerbstätige in Hamburg 2)							
Warenproduzierende Bereiche	343 500	352 900	352 500	343 900	334 100	327 800	.
darunter							
Warenproduzierendes Gewerbe	332 700	342 500	342 400	333 000	323 200	316 900	.
Handel und Verkehr	302 200	302 200	304 700	306 100	307 800	309 600	.
Dienstleistungsunternehmen	167 100	166 900	167 300	164 500	167 900	172 700	.
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	135 900	135 000	137 600	141 900	144 100	146 500	.
I n s g e s a m t	948 700	957 000	962 100	956 400	953 900	956 500	938 400
2. Berufspendlersaldo	108 800	112 800	116 800	120 500	124 600	128 600	132 000
3. Erwerbstätige Hamburger	839 900	844 200	845 300	835 900	829 300	827 900	806 400
4. Arbeitslose (Jahresdurchschnitt)	6 500	3 400	2 700	3 300	4 600	5 500	12 100
5. Hamburger Erwerbsspersonen (Arbeitsplatznachfrage der Hamburger Bevölkerung)	846 400	847 600	848 000	839 200	833 900	833 400	818 500
6. Wohnbevölkerung (Jahresdurchschnitt)	1 813 100	1 803 700	1 793 800	1 788 900	1 773 900	1 758 400	1 742 400
7. † Pendlersaldo x 2	217 600	225 600	233 600	241 000	249 200	257 200	264 000
8. Wirtschaftsbevölkerung	2 030 700	2 029 300	2 027 400	2 029 900	2 023 100	2 015 600	2 006 400

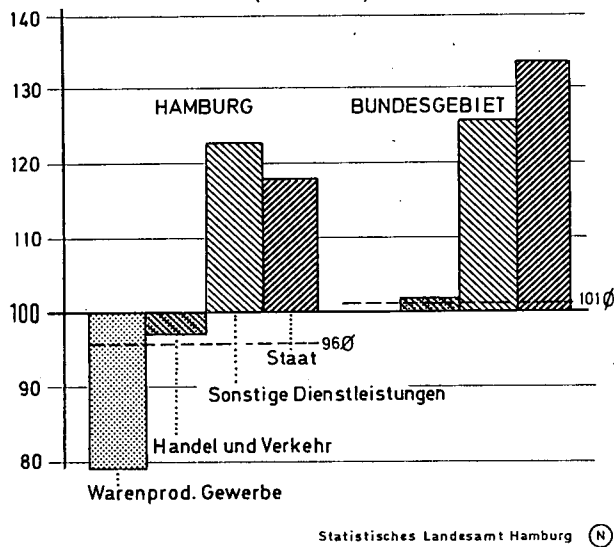
1) vorläufige Ergebnisse.

2) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

Schaubild 4

Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in Hamburg und im Bundesgebiet nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1961/1973
(1961=100)



sätzlichen Unterschiede, wie aus Schaubild 4 hervorgeht.

5.3 Erwerbstätige Hamburger und Erwerbspersonen in Hamburg

Auch die Lieferung von Daten über Hamburger Erwerbstätige und Erwerbspersonen kann zukünftig kurzfristig laufend erfolgen, sobald im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ die Erwerbstätigenzahlen für das zurückliegende Jahr erarbeitet sind. Die entsprechenden Pro-Kopf-Zahlen bieten einen verbindlichen Vergleichsmaßstab zum Bundesgebiet und den anderen Bundesländern.

Die Abnahme in der Zahl der erwerbstätigen Hamburger betrug von 1961 auf 1975 mehr als 100 000, in der Zahl der Erwerbspersonen durch die Zunahme der Arbeitslosen knapp 100 000. Beide Reihen sanken bis 1968 kontinuierlich ab, hatten bis 1970 einen Anstieg zu verzeichnen und sind seitdem wieder rückläufig.

Schaubild 5 zeigt die sehr unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Komponenten zur Erwerbstätigkeit in Hamburg.

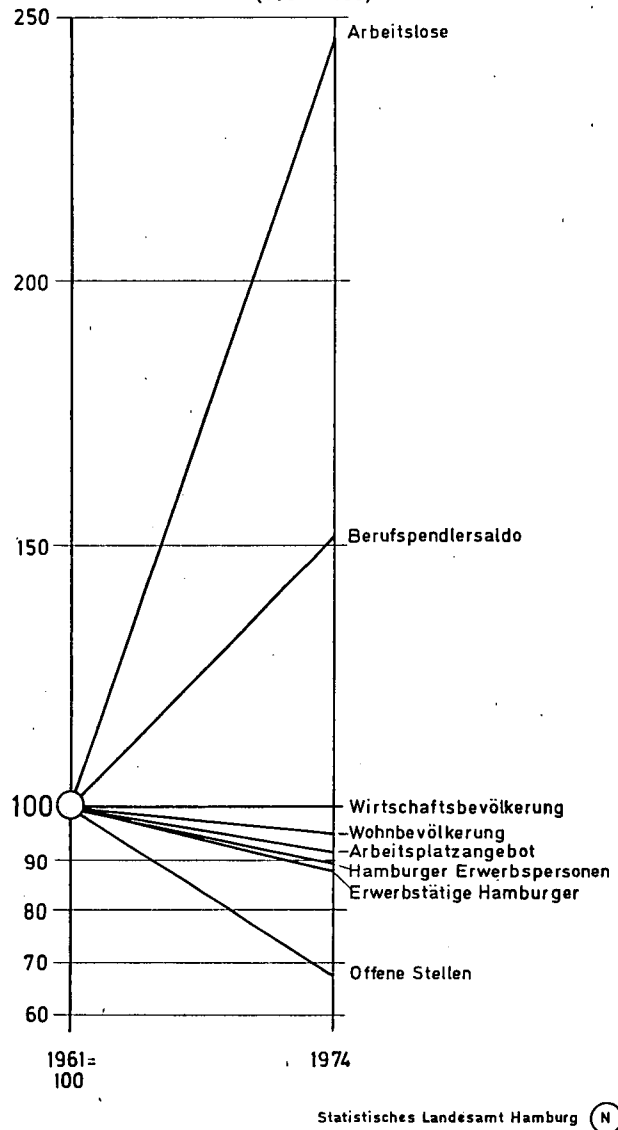
Relativ nahm die Zahl der erwerbstätigen Hamburger um 12 % ab, die der Hamburger Erwerbspersonen jedoch nur um 11 % infolge der gestiegenen Arbeitslosenzahl, die sich gegenüber 1961 fast auf das 2 1/2-fache erhöhte.

Die in Hamburg Erwerbstätigen verminderten sich lediglich um 6 %, und zwar durch die starke Zunahme des Berufspendlersaldos um rd. 52 %.

Eine abschließende Zusammenfassung bietet das Schaubild 6; aus ihm geht die rückläufige Tendenz in der Zahl der Hamburger Erwerbspersonen und die zunehmende Bedeutung des Berufspendlersaldos für Hamburg hervor. Die konjunkturellen Auswirkungen

Schaubild 5

Die Entwicklung verschiedener Größen der Erwerbstätigkeitsstatistik 1961/1974
(1961=100)



gen auf die Daten sind – insbesondere auch bei der Rezession 1967/68 – deutlich erkennbar. Bemerkenswert ist, daß das „Konjunktural“ in Hamburg im Gegensatz zum Bundesgebiet (1967) auf das Jahr 1968 fällt.

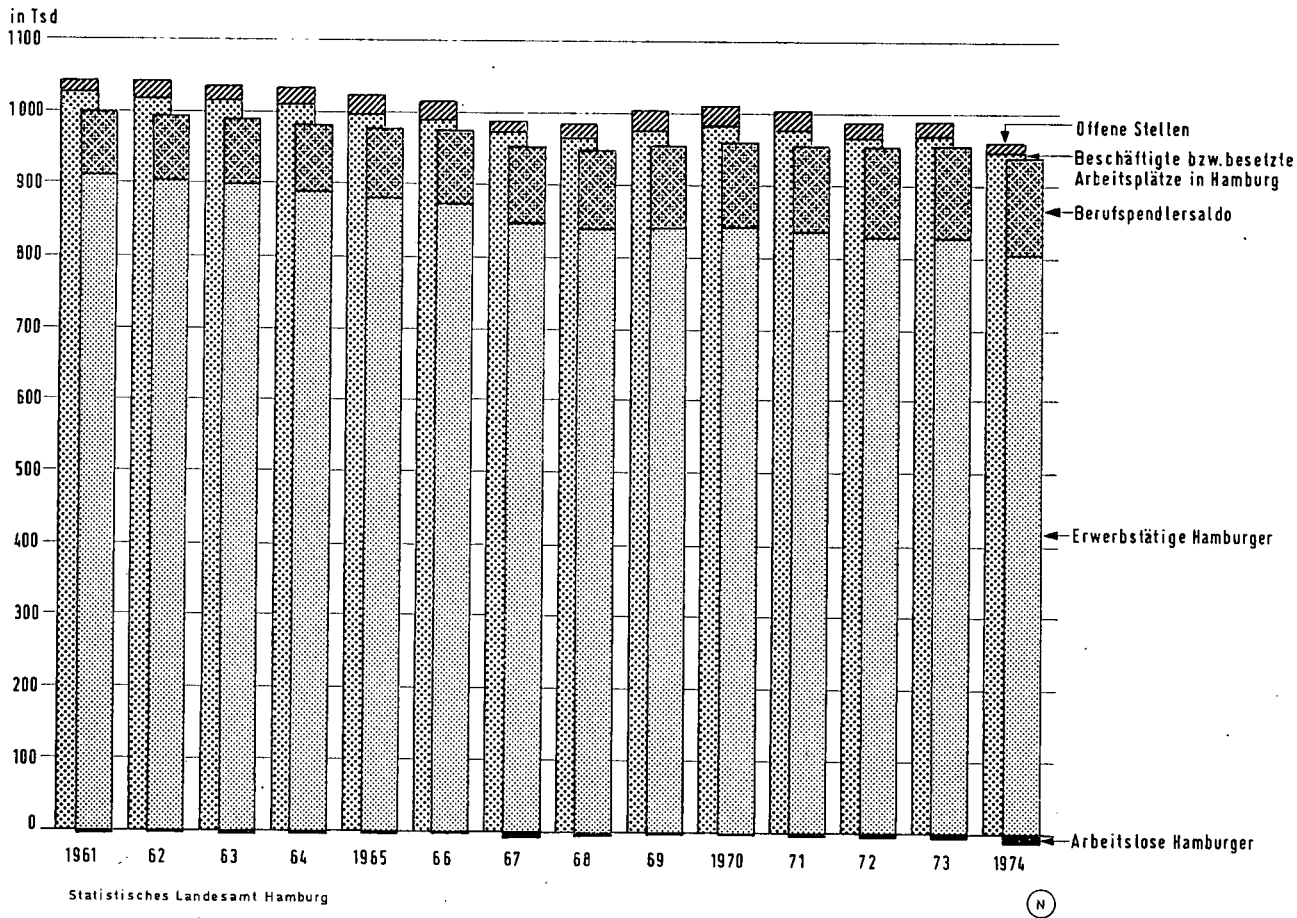
5.4 Berufspendlersaldo und Wirtschaftsbevölkerung

Die Ergebnisse der unter 4.3 dargestellten Berechnungen sind in Tabelle 2 enthalten und in den Schaubildern 5 und 6 dargestellt.

Die Werte passen sich in die bisherigen Vorstellungen gut ein. Es wurde auch untersucht, zu welchem Ergebnis die Methode bei einer Fortschreibung bis 1985 unter Berücksichtigung des in der 4. koordinierten Bevölkerungsprognose verwandten Ansatzes für den Wanderungsverlust ins Umland führt. Der dabei ermittelte Saldo von 156 000 liegt höher als die von der bürgerchaftlichen Enquete-Kommission angenommene Entwicklung. Da eine Prognose hier aber sehr

Schaubild 6

Beschäftigte bzw. besetzte Arbeitsplätze, offene Stellen in Hamburg, erwerbstätige und arbeitslose Hamburger und Berufspendlersaldo 1961 bis 1974



schwierig ist, dürfte die Methode geeignet sein, bis auf weiteres eine Fortschreibung des Saldos ohne allzu großen Fehler zu ermöglichen.

Die unter Berücksichtigung des Pendlersaldos ermit-

telte Wirtschaftsbevölkerung (vgl. 4.5) zeigt – bei einem Maximum in 1966 – trotz der Wanderungsverluste Hamburg seit 1961 einen mit Abweichungen von weniger als 2 % praktisch unveränderten Stand.

Erich Böhm

Urlaubsreisen der Hamburger Bevölkerung¹⁾

Ferien haben heißt heute für sehr viele Menschen Reisen unternehmen. Es genügt für die meisten Männer und Frauen nicht, nur von den Pflichten der täglichen Arbeit frei zu sein, man möchte sich darüber hinaus auch aus seiner gewohnten räumlichen Umgebung lösen. Insgesamt zwei von drei Einwohnern unserer Stadt – absolut sind dies weit über eine Million Hamburger – machen innerhalb eines Jahres eine oder mehrere Reisen, die mindestens fünf Tage dauern

(Geschäftsfahrten sind dabei nicht mitgezählt, einbezogen sind aber Reisen zu Kuraufenthalten). Besonders häufig verreisen Ehepaare mit schulpflichtigen Kindern: Annähernd 80 % der Haushalte mit Kindern im schulpflichtigen Alter verlassen Hamburg in der Ferienzeit. Diese Quote ist deutlich höher als bei den Ehepaaren ohne Kinder, von denen 68 % Urlaubsreisen unternehmen. Eltern mit einem oder zwei Kindern unter sechs Jahren verreisen weniger als die Ehepaare ohne Kinder; sind in einem Haushalt mehr als zwei kleine Kinder zu versorgen, so macht nur die Hälfte dieser Haushalte Ferienreisen. In der gleichen

¹⁾ Die in diesem Kurzbeitrag genannten Ergebnisse wurden im Rahmen der Repräsentativstatistik des Mikrozensus 1973 ermittelt.

Größenordnung liegt die Quote der Reisenden unter den alleinstehenden Hamburgern.

Am Touristenverkehr sind die verschiedenen sozialen Schichten nicht in dem Maße beteiligt, wie es ihren Anteilen an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde. Die meisten Personen, die einmal oder mehrfach pro Jahr verreisen, sind erwerbstätig; nur rund ein Fünftel der Reisenden übt keine Berufstätigkeit aus, während von der hamburgischen Gesamtbevölkerung über die Hälfte auf nichterwerbstätige Personen entfällt. Dieses Verhältnis zeigt, daß insbesondere unter den nichterwerbstätigen Einwohnern Hamburgs ein großer Teil keinerlei Reisen unternimmt.

Zielgebiete im Ausland wählt etwas mehr als die Hälfte aller Hamburger, die in die Ferien fahren. Über vier Fünftel der Auslandsurlauber reisen in europäische Staaten. Beliebtestes Reiseland ist mit Abstand Spanien, vor Griechenland, Österreich und der Schweiz. In diese vier Länder fahren zusammen 68 % aller Hamburger und Hamburgerinnen, die im Ausland Ferien machen. Nach Frankreich reisen 6 % der Auslandsurlauber. Italien und Jugoslawien sind mit Anteilen von nur jeweils 3 % offenbar kaum attraktiv.

Von den Einwohnern unserer Stadt, die innerhalb Deutschlands verreisen, verbringt mehr als die Hälfte ihre Ferien in den benachbarten Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen, ganz überwiegend an der Nord- und Ostsee und in der Lüneburger Heide. Es zieht die Hamburger aber nicht nur an die See, sondern auch in die Berge: Alpen, Schwarzwald, Harz, Bayerischer Wald und Eifel/Hunsrück sind die nächsthäufigsten inländischen Urlaubsziele der Hamburger.

Als durchschnittliche **Dauer der Reisen** errechnet sich eine Zeitspanne von rund 22 Tagen, die die Hamburger im Laufe eines Jahres unterwegs sind. Jeder zweite Urlauber ist im ganzen länger als drei Wochen verreist. 23 % aller Reisenden verleben sogar über vier Wochen an ihren auswärtigen Aufenthaltsorten. Andererseits kehren 18 % aller Reisenden bereits innerhalb von vierzehn Tagen oder noch rascher wieder nach Hamburg zurück. Kurze Reisen machen insbesondere Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Für mehr als vier Wochen sind dagegen auffallend häufig solche Hamburger verreist, die im Rentenalter stehen.

Die Vorstellung, daß der heutige Tourismus weitgehend durch organisiertes Reisen gekennzeichnet wird, ist nicht zutreffend. Nur 16 % der reisenden Hamburger buchen eine Gesellschaftsreise, 80 % aber unternehmen Urlaubsreisen auf eigene Faust, die nicht durch Reiseveranstalter organisiert werden. Bei Alleinstehenden und bei Ehepaaren ohne Kinder ist der Anteil der Urlauber, die mit einer Reisegesellschaft in die Ferien fahren, höher als im Gesamtdurchschnitt.

Der aus diesen Zahlen erkennbaren individuellen Durchführungsform der Reisen entspricht es, daß das

für die Urlaubsreisen benutzte **Verkehrsmittel** in fast jedem zweiten Fall das eigene Auto ist. Jeder vierte Hamburger Urlauber fährt mit der Eisenbahn, jeder neunte fliegt mit dem Flugzeug, jeder zwanzigste fährt mit dem Bus. Jedoch sind die Anteile der einzelnen Verkehrsmittel bei erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Ferienreisenden recht verschieden. Von den Erwerbstätigen benutzen 55 % für die Urlaubsreise den eigenen Wagen, bei den Nichterwerbstätigen — diese Gruppe setzt sich größtenteils aus den noch nicht im Beruf stehenden jüngeren und den nicht mehr berufstätigen älteren Personen zusammen — beläuft sich der Anteil der Autofahrer nur auf 21 %. Dagegen reisen 47 % der Nichterwerbstätigen, aber lediglich 21 % der Erwerbstätigen mit der Bahn. Für nur 4 % der Urlauber, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ist der Bus das Hauptverkehrsmittel ihrer Ferienreise, bei den Nichterwerbstätigen reisen 11 % mit dem Autobus. Das Flugzeug benutzen 12 % der berufstätigen und 8 % der nichtberufstätigen Urlauber.

Als **Unterkunftsart** am Ferienort bevorzugen 40 % der Urlauber aus Hamburg den Aufenthalt in Hotels oder Pensionen. Jeweils etwa 15 % wohnen gegen Bezahlung in Privatzimmern oder quartieren sich ohne Entgelt bei Verwandten und Freunden ein. Weitere 10 % campen (mit Zelt oder Wohnwagen), und ebensoviele mieten Ferienhäuser oder -appartements. 3 % verbringen ihren Urlaub im eigenen Ferienhaus. Personen, die zu einem Kuraufenthalt fahren — dies sind rund 4 % aller Reisenden — leben meist in Erholungsheimen und Sanatorien.

Auch im Hinblick auf die Art der Unterbringung sind für die einzelnen Bevölkerungsgruppen beträchtliche Unterschiede zu verzeichnen. Die in der Regel einkommensschwächeren nichterwerbstätigen Hamburgerinnen und Hamburger wohnen während ihres Ferienaufenthaltes häufiger umsonst bei Verwandten oder Bekannten und mieten weniger oft Ferienhäuser als die Personen, die einen Beruf ausüben. Unter den Reisenden, die selbständig tätig sind, verleben mit 9 % relativ viele ihren Urlaub im eigenen Ferienhaus oder -appartement. Von den Arbeitern werden über 20 % in ihrem Urlaub ohne Entgelt bei Verwandten oder Freunden aufgenommen; für 16 % der Arbeiter bildet das Zelt oder der Wohnwagen die Ferienunterkunft. Erheblich unter dem Durchschnitt liegt dagegen bei den Arbeitern der Anteil der Ferienreisenden, die Hotels und Pensionen als Urlaubsdomizil wählen (31 %).

Für nur wenige Urlauber ist die Ferienreise ein billiges Vergnügen. Lediglich 8 % der Hamburger Ferienreisenden haben **Gesamtreisekosten** von weniger als 500 DM. Zwischen 500 und 1000 DM geben 14 % für ihre Reisen aus. 1000 bis 2000 DM lassen sich 39 % der Hamburger Reisenden ihren Urlaub kosten, und fast ebenso vielen Touristen sind ihre Urlaubsreisen insgesamt über 2000 DM wert — deutlich mehr als der durchschnittliche Monatsverdienst eines Industriefacharbeiters.

Bu.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1975	Mai 1975	Juni 1975	Juni 1974
		1973	1974				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	762,3	760,2	760,8	763,2	764,1	760,2
Lufttemperatur	°C	9,5	10,0	7,3	11,9	16,0	15,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	74	68	61	71
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5	6	4	5	4	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	701	68	79	70	16	81
Sonnenscheindauer	Std.	1 660	126,3	125	244	283	230
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	79	7,9	6	1	—	1
Tage mit Niederschlägen	"	240	18,8	23	20	9	18
				Januar 1975	Februar 1975	März 1975	März 1974
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	245,0	242,4	239,5	238,9	238,3	243,8
" Altona	"	252,9	250,5	248,6	248,3	248,1	251,5
" Eimsbüttel	"	251,3	249,7	248,7	248,4	248,4	250,2
" Hamburg-Nord	"	335,7	328,3	324,2	323,7	323,3	330,0
" Wandsbek	"	378,0	380,5	383,0	383,4	383,2	378,5
" Bergedorf	"	93,7	92,8	92,2	92,2	92,1	93,0
" Harburg	"	201,8	198,9	197,2	196,9	196,6	199,7
Hamburg insgesamt	"	1 758,4	1 743,1	1 733,4	1 731,8	1 730,0	1 747,7
dav. männlich	"	815,0	809,4	804,7	803,7	802,8	811,5
dav. weiblich	"	943,4	933,7	928,7	928,1	927,2	936,2
dar. Ausländer ⁷⁾	"	122,7	131,2	130,1	130,1	128,0	130,9
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	930	867,2	702	687	958	959
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,3	6,0	4,8	5,2	6,5	6,5
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 139	1 127,9	1 134	1 067	1 160	1 205
dar. unehelich	"	105	104,8	117	104	116	118
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	7,8	7,8	7,7	8,0	7,9	8,1
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	7,8	7,8	7,7	8,0	7,9	8,1
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	9,3	9,4	10,3	9,8	10,0	9,8
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 156	2 107,6	1 849	2 416	2 479	2 264
dar. im ersten Lebensjahr	"	27	21,4	11	22	24	28
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	14,7	14,5	12,6	18,2	16,9	15,2
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,7	14,5	12,6	18,2	16,9	15,2
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	23,6	19,0	9,8	20,6	21,4	23,7
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	- 1 017	979,7	- 715	- 1 349	- 1 319	- 1 059
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 6,9	6,7	- 4,9	- 10,2	- 9,0	- 7,1
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 337	5 747	6 453	5 401	5 493	5 183
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 536	6 252	6 161	5 625	5 979	6 291
Fortgezogene Personen	"	- 199	- 505	+ 292	- 224	- 486	- 1 108
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	+ 83	- 260	+ 156	- 292	- 278	- 501
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 282	- 245	+ 136	+ 68	- 208	- 607
dav. männlich	"	-	-	-	-	-	-
weiblich	"	-	-	-	-	-	-
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 455	14 080	16 188	16 791	12 935	13 305
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 669	1 710	1 973	1 576	1 755	1 740
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 110	1 154	1 412	1 114	1 214	1 140
Niedersachsen	"	1 000	1 034	1 126	1 076	1 022	1 001
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	379	405	446	478	396	406
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 468	1 374	1 362	1 204	1 221	1 213
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	2 202	1 629	1 992	1 545	1 495	1 229
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 534	2 297	2 306	1 941	2 056	2 424
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 810	1 799	1 874	1 519	1 639	1 886
Niedersachsen	"	1 618	1 363	1 429	1 151	1 250	1 310
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	908	754	819	634	688	785
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 618	1 308	1 192	1 012	1 164	1 315
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	768	1 284	1 234	1 521	1 509	1 242

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: Ende Dezember 1974. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1975	Mai 1975	Juni 1975	Juni 1974
		1973	1974				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾	Anzahl	16 740	16 608	16 432	16 412	16 383	16 607
Betten ²⁾	"	13 110	13 023	13 203	12 292	12 349	12 761
Patienten ³⁾	"	406 670	403 631	396 579	392 224	378 344	393 110
Pflegetage	%	83,3	82,7	83,0	79,6	79,6	81,5
Bettenausnutzung	"						
b) Krankenhäuser für Psychiatrie	Anzahl	3 030	3 064	3 085	3 085	3 064	3 061
Betten ²⁾	"	2 893	2 883	2 879	2 829	2 838	2 889
Patienten ³⁾	"	82 499	81 692	81 261	83 493	80 282	80 876
Pflegetage	%	92,8	91,8	92,7	92,1	91,9	91,5
Bettenausnutzung	"						
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	842 743	722 586	694 749	835 687	1 482 373	1 077 235
dar. in Hallenschwimmbädern	"	467 580	482 344	663 666	485 739	404 483	341 614
in Freibädern	"	339 706	207 633	—	322 023	1 053 327	706 671
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	527 563	581 757	676 419	616 400	580 339	529 995
Ausgeliehene Noten	"	7 021	7 127	9 908	8 863	7 287	4 848
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	37 938	41 647	36 870	45 352	43 126	44 965
Besucher der Lesesäle	"	9 448	10 424	11 674	11 475	10 616	9 942
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —	"						
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 446	3 700	5 049	4 142	3 616	2 864
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	2 555	2 525	3 144	3 043	2 820	2 017
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 500	1 363	1 523	1 347	1 208	1 094
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	68 258	92 556	101 169	83 295	85 060	77 701
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 302	27 115	15 011	8 634	7 750	9 740
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-	"						
deutsches Landesmuseum	"	12 530	13 462	15 393	10 313	10 457	10 841
Hamburgisches Museum für	"						
Völkerkunde	"	6 177	7 129	8 564	6 166	7 292	7 149
Helms-Museum	"	13 421	16 439	17 878	34 401	37 163	29 248
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	12 094	14 916	16 246	33 631	36 136	27 446
Museum für Hamburgische Geschichte	"	11 447	13 733	17 220	17 465	16 756	10 769
Museum für Kunst und Gewerbe	"	6 383	7 057	5 336	4 371	3 996	3 640
Planetarium	"	5 998	5 758	4 464	—	—	4 688
Bischofsturm	"		1 863	1 057	1 945	1 646	1 626
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	681,5	682,7	677,4	677,1	676,7	681,4
dav. Pflichtmitglieder	"	399,1	396,6	389,4	389,1	388,4	395,5
Freiwillige Mitglieder	"	46,3	45,8	45,2	44,9	44,8	46,0
Rentner	"	236,1	240,3	242,8	243,1	243,5	239,9
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	27,3	26,7	26,1	24,8	25,2
dav. männlich	"	19,6	18,5	18,1	17,5	16,7	17,0
weiblich	"	9,1	8,8	8,6	8,6	8,1	8,2
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	5 542	12 121	28 021	25 742	24 490	9 107
dav. männlich	"	2 959	7 231	18 159	16 630	15 709	5 215
weiblich	"	2 583	4 890	9 862	9 112	8 781	3 892
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"		4 369	11 185	10 083	9 010	2 778
Technische Berufe	"		889	1 680	1 596	1 574	728
Dienstleistungsberufe	"		6 827	13 826	12 890	12 754	5 201
2. Offene Stellen	"	18 838	13 315	11 660	12 335	12 368	16 376
3. Arbeitsuchende ¹⁾	"	12 519	19 727	36 317	34 223	33 212	14 475
4. Vermittlungen ¹⁾	"	11 269	10 306	7 941	8 235	8 969	9 761
dar. Kurzfristige Vermittlung	"						
bis zu 7 Tagen	"	5 765	5 381	2 846	3 676	3 524	5 358
5. Kurzarbeiter	"	284	2 289	7 867	9 293	6 716	157
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	1 444	1 407	1 597	1 660	1 468	1 675
dav. an Molkereien geliefert	%	92,2	92,5	94,7	96,7	96,4	96,8
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	11,3	13,2	13,3	12,2	13,6

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1975	Mai 1975	Juni 1975	Juni 1974
		1973	1974				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch, pasteurisiert, lose	t	1 549	1 215	1 053	1 028	1 045	1 234
pasteurisiert, abgepackt	"	7 595	6 770	7 000	6 503	6 604	6 595
ultra-hocherhitzt	"	1 046	1 280	1 635	1 658	1 133	1 228
Teilenträhmte Milch, pasteurisiert, abgepackt	"	136	141	137	123	120	143
ultra-hocherhitzt	"	316	1 389	2 127	2 174	2 053	997
Enträhmte Milch	"	620	65	508	674	594	51
Buttermilcherzeugnisse	"		433	509	656	898	624
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"		159	244	233	322	203
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,2	8,3	6,9	5,4	4,7	6,7
Kälber	"	1,1	1,1	0,9	1,1	0,7	1,0
Schweine	"	29,7	28,3	27,1	24,1	26,1	25,4
Schafe	"	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,2	7,5	6,2	5,0	3,8	5,9
Kälber	"	1,0	1,1	0,8	1,1	0,7	1,0
Schweine ¹⁾	"	30,3	28,6	27,4	23,9	25,0	25,6
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	4 744	4 831	4 194	3 543	3 315	4 096
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 678	1 997	1 665	1 356	1 020	1 604
Kälber	"	80	88	68	75	54	71
Schweine	"	2 960	2 727	2 445	2 098	2 229	2 402
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 367	1 329	1 284	1 045	1 281	1 331
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	194	187	178	178	178	188
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	119	114	107	107	106	115
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	18 319	17 100	16 872	15 590	15 117	16 057	16 057
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	199	213	207	215	216	209
Gehälter (Bruttosumme)	"	170	191	194	200	216	190
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	4	5	4	4	4	5
Gasverbrauch ohne Erdgas ⁷⁾	1 000 cbm	2 661	1 329	1 304	1 113	944	1 244
Erdgasverbrauch ⁷⁾	1 000 cbm	63 213	35 277	34 291	26 801	31 004	32 860
Heizölverbrauch	1 000 t	58	52	52	41	39	43
Stromverbrauch	Mio kWh	187	257	269	248	261	253
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	13	12	14	10	10	10
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 917	2 245	2 117	2 148	2 117	2 161
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	315	412	338	450	371	391
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 917	2 245	2 117	2 148	2 117	2 161
dar. Mineralölverarbeitung	"	333	479	426	436	440	461
Chemische Industrie	"	168	188	185	175	194	185
Elektroindustrie	"	239	270	246	258	260	270
Maschinenbau	"	150	154	155	140	160	157
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	13	13	13	13	14	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	596	651	768	679	585	629
Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio cbm	58	26	28	29	15	36
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾				3. Vj. 1974	4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	1. Vj. 1974
		1973	1974				
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	94,1	87,4	87,6	83,3	82,3	90,1
Umsatz	Vj.-φ 1970 = 100	123,3	122,6	118,1	151,6	103,9	100,0
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	43 660	36 744	30 685	31 421	31 378	37 210
dar. Inhaber	"	1 238	1 189	1 147	1 169	1 198	1 198
Angestellte	"	6 218	5 860	5 359	5 359	5 294	5 923
Arbeiter ¹²⁾	"	36 204	29 694	24 179	24 893	24 886	30 089
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 711	4 791	4 160	3 874	3 828	5 171
dav. für Wohnungsbauten	"	1 738	1 335	1 070	1 028	978	1 372
gewerbl. und Industr. Bauten	"	2 034	1 624	1 381	1 411	1 351	2 008
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 939	1 832	1 709	1 435	1 499	1 791
Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	80,6	74,3	60,3	64,5	64,1	75,6
Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	"	15,6	15,9	14,6	14,7	15,5	16,3
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,6	229,9	144,8	191,0	160,3	192,6
dav. im Wohnungsbau	"	66,4	61,7	35,6	66,1	42,0	51,8
gewerbl. und Industr. Bau	"	81,8	70,5	50,6	70,6	51,6	62,5
öffentlichen und Verkehrsbau	"	81,4	97,7	58,6	54,2	66,8	78,3

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1975	Mai 1975	Juni 1975	Juni 1974
		1973	1974				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	164	106	84	131	113	55
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	61	46	61	63	35
Umbauter Raum	1 000 cbm	416	300	179	281	228	132
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	85,8	63,9	42,8	60,6	51,3	28,9
Wohnfläche	1 000 qm	87	62	40	62	49	30
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	65	51	30	36	40	31
Umbauter Raum	1 000 cbm	493	384	133	221	244	241
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	71,5	77,6	15,7	32,3	24,6	40,3
Nutzfläche	1 000 qm	89	73	26	54	40	37
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 199	837	479	769	607	394
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	171	132	57	75	58	68
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	88	66	36	41	29	42
Umbauter Raum	1 000 cbm	189	394	160	297	140	219
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	80,7	75,5	39,2	64,1	27,2	39,0
Wohnfläche	1 000 qm	91	78	35,6	63	30	42
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	69	53	21	40	26	30
Umbauter Raum	1 000 cbm	638	619	160	269	129	209
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,9	104,5	24,0	25,0	26,5	33,5
Nutzfläche	1 000 qm	101	97	33,7	45	26	40
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 244	1 079	449	799	405	654
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	565	475	313	551	252	317
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	18 000	14 085	13 800	13 800	14 000	18 900
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	188	190	190	190	190	189
Wohnungen	"	738	750	752	752	753	741
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 755	2 800	2 807	2 810	2 811	2 768
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	120,2	127,1	139,9	133,1	120,7	107,7
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	132,3	145,5	159,4	145,8	126,9	117,7
Facheinzelhandel	"	118,7	121,7	133,8	130,2	120,0	109,8
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{3) 4)}							
Mio DM		420	581	435	443	...	451
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	55	89	69	84	...	48
Gewerblichen Wirtschaft	"	365	492	366	359	...	403
dav. Rohstoffe	"	3	4	4	3	...	4
Halbwaren	"	83	132	85	70	...	125
Fertigwaren	"	279	356	277	286	...	274
dav. Vorerzeugnisse	"	29	64	40	43	...	46
Enderzeugnisse	"	250	292	237	243	...	228
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	311	404	328	336	...	338
dar. EG-Länder	"	199	245	211	185	...	206
EFTA-Länder	"	57	77	63	62	...	76
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	125,5	132,4	137,5	142,9	139,3	133,1
dav. Beherbergungsgewerbe	"	133,6	131,5	138,1	141,9	135,7	138,5
Gaststättengewerbe	"	123,2	132,7	137,9	143,2	140,4	131,5
4. Fremdenverkehr ⁵⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 405	115 568	105 319	127 241	...	129 542
dar. von Auslandsgästen	"	39 554	35 824	33 144	41 376	...	42 102
Fremdenübernachtungen	"	224 878	224 878	203 288	247 635	...	233 024
dar. von Auslandsgästen	"	73 856	73 855	61 962	76 104	...	77 042

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1975	Mai 1975	Juni 1975	Juni 1974
		1973	1974				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 612	1 489	1 590 s	1 650 s	1 682 s	1 518
Angekommene Schiffe	"	1 571	1 559	1 708 s	1 682 s	1 660 s	1 604
Abgegangene Schiffe	"	4 154	4 362	3 718 p	4 064 p	3 637 p	4 281
Güterverkehr über See	1 000 t	3 096	3 644	2 584 p	2 931 p	2 639 p	3 100
dav. Empfang	"	2 446	2 411	1 949 p	2 357 p	2 085 p	2 423
dav. Massengut	"	1 416	1 348	1 004 p	1 045 p	1 147 p	1 281
dar. Mineralöle	"	650	633	635 p	574 p	554 p	677
Sack- und Stückgut	"	1 058	1 318	1 134 p	1 133 p	998 p	1 181
Versand	"	472	606	519 p	617 p	438 p	530
dav. Massengut	"	586	712	615 p	516 p	560 p	651
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	382	419	368 r	358 r	350 s	419
Güterversand	"	400	463	477 r	484 r	480 s	503
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 165	5 459	5 174 p	5 658 p	5 831 p	6 076
Fluggäste	"	258 767	283 005	277 377 p	306 283 p	348 901 p	318 654
Fracht	1 000 t	2 013,6	2 111,6	2 308,5 p	2 016,5 p	1 852,5 p	1 941,1
Luftpost	"	722,7	728,8	745,9 p	658,2 p	635,0 p	666,9
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	27 546	27 577	29 016	26 691	25 474	24 390 r
Schnell- und Vorortbahnen	"	3 587	2 932	2 764	2 538	2 435	2 472
Straßenbahn	"	18 621	19 681	20 605	19 974	18 344	17 771 r
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	488,7	505,5	521,2	526,4	530,6	501,1
dar. Personenkraftwagen ³⁾ ⁴⁾	"	438,5	454,1	468,2	472,9	476,7	448,9
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 419	4 453	7 293	6 525	...	4 886
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 907	3 968	6 795	6 067	...	4 366
Lastkraftwagen	"	379	348	258	274	...	378
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	986	881	879 p	932 p	867 p	871
Getötete Personen	"	24	23	22 p	25 p	16 p	14
Verletzte Personen	"	1 308	1 145	1 166 p	1 193 p	1 119 p	1 169
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	38 431,4	41 863,3	43 647,6	43 781,8	44 256,2	41 975,4
Kredite an Nichtbanken	"	10 470,1	11 436,7	11 327,1	11 274,1	11 589,0	11 704,2
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	10 357,1	11 234,7	11 098,3	11 061,7	11 392,3	11 474,2
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 851,0	6 254,1	6 193,6	6 218,2	6 195,4	6 233,6
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	"	5 393,1	5 595,4	5 350,9	5 339,1	5 284,0	5 634,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	22 110,3	24 172,5	26 126,9	26 289,5	26 471,8	24 037,6
Langfristige Kredite ⁷⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	20 084,9	21 763,1	23 241,9	23 392,5	23 508,1	21 664,2
dar. Durchlaufende Kredite	"	809,6	678,8	616,8	616,3	604,7	729,6
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	27 194,1	29 736,6	30 931,2	31 022,4	31 285,6	29 869,6
dav. Sicht- und Termingelder	"	17 617,9	19 634,8	19 465,0	19 333,4	19 545,7	19 886,1
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	12 981,1	14 376,3	14 186,2	13 939,6	14 333,1	14 662,1
Spareinlagen	"	9 578,2	10 101,8	11 466,2	11 689,0	11 739,9	9 983,5
dar. bei Sparkassen	"	6 283,6	6 644,1	7 452,4	7 563,5	7 574,6	6 582,6
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	531,5	579,2	898,1	762,1	687,4	470,9
Lastschriften auf Sparkonten	"	542,7	564,7	657,3	541,5	638,3	472,6
Zinsgutschriften	"	46,6	54,9	2,7	2,2	1,8	2,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	18	21	27	17	24	21
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	2 988	3 217	2 854	2 445	2 188	2 938

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1975	Mai 1975	Juni 1975	Juni 1974
		1973	1974				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	24 650	21 169	21 935	16 699	19 332	17 687
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 449	3 536	3 911	3 426	3 546	3 037
Hatfbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 533	1 459	1 549	1 579	1 919	1 402
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	492	512	646	787	456	428
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	159	158	158	159	160
Grundkapital	Mio DM	5 913	6 415	6 684	6 685	6 941	6 334
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 086	6 557	6 972	7 041	7 072	6 520
Stammkapital	Mio DM	5 351	5 838	6 102	6 121	6 141	5 845
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1000 DM		814 395	922 786	720 155	815 597	1 170 181	1 338 980
dav. Steuern vom Einkommen	"	478 819	573 982	364 072	386 505	818 858	876 559
dav. Lohnsteuer	"	300 925	349 961	284 144	335 530	350 012	340 607
Veranlagte Einkommensteuer	"	100 573	104 413	70 675	12 678	237 371	217 558
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	24 266	60 074	43 026	14 177	95 350	174 528
Körperschaftsteuer	"	53 055	59 535	33 772	24 120	136 126	143 866
Steuern vom Umsatz	"	335 576	348 803	356 083	429 032	351 323	462 420
dav. Umsatzsteuer	"	206 293	165 728	168 697	221 192	169 694	251 111
Einfuhrumsatzsteuer	"	129 313	183 075	187 387	207 900	181 629	211 309
2.* Bundessteuern							
1000 DM		865 424	884 833	925 941	960 854	900 560	912 957
dar. Zölle	"	56 426	59 987	62 893	58 998	54 595	59 951
Verbrauchssteuern	"	782 783	795 961	844 484	883 547	825 426	815 945
dar. Mineralölsteuer	"	665 657	646 689	611 881	703 328	731 877	704 878
3.* Landessteuern							
1000 DM		42 954	45 053	33 379	69 801	28 635	20 553
dar. Vermögensteuer	"	16 971	19 055	3 569	48 459	5 459	3 479
Kraftfahrzeugsteuer	"	12 314	12 617	15 453	11 220	13 157	8 482
Biersteuer	"	3 136	3 041	2 611	2 918	3 086	3 533
4.* Gemeindesteuern							
1000 DM		94 475	103 609	71 463	195 528	36 986	29 276
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	70 343	76 891	21 039	170 112	29 778	22 667
Grundsteuer A	"	90	62	12	43	9	14
Grundsteuer B	"	9 402	10 759	2 512	24 328	5 725	5 568
5.* Einnahmen des Bundes							
1000 DM		1 308 304	1 375 912	1 303 922	1 437 677	1 486 704	1 604 608
6.* Einnahmen des Landes							
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1000 DM	269 532	317 394	98 138	289 164	512 248	492 393
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾	"	176 408	212 972	52 323	168 878	368 312	387 508
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	37 385	44 758	12 437	8 588	115 301	84 332
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	12 785	14 611	—	41 897	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁴⁾	"	68 905	74 388	71 463	111 733	36 986	29 276
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ⁵⁾	"	47 805	53 027	19 412	48 749	82 234	78 143
Einnahmen des Landes insgesamt	"	386 242	444 809	189 013	449 646	631 468	599 812
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio DM		1 762,5	2 026,7	2 064,6	2 202,0	2 305,8	1 937,4
dar. Personalausgaben	"	795,7	912,7	834,4	1 003,9	979,5	917,6
Bauinvestitionen	"	185,1	202,7	208,9	289,3	126,7	125,9
dar. für Schulen	"	54,8	59,2	53,8	81,5	32,3	39,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	23,1	29,0	29,2	33,6	18,3	23,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,5	9,5	7,9	15,1	10,6	5,1
Straßen	"	20,2	26,5	26,9	50,5	15,9	11,5
Wasserstraßen und Häfen	"	21,1	20,4	30,2	22,5	15,0	11,7
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	155,0	170,7	183,7	153,2	187,8	190,1
Zuführung an Rücklagen	"	8,6	1,3	—	5,0	0,0	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
"		1 802,7	2 062,7	1 950,1	2 366,0	2 025,3	1 909,0
dar. Steuern	"	1 158,7	1 334,4	1 200,0	1 508,8	1 183,4	1 323,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	57,7	54,4	37,7	76,3	37,0	41,4
Gebühren, Beiträge usw.	"	192,2	241,4	267,7	235,3	279,6	233,9
Entnahme aus Rücklagen	"	12,5	22,1	18,5	31,5	0,4	37,2
Schuldenaufnahme	"	207,8	232,2	254,0	270,0	307,6	140,8
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁶⁾							
"		5 144,3 r	6 016,7	5 446,7	6 016,7 r	6 215,4	5 172,4
dar. am Kreditmarkt	"	3 773,7 r	4 670,8	4 164,2 r	4 670,8 r	4 893,2 r	3 871,5 r
bei Gebietskörperschaften	"	711,7 r	716,3	695,0	716,3 r	707,1	702,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Zerlegung. — ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁶⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Februar 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	199,0	219,6	225,5	226,7	231,3	221,4
dav. Einfamiliengebäude	"	200,0	221,7	228,0	229,8	234,7	223,4
Mehrfamiliengebäude	"	198,0	217,4	222,9	223,5	227,9	219,4
Gemischt genutzte Gebäude	"	197,6	217,8	223,7	224,7	229,3	219,2
Bürogebäude	"	194,2	211,8	216,6	216,6	219,7	213,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	192,2	206,6	210,8	210,4	213,3	206,9
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	394	480	469	490	494	448
weibliche Arbeiter	"	245	303	290	311	313	280
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	8,80	11,01	10,69	11,29	11,33	10,15
weibliche Arbeiter	"	5,97	7,40	7,09	7,61	7,65	6,77
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	44,2	43,6	43,9	43,4	43,6	44,1
weibliche Arbeiter	"	41,0	40,9	40,9	40,9	40,9	41,3
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 805	2 451	2 398	2 479	2 531	2 209
weiblich	"	1 381	1 767	1 712	1 795	1 833	1 611
Technische Angestellte							
männlich	"	2 033	2 545	2 496	2 596	2 611	2 328
weiblich	"	1 374	1 709	1 666	1 747	1 757	1 570
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 775	2 217	2 185	2 228	2 278	2 036
weiblich	"	1 254	1 549	1 506	1 565	1 605	1 411
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 808	2 276	2 239	2 292	2 343	2 078
weiblich	"	1 286	1 594	1 548	1 613	1 652	1 451
Technische Angestellte							
männlich	"	2 024	2 489	2 443	2 537	2 554	2 276
weiblich	"	1 504	1 854	1 834	1 883	1 881	1 746
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 168	11 559	10 965	12 256	12 722	10 328
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	7	6	11	8	8	5
Körperverletzung	"	420	454	367	416	436	429
Raub, räuberische Erpressung	"	110	108	98	105	121	106
Diebstahl	"	7 132	7 332	6 817	7 356	7 872	6 611
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 506	3 794	3 389	3 656	4 165	3 501
Betrug und Untreue	"	1 200	1 294	1 388	1 844	1 677	1 100
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 447	1 676	1 784	1 637	1 474	1 381
Verkehrsordnungswidrigkeiten ³⁾	"	9 871	9 863	6 531	5 553	5 424	8 331
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	532	438	560	586	487	346
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁴⁾	"	29 591	30 518	31 799	31 304	29 644	25 651
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	13 970	14 558	14 959	14 927	...	13 803
dav. Feueralarme	"	475	494	511	466	...	409
dar. bekämpfte Großbrände	"	14	15	12	11	...	6
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	107	117	130	121	...	77
Rettungswageneinsätze	"	12 616	13 166	13 645	13 509	...	12 421
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 832	2 875	2 550	...	2 376
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 801	1 763	1 680	1 867	...	1 839
Hilfeeinsätze aller Art	"	879	898	803	952	...	973
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	110	129	141	190	...	132

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1974

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie *)			
	Wohnbevölkerung 1)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose 1)	Offene Stellen 1)	Beschäftigte 1)	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz 1)	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 2 024 3. Vj. 2 028	4 356 4 907	10 074 8 970	- 5 718 - 4 063	19 296 22 205	18 056 22 253	- 4 478 - 4 111	28 170 14 618	7 732 11 549	214 950 224 294	106 111	6 343 6 220	3 134 3 067
Hamburg	4. Vj. 1 734 3. Vj. 1 739	3 097 3 507	6 881 5 809	- 3 784 - 2 302	16 805 19 082	18 623 19 783	- 5 602 - 3 003	21 983 11 205	9 136 12 359	181 136 186 233	104 107	7 243 6 555	4 177 3 769
München	4. Vj. 1 322 p 3. Vj. 1 319	2 420 2 649	3 260 3 058	- 840 - 409	24 193 22 872	21 158 23 070	- 2 195 - 607	20 775 12 065	4 892 8 674	182 623 187 638	138 p 142	5 583 5 330	4 223 p 4 041
Köln	4. Vj. 828 3. Vj. 828	1 882 2 014	2 591 2 247	- 709 - 233	13 532 13 228	13 470 13 619	- 647 - 624	13 559 9 210	3 975 5 932	125 142 127 632	151 154	3 803 3 629	4 593 4 383
Essen	4. Vj. 669 3. Vj. 671	1 338 1 410	2 477 2 066	- 1 139 - 656	5 269 5 596	5 798 6 877	- 1 668 - 1 937	10 783 7 528	2 432 3 245	58 017 59 454	87 89	1 407 1 376	2 103 2 051
Düsseldorf	4. Vj. 618 3. Vj. 618	1 156 1 289	2 033 1 952	- 877 - 663	9 042 9 014	8 680 12 871	- 515 - 4 520	9 000 6 062	3 672 4 607	106 209 p 107 971 p	172 p 175 p	3 102 p 2 886	5 019 p 4 670
Frankfurt/M.	4. Vj. 660 3. Vj. 663	1 300 1 405	2 110 1 940	- 810 - 535	12 472 13 713	14 306 15 362	- 2 644 - 2 184	13 175 7 580	7 829 9 202	119 926 122 012	182 184	3 504 3 508	5 309 5 291
Dortmund	4. Vj. 630 3. Vj. 631	1 174 1 291	2 021 1 972	- 847 - 681	5 679 5 905	5 364 7 188	- 532 - 1 964	9 979 7 396	2 418 3 837	73 426 74 729	117 118	1 808 1 747	2 870 2 769
Stuttgart	4. Vj. 612 3. Vj. 615	1 298 1 367	1 691 1 469	- 393 - 102	11 689 14 408	13 623 17 927	- 2 327 - 3 621	4 869 2 878	4 409 6 846	135 428 139 435	221 227	4 631 4 676	7 567 7 603
Bremen	4. Vj. 579 3. Vj. 581	1 194 1 312	1 903 1 685	- 709 - 373	6 508 7 603	7 735 7 826	- 1 936 - 596	8 492 5 526	2 941 4 527	83 487 85 294	144 147	2 929 3 044	5 059 5 239
Hannover	4. Vj. 569 3. Vj. 510	1 147 948	1 696 1 768	- 549 - 820	9 582 9 734	9 702 9 936	- 669 - 1 022	12 811 8 178	3 548 5 150	92 784 97 117	163 190	2 442 2 141	4 292 4 198

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr 1)			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz 1)	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer 1)	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 14 040 3. Vj. 14 718	891 593	440 292	423 431	3 055 2 732	980 543	8 070 4 572	670 652	232 249	115 123	637 693	3 679 3 182	4 632 4 041	201 388 117 919	95 675 72 372
Hamburg	4. Vj. 13 033 3. Vj. 12 268	847 611	488 351	354 364	3 119 2 481	797 348	6 220 3 485	4 216 1 917	305 411	176 236	582 742	3 081 2 563	4 073 3 364	149 275 182 088	202 780 150 238
München	4. Vj. 14 977 3. Vj. 16 583	748 731	566 p 554	158 288	1 023 1 705	325 386	2 107 3 612	977 975	484 602	366 p 456	1 012 1 216	2 028 1 926	2 739 2 644	141 554	125 733
Köln	4. Vj. 6 561 3. Vj. 6 780	338 318	408 384	74 164	645 1 905	301 109	3 808 1 577	2 630 1) 457	140 186	169 225	272 354	1 191 1 118	1 600 1 480	104 861 104 921	70 081 54 359
Essen	4. Vj. 5 970 3. Vj. 5 970	215	320	126 94	457 562	270 79	1 756 485	639 6	34 30	51 45	76 62	856 668	1 091 857	63 149 29 329	75 964 36 828
Düsseldorf	4. Vj. 7 029 p 3. Vj. 6 810 p	320 p 306 p	418 p 495 p	108 70	634 584	168 87	1 403 620	451	161 149	261 241	321 288	926 770	1 152 992	93 264 92 111	64 019 49 657
Frankfurt/M.	4. Vj. 8 823 3. Vj. 9 498	466 425	706 641	209 209	1 087 1 541	288 134	3 862 1 092	1 448 55	261 305	395 460	520 579	1 170 1 121	1 497 1 430	163 112 213 439	117 794 54 706
Dortmund	4. Vj. 5 102 3. Vj. 5 447	264 221	419 350	107 281	353 869	356 191	1 748 894	556 532	42 39	67 62	76 72	904 799	1 157 1 028	38 696 47 233	59 643 30 593
Stuttgart	4. Vj. 8 562 3. Vj. 9 736	497 390	812 634	72 83	522 413	276 150	2 199 838	1 084 498	108 106	176 172	243 240	748 p 751	1 067 p 998	58 900 69 392	122 677 57 977
Bremen	4. Vj. 6 783 3. Vj. 5 540	375 249	648 429	264 284	1 125 1 012	419 158	1 831 700	1 949 286	68 86	117 148	138 160	1 006 876	1 236 1 036	101 389 90 017	51 570 40 899
Hannover	4. Vj. 5 264 3. Vj. 5 792	232 242	408 475	88 122	526 1 201	275 68	1 914 791	1 994 171	91 92	160 180	156 153	823 803	1 190 1 031	36 638 67 932	94 465 41 310

1) Jeweils Quartalsende. - 2) Betriebe mit l. a. 10 und mehr Beschäftigten. - 3) ohne Mehrwertsteuer. - 4) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - 5) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - 6) einschl. sonst. Baumaßnahmen.

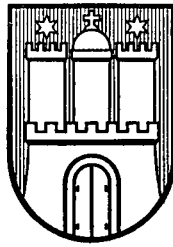
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1975	April 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 973,4 p	62 054,0	61 916,5 r			
Eheschließungen	auf 1 000	6,4 p	6,1	5,9			9,0
Lebendgeborene	Elnw. und	10,3 p	10,1	9,6			10,7
Gestorbene	1 Jahr	11,8 p	11,7	12,4			11,6
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 368	8 144	7 722	7 681	7 641	8 190
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	929	870	771	834	753	923
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	55 578	62 450	59 584	63 079	57 731	65 791
dar. Auslandsumsatz	"	11 936	15 097	14 120	14 864	13 630	15 947
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	178,7	111,5	108,9	104,2	109,4	117,2
Verarbeitende Industrie	"	182,3	110,6	107,2	102,5	108,9	116,9
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	212,2	116,0	102,2	101,6	103,9	123,9
Investitionsgüterindustrie	"	176,7	107,2	107,6	101,8	110,3	113,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	167,1	107,7	111,1	102,4	107,3	113,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	152,8	113,7	114,0	108,7	120,7	115,2
Bauindustrie	"	149,6	104,8	88,7	92,2	106,2	117,9
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 508,1	1 352	30 656	30 685	30 925	36 967
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	235,2	173	3 620	4 160	3 835	5 148
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	7 734	6 280	147 218	144 782	156 823	337 658
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	54 909	34 775	29 592	30 317	29 211	42 044
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	59 519	50 341	18 737	18 157	19 307	27 653
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	129,8	136,6	143,5 r	148,1	147,3 p	138,4
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	127,0	146,3	149,4	146,0	138,5	155,1
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 117	13 242	14 559
dav. Empfang	"	9 504	9 935	11 221
Versand	"	2 613	3 307	3 338
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	188 344	157 356	228 380	262 825	223 351	210 632
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 477	27 580	25 296 p	26 522 p	29 993 p	29 747
Getötete Personen	"	1 359	1 217	1 126 p	1 035 p	1 203 p	1 219
Verletzte Personen	"	40 687	37 255	35 204 p	35 507 p	41 180 p	39 794
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 105	5 997	3 996	4 121	4 952	5 284
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 204	2 233	5 210	579	94	282
Körperschaftsteuer	"	907	867	1 935	121	204	31
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	4 152	4 326	4 059	4 087	4 392	4 179
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	123,8	129,4	134,6	135,3	135,4	129,1
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	112,6	144,8	140,2	140,0	139,2	143,9
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	112,3	131,4	136,2	136,4	136,2	130,5
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	1962 = 100	187,1	200,8			207,0	202,2
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	118,2	126,3	131,9	132,9	133,7	125,8
Nahrungs- und Genußmittel	"	117,7	123,5	127,6	129,1	130,4	124,0
Wohnungsmieten	"	119,4	126,1	132,4	134,3	135,7	125,6
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	8,76	11,01	9,55	9,87	9,88	8,93
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,5	43,6	42,8	42,9	42,4	43,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattekreis.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

September-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Sozialhilfeaufwand um 26% gestiegen

Die Bruttoausgaben für Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz betragen 1974 in Hamburg 300 Mio DM. Dieser Betrag liegt um 62 Mio DM oder gut ein Viertel höher als im Vorjahr. Den Aufwendungen stehen Einnahmen in Höhe von 57 Mio DM gegenüber; damit ist ein Fünftel durch Einnahmen gedeckt. Mit 173,- DM je Einwohner haben die Bruttoausgaben des Sozialhilfeträgers ihren bisher höchsten Stand erreicht. Sie liegen um 37,- DM über dem entsprechenden Betrag des Vorjahres.

Von den Ausgaben entfielen ein Viertel auf Hilfe zum Lebensunterhalt und drei Viertel auf Hilfe in besonderen Lebenslagen wie Krankenhilfe (20%), Eingliederungshilfe für Behinderte (19%) und Hilfe zur Pflege (50%). Für Hilfen in Anstalten sind fast zwei Drittel der Gesamtausgaben aufgewendet worden.

Daneben wurden 1974 z. T. auf Grund landesrechtlicher Vorschriften weitere 7,3 Mio DM ausgezahlt, die zur Masse (5,9 Mio DM) in Form von Weihnachtsbeihilfen an Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und sonstige Minderbemittelte flossen. Als Krankenhilfe nach dem LAG wurden 1,3 Mio DM gewährt.

Jeder zehnte Haushalt erhält Wohngeld

Im September 1975 wurde an rd. 76 000 Haushalte Wohngeld gezahlt. D. h., etwa 10% aller Hamburger Wohnparteien erhalten Miet- bzw. Lastenzuschüsse nach dem Zweiten Wohngeldgesetz. Gegenüber dem vergangenen Jahr erhöhte sich die Zahl der Wohngeldempfänger um etwas über 2%. Von September 1973 auf 1974 hatte die entsprechende Steigerungsrate noch rd. 20% betragen.

Die monatlichen Zahlungen betragen im Durchschnitt aller Fälle DM 72,40. Bei knapp einem Viertel der Haushalte liegt das Wohngeld unter 40 DM. Nicht ganz die Hälfte der Wohngeldempfänger erhalten 40 bis 80 DM, rd. 14% 80 bis 100 DM. Bei immerhin 17% belaufen sich die Zuschüsse auf 100 DM und mehr im Monat. Der weitaus überwiegende Teil der Wohngeldbezieher sind Rentner und Pensionäre.

Mehr Übernachtungen von Japanern und Skandinaviera

Mit rd. 612 000 Gästen und 1,2 Mio Übernachtungen blieb der Hamburger Fremdenverkehr im 1. Halbjahr 1975 um 9% bzw. 6% unter den entsprechenden Werten des Vorjahres. Die bereits in den Vorjahren beobachtete rückläufige Entwicklung hat sich verstärkt fortgesetzt. Ausschlaggebend für die

Gesamtentwicklung war vor allem der schwache Inländer-Reiseverkehr (8% weniger Übernachtungen). Im Reiseverkehr aus dem Ausland waren wesentlich geringere Einbußen zu verzeichnen (-4%).

Unter den wenigen Ländern, aus denen mehr Besucher nach Hamburg kamen, tritt Japan hervor; die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich hier um 28%. Damit steht Japan an 4. Stelle unter den ausländischen Herkunftsländern. Bemerkenswert ist auch, daß der über längere Zeit rückläufige Tourismus aus den skandinavischen Ländern erstmals wieder zugenommen hat: Von Januar bis Juli wurden 1975 2% mehr Übernachtungen registriert als 1974.

Relativ günstige Umsatzentwicklung bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

Während der Umsatz der hamburgischen Industrie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt rückläufig war, konnte die Nahrungs- und Genußmittelindustrie noch einen geringen Zuwachs verzeichnen. Gegenüber dem 1. Halbjahr 1974 erhöhte sich ihr Umsatz um 2% auf rd. 3,4 Mrd DM. Das ist weit mehr als ein Viertel des Gesamtumsatzes der hamburgischen Industrie.

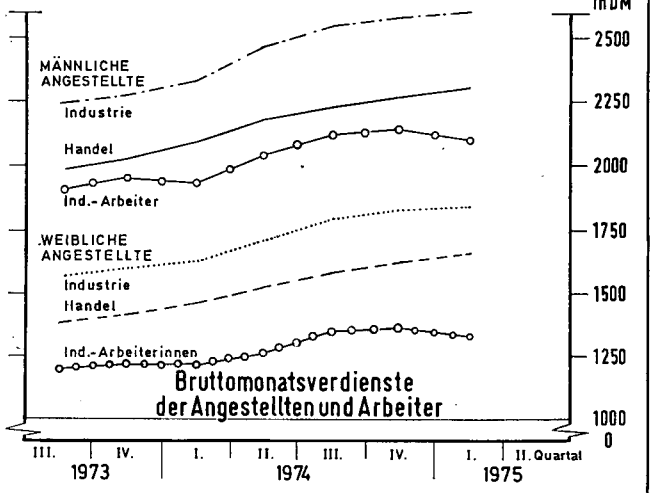
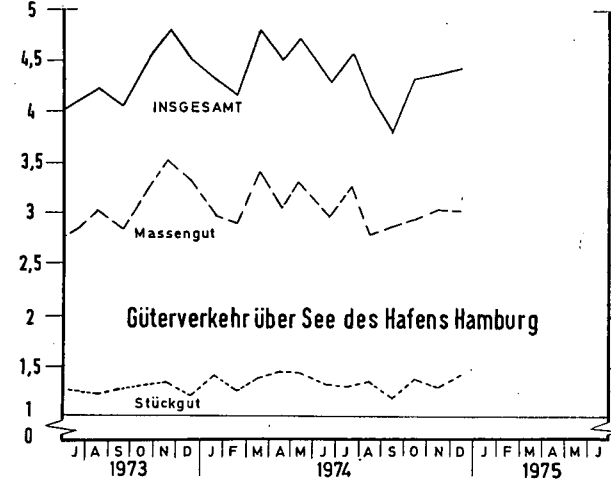
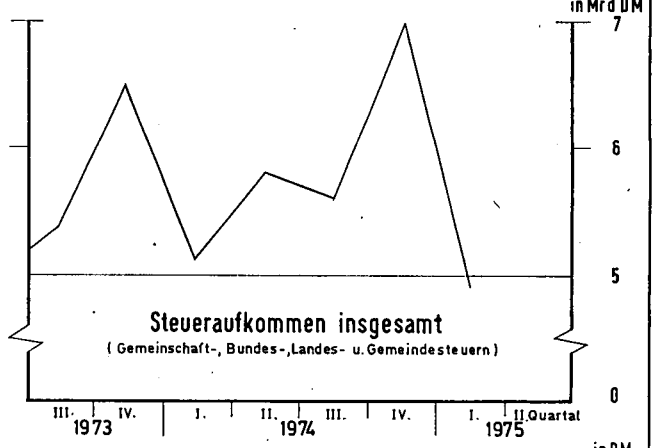
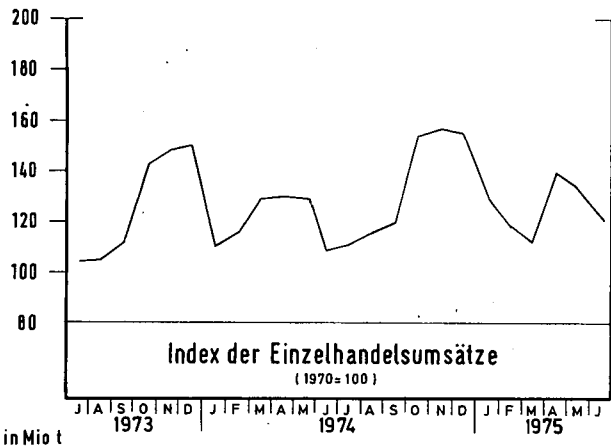
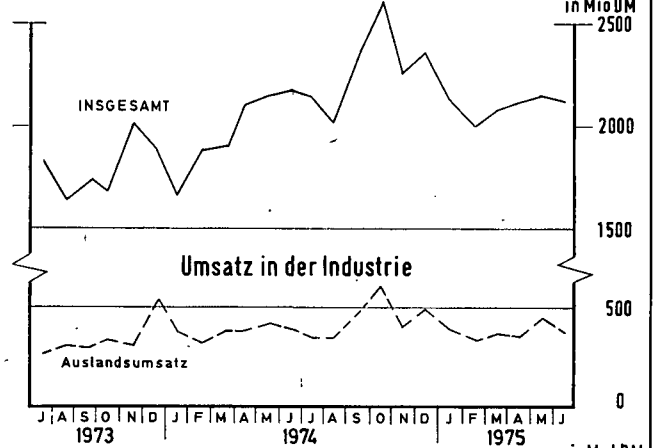
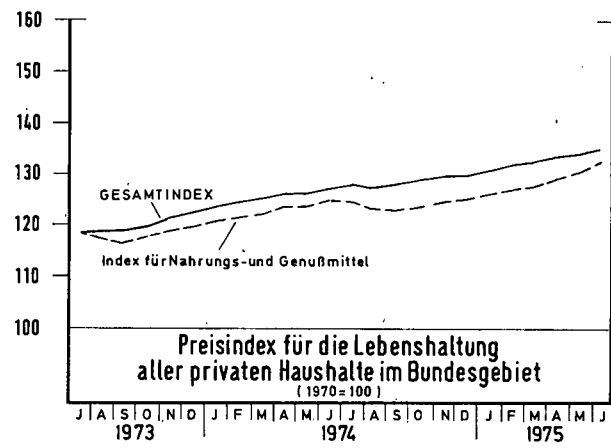
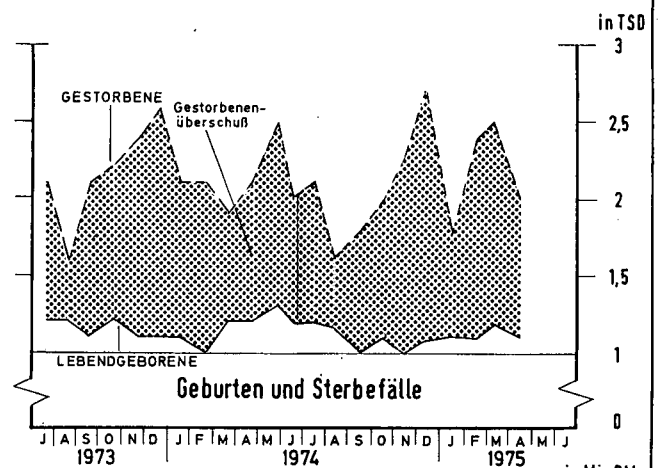
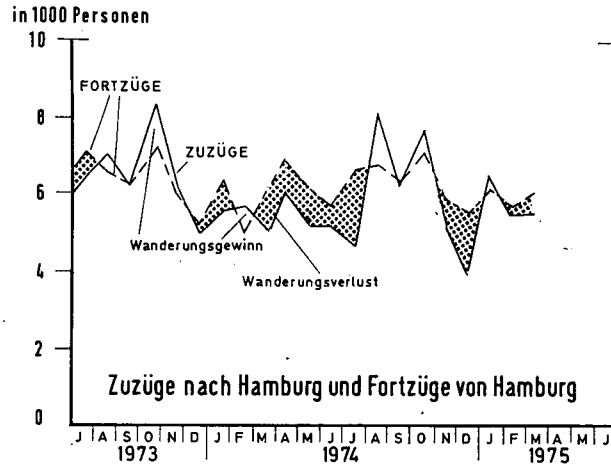
Am günstigsten schnitten die Kaffee- und Teehersteller ab, deren Umsatz um fast 10% auf 590 Mio DM zunahm. Die Süßwarenindustrie - mit etwa 3 000 Personen die beschäftigungsintensivste Branche dieses Bereiches - erreichte eine Umsatzsteigerung von 7%. Die Ölmühlen konnten ihren Umsatz um 3% verbessern.

Jeder sechste Krankenhauspatient kam von auswärts

In den Hamburger Krankenhäusern wurden im vergangenen Jahr über 52 000 Patienten behandelt, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb Hamburgs hatten. Den größten Anteil stellten 33 300 Patienten aus Schleswig-Holstein (64% der stationär behandelten auswärtigen Kranken). Aus Niedersachsen waren rund 14 300 (27%) und aus dem übrigen Bundesgebiet annähernd 4 600 Patienten (9%) in ein Hamburger Krankenhaus gekommen.

Insgesamt haben sich 1974 in Hamburg 303 800 Personen einer stationären Behandlung unterzogen (darunter 295 300 in Krankenhäusern für Akutkranke). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten in Akutkrankenhäusern belief sich auf 17,3 Tage. Die seit 1970 (18,5 Tage) zu beobachtende rückläufige Entwicklung der durchschnittlichen Dauer des Krankenhausaufenthaltes hat sich damit fortgesetzt.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Entwicklung der Arbeitsverdienste 1961 bis 1974 in Hamburg

– Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebungen in Industrie und Handel –

1. Vorbemerkungen

Rechtsgrundlage für die vierteljährlich durchgeführten – deshalb: „laufenden“ – Verdiensterhebungen in Industrie und Handel ist das Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 – BGBl. I S. 429 –. Sie sollen vor allem der aktuellen Information der Fachressorts dienen. Diese können, gestützt auf die statistischen Ergebnisse, aus der Entwicklung der effektiven Verdienste und der realen Arbeitszeiten ihre sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Konsequenzen gezielter ableiten. Ferner geben sie den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer das Rüstzeug, ihre Tarifverhandlungen substantieller zu führen.

Methodik und Problematik dieser Verdiensterhebungen sind bereits früher behandelt worden¹⁾. Die in diesem Aufsatz genannten Leistungsgruppen (= LG) sind im Anhang definiert. Um die Bruttoverdienste richtig einschätzen zu können, muß man beachten, daß sie sich nicht mit dem Haushaltseinkommen decken, sondern lediglich das Entgelt (Lohn oder Gehalt) der einzelnen Arbeitnehmer für geleistete Arbeit sind; denn der Höhe nach hängt jenes von der Anzahl der arbeitenden Haushaltsmitglieder (Zweitverdiener) ab. Ferner können sich darauf noch verdiensterhöhende individuelle Zuwendungen, wie z. B. 13. Monatslöhne/-gehälter, Gratifikationen, Jahresabschlußprämien und Gewinnanteile/-beteiligungen, auswirken.

Im Rahmen der laufenden Verdiensterhebungen in Industrie und Handel sind im Durchschnitt des Jahres 1974 jeweils rd. 79 000 männliche und rd. 16 100 weibliche Arbeiter sowie rd. 52 400 männliche und rd. 30 100 weibliche Angestellte aus rd. 900 Betrieben (örtlichen Einheiten) erfaßt worden. Auf die Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten in Hamburg von etwa 840 000 bezogen, heißt dies, daß rd. 21% von ihnen diesen Erhebungen unterliegen.

2. Die Verdienstsituation der Arbeiter

2.1 Die Struktur der Arbeiterschaft

– Prozeß der Umschichtung fortgeschritten –

Die Tendenz zur besseren Beschäftigung als „Angelernter“ oder Facharbeiter (LG 2 und 1) hat sich im großen und ganzen fortgesetzt, wenn auch für die Frauen nicht in gleicher Weise wie für die Männer. Von 1961 auf 1974 hat der Anteil der männlichen Arbeiter an der LG 1 zwar von rd. 60% auf rd. 67% zugenommen, diesen Stand aber bereits 1968 erreicht und seitdem stagniert. Dennoch ist beachtlich, daß gut zwei Drittel aller erfaßten Arbeiter als Facharbeiter

tätig sind, die höher entlohnt werden als die geringer qualifizierten Arbeiter. Der Anteil der Frauen an der LG 1 hat dagegen ein erheblich niedrigeres Niveau. Er ist von rd. 7% 1961 auf reichlich 4% 1974 zurückgegangen, zeigt aber im Vergleich mit 1968 (3%) wieder leicht steigenden Trend. Der Anteil der angelernten Arbeiter (LG 2) ist seit 1961 ziemlich konstant geblieben. Er ist lediglich um rd. 1%-Punkt auf 24% 1968 gesunken und hat sich 1974 auf diesem Stand gehalten. Im Unterschied zu den Männern hat der Anteil der Arbeiterinnen an der LG 2 deutliche Sprünge gemacht. Im Jahr 1961 zunächst relativ hoch (37%), ist er 1968 auf rd. 31% gefallen; inzwischen hat er sich auf über 41% beträchtlich erholt. Die LG 3 (ungernehte Arbeiter) verliert für die Männer mehr und mehr an Bedeutung. Hatte deren Anteil daran 1961 noch 15% betragen, so hat er sich seit 1968 auf gut 9% stabilisiert. Der Anteil der Frauen an der LG 3 hat sich zwar von 1961 (56%) auf 1974 (54%) um 2%-Punkte reduziert, vorübergehend mit rd. 67% jedoch ein Ausmaß angenommen, das zumindest um 1968 die krasse Verschlechterung ihrer Verdienstsituation andeutet.

Tabelle 1

Prozentuale Verteilung der erfaßten Industriearbeiter auf die Leistungsgruppen in Hamburg

Leistungsgruppen	Männliche Arbeiter			Weibliche Arbeiter		
	August 1961	Juli 1968	Juli 1974	August 1961	Juli 1968	Juli 1974
	in %					
	1	2	3	4	5	6
1	59,8	67,0	66,9	7,2	3,0	4,3
2	25,2	23,7	23,8	36,5	30,5	41,3
3	15,0	9,4	9,3	56,3	66,6	54,3

Verallgemeinert läßt sich feststellen, daß sich in der Industrie die männliche Arbeiterschaft zu fast 91%, die weibliche hingegen nur zu etwa 46%, also genau die Hälfte der Männer, aus qualifizierteren Beschäftigten zusammensetzt, die den LG 1 und 2 angehören. Dies ist andererseits aber auch gleichbedeutend damit, daß immerhin noch mehr als 54% der Frauen, jedoch nur 9% der Männer als „Ungernehte“ arbeiten.

Die Bewegung der Relationen zu den besseren Leistungsgruppen hin hängt zweifellos mit dem Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften zusammen, der sich infolge der Rationalisierung und der Technisierung der Wirtschaft sowie des technologischen Fortschritts laufend vergrößert hat.

2.2 Die Arbeitszeiten

In den Zeitraum 1961 bis 1974 fällt der allmähliche Übergang von der 44- zur 42- und 40-Stunden-Woche, die bereits viele Wirtschaftszweige eingeführt haben. Die tariflich gesicherte Arbeitszeitverkürzung ist zwar

¹⁾ „Verdienste in Industrie und Handel in Hamburg im August 1957 und 1961“ in: „Hamburg in Zahlen“ 3/1962

nicht auf den ersten Blick aus Tabelle 2 zu ersehen; setzt man jedoch die Mehrarbeitsstunden von den bezahlten Wochenstunden ab, so kann man etwa die effektive Arbeitszeit erkennen.

Tabelle 2

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten der Industriearbeiter in Hamburg

Jahre Leistungsgruppen	Bezahlte Wochenstunden		darunter Mehrarbeitsstunden	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	Arbeiter			
	1	2	3	4
1961	46,7	43,9	3,0	0,6
1974	43,6	40,9	3,5	0,8
und zwar Leistungsgruppe				
1	43,9	40,9	3,7	0,8
2	43,1	40,7	3,0	0,8
3	43,4	41,1	3,3	0,9

— 40-Stunden-Woche seit Ende der 60er Jahre erreicht —

Die bezahlten Wochenstunden²⁾ haben sich im Durchschnitt sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen Arbeitern von Jahr zu Jahr verringert. Daraus ist aber nicht zu folgern, daß sich auch die Wochenlöhne gemindert hätten; denn unabhängig von der Arbeitszeitverkürzung haben sich die Tarifpartner mehrmals darauf verständigt, die Stundenlöhne heraufzusetzen. Was die Männer anbelangt, ist der höchste Stand der bezahlten Wochenstunden 1961 mit 46,7 Std., der niedrigste 1974 mit 43,6 Std. aus der Tabelle zu ersehen. Auf die Frauen entfallen ebenfalls 1961 die meisten (43,9 Std.), dagegen 1974 die wenigsten bezahlten Wochenstunden (40,7 Std.). Es ist indessen bemerkenswert, daß sich die Anzahl der bezahlten Wochenstunden zwischen den Arbeitern und den Arbeiterinnen in der Regel um rd. 3 Std. unterscheidet. Dieser Unterschied entspricht fast genau der sich aus den Mehrarbeitsstunden ergebenden Differenz.

— Mehrarbeit höchstens 4 Stunden in der Woche —

Die in der Industrie von den männlichen Arbeitern geleisteten Mehrarbeitsstunden liegen zwischen 3,0 Std. im Minimum (1961) und 5,2 Std. im Maximum (1970), die von den weiblichen Arbeitern geleisteten zwischen 0,5 Std. (1962) und 1,3 Std. (1969). Im großen Durchschnitt der Jahre sind keine gravierenden Ausschläge festzustellen; denn überwiegend arbeiten die Männer 3 bis 4 Std. und die Frauen 1 Std. mehr, als nach der betrieblichen (normalen) Wochen-Arbeitszeit vorgeschrieben ist.

2.3 Die Löhne

— Zunahme der Brutto-Stundenverdienste von 1961 auf 1974 um über 200 % —

Die Facharbeiter in der Industrie haben 1974 durchschnittlich 11,55 DM je Std. verdient (Tabelle 3).

²⁾ Unter „bezahlte Wochenstunden“ versteht man die wirklich geleisteten Stunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden, zu denen z. B. Urlaub, gesetzliche Feiertage, Arbeitspausen sowie Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen gehören.

Tabelle 3

Durchschnittliche Verdienste der Industriearbeiter nach Leistungsgruppen in Hamburg

Leistungsgruppen	Geschlecht	Jahresdurchschnitt		Veränderung in %	
		1961	1974		
		1	2	3	4
Brutto-Stundenverdienste in DM					
1	männl.	3,79	11,55	+ 205	
	weibl.	2,68	8,95	+ 234	
2	männl.	3,30	10,19	+ 209	
	weibl.	2,35	7,64	+ 225	
3	männl.	3,02	9,22	+ 205	
	weibl.	2,19	7,09	+ 224	
Zusammen	männl.	3,57	11,01	+ 208	
	weibl.	2,26	7,40	+ 227	
Brutto-Wochenverdienste in DM					
1	männl.	178	506	+ 184	
	weibl.	118	365	+ 209	
2	männl.	152	439	+ 189	
	weibl.	104	311	+ 199	
3	männl.	139	401	+ 188	
	weibl.	96	292	+ 204	
Zusammen	männl.	166	480	+ 189	
	weibl.	99	303	+ 206	

Gegenüber 1961 entspricht dies einer Verdreifachung des Verdienstes. Die Zunahmeraten der Löhne der angelernten und der ungelerten Arbeiter bewegen sich auf ähnlicher Höhe. Die Verdienste der Facharbeiter und diejenigen der angelernten Arbeiter differieren 1974 um 1,36 DM voneinander. Im Vergleich der angelernten mit den ungelerten Arbeitern macht die Differenz lediglich 0,97 DM aus. Der Unterschied der Verdienste zwischen den jeweils beiden benachbarten oberen und unteren Leistungsgruppen ist 1961 weit aus geringer gewesen (0,49 DM zu 0,28 DM).

Der durchschnittliche Verdienst der Facharbeiterinnen in der Industrie liegt 1974 mit 8,95 DM je Std. um 2,60 DM unter dem der vergleichbaren männlichen Arbeiter, obwohl er sich von 1961 auf 1974 weit mehr erhöht hat als derjenige der Facharbeiter (um rd. 29%-Punkte). Die Facharbeiterinnen haben 1,31 DM mehr als die angelernten Arbeiterinnen, diese 0,55 DM mehr als die ungelerten Arbeiterinnen je Std. verdient.

Die Zunahmeraten bei allen weiblichen Arbeiterkategorien liegen wesentlich höher als bei den männlichen. Somit haben die Frauen ihre Verdienstsituation gegenüber den Männern relativ beachtlich verbessern können. Die Verdienste der Arbeiterinnen nach Leistungsgruppen sind 1961 jedoch mehr nivelliert (Staffelung um 0,33 DM bzw. um 0,16 DM) als 1974. Ob dies daran liegt, daß die Industrie nun höhere Anforderungen an die Qualifikation stellt als früher, vermag die Statistik nicht zu zeigen.

Der Brutto-Wochenverdienst ergibt sich aus zwei Komponenten: dem Brutto-Stundenverdienst und der bezahlten Wochenarbeitszeit. Das Niveau der Wochenverdienste hängt also nicht allein von der unterschiedlichen Höhe der Stundenverdienste, sondern auch von den meist verschiedenen Wochenarbeitszeiten ab. Ein hoher Wochenverdienst kann durchaus weniger von einem hohen Stundenverdienst als vielmehr von einer großen Zahl Wochenarbeitsstunden beeinflusst sein und umgekehrt.

Die Brutto-Wochenverdienste der Facharbeiter sind im Zeitraum 1961/74 im Durchschnitt um 328,- DM auf 506,- DM angestiegen. Das Gefälle von Leistungsgruppe zu Leistungsgruppe beträgt 67,- DM zu 38,- DM gegenüber 26,- DM zu 13,- DM 1961. Während bei den angelernten und den ungelerten Arbeitern die Zunahmerate etwa gleich hoch ist, ist sie bei den Facharbeitern um ein Erhebliches niedriger (rund 5%-Punkte).

Auch die durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienste der Facharbeiterinnen haben sich in den 14 Jahren stark nach oben entwickelt, nämlich von 118,- DM auf 365,- DM. Ähnlich hohe Zunahmen weisen die Verdienste der angelernten und der ungelerten Arbeiterinnen auf. Die relativ größere Zunahme der Brutto-Stundenverdienste der Frauen im Vergleich mit den Männern drückt sich auch in der Zunahme ihrer Brutto-Wochenverdienste aus. Die Unterschiedsbeträge zwischen den einzelnen Leistungsgruppen der Arbeiterinnen sind von 1961 auf 1974 wie bei den Arbeitern deutlich angewachsen. Einer Differenz von 54,- DM bzw. 19,- DM im Jahr 1974 steht vergleichsweise eine solche von nur 14,- DM bzw. 8,- DM 1961 gegenüber. Die Verbesserung der Lohnsituation der Frauen läßt sich in allen Leistungsgruppen nachweisen. Hatten die weiblichen Arbeiter je nach Leistungsgruppe 1961 zwischen rd. 71 % und rd. 73 % der männlichen in der Stunde verdient, so hat sich dieses Verhältnis 1974 auf 75 % bis 78 % erhöht. Bei den Brutto-Wochenverdiensten erreichen die Relationen nicht die gleiche Höhe (1961: 66 % bis 69 %, 1974: 71 % bis 73 %).

Tabelle 4
Entwicklung der Verdienste der Industriearbeiter
in Hamburg 1961 bis 1974

Jahre	Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
	Brutto-Stundenverdienste		Brutto-Wochenverdienste	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1	2	3	4
1961	+ 9,2	+ 11,3	+ 8,5	+ 10,0
1962	+ 11,2	+ 12,8	+ 10,2	+ 12,1
1963	+ 8,3	+ 7,8	+ 7,7	+ 8,1
1964	+ 8,8	+ 9,5	+ 8,1	+ 7,5
1965	+ 9,4	+ 10,0	+ 8,9	+ 9,3
1966	+ 7,2	+ 9,4	+ 6,9	+ 8,5
1967	+ 2,9	+ 5,0	+ 1,2	+ 2,6
1968	+ 4,1	+ 5,3	+ 5,6	+ 7,0
1969	+ 9,0	+ 7,8	+ 10,2	+ 7,7
1970	+ 13,4	+ 13,2	+ 13,0	+ 12,7
1971	+ 11,4	+ 11,3	+ 10,3	+ 9,3
1972	+ 10,2	+ 9,8	+ 8,5	+ 10,8
1973	+ 10,8	+ 10,6	+ 10,4	+ 10,5
1974	+ 11,3	+ 12,3	+ 10,1	+ 11,0
Durchschnittl. jährliche Zunahme in %	+ 9,1	+ 9,7	+ 8,5	+ 9,1

— Jährliche Zunahme der Verdienste durchweg zwischen 7 % und 11 % —

Tabelle 4 veranschaulicht, in welchem relativen Ausmaß die Bruttoverdienste der Arbeiter und der Arbeiterinnen von Jahr zu Jahr zugenommen haben. Lediglich 1967 und 1968 springt eine markante Zäsur ins

Auge. Sie ist auf die damalige wirtschaftliche Rezession zurückzuführen.

2.4 Die Löhne nach Wirtschaftsbereichen

Die Industrie weist bei näherer Betrachtung ein z. T. recht differenziertes Verdienstgefüge auf, wie die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zeigen.

Tabelle 5
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste
der Industriearbeiter nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg

Ausgewählte Wirtschaftsbereiche	Durchschnittl. Brutto-Wochenverdienste	
	1974 in DM	Zunahme gegenüber 1961 in %
MÄNNLICHE ARBEITER		
<u>Energiewirtschaft und Wasserversorgung</u>	456	+ 204
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	451	+ 189
darunter		
NE-Metallerzeugung und -gießerei	465	+ 161
Mineralölverarbeitung	518	+ 255
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	405	+ 172
Gummi- u. Asbest verarbeitende Industrie	431	+ 169
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	479	+ 199
darunter		
Stahl- und Leichtmetallbau	538	+ 185
Maschinenbau	484	+ 216
Schiffbau	506	+ 209
Elektrotechnische Industrie	434	+ 197
EM-Waren-Industrie, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung	464	+ 183
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	488	+ 176
darunter		
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	544	+ 179
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	434	+ 182
<u>Hoch- und Tiefbau ¹⁾</u>	524	+ 188
<u>Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) insgesamt</u>	480	+ 189
WEIBLICHE ARBEITER		
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	324	+ 200
darunter		
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	327	+ 217
Gummi- u. Asbest verarbeitende Industrie	319	+ 182
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	306	+ 203
darunter		
Elektrotechnische Industrie	308	+ 191
EM-Waren-Industrie, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung	284	+ 193
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	296	+ 196
darunter		
Papier- u. Pappe verarbeitende Industrie	260	+ 165
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	352	+ 229
Textilindustrie	263	+ 177
Bekleidungsindustrie	283	+ 183
<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	282	+ 213
darunter		
Fisch verarbeitende Industrie	277	+ 201
Tabak verarbeitende Industrie	319	+ 207
<u>Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) insgesamt</u>	303	+ 206

¹⁾ einschl. Handwerk.

— Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie in der Lohnskala weiterhin führend —

1974 sind die Arbeiter in der gesamten Industrie mit einem Brutto-Wochenverdienst von durchschnittlich 480,- DM entlohnt worden. Vier der zehn aufgeführten Industriegruppen/-zweige zahlen einen Wochenlohn, der über 500,- DM liegt. Mit 544,- DM haben die Arbeiter der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie am meisten in der Woche verdient. Sie nehmen als Lohnempfänger schon seit Jahren die dominierende Posi-

tion ein. Ihnen stehen die Arbeiter des Stahl- und Leichtmetallbaus nicht sehr nach (538,- DM). In der weiteren Rangfolge schließen sich die Arbeiter des Hoch- und Tiefbaus (524,- DM), der Mineralölverarbeitung (518,- DM) und des Schiffbaus (506,- DM) an. Am unteren Ende der Skala rangieren die Arbeiter der Chemischen Industrie (405,- DM), der Gummi- und Asbest verarbeitenden Industrie (431,- DM) und der Elektrotechnischen Industrie (434,- DM), deren Wochenlöhne sich von denen der Spitzenverdiener doch schon deutlich abheben. Zwischen diesen beiden Extremen bewegen sich die Brutto-Wochenverdienste der Arbeiter der übrigen in die Tabelle eingegangenen Wirtschaftsbereiche, die untereinander jedoch nur noch minimale Unterschiedsbeträge aufweisen.

Das Verdienstgefälle zwischen den Industriegruppen/-zweigen wird natürlich auch von der unterschiedlichen Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach Leistungsgruppen bestimmt. Außer der Qualifikation der Arbeiter ist vor allem auch der in den laufenden Verdiensterhebungen nicht nachweisbare Einfluß der Lohnform (Zeitlohn, Leistungslohn) auf die Verdienstabstufung zu berücksichtigen.

Den höchsten durchschnittlichen Brutto-Wochenverdienst haben wie bei den Arbeitern die Arbeiterinnen in Druckereien und Vervielfältigungsbetrieben, den geringsten die in der Papier- und Pappe verarbeitenden Industrie erzielt (352,- DM zu 260,- DM). Recht hohe Löhne können die Arbeiterinnen noch in den vergleichbaren Industriegruppen/-zweigen Chemie (327,- DM), Gummi und Asbest (319,- DM), Tabak (319,- DM) und Elektrotechnik (308,- DM) erwarten. Die Textil- (263,- DM) und die Fisch verarbeitende Industrie (277,- DM) zeichnen sich demgegenüber nicht gerade durch ein hohes Lohnniveau aus; sie stehen mit am Ende der Reihenfolge. Unter den zehn ausgesuchten Industriegruppen/-zweigen überspringen lediglich fünf die Schwelle von 300,- DM Wochenverdienst. Insgesamt bringen es die Frauen in der Industrie auf einen Durchschnittslohn von 303,- DM in der Woche, der hinter dem der Männer jedoch beträchtlich (um 177,- DM) zurückbleibt.

Die sich auf den Zeitraum 1961/74 erstreckenden Zunahmeraten der Brutto-Wochenverdienste der Arbeiterinnen können einem Vergleich mit den für die Arbeiter errechneten durchaus standhalten. Den ersten Rang hält die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie vor der Chemischen. Die Tabakverarbeitung steht, schon deutlich davon abgesetzt, an dritter Stelle. Das „Schlußlicht“ bildet der Zweig Papier- und Pappe verarbeitende Industrie. Im Durchschnitt der Gesamtindustrie haben die Brutto-Wochenverdienste der Arbeiterinnen um rd. 206 % zugenommen. Dagegen sind diejenigen der Männer um lediglich rd. 189 % aufgerückt.

3. Die Verdienstsituation der Angestellten

3.1 Die Struktur der Angestelltenschaft

– Strukturelle Verschlebung ungebrochen –

Wie bei den Arbeitern hat sich auch bei den Angestellten in Industrie und Handel die Einstufung zu den

höheren Leistungsgruppen verlagert (Tabelle 6). Dies zeigt sich besonders deutlich darin, daß in dem Zeitraum 1961/74 die Anteile sowohl der männlichen als auch der weiblichen Angestellten an den unteren LG IV und V z. T. drastisch abgenommen haben; diese verlieren anscheinend nach und nach an Bedeutung. Damit geht die Zunahme ihres Anteils an der LG II, der Spitzengruppe, einher. Immerhin sind 1974 schon über 30 % der männlichen Angestellten des kaufmännischen und des technischen Bereichs in die LG II eingestuft. Auf die LG III entfallen im kaufmännischen Bereich über 43 % und im technischen sogar mehr als 57 %. Zusammengenommen stellen die LG II und III fast 78 % der kaufmännischen und rd. 88 % der technischen Angestellten; d. h., der weitaus größte Teil der männlichen Angestelltenschaft ist danach mit Aufgaben höherer Qualifikation betraut.

Tabelle 6

Prozentuale Verteilung der erfaßten Angestellten in Industrie und Handel auf die Leistungsgruppen in Hamburg

Leistungsgruppen	Männliche Angestellte			Weibliche Angestellte		
	August 1961	Juli 1968	Juli 1974	August 1961	Juli 1968	Juli 1974
	in %					
	1	2	3	4	5	6
Kaufmännische Angestellte						
II	22,6	26,7	34,3	3,0	4,0	6,3
III	47,1	45,8	43,4	26,2	29,9	40,4
IV	25,3	22,4	17,2	59,2	55,1	44,0
V	5,1	5,2	5,1	11,6	11,0	9,3
Technische Angestellte						
II	24,2	25,4	30,6	4,1	20,0	16,0
III	56,0	60,1	57,2	16,3	23,6	37,6
IV	18,3	14,3	11,9	66,2	52,8	43,1
V	1,6	0,3	0,3	13,5	3,6	3,3
Kaufmännische und Technische Angestellte						
II	22,9	26,3	33,3	3,0	4,8	6,7
III	48,8	49,2	47,2	25,9	29,6	40,3
IV	23,9	20,5	15,7	59,4	55,0	43,9
V	4,4	4,0	3,8	11,7	10,6	9,1

Eine gewisse Besserstellung der Frauen drückt sich am klarsten in der Besetzung der LG III aus. Im Betrachtungszeitraum haben die weiblichen kaufmännischen Angestellten ihren Anteil daran von rd. 26 % auf über 40 %, die technischen von rd. 16 % auf nahezu 38 % erhöhen können. Für sie spielt die LG II im technischen Bereich offensichtlich eine größere Rolle als im kaufmännischen. Dennoch liegt der Anteil der Frauen, deren Arbeit nach den LG II und III zu bezahlen ist – die also Leistungen zu erbringen haben, die zu den höher qualifizierten gehören –, im kaufmännischen Bereich knapp unter, im technischen eben über 50 %; der Rückstand auf die Männer hat sich zwar sehr verringert, ist aber mit 30 bis 40 %-Punkten immer noch ausgeprägt. Zu dieser Entwicklung hat besonders der starke Abbau der LG IV, aber auch der LG V beigetragen.

3.2 Die Gehälter

Der kaufmännische und der technische Bereich werden im folgenden getrennt voneinander behandelt, um dem ausgesprochen differenzierten Gefüge der Angestelltenverdienste besser gerecht werden zu können. Wird nämlich der kaufmännische mit dem technischen Bereich zusammengefaßt, so schlägt das zahlenmäßige

Übergewicht der kaufmännischen Angestellten auf die Höhe der Durchschnittsverdienste durch, so daß sie sich fast mit denen des kaufmännischen Bereichs decken. Im Unterschied zu den Verdiensten nach Leistungsgruppen sind die daraus berechneten Gesamtdurchschnitte nämlich im Verhältnis der Besetzung dieser Gruppen gewichtet. Dies hat zur Folge, daß die Durchschnittsverdienste der Männer von der stärkeren Besetzung der beiden oberen und diejenigen der Frauen von der stärkeren Besetzung der beiden unteren Leistungsgruppen beeinflusst sind, so daß die erstgenannten Verdienste der Höhe nach zwischen der LG II und der LG III und die zweitgenannten zwischen der LG III und der LG IV liegen. Aus der Gewichtung der Gesamtdurchschnitte erklärt sich auch, daß deren Veränderung von derjenigen der Leistungsgruppenverdienste im Zeitvergleich merklich abweichen kann. Diese Zusammenhänge zeigt Tabelle 7 recht deutlich.

Im kaufmännischen Bereich sind die durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste der männlichen Angestellten von 796,- DM 1961 auf 2276,- DM 1974 gestiegen.

Tabelle 7

Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel nach Leistungsgruppen in Hamburg

Leistungsgruppen	Geschlecht	Jahresdurchschnitt		Veränderung in %	
		1961	1974		
		in DM			
		1	2	3	4
Kaufmännische Angestellte					
II	männl.	1 082	2 836	+ 162	
	weibl.	879	2 320	+ 164	
III	männl.	798	2 156	+ 170	
	weibl.	607	1 782	+ 194	
IV	männl.	541	1 691	+ 213	
	weibl.	430	1 388	+ 223	
V	männl.	503	1 523	+ 203	
	weibl.	360	1 261	+ 250	
Z u s a m m e n	männl.	796	2 276	+ 186	
	weibl.	477	1 594	+ 234	
Technische Angestellte					
II	männl.	1 221	3 031	+ 148	
	weibl.	917	2 854	+ 211	
III	männl.	881	2 335	+ 165	
	weibl.	643	1 866	+ 190	
IV	männl.	628	1 860	+ 196	
	weibl.	503	1 516	+ 201	
V	männl.	547	1 716	+ 214	
	weibl.	433	1 331	+ 207	
Z u s a m m e n	männl.	901	2 489	+ 176	
	weibl.	609	1 854	+ 204	
Kaufmännische und Technische Angestellte					
II	männl.	1 109	2 886	+ 160	
	weibl.	904	2 369	+ 162	
III	männl.	818	2 215	+ 171	
	weibl.	609	1 785	+ 193	
IV	männl.	558	1 725	+ 209	
	weibl.	432	1 392	+ 222	
V	männl.	506	1 527	+ 202	
	weibl.	361	1 262	+ 250	
I n s g e s a m t	männl.	818	2 335	+ 185	
	weibl.	483	1 604	+ 232	

Davon weichen die Gehälter der LG III bis V jedoch beträchtlich nach unten ab. Zwischen der LG II und der LG V, den beiden Extremen nach oben und unten, besteht ein Gefälle von 1313,- DM; dies bedeutet,

daß die Angestellten der LG V lediglich ein Gehalt von etwas mehr als der Hälfte desjenigen der Angestellten der LG II erreichen. Selbst die Differenz zwischen den beiden höchsten LG II und III ist mit 680,- DM noch beachtlich.

Die weiblichen kaufmännischen Angestellten haben 1974 im Durchschnitt fast 1600,- DM mehr verdient als 1961. Soweit sie der LG II angehören, hat sich ihr Gehalt auf über 2300,- DM monatlich verbessert. Dagegen haben sich ihre Kolleginnen der LG V mit lediglich 1261,- DM begnügen müssen. Die Spanne zwischen beiden macht immerhin fast 1100,- DM aus oder, anders ausgedrückt, die weiblichen Angestellten der LG V „kassieren“ nur eben über 54 % des Gehalts, das ihnen am höchsten eingestuftem Geschlechtsgenossinnen zusteht.

— Technische Angestellte besser gestellt als kaufmännische —

Im technischen Bereich haben die männlichen Angestellten der LG II 1974 ein zweieinhalbmal höheres Bruttogehalt monatlich entgegennehmen können als 1961. Mit 3031,- DM liegt es wesentlich über dem Durchschnitt aller Leistungsgruppen (2489,- DM). Die Spannweite zwischen den Extremwerten der LG II und der LG V ist mit 1315,- DM fast genauso groß wie im kaufmännischen Bereich. Die Gehaltsabstufung zwischen der LG II und der LG III hat mit 696,- DM nahezu das gleiche hohe Ausmaß wie im kaufmännischen Bereich. Die Techniker aller Leistungsgruppen haben 1974 aber jeweils etwa 200,- DM mehr verdient als die vergleichbaren Kaufleute.

Die durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste der Technikerinnen stellen sich 1974 auf 1854,- DM. Der von den weiblichen technischen Angestellten der LG II in demselben Jahr monatlich erzielte Bruttoverdienst von 2854,- DM übersteigt den Durchschnitt um genau 1000,- DM und ist über dreimal so hoch wie 1961. Er übertrifft denjenigen der Frauen der LG V um mehr als 1500,- DM; d. h., diese müssen sich mit einem Verdienst zufriedengeben, der weniger als die Hälfte desjenigen der höchsten Leistungsgruppe ausmacht. Dieser Anteil ist deutlich geringer als der entsprechende im kaufmännischen Bereich (54 %). Die Technikerinnen der LG II haben sogar mehr verdient als die männlichen Kaufleute gleicher Qualifikation. Sowohl hieran als auch an den höheren Verdiensten, die die weiblichen technischen Angestellten der übrigen Leistungsgruppen gegenüber den weiblichen kaufmännischen jeweils erhalten, kann man ermesen, wie sehr die Gehälter im technischen Bereich begünstigt sind.

Sowohl im kaufmännischen als auch im technischen Bereich hat sich der Abstand zwischen den jeweils benachbarten Leistungsgruppen der Männer wie der Frauen 1974 gegenüber 1961 vergrößert. In beiden Bereichen bestehen die größten absoluten und relativen Verdienstunterschiede bei Männern wie bei Frauen zwischen den LG II und III, die geringsten zwischen den LG IV und V.

Im übrigen sind grundsätzlich die folgenden materiellen Einflüsse zu berücksichtigen:

a) Aus allen pauschalen Vergleichen der kaufmännischen mit den technischen Angestellten kann leicht

ein „schiefes“ Bild entstehen, weil – wie unter Nr. 3.1 schon dargelegt – ihre Verteilung auf die einzelnen Leistungsgruppen nicht unwesentlich voneinander abweicht.

b) Die Verteilungsgewichte zwischen den Leistungsgruppen haben sich dadurch weiter verschoben, daß die sogenannten AT-(= außertariflichen) Angestellten mit einem durchschnittlichen Brutto-Monatsgehalt bis zu 4500,- DM seit Oktober 1972 zusätzlich in die LG II einbezogen sind.

c) Die innerhalb der gleichen Leistungsgruppe zwischen den Geschlechtern vorhandenen Gehaltsunterschiede sind zu einem erheblichen Teil auch von Alter, Familienstand, Kinderzahl und Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig.

– Steigerungsraten der Brutto-Monatsgehälter je nach Leistungsgruppe zwischen 148 % und 250 % –

Die Steigerungsraten aller in der Tabelle nachgewiesenen Gehälter sind recht bedeutsam. Sie sind bei den Frauen zudem durchweg höher als bei den Männern und haben in den beiden unteren Leistungsgruppen – mit einer Ausnahme – ein größeres Ausmaß als in den beiden oberen.

– Angleichung der Verdienste zwischen Männern und Frauen in der Angestelltenschaft größer als in der Arbeiterschaft –

Geht man der Einfachheit halber von den zusammengefaßten Ergebnissen für den kaufmännischen und technischen Bereich aus, so lassen die durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste der weiblichen Angestellten, ausgedrückt in % der entsprechenden Verdienste der männlichen, im Vergleich von 1961 mit 1974 den Schluß zu, daß die Frauen den Männern um einen bedeutenden Schritt nähergerückt sind. Dies gilt besonders für diejenigen, die den LG III und V

Tabelle 8

Entwicklung der durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1961 bis 1974

Jahre	Männliche Angestellte		Weibliche Angestellte	
	Brutto-Monatsverdienste in DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Brutto-Monatsverdienste in DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	1	2	3	4
1961	818	.	483	.
1962	881	+ 7,7	530	+ 9,7
1963	939	+ 6,6	572	+ 7,9
1964	1 004	+ 6,9	618	+ 8,0
1965	1 095	+ 9,1	679	+ 9,9
1966	1 183	+ 8,0	746	+ 9,9
1967	1 237	+ 4,6	785	+ 5,2
1968	1 299	+ 5,0	832	+ 6,0
1969	1 395	+ 7,4	910	+ 9,4
1970	1 550	+ 11,1	1 028	+ 13,0
1971	1 720	+ 11,0	1 151	+ 12,0
1972	1 876	+ 9,1	1 264	+ 9,8
1973	2 079	+ 10,8	1 418	+ 12,2
1974	2 335	+ 12,3	1 604	+ 13,1
Durchschnittl. jährliche Zunahme in %	.	+ 8,4	.	+ 9,7

angehören. Auf einen Nenner gebracht, ist das Niveau der Frauengehälter 1974 immer noch um rd. 20 % je Leistungsgruppe niedriger als das der Männer; das aus dem Gesamtdurchschnitt aller Leistungsgruppen errechenbare hängt indessen um mehr als 31 % hinter dem der Männer zurück. Die Divergenz zwischen diesen beiden Relationen ist bereits eingangs dieses Abschnitts erklärt.

– Jährlicher Zuwachs der Gehälter um durchschnittlich 8 % bis 10 % –

In allen einzeln aufgeführten Jahren ist die jährliche Steigerungsrate der Brutto-Monatsverdienste bei den weiblichen Angestellten höher als bei den männlichen. Den größten Gehaltsschub hat es im Jahr 1974 gegeben, das den Männern ein Mehr von 12,3 % und den Frauen ein solches von 13,1 % brachte.

Tabelle 9

Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste der Angestellten in Industrie u. Handel nach Wirtschaftsbereichen in Hamburg

Ausgewählte Wirtschaftsbereiche	Durchschnittl. Brutto-Monatsverdienste	
	1974 in DM	Zunahme gegenüber 1961 in %
MÄNNLICHE ANGESTELLTE		
<u>Energiewirtschaft und Wasserversorgung</u>	2 473	+ 193
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	2 654	+ 203
darunter		
Mineralölverarbeitung	2 975	+ 237
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	2 492	+ 193
Gummi- u. Asbest verarbeitende Industrie	2 343	+ 174
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	2 401	+ 173
darunter		
Stahl- und Leichtmetallbau	2 404	+ 180
Maschinenbau	2 435	+ 189
Schiffbau	2 409	+ 175
Elektrotechnische Industrie	2 381	+ 166
EBM-Waren-Industrie, Stahlverformung, Oberflächenveredlung und Härtung	2 377	+ 153
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	2 544	+ 192
darunter		
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	2 756	+ 190
<u>Nahrungs- und Genussmittelindustrien</u>	2 365	+ 171
<u>Hoch- und Tiefbau ¹⁾</u>	2 824	+ 187
<u>Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) insgesamt</u>	2 504	+ 183
Einzelhandel	1 969	+ 167
Handelsvermittlung	2 321	+ 166
Kredit- und sonst. Finanzierungsinstitute	2 250	+ 210
Versicherungsgewerbe	2 195	+ 189
WEIBLICHE ANGESTELLTE		
<u>Energiewirtschaft und Wasserversorgung</u>	1 776	+ 194
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	1 878	+ 224
darunter		
Mineralölverarbeitung	2 082	+ 246
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	1 830	+ 218
Gummi- u. Asbest verarbeitende Industrie	1 616	+ 210
<u>Investitionsgüterindustrien</u>	1 668	+ 218
darunter		
Maschinenbau	1 636	+ 214
Elektrotechnische Industrie	1 712	+ 222
<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	1 684	+ 208
darunter		
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	1 765	+ 208
<u>Nahrungs- und Genussmittelindustrien</u>	1 715	+ 212
<u>Hoch- und Tiefbau ¹⁾</u>	1 965	+ 218
<u>Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau) insgesamt</u>	1 760	+ 218
Einzelhandel	1 359	+ 211
Handelsvermittlung	1 633	+ 227
Kredit- und sonst. Finanzierungsinstitute	1 779	+ 258
Versicherungsgewerbe	1 605	+ 206

1) einschl. Handwerk.

3.3 Die Gehälter nach Wirtschaftsbereichen

Für die Gehälter der Angestellten ist die Auswahl wichtiger Wirtschaftsbereiche auf die gleiche Industriegliederung wie in Tabelle 5 abgestellt, um Vergleiche mit der Arbeiterschaft zu ermöglichen, obwohl solche sehr problematisch sind, weil sich die Tätigkeiten von Arbeitern und Angestellten nur schwer miteinander in Einklang bringen lassen. Zusätzliche Schwierigkeiten entstehen dadurch, daß die Arbeiter nur drei, die Angestellten aber vier Qualifikationsstufen zugeordnet sind. Zur Vereinfachung sind die Angestellten hier nicht nach ihren speziellen Tätigkeitsbereichen – kaufmännisch oder technisch – getrennt, sondern als eine zusammengefaßte Gruppe behandelt.

– Mineralölverarbeitung in der Gehaltsskala bei Männern und Frauen an der Spitze –

Ganz allgemein fällt zunächst auf, daß in der Industrie höhere Gehälter gezahlt werden als im Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe. Diese Erkenntnis gilt generell nur für Männer, nicht aber gleichermaßen für Frauen.

Im Jahr 1974 hat das Gehalt, das die männlichen Angestellten in der Gesamtindustrie durchschnittlich verdient haben, einen Stand von 2504,- DM erreicht. Die Spitzenpositionen nehmen die Mineralölverarbeitung mit 2975,- DM und die Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie mit 2756,- DM ein, in denen sich die männlichen Angestellten gehaltlich also am besten stehen. Am ungünstigsten ist ihre Verdienstlage in der EBM-Waren-Industrie³⁾ (2377,- DM) und in der Gummi- und Asbest verarbeitenden Industrie (2343,- DM). Gegenüber der Industrie sind die männlichen Angestellten im Handel sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe noch weitaus schlechtergestellt. Im Einzelhandel verdienen sie nur 1969,- DM monatlich, in der Handelsvermittlung hingegen 2321,- DM, im Kreditgewerbe 2250,- DM.

Die relative Zunahme der Brutto-Monatsverdienste von 1961 auf 1974 ist recht ansehnlich. Sie differiert allerdings unter den Wirtschaftsbereichen erheblich. Am meisten haben die männlichen Angestellten der Mineralölverarbeitung und des Kreditgewerbes von der Entwicklung profitiert, am wenigsten diejenigen der EBM-Waren-Industrie und der Handelsvermittlung.

Gemessen am monatlichen Durchschnittsgehalt der Gesamtindustrie, verdienen die weiblichen Angestellten nur in sechs der zwölf ausgewählten industriellen Wirtschaftsbereiche mehr als 1760,- DM. Am günstigsten stehen sie sich, wenn sie in der Mineralölverarbeitung (2082,- DM) und in der Chemischen Industrie (1830,- DM) tätig sind, soweit man auf die Industriegruppen/-zweige als kleinste Einheiten abstellt; dazu gehört auch noch der Zweig Druckerei und Vervielfältigung (1765,- DM). Auch in den – nicht weiter aufgegliederten – Wirtschaftsbereichen Hoch- und Tiefbau (1965,- DM) sowie Energiewirtschaft und Wasserversorgung (1776,- DM) kommen die Frauen gehaltlich vergleichsweise „gut weg“. In den Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien ist die Gehaltssituation der Frauen im allgemeinen schlechter als in der Nahrungs- und Genußmittelherstellung. Wie schon bei den Männern festgestellt, rangiert auch der Einzel-

handel hinsichtlich der Entgelte, die Frauen für ihre Arbeitsleistung zu erwarten haben (1359,- DM), unter allen aufgezählten Wirtschaftsbereichen mit Abstand am Ende. Lediglich das Kreditgewerbe ragt mit einem durchschnittlich gezahlten Monatsverdienst von 1779,- DM in die industriellen Wirtschaftsbereiche hinein; im Unterschied zu den Männern ist hier die Stellung der Frauen offensichtlich stärker ausgeprägt.

Man darf in diesem Zusammenhang jedoch nicht verkennen, daß die Differenzierung der Gehälter, die zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen besteht, letztlich auch von der unterschiedlichen Beschäftigungsstruktur herrührt, die zu einem nicht unwesentlichen Teil von dem quantitativen Verhältnis der kaufmännischen zu den technischen Angestellten bestimmt wird.

Die Steigerungsraten der Gehälter der weiblichen Angestellten sind meist merklich höher als die entsprechenden der Männer. Nur in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung bleiben sie darunter.

Otto Rieck

ANHANG

Definitionen der Leistungsgruppen für Arbeiter

Leistungsgruppe 1

Arbeiter, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, welche als besonders schwierig oder verantwortungsvoll oder vieltätig anzusehen sind. Die Befähigung kann durch abgeschlossene Lehre oder durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Arbeiten erworben sein. In den Tarifen sind die Angehörigen dieser Gruppe meist als Facharbeiter, auch qualifizierte oder hochqualifizierte Facharbeiter, Spezialfacharbeiter, Facharbeiter mit meisterlichem Können, Meister und Vorarbeiter im Stundenlohn, Betriebshandwerker, gelernte Facharbeiter, Facharbeiter mit Berufsausbildung und Erfahrung und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 2

Arbeiter, die im Rahmen einer speziellen meist branchengebundenen Tätigkeit mit gleichmäßig wiederkehrenden oder mit weniger schwierigen und verantwortungsvollen Arbeiten beschäftigt werden, für die keine allgemeine Berufsbefähigung vorausgesetzt werden muß. Die Kenntnisse und Fähigkeiten für diese Arbeiten haben die Arbeiter meist im Rahmen einer mindestens drei Monate dauernden Anlernzeit mit oder ohne Abschlußprüfung erworben. In den Tarifen werden die hier erwähnten Arbeiter meist als Spezialarbeiter, qualifizierte angelernte Arbeiter, angelernte Arbeiter mit besonderen Fähigkeiten, angelernte Arbeiter, vollwertige Betriebsarbeiter, angelernte Hilfsarbeiter, Betriebsarbeiter und ähnlich bezeichnet.

Leistungsgruppe 3

Arbeiter, die mit einfachen, als Hilfsarbeiten zu bewertenden Tätigkeiten beschäftigt sind, für die eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich ist. In den Tarifen werden diese Arbeiter meist als Hilfsarbeiter, ungelernete Arbeiter, einfache Arbeiter und ähnlich bezeichnet.

³⁾ EBM = Eisen/Blech/Metall

Definitionen der Leistungsgruppen für Angestellte

Leistungsgruppe II

Kaufmännische und technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in **verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis**, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzusetzen und verantwortlich zu unterweisen haben. Ferner Angestellte mit umfassenden kaufmännischen oder technischen Kenntnissen. Außerdem Angestellte, die als Obermeister, Oberrichtmeister oder Meister mit hohem beruflichen Können und besonderer Verantwortung großen Werkstätten oder Abteilungen vorstehen.

Leistungsgruppe III

Kaufmännische und technische Angestellte mit mehrjähriger Berufserfahrung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten bzw. mit Spezialtätigkeiten, die nach allgemeiner Anweisung selbständig arbeiten, jedoch in der Regel keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen. Außerdem Angestellte mit quali-

fizierter Tätigkeit, die die fachlichen Erfahrungen eines Meisters, Richtmeisters oder Gießereimeisters aufweisen, bei erhöhter Verantwortung größeren Abteilungen vorstehen und denen Aufsichtspersonen und Hilfsmeister unterstellt sind.

Leistungsgruppe IV

Kaufmännische und technische Angestellte ohne eigene Entscheidungsbefugnis in einfacher Tätigkeit, deren Ausübung eine **abgeschlossene Berufsausbildung** oder durch **mehnjährige Berufstätigkeit**, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder privates Studium erworbene Fachkenntnisse voraussetzt. Außerdem Angestellte, die als Aufsichtspersonen einer kleineren Zahl von überwiegend ungelerten Arbeitern vorstehen, sowie Hilfsmeister, Hilfswerkmeister oder Hilfsrichtmeister.

Leistungsgruppe V

Kaufmännische und technische Angestellte in **einfacher, schematischer oder mechanischer Tätigkeit**, die keine Berufsausbildung erfordert.

Kapazität und Preise im Hamburger Beherbergungsgewerbe im Jahre 1975

In der Fremdenverkehrsstatistik werden jährlich zum 1. April Kapazität und Preise im Beherbergungsgewerbe erfragt. Es handelt sich dabei um einen Wirtschaftszweig, der wesentlich zur Attraktivität Hamburgs als Weltstadt beiträgt. Die Erhebungsergebnisse werden wirtschaftssystematisch nach vier Betriebsarten untergliedert. Für die Zuordnung der einzelnen Betriebe ist das Verhältnis von Beherbergung zu Bewirtung gemessen am jeweiligen Umsatz ausschlaggebend. Bei den Hotels liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit in der Beherbergung, wogegen bei den Gasthöfen die Abgabe von Speisen und Getränken an jedermann überwiegt; in den Hotel-Pensionen werden nur Übernachtungsgäste bewirtet, während Hotels garnis neben der Übernachtung nur Frühstück anbieten; hierbei sind gerade in einer Großstadt die Beherbergungsbetriebe — besonders in den Vergnügungsvierteln — nicht selten, in denen auch kein Frühstück gereicht wird.

Für jeden Gast das richtige Bett

Bei der Betrachtung der Tabelle 1 steht die Verteilung der Kapazität auf die vier genannten Betriebsarten im Vordergrund. Schon an dieser Stelle wird deutlich, wie breit das Beherbergungsangebot Hamburgs für seine Gäste ist; vom kleinen Familienbetrieb bis zum Luxushotel internationaler Spitzenklasse rei-

chen die Möglichkeiten, jeden individuellen Wunsch eines Großstadtbesuchers zu erfüllen.

Insgesamt verfügen die 387 Betriebe in Hamburg über 16 260 Gästebetten. Davon befinden sich rund drei Viertel in Mehrbettzimmern und ein Viertel in Einbettzimmern. Mehr als die Hälfte aller Betten wird von Hotels angeboten.

Die Gruppe der Hotels garnis verzeichnet die meisten Betriebe. Ihr kapazitätsmäßiges Gewicht ist jedoch weit geringer, da sie nur über 28 % aller Betten verfügen. Dagegen gehört über die Hälfte der Betten zu den Hotels, die jedoch nur etwas mehr als ein Viertel der Beherbergungsstätten ausmachen. Dies ist schon ein Indiz dafür, daß in dieser Branche größere Betriebe vorherrschen. Allein 44 aller Beherbergungsstätten sind Hotels mit 50 und mehr Betten, in denen fast 7400 Betten angeboten werden. Bei den kleineren Betrieben (bis 49 Betten) dominieren die Hotels garnis, deren Betriebs- und Bettenzahl dreimal bzw. doppelt so hoch ist wie bei den Hotels.

Typisch für Hamburg ist die je nach Branche unterschiedliche Betriebsgröße, gemessen an der durchschnittlichen Bettenzahl. So sind die Hotels im Durchschnitt dreimal so groß wie die übrigen Betriebe. Sie verfügen durchschnittlich über 86 Betten je Betrieb, während die Hotels garnis und die Hotel-Pensionen

Tabelle 1

Betriebe, Zimmer und Betten im Beherbergungsgewerbe in Hamburg am 1. April 1975 nach Betriebsarten und -größen

Betriebsarten Bettenzahl je Betrieb	Be- triebe	Zimmer			Betten
		ins- gesamt	davon		
			Ein- bett- zimmer	Mehr- bett- zimmer	
1	2	3	4	5	
Hotels bis 9	3	15	6	9	24
10 " 19	16	159	73	86	250
20 " 49	39	705	284	421	1 157
50 " 99	19	781	310	471	1 305
100 und mehr	25	3 707	1 465	2 242	6 059
Z u s a m m e n	102	5 367	2 138	3 229	8 795
Hotels garni bis 9	18	90	33	57	148
10 " 19	76	643	240	403	1 119
20 " 49	59	987	388	599	1 692
50 " 99	16	633	273	360	1 059
100 und mehr	3	381	156	225	623
Z u s a m m e n	172	2 734	1 090	1 644	4 641
Gasthöfe bis 9	7	27	8	19	47
10 " 19	15	124	51	73	206
20 " 49	11	189	89	100	304
50 und mehr	3	133	43	90	257
Z u s a m m e n	36	473	191	282	814
Hotel-Pensionen bis 9	15	69	28	41	111
und Pensionen 10 " 19	21	162	50	112	296
20 " 49	32	590	208	382	1 032
50 und mehr	9	322	116	206	571
Z u s a m m e n	77	1 143	402	741	2 010
Beherbergungsgewerbe insgesamt	387	9 717	3 821	5 896	16 260
davon bis 9	43	201	75	126	330
10 " 19	128	1 088	414	674	1 871
20 " 49	141	2 471	969	1 502	4 185
50 " 99	45	1 737	695	1 042	2 943
100 und mehr	30	4 220	1 668	2 552	6 931

nur auf 27 bzw. 26 und die Gasthöfe auf 23 Betten je Betrieb kommen. Gasthöfe und Hotel-Pensionen sind eher in kleineren Orten und in Urlaubsgebieten charakteristische Beherbergungsformen als in der Großstadt. Insoweit ist es auch nicht verwunderlich, daß es sich bei diesen in Hamburg vorkommenden 113 Beherbergungsstätten mit rund 2800 Betten um noch relativ große Betriebe handelt; denn im Bundesdurchschnitt verzeichnen die Hotel-Pensionen nur ungefähr 18 und die Gasthöfe nur etwa 15 Betten.

Besonders Tabelle 2 vermittelt einen Eindruck von der Größenstruktur des Hamburger Beherbergungsgewerbes, wobei sichtbar wird, daß ein großer Teil der Kapazität bei wenigen Betrieben liegt. Am dichtesten sind die vier untersten Größenklassen besetzt, die drei Viertel aller Betriebe, aber nur ein Drittel der Betten umfassen. Dagegen verfügen allein 30 Be-

Tabelle 2

Betriebe und Betten im Beherbergungsgewerbe in Hamburg am 1. April 1975 nach Betriebsgrößen

Bettenzahl je Betrieb	Betriebe		Betten		Betriebe	Betten
	Anzahl	%	Anzahl	%		
1	2	3	4	5	6	
bis 9	43	11,1	330	2,0	11,1	2,0
10 " 19	128	33,1	1 871	11,5	44,2	13,5
20 " 29	79	20,4	1 894	11,6	64,6	25,1
30 " 39	41	10,6	1 361	8,4	75,2	33,5
40 " 49	21	5,4	930	5,7	80,6	39,2
50 " 59	18	4,7	967	6,0	85,3	45,2
60 " 69	10	2,6	624	3,8	87,9	49,0
70 " 79	10	2,6	742	4,6	90,5	53,6
80 " 99	7	1,8	610	3,8	92,3	57,4
100 und mehr	30	7,7	6 931	42,6	100,0	100,0
I n s g e s a m t	387	100	16 260	100	.	.

triebe mit 100 und mehr Betten über rund 43 % der gesamten Beherbergungskapazität. Hier wird wiederum die für Hamburg als Großstadt typische heterogene Angebotsstruktur deutlich: Vielen kleinen stehen wenige große Herbergen, überwiegend Hotels, gegenüber.

Für jeden Gast ein angemessener Preis

Den folgenden Darstellungen liegen die offiziell deklarierten Übernachtungspreise im Beherbergungsgewerbe zugrunde. Darüber, ob und in welchem Umfang sie eingehalten oder unterboten werden, gibt es kein statistisches Material. In den Angaben zu den Preisen sind Frühstück und Mehrwertsteuer enthalten. Die Preisrelationen im Beherbergungsgewerbe sind, da sie sich auf einem freien Markt gebildet haben, offenbar Ausdruck für die unterschiedliche Qualität der gebotenen Gesamtleistungen. Im Beherbergungsgewerbe handelt es sich dabei im allgemeinen um die Ausstattung des Zimmers und um den Service. Auch die Lage des Betriebes spielt dabei eine Rolle. Wie Tabelle 3 zeigt, sind alle Preisklassen so stark besetzt, daß dem Gast in Hamburg ein qualitativ sehr differenziertes Beherbergungsangebot zur Verfügung steht.

Bei einer Analyse der Preissituation im Beherbergungsgewerbe ist zu unterscheiden zwischen dem Bettenpreis für ein Einbett- und ein Mehrbettzimmer.

Tabelle 3

Betten im Beherbergungsgewerbe in Hamburg am 1. April 1975 nach Betriebsarten und Preisklassen¹⁾

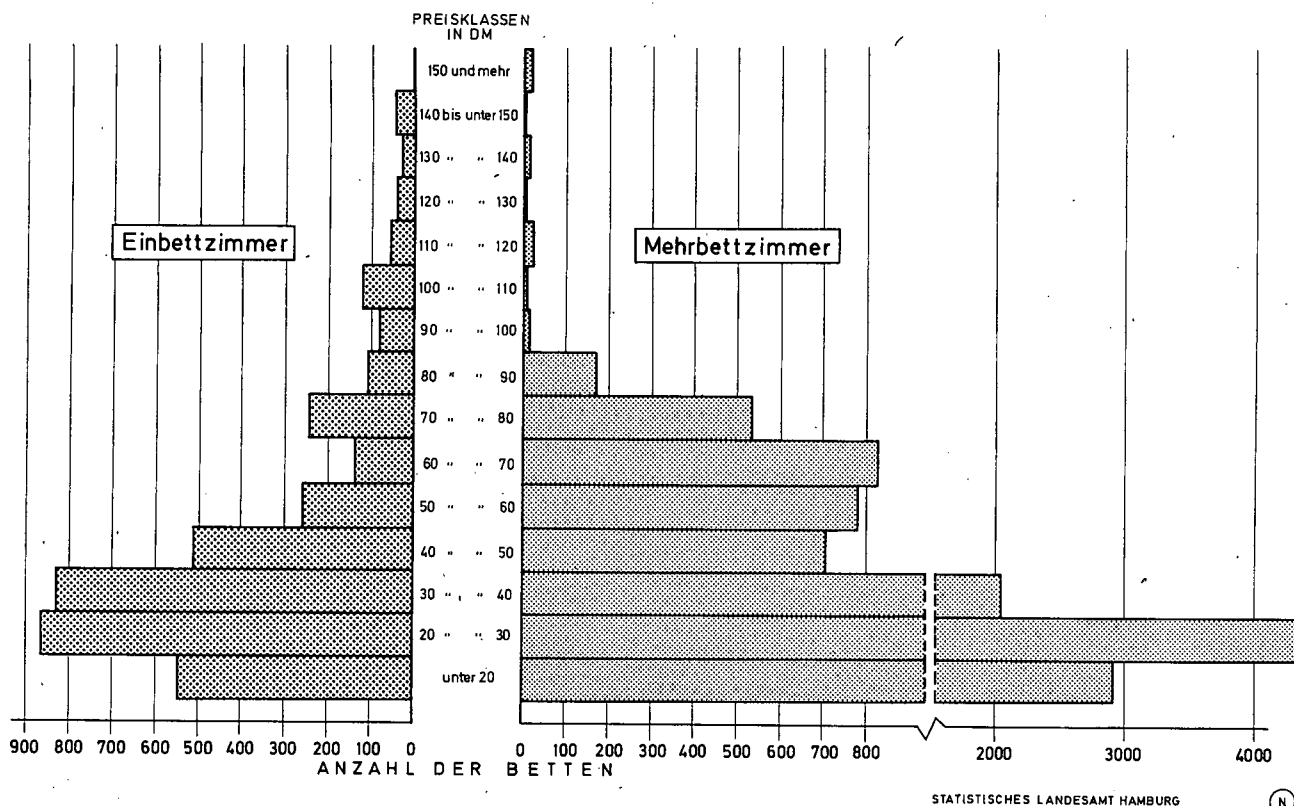
Bettenpreis in DM	Betten				
	insgesamt	davon in			Gasthöfen und Hotel- Pensionen
		Hotels	Hotels garni		
	Anzahl	% kumuliert	Anzahl		
1	2	3	4	5	
in Einbettzimmern					
bis unter 20	449	11,8	83	209	157
20 " " 30	867	34,4	257	377	233
30 " " 40	834	56,3	416	253	165
40 " " 50	514	69,7	322	174	18
50 " " 70	400	80,2	303	77	20
70 " " 100	443	91,8	443	-	-
100 und mehr	314	100,0	314	-	-
I n s g e s a m t	3 821	.	2 138	1 090	593
in Mehrbettzimmern					
bis unter 20	2 912	23,4	555	1 539	818
20 " " 30	4 367	58,5	1 830	1 398	1 139
30 " " 40	2 037	74,9	1 291	532	214
40 " " 50	708	80,6	570	78	60
50 " " 70	1 610	93,5	1 606	4	-
70 " " 100	719	99,3	719	-	-
100 und mehr	86	100,0	86	-	-
I n s g e s a m t	12 439	.	6 657	3 551	2 231

1) einschl. Frühstück und Mehrwertsteuer.

Der Übernachtungspreis je Gast in einem Zimmer, das mit mehr als einem Bett ausgestattet ist, ist im allgemeinen niedriger als in einem sonst gleichwertigen Einbettzimmer. Daher werden beide Preise getrennt dargestellt. Wenn allerdings in einem Betrieb alle Einbettzimmer vergeben sind, kann es durchaus vorkommen, daß ein Mehrbettzimmer an einen Einzelgast zu einem höheren Preis als für ein Einbettzimmer abgegeben wird. In welchem Ausmaß und zu welchen Konditionen dies geschieht, wurde bei der Erhebung nicht berücksichtigt.

Schaubild

Die Betten im Beherbergungsgewerbe in Hamburg am 1. April 1975 nach Ein- und Mehrbettzimmern und nach Preisklassen



Die Betten der unteren Preisklasse befinden sich überwiegend in Hotels garnis, Gasthöfen und Hotel-Pensionen. Je höher der Preis, desto größer wird der Anteil der Hotelbetten. Ab DM 40,- bei den Einbettzimmern und ab DM 30,- bei den Mehrbettzimmern ist die größere Zahl der Betten bei den Hotels anzutreffen. Zu Preisen von DM 70,- und mehr gibt es nur noch Betten in Hotels.

Bemerkenswert hoch ist die Zahl der Einbettzimmer in den oberen Preisklassen. Obwohl die Bettenzahl der Mehrbettzimmer insgesamt etwa dreimal so groß ist, stehen hier mit etwas über 800 Schlafstätten zu Preisen von DM 70,- und höher nur wenig mehr Betten als für Einzelreisende zur Verfügung, für die die

entsprechende Zahl immerhin mehr als 750 ausmacht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Einbettzimmer erheblich teurer sind als Mehrbettzimmer.

In Spalte 2 der Tabelle 3 ist der Prozentsatz für alle Betten bis zum jeweiligen Preis der Vorspalte angegeben. Auf diese Weise wird z. B. deutlich, daß für Einzelreisende etwa ein Drittel aller Betten zu einem Preis von unter DM 30,- zur Verfügung steht. Zwei Drittel der Betten sind zu Preisen von unter DM 50,- zu haben. Bei Mehrbettzimmern werden fast 59% des Angebots unter DM 30,- und sogar 75% unter DM 40,- abgegeben.

Erich Walter

Die Frau als Pkw-Fahrerin

Jedem aufmerksamen Beobachter des Verkehrsgeschehens auf unseren Straßen wird aufgefallen sein, daß die Beteiligung der Frau am Straßenverkehr, vor allem in der Rolle als Fahrzeugführerin, seit einiger Zeit deutlich zugenommen hat. Vor gut zehn Jahren noch ein relativ seltenes Bild, gehört eine Frau am Steuer eines Pkws in der Tat heute beinahe ebenso selbstverständlich zum Verkehrsalltag wie das männliche Geschlecht.

Mit wachsender aktiver Teilnahme der Frau haben sich natürlich auch die Unfallzahlen und das Verhält-

nis der Schuldquoten männlicher und weiblicher Verkehrsteilnehmer geändert. Demzufolge ist das Interesse an Vergleichsanalysen über die Unfallbeteiligung beider Gruppen mehr und mehr gestiegen. Z. B. untersucht man immer wieder die Frage, ob Frauen vorsichtiger, rücksichtsvoller, mit einem Wort sicherheitsbewußter Auto fahren und deshalb weniger oder zumindest doch weniger schwerwiegende Unfälle verursachen. Dabei wird oft übersehen, daß für die exakte Behandlung einer derartigen These wichtige statistische Basisdaten fehlen. So gibt es keine aktuellen Aufzeichnungen über die Gesamtzahl der Führer-

scheininhaber sowie über die Höhe der Fahrleistungen männlicher bzw. weiblicher fahrberechtigter Personen für eine hinreichend lange Referenzperiode. Die Erhebung der benötigten Zahlen ist nur im Rahmen umfangreicher Befragungen möglich und wird aus finanziellen Gründen immer wieder zurückgestellt. Die während der Volkszählung 1961 erhobenen Daten über Führerscheininhaber und deren Fahrleistungen sowie die zuletzt im Rahmen der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1965 ermittelten Zahlen der Fahrberechtigten lassen sich auf die heutigen Verkehrsverhältnisse nur noch sehr bedingt anwenden. Ohne diese Informationen ist jedoch eine Gegenüberstellung der Unfallbeteiligung von Männern und Frauen bedenklich und aus statistisch-methodischer Sicht sogar unzulässig.

Der vorliegende Beitrag kann deshalb auch nur einige Hinweise geben, ohne die gestellte Frage abgerundet zu behandeln. Hier kommt es vor allem darauf an, dem Leser auch die begrenzte Aussagefähigkeit des vorliegenden Zahlenmaterials am Beispiel Hamburgs zu verdeutlichen.

Seit 1967 jährlich mehr Führerscheine an Frauen als an Männer

Gewisse Anhaltspunkte für den Nachweis einer wachsenden Präsenz der Frau im Pkw-Verkehr liefert die Statistik der Führerscheinerteilungen. Tabelle 1 gibt die Entwicklung der Ersterteilungen von Führerscheinen der Klasse 3 seit 1960 wieder, die hauptsächlich zum Fahren eines Personen- bzw. Kombinationsfahrzeuges berechtigen. Sie stellen die überwiegende Zahl aller Führerscheintypen (ihr Anteil lag in den letzten Jahren immer zwischen 79 % und 91 %¹⁾) dar

¹⁾ Vergl. „Erteilung und Entziehung von Führerscheinen in Hamburg 1960 bis 1972“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 2/74, S. 33 ff.

und sind für die Problemstellung auch die wichtigsten. Für Männer und Frauen weist die Tabelle sowohl bei den abgelegten Fahrprüfungen als auch bei den Führerscheinerteilungen bemerkenswerte Unterschiede aus.

Zunächst fällt auf, daß die Zahl der Prüfungen insgesamt im Vergleich zu 1960 um fast 40 % gesunken ist. Das liegt vor allem an der kontinuierlichen Abnahme im Bereich der männlichen Führerscheinebewerber von rd. 35 000 im Jahr 1960 auf weniger als die Hälfte für 1974. Dagegen verzeichnet die Gruppe der weiblichen Kandidaten bis 1965 z. T. beachtliche Zunahmen. Auch in den späteren Jahren ist das Niveau von 1960 noch nicht wieder unterschritten worden.

Diese gegenläufige Tendenz bestätigt die Vermutung, daß bei den Männern im Hinblick auf den Erwerb einer Fahrerlaubnis seit Mitte der 60er Jahre ein gewisser „Sättigungsgrad“ erreicht worden ist. Seitdem dürfte sich der Kreis der Prüfungsteilnehmer vornehmlich aus heranwachsenden Jugendlichen zusammensetzen. Hingegen scheint in der weiblichen Bevölkerung Hamburgs auch heute noch ein größeres Reservoir an älteren Führerscheinkandidatinnen zu bestehen. Für beide Gruppen wird aber deutlich, daß die Meldungen zur Fahrprüfung auch sehr stark von finanziellen Überlegungen bestimmt werden. So folgte der wirtschaftlichen Rezession 1967 auch bei den Prüfungszahlen ein ausgesprochener Einbruch im Jahr 1968. Für 1974 deutet sich eine ähnliche Entwicklung an. Speziell bei den weiblichen Personen dürften die gestiegenen Zahlen vor allem in jüngster Zeit durch den Trend zur Anschaffung eines Zweitwagens in vielen Familien wesentlich mitbeeinflusst worden sein.

Die Zahl der bestandenen Fahrprüfungen und damit die Menge der Ersterteilungen von Führerscheinen ist

Tabelle 1

Prüfungen zur Erlangung einer Fahrerlaubnis der Klasse 3 in Hamburg 1960 bis 1974

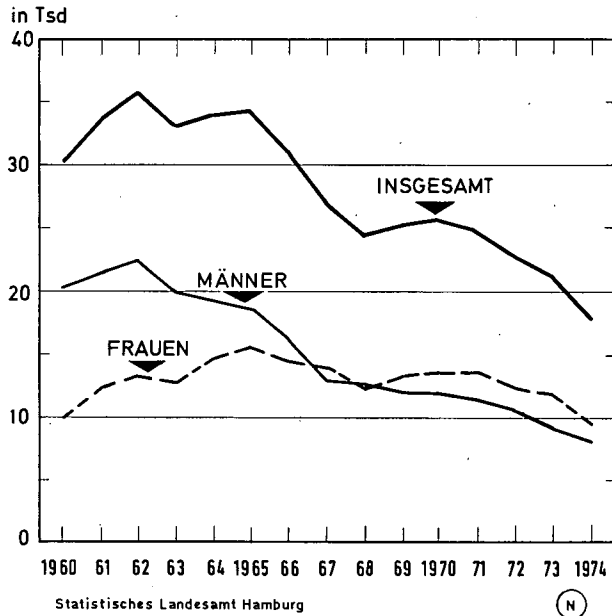
Jahre	Abgelegte Prüfungen					darunter bestandene Prüfungen (= Ersterteilungen)				
	insgesamt		davon von			insgesamt	davon von			
			Männern	Frauen			Männern		Frauen	
	Anzahl	1960=100 ¹⁾	Anzahl		1960=100 ¹⁾	Anzahl	in % v. Sp. 3	Anzahl	in % v. Sp. 4	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1960	48 739	100	34 964	13 775	100	30 182	20 211	57,8	9 971	72,4
1961	54 494	112	37 534	16 960	123	33 877	21 485	57,2	12 392	73,1
1962	57 607	118	38 810	18 797	136	35 797	22 582	58,2	13 215	70,3
1963	53 255	109	34 805	18 450	134	32 944	20 086	57,7	12 858	69,7
1964	54 816	112	33 574	21 242	154	34 062	19 261	57,4	14 801	69,7
1965	55 304	113	32 927	22 377	162	34 408	18 740	56,9	15 668	70,0
1966	50 530	104	28 984	21 546	156	30 958	16 276	56,2	14 682	68,1
1967	46 252	95	24 939	21 313	155	27 088	12 947	51,9	14 141	66,3
1968	41 744	86	23 405	18 339	133	25 256	12 780	54,6	12 476	68,0
1969	42 581	87	21 948	20 633	150	25 510	12 086	55,1	13 424	65,1
1970	42 756	88	22 360	20 396	148	25 748	12 010	53,7	13 738	67,4
1971	37 719	77	19 010	18 709	136	25 075	11 357	59,7	13 718	73,3
1972	35 187	72	17 783	17 404	126	22 924	10 488	59,0	12 436	71,5
1973	34 216	70	16 750	17 466	127	21 396	9 320	55,6	12 076	69,1
1974	29 375	60	14 771	14 604	106	17 915	8 281	56,1	9 634	66,0

¹⁾ gerundete Meßziffern.

gegenüber dem Ausgangsjahr beträchtlich zurückgegangen. 1960 wurden in Hamburg noch nahezu 30 000 neue Führerscheine ausgegeben, heute sind es dagegen nur noch rd. 18 000. Hierbei hat sich das Verhältnis beider Personengruppen im Laufe der Jahre deutlich zugunsten der Frauen verschoben. Während anfänglich nur jede dritte Fahrerlaubnis an eine Frau vergeben wurde, stieg dieser Anteil insbesondere seit 1967 steil an und lag 1974 bereits bei 54 %. Allerdings hat die absolute Zahl weiblicher Führerscheinerwerber seit etwa drei Jahren wieder etwas abgenommen.

Schaubild 1

Ersterteilungen von Fahrerlaubnissen der Klasse 3 in Hamburg 1960 bis 1974



Als wichtigstes Ergebnis der vorangegangenen Überlegungen ist festzuhalten: Die jährlichen Zuwachsraten der Ersterteilungen nehmen seit 1965 rapide ab, insbesondere hervorgerufen durch die Entwicklung bei den Männern. Die Zunahme bei den Frauen ist erst seit 1968 leicht rückläufig. Dies ist ein relativ sicherer Hinweis auf die gestiegene Zahl der am Straßenverkehr beteiligten Frauen. Dennoch reichen diese Daten nicht aus, um auf die Gesamtheit der Fahrberechtigten und deren tatsächliche Fahrleistung zu schließen. Zusätzlich wäre die Kenntnis der Führerscheinentzüge durch Todesfälle sowie die Wanderungsbewegungen von Führerscheininhabern erforderlich. Schließlich fehlen brauchbare Informationen über den Ausnutzungsgrad der Fahrerlaubnis.

Frauen schneiden bei der Führerscheinprüfung erfolgreicher ab

Häufig wird behauptet, Frauen fehle es an technischem Verständnis und Einfühlungsvermögen in die Erfordernisse des modernen Straßenverkehrs. Daraus wird leicht der Schluß gezogen, daß Männer bei der Ablegung der Führerscheinprüfung den Frauen weit überlegen sind. Dagegen spricht jedoch das erfolgreichere Abschneiden der weiblichen Personen bei den Prüfungen im betrachteten Zeitraum. Während bei den männlichen Absolventen in allen Jahren zwischen 52 % und maximal 60 % die Fahrprüfung bestanden,

lag der entsprechende Anteil bei den weiblichen Kandidaten zwischen 65 % und 73 %. Allerdings geht aus diesen Zahlen nicht hervor, ob Frauen ihre Prüfung nicht möglicherweise erst nach einer im Durchschnitt längeren Ausbildungszeit abgelegt haben. Es ist anzunehmen, daß die geringere Durchfallquote bei den Frauen vor allem auf eine intensivere Vorbereitung auf die theoretische Prüfung zurückzuführen ist. Insofern scheint der praktische Prüfungsteil für das Verhältnis der Erfolgsquoten beider Gruppen nicht die entscheidende Rolle zu spielen. Vermutlich ist der Anteil der männlichen Kandidaten, die schon vor der praktischen Prüfung durchfallen, beträchtlich. Höhere Erfolgsquoten bei den Führerscheinprüfungen lassen aber letztlich noch keinerlei Rückschlüsse auf Fahrtechnik und das Fahrverhalten und die spätere Bewährung im täglichen Straßenverkehr zu.

Alkoholmißbrauch, auch bei Frauen häufigster Entziehungsgrund

Seit 1965 hat sich die Gesamtheit aller Personen, deren Führerscheine einbehalten wurden – von einigen Schwankungen abgesehen –, leicht erhöht. Ohne das für diesen Anstieg in der Regel ursächliche Fehlverhalten der Pkw-Fahrer zu bagatellisieren, kann man diese Entwicklung zunächst auf die höhere Zahl aktiver Verkehrsteilnehmer überhaupt zurückführen.

Tabelle 2

Entziehungen der Fahrerlaubnis in Hamburg 1965 bis 1974

Jahre	Entziehungen				darunter wegen Trunkenheit		
	insgesamt	davon bei		insgesamt	davon von		
		Männern	Frauen		Männern	Frauen	
		Anzahl	in % v. Sp. 1		in % v. Sp. 2	in % v. Sp. 3	
1	2	3	4	5	6	7	
1965	3 886	3 783	103	2,7	3 225	83,2	74,8
1966	4 586	4 468	118	2,6	4 022	87,8	85,6
1967	4 981	4 847	134	2,7	4 453	89,5	85,1
1968	5 176	5 014	162	3,1	4 695	90,8	87,0
1969	4 949	4 793	156	3,2	4 554	92,2	85,3
1970	5 240	5 073	167	3,2	4 955	94,7	91,6
1971	5 084	4 889	195	3,8	4 809	94,6	95,4
1972	5 207	4 992	215	4,1	4 923	94,6	94,4
1973	5 844	5 545	299	5,1	5 559	95,3	92,6
1974	4 956	4 676	280	5,6	4 600	92,9	90,7

Die Differenzierung der Zahl der Führerscheinentziehungen nach dem Geschlecht zeigt, daß z. B. 1974 in 94 % aller Fälle männliche Fahrzeugführer betroffen waren. Seit 1965 ist der Anteil geringfügig gesunken (für frühere Jahre liegen keine Zahlen vor). Demgegenüber hat sich der Prozentsatz der Frauen, denen der Führerschein abgenommen wurde, in dieser Zeit zwar um mehr als das Doppelte auf 5,6 % erhöht. Die Zahl von 280 Personen ist jedoch für etwaige Schlußfolgerungen über die höhere Verkehrsbeteiligung bzw. die zunehmende Fahrleistung zu klein. Auf jeden Fall ist zu erkennen, daß sich bei den Männern die Zahl der bestandenen Prüfungen und der Führerscheinentziehungen in etwa gleichförmig entwickelt hat, während Fahrverbote bei den Frauen – allerdings bei geringer absoluter Zahl – unverkennbar angestiegen sind. Besorgniserregend ist die hohe Zahl von Trunkenheitsdelikten im Straßenverkehr, dem schwerwiegendsten

Grund für die Einziehung von Führerscheinen. Dies ist um so bedauerlicher, als gerade solchen Vergehen häufig folgenschwere Unfälle vorausgegangen sind. Während bei den Frauen 1965 noch 75 % der Entziehungen auf Alkoholgenuß zurückging, erreichte dieser Anteil mit 95 % seinen Höchstwert im Jahre 1971. Seither ist jedoch eine abnehmende Tendenz zu erkennen. Eine etwas andere Entwicklung läßt sich bei den Männern feststellen. Hier zeigt sich bis 1973 ein stetiger Anstieg der Trunkenheitsfälle, wobei die Prozentzahlen zum Teil weit über denen der Frauen lagen. Es hat den Anschein, daß männliche Fahrzeugführer einerseits entsprechend ihrer höheren Verkehrsbeteiligung stärker betroffen sind und andererseits Trunkenheit im Straßenverkehr ein Delikt ist, für das männliche Fahrzeugführer anfälliger sind als Frauen²⁾.

Beteiligung der Pkw-Fahrer an Personenschadensunfällen beträchtlich gestiegen

Die Gesamtzahl der Unfallbeteiligten³⁾ lag 1974 um 37 % über dem Niveau von 1960 (Tabelle 3). Diese Entwicklung ist jedoch keineswegs einheitlich, sondern von Jahr zu Jahr in erheblichen Schwankungen verlaufen. Auffallend sind hierbei die „Einbrüche“ zwischen 1963 bis 1965 sowie insbesondere der Rückgang in den letzten beiden Jahren. Der Interpretation sind immer wieder dadurch Grenzen gesetzt, daß die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Einflußfaktoren und dem Unfallgeschehen nicht genau erkannt sind. So könnten die Einführung von Zebrastreifen (1964) sowie das Zweite Gesetz zur Sicherheit des Straßenverkehrs (1965), das die Strafandrohung für eine Reihe von schweren Verkehrsdelikten erheblich verschärfte, eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Ebenso sind die Ursachen für den rapiden Rückgang der Zahlen in den Jahren 1973 und 1974 noch weitgehend ungeklärt. Es hat jedoch den Anschein, daß die Einführung des 0,8 ‰-Gesetzes (1973) und die verstärkten Bemühungen der Massenmedien zur Verkehrssicherheit ein verantwortungsvolleres Fahrverhalten bewirkt haben. Ohne Zweifel haben auch die Betriebskostensteigerungen als Folge der Energiekrise indirekt über die geringere Fahrleistung und Verkehrsdichte zu einer Reduzierung geführt.

Wenn man sich bei der Auswertung der Unfallstatistik nur auf diejenigen Fahrzeugführer konzentriert, die an Personenschadensunfällen beteiligt waren, kann eine hinreichende Vollständigkeit der Erhebung unterstellt werden. Dagegen ist die Erfassung von Sachschadensfällen häufig lückenhaft, weil insbesondere bei sogenannten Bagatellunfällen die Betroffenen sich oft gütlich einigen, so daß keine polizeiliche Meldung an die Statistik erfolgt.

Fast jeder fünfte unfallbeteiligte Pkw-Fahrer war eine Frau

Im einzelnen geht aus der Tabelle 3 hervor, daß die Zahl der unfallbeteiligten Frauen weitaus stärker

Tabelle 3

Unfallbeteiligte und unfallverursachende Pkw-Fahrer¹⁾ bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1960 bis 1974²⁾

Jahre	Pkw-Fahrer ¹⁾ insgesamt		davon				
			Männer		Frauen		
	Anzahl	1960 bzw. 1966=100	Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1	1960 bzw. 1966=100
	1	2	3	4	5	6	7
Unfallbeteiligte							
1960	9 707	100	8 976	92,5	731	7,5	100
1961	10 442	108	9 555	91,5	889	8,5	122
1962	12 329	127	11 341	92,0	988	8,0	135
1963	12 151	125	11 073	91,1	1 078	8,9	148
1964	11 908	123	10 861	91,2	1 047	8,8	143
1965	11 769	121	10 578	89,9	1 191	10,1	163
1966	13 405	138	11 965	89,3	1 440	10,7	197
1967	13 795	142	12 187	88,3	1 608	11,7	220
1968	14 582	150	12 798	87,8	1 784	12,2	244
1969	14 405	148	12 508	86,8	1 897	13,2	260
1970	16 730	172	14 473	86,5	2 257	13,5	309
1971	16 290	168	13 801	84,7	2 489	15,3	341
1972	16 836	173	14 152	84,1	2 684	15,9	367
1973	15 123	156	12 499	82,6	2 624	17,4	359
1974	13 294	137	10 838	81,5	2 456	18,5	336
Unfallverursacher							
1966	6 323	100	5 604	88,6	719	11,4	100
1967	6 386	101	5 595	87,6	791	12,4	110
1968	6 746	107	5 838	86,5	908	13,5	126
1969	6 639	105	5 693	85,8	946	14,2	132
1970	7 728	122	6 618	85,6	1 110	14,4	154
1971	7 634	121	6 391	83,7	1 243	16,3	173
1972	7 830	124	6 535	83,5	1 295	16,5	180
1973	7 184	114	5 839	81,3	1 345	18,7	187
1974	6 243	99	5 043	80,8	1 200	19,2	167

1) einschl. Führer von Kombinationskraftwagen.

2) Angaben über Unfallverursacher liegen nur für die Jahre 1966 bis 1974 vor.

zugenommen hat als die der Männer. Während in den letzten 15 Jahren die Zuwachsrate bei den Männern 21 % betrug, stieg die Zahl der weiblichen Fahrzeugführer weit überproportional auf mehr als das Dreifache an. Hierbei fällt auf, daß hinsichtlich der männlichen Unfallbeteiligten ähnliche jährliche Schwankungen auftraten wie in der Gesamtentwicklung. Im Vergleich dazu verlief die Entwicklung bei den Frauen kontinuierlicher.

1974 befanden sich unter den in Straßenverkehrsunfällen verwickelten Fahrern von Personenkraftwagen (rd. 13 000) knapp 19 % Frauen gegenüber noch 8 % im Jahre 1960. Aus der Statistik der Führerscheinerteilungen ging hervor, daß Frauen bereits seit 1967 ein größeres Kontingent bei den Ersterteilungen stellen als Männer. Insofern dürfte die starke Erhöhung der Unfallbeteiligung der Frauen auch aus einer stärkeren Teilnahme am motorisierten Fahrverkehr resultieren.

Die Frage, ob Männer oder Frauen gemessen an ihrer Verkehrsbeteiligung häufiger in Unfälle verwickelt werden, läßt sich allerdings hieraus nicht ohne weiteres ableiten, da Angaben über die Fahrleistung als wichtigste Bezugsgröße für die Unfallbeteiligung fehlen. Erfahrungsgemäß steigt die Wahrscheinlichkeit, in einen Unfall verwickelt zu werden, mit der Länge der zurückgelegten Fahrstrecke⁴⁾. Nur bei entsprechenden Vergleichszahlen für beide Personengruppen wäre zu dieser Frage eine klare Aussage möglich. Einige interessante Aufschlüsse über die Relation erhält man allerdings aus einer Sonderuntersuchung über das Zahlenmaterial aus der Volkszählung 1961⁵⁾. Danach

²⁾ Vergl. auch: „Erteilung und Entziehung von Führerscheinen in Hamburg“, a. a. O., S. 35 ff.

³⁾ Zu den Unfallbeteiligten zählen die Verursacher von Unfällen und die Personen, die ohne schuldhaftes Verhalten in Mitleidenschaft gezogen werden. Jedoch werden hier ausschließlich die Fahrer von Pkw's und Kombis einbezogen, nicht auch die übrigen Insassen.

⁴⁾ Vergl. „Die Beteiligung der Hamburger Bevölkerung am Straßenverkehr mit Kraftfahrzeugen 1961, Teil II: Straßenverkehrsunfälle“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 4/1966, S. 118 ff.

⁵⁾ Vergl. „Die Beteiligung der Hamburger Bevölkerung am Straßenverkehr mit Kraftfahrzeugen 1961, Teil I: Fahrberechtigte und Fahrleistung“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 3/1966, S. 79 ff.

war die durchschnittliche Fahrleistung der Männer zweieinhalbmal so hoch wie die der Frauen. Die damals festgestellten Unterschiede dürften zwar mittlerweile bedeutend geringer geworden sein; geht man aber davon aus, daß die Gesamtfahrleistung der weiblichen Verkehrsteilnehmer zugenommen hat, so erklärt sich damit auch der starke Anstieg ihrer Unfallbeteiligung im Vergleich zu den Männern.

Frauen verursachen relativ häufiger Unfälle als Männer

Eindeutige Aussagen über das schuldhaft Verhalten der Unfallbeteiligten ergeben sich erst, wenn man die beteiligten Personen nach Verursachern und Nichtschuldigen unterteilt⁶⁾. Als Verursacher gelten diejenigen Unfallbeteiligten, die nach polizeilichen Angaben mit der Hauptursache für das Zustandekommen eines Unfalls belastet sind. Als Nichtschuldige werden umgekehrt jene Unfallbeteiligte angesehen, denen grobes Fehlverhalten nicht nachgewiesen werden konnte.

In allen betrachteten Jahren lag der Anteil der Frauen, die als Hauptverursacher in einen Unfall verwickelt waren, etwas höher als der ihrer Unfallbeteiligung. Zum Beispiel betrug die Quote der weiblichen Pkw-Fahrer bei den Hauptverursachern von Unfällen 1974 19,2 %, bei den Unfallbeteiligten dagegen nur 18,5 %. Hinsichtlich dieser Relation schneiden die Männer gegenüber den Frauen also etwas besser ab. Hinzu kommt, daß der Anteil der Männer, die einen Unfall verursacht haben, seit 1966 eine sinkende Tendenz aufweist. Wenngleich angesichts der absolut noch geringen Verkehrs- bzw. Unfallbeteiligung der Frauen bei der Statistik auch Zufallseinflüsse eine gewisse Rolle gespielt haben können, sind die Abweichungen zwischen den Zahlen für Männer und Frauen in erster Linie wohl Ausdruck unterschiedlicher Verkehrserfahrung. Viele Frauen, insbesondere nicht-berufstätige, benutzen den familieneigenen Wagen nur gelegentlich und haben damit auch nur geringe Chancen, ihre Verkehrserfahrung zu bereichern.

Unterschiedliches Fahrverhalten von Frauen und Männern

In den Verkehrsunfallanzeigen, die die Grundlage der Straßenverkehrsunfallstatistik bilden, werden von der Polizei auch die unmittelbaren Ursachen der Unfälle aufgenommen. Die wichtigsten Unfallursachen sind:

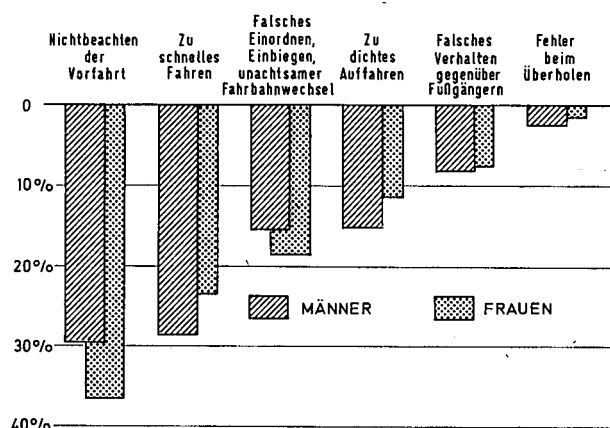
⁶⁾ Vergl. „Zur Frage des Schuldverhaltens einzelner Verkehrsteilnehmergruppen bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1969 bis 1972“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 6/1974, S. 173 ff.

- Nichtbeachten der Vorfahrt
- Zu schnelles Fahren
- Falsches Einordnen, Einbiegen, unachtsamer Fahrbahnwechsel
- Zu dichtes Auffahren
- Falsches Verhalten gegenüber Fußgängern
- Fehler beim Überholen

Schaubild 2.

Fahrzeugführer als Verursacher*) von Unfällen mit Personenschaden in Hamburg 1970 bis 1974 nach ausgewählten Unfallursachen

Von 100 durch Männer/Frauen verursachten Unfällen gingen zurück auf:



*Das Schaubild enthält nur die Hauptursachen und damit nicht alle Unfälle und deren Verursacher

Statistisches Landesamt Hamburg

(N)

Legt man die letzten fünf Jahre zugrunde, so kann festgestellt werden, daß Fehler und Verstöße, die auf Unachtsamkeit zurückgehen, bei Frauen vergleichsweise zahlreicher auftreten als bei Männern. Zum Beispiel ist die Vorfahrt durch Frauen relativ häufiger (37 %) mißachtet worden als bei Männern (30 %). Auch haben weibliche Fahrzeugführer öfter Unfälle durch falsches Einordnen, Einbiegen und unachtsamen Fahrbahnwechsel herbeigeführt als männliche Fahrer. Dagegen traten bei den Männern solche Unfallursachen in den Vordergrund, die auf eine gewisse aggressive Fahrweise schließen lassen. Hier wäre insbesondere zu dichtes Auffahren und – entsprechend den Verkehrsverhältnissen – zu hohe Geschwindigkeit zu nennen. Zu schnelles Fahren trat bei Männern im Gegensatz zu den Frauen auch relativ häufig in Verbindung mit Trunkenheit auf.

Johannes Marx

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1975	Juni 1975	Juli 1975	Juli 1974
		1973	1974				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	762,3	760,2	763,2	764,1	762,1	759,6
Lufttemperatur	°C	9,5	10,0	11,9	16,0	19,5	15,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	68	61	67	78
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5	6	5	4	5	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	701	68	70	16	43	149
Sonnenscheindauer	Std.	1 680	126,3	244	283	252	184
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	79	7,9	1	—	—	1
Tage mit Niederschlägen	"	240	18,8	20	9	13	28
				Februar 1975	März 1975	April 1975	April 1974
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	245,0	242,4	238,9	238,3	...	243,2
" Altona	"	252,9	250,5	248,3	248,1	...	251,0
" Eimsbüttel	"	251,3	249,7	248,4	248,4	...	250,1
" Hamburg-Nord	"	335,7	328,3	323,7	323,3	...	329,5
" Wandsbek	"	378,0	380,5	383,4	383,2	...	379,5
" Bergedorf	"	93,7	92,8	92,2	92,1	...	93,0
" Harburg	"	201,8	198,9	196,9	196,6	...	199,6
Hamburg insgesamt	"	1 758,4	1 743,1	1 731,8	1 730,0	...	1 745,9
dav. männlich	"	815,0	809,4	803,7	802,8	...	810,7
dav. weiblich	"	943,4	933,7	928,1	927,2	...	935,2
dar. Ausländer ⁷⁾	"	122,7	131,2	130,1	128,0	128,0	131,3
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	930	867,2	687	958	705	816
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,3	6,0	5,2	6,5	...	5,7
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 139	1 127,9	1 067	1 160	1 102	1 096
dar. unehelich	"	105	104,8	104	116	94	102
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	7,8	7,8	8,0	7,9	...	7,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,4	-9,8	10,0	8,6	-9,4
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 156	2 107,6	2 416	2 479	2 002	2 084
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	27	21,4	22	24	18	18
dar. im ersten Lebensjahr	"	14,7	14,5	18,2	16,9	...	14,5
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	23,6	19,0	20,6	21,4	16,2	16,4
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	— 1 017	— 979,7	— 1 349	— 1 319	— 900	— 988
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	— 6,9	— 6,7	— 10,2	— 9,0	...	— 6,9
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"						
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 337	5 747	5 401	5 493	...	6 117
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 536	6 252	5 625	5 979	...	6 983
Fortgezogene Personen	"	— 199	— 505	— 224	— 486	...	— 866
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	+ 83	— 260	— 292	— 278	...	— 473
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	— 282	— 245	+ 68	— 208	...	— 393
dav. männlich	"						
weiblich	"						
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 455	14 080	16 791	12 935	...	16 155
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 669	1 710	1 576	1 755	...	1 865
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 110	1 154	1 114	1 214	...	1 241
Niedersachsen	"	1 000	1 034	1 076	1 022	...	1 191
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	379	405	478	396	...	501
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 468	1 374	1 204	1 221	...	1 595
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	2 202	1 629	1 545	1 495	...	1 466
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 534	2 297	1 941	2 056	...	2 513
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 810	1 799	1 519	1 639	...	1 902
Niedersachsen	"	1 616	1 363	1 151	1 250	...	1 512
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	906	754	634	688	...	764
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 618	1 308	1 012	1 164	...	1 538
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	768	1 284	1 521	1 509	...	1 420

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: Ende März 1975. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1975	Juni 1975	Juli 1975	Juli 1974
		1973	1974				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾	Anzahl	16 740	16 608	16 412	16 383	16 329	16 778
Betten ²⁾	"	13 110	13 023	12 292	12 349	11 944	12 504
Patienten ³⁾	"	406 670	403 631	392 224	378 344	364 989	394 336
Pflegetage	"			79,6	79,6	74,4	79,9
Bettenausnutzung	%	83,3	82,7				
b) Krankenhäuser für Psychiatrie	Anzahl	3 030	3 064	3 085	3 064	3 064	3 026
Betten ²⁾	"	2 893	2 883	2 829	2 838	2 818	2 888
Patienten ³⁾	"	82 499	81 692	83 493	80 282	82 636	83 596
Pflegetage	"			92,1	91,9	91,9	92,3
Bettenausnutzung	%	92,8	91,8				
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	842 743	722 586	835 687	1 482 373	1 799 124	794 937
dar. in Hallenschwimmbädern	"	467 560	482 344	485 739	404 483	444 544	439 536
in Freibädern	"	339 706	207 633	322 023	1 053 327	1 331 343	327 780
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	527 563	581 757	616 400	580 339	509 168	497 576
Ausgeliehene Noten	"	7 021	7 127	8 863	7 287	6 719	3 043
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	37 938	41 647	45 352	43 126	50 200	39 877
Besucher der Lesesäle	"	9 448	10 424	11 475	10 616	10 305	10 123
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung –	"						
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 446	3 700	4 142	3 616	3 883	3 505
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	2 555	2 525	3 043	2 820	3 562	2 832
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 500	1 363	1 347	1 208	1 351	1 553
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	68 258	92 556	83 295	85 060	88 075	93 569
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 302	27 115	8 634	7 750	8 187	10 188
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-	"						
deutsches Landesmuseum	"	12 530	13 462	10 313	10 457	11 352	20 620
Hamburgisches Museum für	"						
Völkerkunde	"	6 177	7 129	6 166	7 292	7 114	7 092
Helms-Museum	"	13 421	16 439	34 401	37 163	24 657	20 264
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	12 094	14 916	33 531	36 136	23 723	19 126
Museum für Hamburgische Geschichte	"	11 447	13 733	17 465	16 756	30 789	20 233
Museum für Kunst und Gewerbe	"	6 383	7 057	4 371	3 996	4 287	6 825
Planetarium	"	5 998	5 758	—	—	—	6 471
Bischofsturm	"		1 863	1 945	1 646	1 689	1 876
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	681,5	682,7	677,1	676,7	677,3	684,4
dav. Pflichtmitglieder	"	399,1	396,6	389,1	388,4	389,0	397,9
Freiwillige Mitglieder	"	46,3	45,8	44,9	44,8	44,5	45,9
Rentner	"	236,1	240,3	243,1	243,5	243,7	240,6
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	27,3	26,1	24,8	22,0	24,0
dav. männlich	"	19,6	18,5	17,5	16,7	14,9	16,2
weiblich	"	9,1	8,8	8,6	8,1	7,1	7,8
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	5 542	12 121	25 742	24 490	24 922	9 162
dav. männlich	"	2 959	7 231	16 630	15 709	15 262	5 100
weiblich	"	2 583	4 890	9 112	8 781	9 660	4 062
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"		4 369	10 083	9 010	7 994	2 227
Technische Berufe	"		889	1 596	1 574	1 893	868
Dienstleistungsberufe	"		6 827	12 890	12 754	13 967	5 685
2. Offene Stellen	"	18 838	13 315	12 335	12 368	11 220	14 876
3. Arbeitsuchende ⁴⁾	"	12 519	19 727	34 223	33 212	33 199	16 475
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	11 269	10 306	8 235	8 969	10 414	13 582
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	5 765	5 381	3 676	3 524	4 544	7 178
5. Kurzarbeiter	"	284	2 289	9 293	6 716	3 758	336
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	1 444	1 407	1 660	1 468	1 265	1 433
dav. an Molkeereien geliefert	%	92,2	92,5	96,7	96,4	96,1	96,6
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	11,3	13,3	12,2	10,2	11,3

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. – ²⁾ Bestand am Monatsende. – ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. – ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1975	Juni 1975	Juli 1975	Juli 1974
		1973	1974				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	1 549	1 215	1 028	1 045	962	1 077
pasteurisiert, abgepackt	"	7 595	6 770	6 503	6 604	6 443	5 976
ultra-hocherhitzt	"	1 046	1 280	1 658	1 133	1 060	1 584
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	136	141	123	120	100	119
ultra-hocherhitzt	"	316	1 389	2 174	2 053	2 390	1 655
Entrahmte Milch	"	620	65	674	594	884	50
Buttermilcherzeugnisse	"		433	656	698	958	455
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"		159	233	322	280	157
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,2	8,3	5,4	4,7	6,5	8,8
Kälber	"	1,1	1,1	1,1	0,7	1,0	1,5
Schweine	"	29,7	28,3	24,1	26,1	21,0	29,7
Schafe	"	0,7	0,6	0,4	0,4	0,9	0,7
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,2	7,5	5,0	3,8	5,4	6,7
Kälber	"	1,0	1,1	1,1	0,7	1,0	1,4
Schweine ¹⁾	"	30,3	28,6	23,9	25,0	21,7	28,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	4 744	4 831	3 543	3 315	3 451	4 541
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 678	1 997	1 356	1 020	1 409	1 787
Kälber	"	80	88	75	54	83	114
Schweine	"	2 960	2 727	2 098	2 229	1 932	2 625
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 367	1 329	1 045	1 281	1 279	1 327
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	194	187	178	178	177	188
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	119	114	107	106	106	115
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	1 000	18 319	17 100	15 590	15 117	13 883	14 934
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	199	213	215	216	229	233
Gehälter (Bruttosumme)	"	170	191	200	211	197	200
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	4	5	4	4	3	5
Gasverbrauch ohne Erdgas ⁷⁾	1 000 cbm	2 661	1 329	1 113	944	930	1 213
Erdgasverbrauch ⁷⁾	1 000 cbm	63 213	35 277	26 801	31 004	30 482	30 424
Heizölverbrauch	1 000 t	58	52	41	39	33	42
Stromverbrauch	Mio kWh	187	257	248	261	265	272
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	13	12	10	10	9	8
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 917	2 245	2 148	2 117	2 023	2 155
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	315	412	450	371	383	350
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 917	2 245	2 148	2 117	2 023	2 155
dar. Mineralölverarbeitung	"	333	479	436	440	471	489
Chemische Industrie	"	168	188	175	194	176	187
Elektroindustrie	"	239	270	258	260	202	237
Maschinenbau	"	150	154	140	160	144	156
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	13	13	13	14	14	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	596	651	679	584 r	472	629
Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio cbm	58	26	29	16 r	15	18
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾							
		1973	1974	4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	2. Vj. 1975	2. Vj. 1974
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	94,1	87,4	83,3	82,3	82,8	88,4
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	123,3	122,6	151,6	103,9	120,2	120,6
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1973	1974	Mai 1975	Juni 1975	Juli 1975	Juli 1974
1. Bauhauptgewerbe ¹²⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	43 660	36 744	31 421	31 378	...	37 558
dar. Inhaber	"	1 238	1 189	1 169	1 198	...	1 160
Angestellte	"	6 218	5 860	5 359	5 294	...	5 801
Arbeiter ¹³⁾	"	38 204	29 694	24 893	24 886	...	30 597
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 711	4 791	3 874	3 828	...	4 174
dav. für Wohnungsbauten	"	1 738	1 335	1 028	978	...	996
gewerbl. und Industr. Bauten	"	2 034	1 624	1 411	1 351	...	1 434
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 939	1 832	1 435	1 499	...	1 744
Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	80,6	74,3	64,5	64,1	...	91,1
Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	"	15,6	15,9	14,7	15,6	...	16,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,6	229,9	191,0	160,3	...	246,2
dav. im Wohnungsbau	"	66,4	61,7	66,1	42,0	...	51,1
gewerbl. und Industr. Bau	"	81,8	70,5	70,6	51,6	...	105,7
öffentlichen und Verkehrsbau	"	81,4	97,7	54,2	66,7	...	89,4

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1975	Juni 1975	Juli 1975	Juli 1974
		1973	1974				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	164	106	131	113	126	49
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		89	61	61	63	77	25
Umbauter Raum	1 000 cbm	416	300	281	228	247	202
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	85,8	63,9	60,6	51,3	58,6	43,7
Wohnfläche	1 000 qm	87	62	62	49	53	43
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	65	51	36	40	48	28
Umbauter Raum	1 000 cbm	493	384	221	244	312	362
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	71,5	77,6	32,3	24,6	62,4	32,1
Nutzfläche	1 000 qm	89	73	54	40	69	44
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 199	837	769	607	651	558
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	171	132	75	58	72	61
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		88	66	41	29	33	25
Umbauter Raum	1 000 cbm	189	394	297	140	230	213
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	80,7	75,5	64,1	27,2	50,1	44,3
Wohnfläche	1 000 qm	91	78	63	30	47	43
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	69	53	40	26	24	23
Umbauter Raum	1 000 cbm	638	619	269	129	194	160
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,9	104,5	25,0	28,5	28,4	14,8
Nutzfläche	1 000 qm	101	97	45	26	39	27
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 244	1 079	799	405	686	677
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	565	475	551	252		254
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	18 000	14 085	13 800	14 000	13 900	22 100
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	188	190	190	190	190	189
Wohnungen	"	738	750	752	753	753	741
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 755	2 800	2 810	2 811	2 814	2 769
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	120,2	127,1	133,1	120,7	...	110,0
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	132,3	145,5	145,8	126,9	...	113,5
Facheinzelhandel	"	118,7	121,7	130,2	120,0	...	109,5
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾							
Mio DM		420	581	435	443	...	574
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	55	89	84	121
Gewerblichen Wirtschaft	"	365	492	359	453
dav. Rohstoffe	"	3	4	3	5
Halbwaren	"	83	132	70	139
Fertigwaren	"	279	356	286	309
dav. Vorerzeugnisse	"	29	64	43	62
Enderzeugnisse	"	250	292	243	247
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	311	404	336	433
dar. EG-Länder	"	199	245	185	269
EFTA-Länder	"	57	77	62	82
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	125,5	132,4	142,9	139,3	...	125,2
dav. Beherbergungsgewerbe	"	133,6	131,5	141,9	135,7	...	118,6
Gaststättengewerbe	"	123,2	132,7	143,2	140,4	...	127,1
4. Fremdenverkehr ⁴⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 405	115 568	127 241	121 347	...	127 119
dar. von Auslandsgästen	"	39 554	35 824	41 376	40 729	...	49 026
Fremdenübernachtungen	"	224 878	224 878	247 635	225 773	...	231 114
dar. von Auslandsgästen	"	73 856	73 855	76 104	71 542	...	85 614

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1975	Juni 1975	Juli 1975	Juli 1974
		1973	1974				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 612	1 489	1 650 s	1 682 s	1 492 s	1 664
Angekommene Schiffe	-	1 571	1 559	1 682 s	1 660 s	1 553 s	1 759
Abgegangene Schiffe	-	4 154	4 362	4 064 p	3 637 p	3 999 p	4 565
Güterverkehr über See	1 000 t	3 098	3 644	2 931 p	2 639 p	2 850 p	3 251
dav. Empfang	-	2 448	2 411	2 357 p	2 085 p	2 277 p	2 603
dav. Massengut	-	1 418	1 348	1 045 p	1 147 p	1 247 p	1 475
dar. Mineralöle	-	650	633	574 p	554 p	573 p	648
Sack- und Stückgut	-	1 058	1 318	1 133 p	998 p	1 149 p	1 314
Versand	-	472	606	617 p	438 p	532 p	651
dav. Massengut	-	588	712	516 p	560 p	617 p	663
Sack- und Stückgut	-	-	-	-	-	-	-
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	382	419	358	355 r	350 p	417
Güterversand	-	400	463	484	421 r	410 p	466
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 165	5 459	5 658 p	5 831 p	6 180 p	6 407
Fluggäste	-	258 767	283 005	306 283 p	348 901 p	336 517 p	314 853
Fracht	1 000 t	2 013,6	2 111,6	2 016,5 p	1 852,5 p	2 005,4 p	2 057,3
Luftpost	-	722,7	728,8	658,2 p	635,0 p	709,8 p	718,6
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	27 546	27 577	26 691	25 474	...	24 238 r
Schnell- und Vorortbahnen	-	3 587	2 932	2 538	2 435	...	2 344
Kraftomnibusse	-	18 621	19 681	19 974	18 344	...	17 991 r
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	488,7	505,5	526,4	530,6	497,6	501,7
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	-	438,5	454,1	472,9	476,7	445,6	449,5
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 419	4 453	6 525	6 247	...	4 405
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	-	4 907	3 868	6 067	5 710	...	3 924
Lastkraftwagen	-	379	348	274	363	...	328
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	986	881	932 p	867 p	715 p	703
Getötete Personen	-	24	23	25 p	16 p	9 p	12
Verletzte Personen	-	1 308	1 145	1 193 p	1 119 p	956 p	957
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	38 431,4	41 863,3	43 781,8	44 256,2	44 036,4	42 140,5
Kredite an Nichtbanken	-	10 470,1	11 436,7	11 274,1	11 589,0	11 081,3	11 597,2
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	-	10 357,1	11 234,7	11 061,7	11 392,3	10 927,3	11 360,2
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	-	5 851,0	6 254,1	6 218,2	6 195,4	6 231,3	6 290,5
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	-	5 393,1	5 595,4	5 339,1	5 284,0	5 341,8	5 609,5
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	-	22 110,3	24 172,5	26 289,5	26 471,8	26 723,7	24 252,8
Langfristige Kredite ⁷⁾ (von 4 Jahren und darüber)	-	20 084,9	21 763,1	23 392,5	23 508,1	23 653,5	21 801,1
dar. Durchlaufende Kredite	-	809,8	678,8	616,3	604,7	595,4	675,3
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	-	27 194,1	29 736,6	31 022,4	31 285,6	31 349,8	29 595,5
dav. Sicht- und Termingelder	-	17 617,9	19 634,8	19 333,4	19 545,7	19 512,2	19 599,0
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	-	12 981,1	14 376,3	13 939,6	14 333,1	14 187,8	14 288,9
Spareinlagen	-	9 578,2	10 101,8	11 689,0	11 739,9	11 837,6	9 996,5
dar. bei Sparkassen	-	6 283,8	6 644,1	7 563,5	7 574,6	7 624,7	6 591,4
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	-	531,5	579,2	762,1	687,4	877,6	696,5
Lastschriften auf Sparkonten	-	542,7	564,7	541,5	638,3	785,7	689,6
Zinsgutschriften	-	48,6	54,9	2,2	1,8	5,8	6,1
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	18	21	17	24	21	13
3. Wechselproteste							
	Anzahl	635	630	718	583	613	679
Betrag	1 000 DM	2 988	3 217	2 445	2 188	2 592	3 077

¹⁾ ohne Transit. - ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. - ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1975	Juni 1975	Juli 1975	Juli 1974
		1973	1974				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen *)							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	24 650	21 169	16 699	19 332	21 052	22 038
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 449	3 536	3 426	3 546	3 819	3 899
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 533	1 459	1 579	1 919	1 647	1 056
Geldestellte Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	492	512	787	456	753	437
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg *)							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	159	158	159	158	158
Grundkapital	Mio DM	5 913	6 415	6 685	6 941	6 980	6 338
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 086	6 557	7 041	7 072	7 111	6 569
Stammkapital	Mio DM	5 351	5 838	6 121	6 141	6 113	5 859
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM		814 395	922 786	815 597	1 170 181	826 843	699 626
dav. Steuern vom Einkommen		478 819	573 982	386 505	818 858	483 904	389 769
dav. Lohnsteuer		300 925	349 961	335 530	350 012	361 636	330 491
Veranlagte Einkommensteuer		100 573	104 413	12 678	237 371	62 831	24 667
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		24 266	60 074	14 177	95 350	11 952	25 904
Körperschaftsteuer		53 055	59 535	24 120	136 126	47 486	8 707
Steuern vom Umsatz		335 576	348 803	429 092	351 323	342 939	309 857
dav. Umsatzsteuer		206 253	165 728	221 192	169 694	166 578	146 109
Einfuhrumsatzsteuer		129 313	183 075	207 900	181 629	176 361	163 747
2.* Bundessteuern							
1 000 DM		885 424	884 833	960 854	900 560	999 570	803 611
dar. Zölle		56 426	59 987	58 998	54 595	54 144	62 014
Verbrauchssteuern		782 783	795 961	883 547	825 426	927 378	723 140
dar. Mineralölsteuer		665 657	646 689	703 328	731 877	674 349	617 830
3.* Landessteuern							
1 000 DM		42 954	45 053	69 801	28 635	35 293	30 104
dar. Vermögensteuer		16 971	19 055	48 459	5 459	1 366	3 660
Kraftfahrzeugsteuer		12 314	12 617	11 220	13 157	11 522	13 727
Biersteuer		3 136	3 041	2 918	3 086	3 062	3 008
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM		94 475	103 609	195 528	36 986	131 466	79 370
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		70 343	76 891	170 112	29 778	54 625	21 580
Grundsteuer A		90	62	43	9	138	25
Grundsteuer B		9 402	10 759	24 328	5 725	24 748	14 569
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM		1 308 304	1 375 912	1 437 677	1 486 704	1 583 515	1 170 120
6.* Einnahmen des Landes							
1 000 DM		269 532	317 394	289 164	512 248	144 689	227 895
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen *)		176 408	212 972	168 878	368 312	87 414	168 905
Anteil an den Steuern vom Umsatz		37 385	44 758	8 588	115 301	21 982	28 887
Anteil an der Gewerbesteuerumlage		12 785	14 611	41 897	—	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern *)		68 905	74 388	111 733	36 986	131 466	79 370
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer *)		47 805	53 027	48 749	82 234	27 665	49 722
Einnahmen des Landes insgesamt		386 242	444 809	449 646	631 468	303 821	356 988
		Vj.-Durchschnitt 1973	Vj.-Durchschnitt 1974	4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	2. Vj. 1975	2. Vj. 1974
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio DM		1 762,5	2 026,7	2 202,0	2 305,8	2 053,5	1 902,6
dar. Personalausgaben		795,7	912,7	1 003,9	979,5	973,0	894,9
Bauinvestitionen		185,1	202,7	289,3	126,7	182,7	186,6
dar. für Schulen		54,8	59,2	81,5	32,3	44,8	61,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik		23,1	29,0	33,6	18,3	19,9	29,3
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes		8,5	9,5	15,1	10,6	14,4	9,8
Straßen		20,2	26,5	50,5	15,9	19,1	17,1
Wasserstraßen und Häfen		21,1	20,4	22,5	15,0	44,1	17,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung		155,0	170,7	153,2	187,8	210,6	155,6
Zuführung an Rücklagen		8,6	1,3	5,0	0,0	0,0	0,1
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
"		1 802,7	2 062,7	2 366,0	2 025,3	1 990,6	2 025,5
dar. Steuern		1 158,7	1 334,4	1 508,8	1 183,4	1 269,3	1 305,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		57,7	54,4	76,3	37,0	69,6	62,2
Gebühren, Beiträge usw.		192,2	241,4	235,3	279,6	265,1	228,6
Entnahme aus Rücklagen		12,5	22,1	31,5	0,4	7,6	1,2
Schuldenaufnahme		207,8	232,2	270,0	307,6	196,6	263,9
3. Schuldenstand am Ende des Quartals *)							
"		5 144,3	6 016,7	6 016,7	6 215,4	6 257,6	5 353,2 r
dar. am Kreditmarkt		3 773,7	4 670,8	4 670,8	4 893,2	4 933,9	4 005,8 r
bei Gebietskörperschaften		711,7	716,3	716,3	707,1	703,8	698,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

*) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — *) ohne RM-Gesellschaften. — *) nach Zerlegung. — *) nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — *) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — *) An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1974	Februar 1975	Mai 1975	Mai 1974
		1973	1974				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	199,0	219,6	225,5	226,7	231,3	221,4
dav. Einfamiliengebäude	"	200,0	221,7	228,0	229,8	234,7	223,4
Mehrfamiliengebäude	"	198,0	217,4	222,9	223,5	227,9	219,4
Gemischt genutzte Gebäude	"	197,6	217,8	223,7	224,7	229,3	219,2
Bürogebäude	"	194,2	211,8	216,6	216,6	219,7	213,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	192,2	206,6	210,8	210,4	213,3	206,9
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM						
männliche Arbeiter	"	394	480	490	494	483	445
weibliche Arbeiter	"	245	303	311	313	305	281
Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	8,90	11,01	11,29	11,33	11,25	10,21
weibliche Arbeiter	"	5,97	7,40	7,61	7,65	7,67	6,82
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.						
männliche Arbeiter	"	44,2	43,6	43,4	43,6	42,9	43,6
weibliche Arbeiter	"	41,0	40,9	40,9	40,9	39,8	41,2
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM						
männlich	"	1 905	2 451	2 479	2 531	2 590	2 293
weiblich	"	1 361	1 767	1 795	1 833	1 850	1 638
Technische Angestellte und Meister	"						
männlich	"	2 033	2 545	2 596	2 611	2 619	2 371
weiblich	"	1 374	1 709	1 747	1 757	1 773	1 585
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 775	2 217	2 228	2 278	2 315	2 096
weiblich	"	1 254	1 549	1 565	1 605	1 647	1 448
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 808	2 276	2 292	2 343	2 384	2 145
weiblich	"	1 286	1 594	1 613	1 652	1 690	1 486
Technische Angestellte und Meister	"						
männlich	"	2 024	2 489	2 537	2 554	2 564	2 317
weiblich	"	1 504	1 854	1 883	1 881	1 890	1 768
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 168	11 559	12 256	12 722	13 073	13 128
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	7	6	—	8	8	3
Körperverletzung	"	420	454	416	436	442	533
Raub, räuberische Erpressung	"	110	108	105	121	98	110
Diebstahl	"	7 132	7 332	7 356	7 872	8 560	8 489
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 506	3 794	3 656	4 165	4 447	4 533
Betrug und Untreue	"	1 290	1 294	1 844	1 677	1 489	1 610
Außerdem:	"						
Verkehrsvergehen	"	1 447	1 676	1 637	1 474	1 356	1 593
Verkehrsordnungswidrigkeiten ³⁾	"	9 671	9 863	5 553	5 424	5 466	9 108
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	532	438	586	487	518	384
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁴⁾	"	29 591	30 518	31 304	29 644	26 945	26 800
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	13 870	14 558	14 927	14 217	...	13 186
dav. Feueralarme	"	475	494	466	528	...	301
dar. bekämpfte Großbrände	"	14	15	11	17	...	8
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	107	117	121	109	...	89
Rettungswageneinsätze	"	12 616	13 166	13 509	12 888	...	11 942
dar. für Krankentransporte	"	2 835	2 832	2 550	2 365	...	2 689
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 801	1 763	1 867	1 838	...	1 599
Hilfeleistungen aller Art	"	879	898	952	801	...	943
Außerdem:	"						
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	110	129	190	189	...	74

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsjahreskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1974

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie *)			
	Wohnbevölkerung ¹)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹)	Offene Stellen ¹)	Beschäftigte ¹)	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²)	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 2 024 3. Vj. 2 028	4 356 4 907	10 074 8 970	- 5 718 - 4 063	19 296 22 205	18 056 22 253	- 4 478 - 4 111	28 170 14 618	7 732 11 549	214 950 224 294	106 111	6 343 6 220	3 134 3 067
Hamburg	4. Vj. 1 734 3. Vj. 1 739	3 097 3 507	6 881 5 809	- 3 784 - 2 302	16 805 19 082	18 623 19 783	- 5 602 - 3 003	21 983 11 205	9 136 12 359	181 136 186 233	104 107	7 243 6 555	4 177 3 769
München	4. Vj. 1 322 p 3. Vj. 1 319	2 420 2 649	3 260 3 058	- 840 - 409	24 193 22 872	21 158 23 070	- 2 195 - 607	20 775 12 065	4 892 8 674	182 623 187 638	138 p 142	5 583 5 330	4 223 p 4 041
Köln	4. Vj. 828 3. Vj. 828	1 882 2 014	2 591 2 247	- 709 - 233	13 532 13 228	13 470 13 619	- 647 - 624	13 559 9 210	3 975 5 932	125 142 127 632	151 154	3 803 3 629	4 593 4 383
Essen	4. Vj. 669 3. Vj. 671	1 338 1 410	2 477 2 066	- 1 139 - 656	5 269 5 596	5 798 6 877	- 1 668 - 1 937	10 783 7 528	2 432 3 245	58 017 59 454	87 89	1 407 1 376	2 103 2 051
Düsseldorf	4. Vj. 618 3. Vj. 618	1 156 1 289	2 033 1 952	- 877 - 663	9 042 9 014	8 680 12 871	- 515 - 4 520	9 000 6 062	3 672 4 607	106 209 p 107 971 p	172 p 175 p	3 102 p 2 886	5 019 p 4 670
Frankfurt/M.	4. Vj. 660 3. Vj. 663	1 300 1 405	2 110 1 940	- 810 - 535	12 472 13 713	14 306 15 362	- 2 644 - 2 184	13 175 7 580	7 829 9 202	119 926 122 012	182 184	3 504 3 508	5 309 5 291
Dortmund	4. Vj. 630 3. Vj. 631	1 174 1 291	2 021 1 972	- 847 - 681	5 679 5 905	5 364 7 188	- 532 - 1 964	9 979 7 396	2 418 3 837	73 426 74 729	117 118	1 808 1 747	2 870 2 769
Stuttgart	4. Vj. 612 3. Vj. 615	1 298 1 367	1 691 1 469	- 393 - 102	11 689 14 408	13 623 17 927	- 2 327 - 3 621	4 869 2 878	4 409 6 846	135 428 139 435	221 227	4 631 4 676	7 567 7 603
Bremen	4. Vj. 579 3. Vj. 581	1 194 1 312	1 903 1 685	- 709 - 373	6 508 7 603	7 735 7 826	- 1 936 - 596	8 492 5 526	2 941 4 527	83 487 85 294	144 147	2 929 3 044	5 059 5 239
Hannover	4. Vj. 569 3. Vj. 510	1 147 948	1 696 1 768	- 549 - 820	9 582 9 734	9 702 9 936	- 669 - 1 022	12 811 8 178	3 548 5 150	92 784 97 117	163 190	2 442 2 141	4 292 4 198

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ¹)			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²)	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ³)	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 14 040 3. Vj. 14 718	891 593	440 292	423 431	3 055 2 732	980 543	8 070 4 572	670 652	232 249	115 123	637 693	3 679 3 182	4 632 4 041	201 388 117 919	95 675 72 372
Hamburg	4. Vj. 13 033 3. Vj. 12 268	847 611	488 351	354 364	3 119 2 481	797 348	6 220 3 485	4 216 1 917	305 411	176 236	582 742	3 081 2 563	4 073 3 364	149 275 182 088	202 780 150 238
München	4. Vj. 14 977 3. Vj. 16 583	748 731	566 p 554	158 288	1 023 1 705	325 386	2 107 3 612	977 975	484 602	366 p 456	1 012 1 216	2 028 1 926	2 739 2 644	141 554	125 733
Köln	4. Vj. 6 561 3. Vj. 6 780	338 318	408 384	74 164	645 1 905	301 109	3 808 1 577	2 630 ⁴) 457	140 186	169 225	272 354	1 191 1 118	1 600 1 480	104 861 104 921	70 081 54 359
Essen	4. Vj. 5 970 3. Vj. 5 970	215	320	126 94	457 562	270 79	1 756 485	639 6	34 30	51 45	76 62	856 668	1 091 857	63 149 29 329	75 964 36 828
Düsseldorf	4. Vj. 7 029 p 3. Vj. 6 810 p	320 p 306 p	518 p 495 p	108 70	634 584	168 87	1 403 620	451	161 149	261 241	321 288	926 770	1 152 992	93 264 92 111	64 019 49 657
Frankfurt/M.	4. Vj. 8 823 3. Vj. 9 498	466 425	706 641	209 209	1 087 1 541	288 134	3 862 1 092	1 448 55	261 305	395 460	520 579	1 170 1 121	1 497 1 430	163 112 213 439	117 794 54 706
Dortmund	4. Vj. 5 102 3. Vj. 5 447	264 221	419 350	107 281	353 869	356 191	1 748 894	556 532	42 39	67 62	76 72	904 799	1 157 1 028	38 696 47 233	59 643 30 593
Stuttgart	4. Vj. 8 562 3. Vj. 9 736	497 390	812 634	72 83	522 413	276 150	2 199 838	1 084 498	108 106	176 172	243 240	748 p 751	1 067 p 998	58 900 69 392	122 677 57 977
Bremen	4. Vj. 6 783 3. Vj. 5 540	375 249	648 429	264 284	1 125 1 012	419 158	1 831 700	1 949 286	68 86	117 148	138 160	1 006 876	1 236 1 036	101 389 90 017	51 570 40 899
Hannover	4. Vj. 5 264 3. Vj. 5 792	232 242	408 475	88 122	526 1 201	275 68	1 914 791	1 994 171	91 92	160 180	156 153	923 803	1 190 1 031	36 638 67 932	94 465 41 310

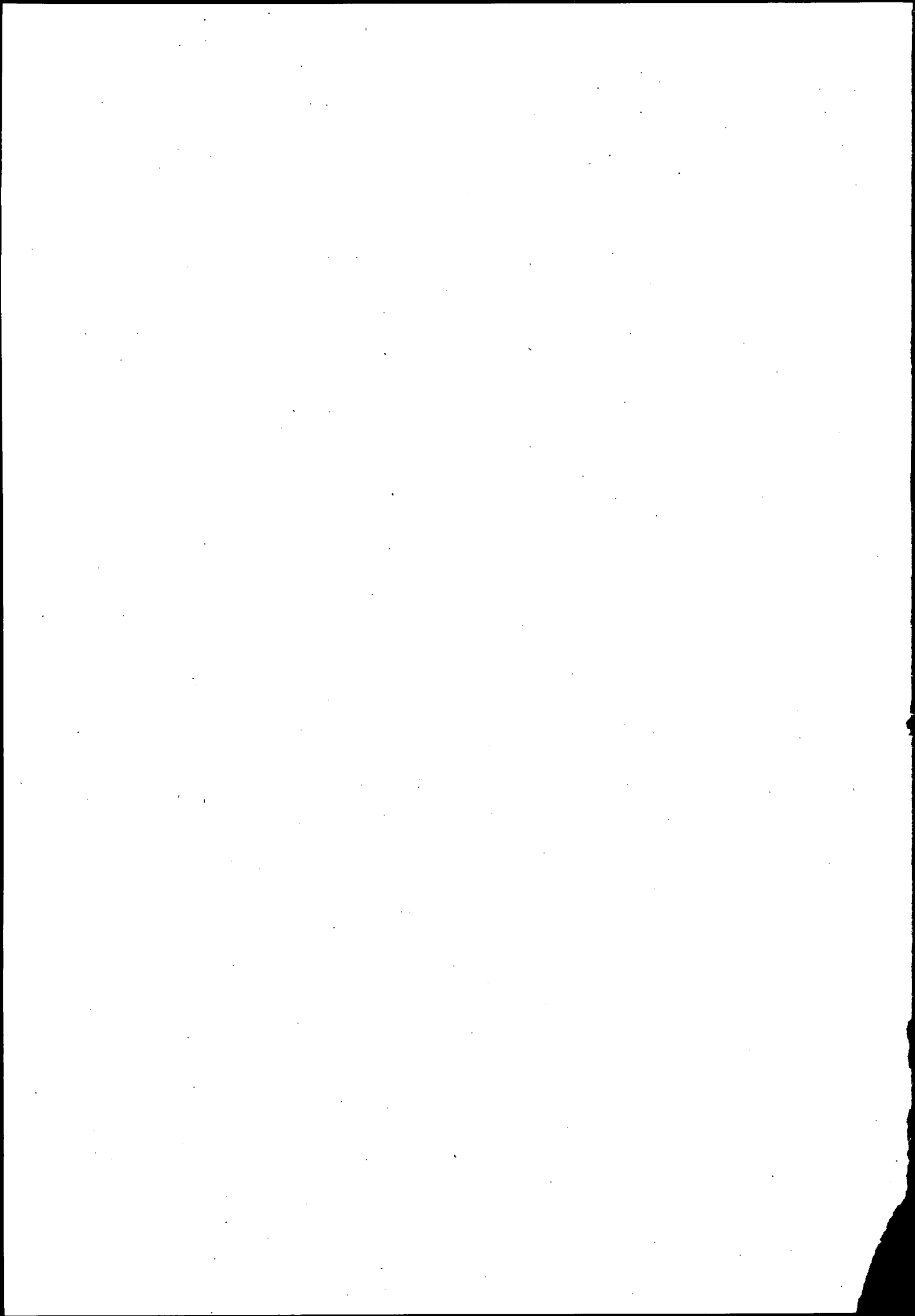
¹) Jeweils Quartalsende. - ²) Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³) ohne Mehrwertsteuer. - ⁴) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶) einschl. sonst. Baumaßnahmen.

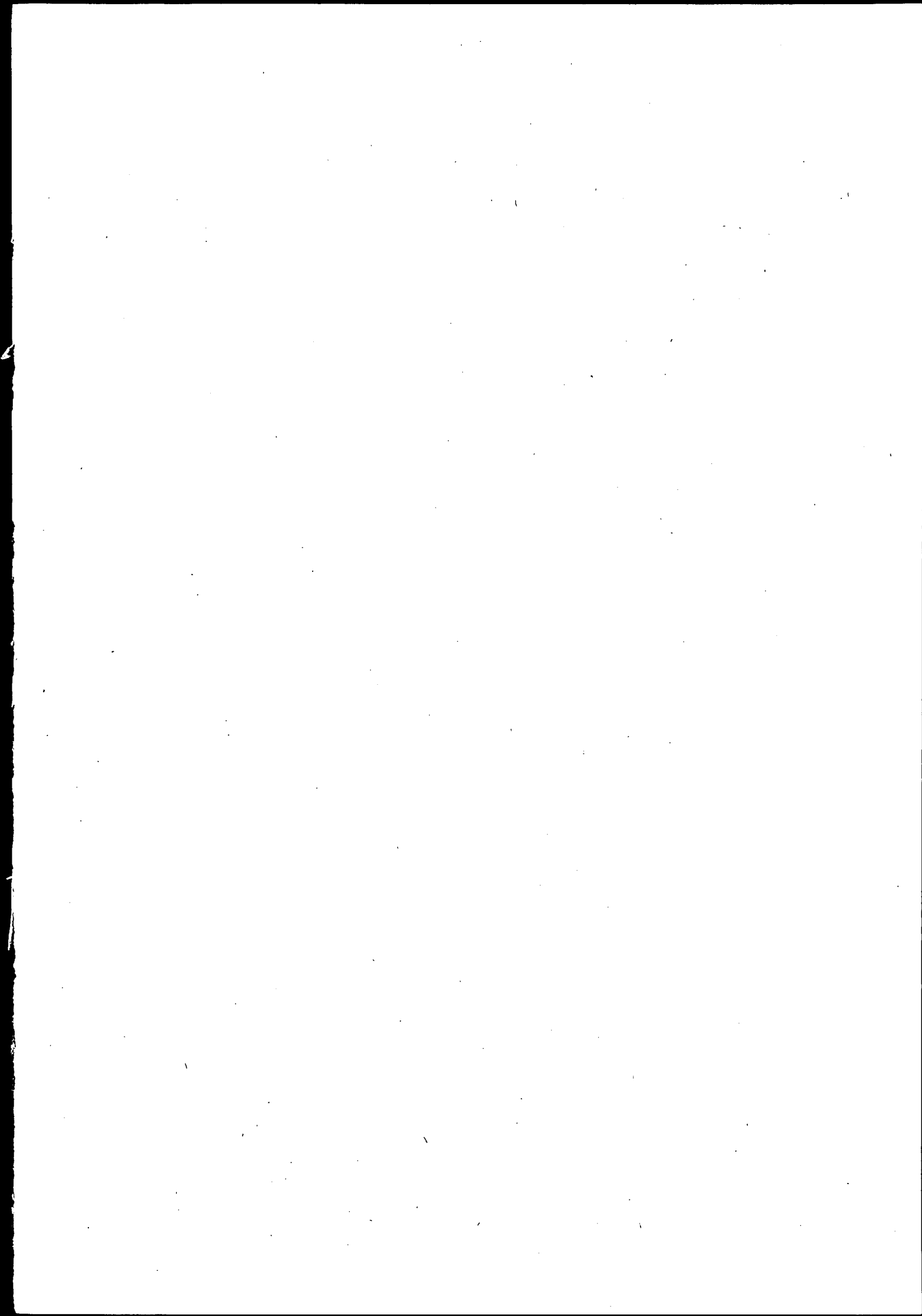
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

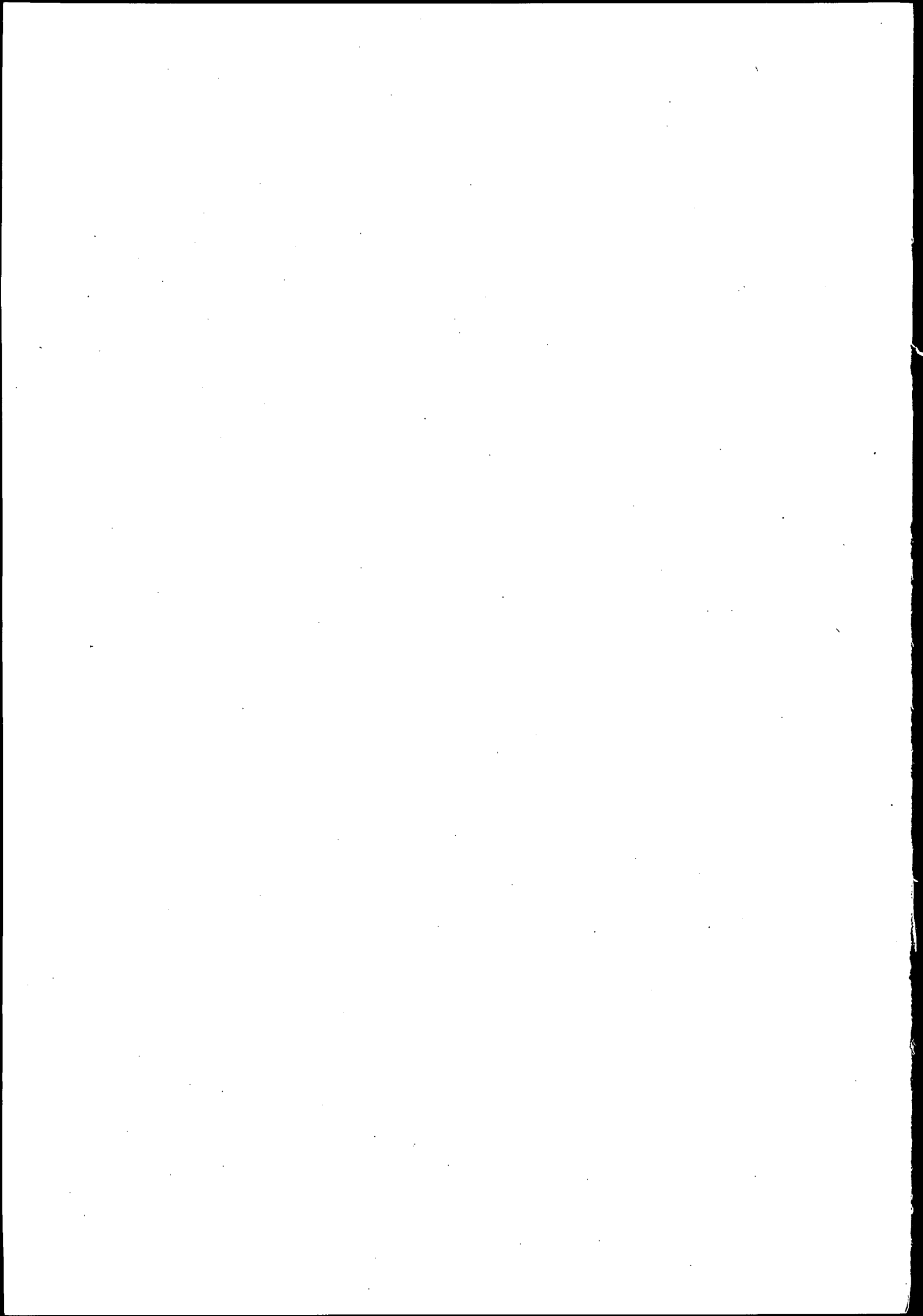
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1975	Mai 1975	Juni 1975	Juni 1974
		1973	1974				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 975,9 r	62 054,0	62 040,9
Eheschließungen	auf 1 000	6,4	6,1	6,2
Lebendgeborene	Einw. und	10,3	10,1	10,0
Gestorbene	1 Jahr	11,8	11,7	11,0
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 368	8 144	7 681	7 641	...	8 162
Geldeste Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	929	870	834	753	...	812
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	55 578	62 450	63 079	57 731	...	60 387
dar. Auslandsumsatz	"	11 936	15 097	14 864	13 630	...	14 764
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsst. täglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	178,7	111,5	104,2	109,4	106,5	123,6
Verarbeitende Industrie	"	182,3	110,6	102,5	108,9	106,0	124,1
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	212,2	116,0	101,6	103,9	104,9	127,5
Investitionsgüterindustrie	"	176,7	107,2	101,8	110,3	107,2	124,1
Verbrauchsgüterindustrie	"	167,1	107,7	102,4	113,6 r	100,7	118,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	152,8	113,7	108,7	107,3 r	114,1	123,2
Bauindustrie	"	149,6	104,8	92,2	106,2	105,0	128,2
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 508,1	1 352	30 685	30 925	...	1 377
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	235,2	173	4 160	3 835	...	175,4
Geldeste Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	7 734	6 280	144 782	156 823	...	5 804,0
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	54 909	34 775	30 317	29 211	33 585	35 907
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	69 619	50 341	18 157	19 307	23 164	32 854
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	129,8	136,6	148,1	147,3	139,4	123,9
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	127,0	146,3	146,0	138,5	136,5	135,5
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 117	13 242	13 751
dav. Empfang	"	9 504	9 935	10 593
Versand	"	2 613	3 307	3 158
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	188 344	157 356	262 825	223 351	220 792	164 192
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 477	27 580	26 522 p	29 993 p	30 550 p	28 762
Getötete Personen	"	1 359	1 217	1 035 p	1 203 p	1 172 p	1 187
Verletzte Personen	"	40 687	37 255	35 507 p	41 180 p	41 664 p	39 832
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 105	5 997	4 121	4 952	5 340	5 604
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 204	2 233	579	94	5 042	5 017
Körperschaftsteuer	"	907	867	121	204	1 769	2 044
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	4 152	4 326	4 087	4 392	4 247	4 487
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1970 = 100	123,8	129,4	135,3	135,4	135,4	129,3
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	112,6	144,8	140,0	139,2	138,4	143,0
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	112,3	131,4	136,4	136,2	136,0	131,7
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	1962 = 100	187,1	200,8	...	207,0
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	1970 = 100	118,2	126,3	132,9	133,7	134,6	126,3
Nahrungs- und Genussmittel	"	117,7	123,5	129,1	130,4	131,9	124,3
Wohnungsmieten	"	119,4	126,1	134,3	135,7	136,6	126,1
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	8,76	11,01	9,55	9,87	9,88	8,93
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,5	43,6	42,8	42,9	42,4	43,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

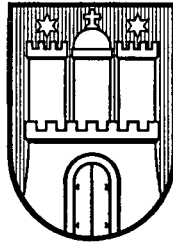
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattekreis.







HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

Oktober-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Kirchliche Trauungen werden seltener

Insgesamt 10 400 Brautpaare gingen 1974 vor den hamburgischen Standesämtern die Ehe ein. Bei 40 % der Trauungen waren beide Partner evangelisch, bei 2 % katholisch. In 37 % der Fälle gehörten Mann und Frau nicht der gleichen christlichen Kirche an, und bei den übrigen 21 % der geschlossenen Ehen waren zumeist beide Partner konfessionslos. Im Vergleich zu 1969 haben sich diese Anteilswerte stark verschoben. Beträchtlich zurückgegangen ist der Anteil der reinen evangelischen Ehen, der sich seinerzeit auf 60 % belief. Die konfessionell gemischten Trauungen machten demgegenüber vor fünf Jahren 30 % und die Eheschließungen, bei denen beide Partner nicht der Kirche angehörten, lediglich 7 % aus. Im ganzen hat sich die Zahl der Eheschließungen vor den hamburgischen Standesämtern von 1969 bis 1974 um 28 % vermindert.

Mehr Hamburger Brautleute als in der Vergangenheit verzichten heute auf eine kirchliche Trauung. Vor fünf Jahren sind von zehn standesamtlich getrauten Ehepaaren, bei denen ein oder beide Partner der Kirche angehörten, vier auch kirchlich getraut worden, im Jahr 1974 nur noch drei. Am häufigsten wechseln Brautleute, die beide evangelisch oder katholisch sind, ihre Ringe auch vor dem Altar. Von den rein katholischen Paaren lassen sich 61 %, von den rein evangelischen Paaren 42 % zivilrechtlich und kirchlich trauen. Im Jahr 1969 betrug der entsprechende Anteil bei den katholischen 68 % und bei den evangelischen Brautleuten 52 %. Wenn einer der Partner konfessionslos ist oder wenn die Braut zu einer anderen Glaubensgemeinschaft gehört als der Bräutigam, gibt es nur bei 13 % der Paare, die standesamtlich geheiratet haben, zusätzlich eine kirchliche Trauung; fünf Jahre zuvor erreichte dieser Anteil 19 %.

131 Zwillingsgeburten

Bei hundert Geburten gibt es einmal Zwillinge. Diese allgemeine Regelmäßigkeit hat sich auch für das Jahr 1974 bestätigt, in dem die Hamburger Standesbeamten insgesamt 13 535 Geburten und darunter 131mal Zwillinge registrierten. In jeweils 48 Fällen waren zwei Mädchen oder ein Junge und ein Mädchen gleichzeitig zur Welt gekommen; 35 Zwillingspaare waren Brüder. Drillings wurden 1974 in Hamburg nicht geboren. Im Jahr zuvor brachten zwei Hamburger Mütter Drillings zur Welt; unter den sechs Kindern dieser beiden Geburten war nur ein Mädchen.

Unfälle im Bundesgebiet stiegen stärker als in Hamburg

Im Vergleich zum Bundesgebiet sieht die Bilanz der Straßenverkehrsunfälle im ersten Halbjahr 1975 für Hamburg zum Teil weniger ungünstig aus. Während sich in Hamburg die Zahl der Unfälle mit Personenschaden gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur unwesentlich veränderte, ist für das gesamte Bundesgebiet eine Steigerungsrate von mehr als 3 % zu verzeichnen. Ähnliches zeigt sich bei der Zahl der Verunglückten. Rd. 6 800 Verkehrsteilnehmer wurden im Bundesgebiet getötet (+6 %), 215 000 verletzt (+4 %). In Hamburg wurden 133 Getötete und 6 500 Verletzte registriert; das entspricht Zuwachsraten von jeweils 1,5 %. Die Zahl der Schwerverletzten war in Hamburg um 5 % rückläufig. Bei den Unfällen mit ausschließlich Sachschaden steht einem Rückgang um 4 % in Hamburg eine Zunahme um 6 % für das Bundesgebiet gegenüber.

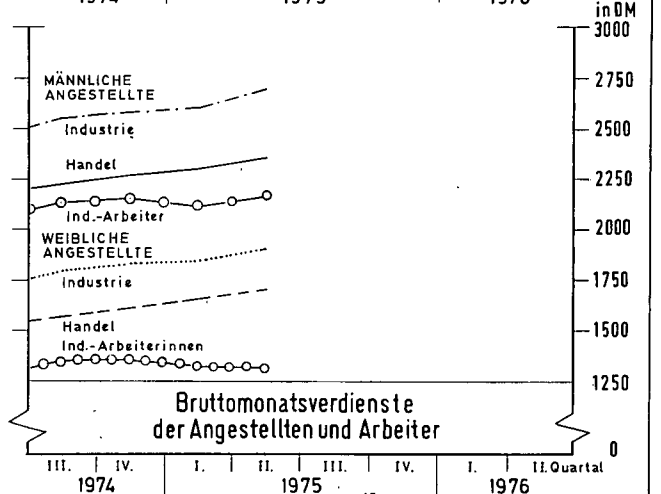
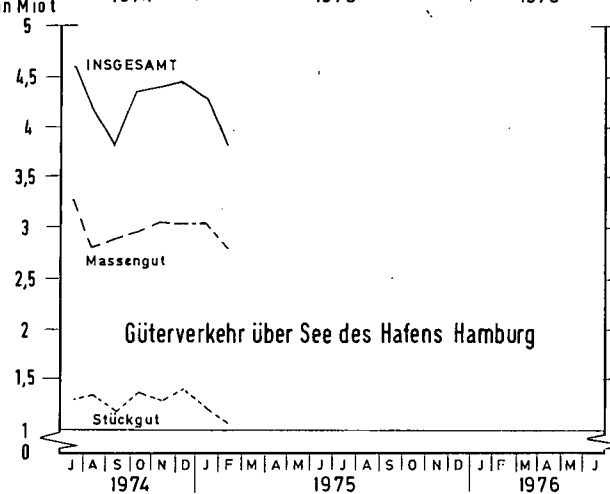
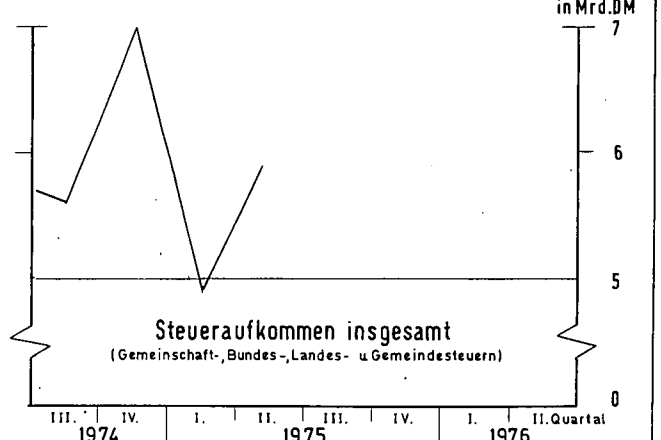
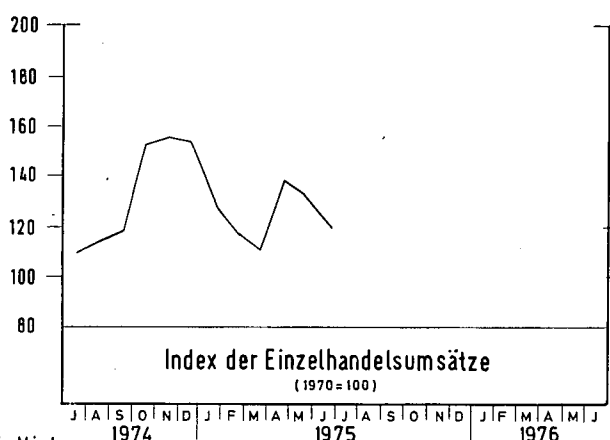
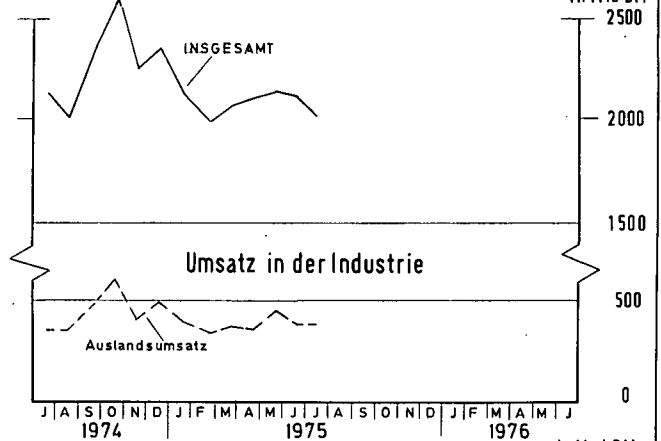
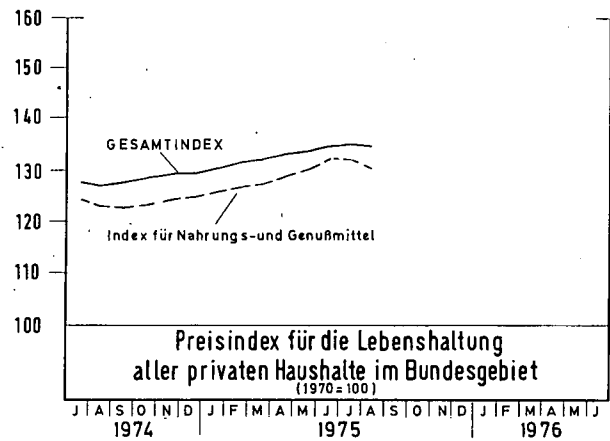
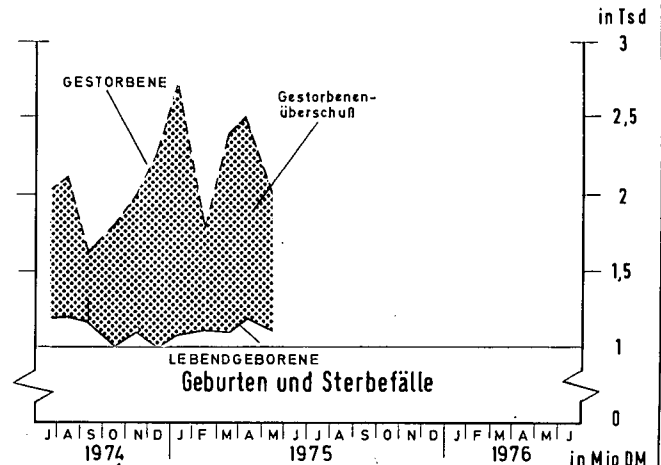
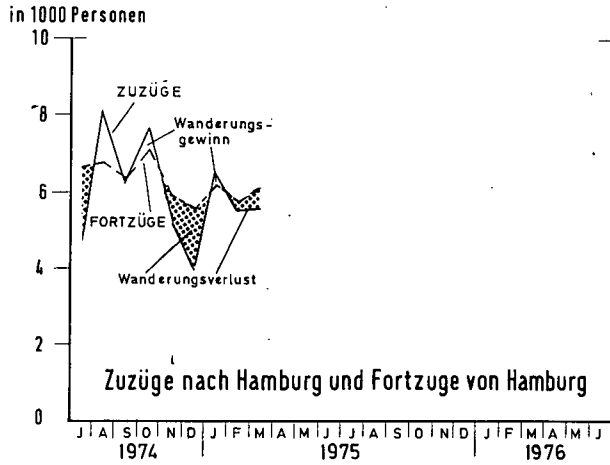
Weitere Zunahme im Transitverkehr mit der CSSR

Die bereits im Jahre 1974 zu beobachtende steigende Entwicklung im Transitverkehr mit der CSSR hat sich auch 1975 fortgesetzt. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 709 000 t Güter über den Hamburger Hafen transportiert, knapp 14 % mehr als im ersten Halbjahr 1974. Einer geringen Einbuße von 6 % bei den tschechoslowakischen Importen über Hamburg stand eine Steigerungsrate von 66 % bei den Exporten gegenüber, die damit 280 000 t erreichten. Ausschlaggebend für diesen Anstieg war die erhöhte Ausfuhr von Kraftstoffen und Schmierölen, Stickstoffdüngemitteln, Eisenhalbzeug sowie von Malz.

Beträchtlicher Zuwachs der Staatsverschuldung

Steigende öffentliche Ausgaben treffen mit sinkenden Steuereinnahmen zusammen. Um die auch aus konjunkturpolitischen Gründen notwendige Investitionstätigkeit nicht allzu drastisch einschränken zu müssen, ist der Staat in dieser Situation gezwungen, zur Finanzierung der Investitionsausgaben in vermehrtem Umfang Kredite aufzunehmen. Als Folge davon stieg die öffentliche Gesamtverschuldung auch in Hamburg stark an und erreichte Ende Juni 1975 den bisherigen Höchststand von 6,3 Mrd DM. Pro Einwohner ergibt sich damit ein rechnerischer Durchschnittsbetrag von 3 623 DM öffentliche Schulden; das sind gut 550 DM mehr als Mitte 1974.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Apotheken in Hamburg

Historischer Rückblick

Der erste Hamburger „apothecarius“ ist für das Jahr 1265 belegt. Seine Apotheke – noch mehr eine Krämerei mit Heilkräutern, Pillen, Mixturen, Gewürzen, einigen Sorten Wein und Zuckerwaren – befand sich in der Mitte der Stadt am Neß. Schon die frühen Apotheken unterschieden sich in ihrer Stellung gegenüber der Stadtoberkeit von anderen Gewerben. Sie unterlagen einer besonderen Aufsicht durch die zuständigen Ratsmitglieder, waren andererseits aber auch durch das ihnen erteilte „Privileg“ vor Konkurrenz geschützt. Nur die Apotheken hatten das Recht, Arzneimittel, bestimmte alkoholische Getränke und die beliebten „confectiones“ von Zucker zu verkaufen; anderen Bürgern war dies bei Strafe verboten.

Bald nach der Einrichtung der ersten Apotheke wurde durch Dienstkontrakt gewissermaßen ein Arbeitsverhältnis zwischen der Stadt und dem Apotheker geschaffen. Mitte des 15. Jahrhunderts stellte der Rat erstmals einen Apotheker auf Lebenszeit an. Der Apotheker und seine Gehilfen erhielten Lohn aus der Stadtkasse, aus der auch der Apothekenbetrieb finanziert wurde. Die offizielle Bezeichnung apothecarius senatus, Ratsapotheker, findet sich jedoch erst nach 1530, als bereits eine Privatapotheke als zweite Apotheke in Hamburg bestand. Angesichts der gewachsenen Einwohnerzahl wurde 1618 das Privileg zur Gründung einer dritten Apotheke erteilt, die am Speersort ihre Tätigkeit aufnahm. Zur Versorgung der Einwohner der Neustadt gestattete der Rat 1696 eine vierte Apotheke, die am Großneumarkt eingerichtet wurde.

Das Monopol der Apotheken konnte aber zumindest beim Arzneiwarenhandel nicht aufrechterhalten werden. Die Apotheker klagten über Beeinträchtigungen ihres Gewerbes durch das Selbstdispensieren der Ärzte und durch den Verkauf von Heilmitteln bei anderen Kaufleuten. Verhandlungen zur Revision der 1596 erschienenen ersten Apothekerordnung führten entweder zu keinem Ergebnis, oder die vereinbarten Neuregelungen ließen sich in der Praxis nicht durchsetzen. Nach langwierigen Streitigkeiten, in deren Verlauf die Hamburger Apotheker sich auch an den Kaiser wandten, erloschen im 18. Jahrhundert praktisch alle Apothekenprivilegien. Apotheken konnten nunmehr ohne besondere Erlaubnis gegründet werden. Eine amtliche Aufsicht über das Apothekenwesen fand nicht mehr statt. 1782 – in jenem Jahr wurde die Ratsapotheke von der Stadt aufgegeben, da sich ihr Betrieb als zu kostspielig erwiesen hatte – gab es bereits rund 20 Apotheken in Hamburg. Bis 1800 kamen 35 weitere hinzu, und 18 Jahre später zählte man bei etwa 120 000 Stadtbewohnern insgesamt 61 Apotheken.

Nach dem Inkrafttreten der Hamburger Medicinal-Ordnung von 1818 (die in einigen die Apotheken betreffenden Teilen erst 1960 durch das Gesetz über das Apothekenwesen abgelöst wurde) und mit dem Wirksamwerden der im gleichen Jahr bekannt-

gemachten „Bestimmung der Localerfordernisse der Apotheken“ – einer kurzgefaßten Apothekenbetriebsordnung – schieden mehrere Apotheken aus, die den neugesetzten Anforderungen nicht genügten. Der Große Brand von 1842 mag ebenfalls zur Verminderung der Apothekenzahl beigetragen haben. Schließlich bestanden 1860 in Hamburg 45 Apotheken. Diese Anzahl hatte sich, nachdem auch in den damaligen Landgebieten Apotheken geschaffen worden waren – etwa in Hamm/Horn, Rotherbaum, Hohenfelde, Barmbek, Eilbek und Bergedorf –, bis zum Jahr 1888 auf 50 erhöht, darunter eine Apotheke im Krankenhaus St. Georg.¹⁾ Seither ist die Zahl der Apotheken in Hamburg ständig gestiegen.

Entwicklung 1955 bis 1974

Wenn auch für einen Apothekenbetrieb seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr ein obrigkeitliches Privileg erteilt wurde, so war doch bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg für die Eröffnung einer Apotheke eine Konzession erforderlich. Im Hinblick auf die mit dem Arzneiverkehr möglicherweise verbundenen Gefahren galt für den Handel mit Arzneiwaren nicht der Grundsatz der Gewerbefreiheit. Vor der Vergabe von Konzessionen hatten die Behörden auch die Existenzfähigkeit – und zwar der neu zu gründenden sowie der bereits bestehenden – Apotheken anhand der Zahl der im Einzugsbereich der Betriebe mit Arzneimitteln zu versorgenden Menschen zu beurteilen. Die als hinlängliche wirtschaftliche Basis für eine Apotheke angesehene Bevölkerungszahl verringerte sich im Laufe der Zeit. Mitte der 50er Jahre war ein Bereich von 7 000 bis 8 000 Menschen als ausreichend anerkannt, um einen Apothekenbetrieb gestatten zu können. Solche Konzessionierungsverfahren auf der Grundlage einwohnerbezogener Grenzwerte erklärte das Bundesverfassungsgericht jedoch 1958 für unzulässig. Das Gericht entschied, daß auch für die Einrichtung von Apotheken allein das Prinzip der Niederlassungsfreiheit, „verstanden als das Fehlen objektiver Beschränkungen der Zulassung“, verfassungsgemäß ist.

Der Fortfall der quantitativen Zulassungsschranken bewirkte 1959 in Hamburg einen Anstieg der öffentlichen Apotheken um knapp 30 auf 262. 1960 nahm die Zahl noch einmal um 14 zu und erhöht sich seitdem in jedem Jahr durchschnittlich um 8 bis 10 (vergl. Tabelle 1). Ende 1974 gab es in Hamburg 402 öffentliche Apotheken, über 200 mehr als 20 Jahre zuvor. Diese Steigerungen und die in den letzten Jahren sinkende Bevölkerungszahl hatten zur Folge, daß 1974 für je 100 000 Hamburger 23 öffentliche Apotheken vorhanden waren; 20 Jahre früher betrug diese Zahl erst 11. Entsprechend hat eine öffentliche Apotheke 1974 weniger als die Hälfte an Einwohnern zu versorgen als 1955. Die im Durchschnitt auf eine Apotheke entfallende Bevölkerungszahl reduzierte sich in den letzten 20 Jahren von 8 880 auf 4 313.

¹⁾ Die in ihrer Kürze zwangsweise etwas grobe Darstellung dieses Abschnitts zur Historie der Hamburger Apotheken stützt sich auf Angaben aus dem von C. C. H. Müller verfaßten Buch „Geschichte der Hamburger Apotheken“, II. Auflage, Hamburg 1888.

Tabelle 1

Apotheken in Hamburg¹⁾ 1888 bis 1974

Jahre	Apotheken insgesamt	davon		Einwohner je öffentliche Apotheke
		öffentliche Apotheken	Krankenhaus- apotheken und Dispensier- anstalten	
1888	50	49	1	11 650
1900	.	59	.	13 023
1925	2) 100	97	3	11 637
1950	.	152	.	10 418
1955	3) 219	195	24	8 880
1960	3) 302	276	26	6 656
1965	360	328	32	5 654
1970	401	366	35	4 901
1974	448	402	46	4 313

1) 1888, 1900 und 1925 Stadt- und Landgebiet.

2) Außerdem 1 Filialapotheke.

3) " 2 Zweigapotheken.

Nahezu verdoppelt hat sich seit 1955 zudem die Zahl der Arzneimittelabgabestellen in den Hamburger Krankenhäusern. Vor 20 Jahren bestanden 24 dieser Einrichtungen, die ihre Artikel nur an die Patienten und das Personal des jeweiligen Krankenhauses geben dürfen; 1974 waren es demgegenüber 46. Dabei ist die Anzahl der Krankenhausvollapotheken, die wie die öffentlichen Apotheken von einem approbierten Apotheker geleitet werden müssen, nur von 8 auf 10 gestiegen. Von 16 auf 36 erhöht hat sich hingegen die Zahl der – nicht von einem approbierten Apotheker, sondern von einer anderen pharmazeutischen Fachkraft geführten – sogenannten Dispensieranstalten.

Apothekenpersonal und -umsatz

Apotheken sind nicht nur als wichtige Einrichtungen zur gesundheitlichen Versorgung der Bürger zu werten, sie sind darüber hinaus auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu sehen. Zunächst bieten sie eine nicht kleine Zahl an Arbeitsplätzen. Parallel zu der Steigerung der Apothekenanzahl hat sich das Apothekenpersonal von 1955 bis 1974 mehr als verdoppelt (vergl. T a b e l l e 2). Insgesamt waren Ende

Tabelle 2

Personal der Hamburger Apotheken 1955 bis 1974

Jahre	Personal insgesamt			darunter approbierte Apotheker	
	männlich	weiblich	zusammen	insgesamt	darunter weiblich
	1	2	3	4	5
1955	473	667	1 140	591	202
1960	507	1 114	1 621	670	290
1965	574	1 323	1 897	804	387
1970	671	1 749	2 420	1 034	567
1974	614	1 855	2 469	1 189	687

1974 in allen Hamburger Apotheken fast 2 500 Personen beschäftigt. Annähernd die Hälfte von ihnen sind approbierte Apotheker, die als Selbständige eine Apotheke betreiben oder als angestellte Mitarbeiter in Apotheken tätig sind. Ein Drittel des Apotheken-

personals entfällt auf Apothekenhelfer (einschl. Auszubildende) und Laboranten. Jeweils nicht ganz ein Zehntel sind pharmazeutisch-technische Assistenten (einschl. Anwärter) – ein Beruf, der erst 1968 formal geschaffen wurde und sich steigender Beliebtheit erfreut – sowie Apothekerassistenten, d. h. Personen, die bereits eine Vorprüfung abgelegt haben und zumeist auf einen Studienplatz warten.

Das Apothekenwesen bildet ein attraktives Arbeitsfeld für Frauen. Nur jeder vierte der in den Apotheken tätigen Beschäftigten ist ein Mann. Frauen stellen über 90 % der Apothekenhelfer und der pharmazeutisch-technischen Assistenten, mehr als die Hälfte der approbierten Apotheker und drei Viertel der Apothekerassistenten. Der Frauenanteil an den in Apotheken tätigen Personen hat von 1955 bis 1974 von 59 % auf 75 % zugenommen. Ihr Anteil an den approbierten Apothekern ist von 36 % auf 58 % angewachsen. Der Apothekerinnenanteil wird künftig kaum noch weiter ansteigen, da in der letzten Zeit – jedenfalls an der Universität Hamburg – nur wenig mehr junge Mädchen als junge Männer Pharmazie studieren. Auch die Zahl der an Frauen erteilten Approbationen, die in der Vergangenheit bisweilen die der an Männer gegebenen Approbationen erheblich übertraf, lag 1974 unter der Anzahl der an Männer erteilten Approbationen. Insgesamt hat die Gesundheitsbehörde 1974 in Hamburg 64 Approbationsurkunden neu ausgestellt, etwa die dreifache Anzahl der Bestellungen von 1960.

Pro Apotheke waren in Hamburg 1974 mit durchschnittlich drei approbierten Kräften ebensoviele Apotheker tätig wie 1955. Die Vermutung, daß diese Zahl nach der Einführung der Niederlassungsfreiheit sinken würde, weil ein höherer Anteil von Apothekern bestrebt sein könnte, sich selbständig zu machen, ist damit nicht bestätigt. Ebenfalls nicht eingetreten ist in Hamburg die mitunter erwartete Entstehung einer größeren Zahl von Einmann-Apotheken. Aus der Arbeitsstättenzählung von 1970 ist bekannt, daß lediglich 1 % der Hamburger Apotheken nur einen oder zwei Beschäftigte hat. In jeder zehnten Apotheke sind drei bis vier Personen tätig. Die typische Apothekengröße liegt in Hamburg zwischen fünf und neun Beschäftigten, fast zwei Drittel aller Apotheken fallen in diese Größenklasse. In jeder vierten Apotheke arbeiten 10 oder mehr Personen, nur ganz wenige dieser Betriebe haben über 20 Beschäftigte, und in keiner Apotheke sind mehr als 50 Personen tätig. Das Fehlen von Großbetrieben im Arzneiwarenhandel erklärt sich weitgehend daraus, daß Apotheken nur als Einzelfirma oder in der Rechtsform einer BGB-Gesellschaft oder Offenen Handelsgesellschaft geführt werden dürfen und bei diesen Personengesellschaften alle Gesellschafter eine Erlaubnis zum Betrieb einer Apotheke benötigen (§ 8 des Gesetzes über das Apothekenwesen).

Des weiteren sind die Apotheken im Hinblick auf die von ihnen erzielten Umsätze ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. Für über 300 Mio DM Waren haben die Hamburger Apotheken 1974 an ihre Kunden verkauft. Somit erreichten die öffentlichen Apotheken im letzten Jahr einen durchschnittlichen Umsatz von nicht ganz einer dreiviertel Million DM je Betrieb. Unter

Schaubild

Apotheken in den Hamburger Stadtteilen 1975



Quelle: Apothekenverzeichnis 1975 der Apothekerkammer Hamburg

Staatliches Landesamt Hamburg

den abgegebenen Artikeln sind nicht nur Arzneien, sondern daneben auch andere Waren, zu deren Verkauf die Apotheken nach der Apothekenbetriebsordnung (§ 12) befugt sind. Zu diesen apothekenüblichen Waren gehören beispielsweise diätetische Lebensmittel, Fruchtsäfte, Gewürze, Chemikalien und Schädlingsbekämpfungsmittel, Körperpflegeartikel und Verbandmittel.

Wertende Aussagen zur Höhe der sprichwörtlichen Apothekerpreise lassen die verfügbaren Statistikdaten nicht zu. Es kann aber festgestellt werden, daß die Apothekerpreise in den vergangenen Jahren weniger gestiegen sind als die Einzelhandelspreise im ganzen. Von 1970 bis 1974 erhöhte sich der Index der Einzelhandelspreise für das Bundesgebiet um 26%, der Preisindex für Apotheken stieg demgegenüber während des gleichen Zeitraums nur um 21%. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben,

daß die Preise im Arzneimittelleinzelhandel nicht frei gebildet werden können. Vielmehr sind in der Deutschen Arzneitaxe, die von allen Apothekern bei der Festsetzung der Verkaufspreise einzuhalten ist, bestimmte Zuschläge auf die Einstandspreise der Medikamente vorgeschrieben. Die Zuschläge sind nach der Höhe der Beschaffungspreise gestaffelt und machen gegenwärtig zwischen 35% und 74% der Einkaufspreise aus.

In den Hamburger Apotheken ist der Umsatz seit 1970 um 28% gestiegen. Vergleicht man diese Zunahme mit der oben genannten Preissteigerungsrate von 21%, so zeigt sich, daß das Umsatzwachstum der hiesigen Apotheken zum größten Teil eine Folge erhöhter Preise ist. Von einem gestiegenen Arzneimittelkonsum der Hamburger Bevölkerung kann demnach nur in sehr geringem Umfang gesprochen werden.

Regionale Verteilung

Jede öffentliche Hamburger Apotheke hatte Ende 1974 im Durchschnitt 4 313 Einwohner zu versorgen. Dieser Wert entspricht etwa den Münchener Verhältnissen (4 364). Er liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, der ungefähr 4 750 beträgt, und unter der Vergleichszahl für Bremen (4 850). Die Hamburger Zahl ist aber beispielsweise weitaus höher als die sich für Berlin ergebende Relation Einwohner je Apotheke (3 755).

Um über die globale Durchschnittsberechnung hinaus Anhaltspunkte für den Grad der Arzneimittelversorgung in den Hamburger Stadtteilen zu gewinnen, wurden die Standorte der öffentlichen Apotheken in eine Stadtteilkarte eingezeichnet (vergl. Schaubild). Auf den ersten Blick wird eine Häufung von Apotheken in der Innenstadt und in dicht besiedelten Gebieten deutlich. Außerdem bevorzugen die Apotheken Standorte an Plätzen mit starkem Publikumsverkehr, insbesondere in der Nähe von Bahnhöfen und in Einkaufsstraßen. Neben den Konzentrationen in der Innenstadt gibt es zum Beispiel Häufungen in den

Ortszentren von Harburg und Bergedorf sowie in Altona-Altstadt, Ottensen und Blankenese, am Eidelstedter Platz oder an den Bahnhöfen Othmarschen, Rahlstedt und — nicht ganz so ausgeprägt — in Volksdorf und am Niendorfer Marktplatz.

Andererseits findet man in vielen Stadtteilen — zu meist handelt es sich hier allerdings um Gebiete mit geringer Einwohnerdichte — keine Apotheken. Stadtteile ohne Apotheken sind die Hafengebiete von Wai tershof bis Kleiner Grasbrook und andere Stadtteile mit hohen Anteilen industrieller und gewerblicher Arbeitsstätten (etwa Hammerbrook, Billbrook, Kloster tor), ferner die dünn besiedelten Gebiete mit vorwiegend landwirtschaftlicher Nutzung in den Bezirken Bergedorf und Harburg sowie die Stadtteile am südlichen Rand des Harburger Bezirks. Auch die 4 200 Einwohner von Hamm-Süd und die 3 300 Bewohner von Lemsahl-Mellingstedt haben in ihren Stadtteilen keine Apotheke.

Die Dichte des Apothekenbesatzes in den einzelnen Stadtteilen spiegelt sich wider in dem Zahlenverhältnis Einwohner je Apotheke. Die wenigsten Einwoh-

Tabelle 3

Apotheken und Einwohner je Apotheke in den Hamburger Stadtteilen 1975

Lfd. Nr.	Stadtteile	Apotheken	Einwohner je Apotheke	Lfd. Nr.	Stadtteile	Apotheken	Einwohner je Apotheke
		1	2			1	2
1	Hamburg-Altstadt	11	154	41	Hohenfelde	2	4 619
2	Neustadt	10	1 247	42	Alsterdorf	3	4 643
3	Billwerder	1	1 350	43	Neuenfelde	1	4 698
4	Blankenese	8	1 738	44	Bramfeld	11	4 748
5	Hoheluft-West	7	2 180	45	Rothenburgsort	2	4 772
6	Ochsenwerder	1	2 290	46	Lurup	7	4 890
7	Harburg	10	2 326	47	Volksdorf	3	4 963
8	Curslack	1	2 327	48	Dulsberg	4	5 054
9	Veddel	2	2 344	49	Eidelstedt	6	5 112
10	St. Georg	4	2 485	50	Othmarschen	2	5 263
11	Eppendorf	10	2 623	51	Hummelsbüttel	2	5 277
12	Rotherbaum	7	2 630	52	Wilhelmsburg	9	5 422
13	Harvestehude	7	2 673	53	Hausbruch	2	5 437
14	Poppenbüttel	6	2 763	54	Bahrenfeld	5	5 586
15	St. Pauli	10	2 850	55	Horn	8	5 615
16	Eilbek	8	2 856	56	Billstedt	10	5 872
17	Groß Flottbek	4	2 864	57	Steilshoop	3	5 962
18	Wellingsbüttel	3	3 041	58	Groß Borstel	2	5 989
19	Uhlenhorst	6	3 089	59	Sasel	3	6 005
20	Fuhlsbüttel	4	3 394	60	Rahlstedt	14	6 054
21	Winterhude	16	3 444	61	Nienstedten	1	6 222
22	Duvenstedt	1	3 481	62	Lohbrügge	6	6 222
23	Wohldorf-Ohlstedt	1	3 522	63	Jenfeld	4	6 569
24	Altona-Altstadt	8	3 583	64	Schnelsen	3	6 359
25	Barmbek-Süd	11	3 628	65	Neugraben-Fischbek	4	6 366
26	Eimsbüttel	18	3 640	66	Farmsen-Berne	5	6 400
27	Hamm-Nord	7	3 706	67	Rissen	2	6 412
28	Ottensen	9	3 727	68	Borgfelde	1	6 768
29	Hamm-Mitte	3	3 799	69	Osdorf	4	7 182
30	Bergstedt	2	3 803	70	Niendorf	5	7 198
31	Sülldorf	2	3 889	71	Altona-Nord	3	7 213
32	Wandsbek	9	3 890	72	EiBendorf	3	7 542
33	Hoheluft-Ost	3	3 906	73	Kirchwerder	1	7 592
34	Marienthal	3	3 921	74	Wilstorf	2	8 112
35	Bergedorf	8	3 943	75	Marmstorf	1	9 750
36	Lokstedt	5	4 079	76	Heimfeld	2	10 490
37	Ohlsdorf	4	4 120	77	Iserbrook	1	11 268
38	Barmbek-Nord	11	4 179	78	Stellingen	2	12 383
39	Langenhorn	10	4 184	79	Tonndorf	1	13 755
40	Finkenwerder	3	4 300				
					Hamburg	404	4 292

Quelle: Apothekenverzeichnis 1975 der Apothekerkammer Hamburg

ner pro Apotheke haben die City-Stadtteile Hamburg-Altstadt und Neustadt, dann die Stadtteile Blankenese, Hoheluft-West, Harburg, St. Georg sowie Eppendorf, Harvestehude und Rotherbaum; mit am Anfang der Reihe stehen die einwohnerschwachen Gebiete Billwerder, Ochsenwerder, Curslack und Veddel. Die meisten Einwohner je Apotheke errechnen sich für die Stadtteile Tonndorf, Stellingen und Iserbrook, für die Harburger Gebiete Heimfeld, Marmstorf, Wilstorf und Eißendorf sowie für Kirchwerder und Altona-Nord (vergl. dazu im einzelnen Tabelle 3). Für die Beurteilung der Versorgung von Einwohnern bestimmter Gebiete mit Apotheken und ebenso für die Abschätzung des Einzugsbereichs von Apothekenbetrieben müssen jedoch neben den auf die Grenzen der Verwaltungsgebiete abgestellten Rechengrößen „Stadtteilseinwohner je Apotheken im Stadtteil“ auch die stadtteilsübergreifenden Beziehungen mit berücksichtigt werden. So kann für die Bewohner eines Gebiets, das nach der stadtteilsbezogenen Berechnung scheinbar eine ungünstige Apothekenversorgung aufweist, durchaus eine Apotheke in der Nähe ihrer Wohnungen in einem Nachbarstadtteil liegen, und in bezug etwa auf die zahlreichen Innenstadt-Apotheken bedarf es kaum der Erwähnung, daß sich diese wegen der tagsüber in der City anwesenden Menschen und nicht wegen der in diesen Stadtteilen wohnenden Bevölkerung dort niedergelassen haben. In Hamburg-Altstadt sind am Tage über 60mal mehr Beschäftigte tätig, als der Stadtteil Einwohner hat, und in der Neustadt arbeiten sechsmal mehr Beschäftigte, als Personen in dem Gebiet wohnen. Die Tagesbevölkerung erhöht sich außerdem durch die zum Einkaufen, zum Besuch von Veranstaltungen oder

zum Arztbesuch in die Innenstadt kommenden Menschen.

Das Beispiel der City vermag die – generell zu verzeichnende – Ausrichtung der Apothekenstandorte auf Plätze, an denen sich tagsüber eine Vielzahl von Menschen aufhalten, besonders gut zu veranschaulichen. In den Gebieten, die während des Tages von vielen Personen aufgesucht werden, befinden sich nicht nur die meisten, sondern auch die größten Hamburger Apotheken. Dies gilt vor allem für Hamburg-Altstadt, für die Neustadt, für das Harburger Ortszentrum und zum Teil für St. Georg. Die Größe der Apotheken ist aber für die Qualität der Arzneimittelversorgung der Bevölkerung kein entscheidendes Kriterium, da jede Apotheke in der Lage ist, fast alle gewünschten Medikamente kurzfristig zu beschaffen.

Eine abschließende zusammenfassende Aussage über die Apothekenverteilung in unserer Stadt kann von zwei Beobachtungen ausgehen: Zum einen gibt es manche Gebiete, in denen zusätzliche Apotheken-niederlassungen wegen der schon vorhandenen Betriebe nicht unbedingt eine notwendige Verbesserung der Heilmittelversorgung darstellen, zum anderen existieren auf der Karte der Apothekenstandorte auch heute noch einige „weiße Flecke“. Im ganzen gesehen besteht aber für den größten Teil der Hamburger Bevölkerung ein ausreichend dichtes Apothekennetz, das zu jeder Zeit die Bereitstellung der von den Einwohnern benötigten Arzneiwaren garantiert.

Dieter Buch

Die Vergleichbarkeit des Hamburger Bruttoinlandsprodukts in regionaler Sicht

Hamburg wird häufig als „reichstes Land“ der Bundesrepublik bzw. als „reichste EG-Region“ bezeichnet. Wieweit Hamburg, gemessen an den einzelnen Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, vom Niveau anderer Bundesländer bzw. vom Bundesdurchschnitt abweicht oder ihn übersteigt, ist im Februarheft¹⁾ dieser Reihe bereits ausführlich dargestellt worden. Der Versuch einer Relativierung der in Hamburg erbrachten wirtschaftlichen Leistung – vom Begrifflichen her – muß allerdings unbefriedigend bleiben, da bei einem Vergleich zwischen den Stadtstaaten und anderen Bundesländern (Flächenländer) Gebiete gegenübergestellt werden, die aufgrund ihres Umfangs, ihrer Bevölkerungsdichte und der Kapitalintensität ihrer Wirtschaft im strengen Sinne miteinander nicht vergleichbar sind. Das gilt auch für so neutrale Meßgrößen wie das verfügbare Einkommen und den privaten Verbrauch. Es erscheint daher im Interesse einer sachgerechteren Interpretation Hamburger Ergebnisse sinnvoll und erforderlich, Möglichkeiten und Grenzen der Vergleichbarkeit mit anderen Gebietseinheiten näher zu untersuchen, um dabei entweder eine bessere Vergleichbarkeit festzustellen, als sie im üblichen Ländervergleich möglich ist oder auf Unvergleichbarkeiten hinzuweisen, die durch sehr unterschiedliche regionale Abgrenzungen hervorgerufen sind und – allein aus diesem Grund – u. a. eine gegenseitige Anpassung in Struktur oder Niveau durch politische Maßnahmen von vornherein ausschließen.

¹⁾ „Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Sozialprodukts in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Heft 2/1975, S. 39 ff.

1. Einleitung

Leider ist aus Mangel an entsprechenden Ergebnissen eine gleichzeitige begriffliche und regionale Differenzierung nicht durchführbar und die Analyse bei regionalen Vergleichen allein auf den Begriff des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angewiesen.

Ein wesentlicher Hinderungsgrund für sinnvolle räumliche Vergleiche liegt darin, daß regionale Leistungswerte, die verschiedene räumliche Abgrenzungen und Aggregationen gestatten, bisher nur in mehrjährigen Abständen vorliegen, für die Bundesrepublik zuletzt für 1972 (in Zukunft voraussichtlich in zweijährigem Abstand), und daß Daten für die Bezugsgrößen, nämlich die Berufspendlerzahlen zur Ermittlung der Wirtschaftsbevölkerung sowie Erwerbstätigenzahlen nur bei Großzählungen anfallen und für Zwischenjahre geschätzt werden müssen.

Obwohl Ergebnisse für ausländische Regionen in der Öffentlichkeit behandelt werden wie Werte aus eigenen Berechnungen, darf gerade bei den Regionalwerten anderer Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) nicht übersehen werden, daß bei ihrem Zustandekommen häufig größere Schwierigkeiten zu überwinden sind als bei den vorgelegten regionalen Werten für die Bundesrepublik.

In der folgenden Darstellung sollen

Hamburg und sein Ausstrahlungsbereich in verschiedenen regionalen Abgrenzungen, und zwar

- der 40 km-Umkreis um das Hamburger Rathaus,
- die Region Hamburg/Umland (Hamburg und 6 Randkreise) und
- die Region 3 nach dem Bundesraumordnungsprogramm

mit wesentlichen Daten gegenübergestellt werden.

Um einen Vergleich mit anderen regionalen Abgrenzungen in der Bundesrepublik zu ermöglichen, werden die

Verdichtungsregionen

- München
- Stuttgart und
- Frankfurt

in den Vergleich einbezogen.

Schließlich wird die Gegenüberstellung durch eine Auswahl bestimmter

EG-Regionen²⁾

ergänzt, die entweder eine besonders hohe Leistung im Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aufweisen und für ihr Land oder ihre Region vermutlich eine ähnliche Funktion haben wie Hamburg. Zur Auswahl gehören die EG-Basisregionen

²⁾ ohne England und Dänemark. In der Bundesrepublik sind die Stadtstaaten und die Regierungsbezirke EG-Basisregionen.

- Région parisienne
mit Schwerpunkt Paris
- Haute Normandie
mit Schwerpunkt Le Havre/Rouen
- Frankreich-Nord
mit Schwerpunkt Lille/Roubaix
- Provence/Côte d'Azur
mit Schwerpunkt Marseille
- Lombardia
mit Schwerpunkt Mailand
- Liguria
mit Schwerpunkt Genua
- Antwerpen
mit Schwerpunkt Antwerpen
- Brabant
mit Schwerpunkt Brüssel
- Noord-Holland
mit Schwerpunkt Amsterdam
- Zuid-Holland
mit Schwerpunkt Rotterdam/Den Haag

Der Vergleich zwischen den norddeutschen wie für alle deutschen Regionen ist wegen der durch die Gebietsreformen gestörten Vergleichbarkeit nur für 1961 und 1970 möglich. Zahlen über die EG-Region liegen leider nur für 1960 und 1969 vor. Um diese Zahlen mit den deutschen Ergebnissen vergleichbar zu machen, wurden die Werte mit der Durchschnittsentwicklung des Landes um jeweils ein Jahr fortgeschrieben. Es wurde davon ausgegangen, daß der hierdurch hervor-

Schaubild 1

Ausgewählte EG-Basisregionen und Verdichtungsregionen der Bundesrepublik



Statistisches Landesamt Hamburg



Tabelle 1

Die jeweils 10 Gebietseinheiten nach Großstädten, kreisfreien Städten und Landkreisen mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1961 und 1970

Städte bzw. Landkreise	Brutto- inlands- produkt	Wirt- schafts- Wohn-		Bruttoinlands- produkt je Kopf der		Fläche	Ein- wohner je qkm		
		bevölkerung	bevölkerung	Wirt- schafts- bevölkerung	Wohn- bevölkerung				
								DM	
								Mio DM	in 1000
1	2	3	4	5	6	7			
<u>Großstädte</u>									
1961									
Leverkusen	1 311	127,9	94,6	10 250	13 850	46	2 050		
Stuttgart	7 394	831,8	637,5	8 890	11 600	207	3 077		
Hamburg	17 691	2 006,4	1 832,3	8 820	9 660	747	2 452		
Frankfurt	7 838	932,8	683,1	8 400	11 480	195	3 509		
Salzgitter	985	118,4	110,3	8 320	8 930	213	518		
Düsseldorf	6 591	815,4	702,6	8 080	9 380	158	4 439		
München	10 227	1 268,7	1 085,0	8 060	9 430	310	3 500		
Heilbronn	1 038	130,1	90,2	7 980	11 510	61	1 453		
Duisburg	4 291	542,5	503,0	7 910	8 530	143	3 510		
Köln	7 024	913,6	809,2	7 690	8 680	251	3 222		
1970									
Frankfurt	17 892	1 017,1	669,6	17 590	26 720	195	3 440		
Leverkusen	2 545	149,2	107,5	17 050	23 660	47	2 305		
Ludwigshafen	4 223	249,9	176,0	16 900	23 990	68	2 587		
Düsseldorf	14 159	849,2	663,6	16 670	21 340	158	4 192		
Hamburg	33 483	2 027,4	1 793,8	16 520	18 670	753	2 382		
Mainz	3 489	217,1	172,2	16 070	20 260	98	1 762		
München	23 609	1 530,6	1 293,6	15 420	18 250	311	4 165		
Stuttgart	13 185	869,0	633,2	15 170	20 820	207	3 056		
Duisburg	7 525	512,2	454,8	14 690	16 540	143	3 174		
Köln	14 682	1 012,1	848,4	14 510	17 310	251	3 375		
<u>Kreisfreie Städte</u>									
1961									
Wolfsburg	1 515	109,9	64,6	13 790	23 470	31	2 070		
Bayreuth	728	79,6	61,8	9 140	11 770	32	1 919		
Baden-Baden	382	48,0	40,0	7 960	9 540	91	439		
Frankenthal (Pfalz)	334	42,4	35,7	7 880	9 350	36	934		
Ulm	1 117	143,2	92,7	7 800	12 050	50	1 863		
Pforzheim	962	126,4	82,5	7 610	11 650	56	1 484		
Hanau a.M.	594	82,7	47,2	7 180	12 580	21	2 291		
Fürth	675	94,4	98,3	7 150	6 860	45	2 196		
Erlangen	604	86,8	69,6	6 960	8 680	30	2 330		
Witten	631	95,6	96,5	6 600	6 540	46	2 075		
1970									
Wolfsburg	3 348	156,4	88,7	21 410	37 760	35	2 532		
Ingolstadt	1 818	108,1	70,4	16 820	25 820	51	1 393		
Bayreuth	1 399	87,5	64,5	16 000	21 680	32	2 003		
Frankenthal (Pfalz)	691	46,8	40,9	14 770	16 890	44	933		
Ulm	2 081	159,3	92,9	13 060	22 390	50	1 867		
Hanau a.M.	1 245	96,3	55,4	12 930	22 490	21	2 661		
Celle	886	68,9	57,2	12 860	15 510	49	1 178		
Lünen	814	65,2	71,7	12 480	11 350	41	1 757		
Pforzheim	1 667	135,1	90,3	12 340	18 460	56	1 624		
Hamm	1 232	102,0	84,9	12 080	14 500	45	1 888		
<u>Landkreise</u>									
1961									
Köln	1 950	174,8	196,7	11 150	9 920	293	672		
Grevenbroich	1 333	144,4	187,6	9 230	7 100	509	349		
Bergheim	740	87,9	104,7	8 420	7 070	365	287		
Dinslaken	862	103,9	118,6	8 300	7 270	221	537		
Böblingen	1 170	145,7	145,6	8 030	8 030	451	323		
Hannover	1 011	127,8	177,1	7 910	5 710	499	355		
München	552	70,6	112,5	7 830	4 910	521	216		
Wesermarsch	707	93,2	96,9	7 580	7 290	883	110		
Esslingen	1 306	172,4	198,6	7 580	6 580	253	785		
Halle (Westfalen)	389	51,8	59,7	7 500	6 510	305	196		
1970									
Ingolstadt	1 120	36,9	56,5	30 390	19 840	428	132		
Pfaffenhofen a.d. Ilm	1 023	46,2	55,6	22 120	18 390	562	99		
Germersheim	1 528	77,2	92,5	19 790	16 510	470	197		
Köln	3 849	214,2	253,9	17 970	15 160	298	851		
Stormarn	1 831	118,7	157,0	15 420	11 660	766	205		
Böblingen	3 137	207,5	206,6	15 120	15 190	451	458		
Dinslaken	1 753	117,3	141,2	14 940	12 420	221	639		
Lehr	1 192	83,2	88,5	14 320	13 470	445	199		
Kehl	789	56,7	61,1	13 920	12 910	310	197		
Kelheim	701	50,5	55,3	13 890	12 670	619	89		

gerufene Fehler die Größenordnung und die Relationen der Gebietseinheiten untereinander nicht wesentlich verändert (s. auch unter 3.3).

Verzichtet man auf die Bildung bzw. Suche nach vergleichbar abgegrenzten und strukturierten Regionen und nimmt die regionalen Leistungswerte in der Abgrenzung, wie sie aus der Kreisberechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ vorliegen, kann man ebenfalls zu gewissen Einsichten über die relative Beziehung Hamburgs zu anderen kommunalen Gebietseinheiten kommen. Hierbei kann die Stellung Hamburgs und ihre Veränderung in der Rangordnung der anderen Großstädte, der übrigen kreisfreien Städte und der Landkreise festgestellt werden.

2. Vergleich mit anderen kommunalen Gebietseinheiten

Wenn man die wirtschaftliche Leistung einer Gebietseinheit der anderen gegenüberstellt, muß man berücksichtigen, daß die administrativen Grenzen historisch begründet sind und den heutigen ökonomischen und sozialen Strukturen und Verflechtungen nur in den seltensten Fällen entsprechen. Die Gebietsreformen der letzten Jahre sind ein Versuch, die eingetretenen Diskrepanzen zwischen Verwaltungs- und Wirtschaftsräumen zu verringern.

2.1 Kreisfreie Städte

Unter den Großstädten (mit 100 000 und mehr Einwohnern) nahm Hamburg beim Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1961 den dritten und 1970 den fünften Rang ein (Tabelle 1). Zwei Großstädte, Salzgitter und Heilbronn, erscheinen 1970 nicht mehr in der Liste der „reichsten Zehn“, an ihre Stelle traten Ludwigshafen und Mainz.³⁾

Die kreisfreien Städte stehen in ihrer wirtschaftlichen Durchschnittsleistung hinter der der Großstädte nicht zurück. Wie bei einigen kleineren Großstädten dürfte das wirtschaftliche Leistungsniveau kreisfreier Städte teilweise von wenigen Betrieben bestimmt werden. Wahrscheinlich wird man in vielen Fällen von Monostrukturen sprechen können. Die Leistung basiert sicher auf der hohen Kapitalintensität der dort gelegenen Wirtschaftseinheiten.

Während bei den Großstädten die Wirtschaftsbevölkerung die Wohnbevölkerung stets übertrifft (d. h. es liegt ein positiver Berufspendlersaldo vor), hat unter den übrigen kreisfreien Städten Fürth einen negativen Saldo, der offenbar auf die besondere Attraktivität der Nachbarstadt Nürnberg zurückzuführen ist. Zwischen 1961 und 1970 schieden aus der Gruppe der kreisfreien Städte mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Kopf Baden-Baden, Fürth, Erlangen und Witten aus, neu hinzu traten dafür Ingolstadt, Celle, Lünen und Hamm.

2.2 Landkreise

Hinsichtlich der Einwohnerdichte zeigen die in den Vergleich einbezogenen Landkreise eine erhebliche

³⁾ vgl. Hamburg in Zahlen, Heft 3/1974, S. 64/65

Streuung, geringer ist sie bei der flächenmäßigen Ausdehnung und der Wirtschaftsbevölkerung. Abgesehen von Böblingen wird in den 10 Landkreisen mit dem höchsten BIP je Kopf die Wirtschaftsbevölkerung von der Wohnbevölkerung übertroffen, sie haben also einen negativen Berufspendlersaldo. Das dürfte ebenfalls darauf beruhen, daß sie überwiegend im Einzugsbereich größerer Wirtschaftszentren liegen. Im übrigen haben sich im Zeitraum 1961/70 hinsichtlich des durchschnittlichen Leistungsniveaus die Landkreise Ingolstadt und Pfaffenhofen a. d. I. an die Spitze gesetzt und übertreffen nunmehr auch die leistungsfähigsten Städte. An dieser Stelle muß beachtet werden, daß im Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen die indirekten Steuern enthalten sind, die den Pro-Kopf-Wert der Kreise nicht unwesentlich beeinflussen können. Diese Tatsache kann beim Zusammentreffen von Monostrukturen, kleinerem Gebietsumfang und negativem Pendlersaldo zu besonders hohen Pro-Kopf-Werten führen.

2.4 Gesamtwertung

Stellt man für Großstädte, übrige kreisfreie Städte und Landkreise zusammen eine Rangliste nach dem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung auf, so überrascht, daß 1970 die erste Großstadt lediglich den 6. Rang einnimmt, während davor nicht weniger als vier Landkreise und eine kreisfreie Stadt liegen. Noch 1961 verteilten sich die genannten Arten kommunaler Einheiten gleichmäßig auf die ersten 6 Positionen.

Tabelle 2

Die 10 Gebietseinheiten mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1961 und 1970

Gebietseinheiten	Großstadt	Kreisfreie Stadt	Landkreis	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in DM
	1	2	3	4
1961				
Wolfsburg		X		13 790
Köln			X	11 150
Leverkusen	X			10 250
Grevenbroich			X	9 230
Bayreuth		X		9 140
Stuttgart	X			8 890
Hamburg	X			8 820
Bergheim			X	8 420
Frankfurt	X			8 400
Salzgitter	X			8 320
1970				
Ingolstadt			X	30 390
Pfaffenhofen a.d.I.			X	22 120
Wolfsburg		X		21 410
Germersheim			X	19 790
Köln			X	17 970
Frankfurt	X			17 590
Leverkusen	X			17 050
Ludwigshafen	X			16 900
Ingolstadt		X		16 820
Düsseldorf	X			16 670

Hamburg gehört – obwohl 1961 noch auf Platz 7 – im Jahre 1970 nicht mehr unter die 10 Verwaltungseinheiten mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung; es nimmt Platz 11 ein.

Die relativ höchsten positiven Pendlersalden liegen nicht bei den Großstädten, sondern bei den übrigen

kreisfreien Städten. Bei allen drei Gebietskategorien ist von 1961 auf 1970 eine Zunahme der Pendler eingetreten. An der Relation Wirtschaftsbevölkerung (Wohnbevölkerung zuzüglich des doppelten Pendler-saldos) zur Wohnbevölkerung wird das deutlich:

Gebietseinheiten	Wirtschaftsbevölkerung	
	Wohnbevölkerung	
	1961	1970
Großstädte	1,17	1,24
übrige kreisfreie Städte	1,32	1,43
Landkreise	0,84	0,86

3. Hamburg und die Hamburger Region im Vergleich mit anderen Verdichtungsräumen und Regionen

Wenn man also von dem üblichen Ländervergleich abgeht und Hamburg mit Gebieten vergleicht, die ihm hinsichtlich Flächenausdehnung, Bevölkerungsdichte oder Wirtschaftsstruktur mehr entsprechen als die Bundesländer, zeigt sich, daß die Spitzenposition Hamburgs unter den Ländern hinsichtlich seines Leistungsniveaus sofort verlorengeht.

Eine noch bessere Vergleichbarkeit mit anderen Gebieten läßt sich erreichen, wenn man den über die Verwaltungsgrenzen hinausgreifenden Bevölkerungs- und Wirtschaftsbeziehungen folgt und die Abgrenzung eines Gebietes unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Verflechtungen zu erfassen versucht.

3.1 Abgrenzung der Gebietseinheiten

3.1.1 Hamburg und die Hamburger Region

Ausgehend vom Staatsgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg lassen sich solche Verflechtungs-räume durch stufenweise Kumulierung angrenzender Gebiete vornehmen. Eine Sonderstellung hierbei kommt dem 40 km-Umkreis zu. Zu ihm gehören alle Gemeinden, die ganz oder überwiegend innerhalb des 40 km-Radius um den Hamburger Rathausmarkt liegen. Die einzelnen Abstufungen gehen für 1970 aus der nachfolgenden Übersicht hervor.

Gebietseinheiten	qkm	Einw. je qkm
Hamburg	753	2 382
Hamburg/40 km-Umkreis (Hamburg und Gemeinden im 40 km-Umkreis)	5 060	515
Region Hamburg/Umland (Hamburg und Kr. Pinneberg Segeberg, Stormarn, Hztg. Lauenburg, Harburg und Stade)	7 400	376
Region 3 nach dem Bundesraumordnungsprogramm (Region Hamburg/Umland, Kr. Land Hadeln und Stadt Cuxhaven)	8 314	347

3.1.2 Ausgewählte Verdichtungsräume in der Bundesrepublik

Bildet man ähnliche Regionen um andere Großstädte der Bundesrepublik, so entsprechen Frankfurt, Stuttgart und München am ehesten annähernd den Hamburger Verhältnissen:

Verdichtungsregionen	qkm	Einw. je qkm
Frankfurt	4 013	710
Stuttgart	4 914	567
München	2 206	787

Die bei diesen drei Städten gewählte Abgrenzung der Verdichtungsräume ist räumlich enger. Lediglich die Daten des Hamburger 40 km-Umkreises entsprechen etwa denen der genannten Verdichtungs-räume.⁴⁾

Der Verdichtungsraum München ist am engsten abgegrenzt, er umfaßt knapp die Hälfte der Ausdehnung des 40 km-Umkreises um Hamburg. Hinsichtlich Fläche und Bevölkerungsdichte kommt Stuttgart dem Hamburger 40 km-Kreis am nächsten. Die Dichtewerte für die beiden Räume Stuttgart und München liegen wesentlich höher und erreichen etwa die doppelte Dichte der Region Hamburg/Umland bzw. Region 3. Im Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung sind die Zahlen ziemlich ausgeglichen. Der Vorsprung für die um Hamburg gezogenen Abgrenzungen, der übrigens 1970 von München eingeholt wird, dürfte wesentlich strukturell und durch den höheren Anteil indirekter Steuern bedingt sein. In der Wahl des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen als Maßstab liegt der entscheidende Grund für die Einschränkung der Vergleichbarkeit zwischen den Regionen. Aus diesem Grunde bemühen sich die Statistischen Landesämter um eine Berechnung des Bruttoinlandsprodukts zu Faktorkosten, in dem die bereichsweise und regional ungleich verteilten indirekten Steuern eliminiert sind.

3.1.3 Ausgewählte EG-Regionen

Kriterien für die Auswahl der Vergleichsregionen auf der Ebene der EG war die Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner bzw. die Unterstellung einer mit Hamburg vergleichbaren Funktion oder Wirtschaftsstruktur⁵⁾.

Die für den Vergleich ausgewählten Regionen hatten die folgende Flächenausdehnung bzw. Einwohnerdichte:

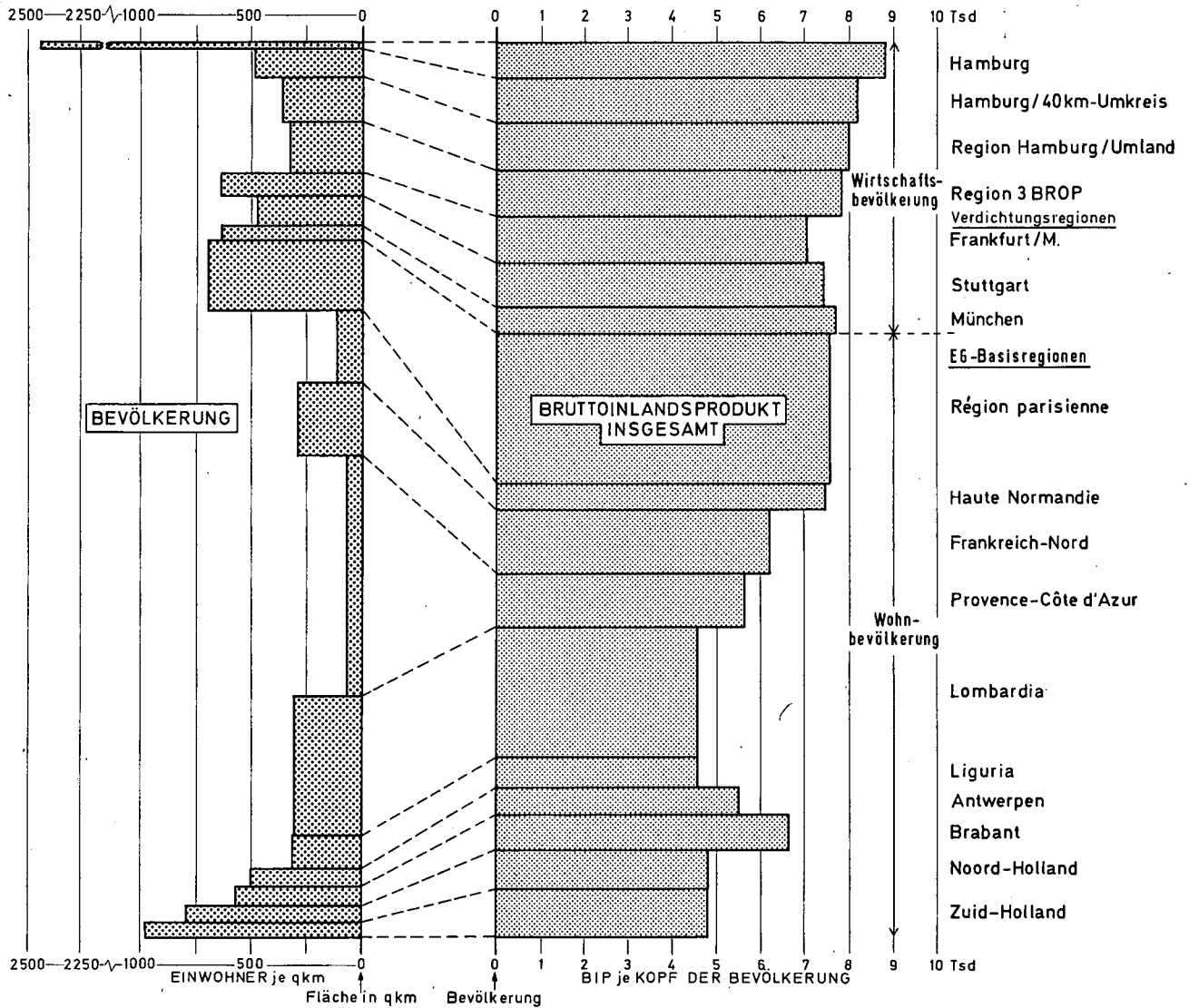
EG-Regionen	qkm	Einw. je qkm
Région parisienne	12 008	793
Haute Normandie	12 258	125
Frankreich-Nord	12 378	310
Provence/Côte d'Azur	40 118	106
Lombardia	23 804	350
Liguria	5 415	346
Antwerpen	2 861	535
Brabant	3 369	643
Noord-Holland	2 599	843
Zuid-Holland	2 770	1 048

⁴⁾ Die Abgrenzung der Verdichtungsräume ergibt sich aus einem Beschluß der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 21. 11. 1968; sie wird gemeindeweise vorgenommen, wegen des Mangels an statistischen Ausgangsmaterials für Gemeinden jedoch auf Kreisbasis abgerundet.

⁵⁾ Benutzt wurden die in einer Veröffentlichung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Die regionale Entwicklung in der Gemeinschaft“, Analytische Bilanz, 1971 ausgewiesenen Werte.

Schaubild 2

Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Bevölkerung sowie die Bevölkerungsdichte in ausgewählten Gebieten



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG



Von der Flächenausdehnung her liegen alle ausgewählten französischen Regionen weit über der, die die ausgewählten deutschen Gebiete erreichen. Sie sind dennoch, teils wegen der wirtschaftlichen Leistung je Kopf, teils wegen der mit Hamburg vergleichbaren Funktion, in der Auswahl behalten worden.

3.2 Gegenüberstellung der Gebietseinheiten nach ausgewählten Merkmalen

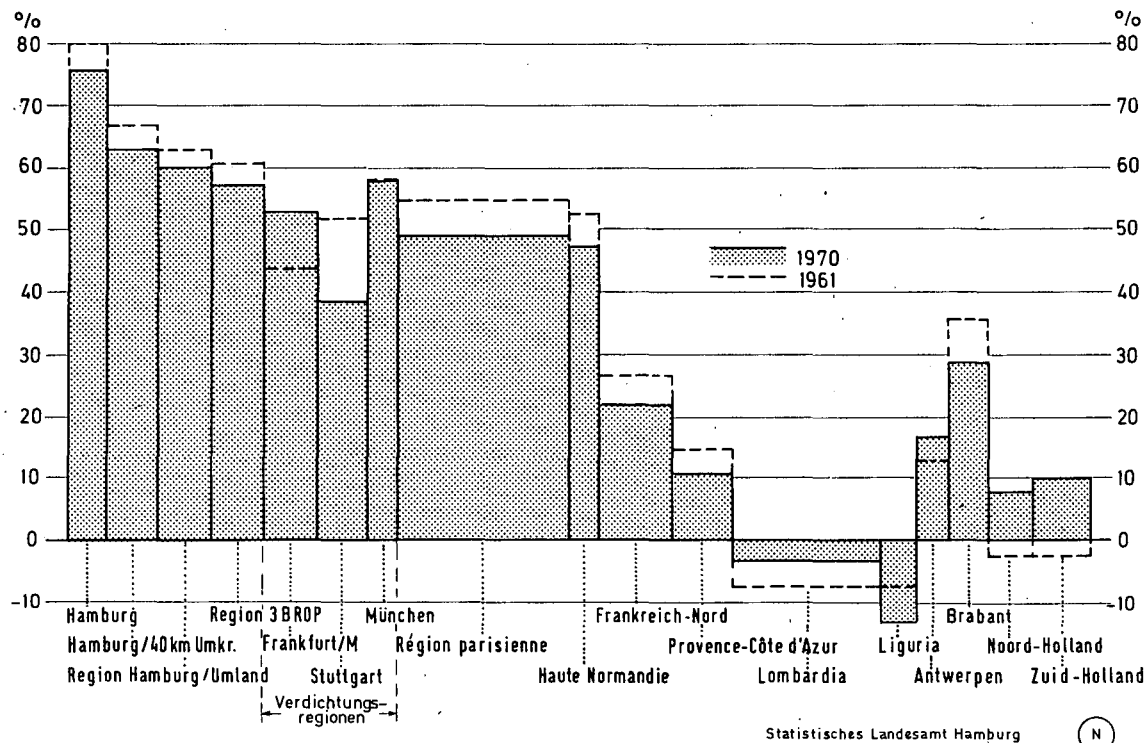
Bei den in den Vergleich einbezogenen Merkmalen Fläche, Bevölkerung, Bevölkerungsdichte, Bruttoinlandsprodukt und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (bei der räumlich engeren Abgrenzung der deutschen Vergleichsregionen wird die Wirtschaftsbevölkerung als Bezugszahl verwendet, sonst die Wohnbevölkerung) nimmt Hamburg insofern eine Sonderstellung ein, als es für drei von fünf Kriterien den Extremwert liefert: geringste Fläche, höchste Bevölkerungsdichte und höchstes Bruttoinlandsprodukt je Kopf. Ein sehr hohes Bruttoinlandsprodukt je Kopf gegenüber allen anderen Vergleichsregionen erreichen zwar auch die

anderen räumlichen Aggregationen um Hamburg, d. h. der 40 km-Umkreis, die Hamburg/Umland-Region und die Region 3; diese liegen jedoch hinsichtlich Fläche und Wohndichte mehr im Mittelfeld.

Eine andere Region mit mehrfachen Extremwerten ist die Region Provence/Côte d'Azur, die das Maximum hinsichtlich der Flächenausdehnung und das Minimum an Bevölkerungsdichte auf sich vereinigt und im BIP je Einwohner alle italienischen und niederländischen Regionen übertrifft (ein Hinweis auf die Wirtschaftskraft Marseilles, für das aber getrennte Zahlen nicht vorliegen, und auf die regionalpolitisch problematische Einbeziehung Korsikas in diese Region). Eine andere Außenseiterposition hat die Région parisienne, die hinsichtlich der Gesamtbevölkerung und des absoluten Bruttoinlandsprodukts alle anderen Regionen übertrifft. Von der Fläche her, aber auch von der Bevölkerungszahl her verhältnismäßig groß geschnitten ist die Region Lombardia (Mailand). Zusammen mit Liguria (Genua) stellt es den niedrigsten Wert im BIP je Kopf der Bevölkerung, ist also auch in dieser Hinsicht noch als Region mit Extremwert anzusehen. Wieweit das gegenüber den übrigen

Schaubild 3

Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Bevölkerung vom EG-Durchschnitt 1961 und 1970



EG-Ländern verhältnismäßig niedrige Niveau der italienischen Regionen durch den räumlichen Zuschnitt und wie weit es vielleicht auch durch Unterschiede im Aussagewert der Bruttoinlandsproduktswerte bedingt ist, läßt sich nicht beurteilen.

Der räumliche Zuschnitt kann z. B. bei den verhältnismäßig kleinen niederländischen Regionen keine wesentliche Rolle spielen. Sie zeigen hinsichtlich fast aller Merkmale eine Übereinstimmung mit den für den Vergleich herangezogenen deutschen Gebiets-einheiten. Der Niveauunterschied ist allerdings überraschend und kaum anders erklärbar, als daß es sich um methodische Unterschiede in der Berechnung handelt oder daß durch die Umrechnung der Landeswährung auf Dollarbasis, wie es für die EG-Veröffentlichung geschehen ist, Verzerrungen zwischen den Ländern entstanden sind. Hinsichtlich der übrigen Merkmale bedeutet dies jedoch keine Einschränkung der Vergleichbarkeit.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Gebiets-einheiten mit mehreren extremen oder sogar extrem entgegengesetzten Merkmalen, wie dies z. B. für

Hamburg,
Région parisienne,
Provence/Côte d'Azur und
Lombardia

zutrifft, miteinander nicht verglichen werden sollten. Die Durchschnittswerte für die drei zuletzt genannten EG-Regionen besagen nichts über die wirtschaftliche Leistung je Kopf in den Städten Paris, Marseille oder Mailand, wohl aber tun dies die Hamburger Zahlen für den Stadtstaat Hamburg.

3.3 Die Entwicklung in den Jahren 1961 bis 1970

Um für die EG-Regionen einen festen Vergleichsmaßstab zum jeweiligen Landesdurchschnitt und zum EG-Durchschnitt für 1961 und 1970 zu gewinnen, wurde bei der erwähnten Fortschreibung (s. S. 264) unterstellt, daß die Währungsrelationen sich von 1960 auf 1961 bzw. von 1969 auf 1970 nicht verschoben haben. Im allgemeinen ist bei den Durchschnittswerten – Bevölkerungsdichte und Bruttoinlandsprodukt je Kopf – eine Verringerung der Streuung zum EG-Durchschnitt festzustellen (Tabelle 5, Schaubild 3). Eine Ausnahme bilden hinsichtlich der Bevölkerungsdichte die Verdichtungsräume Frankfurt, Stuttgart und München, die Région parisienne und Lombardia, hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts je Kopf ebenfalls die Verdichtungsräume Frankfurt und München. Vom EG-Durchschnitt entfernen sich außerdem – bei allerdings relativ niedrigem Niveau – die Regionen Antwerpen, Noord-Holland und Zuid-Holland.

Bei einem Vergleich der Entwicklung der wirtschaftlichen Gesamtleistung in den Regionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist es von Bedeutung, auch über die durchschnittliche Entwicklung des jeweiligen Landes Kenntnis zu haben. Schaubild 2 und die Tabellen zeigen, wie differenziert die regionalen Leistungswerte je Kopf sind. Die Schwelle, die übersprungen werden muß, um eine höhere Durchschnittsleistung zu erreichen, lag 1961 in Hamburg bei 8 820 DM, in der Bundesrepublik bei 5 790 DM und in Italien beispielsweise bei 3 070 DM. Eine etwa durch neuangesiedelte Betriebe zusätzlich erbrachte Leistung je Kopf, die bei etwa 6 000 DM angenommen werden kann, würde das Durchschnitts-BIP in

Tabelle 3

Bruttoinlandsprodukt, Bevölkerung und Fläche für ausgewählte Gebietseinheiten 1961 und 1970

Gebietseinheiten	Jahre	Bruttoinlandsprodukt 1)	Wirt-	Wohn-	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der 1)		Fläche	Einwohner je qkm	
			schafts-		Wirt-	Wohn-			
		bevölkerung		bevölkerung				qkm	Anzahl
		Mio DM	in 1000	DM					
1	2	3	4	5	6	7			
Hamburg	1961	17 691	2 006,4	1 832,3	8 820	9 660	747	2 452	
	1970	33 483	2 027,4	1 793,8	16 520	18 670	753	2 382	
Hamburg/40-km-Umkreis	1961	20 680	2 520,0	2 497,3	8 206	8 280	5 060	494	
	1970	40 476	2 650,8	2 607,8	15 269	15 520	5 060	515	
Region Hamburg/Umland	1961	21 397	2 672,0	2 656,8	8 008	8 054	7 411	359	
	1970	41 905	2 802,6	2 779,3	14 952	15 077	7 400	376	
Region 3 BROP	1961	21 819	2 773,2	2 761,9	7 868	7 900	8 326	332	
	1970	42 758	2 905,7	2 887,3	14 715	14 809	8 314	347	
Verd.-Region Frankfurt	1961	19 050	2 699,3	2 522,2	7 057	7 553	3 921	643	
	1970	44 336	3 088,1	2 851,0	14 357	15 551	4 013	710	
" " Stuttgart	1961	18 238	2 445,5	2 387,6	7 458	7 638	4 908	486	
	1970	37 332	2 859,8	2 787,6	13 054	13 392	4 914	567	
" " München	1961	11 599	1 498,4	1 423,1	7 741	8 150	2 206	645	
	1970	27 393	1 851,8	1 735,4	14 793	15 785	2 206	787	
Bundesrepublik	1961	333 450	55 898,9	56 174,9	5 970	5 940	248 454	226	
	1970	686 960	60 478,6	60 650,6	11 360	11 330	248 577	244	
Région parisienne	1961	64 287	.	8 469,9	.	7 590	12 008	705	
	1970	133 157	.	9 518,0	.	13 990	12 008	793	
Haute Normandie	1961	10 484	.	1 397,8	.	7 500	12 258	114	
	1970	21 175	.	1 530,0	.	13 840	12 258	125	
Nord	1961	22 725	.	3 659,4	.	6 210	12 378	296	
	1970	43 991	.	3 842,0	.	11 450	12 378	310	
Provence-Côte d'Azur	1961	16 826	.	2 994,0	.	5 620	40 118	75	
	1970	34 675	.	3 347,0	.	10 360	40 118	106	
Frankreich	1961	262 432	.	45 960,0	.	5 710	551 600	83	
	1970	535 169	.	50 775,0	.	10 540	547 000	93	
Lombardia	1961	33 920	.	7 406,2	.	4 580	23 804	311	
	1970	75 741	.	8 332,3	.	9 090	23 804	350	
Liguria	1961	7 948	.	1 735,3	.	4 580	5 415	320	
	1970	15 321	.	1 873,0	.	8 180	5 415	346	
Italien	1961	155 934	.	50 464,0	.	3 090	301 200	168	
	1970	336 012	.	54 459,0	.	6 170	301 200	181	
Antwerpen	1961	7 968	.	1 443,4	.	5 520	2 861	505	
	1970	16 751	.	1 529,8	.	10 950	2 861	535	
Brabant	1961	13 341	.	2 009,2	.	6 640	3 369	596	
	1970	26 127	.	2 166,4	.	12 060	3 369	643	
Belgien	1961	47 580	.	9 203,0	.	5 170	30 500	302	
	1970	92 986	.	9 676,0	.	9 610	30 500	317	
Noord-Holland	1961	9 916	.	2 057,3	.	4 220	2 599	792	
	1970	22 669	.	2 244,5	.	10 100	2 599	843	
Zuid-Holland	1961	12 993	.	2 706,8	.	4 800	2 770	977	
	1970	30 518	.	2 968,7	.	10 280	2 770	1 048	
Niederlande	1961	49 108	.	11 637,0	.	4 220	36 200	322	
	1970	115 348	.	13 019,0	.	8 860	40 800	319	
EG	1961	850 551	.	173 756,0	.	4 900	1 170 100	148	
	1970	1 770 265	.	188 920,0	.	9 370	1 170 700	161	

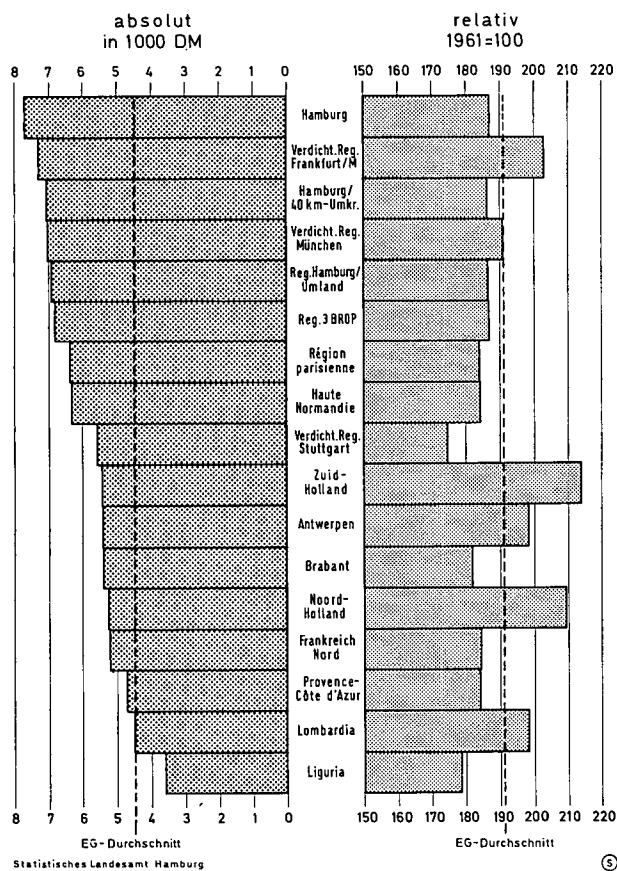
1) Für Frankreich, Italien, Belgien und die Niederlande auf der Grundlage der EG-Veröffentlichung für 1969 mit der Landesentwicklung auf 1970 fortgeschrieben.

Italien wesentlich, das der Bundesrepublik geringfügig verbessern, das Hamburger aber wesentlich verschlechtern. Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung verschiedener Gebietseinheiten sollte daher das bereits erreichte Leistungsniveau je Kopf nicht außer Betracht bleiben. In Schaubild 4 sind für die Gebietseinheiten die relativen den absoluten Veränderungen je Kopf gegenübergestellt.

Daraus ergibt sich, daß bei hohem Niveau und unterdurchschnittlicher relativer Zuwachsrate die absolute Zunahme je Kopf dennoch überdurchschnittlich sein kann und bei Gebieten mit niedrigem Leistungsniveau und überdurchschnittlicher relativer Zuwachsrate die absolute Zunahme je Kopf unterdurchschnittlich sein kann.

Schaubild 4

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Bevölkerung von 1961 auf 1970



Statistisches Landesamt Hamburg

©

Tatsächlich findet man für Italien eine weit unterdurchschnittliche absolute Zunahme der wirtschaftlichen Leistung je Kopf, die relative Veränderung liegt aber über dem Niveau der übrigen EG-Länder. In den Ländern mit höherem als Durchschnittsniveau (Bundesrepublik, Frankreich und Belgien) ist die überdurchschnittliche absolute Pro-Kopf-Zunahme und die unterdurchschnittliche relative Zunahme eine ganz allgemeine Erscheinung.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Gebietes darf außer der relativen Veränderung

das Leistungsniveau und die absolute Veränderung nicht außer acht gelassen werden.

Das sogenannte „Zurückbleiben hinter dem Bundesdurchschnitt“ (oder EG-Durchschnitt), das häufig beklagt oder mit Verwunderung oder Unglauben aufgenommen und negativ kommentiert wird, bedeutet für Hamburg immerhin gleichzeitig die höchste absolute Zunahme in der Pro-Kopf-Leistung aller verglichenen Gebietseinheiten.

Tabelle 4

Bruttoinlandsprodukt, Bevölkung und Fläche für ausgewählte Gebietseinheiten

Veränderung von 1961 auf 1970
- 1961=100 -

Gebietseinheiten	Bruttoinlandsprodukt 1)	Wirtschafts- und Wohnbevölkerung		Bruttoinlandsprodukt je Kopf der 1)		Bevölkerungsdichte
		Wirtschaftsbevölkerung	Wohnbevölkerung	Wirtschaftsbevölkerung	Wohnbevölkerung	
Hamburg	189,3	101,0	97,9	187,3	193,3	97,1
Hamburg/40-km-Umkreis	195,7	105,2	104,4	186,7	187,4	104,3
Region Hamburg/Umland	195,8	104,9	104,6	186,7	187,2	104,7
Region 3 BROP	196,0	104,8	104,5	187,0	187,5	104,5
Verd.-Region Frankfurt	232,7	114,4	113,0	203,4	205,9	110,4
" " Stuttgart	204,7	116,9	116,8	175,0	175,3	116,7
" " München	236,2	123,6	121,9	191,1	193,7	122,0
Bundesrepublik	206,0	108,2	108,0	190,3	190,7	108,0
Région parisienne	207,1	.	112,4	.	184,3	112,5
Haute Normandie	202,0	.	109,5	.	184,5	109,6
Nord	193,6	.	105,0	.	184,4	104,7
Provence-Côte d'Azur	206,1	.	111,8	.	184,3	141,3
Frankreich	203,9	.	110,5	.	184,6	112,0
Lombardia	223,3	.	112,5	.	198,5	112,5
Liguria	192,8	.	107,9	.	178,6	108,1
Italien	215,5	.	107,9	.	199,7	107,7
Antwerpen	210,2	.	106,0	.	198,4	105,9
Brabant	195,8	.	107,8	.	181,6	107,9
Belgien	195,4	.	105,1	.	185,9	105,0
Noord-Holland	228,6	.	109,1	.	209,5	106,4
Zuid-Holland	234,9	.	109,7	.	214,2	107,3
Niederlande	234,9	.	111,9	.	210,0	99,1
EG	208,1	.	108,7	.	191,2	108,8

1). Für Frankreich, Italien, Belgien und die Niederlande auf der Grundlage der EG-Veröffentlichung für 1969 mit der Landesentwicklung auf 1970 fortgeschrieben.

4. Schlußbemerkung

Die Analyse des vorgelegten Materials macht deutlich, daß

1. die Extremstellung Hamburgs gegenüber den Vergleichsgebieten hinsichtlich Bevölkerungsdichte und Fläche abgeschwächt wird, wenn man das Gebiet des auf Hamburg orientierten Umlandes mit in die Betrachtung einbezieht.
2. bei einem Vergleich Hamburgs mit anderen administrativ abgegrenzten Gebietseinheiten (kreisfreie Städte und Landkreise) seine Extremstellung ebenfalls relativiert wird; hier tritt als vergleichstörendes Moment die unterschiedliche Größenordnung der wirtschaftlichen Aggregationen auf.
3. mit den EG-Regionen die Vergleichbarkeit zum Teil wegen der stark differierenden Flächengrößen und Wohndichten erheblich eingeschränkt ist; teilweise bestehen auch Zweifel hinsichtlich der Vergleichbarkeit der auf Dollar-Basis umgestellten BIP-Zahlen.

Wägt man die Bedeutung der Komponenten ab, die zu einer Störung des regionalen Leistungsvergleichs beitragen, so sollte dem Gesichtspunkt der Bildung statistisch vergleichbarer regionaler Einheiten der Vorrang eingeräumt werden. Für die Bundesrepublik

stehen Zahlen aus der Berechnung für kreisfreie Städte und Landkreise alle zwei Jahre zur Verfügung. Definiert man das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen als Wert der durch die Volkswirtschaft eines Gebietes am Markt erzielten wirtschaftlichen Bruttoleistung, so steht — nach Eliminierung der indirekten Steuern — das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten der durch die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) unmittelbar erzielten wirtschaftlichen Bruttoleistung zweifellos näher und vermeidet weitgehend strukturbedingte Niveauverzerrungen.

Das Ziel sollte daher sein, das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten regional zu ermitteln, und zwar für kreisfreie Städte und Landkreise. Dies scheint auch realisierbar zu sein.

Der Vergleich mit EG-Zahlen ist beachtlichen Einschränkungen unterworfen. Bemerkenswert ist, daß z. B. für Belgien bereits regionale Werte für das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten vorliegen. In den übrigen EG-Ländern sollte die Regionalisierung dieser für das Land vorliegenden Größe angestrebt werden. Ob von den EG-Ländern laufende Ergebnisse in regionaler Gliederung zu erwarten sind, die es ermöglichen, ähnlich wie in der Bundesrepublik statistisch vergleichbare regionale Zusammenfassungen zu bilden, muß bezweifelt werden. Somit bleibt nichts anderes übrig, als auf Einschränkungen der Vergleichbarkeit von Ergebnissen hinzuweisen und so zu einer sachgerechteren Interpretation beizutragen.

Erich Böhm

Die erwerbstätigen Hamburger 1972 — 1974

— Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾ —

Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, die Ende 1972 noch mit einer gewissen Erleichterung festgestellt wurde und die auch 1973 — bei weiterhin hohem Beschäftigungsstand — noch nicht bedroht schien, ist seit 1974 einem deutlichen Konjunkturabschwung gewichen. Ein Gradmesser dieses Abschwungs ist die Zahl der Arbeitslosen, die in Hamburg von knapp 4 000 im September 1972 auf rund 28 000 im April 1975 anstieg; damit betrug die Arbeitslosenquote Hamburgs im April 1975 4,0 % (Bund 4,7 %). Bis Ende Juli 1975 hat sich die Arbeitslosenzahl in Hamburg auf 24 900 vermindert; das entspricht einer Quote von 3,5 % (Bund 4,4 %).

In dem hier behandelten Zeitraum von 1972 bis 1974 hat sich die Zahl der Arbeitslosen nahezu verdreifacht. Der konjunkturell bedingte Anstieg der Zahl der Arbeitslosen beeinflusste die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, die von 817 000 im Jahre 1972 auf 796 000 im Jahre 1974 sank; das bedeutet einen Rückgang um 2,6 %. Noch erheblich stärker wirkte sich der Rückgang der Einwohnerzahl aus. Durch Abwanderungen und Sterbeüberschüsse verlor Hamburg von 1972 bis 1974 netto annähernd 30 000 Personen. Da an den Abwanderungen insbesondere Personen im Erwerbsalter beteiligt waren, ging die Zahl der Erwerbspersonen um 14 000 zurück.

Im Mikrozensus gelten als Erwerbstätige alle Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet²⁾, die eine unmittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit auszu-

üben pflegen, unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Erwerbstätige und Erwerbslose (nicht-erwerbstätige Arbeitslose und Arbeitssuchende) gelten zusammen als Erwerbspersonen. In dieser Gruppe haben die Erwerbstätigen den weit überragenden Anteil. In Zeiten geringer Arbeitslosigkeit können infolgedessen Aussagen über die Erwerbstätigen mit ggf. kleinen Abweichungen auch für die Zahl der Erwerbspersonen gelten. So war z. B. für die Jahre 1969 und 1970 die Arbeitslosenzahl im Verhältnis zu den Erwerbstätigen fast nicht erkennbar. Damals betrug bei einer Erwerbstätigenzahl von über 800 000 die Zahl der Arbeitslosen noch keine 3 000 — mit anderen Worten: auf 1 000 Erwerbstätige kamen nur gut 3 Arbeitslose.

Zahl der Erwerbstätigen relativ stärker rückläufig als die Bevölkerungszahl

Schon seit der Mitte der 60er Jahre sind die Zahlen der Hamburger Wohnbevölkerung und der in Hamburg wohnenden Erwerbstätigen rückläufig. 1972 hatte Hamburg 1,786 Mio Einwohner, darunter 817 000 Erwerbstätige. Die entsprechenden Zahlen für 1974 sind 1,746 Mio und 796 000. Das bedeutet für die Wohnbevölkerung einen Rückgang um 1,7 %, für die Erwerbstätigen einen solchen von 2,6 %.

Der im Verhältnis zur Wohnbevölkerung prozentual stärkere Rückgang in der Anzahl der Erwerbstätigen resultiert vor allem aus der verlängerten Ausbildungszeit der Jugendlichen und ihrem daher zwangsläufig

¹⁾ Die im Text und in den Tabellen auf volle Tausend gerundeten Zahlen ergeben sich als hochgerechnete Ergebnisse der 1%igen „Mikrozensushebung“, die im April jeden Jahres im gesamten Bundesgebiet durchgeführt wird. Wegen der möglichen Stichprobenfehler sind in den Tabellen dieses Beitrages hochgerechnete Zahlenergebnisse zwischen 5 000 und -10 000 in Klammern gesetzt, anstelle der Angaben unter 5 000 steht ein Punkt (.).

²⁾ in dieser Abhandlung: Wohnsitz in Hamburg.

Tabelle 1

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Beteiligung am Erwerbsleben in Hamburg 1972, 1973 und 1974

Altersgruppen 1)	1 9 7 2					1 9 7 3					1 9 7 4				
	insgesamt	Männer	Frauen			insgesamt	Männer	Frauen			insgesamt	Männer	Frauen		
			insgesamt	darunter				insgesamt	darunter				insgesamt	darunter	
				led.	verh.				led.	verh.				led.	verh.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Wohnbevölkerung (in 1000)															
unter 15 Jahren	314	160	154	154	-	306	158	148	148	-	306	156	149	149	-
15 b. u. 20 "	89	47	42	39	.	90	47	42	40	.	96	53	43	41	.
20 " " 30 "	228	117	111	41	65	221	111	110	42	63	211	107	104	40	60
30 " " 40 "	271	139	133	14	110	277	143	133	13	110	289	150	139	13	111
40 " " 50 "	217	98	119	12	92	218	100	118	12	91	209	96	114	(9)	91
50 " " 60 "	206	84	122	10	79	195	78	117	10	77	201	80	121	11	82
60 " " 65 "	131	55	76	(5)	42	132	54	77	(6)	41	121	50	70	(5)	39
65 u. mehr "	319	121	198	20	60	323	124	200	18	59	314	119	196	16	59
I n s g e s a m t	1 776	821	954	295	450	1 761	816	945	289	443	1 746	811	935	286	443
Erwerbspersonen 2) (in 1000)															
unter 15 Jahren	-	-	-	-	-	-	.	.	-	-	-
15 b. u. 20 "	49	27	22	21	.	46	24	22	21	.	49	30	19	18	.
20 " " 30 "	170	100	70	27	39	166	94	71	29	38	153	88	65	28	34
30 " " 40 "	210	136	75	13	54	215	139	76	12	55	226	145	81	12	57
40 " " 50 "	167	96	70	11	48	168	98	70	11	48	162	94	69	(8)	50
50 " " 60 "	138	78	60	10	31	133	73	60	10	31	138	76	63	10	35
60 " " 65 "	60	42	18	.	(7)	58	41	17	.	(7)	52	37	15	.	(7)
65 u. mehr "	27	20	(7)	.	.	26	19	(7)	.	.	25	17	(8)	.	.
I n s g e s a m t	821	498	323	85	182	812	489	324	86	181	806	487	319	80	186
Erwerbsquote 3) (in %)															
unter 15 Jahren	-	-	-	-	-	-	.	.	-	-	-
15 b. u. 20 "	55	57	54	54	50	52	52	52	52	48	51	56	44	44	.
20 " " 30 "	75	86	63	67	59	75	85	65	69	61	73	82	63	70	57
30 " " 40 "	78	98	56	92	49	78	97	57	92	50	78	97	58	87	52
40 " " 50 "	77	98	59	92	52	77	98	59	93	52	78	98	61	(92)	54
50 " " 60 "	67	93	50	91	39	68	94	52	93	41	69	95	52	90	43
60 " " 65 "	45	75	23	.	(18)	44	75	23	.	(17)	43	73	22	.	(17)
65 u. mehr "	9	16	(4)	.	.	8	15	(4)	.	.	8	15	(4)	.	.
I n s g e s a m t	46	61	34	29	40	46	60	34	30	41	46	60	34	28	42

Anmerkung: Infolge der Auspunkung von weniger als 5 000 hochgerechneten Fällen (= 50 in der Stichprobe erfaßt) kann die Addition der betroffenen Spalten nicht mit der ausgewiesenen Summe übereinstimmen. Werte zwischen 5 000 und 10 000 sind in Klammern gesetzt.

1) nach entsprechenden Geburtsjahren umgerechnet.

2) einschl. Soldaten.

3) Erwerbsquote = $\frac{\text{Erwerbspersonen}}{\text{Wohnbevölkerung}} \times 100$

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

späteren Eintritt in das Berufsleben. Das wird sichtbar an der Entwicklung der Erwerbsquoten, d. h. des prozentualen Anteils der Erwerbspersonen an der Bevölkerung gleichen Alters. So ist z. B. die Erwerbsbeteiligung der 15- bis unter 20jährigen Frauen von 54% im Jahre 1972 auf 44% im Jahre 1974 zurückgegangen. Außerdem wirkt sich die Einführung der flexiblen Altersgrenze aus, die beim Vorliegen der Voraussetzungen das Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben schon bei Vollendung des 63. Lebensjahres erlaubt. Dadurch sind die Quoten der Erwerbsbeteiligung der über 60jährigen zurückgegangen. Generell ist die Erwerbsquote nur in den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 60 Jahren gestiegen. Der Rückgang der Erwerbstätigenzahl insgesamt wäre ohne die bis zum Herbst 1973 (d. h. bis zum Anwerbestop) zugewanderten Gastarbeiter noch größer; diese konzentrierten sich in den für den Arbeitsprozeß wichtigen Jahrgängen. Anfang der 70er Jahre waren von 1 000 Deutschen rund 31 bis unter 21 Jahre alt, von den Ausländern jedoch rund 51 Personen; auch die Altersgruppen der 21- bis unter

30jährigen ist bei den Ausländern mit rund 290 von 1 000 sehr viel stärker besetzt als bei den Deutschen (115 von 1000).

Unterschiedliche Entwicklung der Erwerbsquoten bei Männern und Frauen

Dem erwähnten Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt entspricht generell auch ein Rückgang der Erwerbsquote, d. h. des Anteils der Erwerbspersonen an der Bevölkerung. Daß dieser Rückgang nicht noch stärker sichtbar wurde, ist in der verschiedenartigen Entwicklung bei Männern und Frauen begründet; einem Rückgang bei den Männern in den drei Jahren steht ein leichter Anstieg der Quote bei den Frauen gegenüber. Bei letzteren ist bemerkenswert, daß die Erwerbsquote der ledigen Frauen um 0,8 Punkte zurückging, hingegen bei den verheirateten Frauen noch um 1,6 Punkte anstieg. Nicht nur der absoluten Zahl nach, sondern auch im Verhältnis zur jeweiligen Gesamtzahl sind mehr verheiratete

Frauen berufstätig als ledige; bei den verheirateten Frauen insgesamt beträgt die Erwerbsquote in den drei beobachteten Jahren über 40 %, bei den ledigen noch nicht 30 %. Untersucht man die einzelnen Altersklassen, so zeigt sich bei Männern ebenso wie bei Frauen ein Rückgang der Erwerbsquote von 1972 bis 1974; und zwar mit Ausnahme der 50- bis 60jährigen Männer in allen Altersklassen. Hinzuweisen ist auf eine gegenläufige Entwicklung bei ledigen und verheirateten Frauen. Bei den ledigen 20- bis 30jährigen Frauen stieg die Erwerbsquote im Laufe der drei Jahre um 3,3 Prozentpunkte an, bei den gleichaltrigen verheirateten Frauen ergab sich ein Rückgang um 2,6 Punkte; dagegen gehen vom 30. Lebensjahr an die jeweiligen Quoten von 1972 bis 1974 bei den ledigen Frauen durchweg zurück. Entgegengesetzt verläuft die Entwicklung bei den verheirateten Frauen, bei denen für die 30- bis 60jährigen innerhalb der ausgewiesenen Altersklassen eine Erhöhung der Erwerbsquoten im Verlauf der drei Jahre festzustellen ist; die zunehmende Ausübung und Fortsetzung eines erlernten Berufs über die Heirat hinaus mag dazu ebenso beitragen wie der Wunsch vieler Eheleute, durch Mitarbeit der Frau den gemeinsamen Lebensstandard zu verbessern. Der Umfang der Erwerbstätigkeit variiert mit dem Alter. Von den 20- bis unter 50jährigen Frauen insgesamt zählen ungefähr drei Viertel zu den Erwerbspersonen, von den 50- bis unter 60jährigen noch gut zwei Drittel. Ab 60 Jahren sinkt die Erwerbsquote beachtlich bei den 60- bis unter 65jährigen von 45,3 % (1972) auf 43,2 % im Jahre 1974 (flexible Altersgrenze!). Von den über 65jährigen geht nur noch jede 12. einer Erwerbstätigkeit nach. Die Erwerbsquoten der Männer sind durchweg höher als die der Frauen. Bei den 20- bis unter 30jährigen liegen sie bei über 80 % (Frauen höchstens 65 %), bei den 30- bis unter 60jährigen zwischen 93 % und 98 % (Frauen bis zu 60 %), von den 60- bis unter 65jährigen Männern üben noch ca. drei Viertel eine Erwerbstätigkeit aus, bei den Frauen dagegen weniger als ein Vier-

tel. Daß die Erwerbsquoten der Männer in jedem Fall höher liegen als die der Frauen, läßt sich bereits der Tabelle 1 entnehmen. Der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung wird jedoch noch deutlicher, wenn man die Erwerbsquote der Männer zu der der Frauen ins Verhältnis setzt. Für alle Altersklassen beträgt die Erwerbsquote für Männer das 1,8fache der für die Frauen errechneten Quote. In den einzelnen Gruppen ergeben sich altersbedingte Unterschiede von 1,1 (15- bis 20jährige) bis 1,9 (50- bis 60jährige) sowie 3,2 für die 60- bis 65jährigen Männer.

Bei den Frauen variieren die altersspezifischen Erwerbsquoten sehr stark mit dem Familienstand. Ähnlich wie bei den Männern sind von ledigen Frauen in den Altersklassen zwischen 30 und 60 Jahren fast durchweg 90 % erwerbstätig, im Alter zwischen 60 und 65 Jahren arbeitet etwa noch jede zweite ledige Frau. Dagegen sind bei den verheirateten Frauen die höchsten Erwerbsquoten bei den 20- bis 30jährigen festzustellen (bis zu 60 %); von den 30- bis 40jährigen geht dann nur noch rund jede zweite verheiratete Frau einer Erwerbstätigkeit nach – vermutlich, weil dann Familienpflichten und Kindererziehung häufig berufliche Tätigkeiten nicht zulassen. Vom 40. Lebensjahr an, wenn die Kinder zum Teil wieder „aus dem Hause sind“, steigt die Erwerbsquote der verheirateten Frauen wieder leicht an. 1974 z. B. auf über 54 %. Sie sinkt dann in den Altersklassen ab 50 wieder ab; von den über 60jährigen war nur noch knapp jede sechste, von den über 65jährigen sogar nur jede 33. verheiratete Frau erwerbstätig.

Die meisten Erwerbstätigen sind im „Tertiären Sektor“ beschäftigt

Reichlich ein Drittel der Erwerbstätigen – über 280 000 – sind im Wirtschaftsbereich „Dienstleistungen, pri-

Tabelle 2 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf
Ergebnisse des Mikrozensus in den Jahren 1972, 1973 und 1974

Jahre	Ins- gesamt	Wirtschaftsbereiche								Stellung im Beruf									
		Land- und Forstwirt- schaft, Tier- haltung und Fischerei		Produ- zierendes Gewerbe		Handel und Verkehr, einschl. Banken u. Ver- sicherungen		Sonst. Wirt- schaftsber. (Dienstleist., Sozialvers. usw.)		Selbst- ständige		Mit- helfende Familien- angehörige		Beamte, Richter		Ange- stellte 1)		Arbeiter 2)	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
Insgesamt																			
1972	817 300	(5 000)	(0,6)	276 300	33,8	253 400	31,0	282 600	34,6	68 100	8,3	12 600	1,5	71 500	8,8	364 000	44,5	301 100	36,9
1973	809 000	(5 700)	(0,7)	264 800	32,7	256 000	31,7	282 500	34,9	64 000	7,9	11 700	1,4	71 300	8,8	364 600	45,1	297 400	36,8
1974	795 700	(6 600)	(0,8)	271 400	34,1	237 300	29,8	280 400	35,3	70 200	8,8	12 700	1,6	69 700	8,8	350 000	44,0	293 100	36,8
Männlich																			
1972	496 300	.	.	205 500	41,4	146 900	29,6	141 100	28,4	53 900	10,9	.	.	59 700	12,0	176 000	35,5	205 700	41,4
1973	487 200	.	.	196 300	40,3	149 500	30,7	138 000	28,3	50 600	10,4	.	.	58 400	12,0	171 200	35,1	206 000	42,3
1974	480 300	.	.	200 300	41,7	137 700	28,7	137 600	28,6	55 200	11,5	.	.	57 900	12,1	161 500	33,6	204 200	42,5
Weiblich																			
1972	321 000	.	.	70 800	22,0	106 500	33,2	141 500	44,1	14 200	4,4	11 600	3,6	11 800	3,7	188 000	58,6	95 400	29,7
1973	321 800	.	.	68 500	21,3	106 500	33,1	144 500	44,9	13 400	4,2	10 700	3,3	12 900	4,0	193 400	60,1	91 400	28,4
1974	315 400	.	.	71 100	22,6	99 600	31,6	142 600	45,2	15 000	4,8	11 200	3,5	11 800	3,7	188 500	59,8	88 900	28,2

Anmerkung: Infolge der Auspunkung von weniger als 5 000 hochgerechneten Fällen (= 50 in der Stichprobe erfaßten) kann die Addition der betroffenen Spalten nicht mit der ausgewiesenen Summe übereinstimmen. Werte zwischen 5 000 und 10 000 sind in Klammern gesetzt.

- 1) einschl. der kaufm. Auszubildenden.
2) einschl. der gewerbl. Auszubildenden.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

vate Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ tätig. Rechnet man dazu noch die ca. 30 % im Bereich „Handel und Verkehr, einschl. Banken und Versicherungen“, so umfaßt der sogenannte Tertiäre Sektor nicht ganz zwei Drittel der Erwerbstätigen Hamburgs. Hierin spiegelt sich der Charakter Hamburgs als Handelsmetropole, Versicherungs- und Bankenplatz wider.

Der zweitstärkste Wirtschaftsbereich ist das „Produzierende Gewerbe“ mit ebenfalls einem Drittel der Erwerbstätigen, während der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“ mit noch nicht 1 % in Hamburg zahlenmäßig unbedeutend ist. Entsprechend dem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt sind auch die Zahlen der in den großen Wirtschaftsbereichen Tätigen seit 1972 zurückgegangen; im Bereich „Handel und Verkehr, einschl. Banken und Versicherungen“ ist der absolute Rückgang mehr als dreimal so stark wie im „Produzierenden Gewerbe“, am geringsten ist er in den „Sonstigen Wirtschaftsbereichen“. Letztere liegen anteilmäßig noch um gut ein Prozent höher als das „Produzierende Gewerbe“.

Eine Aufgliederung der „Insgesamt“-Zahlen nach Männern und Frauen zeigt, daß im „Produzierenden Gewerbe“ knapp dreimal so viel Männer tätig sind wie Frauen (über 40 % der erwerbstätigen Männer insgesamt). Auch im Bereich „Handel und Verkehr einschl. Banken und Versicherungen“ überwiegen die Männer. Nur in den „Sonstigen Wirtschaftsbereichen“ sind die Frauen stärker vertreten; über 45 % aller erwerbstätigen Frauen sind in diesem Bereich beschäftigt.

Die stärkste Gruppe sind die Angestellten

Bei Hamburg als der dem Umsatz nach größten Industriestadt auf dem Gebiet der Bundesrepublik könnte die Vermutung naheliegen, daß innerhalb seiner Erwerbstätigen die Arbeiter das größte Kontingent stellen. Das ist bei den männlichen Arbeitern mit einem Anteil von über 42 % an den erwerbstätigen Männern insgesamt auch der Fall, gilt jedoch nicht, wenn man die Zahlen auch der Frauen betrachtet. Insgesamt sind nämlich in der Hansestadt mit ihren großen Dienstleistungsbereichen die Angestellten mit einem Anteil von 44 % unter den Erwerbstätigen am stärksten vertreten. Innerhalb der Angestellten überwiegen sowohl absolut als auch in ihrem Anteil die Frauen. Während die männlichen Angestellten rund ein Drittel der (männlichen) Erwerbstätigen ausmachen, sind es von den Frauen rund 60 %, die nach ihrer Stellung im Beruf Angestellte sind, erst an zweiter Stelle stehen mit noch nicht 30 % die Arbeiterinnen; der Rest der Frauen verteilt sich zu etwa gleichen Teilen auf die Gruppen „Beamte, Richter“, „Mithelfende Familienangehörige“ sowie – mit einem etwas größeren Anteil – auf die Selbständigen.

Beamte und Richter hielten in den 3 Jahren bei geringer Abnahme in der absoluten Besetzung einen gleichbleibenden Anteil von 8,8 % aller Erwerbstätigen. In dieser Berufsgruppe sind die Männer vier- bis fünfmal so stark vertreten wie die Frauen.

Unter den Selbständigen, deren Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt 1974 8,8 % betrug, ist die Besetzung bei den Männern fast viermal so stark wie bei den Frauen.

Hans Georg Wollenhaupt

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1975	Juli 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	762,3	760,2	764,1	762,1	763,9	762,9
Lufttemperatur	°C	9,5	10,0	16,0	19,5	21,0	17,8
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	61	67	61	72
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	2	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5	6	4	5	3	4,7
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	701	68	16	43	45	65,4
Sonnenscheindauer	Std.	1 660	126,3	283	252	285	208,8
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	79	7,9	—	—	2	0
Tage mit Niederschlägen	"	240	18,8	9	13	9	14
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	245,0	242,4	238,9	238,2	...	242,7
" Altona	"	252,9	250,5	248,1	247,6	...	250,6
" Eimsbüttel	"	251,3	249,7	248,4	248,5	...	250,0
" Hamburg-Nord	"	335,7	328,3	323,3	322,5	...	328,7
" Wandsbek	"	378,0	380,5	383,2	383,7	...	379,6
" Bergedorf	"	93,7	92,8	92,1	91,9	...	92,8
" Harburg	"	201,8	198,9	196,6	196,4	...	199,2
Hamburg insgesamt	"	1 758,4	1 743,1	1 730,0	1 728,8	1 727,4	1 743,6
dav. männlich	"	815,0	809,4	802,8	802,4	801,8	809,6
welblich	"	943,4	933,7	927,2	926,4	925,6	934,0
dar. Ausländer ⁷⁾	"	122,7	131,2	128,0	130,110 r	130,110	131,3
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	930	867,2	958	705	1 222	1 252
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,3	6,0	6,5	5,0	8,3	8,4
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 139	1 127,9	1 160	1 102	1 187	1 258
dar. unehelich	"	105	104,8	116	94	103	124
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	7,8	7,8	7,9	7,8	8,1	8,5
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,4	10,0	8,6	8,8	10,1
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 158	2 107,6	2 479	2 002	2 229	2 095
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	27	21,4	24	18	12	23
dar. im ersten Lebensjahr	"	14,7	14,5	16,9	14,1	15,2	14,1
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	23,6	19,0	21,4	16,2	10,6	18,4
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	— 1 017	— 979,7	— 1 319	— 900	— 1 042	— 837
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	8,9	6,7	9,0	6,3	7,1	5,6
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	—	—	—	—	—	—
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	—	—	—	—	—	—
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 337	5 747	5 493	6 638	4 565	5 181
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 536	6 252	5 979	6 884	4 909	6 235
Fortgezogene Personen	"	— 199	— 505	— 486	— 246	— 344	— 1 054
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	+ 83	— 260	— 278	— 116	— 94	— 596
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 282	— 245	— 208	— 130	— 250	— 458
dav. männlich	"	14 455	14 080	12 935	15 941	13 104	14 488
welblich	"	1 468	1 374	1 221	1 561	1 048	1 206
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	2 202	1 629	1 495	1 778	1 222	1 346
Nach Gebieten	"	2 534	2 297	2 056	2 349	1 996	2 361
a) Zugezogene aus	"	1 810	1 799	1 639	1 874	1 561	1 853
Schleswig-Holstein	"	1 000	1 034	1 022	1 231	815	989
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	379	405	396	467	354	458
Niedersachsen	"	1 468	1 374	1 221	1 561	1 048	1 206
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	2 202	1 629	1 495	1 778	1 222	1 346
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 534	2 297	2 056	2 349	1 996	2 361
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 810	1 799	1 639	1 874	1 561	1 853
b) Fortgezogene nach	"	1 618	1 363	1 250	1 327	1 202	1 234
Schleswig-Holstein	"	906	754	688	715	665	672
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 618	1 308	1 184	1 299	943	1 257
Niedersachsen	"	788	1 284	1 609	1 909	768	1 383
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	—	—	—	—	—	—
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	—	—	—	—	—	—
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	—	—	—	—	—	—

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: Ende März 1975. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1975	Juli 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 740	16 608	16 383	16 329	16 271	16 595
Patienten ²⁾	"	13 110	13 023	12 349	11 944	12 077	12 624
Pflegelage	"	406 670	403 631	378 344	364 989	373 496	391 752
Bettenausnutzung	%	83,3	82,7	79,6	74,4	76,2	79,9
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 030	3 064	3 064	3 064	3 112	3 061
Patienten ²⁾	"	2 893	2 883	2 838	2 818	2 781	2 854
Pflegelage	"	82 499	81 692	80 282	82 636	81 810	81 786
Bettenausnutzung	%	92,8	91,8	91,9	91,9	90,9	91,7
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	842 743	722 586	1 482 373	1 799 124	2 103 832	1 454 148
dar. in Hallenschwimmbädern	"	467 560	482 344	404 483	444 544	501 226	426 686
in Freibädern	"	339 706	207 633	1 053 327	1 331 343	1 579 505	995 416
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	527 563	581 757	580 339	509 168	612 238	615 955
Ausgeliehene Noten	"	7 021	7 127	7 287	6 719	7 421	7 435
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	37 938	41 647	43 126	50 200	34 206	33 355
Besucher der Lesesäle	"	9 448	10 424	10 616	10 305	9 198	8 109
HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 446	3 700	3 616	3 883	3 603	3 445
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 555	2 525	2 820	3 562	3 133	2 357
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 500	1 363	1 208	1 351	1 268	1 525
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	68 258	92 556	85 060	88 075	65 866	74 017
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 302	27 115	7 750	8 187	8 657	9 227
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	12 530	13 462	10 457	11 352	7 764	13 465
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	6 177	7 129	7 292	7 114	5 169	4 644
Helms-Museum	"	13 421	16 439	37 163	24 657	19 051	24 438
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	12 094	14 916	36 136	23 723	17 874	23 288
Museum für Hamburgische Geschichte	"	11 447	13 733	16 756	30 789	18 545	10 106
Museum für Kunst und Gewerbe	"	6 383	7 057	3 996	4 287	5 350	6 372
Planetarium	"	5 998	5 758	—	—	—	3 679
Bischofsturm	"	—	1 863	1 646	1 689	1 330	2 086
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	681,5	682,7	676,7	677,3	...	685,8
dav. Pflichtmitglieder	"	399,1	396,6	388,4	389,0	...	399,1
Freiwillige Mitglieder	"	46,3	45,8	44,8	44,5	...	45,8
Rentner	"	236,1	240,3	243,5	243,7	...	240,9
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	27,3	24,8	22,0	...	23,0
dav. männlich	"	19,6	18,5	16,7	14,9	...	15,6
weiblich	"	9,1	8,8	8,1	7,1	...	7,4
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	5 542	12 121	24 490	24 922	25 008	10 266
dav. männlich	"	2 959	7 231	15 709	15 262	14 927	5 819
weiblich	"	2 583	4 890	8 781	9 660	10 081	4 447
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	—	4 369	9 010	7 994	7 595	2 857
Technische Berufe	"	—	889	1 574	1 893	1 954	951
Dienstleistungsberufe	"	—	6 827	12 754	13 967	14 372	6 028
2. Offene Stellen	"	18 838	13 315	12 368	11 220	11 451	14 274
3. Arbeitsuchende ²⁾	"	12 519	19 727	33 212	33 199	32 836	17 847
4. Vermittlungen ³⁾	"	11 269	10 306	8 969	10 414	9 892	10 246
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	5 765	5 381	3 524	4 544	4 072	5 073
5. Kurzarbeiter	"	284	2 289	6 716	3 758	4 536	379
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	1 444	1 407	1 468	1 265	1 035	1 227
dav. an Molkereien geliefert	%	92,2	92,5	96,4	96,1	93,6	94,6
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	11,3	12,2	10,2	8,3	9,7

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1975	Juli 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milcherstellung der Molkerelen							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	1 549	1 215	1 045	962	1 119	1 404
pasteurisiert, abgepackt	"	7 595	6 770	6 604	6 443	7 728	6 988
ultra-hocherhitzt	"	1 046	1 280	1 133	1 060	1 326	1 161
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	136	141	120	100	111	143
ultra-hocherhitzt	"	316	1 389	2 053	2 390	2 566	1 195
Entrahmte Milch	"		65	594	884	370	48
Buttermilcherzeugnisse	"	620	433	898	958	1 306	703
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"		159	322	280	380	220
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,2	8,3	4,7	6,5	6,5	8,7
Kälber	"	1,1	1,1	0,7	1,0	0,9	1,1
Schweine	"	29,7	28,3	26,1	21,0	22,3	26,4
Schafe	"	0,7	0,6	0,4	0,9	0,7	0,7
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,2	7,5	3,8	5,4	5,7	9,0
Kälber	"	1,0	1,1	0,7	1,0	0,9	1,0
Schweine ¹⁾	"	30,3	28,6	25,0	21,7	22,4	26,7
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	4 744	4 831	3 315	3 451	3 622	4 983
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 678	1 997	1 020	1 409	1 496	2 346
Kälber	"	80	88	54	83	80	88
Schweine	"	2 960	2 727	2 229	1 932	2 025	2 528
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 367	1 329	1 281	1 279	1 280	1 324
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	194	187	178	177	176	187
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	119	114	106	106	105	114
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	1 000	18 319	17 100	15 117	13 883	14 631	16 309
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	199	213	216	229	211	219
Gehälter (Bruttosumme)	"	170	191	211	197	198	189
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	4	5	4	3	4	4
Gasverbrauch ohne Erdgas ⁷⁾	1 000 cbm	2 661	1 329	944	930	941	1 320
Erdgasverbrauch ⁷⁾	1 000 cbm	63 213	35 277	31 004	30 482	27 194	30 424
Heizölverbrauch	1 000 t	58	52	39	33	33	40
Stromverbrauch	Mio kWh	187	257	261	265	243	284
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	13	12	10	9	12	11
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 917	2 245	2 117	2 023	1 961	2 021
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	315	412	371	383	309	341
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 917	2 245	2 117	2 023	1 961	2 021
dar. Mineralölverarbeitung	"	333	479	440	471	460	468
Chemische Industrie	"	168	188	194	176	167	183
Elektroindustrie	"	239	270	260	202	235	210
Maschinenbau	"	150	154	160	144	142	129
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	13	13	14	14	16	15
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	596	651	584	472	490	528
Gaserzeugung (brutto) ⁷⁾	Mio cbm	58	26	16	15	15	18
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾				4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	2. Vj. 1975	2. Vj. 1974
		1973	1974				
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	94,1	87,4	83,3	82,3	82,8	88,4
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	123,3	122,6	151,6	103,9	120,2	120,6
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1973	1974	Juni 1975	Juli 1975	August 1975	August 1974
1. Bauhauptgewerbe ¹¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	43 660	36 744	31 378	32 546	32 958	37 179
dar. Inhaber	"	1 238	1 189	1 198	1 202	1 213	1 174
Angestellte	"	6 218	5 860	5 294	5 320	5 233	5 815
Arbeiter ¹²⁾	"	38 204	29 694	24 886	26 024	26 512	30 190
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 711	4 791	3 828	3 663	4 078	4 874
dav. für Wohnungsbauten	"	1 738	1 335	1 378	1 334	1 076	1 241
gewerblich und Industr. Bauten	"	2 034	1 624	1 351	1 284	1 301	1 623
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 939	1 832	1 499	1 545	1 701	2 010
Löhne (Bruttosumme) ¹³⁾	Mio DM	80,6	74,3	64,1	67,0	66,5	77,0
Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	"	15,6	15,9	15,6	15,0	15,4	16,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,6	229,9	160,3	195,4	156,8	207,0
dav. im Wohnungsbau	"	68,4	61,7	42,0	47,8	35,0	62,2
gewerblich und Industr. Bau	"	81,8	70,5	51,6	72,0	56,6	66,1
öffentlichen und Verkehrsbau	"	81,4	97,7	66,7	76,0	35,3	78,3

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Baulindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1975	Juli 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	164	106	113	126	240	191
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	61	63	77	147	120
Umbauter Raum	1 000 cbm	416	300	228	247	641	466
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	85,8	63,9	51,3	58,6	149,9	112,9
Wohnfläche	1 000 qm	87	62	49	53	128	99
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	65	51	40	48	104	77
Umbauter Raum	1 000 cbm	493	384	244	312	1 151	631
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	71,5	77,6	24,6	62,4	188,5	119,1
Nutzfläche	1 000 qm	89	73	40	69	179	116
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 199	837	607	651	1 725	1 279
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	171	132	58	72	52	101
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	88	66	29	33	20	35
Umbauter Raum	1 000 cbm	189	394	140	230	164	363
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	80,7	75,5	27,2	50,1	35,8	68,4
Wohnfläche	1 000 qm	91	78	30	47	36	78
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	69	53	26	24	23	45
Umbauter Raum	1 000 cbm	638	619	129	194	284	666
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,9	104,5	26,5	28,4	59,8	74,0
Nutzfläche	1 000 qm	101	97	26	39	50	90
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 244	1 079	405	686	451	1 094
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	565	475	252		252	460
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) ¹⁾							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	18 000	14 085	14 000	13 900	15 200	19 000
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	188	190	190	190	190	189
Wohnungen	"	738	750	753	753	754	742
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 755	2 800	2 811	2 814	2 815	2 773
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	120,2	127,1	120,7	114,6	...	115,0
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	132,3	145,5	126,9	112,4	...	125,7
Facheinzelhandel	"	118,7	121,7	120,0	117,2	...	112,2
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾ ⁴⁾							
Mio DM		420	581	585	432	493	520
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	55	89	68	67	61	86
Gewerblichen Wirtschaft	"	365	492	518	365	432	434
dav. Rohstoffe	"	3	4	4	3	4	5
Halbwaren	"	83	132	86	76	85	128
Fertigwaren	"	279	356	428	286	343	301
dav. Vorerzeugnisse	"	29	64	44	32	30	68
Enderzeugnisse	"	250	292	384	254	312	233
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	311	404	453	306	369	360
dar. EG-Länder	"	199	245	340	197	241	218
EFTA-Länder	"	57	77	61	59	63	77
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	125,5	132,4	139,3	129,6
dav. Beherbergungsgewerbe	"	133,6	131,5	135,7	126,8
Gaststättengewerbe	"	123,2	132,7	140,4	130,4
4. Fremdenverkehr ⁵⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 405	115 568	121 347	129 504	141 169	134 200
dar. von Auslandsgästen	"	39 554	35 824	40 729	53 375	51 798	48 221
Fremdenübernachtungen	"	224 878	224 878	225 773	233 671	263 510	243 237
dar. von Auslandsgästen	"	73 856	73 855	71 542	90 168	91 739	83 456

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1975	Juli 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 512	1 489	1 682 s	1 492 p	1 534 p	1 624
Angekommene Schiffe	"	1 571	1 559	1 660 s	1 553 p	1 513 p	1 683
Abgegangene Schiffe	"	4 154	4 362	3 637 p	3 999 p	3 598 p	4 143
Güterverkehr über See	1 000 t	3 096	3 644	2 639 p	2 850 p	2 572 p	2 922
dav. Empfang	"	2 446	2 411	2 085 p	2 277 p	2 067 p	2 282
dav. Massengut	"	1 416	1 348	1 147 p	1 247 p	1 106 p	1 387
dar. Mineralöle	"	650	633	554 p	573 p	505 p	640
Sack- und Stückgut	"	1 058	1 318	998 p	1 149 p	1 026 p	1 221
Versand	"	472	606	438 p	532 p	468 p	500
dav. Massengut	"	586	712	560 p	617 p	558 p	721
Sack- und Stückgut	"						
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	382	419	355	356 p	360 p	480
Güterversand	"	400	463	421	398 p	395 p	395
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 165	5 459	5 831 p	6 180 p	6 184 p	6 486
Fluggäste	"	258 767	283 005	348 901 p	336 517 p	333 412 p	325 109
Fracht	1 000 t	2 013,6	2 111,6	1 852,5 p	2 005,4 p	2 016,3 p	1 945,2
Luftpost	"	722,7	728,8	635,0 p	709,8 p	689,8 p	716,5
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	27 546	27 577	25 474	22 652	26 042	27 124 r
Schnell- und Vorortbahnen	"	3 587	2 932	2 435	1 855	2 179	2 717
Straßenbahn	"	18 621	19 681	18 344	17 669	18 721	19 031 r
Kraftomnibusse	"						
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	488,7	505,5	530,6	497,6	498,5 p	501,6
dar. Personenkraftwagen ^{3) 4)}	"	438,5	454,1	476,7	445,6	446,3 p	449,3
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 419	4 453	6 247	5 489	...	3 363
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 907	3 968	5 710	5 084	...	2 941
Lastkraftwagen	"	379	348	363	227	...	303
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	986	881	867 p	715 p	988 p	908
Getötete Personen	"	24	23	16 p	9 p	26 p	20
Verletzte Personen	"	1 308	1 145	1 119 p	956 p	1 246 p	1 147
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	38 431,4	41 863,3	44 256,2	44 036,4	44 747,2	42 539,5
Kredite an Nichtbanken	"						
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	10 470,1	11 436,7	11 589,0	11 081,3	11 364,7	11 853,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	10 357,1	11 234,7	11 392,3	10 927,3	11 175,7	11 618,0
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	"	5 851,0	6 254,1	6 195,4	6 231,3	6 355,0	6 301,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 393,1	5 595,4	5 284,0	5 341,8	5 307,9	5 542,6
Langfristige Kredite ⁷⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	22 110,3	24 172,5	26 471,8	26 723,7	27 027,5	24 384,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 084,9	21 763,1	23 508,1	23 653,5	23 877,8	21 906,5
dar. Durchlaufende Kredite	"	809,6	678,8	604,7	595,4	601,6	663,1
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	27 194,1	29 736,6	31 285,6	31 349,8	31 528,2	29 501,4
dav. Sicht- und Termingelder	"	17 617,9	19 634,8	19 545,7	19 512,2	19 564,2	19 480,3
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	12 981,1	14 376,3	14 333,1	14 187,8	14 352,5	14 172,2
Spareinlagen	"	9 576,2	10 101,8	11 739,9	11 837,6	11 964,0	10 021,1
dar. bei Sparkassen	"	6 283,6	6 644,1	7 574,6	7 624,7	7 678,7	6 612,5
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	531,5	579,2	687,4	877,6	672,5	520,2
Lastschriften auf Sparkonten	"	542,7	564,7	638,3	785,7	548,1	498,0
Zinsgutschriften	"	46,6	54,9	1,8	5,8	2,0	2,4
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	18	21	24	21	19	22
3. Wechselproteste							
	Anzahl	635	630	583	613	504	583
Betrag	1 000 DM	2 988	3 217	2 188	2 592	3 265	2 919

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1975	Juli 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	24 650	21 169	19 332	21 052	18 136	19 616
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 449	3 536	3 546	3 819	3 585	3 517
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 533	1 459	1 919	1 647	1 149	1 755
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	492	512	456	753	519	555
5. Kapitalgesellschaften mit Haupttitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	159	159	158	158	158
Grundkapital	Mio DM	5 913	6 415	6 941	6 980	7 014	6 431
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 086	6 557	7 072	7 111	7 186	6 634
Stammkapital	Mio DM	5 351	5 838	6 141	6 113	6 207	5 895
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM							
dav. Steuern vom Einkommen	"	478 819	573 982	818 858	483 904	395 359	366 355
dav. Lohnsteuer	"	300 925	349 961	350 012	361 636	326 076	351 002
Veranlagte Einkommensteuer	"	100 573	104 413	237 371	62 831	37 140	15 417
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	24 266	60 074	95 350	11 952	12 338	24 045
Körperschaftsteuer	"	53 055	59 535	136 126	47 486	19 805	— 24 108
Steuern vom Umsatz	"	335 576	348 803	351 323	342 839	303 093	270 113
dav. Umsatzsteuer	"	206 263	165 728	169 694	166 578	111 957	83 976
Einfuhrumsatzsteuer	"	129 313	183 075	181 629	176 361	191 136	186 137
2.* Bundessteuern							
1 000 DM							
dar. Zölle	"	56 426	59 987	54 595	54 144	57 051	61 595
Verbrauchssteuern	"	782 783	795 961	825 426	927 378	909 552	922 072
dar. Mineralölsteuer	"	665 657	646 689	731 877	674 349	724 064	720 848
3.* Landessteuern							
1 000 DM							
dar. Vermögensteuer	"	16 971	19 055	5 459	1 366	47 046	49 243
Kraftfahrzeugsteuer	"	12 314	12 617	13 157	11 522	9 726	19 438
Biersteuer	"	3 136	3 041	3 086	3 062	3 325	3 127
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM							
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	70 343	76 891	29 778	54 625	181 508	182 473
Grundsteuer A	"	90	62	9	138	47	115
Grundsteuer B	"	9 402	10 759	5 725	24 748	18 208	24 305
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM							
1 308 304							
6.* Einnahmen des Landes							
1 000 DM							
269 532							
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾	"	176 408	212 972	368 312	87 414	172 254	40 060
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	37 385	44 758	115 301	21 982	—	16 560
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	12 785	14 611	—	—	39 569	43 233
Außerdem:	"	68 905	74 388	36 986	131 466	124 900	124 564
Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁵⁾	"	47 805	53 027	82 234	27 665	50 850	19 895
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ³⁾	"	388 242	444 809	631 468	303 821	456 368	326 052
Einnahmen des Landes insgesamt	"	657 774	889 618	1 269 936	511 641	627 918	452 607
Vj.-Durchschnitt 1973 Vj.-Durchschnitt 1974 4. Vj. 1974 1. Vj. 1975 2. Vj. 1975 2. Vj. 1974							
Öffentliche Finanzen							
Mio DM							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
1 762,5							
dar. Personalausgaben	"	795,7	912,7	1 003,9	979,5	973,0	894,9
Bauinvestitionen	"	185,1	202,7	289,3	126,7	182,7	186,8
dar. für Schulen	"	54,8	59,2	81,5	32,3	44,8	61,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	23,1	29,0	33,6	18,3	19,9	29,3
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,5	9,5	15,1	10,6	14,4	9,8
Straßen	"	20,2	26,5	50,5	15,9	19,1	17,1
Wasserstraßen und Häfen	"	21,1	20,4	22,5	15,0	44,1	17,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	155,0	170,7	153,2	187,8	210,6	155,6
Zuführung an Rücklagen	"	8,6	1,3	5,0	0,0	0,0	0,1
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
1 802,7							
dar. Steuern	"	1 158,7	1 334,4	1 508,8	1 183,4	1 269,3	1 305,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	57,7	54,4	76,3	37,0	69,6	62,2
Gebühren, Beiträge usw.	"	192,2	241,4	235,3	279,6	265,1	228,6
Einnahmen aus Rücklagen	"	12,5	22,1	31,5	0,4	7,6	1,2
Schuldenaufnahme	"	207,8	232,2	270,0	307,6	196,6	263,9
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁴⁾							
5 144,3							
dar. am Kreditmarkt	"	3 773,7	4 670,8	4 670,8	4 893,2	4 933,9	4 005,8
bei Gebietskörperschaften	"	711,7	716,3	716,3	707,1	703,8	698,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Zerlegung. — ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁶⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	Mai 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	199,0	219,6	226,7	231,3	232,3	223,5
dav. Einfamiliengebäude	"	200,0	221,7	229,8	234,7	235,9	225,7
Mehrfamiliengebäude	"	198,0	217,4	223,5	227,9	228,8	221,3
Gemischt genutzte Gebäude	"	197,6	217,8	224,7	229,3	230,4	221,9
Bürogebäude	"	194,2	211,8	216,6	219,7	220,1	215,4
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	192,2	206,6	210,4	213,3	214,7	211,4
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	394	480	490	494	483	445
weibliche Arbeiter	"	245	303	311	313	305	281
Bruttostundenverdienste	"	8,90	11,01	11,29	11,33	11,25	10,21
weibliche Arbeiter	"	5,97	7,40	7,61	7,65	7,67	6,82
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,2	43,6	43,4	43,6	42,9	43,6
weibliche Arbeiter	"	41,0	40,9	40,9	40,9	39,8	41,2
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 905	2 451	2 479	2 531	2 590	2 293
weiblich	"	1 381	1 767	1 795	1 833	1 850	1 638
Technische Angestellte und Meister	"	2 033	2 545	2 596	2 611	2 619	2 371
weiblich	"	1 374	1 709	1 747	1 757	1 773	1 585
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 775	2 217	2 228	2 278	2 315	2 096
weiblich	"	1 254	1 549	1 565	1 605	1 647	1 448
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 808	2 276	2 292	2 343	2 384	2 145
weiblich	"	1 286	1 594	1 613	1 652	1 690	1 486
Technische Angestellte und Meister	"	2 024	2 489	2 537	2 554	2 564	2 317
weiblich	"	1 504	1 854	1 883	1 881	1 890	1 768
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 168	11 559	12 722	13 073	11 588	10 632
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	7	6	8	8	11	9
Körperverletzung	"	420	454	436	442	455	402
Raub, räuberische Erpressung	"	110	108	121	98	117	97
Diebstahl	"	7 132	7 332	7 872	8 560	7 226	6 667
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 506	3 794	4 165	4 447	3 714	3 530
Betrug und Untreue	"	1 200	1 294	1 677	1 489	1 413	1 504
Außerdem:	"	1 447	1 676	1 474	1 356	1 507	1 662
Verkehrsvergehen	"	9 671	9 863	5 424	5 466	5 926	10 076
Verkehrsordnungswidrigkeiten ³⁾	"	532	438	487	518	489	499
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	29 591	30 518	29 644	26 945	26 315	27 115
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁴⁾	"	-	-	-	-	-	-
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	13 970	14 558	14 217	14 555	...	14 708
dav. Feueralarme	"	475	494	528	483	...	387
dar. bekämpfte Großbrände	"	14	15	17	13	...	14
falsche Alarmläufe und Unfugmeldungen	"	107	117	109	105	...	104
Rettungswageneinsätze	"	12 616	13 166	12 888	12 912	...	13 242
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 832	2 365	2 592	...	2 597
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 801	1 763	1 838	1 692	...	2 006
Hilfeleistungen aller Art	"	879	898	801	1 160	...	1 079
Außerdem:	"	-	-	-	-	...	-
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	110	129	189	134	...	110

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 2. UND 1. Vj. 1975

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ¹⁾			
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte ¹⁾	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 2 014 1. Vj. 1 730	4 486 ³⁾	11 148	- 6 662	13 985	17 570	-10 247	29 217 33 295	11 448 10 016	205 151 209 023	102 104	6 005 5 870	2 982 2 915
Hamburg	2. Vj. 1 727 1. Vj. 1 730	3 418 p 3 361	6 146 6 744	- 2 728 - 3 383	15 000 17 347	16 000 p 17 765	- 3 728 p - 3 801	24 490 p 27 737	12 368 11 953	177 656 179 074	103 104	6 382 p 6 222	3 695 p 3 597
München	2. Vj. 1 316 1. Vj. 1 321	2 573 p 2 413 r	3 531 3 457	- 958 - 1 044	15 631 15 212	19 852 16 305	- 5 179 - 2 137	24 259 26 395 r	7 493 ⁷⁾ 6 846 ⁷⁾	176 681 ⁷⁾ 179 148 ⁷⁾	134 136	5 566 p 4 971 p	4 229 p 3 763
Köln	2. Vj. 1 017 1. Vj. 1 019	2 448 ⁴⁾ 2 253 ⁴⁾	2 834 3 294	- 386 - 1 041	11 309 10 709	12 631 12 965	- 1 708 - 3 297	11 855 11 546	5 140 4 878	140 267 142 341	138 140	5 325 4 941	5 236 4 849
Essen	2. Vj. 684 1. Vj. 686	1 344 1 342	2 329 2 553	- 985 - 1 211	4 501 4 857	5 089 5 560	- 1 573 - 1 914	11 146 12 017	3 004 3 463	56 686 57 840	83 84	1 382 1 231	2 020 1 794
Düsseldorf	2. Vj. 672 1. Vj. 674	1 318 1 326	2 016 2 308	- 698 - 982	7 347 7 966	8 904 8 157	- 2 255 - 1 173	10 355 10 175	4 679 4 920	104 441 106 619	155 158	3 259 3 259 p	4 850 4 835 p
Frankfurt/M.	2. Vj. 651 1. Vj. 656	1 384 1 429	1 926 2 174	- 542 - 745	9 989 9 333	14 611 12 035	- 5 164 - 3 447	17 095 17 113	8 376 8 407	113 224 115 375	174 176	3 038 3 118	4 667 4 753
Dortmund	2. Vj. 635 1. Vj. 637	1 375 1 359	2 111 2 707	- 736 - 1 348	4 348 5 125	5 561 6 485	- 1 949 - 2 708	11 028 11 499	2 942 3 238	70 159 71 781	110 113	1 597 1 557	2 513 2 444
Stuttgart	2. Vj. 605 1. Vj. 609	1 435 1 219	1 651 1 689	- 216 - 470	9 608 9 233	13 791 11 923	- 4 399 - 3 160	6 900 6 977	5 293 4 771	128 500 131 728	212 216	4 400 p 4 361	7 273 p 7 161
Bremen	2. Vj. 578 1. Vj. 578	1 634 1 210	2 217 2 036	- 583 - 826	6 092	6 263	- 997	9 499 9 614	3 697 3 418	81 724 82 868	141 p 143	2 786 2 863	4 820 p 4 953
Hannover	2. Vj. 563 1. Vj. 567	1 150 1 154	1 863 2 064	- 713 - 910	7 182 6 559	10 633 7 486	- 4 164 - 1 837	16 246 16 312	4 554 5 324	96 104 101 387	171 179	2 594 2 338	4 607 4 123

Großstädte	Bauhauptgewerbe		Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1 000 DM	-Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 12 864 1. Vj. 11 214	563 575	280 286 r	421 241 r	3 622 2 194	293 182	2 440 1 265	342 297 p	277 204	138 101	754 567	3 509 2 691	4 534 3 499	123 322 169 827	87 219 119 201
Hamburg	2. Vj. 11 823 1. Vj. 11 195	462 443	268 256	328 p 273	1 855 1 483	190 198	1 653 1 804	558 417	354 258	205 149	677 p 484	2 678 2 312	3 122 p 3 154 p	186 936 p 266 124 p	150 395 140 955
München	2. Vj. 11 133 1. Vj. 8 714	451 473	343 358	190 p 187	955 941	195 248	1 593 2 248	742 1 301	527 399	400 302	1 033 793	1 835 1 362	2 535 1 889	142 204	94 811
Köln	2. Vj. 6 377 1. Vj. 6 303	273 253	268 248	342 923	1 441 4 819	120 68	824 989	401 173	190 ⁶⁾ 164 ⁶⁾	187 161	361 366	1 185 1 099	1 551 1 450	105 738 122 758	23 577 24 652
Essen	2. Vj. 5 162 1. Vj. 5 162	234 p 206	342 300	182 118	439 316	67 60	354 417	170 339	40 42	58 p 61	88 89	768 p 658	998 813	52 759 47 202	41 622 33 458
Düsseldorf	2. Vj. 6 040 1. Vj. 5 962	267 232	397 344	102 175	816 362	102 79	599 697	199 219	163 166	243 246	344 326	869 741	1 106 p 943	85 332 p 104 760	57 413 83 329
Frankfurt/M.	2. Vj. 7 296 1. Vj. 7 050	302 346	464 527	163 134	585 648	11 25	178 373	54	276 254	424 387	530 517	1 062 923	1 369 1 160	197 987 274 371	55 538 17 113
Dortmund	2. Vj. 4 741 1. Vj. 4 647	182 186	287 292	213 257	933 1 235	122 137	608 933	509 264	44 42	69 66	75 74	769	978	45 785 40 323	33 951 ¹⁰⁾ 30 591 ¹⁰⁾
Stuttgart	2. Vj. 6 400 1. Vj. 6 429	180 p 281	298 p 461	86 p 99	412 397	98 67	815 381	615 270	108 96	179 p 158	240 p 212	710 p 639	976 p 871 p	85 206 p 101 479 p	59 215 12 827
Bremen	2. Vj. 4 596 1. Vj. 4 450	197 153	265	259 325	769 1 154	84 63	266 222	286 298	29 63	109	51 123	942 708	1 095 840	63 186 60 774	35 030 35 524
Hannover	2. Vj. 4 857 1. Vj. 4 389	234 156	416 275	95 97	652 596	61 35	854 214	147 312	115 82	204 145	206 148	700	901	55 960 78 624	45 314 9 749

¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ Nach einer Schätzung für Verwaltungszwecke dürfte die „echte“ Bevölkerungszahl um rd. 102 000 Personen höher liegen, weil einmal die Volkszählung 1970 - Ausgangsbasis der Fortschreibung - eine nicht korrigierbare Untererfassung um etwa 2 % oder rd. 40 000 Personen aufwies und zum anderen bis Ende 1971 vorgenommene Anmeldungen von Berlinern in westdeutscher Nebenwohnung, die weiterhin in Berlin lebten, als Fortzüge gewertet werden mußten. - ⁷⁾ einschl. Landkreis München. - ⁸⁾ einschl. Eingemeindung ab. 1. 1. 1975. - ⁹⁾ einschließlich sonst. Baumaßnahmen. - ¹⁰⁾ nach Ertrag und Kapital.

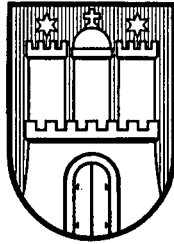
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1975	Juni 1975	Juli 1975	Juli 1974
		1973	1974				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 975,9 r	62 054,0
Eheschließungen	auf 1 000	6,4	6,1	6,8
Lebendgeborene	Einw. und	10,3	10,1	10,6
Gestorbene	1 Jahr	11,8	11,7	11,0
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 368	8 144	7 641	7 603	...	8 161
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	929	870	753	763	...	850
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	55 578	62 450	57 731	60 655	...	63 200
dar. Auslandsumsatz	"	11 936	15 097	13 630	14 763	...	15 235
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1970 = 100	178,7	111,5	109,4	106,5	89,6	101,5
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	"	182,3	110,6	108,9	106,0	88,6	100,8
Verarbeitende Industrie	"	212,2	116,0	103,9	104,9	93,0	114,4
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	176,7	107,2	110,3	107,2	84,0	93,4
Investitionsgüterindustrie	"	167,1	107,7	113,6	100,7	83,4	92,9
Verbrauchsgüterindustrie	"	152,8	113,7	107,3	114,1	102,9	104,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	149,6	104,8	106,2	105,0	92,3	103,0
Bauindustrie	"						
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 508,1	1 352	30 925	1 194	...	1 376
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	235,2	173	3 835	159	...	183
Geleistete Arbeitsstunden	"						
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	7 734	6 280	156 823	5 441	...	6 589
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	54 909	34 775	29 211	33 585	32 608	40 894
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	59 519	50 341	19 307	23 164	25 761	47 270
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	129,8	136,6	147,3	139,4	147,8	134,4
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	127,0	146,3	138,5	136,5	138,8	150,2
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 117	13 242	13 448
dav. Empfang	"	9 504	9 935	10 110
Versand	"	2 613	3 307	3 338
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	188 344	157 356	223 351	220 792	196 206	171 973
Straßenverkehrsunfälle	"						
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 477	27 580	29 993 p	30 550 p	30 506	28 542
Getötete Personen	"	1 359	1 217	1 203 p	1 172 p	1 315	1 181
Verletzte Personen	"	40 687	37 255	41 180 p	41 664 p	41 958	39 231
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 105	5 997	4 952	5 340	6 110	5 876
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 204	2 233	94	5 042	634	573
Körperschaftsteuer	"	907	867	204	1 769	192	177
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	4 152	4 326	4 392	4 247	4 357	4 075
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	123,8	129,4	135,4	135,4	135,5	130,8
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	112,6	144,8	139,2	138,4	139,9	143,7
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	112,3	131,4	136,2	136,0	136,1	133,2
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	1962 = 100	187,1	200,8	207,0			
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	118,2	126,3	133,7	134,6	134,7	126,7
Nahrungs- und Genußmittel	"	117,7	123,5	130,4	131,9	131,5	123,9
Wohnungsmieten	"	119,4	126,1	135,7	136,6	137,1	126,5
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	8,76	11,01	9,55	9,87	9,88	8,93
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,5	43,6	42,8	42,9	42,4	43,7

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattekreis.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

November-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Kaum noch Anstieg der Ausländerzahl

In Hamburg leben nach neuesten Auszählungen der Einwohnerkartei zur Zeit 124 000 Ausländer; dies sind nicht einmal 1% mehr als ein Jahr zuvor. Nachdem sich in der Vergangenheit die Zahl der in Hamburg gemeldeten Ausländer um jährlich bis zu 17% erhöht hatte, ist jetzt erstmals keine nennenswerte Änderung mehr eingetreten. Jeder vierte Ausländer kommt aus der Türkei, jeder siebente aus Jugoslawien und jeder fünfzehnte aus Portugal. Im ganzen haben 7% der Einwohner unserer Stadt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Höherer Anteil auswärtiger Geburten

Als „geborene Hamburger“ haben 1974 fast 3 600 Jungen und Mädchen das Licht der Welt erblickt, deren Eltern nicht in Hamburg wohnten. Von den 16 900 Neugeborenen, die die hamburgischen Standesämter im letzten Jahr registrierten, hatte somit ein Fünftel auswärtige Eltern. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Kinder, deren Väter und Mütter ihren Wohnsitz im Umland haben. Bei insgesamt rückläufigen Geburtenzahlen ist der Anteil der ortsfremden Geburten in Hamburg während der vergangenen zehn Jahre von knapp 13% auf über 21% angestiegen. Dagegen sind 1974 nur 250 Kinder Hamburger Eltern außerhalb der Hansestadt geboren worden.

Über 5000 Kinder von Ehescheidungen ihrer Eltern betroffen

Im Jahr 1974 wurden in Hamburg annähernd 5 700 Ehen geschieden. Von den geschiedenen Ehepaaren hatten 2 400 keine Kinder, bei 200 Paaren waren die Kinder zum Zeitpunkt der Scheidung bereits volljährig. Die übrigen 3 100 Ehepaare hatten insgesamt über 5 000 minderjährige Kinder. Nicht ganz ein Drittel dieser „Scheidungswaisen“ war unter sechs Jahre, gut die Hälfte zwischen sechs und fünfzehn Jahren alt.

Mehr tödliche Hausunfälle

An den Folgen von Hausunfällen sind 1974 in Hamburg fast 300 Menschen gestorben. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl

der tödlichen Hausunfälle damit um ein Fünftel angestiegen. Sie erreichte im letzten Jahr eine Höhe, die von der Anzahl der Verkehrstoten nicht sehr weit entfernt ist.

Sechs von sieben Personen, die zu Hause einen tödlichen Unfall erlitten, waren über 65 Jahre alt. Der tödliche Unfall im Haus traf zumeist ältere Frauen. Weniger als 30% aller Verunglückten waren Männer.

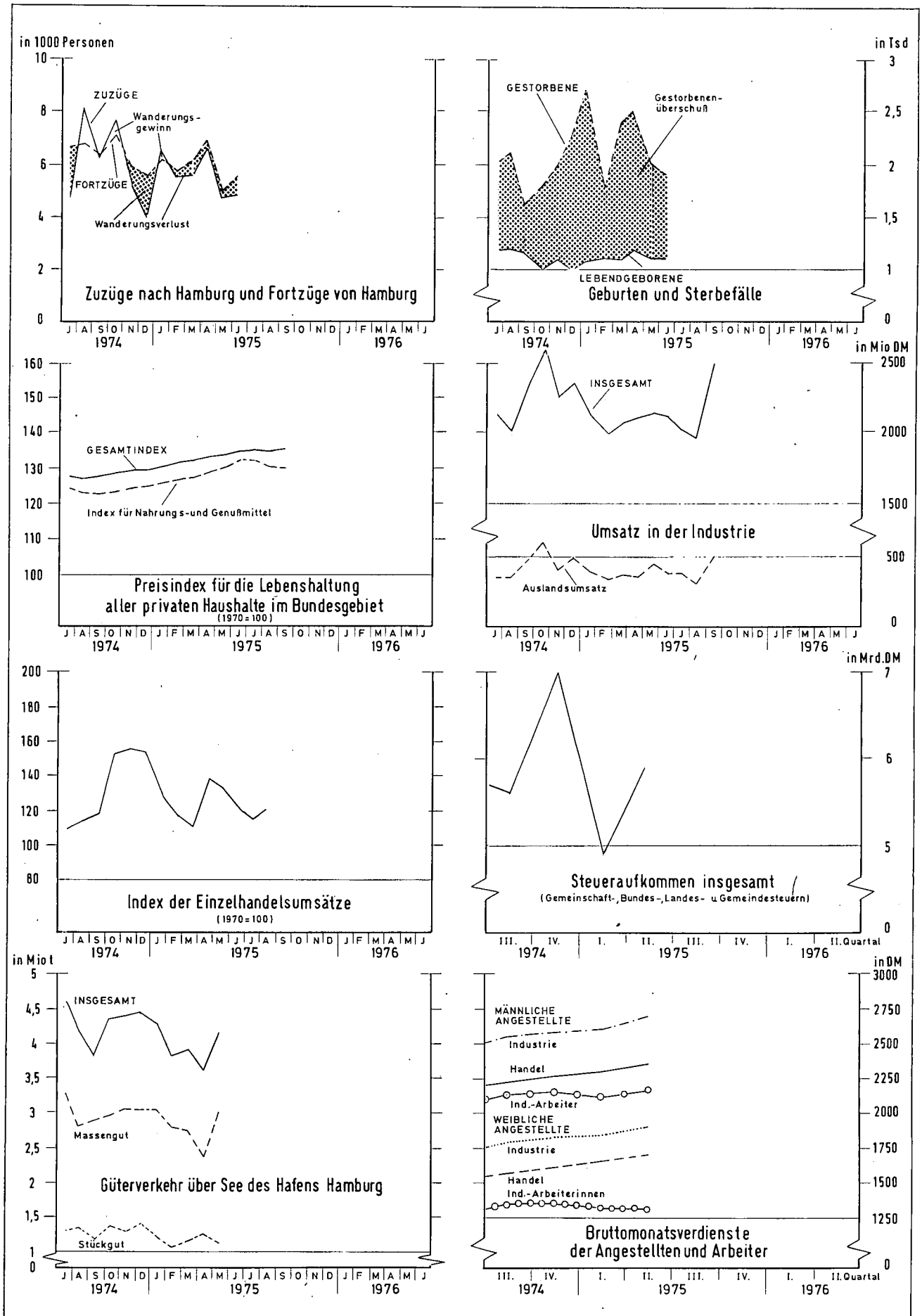
Beschäftigung im Bauhauptgewerbe weiterhin rückläufig

Das Hamburger Bauhauptgewerbe beschäftigte 1975 im Durchschnitt der ersten acht Monate rund 31 000 Arbeitskräfte. Das sind etwa 6 000 Personen oder 17% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Damit hat sich die seit 1973 zu beobachtende Abwärtsbewegung fortgesetzt. Noch stärker sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (—22%). Während der Rückgang der Arbeitsleistung im Öffentlichen und Verkehrsbau mit knapp 15% noch relativ gering ausfiel, war er bei den Wohnbauten doppelt so hoch. Ähnlich verlief die Umsatzentwicklung. In den Monaten Januar bis August dieses Jahres wurden knapp 1,3 Mrd DM Umsatz erzielt. Dieser Wert lag um rund 400 Mio DM niedriger als in den ersten acht Monaten des Vorjahres.

Verstärkte Obst- und Gemüseeinfuhren durch Hamburger Importeure

Hamburger Firmen importierten im ersten Halbjahr 1975 rund 860 000 t Früchte und Gemüse (einschl. Konserven) im Wert von fast 1,1 Mrd DM. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet das mengenmäßig eine Zunahme um 7%, wertmäßig sogar um 14%. Zu diesem Anstieg trug die verstärkte Einfuhr von Frischobst (vor allem Äpfeln) bei, deren Wert sich um mehr als ein Fünftel auf über 250 Mio DM erhöhte. Die auf 270 Mio DM gestiegene Einfuhr von Südfrüchten wurde in erster Linie durch vermehrte Bananenimporte beeinflusst. Auch bei Gemüse- und Obstkonserven und Fruchtsäften konnten die Ergebnisse gegenüber dem ersten Halbjahr 1974 wesentlich verbessert werden (+ 15%); sie erreichten einen Wert von 350 Mio DM.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Konsolidierte Schichtung der Einkünfte von Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in Hamburg

— ein Beitrag aus der Steuerstatistik zur Frage der Einkommensverteilung —

INHALT

1. Zur Einführung in das Thema
2. Die Statistiken über die Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer als Quelle für eine personelle Einkommensverteilung
3. Die einzelnen Schritte bei der Zusammenfassung von Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen
4. Grenzen einer personellen Einkommensverteilung auf der Grundlage der Lohn- und Einkommensteuerstatistik
5. Darstellung der Ergebnisse
 - 5.1 Die Schichtung der gesamten steuerlichen Einkünfte
 - 5.2 Die Konzentration der gesamten steuerlichen Einkünfte bei den Einkommensbeziehern
 - 5.3 Zusätzliches Element der Betrachtung: die überwiegende Einkunftsart
6. Schichtung nach einem ergänzten Gesamtbetrag der Einkünfte?

1. Zur Einführung in das Thema

Hinter dem Begriff „Einkommensverteilung“ verbirgt sich ein weites Problemfeld. Je nach Bezugsgröße bzw. Empfängereinheit, denen die Einkommensbestandteile zugerechnet werden, gibt es nämlich diverse Kategorien von Einkommensverteilungen, von denen hier die wichtigsten aufgeführt seien:

1. Verteilung auf die drei volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden (funktionelle Einkommensverteilung); im Zusammenhang damit interessiert beispielsweise die Entwicklung der Lohnquote, d. h. der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen;
2. Verteilung auf Personen oder Personengesamtheiten, wie Haushalte usw. (personelle Einkommensverteilung); im Mittelpunkt steht die Gruppierung der Einkommenbezieher nach der Höhe ihrer Einkünfte, und zwar gleichgültig, ob es sich dabei um Arbeits- oder Besitzeinkommen oder um eine Mischung aus beiden handelt;
3. Verteilung auf Wirtschaftszweige oder andere Bereiche (sektorale Einkommensverteilung); damit läßt sich untersuchen, ob Löhne und Gewinne in einer Branche, z. B. der Fabrikation von Kraftfahrzeugen, unter/über den vergleichbaren Löhnen bzw. Gewinnen anderer Wirtschaftszweige liegen;
4. Verteilung auf die geographischen Regionen einer Volkswirtschaft (regionale Einkommensverteilung); hier interessiert die Erklärung von Abweichungen im Pro-Kopf-Verdienst zwischen verschiedenen Regionen.

Ferner sind bei allen Einkommensverteilungen Primär- und Sekundärverteilungen auseinanderzuhalten, je nachdem, ob man den Zustand vor oder nach staatlicher Umverteilung betrachtet.

In der Öffentlichkeit wird immer wieder geklagt über das angeblich völlig unzureichende Instrumentarium

der amtlichen Statistik zur Durchleuchtung der Einkommensverhältnisse und über die folglich nur spärlich und fragmentarisch zur Verfügung stehenden statistischen Informationen zu diesem Fragenkomplex.

Eine derart negative Einschätzung beruht vielfach auf nicht genügender Kenntnis des tatsächlich vorhandenen Datenmaterials und seiner Weiterbearbeitungsmöglichkeiten. Andererseits muß auch der Statistiker zugeben, alle diesbezüglichen Probleme noch nicht optimal im Griff zu haben.

Gegenwärtig steuert die amtliche Statistik zur Analyse von Einkommensverteilungen jedenfalls schon mit einer ganzen Reihe von Quellen direkt oder indirekt bei. Zu nennen sind

- im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Volkseinkommensrechnungen für die funktionelle Verteilung, die Brutto- oder Netto-sozialproduktrechnungen hauptsächlich für sektorale Verteilungen,
- die Einkommensteuerstatistiken in der Ausprägung als Lohnsteuerstatistik und Einkommensteuerstatistik im engeren Sinn für Zwecke der personellen Verteilung,
- die Statistiken auf Stichprobenbasis mit Einkommensangaben, wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Mikrozensus, die 1%-Wohnungsstichprobe, die 10%ige Stichprobe innerhalb der Volkszählung 1970, die Lohn- und Gehaltsstrukturserhebungen für die gewerbliche Wirtschaft, den Dienstleistungsbereich sowie in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Erwerbsgartenbau,
- die „synthetischen“ Einkommensstatistiken, bei denen die Gesamt- und Durchschnittseinkünfte einer Personengruppe bzw. aus einer Einkommensquelle an Hand von Bilanz-, Kostenstruktur-, Umsatz-, Versicherungs- und ähnlichen, primär nicht der Ermittlung von Einkommen dienenden Statistiken zusammengesetzt werden.

So umfassend diese Aufzählung auf den ersten Blick wirkt, so enthalten die Statistiken doch sämtlich noch Erfassungslücken sowie andere methodologische Unzulänglichkeiten, die ihren Erkenntniswert begrenzen.

Gegenstand dieser Untersuchung ist allein die personelle Einkommensverteilung aufgrund der Einkommensteuerstatistiken, also lediglich ein Ausschnitt des eingangs zitierten weiten Problemfeldes.¹⁾

Grundsätzlich kommt der personellen Einkommensverteilung große Bedeutung als sozialer Indikator zu. Sie macht Ungleichheiten der Bedarfsdeckungsmöglichkeiten und damit im Lebensstandard der Bevölkerung transparent und zeigt Kaufkraftunterschiede auf. Durch temporalen Vergleich können zunehmende oder abnehmende Konzentrationstendenzen aufgezeigt werden, was im Hinblick auf das gesellschaftspolitische Ziel einer gleichmäßigeren Verteilung der Einkommen besonderes Interesse findet.

2. Die Statistiken über die Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer als Quelle für eine personelle Einkommensverteilung

Seit dem 2. Weltkrieg wurden bislang siebenmal Lohn- und Einkommensteuerstatistiken durchgeführt (sie werden in Zukunft mit dreijähriger Periodizität fortgesetzt). Vor dem Erhebungsjahr 1968 liefen beide Statistiken weitgehend beziehungslos nebeneinander her, wiederholt unternommene Brückenschläge mit dem Ziel einer integrierten Darstellung kamen nicht über das Versuchs- und Schätzungsstadium hinaus. Dies ist um so erstaunlicher, als sich unter dem Aspekt der Einheit des Einkommensteuerrechts, das sich nur aus Zweckmäßigkeitsgründen einer speziellen Besteuerungsspielart bei den Arbeitnehmern bedient, und unter dem Eindruck der umfassenden Erhebungsnatur der daran anknüpfenden Steuerstatistiken doch der Gedanke förmlich aufdrängen müßte, die in jeweils getrennter Schichtung dargestellten Zensiten im gemeinsamen Überbau einer „Einkommenspyramide“ zu verschmelzen.²⁾ Der Grund für die so lange hinausgeschobene, methodisch einwandfrei abgesicherte Zusammenführung lag nicht so sehr beim fehlenden Problembewußtsein, sondern bei der Schwierigkeit, bestimmte definitorische Inkongruenzen zwischen beiden Statistiken zu überwinden.

Erst bei der Lohnsteuerstatistik 1968 konnte durch Mitverwendung der im Zuge des maschinellen Lohnsteuerjahresausgleichs in den Finanzämtern gewonnenen Daten der entscheidende methodische Anpassungsschritt an die gleichzeitig laufende Einkommensteuerstatistik, die Umstellung vom Individual- auf das Haushaltsprinzip, erfolgen. Damit gelang es, das Haupthindernis für eine konsolidierte Darstellung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen, nämlich die

unterschiedliche Abgrenzung der Begriffe „Lohnsteuerpflichtiger“ und „Einkommensteuerpflichtiger“, zu beseitigen. Während die Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen stets auf den individuellen Bruttolöhnen der einzelnen Arbeitnehmer basierte, baute die Pyramide der Einkommensteuerpflichtigen teils auf Individualeinkommen, teils jedoch auch auf den kumulierten Familieneinkommen zusammenveranlagter Ehegatten auf. Nunmehr wurden doppelverdienende Ehegatten in der Lohnsteuerstatistik wie ein Steuerpflichtiger gezählt und mit ihren summierten Einkünften den jeweiligen Größenklassen der Schichtung zugeordnet, falls – und das ist Voraussetzung – ihre Lohnsteuerkarten für Zwecke eines gemeinsamen Lohnsteuerjahresausgleichs oder der Zusammenveranlagung zur Einkommensteuer zusammengeführt werden mußten. Danach umfaßt die im folgenden integrierte Einkommensschichtung neben steuerpflichtigen Einzelpersonen (Alleinvertiener) und ihren Einkünften auch erwerbstätige Ehepaare (Doppelverdiener) nebst deren kumulierten Einkünften im Sinne einer Annäherung an das Familien- bzw. Haushaltseinkommen. Kinder sowie weitere eventuell im Haushalt lebende Personen bleiben unberücksichtigt, da das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 30. 6. 1964 die Zusammenveranlagung von Eltern und Kindern für grundgesetzwidrig erklärt hat. Das neue Konzept einer zumindest angenäherten Erfassung der Haushaltseinkommen läßt sich auch ökonomisch damit motivieren, daß die Einkommensverwendung und somit der Lebensstandard nicht so sehr vom Individual- als vom Familieneinkommen determiniert wird.

Um eine gleichförmige Schichtung zustande zu bringen, mußten zunächst die voneinander abweichenden Einkommensbegriffe auf einen Nenner gebracht werden. Gliederungsmerkmal für die Lohnsteuerpflichtigen ist die Höhe des Bruttolohns, für die Einkommensteuerpflichtigen hingegen die Höhe des Gesamtbetrags der Einkünfte. Demzufolge handelt es sich darum, die Bruttolöhne in steuerliche Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gemäß § 19 EStG zu transformieren, die bei nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen identisch mit deren Gesamtbetrag der Einkünfte sind. Erreicht wurde dies durch Kürzungen des Bruttolohns um die Werbungskosten, den Arbeitnehmerfreibetrag (240 DM) sowie den Weihnachtsfreibetrag (100 DM), alles Beiträge, die von den Einkünften der Einkommensteuerpflichtigen bereits abgesetzt sind. Nicht abzusetzen waren dagegen vermögenswirksame Leistungen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz sowie steuerfrei bleibende Teile von Versorgungsbezügen gemäß § 19 Abs. 3 EStG (§ 6 b LStDV), obwohl letztere bei der Teilmasse „veranlagte Lohnsteuerpflichtige“ aus der Einkommensteuerstatistik nicht erfaßt werden können, da im Zuge der Berechnung zur Veranlagung auch diese Geldbeträge vom Bruttoarbeitslohn subtrahiert werden. 1968, als noch das 2. Vermögensbildungsgesetz in Kraft war, zählten die vermögenswirksamen Leistungen nicht zum Bruttolohn und damit nicht zu den Einkünften aus unselbständiger Arbeit.

Als dritte Voraussetzung für die Darstellung einer gemeinsamen Einkommensverteilung galt es, die sich bei der Addition ergebende Doppelzählung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen auszuschalten, also der Personen, die sowohl von der Lohnsteuerstatistik als

¹⁾ Weitere Aspekte, wie Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Entwicklung der Einkünfte privater Haushalte und Branchenstruktur von Arbeitseinkommen, werden in gesonderten Beiträgen in den nächsten Heften von „Hamburg in Zahlen“ behandelt werden.

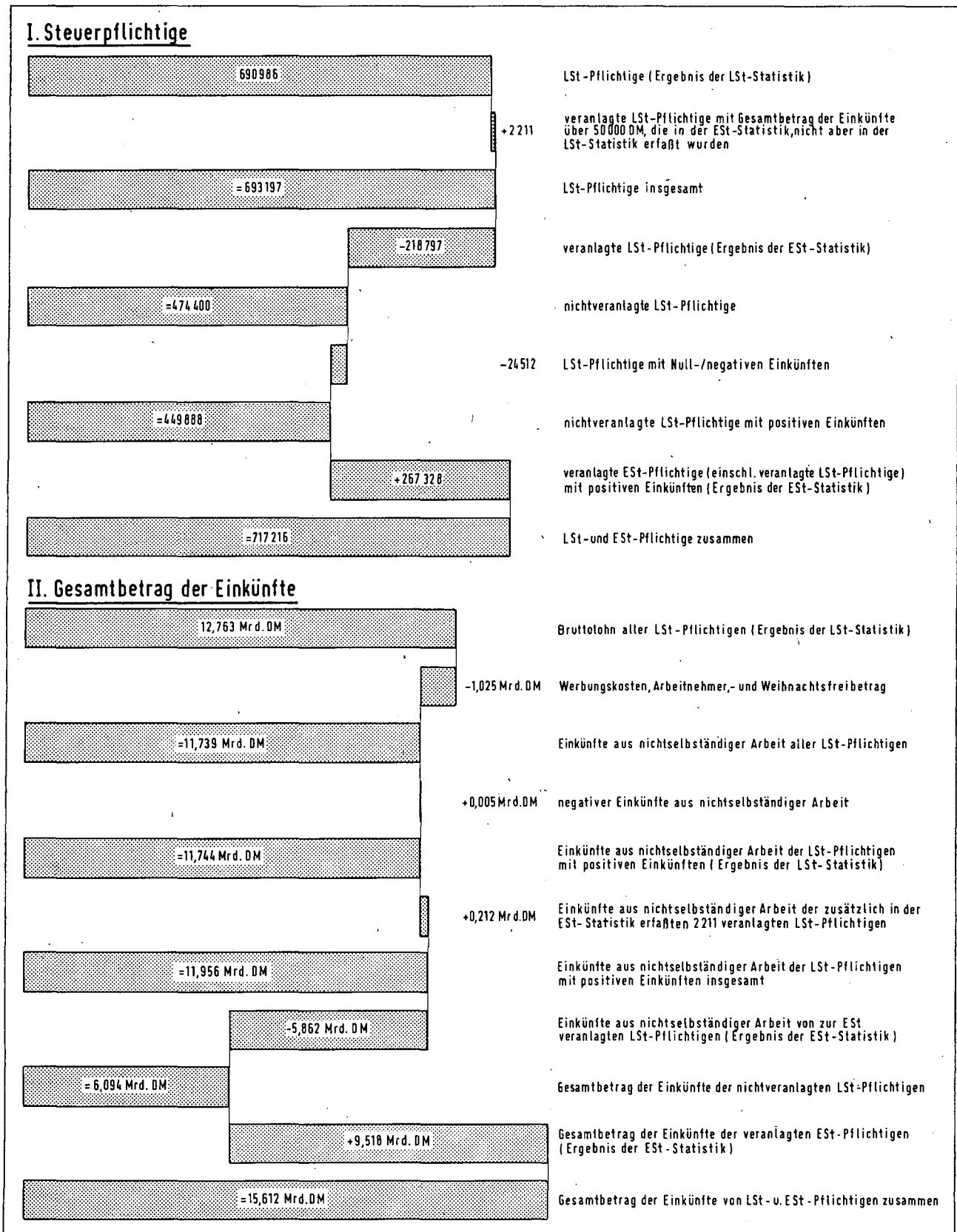
²⁾ Vgl. Norbert Fuß, Die Steuerstatistiken über das Einkommen, in: Stand der Einkommensstatistik, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 6, 1974, S. 43.

auch von der Einkommensteuerstatistik erfaßt werden. Zu diesem Zweck wurden die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen bei den Einkommensteuerstatistiken 1968

und 1971 zusätzlich getrennt aufbereitet und in einer Spezialtabelle samt ihren Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit ausgewiesen.

Schaubild 1

Schema für die Zusammenführung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen und ihres Gesamtbetrages der Einkünfte 1971



3. Die einzelnen Schritte bei der Zusammenfassung von Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen

Sind die oben geschilderten methodischen Vorbedingungen erfüllt, kann die Synthese der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen vorstatten gehen. Die dazu notwendigen Rechenschritte lassen sich aus dem **Schaubild 1** ersehen, und zwar gesondert für Steuerpflichtige wie für den Gesamtbetrag der Einkünfte.

Im Falle der Steuerpflichtigen geht man zunächst aus von dem Gesamtergebnis der Lohnsteuerstatistik, das um eine relativ kleine Gruppe ergänzt wird, die aus einer vollständigeren Erfassung in den oberen Größenklassen der Einkommensteuerstatistik resultiert. Davon subtrahiert man die in der Einkommensteuerstatistik ermittelten veranlagten Lohnsteuerpflichtigen, so daß als Restgröße die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen übrigbleiben, die in der anschließenden Rechenoperation noch um die Personen mit keinerlei oder rechnerisch negativen Einkünften zu bereinigen sind. Addiert man dazu die Einkommensteuerpflichtigen mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte (einschl. veranlagte Lohnsteuerpflichtige) so ergibt sich als Resultat die gesuchte konsolidierte Zahl der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen.

Bei den Einkünften beginnt man in analoger Weise mit der Bruttolohnsumme aller Lohnsteuerpflichtigen aus der Lohnsteuerstatistik, die durch Verringerung um die Werbungskosten sowie den Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag in Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit umgewandelt werden. Diesen fügt man den kleinen Betrag negativer Einkünfte hinzu, der den rd. 24 500 Lohnsteuerpflichtigen mit keinen oder negativen Einkünften zuzurechnen ist, was einer Eliminierung gleichkommt, da derselbe Betrag ja vorher abgezogen war. Als nächster Schritt erfolgt eine Ergänzung um die Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit der in den oberen Größenklassen in der Einkommensteuerstatistik zusätzlich erfaßten, der Veranlagung unterworfenen Lohnsteuerpflichtigen. Dieser aufgestockte Betrag wird wieder vermindert um die aus der Einkommensteuerstatistik bekannten Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit von zur Einkommensteuer herangezogenen Lohnsteuerpflichtigen, so daß sich als weiteres Zwischenresultat der Gesamtbetrag der Einkünfte sämtlicher von einer Veranlagung ausgesparten Lohnsteuerpflichtigen ergibt. Schließlich wird der Gesamtbetrag der Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen (einschl. veranlagte Lohnsteuerpflichtige) aus der Einkommensteuerstatistik hinzugerechnet, und man gelangt zum gesuchten konsolidierten Gesamtbetrag der Einkünfte von Lohn- und Einkommensteuerzahlern. Die gemeinsame Schichtung läßt sich selbstverständlich nur erzielen, wenn die aufgeführten Rechenoperationen einzeln für jede Größenklasse durchgeführt werden.

4. Grenzen einer personellen Einkommensverteilung auf der Grundlage der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Es liegt auf der Hand, daß Steuerrecht sowie Veranlagungs- und Erhebungstechnik den Rahmen für die

Erfassung der Einkünfte abstecken; nicht der Besteuerung unterliegende Einkommen bleiben somit grundsätzlich außerhalb dieses Rahmens. Eine umfassende Schichtung der ökonomischen Einkünfte im Sinne des Gesamteinkommens der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kann deshalb von der Lohn- und Einkommensteuerstatistik nicht erwartet werden. Obwohl große Teile der aus dem inländischen Produktionsprozeß resultierenden Faktoreinkommen privater Haushalte sowie Transferzahlungen in Form von Versorgungsbezügen der Beamtenpensionäre und Ertragsanteilen der Leibrenten abgedeckt sind, bleiben andererseits die Werbungskosten, die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, die Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung und die unverteilter Gewinne der Kapitalgesellschaften unberücksichtigt. Lücken treten ferner auf durch unterhalb der Veranlagungsgrenze liegende Einkünfte, durch die Besteuerung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft aufgrund von Durchschnittssätzen oder Schätzung u. a. m. Eine gewisse Rolle spielt auch die auf Untererfassung wegen nicht zurückgeflossener Lohnsteuerkarten beruhende Lücke bei der Lohnsteuerstatistik.³⁾

Keine Lücke, dafür aber Verzerrungen verursacht die Einbeziehung der nicht ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmer, eines heterogen zusammengesetzten Personenkreises. Ihre in der Lohnsteuerstatistik ausgewiesenen niedrigen Jahreseinkünfte sind nämlich in der Regel nicht mit niedrigen Monatsverdiensten, sondern mit mehr oder weniger kurzen Beschäftigungszeiten im Kalenderjahr, beispielsweise wegen Saisonarbeit, Erreichens der Altersgrenze, Eintritts in das Erwerbsleben, Verheiratung und vorübergehender Arbeitslosigkeit in Verbindung zu bringen. 14 % der Lohnsteuerpflichtigen gehörten 1971 zu diesem Personenkreis; die Masse (86 %) ist in den Einkommensgruppen bis unter 16 000 DM zu finden. Daneben wäre hier auch zu denken an die relativ niedrigen Einkünfte der Lehrlinge, Berufsanfänger, unqualifizierten Hilfskräfte sowie der Halbtagsbeschäftigten. Sozialpolitische Rückschlüsse aufgrund der Besetzung gerade der unteren Größenklassen sind deshalb nur bedingt möglich.

Die Frage, weshalb die Ergebnisse nicht zeitnäher produziert werden und die Einkommensverteilung nach den Verhältnissen von 1971 erst jetzt, 1975, präsentiert werden kann, ist damit zu beantworten, daß es sich bei den Steuerstatistiken um typische Sekundärstatistiken handelt, die bereits in ihrem Vorfeld starke zeitliche Verzögerungen erleiden. Die Prozedur des Lohnsteuerjahresausgleichs und insbesondere der Einkommensteuerveranlagung zieht sich relativ lange hin. Die sich daran anschließende Aufbereitungsphase ist wegen der großen Zahl der Erhebungseinheiten und des differenzierten Programms ebenfalls ziemlich zeitaufwendig. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat schon in seinem Jahresgutachten 1965⁴⁾ ausdrücklich auf die-

³⁾ Leider weiß man kaum etwas über die Verteilung der fehlenden Lohnsteuerkarten auf die einzelnen Einkommensstufen. Der unterste Bereich dürfte aber am stärksten davon betroffen sein. Frühere Schätzungen mit dem Ziel einer Quantifizierung der Ausfallmasse haben gezeigt, daß dieser kein allzu großes Gewicht zukommt.

⁴⁾ Anhang III zum Jahresgutachten 1965 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache V/123 vom 15. Dezember 1965.

ses Informationslag hingewiesen und Vorschläge zum Ausbau der Einkommenstatistik unterbreitet, die dann in eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung in Form des „Entwurfs eines Gesetzes über eine Statistik der Einkommen- und Körperschaftsteuererklärungen“ mündeten. Doch das Vorhaben scheiterte am Einspruch des Bundesrates. Eine danach eingeführte jährliche Geschäftsstatistik der Länderfinanzverwaltungen über die Einkommensentwicklung aus den Datenträgern der maschinellen Einkommensteueranlagung stellte nur einen sehr unvollkommenen Ersatz dar, so daß die Schichtung der steuerlichen Einkünfte nach wie vor auf die periodischen Lohn- und Einkommensteuerstatistiken angewiesen bleibt.

5. Darstellung der Ergebnisse

5.1 Die Schichtung der gesamten steuerlichen Einkünfte

Die Resultate der unter 3. beschriebenen Rechenschritte schlagen sich im stark umrandeten Teil der Tabelle 1 nieder. Daneben sind die zwei Komponenten, nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige sowie unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige, letztere die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen mitenthaltend, je für sich dargestellt. Die zusammengefaßte Ver-

teilung umschließt rd. 717 000 steuerpflichtige natürliche Personen mit Gesamteinkünften von 15,6 Milliarden DM aufgefächert nach 16 Größenklassen. Eine grobe Charakterisierung der Verteilungsstruktur ergibt, daß nahezu ein Fünftel der Steuerpflichtigen in Hamburg Einkünfte von weniger als 8 000 DM im Jahr 1971 erzielten; das entsprach nur einem knappen Dreißigstel der erfaßten Gesamteinkünfte. Ganz vorherrschend handelt es sich hierbei um nichtveranlagte Lohnsteuerzahler, die kein volles Jahr beschäftigt waren. Die große Masse der Steuerpflichtigen (drei Viertel) verdiente zwischen 8 000 und 50 000 DM, wobei sich die stärkste Konzentration in der Gruppe 16 000 bis unter 25 000 DM (30 %) zeigte. In Übereinstimmung mit ihrem Anteil an der Zahl der Steuerpflichtigen überhaupt bezogen sie zusammen auch rd. drei Viertel des Gesamtbetrags der Einkünfte. Beträge von 50 000 DM und mehr vereinnahmten 1971 nur 4% aller Steuerpflichtigen; deren hohe und höchste Verdienste hatten zur Folge, daß auf sie eine überproportionale Quote (23%) an den Gesamteinkünften entfiel. Immerhin befanden sich unter diesen Personen 205 Einkommensmillionäre mit einem durchschnittlichen Verdienst von 3,1 Mio DM.

Inwieweit die Einkommensverteilungen der Einkommensteuer- und von der Veranlagung ausgesparten Lohnsteuerzahler von der konsolidierten Verteil-

Tabelle 1

Schichtung der Lohn- u. Einkommensteuerpflichtigen nach der Höhe ihres steuerlichen Gesamtbetrages der Einkünfte¹⁾ 1971

Größenklassen, Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter DM	Unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige einschl. veranlagte Lohnsteuerpflichtige						Nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige						Zusammengefaßte Lohn- und Einkommensteuerpflichtige					
	Steuerpflichtige 2)			Gesamtbetrag der Einkünfte 2)			Steuerpflichtige			Gesamtbetrag der Einkünfte 3)			Steuerpflichtige			Gesamtbetrag der Einkünfte		
	Anzahl	in % der Spalten- gesamt- heit	Verän- derung gegen- über 1968 in %	1000 DM	in % der Spalten- gesamt- heit	Verän- derung gegen- über 1968 in %	Anzahl	in % der Spalten- gesamt- heit	Verän- derung gegen- über 1968 in %	1000 DM	in % der Spalten- gesamt- heit	Verän- derung gegen- über 1968 in %	Anzahl	in % der Spalten- gesamt- heit	Verän- derung gegen- über 1968 in %	1000 DM	in % der Spalten- gesamt- heit	Verän- derung gegen- über 1968 in %
1 bis 1 500	670	0,3	- 12,9	627	0,0	- 13,6	31 927	7,1	- 28,5	22 704	0,3	- 24,3	32 597	4,5	- 28,2	23 331	0,2	- 24,3
1 500 " 3 000	3 034	1,1	- 10,1	7 097	0,1	- 10,2	24 847	5,5	+ 2,5	54 793	0,9	- 1,6	27 881	3,9	+ 1,0	61 890	0,4	- 2,6
3 000 " 5 000	6 748	2,5	- 19,8	27 382	0,3	- 19,9	21 808	4,8	- 45,8	87 606	1,4	- 45,9	28 556	4,0	- 41,3	114 988	0,7	- 41,3
5 000 " 8 000	12 831	4,8	- 21,9	83 602	0,9	- 22,0	36 097	8,0	- 42,9	236 855	3,9	- 43,7	48 928	6,8	- 38,5	320 457	2,1	- 39,3
8 000 " 12 000	17 663	6,6	- 26,5	176 665	1,9	- 26,6	63 793	14,2	- 54,0	648 508	10,6	- 53,6	81 456	11,4	- 50,0	825 173	5,3	- 49,6
12 000 " 16 000	18 178	6,8	- 18,4	254 377	2,7	- 18,0	86 999	19,3	- 28,1	1 225 570	20,1	- 26,9	105 177	14,7	- 26,6	1 479 947	9,5	- 25,5
16 000 " 25 000	51 582	19,3	- 11,7	1 085 116	11,4	- 10,9	160 214	35,6	+103,3	3 162 193	51,9	+116,9	211 796	29,5	+ 54,3	4 247 309	27,2	+ 58,7
25 000 " 50 000	128 410	48,0	+163,1	4 293 146	45,1	+169,4	24 203	5,4	+770,6	656 035	10,8	+983,3	152 613	21,3	+195,8	4 949 181	31,7	+199,2
50 000 " 75 000	14 853	5,6	+ 89,0	884 820	9,3	+ 86,1	-	-	-	-	-	14 853	2,1	+ 89,0	884 820	5,7	+ 86,1	
75 000 " 100 000	4 946	1,9	+ 47,9	425 686	4,5	+ 48,1	-	-	-	-	-	4 946	0,7	+ 47,9	425 686	2,7	+ 48,1	
100 000 " 250 000	6 578	2,5	+ 44,7	959 756	10,1	+ 44,0	-	-	-	-	-	6 578	0,9	+ 44,7	959 756	6,1	+ 44,0	
250 000 " 500 000	1 223	0,5	+ 47,7	412 210	4,3	+ 47,4	-	-	-	-	-	1 223	0,2	+ 47,7	412 210	2,6	+ 47,4	
500 000 " 1 Mio	407	0,2	+ 41,8	274 465	2,9	+ 41,1	-	-	-	-	-	407	0,1	+ 41,8	274 465	1,8	+ 41,1	
1 Mio " 2 Mio	134	0,1	+ 26,4	180 421	1,9	+ 27,3	-	-	-	-	-	134	0,0	+ 26,4	180 421	1,2	+ 27,3	
2 Mio " 5 Mio	50	0,0	+ 56,3	139 915	1,5	+ 50,2	-	-	-	-	-	50	0,0	+ 56,3	139 915	0,9	+ 50,2	
5 Mio und mehr	21	0,0	+ 40,0	312 702	3,3	+ 75,7	-	-	-	-	-	21	0,0	+ 40,0	312 702	2,0	+ 75,7	
Insgesamt	267 328	100	+ 34,0	9 517 987	100	+ 63,3	449 888	100	- 12,4	6 094 264	100	+ 15,9	717 216	100	+ 0,6	15 612 251	100	+ 40,8
Nachrichtlich: 0 oder negativ („ne“-Fälle, Verlustfälle sowie Lohnsteuerpflichtige mit geringem Bruttolohn, der durch rechnerischen Abzug des Arbeitnehmer-, Ver- nachts- und Werbungskosten- freibetrags aufgezehrt bzw. negativ wird)	12 539	.	- 19,5	62 675	.	+ 2,9	24 512	.	- 13,5	5 572	.	- 28,2	37 051	.	- 15,6	68 247	.	± 0

1) einschl. Leistungen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz.

2) ohne 6 Einkommensteuerpflichtige mit nachzuversteuernden Beträgen und/oder einem Drittel (Viertel) der Leistungen auf die Vermögensabgabe, die höher sind als die Einkünfte aus den einzelnen Einkunftsarten.

3) einschl. steuerfreier Teile von Versorgungsbezügen.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Einzelangaben

lung abweichen, kann ebenfalls Tabelle 1 entnommen werden. Bei der Schichtung der Nichtveranlagten springt die Nichtbesetzung der Größenklassen ab 50 000 DM ins Auge. Hier lag die Frequenz der aus der Einkommensteuerstatistik ermittelten veranlagten Lohnsteuerpflichtigen über der ursprünglichen aus der Lohnsteuerstatistik, so daß nach Subtraktion keine Lohnsteuerpflichtigen mehr übrigblieben. Zur vollständigeren Erfassung wurde die überschießende Anzahl (= 2 211) aber in die Schichtung einbezogen. Normalerweise dürfen ab Einkunftsstufe 50 000 bis unter 75 000 DM auch keine nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen mehr erscheinen, weil die maßgebliche Veranlagungsgrenze bei einem Einkommen von 24 000 DM fixiert ist. Da jedoch zwischen dem Gesamtbetrag der Einkünfte und dem Einkommen noch der Sonderausgabenabzug liegt, können in der Größenklasse 25 000 bis unter 50 000 DM wohl Lohnsteuerpflichtige auftreten, die nicht der Veranlagung unterworfen sind.

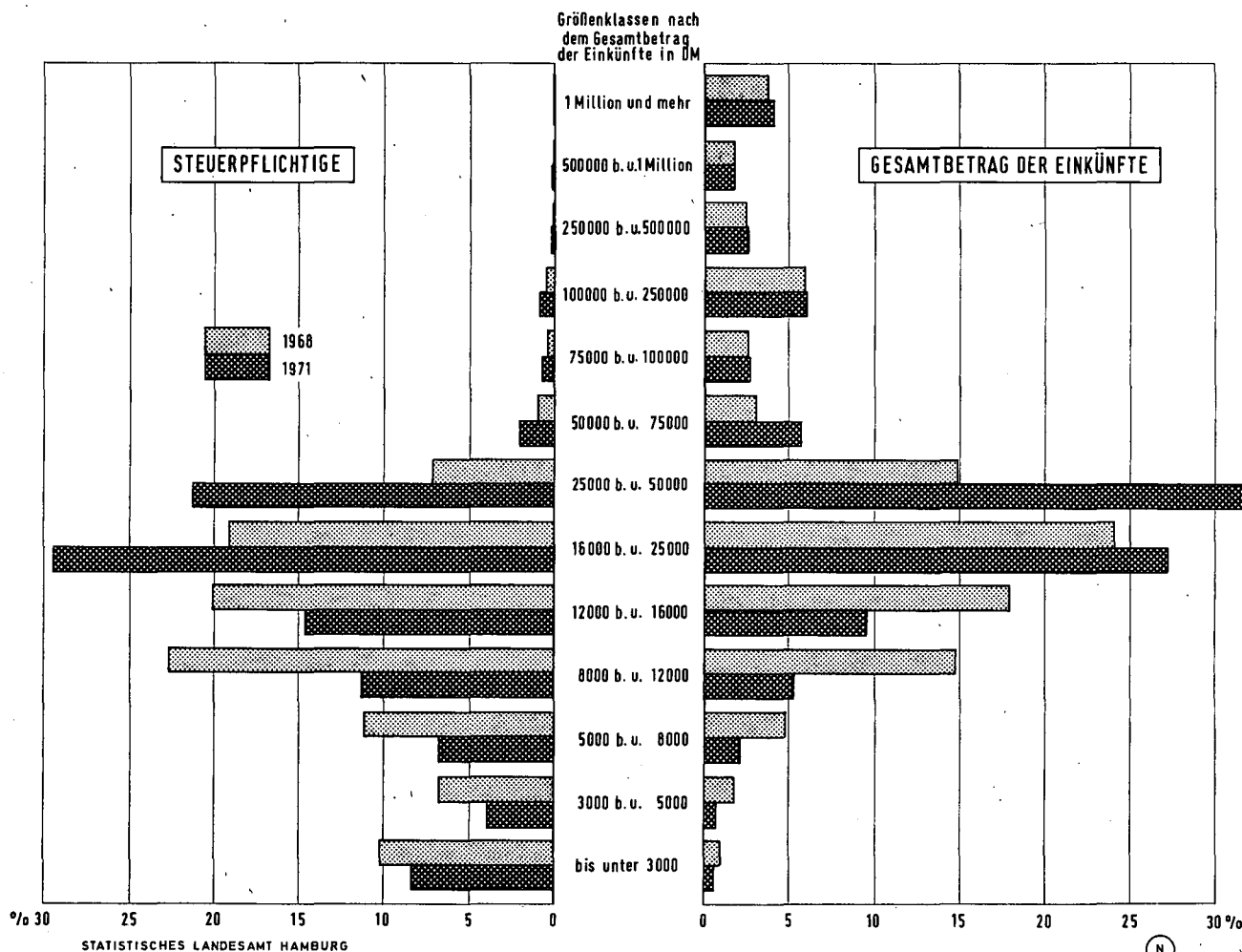
Wie ein Zeitvergleich mit der einheitlichen Schichtung von 1968 dartut, hat die Einkommensverteilung vom allgemeinen Wachstumstrend in der Wirtschaft profitiert: Deutlich ist eine Verschiebung zu den Einkunftsgruppen der oberen Mitte festzustellen. Von einer

Ausnahme abgesehen hat sich sowohl die Zahl der Personen als auch der Gesamtbetrag der Einkünfte in allen Größenklassen unterhalb 16 000 DM erheblich reduziert, während in den darüber liegenden Bereichen durchweg kräftige Zunahmen notiert wurden. Mit einer Verdreifachung der Besetzungsdichte hielt die Größenklasse 25 000 bis unter 50 000 DM den Wachstumsrekord. Schaubild 2 vermittelt die klassenweise eingetretenen Verschiebungen der Prozentanteile, auf der linken Seite bei den Steuerpflichtigen, auf der rechten bei den Beträgen.

Anstelle der Vielzahl von Größenklassen kann man auch einen zusammenfassenden Mittelwert für die Kennzeichnung der Einkommensentwicklung verwenden. Der arithmetische Durchschnitt des Gesamtbetrags der Einkünfte betrug 1968 15 549 DM, drei Jahre später 21 768 DM (+ 40%). Wegen der sehr weiten Streuung der Variablen um den Gesamtdurchschnitt kann dieser Mittelwert aber kaum als repräsentativ angesehen werden. Für die zusammenfassende Beurteilung der Einkommensverteilung ist deshalb der Median- oder Zentralwert geeigneter, der sich 1968 auf 11 816 DM und 1971 auf 17 446 DM belief. D. h., die eine Hälfte der Einkommensbezieher bezog einen niedrigeren, die andere Hälfte einen höheren Gesamt-

Schaubild 2

Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach der Höhe ihres steuerlichen Gesamtbetrages der Einkünfte in Prozentanteilen 1968 und 1971



betrag an Einkünften. Daß der Median beträchtlich unter dem arithmetischen Mittel liegt, ist darauf zurückzuführen, daß letzteres von einigen hohen Werten relativ stark beeinflußt ist, was für eine gewisse Konzentration der Einkünfte in den oberen Größenklassen spricht. Andererseits deutet dieser Größenunterschied zwischen den beiden Mittelwerten auf die größere Zahl von Einkommensbeziehern in den unteren Größenklassen hin.

5.2 Die Konzentration der gesamten steuerlichen Einkünfte bei den Einkommensbeziehern

Um eine einprägsame Vorstellung von der Konzentration der Einkünfte zu erhalten, verwendet man üblicherweise das Lorenzsche Diagramm. Mit seiner Hilfe läßt sich das Ausmaß der Abweichung der effektiven Einkommensverteilung von der theoretischen Gleichverteilung graphisch darstellen. Dies geschieht, indem man die prozentualen Kumulativwerte der Zahlen über „Steuerpflichtige“ und „Gesamtbetrag der Einkünfte“ einander gegenüberstellt. Dabei wird der Idealtypus einer vollständig homogenen Verteilung durch die Diagonale wiedergegeben, der konträre Fall einer vollständig heterogenen Verteilung durch die Abszisse und die auf ihr im Punkt C (= 100 %) errichtete Ordinate. Die tatsächliche Einkommensverteilung wird durch die zwischen diesen beiden Extremlinien liegende Lorenzkurve angezeigt. Die Verteilung ist um so gleichmäßiger, je näher die Lorenzkurve an die Diagonale herankommt. Umgekehrt ausgedrückt: Je größer die Ausbuchtung der Einkommensverteilungskurve ausfällt, desto ungleichmäßiger ist die Einkommensverteilung. Ohne Schwierigkeit kann man in dem Diagramm ablesen, wieviel Prozent der Einkünfte auf

eine bestimmte Prozentzahl der Steuerpflichtigen entfallen. Wie ersichtlich, verfügte das erste Fünftel der Steuerpflichtigen nur über 4 % der gesamten Einkünfte, das „obere“ Fünftel hingegen über 48 %. Bei völlig gleicher, konzentrationsfreier Verteilung müßte einem Fünftel der Steuerpflichtigen auch ein Fünftel der Einkünfte zustehen usw.

Es ist auch möglich, den Konzentrationsgrad der Einkommensverteilung zu berechnen. Man geht dabei aus vom Verhältnis der Größe der Fläche zwischen Diagonale und Lorenzkurve zur gesamten Fläche des Dreiecks ABC. Als Maß ergibt sich der Konzentrationskoeffizient⁵⁾, der für die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach den Verhältnissen von 1971 0,4307 ausmachte. Der Koeffizient kann nur im positiven Bereich von 0 bis 1 liegen; er beträgt 0 bei völliger Gleichverteilung, 1 bei höchster Konzentration aller Einkommen auf wenige Empfänger. Das Ergebnis ist demnach noch als eine mittlere Konzentration zu werten. Da 1968 der Koeffizient geringfügig höher ausfiel (0,4491), ist mittlerweile die Verteilung etwas homogener geworden.⁶⁾

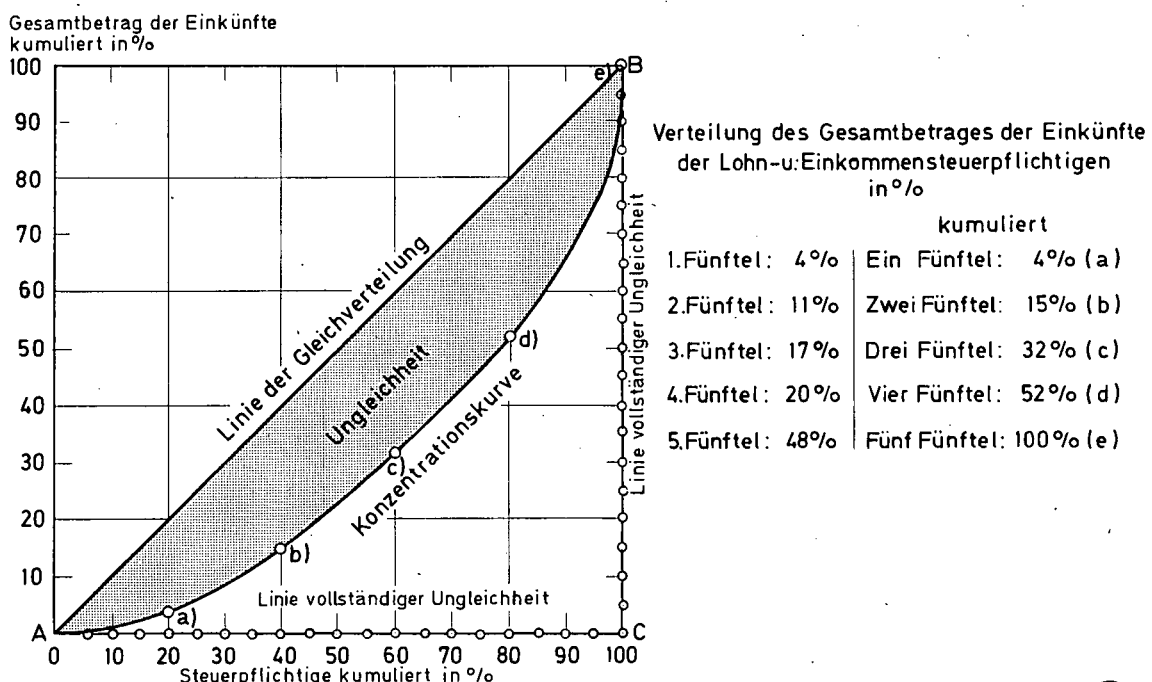
Bei Beurteilung des Konzentrationsgrades einer personellen Einkommensverteilung auf steuerstatistischer Grundlage muß man immer berücksichtigen, daß es sich dabei weitgehend um eine Primärverteilung handelt. Diese wird aber hinterher wesentlich durch egalisierende Interventionen des Staates korrigiert, so etwa durch Umschichtung zwischen hohen und nied-

⁵⁾ Rolf Wagenführ, Statistik leicht gemacht, Bd. 1, S. 131.

⁶⁾ Eine Lorenzkurve für 1968 konnte in das Schaubild 3 nicht mit aufgenommen werden, weil sie allzu dicht neben der für 1971 verlaufen wäre.

Schaubild 3

Verteilung des steuerlichen Gesamtbetrags der Einkünfte auf die zusammengefaßten Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach den Verhältnissen von 1971 (Konzentrationskurve)



rigen Einkommen mittels progressiver Besteuerung sowie zwischen Erwerbstätigen und nicht mehr Erwerbstätigen durch das System der Sozialversicherung. Außerdem kompensiert die öffentliche Hand soziale Härten durch besondere Transferzahlungen. Die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen transformieren die noch extrem unausgeglichene Primärverteilung in eine mehr oder minder eingeebnete, konzentrationsärmere Sekundärverteilung.

5.3 Zusätzliches Element der Betrachtung: die überwiegende Einkunftsart

Die amtliche Steuerstatistik gestattet es auf Grund der sieben Einkunftsarten aus dem Einkommensteuerrecht, neben der Größenstruktur auch die funktionelle Struktur der personellen Einkommensverteilung zu untersuchen. Zu diesem Zweck kann man eine kombinierte Gliederung der Steuerpflichtigen und des Gesamtbetrages der Einkünfte nach der jeweils überwiegenden Einkunftsart sowie nach Einkunftsgrößenklassen verwenden. Unterschieden werden können nach § 2 Abs. 3 EStG Einkünfte aus:

1. Land- und Forstwirtschaft,
2. Gewerbebetrieb,
3. selbständiger Arbeit,
4. nichtselbständiger Arbeit,
5. Kapitalvermögen,
6. Vermietung und Verpachtung und
7. sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG.

Als überwiegende Einkunftsart wird prinzipiell diejenige angesehen, bei der der höchste Betrag nachgewiesen ist.

Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit prägen die Struktur der Einkommensverteilung am nachhaltigsten. Sie dominieren bei neun von zehn Steuerpflichtigen, auf sie entfallen drei Viertel des Gesamtbetrages aller Einkünfte. Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, besteht im Einkunftsgebiet bis 50.000 DM ein absolut

entscheidendes Übergewicht der Arbeitnehmer, und selbst noch in der Größenklasse 50 000 bis unter 75 000 DM stellen sie die Mehrzahl. Erst in den darüberliegenden, ohnehin verhältnismäßig schwach belegten Schichten spielen sie keine ausschlaggebende Rolle mehr. Die größenklassenbezogenen Anteile der Unselbständigen an allen Einkünften differieren nur unwesentlich von den vergleichbaren Anteilen an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen in Tabelle 2. Sie werden deshalb nicht gesondert ausgewiesen. Lediglich bei einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 100 000 DM und mehr ergibt sich eine vergleichsweise niedrigere Quote.

Auf einer anderen Betrachtung fußt Tabelle 3: Sie gibt Auskunft über die Verteilung von Steuerpflichtigen und Einkünften nach der Verdiensthöhe innerhalb der überwiegenden Einkunftsart. Klammert man die sonstigen Einkünfte im Sinne des § 22 EStG einmal aus, dann zeigt sich, daß die Arbeitnehmer bei Einkünften von 50 000 DM und darüber sehr schlecht vertreten sind.

Der Frequenz nach mit Abstand an zweiter Stelle steht die Gruppe der natürlichen Personen, deren Bezüge hauptsächlich aus Gewerbebetrieben stammen, sei es als Einkünfte aus gewerblichen Einzelunternehmungen (z. B. Handwerks-, Handels-, Industrie-, Dienstleistungsbetrieb), sei es als Gewinnanteile an Personengesellschaften wie OHG, KG, oder in Form von Einkünften persönlich haftender Gesellschafter einer KG auf Aktien. Rund 46 000 Steuerpflichtige bzw. 6,4 % der insgesamt gezählten 717 000 sowie 2,7 Milliarden DM bzw. 17,4 % des festgestellten Gesamtbetrags an Einkünften fielen in Hamburg 1971 schwerpunktmäßig unter diese Einkunftsart. Die Verteilung auf die Einkunftsarten bringt eine den Arbeitnehmern entgegengesetzte Tendenz zum Ausdruck: Die Anteile steigen nämlich hier – wie übrigens auch bei den Selbständigen – mit zunehmender Höhe (ab 25 000 DM) der Bezüge an. Aber erst bei den Großeinkommensbeziehern mit Verdiensten von 100 000

Tabelle 2

Prozentverteilung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach ihrer überwiegenden Einkunftsart und Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte 1971

Größenklassen, Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter DM	Steuerpflichtige ¹⁾²⁾ mit Einkünften überwiegend aus (§ 2 Abs. 3 EStG)						
	Land- und Forstwirtschaft	Gewerbebetrieb	selbständiger Arbeit	nichtselbständiger Arbeit ³⁾	Kapitalvermögen	Vermietung und Verpachtung	sonst. Einkünften im Sinne des § 22 EStG
	in % der Steuerpflichtigen der jeweiligen Größenklasse						
	1	2	3	4	5	6	7
1 bis 8 000	0,3	4,0	0,5	89,0	2,0	1,7	2,5
8 000 " 16 000	0,3	5,1	0,5	91,9	0,9	1,2	0,1
16 000 " 25 000	0,2	3,9	0,4	94,5	0,3	0,6	0,0
25 000 " 50 000	0,2	7,7	1,3	89,5	0,4	0,9	0,0
50 000 " 75 000	0,3	29,1	8,9	57,3	1,4	2,9	0,1
75 000 " 100 000	0,3	42,0	19,0	32,5	2,1	4,0	0,1
100 000 und mehr	0,2	53,7	23,2	15,8	3,1	3,9	0,1

- 1) ohne Lohnsteuerpflichtige mit negativen/0-Einkünften sowie ohne Fälle der Nichtveranlagung und Verlustfälle.
- 2) ohne 6 Einkommensteuerpflichtige mit nachzuversteuernden Beträgen und/oder einem Drittel (Viertel) der Leistungen auf die Vermögensabgabe, die höher sind als die Einkünfte aus den einzelnen Einkunftsarten.
- 3) einschl. nichtveranlagter Lohnsteuerpflichtiger, die nur Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit aufzuweisen haben.

Tabelle 3

**Prozentverteilung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen
über die Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte nach überwiegender Einkunftsart 1971**

Steuerpflichtige mit überwiegender Einkünfte aus (§ 2 Abs. 3 EStG)	Steuerpflichtige 1) 2)							Gesamtbetrag der Einkünfte 2)						
	insgesamt	mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... DM						insgesamt	von ... bis unter ... DM					
		1 bis 8 000	8 000 bis 16 000	16 000 bis 25 000	25 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	100 000 und mehr		1 bis 8 000	8 000 bis 16 000	16 000 bis 25 000	25 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	100 000 und mehr
	Anzahl	in % der Zeilengesamtheit						Mio DM	in % der Zeilengesamtheit					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Land- und Forstwirtschaft	1 805	22,2	31,4	23,8	18,3	3,5	0,8	35	5,9	18,7	24,4	30,8	11,8	8,5
Gewerbebetrieb	45 994	11,9	20,6	18,1	25,6	13,9	9,8	2 717	1,0	4,2	6,2	15,3	16,3	57,0
Selbständiger Arbeit	8 455	7,8	10,4	9,3	22,7	26,6	23,1	606	0,6	1,7	2,7	11,7	26,8	56,5
Nichtselbständiger Arbeit 3)	642 665	19,1	26,7	31,2	21,3	1,6	0,2	11 842	3,8	18,0	33,9	37,0	5,4	2,0
Kapitalvermögen	6 411	43,3	26,4	11,5	9,8	4,9	4,0	169	7,9	11,3	8,7	12,9	12,9	46,2
Vermietung und Verpachtung	8 096	29,1	26,8	15,5	16,7	7,9	4,0	222	5,5	11,2	11,3	21,6	19,8	30,7
Sonst. Einkünfte im Sinne des § 22 EStG	3 790	90,6	6,6	1,2	0,8	0,5	0,3	21	59,4	12,6	4,2	5,2	6,7	11,9
Insgesamt	717 216	19,2	26,0	29,5	21,3	2,8	1,2	15 612	3,3	14,8	27,2	31,7	8,4	14,6

1) ohne Lohnsteuerpflichtige mit negativen/0-Einkünften sowie ohne Fälle der Nichtveranlagung und Verlustfälle.

2) ohne 6 Einkommensteuerpflichtige mit nachzuversteuernden Beträgen und/oder einem Drittel (Viertel) der Leistungen auf die Vermögensabgabe, die höher sind als die Einkünfte aus den einzelnen Einkunftsarten.

3) einschl. nichtveranlagter Lohnsteuerpflichtiger, die nur Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit aufzuweisen haben.

DM und mehr machen die Steuerpflichtigen mit vornehmlich gewerbebetrieblichen Einkünften über die Hälfte aus, der ihnen zuzurechnende Gesamtbetrag der Einkünfte sogar zwei Drittel. Gewichtiges Indiz für die starke Konzentration bei der Einkommensverteilung der Steuerpflichtigen mit überwiegender Einkünften aus Gewerbebetrieb ist die Tatsache, daß einer kleinen Minderheit unter ihnen (9,8 %) mehr als die Hälfte (57,0 %) der Einkünfte dieses Teilbereichs zufließt.

Ähnlich gelagerte Verhältnisse sind bei den steuerrechtlich Selbständigen anzutreffen, also bei Freiberuflern, wie Ärzten, Zahnärzten, Rechtsanwälten, Notaren, Architekten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern, Journalisten u. a. m. Sie nehmen zahlenmäßig zwar den dritten Platz ein, es waren jedoch in Hamburg 1971 nur 8 455 Personen – eine verschwindend kleine Zahl, wenn man das Gesamtkollektiv der Steuerpflichtigen oder auch nur die große Masse der Abhängigen vor Augen hat.

Gleich hinter den Steuerpflichtigen mit überwiegender Einkünften aus selbständiger Arbeit rangieren diejenigen mit hauptsächlich Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Diese Gruppe ist deshalb so schwach vertreten, weil sie ebenso wie bei Einkünften aus Kapitalvermögen und sonstigen Einkünften ihrem Typus nach eigentlich Nebeneinkünfte umfaßt, die ein Steuerpflichtiger normalerweise zusammen mit höheren Einkünften aus einer anderen Einkunftsart bezieht. Hier sind aber nur die Fälle angesprochen, die schwerpunktmäßig darunter fallen. Die Methode der steuerlichen Einkommensermittlung errechnet die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten, wobei als Werbungskosten u. a. auch die erhöhten Absetzungen für Einfamilienhäuser, Zweifamilienhäuser und Eigentumswohnungen nach den §§ 7b, 54 EStG und die erhöhten Absetzungen von Herstellungskosten für An-

lagen sowie Einrichtungen bei Wohngebäuden gemäß § 82a EStDV anfallen. So sind auch die Bezieher dieser Einkunftsart in keiner Größenklasse mit einem nennenswerten Anteil weder an der jeweiligen Gesamtzahl der Steuerpflichtigen noch am Gesamtbetrag der Einkünfte vertreten. Die Gliederung in Tabelle 3 weist für diese Einkunftsart mit ansteigenden Einkünften gegenläufige Besetzungsquoten bei der Zahl der Steuerpflichtigen, hingegen parallelverlaufende bei den Beträgen aus.

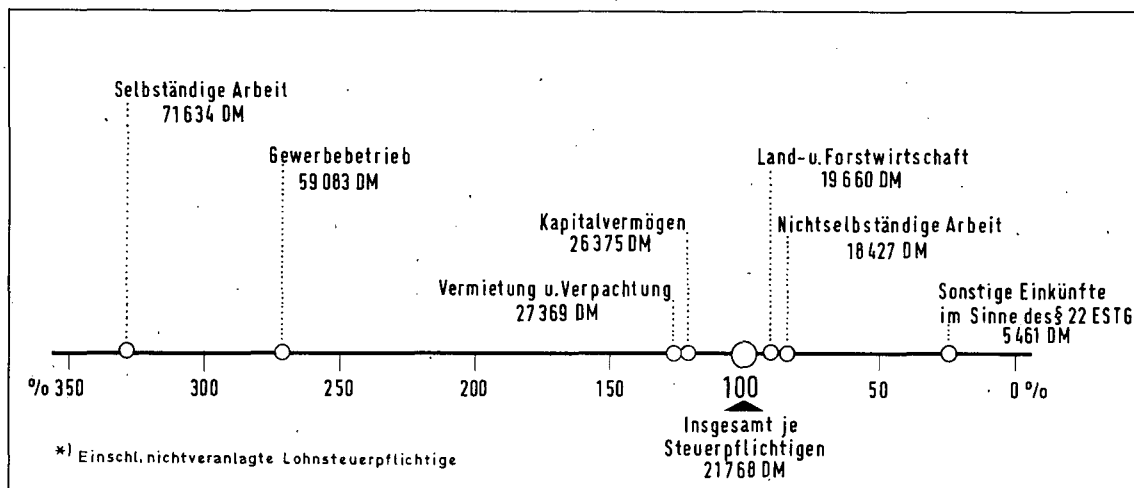
Nur 6 411 Personen (0,9 %) bezogen ihr Einkommen überwiegend aus Kapitaleinkünften, das sind Erträge aus Geldanlagen in Gestalt von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen oder anderen Vorteilen. Unter diesen Steuerpflichtigen befanden sich 4,0 %, deren Gesamteinkünfte sich auf über 100 000 DM beliefen; sie vereinnahmten aber 46,2 % aller Einkünfte dieser Kategorie, so daß auch hier von einem hohen Konzentrationsgrad gesprochen werden muß.

Am Ende der Bedeutungsskala stehen die sonstigen Einkünfte im Sinne des § 22 EStG sowie die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft. Hinsichtlich ihres Verteilungsmusters wird auf die Tabellen verwiesen. Die Einkunftsart der „sonstigen Einkünfte“ gibt keineswegs einen Sammelbegriff für alle die Erträge ab, die bei den übrigen sechs Einkunftsarten nicht untergebracht werden können. Vielmehr handelt es sich dabei um wiederkehrende Bezüge (Renten), Spekulationsgewinne und Einkünfte aus sonstigen einmaligen Leistungen (z. B. Vermittlung oder Vermietung beweglicher Objekte durch einen Privatmann).

Die Rangordnung der diversen Einkunftsarten ändert sich, wenn man anstelle der zahlenmäßigen Häufigkeiten die durchschnittlichen Einkünfte je Steuerpflichtigen heranzieht. Zu erklären ist das mit Unterschieden in der Verteilung bei Einkunftsbeiträgen und -beziehern. Einen durchschnittlichen Gesamtbetrag der Ein-

Schaubild 4

Gesamtbetrag der Einkünfte nach überwiegender Einkunftsart je Steuerpflichtigen*) 1971



Statistisches Landesamt Hamburg

N

künfte, der den für alle Steuerpflichtigen mit 21 768 DM berechneten Durchschnitt übertrifft, haben die Selbständigen, die Gewerbetreibenden und die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapitalvermögen. Einen darunterliegenden Einkommensbetrag haben im Schnitt die Land- und Forstwirte, die Unselbständigen und die Steuerpflichtigen mit überwiegend sonstigen Einkünften. Die Durchschnittseinkünfte letzterer betragen mit 5 461 DM nur ein Dreizehntel der der Selbständigen mit 71 634 DM.

6. Schichtung nach einem ergänzten Gesamtbetrag der Einkünfte?

Das Aufbereitungsprogramm von Lohn- und Einkommensteuerstatistik gestattet noch eine zweite Variante für die integrierte Schichtung der Steuerpflichtigen nach der Höhe ihrer Einkünfte, der nicht der steuerliche Gesamtbetrag der Einkünfte, sondern ein erweiterter Einkommensbegriff zugrunde liegt. Die steuerlichen Einkünfte werden dabei aufgestockt um den Arbeitnehmerfreibetrag, den Weihnachtsfreibetrag, die Sondervergünstigungen, die zu drei Viertel auf dem § 7b EStG beruhen und – weil in den originären Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik nicht ent-

halten – die seit 1966 steuerlich begünstigten Versorgungsbezüge der Beamtenpensionäre und ihrer Hinterbliebenen gem. § 19 Abs. 3 EStG (§ 6b LStDV), soweit sie als Lohnsteuerpflichtige veranlagt sind. Zusammen machte das 1971 rd. 460 Millionen DM aus. 1968 kamen noch die Leistungen nach dem zweiten Vermögensbildungsgesetz hinzu, die jetzt aber nach dem Inkrafttreten des dritten Vermögensbildungsgesetzes, wie bereits erwähnt, Komponente der steuerlichen Einkünfte sind. Durch diese Ergänzungen wird ein weiterer Schritt in Richtung auf das ökonomische Einkommen getan; betragsmäßig fällt er jedoch im Vergleich zu dem Teil des ökonomischen Einkommens, den einzubeziehen nicht möglich ist, nicht sehr stark ins Gewicht. Es fehlen insbesondere noch weiterhin die Einkünfte aus der sozialen Rentenversicherung sowie große Teile der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, ferner die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung u. a. m. Allein die Einkünfte aus der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung betragen 1971 in Hamburg schätzungsweise 1,8 Milliarden DM. Mit dem ergänzten Gesamtbetrag der Einkünfte kommt man also zu einer Größe, die zwischen den steuerlichen und den ökonomischen Einkünften eine Zwitterstellung einnimmt, von der aber keine wirklich entscheidende Verbesserung in der Aussage zu erwarten ist. Francisco Villalaz

Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure in den Jahren 1968 bis 1974

Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure zeigte im Berichtszeitraum bei durchweg positiver Entwicklung sehr unterschiedliche Wachstumsraten. Im Jahre 1974 führten starke Preiserhöhungen bei Mineralöl und Mineralölprodukten zu erheblichen Ausweitungen der Anteile der Rohstoffe und Halbwaren am Gesamthandel. Aber nicht nur warenmäßig, sondern auch regional veränderte sich aufgrund der Entwicklung die Struktur des Außenhandels, besonders bei der Einfuhr. So nahm vor allem der Anteil des Warenbezugs aus dem Nahen Osten und Afrika außerordentlich stark zu. Aber auch der Außenhandel mit den EG-Staaten und den Ostblockländern wuchs seit 1972 überdurchschnittlich.

Vorbemerkungen

Die Außenhandelsfirmen Hamburgs unterhalten intensive Handelsbeziehungen mit Partnern in allen Gebieten der Welt, in Übersee ebenso wie in Europa. Ihre Niederlassungen befinden sich in allen Kontinenten, wobei selbst die durch politisch-wirtschaftliche Blöcke aufgebauten Hindernisse vielfach überwunden werden. Dazu tragen vor allem die engen Kontakte traditionsreicher Handelshäuser der Hansestadt mit ihren großen Erfahrungen, besonders im Ostasien-, Afrika- und Südamerikahandel, bei. Auf der Einfuhrseite sind das in erster Linie Firmen, die darauf spezialisiert sind, bestimmte ausländische Waren zu importieren und an Industrie, Großhandel oder direkt an den Einzelhandel zu verkaufen (Fachfirmen). Sie sind besonders im Rohstoffimport tätig. Andererseits gibt es auch die sogenannten Länderfirmen, die Waren verschiedener Art aus bestimmten Gebieten einführen und/oder in diese liefern. Neben den eigentlichen Handelsfirmen führen auch zahlreiche Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche Außenhandelsgeschäfte durch. Hier sind besonders die Industrie und mehrere Großunternehmen des Einzelhandels zu nennen, wobei die Letztgenannten ausschließlich Waren zum binnenländischen Absatz importieren.

Mit diesem Beitrag werden die früheren Aufsätze über die Hamburger Im- und Exporteure¹⁾ fortgesetzt. Die Ergebnisse sind der hamburgischen Außenhandelsstatistik entnommen. Auf den der Außenhandelsstatistik zugrunde liegenden Zollpapieren wird der Sitz des Ein- oder Ausführers festgehalten, so daß eine nur auf Hamburger Firmen abgegrenzte Ergebnisdarstellung möglich ist. Andererseits lassen die Grenzdokumente jedoch keine Informationen über den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit zu, wodurch eine Unterscheidung der Firmen nach Händlern und Industrieunternehmen ausgeschlossen wird. Der Warenweg ist bei dieser Art der Darstellung unberücksichtigt geblieben. Die Waren können also sowohl über den Hamburger oder einen anderen Seehafen, als auch über die

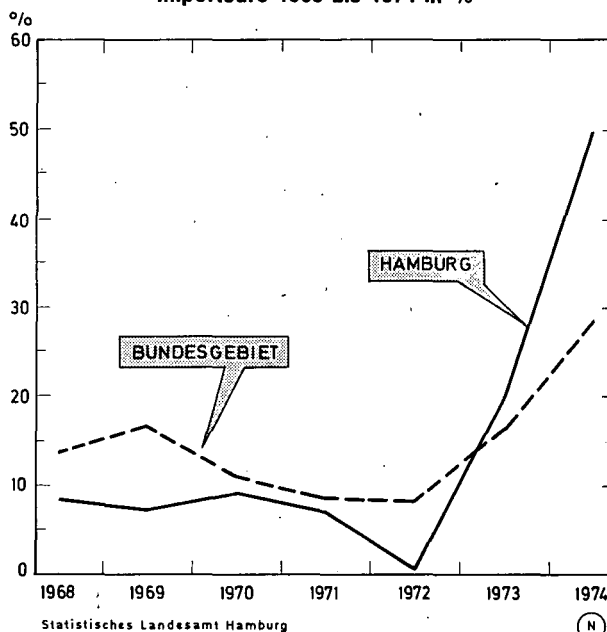
„grüne“ Grenze im- oder exportiert worden sein. Bei den Industriefirmen kann es vorkommen, daß die Ware gar nicht in Hamburg hergestellt oder verarbeitet wurde, sondern in den Ergebnissen für Hamburg nur deshalb enthalten ist, weil der Sitz der Firma, die als Außenhändler auftritt, in Hamburg liegt. Der umgekehrte Fall ist ebenfalls denkbar. Die hier veröffentlichten Werte stellen den Generalhandel dar, d. h., sie schließen Einfuhr auf Lager und Ausfuhr aus Lagern ein. Dies ist besonders bei Vergleichen mit anderen Ergebnissen zu berücksichtigen.

Großer Außenhandelszuwachs in den letzten Jahren

Der gesamte Außenhandel der Hamburger Im- und Exportfirmen hat sich mit fast 56 Mrd DM für 1974 gegenüber dem Ausgangsjahr 1968 (22 Mrd DM) weit mehr als verdoppelt²⁾. In diesem Zeitraum stieg die Einfuhr von 18 Mrd DM auf 40 Mrd DM und die Ausfuhr von 7 Mrd DM auf 16 Mrd DM, wobei die Entwicklung

Schaubild

Jährliche Wachstumsrate im Außenhandel der Bundesrepublik und der hamburgischen Ex- und Importeure 1968 bis 1974 in %



¹⁾ Siehe „Hamburg in Zahlen“, Juni-Heft 1962 und Oktober-Heft 1968.

²⁾ Ein erheblicher Teil der nominalen Zunahmen entfällt auf Preiserhöhungen. Die tatsächlichen Werte der Ein- und Ausfuhr sind daher kein Maßstab für die mengenmäßige Veränderung. Die Diskrepanz zwischen der nominalen und realen (volumenmäßigen) Entwicklung des Außenhandels besonders im Jahre 1974 kann jedoch bei der folgenden Darstellung nicht berücksichtigt werden, weil sich die Volumen- und Indexberechnung der Außenhandelsstatistik nur auf den Warenverkehr der gesamten Bundesrepublik bezieht.

für die Hamburger Firmen ebenso positiv verlief wie für den Außenhandel der Bundesrepublik insgesamt. Allerdings wurden teilweise sehr unterschiedliche Wachstumsraten festgestellt. Während im gesamten Beobachtungszeitraum der Anstieg für den Bund (+ 127%) und für Hamburg (+ 131%) fast gleich war, weist die Hansestadt zwischenzeitlich größere Schwankungen auf. Die jährliche Wachstumsrate lag bis 1971 zwischen 7,7% und 9,4%, im Jahr 1972 aber sank sie bis auf 0,7% ab. In den beiden folgenden Jahren ergab sich mit einer Steigerung von 20% bzw. 50% wieder ein außerordentlich hoher Zuwachs, der den der Bundesrepublik insgesamt (16,4% bzw. 28,6%) deutlich übertraf.

Die gleiche Entwicklung läßt sich aus dem Anteil des Hamburger Außenhandels am Bundesergebnis ablesen. Betrug der Hamburger Beitrag im Jahre 1968 noch 13%, so sank er 1972 auf 11% und erreichte 1974 wieder 13%. Hinter diesen Zahlen für die Gesamtentwicklung verbergen sich allerdings wesentlich stärkere Ausschläge, wenn man Einfuhr und Ausfuhr jeweils für sich betrachtet. Die Einfuhr spielt dabei mit über 70% des Hamburger Außenhandels die größere Rolle. Ihr Anteil an der Bundeseinfuhr schwankte im Berichtszeitraum zwischen 17% und 21%. Der Ausfuhranteil veränderte sich dagegen mit Werten zwischen 6% bis 7% kaum.

Hamburger Firmen haben großen Anteil an der Rohstoffeinfuhr der Bundesrepublik

Eine Gliederung der Ergebnisse nach Warengruppen zeigt, daß die Hamburger Firmen sich besonders im Handel mit Rohstoffen engagiert haben und dabei eine wichtige Funktion für die Versorgung der Bundesrepublik erfüllen. Unter den für die Hansestadt zehn wichtigsten Warenarten liegt Erdöl mit einem Einfuhrwert von mehr als 12 Mrd DM wertmäßig mit Abstand an der Spitze. Dies findet seine Erklärung darin, daß Hamburg der deutsche Unternehmenssitz einer Reihe internationaler Mineralölkonzerne ist. Die ebenfalls

Tabelle 1

Die 10 wichtigsten Warenarten hamburgischer Im- und Exporteure und ihr Anteil am Bundesaußenhandel 1974

Warenarten	Außenhandel hamburgischer Firmen	
	insgesamt in Mio DM	Anteil am Bundesaußenhandel in %
Erdöl	12 352	54
Kraftstoffe und Schmieröle	6 700	50
Elektrotechn. Erzeugnisse	3 033	10
Ölfrüchte zur Ernährung	2 173	66
Pflanzliche Öle und Fette zur Ernährung	1 326	69
Mais	1 141	57
Kraft- und Luftfahrzeuge	1 085	3
Wasserfahrzeuge	981	31
Kaffee	916	48
Kupfererze	784	96

überwiegend eingeführten Kraftstoffe und Schmieröle kamen auf einen Warenwert von knapp 7 Mrd DM. Aber auch Ölfrüchte, Öle und Fette sowie Mais als wichtigste Getreideart liegen der wertmäßigen Bedeutung nach ganz vorn. Bei diesen Rohstoffen wurde jeweils mehr als die Hälfte des gesamten Außenhandels der Bundesrepublik von Hamburger Firmen abgewickelt.

Am größten ist die relative Bedeutung Hamburger Firmen jedoch bei den Kupfererzen, die fast ausschließlich über die Hansestadt importiert werden, da ihre Weiterverarbeitung auch in unmittelbarer Hafennähe stattfindet. Charakteristisch ist weiterhin, daß bei industriellen Fertigprodukten der absolute Wert zwar hoch, der Hamburger Anteil an allen von der Bundesrepublik aus- oder eingeführten Waren aber relativ gering ist. Dies gilt z. B. für Elektrotechnische Erzeugnisse ebenso wie für Kraft- und Luftfahrzeuge.

Für die Anteile Hamburger Im- und Exporteure am Bundesaußenhandel insgesamt nach Ländergruppen ergibt sich folgendes Bild:

Nahost	41%
Afrika	27%
Mittel- und Südamerika	21%
Mittel- und Fernost	20%
Australien und Ozeanien	17%
Nordamerika	14%
Europa	9%

Hier wird die große Bedeutung hiesiger Unternehmen für den Handel mit dem Nahost-Bereich sichtbar. Die Beteiligung hamburgischer Firmen am Außenhandel mit diesen Ländern erscheint noch größer, wenn man nur auf die Einfuhr abstellt.

Ganz anders verhält es sich mit den europäischen Ländern. Zwar werden 25,3 Mrd DM oder 45% des gesamten Warenaustausches Hamburger Unternehmen mit diesen Staaten abgewickelt, dennoch entspricht dies nur einer Beteiligung von 9% am Bundesaußenhandel innerhalb Europas. Der europäische Außenhandel besteht überwiegend aus Halb- und Fertigwaren und wird zum größten Teil ohne Beteiligung der Seehäfen und damit auch weitgehend ohne die Einschaltung Hamburger Händler über die „trockenen“ Grenzen abgewickelt.

Auch am Im- und Export mit Nordamerika und Australien sind Hamburger Firmen nur relativ schwach beteiligt, während auf die übrigen Ländergruppen immerhin Anteile zwischen 20% und 27% entfallen.

Ölpreissteigerung verändert Außenhandelsstruktur

Die Tabellen 2 und 4 gewähren Einblick sowohl in die Entwicklung als auch in die Struktur des Hamburger Außenhandels.

Die gesamte Einfuhr stieg im Beobachtungszeitraum um mehr als das Doppelte und erreichte 1974 wertmäßig fast 40 Mrd DM. Einzelne Ländergruppen verzeichneten dabei zum Teil recht unterschiedliche Entwicklungen. So vervierfachten sich beispielsweise die

Tabelle 2

Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure in den Jahren 1968 und 1972 bis 1974 nach Ländergruppen

Ländergruppen	1968		1972			1973			1974		
	Mio DM	%- Anteil	Mio DM	Meßzahl (1968 =100)	%- Anteil	Mio DM	Meßzahl (1968 =100)	%- Anteil	Mio DM	Meßzahl (1968 =100)	%- Anteil
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
E i n f u h r											
Europa	6 542	37	9 470	145	43	11 401	174	44	14 849	227	37
davon											
EG-Länder 1)	3 463	20	5 827	168	26	6 772	196	26	9 193	265	23
EG-Länder 2)	882	5	887	101	4	1 107	126	4	1 410	160	4
Ostblockländer	721	4	853	118	4	1 170	162	4	1 565	217	4
Übrige europäische Länder 3)	1 476	8	1 903	129	9	2 352	159	9	2 681	182	7
Nordamerika	2 421	14	2 535	105	11	2 982	123	11	4 594	190	11
Mittel- u. Südamerika	1 883	11	2 269	120	10	2 250	119	9	2 709	144	7
Asien	3 520	20	4 410	125	20	5 607	159	21	11 046	314	28
davon											
Nahost	2 037	12	2 358	116	11	3 164	155	12	8 116	398	20
Mittelost	265	2	280	106	1	355	134	1	434	164	1
Fernost	1 218	7	1 772	145	8	2 088	171	8	2 496	205	6
darunter											
Japan	364	2	732	201	3	807	222	3	864	237	2
Afrika	2 942	17	3 092	105	14	3 402	116	13	6 212	211	16
Australien	193	1	349	181	2	469	243	2	567	294	1
Schiffsbedarf und übrige, nicht ermittelte Länder	0	0	-	-	-	0	-	-	-	-	-
I n s g e s a m t 4)	17 501	100	22 125	126	100	26 111	149	100	39 975	228	100
A u s f u h r											
Europa	3 805	57	5 803	153	66	7 552	198	69	10 310	271	65
davon											
EG-Länder 1)	1 621	24	2 549	157	29	3 430	212	31	4 405	272	28
EG-Länder 2)	651	10	1 157	178	13	1 266	194	11	1 798	276	11
Ostblockländer	272	4	363	133	4	589	217	5	1 046	385	7
Übrige europäische Länder 3)	1 261	19	1 734	138	20	2 267	180	21	3 061	243	19
Nordamerika	515	8	407	79	5	414	80	4	758	147	5
Mittel- u. Südamerika	572	9	636	111	7	620	108	6	1 066	186	7
Asien	1 160	17	1 059	91	12	1 391	120	13	2 123	183	13
davon											
Nahost	279	4	338	121	4	412	148	4	635	228	4
Mittelost	173	3	150	87	2	164	95	1	284	164	2
Fernost	708	11	571	81	7	815	115	7	1 204	170	8
darunter											
Japan	264	4	236	89	3	353	134	3	475	180	3
Afrika	484	7	701	145	8	911	188	8	1 402	290	9
Australien	91	1	69	76	1	80	88	1	135	148	1
Schiffsbedarf und übrige, nicht ermittelte Länder	57	1	60	105	1	52	91	0	73	128	0
I n s g e s a m t 4)	6 684	100	8 735	131	100	11 020	165	100	15 867	237	100

1) Angaben nur für die 5 Länder, die bereits seit Gründung Mitglied der EG sind.

2) Angaben nur für die 3 Länder, die zu Beginn 1973 der EG beitraten (Großbritannien, Dänemark, Irland).

3) Angaben ohne die Länder Großbritannien, Dänemark, Irland.

4) Abweichungen bei den Summen beruhen auf Rundung.

aus den Nahost-Ländern stammenden Einfuhren, die 1974 fast ausschließlich aus Erdöl bestanden, infolge starker Preissteigerungen. In Anbetracht der inflationären Preisentwicklung auf diesem Rohstoffsektor ist eine mengenmäßige Betrachtung recht aufschlußreich.

So hat die stetige Steigerung der eingeführten Erdölmengen sich im Jahre 1974 nicht fortgesetzt. Einem mengenmäßigen Rückgang gegenüber dem

Vorjahr von 7% steht jedoch eine Wertzunahme von fast 140% gegenüber. Tabelle 3 zeigt die Preisexplosion für Erdöl im Jahr 1974 sehr deutlich. Innerhalb eines Jahres ist der Durchschnittspreis für eine Tonne Rohöl von 81 DM auf 215 DM, also auf mehr als das Zweieinhalbfache, gestiegen. Durch diese Entwicklung hat sich der Anteil der Einfuhren aus Nahost gegenüber den Vorjahren nahezu verdoppelt. Unter den gleichen Einflüssen standen die Lieferungen aus

Tabelle 3

**Die Erdöleinfuhr hamburgischer Importeure
nach Ländergruppen 1968 bis 1974**

Jahre	Erdöleinfuhr					
	insgesamt			darunter aus		
				Nahost	Afrika	Südamerika
	Mio t	Mrd DM	DM/t ¹⁾	Mrd DM		
1	2	3	4	5	6	
1968	49,1	3,5	70	1,7	1,5	0,1
1969	52,4	3,4	65	1,6	1,7	0,1
1970	55,5	3,4	62	1,4	1,8	0,1
1971	56,7	4,5	79	2,2	2,2	0,1
1972	59,4	4,4	73	2,1	2,0	0,2
1973	61,8	5,0	81	2,8	2,0	0,1
1974	57,3	12,3	215	7,6	4,3	0,3

1) errechnet aus Mengen in 1000 t und aus Werten in Mio DM.

Afrika. Seit 1973 ist der Wert der importierten Waren um mehr als 80% gestiegen, wobei auch hier die Preisentwicklung beim Erdöl die entscheidende Rolle gespielt hat. Der Anteil des Erdöls an den Importen Hamburger Firmen aus diesem Kontinent – vor allem aus den Ländern Nigeria, Libyen und Algerien – stieg allein im letzten Jahr von 59% auf 69%.

Diese Veränderungen gingen zu Lasten eines anderen wichtigen Einfuhrgebietes, nämlich der Länder der Europäischen Gemeinschaft. Die Werte für die fünf ursprünglichen EG-Länder weisen zwar für 1974 eine gemessen an dem Ausgangsjahr 1968 niedrigere Meßzahl gegenüber Nahost aus; dafür verlief die Entwicklung jedoch viel gleichmäßiger. Mehr als die Hälfte der wertmäßigen EG-Einfuhr (5,5 Mrd DM) wurde aus den Niederlanden bezogen, die damit für die Hamburger Firmen mit Abstand das wichtigste der EG-Partnerländer darstellen. Allerdings waren auch hier Ölpreissteigerungen im Spiel; allein 3,1 Mrd DM entfielen auf die Einfuhr von Mineralölprodukten wie Kraftstoffen und Schmierölen. Aber auch ohne diesen großen Posten wurde aus den Niederlanden mehr importiert, als aus jedem anderen EG-Mitgliedsstaat. Interessant ist die Entwicklung der seit 1973 in die EG neu aufgenommenen Staaten. Stagnierten die Einfuhren Hamburger Firmen aus Dänemark, Großbritannien und Irland bis 1972, so ist nach deren EG-Beitritt ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen. Damit haben alle acht EG-Länder zusammen 27% der Einfuhren der Hamburger Im- und Exporteure bestritten.

Aber auch die Ostblockländer haben nach 1972 ebenfalls wesentlich mehr Waren an Hamburger Firmen geliefert, was sicherlich mit auf die Entspannungsbemühungen in der Ostpolitik der letzten Jahre zurückzuführen ist. Etwa die Hälfte der Lieferungen kommt dabei aus der Sowjetunion. Die übrigen Ländergruppen sind zumindest auf der Einfuhrseite für Hamburg von geringerer Bedeutung. Es kommt aber durchaus vor, daß trotz eines niedrigen Anteils ein bestimmtes Land durch Lieferung einer speziellen Ware für hiesige Unternehmen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Als Beispiel könnte die Einfuhr aus Australien an-

geführt werden, die im Berichtszeitraum um fast das Dreifache gestiegen ist und zu zwei Dritteln aus Kupfererzen besteht, die in Hamburg weiterverarbeitet werden.

Zwei Drittel der Ausfuhren für Europa bestimmt

Betrag der Anteil Europas bei der Einfuhr „nur“ 37%, so ist er bei der Ausfuhr mit 65% fast doppelt so hoch. Der größte Teil entfällt mit 39% auf EG-Länder, die noch im Jahre 1968 nur gut ein Drittel aller Ausfuhren bestritten. Die Niederlande sind – wie schon bei der Einfuhr – auch der wichtigste Ausfuhrpartner, aber mit wesentlich geringerem Vorsprung, so daß sich keine großen Anteilsunterschiede zwischen den acht Partnerländern ergeben. Besondere Beachtung verdienen die Ostblockländer. Infolge sprunghafter Ausdehnung der Exporte in dieses Gebiet stieg ihr Anteil nach 1972 auf 7%, eine ganz ähnliche Entwicklung zeigt sich auch auf der Einfuhrseite.

Günstig verliefen die Geschäfte mit Afrika. Hier konnten die Ausfuhren in den letzten zwei Jahren verdoppelt werden. Die meisten Waren gingen mit je rund 200 Mio DM nach Nigeria und in die Republik Südafrika.

Im Gegensatz dazu steht die Entwicklung der Handelsbeziehungen Hamburger Unternehmen zu den USA und Kanada. Hier war zunächst gegenüber dem Ausgangszeitpunkt unserer Betrachtung ein Rückgang der Exporte zu verzeichnen, der erst im Jahre 1974 wieder wettgemacht werden konnte, wobei allerdings der Export gegenüber 1973 um mehr als 80% zunahm. Fast gleichartig entwickelten sich die Exporte nach Australien, die jedoch nur einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtausfuhr haben.

Versteht man unter dem vielschichtigen Begriff „Entwicklungsland“ in diesem Zusammenhang die Länder Mittel- und Südamerikas, Asiens (ohne Japan) und Afrikas (ohne Südafrika), so kommt – wertmäßig – jeweils etwa die Hälfte der Einfuhren aus Entwicklungs- und aus Industrieländern. Von den rd. 20 Mrd DM Einfuhren aus Entwicklungsländern im Jahre 1974 entfallen allein 12 Mrd DM auf Erdölimporte. Auf der Ausfuhrseite ist der hamburgische Außenhandel wesentlich stärker auf Industrie- als auf Entwicklungsländer ausgerichtet. So gelangen wertmäßig drei Viertel aller Ausfuhrwaren in Industrieländer und rd. 25% in Entwicklungsländer. Diese wertmäßigen Anteile haben sich seit 1968 nur geringfügig verändert.

Mehr als 30 % der Einfuhr besteht aus Erdöl

Wie bei der regionalen Gliederung der Einfuhr, fallen auch bei der Differenzierung nach Warengruppen die Folgen der Mineralölpreisveränderungen ins Auge. Dadurch verringerte sich der Anteil der Güter der Ernährungswirtschaft von ursprünglich 37% auf 27%. Die Rohstoffe für die gewerbliche Wirtschaft dagegen machen statt bisher 25% nunmehr mit 36% mehr als ein Drittel aller Warengruppen aus. 86% der gewerblichen Rohstoffe entfielen dabei im Jahre 1974 auf Erdöl. Als Folge der besonderen Preisentwicklung ver-

Tabelle 4

Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure in den Jahren 1968 und 1972 bis 1974 nach Warengruppen

Warengruppen	1968		1972			1973			1974		
	Mio DM	%- Anteil	Mio DM	Meßzahl (1968 =100)	%- Anteil	Mio DM	Meßzahl (1968 =100)	%- Anteil	Mio DM	Meßzahl (1968 =100)	%- Anteil
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
E i n f u h r											
Ernährungswirtschaft	6 441	37	7 482	116	34	8 467	131	32	10 642	165	27
davon											
Lebende Tiere	25	0	22	88	0	13	52	0	8	32	0
Nahrungsmittel											
tier. Ursprungs	841	5	1 275	152	6	1 423	169	5	1 314	156	3
Nahrungsmittel											
pflanzl. Ursprungs	4 314	25	4 927	114	22	5 758	133	22	7 943	184	20
Genußmittel	1 261	7	1 258	100	6	1 273	101	5	1 377	109	3
Gewerbliche Wirtschaft	11 025	63	14 601	132	66	17 596	160	67	29 290	266	73
davon											
Rohstoffe	4 817	27	5 580	116	25	6 540	136	25	14 434	300	36
Halbwaren	2 567	15	3 086	120	14	4 762	186	18	7 373	287	18
Fertigwaren	3 641	21	5 935	163	27	6 294	173	24	7 483	206	19
davon											
Vorerzeugnisse	1 346	8	1 895	141	9	2 076	154	8	2 424	180	6
Enderzeugnisse	2 295	13	4 040	176	18	4 218	184	16	5 059	220	13
Rückwaren und Ersatz-											
lieferungen	34	0	42	124	0	48	141	0	43	126	0
I n s g e s a m t 1)	17 500	100	22 125	126	100	26 111	149	100	39 975	228	100
A u s f u h r											
Ernährungswirtschaft	892	13	1 556	174	18	2 350	263	21	3 533	396	22
davon											
Lebende Tiere	1	0	2	200	0	2	200	0	1	100	0
Nahrungsmittel											
tier. Ursprungs	299	4	500	167	6	583	195	5	820	274	5
Nahrungsmittel											
pflanzl. Ursprungs	476	7	893	188	10	1 563	328	14	2 491	523	16
Genußmittel	116	2	161	139	2	202	174	2	221	191	1
Gewerbliche Wirtschaft	5 779	86	7 153	124	82	8 586	149	78	12 318	213	78
davon											
Rohstoffe	193	3	114	59	1	160	83	1	219	113	1
Halbwaren	1 227	18	1 091	89	12	1 497	122	14	2 760	225	17
Fertigwaren	4 359	65	5 948	136	68	6 929	159	63	9 339	214	59
davon											
Vorerzeugnisse	763	11	685	90	8	994	130	9	1 999	262	13
Enderzeugnisse	3 596	54	5 263	146	60	5 935	165	54	7 340	204	46
Rückwaren und Ersatz-											
lieferungen	13	0	26	200	0	83	638	1	16	123	0
I n s g e s a m t 1)	6 684	100	8 735	131	100	11 019	165	100	15 867	237	100

1) Abweichungen bei den Summen beruhen auf Rundung.

zeichnete vor allem diese Warengruppe für 1974 einen weit überdurchschnittlichen Anstieg. Ganz ähnliche Tendenzen zeigen sich bei den Halbwaren, die sich infolge der Preisbewegungen bei den Mineralölprodukten gleichfalls im Jahre 1974 beachtlich verteuerten.³⁾

In der Ausfuhr liegt das Hauptgewicht bei den Enderzeugnissen (Fertigwaren) der gewerblichen Wirtschaft. Andererseits heben sich aber auch die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs deutlich von den anderen Gruppen ab. Die Ausfuhr dieser Waren hat

sich im Beobachtungszeitraum mehr als verfünffacht, wobei der Anteil an den gesamten Exporten von 7% auf 16% stieg. Den Hauptteil dieser Warengruppen bilden pflanzliche Öle und Fette sowie überwiegend als Futtermittel verwerteter Ölkuchen. Der Anteil der ernährungswirtschaftlichen Güter stieg von 13% auf 22%, während der der Güter der gewerblichen Wirtschaft von 86% auf 78% sank. Außer den Vorerzeugnissen verzeichneten alle Warengruppen der gewerblichen Wirtschaft Anteilsverluste, wobei die Einbußen bei den Enderzeugnissen am stärksten waren.

Erich Walter

³⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1975, S. 201. Die für den Bundesaußenhandel ermittelten Durchschnittswerte der Halbwaren lagen in 1974 um 43,4% höher als in 1973.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1975	August 1975	September 1975	September 1974
		1973	1974				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	762,3	760,2	762,1	763,9	761,6	758,4
Lufttemperatur	°C	9,5	10,0	19,5	21,0	16,6	14,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	67	61	73	75
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	2	3	3,4
Bewölkung	" ⁴⁾	5	6	5	3	5	5,2
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	701	68	43	45	51	54
Sonnenscheindauer	Std.	1 660	126,3	252	285	170	129,5
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	79	7,9	—	2	1	1
Tage mit Niederschlägen	"	240	18,8	13	9	20	19
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	245,0	242,4	238,2	237,8	237,4	242,4
" Altona	"	252,9	250,5	247,6	247,6	247,2	250,3
" Eimsbüttel	"	251,3	249,7	248,5	248,5	248,4	249,7
" Hamburg-Nord	"	335,7	328,3	322,5	322,1	321,6	328,3
" Wandsbek	"	378,0	380,5	383,7	383,5	383,5	380,0
" Bergedorf	"	93,7	92,8	91,9	91,8	91,7	92,8
" Harburg	"	201,8	198,9	196,4	196,1	196,0	198,9
* Hamburg insgesamt	"	1 758,4	1 743,1	1 728,8	1 727,4	1 725,9	1 742,4
dav. männlich	"	815,0	809,4	802,4	801,8	801,2	809,1
" weiblich	"	943,4	933,7	926,4	925,6	924,7	933,3
dar. Ausländer ⁷⁾	"	122,7	131,2	130,1	130,1	128,0	131,5
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	930	867,2	705	1 222	895	829
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,3	6,0	5,0	8,3	6,3	5,8
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 139	1 127,9	1 102	1 187	1 129	1 218
dar. unehelich	"	105	104,8	94	103	107	111
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	7,8	7,8	7,8	8,1	7,9	8,5
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,4	8,6	8,8	9,6	9,2
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 158	2 107,6	2 002	2 229	1 915	1 941
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	27	21,4	18	12	25	30
dar. im ersten Lebensjahr	"	14,7	14,5	14,1	15,2	13,5	13,5
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	23,6	19,0	16,2	10,6	21,9	25,4
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	— 1 017	— 979,7	— 900	— 1 042	— 786	— 723
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	— 6,9	— 6,7	— 6,3	— 7,1	— 55	— 5,0
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	— 1 017	— 979,7	— 900	— 1 042	— 786	— 723
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	— 6,9	— 6,7	— 6,3	— 7,1	— 55	— 5,0
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 337	5 747	6 638	4 565	4 804	5 192
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 536	6 252	6 884	4 909	5 597	5 676
* Fortgezogene Personen	"	— 199	— 505	— 246	— 344	— 793	— 484
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	+ 83	— 260	— 116	— 94	— 326	— 164
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 282	— 245	— 130	— 250	— 467	— 320
dav. männlich	"	— 282	— 245	— 130	— 250	— 467	— 320
weiblich	"	— 282	— 245	— 130	— 250	— 467	— 320
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 455	14 080	15 941	13 104	14 717	12 560
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 669	1 710	2 068	1 480	1 576	1 536
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 110	1 154	1 459	1 093	1 094	1 048
Niedersachsen	"	1 000	1 034	1 231	815	864	910
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	379	405	467	354	356	332
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 466	1 374	1 561	1 048	1 131	1 204
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	2 202	1 629	1 778	1 222	1 233	1 542
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 534	2 297	2 349	1 996	2 120	1 998
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 810	1 799	1 874	1 561	1 693	1 564
Niedersachsen	"	1 616	1 363	1 327	1 202	1 240	1 298
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	906	754	715	665	650	705
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 618	1 308	1 299	943	1 138	1 095
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	788	1 284	1 909	768	1 099	1 285

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: Ende März 1975. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1975	August 1975	September 1975	September 1974
		1973	1974				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 740	16 608	16 329	16 271	16 281	16 593
Patienten ²⁾	"	13 110	13 023	11 944	12 077	13 080	13 458
Pflegetage	"	406 670	403 631	364 989	373 496	377 833	386 553
Bettenausnutzung	%	83,3	82,7	74,4	76,2	79,6	81,2
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 030	3 064	3 064	3 112	3 112	3 061
Patienten ²⁾	"	2 893	2 883	2 818	2 781	2 794	2 855
Pflegetage	"	82 499	81 692	82 636	81 810	79 612	79 496
Bettenausnutzung	%	92,8	91,8	91,9	90,9	91,4	92,2
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	842 743	722 586	1 799 124	2 103 832	721 022	625 723
dar. in Hallenschwimmbädern	"	467 560	482 344	444 544	501 226	479 823	427 205
in Freibädern	"	339 706	207 633	1 331 343	1 579 505	217 578	170 346
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	527 563	581 757	509 168	612 238	680 836	604 763
Ausgeliehene Noten	"	7 021	7 127	6 719	7 421	7 402	7 945
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	37 938	41 647	50 200	34 206	44 052	36 270
Besucher der Lesesäle	"	9 448	10 424	10 305	9 198	10 918	8 816
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 446	3 700	3 883	3 603	4 427	3 580
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 555	2 525	3 562	3 133	3 968	2 400
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 500	1 363	1 351	1 268	1 523	1 240
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	68 258	92 556	88 075	65 866	75 952	119 059
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 302	27 115	8 187	8 657	8 965	55 545
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	12 530	13 462	11 352	7 764	9 183	11 963
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	6 177	7 129	7 114	5 169	5 662	5 953
Helms-Museum	"	13 421	16 439	24 657	19 051	25 068	23 661
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	12 094	14 916	23 723	17 874	22 949	22 335
Museum für Hamburgische Geschichte	"	11 447	13 733	30 789	18 545	18 460	9 852
Museum für Kunst und Gewerbe	"	6 383	7 057	4 287	5 350	6 430	5 306
Planetarium	"	5 998	5 758	—	—	—	4 864
Bischofshof	"	—	1 863	1 689	1 330	2 184	1 915
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	681,5	682,7	677,3	677,7	677,4	686,7
dav. Pflichtmitglieder	"	399,1	396,6	389,0	388,7	388,2	399,8
Freiwillige Mitglieder	"	46,3	45,8	44,5	44,5	44,5	45,8
Rentner	"	236,1	240,3	243,7	244,5	244,7	241,1
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	27,3	22,0	22,5	24,6	24,3
dav. männlich	"	19,6	18,5	14,9	15,3	16,6	16,6
weiblich	"	9,1	8,8	7,1	7,2	8,0	7,7
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	5 542	12 121	24 922	25 008	24 320	11 205
dav. männlich	"	2 959	7 231	15 262	14 927	14 586	6 553
weiblich	"	2 583	4 890	9 660	10 081	9 734	4 652
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	—	4 369	7 994	7 595	7 345	3 593
Technische Berufe	"	—	889	1 893	1 954	1 823	920
Dienstleistungsberufe	"	—	6 827	13 967	14 372	14 057	6 189
2. Offene Stellen	"	18 838	13 315	11 220	11 451	10 145	12 359
3. Arbeitsuchende ¹⁾	"	12 519	19 727	33 199	32 836	32 356	19 066
4. Vermittlungen ¹⁾	"	11 269	10 306	10 414	9 892	9 293	9 162
dar. Kurzfristige Vermittlung							
bis zu 7 Tagen	"	5 765	5 381	4 544	4 072	3 884	3 876
5. Kurzarbeiter	"	284	2 289	3 758	4 538	3 793	1 504
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	1 444	1 407	1 265	1 035	891	998
dav. an Molkereien geliefert	%	92,2	92,5	96,1	93,6	88,6	89,8
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	11,3	10,2	8,3	7,4	8,1

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1975	August 1975	September 1975	September 1974
		1973	1974				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	1 549	1 215	962	1 119	972	1 052
pasteurisiert, abgepackt	"	7 595	6 770	6 443	7 728	6 479	6 574
ultra-hocherhitzt	"	1 046	1 280	1 060	1 326	1 690	1 370
Teilenträhmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	136	141	100	111	94	137
ultra-hocherhitzt	"	316	1 389	2 390	2 566	2 120	1 470
Enträhmte Milch	"		65	884	370	504	93
Buttermilcherzeugnisse	"	620	433	958	1 306	544	428
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"		159	280	380	184	155
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,2	8,3	6,5	6,5	8,2	11,0
Kälber	"	1,1	1,1	1,0	0,9	0,6	1,0
Schweine	"	29,7	28,3	21,0	22,3	24,6	30,2
Schafe	"	0,7	0,6	0,9	0,7	0,7	0,8
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,2	7,5	5,4	5,7	6,5	9,8
Kälber	"	1,0	1,1	1,0	0,9	0,6	0,9
Schweine *)	"	30,3	28,6	21,7	22,4	24,8	30,0
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	4 744	4 831	3 451	3 622	4 051	5 719
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 678	1 997	1 409	1 496	1 706	2 555
Kälber	"	80	88	83	80	51	78
Schweine	"	2 960	2 727	1 932	2 025	2 267	3 067
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 367	1 329	1 279	1 280	1 279	1 318
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	194	187	177	176	175	186
dar. Arbeiter *)	"	119	114	106	105	105	113
Geleistete Arbeiterstunden *)	18 319	17 100	13 883	14 631	15 862	16 881	16 881
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	199	213	229	211	208	209
Gehälter (Bruttosumme)	"	170	191	197	198	188	180
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	4	5	3	4	4	5
Gasverbrauch ohne Erdgas *)	1 000 cbm	2 661	1 329	930	941	981	1 250
Erdgasverbrauch *)	1 000 cbm	63 213	35 277	30 482	27 194	31 184	33 607
Heizölverbrauch	1 000 t	58	52	33	33	35	44
Stromverbrauch	Mio kWh	187	257	265	243	257	278
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	13	12	9	12	12	10
Umsatz *)	Mio DM	1 917	2 245	2 023	1 961	2 505	2 379
dar. Auslandsumsatz *)	"	315	412	383	309	501	482
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 917	2 245	2 023	1 961	2 505	2 379
dar. Mineralölverarbeitung	"	333	479	471	460	460	485
Chemische Industrie	"	168	188	176	167	167	197
Elektroindustrie	"	239	270	202	235	235	319
Maschinenbau	"	150	154	144	142	142	156
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	13	13	14	16	14	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	596	651	472	490	608	584
Gaserzeugung (brutto) *)	Mio cbm	58	26	15	15	15	20
Vj.-Durchschnitt *)				4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	2. Vj. 1975	2. Vj. 1974
		1973	1974				
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	94,1	87,4	83,3	82,3	82,8	88,4
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	123,3	122,6	151,6	103,9	120,2	120,6
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1973	1974	Juli 1975	August 1975	September 1975	September 1974
1. Bauhauptgewerbe **)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	43 660	36 744	32 546	32 958	33 017	36 266
dar. Inhaber	"	1 238	1 189	1 202	1 213	1 213	1 177
Angestellte	"	6 218	5 860	5 320	5 233	5 196	5 757
Arbeiter **)	"	36 204	29 694	26 024	26 512	26 608	29 332
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 711	4 791	3 663	4 078	4 644	4 901
dav. für Wohnungsbauten	"	1 738	1 335	834	1 076	1 135	1 297
gewerblich und industr. Bauten	"	2 034	1 624	1 284	1 301	1 469	1 579
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 939	1 832	1 545	1 701	2 040	2 025
Löhne (Bruttosumme) **)	Mio DM	80,6	74,3	67,0	66,5	71,0	74,7
Gehälter (Bruttosumme) **)	"	15,6	15,9	15,0	15,4	15,1	15,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,6	229,9	195,4	156,8	194,6	248,1
dav. im Wohnungsbau	"	66,4	61,7	47,8	35,0	57,4	65,2
gewerblich und industr. Bau	"	81,8	70,5	72,0	56,6	56,9	76,0
öffentlichen und Verkehrsbau	"	81,4	97,7	76,0	35,3	80,3	106,9

*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — *) einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — **) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — **) einschließlich Umschüler und Auszubildende. — **) ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1975	August 1975	September 1975	September 1974
		1973	1974				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	164	106	126	240	209	124
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	61	77	147	153	84
Umbauter Raum	1 000 cbm	418	300	247	641	443	223
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	85,8	63,9	58,6	149,9	103,2	50,6
Wohnfläche	1 000 qm	87	62	53	128	92	47
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	65	51	48	104	62	53
Umbauter Raum	1 000 cbm	493	384	312	1 151	348	606
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	71,5	77,6	62,4	188,5	67,3	148,5
Nutzfläche	1 000 qm	89	73	69	179	74	120
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 199	837	651	1 725	1 167	644
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	171	132	72	52	131	186
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	88	66	33	20	113	81
Umbauter Raum	1 000 cbm	189	394	230	164	166	583
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	80,7	75,5	50,1	35,8	36,0	119,7
Wohnfläche	1 000 qm	91	78	47	36	35	122
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	69	53	24	23	47	59
Umbauter Raum	1 000 cbm	638	619	194	284	282	1 091
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,9	104,5	28,4	59,8	40,0	237,3
Nutzfläche	1 000 qm	101	97	39	50	43	206
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 244	1 079	686	451	391	1 714
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	565	475	498	252	70	738
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	18 000	14 085	13 900	15 200	16 000	17 900
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ²⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	188	190	190	190	190	189
Wohnungen	"	738	750	753	754	754	744
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 755	2 800	2 814	2 815	2 816	2 779
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	120,2	127,1	114,6	119,7	...	119,8
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	132,3	145,5	112,4	136,5	...	140,1
Facheinzelhandel	"	118,7	121,7	117,2	114,9	...	113,7
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ³⁾							
Mio DM		420	581	432	493	...	512
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	55	89	67	61	...	79
Gewerblichen Wirtschaft	"	365	492	365	432	...	433
dav. Rohstoffe	"	3	4	3	4	...	5
Halbwaren	"	83	132	76	85	...	123
Fertigwaren	"	279	356	286	343	...	305
dav. Vorerzeugnisse	"	29	64	32	30	...	64
Enderzeugnisse	"	250	292	254	313	...	241
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	311	404	306	369	...	357
dar. EG-Länder	"	199	245	197	241	...	224
EFTA-Länder	"	57	77	59	63	...	77
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	125,5	132,4	131,3	139,8	...	139,5
dav. Beherbergungsgewerbe	"	133,6	131,5	121,9	134,0	...	154,9
Gaststättengewerbe	"	123,2	132,7	134,1	141,5	...	135,0
4. Fremdenverkehr ⁴⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 405	115 568	129 504	141 169	137 069	149 705
dar. von Auslandsgästen	"	39 554	35 824	53 375	51 798	43 288	48 466
Fremdenübernachtungen	"	224 878	224 878	233 671	263 510	254 449	267 559
dar. von Auslandsgästen	"	73 856	73 855	90 168	91 739	80 900	87 875

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1975	August 1975	September 1975	September 1974
		1973	1974				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 512	1 489	1 735 s	1 642 s	1 660 s	1 426
Abgegangene Schiffe	"	1 571	1 559	1 780 s	1 630 p	1 680 s	1 404
Güterverkehr über See	1 000 t	4 154	4 362	3 999 p	3 598 p	3 863 p	3 804
dav. Empfang	"	3 096	3 644	2 850 p	2 572 p	2 636 p	2 606
dav. Massengut	"	2 446	2 411	2 277 p	2 067 p	2 135 p	2 019
dar. Mineralöle	"	1 416	1 348	1 247 p	1 106 p	959 p	1 218
Sack- und Stückgut	"	650	633	573 p	505 p	501 p	587
Versand	"	1 058	1 318	1 149 p	1 026 p	1 227 p	1 198
dav. Massengut	"	472	606	532 p	468 p	582 p	600
Sack- und Stückgut	"	586	712	617 p	558 p	645 p	598
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	382	419	356 p	409	405 p	477
Güterversand	"	400	463	398 p	273	300 p	365
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 165	5 459	6 198	6 184 p	5 720 p	5 855
Fluggäste	"	258 767	283 005	336 117	333 412 p	367 683 p	349 154
Fracht	1 000 t	2 013,6	2 111,6	2 053,3	2 016,3 p	2 036,6 p	1 975,7
Luftpost	"	722,7	728,8	713,0	689,8 p	725,0 p	686,9
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	27 546	27 577	22 652	26 042	25 983	26 775
Straßenbahn	"	3 587	2 932	1 855	2 179	2 188	2 759
Kraftomnibusse	"	18 621	19 681	17 669	18 721	19 424	19 285
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	488,7	505,5	497,6	498,5 p	499,7	503,1
dar. Personenkraftwagen ^{3) 4)}	"	438,5	454,1	445,6	446,3 p	447,6	450,8
b) Zulassung fabriknueher Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 419	4 453	5 489	3 919	...	4 015
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 907	3 968	5 084	3 558	...	3 459
Lastkraftwagen	"	379	348	227	218	...	441
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	986	881	715 p	988 p	966 p	952
Getötete Personen	"	24	23	9 p	26 p	18 p	21
Verletzte Personen	"	1 308	1 145	956 p	1 246 p	1 228 p	1 207
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	38 431,4	41 863,3	44 036,4	44 747,2	45 797,9	42 916,7
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	10 470,1	11 436,7	11 081,3	11 364,7	11 725,0	11 977,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	10 357,1	11 234,7	10 927,3	11 175,7	11 567,8	11 705,1
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	"	5 851,0	6 254,1	6 231,3	6 355,0	6 477,9	6 285,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 393,1	5 595,4	5 341,8	5 307,9	5 345,7	5 511,5
Langfristige Kredite ⁷⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	22 110,3	24 172,5	26 723,7	27 027,5	27 595,0	24 653,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 084,9	21 763,1	23 653,5	23 877,8	24 344,1	22 135,1
dar. Durchlaufende Kredite	"	809,6	678,8	595,4	601,6	605,0	660,5
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	27 194,1	29 736,6	31 349,8	31 528,2	31 694,6	29 285,6
dav. Sicht- und Termingelder	"	17 617,9	19 634,8	19 512,2	19 564,2	19 665,2	19 234,0
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	12 981,1	14 376,3	14 187,8	14 352,5	14 447,1	14 009,8
Spareinlagen	"	9 576,2	10 101,8	11 837,6	11 964,0	12 029,4	10 051,6
dar. bei Sparkassen	"	6 283,6	6 644,1	7 624,7	7 678,7	7 698,9	6 634,5
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	531,5	579,2	877,6	672,5	693,7	487,5
Lastschriften auf Sparkonten	"	542,7	564,7	785,7	548,1	630,4	459,9
Zinsgutschriften	"	46,6	54,9	5,8	2,0	2,1	29
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	18	21	21	19	23	17
3. Wechselproteste							
Betrag	1 000 DM	635	630	613	504	525	625
		2 988	3 217	2 592	3 265	3 193	3 063

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 unter 10 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1975	August 1975	September 1975	September 1974
		1973	1974				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	24 650	21 169	21 052	18 136	19 783	19 658
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 449	3 536	3 819	3 585	3 748	3 487
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 533	1 459	1 647	1 149	1 747	1 751
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	492	512	753	519	467	429
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	159	158	158	158	160
Grundkapital	Mio DM	5 913	6 415	6 980	7 014	7 051	6 480
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 086	6 557	7 111	7 186	7 246	6 679
Stammkapital	Mio DM	5 351	5 838	6 113	6 207	6 182	5 953
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM							
dav. Steuern vom Einkommen	"	478 819	573 982	483 904	395 359	811 822	733 874
dav. Lohnsteuer	"	300 925	349 961	361 636	326 076	334 778	340 585
Veranlagte Einkommensteuer	"	100 573	104 413	62 831	37 140	324 360	235 274
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	24 266	60 074	11 952	12 338	38 701	5 959
Körperschaftsteuer	"	53 055	59 535	47 486	19 805	113 983	152 056
Steuern vom Umsatz	"	335 576	348 803	342 939	303 093	348 913	341 990
dav. Umsatzsteuer	"	206 263	165 728	166 578	111 957	177 837	155 873
Einfuhrumsatzsteuer	"	129 313	183 075	176 361	191 136	171 076	186 117
2.* Bundessteuern							
1 000 DM							
dar. Zölle	"	56 426	59 987	54 144	57 051	56 457	58 660
Verbrauchssteuern	"	782 783	795 961	927 378	909 552	832 160	876 478
dar. Mineralölsteuer	"	665 657	646 689	674 349	724 064	716 931	693 414
3.* Landessteuern							
1 000 DM							
dar. Vermögensteuer	"	16 971	19 055	1 366	47 046	2 857	2 797
Kraftfahrzeugsteuer	"	12 314	12 617	11 522	9 726	11 613	10 851
Biersteuer	"	3 136	3 041	3 062	3 325	3 600	3 477
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM							
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	94 475	103 609	131 466	204 038	41 932	22 068
Grundsteuer A	"	70 343	76 891	54 625	181 508	37 747	17 387
Grundsteuer B	"	9 402	10 759	138	47	15	3
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
1 000 DM							
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾	"	176 408	212 972	87 414	172 254	359 771	326 627
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	37 385	44 758	21 982	—	2 140	63 015
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	12 785	14 611	—	39 569	—	—
Außerdem:	"	68 905	74 388	131 466	124 900	41 932	22 068
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	47 805	53 027	27 665	50 850	92 279	80 620
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ³⁾	"	386 242	444 809	303 821	456 368	522 378	516 922
Einnahmen des Landes insgesamt	"	386 242	444 809	303 821	456 368	522 378	516 922
Vj.-Durchschnitt							
		1973	1974	4. Vj. 1974	1. Vj. 1975	2. Vj. 1975	2. Vj. 1974
Öffentliche Finanzen							
Mio DM							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio DM							
dar. Personalausgaben	"	795,7	912,7	1 003,9	979,5	973,0	894,9
Bauinvestitionen	"	185,1	202,7	289,3	126,7	182,7	186,6
dar. für Schulen	"	54,8	59,2	81,5	32,3	44,8	61,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	23,1	29,0	33,6	18,3	19,9	29,3
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,5	9,5	15,1	10,6	14,4	9,8
Straßen	"	20,2	26,5	50,5	15,9	19,1	17,1
Wasserstraßen und Häfen	"	21,1	20,4	22,5	15,0	44,1	17,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	155,0	170,7	153,2	187,8	210,6	155,6
Zuführung an Rücklagen	"	8,6	1,3	5,0	0,0	0,0	0,1
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
Mio DM							
dar. Steuern	"	1 158,7	1 334,4	1 508,8	1 183,4	1 269,3	1 305,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	57,7	54,4	76,3	37,0	69,6	62,2
Gebühren, Beiträge usw.	"	192,2	241,4	235,3	279,6	265,1	228,6
Entnahme aus Rücklagen	"	12,5	22,1	31,5	0,4	7,6	1,2
Schuldenaufnahme	"	207,8	232,2	270,0	307,6	196,6	263,9
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁴⁾							
Mio DM							
dar. am Kreditmarkt	"	3 773,7	4 670,8	4 670,8	4 933,2	4 933,9	4 005,8 r
bei Gebietskörperschaften	"	711,7	716,3	716,3	707,1	703,8	698,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Zerlegung. — ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁶⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	Mai 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	199,0	219,6	226,7	231,3	232,3	223,5
dav. Einfamiliengebäude	"	200,0	221,7	229,8	234,7	235,9	225,7
Mehrfamiliengebäude	"	198,0	217,4	223,5	227,9	228,8	221,3
Gemischt genutzte Gebäude	"	197,6	217,8	224,7	229,3	230,4	221,9
Bürogebäude	"	194,2	211,8	216,6	219,7	220,1	215,4
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	192,2	206,6	210,4	213,3	214,7	211,4
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	394	480	494	483	501	469
weibliche Arbeiter	"	245	303	313	305	304	290
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	8,90	11,01	11,33	11,25	11,55	10,69
weibliche Arbeiter	"	5,97	7,40	7,65	7,67	7,85	7,09
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	44,2	43,6	43,6	42,9	43,4	43,9
weibliche Arbeiter	"	41,0	40,9	40,9	39,8	38,7	40,9
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 905	2 451	2 531	2 590	2 683	2 398
weiblich	"	1 381	1 767	1 833	1 850	1 913	1 712
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 033	2 545	2 611	2 619	2 718	2 496
weiblich	"	1 374	1 709	1 757	1 773	1 824	1 666
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 775	2 217	2 278	2 315	2 370	2 185
weiblich	"	1 254	1 549	1 605	1 647	1 687	1 506
In Industrie und Handel ²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 808	2 276	2 343	2 384	2 450	2 239
weiblich	"	1 286	1 594	1 652	1 690	1 735	1 548
Technische Angestellte und Meister							
männlich	"	2 024	2 489	2 554	2 564	2 650	2 443
weiblich	"	1 504	1 854	1 881	1 890	1 992	1 834
Öffentliche Sicherheit und Ordnung.							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 168	11 559	13 073	11 588	12 745	11 327
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	7	6	8	11	8	6
Körperverletzung	"	420	454	442	455	485	439
Raub, räuberische Erpressung	"	110	108	96	117	103	118
Diebstahl	"	7 132	7 332	8 560	7 226	8 012	7 391
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 506	3 794	4 447	3 714	4 045	4 082
Betrug und Untreue	"	1 200	1 294	1 489	1 413	1 827	1 255
Außerdem:							
Verkehrsvergehen	"	1 447	1 676	1 356	1 507	1 602	1 703
Verkehrsordnungswidrigkeiten ³⁾	"	9 671	9 863	5 466	5 926	6 699	9 582
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	532	438	518	489	440	406
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁴⁾	"	29 591	30 518	26 945	26 315	29 317	29 496
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	13 970	14 558	14 555	16 414	...	14 289
dav. Feueralarme	"	475	494	483	661	...	409
dar. bekämpfte Großbrände	"	14	15	13	22	...	20
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	107	117	105	161	...	105
Rettungswageneinsätze	"	12 616	13 166	12 912	14 591	...	12 921
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 832	2 592	2 792	...	2 653
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 801	1 763	1 692	2 073	...	1 815
Hilfeleistungen aller Art	"	879	898	1 160	1 162	...	959
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	110	129	134	332	...	111

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Obervertragsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDES GEBIETES 2. UND 1. VJ. 1975

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie *)			
	Wohnbevölkerung *)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose *)	Offene Stellen *)	Beschäftigte *)	Beschäftigte je 1.000 Einwohner	Umsatz *)	Umsatz je 1.000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 2 014 1. Vj. 2 014	4 486 ^{e)}	11 148	- 6 662	13 985	17 570	-10 247	29 217 33 295	11 448 10 016	205 151 209 023	102 104	6 005 5 870	2 982 2 915
Hamburg	2. Vj. 1 727 1. Vj. 1 730	3 418 ^p 3 361	6 146 6 744	- 2 728 - 3 383	15 000 17 347	16 000 ^p 17 765	- 3 728 ^p - 3 801	24 490 ^p 27 737	12 368 11 953	177 656 179 074	103 104	6 382 ^p 6 222	3 695 ^p 3 597
München	2. Vj. 1 316 1. Vj. 1 321	2 573 ^p 2 413 ^r	3 531 3 457	- 958 - 1 044	15 631 15 212	19 852 16 305	- 5 179 - 2 137	24 259 26 395 ^r	7 493 ^{*)} 6 846 ^{*)}	176 681 ^{*)} 179 148 ^{*)}	134 136	5 566 ^p 4 971 ^p	4 229 ^p 3 763
Köln	2. Vj. 1 017 1. Vj. 1 019	2 448 ^{e)} 2 253 ^{e)}	2 834 3 294	- 386 - 1 041	11 309 10 709	12 631 12 965	- 1 708 - 3 297	11 855 11 546	5 140 4 878	140 267 142 341	138 140	5 325 4 941	5 236 4 849
Essen	2. Vj. 684 1. Vj. 686	1 344 1 342	2 329 2 553	- 985 - 1 211	4 501 4 857	5 089 5 560	- 1 573 - 1 914	11 146 12 017	3 004 3 463	56 686 57 840	83 84	1 382 1 231	2 020 1 794
Düsseldorf	2. Vj. 672 1. Vj. 674	1 318 1 326	2 016 2 308	- 698 - 982	7 347 7 966	8 904 8 157	- 2 255 - 1 173	10 355 10 175	4 679 4 920	104 441 106 619	155 158	3 259 3 259 ^p	4 850 4 835 ^p
Frankfurt/M.	2. Vj. 651 1. Vj. 656	1 384 1 429	1 926 2 174	- 542 - 745	9 989 9 333	14 611 12 035	- 5 164 - 3 447	17 095 17 113	8 376 8 407	113 224 115 375	174 176	3 038 3 118	4 667 4 753
Dortmund	2. Vj. 635 1. Vj. 637	1 375 1 359	2 111 2 707	- 736 - 1 348	4 348 5 125	5 561 6 485	- 1 949 - 2 708	11 028 11 499	2 942 3 238	70 159 71 781	110 113	1 597 1 557	2 513 2 444
Stuttgart	2. Vj. 605 1. Vj. 609	1 435 1 219	1 651 1 689	- 216 - 470	9 608 9 233	13 791 11 923	- 4 399 - 3 160	6 900 6 977	5 293 4 771	128 500 131 728	212 216	4 400 ^p 4 361	7 273 ^p 7 161
Bremen	2. Vj. 578 1. Vj. 578	1 634 1 210	2 217 2 036	- 583 - 826	6 092	6 263	- 997	9 499 9 614	3 697 3 418	81 724 82 868	141 ^p 143	2 786 2 863	4 820 ^p 4 953
Hannover	2. Vj. 563 1. Vj. 567	1 150 1 154	1 863 2 064	- 713 - 910	7 182 6 559	10 633 7 486	- 4 164 - 1 837	16 246 16 312	4 554 5 324	96 104 101 387	171 179	2 594 2 338	4 607 4 123

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr *)			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz *)	Umsatz je 1.000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1.000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer *)	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 12 864 1. Vj. 11 214	563 575	280 286 ^r	421 241 ^r	3 622 2 194	293 182	2 440 1 265	342 297 ^p	277 204	138 101	754 567	3 509 2 691	4 534 3 499	123 322 169 827	87 219 119 201
Hamburg	2. Vj. 11 823 1. Vj. 11 195	462 443	268 256	328 ^p 273	1 855 1 483	190 198	1 653 1 804	558 417	354 258	205 149	677 ^p 484	2 678 2 312	3 552 ^p 3 124 ^p	186 936 ^p 266 124 ^p	150 395 140 955
München	2. Vj. 11 133 1. Vj. 8 714	451 473	343 358	190 ^p 187	955 941	195 248	1 593 2 248	742 1 301	527 399	400 302	1 033 793	1 835 1 362	2 535 1 889	142 204	94 811
Köln	2. Vj. 6 377 1. Vj. 6 303	273 253	268 248	342 923	1 441 4 819	120 68	824 989	401 173	190 ^{*)} 164 ^{*)}	187 161	361 366	1 185 1 099	1 551 1 450	105 738 122 758	23 577 24 852
Essen	2. Vj. 5 162 1. Vj. 5 162	234 ^p 206	342 300	182 118	439 316	67 60	354 417	170 339	40 42	58 ^p 61	88 89	768 ^p 658	998 813	52 759 47 202	41 622 33 458
Düsseldorf	2. Vj. 6 040 1. Vj. 5 962	267 232	397 344	102 175	816 362	102 79	599 697	199 219	163 166	243 246	344 326	869 741	1 106 ^p 943	85 332 ^p 104 760	57 413 83 329
Frankfurt/M.	2. Vj. 7 296 1. Vj. 7 050	302 346	464 527	163 134	585 648	11 25	178 373	11 54	276 254	424 387	530 517	1 062 923	1 369 1 160	197 987 274 371	55 538 17 113
Dortmund	2. Vj. 4 741 1. Vj. 4 647	182 186	287 292	213 257	933 1 235	122 137	608 933	509 264	44 42	69 66	75 74	769	978	45 765 40 323	33 951 ¹⁰⁾ 30 591 ¹⁰⁾
Stuttgart	2. Vj. 6 400 1. Vj. 6 429	180 ^p 281	298 ^p 461	86 ^p 99	412 397	98 67	815 381	615 270	108 96	179 ^p 158	240 ^p 212	710 ^p 639	976 ^p 871 ^p	85 206 ^p 101 479 ^p	59 215 12 827
Bremen	2. Vj. 4 596 1. Vj. 4 450	197 153	265	259 325	769 1 154	84 63	266 222	286 298	29 63	109	51 123	942 708	1 095 840	63 186 60 774	35 030 35 524
Hannover	2. Vj. 4 857 1. Vj. 4 389	234 156	416 275	95 97	652 596	61 35	854 214	147 312	115 82	204 145	206 148	700	901	55 960 78 624	45 314 9 749

*) jeweils Quartalsende. - *) Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - *) ohne Mehrwertsteuer. - *) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - *) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - *) Nach einer Schätzung für verwaltungsinterne Zwecke dürfte die „echte“ Bevölkerungszahl um rd. 102 000 Personen höher liegen, weil einmal die Volkszählung 1970 - Ausgangsbasis der Fortschreibung - eine nicht korrigierbare Untererfassung um etwa 2% oder rd. 40 000 Personen aufwies und zum anderen bis Ende 1971 vorgenommene Anmeldungen von Berlinern in westdeutscher Nebenwohnung, die weiterhin in Berlin lebten, als Fortzüge gewertet werden mußten. - *) einschl. Landkreis München. - *) einschl. Eingemeindung ab. 1. 1. 1975. - *) einschließlich sonst. Baumaßnahmen. - **) nach Ertrag und Kapital.

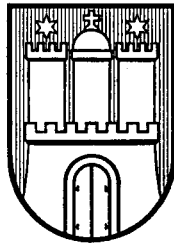
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1975	Juli 1975	August 1974	August 1974
		1973	1974				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 975,9 r	62 054,0
Eheschließungen	auf 1 000	6,4	6,1	6,3	6,9	...	8,1
Lebendgeborene	Einw. und	10,3	10,1	10,0	10,2	...	10,1
Gestorbene	1 Jahr	11,8	11,7	11,5	11,3	...	10,8
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 368	8 144	7 603	7 581	7 569	8 417
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	929	870	763	740	715	903
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	55 578	62 450	60 655	58 715	54 400	53 548
dar. Auslandsumsatz	"	11 936	15 097	14 763	13 720	12 019	10 946
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsstetig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1970 = 100	178,7	111,5	106,5	89,6	90,9	96,1
Verarbeitende Industrie	"	182,3	110,6	106,0	88,6	89,8	95,0
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	212,2	116,0	104,9	93,0	92,0	110,2
Investitionsgüterindustrie	"	176,7	107,2	107,2	84,0	84,0	84,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	167,1	107,7	100,7	83,4	87,4	86,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	152,8	113,7	114,1	102,9	110,7	106,7
Bauindustrie	"	149,6	104,8	105,0	92,3	92,9	95,8
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 508,1	1 352	1 194	1 206	...	1 369
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	235,2	173	159	156	...	171
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	7 734	6 280	5 441	5 732	...	6 373
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	54 909	34 775	33 585	32 608	31 901	38 084
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	59 519	50 341	23 164	25 761	21 093	35 174
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	129,8	136,6	139,4	147,8	133,0	126,5
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	127,0	146,3	136,5	138,8	133,9	142,5 r
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 117	13 242	13 069
dav. Empfang	"	9 504	9 935	9 791
Versand	"	2 613	3 307	3 278
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	188 344	157 356	220 792	196 206	135 936	120 020
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	29 477	27 580	30 550 p	30 506	30 192 p	29 136
Getötete Personen	"	1 359	1 217	1 172 p	1 315	1 288 p	1 325
Verletzte Personen	"	40 687	37 255	41 664 p	41 958	41 444 p	40 339
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 105	5 997	5 340	6 110	5 960	6 320
Veranlagte Einkommensteuer	"	2 204	2 233	5 042	634	411	423
Körperschaftsteuer	"	907	867	1 769	192	142	183
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	4 152	4 326	4 247	4 357	4 410	4 083
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	123,8	129,4	135,4	135,5	135,6	131,3
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	112,6	144,8	138,4	139,9	143,1	145,6
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	112,3	131,4	136,0	136,1	136,6	134,2
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	1962 = 100	187,1	200,8	207,4	203,6
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	118,2	126,3	134,6	134,7	134,6	126,8
Nahrungs- und Genussmittel	"	117,7	123,5	131,9	131,5	130,5	123,2
Wohnungsmieten	"	119,4	126,1	136,6	137,1	137,6	126,8
LOHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	8,76	11,01	9,87	9,88	10,02	9,03
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,5	43,6	42,9	42,4	40,4	42,3

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungskreis.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1975

Dezember-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Personalabbau im öffentlichen Dienst

Die vom Senat zur Entlastung der Hamburger Staatsfinanzen beschlossenen Sparmaßnahmen zeigen auch auf dem Personalsektor bereits deutliche Auswirkungen. Ende Juni 1975 gab es fast 2 000 vollbeschäftigte Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter weniger im hamburgischen Staatsdienst als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat sich hingegen im Vergleich zu 1974 erhöht.

Mitte 1975 standen 89 100 vollbeschäftigte und 19 800 teilzeitbeschäftigte Personen im Dienst der Stadt. Das öffentliche Personal insgesamt hat sich in Hamburg gegenüber 1974 um rund 1 % verringert – ein nach den regelmäßigen Ausweitungen des Personalbestandes in den vergangenen Jahren beachtlicher Umschwung in der Entwicklungsrichtung.

Über eine Million Lohnsteuerkarten ausgeschrieben

Genau 1 046 103 Lohnsteuerkarten für 1976 sind im Oktober und November dieses Jahres ausgedruckt und an lohnsteuerpflichtige Hamburger verschickt worden. Von der Gesamtzahl entfallen 59 % auf Karten für alleinstehende Beschäftigte überwiegend mit den Steuerklassen I oder II, 39 % auf Lohnsteuerkarten mit den Klassen III/IV oder IV/IV für Arbeitnehmerehepaare, und 2 % sind zweite Lohnsteuerkarten der Steuerklasse VI.

Erstmals wurden bei der Ausschreibung der Lohnsteuerkarten 1976 die bisher von den Finanzämtern eingetragenen Freibeträge für Körperbehinderte und Hinterbliebene bereits im Vorwege mit eingedruckt, so daß die Finanzämter diese Arbeit nicht zu leisten brauchten.

Mehr Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser

Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser werden in Hamburg in größerer Zahl als vor Jahresfrist erteilt. Obwohl die Wohnungsbautätigkeit nach wie vor allgemein zurückgeht, sind im letzten Quartal 1974 und im ersten Dreivierteljahr 1975 zusammen 40 % mehr Ein- und Zweifamilienhäuser zum Bau genehmigt worden als im davorliegenden Jahreszeitraum; für 835 Ein- und 240 Zweifamilienhäuser wurden Baugenehmigungen erteilt.

Die Anzahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser ist hingegen während der gleichen Zeit um 7 % auf 575 gesunken. Um fast denselben Prozentsatz verringerte sich die Zahl der von Herbst 1974 bis Herbst 1975 insgesamt genehmigten Wohnungen. Innerhalb dieses Zwölfmonatszeitraums wurden in Hamburg Baugenehmigungen für rund 9 600 Wohnungen erteilt.

11 % mehr ausländische Frauen und Kinder als vor einem Jahr

Von September 1974 bis zum September dieses Jahres hat sich die Anzahl der in Hamburg lebenden ausländischen Kinder und nichtberufstätigen Ausländerinnen beträchtlich erhöht. Gegenwärtig wohnen über 52 000 nichterwerbstätige Angehörige von ausländischen Arbeitnehmern oder Selbständigen in unserer Stadt; dies sind 11 % mehr als im vorigen Jahr. Vor allem durch den Zuzug von Frauen und – in geringem Umfang – auch von Kindern aus der Türkei, aus Jugoslawien und aus Portugal ist die Zahl der Nichterwerbspersonen angewachsen. Außerdem wurden im letzten Jahr 2 000 ausländische Kinder in Hamburg geboren.

Deutlich verringert hat sich aber die Anzahl der hier wohnenden erwerbstätigen Ausländer.

Insgesamt sind derzeit 124 100 Ausländer in Hamburg gemeldet, annähernd ebenso viele wie im September 1974.

Besucherrekord in den Sommerbädern

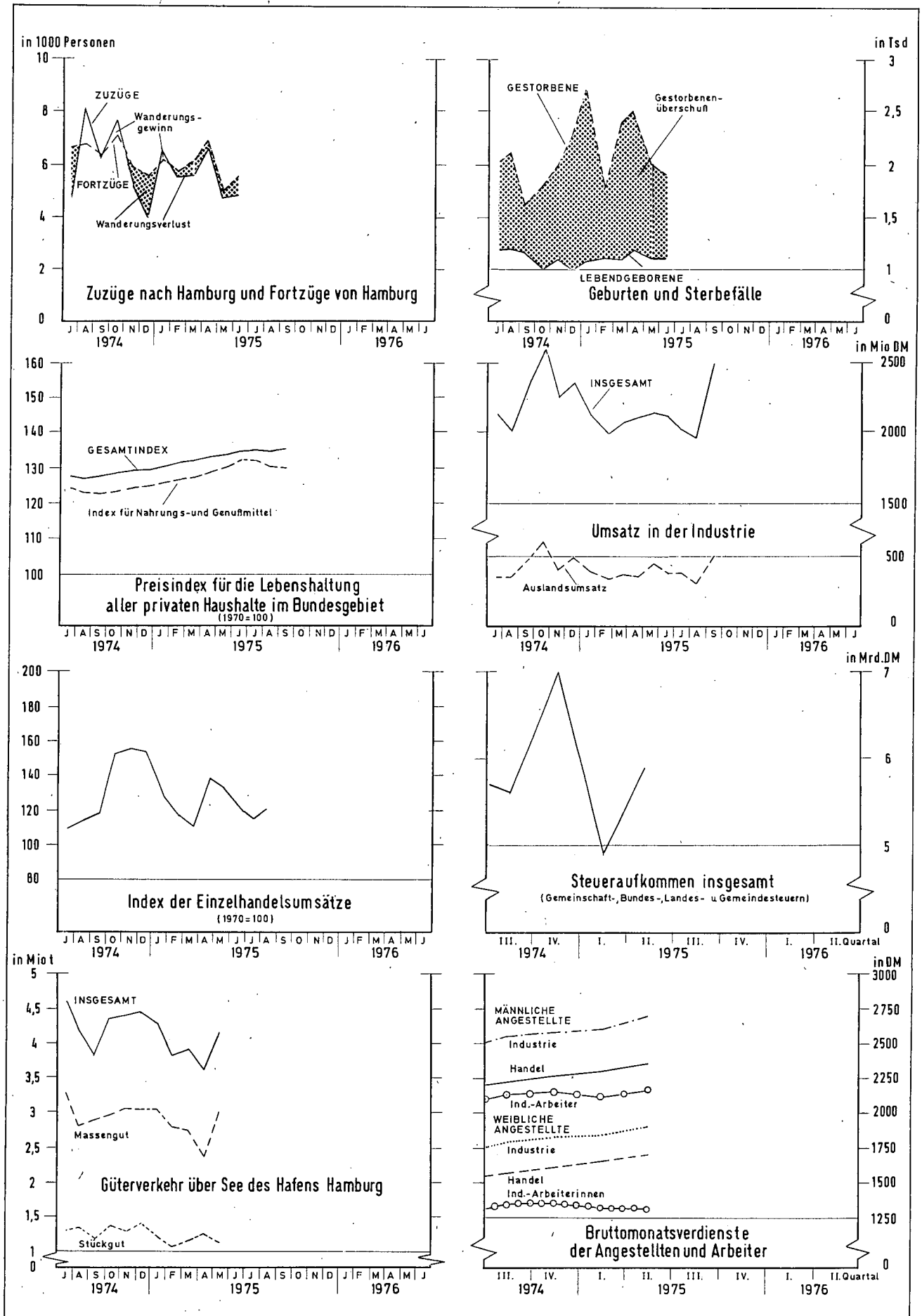
Das anhaltend schöne Wetter des letzten Sommers brachte für die Hamburger Freibäder mit 4,5 Mio Besuchern eine bisher noch nie erreichte Zahl von Badegästen. In der regnerischen Saison 1974 hatten die Badeanstalten 2,5 Mio Besucher. Von Mai bis September – den Öffnungsmonaten der Sommerbäder – schien die Sonne in diesem Jahr 1 234 Stunden, nahezu 300 Stunden länger als im gleichen Zeitraum 1974. Während des diesjährigen Sommers hat es in Hamburg nur an 55 Tagen geregnet, in den Monaten Mai bis September des Jahres 1974 gab es demgegenüber an 91 Tagen Niederschläge.

Drei Viertel der Strafgefangenen vorbestraft

In den Hamburger Strafvollzugsanstalten waren am Stichtag 31. März dieses Jahres 1 620 Männer (darunter 70 Ausländer) und 20 Frauen (darunter eine Ausländerin) inhaftiert. 1 345 Gefangene verbüßten Freiheitsstrafen, 240 Jugendstrafen und gegen 55 Personen war Sicherungsverwahrung angeordnet.

Bei etwa jedem zweiten Strafgefangenen betrug die Strafdauer bis zu einem Jahr. Lebenslängliche Freiheitsstrafen hatten 55 Gefangene erhalten. Die meisten Inhaftierten waren bereits mehrfach vorbestraft; insgesamt drei von vier Gefangenen hatten schon früher Freiheits- oder Jugendstrafen zu verbüßen. Nicht ganz 40 % aller Gefangenen sind wegen Diebstahls oder Unterschlagung verurteilt worden. Delikte im Straßenverkehr hatten 5 % der Gefangenen begangen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Hamburg im Jahre 1975

1. Gesamtüberblick

Der Bevölkerungsverlust Hamburgs wird 1975 etwa 15 000 Personen betragen gegenüber rund 18 000 im Vorjahr. Die Verminderung des Verlustes ist – bei etwa gleichgebliebenem Gestorbenenüberschuß – auf eine Verringerung des Wanderungsverlustes von 6 000 auf 3 000 Personen zurückzuführen. Sie resultiert aus dem weiteren Anstieg der Zuzüge aus dem Hamburger Umland (1975 erstmals über 20 000 Personen) und der Abnahme der Fortzüge in das Umland (1975 erstmals unter 30 000 Personen).

Auch in der Region Hamburg, d. h. in Hamburg und den schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Nachbarkreisen, wird die Bevölkerung insgesamt 1975 vermutlich abnehmen. Die Umlandkreise selbst weisen bei einem Wanderungsgewinn inzwischen alle einen Sterbeüberschuß auf.

Die Zahl der Ausländer, die in Hamburg bis zum September 1975 noch geringfügig zugenommen hatte, dürfte bis Ende des Jahres etwa gleichbleiben.

Obwohl die Zahl der Arbeitslosen 1975 im Schnitt etwa doppelt so hoch war wie 1974 und sich im Oktober auf über 27 000 belief, ist die Arbeitsmarktlage in Hamburg noch günstiger als im Bundesdurchschnitt. So betrug die Arbeitslosenquote in Hamburg 3,9 und im Bundesgebiet 4,6%; in Hamburg kommen zum gleichen Zeitpunkt auf eine offene Stelle 3,2 Arbeitslose, im Bundesgebiet dagegen 5,1. Gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt verdoppelt hat sich in Hamburg auch die Zahl der Kurzarbeiter. Sie überschritt im Februar 1975 die Zahl von 10 000 und betrug Ende Okto-

ber rund 8 500 Personen. Es ist anzunehmen, daß die Kurzarbeit zur weiteren Verminderung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit bei Industriearbeitern um 0,5 Stunden und Industriearbeiterinnen um 1,3 Stunden beigetragen hat.

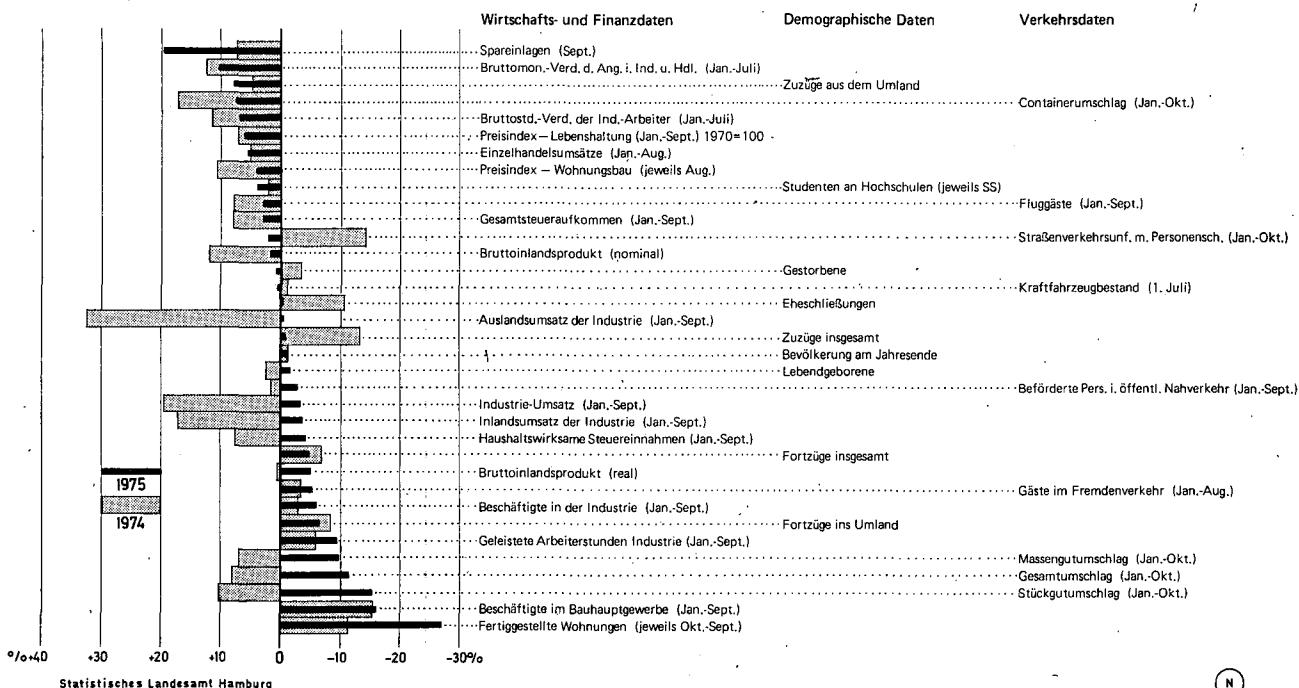
Die wirtschaftliche Lage blieb nicht ohne Einfluß auf die Einkommensentwicklung. Löhne und Gehälter wiesen durchweg niedrigere Zuwachsraten auf als 1974. Obwohl der Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht mehr so groß war wie 1974, wird eine Steigerung des Realeinkommens nicht allen Berufsgruppen gelungen sein. Innerhalb des Preisindex für die Lebenshaltung stiegen die Preise für Energie am stärksten.

Der Gesamtumsatz der hamburgischen Industrie ist 1975 um etwa 3% niedriger als im Jahr zuvor. Ein Umsatzplus von 4,5% erzielte lediglich die Investitionsgüterindustrie. Über die mengenmäßige Entwicklung liegen Unterlagen leider nicht mehr vor. Der prozentuale Rückgang der Industrieproduktion wird der Höhe nach zwischen der Abnahmerate der Industriebeschäftigten (-6%) und der Verminderung der geleisteten Arbeiterstunden (-9%) liegen. Die Bruttosumme der Löhne und Gehälter nahm um rd. 4% zu. Das Handwerk erzielte eine geringe Umsatzzunahme von 1,6%. Umsatzeinbußen erlitten hier nur die Handwerksbetriebe im Bauhaupt- und -nebgewerbe. Die Zahl der Beschäftigten nahm insgesamt um 7,5% ab. Das Dienstleistungshandwerk bildete mit einer Zunahme von 4% eine Ausnahme.

Das gesamte Bauhauptgewerbe, das in den letzten Jahren bereits eine ungünstige Entwicklung zeigte, erlitt 1975 den stärksten Konjunkturunbruch seit

Schaubild 1

Ausgewählte Veränderungsdaten 1974 und 1975



Kriegsende. Alle Indikatoren weisen hohe negative Veränderungsdaten auf. Es darf aber davon ausgegangen werden, daß für diesen Wirtschaftsbereich der Tiefpunkt nunmehr überwunden ist, ansteigende Beschäftigtenzahlen deuten auf eine Besserung hin. Die künftige Entwicklung dürfte weitgehend durch die Auswirkung der jüngsten Konjunkturprogramme bestimmt werden.

Die rückläufigen Produktionsziffern im gesamten Bauhauptgewerbe sind auf die Preisentwicklung nicht ohne Einfluß geblieben. Die Zunahme des Preisindex für Wohngebäude verringerte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 10,6% auf 3,9%, für Bürogebäude von 9,7% auf 2,2% und für gewerbliche Betriebsgebäude von 8,5 auf 1,6%.

Im Groß- und Außenhandel ist aufgrund der weltweiten Rezession nach außerordentlich hohen Umsatzzunahmen in den Vorjahren 1975 kaum mit einer positiven Zuwachsrate zu rechnen. Im Einzelhandel dürfte die Umsatzzunahme in der vorjährigen Höhe bei gut 6% liegen.

Als Folge der Wirtschaftsrezession blieb der Hafenumschlag um über 10% hinter dem vorjährigen Rekordergebnis zurück. Positiv sind die Ergebnisse mit +8% allein beim Container-Umschlag, der im oben erwähnten Gesamtumschlag mit enthalten ist. Im Zusammenhang mit dem rückläufigen Hafenumschlag verminderten sich auch die Leistungen der Hafenschifffahrt (-4%) und der Binnenschifffahrt (-11%). Negativ verlief auch die Entwicklung des Luftverkehrs hinsichtlich der Zahl der Starts und Landungen (-4%), des Fluggastaufkommens im Linienverkehr (-0,6%) sowie im Luftfracht- (-2,1%) und im Luftpostverkehr (-3,5%). Durch den Anstieg des Pauschalreiseverkehrs ergab sich im gesamten Fluggastaufkommen ein Plus von 3%.

Im öffentlichen Personennahverkehr wird der Fahrgastverlust etwa 3% betragen. Alle Betriebszweige beförderten 1975 weniger Fahrgäste als im vorangegangenen Jahr. Für 1975 ist wieder eine geringe Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes um knapp 1% zu erwarten; der Bestand an Kraftfahrzeugen war 1974 erstmals seit Kriegsende zurückgegangen. Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden nahm 1975 um 0,3% zu, die reinen Sachschadensunfälle verminderten sich um 7%.

Die ungünstige Wirtschaftsentwicklung hat 1975 (von Januar bis September) zu einer Verminderung der haushaltswirksamen Steuereinnahmen um -4,2% geführt, nachdem im gleichen Zeitraum 1974 noch eine Zuwachsrate von rd. +7,5% erreicht worden war. Bei einer Steigerung der öffentlichen Ausgaben Hamburgs um rund 7% war eine weitere Schuldenaufnahme unvermeidlich. Die privaten Haushalte erhöhten ihren Spareinlagenbestand dagegen um rd. 11%, eine Erscheinung, die sicher teilweise als Vorsorgemaßnahme angesichts der Arbeitsmarktlage und Einkommensentwicklung interpretiert werden kann.

Die Auswertung der für die Sozialproduktberechnung relevanten Daten über die wirtschaftliche Ent-

wicklung nach dem jetzigen Berichtsstand läßt 1975 eine Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts in Hamburg von 1-2% und eine reale Abnahme um etwa 5% erwarten.

2. Bevölkerung

Einwohnerverlust um 3 000 Personen geringer

Hamburg wird Ende 1975 gegenüber dem Jahresanfang voraussichtlich rund 15 000 Einwohner verloren haben; im Vorjahr betrug die Abnahme noch 18 000 Personen. Zum Jahresende kann man mit einer Einwohnerzahl von knapp 1 719 000 rechnen.

Bei allgemein geringerem Wanderungsverlust wurde die Bevölkerungsentwicklung noch stärker als in früheren Jahren durch Geburten und Sterbefälle bestimmt. Auf die natürliche Bevölkerungsbewegung entfielen 1975 fast vier Fünftel des Gesamtrückgangs. Die Geburtenzahl wird gegenüber 1974 schätzungsweise auf 13 300 zurückgehen; die Anzahl der Sterbefälle kann mit rund 25 500 angesetzt werden. Der negative Saldo (Sterbeüberschuß) in der natürlichen Bevölkerungsbewegung dürfte sich um ca. 500 gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Diese Entwicklung geht vollständig zu Lasten der deutschen Bevölkerung; bei den Ausländern ist noch mit einer leichten Erhöhung der Geburtenzahl zu rechnen, ihre Sterbefälle sind infolge der günstigen Altersbesetzung fast ohne Bedeutung.

Tabelle 1

Bevölkerungsentwicklung in Hamburg 1972 bis 1975

Art der Angaben	1972	1973	1974	1975 (geschätzt)	Veränderung gegenüber Vorjahr	
					absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Lebendgeborene	15 223	13 666	13 505	13 300	- 235	- 1,7
Gestorbene	25 786	25 873	25 291	25 500	+ 209	+ 0,8
Gestorbeneüberschuß	10 563	12 207	- 11 756	- 12 200	-	-
Eheschließungen	12 222	11 162	10 406	10 400	- 6	- 0,1
Ehescheidungen	5 543	5 555	5 694	5 700		
Wanderungsbewegung insgesamt						
Zuzüge	77 601	76 046	68 958	68 500	- 458	- 0,7
Fortzüge	82 445	78 432	75 021	71 700	- 3 321	- 4,4
Wanderungsgewinn (+)						
-verlust (-)	- 4 844	- 2 386	- 6 063	- 3 200		
Bevölkerungsverlust	15 407	14 593	17 819	15 400		
Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und dem Umland ¹⁾						
Zuzüge	17 317	17 865	18 718	20 200	+ 2 482	+ 7,9
Fortzüge	33 480	33 766	30 630	29 700	- 930	- 6,3
Wanderungsverlust	16 163	15 901	- 11 912	- 8 500		

1) Kreise Hgzt. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg, Stade.

Wanderungsverlust halbiert

Der Wanderungsverlust der Deutschen (1974 noch rund 8 800) scheint sich zu verringern. Dagegen wird der bis 1973 erhebliche positive Wanderungssaldo von 14 000 Ausländern (1974 noch rund 2 700) infolge des Anwerbestops für Gastarbeiter aus Nicht-EG-Ländern und der verstärkten Fortzüge mit großer Sicherheit in einen Wanderungsverlust umschlagen. Es kann insgesamt mit einem Wanderungsverlust in Höhe von rund 3 000 Personen für das Jahr 1975 gerechnet werden.

Die Wanderung mit dem Umland (Kreise Hzgt. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg und Stade) als dem bevorzugten Zielgebiet der Fortziehenden ist nach wie vor von besonderer Bedeutung. Nach zunächst kontinuierlichem Wachsen des Abwanderungsüberschusses bis 1971 auf -16 500, begann dieser ab 1972 wieder zu schrumpfen; er belief sich 1974 auf -12 000, bis zum Ende des laufenden Jahres wird er rund -8 500 betragen.

Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg/ Umland

In Hamburg und seinem niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Ausstrahlungsbereich wird die Bevölkerungszahl auch im Jahre 1975 insgesamt leicht zurückgehen, nachdem - nach Jahren stetiger Bevölkerungszunahme - bereits 1974 ein Stillstand in der positiven Entwicklung eingetreten war. Insgesamt gesehen können also die Bevölkerungsgewinne der Umlandkreise die Bevölkerungsabnahme in der Kernstadt nicht mehr voll ausgleichen.

Innerhalb der für das Bundesraumordnungsprogramm abgegrenzten Gebietseinheit 3¹⁾ weisen erstmals die niedersächsischen Landkreise absolut einen größeren Bevölkerungszuwachs auf als die schleswig-holsteinischen Randgebiete von Hamburg. Erneut steht der Landkreis Harburg, am südlichen Stadtrand von Hamburg, mit beachtlichen Zuzugsüberschüssen in der Gunst der Wandernden an der Spitze der Kreise in der Region.

¹⁾ Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hzgt. Lauenburg; Freie und Hansestadt Hamburg; Landkreise Harburg, Stade, Land Hadeln, Stadt Cuxhaven.

Neben der Freien und Hansestadt Hamburg zeigt der Landkreis Land Hadeln eine rückläufige Entwicklung der Bevölkerung. Darüber hinaus deutet sich erstmals auch für den Kreis Pinneberg ein Rückgang der Bevölkerungszahl durch steigendes Geburtendefizit und verringerte Wanderungsüberschüsse an.

Zahl der Eheschließungen und Ehescheidungen unverändert

Die Zahl der Eheschließungen wird mit schätzungsweise 10 400 und die der Ehescheidungen mit ca. 5 700 ungefähr den Vorjahreswerten entsprechen; legt man den Durchschnitt des Jahres 1975 zugrunde, so ergeben sich auf 1 000 der Bevölkerung 6,0 Eheschließungen und 3,3 Ehescheidungen.

Ohne Herabsetzung des Volljährigkeitsalters wäre die Zahl der Eheschließungen 1975 vermutlich niedriger gewesen. Im Januar und - abgeschwächt noch im Februar - entfielen das „Mehr“ von 300 Eheschließungen gegenüber den früheren Vergleichsmonaten zum weitaus überwiegenden Teil auf Heiraten von Ehepartnern zwischen 18 und 21 Jahren.

Ausländerzahl kaum noch gestiegen

In Hamburg leben nach dem Stand vom September zur Zeit 124 000 Ausländer; dies sind nicht einmal 1 % mehr als ein Jahr zuvor. Nachdem sich in der Vergangenheit die Zahl der in Hamburg gemeldeten Ausländer um jährlich bis zu 17 % erhöht hatte, ist jetzt erstmals keine nennenswerte Änderung mehr eingetreten. Jeder vierte Ausländer kommt aus der

Tabelle 2

Bevölkerungsbewegung im Hamburger Umland

Gebietseinheiten	Fläche am 1.1. 1975	Wohnbe- völkerung am 1.4.1975	Gestor- benen- über- schuß im 1. Viertel- jahr 1975	Wande- rungs- saldo	Wohnbe- völkerung am 1.1.1975	Veränderung der Wohnbevölkerung			
						im 1. Quartal 1975	im Jahre 1974	davon	
								Gestor- benen- über- schuß	Wande- rungs- saldo
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Gebietseinheit 3 für das Bundesraumordnungsprogramm	824 702	2 931 768	4 119	3 065	2 932 822	- 1 054	- 2 278	12 928	10 150
davon									
Gebietseinheit 3a (Schlesw.-Holstein)	403 663	770 298	570	1 855	769 013	1 285	8 626	911	9 537
davon									
Kreis Pinneberg	66 178	253 137	179	50	253 266	- 129	467	207	674
" Segeberg	134 432	192 957	34	717	192 274	683	4 523	247	4 276
" Stormarn	76 621	173 057	201	674	172 584	473	2 877	483	3 360
" Hzgt. Lauenburg	126 432	151 147	156	414	150 889	258	759	468	1 227
Gebietseinheit 3b (Hamburg)	74 760	1 730 001	3 383	- 418	1 733 802	- 3 801	- 17 819	11 756	-6 063
Gebietseinheit 3c (Niedersachsen)	346 279	431 469	166	1 628	430 007	1 462	6 415	261	6 676
davon									
Landkreis Harburg	124 399	168 704	40	1 038	167 706	998	5 012	32	5 044
" Stade	130 478	154 689	38	496	154 231	458	1 380	48	1 428
" Land Hadeln	73 617	47 369	34	2	47 401	- 32	281	133	- 148
Cuxhaven, Stadt	17 785	60 707	54	92	60 669	38	304	48	352
darunter									
Hamburg-Randkreise	658 540	1 093 691	648	3 389	1 090 950	2 741	15 018	991	16 009
davon									
nördlich der Elbe	403 663	770 298	570	1 855	769 013	1 285	8 626	911	9 537
südlich der Elbe	254 877	323 393	78	1 534	321 937	1 456	6 392	80	6 472
Hamburg + 6 Randkreise	733 300	2 823 692	4 031	2 971	2 824 752	- 1 060	- 2 801	12 747	9 946

Türkei, jeder siebente aus Jugoslawien und jeder fünfzehnte aus Portugal. Im ganzen haben 7% der Einwohner unserer Stadt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Insgesamt ist die Entwicklung des Ausländerbestandes durch Abwanderung von Arbeitskräften und Zuwanderung von Familienangehörigen gekennzeichnet.

3. Arbeitsmarkt und Lebenshaltung

Arbeitslosenquote weiterhin geringer als im Bundesdurchschnitt

Gegenüber dem Oktober des Vorjahres hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg mehr als verdoppelt; am 30. 10. 1975 waren es 27 262, was einer Arbeitslosenquote von 3,9% aller Erwerbspersonen entspricht (November 4%).

Die Anzahl für das Bundesgebiet betrug zum gleichen Zeitpunkt 1 061 128; die daraus resultierende Arbeitslosenquote von 4,6% liegt deutlich über der Hamburgs.

Der Anteil der ausländischen Arbeitslosen betrug zu diesem Zeitpunkt in Hamburg 11,5% (1974: 10%), im Bundesdurchschnitt dagegen 13,2% (1974: 11%). Damit ist die Zahl der ausländischen Arbeitslosen im Bund auch relativ stärker angewachsen als in Hamburg. Aus einer Sonderuntersuchung des Arbeitsamtes vom Mai 1975 ist bekannt, daß fast jeder zweite Hamburger Arbeitslose keine abgeschlossene Berufsausbildung hat. Von den insgesamt als arbeitslos gemeldeten Männern und Frauen sind nur 6% unter 20 Jahre alt; jeder sechste Arbeitslose ist älter als 50 Jahre.

Tabelle 3

Hamburger Arbeitsmarktdaten 1972 bis 1975

Stand am ...	Arbeitslose	Arbeits-suchende	Offene Stellen	Kurz-arbeiter
	1	2	3	4
1972 30. September	3 977	10 788	19 421	23
1973 30. September	4 590	11 321	21 083	931
1974 30. September	11 205	19 066	12 359	1 504
1975 30. September	24 320	32 356	10 145	3 793
31. Oktober	27 262	34 920	8 505	7 936

Doppelt so viel Kurzarbeiter wie 1974

Am 31. Oktober d. J. wurden mit 8 505 offenen Stellen über 2 000 weniger ausgewiesen als im Vorjahr; die Zahl der Arbeitssuchenden war zu diesem Zeitpunkt mit 34 920 mehr als viermal so hoch wie die der angebotenen Stellen (1974: offene Stellen 10 578, Arbeitssuchende 22 202).

Der Konjunkturabschwung zeigt sich auch in der steigenden Zahl der Kurzarbeiter. Gegenüber dem 1. 10. 1974 (Stand 3 304) hat diese sich weit mehr als verdoppelt. Betroffen sind vor allem die Sparten Elektrotechnik, Chemie und Maschinenbau.

Nur wenige Streiktage

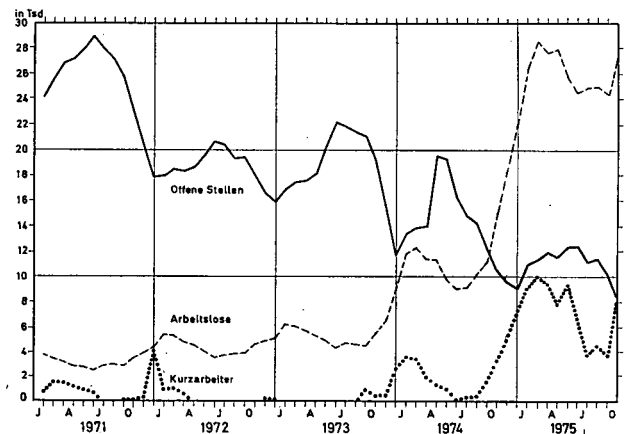
Verglichen mit dem Vorjahr waren Streiks bis zum Herbst d. J. praktisch ohne Bedeutung. Lediglich neun Steinmetzbetriebe wurden 1975 in Hamburg von insgesamt 87 Arbeitnehmern bestreikt; dabei gingen 435 Arbeitstage verloren. Die im November eingetretene Streikbewegung von 170 Tischlern brachte für 15 Betriebe weitere 937 ausgefallene Arbeitstage.

Rückgang der Arbeitszeit durch Kurzarbeit

Die Anzahl der bezahlten Wochenstunden ging bei den männlichen Industriearbeitern im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 1975 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,5 Std. auf 43,1 Std., bei den weiblichen um 1,3 Std. auf 39,7 Std. zurück. Diese Entwicklung ist nicht nur auf einen gewissen Abbau von Mehrarbeit zurückzuführen, sondern beruht in erster Linie darauf, daß in einigen Industriezweigen Kurzarbeit eingeführt wurde.

Schaubild 2

Offene Stellen, Arbeitslose und Kurzarbeiter 1971 bis 1975
— Stand jeweils am Monatsende —



Wirtschaftslage bremst Lohnanstieg

Im Durchschnitt des Erhebungszeitraumes 1975 stiegen die Bruttostundenverdienste bei den Männern auf 11,62 DM, bei den Frauen auf 7,92 DM; sie lagen um 7% bzw. um 9% höher als im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1974.

Die Zuwachsraten blieben erheblich unter denen des Vorjahres. Wegen der niedrigeren Arbeitszeiten erhöhten sich die Bruttowochenverdienste jeweils nur um rd. 6%, und zwar bei den Männern auf 501 DM, bei den Frauen auf 315 DM. Hieran ist deutlich zu erkennen, daß sich das Konjunkturtief auch auf den Lohnbereich nachhaltig auswirkt.

Zunahme der Gehälter noch um 10%

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste aller männlichen Angestellten stiegen im Vergleichszeitraum um 9% auf 2 508 DM, diejenigen der weiblichen Angestellten um 11% auf 1 745 DM. Auch hier

blieb die Zuwachsrate hinter der von 1974 zurück, ohne aber einen so niedrigen Stand wie bei den Arbeitern zu erreichen. In der Industrie wurde 1975 für die männlichen Angestellten ein Durchschnittsgehalt von 2 705 DM (+10%), für die weiblichen von 1 907 DM (+11%) errechnet. Im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe lagen die Verdienste im Berichtszeitraum für die männlichen Angestellten mit 2 362 DM und für die weiblichen mit 1 696 DM wesentlich unter den von der Industrie gezahlten. Die Zuwachsraten gegenüber den ersten drei Quartalen 1974 betragen hier 8% bzw. 11%. Im Vergleich zur Entwicklung von 1973 auf 1974 lagen im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe und in der Industrie die Zunahmeraten für die monatlichen Bruttoverdienste um 2 bis 3 Punkte niedriger.

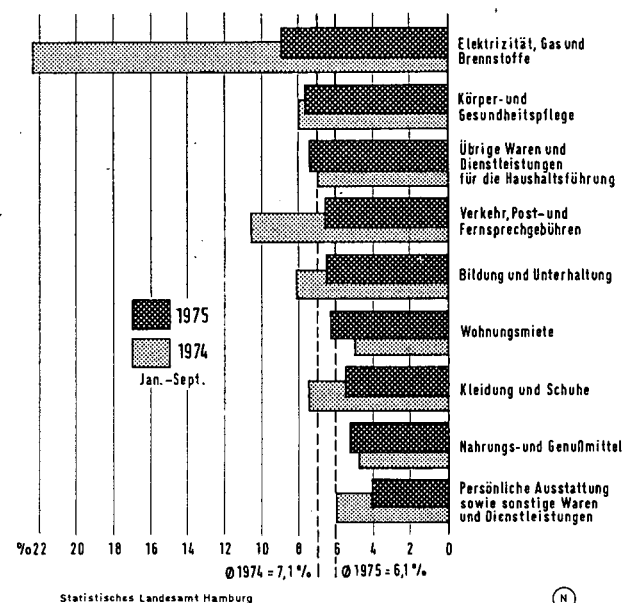
Verlangsamter Anstieg beim Preisindex für die Lebenshaltung

Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bund erhöhte sich 1975 im Durchschnitt der Monate Januar bis September für die 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen wie für alle privaten Haushalte um 6% gegenüber dem Vorjahr. Erstmals seit Jahren blieb somit die Steigerungsrate unter derjenigen des Vorjahres.

Der Teilindex für persönliche Ausstattung sowie für sonstige Waren und Dienstleistungen zeigte mit 3% bzw. 4% die geringste Steigerungsrate. Eine unterdurchschnittliche Steigerung wurde sonst nur noch für die Teilindizes Nahrungs- und Genußmittel (jeweils 5%) sowie Kleidung und Schuhe (jeweils 6%) errechnet. Für alle übrigen Hauptgruppen wurden in

Schaubild 3

Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung 1974 und 1975 gegenüber dem Vorjahr nach Hauptgruppen in %
(alle privaten Haushalte)
— Januar bis September —



beiden ausgewählten Indizes überdurchschnittliche Zunahmen um jeweils 7% ermittelt. Die größten Verteuerungen wurden wie im vergangenen Jahr für die Waren und Leistungen der Hauptgruppe Elektrizität, Gas und Brennstoffe festgestellt (12% bzw. 9%).

Zahl der Wohngeldempfänger kaum noch erhöht

Zwischen Ende September 1974 und Ende September 1975 hat sich die Zahl der Wohngeldempfänger nur noch knapp auf rd. 76 000 erhöht, nachdem in den davorliegenden 12 Monaten eine Steigerung um nahezu ein Fünftel zu verzeichnen war. Die — allerdings nur kleine — Zahl der Eigentümer von Eigentumswohnungen und Eigenheimen, die Lastenzuschüsse erhalten, ist sogar erstmalig zurückgegangen, und zwar um fast 20% auf 674 Familien. Diese Entwicklung dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, daß im Berichtszeitraum verstärkt Wohngeldempfänger durch Einkommenssteigerungen — z. B. infolge Lohn- und Gehaltserhöhungen — über die vom Wohngeldgesetz festgelegten Einkommensgrenzen hinausgewachsen sind. In der Öffentlichkeit wurde daher auch angeregt, diese Grenzen der inzwischen eingetretenen Einkommensentwicklung besser anzupassen, doch ist dieses Vorhaben — wohl wegen der damit verbundenen zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte — vorerst nicht weiter verfolgt worden.

Am 30. September 1975 erhielten die Wohngeldempfänger im Monat durchschnittlich DM 72,43 und damit 6% mehr als im Vorjahre. Da sowohl die Zahl der Wohngeldempfänger als auch deren Anspruch im Betrachtungszeitraum anstieg, erhöhte sich die insgesamt ausgeschüttete Monatssumme an Wohngeld um 8% auf 5,51 Mio DM im September 1975, wovon 5,46 Mio DM auf Mietzuschußempfänger und 0,05 Mio DM auf Lastenzuschußempfänger entfielen.

Tabelle 4

Preisindex für die Lebenshaltung 1974 und 1975 nach Hauptgruppen
— Januar bis September —

Hauptgruppen	4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte			Alle privaten Haushalte		
	1974	1975	Veränderung 1975 gegenüber Vorjahr in %	1974	1975	Veränderung 1975 gegenüber Vorjahr in %
	1970 = 100	1970 = 100		1970 = 100	1970 = 100	
Nahrungs- und Genußmittel	123,0	129,5	+ 5,3	123,2	129,7	+ 5,3
Kleidung u. Schuhe	128,7	135,8	+ 5,5	128,6	135,7	+ 5,5
Wohnungsmiete	125,5	134,6	+ 7,3	124,5	132,3	+ 6,3
Elektr., Gas und Brennstoffe	136,0	152,1	+ 11,8	148,7	162,1	+ 9,0
Übrige Waren und Dienstleist. f.d. Haushaltsführung	119,4	127,5	+ 6,8	121,7	130,5	+ 7,2
Verkehr, Post- und Fernspreckgebühren	131,5	140,4	+ 6,8	133,9	142,7	+ 6,6
Körper- u. Gesundheitspflege	124,8	133,5	+ 7,0	130,4	140,4	+ 7,7
Bildung und Unterhaltung	123,0	131,5	+ 6,9	122,2	130,2	+ 6,5
Pers. Ausstattung sowie sonst. Waren u. Dienstleistungen	128,3	132,5	+ 3,3	123,7	128,8	+ 4,1
Insgesamt	125,4	133,3	+ 6,3	126,3	134,0	+ 6,1

4. Bildung und Kultur

Ein Zehntel aller Fünftjährigen in Vorschulklassen

Mit dem Beginn des Schuljahres 1975/76 fing für 20 900 kleine Hamburger der „Ernst des Lebens“ an. Die Zahl der Neueinschulungen in den staatlichen und nichtstaatlichen Schulen ist damit entsprechend dem geringeren Umfang des inschulpflichtigen Alter gewachsenen Geburtsjahrgangs deutlich niedriger gewesen als vor Jahresfrist. Im letzten Schuljahr gab es 13 % mehr ABC-Schützen.

Der kleiner gewordene Einschulungsjahrgang und anhaltend hohe Übergänge auf weiterführende Schulen haben die Schülerzahl in den Hamburger Volksschulen um annähernd 5 % auf jetzt 138 900 sinken lassen. Bei den Realschulen und Gymnasien ist demgegenüber eine weitere Steigerung der Schülerfrequenzen eingetreten. 8 % mehr Jungen und Mädchen als 1974 besuchen im laufenden Schuljahr die Realschulen; im ganzen sind in dieser Schulgattung 31 100 Schüler. Der relative Anstieg in den Hamburger Gymnasien, die im Schuljahr 1975/76 rund 61 200 Schüler haben, war mit 4 % halb so groß wie die Zunahme der Realschüler. Um nahezu ein Sechstel hat sich innerhalb eines Jahres die Schülerzahl in den Gesamtschulen erhöht. Hier erhalten gegenwärtig 8 800 Jungen und Mädchen Unterricht. In dem seit jeher gut ausgebauten Hamburger Sonderschulwesen werden 10 700 Kinder unterrichtet, 3 % mehr als vor einem Jahr.

Die allgemeinbildenden und Sonderschulen haben somit im Schuljahr 1975/76 zusammen über eine Viertelmillion Schüler; dies sind – bei leichten Anteilsverschiebungen für die einzelnen Schulgattungen – insgesamt ebenso viele wie im vorangegangenen Schuljahr. Etwas über 240 000 Schüler besuchen staatliche Schulen, in den nichtstaatlichen Hamburger Schulen werden gut 10 000 Jungen und Mädchen unterrichtet.

Der Bereich der vorschulischen Erziehung konnte ausgeweitet werden, wenn auch die Erweiterung nicht das ursprünglich vorgesehene Ausmaß erreichte. An den Volks- und Gesamtschulen bestehen 81 Vorschulklassen für Fünftjährige (1974: 63 Klassen). In diesen Einrichtungen werden zur Zeit 2 000 Kinder betreut, das sind über ein Viertel mehr als vor einem Jahr. Bereits ein Zehntel aller Fünftjährigen hat damit in Vorschulklassen Aufnahme gefunden. Bei der Berechnung dieser Quote ist berücksichtigt, daß unter den 2 000 Kindern in Vorschulklassen auch einige ältere Kinder sind. In den Schulkindergärten, deren Zahl sich auf 139 ein wenig verringert hat, sind weniger Kinder als vor einem Jahr. 1975 werden 2 500 schulpflichtige, aber noch nicht schulfähige Kinder in Schulkindergärten betreut.

Besuch beruflicher Schulen nimmt zu

In fast allen Formen der berufsbildenden Schulen werden im Schuljahr 1975/76 mehr Schüler als 1974 gezählt. Der absolut höchste Zuwachs ist für die Berufsschulen zu verzeichnen, in denen 36 600 Schüler unterrichtet werden (+1 200 oder rund 4 %). Die der-

zeitige Knappheit an Ausbildungsplätzen trägt mit dazu bei, daß manche Jungen und Mädchen anstelle einer betrieblich-praktischen Ausbildung eine Ausbildung in einer beruflichen Vollzeitschule wählen. So ist in den Berufsfachschulen die Schülerzahl innerhalb eines Jahres um mehr als ein Fünftel auf 5 700 angestiegen. Eine ähnlich hohe Steigerungsrate ergab sich für die neue Schulform des Berufsgrundbildungsjahres, das den ersten Abschnitt einer in Stufen gegliederten Berufsbildung darstellt; die absolute Zahl der Schüler im Berufsgrundbildungsjahr ist allerdings mit zuletzt 650 noch recht klein. Stark ausgebaut wurde der Unterricht in Werkklassen. In diesen an den Berufsschulen geführten Einrichtungen werden Jugendliche aus Sonderschulen und Volksschulabgänger ohne Hauptschulabschluß auf die Berufsarbeit vorbereitet. Die Schülerzahl in den Werkklassen hat sich um nahezu ein Drittel auf über 1.000 erhöht. Nicht wesentlich verändert haben sich die Größenordnungen des Schulbesuchs in Wirtschaftsgymnasien (1 500) und Fachoberschulen (2 300). In den Fach- und Technikerschulen sind die Schülerzahlen um ein Zehntel auf rund 3 000 gestiegen.

Für die Gesamtheit der beruflichen Schulen errechnet sich gegenüber 1974 eine zahlenmäßige Zunahme um 6 % auf 51 500. Es muß aber angemerkt werden, daß in den Zahlenwerten dieses Abschnittes die privaten berufsbildenden Schulen und solche staatlichen Schulen, die nicht der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung unterstehen (zum Beispiel Schulen des Gesundheitswesens, Verwaltungsschule, Landesfinanzschule), nicht enthalten sind. Die Angaben für diese Schulen, in denen sich ungefähr ein Achtel aller Schüler der berufsbildenden Schulen befinden, lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Weniger Studenten an der Fachhochschule Hamburg

An den wissenschaftlichen, künstlerischen und Fachhochschulen Hamburgs waren im Sommersemester 1975 nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der Hochschulstatistik 35 600 Studenten eingeschrieben (ohne Beurlaubte und Gasthörer); gegenüber dem Sommersemester des Vorjahres ist dies eine Zunahme um 3 %.

Steigende Studentenzahlen gab es nur an den wissenschaftlichen Hochschulen. An der Universität waren mit 26 500 Deutschen und Ausländern beinahe 5 % mehr Studenten immatrikuliert als im Sommersemester 1974. Die Bundeswehrhochschule hatte Mitte des Jahres 660 Studenten aufgenommen, ein Jahr zuvor waren es erst 290. Die Zahl der Studenten an der Hochschule für Wirtschaft und Politik erhöhte sich geringfügig auf rund 880.

Für die künstlerischen Hochschulen und die Fachhochschule Hamburg weist die Studentenstatistik zum Teil beträchtliche Rückgänge aus. 11 % weniger Studenten als im Sommersemester 1974 hatten sich an der Hochschule für Musik eingeschrieben, die mit 520 Studenten die kleinste staatliche Hochschule in Hamburg ist. An der Hochschule für bildende Künste waren 890 Studenten immatrikuliert; die Abnahme gegenüber dem Vorjahr betrug hier 4 %. Um ebenfalls 4 % zurückgegangen ist die Studentenzahl an der Fachhochschule Hamburg, an der im Sommerse-

ster 1975 etwas über 6 000 Studenten ausgebildet wurden. Die Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik hatte nach wie vor rund 100 Studenten.

Reges Interesse am Angebot der Bücherhallen

Wer das mannigfaltige Programm kultureller Veranstaltungen in unserer Stadt vor Augen hat, wird über die spärlichen Daten enttäuscht sein, die die Statistik aus dem Hamburger Kulturleben zu präsentieren vermag. Lediglich die Besucherzahlen einiger staatlicher Einrichtungen sind verfügbar. Private Veranstalter, Aussteller und mitunter auch Theaterbesitzer machen keine Angaben über den zahlenmäßigen Besuch der von ihnen organisierten Darbietungen. Folglich fehlen Informationen über private Museen oder Kunstausstellungen, über den Besuch von Vorträgen, Gastspielen und Konzertveranstaltungen oder von Hagenbecks Tierpark. Nicht einmal die Zuschauerzahl der Hamburger Privattheater läßt sich vollständig mitteilen. Für die Staatsbühnen und für die Lichtspieltheater können die Besucherzahlen zwar in Erfahrung gebracht werden, jedoch nicht bis zum Abschlußtermin dieses Jahresberichts.

Die staatlichen Hamburger Museen hatten von Januar bis September 1975 fast eine Dreiviertelmillion Besucher; das waren 5% mehr als in den ersten drei Quartalen des Jahres 1974. Einen besonders hohen Anstieg erreichte das Museum für Hamburgische Geschichte, das zusammen mit seiner Außenstelle im Bergedorfer Schloß – der einzigen Wasserburg Hamburgs – und den erstmals in die Besucherzählung einbezogenen Krameramtswohnungen beinahe zwei Drittel mehr Besucher als in der gleichen Zeit des Vorjahres gewann; ein guter Teil dieser Zunahme ist auf den Erfolg der Ausstellung „Gärten, Landhäuser und Villen des hamburgischen Bürgertums“ zurückzuführen. Das schöne Wetter dieses Frühjahrs und Sommers war sicherlich mit die Ursache für die fast 25%ige Steigerung der Besucherzahl des Helms-Museums und vor allem dessen Außenstelle, dem Freilichtmuseum am Kiekeberg mit seinen Bauernhäusern. Im Museum für Völkerkunde, das seit einigen Monaten eine Sonderausstellung über Indianer und Eskimos zeigt, wurde ein Zehntel mehr Zuschauer gezählt. Im Museum für Kunst und Gewerbe und im Altonaer Museum blieben die Besucherzahlen etwa auf der Höhe des Vorjahres. Die Kunsthalle konnte mit den Ausstellungen über Johan Tobias Sergel und Lovis Corinth den ganz außergewöhnlichen Besucherrekord der Caspar-David-Friedrich-Ausstellung nicht wiederholen; bis September dieses Jahres gab es ein Drittel weniger Kunsthallenbesucher als im ersten Dreivierteljahr 1974. Zurückgegangen ist auch die Besucherzahl der Bischofsburg, des ältesten Hamburger Bauwerkes, dessen Turmfundament am Speersort freigelegt wurde. Das Planetarium, das in den letzten Jahren zunehmend mehr Hamburger und auswärtige Gäste für seine Sternvorführungen interessieren konnte, war während der Berichtszeit fünf Monate lang wegen Umbauarbeiten geschlossen und hatte daher in diesem Jahr bisher nur wenige Zuschauer.

Ein unverändert hohes Maß an Weiterbildungsaktivitäten dokumentieren die Hörerzahlen der Hamburger

Volkshochschule für das Arbeitsjahr 1974/75. In den drei Trimestern dieses Arbeitsjahres hatten sich zusammen 83 700 Teilnehmer für die Kurse der Volkshochschule eingeschrieben. Nicht ganz 40% der Hörer wollten ihre fremdsprachlichen Kenntnisse erweitern. Die Zahl der durchgeführten Kurse hat die Volkshochschule im Vergleich zum vorangegangenen Arbeitsjahr auf über 3300 beträchtlich erhöht (+31%), die Hörerzahl stieg um 4%.

Gleichfalls zur Weiterbildung, aber ebenso zur Unterhaltung, Ausbildung und allgemeinen Information dient das Bücherangebot der Hamburger öffentlichen Bücherhallen, das rund 1,6 Mio Bände umfaßt. Außerdem besitzt die Musikbücherei über 72 000 Noten und 5 000 Schallplatten. Trotz der Anfang 1975 spürbar heraufgesetzten Ausleihgebühren haben sich die öffentlichen Bücherhallen in den ersten neun Monaten dieses Jahres wieder sehr gut behauptet. Die Summe der ausgeliehenen Bände erhöhte sich gegenüber Januar bis September 1974 um beinahe 8%. Diese Steigerung ist mit Sicherheit auch eine Folge der ständigen Anpassung bei den Bücheranschaffungen an die jeweils aktuellen Lesewünsche der Bücherhallen „kunden“.

5. Industrie und Handwerk

Abwärtsentwicklung in der Hamburger Industrie

Die hamburgische Industrie scheint gegenwärtig auf dem Tiefpunkt der jüngsten konjunkturellen Entwicklung angelangt zu sein. In der Produktionsentwicklung fast aller Industriezweige ist gegenüber 1974 keinerlei Besserung eingetreten und die erzielten Umsatzwerte liegen z. T. beträchtlich unter denen des Vorjahres. Berücksichtigt man den Preisauftrieb der Vergangenheit, so dürfte der reale Umsatzrückgang sogar noch um einige Punkte höher ausgefallen sein. Andererseits gibt es – z. B. im Investitionsgütersektor – Anzeichen für eine leichte Aufwärtsbewegung, die jedoch noch nicht auf die übrigen Bereiche übergreift. Die insgesamt unbefriedigenden Auftragseingänge lassen einen kurzfristigen Aufschwung kaum erwarten, zumal sich die inländische Investitionstätigkeit trotz der verschiedenen Konjunkturprogramme der Bundesregierung nicht in dem erforderlichen Maße belebt hat.

Produktion vor allem in der Grundstoffindustrie rückläufig

Schon 1974 lag das Produktionsvolumen der verarbeitenden Industrie, wenn man Preisbewegungen ausschaltet, unter dem Niveau des Vorjahres. Nach den bisher bekannten Bruttoproduktionswerten – ein Nettoproduktionsindex wird seit Anfang 1975 in Hamburg nicht mehr berechnet – hat sich dieser Leistungsrückgang im laufenden Jahr offenbar in einigen Branchen noch verstärkt. Insgesamt war die Bruttoproduktion im ersten Halbjahr 1975 um 7% niedriger als in der Vergleichsperiode 1974.

Die höchsten Abnahmen traten mit über 17% in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie auf. Besonders betroffen waren hier die NE-Metallindustrie und die Mineralölverarbeitung als Folge des Nach-

Tabelle 5

Entwicklung der Industrie¹⁾ in Hamburg 1972 bis 1975

Art der Angaben	Einheit	1972	1973	1974	Januar bis August			
					1974	1975	Veränderung gegenüber Vorjahr	
							absolut	in %
Beschäftigte	Anzahl MD	198 121	193 848	187 432	189 268	178 137	- 11 131	- 5,9
Geleistete Arbeiterstunden	in 1000	227 646	219 832	205 202	137 576	124 139	- 13 437	- 9,8
Bruttosumme der Löhne und Gehälter	in Mio DM	4 035,5	4 429,7	4 847,3	3 137,0	3 232,4	+ 95,4	+ 3,0
Gesamtumsatz 2)	"	20 557,8	23 006,3	26 939,1	17 316,7	16 588,4	- 728,3	- 4,2
davon	"							
Inlandsumsatz	"	17 597,8	19 228,2	21 996,4	14 340,5	13 645,8	- 694,7	- 4,8
Auslandsumsatz	"	2 960,0	3 778,1	4 942,7	2 976,2	2 942,6	- 33,6	- 1,1
davon	"							
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	"	6 817,4	8 124,8	10 712,0	7 140,0	6 410,9	- 729,1	- 10,2
Investitionsgüterindustrie	"	6 987,1	7 518,4	8 022,7	4 868,5	4 943,5	+ 75,0	+ 1,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	1 245,8	1 303,0	1 361,4	896,1	835,3	- 60,8	- 6,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	5 507,5	6 060,1	6 843,0	4 412,1	4 398,7	- 13,4	- 0,3

- 1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten (Hauptbeteiligte Betriebe) ohne Bauindustrie und Energieversorgung.
2) ohne Mehrwertsteuer.

frageausfalls aus der gewerblichen Wirtschaft. Auch die Verbrauchsgüterproduktion war durch die Zurückhaltung der privaten Konsumenten — wie schon 1974 — stark beeinträchtigt. Die Bruttoleistung in diesem Sektor sank bis zur Jahresmitte um 9%, so daß selbst unter Berücksichtigung einer gewissen Preisberuhigung auf dem Verbrauchsgütermarkt nur auf rückläufige reale Produktionsraten geschlossen werden kann. Hierzu hat insbesondere die schlechte Auftragslage bei den kunststoffverarbeitenden Betrieben und in der Textil- und Bekleidungsindustrie beigetragen.

Noch verhältnismäßig gute Ergebnisse erzielten die Nahrungs- und Genußmittelfabriken sowie die meisten der in der Investitionsgüterbranche tätigen Betriebe. Ihre nominelle Produktionsleistung lag zur Jahresmitte jeweils knapp über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Folglich mußte nur ein vergleichsweise geringer Produktionsabbau hingenommen werden, was in Hamburg in erster Linie auf die gute Kapazitätsauslastung der Werften und deren Zulieferindustrien zurückzuführen ist. Aber auch in der Elektrotechnischen Industrie und im Stahlbau konnten — nicht zuletzt durch den Auftragsstoß im Anschluß an die öffentlichen Investitionsförderungsmaßnahmen — drastische Produktionseinbußen vermieden werden.

Beschäftigungsrückgang gegenüber 1974 noch verstärkt

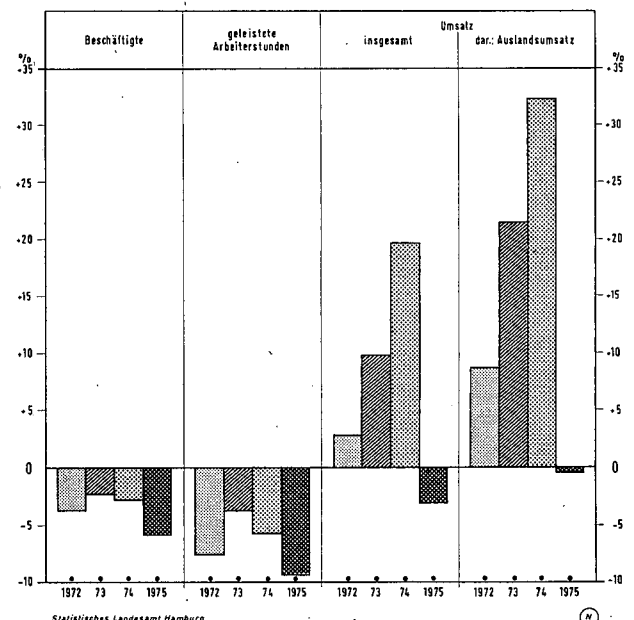
Deutlicher als die Bruttoproduktionswerte kennzeichnen die rückläufigen Zahlen über den Arbeitseinsatz die kritische Situation der Produktionsbetriebe. In den vergangenen 9 Monaten waren durchschnittlich 178 000 Personen in der Hamburger Industrie tätig, das sind fast 6% weniger als 1974. Damit hält der Beschäftigtenabbau wie in den vergangenen Jahren an. Die Schwerpunkte der Personaleinsparung lagen diesmal in der chemischen Industrie und erneut in der Elektrotechnik, im Maschinenbau und in der Kunststoffverarbeitung. Die einzigen Gruppen mit nennens-

wertem Zuwachs an Arbeitskräften sind der Stahl- und Straßenfahrzeugbau. Die Schiffsindustrie, die 1974 noch zusätzliches Personal eingestellt hatte, mußte ihre Beschäftigtenzahl dagegen wieder verringern.

Während der vorjährige Beschäftigtenrückgang noch überwiegend eine Folge von zahlreichen Betriebsabwanderungen ins Umland war, läßt sich der Personalabbau von Januar bis September 1975 in erster Linie auf die ungünstige Absatzlage zurückführen. Von den rd. 11 000 entlassenen Arbeitskräften entfielen nur etwa 200 auf Betriebsabwanderungen. Allein 300 freigesetzte Personen stammen aus Betrieben, die ihre Produktion eingestellt haben.

Schaubild 4

Die Industrie in Hamburg
in den Monaten Januar bis September 1972 bis 1975
(Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %)



Entsprechend dem einschneidenden Personalabbau ist auch ein weiterer Rückgang in der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden zu verzeichnen. Nachdem die Stundenzahl bereits 1974 um 6% gesunken war, ergab sich von Januar bis September 1975 erneut eine Abnahmerate von über 9%.

Umsatzanstieg nur im Investitionsgüterbereich

Der Gesamtumsatz der etwa 1 000 mittleren und großen Industriebetriebe in Hamburg erreichte bis Ende September eine Höhe von 19 Mrd DM. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden dagegen etwa 3% mehr erzielt. Die damals sehr hohe Veränderungsrate von +20% gegenüber 1973 war bestimmt von einer außergewöhnlichen Expansion des Exportgeschäfts verbunden mit einem starken Preisauftrieb. Auch im laufenden Jahr weisen die Auslandsumsätze, die mit -0,4% gegenüber 1974 fast konstant geblieben sind, eine günstigere Entwicklung auf als die Erlöse aus Inlandsverkäufen. Damit ist die Exportquote der Hamburger Industrie abermals gestiegen (nunmehr 18%). Die Abnahme der Inlandsumsätze um -4% kennzeichnet eindeutig den Schwerpunkt der konjunkturellen Krise, nämlich die Nachfragerücke auf dem Inlandsmarkt.

Den empfindlichsten Einbruch unter den vier Industriebereichgruppen erfuhr die Grundstoffindustrie, die im Vorjahr mit fast 40% Umsatzsteigerung noch an der Spitze lag. In diesem Jahr fielen die Erlöse bisher um 10%. Wesentliche Verluste traten vor allem in der NE-Metallindustrie und im Industriezweig Steine und Erden auf, die beide als Zulieferer für den Bauproduktmarkt von Bedeutung sind.

Auch die Nahrungs- und Genussmittelhersteller konnten ihr Umsatzplus aus dem Vorjahr nicht wiederholen. Allein in der Getränkeindustrie war dank der günstigen Witterungsverhältnisse im gesamten Jahr eine positive Umsatzentwicklung zu verzeichnen. In der Süßwarenfabrikation konnte ebenfalls ein Anstieg der Umsätze erzielt werden, so daß die mäßige Entwicklung der Nähr- und Futtermittelindustrie und der Tabakherstellung einigermaßen ausgeglichen wurde. Mit einer nominellen Veränderungsrate von -0,5% im bisherigen Jahresablauf dürfte die Nahrungs- und Genussmittelindustrie somit auch real verhältnismäßig günstig abgeschnitten haben, zumal die Preissteigerungen unter dem Niveau der Vorjahre lagen.

Die Umsatzeinbußen der Konsumgüterhersteller lagen bei 7%. Extrem groß waren in dieser Gruppe die Verluste in der Kunststoffindustrie und bei den Papier- und Pappeverarbeitern. Besondere Rückschläge erfuhr ferner die Bekleidungsindustrie, deren Absatz sich erst mit dem bevorstehenden Wintergeschäft wieder erhöhen dürfte.

Wie schon aus den Produktionszahlen zu entnehmen ist, war die einzige Hauptgruppe mit nominellem Umsatzplus die Investitionsgüterindustrie, obgleich auch hier das Vorjahreswachstum von 7% um etwa ein Drittel unterschritten wurde. In diesem Bereich liegen die höchsten Expansionsraten innerhalb der gesam-

ten Industrie in Hamburg. Es dominierten der Stahlbau und der Schiffbau mit jeweils rd. 40% Umsatzsteigerung.

Schwache Rezessionserscheinungen im Handwerk

Geringer als in der Industrie ist die bisherige Reaktion des Handwerks auf die konjunkturelle Abschwächung. So hat sich der Gesamtumsatz der Handwerksbetriebe im ersten Halbjahr 1975 immerhin noch um 2% erhöht. Allerdings war die Expansion im ersten Quartal stärker ausgeprägt als in den nachfolgenden drei Monaten. Dies könnte bedeuten, daß das Jahresergebnis ungünstiger ausfallen wird, als es in den bisher vorliegenden Daten zum Ausdruck kommt.

An dieser Entwicklung waren die verschiedenen Sparten recht unterschiedlich beteiligt. Während z. B. im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau – dem einzigen Zweig mit deutlichem realen Umsatzplus – vor allem im zweiten Quartal hohe Zunahmen erzielt wurden, fielen die Umsatzwerte im baugewerblichen Handwerk seit Anfang April spürbar ab. Auch die übrigen verarbeitenden Handwerke, insbesondere im Textil- und Druckgewerbe, weisen eher negative Tendenzen auf. Das Dienstleistungshandwerk ist in seiner realen Entwicklung gegenüber 1974 fast unverändert geblieben. Die Veränderungsraten zeigen insgesamt Parallelen sowohl zur Situation in der verarbeitenden Industrie als auch im Bauhauptgewerbe. Im Stahl- und Maschinenbau profitierten somit auch handwerkliche Klein- und Mittelbetriebe von der wiederbelebten Nachfrage nach Investitionsgütern. Das Bauhandwerk dagegen bekommt jetzt offenbar die Folgen der Rezession auf dem privaten und öffentlichen Bausektor besonders drastisch zu spüren.

Der relativ hohe Beschäftigtenabbau scheint gegen Mitte des Jahres zunächst gebremst worden zu sein. Zwar waren im Vergleich zu 1974 Ende Juni fast 7 000 Arbeitskräfte weniger im Handwerk tätig (-8%), die niedrigeren Abnahmen im zweiten Quartal lassen jedoch Anzeichen einer Besserung erkennen. Allerdings betrifft diese Entwicklung in erster Linie nur die verarbeitenden Handwerke. Im Bauhandwerk erreichten die Entlassungsquoten weiterhin ausgesprochen hohe Werte, die im übrigen angesichts des bevorstehenden Winterhalbjahres noch ansteigen dürften. Die Betriebe des Dienstleistungshandwerks bilden nach erneutem Personalzuwachs von über 4% mit z. Z. mehr als 15 000 Arbeitskräften den zweitgrößten Handwerkszweig nach dem Ausbau- und Bauhilfsgewerbe.

6. Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Das Bauhauptgewerbe im Konjunkturtief

Das Jahr 1975 brachte der Hamburger Bauwirtschaft den bisher stärksten Konjunktureenbruch seit Kriegsende. Waren schon vor neun Monaten in allen Sparten des Bauhauptgewerbes weitgehende Beschäftigungs- und Produktionseinschränkungen registriert worden, so hat sich diese Entwicklung im laufenden Jahr noch weiter verschärft. Erst seit August werden bei den Auftragseingängen gewisse leichte Auf-

Tabelle 6

Beschäftigte und Gesamtumsatz des Handwerks in Hamburg 1973 bis 1975¹⁾

Wirtschaftsunterabteilungen	1973	1974	Januar bis Juni		Veränderung gegenüber Vorjahr	
			1974	1975	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
Beschäftigte ²⁾						
Handwerk insgesamt	95 975	89 135	91 070	84 233	- 6 837	- 7,5
darunter						
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	10 407	9 471	9 676	9 137	- 539	- 5,6
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	4 437	4 243	4 300	4 139	- 161	- 3,7
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	2 316	2 214	2 244	2 138	- 106	- 4,7
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe (ohne Tabakverarbeitung)	8 812	8 215	8 433	7 809	- 624	- 7,4
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	10 305	10 232	10 290	10 343	+ 53	+ 0,5
Bauhauptgewerbe	22 150	18 249	19 383	14 789	- 4 594	- 23,7
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	20 821	19 947	20 321	18 888	- 1 433	- 7,1
Dienstleistungshandwerke	14 758	14 940	14 777	15 363	+ 586	+ 4,0
Gesamtumsatz in 1000 DM						
Handwerk insgesamt	5 870 782	5 836 575	2 626 315	2 668 406	+ 42 091	+ 1,6
darunter						
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	758 982	727 683	345 342	393 771	+ 48 429	+ 14,0
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	264 416	258 106	117 294	121 592	+ 4 298	+ 3,7
Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	87 831	92 614	45 332	46 882	+ 1 550	+ 3,4
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe (ohne Tabakverarbeitung)	1 020 568	1 075 857	530 057	537 639	+ 7 582	+ 1,4
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	626 861	677 676	320 883	345 634	+ 24 751	+ 7,7
Bauhauptgewerbe	1 407 770	1 277 501	485 307	464 524	- 20 783	- 4,3
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	1 189 084	1 216 422	535 744	498 225	- 37 519	- 7,0
Dienstleistungshandwerke	236 892	254 473	123 235	130 939	+ 7 704	+ 6,3

1) Hochgerechnet aus der vierteljährlichen Erhebung, die auf einer repräsentativen Auswahl (ohne Nebenbetriebe) beruht.

2) Stand jeweils am Ende des Vierteljahres.

schwungtendenzen erkennbar. Dies gilt jedoch vorerst nur für den Bereich der privaten Wohnungsbau-nachfrage, die infolge der staatlichen Zinsverbilligung für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen merklich gestiegen ist. Insofern dürfte die Konjunkturstützung seitens der Bundesregierung zumindest eine weitere Verringerung der Kapazitäten bei den am Hochbau beteiligten Betrieben verhindert haben. Zu befürchten ist jedoch, daß die Gesamtleistung saisonbedingt zunächst noch weiter absinken wird. Nach wie vor liegt auch die Auftragssumme für die ersten drei Quartale um mehr als 191 Mio DM unter dem Wert des Vorjahres (-15 %).

Weiterhin starker Personalabbau

Bis September waren im Monatsdurchschnitt nicht ganz 31 600 Personen in der Bauwirtschaft tätig. Gegenüber 1974 mußten also erneut etwa 6 000 Arbeitskräfte entlassen werden (-16 %). Der Personalabgang ist damit fast genau so hoch wie im Vorjahr. Ein Vergleich mit 1970, einem Jahr mit relativ guter Baukonjunktur, zeigt besonders eindrucksvoll die Personaleinschränkungen in den hiesigen Betrieben: seit damals ist etwa jede dritte Arbeitskraft aus dem Bauhauptgewerbe ausgeschieden. Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß die Beschäftigtenzahlen neuerdings von Monat zu Monat wieder leicht ansteigen. Hier spielt nicht zuletzt die Erwartung der Firmen hinsichtlich der Auswirkungen der jüngsten Konjunkturprogramme eine Rolle.

Noch etwas stärker sank 1975 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (-20 %). Besonders hart war – wie schon 1974 – der Wohnungsbau betroffen, für den nur noch 60 % der vorjährigen Arbeitszeit eingesetzt wurde. Im Bereich der gewerblichen und industriellen Bauten ging die Stundenzahl um ein Viertel zurück, während für öffentliche Auftraggeber um nicht ganz 15 % weniger gearbeitet wurde. Hierbei war die Situation im Tiefbau noch relativ am günstigsten, zumal im ersten Quartal noch eine Reihe von Anschlußaufträgen zu früheren Bauvorhaben vorlag.

Produktion und Umsatz weiter rückläufig

Selbst wenn man davon ausgeht, daß sich die Arbeitsproduktivität innerhalb des laufenden Jahres geringfügig erhöht hat, so läßt sich aus der abnehmenden Rate der geleisteten Arbeitsstunden ableiten, daß das Produktionsvolumen ähnlich wie 1974 abermals um 10–20 % gefallen ist. Damit dürfte die Gesamtproduktion im Hamburger Bauhauptgewerbe ungefähr auf das Niveau von 1962 abgesunken sein.

Diese Vermutung wird gestützt durch die Entwicklung der Umsatzzahlen. Von Januar bis September 1975 wurden Umsätze in Höhe von 1,4 Mrd DM erzielt und damit über 24 % weniger als 1974. Hieran waren die Rückgänge in den drei Bereichen Wohnungsbau, gewerblicher sowie öffentlicher Bau ungefähr gleich stark beteiligt. Der Umsatz je Beschäftigten verringerte sich um fast 10 % auf nur noch knapp 46 000 DM

Tabelle 7

Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg 1972 bis 1975

- alle Betriebe -

Art der Angaben	1972	1973	1974	Januar bis September			
				1974 1)	1975 2)	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	
Beschäftigte (MD)	44 534	43 660	36 744	37 558	31 569	- 5 989	- 15,9
Geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	74 370	68 527	57 486	44 453	35 403	- 9 050	- 20,4
davon für							
Wohnbauten	23 046	20 857	16 017	12 450	8 943	- 3 507	- 28,2
gewerbl. und industrielle Bauten	25 274	24 405	19 482	15 252	11 863	- 3 389	- 22,2
öffentliche und Verkehrsbauten	26 050	23 265	21 987	16 751	14 597	- 2 154	- 12,9
davon im							
Hochbau	5 400	4 281	4 646	3 545	2 890	- 655	- 18,5
Straßenbau	5 700	5 163	5 202	4 009	3 295	- 714	- 17,8
sonstigen Tiefbau	14 950	13 821	12 139	9 197	8 412	- 785	- 8,5
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) in 1000 DM	2 619 305	2 755 238	2 758 462	1 911 846	1 451 399	- 460 447	- 24,1
Auftragseingang in 1000 DM	1 863 051	2 094 627	1 595 677	1 262 120	1 070 946	- 191 174	- 15,1

1) berichtigte Zahlen.

2) vorläufige Zahlen.

für das vergangene Dreivierteljahr. Allein diese Zahl macht deutlich, wie schwach die Ertragslage der meisten Betriebe z. Z. ist. Immerhin mußten wiederum über 40 zumeist kleine Betriebe ihre Tätigkeit einstellen.

Rückgang der Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand

Während bereits in den 12 Monaten von Oktober 1973 bis September 1974 ein Rückgang der öffentlichen Tiefbauvergaben (im Einzelbetrag von mindestens 25 000 DM) um fast 14 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen war, gingen die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand in den letzten 12 Berichtsmonaten weiter um gut 17 % zurück; sie beliefen sich in der Zeit von Oktober 1974 bis September 1975 auf rd. 334 Mio DM. Überdurchschnittlich stark war das Absinken bei den Straßenbrückenbauten (-78 %) und den sonstigen Tiefbauten (-37 %). Die sonstigen Tiefbauten, die jahrelang durch U- und S-Bahn-Bauten den größten Anteil unter den Tiefbauvorhaben ausmachten, sind im Berichtszeitraum auf den dritten Platz nach den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten - zu denen vor allem der Sammler-Bau gehört - und den Straßenbauten zurückgefallen. Die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten haben denn auch - neben den nicht so sehr bedeutenden Tiefbauten an Bundeswasserstraßen (+43 %) - entgegen der Gesamttendenz mit einer Zunahme um 17,2 Mio DM (+16 %) einen beachtlichen Zuwachs zu verzeichnen. Wie im vorangegangenen Berichtszeitraum haben auch die großen Einzelaufträge (Vergabewert von 1 Mio DM und mehr) überproportional abgenommen (-21 %) und beliefen sich für die Zeit von Oktober 1974 bis September 1975 nur noch auf 156,5 Mio DM. Zu den absolut größten Tiefbauvergaben im Berichtszeitraum zählten:

27,3 Mio DM für den I. Bauabschnitt des Nebensammlers Bergedorf/West,

25,8 Mio DM für den Abschnitt Süd des Sammlers Ost, 14,3 Mio DM für die Süderelbebrücke.

Allein diese drei Großaufträge machten rund ein Fünftel aller Vergaben von Oktober 1974 bis September 1975 aus.

Tabelle 8

**Auftragsvergaben im Tiefbau in Hamburg
1973/74 und 1974/75
(Einzelaufträge von 25 000 DM und mehr)
- in Mio DM -**

Art der Tiefbaumaßnahmen 1)	Oktober 1973 bis September 1974	Oktober 1974 bis September 1975	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1	2	absolut	in %
			3	4
Straßenbauten	117,2	94,4	- 22,8	- 19,5
Straßenbrückenbauten	23,3	5,1	- 18,2	- 78,1
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	14,8	21,1	+ 6,3	+ 42,6
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	106,9	124,1	+ 17,2	+ 16,1
Sonstige Tiefbauten	141,4	89,0	- 52,4	- 37,1
Tiefbaumaßnahmen insgesamt 2)	403,6	333,7	- 69,9	- 17,3
dar. Einzelaufträge von 1 Mio DM und mehr	198,7	156,5	- 42,2	- 21,2

1) einschl. des vom Bauherrn gestellten Materials.

2) ohne die von der OFD Hamburg verwalteten Auftragsvergaben für Bundesbauten.

Abnahme des Wohnungsbaus um mehr als ein Viertel

Aus der Entwicklung der Baugenehmigungen im Vorjahr war bereits zu erwarten, daß der Wohnungsbau 1975 nicht das gleiche Volumen erreichen würde wie in früheren Jahren. Tatsächlich ging die Zahl der von Oktober 1974 bis zum September 1975 fertiggestellten Wohnungen erheblich zurück, und zwar auf rund 11 200 Wohnungen (-27 %). Ähnlich hohe relative

Abnahmen zeigten sich im Berichtszeitraum bei der Zahl der fertiggestellten Wohngebäude (-23 %) und deren Wohnfläche (-24 %). Die Einschränkungen haben sich im öffentlich geförderten Wohnungsbau weniger ausgewirkt als bei den freifinanzierten Bauvorhaben. So erhöhte sich der Anteil der öffentlich geförderten an allen fertiggestellten Wohnungen um 3,4 Prozentpunkte und lag im Berichtszeitraum bei etwas mehr als der Hälfte des Wohnungszugangs durch Neubauten.

Tabelle 9

Baugenehmigungen und Baufertigstellungen in Hamburg 1973/74 und 1974/75

Art der Angaben	Oktober 1973 bis September 1974	Oktober 1974 bis September 1975	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1	2	absolut	in %
Baugenehmigungen				
Wohngebäude	1 280	1 530	+ 250	+ 19,5
Nichtwohngebäude	606	611	+ 5	+ 0,8
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude in 1000 cbm	4 574	4 516	- 58	- 1,3
Nutzfläche der Nichtwohngebäude in 1000 qm	799	861	+ 62	+ 7,8
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	10 691	10 000	- 691	- 6,5
Baufertigstellungen				
Wohngebäude	1 880	1 440	- 440	- 23,4
Wohnfläche der Wohngebäude in 1000 qm ¹⁾	1 087	829	- 258	- 23,7
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in qm ¹⁾	73,3	70,6	- 2,7	- 3,7
Nichtwohngebäude	779	604	- 175	- 22,5
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude in 1000 cbm	7 995	5 951	- 2 044	- 25,6
Nutzfläche der Nichtwohngebäude in 1000 qm	1 291	915	- 376	- 29,1
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden darunter öffentlich gefördert	15 286	11 205	- 4 081	- 26,7
absolut	7 186	5 649	- 1 537	- 21,4
in %	47,0	50,4	+ 3,4	.

1) ohne Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Von allen fertiggestellten Wohnungen gehörten knapp 4 000 – also etwas mehr als ein Drittel – zu den in der folgenden Zusammenstellung aufgeführten größeren Bauvorhaben. Diese konzentrierten sich auf nur wenig Stadtteile, von denen sich zwei (Steilshoop und Jenfeld) mit gut 1 800 Wohnungen im Bezirk Wandsbek und ebenfalls zwei (Hausbruch und Wilhelmsburg) mit etwa 950 Wohnungen im Bezirk Harburg befinden:

Bezirk	Stadtteil	Straße(n)	Zahl der Wohnungen
Wandsbek	Steilshoop	verschiedene	1 335
Hamburg-Mitte	Billstedt	Mümmelmannsberg, Jenkelweg	734
Harburg	Hausbruch	Neuwiedenthaler Straße	496

Bezirk	Stadtteil	Straße(n)	Zahl der Wohnungen
Wandsbek	Jenfeld	Bekkamp	480
Eimsbüttel	Lokstedt	Lenzweg, Julius-Vosseier-Straße	471
Harburg	Wilhelmsburg	Kirchdorfer Straße	456
Zusammen			3 972

Ähnlich starke Einbußen wie der Wohnungsbau hat von Oktober 1974 bis zum September 1975 auch der Nichtwohnbau hinnehmen müssen. Der umbaute Raum verminderte sich um etwa ein Viertel und die fertiggestellte Nutzfläche sogar um fast 30 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Bei den – gemessen an den veranschlagten reinen Baukosten – fertiggestellten 12 größten Bauvorhaben im Nichtwohnbau handelte es sich um folgende Objekte:

Verwaltungs- und Bürogebäude in Winterhude (City-Nord), St. Georg und Neustadt;

Gewerbegebäude in Gr. Borstel;

Internats- und Ausbildungsgebäude für das Berufsförderungswerk in Farmsen-Berne;

Rechenzentrum in Winterhude (City-Nord);

Krankenhausbauten in Marienthal und Langenhorn;

Einkaufszentrum mit Bürogebäude in Barmbek-Süd;

Hotel in Billstedt;

Redaktionshaus für den NDR in Lokstedt und Stückgutanlage für die Deutsche Bundesbahn in St. Georg.

Das derzeitige Bild bei den Baugenehmigungen läßt erwarten, daß die konjunkturell begründete „Talfahrt“ des Wohn- und Nichtwohnbauens im nächsten Jahr gebremst, wenn nicht sogar beendet werden kann. Sowohl bei den Genehmigungen für Wohnungen (-6,5 %) als auch für Nichtwohngebäude (Umbauter Raum -1 %, Nutzfläche +8 %) ergaben sich von Oktober 1974 bis zum September 1975 im Vergleich zu den 12 Monaten vorher nur noch geringere Abnahmen, bei der Nutzfläche sogar ein beachtlicher Zuwachs. Diese in Andeutungen sich darstellende Belebung im Wirtschaftsbau mag vielleicht auch, mit der Investitionszulage zusammenhängen, die im Wohnungsbau wohl deswegen kaum Auswirkungen gezeigt hat, weil hier möglicherweise die hohe Leerwohnungsreserve abschreckend wirkte.

Die Zahl der zum Bau genehmigten Wohngebäude hat um fast 20 % zugenommen; das ist – bei zurückgegangener Zahl genehmigter Wohnungen – darauf zurückzuführen, daß bei den Wohngebäuden mit einer Wohnung rd. 45 % und bei den Wohngebäuden mit zwei Wohnungen rd. 36 % mehr Genehmigungen erteilt wurden, während der Rückgang bei den Wohn-

gebäuden mit drei und mehr Wohnungen etwa 7 % betrug.

Nur noch geringfügiger Anstieg des Baupreisindex

Die nachlassende Hochkonjunktur im Wohnungs- und Nichtwohnungsbau wird auch beim Baupreisindex deutlich. Nach Steigerung des Preisindex für Wohngebäude um 9 bis 10 % von 1973 auf 1974, erhöhte er sich von August 1974 bis August 1975 nur noch um knapp 4 % auf 232,3 (Basis 1962 = 100). Für Bürogebäude und gewerbliche Betriebsgebäude, bei denen die Veränderungsraten des Baupreisindex erfahrungsgemäß immer etwas niedriger ausfallen, stieg er im gleichen Zeitraum nur noch um 2,2 bzw. 1,6 % auf 220,1 bzw. 214,7 (Basis 1962 = 100).

Tabelle 10

Preisindex für Gebäude in Hamburg im August 1974 und 1975
— 1962 = 100 —

Art der Gebäude Bauleistungsgruppen	August 1974	August 1975	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	1	2	
Wohngebäude	223,5	232,3	+ 3,9
dav. Erd- und Grund- bauarbeiten	175,4	172,0	- 1,9
Rohbauarbeiten	214,2	216,4	+ 1,0
Ausbauarbeiten	242,1	257,9	+ 6,5
Haustechn. Anlagen	213,7	226,5	+ 6,0
Bürogebäude	215,4	220,1	+ 2,2
Gewerbliche Betriebs- gebäude	211,4	214,7	+ 1,6

Erheblich differenzierte Veränderungsraten gab es wiederum bei den einzelnen Bauleistungsgruppen innerhalb des Index. Bei allen in der Tabelle genannten Gebäudearten waren diese ähnlich, so daß die Darstellung der Bauleistungsgruppen beim Preisindex für Wohngebäude als Beispiel ausreicht. Von August 1974 bis August 1975 war bei den Erd- und Grundbauarbeiten ein Rückgang (-1,9 %) zu verzeichnen und bei den Rohbauarbeiten gab es einen nur unterdurchschnittlichen (+1,0 %) Anstieg. Wie in den vergangenen beiden Jahren auch, erhöhte sich der Preisindex für Ausbauarbeiten (+6,5 %) und hausbautechnische Anlagen (+6,0 %) dagegen überdurchschnittlich.

7. Handel und Verkehr

Stagnation im Handel

Im Hamburger Groß- und Außenhandel setzt sich der hohe Umsatzzuwachs der letzten drei Jahre nicht fort. Nach der Entwicklung in den ersten acht Monaten 1975 ist mit einer Stagnation, wenn nicht sogar mit leichtem Rückgang des nominalen Umsatzes zu rechnen. Besonders betroffen sind die Bereiche Getreide, Futter- und Düngemittel sowie Rohstoffe und Halbwaren. Während der Handel mit Textilwaren und Schuhen nur leichte Einbußen hinnehmen mußte, kann bei den Nahrungs- und Genußmitteln noch mit einem geringen Plus gerechnet werden.

Im Einzelhandel dauert die Kaufzurückhaltung an. Wie schon im Vorjahr zeichnet sich bis einschließlich September nur ein nominales Umsatzwachstum von 6,5 % ab, das preisbereinigt einem geringen Rückgang entspricht. Damit verlief die Entwicklung in Hamburg ungünstiger als im Bundesgebiet, wo der Umsatz nominal um 8,6 % über dem Vorjahresniveau liegt. Nach den bis September vorliegenden Zahlen schnitt in Hamburg der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (einschl. Versandhandel) mit 9 % überdurchschnittlich ab, während der Facheinzelhandel, auf den rund zwei Drittel der gesamten Umsätze entfallen, nur ein Plus von 5 % erreichte.

Zwischen den einzelnen Branchen ist eine sehr differenzierte Entwicklung festzustellen. So verzeichnete der Kraftfahrzeughandel (+20 %) einen verhältnismäßig großen Zuwachs. Dagegen lief das Geschäft im Einzelhandel mit Möbeln (-9 %) besonders schlecht. Auch im Brennstoffhandel entstand — wohl als Folge des milden Winters — ein Umsatzrückgang von 5 %. Legt man das Ergebnis der ersten neun Monate 1975 zugrunde, so dürfte der Gesamtumsatz des Einzelhandels in Hamburg sich in diesem Jahr auf schätzungsweise 12,7 Mrd DM belaufen.

Tabelle 11

Umsätze im Einzelhandel in Hamburg 1974 und 1975
— in Mio DM —

Wirtschafts- gliederungen	Januar bis August			
	1974	1975	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Einzelhandel insgesamt	7 333	7 801	+ 473	+ 5,7
Waren verschiedener Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	2 176	2 343	+ 167	+ 7,7
Facheinzelhandel	5 207	5 457	+ 249	+ 4,8

Weiterhin leichter Rückgang im Fremdenverkehr

Im Hamburger Beherbergungsgewerbe, das über knapp 400 Betriebe mit 16 300 Betten verfügt, ist die Zahl der Gäste in den ersten neun Monaten 1975 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6 % zurückgegangen. Für die Zahl der Übernachtungen sieht das Ergebnis mit fast -4 % nicht ganz so ungünstig aus. Diese Entwicklung ist überwiegend auf das Ausbleiben inländischer Besucher zurückzuführen, während die Zahl der Ausländer und ihrer Übernachtungen nur geringfügig zurückging.

Interessant ist, daß für die Monate Juli und August erstmals seit längerer Zeit — wenn man das IGA-Jahr 1973 außer acht läßt — wieder positive Ergebnisse erzielt werden konnten. Dies ist um so bemerkenswerter, als in den letzten Jahren gerade der für die Sommermonate so wichtige Touristenverkehr stark rückläufig war. Unter Berücksichtigung der bis jetzt bekannten Entwicklung läßt sich für 1975 die Gästezahl auf 1,3 Mio schätzen. Davon dürften rund 420 000 Ausländer sein. Die Zahl der Übernachtungen wird voraussichtlich knapp 2,5 Mio, die der ausländischen Gäste etwa 800 000 erreichen.

Die ungünstige Entwicklung im Fremdenverkehr blieb vermutlich auch nicht ohne Wirkung auf die Umsätze des Gastgewerbes; denn im Beherbergungsgewerbe gingen die Umsätze in den ersten acht Monaten d. J. um 1 % zurück, während dagegen das Gaststättengewerbe einen Zuwachs um 5 % erzielen konnte. Für das ganze Jahr 1975 wird das Gastgewerbe insgesamt voraussichtlich einen Umsatz von etwa 970 Mio DM erreichen; das entspricht einer Steigerung von 3 %.

Starker Umschlagsrückgang im Hamburger Hafen

In den ersten zehn Monaten wurden im Hamburger Hafen 38,8 Mio t Seegüter umgeschlagen. Damit ist ein Rückgang von gut 5 Mio t oder 11 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, in dem vor allem aufgrund des damals noch ungebrochenen Exportbooms eine verhältnismäßig hohe Steigerungsrate (+8 %) erzielt wurde. Die im Vergleich zu 1973 (40,6 Mio t) und 1974 (43,9 Mio t) relativ niedrige Umschlagsleistung wurde, wie zu erwarten war, vor allem durch die weltwirtschaftlich bedingte Abnahme des Außenhandelsverkehrs beeinträchtigt. Dabei wurden beträchtliche Einbußen sowohl im Versand (11,5 Mio t; -13 %) als auch im Empfang (27,3 Mio t; -11 %) registriert.

Der mengenmäßig größte Rückgang ergab sich bei den Massengütern: Bei einem Gesamtumschlag von 27,5 Mio t betrug der Verlust 3,0 Mio t (-10 %). Maßgeblich beeinflusst wurde dieses durch die um 2,2 Mio t verminderten Zufuhren von Flüssigkeitsladungen, insbesondere von Rohöl und Mineralölprodukten. Auch an Greifergut wurde infolge stark eingeschränkter Erz- und Koksverladungen fast 1 Mio t weniger umgeschlagen als im Jahr zuvor. Dagegen konnte beim Sauggut das Vorjahresergebnis geringfügig übertroffen werden. Hierbei wurden überdurchschnittliche Umschlagsgewinne bei Getreide, Ölfrüchten und Futtermitteln registriert. Insgesamt gesehen lag der Umschlagsrückgang beim Massengut vor allem beim Empfang (-10 %), während auf der Versandseite ein Minus von 7 % verzeichnet wurde.

Ebenfalls beträchtlich zurückgegangen ist auch der Stückgutverkehr. Das Stück- und Sackgutaufkommen verringerte sich um 15 % auf insgesamt 11,4 Mio t, insbesondere hervorgerufen durch starke Umschlagsverluste von Eisen und Stahl im Versand sowie durch verminderte Einfuhren von Holz und Südfrüchten.

Im Gegensatz zum Vorjahr gingen von der Durchfuhr, auf die fast ein Fünftel des gesamten Güterumschlags entfällt, diesmal negative Einflüsse aus. So belief sich bis August dieses Jahres der Güterumschlag im Transit auf 5,6 Mio t und ging damit um über 11 % zurück. Bei dieser Berechnung wurden die für die DDR und CSSR kurzfristig zwischengelagerten Güter (überwiegend Getreide, Ölfrüchte und Futtermittel) hinzugezogen, obwohl sie formal als „Einfuhr auf offene Zolllager“ gelten. Der Rückgang bezieht sich auf fast alle Länder, die in nennenswertem Umfang Waren über den Hafen leiten. Eine Ausnahme bildet lediglich die CSSR, deren Außenhandel über Hamburg um 21 % anstieg. Der Zuwachs ist dabei vor allem auf den erhöhten Umschlag von Ölkuchen, Mineralölprodukten sowie Stickstoff- und anderen Düngemitteln zurückzuführen.

An der Spitze der Transit-Länder steht nach wie vor die DDR (1,8 Mio t). Ein hier zu verzeichnender Rückgang von knapp 15 % ist überwiegend auf ein geringeres Aufkommen von Getreide zurückzuführen. An zweiter Stelle rangiert die CSSR (1,2 Mio t), gefolgt von Österreich, dessen Transit hauptsächlich infolge verminderter Erztransporte stark rückläufig war.

Tabelle 12

Güterverkehr über See in Hamburg 1972 bis 1975 — Mengen in 1000 t —

Art der Angaben	1972	1973	1974	Januar bis Oktober		Veränderung gegenüber Vorjahr	
				1974 ¹⁾	1975 ¹⁾	absolut	in %
				1	2	3	4
Gesamtumschlag	46 254	49 849	52 349	43 858	38 837	- 5 021	- 11,4
davon							
Stückgut	13 382	14 840	16 141	13 423	11 373	- 2 050	- 15,3
Massengut	32 872	35 009	36 208	30 435	27 464	- 2 971	- 9,8
Empfang	35 581	37 154	36 527	30 580	27 326	- 3 254	- 10,6
davon							
Stückgut	7 482	7 802	7 598	6 254	5 538	- 716	- 11,4
Massengut	28 099	29 352	28 929	24 326	21 788	- 2 538	- 10,4
Versand	10 673	12 695	15 822	13 278	11 511	- 1 767	- 13,3
davon							
Stückgut	5 900	7 038	8 543	7 169	5 835	- 1 334	- 18,6
Massengut	4 773	5 657	7 279	6 109	5 676	- 433	- 7,1

1) Quelle: Hafendirektion.

Da in den letzten zwei Monaten keine Anzeichen auf eine weitere Abschwächung des Hafenumschlags hindeuten, wird man für das gesamte Jahr 1975 mit einem Umschlagsvolumen von 48,4 Mio t rechnen können. Davon dürften rd. 13,7 Mio t auf Stückgüter und 34,4 Mio t auf Massengüter entfallen.

Weitere Zunahme des Containerumschlags

Bis Ende Oktober wurden insgesamt knapp 215 000 Großcontainer umgeschlagen, was einer Steigerungsrate von nicht ganz 8 % entspricht. Dabei belief sich das Bruttogewicht der beladenen Behälter auf 2,2 Mio t. Hinsichtlich der Stückzahl stark zugenommen hat wiederum der Containerverkehr mit Ostasien (+19 %). Während in den ersten zehn Monaten in dieser Relation allein 107 000 Behälter umgeschlagen wurden, konnten die traditionellen Fahrtgebiete an nordamerikanischen Atlantik- und Pazifikhäfen zusammen nur 37 000 Einheiten auf sich vereinigen (gegenüber dem Vorjahreszeitraum -13 %).

Innerhalb Europas ist vor allem der Containerverkehr mit Skandinavien hervorzuheben, der mit rd. 12 300 Stück um 43 % zugenommen hat.

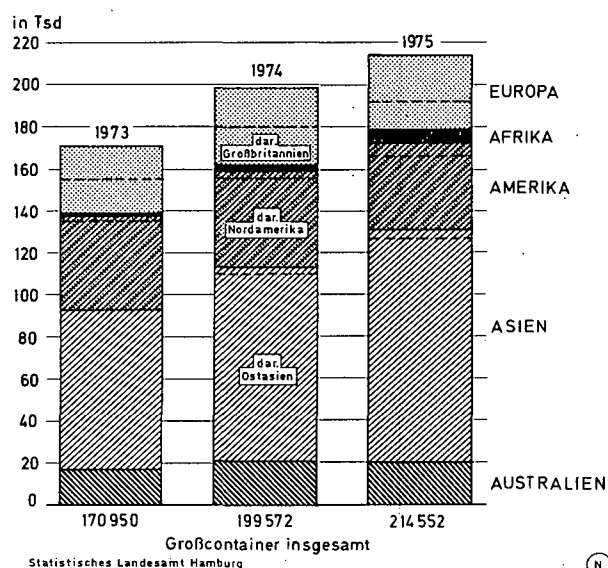
Für das gesamte Jahr 1975 kann daher mit einem Umschlag von etwa 260 000 Großcontainern gerechnet werden. Das Bruttogewicht der umgeschlagenen Behälter wird voraussichtlich ein Umschlagsvolumen von 2,6 Mio t ergeben.

Deutliche Einbuße im Binnenschiffsverkehr

Die Binnenschifffahrt hat in den ersten neun Monaten im Hamburger Hafen rd. 7 Mio t Güter umgeschlagen. Damit wurde im Vergleich zum Vorjahr die Transportleistung um mehr als 890 000 t bzw. 11 % unterschritten, wozu vermutlich in erster Linie der rückläufige Umschlag im Seeverkehr des Hamburger Hafens beigetragen hat.

Schaubild 5

In Hamburg umgeschlagene Großcontainer nach Verkehrsbereichen in den Monaten Januar bis Oktober 1973, 1974 und 1975



Während im Unterelbeverkehr eine Abnahme des Ladungsaufkommens um 366 000 t (-11 %) registriert wurde, belief sich der Transportrückgang im Verkehr auf der Oberelbe auf rd. 524 000 t (-11 %). Überdurchschnittlich vermindert hat sich hierbei der Verkehr bis Schnackenburg (-22 %), insbesondere hervorgerufen durch erhebliche Abnahmen beim Empfang von Sand und Kies. Starke Einbußen erlitt die Binnenschifffahrt auch im Verkehr mit der DDR (-12 %) sowie mit Westberlin (-5 %). Dagegen blieb die beförderte Gütermenge von und nach der CSSR ihrem Volumen nach nahezu unverändert.

Da in den restlichen Monaten eine leichte Steigerung der Transportleistung erwartet wird, kann mit einem Jahresergebnis von 9,5 Mio t gerechnet werden.

Geringeres Transportvolumen in der Hafenschifffahrt

Die negative Entwicklung im seewärtigen Güterumschlag hatte auch ihre Rückwirkung auf die Hafenschifffahrt. Von Januar bis Oktober belief sich das Transportaufkommen auf 4,4 Mio t und lag damit um gut 9 % niedriger als im Vorjahr. Stark zurückgegangen ist hierbei die Beförderung von Stück- und Sackgut (-27 %), wobei besonders hohe Einbußen beim Seetransit auffallen. Dagegen wurde beim mengenmäßig bedeutenderen Massengut eine geringe Abnahme registriert.

Der Gesamtumschlag der Hafenwirtschaft dürfte im Jahre 1975 5,4 Mio t erreichen.

Höheres Fluggastaufkommen durch Pauschalreiseverkehr

Auch die Verkehrsleistung des Hamburger Flughafens war in einigen Bereichen geringer als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. So verringerte sich die

Zahl der Starts und Landungen im gewerblichen Luftverkehr um 4 %, so daß insgesamt nur knapp 49 000 Flugzeugbewegungen zu verzeichnen waren. Die Zahl der Fluggäste brachte mit 2,7 Mio einen Zuwachs von 3 %. Besonders stark zugenommen hat dabei der Pauschalreiseverkehr: Hier wurden bis Ende September 484 000 Personen (ohne Transit) abgefertigt, was gegenüber dem Vorjahreszeitraum einer Steigerungsrate von 22 % entspricht. Dagegen konnte im Linienverkehr, insbesondere hervorgerufen durch starke Einbußen auf der Berlin-Route, das Vorjahresniveau von 2,1 Mio nicht ganz erreicht werden (-0,6 %). Ebenso lag das Luftfrachtaufkommen mit 18 400 t (ohne Transit) um 2,1 % unter den Ergebnissen des Vorjahres. Verhältnismäßig stark ging auch der Luftpostverkehr zurück (-3,5 %), der sich in den ersten neun Monaten mengenmäßig auf 6 100 t belief.

Ohne Berücksichtigung des Transits werden im Jahresergebnis rd. 3,5 Mio Personen befördert werden. Bei der Luftfracht kann man mit insgesamt 25 300 t rechnen, während das Luftpostaufkommen voraussichtlich bei 8 500 t liegen wird.

Öffentlicher Personennahverkehr erstmals rückläufig

Von Januar bis September dieses Jahres wurden mit Hamburger Verkehrsmitteln rd. 440 Mio Fahrgäste befördert. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahreszeitraum einer - seit Bestand des Hamburger Verkehrsverbundes erstmaligen - Abnahme von 3 %.

In der Gliederung nach Betriebszweigen schneidet der Kraftomnibusverkehr, der seine Verkehrsleistung auf dem Vorjahresniveau halten konnte (173 Mio), noch verhältnismäßig günstig ab. Hingegen mußte der Verkehr mit Schnell- und Vorortbahnen erstmals nennenswerte Einbußen hinnehmen (-3,4 %). Die Abwanderung in schnellbahnferne Umlandgebiete hat dafür sicherlich ebenso eine Rolle gespielt wie die allgemeine wirtschaftliche Lage, die unter anderem auch zu einer Abnahme im Gelegenheits- und Abendverkehr beigetragen hat. Trotzdem bleibt dieser Verkehrszweig mit einem Beförderungsvolumen von fast 236 Mio Fahrgästen das mit Abstand wichtigste Beförderungsmittel in Hamburg. Bei der Straßenbahn wurde infolge weiterer Linienstilllegungen erneut ein beträchtlicher Rückgang verzeichnet. Bis September 1975 wurden bei diesem Betriebszweig 4,6 Mio Fahrgäste und damit 17 % weniger gezählt als im Vorjahr. Auch bei der Schifffahrt wurde im Vergleich zum Vorjahr eine negative Tendenz (-0,5 %) registriert.

Für das Jahr 1975 ist eine Gesamtzahl von etwa 595 Mio beförderter Personen zu erwarten, von denen 54 % auf die Schnell- und Vorortbahnen entfallen. Die Verkehrsnachfrage wird 1975 damit Fahrgastverluste von rd. 3 % ausweisen.

Wiederanstieg des Kraftfahrzeugbestandes

Im Rahmen der jährlichen Bestandsstatistik wurden am 1. 7. 1975 insgesamt rd. 534 100 registrierte Kraftfahrzeuge erfaßt, darunter 485 600 Personen- und Kombinationskraftwagen. Im Durchschnitt entfielen

Tabelle 13

Mit Hamburger Verkehrsmitteln beförderte Personen 1972 bis 1975

- in 1000 -

Verkehrsmittel	1972	1973	1974	Januar bis August			
				1974	1975	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						in %	absolut
1	2	3	4	5	6	7	
Schnell- und Vorortbahnen 1)	331 449	330 613	330 926	217 493	209 889	- 3,5	- 7 604
Kraftomnibusse	207 246	223 453	236 172	153 852	153 835	- 0	- 17
Straßenbahnen	51 691	43 038	35 180	23 889	19 814	- 17,1	- 4 075
Schifffahrt 2)	12 070	11 837	11 798	7 942	7 838	- 1,3	- 104
I n s g e s a m t	602 456	608 941	614 076	403 176	391 376	- 2,9	- 11 800

- 1) S- und U-Bahnen; nichtbundeseigene Eisenbahnen.
2) Hafen- und Alsterschifffahrt.

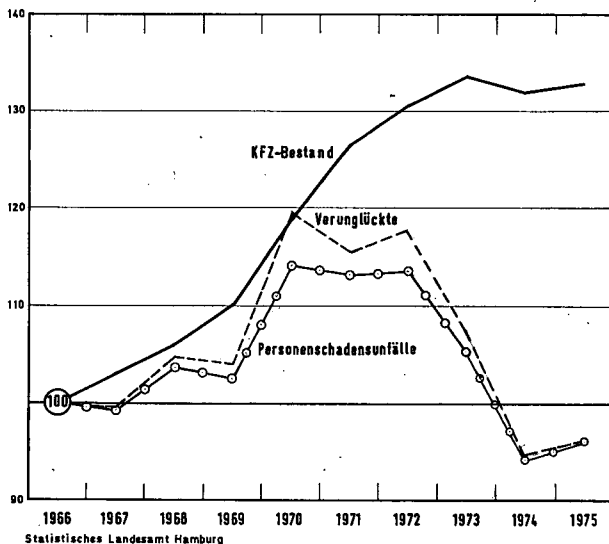
damit auf je 1 000 Einwohner 308 Kraftfahrzeuge. Gegenüber dem Vorjahr hat der Kraftfahrzeugbestand um 3 300 Fahrzeuge wieder leicht zugenommen, nachdem von 1973 auf 1974 erstmals in der Nachkriegszeit ein Rückgang verzeichnet wurde.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer Reihe von z. T. gegenläufigen Faktoren, die sich im einzelnen nicht quantifizieren lassen. So wirken die anhaltenden Bevölkerungsverluste an das Umland nach wie vor in Richtung auf eine Verringerung des Kfz-Bestandes in Hamburg. Hinzu kommt, daß die Betriebskosten des Autos in letzter Zeit erheblich gestiegen sind. Es hat aber doch den Anschein, daß die negativen Auswirkungen der Energiekrise 1973/74 und die Unsicherheit der allgemeinen wirtschaftlichen Situation – beides hatte 1974 zu einer starken Zurückhaltung der Käufer geführt – weitgehend überwunden sind.

Schaubild 6

Kraftfahrzeugbestand, Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und Verunglückte 1966 bis 1975

- 1966 = 100 -



Darauf deutet auch die Zahl der Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge hin, die sich in den ersten sieben Monaten gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres wesentlich erhöhte (+19%), nachdem im Jahr zuvor noch ein augenfälliger Rückgang (-24%) registriert wurde. Hierbei ist neuerdings deutlich ein Trend zu kleineren Fahrzeugen zu erkennen: so stieg die Zahl der neu in den Verkehr kommenden Fahrzeuge in der Hubraumklasse von 1 000 bis unter 1 500 cm³, die nahezu die Hälfte der neu zugelassenen Pkw umfaßte, um 40%. Bei den nächsthöheren Wagenklassen wurde ein weitaus geringerer Anstieg verzeichnet.

Leichte Zunahme der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Bis Oktober dieses Jahres ereigneten sich auf Hamburgs Straßen knapp 8 600 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Dabei verunglückten mehr als 11 300 Verkehrsteilnehmer. Nach einem drastischen Rückgang der Zahl der Personenschadensunfälle (-14%) und der Verunglückten (-16%) im letzten Jahr, wurde 1975 eine erneute Zunahme der Unfallzahlen registriert. So ist in den letzten zehn Monaten die Zahl der Personenschadensunfälle und die der Verunglückten wieder um 0,3 bzw. 0,1% leicht angestiegen. Im Gegensatz dazu sind die Sachschadensunfälle (ohne Bagatellunfälle) um 7% zurückgegangen. Möglicherweise haben die extrem günstigen Witterungsbedingungen in diesem Jahr zu dieser positiven Entwicklung maßgeblich beigetragen. Andernfalls wäre vermutlich auch hinsichtlich der Personenschadensunfälle das Ergebnis noch ungünstiger ausgefallen.

Für das gesamte Jahr ist bei Anhalten der bisherigen Tendenz und unter der Voraussetzung, daß der Winter nicht allzu plötzlich einsetzt, mit einer Gesamtzahl von 10 700 Personenschadensunfälle zu rechnen. Die Zahl der verunglückten Personen wird hierbei auf 14 100 geschätzt.

8. Staatsfinanzen

Halbierung der Zuwachsraten bei öffentlichen Ausgaben

Das konjunkturelle Tief bremst die Entwicklung der hamburgischen Staatsfinanzen auf der Ausgabenseite und erzwingt auf der Einnahmenseite die Hereinnahme von immer mehr Fremdmitteln.

Von Januar bis September 1975 hat Hamburg insgesamt 6,32 Mrd DM ausgegeben, 413 Mio DM oder 7 % mehr als während der gleichen Zeit des Vorjahres, in der der Ausgabenanstieg mit 17 % noch über doppelt so hoch gewesen ist. Demgegenüber vereinnahmte der Fiskus im ersten Dreivierteljahr 1975 nur 6,27 Mrd DM, was einem Einnahmenezuwachs von 385 Mio DM bzw. 6,5 % bedeutet. Per saldo ergibt sich also für diesen Zeitabschnitt ein Defizit von 48 Mio DM, der aus freien Kassenmitteln vorübergehend gedeckt wurde.

In den Einnahmen ist eine Schuldenaufnahme von brutto 845,6 Mio DM mitinbegriffen, die im Vergleich zum Vorjahr um 28 % drastisch expandierte. Die Steuererträge, als bedeutendste reguläre Einnahmequelle, gingen nach Berücksichtigung des Finanzausgleichs um 4 % zurück, während bei administrativen Gebühren und Beiträgen mit +16 % ein kräftiger Anstieg auf 849,2 Mio DM verbucht wurde. Die sich auf 147 Mio DM belaufenden Einnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung des Staates übertrafen ihr vorjähriges Ergebnis nur ganz geringfügig.

Der Ausgabenzuwachs hat sich fast vollständig bei den Konsumauswendungen niedergeschlagen: So stiegen die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse überproportional an, und auch die Personalausgaben sowie der laufende Sachaufwand nahmen überdurchschnittlich zu; die Ausgaben der Kapitalrechnung, darunter speziell die Investitionen und Investitionshilfen, stagnieren dagegen.

Zur richtigen Einschätzung dieser Zahlen ist jedoch die Tatsache in Rechnung zu stellen, daß sich wichtige Investitionen der öffentlichen Hand, wie der Wohnungsbau, der Bau von Schwimmhallen und Bädern u.a.m., größtenteils außerhalb der Hoheitsverwaltung abspielen und daher nicht etatisiert sind.

Der durch einen Nachtrag korrigierte Haushaltsplan 1975 veranschlagt Gesamtausgaben in Höhe von 8,730 Mrd DM, gegenüber Gesamteinnahmen in Höhe von 8,644 Mrd DM, woraus sich eine noch um 38 Mio DM höhere Deckungslücke ergibt als bisher.

Wachstumspause bei den Steuereinnahmen

Die anhaltende, allgemeine Rezession und die Folgen der Steuerreform beeinträchtigen gegenwärtig die Steuereinnahmen empfindlich. In den ersten drei Quartalen 1975 belief sich das kassenmäßige Steueraufkommen vor der Verteilung auf brutto 16,96 Mrd DM; das sind nur noch 470 Mio DM oder 3 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die entsprechende Zunahme 1974 lag dagegen noch bei 1,2 Mrd DM bzw. 8 %. Bei unveränderter Entwicklung bis

Tabelle 14

Öffentliche Ausgaben Hamburgs nach ausgewählten Arten 1974 und 1975

Ausgabearten	Januar bis September			
	1974	1975	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio DM		in %	
	1	2	3	4
Öffentliche Ausgaben insgesamt	5 905	6 318	+ 413	+ 7,0
darunter				
Personalausgaben	2 647	2 864	+ 217	+ 8,2
Investitionen 1)	903	914	+ 11	+ 1,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	891	1 069	+ 178	+ 20,0
Laufender Sachaufwand	806	871	+ 65	+ 8,1

1) Sachinvestitionen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, Darlehen und Erwerb von Beteiligungen.

Jahresende 1975 würden sich die Steuereingänge zu einem Gesamtbetrag von 24,13 Mrd DM kumulieren. Von dem Steueraufkommen verbleibt Hamburg nach dessen Verteilung auf die Gebietskörperschaften gemäß Ertragshoheit und nach Finanzausgleich nur ein relativ kleiner Rest für eigene Ausgabezwecke. Diese sog. haushaltswirksamen Steuereinnahmen summieren sich in den ersten neun Monaten 1975 auf rd. 3,26 Mrd DM, 143 Mio DM oder 4 % weniger als zur selben Zeit im Vorjahr. Bei einem andauernden Rückgang dieses Ausmaßes würde, ausgehend vom Ist der haushaltsrelevanten Steuereinnahmen 1974, der 4,793 Mrd DM betragende rechnerische Haushaltsansatz 1975 unter Einbeziehung des Nachtragshaushalts um 131 Mio DM unterschritten werden, so daß der Hansestadt für das volle Jahr 1975 nicht mehr als 4,662 Mrd DM zur Verfügung stünden. Gegenüber dem 1974 effektiv erzielten Resultat wäre das eine Verminderung um 204 Mio DM.

Unter den Verbundsteuern hat lediglich die veranlagte Einkommensteuer einen bemerkenswerten Anstieg (+25 %) zu verzeichnen, während sich die wesentlich aufkommensträchtigeren Steuern vom Umsatz sowie die Lohnsteuer mit einem knapp unter bzw. über 1 % liegenden Zuwachs begnügen müssen. Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag sowie Körperschaftsteuer bleiben bis jetzt sogar weit hinter ihrem Ergebnis aus 1974 zurück.

Unter den Bundesabgaben, die zusammengenommen eine Steigerung um 6 % erfuhren, ist die Tabaksteuer mit einem Aufkommensplus von 46 % Spitzenreiter, was aber keineswegs auf einen höheren Tabakverbrauch zurückzuführen ist, sondern mit der neuerdings erfolgten Zentralisierung des Verkaufs von Steuerbänderolen zusammenhängt. Das kräftige Minus bei der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer hat seine Ursache in der im Rahmen der Einkommensteuerreform verfügbaren Limitierung dieser Abgabe auf die Körperschaftsteuerpflichtigen.

Die reinen Landessteuern erbrachten bislang nur 2% mehr, und selbst das wäre ohne den außerordentlichen Zuwachs bei der Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Grunderwerbsteuer nicht erreicht worden, da die wichtigsten, nämlich Vermögensteuer und Kraftfahrzeugsteuer, mit -4% bzw. -2% abschlossen.

Am günstigsten haben sich die Kommunalsteuern entwickelt. Hiervon flossen 12% mehr den Kassen zu. Dabei ist zur berücksichtigen, daß der Hebesatz der Gewerbebeitrag- und Gewerbesteuer von 315 auf 335% und derjenige der Lohnsummensteuer von 600 auf 700% heraufgesetzt wurde.

Ein Vergleich zum Steueraufkommen im ganzen Bundesgebiet ist nur ohne Gemeindesteueraufkommen möglich, weil darüber aktuelles Zahlenmaterial noch nicht vorliegt. Bund und Länder verbuchten von Januar bis September 1975 insgesamt 154,9 Mrd DM an Steuereingängen (ohne Lastenausgleichsabgaben), was faktisch keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr darstellt (Hamburg +2%). Mit +2% lagen dar-

unter hingegen die reinen Bundessteuern mit -2% (Hamburg +6%). Hamburg hat also ausgerechnet bei den Abgaben um so vieles besser abgeschnitten, die in seinen Kassen bloß als durchlaufende Gelder in Erscheinung treten.

Niveau der Staatsverschuldung übersteigt drei Viertel des Etatvolumens

Die Schere zwischen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen ist in diesem Jahr aus konjunkturellen Gründen weiter geöffnet als sonst. Wegen der Rückentwicklung der Selbstfinanzierungsquote und des der Rezession gegensteuernden deficit-spending muß die Hansestadt in hohem Maß Verpflichtungen eingehen. Schon jetzt ist beinahe ein Stadium erreicht, in dem die gesamten Investitionsausgaben nur noch auf kreditärem Wege finanziert werden können.

Nach der Quartalsstatistik über die Ausgaben und Einnahmen der Länder hat Hamburg in der Zeit vom Januar bis September 1975 brutto 846 Mio DM Schulden aufgenommen; im Jahr zuvor waren es 659 Mio DM bzw. 22% weniger. Da Kredite früher oder später den Gläubigern zurückzuerstatten sind, handelt es sich also nur um vorläufige Einnahmen. Nebenher werden auch bestehende Schulden in größerem Umfang abgetragen. Netto stieg jedoch die gesamte fundierte Staatsschuld in den ersten drei Quartalen 1975 um 536 Mio DM oder 9% an und gelangte Ende September mit 6,55 Mrd DM auf ein bisher nicht dagewesenes Niveau. Durchschnittlich entfallen jetzt auf den Kopf der Bevölkerung 3 793 DM Schulden, während zwölf Monate früher der Betrag 3 132 DM ausmachte. Bringt man ausschließlich die Verbindlichkeiten aus Kreditmarktmitteln in Ansatz, die in erster Linie über die Höhe des Schuldendienstes und damit die Budgetbelastung entscheiden, dann ergeben sich z. Z. 3 059 DM je Einwohner Hamburgs, 662 DM mehr als zum Vorjahresstermin.

Mit Hilfe der von der Behörde für Vermögen und öffentliche Unternehmen gesetzten kurzfristigen Planungsziele ist eine Prognose des öffentlichen Schuldenstandes bis Ende 1975 möglich, die allerdings noch mit einer gravierenden Unsicherheitsmarge bis

Tabelle 15
Steueraufkommen in Hamburg 1974 und 1975

Steuerarten	Januar bis September			
	1974	1975	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio DM		in %	
	1	2	3	4
Gemeinschaftliche Steuern 1)	8 035	7 952	- 83	- 1,0
davon				
Lohnsteuer	2 910	2 948	+ 38	+ 1,3
Veranlagte Einkommensteuer	868	1 081	+ 213	+ 24,5
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	573	263	- 310	- 54,1
Körperschaftsteuer	514	463	- 51	- 9,9
Steuern vom Umsatz	3 170	3 197	+ 27	+ 0,9
Bundessteuern	7 163	7 601	+ 438	+ 6,1
darunter				
Zölle	539	513	- 26	- 4,8
Mineralölsteuer	5 248	5 434	+ 186	+ 3,5
Tabaksteuer	755	1 102	+ 347	+ 46,0
Kaffeesteuer	243	229	- 14	- 5,8
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer	105	37	- 68	- 64,8
Landessteuern	404	413	+ 9	+ 2,2
darunter				
Vermögensteuer	170	163	- 7	- 4,1
Erbschaftsteuer	17	14	- 3	- 17,6
Grunderwerbsteuer	35	44	+ 9	+ 25,7
Kraftfahrzeugsteuer	114	112	- 2	- 1,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	34	45	+ 11	+ 32,4
Gemeindesteuern 2)	892	998	+ 106	+ 11,9
darunter				
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital 2)	652	729	+ 77	+ 11,8
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	139	157	+ 18	+ 12,9
Gemeinschaft-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern insgesamt	16 494	16 964	+ 470	+ 2,8
darunter				
Haushaltswirksame Steuereinnahmen	3 406	3 263	- 143	- 4,2

1) ohne Gewerbesteuerumlage.

2) einschl. Gewerbesteuerumlage.

über die ausschließlich den Ländern vorbehaltenen Steuern (Hamburg +2%), mit ganz geringem Anstieg die gemeinschaftlichen Steuern (Hamburg -1%),

Tabelle 16
Stand der fundierten Schulden 1974 und 1975

Schuldenarten	30. September			
	1974 ¹⁾	1975	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio DM		in %	
	1	2	3	4
Fundierte Schulden insgesamt	5 447	6 552	+ 1 105	+ 20,3
davon				
Schulden aus Kreditmarktmitteln 2)	4 169	5 285	+ 1 116	+ 26,8
Schulden beim öffentlichen Bereich	695	698	+ 3	+ 0,4
Ausgleichsforderungen	583	569	- 14	- 2,4

1) angeglichen an die ab 31.12.1974 gültigen Änderungen aufgrund der Novelle zum Finanzstatistischen Gesetz.

2) einschließlich Kredite von Sozialversicherungen; ohne Anleihenstücke im eigenen Bestand.

zu ca. 660 Mio DM im Hinblick auf die eventuelle Übernahme der Reynolds-Verbindlichkeiten behaftet ist. Jedenfalls ist bis Ende 1975 eine weitere substantielle Aufstockung der staatlichen Verschuldung auf mindestens 6,87 Mrd DM zu erwarten, resultierend aus einer projektierten Schuldenaufnahme von 378 Mio DM abzüglich einer Tilgungssumme von 65 Mio DM im vierten Quartal. Im Endeffekt würde das heißen, daß der Schuldenstatus gegenüber dem 30. 9. 1975 noch einmal wenigstens um 5 % und gegenüber dem 31. 12. 1974 um 14 % anwächst. Mit einem Niveau von 6,87 Mrd DM hätte das passive Kreditvolumen vergleichsweise gut drei Viertel des 1975er Etatvolumens erreicht.

9. Geld- und Kreditwesen

Wirtschaftliche Unsicherheit forciert das Sparen

Geldentwertung und fallende Zinserträge haben den Sparwillen der Bevölkerung nicht bremsen können; im Gegenteil, es ist ein starkes Anwachsen der Spareinlagen zu verzeichnen. Die Unsicherheit über die weitere Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung veranlaßt offenbar viele, ihren Konsum einzuschränken und die nicht verbrauchte Kaufkraft zusätzlich für spätere Wechselfälle des Lebens auf die hohe Kante zu legen. Zweifellos spielt aber auch nach wie vor das Zwecksparen eine große Rolle.

Der Bestand an Spareinlagen bei den Hamburger Kreditinstituten hat sich von Ende Dezember 1974 bis Ende September 1975 um über 1,1 Mrd DM bzw. 11 % auf gut 12 Mrd DM erhöht. Dagegen betrug die Gesamtsparleistung, die im ganzen Jahr 1974 zum Einlagenbestand hinzugekommen ist, nur 833,4 Mio DM. In sämtlichen Berichtsmonaten 1975 übertrafen die Einzahlungen auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)

den die Abhebungen. Die höchsten Einzahlungsüberschüsse erbrachten die Monate April mit 244 Mio DM und Mai mit 223 Mio DM. Wie sehr sich die gegenwärtige Sparszene gewandelt hat, geht vor allen Dingen aus einem Vergleich mit den ersten neun Monaten des Vorjahres hervor, in denen bis April sogar noch ein Rückgang des Spareinlagenbestandes und danach zwar ein Wiederanstieg stattgefunden hat, der gegenüber dem Ausgangsstand von Ende Dezember 1973 aber nicht einmal ganze 4 Mio DM mehr abwarf. Am 30. September 1975 waren 1,65 Mrd DM an Spareinlagen von den Sparern prämiensbegünstigt angelegt (30. 9. 74 = 1,49 Mrd DM). Ihr Anteil an den gesamten Spareinlagen hat im Durchschnitt des ersten Dreivierteljahrs 1975 14,3 %, im Mittel des gesamten Jahres 1974 14,8 % ausgemacht. Beim Prämiensparen gibt es keine so ausgeprägten Schwankungen im Sparverhalten, weil die eingezahlten Beträge für den Sparer wegen der gegenüber den nicht geförderten Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist ganz wesentlich ausgedehnten Festlegungsfrist jederzeit abrufbar sind, es sei denn, er würde vorzeitig kündigen, dann müßte er jedoch den Verlust der Sparprämien hinnehmen.

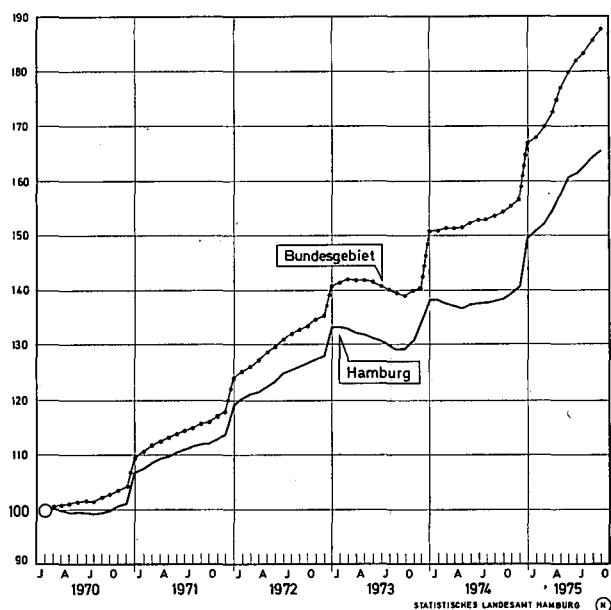
Die Spareinlagen bei den Kreditinstituten im Bundesgebiet erreichten am 31. August 1975 mit 348,1 Mrd DM ein schon um 35,3 Mrd DM oder 11 % höheres Niveau als Ende 1974. Der Zuwachs des zurückliegenden Jahres wurde bereits in den ersten acht Monaten 1975 um rd. 5 Mrd DM übertroffen.

23 Millionenkonkurse im 1. Dreivierteljahr 1975

Die Folgen der seit 1974 andauernden Konjunkturabschwächung spiegeln sich auch in der hohen Zahl der Konkurse in den ersten neun Monaten 1975 wider.

Schaubild 7

Entwicklung des Spareinlagenbestandes bei Kreditinstituten in Hamburg und im Bundesgebiet 1970 bis 1975 (jeweils Monatsende)
— Januar 1970 = 100 —



Weltweite Preissteigerungen, insbesondere auf dem Rohstoff- und Energiesektor, ließen bei sinkender In- und Auslandsnachfrage zahlreiche Unternehmen illiquide werden. Daneben dürfte das Fehlen einer soliden Eigenkapitalausstattung gerade bei Erwerbsunternehmen jüngerer Datums eine der Ursachen für die Zunahme der Insolvenzzahlen sein.

Von Januar bis September 1975 wurden in Hamburg insgesamt 218 Fälle von Zahlungsschwierigkeiten, darunter 215 eröffnete oder mangels Masse abgelehnte Konkurse mit voraussichtlichen Forderungen in Höhe von zusammen 487 Mio DM gemeldet; bei den restlichen drei Fällen handelt es sich um eröffnete Vergleichsverfahren. Somit vergrößerte sich die Zahl der Insolvenz gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode um 25 Fälle, die Forderungshöhe gut auf das Zweieinhalbfache. Bezogen allein auf Konkurse mit Forderungen betrug der Durchschnittsbetrag der Forderungen im Berichtszeitraum rd. 2 719 000 DM.

Bei über zwei Dritteln der in den ersten drei Quartalen 1975 registrierten Konkurse lehnten die Gerichte die Eröffnung eines Verfahrens wegen einer die Verfahrenskosten nicht deckenden Masse ab, während dies ein Jahr früher nur bei 58 % der Konkurse geschah.

Die Anzahl der Millionenkonkurse belief sich auf 23 Fälle, die mit 458 Mio DM fast alle (94 %) angemeldeten Forderungen auf sich vereinigten. Von Januar bis September 1974 wurden dagegen nur 10 solcher Millionenkonkurse ermittelt.

108 der 134 insolvent gewordenen Erwerbsunterneh-

men, also vier Fünftel, hatten weniger als acht Jahre existiert. Die Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen zeigt, daß mit 50 Insolvenzen die relativ meisten betroffenen Unternehmen auf den Dienstleistungsbereich entfielen (Vorjahr 30), gefolgt vom Handel mit 38 (Vorjahr 40) und vom Produzierenden Gewerbe mit 31 Fällen (Vorjahr 32).

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1975	September 1975	Oktober 1975	Oktober 1974
		1973	1974				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	762,3	760,2	763,9	761,6	766,9	755,6
Lufttemperatur	°C	9,5	10,0	21,0	16,6	8,8	7,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	77	61	73	84	83
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	2	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	5	6	3	5	6	6,4
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	701	68	45	51	53	85
Sonnenscheindauer	Std.	1 660	126,3	285	170	88	51
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	79	7,9	2	1	14	8
Tage mit Niederschlägen	"	240	18,8	9	20	21	29
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	245,0	242,4	237,8	237,4	236,8	241,6
" Altona	"	252,9	250,5	247,6	247,2	247,0	249,7
" Eimsbüttel	"	251,3	249,7	248,5	248,4	248,5	249,4
" Hamburg-Nord	"	335,7	328,3	322,1	321,6	321,4	327,3
" Wandsbek	"	378,0	380,5	383,5	383,5	383,7	380,3
" Bergedorf	"	93,7	92,8	91,8	91,7	91,8	92,8
" Harburg	"	201,8	198,9	196,1	196,0	196,3	198,5
* Hamburg insgesamt	"	1 758,4	1 743,1	1 727,4	1 725,9	1 725,5	1 739,6
dav. männlich	"	815,0	809,4	801,8	801,2	801,3	807,6
weiblich	"	943,4	933,7	925,6	924,7	924,2	932,0
dar. Ausländer ⁷⁾	"	122,7	131,2	130,1	128,0	128,3	131,8
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	930	867,2	1 222	895	789	820
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,3	6,0	8,3	6,3	5,5	5,5
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	1 139	1 127,9	1 187	1 129	1 146	1 189
dar. unehelich	"	105	104,8	103	107	108	121
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	7,8	7,8	8,1	7,9	8,0	8,0
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,4	8,8	9,6	10,2	10,2
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	9,3	9,4	8,8	9,6	10,2	10,2
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 156	2 107,6	2 229	1 915	2 274	1 933
dar. im ersten Lebensjahr	"	27	21,4	12	25	11	11
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	14,7	14,5	15,2	13,5	13,1	13,1
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	23,6	19,0	10,6	21,9	9,6	9,0
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	23,6	19,0	10,6	21,9	9,6	9,0
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	- 1 017	979,7	- 1 042	- 786	- 1 128	- 744
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 6,9	6,7	7,1	5,5	5,0	5,0
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 337	5 747	4 565	4 804	6 099	4 669
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 536	6 252	4 909	5 597	5 337	6 596
* Fortgezogene Personen	"	199	505	344	783	762	1 927
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	83	260	94	326	591	1 121
dav. männlich	"	262	245	250	467	171	806
weiblich	"	262	245	250	467	171	806
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 455	14 080	13 104	14 717	15 472	11 892
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 669	1 710	1 480	1 576	1 777	1 294
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 110	1 154	1 093	1 094	1 238	907
Niedersachsen	"	1 000	1 034	815	864	1 194	828
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	379	405	354	356	547	336
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 466	1 374	1 048	1 131	1 418	1 178
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	2 202	1 629	1 222	1 233	1 710	1 369
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 534	2 297	1 996	2 120	2 222	2 460
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 810	1 799	1 561	1 693	1 721	1 905
Niedersachsen	"	1 616	1 363	1 202	1 240	1 254	1 554
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	908	754	665	650	666	816
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 618	1 308	943	1 138	1 251	1 282
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	788	1 284	768	1 099	610	1 300

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Quelle: Einwohner-Zentralamt; Stand: Ende März 1975. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1975	September 1975	Oktober 1975	Oktober 1974
		1973	1974				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	16 740	16 608	16 271	16 281	16 260	16 544
Patienten ³⁾	"	13 110	13 023	12 077	13 080	13 001	13 862
Pflegetage	"	406 670	403 631	373 496	377 833	402 652	422 110
Bettenausnutzung	%	83,3	82,7	76,2	79,6	82,1	85,2
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 030	3 064	3 112	3 112	3 112	3 061
Patienten ³⁾	"	2 893	2 883	2 781	2 794	2 764	2 864
Pflegetage	"	82 499	81 692	81 810	79 612	81 705	83 667
Bettenausnutzung	%	92,8	91,8	90,9	91,4	90,8	93,5
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	842 743	722 586	2 103 832	721 022	557 471	590 415
dar. in Hallenschwimmbädern	"	467 560	482 344	501 226	479 823	528 319	556 988
in Freibädern	"	339 706	207 633	1 579 505	217 578	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	527 563	581 757	612 238	680 836	705 141	670 059
Ausgeliehene Noten	"	7 021	7 127	7 421	7 402	8 782	9 096
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	37 938	41 647	34 206	44 052	46 193	45 083
Besucher der Lesesäle	"	9 448	10 424	9 198	10 918	11 593	11 659
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	3 446	3 700	3 603	4 427	5 395	4 438
Commerzbibliothek	"	—	—	—	—	—	—
Ausgeliehene Bände	"	2 555	2 525	3 133	3 968	4 124	3 265
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 500	1 363	1 268	1 523	1 740	1 635
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	68 258	92 556	65 866	75 952	87 985	232 127
dav. Hamburger Kunsthalle	"	12 302	27 115	8 657	8 965	8 328	140 947
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	12 530	13 462	7 764	9 183	16 834	19 327
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	6 177	7 129	5 169	5 662	8 550	9 593
Helms-Museum	"	13 421	16 439	19 051	25 068	15 536	15 472
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"	12 094	14 916	17 874	22 949	14 185	13 724
Museum für Hamburgische Geschichte	"	11 447	13 733	18 545	18 460	20 524	28 235
Museum für Kunst und Gewerbe	"	6 383	7 057	5 350	6 430	6 573	10 021
Planetarium	"	5 998	5 758	—	—	9 805	6 448
Bischofshorn	"	—	1 863	1 330	2 184	1 835	2 084
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	681,5	682,7	677,7	677,4	...	685,4
dav. Pflichtmitglieder	"	399,1	396,6	388,7	388,2	...	398,3
Freiwillige Mitglieder	"	46,3	45,8	44,5	44,5	...	45,7
Rentner	"	236,1	240,3	244,5	244,7	...	241,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	27,3	22,5	24,6	...	27,3
dav. männlich	"	19,6	18,5	15,3	16,6	...	18,4
weiblich	"	9,1	8,8	7,2	8,0	...	8,9
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	5 542	12 121	25 008	24 320	27 262	15 023
dav. männlich	"	2 959	7 231	14 927	14 586	16 278	9 133
weiblich	"	2 583	4 890	10 081	9 734	10 984	5 890
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"	—	—	—	—	—	—
Fertigungsberufe	"	—	4 369	7 595	7 345	8 093	5 078
Technische Berufe	"	—	889	1 954	1 823	2 009	1 113
Dienstleistungsberufe	"	—	6 827	14 372	14 057	1 654	8 265
2. Offene Stellen	"	18 838	13 315	11 451	10 145	8 505	10 578
3. Arbeitsuchende ⁵⁾	"	12 519	19 727	32 836	32 356	34 920	22 202
4. Vermittlungen ⁶⁾	"	11 269	10 306	9 892	9 293	9 140	8 165
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	5 765	5 381	4 072	3 884	3 903	3 524
5. Kurzarbeiter	"	284	2 289	4 536	3 793	7 936	3 304
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	1 444	1 407	1 035	891	970	1 112
dav. an Molkereien geliefert	%	92,2	92,5	93,6	88,6	84,5	86,5
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	11,3	8,3	7,4	7,8	8,8

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1975	September 1975	Oktober 1975	Oktober 1974
		1973	1974				
Noch: Landwirtschaft							
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,							
pasteurisiert, lose	t	1 549	1 215	1 119	972	866	1 152
pasteurisiert, abgepackt	"	7 595	6 770	7 728	6 479	6 334	6 615
ultra-hocherhitzt	"	1 046	1 280	1 326	1 690	1 856	1 407
Teilentrahmte Milch,							
pasteurisiert, abgepackt	"	136	141	111	94	90	133
ultra-hocherhitzt	"	316	1 389	2 566	2 120	2 026	1 913
Entrahmte Milch	"	620	65	370	504	432	96
Buttermilcherzeugnisse	"		433	1 306	544	307	314
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"		159	380	184	126	122
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,2	8,3	6,5	8,2	9,1	11,4
Kälber	"	1,1	1,1	0,9	0,6	0,5	0,9
Schweine	"	29,7	28,3	22,3	24,6	23,1	28,1
Schafe	"	0,7	0,6	0,7	0,7	0,5	0,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,2	7,5	5,7	6,5	7,6	10,0
Kälber	"	1,0	1,1	0,9	0,6	0,5	0,9
Schweine ¹⁾	"	30,3	28,6	22,4	24,8	23,5	29,1
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	4 744	4 831	3 622	4 051	4 271	5 653
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 678	1 997	1 496	1 706	2 029	2 650
Kälber	"	80	88	80	51	43	73
Schweine	"	2 960	2 727	2 025	2 267	2 184	2 913
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 367	1 329	1 280	1 279	1 278	1 316
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	194	187	176	175	174	185
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	119	114	105	105	104	112
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	18 319	17 100	14 631	15 862	16 853	18 342	18 342
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	199	213	211	208	222	215
Gehälter (Bruttosumme)	"	170	191	198	188	187	180
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	4	5	4	4	3	5
Gasverbrauch ohne Erdgas ⁷⁾	1 000 cbm	2 661	1 329	941	981	931	1 484
Erdgasverbrauch ⁷⁾	1 000 cbm	63 213	35 277	27 194	31 184	35 889	38 862
Heizölverbrauch	1 000 t	58	52	33	35	46	54
Stromverbrauch	Mio kWh	187	257	243	257	289	303
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	13	12	12	12	11	14
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 917	2 245	1 961	2 505	2 326	2 617
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	315	412	309	501	358	598
Umsatz ¹⁰⁾ nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 917	2 245	1 961	2 505	2 326	2 617
dar. Mineralölverarbeitung	"	333	479	460	460	505	553
Chemische Industrie	"	168	188	167	167	213	205
Elektroindustrie	"	239	270	235	235	304	301
Maschinenbau	"	150	154	142	142	159	158
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	13	13	16	14	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	596	651	490	608	796	779
Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mio cbm	58	26	15	15	24	29
Vj.-Durchschnitt ¹²⁾							
		1973	1974	1. Vj. 1975	2. Vj. 1975	3. Vj. 1975	3. Vj. 1974
3. Handwerk (Meßziffern) ¹³⁾							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	94,1	87,4	82,3	82,8	83,7	87,6
Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100	123,3	122,6	103,9	120,2	120,7	118,1
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1973	1974	August 1975	September 1975	Oktober 1975	Oktober 1974
1. Bauhauptgewerbe ¹⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	43 680	36 744	32 958	33 017	32 352	35 623
dar. Inhaber	"	1 238	1 189	1 213	1 213	1 106	1 187
Angestellte	"	6 218	5 860	5 233	5 196	5 128	5 705
Arbeiter ¹⁵⁾	"	38 204	29 694	26 512	26 608	26 118	28 731
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 711	4 791	4 078	4 644	4 902	5 093
dav. für Wohnungsbauten	"	1 738	1 335	1 076	1 135	1 412	1 378
gewerbl. und Industr. Bauten	"	2 034	1 624	1 301	1 469	1 591	1 673
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 939	1 832	1 701	2 040	1 899	2 042
Löhne (Bruttosumme) ¹⁶⁾	Mio DM	80,6	74,3	66,5	71,0	76	81
Gehälter (Bruttosumme) ¹⁷⁾	"	15,6	15,9	15,4	15,1	15	15
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	229,6	229,9	156,8	194,6	215	355
dav. im Wohnungsbau	"	66,4	61,7	35,0	57,4	57	82
gewerbl. und Industr. Bau	"	81,8	70,5	56,6	56,9	68	71
öffentlichen und Verkehrsbau	"	81,4	97,7	35,3	80,3	91	202

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — ¹¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ¹²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ¹³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1975	September 1975	Oktober 1975	Oktober 1974
		1973	1974				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	164	106	240	209	148	135
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		89	61	147	153	55	84
Umbauter Raum	1 000 cbm	416	300	641	443	355	349
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	85,8	63,9	149,9	103,2	76,5	67,4
Wohnfläche	1 000 qm	87	62	128	92	75	76
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	65	51	104	62	62	67
Umbauter Raum	1 000 cbm	493	384	1 151	348	701	584
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	71,5	77,6	188,5	67,3	73,3	121,8
Nutzfläche	1 000 qm	89	73	179	74	107	98
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 199	837	1 725	1 167	1 102	1 011
3. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	171	132	52	131	87	117
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		88	66	20	113	56	53
Umbauter Raum	1 000 cbm	189	394	164	166	161	533
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	80,7	75,5	35,8	36,0	34,8	71,9
Wohnfläche	1 000 qm	91	78	36	35	35	76
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neubau)	Anzahl	69	53	23	47	52	45
Umbauter Raum	1 000 cbm	638	619	284	282	347	360
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	77,9	104,5	59,8	40,0	57,7	51,0
Nutzfläche	1 000 qm	101	97	50	43	58	78
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 244	1 079	451	391	430	1 023
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	565	475	252	70	90	339
4. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes ¹⁾)							
Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen	Anzahl	18 000	14 085	15 200	16 000	16 700	17 900
5. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	188	190	190	190	190	189
Wohnungen	"	738	750	754	754	754	745
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 755	2 800	2 815	2 816	2 817	2 782
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	120,2	127,1	119,7	135,3	...	153,6
dar. Waren versch. Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	"	132,3	145,5	136,5	165,5	...	216,7
Facheinzelhandel	"	118,7	121,7	114,9	125,6	...	130,8
2. Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{1) 4)}							
Mio DM		420	581	493	427	...	719
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	55	89	61	73	...	128
Gewerblichen Wirtschaft	"	365	492	432	354	...	591
dav. Rohstoffe	"	3	4	4	4	...	4
Halbwaren	"	83	132	85	90	...	119
Fertigwaren	"	279	356	343	260	...	468
dav. Vorerzeugnisse	"	29	64	30	41	...	69
Enderzeugnisse	"	250	292	313	219	...	399
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	311	404	369	292	...	425
dar. EG-Länder	"	199	245	241	196	...	272
EFTA-Länder	"	57	77	63	63	...	85
3. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	125,5	132,4	139,8	143,5	...	140,4
dav. Beherbergungsgewerbe	"	133,6	131,5	134,0	148,9	...	155,6
Gaststättengewerbe	"	123,2	132,7	141,5	141,8	...	135,8
4. Fremdenverkehr ¹⁾							
Fremdenmeldungen	Anzahl	117 405	115 568	141 169	137 069	...	129 710
dar. von Auslandsgästen	"	39 554	35 824	51 798	43 288	...	38 787
Fremdenübernachtungen	"	224 878	224 878	263 510	254 449	...	246 621
dar. von Auslandsgästen	"	73 856	73 855	91 739	80 900	...	77 999

¹⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ²⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen. — ³⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ⁴⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁵⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1975	September 1975	Oktober 1975	Oktober 1974
		1973	1974				
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 512	1 489	1 642 s	1 660 s	1 740 s	1 547
Abgegangene Schiffe	"	1 571	1 559	1 630 p	1 680 s	1 650 s	1 578
Güterverkehr über See	1000 t	4 154	4 362	3 598 p	3 863 p	3 973 p	4 337
dav. Empfang	"	3 096	3 644	2 572 p	2 636 p	2 791 p	2 984
dav. Massengut	"	2 446	2 411	2 067 p	2 135 p	2 283 p	2 333
dav. Mineralöle	"	1 416	1 348	1 106 p	959 p	1 359 p	1 279
Sack- und Stückgut	"	650	633	505 p	501 p	508 p	651
Versand	"	1 058	1 318	1 026 p	1 227 p	1 182 p	1 353
dav. Massengut	"	472	606	468 p	582 p	567 p	638
Sack- und Stückgut	"	586	712	558 p	645 p	615 p	715
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1000 t	382	419	409	410 p	412 p	488
* Güterversand	"	400	463	273	352 p	305 p	405
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ¹⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	5 165	5 459	6 184 p	5 720 p	5 259 p	5 546
Fluggäste	"	258 767	283 005	333 412 p	367 683 p	334 476 p	326 166
Fracht	1000 t	2 013,6	2 111,6	2 016,3 p	2 036,6 p	2 345,6 p	2 363,6
Luftpost	"	722,7	728,8	689,8 p	725,0 p	715,8 p	784,6
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ²⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	27 546	27 577	26 042	25 983	28 504	29 503
Schnell- und Vorortbahnen	"	3 587	2 932	2 179	2 188	2 449	3 003
Kraftomnibusse	"	18 621	19 681	18 721	19 424	...	21 065
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ³⁾ (Im Verkehr befindlich)	1 000	488,7	505,5	498,5 p	499,7	499,4	503,9
dar. Personenkraftwagen ³⁾ ⁴⁾	"	438,5	454,1	446,3 p	447,6	447,5	451,8
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 419	4 453	3 919	5 837	...	4 563
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	"	4 907	3 968	3 558	5 415	...	4 049
Lastkraftwagen	"	379	348	218	315	...	417
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden ⁵⁾	Anzahl	986	881	988 p	966 p	926 p	1 061
* Getötete Personen	"	24	23	26 p	18 p	27 p	24
* Verletzte Personen	"	1 308	1 145	1 246 p	1 228 p	1 181 p	1 369
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	38 431,4	41 863,3	44 747,2	45 797,9	46 106,9	42 931,4
* Kredite an Nichtbanken	"	10 470,1	11 436,7	11 364,7	11 725,0	11 423,4	11 609,7
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	10 357,1	11 234,7	11 175,7	11 567,8	11 255,8	11 383,3
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	5 851,0	6 254,1	6 355,0	6 477,9	6 554,8	6 417,0
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ⁷⁾	"	5 393,1	5 595,4	5 307,9	5 345,7	5 327,9	5 627,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	22 110,3	24 172,5	27 027,5	27 595,0	28 128,6	24 904,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	20 084,9	21 763,1	23 877,8	24 344,1	24 739,5	22 292,8
dar. Durchlaufende Kredite	"	809,6	678,8	601,6	605,0	598,9	640,2
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	27 194,1	29 736,6	31 528,2	31 694,6	32 346,2	29 494,7
dav. Sicht- und Termingelder	"	17 617,9	19 634,8	19 564,2	19 665,2	20 204,7	19 364,9
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	12 981,1	14 376,3	14 352,5	14 447,1	15 048,2	14 176,7
Spareinlagen	"	9 578,2	10 101,8	11 964,0	12 029,4	12 141,5	10 129,8
dar. bei Sparkassen	"	6 283,6	6 644,1	7 678,7	7 698,9	7 737,6	6 673,9
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	531,5	579,2	672,5	693,7	721,3	564,9
Lastschriften auf Sparkonten	"	542,7	564,7	548,1	630,4	613,8	490,0
Zinsgutschriften	"	46,6	54,9	2,0	2,1	4,6	3,3
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	18	21	19	23	15	13
3. Wechselproteste							
	Anzahl	635	630	504	525	549	674
Betrag	1000 DM	2 988	3 217	3 265	3 193	2 945	4 082

¹⁾ ohne Transit. — ²⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ³⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁴⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁵⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁶⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 unter 10 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ⁷⁾ einschließlich durchlaufender Kredite.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1975	September 1975	Oktober 1975	Oktober 1974
		1973	1974				
Noch: Geld und Kredit							
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ¹⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	24 650	21 169	18 136	19 783	22 375	20 735
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 449	3 536	3 585	3 748	4 027	3 598
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 533	1 459	1 149	1 747	1 552	1 763
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	492	512	519	467	615	567
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ²⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	157	159	158	158	...	157
Grundkapital	Mio DM	5 913	6 415	7 014	7 051	...	6 589
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	6 086	6 557	7 186	7 246	...	6 711
Stammkapital	Mio DM	5 351	5 838	6 207	6 182	...	5 963
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM		814 395	922 786	698 452	1 160 735	780 267	814 137
dar. Steuern vom Einkommen	"	478 819	573 982	395 359	811 822	441 992	507 890
dar. Lohnsteuer	"	300 925	349 961	326 076	334 778	335 049	337 964
Veranlagte Einkommensteuer	"	100 573	104 413	37 140	324 360	55 133	26 072
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	24 266	60 074	12 338	38 701	52 798	116 316
Körperschaftsteuer	"	53 055	59 535	19 805	113 983	987	27 537
Steuern vom Umsatz	"	335 578	348 803	303 093	348 913	338 275	306 247
dar. Umsatzsteuer	"	206 263	165 728	111 957	177 837	142 883	130 299
Einfuhrumsatzsteuer	"	129 313	183 075	191 136	171 076	195 392	175 948
2.* Bundessteuern							
1 000 DM		865 424	884 833	987 320	908 475	1 077 766	928 299
dar. Zölle	"	56 426	59 987	57 051	56 457	65 283	63 005
Verbrauchssteuern	"	782 783	795 961	909 552	832 160	996 360	844 611
dar. Mineralölsteuer	"	665 657	646 689	724 064	716 931	742 475	669 740
3.* Landessteuern							
1 000 DM		42 954	45 053	68 794	26 256	33 711	31 403
dar. Vermögensteuer	"	16 971	19 055	47 046	2 857	3 782	3 834
Kraftfahrzeugsteuer	"	12 314	12 617	9 726	11 613	13 683	13 323
Biersteuer	"	3 136	3 041	3 325	3 600	3 343	3 096
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM		94 475	103 609	204 038	41 932	83 636	59 023
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	70 343	76 891	181 508	37 747	30 907	16 112
Grundsteuer A	"	90	62	47	15	20	10
Grundsteuer B	"	9 402	10 759	18 208	2 606	2 972	1 698
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM		1 308 304	1 375 912	1 406 016	1 506 393	1 502 593	1 350 903
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)							
1 000 DM		269 532	317 394	280 618	388 167	112 762	177 487
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ³⁾ ⁴⁾	"	176 408	212 972	172 254	359 771	72 437	114 248
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	37 385	44 758	—	2 140	6 613	31 836
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	12 785	14 611	39 569	—	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁵⁾	"	68 905	74 388	124 900	41 932	83 636	59 023
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ⁶⁾	"	47 805	53 027	50 850	92 279	22 774	19 356
Einnahmen des Landes insgesamt	"	386 242	444 809	456 368	522 378	219 172	255 866
		Vj.-Durchschnitt 1973	Vj.-Durchschnitt 1974	1. Vj. 1975	2. Vj. 1975	3. Vj. 1975	3. Vj. 1974
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben							
Mio DM		1 762,5	2 026,7	2 305,8	2 053,5	1 958,9	2 064,6
dar. Personalausgaben	"	795,7	912,7	979,5	973,0	911,7	834,4
Bauinvestitionen	"	185,1	202,7	126,7	182,7	196,4	208,9
dar. für Schulen	"	54,8	59,2	32,3	44,8	49,8	53,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	23,1	29,0	18,3	19,9	15,5	29,2
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	8,5	9,5	10,6	14,4	12,8	7,9
Straßen	"	20,2	26,5	15,9	19,1	24,9	26,9
Wasserstraßen und Häfen	"	21,1	20,4	15,0	44,1	21,4	30,2
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	155,0	170,7	187,8	210,6	128,4	183,7
Zuführung an Rücklagen	"	8,6	1,3	0,0	0,0	—	—
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen							
"		1 802,7	2 062,7	2 025,3	1 990,6	2 254,1	1 950,1
dar. Steuern	"	1 158,7	1 334,4	1 183,4	1 269,3	1 282,0	1 200,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	57,7	54,4	37,0	69,6	40,6	37,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	192,2	241,4	279,6	265,1	304,5	267,7
Entnahme aus Rücklagen	"	12,5	22,1	0,4	7,6	110,7	18,5
Schuldenaufnahme	"	207,8	232,2	307,6	196,6	341,5	254,0
3. Schuldenstand am Ende des Quartals ⁴⁾							
"		5 144,3	6 016,7	6 215,4	6 257,6	6 552,4	5 446,7
dar. am Kreditmarkt	"	3 773,7	4 670,8	4 893,2	4 933,9	5 238,9	4 107,6
bei Gebietskörperschaften	"	711,7	716,3	707,1	703,8	698,2	695,0

¹⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ²⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ³⁾ nach Zerlegung. — ⁴⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁵⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁶⁾ An Stelle des Vj.-Durchschnitts wird der Stand am 31. 12. angegeben.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1975	Mai 1975	August 1975	August 1974
		1973	1974				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	199,0	219,6	226,7	231,3	232,3	223,5
dav. Einfamiliengebäude	"	200,0	221,7	229,8	234,7	235,9	225,7
Mehrfamiliengebäude	"	198,0	217,4	223,5	227,9	228,8	221,3
Gemischt genutzte Gebäude	"	197,6	217,8	224,7	229,3	230,4	221,9
Bürogebäude	"	194,2	211,8	216,6	219,7	220,1	215,4
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	192,2	206,6	210,4	213,3	214,7	211,4
				Oktober 1974	Januar 1975	April 1975	April 1974
Löhne und Gehälter ¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	394	480	494	483	501	469
männliche Arbeiter	"	245	303	313	305	304	290
weibliche Arbeiter	"	8,90	11,01	11,33	11,25	11,55	10,69
Bruttostundenverdienste	"	5,97	7,40	7,65	7,67	7,85	7,09
männliche Arbeiter	"	44,2	43,6	43,6	42,9	43,4	43,9
weibliche Arbeiter	"	41,0	40,9	40,9	39,8	38,7	40,9
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 905	2 451	2 531	2 590	2 683	2 398
männlich	"	1 381	1 767	1 833	1 850	1 913	1 712
weiblich	"	2 033	2 545	2 611	2 619	2 718	2 496
Technische Angestellte und Meister	"	1 374	1 709	1 757	1 773	1 824	1 666
männlich	"	1 775	2 217	2 278	2 315	2 370	2 185
weiblich	"	1 254	1 549	1 605	1 647	1 687	1 506
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 808	2 276	2 343	2 384	2 450	2 239
männlich	"	1 286	1 594	1 652	1 690	1 735	1 548
weiblich	"	2 024	2 489	2 554	2 564	2 650	2 443
Technische Angestellte und Meister	"	1 504	1 854	1 881	1 890	1 992	1 834
				August 1975	September 1975	Oktober 1975	Oktober 1974
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	11 168	11 559	11 588	12 745	13 541	12 290
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	7	6	11	8	8	3
Körperverletzung	"	420	454	455	485	538	498
Raub, räuberische Erpressung	"	110	108	117	103	132	104
Diebstahl	"	7 132	7 332	7 226	8 012	8 502	7 933
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 506	3 794	3 714	4 045	4 104	3 988
Betrug und Untreue	"	1 260	1 294	1 413	1 827	1 526	1 405
Außerdem:	"	1 447	1 676	1 507	1 602	1 703	1 791
Verkehrsvergehen	"	9 671	9 863	5 926	6 699	6 726	9 733
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	532	438	489	440	519	395
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	29 591	30 518	26 315	29 317	33 490	34 010
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁴⁾	"						
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	13 970	14 558	16 414	15 180	...	15 285
dar. Feueralarme	"	475	494	661	459	...	457
dar. bekämpfte Großbrände	"	14	15	22	10	...	13
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	107	117	161	113	...	112
Rettungswageneinsätze	"	12 616	13 166	14 591	13 563	...	13 947
dar. für Krankenbeförderungen	"	2 835	2 832	2 792	2 625	...	3 117
Strassen- und Verkehrsunfälle	"	1 801	1 763	2 073	1 837	...	1 834
Hilfeleistungen aller Art	"	879	898	1 162	1 158	...	881
Außerdem:	"						
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"	110	129	332	141	...	125

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDES GEBIETES 2. UND 1. Vj. 1975

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ¹⁾			
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte ¹⁾	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz ¹⁾	Umsatz je 1000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 2 014 ⁶⁾ 1. Vj. 2 014 ⁶⁾	4 486	11 148	- 6 662	13 985	17 570	-10 247	29 217 33 295	11 448 10 016	205 151 209 023	102 104	6 005 5 870	2 982 2 915
Hamburg	2. Vj. 1 727 1. Vj. 1 730	3 418 p 3 361	6 146 6 744	- 2 728 - 3 383	15 000 17 347	16 000 p 17 765	- 3 728 p - 3 801	24 490 p 27 737	12 368 11 953	177 656 179 074	103 104	6 382 p 6 222	3 695 p 3 597
München	2. Vj. 1 316 1. Vj. 1 321	2 573 p 2 413 r	3 531 3 457	- 958 - 1 044	15 631 15 212	19 852 16 305	- 5 179 - 2 137	24 259 26 395 r	7 493 ⁷⁾ 6 846 ⁷⁾	176 681 ⁷⁾ 179 148 ⁷⁾	134 136	5 566 p 4 971 p	4 229 p 3 763
Köln	2. Vj. 1 017 1. Vj. 1 019	2 448 ⁸⁾ 2 253 ⁸⁾	2 834 3 294	- 386 - 1 041	11 309 10 709	12 631 12 965	- 1 708 - 3 297	11 855 11 546	5 140 4 878	140 267 142 341	138 140	5 325 4 941	5 236 4 849
Essen	2. Vj. 684 1. Vj. 686	1 344 1 342	2 329 2 553	- 985 - 1 211	4 501 4 857	5 089 5 560	- 1 573 - 1 914	11 146 12 017	3 004 3 463	56 686 57 840	83 84	1 382 1 231	2 020 1 794
Düsseldorf	2. Vj. 672 1. Vj. 674	1 318 1 326	2 016 2 308	- 698 - 982	7 347 7 966	8 904 8 157	- 2 255 - 1 173	10 355 10 175	4 679 4 920	104 441 106 619	155 158	3 259 3 259 p	4 850 4 835 p
Frankfurt/M.	2. Vj. 651 1. Vj. 656	1 384 1 429	1 926 2 174	- 542 - 745	9 989 9 333	14 611 12 035	- 5 164 - 3 447	17 095 17 113	8 376 8 407	113 224 115 375	174 176	3 038 3 118	4 667 4 753
Dortmund	2. Vj. 635 1. Vj. 637	1 375 1 359	2 111 2 707	- 736 - 1 348	4 348 5 125	5 561 6 485	- 1 949 - 2 708	11 028 11 499	2 942 3 238	70 159 71 781	110 113	1 597 1 557	2 513 2 444
Stuttgart	2. Vj. 605 1. Vj. 609	1 435 1 219	1 651 1 689	- 216 - 470	9 608 9 233	13 791 11 923	- 4 399 - 3 160	6 900 6 977	5 293 4 771	128 500 131 728	212 216	4 400 p 4 361	7 273 p 7 161
Bremen	2. Vj. 578 1. Vj. 578	1 634 1 210	2 217 2 036	- 583 - 826	6 092	6 263	- 997	9 499 9 614	3 697 3 418	81 724 82 668	141 p 143	2 786 2 863	4 820 p 4 953
Hannover	2. Vj. 563 1. Vj. 567	1 150 1 154	1 863 2 064	- 713 - 910	7 182 6 559	10 633 7 486	- 4 164 - 1 837	16 246 16 312	4 554 5 324	96 104 101 387	171 179	2 594 2 338	4 607 4 123

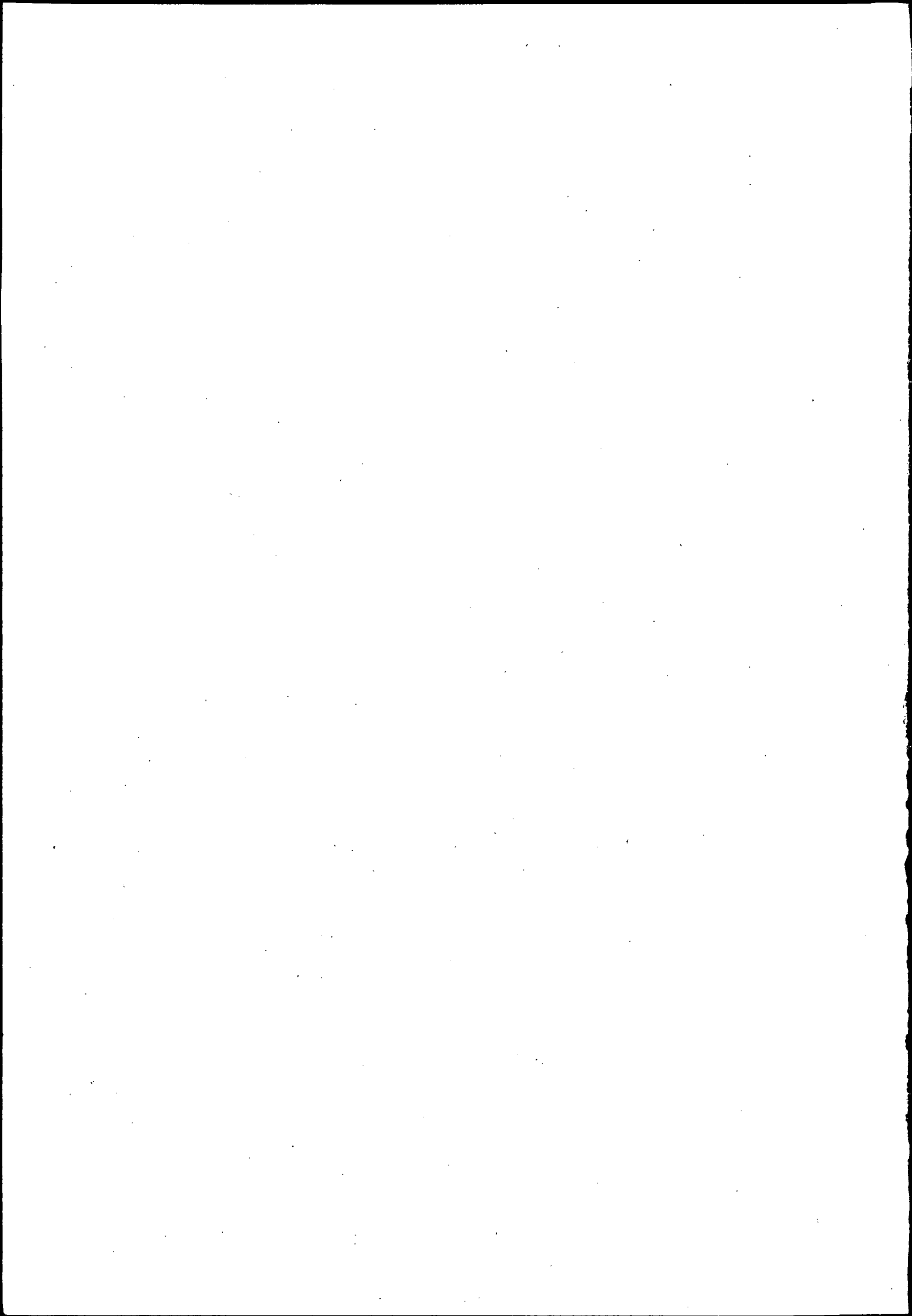
Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	2. Vj. 12 864 1. Vj. 11 214	563 575	280 286 r	421 241 r	3 622 2 194	293 182	2 440 1 265	342 297 p	277 204	138 101	754 567	3 509 2 691	4 534 3 499	123 322 169 827	87 219 119 201
Hamburg	2. Vj. 11 823 1. Vj. 11 195	462 443	268 256	328 p 273	1 855 1 483	190 198	1 653 1 804	558 417	354 258	205 149	677 p 484	2 678 2 312	3 552 p 3 124 p	186 936 p 266 124 p	150 395 140 955
München	2. Vj. 11 133 1. Vj. 8 714	451 473	343 358	190 p 187	955 941	195 248	1 593 2 248	742 1 301	527 399	400 302	1 033 793	1 835 1 362	2 535 1 889	142 204	94 811
Köln	2. Vj. 6 377 1. Vj. 6 303	273 253	268 248	342 923	1 441 4 819	120 68	824 989	401 173	190 ⁹⁾ 164 ⁹⁾	187 161	361 366	1 185 1 099	1 551 1 450	105 738 122 758	23 577 24 652
Essen	2. Vj. 5 162 1. Vj. 5 162	234 p 206	342 300	182 118	439 316	67 60	354 417	170 339	40 42	58 p 61	88 89	788 p 658	998 813	52 759 47 202	41 622 33 458
Düsseldorf	2. Vj. 6 040 1. Vj. 5 962	267 232	397 344	102 175	816 362	102 79	599 697	199 219	163 166	243 246	344 326	869 741	1 106 p 943	85 332 p 104 760	57 413 83 329
Frankfurt/M.	2. Vj. 7 296 1. Vj. 7 050	302 346	464 527	163 134	585 648	11 25	178 373	11 54	276 254	424 387	530 517	1 062 923	1 369 1 160	197 987 274 371	55 538 17 113
Dortmund	2. Vj. 4 741 1. Vj. 4 647	182 186	287 292	213 257	933 1 235	122 137	608 933	509 264	44 42	69 66	75 74	769	978	45 765 40 323	33 951 ¹⁰⁾ 30 591 ¹⁰⁾
Stuttgart	2. Vj. 6 400 1. Vj. 6 429	180 p 281	298 p 461	86 p 99	412 397	98 67	815 381	615 270	108 96	179 p 158	240 p 212	710 p 639	976 p 871 p	85 206 p 101 479 p	59 215 12 827
Bremen	2. Vj. 4 596 1. Vj. 4 450	197 153	265	259 325	769 1 154	84 63	266 222	286 298	29 63	109	51 123	942 708	1 095 840	63 189 60 774	35 030 35 524
Hannover	2. Vj. 4 857 1. Vj. 4 389	234 156	416 275	95 97	652 596	61 35	854 214	147 312	115 82	204 145	206 148	700	901	55 960 78 624	45 314 9 749

¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ Nach einer Schätzung für verwaltungsinterne Zwecke dürfte die „echte“ Bevölkerungszahl um rd. 102 000 Personen höher liegen, weil einmal die Volkszählung 1970 - Ausgangsbasis der Fortschreibung - eine nicht korrigierbare Untererfassung um etwa 2% oder rd. 40 000 Personen aufwies und zum anderen bis Ende 1971 vorgenommene Anmeldungen von Berlinern in westdeutscher Nebenwohnung, die weiterhin in Berlin lebten, als Fortzüge gewertet werden mußten. - ⁷⁾ einschl. Landkreis München. - ⁸⁾ einschl. Eingemeindung ab 1. 1. 1975. - ⁹⁾ einschließlich sonst. Baumaßnahmen. - ¹⁰⁾ nach Ertrag und Kapital.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1975	August 1975	September 1975	September 1974
		1973	1974				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 975,9 r	62 054,0	62 000,0
Eheschließungen	auf 1 000	6,4	6,1	6,9	7,7
Lebendgeborene	Einw. und	10,3	10,1	10,2	9,4
Gestorbene	1 Jahr	11,8	11,7	11,3	11,4
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 368	8 144	7 581	7 569	...	8 127
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	929	870	740	715	...	866
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	55 578	62 450	58 715	54 400	...	65 413
dar. Auslandsumsatz	-	11 936	15 097	13 720	12 019	...	15 731
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1970 = 100	178,7	111,5	89,6	90,9	103,8	112,5
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	-	182,3	110,6	88,6	89,8	103,2	112,0
Verarbeitende Industrie	-	212,2	116,0	93,0	92,0	101,4	117,8
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	-	176,7	107,2	84,0	84,0	102,4	108,8
Investitionsgüterindustrie	-	167,1	107,7	83,4	87,4	103,3	108,9
Verbrauchsgüterindustrie	-	152,8	113,7	102,9	110,7	111,7	113,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	-	149,6	104,8	92,3	92,9	103,3	115,6
Bauindustrie	-
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 508,1	1 352	1 206	1 357
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	235,2	173	156	183
Geleistete Arbeitsstunden	-
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	7 734	6 280	5 732	6 800
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	54 909	34 775	32 608	31 901	33 436	34 909
Baufertigstellungen für Wohnungen	-	59 619	50 341	25 761	21 093	27 141	37 427
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	129,8	136,6	147,8	133,0	149,7	133,2
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	-	127,0	146,3	138,8	133,9	146,7	149,1
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	12 117	13 242	12 095
dav. Empfang	-	9 504	9 935	9 142
Versand	-	2 613	3 307	2 953
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	188 344	157 356	196 206	135 936	204 042	148 368
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	-	29 477	27 580	30 506	30 192 p	30 630 p	30 365
Getötete Personen	-	1 359	1 217	1 315	1 288 p	1 263 p	1 302
Verletzte Personen	-	40 687	37 255	41 958	41 444 p	40 815 p	40 977
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	5 105	5 997	6 110	5 960	5 995	6 285
Veranlagte Einkommensteuer	-	2 204	2 233	634	411	5 975	5 557
Körperschaftsteuer	-	907	867	192	142	2 071	2 379
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	-	4 152	4 326	4 357	4 410	4 044	3 980
PREISE							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	123,8	129,4	135,5	135,6	136,0	131,7
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	112,6	144,8	139,9	143,1	144,5	146,3
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	-	112,3	131,4	136,1	136,6	136,8	134,8
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	1962 = 100	187,1	200,8	...	207,4
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	118,2	126,3	134,7	134,6	135,2	127,2
Nahrungs- und Genußmittel	-	117,7	123,5	131,5	130,5	130,6	123,1
Wohnungsmieten	-	119,4	126,1	137,1	137,6	138,0	127,2
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	8,76	11,01	9,87	9,88	10,02	9,03
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	43,5	43,6	42,9	42,4	40,4	42,3

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungskreis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.



Ausgewählte Hamburger Wirtschaftsdaten nach dem neuesten Stand

Merkmale	Einheiten	Zeitraum			Veränderung		Textstelle — Seite
		Monate — Stichtage	1974	1975	absolut	%	
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	30.11.	18 252	28 486	+ 10 234	+ 56,1	318
Offene Stellen	"	"	9 482	7 792	- 1 690	- 17,8	"
Kurzarbeiter	"	"	4 886	7 381	+ 2 495	+ 51,1	"
Arbeitslosenquote Hamburg	in %	"	2,5	4,0	.	.	"
" " Bundesgebiet	"	"	3,5	4,9	.	.	"
<u>Preisindex für die Lebenshaltung</u>	1970 = 100	Jan.-Okt.	126,6	134,2	.	+ 6,0	319
Industrie							
Beschäftigte	Anzahl MD	Jan.-Okt.	188 496	177 399	- 11 097	- 5,9	322
Geleistete Arbeiterstunden	1000	"	172 799	156 854	- 15 945	- 9,2	"
Gesamtumsatz	Mio DM	"	22 313,0	21 419,8	- 893,2	- 4,0	323
davon Inlandsumsatz	"	"	18 256,8	17 617,6	- 639,2	- 3,5	"
Auslandsumsatz	"	"	4 056,2	3 802,2	- 254,0	- 6,3	"
Grundstoff- und Produktionsgüter	"	"	9 064,2	8 202,8	- 861,4	- 9,5	"
Investitionsgüter	"	"	6 475,2	6 612,8	+ 137,6	+ 2,1	"
Verbrauchsgüter	"	"	1 148,1	1 073,0	- 75,1	- 6,5	"
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	5 625,5	5 531,2	- 94,3	- 1,7	"
Handwerk							
Beschäftigte	Anzahl	Jan.-Sept.	90 508	84 633	- 5 875	- 6,5	323
Gesamtumsatz	Mio DM	"	4 032,1	4 105,5	+ 73,4	+ 1,8	"
Bauhauptgewerbe							
Beschäftigte	Anzahl MD	Jan.-Okt.	37 366	31 648	- 5 718	- 15,3	324
Geleistete Arbeitsstunden	1000	"	49 546	40 305	- 9 241	- 18,7	"
davon Wohnbauten	"	"	13 828	10 355	- 3 473	- 25,1	"
gewerbl. und ind. Bauten	"	"	16 925	13 454	- 3 471	- 20,5	"
Öffentliche und Verkehrsbauten	"	"	18 793	16 496	- 2 297	- 12,2	"
Umsatz	Mio DM	"	2 266,8	1 666,3	- 600,5	- 26,5	"
Auftragseingang	"	"	1 369,5	1 178,5	- 191,0	- 13,9	"
<u>Einzelhandel insgesamt</u>	"	"	9 523	10 172	+ 649	+ 6,8	327
davon Waren verschiedener Art	"	"	2 941	3 204	+ 263	+ 8,9	"
Facheinzelhandel	"	"	6 582	6 967	+ 385	+ 5,8	"
Fremdenverkehr							
Übernachtungen insgesamt	Anzahl	Jan.-Sept.	1 981 448	1 912 436	- 69 012	- 3,5	"
darunter von Ausländern	"	"	618 347	611 537	- 6 810	- 1,1	"

Noch: Ausgewählte Hamburger Wirtschaftsdaten nach dem neuesten Stand

Merkmale	Einheiten	Zeitraum			Veränderung		Textstelle Seite
		Monate — Stichtage	1974	1975	absolut	%	
<u>Güterverkehr über See</u>							
Gesamtumschlag	1000 t	Jan.-Nov.	48 261	43 849	- 4 412	- 9,1	328
davon Stückgut	"	"	14 688	12 484	- 2 204	- 15,0	"
Massengut	"	"	33 573	31 365	- 2 208	- 6,6	"
Empfang	"	"	33 735	30 981	- 2 754	- 8,2	"
Versand	"	"	14 526	12 868	- 1 658	- 11,4	"
<u>Transit (einschl. Einfuhren auf offene Zollager)</u>	"	Jan.-Okt.	7 634	7 051	- 583	- 7,6	"
<u>Container-Umschlag</u>							
Ungeschlagene Container	Zahl	Jan.-Nov.	220 601	237 665	+ 17 064	+ 7,7	"
Bruttogewicht der beladenen Container	1000 t	"	2 610	2 435	- 175	- 6,7	"
<u>Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen</u>	"	Jan.-Okt.	8 817	7 831	- 986	- 11,2	"
<u>Luftverkehr (Fluggäste)</u>	1000	Jan.-Nov.	3 178	3 274	+ 96	+ 3,0	329
<u>Straßenverkehrsunfälle</u>							
Unfälle mit Personenschaden	Zahl	"	9 562	9 499	- 63	- 0,7	330
Getötete	"	"	249	234	- 15	- 6,0	"
Verletzte	"	"	12 406	12 385	- 21	- 0,2	"
<u>Steueraufkommen</u>							
Gemeinschaftliche Steuer	Mio DM	Jan.-Okt.	8 849	8 732	- 117	- 1,3	334
Bundessteuern	"	"	8 091	8 679	+ 588	+ 7,3	"
Landessteuern	"	"	436	447	+ 11	+ 2,5	"
Gemeindesteuern	"	"	951	1 082	+ 131	+ 13,8	"
Steueraufkommen, insgesamt	"	"	18 327	18 939	+ 612	+ 3,3	"
darunter haushaltswirksame Steuereinnahmen	"	"	3 660	3 467	- 193	- 5,3	"
<u>Spareinlagenbestand bei Kreditinstituten</u>							
Hamburg	"	31.Okt.	10 130	12 142	+ 2 012	+ 19,9	333
Bundesgebiet	"	30.Sept.	289 287	351 275	+ 61 988	+ 21,4	"
<u>Konkurse insgesamt</u>	Anzahl	Jan.-Okt.	203	230	+ 27	+ 13,3	"
darunter Millionenkonkurse	"	"	11	25	+ 14	+127,3	334

